

Das Blatt erscheint täglich, ausgenommen an den Feiertagen und Sonntagen. Preis 10 Pf. monatlich 30 Pf. vierteljährlich 1.00 Mk. jährlich 3.50 Mk. (Postgebühren sind eingeschlossen). Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft für die Provinz Berlin, Berlin, Unter den Eichen 15. (Telefonnummer 10 111).

Brennische

(Kreuz-)

Gründung einer deutschnationalen Volkspartei.

Am Infanterienfeld anderer Mächte veröffentlichen wir einen Aufruf einer neuen Partei. Sie trägt den Namen „Deutschnationale Volkspartei“. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschnationalen Partei nimmt in nachfolgender Kundgebung zu der neuen Parteigründung Stellung:

Kundgebung des konservativen Parteivorstandes.

Über die schweren Folgen des Tages sind wir für die Zukunft besorgt. Seit längerer Zeit hatte die konservativere Parteileitung im Einvernehmen mit den Reaktionen des Reichstages, Herrau, Landes- und Abgeordnetenhauses die Pflicht der konservativen Partei erkannt, sich mit neuem Eifer zu bemühen, um den Aufgaben der neuen Zeit gerecht zu werden, die durch den Krieg und die mit ihm verbundene Wandlung anderer politischen Verhältnisse entstanden sind. Als der Egerer Vorstand der Deutschnationalen Partei am 7. November d. J. eine Kundgebung des Parteiprogramms in Aussicht nahm, war zu diesem Zweck bereits wertvolle Arbeit in den Kreisen geleistet worden. Dabei hätte man schon angenommen, daß das Programm der Partei verwandter Richtungen ablehnen und weitere Volkspartei als Hilfe annehmen sollte. Auch in den deutschnationalen Verhältnissen müssen diejenigen Aufgaben gelöst werden, zu deren Erfüllung in jedem geordneten Staat ein starkes Recht notwendig ist. Revolution und Waffenstillstand haben die Forderung dieser Arbeit auf dem schmerzlichen Wege zurückgeworfen. Die Zukunft aller früheren und künftigen politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches ist jetzt vor uns, daß ein zukünftiges Parteiprogramm kann festgelegt werden kann. Andererseits sind förmliche Maßnahmen zur Klärung der Parteiverhältnisse notwendig geworden, zumal da die Wahlen zur Nationalversammlung, in der über Deutschlands Zukunft entschieden werden soll, möglicherweise sehr nahe bevorstehen.

Die Verhandlungen der Partei lauten des heute veröffentlichten Aufruf entgegen, in dem Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen und Persönlichkeiten den Zusammenschluß in einer deutschen nationalen Volkspartei mit der Grundlage vorzuziehen, als Unzulänglichkeiten gegenüber anderen Parteien. Wir haben sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um sicher zu sein, daß die Parteileitung die Bestätigung der geordneten Parteiverhältnisse anstrebt. Die Kundgebung des konservativen Parteivorstandes hat die Entscheidung der konservativen Partei zu diesem Zeitpunkt herbeizuführen und unsere Freunde im Lande die Aufgabe der Partei zu erfüllen.

Der geschäftsführende Ausschuss der deutschnationalen Partei.

Stadtmann, Carl Schurz.

Frage, an der wir unter allen Umständen unerfüllbar festhalten werden. Ich bin fest überzeugt, für Deutschland ist die entscheidende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.

„Vae victis!“

Keine Milderung der Bedingungen.

(Drahtmeldung.)

W. Swan, 21. November.

In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Ludant mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also eine Verlängerung der Räumungsfrist — abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an der Hand der Karte und unter Angabe von Zahlen ausgemittelt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, den feigsten Teil einer Armee von über 3000 000 Mann in Ordnung auf den schmalen und engen Straßen über die wenigen Abzweigungen zurückzuführen, erklärte General Ludant, daß er derartige Mitteilungen nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unänderlich. Die Lage sei nun einmal so und nicht anders, das sei unabwehrbar. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen, wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser sein.

General Winterfeldt verlas hierauf die bereits mitgeteilte Protokolle. Auch in den Verhandlungen der Sonderkommissionen für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenen usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Stögers, der rücksichtslos seine Macht ausübt. Die Forderungen, die bezüglich der Beschaffenheit des zu liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und heranzuführen erhoben werden, sind praktisch unerfüllbar, obwohl Marschall Foch bereits bei Unterzeichnung des Waffenstillstands auf die Undurchführbarkeit der Bedingungen klarhin hingewiesen worden war und dieser Hinweis seitdem wiederholt bekräftigt werden ist. So sieht es offenbar keinen Zweck darin, die aufzusammeln Bedingungen auf das höchste zu setzen, sondern anzuklagen und mit großer Energie durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Lande, die durch den Krieg verheert sind, auf dem Wege zur Wiederherstellung an die alte Fülle der Wirtschaften gelangen können, ob unter solchen Umständen und Umständen nicht zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, wobei den er-

Verkaufsstelle: Die 3 mm hohe und 42 mm breite Seite oder deren Raum 70 Ztg. ...

Zeitung

Zeitung)

ter- und Soldatenräten zu bereinigen, sondern danach zu ...

abhängigkeit von der geistigen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen ein Glied der ...

TU Frankfurt, 23. November.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben sich die Volksregierungen in Stuttgart und München, sowie die maßgebenden ...

Die innere Politik der Woche.

Nun kehren unsere tapferen Truppen heim. Ernst ist der Willkommen, denn sie begrüßt werden, durchweht von tiefem Schmerz und drückender ...

Die Annahme, daß unsere Feinde bei Waffenstillstand und Friedensschluss im Hinblick auf die Ideen des Völkerbundes Gerechtigkeit und Milde walten lassen würden — eine Hoffnung, für die wir niemals Verständnis hatten —, erweist sich von Tag zu ...

Die „Abrüstung“ der Enteniel (Drahtmeldung)

Washington, 22. November.

Der Marinekommission des Reptönanstanzes wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im ...

Das Handelsamt in Washington stellt fest, daß während des letzten Jahres bis zur Einstellung der Feindseligkeiten 147 amerikanische Schiffe mit 334 500 Tonnen verloren gegangen sind ...

Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben 100 000 Personen um Fasse nach Europa nachgesucht. Da die ...

Mac Adoo hat seine Entlassung als Schatzsekretär und Generaldirektor der Eisenbahnen genommen und in dem ...

Die „Rheinfranken“.

Wir erhalten von einem am Rhein lebenden Freunde ...

Das gänzlichste Unheil, das über unser teures Vaterland herabgekommen ist, tritt besonders hart die Preußen auf ...

Die Grundlage, auf der diese Regierung steht, und ihr Aufbau leidet an großer Unklarheit. In der abstrakten ...



Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

*Im Auftrage der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von*

Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey

Band 10

Graf Westarp
Konservative
Politik

Droste Verlag Düsseldorf

Konservative Politik
im Übergang vom Kaiserreich
zur Weimarer Republik

Von
Kuno Graf von Westarp

Bearbeitet von
Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (†)
unter Mitwirkung von
Karl J. Mayer
und Reinhold Weber

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Land Nordrhein-Westfalen.



Copyright © 2001 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2001
ISBN 3-7700-5239-0

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die wissenschaftliche Bearbeitung der »Memoiren des Grafen Westarp« als Forschungsprojekt gefördert. Das Manuskript der von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, einem Enkel des langjährigen konservativen Reichstagsabgeordneten Kuno Graf von Westarp, bearbeiteten Edition lag Ende 1988 erstmals den Herausgebern vor. Die von Anfang an vorgesehene Veröffentlichung in den »Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« verzögerte sich. Immer wieder neu prüfte der Bearbeiter Textüberlieferung und Textgestaltung. Schließlich konnten 1990 im Zentralen Staatsarchiv der DDR für den Bearbeiter bis dahin unzugängliche Materialien aus dem dort überlieferten Teil des Nachlasses Westarp herangezogen werden. In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Kommission wurde das Manuskript schließlich in eine satzfertige Form gebracht.

In der gastlichen Atmosphäre des Gärtringer Schlosses der Familie hat Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen zahlreichen Historikern aus dem In- und Ausland seit der Mitte der 50er Jahre den Nachlaß seines Großvaters für ihre Forschungen in großer Liberalität zugänglich gemacht. Nach längerer Krankheit am 25. Oktober 1999 verstorben, hat er die Herausgabe der Edition nicht mehr erleben können. Kurz vor seinem Tod bevollmächtigte er Karl J. Mayer, der im Familienarchiv der Freiherren Hiller von Gaertringen große Teile des Nachlasses Westarp geordnet und verzeichnet hat, das Manuskript druckfertig zu machen. Die Titelei trägt weiterhin der Mitarbeit von Reinhold Weber an der redaktionellen Schlußfassung der Edition Rechnung.

Die Einleitung mit den biographischen Informationen, dem Bericht über die Niederschrift der Memoiren sowie den Notizen zum Nachlaß des Grafen Westarp stammen ebenso ausschließlich von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen wie die Gesamteinrichtung der Edition. Gleiches gilt für die petit gesetzten Erläuterungen zum Quellentext. Karl J. Mayer und Reinhold Weber haben sich der Mühe unterzogen, die Fußnoten zu vereinheitlichen und an wenigen Stellen zu ergänzen. Sie haben zudem einzelne Fundstellen verifiziert und aufgrund einer ungewöhnlich schwierigen Satzkonvertierung mehrfach Korrektur lesen müssen. Die Überarbeitung des Literaturverzeichnisses und die Erstellung des Registers sind ebenfalls vorrangig das Werk der Mitarbeiter.

Mit großem Nachdruck hat sich Hans Freiherr Hiller von Gaertringen für die Herausgabe der Edition »Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik« eingesetzt, deren editorische Bearbeitung neben der sachkundigen Verwaltung des in Gärtringen verwahrten umfangreichen Nachlasses Westarp einen wesentlichen Teil des wissenschaftlichen Lebenswerks seines Bruders darstellt. Daran zu erinnern, daß Projekte ihre eigene Geschichte haben, oft kein Ende finden wollen, ist eines, ein anderes, allen zu danken, die auf ihre Weise zum Erscheinen des nun vorliegenden Buches beigetragen haben.

Rudolf Morsej

Graf Westarp

**Konservative
Politik**

im letzten Jahrzehnt
des

Kaiserreiches

Deutsche Verlagsgesellschaft Berlin

INHALT

Vorwort	5*
-------------------	----

Zur Einführung:

Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (†)

1. Der konservative Politiker Kuno Graf von Westarp	13*
2. Die Niederschrift der Memoiren	20*
3. Zum Nachlaß Westarp.	22*
4. Zur Edition	24*

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	26*
---	-----

Abkürzungen	31*
-----------------------	-----

Edition:

Kuno Graf von Westarp

Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich

zur Weimarer Republik

Vorwort.	3
------------------	---

Erster Teil

Deutschnationale Volkspartei und persönliche Erlebnisse

Einleitung	11
----------------------	----

Erstes Kapitel: Von der Deutschkonservativen Partei zur Deutschnationalen Volkspartei	17
--	----

Zweites Kapitel: Meine Lebensstellung	66
---	----

Drittes Kapitel: Aufbau der DNVP	89
Organisationsfragen	89
Parteiprogramm	93

Viertes Kapitel: Der innere Zusammenschluß der DNVP	113
---	-----

Fünftes Kapitel: Presse, Vereine	150
--	-----

Sechstes Kapitel: Reden, Versammlungen 164

*Zweiter Teil
Kampf gegen das System*

Einleitung 179

Erstes Kapitel: Bürgerkrieg des ersten Jahres 181

Zweites Kapitel: Kapp-Unternehmen 200

Zur Vorgeschichte 201

Vom 13. bis 17. März 1920 212

Meinungskampf über das Unternehmen 218

Amnestie und persönliche Beziehungen 230

Politische Angriffe auf die Regierung 240

Drittes Kapitel: Zweiter Bürgerkrieg von 1920 242

Viertes Kapitel: Die republikanische Verfassung. 257

Fünftes Kapitel: Gesetzgebung und Verwaltung 306

Sechstes Kapitel: Parteiregierung und Regierungsparteien 337

Siebtens Kapitel: Die Rechtsopposition 371

Achtes Kapitel: Königtum und Kaisertum 381

*Dritter Teil
Kampf gegen die Fremdherrschaft*

Einleitung 413

Erstes Kapitel: Der Waffenstillstand 414

Zweites Kapitel: Die Annahme des Versailler Diktates 433

Drittes Kapitel: Die Schuldlügen 454

Viertes Kapitel: Die Auslieferungsforderungen 461

Inhalt

Fünftes Kapitel: Zwang zur Wehrlosigkeit 486

Sechstes Kapitel: Der Raub deutschen Landes 489

Siebtens Kapitel: Reparationen und Sanktionen 500

Vierter Teil

Befreiungswille und vaterländischer Idealismus

Einleitung 507

Erstes Kapitel: Schmach und Elend der Fremdherrschaft 508

Zweites Kapitel: Der Kampf um die Vergangenheit 520

Drittes Kapitel: Idealistische Kraftquellen 543

Anhang

Betrachtungen zum »Führergedanken« und zur Entwicklung des Deutschen Reiches
unter der Herrschaft Hitlers und des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg

a) Niederschrift 1936 561

b) Niederschrift 1942 562

Register

Personenregister 571

Ortsregister 600

Sachregister 604

Bildnachweis 616



Phot. E. Bieber, Berlin

Graf Moller.

Zur Einführung

Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (†)



Kuno Graf von Westarp mit seiner Tochter Adelgunde bei einem Spaziergang Ende der zwanziger Jahre in Berlin

1. Der konservative Politiker Kuno Graf von Westarp

Der Verfasser der hier vorgelegten Erinnerungen an die dramatischen Monate zwischen dem 9. November 1918 und den Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik im Sommer 1920 war einer der einflußreichsten konservativen Politiker im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Seit 1909 enger Vertrauter des Führers der preußischen Konservativen Ernst v. Heydebrand und der Lasa (1851–1924), wurde Graf Westarp im Ersten Weltkrieg zum Sprecher dieser Partei in den parlamentarischen Entscheidungsgremien des Reichs. Ihr Einfluß ging erheblich über das hinaus, was der durch einen Rückschlag in den Wahlen des Jahres 1912 verminderte Mandatsanteil von nur zehn Prozent im Reichstag erwarten ließ. In den mittleren Jahren der Weimarer Republik war Westarp als Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion von 1925 bis 1929 und, von März 1926 bis Oktober 1928, auch als Vorsitzender dieser größten rechtsstehenden Partei maßgebend an deren Politik im Sinne einer trotz grundsätzlicher Vorbehalte wirksamen Mitarbeit im republikanischen und demokratischen Staat beteiligt.

In Westarps politischer Lebensarbeit zwischen 1908 und 1932 bildet die hier dargestellte Zeit eine Ausnahme: Die Überwindung der revolutionären Unruhen, die Verhandlungen um den Friedensvertrag, die Beratung der Weimarer Verfassung und den Umbau der staatlichen Verwaltung begleitete er aus einer gewissen Distanz als Chefredakteur der auflagenschwachen, aber beachteten »Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung« in Berlin, an deren Gründung 1848 einst Bismarck beteiligt gewesen war.

In heftigen Auseinandersetzungen mit parteipolitischen Gegnern, die Westarp nicht erspart blieben, wurde er oft als ein aus eigenem Interesse die Rechte und Vorrechte des Großgrundbesitzes verteidigender »Junker« dargestellt; daß er von 1904 bis 1908 Polizeidirektor und Polizeipräsident des Berliner Vororts Schöneberg gewesen war, hatte zusätzliche Negativpunkte zu einem bald herrschenden Klischee geliefert. Ein Blick auf Herkunft und Jugend kann zur Überprüfung dieses Bildes beitragen.

Die Grafen v. Westarp waren eine preußische Offiziers- und Beamtenfamilie. Als Kuno Graf v. Westarp, geboren am 12. August 1864 in Ludom (Provinz Posen), heranwuchs, waren die meisten der etwa 15 männlichen Familienangehörigen entweder Offiziere, wie Westarps Großvater und seine beiden Brüder, oder Beamte wie sein frühverstorbenen Vater (Forstbeamter) und dessen Bruder (Regierungspräsident). Verwandtschaftliche Beziehungen zu grundbesitzenden Familien waren durch Heirat entstanden; so lebte Westarps Schwester seit 1896 als Gutsfrau in Hinterpommern. Die Familie Westarp entstammte dem Hause Anhalt-Bernburg – Prinz Franz zu Anhalt-Bernburg, Westarps Urgroßvater, hatte 1790 als preußischer Offizier die Tochter des Regierungsrats Westarp in Brieg geheiratet; nach seinem Tod im Kriege 1807 erhielten die vom regierenden Herzog nicht als Angehörige des Hauses anerkannten Kinder aus dieser Ehe vom König von Preußen den Namen Graf v. Westarp. Die im Jahre 1863 nach dem Aussterben des Herzogshauses entstandene Frage, ob die bis dahin nicht nachfolgeberechtigten Nachkommen nun zum Zuge kämen, hat Westarps ältere Brüder noch beschäftigt, nicht dagegen ihn selbst, für dessen Lebensplan diese genealogische Besonderheit keine Bedeutung hatte. Nach dem Tode des Vaters wuchs

er in Potsdam in bescheidenen Verhältnissen heran, durch persönliche Freundschaft mit der Gesellschaft von Offiziers- und Beamtenfamilien verbunden. Seine religiös stark geprägte Mutter entstammte der Familie v. Oven aus dem Raum Barmen, meist Beamte mit kleinerem Grundbesitz; zu den nahe verwandten Familien Brügelmann und Bredt, die in der rheinischen Textilindustrie eine Rolle gespielt hatten, bestanden keine engeren Beziehungen.

Westarp entschied sich nach dem Abitur (1883) für das Jurastudium und die Laufbahn des Verwaltungsbeamten. Er trat während des Studiums keinem der traditionellen Corps bei, sondern schloß sich in Tübingen, seiner ersten Universität, der jungen nicht farbentragenden, schlagenden Akademischen Verbindung »Igel« an, einer gut-schwäbischen, durch norddeutschen Einschlag bereicherten Gemeinschaft, der vorwiegend Juristen und Theologen, daneben auch Ärzte angehörten. An den Universitäten Breslau und Leipzig trat er den durch den nationalen Gedanken stark bestimmten Vereinen Deutscher Studenten (VDST) bei. Seine Militärdienstpflicht erfüllte Westarp 1886 als Einjährig-Freiwilliger in Breslau; anschließend gehörte er als Reserveoffizier dem 1. Garderegiment zu Fuß in Potsdam an. Nachdem er 1893 mit 28 Jahren eine ständige Beamtenstelle als Landrat des Kreises Bomst in der Provinz Posen erhalten hatte, heiratete er Ada Gräfin v. Pfeil und Klein-Ellguth, in deren weiterem Verwandtenkreis Gutsbesitzer in Schlesien überwogen, deren Vater und Bruder jedoch Offiziere ohne Grundbesitz waren.

Westarp hat später betont, daß ihn die Arbeit als Landrat – zunächst in dem rein agrarischen Kreis Bomst, dann in dem damals durch industriellen Aufschwung bestimmten Kreis Randow im Vorfeld von Stettin – befriedigt und ausgefüllt habe. Eine mit Zusagen schnellerer Karriere verbundene Einberufung in das preußische Ministerium des Innern kam ihm 1901 keineswegs gelegen, auch wenn sie als dienstliche Anerkennung gelten konnte und im übrigen bessere Voraussetzungen für die ihn interessierende Arbeit an Problemen des Verwaltungsrechts schuf. Aus der Tätigkeit als Landrat hatte er eingehende Kenntnisse der ostdeutschen Landwirtschaft, daneben Erfahrungen aus den Wachstumsproblemen der mittleren Industrie um die Jahrhundertwende mitgenommen.

Die Ernennung zum Leiter der Polizei in Schöneberg, mit der die Abordnung ins Ministerium beendet wurde, gab Westarp vermehrt die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts; er nutzte sie zu ausgedehnter Mitarbeit am »Handwörterbuch der preußischen Verwaltung« (1. Auflage 1906), zu Aufsätzen und als Dozent der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. Dies dürfte dazu beigetragen haben, daß er 1908 als Richter ins preußische Obergericht berufen wurde, mit 43 Jahren ungewöhnlich jung, von ihm als Abschied von der Praxis, als endgültige Entscheidung für richterliche und wissenschaftliche Arbeit empfunden.

Wenige Monate nach dieser Wende in Westarps Berufslaufbahn erreichte ihn eine politische Herausforderung, die seinem Leben dann doch eine Richtung in die politische Öffentlichkeit gab, mit der er nicht gerechnet hatte. Aus der deutschen Bevölkerung des von ihm von 1893 bis 1900 verwalteten Kreises Bomst war an ihn anlässlich des Todes des konservativen Reichstagsabgeordneten die dringende Aufforderung herangetreten, durch seine Kandidatur den Verlust dieses Mandats an die starke polnische Wählerschaft zu verhindern. Daß er diese neue Aufgabe übernahm, war für seine Einstellung zum Dienst am Staat kennzeichnend. In der Abwägung der Möglichkeiten gab bei ihm die politische, durch Nationalitäten- und Konfessionsprobleme erschwer-

te Lage in den östlichen Provinzen Preußens, die er als Landrat kennengelernt hatte, den Ausschlag. Nach sorgfältiger Prüfung und bestärkt durch den Zuspruch einflussreicher Persönlichkeiten, wertete Westarp die politische Notwendigkeit der Kandidatur höher als die Aufgabe, gewissermaßen in einem Rat der Alten ausschließlich die Verwaltungspraxis in Preußen zu überprüfen und das Verwaltungsrecht weiterzuentwickeln. Unter den Anforderungen der politischen Tätigkeit – das ließ sich voraussehen und hat sich bei ihm wie etwa auch dem Nationalliberalen Eugen Schiffer bestätigt – mußte sein künftiger Dienst als Oberverwaltungsgerichtsrat leiden; er konnte die richterliche Aufgabe nur unvollkommen erfüllen.

Die politischen Anschauungen Westarps, der in den Jahren 1883 bis 1887 studiert hatte, waren durch die Spätzeit der Kanzlerschaft Bismarcks, durch die Konsolidierung des Reiches und den Aufstieg Deutschlands im Kreis der europäischen Mächte geprägt. Preußisch-deutscher Patriotismus und hohe Verehrung für den ersten Reichskanzler sprechen aus seinen Reden, die er im Jahrzehnt nach Bismarcks Entlassung, mitunter bei von ihm selbst als Landrat veranstalteten Feiern zu Ehren Bismarcks, hielt. Stellungnahmen zu den weltpolitischen Tendenzen der deutschen Politik liegen nicht vor; für seine Zurückhaltung in diesen Fragen spricht, daß er weder im Alldeutschen Verband noch im Flottenverein sich stärker engagierte. Allein die Zugehörigkeit zum Bund der Landwirte spielte auch nach dem Abschied aus dem agrarischen Kreis Bornst für ihn eine nachhaltige politische Rolle.

Die Arbeit im Reichstag, in den Westarp durch Nachwahl im Dezember 1908 drei Wochen nach der Daily Telegraph-Krise, eintrat, nahm ihn sogleich stark in Anspruch. Der unbestrittene Führer der Deutschkonservativen, denen er sich anschloß, Ernst v. Heydebrand, übertrug ihm die Ausarbeitung der Stellungnahme zur Erbschaftssteuerreform, die zum Ende der Bülowischen Blockpolitik und zum Sturz des allerdings schon durch sein gestörtes Verhältnis zum Kaiser angeschlagenen Reichskanzlers beitrug. Eine zweite gewichtige, für die Innenpolitik des Reichs bedeutsame Frage war die Reform des preußischen Wahlrechts, wobei die Pläne des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg am Einspruch der Konservativen scheiterten. Gegenüber den zahlreichen Reformbestrebungen in den folgenden Jahren, so auch der als Konsequenz aus der Daily Telegraph-Affäre geforderten Stärkung der Parlamentsrechte gegenüber Regierung und Krone, ging es den Konservativen darum, die ihrer Ansicht nach bewährten – und ihnen günstigen – Grundlagen Preußens und des Reichs zu erhalten. Durch seinen starken Anteil an der Vertretung dieser konservativen Haltung galt Westarp schon nach wenigen Jahren, noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges, als konsequenter Verfechter der Heydebrandschen Politik. In Anbetracht seiner Sachkunde, seiner schnellen Auffassung der taktischen Situationen in der parteipolitischen Auseinandersetzung und seiner Arbeitskraft war es folgerichtig, daß ihm 1913 der Vorsitz der deutschkonservativen Reichstagsfraktion übertragen wurde.

Diese von Westarp in verhältnismäßig jungen Jahren übernommene Position erhielt während des Krieges unerwartet starkes Gewicht, weil unter den Kriegsbedingungen die politische Arbeit gestrafft, auch die Tätigkeit im Reichstag immer mehr auf Ausschußberatungen eingengt wurde. In der Konservativen Partei kam hinzu, daß viele Persönlichkeiten, oft auch Heydebrand, in ihren heimatlichen Wirkungskreisen oder im Kriegsdienst festgehalten waren. So vertrat Westarp im Kriege die konservative Politik in den parlamentarisch entscheidenden Gremien und ihrem Umfeld und damit auch in der Öffentlichkeit, die er nun auch durch regelmäßige Mitarbeit in der »Kreuzzeitung« erreichte. Für die Kriegführung ging es den Deutschkonservativen

um die volle Ausschöpfung der Wehrkraft und der zur Verfügung stehenden Kriegsmittel (vor allem der U-Boote), bei den Kriegszielen begründeten sie ein weites, von den Exzessen der Alldeutschen sich allerdings absetzendes Ausgreifen durch die Interessen der künftigen Sicherheit Deutschlands; im Innern ging es um Zurückstellung aller Reformvorschläge bis nach Kriegsende und Ablehnung der parlamentarischen und parteipolitischen Versuche, für die Unterstützung der nationalen Kriegsanstrengung die Verfassungsreform des Reichs zu gewinnen.

Dieses grundsätzliche Eintreten für die Rechte der Krone und der Reichsleitung hinderte die Konservativen nicht, ihrer Kritik an der Politik Bethmann Hollwegs, zu dem sie seit 1909 in einem gespannten Verhältnis standen, Ausdruck zu geben. Da sie von ihm keine in ihrem Sinne tatkräftige Politik erwarteten, stießen sie sich auch nicht daran, wenn die militärische Führung, insbesondere die dritte Oberste Heeresleitung Hindenburg-Ludendorff, mit dem Gewicht ihrer Popularität, auch ohne Verfassungs-Kompetenz, das für notwendig Gehaltene forderte und tat. Der Einfluß der Konservativen überstieg dabei, durch den hohen Rang ihrer Anhänger in Staat und Gesellschaft bedingt, weit ihren Anteil an Reichstagsmandaten. Die unterschiedlichen Auffassungen darüber, was dem Reich not tue, führten in den Kriegsjahren zu schärfster Gegnerschaft der Konservativen zu SPD und USPD. Von dieser Haltung vermochte sich Westarp auch in der Weimarer Republik – im Unterschied zu jüngeren Deutschnationalen – nur schwer zu lösen.

Die Vergeblichkeit der militärischen Kämpfe im Verlauf des Jahres 1918 und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, den Abbruch des Krieges ins Auge zu fassen, erlebten die Konservativen in dem bitteren Gefühl, an der Niederlage des Reichs, für die sie den fehlenden Kampfwillen der Reichstagsmehrheit und die Schwäche der Reichsleitung mit verantwortlich machten, nichts ändern zu können. Daß an diesem Ausgang des Krieges auch Kaiser Wilhelm II. seinen Anteil hatte – durch Inaktivität in der Koordinierung der Reichspolitik, durch Auswahl der leitenden Persönlichkeiten und dem Festhalten an ihnen –, mußten sich auch die Konservativen, die sich nie der besonderen Gunst des Kaisers erfreut hatten, eingestehen. Die Forderung nach seiner Abdankung haben sie aus Loyalität zum Monarchen mit den ihnen noch zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft, aber nach seinem Sturz lange Zeit nicht für seine Rückkehr gearbeitet. Im Herbst 1919 tauchte im Briefwechsel Heydebrand-Westarp die Erinnerung an den Großen Kurfürsten auf, mit dem man wieder »anfangen« müsse. Daß Wilhelm II. oder Kronprinz Wilhelm die Position der Dynastie erneuern könnten, lag ihnen offenbar fern, so sehr sie für deren Verteidigung gegen Schuldvorwürfe eintraten.

Der Umsturz im November 1918 entzog der bisherigen konservativen Politik die Grundlagen, für deren Erhaltung sie sich – oft gewiß zu engherzig und starr – eingesetzt hatten. Mit den Vorbereitungen der Wahl zur Nationalversammlung wurde der Reichstag beiseitegeschoben. Westarp dachte daran, sich vollständig aus der Politik zurückzuziehen und sich – 54 Jahre alt – nunmehr ganz seinem richterlichen Beruf zu widmen. Doch ließ ihn die Politik nicht los. Ein Teil der an der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei beteiligten Politiker drängte ihn zur Mitarbeit auch unter den neuen Verhältnissen; die Fortsetzung seiner journalistischen Arbeit in der »Kreuzzeitung« vermittelte die Notwendigkeit, an der Gestaltung der künftigen Politik teilzunehmen und die vergangene zu verteidigen. Eine Kandidatur für die Nationalversammlung erstrebte Westarp nicht, hätte sich ihr aber nicht entzogen, doch war keines der regional zuständigen Gremien der DNVP bereit, den prominenten Vertre-

ter der deutschkonservativen Politik im Kriege aufzustellen. So erlebte er die Friedensverhandlungen und die Verfassungsberatungen als eine Art Sprecher der zur Seite gedrängten Konservativen, die trotz der praktischen Unterstützung, die sie der DNVP leisteten, ihre Partei – auch als Aufnahmestelle für von der DNVP Enttäuschte – erhalten wollten, daneben als Chefredakteur der »Kreuzzeitung«, für die er regelmäßig Kommentare zu schreiben verpflichtet war. So konnte ihm eine wirkliche Lösung aus den Fragen der Tagespolitik, die ihm eine grundsätzliche Überprüfung der eigenen Position ermöglicht hätte, nicht gelingen. Die vorwiegend innenpolitischen Auseinandersetzungen, die in diesem Band dargestellt werden – mit dem Ausland bestand wenig Kontakt –, entwickelten sich so, vor allem im Streit über die Schuld am Zusammenbruch des Reichs, zu einer Art Fortsetzung der Innenpolitik in der Zeit des Krieges.

Schon während des letzten Kriegsjahres hatte man im engsten Kreis der Deutschkonservativen Gespräche über die Möglichkeiten einer Neuorientierung ihrer Politik gefordert, war aber noch nicht zu greifbaren Ergebnissen gekommen. Während der sich abzeichnenden Niederlage wurde die Kritik an den konservativen Führern aus dem eigenen Lager aggressiver. Otto Hoetzsch, Professor für osteuropäische Geschichte in Berlin, Leitartikler der »Kreuzzeitung«, ging in einer Denkschrift Anfang November über das bis dahin für möglich Gehaltene hinaus: Auch für die Konservativen könne die Zukunft nur in der Bereitschaft zu einer Politik auf dem Boden eines demokratischen Staates liegen, eine These, mit der er nicht nur Zustimmung fand. Das sich schon bei der Gründung der Partei ankündigende Dilemma der Deutschnationalen, in dem bestehenden, im Grunde abgelehnten Staat zur Erreichung eigener Ziele mitzuarbeiten, durch diese Mitarbeit jedoch diesen Staat zu stützen, begleitete die Partei bis in den Sommer 1930, als sich die »grundsatztreuen« Gegner der Republik durchsetzten.

Westarp hat sich nach anfänglichem Zögern bald davon überzeugt, daß eine künftige Politik nur im Rahmen einer großen, ideologische wie wirtschaftspolitische Konflikte ausgleichenden, alle Volksschichten umfassenden Partei Erfolg haben könne und daß deshalb die Gruppen, die sich unter nationalem, christlichem und sozialen Vorzeichen zusammengeschlossen hatten, zu Kompromissen bereit sein mußten. Die Einbindung der »Gründerparteien« in die neue Partei gelang nur zum Teil, wie die Abspaltung der Völkischen im Sommer 1922 zeigte, oder nur vorübergehend, wie die Sezession eines Sechstels der Reichstagsfraktion im Dezember 1929 und die Spaltung der DNVP im Sommer 1930 offenbarten. Während Westarp bis 1920 selbst zu mancher Verschärfung der inneren Gegensätze beigetragen hatte, wurde für ihn bald der »innere Zusammenschluß der DNVP« ein parteipolitisches Hauptziel, mit dem er die parteiinternen Auseinandersetzungen der mittleren zwanziger Jahre bändigen konnte; die Pragmatik des Eintretens hierfür – als Grundsatzlosigkeit diffamiert – kostete ihn aber im Herbst 1928 den Parteivorsitz.

Zwischen 1918 und 1930 standen in der DNVP hinsichtlich ihrer Einstellung zur Mitarbeit in der Republik vier Richtungen nebeneinander: zwei ablehnende, zwei zustimmende. Die für den Fortbestand der alten Partei eintretenden Deutschkonservativen lehnten die Mitarbeit aus grundsätzlichen, oft legitimistischen Gründen ab und sahen sich in ihrer Abneigung bestätigt, sooft die Deutschnationalen für sie peinliche Kompromisse eingehen mußten. Eine alldeutsche Richtung, die aus dem nationalliberalen Lager, aber auch von manchen früheren Konservativen Unterstützung erhielt, ging in der Ablehnung der Republik bis zu Umsturzplänen und einigte sich seit 1930

mit der NSDAP zu einer radikalen Obstruktionspolitik, deren »Ertrag« ihr wenige Wochen nach dem 30. Januar 1933 von dem geschickteren, bedenkenlosen Partner entwunden wurde. Bei den Kooperationsbereiten in der DNVP hob sich eine ältere von einer jüngeren Gruppe ab. Die jüngere, erst nach Bismarcks Sturz herangewachsene, meist erst durch die Wahlen von 1924 zu Mandaten gekommene Generation wurde zum eigentlichen Träger der deutschnationalen Regierungsbeteiligung – Hoetzsch, Lindeiner, Keudell, Schlange-Schöningen, Treviranus, Lambach traten am stärksten hervor. Die ältere Gruppe kooperationsbereiter Deutschnationaler – Hergt, Martin Schiele, Schultz (Bromberg) – hatten nicht nur praktische, sondern auch grundsätzliche Bedenken zu überwinden, wurden aber dann zu zuverlässigen Trägern dieser kompromißbereiten Politik. Auch Westarp ist, nachdem seine Rolle als Sprecher der Deutschkonservativen mit der Lösung der Tagesaufgaben zurückgedrängt worden war, dieser Gruppe zuzurechnen und wurde für kurze Zeit zum Verfechter der Mitarbeit im republikanischen Staat, auch wenn sie bittere Opfer der Überzeugung, wie etwa 1927 die Zustimmung zur Verlängerung des Republikschutzgesetzes, erforderte.

Bis zur Reichstagswahl im Juni 1920 bestimmte die ältere Gruppe unter Hergt – und anderen Ministern aus der Kaiserzeit wie Posadowsky, Delbrück und Düringer – das Bild der Partei, während Westarp noch als deutschkonservativer Sprecher in vielem opponierte und im Unterschied zur DNVP Kapp beriet und unterstützte. Angesichts der drängenden Tagesfragen bildete sich für die folgende Legislaturperiode von 1920 bis 1924 mit Hergt-Helfferich-Westarp ein Triumvirat heraus, bei dem die Verpflichtung, nach Kräften Einfluß auf die Politik dieses Staates zu nehmen, nicht mehr in Frage stand. Während die Deutschkonservativen nach den Wahlerfolgen der DNVP im Jahre 1924 und Heydebrands Tod im gleichen Jahr ihr Gewicht in der deutschen Politik vollends verloren, verbündeten sich die älteren und die jüngeren Kooperationsbereiten zu einer die Regierungsbeteiligung nun offen fordernden Mehrheit der Reichstagsfraktion; sie machte auch den Versuch, ohne Preisgabe der Grundsätze in Koalitionen den Wünschen der Anhängerschaft, ohne deren Unterstützung eine große Partei der Rechten nicht existieren konnte, zu genügen.

Nach Helfferichs Tod im Frühjahr 1924 und nachdem sich Hergt in den sechs Jahren seit 1918 und insbesondere in den parteiinternen Gegensätzen um den Dawes-Plan »verbraucht« hatte, sah sich Westarp verstärkten Verpflichtungen gegenüber. Die gesplante Abstimmung der Deutschnationalen über den Dawes-Plan am 29. August 1924 – nicht manipuliert, wie damals häufig behauptet, sondern ein Abbild der ideologisch und interessenpolitisch gespaltenen, in taktischen Fragen zerstrittenen Partei – zeigte, wie schwierig es sein würde, diese Partei bei einer Regierungsbeteiligung zu führen. Während der bisherige Partei- und Fraktionsvorsitzende Hergt für den Mißerfolg verantwortlich gemacht wurde, entschied sich die Fraktion, Westarp die Führung der deutschnationalen Politik anzuvertrauen.

Im Januar 1925 war der bisherige Vorsitzende der Reichstagsfraktion und des Reichslandbundes, Martin Schiele, erster deutschnationaler Reichsminister geworden; Westarp wurde zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und lernte damit intensiv die Koalitionsarbeit im parlamentarischen Regierungssystem kennen. Mit dieser Koalition unter Reichskanzler Luther erzielte die DNVP für ihre Anhängerschaft in manchen Bereichen Erfolge, und ihre führenden Politiker waren entschlossen, die Locarno-Politik Stresemanns so lange zu tolerieren, als noch ausländische Zugeständnisse herauszuholen waren, doch überforderte diese Taktik die nicht nur aus Anhängern der Regierungsbeteiligung zusammengesetzte Parteibasis. Die Mehrheit der Landesver-

bandsvorsitzenden erzwang den Austritt aus der Koalition. Doch zeigte Westarps Wahl zum Parteivorsitzenden im Frühjahr 1926, daß neben der Reichstagsfraktion weiterhin starke Kräfte der Partei seinen Kurs für richtig hielten und sich erneut an der Regierung beteiligen wollten. Die Mitarbeit im Kabinett Marx IV vom Januar 1927 bis März 1928 war nicht mehr durch größere außenpolitische Gegensätze wie über die Locarno-Verträge und den Eintritt in den Völkerbund belastet, stellte jedoch mit der Verlängerung des Republikschutzgesetzes die Deutschnationalen, die ohne klärende Diskussion vom Anfang ihrer Parteigeschichte an mit dem Programmpunkt einer monarchischen Restauration gelebt hatten, vor die stärkste Belastungsprobe, obwohl eine realistische Beurteilung der Lage einer Restauration keine aktuelle Chance einräumen konnte, ja die Aktualität der Frage selbst verneinen mußte.

Auch persönlich wurde diese Frage für Westarp, den überzeugten Anhänger der Hohenzollern-Monarchie, eine harte Probe, und sein Entschluß, die derartige Zumutungen stellende Koalition dennoch im Interesse der keineswegs erfolglosen Einwirkung auf die Reichspolitik aufrechtzuerhalten, kostete ihn manche alte Freundschaft und bot den Gegnern innerhalb der Partei Angriffsflächen, vom Auswerten der »Prinzipienlosigkeit« durch gegnerische Parteipropaganda ganz zu schweigen. Wer die innerparteilichen Auseinandersetzungen insgesamt betrachtet – den Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern um das Arbeitszeitnotgesetz und andere sozialpolitische Fragen, die Spannungen im Zusammenhang mit dem Reichsschulgesetz und das preußische Konkordat (um nur das wichtigste zu nennen) –, muß zu dem Ergebnis kommen, daß das Experiment der »Sammelpartei DNVP« trotz mancher Erfolge im Grunde noch nicht voll gelungen war und sich unter stärkerer Belastung noch nicht bewährt hatte.

Der erwartete, wenn auch nicht im Umfang vorausgesehene Rückschlag in den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 offenbarte trotz seiner Folgen zugunsten der Obstruktionspolitik Hugenbergs, daß die Politik Westarps auch weiterhin eine starke Anhängerschaft in der Partei hatte; doch verhinderten Rivalitäten innerhalb dieser Gruppe ein geschlossenes Zusammenwirken. Im Unterschied dazu hatten Hugenbergs alldeutsche Anhänger den monarchischen Streitapfel bereitwillig aufgegriffen und hatten damit die grundsatztreuen Monarchisten unter dem Potsdamer Kreisvorsitzenden Generalmajor a. D. v. Domes für die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden am 20. Oktober 1928 gewonnen.

Während der Zeit vom Oktober 1928 bis Ende November 1929 war die deutschnationale Politik nun mit einer schweren Spannung belastet: Hugenberg gelang es binnen kurzem, die Parteiorganisation unumstritten in die Hand zu bekommen. Dagegen war die Reichstagsfraktion, deren Vorsitzender Westarp blieb, wiederholt nicht bereit, sich Hugenbergs Forderungen, deren Ziel die Beseitigung des parlamentarisch-demokratischen Systems war, zu unterwerfen. Nicht zuletzt das Zusammenspiel Hugenbergs mit der NSDAP im Volksbegehren gegen den Young-Plan verschärfte die Gegensätze: Ende November/Anfang Dezember 1929 trennte sich ein ansehnlicher Teil der jüngeren kooperationswilligen Gruppe von der DNVP, während Westarp noch in der Partei verblieb, aber in Anbetracht der Parteiführung Hugenbergs den Fraktionsvorsitz niederlegte. Hugenberg hatte auch in der nun von seinem Gefolgsman Oberföhren geführten Fraktion keine Mehrheit für seine Politik, zumal als er auch gegenüber der Regierung Brüning trotz ihrer agrarfreundlichen Pläne keine Rücksicht nahm. Die über mehrere Jahre – nicht zuletzt von Westarp – ausgeglichenen, im Interesse des Parteizusammenhalts wie der Staatsnotwendigkeiten gebändig-

ten Gegensätze innerhalb der DNVP brachen nun endgültig auf. Als am 18. Juli 1930 der Bestand der Regierung Brüning in Frage stand, ging der Riß im Reichstag mitten durch die deutschnationale Fraktion.

Westarps Ziel einer großen Partei der Rechten war damit gescheitert. Die von mehreren Gruppen betriebenen Sammlungsversuche vom Juli 1930 bis zum Juni 1932 schufen keinen Ersatz, obwohl Brüning und andere Politiker der Zeit auf die »volkskonservative« Richtung, auf eine »gemäßigte Rechte«, setzten. Westarp wirkte im Reichstag von 1930 als erfahrener Abgeordneter im Auswärtigen Ausschuß und anderen Gremien mit seinem Rat. Die Fraktionsgemeinschaft von Konservativer Volkspartei und Christlich-Sozialem Volksdienst stellte sich unter seinem Einfluß immer wieder der schwer gefährdeten Regierung Brüning zur Verfügung. Daß ihn der Reichspräsident vor wichtigen Entscheidungen zu Rate zog und in den Tagen vor Brünings Sturz an ihn als Kanzler dachte, bis sich herausstellte, daß Papens Nachfolge längst abgesprochen war, verdankte Westarp dem Ansehen, das er sich in einem Vierteljahrhundert deutscher Politik durch Sachkunde und Besonnenheit erworben hatte. Doch blieb ihm nachhaltiger Erfolg versagt.

Mit der Auflösung des Reichstags am 2. Juni 1932 endete Westarps parlamentarische und parteipolitische Wirksamkeit. Der Rückblick auf die Ereignisse seit 1918 in dem Buch »Am Grabe der Parteiherrschaft«, das kurz vor der Reichstagswahl vom 6. November 1932 erschien, war seine letzte in der Öffentlichkeit vernehmbare politische Äußerung. Angesichts der verfassungspolitischen Pläne Papens und Gayls betonte er in dieser Schrift den Wert der Parlamente und Parteien in der Gesetzgebung und bei der Kontrolle der Regierung; nur mit der Aufgabe der Regierungsbildung, dem parlamentarischen System im engeren Sinn, seien die deutschen Parteien der Jahre 1918 bis 1932 überfordert gewesen.

Der 70. Geburtstag Westarps, wenige Tage nach Hindenburgs Tod und dem Wegfall der letzten Schranke für Hitlers Diktatur, und eine letzte größere Zusammenkunft mit einstigen politischen Freunden und Gegnern zu seinen Ehren im Herbst 1934 gaben ihm und seinen einstigen politischen Mitstreitern Anlaß zu einer Bilanz seines politischen Lebens, zur Prüfung der gegenwärtigen Lage und zum Ausblick auf die künftige Entwicklung. Auf Worte eines befriedigten Rückblicks entgegnete er einem alten Konservativen: »Mit der Unmöglichkeit eigener Mitarbeit an den vaterländischen Geschicken würde man sich leichter abfinden können, wenn nicht die schwere Sorge um die weitere Entwicklung auf uns lasten würde.« Einem der jüngeren Deutschnationalen, der den Weg zur Konservativen Volkspartei mitgegangen war, Hans-Erdmann v. Lindeiner-Wildau, stimmte er zu: mit ihm habe er das Vertrauen, »daß die Grundsätze und die Auffassungen preußisch-konservativen Wesens, denen wir gedient haben, nach schweren Übergangszeiten zu ihrem Recht kommen werden. Wann und wie das geschieht, steht nicht in unserer Hand. So bleibt dem rückschauenden Blick das Bewußtsein nach Kräften erfüllter Pflicht.«

2. Die Niederschrift der Memoiren

Die Entlastung von der politischen Tagesarbeit nutzte Westarp zur Niederschrift seiner politischen Erfahrungen. Schon 1931, ausgelöst durch die Kontroversen um Bülow's Denkwürdigkeiten, hatte er in kleineren Abschnitten zur Zeit vor 1914 damit be-

gonnen. Ohne andere Verpflichtungen – die Arbeit für die »Kreuzzeitung« hatte er 1930 beendet – konnte er die Darstellung seiner politischen Arbeit im Kaiserreich überraschend schnell abschließen. Sie fand als solider, quellengestützter Bericht, dessen Autor bemüht war, ein möglichst genaues Bild seiner Politik und seiner Anschauungen in dieser Zeit zu geben, gute Aufnahme. Rücksicht auf die Herrschaft des Nationalsozialismus, unter der die beiden Bände 1935 erschienen, hatte er nur insofern genommen, als er sich jeder Bezugnahme auf die Gegenwart enthielt.

Westarp lebte seit 1932 ganz zurückgezogen – wie bisher in einer Berliner Mietwohnung –, betreut von seiner Frau und seiner unverheirateten Tochter Adelgunde, die seit 1924 seine Mitarbeiterin war. Mehr als in dem Vierteljahrhundert politischer Tätigkeit konnte er nun seiner Liebe zur Musik, vor allem zu Beethoven, lange noch selbst spielend, nachgehen. Einmal im Jahr fand er Erholung in einer 14tägigen Fußwanderung zusammen mit seiner Tochter durch den Thüringer Wald, das Erzgebirge, den Harz. Regelmäßigen Kontakt mit alten Kollegen bot ihm bis in die späten dreißiger Jahre eine Tischgemeinschaft vorwiegend von Juristen konservativer und liberaler Grundhaltung, die alle 14 Tage zusammenkam, deren Vorsitz Eugen Schiffer übernommen hatte, während die Organisation lange Zeit bei dem Herausgeber der »Deutschen Juristenzeitung« Dr. Otto Liebmann lag. Gelegentlich meldeten sich, meist brieflich, alte Freunde, unter ihnen der selbst Erinnerungen schreibende Gottfried Traub oder Gottfried Reinhold Treviranus, der am 30. Juni 1934 sich dem Mordkommando der SS durch Flucht ins Ausland hatte entziehen können.

Die Darstellung der Konservativen Politik in der Weimarer Republik, die er sich noch als Aufgabe gestellt hatte, sollte mehrere Bände umfassen. Auch in ihnen wollte der Autor seine früheren Anschauungen, für die er sich auf einen umfangreichen Bestand privater Quellen stützen konnte, ohne Rücksicht auf die spätere Entwicklung wiedergeben. Weil er nicht damit rechnete, die Veröffentlichung noch selbst zu erleben, beachtete er bei häufigen Hinweisen auf eine Weiterentwicklung in Einzelbereichen eine etwaige Zensur nicht. Spätere Einsichten zu politischen Grundproblemen, deren Zurückstellung, wenn nicht Unterdrückung in diesem Werk der Historiker bedauern wird, sollten offenbar in einer abschließenden Betrachtung folgen. Das Erlebnis der Herrschaft Hitlers führte Westarp dann jedoch dazu, vom Hauptwerk getrennt Betrachtungen zu einigen Problemen anzustellen, um angesichts einer teilweisen Parallelität der ursprünglichen Zielsetzung mit Hitler das Gemeinsame festzustellen, die Unterschiede aber deutlich herauszuheben. Der Einfluß der Gegenwart ließ sich jedoch nicht völlig in dieser Weise abtrennen. Ein indirekter Einfluß bestand darin, daß in der Öffentlichkeit die jüngste Geschichte nur im Sinne der NSDAP dargestellt, auch neuere Forschungen und neu erschlossene Quellen vorwiegend in ihrem Sinne vermittelt wurden. Schon die Kritik Hitlers – und in ihrem Gefolge auch der Öffentlichkeit – an der seiner Ansicht nach falschen Politik aller Parteien im Ersten Weltkrieg konnte bei einem Betroffenen zu innerem Protest führen, und ähnliches galt für die Nachkriegszeit, für die Stellung zur Weimarer Republik, auch zum Parteienstaat. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Autor auch bei stärkstem Bemühen um eine zutreffende Darstellung nun in manchen Fällen Akzente in einem apologetischen Sinn gesetzt, die Ablehnung etwa der sozialistischen Parteien, die er stets betont hat, nun noch stärker hervorgehoben, die Einsicht in die Notwendigkeit der Mitarbeit im republikanischen Staat dagegen hat zurücktreten lassen.

Nach Fertigstellung eines Rohmanuskripts des ersten – hier vorgelegten – Bandes über die Zeit bis zur Reichstagswahl 1920 entschloß sich Westarp, angeregt durch sei-

ne Untersuchung des Streits um den 9. November 1918 im Großen Hauptquartier um die kampflose Hinnahme der Revolution, einen aus der Überprüfung von etwa 150 Memoirenwerken erarbeiteten Überblick über die zeitgenössische Beurteilung Wilhelms II. zu schaffen; er fühlte sich verpflichtet, zu einem gerechten Urteil über den Kaiser beizutragen. Dadurch wurde die Weiterarbeit an der großen Darstellung der »Konservativen Politik« bis ins Jahr 1942 hinausgeschoben.

In den zweieinhalb Jahren bis zur Eroberung Berlins durch die Rote Armee entstanden – bei zunehmender Erschwerung der Arbeit durch Luftangriffe, die bald eine Benutzung der Bibliotheken verhinderte – eine Darstellung der Jahre 1920 bis 1922 und einige vorwiegend die Währungsprobleme behandelnde Kapitel zum Jahr 1923. Doch belasteten den Autor in dieser Zeit nicht nur die äußeren Verhältnisse. Im Januar 1943 starb Gräfin Ada v. Westarp nach fast fünfzigjähriger glücklicher Ehe. Nach dem 20. Juli 1944 galt eine Haussuchung der Gestapo wohl dem auf der Flucht befindlichen Carl Goerdeler, aus Westarps engerem Bekanntenkreis wurde Paul Lejeune-Jung, mit dem er noch bis zuletzt Fühlung gehabt hatte, ein Opfer der nun einsetzenden Verfolgung. In den folgenden Monaten traf Westarp die sich abzeichnende Niederlage und dann völlige Niederwerfung Deutschlands, so sehr ihn die innerdeutsche Diktatur Hitlers und dessen utopische Kriegspolitik bedrückt hatten, als Patrioten schwer.

Wenige Tage, bevor die Sowjetische Militäradministration den Berliner Stadtteil Schmargendorf in britische Verwaltung übergab, wurde Westarp ohne Angabe von Gründen verhaftet. Nach einer mehrwöchigen Haft in Kellerräumen wurde er schwer krank zu seiner Tochter in die nunmehr im britischen Sektor liegende Wohnung entlassen. Dort ist er am 30. Juli 1945 gestorben.

3. Zum Nachlaß Westarp

Als der Autor im Jahre 1942 das Manuskript dieses Bandes so weit abgeschlossen hatte, wie es unter den kriegsbedingten Erschwernissen in Berlin möglich und ohne die Aussicht baldiger Veröffentlichung nötig war, entschloß er sich, die von ihm ausgewerteten Materialien für diesen Band und für das schon 1935 veröffentlichte zweibändige Werk an einen weniger gefährdeten Ort, als es eine Berliner Mietwohnung darstellte, und in einen für zuverlässig gehaltenen Gewahrsam zu verbringen. Er übergab das Material dem Reichsarchiv in Potsdam als Leihgabe unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes. Soweit dies ohne genauere Verzeichnisse gesagt werden kann, befand sich dieses Material seit etwa 1960 im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam; seit 1990 ist es in die Verwaltung des Bundesarchivs übernommen worden.

Das Manuskript des vorliegenden Bandes behielt Westarp zurück, um es bei der weiteren Arbeit heranziehen zu können, und ebenso behielt er Akten und Briefe bei sich, die sowohl die behandelte als auch die noch darzustellende Zeit betrafen. Dies galt etwa für den von 1911 bis 1924 reichenden Briefwechsel mit Ernst v. Heydebrand.

Von 1942 bis 1945 entstanden eine Darstellung der Zeit vom Sommer 1920 bis Ende 1922 sowie einzelne Kapitel zum Jahre 1923. Angesichts der zunehmenden Gefährdung seiner Unterlagen durch Luftangriffe entschloß sich Westarp, das Manuskript 1920–1922 an einen Ort in Thüringen zu Verwandten auszulagern; dort ist es in den Tagen des Einmarsches der Roten Armee vernichtet worden.

Die erhaltenen Manuskripte (1918–1920, 1923) und das Nachlaßmaterial ab 1920, die bei Westarps Tod in der Berliner Wohnung vorhanden waren, wurden von seinen

beiden Töchtern im Herbst 1946 – eingefügt in einen Möbeltransport und unter zeitbedingter Gefährdung durch Beschlagnahme – über die Demarkationslinie bei Öbisfelde an den Wohnsitz der verheirateten Tochter nach Gärtringen, 30 km südwestlich von Stuttgart, verbracht.

Beide Nachlaßteile wurden seither von der historischen Forschung, wenn auch in unterschiedlicher Weise, ausgewertet. Der Teilbestand in Potsdam war seit etwa 1962 vorwiegend Historikern aus der DDR zugänglich und wurde unter anderem für das SED-offizielle Handbuch »Die bürgerlichen Parteien in Deutschland seit 1848« (2 Bände, Berlin 1970, in 2. Auflage als »Lexikon zur Parteiengeschichte« zu vier Bänden erweitert) in den Artikeln über die Deutschkonservative Partei, die Deutschnationale Volkspartei und zahlreiche kleinere Gruppen wie die Konservative Volkspartei und den Bund der Aufrechten, ferner zu Untersuchungen über die frühen Jahre der DNVP herangezogen. Zahlreiche nichtdeutsche Historiker konnten diesen Nachlaßbestand einsehen, ferner Annelise Thimme und Joachim Striesow; dem Bearbeiter wurde dies bis 1989 selbst für die Verifizierung der in diesem Band zitierten Quellen nicht gestattet.

Für die Auswertung des Nachlaßteils in Gärtringen zeichnete sich seit 1949 – auch beim Gedankenaustausch des Bearbeiters mit Rudolf Stadelmann, Hans Rothfels und Werner Conze – als die der Geschichtswissenschaft am besten dienende Lösung ab, die abgeschlossenen Manuskripte zu veröffentlichen und die übrigen erhaltenen Materialien ab dem Jahre 1920 wissenschaftlich zu edieren. Von Anfang an war vorgesehen, den Nachlaß auch vor Abschluß der Editionen der Forschung zugänglich zu machen; nur in wenigen Fällen wurden Texte – wenigstens ihre vollständige Publikation – der entsprechenden Edition vorbehalten.

Ein in sich abgeschlossenes Kapitel aus dem Manuskript 1918–1920, »Das Ende der Monarchie am 9. November 1918«, wurde vorweg, 1952, von Werner Conze herausgegeben, der auch eine Niederschrift »Zum Sturz Brünnings« veröffentlichte und eine Aufzeichnung aus der Vorgeschichte der Präsidialkabinette intensiv auswertete. Die Einsicht in den Nachlaß durch etwa 80 Historiker, vor allem aus Westdeutschland und aus den USA, hat sich in zahlreichen Veröffentlichungen niedergeschlagen, so in umfassenden Arbeiten wie denen von Karl Dietrich BRACHER: Die Auflösung der Weimarer Republik, und Michael STÜRMER: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, in Untersuchungen zur Geschichte der DNVP und anderer rechtsstehender Parteien, für 1918–1924: LIEBE, HERTZMAN, ERGER, STRIESOW, 1924–1928: DÖRR und CHANADY, 1928–1933: FRIEDENTHAL, JONAS und HILLER, ferner in einer Fülle von Einzeluntersuchungen zur Politik der DNVP (Außenpolitik, Aufwertung, Sozialpolitik, Agrarpolitik).

Die Edition des Gesamtmaterials steht noch aus. Ihre aus äußeren Gründen unerläßlich strenge Auswahl wird nach den von Westarp innegehabten Positionen und ausgefüllten Funktionen vor allem jene Quellen heranzuziehen haben, die Aufschluß über seinen Anteil an der Führung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion und über die anderen dabei mitwirkenden Kräfte, von einzelnen Persönlichkeiten bis zu großen Organisationen, von ideologisch geprägten Gruppen und der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, geben.

4. Zur Edition

Das hier herausgegebene Werk wurde von Graf Westarp in den Jahren 1935 bis 1937 erarbeitet und 1942 noch einmal durchgesehen. Seine Helferin war, wie schon bei der Arbeit über die Jahre 1908 bis 1918, seine unverheiratete Tochter Adelgunde (1895–1960), die ihm seit 1924 auch während der politischen Arbeit zur Seite gestanden hatte. Sie beschaffte und exzerpierte die Literatur, für die die Bibliotheken des Deutschen Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses bis in die Kriegsjahre zur Verfügung standen; sie übertrug, falls Westarp ihr nicht diktiert hatte, die handschriftlichen Entwürfe in Maschinschrift. Sie verwaltete auch die Akten, die sie seit 1924 selbst angelegt und geführt hatte. Während des Krieges war ihre Mitarbeit zeitlich eingeschränkt, weil sie zum Luftschutzdienst verpflichtet war.

Das Manuskript des Bandes besteht aus 1 650 Seiten einer das Format DIN A 4 etwas überschreitenden Länge. Der maschinschriftliche Text ist von Westarp häufig handschriftlich geändert worden; seine Tochter änderte ohne Zweifel am Text nur auf Grund seiner Weisungen, bearbeitete dagegen Zitate und Belege selbständig. Nach Umarbeitungen waren Seiten einzufügen, umzukleben und neu zu paginieren. Die Belege wurden als Fußnoten auf die jeweilige Seite geschrieben und seitenweise nummeriert.

Der Zustand des Manuskripts auf einem gelblich getönten, wenig stabilen Papier ließ es 1948 geraten erscheinen, vor einer Auswertung für die Forschung und Vorarbeiten für die Edition eine vollständige und korrekte Reinschrift anzufertigen. Dies ist zwischen 1948 und 1950 unter Aufsicht von Gräfin Adelgunde Westarp, die auch die schwer lesbare Handschrift ihres Vaters am besten entziffern konnte, geschehen. In Arbeiten, die bisher das Manuskript ausgewertet haben (vor allem LIEBE, HERTZMAN, ERGER, STRIESOW, STUPPERICH) ist nach dieser neuen, in die einzelnen Teile gegliederten Seitenzählung zitiert.

Der Text der Edition folgt dem Manuskript mit nachstehenden Abweichungen:

1. Orthographie und Interpunktion wurden behutsam modernisiert. Neben anderen Gründen läßt sich hierfür auch anführen, daß der Autor bei seiner umfangreichen publizistischen Tätigkeit ohnehin derartige Eingriffe von Redaktionen und Setzern gewohnt war und hinnahm. Offenkundige Schreib- und Flüchtigkeitsfehler wurden stillschweigend beseitigt.

2. Zitate wurden überprüft und gegebenenfalls nach der Vorlage richtiggestellt. Für den größten Teil der Briefzitate war dies erst im Jahre 1990 möglich, als der Bearbeiter erstmals die Möglichkeit zur Einsicht in den Potsdamer Nachlaßteil erhielt. Nach dem Ergebnis dieser Kollationierung kann bei den wenigen nicht überprüfbaren Zitaten unterstellt werden, daß der Inhalt korrekt wiedergegeben ist und sich höchstens kleinere formale Abweichungen eingeschlichen haben. Bei den wenigen handgeschriebenen Briefen, vor allem Heydebrands, wurde die Orthographie beibehalten – auch um die Zugehörigkeit des Briefpartners zu einer älteren Generation und Lebensweise zu kennzeichnen.

3. Kürzungen und Streichungen betreffen vor allem Parallelzitate, insbesondere Zeitungsartikel. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Kürzung nicht Äußerungen traf, deren Inhalt im Manuskript sonst nicht enthalten war. Das gleiche gilt für Wiederholungen und breite Ausführungen in Westarps eigenem Text.

Kürzungen und Streichungen werden mit [...] gekennzeichnet. Dieses Zeichen entfällt am Anfang und Ende von Zitaten, wenn ohnehin erkennbar ist, daß es sich um Auszüge handelt.

4. Bei größeren Kürzungen am Westarpschen Text gibt der Bearbeiter Zusammenfassungen des Inhalts. Diese Einschübe sind petit gesetzt. Da es sich um Kürzungen handelt – nicht etwa um Kommentare –, konnte auch hier auf Auslassungszeichen verzichtet werden.

5. Hervorhebungen im Text, die kursiv gesetzt sind, stammen vom Autor. Hervorhebungen in Zitaten, ebenfalls kursiv gesetzt, entsprechen der zitierten Quelle.

6. Die vom Autor vorgesehenen Literaturangaben und Belege seiner Quellen, die vor allem Zeitungsartikel betreffen, sind vom Bearbeiter durch Hinweise auf zeitgenössische Literatur und auch geschichtswissenschaftliche Werke aus der Zeit nach dem Abschluß des Manuskripts ergänzt. Quellen, deren Absender oder Empfänger der Autor ist und die in den beiden Nachlaßteilen liegen, werden nicht eigens nachgewiesen.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- ALBERTIN Lothar ALBERTIN: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- BENZ Wolfgang BENZ: Süddeutschland in der Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923, Berlin 1970.
- BLECHSCHMIDT Herbert BLECHSCHMIDT: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1920. Phil. Diss. Jena 1970.
- BRACHER Karl Dietrich BRACHER: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.
- BRAMMER Karl BRAMMER: Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution unter Verwendung amtlichen Materials, Berlin 1920.
- BROCKDORFF-RANTZAU Ulrich K. Graf von BROCKDORFF-RANTZAU: Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925.
- CHANADY Attila CHANADY: The Disintegration of the German National People's Party 1924–1930, in: *Journal of Modern History*, 39 (1967), S. 65–91.
- CLEINOW Georg CLEINOW: Der Verlust der Ostmark. Die Deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19, Berlin 1934.
- DÖRR Manfred DÖRR: Die Deutschnationale Volkspartei 1925–1928, Phil. Diss. Marburg 1964.
- EPSTEIN Klaus EPSTEIN: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt a. M. 1962.
- ERGER Johannes ERGER: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.
- FRIEDENTHAL Elisabeth FRIEDENTHAL: Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Phil. Diss. Tübingen 1957.
- GROENER Wilhelm GROENER: Lebenserinnerungen. Jugend – Generalstab – Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957.
- HASSELL Ulrich von HASSELL: Der Kreis schließt sich. Aufzeichnungen in der Haft 1944, hrsg. von Malve von Hassell, Berlin 1994.
- HEINEMANN Ulrich HEINEMANN: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

- HELFFERICH Karl HELFFERICH: Fort mit Erzberger! (Flugschriften des Tag Nr. 8), Berlin 1919.
- HERTZMAN Lewis HERTZMAN: DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924, Lincoln 1963.
- HILLER, DNVP Friedrich Frhr. HILLER VON GAERTRINGEN: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 541–652.
- HILLER, Monarchismus Friedrich Frhr. HILLER VON GAERTRINGEN: Zur Beurteilung des »Monarchismus« in der Weimarer Republik, in: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a.M./ Berlin/Wien 1976, S. 138–186.
- HUBER, Dokumente II Ernst Rudolf HUBER (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851 bis 1918, Stuttgart 1964.
- JONAS Erasmus JONAS: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.
- Kabinett Scheidemann Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, Wolfgang MOMMSEN u. a. Das Kabinett Scheidemann. 13. 02. 1919–20. 06. 1919, bearb. von Hagen SCHULZE, Boppard a. Rh. 1971.
- KIELMANSEGG Peter Graf KIELMANSEGG: Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.
- KOLB Eberhard KOLB: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962.
- Lexikon zur Parteigeschichte I, II, III, IV Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., hrsg. von Dieter Fricke, Köln 1983–1986.
- LIEBE Werner LIEBE: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956.
- LUCKAU Alma LUCKAU: The German Delegation at the Paris Peace Conference, New York 1941.
- LÜTTWITZ Walther Frhr. von LÜTTWITZ: Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934.
- MOMMSEN Wilhelm MOMMSEN: Deutsche Parteiprogramme, München 1960.
- MORSEY Rudolf MORSEY: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
- MUMM Reinhard MUMM: Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, Berlin 1933.

- NDB Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 ff., Berlin 1953 ff.
- NOSKE Gustav NOSKE: Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920.
- PUHLE Hans-Jürgen PUHLE: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Quellen 1/I und II Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 bearb. von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, 2 Bde., (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 1 in zwei Teilen), Düsseldorf 1959.
- Quellen 6/I und II Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 6 in zwei Teilen), Düsseldorf 1969.
- RABENAU Friedrich VON RABENAU (Hrsg.): Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940.
- SALEWSKI Michael SALEWSKI: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland, 1919–1927, München 1966.
- SCHEMANN Ludwig SCHEMANN: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne, München/Berlin 1937.
- SCHNEIDER Werner SCHNEIDER: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik, München 1978.
- SCHÖLLGEN Gregor SCHÖLLGEN: Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990.
- SCHULTHESS SCHULTHESS Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 1914 ff., München 1919 ff.
- SCHULZE Hagen SCHULZE: Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard a. Rh. 1969.
- SCHWENGLER Walter SCHWENGLER: Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.
- Sitzungs-Ber. Pr. LV. Sitzungsberichte der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Tagung 1919/21, Bd. 1 ff., Berlin 1921.
- Sitzungs-Ber. Pr. LV. Anl. Sammlung der Drucksachen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Anlagen zu den Sitzungs-Berichten. Tagung 1919/21, Bd. 1 ff., Berlin 1921.
- STEGLICH Der Friedensappell Papst Benedikts XV vom 1. August 1917 und die Mittelmächte: diplomatische Aktenstücke des Deutschen Auswärtigen Amtes, des Bayerischen Staatsministeriums des

- Äussern, des Österreichisch-Ungarischen Ministeriums des Äussern und des Britischen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1915–1922, bearb. und hrsg. von Wolfgang Steglich, Wiesbaden 1970.
- Sten. Ber.
Nat.-Vers. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung, Bd. 326–333, Berlin 1920.
- Sten. Ber.
Nat.-Vers. Anl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bd. 335–343, Berlin 1920.
- Sten. Ber. RT. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. I. Wahlperiode 1920, Bd. 344–361, Berlin 1921–1924.
- Sten. Ber. RT. Anl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bd. 363–380, Berlin 1924.
- STEPHAN Werner STEPHAN: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
- STOSCH Albrecht VON STOSCH: Die Kriegsbeschuldigtenfrage. Ihre Bedeutung für Deutschland und den Feindbund (Deutscher Michel, wach auf!, Heft 13), Hannover/Leipzig 1924.
- STRIESOW Jan STRIESOW: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981.
- STÜRMER Michael STÜRMER: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
- STUPPERICH Amrei STUPPERICH: Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933), Göttingen 1978.
- THIMME Annelise THIMME: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
- Urkunden zum Friedensvertrage I und II Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919, zusammengestellt von Herbert Kraus und Gustav RÖDIGER (Kommentar zum Friedensvertrage, Ergänzungsband Teil I und II), Bd. 1, Berlin 1920, Bd. 2, Berlin 1921.
- VOLKMANN Erich Otto VOLKMANN: Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930.
- WEISS,
Der nationale Wille Max WEISS (Hrsg.): Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, Berlin/Leipzig 1928.
- WEISS,
Politisches Handwörterbuch Politisches Handwörterbuch (Führer-ABC), zusammengestellt, bearb. und hrsg. von Max WEISS. Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle, Berlin 1928.
- WESTARP I und II Kuno Graf VON WESTARP: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde., Berlin 1935.

- WESTARP,
Am Grabe der Partei-
herrschaft
- Kuno Graf VON WESTARP: Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918–1932, Berlin 1932.
- WESTARP,
Ende der Monarchie
- Kuno Graf VON WESTARP: Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Abschließender Bericht nach den Aussagen der Beteiligten, hrsg. von Werner Conze, Stollhamm/Berlin 1952.
- WESTARP,
Gewaltfriede
- Kuno Graf VON WESTARP: Gewaltfriede und Deutschnationale Volkspartei (Konservative Flugschrift Nr. 14), Berlin 1919.
- WESTARP,
Regierung des
Prinzen Max
- Kuno Graf VON WESTARP: Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918. Material zu den Verhandlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfragen, Berlin 1928.
- WIPPERMANN,
Ergänzungsband
- Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland, begründet von Karl WIPPERMANN, hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, Ergänzungsband: Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles. Oktober 1918–Juni 1919, Leipzig 1921.
- WUA
- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, hrsg. von Albrecht Philipp, Bd. 1–12/I, Berlin 1925–1930.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt	DZA	Deutsches Zentralarchiv (Potsdam, DDR-Zeit)
Abg. kam.	Abgeordnetenversammlung	ebd.	ebenda
abgedr.	abgedruckt	ehem.	ehemalig
ADV	Alldeutscher Verband	erbl.	erblich
Anm.	Anmerkung(en)	franz.	französisch
Art.	Artillerie	Freikons.	Freikonservative Partei/frei- konservativ
Aufl.	Auflage	FsVg	Freisinnige Vereinigung
AuS-Räte	Arbeiter- und Soldatenräte	FsVP	Freisinnige Volkspartei
Bad.	Baden/badisch	FVP	Fortschrittliche Volkspartei
Bayr.	Bayern/bayerisch	Geh.	Geheimer
Bd./Bde.	Band/Bände	Gen.	General
BdL	Bund der Landwirte	Geschäftsf.	Geschäftsführer/Geschäfts- führerin
Begr.	Begründer	Hosp.	Hospitant
bkF	bei keiner Fraktion	Hrsg.	Herausgeber
BVP	Bayerische Volkspartei	HZ	Historische Zeitschrift
CDI	Centralverband Deutscher Industrieller	Inf.	Infanterie
CDU	Christlich-Demokratische Union	IP	Innere Politik der Woche (Leitartikel der »Kreuzzei- tung«)
ChrBP	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei	Komm.	Kommandant/Komman- deur/Kommandierend
ChrNA	Christlich-Nationale Arbeits- gemeinschaft	Kons.	Deutsch-Konservative Par- tei/konservativ
ChrS/WV	Christlich-sozial/Wirtschaft- liche Vereinigung	Korr.	Korrespondenz
CSVD	Christlich-Sozialer Volks- dienst	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
d. n./D. N.	deutschnational	Kreuz-Ztg.	Neue preußische (Kreuz-)Zeitung (Berlin)
DDR	Deutsche Demokratische Re- publik	KVP	Konservative Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei	LT	Landtag
DF	Deutsche Fraktion	LV	Landesversammlung
DFsP	Deutsche Freisinnige Partei	M	Mark
DHannovP	Deutsch-Hannoversche Par- tei	MdB	Mitglied des Bundestags
DHV	Deutschnationaler Hand- lungsgehilfenverband	MdL	Mitglied des Landtags
Dir.	Direktor	MdNV	Mitglied der Nationalver- sammlung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	MdPrAH	Mitglied des preußischen Ab- geordnetenhauses
DRP	Deutsche Reichspartei	MdPrHH	Mitglied des preußischen Herrenhauses
DsP	Deutschsoziale (Re- form-)Partei	MdprL	Mitglied des preußischen Landtags
DvF	Deutschvölkische Freiheits- partei	MdLV	Mitglied der (Verfassungsge- benden) Landesversammlung
DVP	Deutsche Volkspartei		

Abkürzungen

MdProvL	Mitglied des Provinziallandtags	Sp.	Spalte
MdR	Mitglied des Reichstags	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Min.	Minister/Ministerium	SS	Schutzstaffel der NSDAP
Mitgl.	Mitglied	Stellvertr.	Stellvertreter/stellvertretend
ms.	maschinenschriftlich	StS	Staatssekretär
MRdV	Mitglied des Rates der Volksbeauftragten	Tsd.	Tausend
MSPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mehrheitssozialisten)	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
NDB	Neue Deutsche Biographie	UStS	Unterstaatssekretär
NF	Nationalsozialistische Freiheitspartei	VA	Völkische Arbeitsgemeinschaft
NL	Nationalliberale Partei/nationalliberal	VDST	Verein Deutscher Studenten
NRW	Nordrhein-Westfalen	Vera	Vera Verlagsanstalt GmbH
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	VKV	Volkskonservative Vereinigung
NV	Nationalversammlung	Vors.	Vorsitzender
OB	Oberbürgermeister	VRP	Volksrechtspartei
OHL	Oberste Heeresleitung	VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
OVG	Oberverwaltungsgericht	WBWB	Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund
Parl.	Parlament/parlamentarisch	Westf.	Westfalen/westfälisch
Präs.	Präsident	WP	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)
preuß.	preußisch	WTB	Wolffs Telegraphisches Büro AG
RBl.	Reichsblatt	WUA	Werk des Untersuchungsausschusses
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie	Württ.	Württemberg/württembergisch
Reg. Rat	Regierungsrat	WV	Wirtschaftliche Vereinigung
RGBl.	Reichsgesetzblatt	Z	Zentrum (Deutsche Zentrumspartei)
RLB	Reichslandbund	ZK	Zentralkomitee
RT	Reichstag	ZStA	Zentrales Staatsarchiv (der DDR)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands		
Schles.	Schlesien/schlesisch		
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands		

Edition

Konservative Politik
im Übergang vom Kaiserreich
zur Weimarer Republik

Von
Kuno Graf von Westarp



*Kuno Graf von Westarp
Zeitgenössische Postkarte (1928)*

*Versuche Deine Pflicht zu tun, und Du weißt gleich, was an Dir ist.
Was aber ist Deine Pflicht? Die Forderung des Tages.*

Die Wahrheit dieses Goethe-Wortes habe ich in den anderthalb Jahren meines Lebens erfahren, deren politische Erlebnisse ich in diesem Buch schildere. Nachdem in den Novembertagen 1918 alle ideellen und äußeren Grundlagen meiner bisherigen konservativen Lebensarbeit zerschlagen waren, kämpfte ich über Jahr und Tag mit dem Entschluß, aus der politischen Arbeit auszuschneiden. Ich glaubte, die Erfüllung des Wunsches nach Befreiung von schwerer Last vor mir verantworten zu können. Die Rückkehr zu höchstrichterlicher und wissenschaftlicher Arbeit am preußischen Verwaltungsrecht und seiner Geschichte, geistige Beschäftigung auf anderen Gebieten, zu der ich die Muße zurückgewinnen konnte, vielleicht der Übergang zu akademischer Lehrtätigkeit entsprach, wie ich glaubte, ebenso meinen Fähigkeiten wie meiner Neigung und schien für mich geboten zu sein, nachdem das feindliche Diktat und der Umsturz der konservativen Politik, wie ich sie vertrat, jede Aussicht auf Erfolg versperrte.

Aber »die Forderung des Tages« mußte erfüllt werden. Die »Kreuzzeitung«, der ich zu politischer Leitung und zur Wochenschau vertraglich verpflichtet war, konnte ich nicht in schwerer Gefahr im Stich lassen. Als Abgeordneter des gewaltsam ausgeschalteten Reichstages hatte ich für dessen verfassungsmäßiges Recht einzutreten. Die Fraktion und Partei, die mir führende Stellungen übertragen hatten, beanspruchten meine Mitarbeit an dem Übergang in die neuen Verhältnisse. Die deutschnationale Partei forderte von mir, der ich diesen Übergang vertrat, Mitarbeit auf allen Gebieten, und ihr Parteivorstand drängte darauf, daß ich mich wählen ließ. So oft und dringend diese Verpflichtungen von außen geltend gemacht wurden, größer noch war der Zwang des eigenen Bewußtseins politischer oder, um ein großes Wort zu gebrauchen, geschichtlicher Verantwortung. Tag für Tag verboten es Ehre und Gewissen, die bisherige konservative Kriegs- und Friedenspolitik äußerem Zwang folgend auch nur stillschweigend zu verleugnen. Tag für Tag traten, alles andere an Eindruck überragend, die Folgen des äußeren und inneren Zusammenbruches ein, die mich wie mit einer auf das eigene Gewissen gerichteten Pistole zum Kampf riefen. Die Erfahrungen und Beziehungen, die mir die sechs Friedens- und vier Kriegs-Jahre parlamentarischer Arbeit eingebracht hatten, durften nicht ungenutzt bleiben. Sie mußten gegen die Fremdherrschaft, gegen die revolutionären Mächte, gegen den inneren Zerfall eingesetzt werden.

Die Arbeit, die ich zu leisten verpflichtet war, um den Forderungen des Tages gerecht zu werden, hat Zeit und Kraft voll ausgefüllt, den Versuch, mich in stiller Zurückgezogenheit amtlicher und wissenschaftlicher Arbeit zu widmen, für immer vereitelt, mich schließlich in den Reichstag zurückgebracht. Entgegen den Wünschen und Vorstellungen, die ich mir über das gemacht hatte, »was an mir ist«, hat sie mich für die nächsten zwölf Jahre zum parlamentarischen und schriftstellerischen Berufspolitiker in zeitweise führenden Parteistellungen und in der vaterländischen Bewegung gemacht.

Die Fülle der einzelnen Arbeiten, die mir die Forderung des Tages seit dem Umsturz in ununterbrochener Folge auferlegte, ließ mich erst allmählich – vollständig vielleicht erst durch den jetzt niedergeschriebenen Rückblick – zur Klarheit über ihren einheitlichen Sinn kommen. Eine neue konservative Politik mußte geschaffen werden. Oft trat mir nicht nur von Gegnern die Auffassung entgegen, daß für konservative Anschauungen überhaupt kein Raum mehr da sei. Diesen Gedanken lehnte ich ab. Der Zusammenbruch war – dafür mußte ich nach allem, was ich erlebt hatte, Zeugnis ablegen – nicht erfolgt, weil der konservative, monarchisch-preußische Staatsgedanke mit seinem nationalen Inhalt die Politik bestimmt hatte, sondern weil er verlassen und niedergekämpft worden war. Nur wenn er wieder in Kraft gesetzt wurde, konnte das zusammengebrochene Reich und Volk neu aufgerichtet werden. Vernichtet aber waren alle nationalen Güter, für die wir Konservativen gearbeitet hatten, zerstört der Aufbau der inneren Rechtsverhältnisse, dem wir die Mittel politischer Einflußnahme angepaßt hatten. Nun mußten dafür die neuen Ziele konservativer Politik, die sich aus der Fremdherrschaft, aus dem revolutionären Chaos, aus der Unfähigkeit des republikanischen Parteilages ergaben, erkannt und festgelegt, neue Methoden und Organisationen der politischen Arbeit in Parlament und Agitation mußten geschaffen werden.

So vordringlich diese Umstellung war, so unerläßlich war es, dabei die staatspolitischen und sittlichen Grundlagen konservativen und nationalen Denkens und Wollens nicht preiszugeben, sondern für die neuen Aufgaben praktisch verwertbar zu machen und bei ihrer Lösung folgerichtiger noch als bisher anzuwenden. Rückschauend will ich nicht behaupten, daß ich diese Umstellung der konservativen Politik nach klar erkanntem einheitlichen Plan in Angriff genommen habe. Wenn gleichwohl alle politischen Arbeiten, die ich in den 19 Monaten bis zu meiner Wiederwahl im Juni 1920 zu verrichten hatte, in ihrer Gesamtheit das Bild einer planmäßig in dem besprochenen Sinne durchgeführten Umstellung ergaben, so lag das daran, daß ich nach meiner ganzen Vergangenheit gewissermaßen unwillkürlich bemüht gewesen bin, jede auf mich eindringende neue Aufgabe nach den bewährten konservativen, staatspolitischen und nationalen Grundsätzen zu lösen. Daß meine Kandidatur zur Nationalversammlung, zu der ich mich bereit erklärt hatte, von deutschnationalen Landesverbänden abgelehnt wurde, war ein Vorteil für meine Arbeit. Der Gewinn an äußerer Zeit und äußerer Ruhe, den mir das einbrachte, war nicht sehr groß und nicht entscheidend. Die Klarheit und Festigkeit des Denkens hat dadurch nur gewinnen können, daß ich in der Zeit des grundsätzlichen Abbaus nicht in dem parlamentarischen Wirrwarr mit seiner zermürbenden inneren Unrast und all seinen parlamentarischen Rücksichten habe stehen brauchen.

Durch diese Aufbauarbeit habe ich mir für die zwölf weitere Jahre hindurch getriebene konservative und nationale Politik die Gedankenwelt, die praktischen Möglichkeiten politischen Einflusses, die Plattform öffentlicher Wirksamkeit in Wort und Schrift geschaffen. Das Ergebnis sei hier kurz zusammengefaßt.

Die beherrschende Stellung, die ich damals dem Kampf für die Befreiung von der Fremdherrschaft im politischen Leben und öffentlichen Denken angewiesen habe, ist für mich oberster Grundsatz der weiteren zwölf Jahre geblieben. Bis in die meisten Einzelheiten des Versailler Diktates hinein – hinsichtlich der Schuldfrage, der Entwaffnung und Wehrlosigkeit, der Militärkontrolle des Völkerbundes und des Abrüstungsbetruges, der Kontributionen und Sanktionen – finde ich in meinen Arbeiten jener ersten Zeit die maßgebenden Gedanken jenes Widerstandes gegen den äußeren Feind

und die innere Politik der pazifistischen Schwäche, der Nachgiebigkeit und Erfüllung wieder, für den ich mich weiterhin eingesetzt habe. Meine Propaganda für den Willen und die Kraft zum Abschütteln des Versailler Joches und für die dazu erforderliche staatspolitische und nationale, geistige und sittliche Erneuerung setzte gradlinig oft mit denselben Gedanken das unmittelbar nach dem Zusammenbruch begonnene Werk fort.

Den »Kampf gegen das System« habe ich gleichfalls nach meinem Eintritt in den Reichstag im Juni 1920, später als Fraktions- und Parteivorsitzender in dem parlamentarischen Getriebe und unter dem vollen Einfluß des Fraktions- und Partei-Interesses weiter zu führen gehabt. In voller Schärfe aufgenommen und seinen Grundgedanken aufgebaut habe ich auch ihn schon vorher.

Infolge des spartakistischen Bürgerkrieges mußte ich bereits unmittelbar nach dem Umsturz Stellung dazu nehmen, daß Offiziere und Freikorps, daß Beamtentum, die nationalen Parteien und die vaterländische Bewegung trotz aller Gegnerschaft gegen das revolutionäre System in der inneren und äußeren Not des Landes der Regierung ihre Mitarbeit nicht versagen konnten. Sie mußten die revolutionären Machthaber gegen das Chaos schützen, und ihrerseits auf gewaltsamen Widerstand gegen sie zum mindesten praktisch verzichten. Sie waren gezwungen, sich für ihre politische Arbeit der Mittel des grundsätzlich von ihnen verworfenen Systems der Parlamentsherrschaft und Massenwahl zu bedienen. Der innere Konflikt, der daraus für die Partei und den einzelnen nationalen Politiker erwuchs, mit den Gedanken, die ich mir von Anfang an über die immer unvollkommen und unbefriedigend bleibende Möglichkeit seiner Lösung erarbeitet habe, ist gleichfalls zum ständigen Begleiter meines politischen Lebens und schließlich zum Schicksal meiner Parteiführung geworden.

Der Erlaß der Not-Verfassung und der Weimarer Verfassung gab ausreichend Anlaß, in unmittelbarem Anschluß an früher geführte Kämpfe die ablehnende Kritik an dem verfassungsrechtlichen System der republikanischen Parlaments-, Partei- und Massenherrschaft zu unterbauen. Die Diktate von Compiègne boten den Grund, ihm auch das nationale Daseinsrecht abzusperechen. Schon die Chronistenpflicht des Wochenschauers und in steigendem Maße die mit meinen Wahlaussichten verbundene Notwendigkeit, mich mit den parlamentarischen Kämpfen zu beschäftigen, führten mich zur Eröffnung meines Kampfes gegen die Machthaber des neuen Systems, die Regierungskoalitionen der Mehrheitsparteien. Daran, insbesondere an der damals eingehend verfochtenen Ablehnung jedes Regierungsbündnisses mit den Sozialdemokraten, habe ich bis zum Abschluß meiner politischen Laufbahn festgehalten.

Gerade unter dem frischen Eindruck des revolutionären Verrates vom November und seiner Folgen wurde mir das Festhalten an dem Königtum und Kaisertum der Hohenzollern und das Eintreten für den so schamlos geschmähten Kaiser Wilhelm II. zur unerläßlichen Pflicht, die ich gleichfalls bis zum Schluß meiner politischen Laufbahn mit den von Anfang an vertretenen Gründen erfüllt habe. In meiner monarchischen Propaganda forderte ich die Rückkehr zur bewährten Überlieferung der preußisch-deutschen Geschichte. Als Monarchist stellte ich dem Unwesen der parlamentarischen Massenherrschaft die Notwendigkeit starker preußischer Führung entgegen. Die Durchführung des »Führergedankens«, den man später unter dieser Bezeichnung auf den Schild erhoben hat, habe ich stets für Preußen-Deutschland durch die Rückkehr zur Monarchie zu erreichen gesucht.

In der Republik, die von den Parteien des Massenrechtes absolut regiert wurde, war eine starke Partei die Voraussetzung jeder politischen Arbeit. Diese bittere Erkenntnis

hat mich den inneren Konflikt, in den der nationale Politiker durch seine Pflicht zu politischer Arbeit in dem von ihm abgelehnten System versetzt wurde, in seiner ganzen Schärfe empfinden lassen. Die Teilnahme an der Gründung der neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Partei ist mir sehr schwer geworden. Innere Hemmung bereitete mir der Schmerz, die konservative Partei preisgeben zu müssen, die Befürchtung, zu schwächlichen Kompromissen genötigt zu werden, die heftige Abneigung gegen die unvermeidlichen Methoden und Folgen des agitatorischen Buhlens um die Gunst der Wählermassen. Dazu kam die festgewurzelte sachliche Überzeugung von der Verwerflichkeit des ganzen Systems, um immer wieder in mir den Zweifel aufkommen zu lassen, ob es, zum mindesten für mich persönlich, nicht richtiger sei, dem ganzen System feindselige Enthaltung entgegenzustellen. Über diese Hemmungen hinweg drängte mich die Forderung des Tages und die Not des Vaterlandes in die aktive, immer rückhaltloser werdende Teilnahme an der gebotenen Schaffung des neuen Partei-Instrumentes nationaler Politik.

In dieser Arbeit gewann ich den leitenden Grundgedanken meiner deutschnationalen Parteipolitik. Eine große geschlossene Wählerzahl war im Zeitalter der Massenherrschaft nicht nur Voraussetzung jedes Einflusses auf die Tagespolitik, sondern mußte auch um der Zukunftsziele willen in einer umfassenden Volksgemeinschaft vereinigt werden. Das erstrebten wir durch die mit meiner vollen Zustimmung ausgearbeiteten Parole, daß wir durch das einigende Band christlicher, nationaler und sozialer Auffassungen Mitglieder aller Volkskreise unter Überbrückung der politischen, religiösen, weltanschaulichen Unterschiede der Meinungen und der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der Interessen zu nationalem politischen Handeln zusammenschließen wollten. Die Partei sollte ein Vorbild der nationalen, alle Spaltungen überwindenden Einheit und Kampfgemeinschaft werden, ohne die das deutsche Schicksal nicht zu meistern war. Ich behielt mir das Recht vor, die Politik der Partei so weit als möglich an das konservative Fahrwasser zu drängen, erkannte aber auch die Pflicht an, praktische Zugeständnisse an andere Richtungen zu machen, soweit sie noch erträglich und im Interesse der nationalen Sammlung unerlässlich waren. Diese Stellung zur inneren Parteipolitik habe ich bei der Gründung der Partei und in den Verhandlungen der ersten anderthalb Jahre durch inneren Kampf mit alten Überzeugungen und Empfindungen und mit Opfern persönlicher Art, wie dem Verlust rückhaltlosen Einvernehmens mit meinem älteren Freund und Führer v. Heydebrand, eingenommen. Um so entschiedener habe ich in der Folgezeit an ihr festgehalten. Gegen den äußeren Feind und die herrschenden Träger des Systems verfocht ich kompromißlose Härte; innerhalb der DNVP betrieb ich bis zum bitteren Ende meines Austritts (1930) auch, wo es schwer zu tragende Kompromisse kostete, den Ausgleich der Gegensätze. Neben der Partei erwuchsen mir aus der Arbeit der ersten 19 Monate noch andere Möglichkeiten propagandistischer Tätigkeit, an erster Stelle die Führung der »Kreuzzeitung«, die nach alter Überlieferung viel Beachtung fand. Dazu traten alte und neue Beziehungen zu anderen Presse-Organen und zu mannigfachen nationalen Vereinigungen.

So hat mir die Arbeit der ersten 19 Monate die feste Grundlage meiner in der November-Republik getriebenen konservativen Politik geschaffen. Die dabei gewonnenen nationalen und staatspolitischen Grundsätze und Gedankengänge kehren in den folgenden 12 Jahren häufig wieder, nicht selten dem agitatorischen Brauch der Wiederholung entsprechend in fast gleichlautender Formulierung. Natürlich konnte ich ihnen nicht eine starre Unabänderlichkeit zugestehen. In der Anwendung auf die wech-

selnden Ereignisse wurden sie weiter ausgeführt, ergänzt, erweitert, in Einzelheiten neu gestaltet. Die grundlegenden Ideen der auf die neuen Ziele und Methoden umgestalteten konservativen Politik habe ich, mochte es sich um den Befreiungswillen und die Wehrhaftigkeit oder um den Kampf gegen das System und für den monarchischen Führergedanken handeln, unverändert festgehalten. Weil sie die Grundlagen der von mir in der November-Republik geführten konservativen Politik geblieben sind, ist die Schilderung der Zeit, in der sie gewonnen wurden, ausführlicher geworden, als ich anfangs beabsichtigt hatte. Sie soll ein Bild davon geben, daß es der konservativen Opposition gegen die Entwicklung der Geschichtsperiode von 1918 bis 1932 nicht an einer einheitlichen Grundlinie gefehlt hat, die dem konservativen Staatsgedanken preußischer Prägung und konservativen Staatssozialismus des Kaiserreiches Wilhelms I. und Bismarcks entsprach.

Im Sommer 1932 fand meine parlamentarische Laufbahn, vom 30. Januar 1933 ab meine aktive politische Tätigkeit ihr Ende. Die mit 68 Jahren erreichte Altersgrenze allein hätte nicht ausgereicht, mich zu völligem Rücktritt vom politischen Leben zu bewegen. Die Pflicht zu politischer Mitarbeit war erloschen, weil mir das nationalsozialistische Regiment aus äußeren und inneren Gründen keinen Raum dazu bot. Zur Mitwirkung am nationalsozialistischen Regiment erwartete und erhielt ich keine Aufforderung, nationale Opposition war verboten und verhindert. Die gewonnene Muße gab mir die Möglichkeit, in stiller Zurückgezogenheit ein mir noch obliegendes Lebenswerk in Angriff zu nehmen. Meine politischen Arbeiten und Kämpfe, Erlebnisse und Erfahrungen der 23 Jahre von Ende 1908 bis Anfang 1932 mußte ich für das wissenschaftliche Geschichtsbild der konservativen Politik nutzbar machen. Von den herrschenden Gewalten, besonders auch vom jüdisch beeinflussten Schrifttum gehässig entstellt oder totgeschwiegen, seit 1933 unbeachtet geblieben, in der herrschenden öffentlichen Meinung verkannt oder ganz unbekannt geblieben, hat sie eine Bedeutung, die um der geschichtlichen Wahrheit und um der nationalen Zukunft willen nicht verloren gehen darf.

Kurz vor der Machtergreifung hatte ich eine Broschüre »Am Grabe der Parteierrschaft« veröffentlicht, in der ich einen gedrängten Überblick über den Verfall der republikanischen Parlamentsherrschaft gab. Den Ausweg erblickte ich noch in der Stärkung der Präsidialgewalt, die zur Monarchie überleiten sollte, nicht in dem Übergange der Regierungsgewalt an die NSDAP. Insoweit, als ich mit der Veröffentlichung auf die Herbstwahl einwirken wollte, ist sie die letzte meiner politischen Schriften. Dann kam die Zeit, in der ich ohne Rücksicht auf politisches Tagesinteresse der Wissenschaft diene.

1935 konnte ich die beiden Bände der »Konservativen Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches« veröffentlichen. Verlegerische Schwierigkeiten half mir in großzügiger Weise Dr. Rauschenbusch, der Leiter der aus der »Deutschen Tageszeitung« hervorgegangenen »Deutschen Verlagsgesellschaft«, ein alter nationaler Gesinnungsgenosse und journalistischer Helfer und persönlicher Freund, überwinden. Die Zensur kümmerte sich nicht um dieses zeitlich zurückliegende Werk.

Die Zeit nach dem Umsturz mußte ich in dem Bewußtsein bearbeiten, daß ich schwerlich noch selbst die Veröffentlichung erleben werde. Eine Zensursprache, die dazu bestimmt ist, das zu ermöglichen, würde dem wissenschaftlichen Zweck nicht entsprechen. Von 1935 bis 1937 habe ich den größeren Teil des jetzigen ersten Buches niedergeschrieben. Dann wurde ich durch die Darstellung meines Anteils an dem Protokoll über den 9. November 1918 in Spa zu einer vergleichenden und kritischen Wür-

digung von insgesamt etwa 150 Werken des deutschen Buch-Schrifttums über Kaiser Wilhelm II. aus der Zeit nach dem Kriege angeregt. Dazu bot mir eine aus meinem eigenen Erleben stammende Kenntnis der hinter den einzelnen Veröffentlichungen stehenden Personen und Richtungen Unterlagen, die späterer Geschichtsforschung nicht mehr so unmittelbar zugänglich sind, und ich glaubte diesen Dienst dem gestürzten Kaiser und den Hohenzollern schuldig zu sein. Die Arbeit hat mich vier Jahre beschäftigt.

Nachdem ich vom Sommer 1941 bis August 1942 das Erste Buch vollendet habe, stehe ich nun vor der Darstellung der Konservativen Politik, die ich von 1920 bis 1932 vertreten habe. Ich setze dafür ein wissenschaftliches Interesse voraus, das über die konservative Parteigeschichte hinausragt. In den Kämpfen und kritischen Auseinandersetzungen, die wir und andere nationale Kreise gegen den äußeren Feind und die Urheber und Nutznießer der revolutionären Katastrophe durchgeführt haben, in unserem positiven Ringen um den Befreiungswillen und die nationale und sittliche Erneuerung, in Erfolg und Mißerfolg unserer Oppositions- und Regierungspolitik, im tragischen Ausgang der DNVP und der in ihr geleisteten konservativen Arbeit sehe ich ein Spiegelbild der allgemeinen Entwicklung der Geschichtsperiode von 1918 bis 1932. Es zeigt die anfangs scheinbar unüberwindliche Machtfülle der Zwingherren von Versailles in der äußeren Politik und der revolutionären Machthaber des Parteilagers im Innern, sowie die Gründe und den Verlauf ihres allmählichen Zusammenbruchs, der sich vollendete, als sie in der kurzen Zeit von 14 Jahren abgewirtschaftet hatten, und das deutsche Volk, nicht ohne unser Zutun, Größe und Ursache seines Elends erkannt und sich entschlossen hatte, es abzuschütteln. Diese Periode gehört zu den trübsten und lehrreichsten Abschnitten der deutschen Geschichte. Ihre Erforschung und Darstellung steht noch so gut wie ganz aus. Auf Grund meiner Lebensarbeit glaube ich dazu auf persönliche Kenntnis und Erfahrung gestützt meinen wissenschaftlichen Beitrag liefern zu sollen.

Erster Teil

Deutschnationale Volkspartei
und persönliche Erlebnisse



*Kuno Graf von Westarp
Politische Wochenschrift (1924)*

Einleitung

»Preußens Königsthron ist zerbrochen. Die in fünfhundertjähriger Geschichte begründete Herrscherstellung der Hohenzollern hat ihr Ende gefunden, der deutsche Kaisertraum ist ausgeträumt, des deutschen Reiches Herrlichkeit und Weltstellung ist vernichtet; das alte ruhmbedeckte preußische und deutsche Heer, die Flotte, der Stolz und Liebling des Volkes, liegen mit beschmutztem Ehrenkleide am Boden. Unsagbar schwer wurde das deutsche Volk durch das Geschick betroffen, daß es nach einem Heldenkampfe von fünfzig Monaten der Übermacht von vier Fünfteln der ganzen Menschheit militärisch erliegen mußte; schwerer noch und vernichtender trifft es die eigene Schuld, daß es zuletzt sich selbst aufgab, daß es sich lossagte von Treue und beschworener Pflicht, von Würde und Ehre, daß es sich wehrlos in die Hand seiner Feinde gab. Vor unsern Augen steht in unerbittlicher Klarheit das Bild der Sühne, die dem deutschen Volke nicht erspart bleiben wird. Ein fürchterliches Erwachen wird dem Taumel der jetzigen Tage folgen. Noch hat man, da diese Zeilen geschrieben werden, die Waffenstillstandsbedingungen nicht bekannt gegeben, die der Feind dem wehrlos sich Ergebenden vorzuschreiben für gut befunden hat; noch kennen wir die Friedensbedingungen nicht, die er alsdann diktieren wird. Wer zweifelt daran, wie sie aussehen werden? Jahrzehnte der Lohnsklaverei stehen bevor, in denen der unbarmherzige angelsächsische Herr der Welt dem deutschen Volke eine wirtschaftliche, persönliche und politische Knechtschaft aufzwingen wird, wie sie noch nie erhört worden ist. Innerer Zerfall, eine unüberbrückbare Kluft im eigenen Volke, die Unfertigkeit aller staatlichen Einrichtungen wird auf lange hinaus die Kraft zu neuem Aufschwung lähmen.

Erst die Geschichte wird die Größe der Schuld ganz ermessen, mit der diejenigen belastet sind, die die Verantwortung für diesen Ausgang tragen. Durch Parteisucht verblendet, haben die Sozialdemokraten um ihrer eigenen Herrschaft willen das Land dem Feinde preisgegeben, Haltlosigkeit, Schwäche, Furcht bei den regierenden Stellen und im Lager der bürgerlichen Parteien haben mit der unerbittlichen Folgerichtigkeit weltgeschichtlicher Entwicklung dem Ende zugetrieben, vor dem wir jetzt stehen. Wir Konservativen haben das Schicksal nicht wenden können. Gemäß unserer Pflicht und unserer Überzeugung haben wir nicht aufgehört, warnend unsere Stimme zu erheben; man hat schon während der Herrschaft des früheren Regierungssystems uns keinen Einfluß eingeräumt und uns während des Krieges seit über Jahr und Tag von jeder Mitwirkung ausgeschlossen.

Wir werden weiter unsere Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Entwicklung treiben wird. Alle Elemente des Volkes, die an Staat und Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um, wenn möglich, das Chaos zu verhindern, und hierbei sowie später werden wir Konservativen in den neuen Verhältnissen unerhört schwierige Aufgaben lösen müssen, getragen von dem festen Willen, die Aussaat zu streuen, aus welcher dereinst den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes ein besseres Los erwachsen soll, als es uns und unseren Kindern beschieden sein wird. Die konservative Partei wird keinen Tag versäumen, mit neuem Geist und Entschluß an die neue Pflicht heranzutreten. Heute sei es uns noch gestattet, schweigend in stillem Schmerze das Haupt zu senken.«

Die letzte »Innere Politik der Woche« der Kriegszeit¹ stelle ich an die Spitze der folgenden Darstellung, weil die darin zum Ausdruck gelangenden Grundanschauungen auch in der zweiten Periode meiner parlamentarischen Arbeit maßgebend geblieben sind. Die tiefe Erschütterung, aus der heraus jene Zeilen geschrieben wurden, beherrschte Fühlen und Denken der Novembertage. Das Übermaß der Arbeit und Verantwortung, die sonstigen gesundheitlichen Schäden der Kriegszeit mit ihrer Unterer-

¹ Kreuz-Ztg. Nr. 575 v. 10. 11. 1918, IP, auch abgedruckt in WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 123 f., ferner (mit Auslassungen) WESTARP II, S. 665.

nährung, das lähmende Entsetzen, mit dem wir während der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden den Zusammenbruch kommen sahen², wirkten nach. Man ging wie im Traum umher, als man am 9. November mit ansehen mußte, wie widerstandslos in Berlin die militärische und Regierungsgewalt beseitigt wurde, als die Nachricht von der Abdankung des Kaisers verbreitet wurde und der revolutionäre Wahnsinn der Massen auf der Straße sich auszutoben begann. Unfaßbar erschien, was doch mit der Gewalt unwiderruflicher Tatsachen unabänderlich geworden war. [...]»³

Am 9. November vormittags hatte ich Fraktionssitzung anberaumt.⁴ Sie verlief in atemloser Erwartung der revolutionären Ereignisse. Als die Nachricht von der angeblichen Abdankung des Kaisers⁵ eintraf, ging die nur schwach besuchte Fraktion mit dem niederschmetternden Gefühl auseinander, daß zur Zeit nichts mehr zu tun möglich sei. Um den Besitzstand zu wahren, setzte ich auf den 9. abends eine neue Sitzung an, die im Reichstage in der üblichen Weise angeschlagen wurde. Im übrigen bestimmten wir für den Fall, daß der Reichstag für uns nicht mehr betretbar sei, als Versammlungsort das Büro des Hauptvereins der Konservativen in der Bernburger Straße 24. Als ich um 7 Uhr abends den Reichstag aufsuchte, wollte mir ein junger Bengel in Uniform am Portal 2 mit vorgehaltenem Gewehr den Eintritt verwehren. Auf meinen Protest ließ er mich durch. Ich durchstreifte das ganze Gebäude; der Eindruck war furchtbar. Alle Zimmer, auch mein Arbeitszimmer, waren von üblen Gestalten, zumeist in Matrosenuniform, besetzt, die mehr oder weniger nüchtern waren, aber sämtlich laut brüllten. Meine Schreibmaschine, sonstiges Inventar und Akten hatte man sozialisiert. In der Wandelhalle waren mit zusammengesetztem Gewehr Feldlager aufgeschlagen. Die Luft im Reichstage, die ich niemals als sehr erfreulich empfunden habe, hatte sich zu übelstem Gestank verdichtet. Wertvolle Möbel, Teppiche, Verkleidungen waren zerstört.

Der Zustand, in den das »Hohe Haus« damals versetzt wurde, trug dazu bei, daß die Nationalversammlung nach Weimar verlegt wurde, und es konnte ihm erst im Frühjahr durch Maßnahmen, die ich in der Kreuzzeitung geschildert habe, ein Ende gemacht werden.⁶

Am Sonntag, den 10. November, traf ich mich mit einigen führenden Journalisten der Rechtspresse im Hotel Habsburger Hof, um unsere Haltung gegenüber den Ereignissen zu besprechen. Ich erinnere mich, daß auf die Einladung von Schroeter⁷ und mir unter anderem Baecker von der »Deutschen Tageszeitung«, Wulle von der »Deutschen Zeitung«, Freiherr von Vietinghoff-Scheel, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, anwesend waren. Nachdem wir etwa eine Stunde zusammengesessen hatten, betrat ein Matrose, begleitet von zwei Mann mit im Anschlag gehaltenem Gewehr, das Zimmer und erklärte uns für verhaftet. Er durchsuchte uns nach Waffen, fand aber nur bei v. Vietinghoff einen Revolver ältester Konstruktion

² Vgl. WESTARP, Regierung des Prinzen Max.

³ Siehe Anm. 9.

⁴ Westarp war seit 1913 Vorsitzender der konservativen Reichstagsfraktion (vgl. WESTARP I, S. 189–202); ihr gehörten 42 Abgeordnete an.

⁵ Vgl. dazu WESTARP, Ende der Monarchie, S. 69–92.

⁶ Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 204 v. 4. 5. 1919, IP. Im Februar 1919 war das Reichstagsgebäude von Soldatenräten besetzt; nach ihrem Abzug wurde es 40 Tage fest verschlossen, um Ungeziefer auszuhungern; voraussichtliche Renovierungskosten 750 000 Mark.

⁷ Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschkonservativen Partei und Geschäftsführer der »Kreuzzeitung«.

und verfügte, wir hätten in dem Zimmer zu bleiben und das weitere abzuwarten. An lebhaftem Einspruch ließen wir es nicht fehlen. Widerstand war unmöglich. Dann stellte er im Flur zwei Posten mit Gewehr vor die Tür. Nach einiger Zeit verlangte ich von diesen, sie sollten uns nun gehen lassen; zu Hause würde die Suppe kalt. Die Unterhaltung verlief im Berliner Jargon, half mir aber auch nicht weiter. Mein Verlangen telefonischer Verbindung mit Ebert wurde abgelehnt. Als ich etwa nach zweistündigem Warten den Kopf wieder einmal zur Tür hinaussteckte, waren die Posten verschwunden. Der Geschäftsführer des Hotels, zu dem ich vordrang, erzählte, die Patrouille habe angenommen, es handele sich um eine Zusammenkunft bewaffneter Offiziere, schließlich aber das Hotel verlassen. So konnten wir nach Hause gehen.

Am Montag, den 11. November kamen etwa zehn oder zwölf Mitglieder der Fraktion in der Bernburger Straße zusammen. Irgend ein Weg zu wirksamem politischem Handeln zeigte sich uns nicht. Auswärts weilende Parteimitglieder waren nicht erreichbar und durch die Verkehrsverhältnisse anscheinend vollständig abgeschnitten. Die gleichzeitig anberaumte Sitzung einer Parteikommission zur Vorbereitung der Programmänderung und der Verbindung mit anderen Parteien wurde überhaupt nicht besucht. Es handelte sich nun darum, den auswärtigen Fraktionsmitgliedern die Heimreise zu ermöglichen. Eine Vorstellung bei den Volksbeauftragten erschien mir wegen der Auslegung, die diesem Schritt gegeben werden konnte, bedenklich, andererseits glaubte ich, mich der Verpflichtung nicht entziehen zu können, für eine gesicherte Rückkehr der Fraktionsfreunde zu sorgen. Die Aufgabe, mich zu diesem Zweck in die Reichskanzlei zu begeben, übernahm ich nur in Verbindung mit dem ausdrücklichen Auftrag, namens der Fraktion einen Protest gegen die revolutionären Ereignisse einzulegen.

Im Reichskanzlerpalais wurde ich auf meine Anmeldung von Ebert und Haase⁸ gemeinsam empfangen. Sie schlugen einen höflichen Ton an. Ich eröffnete die Unterredung mit der Erklärung, wir könnten das Ergebnis der Revolution und die Machtübernahme durch die Volksbeauftragten nicht als verfassungsmäßig und gesetzlich berechtigt anerkennen. Da die Volksbeauftragten aber die Macht in Händen hätten, müsse ich namens der Fraktion an sie die Forderung richten, sofort Bundesrat und Reichstag einzuberufen, die allein als die verfassungsmäßig zuständigen Organe berufen seien, zu den Ereignissen des 9. November Stellung zu nehmen. Natürlich wurde diese Forderung abgelehnt. Haase belehrte mich, daß es ein Recht der Revolution gebe, das das formell bestehende Recht beseitige. Nachdem diese Unterredung mit einem erneuten Protest von mir erledigt war, fragte ich, was die Herren Volksbeauftragten zu tun gedächten, um meine Fraktionsfreunde vor Gewalttaten zu schützen und ihnen die Rückreise in die Heimat zu ermöglichen. Sie erklärten sich darauf bereit, denjenigen Herren, die es wünschten, durch [den Unterstaatssekretär] Wahnschaffe einen von ihnen gemeinsam unterzeichneten Ausweis zur Verfügung zu stellen, durch die alle Behörden ersucht wurden, den Abgeordneten eine gesicherte Rückreise zu ermöglichen. Einige unserer Mitglieder haben davon Gebrauch gemacht.

Inzwischen setzte von verschiedenen Stellen das Drängen ein, ich möge Berlin auf einige Zeit verlassen. In der Reichskanzlei sprach mich einer der als Hilfsarbeiter beschäftigten höheren Beamten – soweit ich mich erinnere, war es v. Prittwitz, der spätere Botschafter in Washington –, auf dem Wege zu Ebert und Haase auf der Treppe an,

⁸ Vgl. Quellen 6/I, insbes. die Einleitung von Matthias, S. XXI f. (zu Friedrich Ebert), S. XXXV ff. (zu Hugo Haase).

ich sei gefährdet, man werde mich nicht schützen können, ich möchte doch Berlin verlassen. Ähnliche Warnungen gingen mir brieflich und telefonisch von verschiedenen Personen zu.⁹

Im Hauptverein redeten Fraktionsfreunde und Parteibeamte in gleichem Sinne, und v. Graefe wandte sich an meine Frau, sie möge mich zur Abreise veranlassen; es habe keinen Zweck, daß ich mich spartakistischen Gewalttaten aussetze. Er bot sich an, mich nach Goldebee mitzunehmen und mich, da wir auch dort vor Spartakisten aus der nahe gelegenen Stadt Wismar nicht sicher sein würden, in der Nachbarschaft unterzubringen. Meine Frau überließ mir ohne jedes Drängen die Entscheidung. Nach längerem Widerstand und mit innerem Widerstreben fügte ich mich, zumal da mir unmittelbar zu erfüllende Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten nicht vorzuliegen schienen. Die nächtliche Reise mit Graefe, der sich meiner in freundschaftlichster Weise annahm, war höchst unerquicklich, der Zug mit schreienden und schimpfenden Matrosen und Deserteuren überfüllt und die Fahrtdauer etwa doppelt so lang als gewöhnlich. Um nicht die ganze Nacht in dem überfüllten Gange stehen zu müssen, belegte ich längere Zeit bei zugeklapptem Deckel und geöffnetem Fenster den Nebenraum. Vormittags kamen wir endlich, von Frau v. Graefe herzlich empfangen, in Goldebee an. v. Graefe brachte mich bei einem Nachbarn v. der Lühe unter, wo ich gastfreundlichst aufgenommen wurde und viel spazieren gehend einige verhältnismäßig ruhige Erholungstage verbrachte, freilich nicht ohne mit den Berliner Ereignissen Fühlung zu suchen. Von diesem Aufenthalt sandte ich die Wochenschau vom 18. November ein. Als ich dann von Schroeter Nachricht über die in Gang gekommenen Verhandlungen zur Gründung einer neuen Partei erhielt, kehrte ich sofort zurück und traf mit v. Graefe zusammen, nach ähnlich unerfreulicher Reise wie auf dem Hinweg, am 19. wieder in Berlin ein. Zu meiner Sicherheit wurde es noch für nötig gehalten, daß ich einige Nächte außerhalb meiner Wohnung bei Herrn Boeckler, einem der Beamten der Partei, verbrachte. Tagsüber war ich in der Bernburger Straße im Büro der Partei und der Kreuzzeitung stets erreichbar.

Am 9. November hatte ich v. Heydebrand telegraphisch gebeten zu kommen. Als ich mich am 11. November zur Abreise entschloß, teilte ich ihm das mit. Da die telegraphische Absage ihn nicht mehr erreichte, kam er nach Berlin, das er aber alsbald wieder verließ. Mein in seinem Hotel für ihn hinterlassener Brief, in dem ich ihn warnte, in Berlin zu bleiben¹⁰ und seine Antwort¹¹ vervollständigen das Stimmungsbild jener Tage.

⁹ Darunter vom Vorsitzenden des Ostmarkenvereins v. Tiedemann-Seeheim, »obwohl ich seit längerer Zeit nicht mit ihm in persönlicher Fühlung gestanden hatte«. – An der oben bei Anm. 3 gekennzeichneten Auslassung ist ein Vorgang »einige Tage« vor dem 9. 11. geschildert, der nach Westarps Ansicht zu solchen Gerüchten beigetragen hat. Westarp hatte dem Polizeipräsidium gemeldet (und damit Ermittlungen und die Überwachung der Wohnung ausgelöst), daß ihn ein Mann in Unteroffiziersuniform aufgesucht habe, um ihn angeblich für ein Zusammengehen »mit den russischen Machthabern« zu gewinnen; Westarp sei unklar geblieben, ob es sich um einen revolutionären Agenten gehandelt habe oder jemanden, der Person und Wohnung für späteres Vorgehen auskundschaften wollte.

¹⁰ »Zu veranlassen ist jetzt nichts; in den nächsten Tagen handelt es sich darum, ob Ebert-Haase durch Liebknecht ersetzt wird. Unter diesen Umständen ist für die Partei jetzt nichts zu tun möglich. Kries verweist auf einige Tage. Abg[eordneten]-Haus und Reichstag sind nach Hause geschickt, werden wohl formell geschlossen werden. Beide Häuser erhalten Wachen des Arbeiter- und Soldatenrates, die meistens besondere Legimitation verlangen. Sollten Sie Schwierigkeiten mit der Abreise haben, so stellt Ebert einen Reise-Ausweis aus, der bei Wahnschaffe [...] beantragt werden kann«. (Brief vom 11. 11. 1918).

¹¹ Heydebrand kam »nach einer entsetzlichen Reise von fast 30 Stunden Dienstag Abend« (12. 11.) an und fuhr am nächsten Morgen seine »via dolorosa« zurück, nachdem er eine Besprechung mit Schroeter ge-

Die von Sozialdemokraten und Demokraten später erhobenen Angriffe, wir hätten uns in jenen ersten Wochen verkrochen, haben mein Gewissen nicht belastet. Sie waren leicht zu widerlegen. Ernstere Sorgen hat mir der Gedanke gemacht, ob es ein Fehler war, daß ich v. Heydebrand und mich in der ersten Revolutionswoche von den Verhandlungen über die Neugründung der Partei tatsächlich ausgeschaltet habe. Es bestätigte sich die im parlamentarischen Leben oft gemachte Erfahrung, daß der Abwesende Unrecht hat und daß eingeleitete Kompromißverhandlungen durch späteres Eingreifen schwer aus der einmal betretenen Bahn herauszubringen sind.

habt hatte. Das Abgeordnetenhaus fand er »von den Rothen besetzt, irgendwelche politische Ingerenz unmöglich«. In seinem Brief vom 14. 11. aus Tschunkawe (Kreis Militsch-Trachenberg) schreibt er, wegen der »wirtschaftlichen Schwierigkeiten«, aber auch wegen der feindlichen Stimmung der Bevölkerung könne er sich »von hier kaum fortrühren«. Weiter heißt es: »Preußen wird zunächst zweifellos wohl Republik wie auch das sonstige »Deutschland«, und es herrscht bis auf weiteres eine socialistische Diktatur. Die Wahlen zur Nationalversammlung werden wohl erst sein können, wenn das Heer zurück ist, also kaum noch in diesem Jahre. Entsetzliche Zustände können eintreten, wenn Ledebour-Hoffmann über Ebert-Scheidemann siegen. Nach den letzten Vorgängen, die mir Hoetzsch, den ich in B[erlin] eine halbe Stunde sprach, näher erläuterte, *scheint* dies allerdings nicht so. Immerhin ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, und sie würde größer, wenn etwa die Ernährungsschwierigkeiten sich erhöhten; solches zu verhindern, ist wohl eine unserer nächsten Aufgaben, die freilich, wenn es bei den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen bleibt, schwer lösbar erscheint. So sieht man mit Grausen der nächsten Zukunft entgegen!« – Trotz Kenntnis dieser Texte wird von THIMME, S. 11, Dieter Groh (Der Umsturz von 1918 im Erlebnis der Zeitgenossen, in: Zeitgeist im Wandel, hrsg. v. H. J. Schoeps, Bd. 2: Zeitgeist der Weimarer Republik, Stuttgart 1968, S. 16) und STRIESOW, S. 22 ff. Heydebrands Aufenthalt in Berlin Übergangen, so daß der Eindruck furchtsamen Fernbleibens entsteht.

Die innere Politik der Woche.

Preußens Königschron ist zerbrochen. Die in fünf-hundertjähriger Geschichte gegründete Herrscherstellung der Hohenzollern hat ihr Ende gefunden, der deutsche Kaisertraum ist ausgeträumt, des Deutschen Reiches Herrlichkeit und Weltstellung ist vernichtet; das alte ruhmbedeckte preußische und deutsche Meer, die Flotte, der Stolz und Liebling des deutschen Volkes, liegen mit beschnittenem Ehrenkleide am Boden. Unfassbar schwer wurde das deutsche Volk durch das Gescheh betroffen, daß es nach einem Feldenkampfe von 50 Monaten der Uebermacht von vier Hünsten der ganzen Menschheit militärisch erliegen mußte; schroeter noch und vernichtender trifft es die eigene Schuld, daß es zuletzt sich selbst aufgab, daß es sich loszogte, in seiner inneren Ämnen keine in enger Pflicht, von Würde und Ehre,

wird. Ein fürchterliches Erwachen wird dem Laarmel der jetzigen Tage folgen. Noch hat man, da diese Zeilen geschrieben werden, die Waffenstillstandsbedingungen nicht bekannt gegeben, die der Feind dem wehrlos sich Ergebenden vorzuschreiben für gut befunden hat; noch kennen wir die Friedensbedingungen nicht, die er alsdann diktieren wird. Wer zweifelt daran, wie sie aussehen werden? Jahrzehnte der Lohnsklaverei stehen bevor, in denen der unbarbarische angelsächsische Herr der Welt dem deutschen Volke eine wirtschaftliche, persönliche und politische Knechtschaft aufzwingen wird, wie sie noch nie erhört worden ist. Immerer Verfall, eine unüberbrückbare Kluft im eigenen Volke, die Unfertigkeit aller staatlichen Einrichtungen wird auf lange hinaus die Kraft zu neuem Aufschwünge lähmen.

Erst die Geschichte wird die Größe der Schuld ganz ermessen, mit der diejenigen belastet sind, die die Verantwortung für diesen Ausgang tragen. Durch Parteilichkeit verblendet haben die Sozialdemokraten um ihrer eigenen Herrschaft willen das Land dem Feinde preisgegeben, Haltlosigkeit, Schwäche, Furcht bei den regierenden Stellen und im Lager der bürgerlichen Parteien haben mit der unerbittlichen Folgerichtigkeit weltgeschichtlicher Entwicklung dem Ende zugetrieben, vor dem wir jetzt stehen. Wir Konservativen haben das Schicksal nicht wenden können. Gemäß unserer Pflicht und unserer Ueberzeugung haben wir nicht aufgehört, warnend unsere Stimme zu erheben; man hat schon während der Herrschaft des früheren Regierungssystems uns keinen Einfluß eingeräumt, und uns während des Krieges seit über Jahr und Tag von jeder Mitwirkung ausgeschlossen.

Wir werden weiter unsere Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Entwicklung treiben wird. Alle Elemente des Volkes, die an Staat und Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um wenn möglich das Chaos zu verhindern und hierbei sowie später werden wir Konservativen in den neuen Verhältnissen unerhört schwierige neue Aufgaben lösen müssen, getragen von dem festen Willen, die Ausaat zu streuen, aus welcher dereinst den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes ein besseres Los erwachsen soll, als es uns und unsern Kindern beschieden sein wird. Die konservative Partei wird keinen Tag veräumen, mit neuem Geist und Entschluß an die neue Pflicht heranzutreten. Heute sei es uns noch gestattet, schweigend in stillem Schmerze das Haupt zu senken.

✱

Von der Deutschkonservativen Partei zur Deutschnationalen Volkspartei¹

Die Verhandlungen über die Gründung der Deutschnationalen Volkspartei waren durch Vorgänge in der Konservativen Partei selbst vorbereitet worden. v. Heydebrand und ich hatten bereits im Sommer 1918 die Reichstags- und Abgeordnetenhaus-Fraktion angeregt, eine Änderung des konservativen Parteiprogramms in Arbeit zu nehmen. Anfang Oktober 1918 hatten sie zu diesem Zwecke eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die unter Vorsitz von D. Winckler getagt und am 6. November den Entwurf vorgelegt hatte. Dementsprechend hatte der engere Vorstand der Deutsch-Konservativen-Partei (Zwölfer-Ausschuß) nach meiner protokollarischen Niederschrift beschlossen, eine Kommission zu bilden mit der Aufgabe, mit anderen rechtsstehenden Richtungen über eine baldmöglichst zu bildende Arbeitsgemeinschaft und über die Anbahnung späterer engerer Verbindung zu verhandeln und die Umarbeitung des Parteiprogramms vorzubereiten. In diese Kommission wurden vom Vorstände Stackmann als Vorsitzender, ich und nach Bedarf v. Heydebrand, von der Reichstagsfraktion Dr. Roesicke, Kreth und Schiele, von der Abgeordnetenfraktion v. Kries und Graef (Anklam), von der Herrenhausfraktion Graf Behr und v. Schorlemer und von den Landesverbänden vorläufig Dr. Wildgrube für Sachsen, Weilnböck für Bayern und ein noch zu ernennender Vertreter für Württemberg entsendet. Der Beschluß wurde am 8. November veröffentlicht.² Die erste und einzige Sitzung dieser Kommission, die auf den 11. anberaumt war, fiel wegen mangelnden Besuches aus.

An ihre Stelle trat eine freie Kommission.³ Schroeters Bericht an v. Heydebrand über die erste Revolutionswoche vom 24. November 1918⁴ ist wohl in seiner Kritik übertrieben, gibt aber ein Bild der entstandenen Unruhe. In jener Woche, am 13. November, starb der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Gamp, und die Teilnahme an seiner Beerdigung gab einer Anzahl von Abgeordneten der Rechtsparteien den äußeren Anlaß, sofort in die Verhandlungen über die Neugründung einer Partei und über deren Programm einzutreten. Die noch vor meiner Rückkehr zusammengetretene Kommission hatte je nach der Zahl der gerade anwesenden Abgeordneten eine lose Zusammensetzung. Von konservativer Seite beteiligten sich hauptsächlich Dietrich,

¹ Zu diesem Kapitel vgl. LIEBE, insbes. S. 7–18, und HERTZMAN, S. 32–92, die Westarps Darstellung ausgewertet haben. Vgl. zusammenfassend jetzt auch Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei in der Weimarer Republik, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, 9 (1996), S. 169–188.

² Abgedruckt bei WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 113 f.

³ Vgl. hierzu und zu den folgenden Verhandlungen Walther Graef: Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918–28, in: WEISS, Der nationale Wille, S. 15 ff., ferner LIEBE und HERTZMAN.

⁴ »Es ist die Stunde nicht, um mit seiner Meinung hinter dem Berge zu halten, und so sage ich ganz offen, daß ich auf konservativer Seite nichts als Angst, Schwäche und Würdelosigkeit sah, es wurde unaufhörlich davon geredet, daß wir gesündigt hätten und unsere Sünden öffentlich bekennen müßten. [...] Es darf nicht verschwiegen werden, daß in den Sitzungen der vielerwähnten Kommission immer wieder der Grundsatz ausgesprochen wurde, unter einem Aufruf zur Gründung eines neuen Parteibildes dürften die »alten Namen« v. Heydebrand und Graf Westarp nicht stehen.«

der den Vorsitz führte, Graef (Anklam), v. Kries, v. Bieberstein, v. Winterfeldt, auch Schiele und v. Böhlendorff. Von den Freikonservativen nahmen teil v. Halem, der bereits im Sommer 1918 mehrfach an mich wegen des Zusammenschlusses der Rechtsparteien herangetreten war, v. Dewitz, Rewoldt. Erst später fand sich auch v. Kardorff hinzu, der nicht von allen Seiten freundlich begrüßt wurde, weil er sich in den Wahlrechtsverhandlungen von seiner Fraktion getrennt hatte. Besonders starken Einfluß auf die Verhandlungen übte Behrens für die Christlich-Sozialen aus, von denen auch Wallbaum zu den Verhandlungen delegiert worden war. Von der deutsch-völkischen Richtung waren mit grundsätzlichen Vorschlägen Werner (Hersfeld) und mehr mit Mandatsansprüchen Bruhn beteiligt. v. Kries setzte einen Programmentwurf durch, zu dessen Aufstellung er die Vorarbeiten der konservativen Fraktion benutzt und den er in verschiedenen Punkten besonders mit Behrens vereinbart hatte.

Es wurde beschlossen, in der Öffentlichkeit nicht etwa einen Zusammenschluß der bestehenden Rechtsparteien in Erscheinung treten zu lassen, sondern durch eine Anzahl politischer Persönlichkeiten zur Gründung einer vollständig neuen Partei aufzurufen. Hiergegen wandte sich ein von Schroeter zusammenberufener Kreis, zu dem unter anderem Foertsch und Professor Hoetzsch von der »Kreuzzeitung«, Baecker von der »Deutschen Tageszeitung«, Dr. Kahrstedt, v. Berger, Stackmann und ein von ihm mitgebrachter Konsul Marx gehörten. Sie forderten stärkere Einschaltung der Konservativen Partei als solcher und stellten einen Gegenentwurf des Aufrufes auf. Die Auseinandersetzungen nahmen zeitweise [eine] recht gereizte Form an. Dietrich verbat sich bei Schroeter »die Angestelltenrevolution«, und in einer gemeinsamen Sitzung wurde unter seinem Vorsitz beschlossen, daß nur Abgeordnete zur Abstimmung zugelassen seien.

So weit waren die Dinge gediehen, als ich am 19. November früh zurückkehrte. Der Gegensatz, um den es sich handelte, beruhte letzten Endes darauf, daß die Kommissionsmitglieder mir in zu hohem Maße geneigt zu sein schienen, der revolutionären Stimmung zu folgen und deshalb die bisherige konservative Politik nicht nur den neuen Verhältnissen entsprechend zu reformieren, sondern vollständig preiszugeben. Mir schien das nicht nur sachlich und politisch falsch, sondern auch taktisch unklug zu sein. Da es als Schwäche wirkte, konnte es nicht dazu dienen, linksstehende Kreise der allgemeinen demokratischen Strömung zu entreißen, während es die Verwirrung in den eigenen Reihen vergrößern mußte. Mit allen Einwendungen solcher Art stieß ich auf leidenschaftlichen und erregten Widerspruch.

Die Stimmung, die dahin ging, der revolutionären Strömung durch Gründung eines vollständig neuen Parteigebildes Rechnung zu tragen, war dadurch verstärkt worden, daß von demokratischer Seite am 16. ein Aufruf zur Gründung der Deutschen Demokratischen Partei⁵ herausgegeben worden war. Man befürchtete, was tatsächlich auch in ziemlich weitem Umfange eingetreten ist, daß ein überwiegender Teil des Bürgertums in der Demokratie den einzigen Schutz gegen die rote Flut erblicken würde, und das schnelle Hervortreten der Demokraten rief eine nervöse Stimmung hervor, in der buchstäblich jede Stunde, um die unser Aufruf verzögert wurde, als ein unwiederbringlicher Verlust betrachtet wurde. Die gesamte Kommission war von der Scheu davor beherrscht, in irgend einer Form das Odium auf sich zu nehmen, das die alten Par-

⁵ Abgedruckt bei Wilhelm Mommsen und Günther Franz: Das Deutsche Reich als Republik 1918–1930 (Die deutschen Parteiprogramme, Heft 3), Leipzig 1931, S. 9; vgl. SCHULTHESS 1918/I, S. 496. Zur Geschichte der Partei vgl. u. a. STEPHAN, ALBERTIN und SCHNEIDER.

teien belastete und besonders mit dem konservativen Namen verbunden war. Besonders scharf vertraten v. Kardorff und Behrens diesen Gedanken, aber auch die konservativen Mitglieder gaben sich ihm rückhaltlos hin.

Betrachtete man die Stärke der an der neuen Gründung zu beteiligenden bisherigen Parteien, so gebührte den Deutschkonservativen der weitaus größte Einfluß. Sie hatten die älteste Überlieferung für sich und zählten 1 200 000 Wähler, mit denen 400 000 Freikonservative und zusammen gleichfalls 400 000 Christlich-Soziale und Völkische sich verbinden sollten.⁶ Trotzdem wurden unter Führung der konservativen Abgeordneten Dietrich und besonders v. Kries der konservative Einfluß und die konservativen Gedankengänge immer weiter zurückgestellt und den Forderungen der anderen, namentlich denjenigen von Behrens, geopfert. Wie Kahrstedt in einer ausführlichen Denkschrift⁷ dargelegt hat, enthielt das Programm weniger die entscheidenden Gesichtspunkte, durch welche sich die neu zu bildende Rechte als solche von allen anderen Parteien unterscheiden sollte, als vielmehr konservative Zugeständnisse in bisher umstrittenen Fragen.

Deshalb bekämpfte ich zunächst den Plan, daß der Aufruf die Bevölkerung unter Umgehung der bisherigen Parteien zur Gründung einer vollständig neuen Partei einladen sollte. Das Verfahren erschien mir nach außen hin seinen Zweck zu verfehlen, weil die Namen der Unterzeichner, unter denen sich die meisten dem Ausschuß angehörenden Parlamentarier befanden, den vor die Parteien gezogenen Schleier sehr durchsichtig machten. Dabei waren sich die Verfasser des Aufrufes darüber einig, daß in Wahrheit die Parteiorganisationen als solche den Stamm der neuen Partei bilden sollten. Das war schon aus zeitlichen Gründen nicht anders möglich. Die Wahlen zur Nationalversammlung standen unmittelbar bevor⁸ und konnten nur von den bestehenden Parteiorganisationen und mit deren Mitteln durchgeführt werden, da der neue Parteiapparat sich gar nicht bis dahin aufziehen ließ. Ich wies daher darauf hin, daß das von der Erwähnung der alten Parteien befürchtete Odium in wenigen Wochen doch übernommen werden müsse, und forderte, daß der Aufruf nur die Neugründung ankündigen, ihren Vollzug aber den Beschlüssen der vorhandenen Parteivorstände der vier beteiligten Parteien vorbehalten solle. Ich will nicht verschweigen, daß mich dabei auch die persönliche Rücksicht auf v. Heydebrand leitete. Ich unterließ es, ihn herbeizurufen, teils weil er bei den vorhandenen Verkehrsschwierigkeiten doch zu spät gekommen wäre, besonders aber, weil es schon fast unüberwindliche Schwierigkeiten machte, mich selber noch in die Verhandlungen einzuschalten.

Doch wollte Westarp dem Vorstand der Konservativen Partei »die Möglichkeit einer eigenen Entscheidung wenigstens formell vorbehalten« und erreichte immerhin bei den Verhandlungen über

⁶ In den Reichstagswahlen 1912 hatten die Parteien folgende Stimmzahlen erhalten: Konservative 1,126 Mill., Reichspartei 0,367 Mill., Christlich-Soziale 52 000, Deutsche Reformpartei und Wirtschaftliche Vereinigung 0,357 Mill.

⁷ Kahrstedt kritisiert die Richtlinien des von ihm als »Basis der Gemeinsamkeit« unterschriebenen Gründungsaufrufs (siehe unten Anm. 14); mit ihnen stehe die DNVP »in wesentlichen Punkten weiter links als Zentrum und Nationalliberale« (Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln, »ländliche Sozialpflege«, Protest gegen die Abtrennung von Grenzmarken, Kolonien; Volksheer; Betonung des Staatsgedankens, der durch den sozialen zu ergänzen sei, nicht umgekehrt). »Selbst der reformlustigste Konservative – ich fühle mich als solcher – muß darauf bestehen, daß die verschmolzenen zwei Millionen nicht nach den Prinzipien der 100 000 Christlich-Sozialen geführt werden.«

⁸ Nach Pressemeldungen vom 16./18. 11. konnte man mit einem Termin im Januar 1919 oder am 2. 2. rechnen (Quellen 6/1, S. 78, Anm. 12).

den Gründungsaufruf vom 24. November⁹ für die Formulierung des Ziels »Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen« den Zusatz »sowie aller gleichgesinnten Parteien und Parteierichtungen«. Er gab zu dem Aufruf auch nicht seine Unterschrift, »die um des Odium willen auch nicht gewünscht wurde«.

Große Schwierigkeiten machte die Verhandlung über den Namen der neuen Partei. Ich verlangte vergeblich, daß er der Entschlußfassung der zur Fusion berufenen Parteien vorbehalten bleiben sollte. In der Sache handelte es sich auch hierbei um eine meines Erachtens zu weit gehende Scheu vor einem offenen Bekenntnis. Was begründet werden sollte, war die Vertretung konservativer Grundanschauungen in den neuen Verhältnissen. Deshalb wollte ich im Namen zum Ausdruck gebracht sehen, daß die neue Partei keine Mittel-, sondern die am weitesten rechts stehende Partei sein sollte. Bei der leidenschaftlichen Entschiedenheit, mit der jede Erinnerung an das Wort konservativ abgelehnt wurde, hätte ich unter den zahlreichen Vorschlägen¹⁰ dem Namen »Deutsche Rechte« den Vorzug gegeben. »Deutschnationale Rechte« wäre mir vielleicht noch besser erschienen. »Rechtspartei« war wegen des Doppelsinns, der auf das Recht oder auf die örtliche Stellung zu den anderen Parteien bezogen werden konnte, nicht zugänglich.

Lebhaft bekämpfte ich die Bezeichnung als »Volkspartei«. Auch die Nationalliberalen und das Zentrum nannten sich in ihrer neuen Form Volkspartei, während die demokratische Partei die einzige war, die das nicht tat. Ich befürchtete daher, daß die Wahl dieses Namens als ein unehrliches Buhlen um die Gunst der Massen wirken werde, und gab auch der Meinung Ausdruck, daß in der Partei und in ihrem Namen dem Gedanken des Staates zum mindesten der gleiche Raum wie demjenigen des Volkes gebühre. Ich will hier gleich hinzufügen, daß ich in der Werbearbeit der späteren Jahre mir die gewählte Bezeichnung rückhaltlos zu eigen gemacht und sie als einen glücklichen Ausdruck einer großen, durch das nationale Band geeinigten Volksgemeinschaft behandelt habe. Übrigens findet sich in einem Brief von v. Heydebrand aus jenen Tagen der Vorschlag, die Partei als »Konservative Volkspartei« zu bezeichnen.¹¹

Ganz vergeblich waren meine Bemühungen, die 16 Richtlinien des Aufrufs auf einige wenige, der geschichtlichen Aufgabe des Tages und den konservativ nationalen Zielen entsprechenden Grundsätze zurückzuführen. Man wies dieses Verlangen in sehr unwirschem Ton ab; man habe sich auf alle diese Punkte in schwierigen Verhandlungen geeinigt und müsse ablehnen, wieder von vorn anzufangen. Wenigstens das Eine konnte ich erreichen, daß in dem Punkt 1 der Richtlinien der nationale Gedanke der Befreiung von der Fremdherrschaft in einer, meinen Anschauungen sich nähernden Form an die Spitze des Programms gestellt wurde.

Die Verhandlungen, in denen ich in heißem Streit um diese Regelung gestanden habe, begannen damit, daß ich am 19. November früh nach durchfahrener Nacht in

⁹ Veröffentlicht u. a. Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918; danach abgedruckt bei LIEBE, S. 107 ff.

¹⁰ Schon am 1. 11. 1918 war unter konservativen Politikern der Name »Deutschnationale Volkspartei« für die Arbeitsgemeinschaft rechtsstehender Parteien in Aussicht genommen worden (Bericht Schroeters an Heydebrand vom 1. 11.; erwähnt in BLECHSCHMIDT, S. 24; ferner Brief von Gräfin Westarp an ihre Tochter vom 1. 11.: »Die K[onservative] Partei bildet hinter Vaters Rücken ein neues Programm mit neuem Namen »Deutschnationale Volkspartei«. Es ist fraglich, ob Vater das mitmacht.« – Kahrstedt (siehe Anm. 7) trat für »Deutsche Rechte« ein.

¹¹ Dieser Vorschlag im Brief vom 25. 11. an Westarp bezieht sich jedoch auf eine »über die Wahlen hinaus« fortbestehende Konservative Partei: »etwa als deutsch->konservative Volkspartei«. HERTZMAN, S. 37, Anm. 11 folgt der obigen Version (Name für neue Partei) und verweist auf die 1930 gegründete Konservative Volkspartei.

mehr als vierzehnstündigen Besprechungen eine Einigung des Ausschusses mit der von Stackmann geleiteten konservativen Gruppe herbeizuführen suchte. Das Ergebnis war, daß Graef und ich es übernahmen, dem Ausschuß einen neuen, meinen Anschauungen mehr entsprechenden Aufrufentwurf vorzulegen, dessen Wortlaut ich in meinen Akten nicht mehr vorfinde. Der 20. und 21. November waren bis in die Nächte hinein mit Verhandlungen und Ausschußsitzungen ausgefüllt, in denen meine Vorschläge in der Hauptsache abgelehnt und ich auf das vorstehend geschilderte Kompromiß zurückgedrängt wurde. Sie gehörten zu den erregtesten Verhandlungen, die ich jemals durchgemacht habe, und endeten am 21. damit, daß ich mit den eigenen Parteifreunden, die fast geschlossen gegen mich gestimmt hatten, vor dem versammelten Kriegsvolk des Ausschusses in heftigsten Streit geriet und die Versammlung schließlich mit der Erklärung verließ, mich nicht weiter an den Verhandlungen beteiligen zu wollen. Am nächsten Tag setzte ein ungestümes Drängen von konservativen Mitgliedern des Ausschusses, besonders von Dietrich, v. Winterfeldt und Schiele ein, um mich zur weiteren Teilnahme an der Gründung zu bewegen. Auch v. Graefe, der sachlich meinen Standpunkt billigte, beteiligte sich daran. Über die Gründe, die mich schließlich bewogen, diesem Drängen nachzugeben, habe ich mich in einer Niederschrift jener Tage und in einem Brief an v. Heydebrand Rechenschaft abgelegt.¹²

Als ich am 22. November den Entschluß hierzu faßte, stand fest, daß die neue Partei durch den Aufruf vom 24. ins Leben treten werde. Sämtliche Abgeordnete der beiden konservativen Fraktionen, deren ich habhaft werden konnte, waren entschlossen, sich daran zu beteiligen, und ich mußte damit rechnen, daß sich der wahrscheinlich überwiegende Teil der Parteimitglieder und ihrer örtlichen Parteiorgane diesem Vorgehen anschließen würden. So blieben für eine weitere politische Arbeit von mir nur zwei Wege offen. Es war theoretisch nicht unmöglich und wurde im Ausschuß wohl auch vielfach befürchtet, daß ich versuchen würde, unter Sprengung der Konservativen Partei einen Rest von ihr nicht nur neben der neu gegründeten Partei fortbestehen zu lassen, sondern auch selbständig ohne und gegen die Deutschnationale Volkspartei für die Wahl und die parlamentarische Arbeit einzusetzen. Es bedurfte gar nicht der auf mich einstürmenden Vorstellungen, um mich davon zu überzeugen, daß dieser Weg zur Zeit verschlossen war, besonders, weil der Versuch, der neu gegründeten eine konservative Partei entgegenzustellen, der Aufgabe des Tages nicht entsprach, eine geschlossene Rechte ins Feld zu führen. So entschloß ich mich, in die neue Partei einzutreten, mit der übrigens offen ausgesprochenen Absicht, die Konservative Partei und ihre Anhänger zwar zunächst für die Wahlen zur Nationalversammlung geschlossen der neuen Partei zuzuführen, ihr aber zum mindesten formell die Freiheit ihrer Ent-

¹² Brief vom 23. 11.: »Der Aufruf wäre jedenfalls erschienen; daß ein solcher erschien, war auch nötig. [...] Blieb ich außerhalb dem Geschäft, so standen wir vor der äußersten Gefahr einer Mittelpartei Kardorff-Behrens mit sehr starkem Zufluß aus unsern Reihen; so wie die Dinge jetzt liegen, ist wenigstens noch einige Möglichkeit, aus dem neuen Gebilde das zu machen, was wir wollten, eine allerdings sehr weitgehende Fusion zu einer Rechten unter maßgebendem Einfluß unserer Organisation. Ich will nicht unterlassen hinzuzufügen, daß Stackmann, Schroeter und die Journalisten und Beamten von uns starken Widerstand zu leisten versucht haben und mit mir wohl auch jetzt wenig einverstanden sind. Ich verlor, nicht bloß wegen der Zwangslage, in der ich war, sondern weil meine Leute mich im Stich ließen, den Kampf um den Namen, über den ich die Entscheidung aufgeschoben wissen wollte, um eine wesentliche Kürzung des Programms und mehrere einzelne Punkte darin. Erreicht habe ich wenigstens – aber auch das nur durch rücksichtslose Kabinettsfrage –, daß man den Aufruf nur als Vorschlag, aber nicht gleich als vollzogene Neugründung erließ, dabei den Zutritt der Parteien als solcher offen hielt, und gewisse Forderungen, die ich für das weitere Verfahren stellte.«

schließung zu wahren und durch meine Mitarbeit eine möglichst weitgehende Berücksichtigung der Konservativen Partei, ihrer Anschauungen, ihrer Organisation und ihrer Persönlichkeiten herbeizuführen.¹³

Der bittere Ernst, mit dem ich in jenen Tagen gekämpft und um einen eigenen Entschluß gerungen habe, erklärt sich daraus, daß mir in ihnen erst mit voller Klarheit praktisch vor Augen trat, wie mit dem königlichen Preußen und dem kaiserlichen Deutschland die Konservative Partei nach ihrer ruhmvollen siebzigjährigen Geschichte und mit ihr das Lebenswerk von v. Heydebrand und von mir zusammengebrochen war. Ich sah es als eine Aufgabe an, aus den Trümmern zu retten, was wertvoll war und blieb.

Die hier berichteten Einzelheiten jener ersten Gründungsverhandlungen erscheinen dem rückschauenden Blick vielleicht nicht mehr so bedeutungsvoll wie damals. Ich bin jetzt auch der Meinung, daß die Änderungen, die v. Heydebrand und ich vielleicht noch hätten durchsetzen können, wenn wir nicht in der ersten Woche der Verhandlungen ausgeschaltet gewesen wären, den Kern der Sache wohl kaum berührt haben würden. Die Verschmelzung der Rechtsparteien mit einem Programm, dessen Umgestaltung schon durch den Umsturz geboten war, entsprach ja auch unseren Absichten, und wenn man das Ziel wollte, so mußte man sich bei der Eilbedürftigkeit der Sache mit manchen Entschlüssen abfinden, zu denen andere Beteiligte sich durch die allgemeine Aufregung und durch die revolutionäre Strömung der Zeit bewegen ließen.

Ein dauerndes Interesse verleiht den ersten Gründungsverhandlungen, wie mir scheint, der Umstand, daß in ihnen bereits zu Tage trat, was der Deutschnationalen Volkspartei dauernd zur Gefahr geworden ist und zu ernststen Konflikten geführt hat: der überwiegende Einfluß der Christlich-Sozialen und die Mißstimmung konservativer und völkischer Kreise hierüber.

Am 24. November wurde der Aufruf veröffentlicht, in dem eine größere Anzahl rechtsstehender Persönlichkeiten zur Gründung einer neuen Partei unter dem Namen Deutschnationale Volkspartei aufforderten.¹⁴ Für mich kam es nun darauf an, meine Absichten hinsichtlich des Verhältnisses der Konservativen Partei zum Ausdruck zu bringen. Das geschah in einem Aufruf, den Stackmann und ich namens des Fünfer-Ausschusses gleichzeitig selbständig veröffentlichten, und in meiner Wochenschau vom 24. November.¹⁵

Der Aufruf des Fünfer-Ausschusses kündigte an, daß erst die geordneten Parteivertretungen endgültig über die Stellungnahme der Konservativen Partei zu dem deutschnationalen Vorschlag beschließen würden und wir diese Beschlüsse sofort herbeizuführen gewillt seien. Dem Zweck, den im Gründungsausschuß hervorgetretenen antikonservativen Stimmungen von vornherein entgegenzuwirken, diente in meiner Wochenschau am gleichen Tage die Betonung des Gedankens, daß es sich bei der Deutschnationalen Partei nicht um eine Preisgabe der Konservativen Partei und ihrer Politik, sondern um deren weitere Entwicklung handele. Dabei stellte ich über die Richtlinien des Partei-Aufrufes hinaus die grundlegenden programmatischen Forderungen auf, bei denen es sich darum handele, auch für die Zukunft in Deutschland

¹³ In einem Artikel »Deutschnational oder Konservativ?« (Tradition 1919, S. 1161 ff.) berichtete Alfred v. Goßler über diese Verhandlungen. In einem Brief vom 16. 2. 1920 an Graf Yorck bezeichnete Westarp eine von diesem offenbar erwartete Kritik an der Haltung der übrigen Konservativen für verfrüht.

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918 mit Liste der Unterzeichner.

¹⁵ Aufruf und IP wie Anm. 14.

»eine starke, tatkräftige und zielbewußte Rechte« zu schaffen, »ohne deren einflußreiche Mitwirkung noch kein Staatswesen sich gesund hat entwickeln können. Der furchtbare Druck der äußeren Lage, ja vielleicht eine fremde Gewaltherrschaft wird dabei für die neue deutsche Partei der Rechten mehr noch als bisher die Aufgabe in den Vordergrund rücken, für ein starkes, kraftbewußtes, zur Wahrung von Einigkeit, Selbständigkeit und Freiheit des deutschen Reiches entschlossenes deutsches Volkstum einzutreten«.

Trotz dieser Vorbehalte und Ergänzungen kam es darauf an, die Organe und Mitglieder der Konservativen Partei ohne jeden Verzug in die Werbe- und Wahlarbeit einzustellen. Dem stürmischen Drängen des Gründungsausschusses, sofort ans Werk zu gehen, konnte ich die Berechtigung nicht absprechen. Der Deutschnationale Aufruf war die letzte der Kundgebungen, in denen neue bürgerliche Parteigründungen in Erscheinung traten, die »Deutsche Demokratische Partei«¹⁶, die »Deutsche Volkspartei auf national demokratischer Grundlage«¹⁷, in denen frühere Fortschrittler und Nationalliberale durcheinander gewirbelt waren und die von Zentrumskreisen angekündigte »Christlich Demokratische Volkspartei«.¹⁸ Wurde den Anhängern einer rechts gerichteten Politik nicht sofort eine Linie gezeigt, an die sie sich halten konnten, so trieb die allgemeine Erregung und die Furcht vor Spartakus sie vollends zum Anschluß an links.

Die Angaben über den Termin zur Nationalversammlung schwankten. Bekanntgegeben war ein Kompromiß Ebert-Haase auf den 2. Februar 1919.¹⁹ Aber es verlautete, daß die Mehrheitssozialdemokraten sich dem Drängen auf eine frühere Anberaumung der Wahl fügen wollten, dem wir uns anschlossen. Deshalb forderte Stackmann und ich die konservativen Parteiorgane auf, die Entschließung über das Verhältnis der Konservativen Partei zu der neuen Partei nicht abzuwarten, sondern sofort die Werbe- und Wahlarbeit mit den örtlichen Vertretungen der anderen, an der Neugründung beteiligten Parteien voll aufzunehmen.²⁰

Zu den Bedingungen, von denen ich meine Mitarbeit abhängig gemacht hatte – ohne Kabinettsfrage erreichte ich in jenen Tagen überhaupt nichts –, gehörte, daß der Gründungsausschuß sich auflöste. Daß dabei v. Kardorff ausschied, dessen Einfluß in

¹⁶ Siehe Anm. 5.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 20 f. sowie Eberhard Kolb und Ludwig Richter (Bearb.): Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933, 2 Halbbde., Düsseldorf 1999.

¹⁸ Vgl. MORSEY, S. 79–109, zum Parteinamen bes. S. 98 f., 108.

¹⁹ Siehe Quellen 6/I, S. 78, Anm. 12.

²⁰ Rundschreiben vom 25. 11. 1918 an die Landes- und Provinzialvorsitzenden der Konservativen Partei. Unter »Politische Richtlinien für die Werbearbeit« hieß es: »Die Aufgabe der Stunde fordert, daß das Bürgertum in sich geschlossen eintritt für Friede und Brot, für Recht und Ordnung. Den Arbeiter- und Soldatenräten gewähren die feindlichen Mächte weder Friedensverhandlungen noch Zufuhren von Lebensmitteln und Rohstoffen, ihre Diktatur bietet auch nicht die nötige Sicherheit dagegen, daß noch weiter links stehende Gruppen wie die Spartakusgruppe des Herrn Liebknecht zur Herrschaft gelangen und unser Volk mit Schrecken und Vernichtung aller persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit bedrohen. Deshalb muß die alsbaldige Einberufung der Nationalversammlung und Schaffung einer durch Gesetz geordneten Regierungsform gefordert, für die Sicherstellung der Volksernährung und der sonstigen Gütererzeugung, für den Schutz von Recht und Ordnung eingetreten werden. [...] Die Werbearbeit wird mit positivem Inhalt zu erfüllen sein und sich an alle diejenigen zu wenden haben, die auch unter den veränderten Verhältnissen der Zukunft eine kraftvolle, rechtsgerichtete Partei mit starkem Einfluß für den geordneten Gang des Staatswesens als erforderlich ansehen und die eintreten wollen für ein seiner Kraft bewußtes Volkstum, für die Einigkeit, politische Selbständigkeit und Freiheit Deutschlands, für eine starke, geordnete Staatsgewalt, gegen jede Klassendiktatur, für ein lebensvolles Christentum, für Ehe und Familie als Träger von Staat und Volk, für Recht und Ordnung, nicht zuletzt aber für die Freiheit der Person

demokratisierender Richtung ich befürchtete, war ein von mir gewollter Erfolg dieser im Interesse der Arbeitsfähigkeit nötigen Maßnahme. Es wurde ein kleinerer Geschäftsführender Ausschuß gebildet, der sofort die Wahlvorbereitung und Werbearbeit in Gang bringen und die Beschlüsse der bestehenden Parteien vorbereiten sollte. Als Vorsitzender wurde, auf Vorschlag v. Winterfeldts, v. Falkenhausen gewonnen, der für später als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der neuen Partei in Aussicht genommen wurde. Da der Ausschuß nicht nach Stimmenmehrheit beschließen, sondern die Vereinbarungen der Parteien herbeiführen sollte, verzichtete ich auf zahlenmäßige Mehrheit der konservativen Mitglieder. Ihm gehörten an Dietrich, Graef und ich, von den Freikonservativen Lüdicke und Dewitz, von den Christlich-Sozialen Behrens und Wallbaum, von den Völkischen Bruhn und Werner (Hersfeld). v. Falkenhausen nahm die Arbeit sofort auf, und zwar – wiederum in der Scheu vor zu enger Berührung mit den Konservativen – in Räumen, die Dietrich bei der Raiffeisenbank zur Verfügung stellte. Jedoch wurden ihm konservative Bürokräfte des Hauptvereins zugewiesen, und man nahm in Aussicht, daß Schroeter mit dem Büro des Hauptvereins den Kern des neuen Parteibüros bilden sollte. Auch das freikonservative Büro wurde herangezogen. Der Ausschuß wurde bereits am 13. Dezember durch einen Vorstand von 21 Mitgliedern abgelöst.

Unter dem Vorsitz von v. Heydebrand nahm der Fünfziger-Ausschuß [der Konservativen Partei] am 3. Dezember zu der Neugründung der DNVP Stellung. Stackmann und ich hatten zu dieser Sitzung die Landes- und Provinzial-Vorsitzenden mit dem Anheimgen eingeladen, Vertrauensmänner mitzubringen. Die Versammlung verlief formlos und zum Teil stürmisch. Im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden (Fünfer-)Ausschusses vertrat ich den Standpunkt, daß die Konservative Partei als solche nicht endgültig aufzulösen sei, sich aber für die Wahlen zur Nationalversammlung unter Enthaltung von eigener politischer Arbeit in den Dienst der DNVP stellen solle. Als formelle Gründe führte ich an, daß zur Auflösung der Konservativen Partei die Einberufung eines Parteitages erforderlich sei und daß die Abwicklung der laufenden Verträge mit den Beamten und die Verwaltung der Mittel einschließlich der Anteile an Zeitungen ein längeres Fortbestehen der Parteiorgane nötig mache. Als entscheidend aber bezeichnete ich den politischen Grund; bei der Unsicherheit aller Verhältnisse könne nicht vorausgesehen werden, ob die neue Partei auf die Dauer gewillt und in der Lage sein werde, den konservativen Anschauungen zur Wirksamkeit zu verhelfen oder ob sie in ein mittelparteiliches christlich-soziales Fahrwasser kommen werde. Deshalb sei es richtig, abzuwarten, ob sich nicht ein eigenes Auftreten der Konservativen Partei später einmal als möglich und nötig herausstellen werde.

Mein Standpunkt wurde von der überwiegenden Mehrzahl der Anwesenden bekämpft und rednerisch nur von Graf Seidlitz unterstützt. Besonders entschieden verlangten Vertreter von Pommern die sofortige Auflösung der Partei, und Graef (Anklam) stellte den Antrag, zu beschließen, daß sofort ein Parteitag zum Zweck der Auflösung einberufen werden solle. Bei einer Abstimmung wäre der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden. Nun hatte Dietrich erklärt, die neue Partei beabsichtige keineswegs, die konservativen Persönlichkeiten und Auffassungen in den Hintergrund treten zu lassen; es werde entschieden damit gerechnet, daß ich dem Vorstande

und für den Schutz des Eigentums und der Privatwirtschaft gegen die sozialistisch kommunistische Zwangswirtschaft«.

angehören und kandidieren solle. Das gab mir den Anlaß zu erklären, ich hätte meinerseits nicht beabsichtigt, ein persönliches Moment in die Debatte zu werfen. Die Äußerung Dietrichs aber ließe es mir als eine Verpflichtung der Loyalität erscheinen, Klarheit darüber zu schaffen, daß ich mich, falls heute die Auflösung der Konservativen Partei beschlossen werde, vom politischen Leben vollständig zurückziehen und meine Mitarbeit in der neuen Partei nicht für möglich halten werde. Darauf wurde der Auflösungsantrag Graef zurückgezogen und einstimmig die Entschließung vom 3. Dezember²¹ angenommen. Sie enthält nicht die Auflösung der Konservativen Partei, dagegen den Entschluß, ihren Einfluß ganz für die DNVP einzusetzen, und die Aufforderung an die konservativen Organisationen und Parteimitglieder, sich der neuen Partei anzuschließen.

In den gleichzeitig veröffentlichten Konservativen Wahlaufzügen²² nahm Heydebrand zahlreiche Anregungen Westarps auf.

Ein Vergleich mit den Richtlinien der DNVP vom 24. November zeigt, was ich zur Ergänzung des deutschnationalen Gründungsprogramms im konservativen Sinne für erforderlich gehalten und nicht durchgesetzt hatte. Dazu gehörte die Erwähnung des monarchisch-konstitutionellen Prinzips, wenn auch nur im Sinne eines Bekenntnisses zur Vergangenheit. Das von mir verfaßte sachliche Programm des Aufrufes faßt ferner unter Verzicht auf die in den 16 Punkten der Richtlinien niedergelegten Abmachungen mit den anderen Parteien die Grundgedanken des neuzuschaffenden Programms schärfer und kürzer zusammen, stellt insbesondere die Aufgabe in den Vordergrund alles weiteren politischen Strebens, die Freiheit und Selbständigkeit gegen fremde Macht und die Unversehrtheit des Reichsgebietes in den Grenzmarken zu wahren.

Der Beschluß vom 3. Dezember wurde durch ein vertrauliches Rundschreiben an die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialvereine²³ erläutert. Dabei wurde ausdrücklicher als im Beschluß selbst festgestellt, daß die Konservative Partei als solche und der Hauptverein der Konservativen bestehen bliebe. Darüber, ob ein Parteitag einzuberufen sei, um sie aufzulösen oder gänzlich in die neue Partei überzuleiten, sei die Beschlußfassung ausgesetzt. Denjenigen Landes- und Provinzialverbänden, in denen eine starke Organisation mit eigenen Geldmitteln bestehe, wurde empfohlen, in ähnlicher Weise zu verfahren wie der Hauptverein, die Organisation also nicht aufzulösen, sie vielmehr stillschweigend ruhen zu lassen. Den Kreis- und Ortsvereinen dagegen wurde mitgeteilt, daß der Hauptverein mit den ihnen zugehenden Schreiben des Vorstandes der DNVP einverstanden sei, in dem sie aufgefordert wurden, ihre Mitglieder der neuen Partei zuzuführen. Im übrigen enthält das Rundschreiben die Weisung, daß die Organe der Konservativen Partei, auch soweit sie bestehen blieben, auf eigene agitatorische Tätigkeit verzichten, sich rückhaltlos in den Dienst der DNVP stellen und die Werbearbeit für diese sofort aufnehmen sollten.

In einer Wochenschau vom 8. Dezember²⁴ ermahnte Westarp die Angehörigen der Konservativen Partei, sich mit aller Kraft und ohne jeden Rückhalt für die DNVP einzusetzen, betonte aber zugleich, daß sie keinen Grund hätten, ihre Geschichte zu verleugnen, auch nicht die »Überzeugung,

²¹ Veröffentlicht Kreuz-Ztg. Nr. 618 vom 3. 12. 1918; abgedruckt bei LIEBE, S. 26.

²² Veröffentlicht ebd. In einer Abschrift im Nachlaß Westarp ist der jeweilige Anteil Heydebrands und Westarps am Aufruf gekennzeichnet.

²³ Maschinenschriftl. Ausfertigung im Nachlaß Westarp.

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

daß eine starke, in den Herzen des Volkes durch lange Überlieferungen verankerte Monarchie die beste Staatsform für Deutschland« sei und »daß die von Bismarck geschaffene Zusammenfassung der deutschen Stämme dem deutschen Wesen am besten« entspreche.

Sofort nach der Gründung der DNVP begannen die Gegner, sie als eine Fortsetzung der alten Konservativen Partei unter falschem Namen der gehässigen Hetze auszusetzen, mit der sie uns als Junker und Agrarier, Alldeutsche, Kriegshetzer und Kriegsverlängerer angeprangert hatten. Das blieb namentlich im Anfang nicht ohne Wirkung auf viele, die sich der DNVP anschlossen, und führte zu der Gefahr eines verleugnenden Abrückens von unserer Politik, das ich nicht dulden konnte. Die Erfahrung, daß bei der Aufstellung der deutschnationalen Wahllisten für die Nationalversammlung nicht nur ich, sondern auch noch andere Konservative als zu belastet abgelehnt worden waren, veranlaßte mich zu einer ernsten und eingehend begründeten Warnung.²⁵

Im Briefwechsel und in Unterredungen mit alten Konservativen mußte ich bald die Notwendigkeit des weiteren Bestandes der Konservativen Partei, bald ihren Verzicht auf selbständiges Vorgehen zugunsten der DNVP, mehr in den Vordergrund stellen. Eine Zusammenfassung der Gründe für beide Beschlüsse enthält mein Brief an das Mitglied des Zwölfer-Ausschusses Klasing vom 25. März 1919.

»Mit Ihnen sind auch wir der Ansicht, daß die Verbindung mit den Christlich-Sozialen Elementen und den christlichen Gewerkschaften, übrigens auch diejenige mit den linksstehenden Richtungen, ein Moment der Gefahr in sich schließt, sodaß sich noch nicht mit der nötigen Sicherheit übersehen läßt, ob die Partei auf die Dauer die Ansprüche erfüllen wird, die man an die neue Rechte von konservativem Standpunkt aus stellen muß. Deshalb wollen wir eine solche Rechte im konservativen Sinne einstweilen weiter bestehen lassen. Zu eigener agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit nach außen hin halten wir die Zeit noch nicht für gekommen; vielmehr glauben wir, daß bis auf weiteres die Deutschnationale Volkspartei der Stoßtrupp gegen Demokratie und Sozialismus sein wird, den wir unterstützen und in dem wir mitarbeiten müssen.«

Zu den Parteifreunden, die auf ein aktives Hervortreten der Konservativen Partei nicht verzichten wollten, gehörte der Pfarrer Werner, der als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses eine rege rednerische und journalistische Werbearbeit für streng konservative Gedanken entfaltet hatte. Im Wahlbezirk Kassel wurde seine Kandidatur von christlich-sozialer Seite zu Fall gebracht und dafür auch seine Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht geltend gemacht.²⁶ Die Gründe, die mir eine abwartende Haltung der Partei notwendig erscheinen ließen, setzte ich ihm in einem Brief vom 10. Februar 1919 auseinander.

»Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß die konservative Auffassung in persönlicher und sachlicher Beziehung in der neuen Partei noch nicht diejenige Vertretung findet, die ihr gebührt. Der Grund liegt, wie ich persönlich bekunden kann, nicht so sehr an dem hiesigen deutschnationalen Zentralvorstand als in den Verhältnissen im Lande, wo auch unsere konservativen Freunde zum großen Teil sich viel zu sehr in den Hintergrund haben drängen lassen. So hat die Partei in den großen Städten und im Westen Neuland gewonnen, das uns Konservativen vielleicht so nicht zugänglich gewesen wäre, aber sehr viel alten Boden verloren; besonders das platte Land im Osten hat bedauerlich versagt. [...] Man muß, wie mir scheint, abwarten, ob die Politik der neuen Partei so werden wird, daß sie den konservativen Anschauungen gerecht wird. Das Ziel ist nach meiner Auffassung, daß die Deutschnationale Volkspartei die neue Rechte wird, neben der eine konservative Partei

²⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 51 vom 2. 2. 1919, IP.

²⁶ Vgl. WESTARP I, S. 398 f. (Referat im Fünfziger-Ausschuß 1912).

nicht mehr nötig ist. In diesem Sinne wird in ihr zu arbeiten und nur für den Fall, daß das Ziel nicht erreicht werden sollte, der bisherige Rahmen aufrechtzuerhalten sein.«

Überzeugt habe ich ihn und einen verhältnismäßig kleinen Kreis alter Parteifreunde nicht, die auf selbständiges Hervortreten der Konservativen Partei drängten.

In den Beschlüssen vom 3. Dezember wurde auch die Teilnahme der Konservativen an der Organisation der DNVP geregelt. Deren Vorstand wurde aus 21 Mitgliedern zusammengesetzt, von denen zehn von der Konservativen Partei präsentiert wurden, nämlich Dietrich, Graef (Anklam), Graf Westarp, Dr. Roesicke, Baecker, Paula Müller, ferner Hensel (Ostpreußen), Graf Seidlitz (Schlesien), Kraut (Württemberg), D. Winckler (Provinz Sachsen). Bei Bildung des endgültigen Vorstandes im Juli 1919 wurde die Präsentation der einzelnen Mitglieder durch die alten Parteien fallen gelassen²⁷ und ein zweiter engerer Vorstand für die Geschäftsführung gewählt, dem ich nicht angehörte.

Am 19. Dezember wurde Hergt zum Vorsitzenden der DNVP gewählt. In den vorhergegangenen Verhandlungen²⁸ über die Wahl von v. Delbrück, die besonders von christlich-sozialer Seite gewünscht wurde, gehörte ich zu denjenigen, die v. Delbrück als Träger der Bethmann-Politik ablehnen zu sollen glaubten. Ein Versuch von mir, den Staatssekretär v. Lindequist für den Vorsitz zu gewinnen, scheiterte an dessen Weigerung.

Hergt erhob in einem Schreiben vom 19. Dezember²⁹ neben Forderungen organisatorischer und persönlicher Art auch solche über das Verhältnis zur Konservativen Partei:

»Ich setze voraus, daß der Hauptverein der Konservativen als solcher geschlossen der neuen Partei beitrifft, die örtlichen Organisationen der konservativen Parteien aber ganz in ihr aufgehen, also demnächst ihre Auflösung beschließen.

Die neue Partei betrachte ich als eine völlige Neuschöpfung, in der bei aller Anerkennung des großen Wertes, den die bisherigen rechtsstehenden und agrarischen Interessenvertreter als Stützen für die neue Parteiorganisation auch weiterhin haben müssen, doch bis auf weiteres der Parteicharakter nicht durch diese Elemente sichtbar bestimmt werden darf, damit nicht dem so wünschenswerten Anschluß städtisch-liberaler Gruppen, wie sie z. B. durch die Gruppe des Herrn Traub verkörpert werden, von vornherein ein Hindernis bereitet wird.«

In längeren und eingehenden Besprechungen mit ihm bestand ich im Gegensatz hierzu darauf, daß die Konservative Partei in der von uns beschlossenen Form weiter bestehen müsse, und er fand sich schließlich damit ab.

Den Verwaltungsapparat und die finanzielle Grundlage erhielt die DNVP in den ersten Monaten ihres Bestehens, in denen nicht nur der organisatorische Aufbau geschaffen, sondern auch die Wahlagitation zur Nationalversammlung ins Werk gesetzt werden mußte, so gut wie ausschließlich durch die Konservative Partei. Das Büro des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen, seine persönlichen Kräfte, Räume, Heizung, Beleuchtung, Telefon, die sachlichen Bürokosten wurden der DNVP zur Verfügung gestellt und bis zum 1. April 1919 ausschließlich aus den Mitteln der Konservativen Partei weiter bezahlt.

²⁷ Trotzdem wurde dieses Repräsentationsrecht der Konservativen unzutreffenderweise der DNVP 1927 vorgehalten, als sie von dem weiterbestehenden Hauptverein der Konservativen wegen ihrer Regierungsbeteiligung scharf kritisiert wurde.

²⁸ Vgl. dazu Graef (wie Anm. 3), S. 19.

²⁹ Das Schreiben ist gerichtet an »Geheimrat«, vermutlich Dietrich.

Ferner wurde die Konservative Schriftenvertriebsstelle GmbH auf die DNVP übergeführt. Sie war von uns am 18. Oktober 1917 gegründet worden, um die Verbreitung von Propagandamaterial und die verlegerische Tätigkeit der Partei zu verstärken und auf eine geschäftsmäßige Grundlage zu stellen, von der aus die örtlichen Parteiorganisationen wirksam zu den Kosten herangezogen werden konnten. Graef (Anklam) als Geschäftsführer blieb in seinem Amt, auch nachdem die Firma am 12. März 1919 in »Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle« umgewandelt wurde. Sie hat sich bewährt und eine ungeheuer umfangreiche Tätigkeit entfaltet.³⁰ Stackmann zog sich von den Geschäften zurück. Schroeter dagegen, mit dem ich natürlich in enger Fühlung blieb, stand zwar der Neugründung, wie auch seine Berichte an v. Heydebrand aus jener Zeit zeigen, sehr ablehnend und kritisch gegenüber, geriet auch in manche Differenz mit Graef (Anklam), leistete aber mit rückhaltlosem Einsatz seiner Person und Arbeit die Bürogeschäfte.

Außerdem bewilligten Stackmann, Schroeter und ich auf eigene Verantwortung einen Barzuschuß von 100 000 Mark aus den Mitteln des Hauptvereins. Aus den Sammlungen, die während der Kriegszeit in den Provinzen stattgefunden hatten, standen ferner dem Hauptverein Forderungen an den sogenannten Wehr- und Kriegsschatz der Provinzen zu. Aus diesen Forderungen an Pommern und Schlesien traten wir je 200 000 Mark an die DNVP ab.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung schwebten längere Verhandlungen über den Eintritt des Konsuls Marx in den Vorstand der DNVP und darüber, ob er zum Schatzmeister der neuen Partei ernannt werden sollte. Marx war jüdischer Abkunft. Vor Jahren hatte ihn der Oberpräsident v. Goßler in der Provinz Westpreußen für seine Industrialisierungspläne herangezogen, und er sollte dort tüchtige Arbeit geleistet haben. In Berlin als Leiter eines Bankunternehmens tätig, unterhielt er betriebsam Beziehungen aller Art. Während des Krieges wurde besonders von Stackmann entscheidender Wert darauf gelegt, ihm maßgebenden Einfluß in der Konservativen Partei zu verschaffen. Er verhandelte damals mehr, als es Heydebrand und mir recht war, im konservativen Namen über gewisse außenpolitische Pläne mit dem Staatssekretär v. Jagow, wollte durch uns den Posten als Reichsschatzsekretär erringen, legte uns viele finanzielle und wirtschaftliche Projekte vor und war in unserem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß tätig. Jetzt drängte wiederum Stackmann darauf, ihn der DNVP zu präsentieren. Er hatte sich stark gemacht, einige hunderttausend Mark aufzubringen. In den Verhandlungen, die Stackmann, Schroeter und ich deshalb mit ihm führten, hielt ich es für loyal, ihn aufmerksam zu machen, daß die antisemitischen Richtungen in die DNVP aufgegangen seien. Er zog sich darauf zurück, daß er gerade aus diesem Grunde aus seinen Kreisen nicht viel Mittel werde aufbringen können und verwies uns auf die konservativen Geldgeber. Graef, Dietrich, Bruhn, die seiner Aufnahme in den Vorstand widerstrebten, vertraten den Standpunkt, daß ohne eine Vorleistung von einigen hunderttausend Mark seine Aufnahme nicht erfolgen sollte, und die Verhandlungen mit ihm scheiterten, ohne daß ich mich mit dem Eifer, den Marx und Stackmann vor mir forderten, für ihn eingesetzt hätte. Die Beziehungen zwischen Marx und der Partei fanden endgültig ihren Abschluß durch jenen Brief von Hergt³¹, der – viel-

³⁰ Vgl. dazu Max Weiß, Organisation, in WEISS, Der nationale Wille, S. 381–386.

³¹ Abgedruckt in der DN-Flugschrift: Vorwürfe gegen die Deutschnationale Volkspartei und ihre Widerlegung, Berlin 1920, S. 9; vgl. dazu HERTZMAN, S. 128.

leicht nicht ganz geschickt abgefaßt – zu einem Agitationsmittel der jüdischen Presse gegen die DNVP geworden ist.

In den Auseinandersetzungen der beiden Parteien nahm die Überweisung der konservativen Gelder lange Zeit einen breiten Raum ein. Ich mußte oft einer Überschätzung der uns zur Verfügung stehenden Fonds entgegentreten. Der Hauptverein konnte, nachdem er Ende 1918 100 000 Mark an die Partei abgeführt und sein ganzes Büro bis April 1919 unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte, nur noch den Bedarf für ein wesentlich verkleinertes Büro zurückhalten. Pommern und Schlesien weigerten sich, die erwähnten je 200 000 Mark an die Zentrale der DNVP abzuführen. Sie hatten die deutschnationale Wahl in der Provinz finanziert, dafür erheblich mehr als 200 000 Mark aufgewendet und rechneten diese Leistung auf. Zuerst stand v. Heydebrand mir in dem Bemühen bei, Graf Seidlitz zur Hergabe von noch 100 000 Mark zu bewegen, die auch von der Herrenhausgruppe gewünscht wurde. Nach den Zusammenstößen vom April und Juli 1919 erklärten wir uns beide damit einverstanden, daß beide Provinzen die Gelder in der Höhe von je einigen hunderttausend Mark zurückhielten. Brandenburg hielt noch 140 000 Mark zurück. Da Ostpreußen seine Mittel im wesentlichen ausgeschüttet hatte, kamen weitere Beträge nicht in Frage. Für den weiteren Kostenaufwand der DNVP, deren Jahres-Etat vom Vorstand im April 1919 auf 750 000 Mark festgesetzt wurde, wären die angesammelten Mittel, die den konservativen Organisationen noch verblieben waren, nicht mehr ins Gewicht gefallen. Die politischen Parteien, besonders die der Rechten, konnten nicht von angesammeltem Vermögen leben, waren vielmehr darauf angewiesen, ihren laufenden Bedarf laufend zu erwerben. Übrigens darf man bei der Bewertung der hier mitgeteilten Zahlen nicht vergessen, daß die Mark nach den Umrechnungszahlen des Aufwertungsgesetzes³² zu Anfang des Jahres 1919 nur noch 0,50 Mark wert und im Juli 1919 bereits auf 0,10 Mark abgesunken war. Das war ein Umstand, der damals den wenigsten klar zum Bewußtsein kam. Es dauerte nur noch kurze Zeit, bis der Rest des konservativen Fonds wie alle anderen mühsam angesammelten und ersparten Vermögen der Inflation vollends zum Opfer fiel.

Für einen Zuschuß aus konservativen Mitteln kam ferner die Herrenhausgruppe³³ in Betracht. Sie war zeitweise bereit, der DNVP für Wahlzwecke 200 000 Mark zu überweisen. Dafür stellte sie an die DNVP eine Reihe von Forderungen, bei deren Erfüllung sie sich zur Zahlung weiterer beträchtlicher Summen bereit erklärte. Unter ihren organisatorischen und politischen Vorschlägen befindet sich der, daß die alten Konservativen, Adel und Großgrundbesitz nicht so wie bisher zurückgestellt werden dürften. Außerdem verlangte die Gruppe, daß Graef beseitigt und durch Steiniger ersetzt werde. Hergt war wohl bereit, hierauf einzugehen, machte jedenfalls Graefs Verbleiben davon abhängig, daß dieser seinen Wohnsitz nach Berlin verlege. Ich beteiligte mich an dem Vorstoß gegen Graef nicht. Als Hergt mir gegenüber den Rücktritt Graefs davon abhängig zu machen suchte, daß die Konservative Partei sich auflöse oder doch ihre Gelder abführe, setzte ich ihm auseinander, daß Partei und Herrenhausgruppe ganz unabhängig von einander seien. Schließlich hielt der Vorstand bei einer Tagung, an der ich

³² Gesetz vom 16. 7. 1925, RGBl. I, S. 117, Anl. 133. Vgl. auch Walther Lambach, Artikel »Geldentwertung« im Handwörterbuch des Kaufmanns. Lexikon für Handel und Industrie, hrsg. v. Karl Bott, Bd. 2, Hamburg 1926, S. 557.

³³ Die ehemaligen Mitglieder des preußischen Herrenhauses, die der Konservativen Partei angehört oder nahegestanden hatten.

wegen einer Sitzung meines Senats im Oberverwaltungsgericht nicht teilnehmen konnte, an Graef fest, zumal dieser auf die Wohnsitzverlegung einging. Hergt erzählte mir das mit dem Bemerkten: »Graef hat mich gestern 200 000 Mark gekostet.« Im Ergebnis war ich ganz zufrieden damit, daß das Geld, wie ich von Anfang an vorgeschlagen hatte, für spätere Verhandlungen über die Wahllisten vorbehalten blieb. Im Verhältnis zur DNVP hat die Gruppe das Machtmittel der Hergabe oder Verweigerung von Geld niemals bis zu Ende rücksichtslos einzusetzen vermocht. Den meisten ihrer Mitglieder lagen politische Geschäfte dieser Art nicht, und sie hielten es für richtig, zwar bestimmte Wünsche geltend, die finanzielle Unterstützung der nationalen Partei aber nicht von deren Erfüllung abhängig zu machen.

Von entscheidender Bedeutung für das Verhältnis zwischen den beiden Parteien und für meine Stellung in ihr wurde die Aufstellung der Listen für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung. Die DNVP übertrug diese Aufgabe ihren Landesverbänden mit der Maßgabe, daß der Parteivorstand die Listen zu genehmigen hatte und berechtigt war, in Verbänden mit mehreren sicheren Stellen eine Stelle selbst zu besetzen. Auf eigene Listen mußten wir Konservative verzichten. Deshalb handelte es sich darum, sich in das Verfahren der DNVP einzuschalten.

Die konservativen Landesverbände wurden von Stackmann und mir sofort am 25. November³⁴ und in weiteren Rundschreiben über ihre sich aus dem neuen Wahlrecht ergebenden Aufgaben unterrichtet. Am 17. Dezember beriefen wir die Reichstagsfraktion und am 18. die Provinzial- und Landesvorsitzenden, um die von konservativer Seite vorzuschlagenden Kandidaten und die Zugeständnisse an die anderen Richtungen der DNVP festzustellen. Als der Vorstand der DNVP am 19. über die Besetzung der sogenannten sicheren Posten beschloß, billigte er im wesentlichen die konservativen Vorschläge und die Zugeständnisse an die anderen Richtungen, die allseits als entgegenkommend und zureichend anerkannt wurden. Trotzdem sind im weiteren Verlauf die meisten konservativen Vorschläge nicht zur Durchführung gelangt.

Eine Kandidatur Hindenburgs wurde von Ostpreußen und Berlin gewünscht, vom Feldmarschall aber abgelehnt, weil er sich in seiner Stellung an der Spitze des Heeres für keine Partei besonders in Anspruch nehmen lassen könne. Unter diesen Umständen wurde auch davon Abstand genommen, das Anerbieten der Kandidatur an ihn agitatorisch auszunutzen.

v. Heydebrand und ich sind von der DNVP zur Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung nicht aufgestellt worden.³⁵ In der Vorbesprechung über den Parteivorsitz hatte Hergt für den Vorstand und für die Wahllisten gegen den Namen v. Heydebrands Einwendungen geltend gemacht, aber auf meinen Einspruch hin den Verzicht auf ihn nicht zur Bedingung gemacht. Aber auch bei Dietrich und Graef stieß meine Anregung, v. Heydebrand aufzustellen, auf heftigen Widerspruch. Ich wollte daher im Vorstand nicht vorgehen, bis ich einer Provinz sicher war. Meine Bemühungen richteten sich durch v. Bieberstein nach Ostpreußen und durch Graf Seidlitz nach Schlesien.

³⁴ Siehe Anm. 20. Zwei weitere Rundschreiben im Nachlaß Westarp.

³⁵ Der Briefwechsel mit Heydebrand und andere von Westarp erwähnte Aufzeichnungen ergeben ein detailliertes Bild hiervon.

Von beiden Seiten kam die Antwort, seine Aufstellung sei nicht durchzusetzen.

In einer Versammlung des Schlesischen Provinzialvereins in Breslau vom 29. November, in der v. Heydebrand sprach³⁶, trat die Ablehnung [...] schroff zutage. Ich erhielt darüber direkt von Graf Keyserlingk und durch Vermittlung D. Wincklers von Negenborn³⁷ erschütternde Berichte. Winckler lehnte [in seinem Brief vom 1. Dezember] nur Heydebrands, nicht mein weiteres Hervortreten ab. Im Anschluß an unseren Briefwechsel über meine eigene Kandidatur legte mir v. Heydebrand seine Meinung über das Unterbleiben seiner Aufstellung dar (26. 12. 1918).

»Was mich betrifft, so ist zunächst klar, daß meine Wahl in das *preußische* Parlament nicht in Frage kam. Ich würde nach Lage der Sache doch dort nur an der *Spitze* einer konservativen Fraktion möglich sein, dazu aber fehlt mir gegenüber der immerhin sehr neuartigen Aufgabe persönliche Geeignetheit und ausreichende gesundheitliche Rüstigkeit und Freiheit in Privatgeschäften.

Bei der Nationalversammlung liegt die Sache so, daß die erwähnten persönlichen Momente – verstärkt vielleicht noch durch Entlegenheit des Versammlungsortes – ebenfalls mitsprechen und mir nur dann überwindlich erscheinen würden, wenn die Partei es im gemeinen Interesse *verlangte* und Aussicht wäre, conservative Gedanken mit einigem Erfolg in der neuen Partei zu vertreten. Hier gilt nun das Gleiche wie bei Ihnen, und ich bezweifle einen solchen Erfolg umso mehr, als Sie selbst anscheinend eventuell ihr nicht angehören würden. Für die neue Partei bedeutet m. E. das Fehlen meines Namens eine nicht unwesentliche Erleichterung, sodaß mir der Widerstand derselben sehr erklärlich ist. Danach kann ich das Weitere ruhig in Ihre Hand legen!«

Irgend eine Möglichkeit, seine Einschaltung in einem Landesverband auch nur zur Erörterung zu bringen, ergab sich nicht. Auch meine eigene Kandidatur scheiterte nicht an meiner Weigerung, auch nicht an dem Hauptvorstand der DNVP, der sie dringend betrieb, sondern an der Scheu der örtlichen Parteiorgane vor der Belastung mit meinem Namen.

Die Kandidatur Roesicke habe ich mit besonderer Entschiedenheit betrieben, weil ich es für nötig fand, daß der Bund der Landwirte durch seinen Vorsitzenden in der Fraktion vertreten war und daß die Partei auf die parlamentarische Kraft von Dr. Roesicke nicht verzichtete. Schließlich gelang es, seine Wahl in Westpreußen, wo ich noch am letzten Tage telefonisch einwirken mußte, durchzusetzen. Die Wahl in den Preussischen Landtag, die Dietrich und ich als Sicherungsmaßnahme in Potsdam veranlaßt hatten, nahm er nicht an, weil Doppelmandate von der Partei nicht zugelassen wurden.

Für Ostpreußen präsentierte die Konservative Partei Kreth und v. Bieberstein, den Provinzialvorsitzenden des dortigen Bundes der Landwirte. Hergt, der besonders gegen Kreth als zu belastet Bedenken hatte, ließ diese fallen, und der deutschnationale Parteivorstand beschloß am 19. Dezember als eigenen Wunsch die Aufstellung von Behrens, die übrigens auch Kreth für zweckmäßig hielt, und die Zustimmung zu dem konservativen Vorschlag.

Die Kandidaten scheiterten an der Haltung allein der örtlichen Organe. In seinen Briefen an mich schilderte Kreth anschaulich, wie der konservative-deutschnationale Landesvorstand unter Führung des früheren konservativen Abgeordneten Schickert und wohl unter Einwirkung v. Batockis jedes Zurückgreifen auf die bewährten konservativen Abgeordneten ablehnte und nur die Aufstellung neuer Leute als möglich erklärte. Kreth beteiligte sich trotzdem mit seiner gewohnten Tatkraft an der Agitati-

³⁶ Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 618 vom 4. 12. 1918, »Deutsch-Konservative Delegiertenversammlung«.

³⁷ In einem Brief an Winckler vom 30. 11. berichtete Negenborn von heftigen Kämpfen mit Heydebrand, Graf Seidlitz und Frhr. v. Richthofen.

on, und die Erlebnisse, die er dabei hatte und mir in einem Brief vom 20. Januar 1919 schilderte³⁸, geben ein Bild der damaligen Zustände. Übrigens erwies es sich auch als schwierig, den Freikonservativen v. Kardorff, der sich seiner Zeit für das Reichstagswahlrecht in Preußen eingesetzt hatte, unterzubringen. Da seine Aufstellung zu dem abgeschlossenen Kompromiß gehörte, habe ich sie durchsetzen helfen, was schließlich in Berlin gelang. Gern hätte ich den General v. Wrisberg, der sich dafür anbot, in die Nationalversammlung gebracht. Dieser und mancher andere Versuch, sachkundige und staatspolitisch bedeutsame konservative Persönlichkeiten auf die Listen zu bringen, scheiterte.

Was sich als eine Eigentümlichkeit des neuen Wahlsystems bei allen späteren Wahlen wiederholte, trat auch damals bereits in Erscheinung. Die Industrie machte die Be-

³⁸ In diesem Brief hieß es: »Die Bauern haben bei uns durchweg bis auf einzelne üble Subjekte national gewählt, die Landarbeiter fast ausnahmslos sozialdemokratisch, nur bei uns, in Trakehnen und einigen anderen Gütern haben einige ältere Leute national gestimmt, die Soldaten fast ohne Ausnahme sozialdemokratisch. Die städtische Bevölkerung, Beamte und Lehrer sind ins demokratische Lager eingeschwenkt, trotz der ungeschickten und gemeinen Agitationsart der Demokraten, deren blödsinnige Verleumdung wohl viele gewonnen haben. Z. B. verbreiten sie, daß die Damen vom Roten Kreuz 20 M. Tagesgelder bekämen und Liebesgaben für sich verwendet hätten; die ›Dickköpfe‹ – alias Großgrundbesitzer – hätten alles Mehl aufgefressen (gute Mägen müßten sie dazu haben), die kleinen Leute hätten nur Kleie bekommen usw. Ich glaube, daß dieser Mißerfolg die Frucht jahrelanger Arbeit der beim Aufbau der Grenzkreise beschäftigten sozialdemokratischen Bauhandwerker und Arbeiter der demokratischen Architekten ist, der unsere politisch harmlose Landbevölkerung widerstandslos zum Opfer fiel; ferner die Zwangswirtschaft, die nach Batockischem Rezept restlos durchgeführt alle Klassen verärgert und gegen die Konservativen als angebliche Staatsregenten aufbrachte. Neid wegen Kriegsschädenregulierungen, Ungeschicktheit und Habgier einzelner Großgrundbesitzer neuerer Prägung schadete gleichfalls. Schließlich soll auch unsere Ablehnung des gleichen Wahlrechtes ein wirksames Agitationsmittel geboten haben. Die schlechte und verspätete Organisation der deutschnationalen Partei, die Farblosigkeit ihres in weitesten Kreisen unbekanntem Kandidaten und der Mangel eines großen, hinreißenden Zuges in ihrer Agitation haben wohl einen starken Anteil an ihrem Fiasko. Ich glaube nun fast, es wäre besser gewesen, der Bund der Landwirte hätte eigene Kandidaten aufgestellt, dann wäre von der deutschnationalen Partei das Odium genommen gewesen, sie sei doch nur eine Fortsetzung der Konservativen. Allerdings wäre die neue Partei dann ganz ohne Redner geblieben, denn die ›unbeschriebenen Blätter‹ scheinen stumm auf die Welt gekommen zu sein. Am letzten Tage noch Behrens hierher bekommen zu haben, war mein Verdienst. Seine Versammlung war leider schlecht und überwiegend von Städtern und Sozen besucht; er sprach aber recht gut und gefiel selbst den Gegnern. Wäre er vier bis sechs Wochen früher gekommen, so hätte es vielleicht noch genützt. Nachdem aber die hiesigen Nationalliberalen zu den Demokraten gegangen waren, half selbst eine von uns vorbereitete Versammlung der Deutschen Volkspartei, bei der Gymnasialdirektor Dr. Lisco, Gumbinnen, ein Sohn des Staatssekretärs, ausgezeichnet sprach, nur wenig. Ich redete auch in Gumbinnen vor überfülltem Saal mit großem Beifall, aber solche Erfolge nützen ja nichts. [...] Die Dickköpfe mußten wir zu Hause lassen, sonst hätte es Skandale gegeben, uns hörte man achtungsvoll an, manchmal randalierte man, und der Schlachtruf moderner deutscher Helden: ›Licht aus, Messer raus, haut ihn!‹ erscholl an manchen Orten ziemlich laut. Der sozialdemokratische Grenzschutz – ohne oder mit roter Kokarde – grüne Jungen, die sich mit ihrem ›Soldatenrate‹ im Hintergrund als Herrscher des Landes aufspielten, gibt den Ton an. Die Furcht vor den Arbeiter- und Soldatenräten hat die Wahlen zweifellos stark beeinflusst; die Deserteure mögen auch die Rückkehr geordneter Verhältnisse und den Verlust ihrer bevorzugten Ehrenstellung als Heroen der Revolution fürchten. [...] Ich habe die Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt fast ganz verloren. Die Deutschen sind eine zu jämmerliche und gemeine Nation. Die Schmach, der wir ausgesetzt sind, empfindet von der Arbeiterschaft niemand, von den Bürgern und Kleinbesitzern ein verschwindender Teil, nur die Bauern und die ›Dickköpfe‹ – soweit sie nicht die Angst um ihr Vermögen aller Gefühle nicht materieller Art entkleidet – haben dafür Empfindung, bei ihnen aber überwiegt Haß gegen die Revolutionäre fast noch die Trauer um die Folgen der Revolution. Gegen den Kaiser hat man hier weder von den Sozen noch von den Demokraten gehetzt, es muß wohl die Parole von oben gekommen sein, dies zu unterlassen, weil für die Wahlen schädlich – auch ein Zeichen der Zeit; in den Großstädten galt wohl ein anderes Rezept!«

willingung größerer Geldmittel, die für die Massenagitation unentbehrlich und auf andere Weise nicht zu beschaffen waren, durch Hugenberg von der sicheren Aufstellung mehrerer industrieller Kandidaten abhängig. Die Summe, um die es sich dabei gehandelt hat, betrug, wie ich später erfuhr, eine Million, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Entwertung der Mark schon eingesetzt hatte. Ich setzte mich persönlich lebhaft für die industriellen Kandidaturen ein, nicht nur wegen ihrer finanziellen Wirkung, sondern in erster Linie, weil mir namhafte und sachkundige Vertreter des industriellen Unternehmertums im Kampfe gegen die revolutionäre-sozialdemokratische Besitzfeindschaft ganz unentbehrlich zu sein schienen. Ich erinnere mich, daß ich nach eingehenden Besprechungen mit v. Raumer und Reichert die beiden Weihnachtsfeiertage so ziemlich ununterbrochen am Telefon gegangen habe, um die vorgeschlagenen Industriellen in Ferngesprächen in einzelnen Landesverbänden unterzubringen. Die Wahl Hugenbergs in Posen führte ich allein auf meinen Einfluß zurück. Hugenberg war derjenige industrielle Kandidat, dessen Wahl gelang. An scheinbar aussichtsreicher Stelle waren außerdem aufgestellt Dr. Reichert in Magdeburg und v. Raumer, für den ich mich besonders lebhaft eingesetzt hatte, in Liegnitz. Er ist später von der Deutschen Volkspartei gewählt worden. Ferner kandidierten Bergrat Kleine in Erfurt und Dr. Correns im Wahlkreis Teltow (Potsdam II).

Ein Gesamturteil über das Ergebnis der ersten deutschnationalen Wahllisten für die Konservative Partei, wie ich es damals öfters ausgesprochen habe, enthält mein Brief an v. Heydebrand vom 6. Januar 1919:

»Für die konservative Sache ist der Ausgang – jedenfalls zur Zeit – ein sehr trauriger. Mein Ziel seit der Revolution war, die Konservative Partei ohne Absplitterung nach rechts der neuen Partei zuzuführen. Das ist für die Wahlen gelungen, gleichzeitig aber ihr in der neuen Partei eine gebührend einflußreiche Stellung zu sichern, und das ist für die Nationalversammlung des Reichs vollständig gescheitert. Sie und ich, der bewährte Führer und Vorsitzende und der Sprecher im Reichstag abgelehnt; Dietrich und Roesicke nur gegen schärfste Widerstände der Lokal-Organen erzwungen, Malkewitz, v. Graefe, Schiele und fünf bis sechs andere: das ist alles. Dieser Mißerfolg liegt nicht am Zentralvorstand, in dem die anderen drei Parteien und Hergt sich alle Mühe gegeben haben, unseren Ansprüchen gerecht zu werden, sondern an dem vollständigen Versagen der Provinzial- und Lokalverbände. Wie weit in ihnen, infolge des Überganges in die neue Parteiform auch die sogenannten »neuen«, bisher nicht oder nur äußerlich konservativen Elemente die Oberhand gewonnen oder ob unsere eigenen Leute versagt haben, kann ich von hier bei der überaus mangelhaften Verbindung, die wir mit den Provinzialstellen nur hatten, schlecht beurteilen. Mir scheint, daß auch letzteres im hohem Maße der Fall war und daß im Lande die einst konservativen Leute in den Chor einstimmen: »neue Männer«, – »keine Adligen«, »keine Großgrundbesitzer«, »keine Namen, die bisher hervorgetreten sind« usw. Hergt behauptet, daß dabei nicht so sehr Mißtrauen gegen unsere bisherige Politik als Angst vor dem Weglaufen der Wählerschaft das Motiv sei. Mag sein. Das Ergebnis ist eine sehr merkwürdige Fraktion: die sechs bis acht konservativen Abgeordneten, drei Minister: Posa[dowsky], Lentze! Delbrück! zwei bis drei Freikonservative: Kardorff (dieser am letzten Tage nur mit Kabinettsfrage von Hergt auf den 2. Platz in Berlin gebracht), Traub, Christlich-Soziale und Reform-Parteiler verhältnismäßig stark –, sonst eine Fraktion der neuen, aber auch der kleinen Leute. Das soll nun die Verfassung machen und Frieden! In Preußen scheint es besser zu werden.« [...]»³⁹

Es war die erste Listenaufstellung nach dem neuen System der Verhältniswahl, die wir zu bearbeiten hatten. Dieselbe Aufgabe hat sich in den folgenden 14 Jahren noch

³⁹ In einem ursprünglich im Manuskript zitierten Brief vom 10. 1. 1919 sprach Westarp von »geradezu suggestiver Panik« der »lokalen und provinziellen Parteikörperschaften« gegenüber den bisherigen Vertretern der konservativen Politik. Bei THIMME, S. 16 das gleiche Zitat.

oft wiederholt, und die Schwierigkeiten wurden, auch nachdem die Übergangszeit der Neugründung überwunden war, eher größer als geringer. Für mein Empfinden gehörte die Aufstellung der Wahllisten stets zu den unerquicklichsten und unersprißlichsten Arbeiten des Parteilebens der Republik, und unzählige Einzelerfahrungen, die man dabei machen mußte, verdienen ein geschichtliches Interesse höchstens insoweit, als sie dazu dienen können, das Bild des auf das Massenwahlrecht gestützten Systems parlamentarischer Regierung zu vervollständigen.

Sobald das Ergebnis der Wahlen vom Januar 1919 feststand, begannen v. Heydebrand und ich die Beschlüsse vorzubereiten, die zu fassen waren, um die Konservative Partei als solche aufrechtzuerhalten und ihr Verhältnis zur DNVP zu regeln. Die Verhandlungen darüber litten unter der Abwesenheit v. Heydebrands von Berlin. Die Verkehrsschwierigkeiten der ersten Revolutionsjahre waren kaum zu bewältigen. Selbst Telegramme brauchten manchmal zwei bis drei Tage, Briefe hin und wieder acht bis zehn Tage. v. Heydebrand klagte gelegentlich darüber, daß schon die Reise von Tschunkawe nach Breslau jetzt einen vollen Tag erfordere. Von der Unpünktlichkeit und Unsicherheit des damaligen Eisenbahnverkehrs kann sich, wer in jener Zeit nicht öfters zum Reisen verurteilt war, kaum einen Begriff machen; man wußte nie genau, wann die Züge abgingen, noch weniger, wann sie ankamen. Oft waren sie so überfüllt, daß man ohne Faustkampf überhaupt nicht mitkommen konnte. Dazwischen setzte Tage oder auch Wochen lang der Verkehr vollständig aus, weil er durch Streik verhindert oder wegen Kohlenmangels amtlich gesperrt wurde. Es gab wenige Besprechungen und Sitzungen mit auswärtigen Mitgliedern, die nicht aus solchen Gründen mehrfach verlegt werden mußten oder ganz ausfielen.

Dazu kam, daß sich v. Heydebrand noch mehr als in normalen Zeiten an Tschunkawe gebunden fühlte. Er teilte mir mehrfach mit, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse infolge seiner langen Abwesenheit sich wesentlich verschlechtert hätten. Vor allen Dingen aber bedrohte ihn auf seinem Gute ganz unmittelbar die Polengefahr. Tschunkawe lag in einem Winkel des Kreises Militsch, der in die Provinz Posen hineinsprang. Es war während des ganzen Jahres 1919, wie er schrieb, bis an das Dach mit Einquartierung von Truppen des Ostschutzes belegt und wiederholt Schauplatz von Feuergefechten. v. Heydebrand selbst wurde auf dem Ritt über seine Felder wiederholt beschossen. Lange Zeit drohte ihm das Schicksal, daß er und sein Gut zu Polen geschlagen wurden. Es wurde dadurch abgewendet, daß in demselben Winkel des Kreises Militsch ein Teil des Besitzes des Fürsten Hatzfeldt lag, dem es durch internationale Beziehungen gelang, das Gebiet für Deutschland zu retten.

Es kam aber auch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Sie ergaben sich schon aus der äußeren Stellung, die wir zu den Dingen hatten. Ich lebte in Berlin, stand mitten in den sich überstürzenden Ereignissen, gehörte dem Vorstand der DNVP an und wurde von Hergt und anderen Mitgliedern dauernd zur deutschnationalen Parteiarbeit herangezogen. Durch die schriftlichen und mündlichen Äußerungen v. Heydebrands klang dagegen stets der tragische Unterton des Bewußtseins hindurch, ausgeschaltet und nicht genügend unterrichtet zu sein. Er kämpfte noch mehr als ich mit der Neigung, sich ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Das Drängen von mir und anderen ihm ergeben gebliebenen früheren Freunden bestärkte ihn in der Auffassung, daß es seine Pflicht sei, seinen Einfluß und seine Arbeit noch für die konservative Sache einzusetzen, der er sein Leben gewidmet hatte. Es war natürlich, daß er dabei die Frage, wieweit selbständige konservative Parteiarbeit noch erstrebenswert und möglich sei, positiver zu beantworten geneigt war als ich. Die brieflichen Auseinandersetzungen

zungen hierüber waren schwierig und führten gelegentlich auch zu Mißverständnissen. In den mündlichen Aussprachen war er meinen Beweisgründen zugänglicher, und es gelang uns meist zu übereinstimmenden Beschlüssen zu kommen, die ich dann, ebenso wie die Person v. Heydebrands, in mancher schwierigen Auseinandersetzung in und mit der DNVP rückhaltlos vertreten habe.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über seine und meine Auffassung schrieb v. Heydebrand am 4. Januar 1919, es sei unter den gegebenen Verhältnissen »nicht gerade selbstverständlich«, daß er

»in dieser Rolle des Greises auf dem Dache besondere Befriedigung empfinde. Auch müßte dann auf alle Fälle vorgebeugt werden, daß bei der bevorstehenden Neuorganisation unseres Parteivorstandes ich etwa unfreiwillig an die Luft gesetzt werde.

Ich möchte Sie also, wenn ich vorläufig in der Leitung bleiben soll, bitten, dies freundlich im Auge zu behalten und mir einen persönlichen affront dieser Art durch rechtzeitige Warnung zu ersparen.«

In einem Brief vom 14. Januar, in dem er sich skeptisch über die Möglichkeiten ausspricht, die sich für mich in der deutschnationalen Fraktion ergeben haben würden, hält er mir vor:

»Andererseits weiß ich auch nicht, ob es Ihnen gelungen wäre, die conservative Partei, wie Sie meinen, dem neuen Gebilde zuzuführen; Sie würden z. B. mich dabei kaum auf Ihrer Seite gehabt haben.

Unsere bisherige Haltung gegenüber der d. n. Partei war ja eine politische Notwendigkeit. Darüber hinaus aber muß nun m. E. ruhig *abgewartet* werden, wie sich die allgemeinen Dinge, die Politik und demnächst die NV und in ihr die neue Partei entwickelt, ehe man ein definitives Urteil über die Zukunft und die näheren Ziele der *unsrigen* gewinnen kann.

Inzwischen werden aber doch drei Dinge nöthig sein, wenn sich nicht Alles bei uns verflüchtigen soll. Erstens eine feste, bewußte und in sich geschlossene *Leitung*. In dieser Beziehung erlaube ich mir in meinem oben erwähnten Schreiben einige persönliche Momente zur Diskussion zu stellen, über die ich gern Ihre Meinung wüßte, da Sie den betreffenden Sitzungen näher stehen als ich. Daß Sie uns erhalten bleiben, nehme ich als selbstverständlich an.

Zweitens: ein arbeitsames, fleißiges Bureau; ich glaube nachgerade, daß wir das *nicht* oder nicht mehr haben. Endlich: Erhaltung eines finanziellen Rückhalts; wieviel haben wir schon geopfert und wie lange soll das noch gehen, resp. was bleibt uns?

Wir werden eben beginnen müssen, langsam wieder eine conservative Partei aufzubauen, ohne parlamentarische Unterlage ist das auf die Dauer freilich schwer. Daß unsere Leute im Lande – trotz, man kann wohl sagen, glänzendster Bewährung unserer Politik im Kriege wie jetzt – völlig versagt haben und in hilflosester Panik, die ja jetzt geradezu eine allgemeine Krankheit ist, verfallen sind, so auch vis à vis der deutschnationalen Partei alle Würde verloren haben, dem kann auch ich mich nicht verschließen.«

Meine grundsätzliche Auffassung enthält mein Bericht an Heydebrand vom 20. Januar:

»Um zu der Zukunft der konservativen Partei Stellung zu nehmen, muß ich etwas weiter ausholen. Wenn ich geschrieben habe, es sei mein Plan, die Konservative Partei der Deutschnationalen Volkspartei geschlossen zuzuführen, so fehlten in diesem Satz die Worte: bei den Wahlen zur Nationalversammlung; weiter ist mein Ehrgeiz in dieser Beziehung nie gegangen. Ich komme nun im Augenblick zu demselben Ergebnis wie Sie, daß die Weiterentwicklung abgewartet werden muß. Denn der Umstand, daß zweifellos die alte konservative Partei in den Fraktionen der Deutschnationalen Partei nicht ausreichend vertreten sein wird, allein scheint mir zur Zeit nicht die nötige Unterlage zu geben, um an eine Trennung zu denken. Erst wenn sich herausstellen sollte, was allerdings sehr im Bereich der Möglichkeit liegt, daß die sachliche Politik der Deutschnationalen Fraktionen Anlaß zu konservativem Widerspruch gibt, wird dieser erhoben werden müssen, dabei ist es mir immer noch zweifelhaft, ob die Entwicklung dann dahin führen wird, daß eine eigene

konservative Partei wieder auflebt und die Deutschnationale also in die Stellung einer Mittelpartei rückt oder daß die Deutschnationale Volkspartei die Elemente, die mit der konservativen Vertretung nicht vereinbar sind, im Wege der Sezession oder bei den nächsten Wahlen ausscheidet und so selbst die Fähigkeit besitzt, den am meisten rechtsstehenden Standpunkt zu vertreten. Ich kann auch heute noch nicht übersehen, welcher von diesen beiden Wegen gegebenenfalls der zu erstrebende sein wird. Ist der zweite Weg möglich, so bietet er jedenfalls die geringeren Schwierigkeiten.

Solange die Unklarheit besteht und uns zum Abwarten zwingt, scheint mir eine Propaganda und eine organisatorische Tätigkeit der Konservativen Partei im Lande kaum durchführbar zu sein. Treten wir in solche ein, so wirkt das politisch sofort als Beginn der Gegnerschaft gegen die neue Partei. Uns fehlt auch der Unterbau, nachdem die meisten Orts- und Kreisvereine sich zugunsten der neuen Partei aufgelöst und die bestehen gebliebenen Provinzial- und sonstigen Vereine sich in deren Dienst gestellt haben. Die Deutschnationale Volkspartei wird – diese Absicht hat Hergt auch bereits ausgesprochen – alsbald nach den Wahlen daran gehen, ihre Organisation nach unten auszubauen. Das muß sie auch unbedingt tun. Können wir daneben die konservativen Vereinigungen als solche auf dem Lande schon jetzt versuchen zu neuem Leben zu erwecken? Das scheint mir aus organisatorischen Gründen kaum möglich zu sein, aber auch politisch zum mindesten noch verfrüht; denn in den Städten, wenigstens den größeren wie hier in Berlin, ist eine ziemlich lebhaftige Stimmung für die Deutschnationalen neugewonnen, aber nicht für die Konservativen; und auf dem Lande scheint doch nach all den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kandidatenlisten für die konservative Firma zur Zeit auch noch nichts erreichbar zu sein.

Ich komme also zu dem Schluß, daß wir den Hauptverein und diejenigen Provinzial- und Landesvereine, die sich noch nicht aufgelöst haben, vorläufig weiter erhalten wollen, daß zur Zeit aber eine propagandistisch-organisatorische Tätigkeit dieser Vereinigungen im Lande mir kaum möglich zu sein scheint.«

Darauf erwiderte v. Heydebrand am 23. Januar, er freue sich sehr,

»mich mit Ihnen, wie es scheint, ganz in Übereinstimmung betreffs der gegenwärtigen Situation der Partei zu befinden.

Die *Haupt-Sache* ist jetzt, daß wir in dem Tumult und der Flut der strömenden und stürzenden Dinge die *Fahne der Partei* fest und zweifelsohne aufrecht erhalten, um die sich einst eine Zukunft gruppieren kann.

An ein darüber hinausgehendes, aktives Handeln und Eingreifen ist vorderhand nicht zu denken; unser organisatorischer Unterbau ist vielfach aufgelöst, eine parlamentarische Vertretung fehlt uns, die Stimmung im Lande ist – wenigstens was die große Mehrzahl anbetrifft – noch ohne jedes Verständnis für uns und unsere Sache zur Zeit. Auch übernehme ich von Ihnen den Gesichtspunkt, jetzt keinen Anlaß zu einem Antagonismus gegenüber der sog. d. n. Partei bieten zu dürfen, zumal das beiden Theilen nur schaden könnte. Für den Augenblick würde es also genügen, diese Gedanken programmatisch unter uns festzulegen und einen Vorstand zu bestimmen oder zu wählen, der auf dieser Grundlage steht. Sehr glücklich bin ich, daß Sie uns in dieser Eigenschaft angehören wollen, wie es ja auch sonst selbstverständlich für uns nur von größtem Nutzen sein kann, wenn Sie auch in anderer Weise (»Kreuzzeitung«) für uns thätig sein wollen. Sie sind, wenn Sie noch wollen, unser Chefredakteur in spe.«

Grundsätzlich verschloß er sich also nicht der Notwendigkeit, die DNVP zu unterstützen und im selbständigen Auftreten Zurückhaltung zu üben. In der Durchführung dieses Grundsatzes ergab sich noch manche Schwierigkeit.

Ende Januar 1919 gab ich unter vier Augen Hergt Kenntnis von unsern Absichten. Das schien mir loyal und als Grundlage der Auseinandersetzungen über das Büro und die Finanzen notwendig zu sein. Hergt war, wie ich v. Heydebrand am 13. Februar berichtete, »außer sich.« In einer Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes vom 31. Januar erklärte er, ohne mir vorher diese Absicht mitzuteilen, die Konservative Partei müsse sich sofort auflösen; sonst könne er nicht Vorsitzender bleiben, da er in

dem Fortbestand der konservativen Organisation ein Mißtrauensvotum gegen die neue Partei erblicken müsse. Ich erwiderte⁴⁰:

»Formell handle es sich für den konservativen Parteivorstand gar nicht darum, einen positiven Beschluß über das Fortbestehen der Partei herbeizuführen, sondern darum, ob man es einstweilen unterlassen wolle, den Fünfziger-Ausschuß oder gar einen Parteitag einzuberufen, der die Auflösung zu beschließen habe. Ich warne davor, auf diese Beschlußfassung zur Zeit allzu sehr zu drängen. Ich könnte nicht verhehlen, daß allerdings in weiten konservativen Kreisen die Meinung an Raum gewinne, daß die konservative Anschauung und die Konservative Partei persönlich und besonders sachlich in der neuen Partei doch wohl nicht den Raum gewonnen habe, der ihr nach ihrer Bedeutung zukomme. Dabei wolle ich ausdrücklich hervorheben, daß diese Entwicklung nicht so sehr durch den Zentralvorstand verursacht sei als vielmehr durch das Verhalten der provinziellen und örtlichen Organe, wobei auch die konservativen Kreise selbst sich vielfach vielleicht allzusehr in den Hintergrund hätten drängen lassen. Jedenfalls aber würden die Anhänger alter konservativer Anschauungen nicht darauf verzichten wollen, ihre Auffassungen auch zu politischer Geltung zu bringen, und es werde, soweit ich informiert sei, in diesen Kreisen vielfach die Neigung vorherrschen, zunächst einmal abzuwarten, ob die Politik der neuen Partei und ihrer Fraktionen der Art sein würde, daß die konservativen Kreise dauernd dabei ihre Befriedigung finden könnten. Schwierigkeiten irgend welcher Art zu machen, sei keineswegs die Absicht, und ich bäte, falls die Auflösung zur Zeit nicht beschlossen werde, wie ich annähme, das nicht als Mißtrauensvotum, sondern lediglich als dasjenige aufzufassen, was es sein solle, eine stillschweigend abwartende Haltung. Man fiel von allen Seiten (diesmal mit Ausnahme von Dietrich, von dem ich vorher festgestellt hatte, daß er mit dem Fortbestehen einverstanden ist, Winckler, Dallwitz) über mich her; besonders Graef schäumte; es wurde geltend gemacht, daß wenn die konservativen Organisationen bestehen blieben, auch die Organisationen anderer Parteien sich nicht auflösen würden. Rewoldt bekundete Verständnis für meine Haltung. Ich blieb bei dieser und erklärte ruhig, das hier Gehörte berichten zu wollen.«

Darauf wandte sich Hergt auch an v. Buch als Vertreter der Herrenhausgruppe. Dieser teilte mir mit, er habe Hergt in zweistündiger Unterredung die Kabinettsfrage gegen gewisse Konzessionen, die wir machen müßten, ausgedrückt, und Hergt forderte von mir, wenn er bleiben solle, so müsse zum mindesten die Konservative Partei als Beweis ihres Vertrauens ihre gesamten Gelder an die neue Partei abführen oder doch in gemeinsamer Prüfung die Höhe der Mittel vereinbaren, die sie für Liquidationszwecke etwa noch zurückhalten wolle. Als Gegenleistung sei er bereit, Graef durch Steiniger zu ersetzen. Da er mich bat, über diesen Vorschlag mit v. Buch zu verhandeln, stellte ich fest, daß die Entscheidung nicht bei der Herrenhausgruppe liege, die unabhängig von der Konservativen Partei bestehe, sondern beim Parteivorstand und den Provinzialverbänden, an die ich berichten werde. Die Forderung der Beseitigung von Graef sei überhaupt nicht von der Partei, sondern von der Herrenhausgruppe erhoben.

Darauf stellte Hergt am 7. Februar gelegentlich einer Versammlung von etwa 80 bis 100 Parteivertretern, in der Organisationsfragen beraten wurden, die Frage der Auflösung der Konservativen Partei zur Erörterung. v. Lindener begründete den Wunsch zurückhaltend und gab zu, daß die Auflösung Sache der Konservativen Partei selber sei. Über den weiteren Verlauf berichtete ich an v. Heydebrand am 15. Februar.

»In der Debatte wurden ausfallend ein Herr Preier [vermutlich Preyer] aus Ostpreußen und schon bei einer früheren Gelegenheit eine Berliner Dame, besonders in dem Sinne, daß alles Konservative zurückgestellt werden müsse, während andere ganz vernünftig sprachen. Ich hatte beide Tage mich aufs Zuhören beschränkt. Jetzt ging ich zunächst auf das Thema der Auflösung selbst gar nicht ein, sondern sagte grundsätzlich, es müsse sich noch herausstellen, ob die Deutschnationale Volkspartei eine neue Mittelpartei werden solle und wolle, neben welcher alsdann noch eine

⁴⁰ Nach einem Brief an Heydebrand vom 13. 2. 1919.

rechtsstehende Gruppe bestehe und tätig sei, oder ob die Partei die neue deutsche Rechte werde und die konservative Richtung vertrete, ohne welche kein geordnetes Staatswesen bestehen könne. Mein Wunsch und Bestreben sei, daß die Entwicklung diesen letzten bezeichneten Weg gehe. Dann müsse die Partei aber auch den konservativen Elementen im Lande vollen Raum gewähren, daß sie sich ohne Rückhalt in ihr betätigen könnten. Es sei nicht zu verlangen, daß die Partei ausschließlich aus Konservativen der alten Richtung bestehe; schon vor der Revolution seien die bekannten Vorbereitungen zu einer Verbindung mit weiteren persönlichen Kreisen unter Änderung des Programms im Gange gewesen. Aber ich hielte es für erforderlich, daß die Deutschnationale Volkspartei auch dem Konservativen des alten Schlages vollen Raum gewähre. Das sei im Wahlkampf nicht überall in ausreichendem Maße geschehen. In den Vorständen und auf den Kandidatenlisten seien die konservativen Persönlichkeiten zu sehr zurückgedrängt, und man habe die konservative Politik nicht überall in ausreichendem Maße verteidigt, an einzelnen Stellen, wie mir berichtet worden ist, sogar von deutschnationaler Seite aus angegriffen⁴¹ und verurteilt. Die konservative Politik sei unter den gegebenen Verhältnissen richtig gewesen, und wenn wir Konservativen mitarbeiten sollten, müsse man sich auch entschließen, die konservative Politik zu verteidigen, was nicht ausschließe, daß nun unter den veränderten Verhältnissen eine diesen angepaßte neue Politik zu treiben sei. [...] Auch ich hätte den Wunsch, daß sich die konservativen Anschauungen und Kreise ohne Aufgabe ihrer selbst mit der neuen Partei vollständig verschmelzen könnten und daß die Politik der neuen Partei in ein Fahrwasser komme, die das ermögliche. Aber man solle nicht vorzeitig drängen, sondern die Früchte ausreifen lassen.«

In der Debatte wurde ich noch mehrfach, besonders durch v. Hassell⁴² und Graef, scharf bedrängt.

Heydebrand wünschte seine Auffassung über den Fortbestand der Konservativen Partei öffentlich bekanntzugeben. Westarp gelang es, die Veröffentlichung einer entsprechenden, persönlich gehaltenen Erklärung Heydebrands⁴³ aufzuschieben, da sie »gerade im jetzigen Augenblick als ein Kriegsruf gegen die DNVP aufgefaßt und wirken werde«.

Wie v. Heydebrand mir später mehrfach auseinandergesetzt hat, empfand er es als eine unerträgliche Einschränkung der Handlungsfreiheit der Konservativen Partei, wenn auf meinen Vorschlag Kundgebungen von ihr aus Rücksicht auf die Forderungen von Hergt und die Stimmung in der DNVP zurückgestellt oder gar ganz unterlassen werden sollten. Auch war ich ihm in meinen Ausführungen, in denen ich in den deutschnationalen Versammlungen eine völlige Verschmelzung beider Parteien als bedingt möglich in Aussicht gestellt hatte, zu weit gegangen.

Heydebrand ließ in einem Brief vom 16. Februar keine Zweifel über seine abweichende Auffassung und erörterte die Möglichkeit seines Rücktritts.

»M. E. muß eben die conservative Parthei vollkommen selbständig bleiben; ich glaube nicht, daß die cons[ervative] Parthei in der d[eutsch] n[at]ionalen] wird aufgehen können und wollen und halte das Umgekehrte für eine Utopie. Ich möchte es nicht dahin kommen lassen, gegenüber dem unverschämten Andrängen von Hergt, mit dieser meiner Ansicht ohne die ausreichende Unterstützung im Vorstande der Parthei zu bleiben. Auch ist ein würdiges, bemerkbares Fortbestehen unserer Parthei nur möglich, wenn die »Kreuzzeitung« ein *konservatives*, nicht ein deutschnationales Organ bleibt.«

⁴¹ Auf dem Durchschlag des Briefs steht hier »Semmler!«.

⁴² Zu Hassell vgl. NDB 8, S. 44 ff., ferner HASSELL und SCHÖLLGEN, dort S. 22–42 zur Arbeit in der inneren Verwaltung während des Ersten Weltkriegs und zur Mitarbeit bei seinem Schwiegervater v. Tirpitz.

⁴³ Wesentliche Teile sind in die am 13. 4. 1919 veröffentlichte »Erklärung der Konservativen Parteileitung« (wie Anm. 47) als Absätze 2, 3 und 4 eingegangen. Heydebrand hatte den persönlichen Charakter seiner Äußerung betont und in einem besonderen Absatz die Rüstungs- und Kriegspolitik der Konservativen gerechtfertigt. Der Hinweis auf die besondere preußische Aufgabe am Schluß von Absatz 2 war vom Zwölfer-Ausschuß hinzugefügt.

Westarp bat ihm, seine Rücktrittsabsicht nicht vor einer mündlichen Aussprache zu verwirklichen; er halte die Meinungsverschiedenheit über die fernere Zukunft der beiden Parteien für »durchaus überbrückbar«. Eine nun von beiden vorgesehene Erklärung des Zwölfer-Ausschusses, durch die eine Entscheidung des Fünfziger-Ausschusses hinausgeschoben werden sollte, wurde in mehrwöchigem Schriftwechsel vorbereitet. In dieser Zeit konnte Westarp wiederholt mitteilen⁴⁴,

daß die Stimmung für den Fortbestand der Partei in mehreren Provinzialvereinen im Wachsen begriffen sei. So hatte sich gelegentlich der deutschnationalen Versammlung vom 8. Februar mir gegenüber u. a. v. Bieberstein für Ostpreußen und v. Dallwitz für die Mark Brandenburg dafür ausgesprochen. Auch Thomas⁴⁵ (Stettin), der am 3. Dezember 1918 einer der Hauptrufer im Streit für die Auflösung gewesen war, ebenso Kube im Auftrag von Graf Seidlitz für Schlesien. Kreth teilte mit, daß der Provinzialverein zwar unter Führung von Schickert für Auflösung sei, daß aber mehrere größere Kreisvereine bestehen bleiben wollten; auch die »Königlichen Sachsen« dachten, wie ich von Philipp hörte, nicht an Auflösung.

Da eine Sitzung des Zwölfer-Ausschusses wegen der politischen Unruhen und der durch sie verursachten Verkehrsschwierigkeiten nicht stattfinden konnte, wurde auch über die Veröffentlichung einer Erklärung schriftlich abgestimmt. Änderungsvorschläge des Grafen Behr, der eine freundlichere Bewertung der bisherigen deutschnationalen Arbeit voranstellen wollte⁴⁶, wurden von Westarp selbständig eingearbeitet, nachdem Heygt die Ankündigung dieser Erklärung wenige Tage vor einer Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes am 15./16. April sehr gereizt aufgenommen hatte. Die »Erklärung der Konservativen Parteileitung«⁴⁷ lautete:

»Wir erkennen die Betätigung der Deutschnationalen Volkspartei als nützlich durchaus an, billigen die ihr von konservativer Seite gewordene politische Unterstützung und gedenken diese unter Wahrung unserer konservativen Interessen kraftvoll fortzusetzen. Von ihren Parteifreunden im Lande erwartet die Konservative Partei, daß sie im Dienste des Vaterlandes in der neuen Partei eifrig mitarbeiten.

Dabei sind wir der Meinung, daß der grundsätzlich unveränderte Fortbestand unserer alten konservativen Partei, die ihre geschichtliche Basis unverrückbar festhält, durch die letzten Zeitergebnisse nicht überholt ist, sondern eine politische Notwendigkeit bleibt, insonderheit auch, um die historischen Stellungen des preußischen Staates, der durch seine Könige im Zusammenwirken mit dem Volke groß und mächtig geworden ist, jederzeit wahren zu können.

Die Konservative Partei darf für sich in Anspruch nehmen, daß ihr politischer Einfluß in den Zeiten vor dem Kriege ganz wesentlich dazu beigetragen hat, unser Volk auf die Höhe des Ansehens, der Kultur und des Wohlergehens zu bringen, zu dem die jetzigen Zustände in so völligem Gegensatz stehen.

Auch wir Konservativen haben aus den Ereignissen dieser gewaltigen Zeit gelernt und werden uns berechtigten Zeitfragen anzupassen, mit ihnen zu rechnen und auch manches zu vergessen haben. Aber an den bewährten gut konservativen Grundsätzen im Rahmen unserer monarchischen, konstitutionellen Tradition haben wir nichts aufzugeben und wollen deshalb der alten Fahne treu bleiben.«

Die vollendete Tatsache, vor die ich den deutschnationalen Hauptvorstand gestellt hatte, trug zwar nicht, wie ich beabsichtigt hatte, dazu bei, das Reden abzukürzen, gab mir aber in der mehr als dreistündigen Debatte, die darüber entbrannte, festen Boden unter die Füße. Unser Beschluß hatte in den Fraktionen, wie mir aus Weimar von Kraut, Schiele und Traub mitgeteilt wurde, große Erregung hervorgerufen, und ich

⁴⁴ Das folgende aufgrund des Briefs vom 13. 2. (wie Anm. 40).

⁴⁵ Nicht zu ermitteln.

⁴⁶ Erwähnt in Westarps Brief vom 7. 4. 1919.

⁴⁷ Veröffentlicht in Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919.

hatte an v. Heydebrand am 23. April über Vorstellungen zu berichten, die ich auch von den mir am nächsten stehenden Abgeordneten über mich ergehen lassen mußte.

»Unter vier Augen setzte Hoetzsch auseinander, in der Landtagsfraktion sei auch große Aufregung gewesen; ich stellte mich ja sehr ritterlich vor Heydebrand, schadete aber dem, was ich erreichen wollte; konservative Kandidaturen würden durch den Beschluß sehr erschwert.⁴⁸ Ich wies ersteres entschieden zurück, da ich meinen eigenen Standpunkt vertreten hätte, und erwiderte ironisch: mein Wunsch, nicht wieder gewählt zu werden, sei zwar ein sehr dringender, und solche persönliche Rücksichten seien aber für mein Verhalten nicht maßgebend. Hoetzsch sowohl als Schiele wünschten Fünfziger-Ausschuß. Ich erklärte, wenn sie die Absicht hätten, mich ganz aus der Deutschnationalen Volkspartei herauszubringen, dann möchten sie den Versuch machen, unsern Beschluß durch den Fünfziger-Ausschuß annullieren zu lassen.

Auch Dietrich bearbeitete mich mehrfach und länger in einem der Veröffentlichung widersprechenden Sinne, schien aber im wesentlichen mit meiner Behandlung der Sache in der Sitzung einverstanden zu sein. Mit Roesicke kam ich in einige, nachträglich beigelegte formelle Schärfe hinein, als er, wie er nachher erklärte, scherzhaft sagte, ich verdürbe mir meine Karriere, worauf ich ihm erwiderte, er brauche so etwas nur noch einmal zu sagen, dann würde ich mich von jedem politischen Leben vollständig zurückziehen«.

Für die Sitzung des Hauptvorstandes lag eine Anfrage vor, in der v. Hassell namens des Arbeitsausschusses der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft unter Hinweis auf die Erklärung des Zwölfer-Ausschusses Auskunft wünschte, welche Schritte der Hauptvorstand ergreifen wolle,

»um in absehbarer Zeit einen Zustand zu beseitigen, der das Mißtrauen der verschiedenen Richtungen in der Partei gegeneinander nährt, schädliches Nebeneinanderarbeiten mehrerer Organisationen hervorruft und die restlose Flüssigmachung aller in Betracht kommenden finanziellen Mittel für die Partei hindert?«

In der Begründung forderte er einen Auflösungsbeschluß des Fünfziger-Ausschusses oder eine scharfe Gegenkundgebung des deutschnationalen Hauptvorstandes. Ich verteidigte⁴⁹ den Beschluß mit dem Bemerkten, daß er nicht richtig verstanden werde, sonst könne er nicht solche Erregung hervorrufen. Dabei wolle ich es vermeiden, in der gleichen Schärfe zu antworten.

»Die Kundgebung enthalte zweierlei, den Fortbestand der alten Konservativen Partei und ihr Verhältnis zur Deutschnationalen Partei. Man solle sich, was den ersten Punkt betreffe, in die Seele derer hineinzudenken versuchen, die vor dem Entschluß ständen, eine Partei mit siebenzigjähriger Geschichte und staatsnotwendigen und bewährten Grundsätzen endgültig aufzulösen. Die Verhältnisse seien noch viel zu unsicher, um denjenigen, die an den bewährten konservativen Grundsätzen festhalten wollten, die Verantwortung für eine derartige Maßnahme zu ermöglichen. Sie hätten sich entschlossen abzuwarten, wie sich die politischen Verhältnisse im Reich und in Preußen sicherer gestalten würden. Ein Auflösungsbeschluß würde als das Zugeständnis gewertet werden, daß die bisherige konservative Politik und deren Grundsätze falsch gewesen seien; dieses Zugeständnis dürfe nicht aussprechen, wer der Meinung sei, daß der konservative Gedankeninhalt auch in Zukunft aufrecht erhalten bleibe und zur Geltung gebracht werden müsse, natürlich nicht in starrem Festhalten an allen Einzelheiten der bisherigen praktischen Politik, sondern wie es auch im letzten Absatz ausgesprochen sei, in Anpassung an die neuen Verhältnisse. Wer die Absätze über den Fortbestand der alten Partei aufmerksam und mit gutem Willen, sich nicht aufregen zu lassen, durchlese, werde darin kein Wort darüber finden, daß die fortbestehende Konservative Partei eine eigene organisatorische und agitatorische Tätigkeit oder politische Betätigung außer-

⁴⁸ Heydebrands Vermerk zu dieser Stelle »Bund der Landwirte und Konservative Partei« scheint zu zeigen, daß er die Möglichkeit eigener Listen noch nicht ganz aufgegeben hatte.

⁴⁹ Das folgende aufgrund einer neunseitigen, nicht ganz vollständig erhaltenen Niederschrift im Nachlaß Westarp.

halb des Rahmens der Deutschnationalen Volkspartei beabsichtige. Der Absatz über das Verhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei enthält einmal eine volle und ohne Rückhalt ausgesprochene Zustimmung zu deren bisheriger politischer Betätigung. Ich könne, was das Hervortreten der beiden Fraktionen im Reiche und in Preußen betreffe, diese Zustimmung in allen wesentlichen und grundlegenden Punkten bestätigen. Ich sei mir bewußt, daß es zur Zeit, wo in der Partei die verschiedenen ihr angehörenden Richtungen zusammengefunden haben, eine geschlossene Haltung der Fraktion erheblich schwerer zu erzielen sein müsse als zur Zeit meines Fraktionsvorsitzes, bei dem er einer im wesentlichen doch geschlossenen Richtung gegenüber gestanden habe. Um so freudiger erkenne ich die Arbeit an, die mit den deutschnationalen Fraktionen für die Durchführung einer einheitlichen Politik geleistet sei. Nicht so rückhaltlos könne – was ich in dieser für die »Öffentlichkeit nicht bestimmten« Sitzung aussprechen wolle, was man aber in dem Beschluß des Zwölfer-Ausschusses nicht einmal angedeutet habe – vom konservativen Standpunkt aus der Tätigkeit in der Deutschnationalen Volkspartei auf dem Gebiete der Organisation und der Agitation zugestimmt werden. Hier sei bei der Bildung der Parteiorgane im Lande und bei den Kandidatenlisten das alte konservative Element nicht genügend berücksichtigt worden, vielleicht, wie ich zugeben wolle, teilweise aus eigener Schuld, da man sich zu sehr habe zurückdrängen lassen. [...]«

Hergt bestätigte mir später, daß mein ruhiger, etwas salopp berlinerischer Ton viele überrascht habe, die in mir den scharfen Kämpfer erblickten. Trotzdem fiel eine lange Rednerreihe über den Zwölfer-Ausschuß und über mich her. Nur Graf Seidlitz und v. Richthofen (Mertschütz) traten mir bei. v. Kardorff und andere, besonders christlich-soziale Redner hielten mir vor, unser Vorgehen schädige die Stellung der Konservativen in der Partei und erschwere es, ihnen Mandate zuzuwenden. Hergt verhinderte einen Mehrheitsbeschluß im Sinne des Antrages v. Hassell, erkannte auch die Loyalität meiner Erklärung und die von der Konservativen Partei geleistete Unterstützung der DNVP an. Vorher hatte er freilich »die Redner an der Zunge gezogen« und auch seinerseits lebhaft seine Bedenken gegen die Fassung unseres Beschlusses vorgetragen, die seinen mir ausgesprochenen Wünschen nicht genügend Rechnung getragen habe. Er bat mich, auch in der Presse den Beschluß zu interpretieren, wie ich es hier getan habe. Eine große Rolle spielte noch am folgenden Tage die Besorgnis, daß Geldsammlungen der DNVP durch konservative Sammeltätigkeit gestört werden könnten. Ich trat dem mit der Erklärung entgegen, daß eine eigene Sammeltätigkeit nicht beabsichtigt werde und in dem Beschluß des Zwölfer-Ausschusses nicht angeregt worden sei.

In einer Wochenschau vom 20. April⁵⁰, in der er die Debatte für die Öffentlichkeit abschloß, zeigte Westarp die gemeinsame Grundlage, die den Zusammenschluß der Konservativen mit anderen Parteirichtungen und Persönlichkeiten, »die früher weiter links oder dem Parteileben überhaupt fern standen«, ermöglichte:

»Der nationale Gedanke ist es in erster Linie, der sich als Mittel erweist, über frühere Verschiedenheiten der Meinungen und Interessen hinweg die Einigkeit herzustellen.«

v. Heydebrand gab seinen Gefühlen in seiner Antwort auf einen Bericht v. Richthofens am 19. April Ausdruck.

»Die gegen unsern Standpunkt erhobenen Einwände sind m. E. völlig hinfällig. Erst beschimpft man uns von der einen Seite und bei den Wahlen und rückt meilenweit von uns ab unter dem Geschrei: hic niger est. Und wenn wir dann unsererseits den sachlich durchaus gebotenen Sonderstandpunkt einnehmen, so ist das ein Kapitalverbrechen und man schreit über Verrat! Die jetzt herbeigeführte Zaunabsteckung war schon längst geboten, denn die Unklarheit – die von gegneri-

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP; vgl. Korrespondenz der DNVP 16. 4. und 17. 4. 1919 Nr. 87 und 88.

scher Seite *lediglich* um unseres Geldes willen gewählt wurde – konnte nicht weiter so gehen, denn unsere treuen konservativen Freunde im Lande, deren es doch wenn auch vielleicht nicht viele, immerhin noch gibt, mußten endlich erfahren, ob unsere alte sturmbewährte Fahne, um die sie sich sammeln können, *überhaupt noch steht*. Das war jetzt, wo gerade die Trennung der Bureaus und der Fraktionen⁵¹ erfolgt, doppelt nötig und ist in einer so rücksichtsvollen Form erfolgt, wie sie diese hohlen Schreier überhaupt nicht verdient haben. Ich meinerseits bin also ganz fest entschlossen, nicht zu weichen; der Zwölfer-Ausschuß wird uns auch dann kaum desavouieren; sollte ein Fünziger-Ausschuß, wie ich am liebsten sähe, nicht zu umgehen sein und sich *dagegen* entscheiden, so weiß ich, was ich zu tun habe. Es werden sich dann vielleicht noch Gesinnungsgenossen im Lande finden, die sich nicht irremachen lassen und zusammenstehen. Das ist vielleicht auf alle Fälle der gebotene Ausgang. Denn eine Reinigung unserer Partei von Elementen, die innerlich gar nicht konservativ sind und nur zu uns gekommen sind, weil und solange wir die Macht hatten, die jeden Augenblick aus opportunistischen Erwägungen auszubrechen im Begriffe sind, scheint mir eine Notwendigkeit. Dabei täusche ich mich über die Majoritätsverhältnisse natürlich nicht. Ob es im Interesse des Landes in unserer eigenen gegenwärtigen, kritischen Lage nicht empfehlenswert wäre, diese Abrechnung noch eine gewisse Zeit lang hinauszuschieben, möchte ich dahin gestellt sein lassen; es scheint mir so.«

Mir erwiderte er am 27. April auf meinen Bericht, es sei ihm

»ein schmerzliches Gefühl, daß ein Mann von Ihren Verdiensten um unsere Partei einem derartigen Kreuzfeuer von Angriffen ausgesetzt gewesen ist wie *Sie* neulich. Es war das eben doch nur dadurch möglich, wie Ihre darüber gemachten Notizen und der schriftliche wie mündliche Bericht Richthofens ergeben, daß die Zusammensetzung der d. n. Partei mit unkonservativen Leuten – solchen, die es schon immer waren und solchen, die sich *früher* so nannten und auch theilweise jetzt noch dafür halten – wimmelt.

Man *könnte* sich wohl nicht milder und entgegenkommender ausdrücken und verhalten wie *Sie*, mir wäre das kaum möglich gewesen, und ich hätte sogar gewisse Bedenken gehabt, Hergt unsere Erklärung zur Genehmigung vorzulegen, was freilich hätte geeignet sein müssen, ihm eine wesentlich andere Haltung in seiner Vorstandssitzung aufzuerlegen, als er sie beobachtet hat. Es erläutert das seine persönliche und politische Inkorrektheit, die es m. E. rathsam macht, ihn mit Vorsicht zu gebrauchen.«

Die streng vertraulichen Verhandlungen, die der Vorstand über den Zwölfer-Ausschuß geführt hatte, wurden übrigens in der »demokratischen Parteikorrespondenz« ausführlich wiedergegeben. Leider sollte es zu einer immer wiederkehrenden Tageserscheinung deutschnationaler Parteiverhandlungen werden, daß man mit einer Wahrung ihrer Vertraulichkeit nicht rechnen konnte.

Bei Bekanntwerden der fürchterlichen Friedensbedingungen erging mehrfach, z. B. in einem Brief von Graf Arnim (Boitzenburg) vom 28. Mai 1919, die Anregung, die Konservative Partei solle nunmehr mit eigener scharfer Agitation vorgehen. v. Heydebrand war am 31. Mai zunächst der Meinung, daß es sich nicht empfehle, im Augenblick der Verhandlungen nach außen und der Krise im Innern einzugreifen, und ich fügte hinzu, daß das Verhalten der DNVP kaum Anlaß gebe, von ihr abzurücken. Wir begnügten uns mit der Vorbereitung eines die Forderungen der Feinde kennzeichnenden Flugblattes. Als sich aber die Weimarer Mehrheit zur Annahme des Versailler Vertrages bereit fand, äußerte sich v. Heydebrand in einem Brief vom 22. Juni über die Aufgaben, die uns daraus erwachsen. Er halte daran fest, daß anlässlich des bevorstehenden Friedensschlusses, der doch einmal auf alle Fälle von ungeheurer Wichtigkeit ist,

⁵¹ Damit meint Heydebrand offensichtlich, daß die ehemaligen deutsch-konservativen Institutionen, die bis dahin mit den entsprechenden deutschnationalen zusammenarbeiteten, die Verbindung nun lösten.

»unsere Parthei nicht ganz schweigen kann, wenn ihre Existenz nicht gänzlich hinter den Wolken verschwinden soll. Das braucht keine Differenz mit der Deutschnationalen Partei, die wie mir scheint, ganz ihre Schuldigkeit thut, darzustellen, aber es impliziert einen Daseins- und Verantwortlichkeitsstandpunkt, dem eine Parthei von der Bedeutung, Vergangenheit und, wie wir hoffen, Zukunft wie die unsrige, sich nicht entziehen kann. Das aber muß durch den *Parteivorstand* geschehen. Die zu beschließende Erklärung müßte m. E. die Verantwortlichkeit der Revolutionsregierung scharf hinstellen und daneben ein Bekenntnis zur Monarchie – mindestens im Prinzip – enthalten. Damit wäre auch der Arnimschen Anregung, soweit man ihr eine Berechtigung zuerkennen kann, entsprochen; darüber hinaus zu gehen und gar in dem Kubeschen Sinn zu einer neuen Parteigründung aufzuzufehen, würde ich für verkehrt und falsch halten.«

In einem mit diesem Brief sich kreuzenden Telegramm befürwortete auch ich die Einberufung des Zwölfer-Ausschusses zu dem gleichen Zweck. Die Sitzung fand am 3. Juli statt. Über das Zusammensein mit v. Heydebrand am 2. und 3. Juli berichtete ich meiner Frau. Da einmal wieder gestreikt wurde, mußte ich in jener Zeit alles zu Fuß abmachen; ich trug oft einen Schrittzähler bei mir, der an Streiktagen nicht selten gegen 20 000 Schritt angab.

»2. Juli: Um 7 Heydebrand; er ist ein ganz anderer Mensch, seit er weiß, daß er nicht abgetreten wird⁵²; allerdings erwartet er täglich Polen-Angriffe und bekommt, wenn er auf sein Nebengut reitet, häufig Feuer. Sein Aufruf ist wirkungsvoller, mehr politische Tat als meiner; während wir sonst meist ziemlich gleich auf gleich mischen, werde ich dies Mal nur einen Absatz von mir einschleichen, sonst seinem Wortlaut mich anschließen. Um 1/2 10 gingen wir zu Buch, wo es dieses Mal sogar Butterbrot und Ei gab, und wie immer vortrefflichen Mosel. Buch verbittert und melancholisch, ein anständiger Kerl, vielleicht erzähle ich noch mal einiges; einstündiger Rückmarsch, hier noch Brot, Schmalz, Käse, Kirschen. [...]

3. Juli: Von 10 bis Abends 11 ununterbrochen mit Heydebrand im Kasino gefrühstückt. 9 Mark 95 nicht so satt wie bei Hedwig; Abend Habsburger Hof. Ergebnis u. a. der heut erscheinende konservative Aufruf mit Leitartikel; ein Teil ist (mit einem Zusatz von mir) von H., einer von mir; welcher wohl? Er wünscht dringend nicht mein Referat bei den Deutschnationalen⁵³; ich wäre ja sehr vergnügt, wenn ich nicht brauchte, weiß aber noch nicht recht, ob ich die einmal gegebene und in der Presse veröffentlichte Zusage zurückziehen soll. In Verbindung mit dem Aufruf würde das doch sehr reizen. H. hält eisern daran fest, daß wir nochmals selbständig konservativ werden, wenn auch zuerst nur mit wenig Mandaten.«

Der Aufruf wurde am 4. Juli 1919⁵⁴ mit einem von mir verfaßten erläuternden Aufsatz veröffentlicht.

»Die Deutsch-Konservative Partei kann, gleich der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, niemals einem Friedensvertrag zustimmen, der unserem Volke auf unabsehbare Zeit Knechtschaft und Opfer in unerträglichem und unerfüllbarem Umfange zumutet, der uns die freie staatliche Selbstbestimmung raubt, reine deutsche Landesteile vom Vaterlande losreißt, unsere Wehrkraft auf immer zu ertöden sucht und die Führer unseres Volkes in diesem schwersten und an Siegen reichsten Kriege den Feinden zur Aburteilung ausgeliefert sehen will.

Wir halten es für ein unerträgliches Ansinnen, die Schuld an diesem Kriege, die ausschließlich auf unseren *Gegnern* lastet, auf uns selbst zu nehmen und den Träger der deutschen und preußischen Krone als Sühnopfer auszuantworten. [...]

Nur eine parlamentarische Regierung, die als solche keine persönliche Verantwortung kennt, konnte in diesem Sinne einen solchen Frieden, der uns neben unserem Leben als Staat auch die *nationale Ehre* raubt, ihre Zustimmung zu geben. Keiner Monarchie wäre das jemals möglich gewesen.

⁵² Bisher befürchtete Abtretung des Gebiets von Tschunkawe an Polen.

⁵³ Gemeint ist eines der Hauptreferate auf dem bevorstehenden Parteitag der DNVP.

⁵⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 305 vom 4. 7. 1919, »Erklärung des Konservativen Parteivorstandes«; ebd. Nr. 309 vom 6. 7. 1919, IP.

Dieser Revolutionsregierung, die uns um alles gebracht hat, sagen wir den Kampf an. Wir streben nach einer Wiederherstellung der *Monarchie* unter dem Zepter der Hohenzollern, die uns Ansehen, Wohlergehen, Freiheit und Kultur zu verschaffen vermochte, gegenüber der Jämmerlichkeit einer Gegenwart der Armut, des Elends und der Verachtung, wie sie die Demokratie und die Massenherrschaft gebracht haben.

Wir werden an unserm Teile unablässig danach streben, die gesunden Grundlagen unseres Volkslebens wieder zu bekräftigen und unser Vaterland aufs neue besseren Zeiten zuzuführen. Unsere Freunde im Lande aber fordern wir auf, nicht zu verzagen und den Kopf nicht sinken zu lassen, sondern kraftvoll an unseren Zielen weiterzuarbeiten und an der Zukunft unseres Volkes nicht zu verzweifeln.«

Inzwischen hatte Hergt mich aufgefordert, auf dem für den 11. bis 13. Juli 1919 angesetzten ersten deutschnationalen Parteitag das Referat über die auswärtige Politik zu übernehmen. Die Aufforderung war mir persönlich unbequem; meine Frau war bereits in Gärtringen bei meiner verheirateten Tochter zum Sommeraufenthalt, und es wurde mir schwer, den Zeitpunkt, zu dem ich nachkommen konnte, noch eine Woche länger aufzuschieben als beabsichtigt. Auch sah ich voraus, daß v. Heydebrand es im Interesse der Konservativen Partei nicht begrüßen werde, wenn ich in der DNVP mit einem Hauptreferat hervortrat. Andererseits mußte eine Ablehnung Gereiztheit verursachen und als konservative Feindseligkeit wirken. Entscheidend war für mich, daß mir der Parteitag eine Plattform zu wirksamer Vertretung und Festlegung derjenigen Aufgabe gab, die für mich im Vordergrund aller politischer Arbeit stand, des Aufrufes zur Befreiung von der Schmach und Knechtschaft des Versailler Vertrages. Unser konservativer Aufruf vom 3. Juli lag durchaus in der gleichen Linie und, obwohl er ebenso wie derjenige vom 12. April – dieses Mal rein zufällig – kurz vor einer großen deutschnationalen Parteikundgebung erschien, sah ich dieses Mal nicht voraus, daß er mir in der DNVP Schwierigkeiten verursachen würde. Sie blieben gleichwohl nicht aus.

Auch über die hierüber geführten Verhandlungen habe ich Aufzeichnungen in den Briefen, in denen ich in diesen Wochen täglich meiner Frau meine politischen und persönlichen Erlebnisse schilderte. Bevor ich sie wiedergebe, möchte ich eine allgemeine Bemerkung über die Bedeutung von Tagebuch-Aufzeichnungen machen, die zur Zeit der Ereignisse niedergeschriebene unfreundliche Kritiken und scharfe Ausdrücke über Verhandlungsgegner oder Teilnehmer gemeinsamer politischer Arbeit enthalten. Sie sind meist lediglich als ein augenblicklicher Ausfluß der Leidenschaft des politischen Meinungskampfes zu werten und verdanken ihren Ursprung dem im politischen Leben oft hervortretenden Bedürfnis, sich gegen Überempfindlichkeit der Nerven durch Kraftausdrücke und burschikose Redeweise eine Schutzhaut zu schaffen. Schriftlich festgelegt und außerhalb des Zusammenhanges der Tagesstimmung wiedergegeben, erhalten solche Worte, wie mir die Lektüre zahlreicher Memoiren gezeigt hat, leicht eine viel zu große Bedeutung als endgültige Werturteile und als Zeugnis vorhanden gewesener Feindschaften und dauernder persönlicher Gegensätze. Vor solcher Mißdeutung möchte ich dasjenige bewahren, was ich damals über meine Auseinandersetzungen mit Hergt schrieb, der in jenen Verhandlungen loyal und eifrig bemüht war, hervorgetretene Gegensätze zu überbrücken, um mich für die Partei einzusetzen. Meine Schilderung mag einen Beitrag zu der Frage liefern, ob sein oft übersprudelndes Temperament ihm selbst und anderen die gestellten Aufgaben immer erleichtert hat:

»4. Juli 1919: Um 8 Besprechung bei Hergt mit Graef, Dietrich, Kardorff. Thema war die Auswahl der Wahlvorschläge für den Parteivorstand. Vorher fielen sie mal wieder alle wie die Berserker über mich her wegen unseres konservativen Aufrufs. Die preußische Fraktion sei einstimmig so erregt gewesen wie noch nie, namentlich der Anfang wie der Schlußsatz wirke als Absage an die

Deutschnationalen. Hergt redet bei solchen Gelegenheiten endlos und sich leicht fest. Ich war sehr kurz und schroff, konnte gar keinen Grund zur Erregung finden. Nun beknieten sie mich, ich solle beim Parteitag Erklärungen abgeben. Man habe mehrfach ausgesprochen, daß man die Sache vor den Fünfziger-Ausschuß bringen wolle; ob ich nicht gleich erklären wolle, daß wir den einberufen würden; ich: das sei eine interne Sache, auf die ich mich gar nicht einlassen könne. Auch hätte ich keine Lust, wieder wie das letzte Mal drei Stunden auf mir trommeln zu lassen. Wenn man mit dem Fünfziger-Ausschuß drohe, könnte ja endlich mein größter persönlicher Wunsch, den ich noch hätte, daß ich mich ganz aus dem politischen Leben zurückziehen könne, in Erfüllung gehen. Es scheine mir dann am besten, ich käme erst gar nicht. Nun wurde die Tonart etwas anders; jetzt doch keine Spaltung etc.! Na, ich behielt mir alles vor. Ich werde ja nun wohl bleiben, und die Sache irgendwie einrenken müssen, natürlich nun wieder allein ohne Heydebrand. Vielleicht telegraphiere ich ihm morgen, wenn er darüber mit entscheiden will, muß er nochmal kommen. Krach wollte er selbst auch nicht. Na, man wird sich auch diese Sache beschlafen; es ist mittlerweile $\frac{1}{2}$ 1. [...]

5. Juli: Heut 9 Wilhelmstraße⁵⁵ einige Depeschen; die an Heydebrand redete mir Schroeter aus, es regt ihn nur auf, und machen kann er von dort aus doch nichts. Um 10 bei Hergt, um die Referate zu besprechen; kein Mensch kam; ich allein mit Dietrich und Hergt, besprachen mein Referat und wie es in die Tagesordnung paßt. Er war nun sehr entgegenkommend, als ich wünschte, ein zweites Mal in der Diskussion zu reden, um die konservative Kriegspolitik zu rechtfertigen, von der die Partei doch immer abrückte, sagte er das sofort zu und will dann auch noch selber von Partei wegen in mein Horn blasen. [...]

8. Juli: Um 10 Hergt, mit dem ich auf den toten Strang kam. Erst mußte ich endlose Verhandlungen über die anderen Referate anhören, die mich wenig angingen; endlich hatte ich ihn allein und teilte ihm eine sehr entgegenkommende Erklärung mit, die ich bereit sei, am Freitag über unsern Aufruf abzugeben; sie ging ihm nicht weit genug, ich solle als dringend anerkennen, daß bald von uns der Fünfziger-Ausschuß einberufen würde und zwar mit Rücksicht darauf, daß dieser Wunsch im deutschnationalen Vorstand wiederholt ausgesprochen sei; das lehnte ich ab. Nun bestand ich aber auf meiner Bedingung, daß sich an meine Erklärung keine Debatte anschließen dürfe. Das glaubte er nicht zusichern zu können; wenn gleich eine Menge Wortmeldungen kämen, könne er das nicht hindern. Ich: »dann verlasse ich das Lokal und referiere auch nicht auf dem Parteitag; also wird es wohl besser sein, ich komme überhaupt nicht hin.« Darauf wollte er behaupten, es sei doch besser, man lasse sich die Leute am Freitag in der vertraulichen Vorstandssitzung aussprechen (das Geheimprotokoll der letzten Tagung vom April hat inzwischen in der demokratischen Parteikorrespondenz gestanden) als auf dem letzten Parteitag; solche Aussprache sei doch ganz gut; (in Wahrheit soll sie nur dazu dienen, uns zu beschimpfen und zur Auflösung zu drängen, bei der ganzen Sache spielt viel Wut auf den Kleinen⁵⁶ mit, die ich mit ausbade); ich blieb dabei, daß ich mir von solcher Aussprache gar keinen Nutzen und nur Verschärfung des Konfliktes verspreche; ich müsse ihn also bitten, sich nach einem anderen Referenten umzusehen. »Woher soll ich denn den jetzt noch nehmen?« Ich: »z. B. Hoetzsch wird es gewiß sehr gut machen.« Darauf lenkte er ein, er wolle sich noch besprechen, ob es möglich sei, die Debatte zu verhindern und mir dann Bescheid geben. In seiner Gießkannen-Beredsamkeit hatte er allerlei gesagt, worauf ich kurz wurde. So, »es lägen schon allerlei Anträge vor, z. B. mir, nachdem ich diese Erklärung erlassen, nicht das Referat zu geben!« Ich: »aber es ist ja ganz selbstverständlich, daß ich zurücktrete, was wieder eine längere Brause entfesselte, das wäre ja gerade der Krach, den er verhindern wollte. Dann: in der Debatte könne z. B. gesagt werden: wir wollen nun ja gern glauben, daß die Erklärung nicht so schlimm als Absage an die Deutschnationalen gemeint sei; aber Heydebrand hätte diese Wirkung sicher vorausgesehen und gewollt. Ich: »solchen Ausführungen würde ich natürlich mit der größten sachlichen und formellen Schärfe antworten und derartige Zusammenstöße werde ich dadurch vermeiden, daß ich erst gar nicht komme.« So jagte ein heiterer Scherz den andern. Wie die Dinge heut liegen, kann ich also beinahe hoffen, daß ich noch Freitag fahren kann, aber es kommt bekanntlich immer anders, und wird wohl auch hier noch zu irgend einem faulen Kompromiß kommen, das mich doch bis Sonntag festhält.«

⁵⁵ Im Haus Wilhelmstraße 8 befand sich das Büro des Hauptvereins der Konservativen und der Kreuzzeitung.

⁵⁶ Spitzname für Heydebrand; vgl. dazu WESTARP I, S. 112.

Inzwischen ging Hergt von dem Schatzmeister der DNVP v. der Planitz ein formeller Antrag zu, ich möchte veranlaßt werden, auf mein Referat zu verzichten. Er enthielt allgemeine politische Gründe, die für die Stimmung jener Zeit von Interesse sind.

»Abgesehen davon leuchtet mir nicht ein, aus welchem Grunde die Partei die Wiederherstellung der Monarchie so betont als Teil ihres Programms bezeichnet. Meines Erachtens ist dadurch der Sache kein guter Dienst erwiesen; die Wiederherstellung der Monarchie, die ich ebenso erstrebe, ist nur möglich, wenn der Wunsch im Volke auf breiter Grundlage Boden findet. Dies wird durch eine derartige Erklärung wie diejenige der Deutsch-Konservativen Partei erschwert, denn weite Kreise, die im Laufe der Zeit für die Wiederaufrichtung der Monarchie zu gewinnen sein würden, fühlen sich hierdurch abgestoßen, weil sie glauben, nur als Civilkanonenfutter für reaktionäres Junkertum mißbraucht zu werden, während andererseits die Gegenseite hellhörig wird.

Auch für den Zusammenhalt unserer militärischen Macht ist die Erklärung außerordentlich gefährlich, da sie der kommunistischen Agitation neue Nahrung bietet; man wird die Mannschaften darauf hinweisen, daß sie nur zu selbstischen Zwecken ihrer Offiziere, die dem konservativen Lager nahe stünden, mißbraucht würden.

Ganz abgesehen von der Frage, ob die Erklärung der Deutsch-Konservativen Partei in einem ursächlichen Zusammenhang mit unserem Parteitag steht, wird zweifellos, sollte Graf Westarp bei uns ein Referat erhalten, bei unsern Mitgliedern wie bei der Umwelt der irrtümliche Eindruck entstehen, daß unser Parteivorstand dieser neuen Betonung weiterer Aktivität der Deutsch-Konservativen Partei nahesteht.«

Ich erwiderte v. der Planitz, der seinen Antrag auch mir übersandte, daß ich bereits vor acht Tagen Hergt meinen Rücktritt vom Referat angeboten habe. Diesem gelang es jedoch, wie ich am 10. Juli meiner Frau mitteilte, meine Forderung durchzusetzen.

»Ich bin natürlich doch auf dem Parteitag sitzen geblieben. Hergt: er bitte, daß ich morgen Nachmittag meine Erklärung abgebe, dann gäbe er mir volle Garantie, daß keine Debatte entstehe. Vormittag ohne mein Beisein müsse er es vorbesprechen lassen. Planitz werde seinen Antrag zurückziehen (ich erklärte, mir werde körperlich schlecht zu Mute, wenn ich mich irgendwo aufdrängen sollte; wenn über Planitz' Antrag überhaupt abgestimmt werden soll, verzichte ich vorher). Wenn die Sache schief geht, erhalte ich noch Nachricht – na das war ein Entgegenkommen, dem ich ohne endgültigen Krach nicht ausweichen konnte, und Krach wollen wir – auch Heydebrand – nicht, wenigstens jetzt nicht. Also viel Vergnügen!«

Die Erklärung, die ich dem Vorstände am 11. Juli abgab, lautete:

»Dem Herrn Vorsitzenden bin ich dankbar, daß er mir die Gelegenheit gibt, über die Kundgebung des konservativen Parteivorstandes vom 4. Juli einige Mitteilungen zu machen, von denen ich hoffe, daß sie auch Ihnen ebenso erwünscht sind, wie ich die Gelegenheit dazu begrüße. Der Friedensschluß war das niederschmetterndste und eingreifendste Ereignis der deutschen Geschichte. Deshalb konnte nach unserer Auffassung die alte Konservative Partei dazu nicht schweigen, ist sie doch mit ihrer siebenzigjährigen Geschichte als die älteste deutsche Partei, die seit der konstitutionellen Monarchie in Preußen ihren Bestand unverändert bewahrt hat, an der Blüte und Größe des nunmehr so schmächtig niedergebrochenen Deutschen Reiches wesentlich beteiligt gewesen. Im Krieg selbst hat sie eine Politik getrieben, die ihr die ungeheuerlichsten Anfeindungen eingetragen hat. Der Ausgang aber zeigt, daß das furchtbare Ende ein anderes gewesen wäre, wenn man auf unsere Mahnungen und Warnungen gehört hätte. Das auszusprechen und immer wieder darauf hinzuweisen, wie wir von jedem Einfluß ausgeschaltet worden sind, und wie die Mehrheit von Erzberger und Scheidemann⁵⁷, indem sie über uns zur Tagesordnung überging, das entsetzliche Unheil unserer Tage verschuldet hat, ist eine unabweisliche Pflicht nicht nur aus Rücksichten der geschichtlichen Wahrheit und einer gerechten Verteilung der Verantwortung, sondern um der Zukunft unseres Volkes willen. Ein Aufstieg ist nur möglich, wenn das Volk sich von der Politik der

⁵⁷ Zur Zusammenarbeit dieser Mehrheit vgl. Quellen I/I und II.

Erzberger-Scheidemann-Mehrheit und ihren Auffassungen abwendet und zu denjenigen Grundsätzen zurückkehrt, die Preußen und Deutschland groß gemacht haben. Damit das geschehe, ist es aber nötig, daß wir Konservativen, die wir jene Politik bekämpft und diese Grundsätze vertreten haben, unsere Politik nicht verleugnen, sondern uns klar und offen zu ihr bekennen. Das ist unsere vaterländische Pflicht.

Die Kundgebung bringt aus Rücksicht die volle Übereinstimmung mit der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei zum Ausdruck und stellt sich bewußt auf den gleichen Boden wie diese; auch das schärfste und mißtrauischste Auge wird darin keine Kritik und kein Abrücken entdecken können. So ändert die Kundgebung auch nichts an den Erklärungen, die wir bisher schon über unsere Absicht abgegeben haben, eine eigene Agitation nicht zu betreiben. Selbstverständlich werden über das Verhältnis zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der alten Konservativen Partei noch die nach unseren Satzungen erforderlichen Beschlüsse der andern geordneten Parteinstanzen auf breiter Grundlage herbeigeführt werden. Bis zu dem voraussichtlich nicht allzu fernen Zeitpunkt, wo das geschehen wird, bitte ich Sie, sich daran genügen zu lassen, daß es durchaus unsern Auffassungen und dem Inhalt und Sinn unserer Erklärungen entspricht, wenn die Anhänger der alten konservativen Parteirichtung ebenso, wie sie es bisher – man darf wohl sagen – nicht ohne Erfolg getan haben, ihre politische Betätigung in und mit der Deutschnationalen Volkspartei suchen und ihre Kräfte rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen vaterländischen Sache stellen.«

Eine Debatte darüber fand weder in der Sitzung des Vorstandes noch auf dem Parteitag statt. Durch meine Schroffheit hatte ich also so viel durchgesetzt, daß man sich mit dem Fortbestand der Konservativen Parteiorganisation abfand. Auch erreichte ich, daß mir in den Vorbesprechungen über mein Referat mehr als im Anfang Bewegungsfreiheit in der Darlegung konservativer Anschauungen zugestanden wurde. Besonders wichtig war mir das weitere Ergebnis, daß die DNVP seitdem offiziell und in den meisten Reden ihrer Vertreter darauf verzichtet hat, der allgemeinen Strömung folgend von der konservativen Kriegs- und Vorkriegspolitik abzurücken und ihren Zusammenhang mit der alten Konservativen Partei zu verleugnen. Es dauerte nicht mehr lange, bis sie sich in steigendem Maße zu unserer Kriegspolitik ausdrücklich bekannte.

Heydebrand, den Westarp über den neu entbrannten Streit unterrichtet hatte, betrachtete die Absicht, ihn beizulegen, in seiner Antwort vom 9. Juli mit sehr geteilten Empfindungen – »Ihre Doppelstellung hat für Sie und uns manches Unbequeme, so den jetzt eingetretenen Umstand, daß sich die Herren Deutschnationalen herausnehmen, Sie gewissermaßen für Ihre Schritte in der konservativen Partei vor ihren Richterstuhl ziehen zu wollen« –, aber er räumte ein, daß die Konservative Partei sich zur Zeit nicht von der DNVP lösen könne, und vertrat diese Meinung auch in einer Breslauer Zusammenkunft konservativer Politiker, bei der »stellenweise ziemlich scharfe Stimmung« gegen die DNVP herrschte.

Nachdem am 11. Juli die inneren Schwierigkeiten überwunden waren, konnte ich mich frei von Hemmungen der Aufgabe widmen, die ich für den Parteitag am 13. Juli übernommen hatte. Der Vortrag »Deutschlands Zukunftsaufgaben in der auswärtigen Politik«⁵⁸, den ich damals gehalten habe, gehört zu denjenigen, die ich am wenigsten in dem Bilde meiner politischen Lebensarbeit vermissen möchte. Durch ihn festigte sich meine Stellung in der DNVP grundlegend, zuungunsten der Aussichten auch einer selbständigen konservativen Politik. v. Heydebrand, durch Berichte von Schroeter auf den Erfolg des Referates noch besonders aufmerksam gemacht, sprach mir in einem

⁵⁸ DN-Flugschrift Nr. 24. Berlin; der Text in der Kreuz-Ztg. Nr. 324 vom 14. 7. 1919 offenbar nach unkorrigiertem Stenogramm.

Schreiben vom 19. August rückhaltlos aus, daß er das bemerkt hatte und im Interesse der Konservativen Partei bedauerte.

»Ich gestehe offen, daß Ihre so glänzende Ansprache auf einem *konservativen* Parteitage meinen vollsten Beifall gefunden hätte, so aber die mißliche Lage unserer Partei m. E. nicht verbessert, sondern eher verstärkt hat.

Es wird mir sehr schwer, bei meiner hohen persönlichen Verehrung und Werthschätzung für Sie das auszusprechen, und nur die feste Überzeugung, daß es zwischen uns Beiden nur vollste Offenheit geben darf, verleiht mir den Muth dazu. Denn, zwar ohne mich, kaum aber ohne Sie, kann die Konservative Partei, wie die Dinge sich entwickelt haben, weiter bestehen, wenn dies *überhaupt* möglich ist, was ich von Herzen wünsche und solange nicht zwingende Umstände vorliegen, auch für eine *vaterländische* Zukunftsaufgabe halte.

Das Verhalten von Hergt und der hinter ihm Stehenden zu Ihnen ist mir ganz erklärlich. Es ist aber nicht nur Ihre rednerische und politische Mitarbeit, die man sich erhalten will, sondern Sie sollen die Brücke bilden, auf der man allmählich die gesamte conservative Parthei – abgesehen von einigen bedeutungslosen Heißspornen – zu sich herüberzuziehen hofft. Deshalb verstehe ich es auch recht gut, daß man Sie zu *diesen* Erwägungen nicht zugezogen hat.

Auch sonst war die Graefische Regie sehr gut und zielbewußt, und es war erklärlich, daß man Graefe nicht zum Wort ließ und ebenso einigermaßen verlässliche Elemente wie Dallwitz aus dem d. n. Parteivorstande stillschweigend entfernt hat. Allmählich bleibt nur das schlesische Gremium übrig, das auszuhöhlen Negenborn, Semmler u. a. wohl auch noch fertig kriegen und zu welchem Zweck sie Hergt eine Besichtigungsreise in die Provinz suggeriert haben. Jetzt muß es für uns m. E. darauf ankommen, den 50er, den wir im Herbst doch berufen müssen, richtig vorzubereiten.«

Meine Erwiderung enthält eine für v. Heydebrand bestimmte Niederschrift vom 30. August, in der ich mich gleichzeitig genötigt sah, mein Ausscheiden aus dem Staatsdienst und eine feste Anstellung als Leiter der »Kreuzzeitung« zur Erörterung zu stellen.

»Ihre Bedenken, daß der deutschnationale Parteitag eine große Stärkung der Partei und dementsprechend eine Schwächung der konservativen Vorbehaltsstellung bedeutet und daß dazu mein Referat beigetragen hat, muß ich leider verstehen und teilen. Sehr zahlreiche Äußerungen des Inhalts, daß das Referat von mir die Bedeutung des Parteitages wesentlich erhöht, freilich auch, daß es die konservative Seite in der Partei gestärkt habe, sind mir von den verschiedensten Seiten zugegangen. Der Eindruck und der Zeitverbrauch dieses Referats scheinen wesentlich dazu mitgewirkt zu haben, daß es Hergt ermöglicht wurde, antisemitische Debatten hintenanzuhalten und die antisemitische Frage weiter dilatorisch behandeln zu lassen. Als ich das Referat annahm, sah ich selbst nicht voraus, daß es diese Bedeutung erlangen und diesen Eindruck hervorrufen würde; mich leitete der Wunsch, den Gedanken der Befreiung vom fremden Joch wirksam in die Öffentlichkeit zu werfen. Wie viel lieber ich das auf einem konservativen Parteitag getan hätte, brauche ich nicht zu sagen. Über die Verhandlungen, die dann stattfanden, nachdem Sie mir von dem Referat abgeraten hatten, habe ich in meinen letzten Briefen berichtet; wie die Dinge nach unserer Erklärung sich entwickelten, hätte die endgültige Ablehnung einen Bruch bedeutet, den wir doch beide im gegenwärtigen Augenblick nicht für richtig hielten, und eine Hemmung der [Deutschnationalen] Partei in ihrem Oppositionskampfe. Der Vorgang scheint mir besonders bezeichnend für die Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergangszustande stillschweigenden Fortbestandes der Konservativen Partei bei Mitarbeit in der DNVP ergeben und die gerade mich persönlich immer wieder besonders scharf treffen, weil ich hier in Berlin stets greifbar bin.«

Nach Inkrafttreten der Reichsverfassung am 14. August 1919 erwartete man, wie Westarp in der erwähnten Niederschrift festhielt, in rechtsstehenden Kreisen, daß die Entscheidung über den Termin für die Reichstagswahl bald getroffen werde. In dem hiervon ausgehenden Gedankenaustausch mit Heydebrand über künftige konservative Kandidaturen – mit eigenen oder auf deutschnationalen Listen – sprach Westarp offen seine Skepsis gegenüber der Möglichkeit konservativer Listen aus, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß Verhandlungen über Kandidaten auf deutschnationalen Listen wegen der späten Entscheidung in den Wahlkreisgremien die Rückkehr zur Auf-

stellung eigener Listen fast ausschließen und daß ferner eine erneute Wahl konservativer Kandidaten auf deutschnationalen Listen den von Heydebrand nach wie vor geforderten Fortbestand der Konservativen Partei in Frage stellen könne. Heydebrand räumte ein, daß die Aufstellung eigener Listen im gegenwärtigen Augenblick große Schwierigkeiten machen werde, sträubte sich jedoch gegen die Folgen, die sich aus einer Beteiligung an Listen der DNVP für die Handlungsfreiheit und die weitere Entwicklung seiner Partei ergaben. Über den politischen Spielraum einer konservativen Liste hatte Westarp geschrieben:

»Die programmatischen Gegensätze zu den liberal und sozial gerichteten Teilen der Deutschnationalen Partei würden scharfe Bedeutung gewinnen, sobald es sich um positives Schaffen handelt; zur Zeit werden sie durch den gewaltigen Gegensatz zur herrschenden Regierungsmehrheit und deren demokratische und sozialistische Maßnahmen verdunkelt, die über alles, was in der Deutschnationalen Partei in dieser Richtung liegt, so himmelweit hinausgehen. Deshalb würde es bei einer eigenen Wahlagitation schwer sein, wenn nicht unmöglich, die Gegensätze zwischen konservativem und deutschnationalem Programm wirksam herauszuarbeiten. Sehr erschwerend würde für uns die Meinung sein, die bis weit in an sich gutkonservative Kreise hinein Platz greifen würde, daß wir eine unnötige und schädliche Zersplitterung herbeiführen. Der Antisemitismus, der sich mit eigenen Listen etwa von der DNVP absplittern würde, würde auch für uns kaum einen nützlichen Zuwachs bedeuten. Ob wir von dem Bunde der Landwirte Unterstützung erfahren würden, kann ich schlecht übersehen, weil ich nicht unterrichtet bin, wie sein Verhältnis zum Landbund⁵⁹ und ähnlichen neuen Organisationen und sein Einfluß sich entwickelt hat. In Ostpreußen bestand ja auf bündlerischer Seite Neigung zu eigenen Listen; dabei wirkte doch auch wohl persönliche Verärgerung mit, von der man nicht weiß, wie weit sie vorhält. So ist die Zahl der Mandate, die günstigstenfalls zu erwarten sind, wie mir scheint, ganz außergewöhnlich gering.«

Andererseits sah Westarp große Schwierigkeiten für eine ausreichende Beteiligung an den Listen der DNVP:

»Ich bin mir zweifelhaft darüber, wie weit es in den Provinzen möglich sein wird, in den bisherigen Listen entscheidende Wandlungen zugunsten der Konservativen herbeizuführen. Das Schwergewicht bestehender Mandate kann man kaum hoch genug einschätzen. Um so wichtiger ist auf alle Fälle die vorbereitende Arbeit, die dazu dienen soll, uns unser Schwergewicht zu erhalten.«

In bezug auf eine Kandidatur Heydebrands berichtete er, »um ohne Rückhalt offen zu sein«, daß er

»immer noch auf einen höchst bedauerlichen Widerstand stoße. Daß ich dem entgegenetrete, wo ich kann, ist selbstverständlich; ich möchte meinen, daß im gegebenen Augenblick ein öffentliches Auftreten von Ihnen Wandel schaffen würde. Den Zustand, wie er mir zur Zeit aber entgegentritt, empfinde ich und kennzeichne ich Dritten gegenüber als um so ungerechter, weil leider mit mir die Sache anders liegt.

Nach allem, was ich höre, hat die d. n. Partei die Absicht, mich jedenfalls zur Wahl zu bringen. Daß das nicht allein an meinen schönen Augen liegt, sondern daß man glaubt, damit eben die konservative Richtung zufriedenzustellen und einzuschlachten, ist mir natürlich klar. [...] In der Sache würde ich meine Kandidatur keineswegs als ausreichende Abfindung der Konservativen Richtung ansehen können.«

Heydebrand betonte in seiner Antwort vom 3. September, bevor nicht in der Konservativen Partei eine Wandlung eingetreten sei, habe er keine Neigung zu einer Kandidatur; auch müsse dahingestellt bleiben, ob er selbst »politisch genügende Anpassungsfähigkeit besitze.« Bei seinem »Alter, mäßiger Gesundheit, den großen Entfernungen, einer bedeutenden Belastung mit Privatgeschäf-

⁵⁹ Vgl. hierzu Lexikon zur Parteiengeschichte I, S. 241–270 (Bund der Landwirte) und II, S. 162–166 (Deutscher Landbund); ferner Martin Schumacher: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978 und Jens Flemming: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925, Bonn 1978.

ten» empfinde er »doch ein lebhaftes Ruhebedürfnis für den Lebensabend«, nur wenn er gerufen werde, »und das mit sehr gewichtigen Gründen im Interesse des Landes und der konservativen Sache gestützt werden kann«, wolle er eine neue politische Tätigkeit in Erwägung ziehen.

Hinsichtlich des Verhältnisses der beiden Parteien zueinander stimmte er mir zu, daß die Aufstellung einer eigenen konservativen Liste im gegenwärtigen Augenblick große Schwierigkeiten machen werde.

»Zwar dringt allmählig in weiteren Kreisen eine vernünftige, unseren Ideen und Zielen gerechter werdende Auffassung durch; aber sie reicht einmal noch nicht weit genug, sodann aber tritt die Nothwendigkeit einer *einheitlichen* Front gegenüber dem gemeinsamen Gegner doch auch jetzt noch scharf in den Vordergrund, auch kann man der Haltung der d. n. Partei *praktisch* doch kaum sehr erhebliche Vorwürfe machen. Hinzu kommt die vielfach eingetretene Zermürbung, ja Vernichtung unserer lokalen Organisationen.«

Den reinen Entsagungsstandpunkt dürften wir nicht einnehmen. Vielmehr müßten wir den Anspruch einer Anzahl von uns zu besetzenden Stellen in den Listen erheben,

»dessen Ablehnung etwa wie das letzte Mal den Verzicht auf unsere Mitwirkung bedeuten, dessen Annahme die Möglichkeit einer gewissen *Gruppenbildung* innerhalb der Fraktion biethen würde, und die ich auch mit dem virtuellen Weiterbestand unserer Partei allenfalls – wenn auch nicht ohne Bedenken – für vereinbar halten möchte.

Für den Erfolg eines solchen Schrittes würde die von Ihnen persönlich dabei einzunehmende Haltung von wesentlicher Bedeutung sein, können Sie sich dazu – unter materiellem Vorbehalt einer Kabinettsfrage – entschließen, so dürfte auf Erfolg, sonst auf eine bloße Absplitterung Unentwegter nach rechts mit annähernd nur geringem oder keinem politischen Einfluß zu rechnen sein.«

In der Besprechung, zu der v. Heydebrand Mitte September 1919 nach Berlin kam, einigten wir uns wieder vollständig, und ich übernahm es, über die Aufstellung der Wahllisten im Sinne seines Vorschlages zu verhandeln.

In einer Parteivorstandssitzung der DNVP am 12. Oktober 1919⁶⁰ wollte man mich zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden machen. Ich lehnte das in einer Vorbesprechung ab und sprach mich auch in der Sitzung für die Wiederwahl von Dietrich aus, der erklärte, er habe jemand anders – mich – gewünscht und nehme die Wahl nur unter dem Vorbehalt an, zurückzutreten, wenn die Schwierigkeiten beseitigt seien, die der anderen Wahl noch im Wege ständen. Entscheidend für meine Zurückhaltung war, daß ich mich nicht festlegen wollte, bevor eine bessere Vertretung der konservativen Listen zugesichert war, aber auch das Gefühl der Unsicherheit über die politische Linie, die Hergt einschlagen würde. Er und Dietrich blieben bemüht, mich zu seiner Vertretung in Einzelfällen heranzuziehen.

Mit Beginn des Herbstes 1919 setzten die Verhandlungen über die Wahllisten für die Reichstagswahl ein, die von den Regierungsparteien rechtswidrig hinausgeschoben und von der Rechtsopposition stürmisch gefordert wurde. Neben meiner eigenen Kandidatur, zu deren Annahme ich mich nach Monaten nicht einfacher Verhandlungen entschloß, beschäftigte mich den ganzen Herbst und Winter hindurch der Versuch, sonstige konservative Kandidaturen durchzusetzen.

Eine von Hergt gewünschte und von mir befürwortete Unterredung zwischen ihm und v. Heydebrand trug, wie ein Brief v. Heydebrands vom 27. Oktober zeigt, nicht dazu bei, die Verhandlungen zu erleichtern.

⁶⁰ Kurzer Bericht darüber im Brief an Heydebrand vom 20. 10. 1919.

»Eben hatte ich eine durch seine Weitschweifigkeit etwas ausgedehnte Unterredung mit Hergt. Zunächst über die Frage, die uns – Sie und mich neulich – in der Droschke im Thiergarten⁶¹ beschäftigte. Hier wurde Übereinstimmung erzielt so wie zwischen Ihnen und mir. Dann kam er auf das *Finanzielle*; mit Pommern findet er sich ab, auf Schlesien aber will er weiter Sturm laufen und eine angebliche Versprechung resp. Einigung mit Ihnen persönlich als Sturmbock benutzen.

Er war sehr enttäuscht, daß ich mein Eingehen auf seine Wünsche von einer befriedigenden Erledigung unserer Plattform über die nächsten allgemeinen Wahlen abhängig machte. Er verlor sich entsetzlich in Einzelheiten und war sehr erstaunt, als ich seine hoheitsvolle Unterstützung Ihrer Person, von Kreth und dem von Ihnen *besonders* empfohlenen Winckler nicht für eine ausreichende Basis einer Generalabmachung erklärte, sondern vorbehaltlich einer Zustimmung der provinziellen und generellen Parteinstanzen für notwendig erklärte, daß uns eine Anzahl Sitze zur Besetzung nach eigenem Wunsch – wenn auch durchaus im Einvernehmen mit den Deutsch Nationalen – zugebilligt würde, auch später die Möglichkeit einer gewissen Gruppenbildung in der Partei offen gelassen wurde. Hier zerriß er seine Kleider, erklärte dies für den Tod der d. n. Partei, und wir müssen also hier auf seinen und seiner Mannen entschiedenen Widerstand rechnen, wenn es nicht gelingt, eine beiderseits tragbare Formel zu finden, was ich persönlich nicht für ausgeschlossen halte.«

Über das Echo, das diese Unterredung bei Hergt gefunden hatte, berichtete ich v. Heydebrand am 3. November.

»Hergt hat inzwischen ausführlich mit mir über Ihre Unterredung gesprochen. Sonst, namentlich über den ersten Teil durchaus befriedigt, war er ›erschüttert‹ von dem Gedanken der Gruppenbildung; das gebe dann keine stoßkräftige Partei, sondern dasselbe Bild wie in der früheren ›Deutschen Fraktion‹; ›er wolle gewiß nicht drohen‹, aber wenn wir an diesem Plane festhielten, so – ja, was er dann tun würde, wurde mir nicht recht klar, jedenfalls sagt er wohl so viel, daß er sich dann für die konservativen Kandidaturen, abgesehen von der meinigen, deren besondere Behandlung ich natürlich ablehnte, nicht mehr interessieren könnte. Nach außen hin wolle er noch für die konservative Sache eintreten, z. B. beabsichtige er am 16. d. M. in Dortmund eine Rede zu halten, in der er dem Westen auseinandersetzen wolle, was er an uns Konservativen habe, aber wir sollten uns nicht wundern, wenn trotzdem er nachher anders handle.«

v. Heydebrand legte in Erwiderung vom 8. November Wert darauf, den Fünfziger-Ausschuß zu den Wahlen Stellung nehmen und über die weitere Selbständigkeit der Partei beschließen zu lassen.

»Ob auch die ausdrückliche Sanktionierung resp. Vorbehalt einer Gruppenbildung, mit der ich Hergt so in Schrecken gesetzt habe, mag überlegt werden, vielleicht wird der schlesische Delegiertentag am 18. d. M. eine dahin gehende Forderung aufstellen. Das mag abgewartet werden.

Hergt saß überhaupt auf sehr hohem Pferde und schien der Besprechung von vornherein den Charakter des *audiendum verbum* geben zu wollen. Demgegenüber könnte es nicht schaden, daß ihm die Empfindung beigebracht würde, einer selbständig-politischen Persönlichkeit, die für sich und ihre Parthei eine gewisse Vergangenheit in Anspruch nehmen darf, gegenüber zu stehen. Wenn ihm das Nebeneinander nicht paßt – ein Übereinander ist ausgeschlossen.

Ohnedies wächst meine Neigung, mich ganz vom politischen Leben zurückzuziehen, der ich, wie Sie wissen, vor längerer Zeit Ausdruck gab, beträchtlich.«

Inzwischen hatte ich mit der Herrenhausfraktion⁶² verabredet, daß sie für ihre finanzielle Unterstützung der Wahl bestimmte Kandidatenvorschläge machen und daß ich diese Wünsche namens der Konservativen Partei unterstützen würde. Als solche wurden mir benannt: v. der Schulenburg, früher Oberpräsident von Brandenburg, dann von Sachsen; Freiherr v. Landsberg in Drensteinfurt und Graf Rantzau oder Graf Waldersee aus Schleswig-Holstein. Meine Unterredung mit Hergt, in der ich diese

⁶¹ Deckwort für die Umsturzpläne Kapps (vgl. unten, Kap. II/2).

⁶² Siehe oben Anm. 33.

Kandidaturen anmeldete, verlief negativ. Hergt machte gegen die einzelnen Kandidaten Einwendungen, fügte für Graf Behr hinzu, er wisse ja noch gar nicht, was die Herrenhausfraktion ihm biete, und ließ mich wissen, daß er sich für konservative Kandidaturen nicht interessieren könne, solange der Plan der Gruppenbildung bestehe. Ich berichtete darüber am 10. November an v. Heydebrand.

»Ich glaube, man muß sich darüber klar werden, ob wir ernstlich das Ziel erstreben, mit der d. n. Partei über konservative Wahlen auf den deutschnationalen Listen zu einer Einigung zu kommen, oder ob wir glauben, daß der Bruch mit ihr riskiert werden kann und soll. Hergt und der deutschnationale Parteivorstand haben gar kein Interesse an konservativen Kandidaturen, sondern das Interesse, solche nach Möglichkeit zu verhindern, sobald der Plan zur Erörterung gestellt wird, daß die zu wählenden Konservativen sich in der neuen Fraktion als besondere Gruppe organisieren. Namentlich wenn diese Organisation als solche von vornherein hervortritt, so führt das zu weiteren Gruppenbildungen, zu Verhältnissen, wie sie in der alten Deutschen Fraktion bestanden, kurz zur Lockerung des Partegefüges, also zum Gegenteil desjenigen, was Hergt und seine Leute erstreben und von ihrem Standpunkt aus erstreben müssen: der Verschweißung der Partei zu einem einheitlichen Ganzen. So ist es – immer von Hergts Standpunkt aus angesehen – durchaus verständlich, wenn er den Plan konservativer Gruppenbildung mit dem Entschluß beantwortet, möglichst wenig Konservative auf die Listen zu bringen, und an sich ist es loyal von ihm, daß er mir das, wie geschehen, ausgesprochen hat und weiter offen zeigt. Sein Einfluß auf die Aufstellung der Listen in den Landesverbänden ist schon deshalb ein großer, weil nach der Satzung der Hauptvorstand das Recht hat, in jedem Verband, wo mehrere Abgeordnete gewählt sind, einen Sitz von der Zentralstelle aus zu besetzen. Auch ohne offenen Konflikt können er und seine Leute natürlich in den meisten Landesverbänden eine Einigung im konservativen Sinne sehr erschweren. [...] Ich bin also der Auffassung, daß es die Einigung über konservative Kandidaturen bis in die einzelnen Landesverbände hinein, auch wo sie sonst vielleicht günstige Aussichten hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich macht, wenn wir den Plan, die zu wählenden konservativen Abgeordneten in der späteren Fraktion organisatorisch zu einer Gruppe zusammenschließen, jetzt beschließen lassen würden oder auch nur zur Erörterung stellen.«

Im Fünfziger-Ausschuß werde ein Beschluß zugunsten der Gruppenbildung nicht durchzusetzen sein; v. Kessel, der mich um meine Ansicht gefragt habe, hätte ich nicht zureden können, den Gedanken auf dem konservativen Parteitag in Breslau zu befürworten. v. Heydebrand erwiderte am 14. November, die Gruppenbildung werde im Hinblick auf die von mir betonten Bedenken eine Initiative unsererseits in der Tat besser nicht erfahren. Ich teilte Hergt mit, daß eine solche Initiative nicht mehr beabsichtigt sei. In einer direkten Besprechung zwischen ihm, Graf Behr und Graf Yorck, die ich anregte und der ich beiwohnte, zeigte er sich den Herrenhauskandidaturen gegenüber zugänglicher, und ich bemühte mich, sie in einer Reihe von Briefen und Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten verschiedener Wahlbezirke zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Sie wurden endgültig dadurch unmöglich, daß die »Freiheit«, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, in den Besitz einer Aktentasche von Graf Behr gelangte und daraus den gesamten Schriftwechsel über die Konstituierung der Herrenhausfraktion, die drei Kandidaten und die Absicht veröffentlichte, die finanzielle Unterstützung der Wahl von deren Aufstellung abhängig zu machen.⁶³

Über mich wurde berichtet:

»Als Mittelsperson bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen fungiert der rührige Graf Westarp, der Vorsitzende der früheren konservativen Reichstagsfraktion. Er muß sich im Schwei-

⁶³ Freiheit Nr. 597 vom 9. 12. 1919, »Der Junker Wiederkehr«; ebd. Nr. 612 vom 17. 12. 1919, »Herr Hergt, der Lakai der Junker«.

ße seines Angesichtes abmühen, um die Deutschnationale ›Volkspartei den Wünschen der hochmögenden Grafen geneigt zu machen und Provinzialverbände zu entdecken, die den genannten Vertrauensmännern einen sicheren Platz auf ihren Listen anweisen. Zweifellos wird seinem Mühen der Erfolg winken, denn bar Geld lacht, und das ›Volk‹ spielt in dieser Partei ja doch nur eine Statistenrolle.«

Mich ließ die persönliche Anzapfung kalt, während Hergt die Bezeichnung »der Lakai der Junker« als abträglich empfand. Die Aktion als solche war damit beendet.

Heydebrand brachte die Frage seiner eigenen Kandidatur in einem Brief an Westarp am 11. Dezember selbst ins Spiel, allerdings mit dem Zusatz, ein derartiges als »Ehrenpunkt« für die Konservative gefordertes Angebot ablehnen zu wollen. Westarp berichtete am 23. Dezember 1919 darüber, daß in den Bezirken Cottbus und Frankfurt/Oder eine Kandidatur Heydebrands in Erwägung gezogen werde, mußte jedoch am 16. Februar 1920 mitteilen, daß Hergt bei einer Besprechung schlesischer Kandidaturen diesen Gedanken entschieden abgelehnt habe:

»Für die Partei sei ein Anerbieten an Sie auch deshalb nicht gut zu ertragen, weil Sie ihr fern und wohl auch gegnerisch geblieben wären. Es bestehe die Gefahr, daß allgemein im Bezirk Breslau selbst, wenn ein derartiges Abkommen Gestalt gewinne, eine Gegengruppe eine rein deutschnationale Liste aufstelle, der gegenüber er sich doch unmöglich ablehnend verhalten könne. Ich unterließ natürlich nicht, auf diese Bemerkung zu antworten, daß das eben die Spaltung bedeuten und natürlich auch für mich entscheidende Konsequenzen haben müßte. Den Gedanken an Seidlitz glaubte er mit der Begründung ablehnen zu sollen, daß die Partei unausgesetzte Anwesenheit und Mitarbeit in der Fraktion verlangen müsse, er will von allen Kandidaten einen Revers hierüber unterschreiben lassen, und daß Seidlitz das nicht übernehmen könne und wolle. Kurz er war und blieb unzugänglich.«

Auch in Schlesien kam es nicht dazu, daß man an v. Heydebrand, selbst auf die Sicherheit seiner Ablehnung hin, als Zeichen persönlicher Verehrung oder der Anerkennung der konservativen Politik noch einmal herantrat. Der Vorgang erinnert an das, was [Wilhelm] v. Kardorff bei seinem Ausscheiden aus 40jähriger parlamentarischer Arbeit erlebt hat.⁶⁴ Dankbarkeit ist, wenn auch nur in Form der Erfüllung einer Anstandspflicht, dem aus Stellung und Einfluß ausscheidenden Parteiführer nach jahrzehntelanger Arbeit, der er alle seine Lebenskraft und all sein persönliches Interesse gewidmet hatte, kaum jemals zu Teil geworden. Damit war v. Heydebrands Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben erst endgültig vollzogen. Seine Kraft und Erfahrung lag brach. Niemand wird sich dem traurigen Eindruck entziehen können, den dieser Abschluß eines an treuer vaterländischer Arbeit und an Erfolgen reichen Lebens bietet.

Die Bemühungen, sonstige konservative Kandidaten unterzubringen, bewegten sich in sehr bescheidenen Grenzen. Am 20. Oktober 1919 sandte ich an v. Heydebrand einen Überblick über die vorläufigen Verabredungen, die Hergt mit seinen Landesverbandsvorsitzenden getroffen hatte.⁶⁵ Danach rechnete die Partei in den meisten Bezirken auf ein oder zwei, in keinem auf mehr als einen »sicheren« oder »aussichtsreichen« Sitz. Auch das ging schon über das Wahlergebnis vom 19. Januar 1919 hinaus. Der Platz für konservative Forderungen war also sehr beengt. Im Einvernehmen mit v. Heydebrand betrieb ich durch Graf Eulenburg (Prassen) für Ostpreußen die Aufstellung von Kreth an erster und auf Präsentation des Bundes der Landwirte von

⁶⁴ Vgl. Siegfried v. Kardorff: Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828–1907, Berlin 1936, S. 67.

⁶⁵ Der Überblick ist auch für das Verhältnis der verschiedenen Gruppen in den Wahlkreisen zueinander sehr aufschlußreich.

v. Bieberstein an zweiter Stelle. Dabei suchte ich zu erreichen, daß die ostpreußische konservative Organisation nach dem Muster von Schlesien und Pommern bestehen bleiben und den von uns gesammelten »Kriegsschatz« für die konservativen Kandidaturen einsetzen sollte. Das geschah nicht. 500 000 Mark wurden zur Sanierung der Ostpreußischen Zeitung und der Rest von 230 000 Mark allmählich bedingungslos der deutschnationalen Provinzialorganisation zur Verfügung gestellt. Weder die Aufstellung von Kreth noch die von v. Bieberstein wurde erreicht. Roesicke, für den ich mich natürlich besonders interessierte, wurde schließlich auf Reichswahlvorschlag gewählt. Im Anschluß an meine Bemühungen zugunsten der »Herrenhäusler« versuchte ich noch in Frankfurt a. O. und Halle-Merseburg eine Stelle für bewährte konservative Politiker freizumachen. Auch das blieb ohne Erfolg. Es blieb im wesentlichen bei den bereits in der Nationalversammlung gewählten Mitgliedern der früheren konservativen Fraktion, von denen Arnstadt in Thüringen, v. Graefe in Mecklenburg, Malkewitz in Pommern, Schiele in Magdeburg, Vogt in Württemberg, Weindböck in Franken und Dietrich und Roesicke auf Reichswahlvorschlag gewählt wurden. Das »Junkertum« blieb ausgeschaltet.

Daß ich auch die Aufstellung früherer Offiziere nicht in dem von mir gewünschten Umfange durchsetzen konnte, zeigt ein Brief vom 5. März 1920 an General v. Hutier. Briefe ähnlichen Inhalts habe ich noch oft schreiben müssen.

»In den Landesverbänden erwiesen sich die örtlichen Schwierigkeiten unter der Berücksichtigung der einzelnen Richtungen, Stände und maßgebenden Persönlichkeiten als stärker. Auf der Reichsliste ist Herr General von Gallwitz in Aussicht genommen, leider auch hier an einer Stelle, die zwar nicht aussichtslos, aber zweifelhaft ist. Zwei jüngere Offiziere von lokaler Bedeutung und zwar, soviel ich weiß, ein Major Henning in Westfalen und v. Stedtman⁶⁶ in der Rheinprovinz, letzterer noch unsicher, scheinen auf die Liste der Landesverbände zu kommen.«

Von dem General v. Wrisberg hatte ich mir besonders viel sachkundige Mitarbeit auf allen Gebieten versprochen.

Die Wahl in Ostpreußen machte mir besondere Schwierigkeiten. Mir lag daran, v. Oldenburg und Kreth auf die Liste zu bringen. Hergt betrieb die Aufstellung von Behrens. Diesem stand als Führer der Christlich-Sozialen ein auch von mir nicht bestrittener sicherer Platz zu, und er legte Gewicht darauf, ihn in Ostpreußen zu erhalten, weil er am Werke war, die östlichen Landarbeiter in einer christlichen Gewerkschaft zusammenzufassen. Ich berichtete brieflich (15. April 1920) an v. Oldenburg über den Verlauf der Sitzungen vom 7./9. April 1920.

»Kanitz war fanatisch begeistert für mittlere Linie, soziale Politik zur Gewinnung der Arbeiter und Zurückstellung der konservativen Gedanken in der Agitation mit der Versicherung, auf ihrem Boden zu stehen und ihnen nur durch diese Taktik den Weg ebnen zu wollen. [...]

Es wurde mitgeteilt, man rechne, vorausgesetzt einen einheitlichen Wahlkreis einschließlich des Abstimmungsgebietes, mit vier sicheren Sitzen und habe dafür beschlossen: 1. im Einvernehmen mit dem Bund der Landwirte Graf Kanitz und nicht Kreth, weil dieser zu scharf sei; 2. Behrens; 3. kleiner Landwirt, 4. Hensel. Sie können sich denken, daß ich Graf Kanitz mit seiner mittleren Linie weniger begrüßen würde als Kreth mit seiner Schärfe, im Ernste gesprochen unter diesen Umständen auf Kreth ganz besonderen Wert legen würde. Können Sie nicht wiederkommen? Jedenfalls scheint mir, daß etwas geschehen muß.«

Die Entscheidung fiel noch nicht, weil die Wahl in Ostpreußen bis nach der Volksabstimmung des Versailler Diktates bis in den Winter 1920/21 verschoben wurde.

⁶⁶ Nicht ermittelt.

Auch sie erbrachte, um das hier vorweg zu nehmen, nicht das von mir gewünschte konservative Ergebnis, da an erster Stelle Graf Kanitz gewählt wurde, während Kreth ausschied.

Die Vorgänge, die unter Mitwirkung v. Oldenburgs dazu führten, gehen aus dessen Brief an Kreth vom 1. November 1920 hervor.

»Zunächst bemerke ich, daß der Bund der Landwirte, dessen Vorsitz ich in Ostpreußen sehr ungerne vorübergehend übernommen habe, um den Versuch zu machen, die Landwirte möglichst so zu einigen, wie mir das in Westpreußen gelungen war, in Ostpreußen leider nicht die Bedeutung erlangt hat, die ihm zukommt. Ich kann daher nur mit Vorsicht operieren, bis ich eine festere Basis geschaffen habe. Auf der Versammlung in Königsberg, welche die Kandidatenliste zum Reichstag festlegte, erklärte der Provinzialvorsitzende der Deutschnationalen, daß der erste Platz dem Bunde der Landwirte überlassen werden sollte, daß aber Herr Hergt den größten Wert darauf lege, daß dieser Platz dem Grafen Kanitz übertragen würde, weil er diesen notwendig zu den Verhandlungen mit den anderen Parteien gebrauche. Kanitz ist unstreitig sehr begabt und dadurch in der Provinz populär geworden, daß er so ziemlich der einzige Mann ist, der bei Beginn der Revolution in Ostpreußen unter sehr unangenehmen Verhältnissen unerschrocken auf deutschnationalen Versammlungen gefochten hat. Er hat mehrfach dabei über die Bühne flüchten müssen. Ich erklärte, daß ich mich bei der Diskussion über diese Kandidatur nicht beteiligen würde, da ich mit dem Grafen Kanitz verwandt wäre. Er hielt nun eine Programmrede, aufgrund deren die vorhandenen Vertrauensmänner des Bundes ihn einstimmig als Kandidaten proklamierten.

Ich erklärte darauf, daß von dem vielen Verhandeln mit anderen Parteien nach meiner Erfahrung meistens faule Kompromisse entstanden und ich meinem Neffen nur empfehlen könnte, sich bei seiner politischen Betätigung immer das Beispiel seines Vaters vor Augen zu halten.«

Der zweite Platz war auf Verlangen Hergts den Christlich-Sozialen für Behrens zugesichert, der eine Landarbeiter-Gewerkschaft leitete. Die Bauernbünde, die auf die zweite Stelle Anspruch erhoben, ließen sich nur schwer mit der vierten abfinden und die dritte und fünfte wurde mit Städtern, die sechste mit einer Frau besetzt. Auf v. Oldenburgs Betreiben wurde Kreth die siebente Stelle angeboten. Als Kreth diese ablehnte, bat v. Oldenburg ihn am 22. Oktober 1920, diesen Entschluß rückgängig zu machen:

»Wir alten Konservativen sind nicht zu unserem Vergnügen auf der Welt, sondern haben die Pflicht und die Aufgabe, ohne Rücksicht auf eigene Wünsche dem Vaterlande zu dienen. In zahlreichen verwickelten Verhandlungen habe ich die Unmöglichkeit erkannt, Sie augenblicklich in die erste Stelle der Liste zu bringen, obwohl ich das natürlich für außerordentlich wünschenswert halte; bei den Preußenwahlen wird das voraussichtlich möglich sein, umso leichter, wenn Sie auf der Reichstagsliste wenigstens genannt werden. Es ist durchaus notwendig, daß unsere Richtung wieder auf der Bildfläche erscheint. Ich habe den Eindruck, daß Ihre Kandidatur nicht nur wegen Ihrer politischen Auffassung auf Schwierigkeiten stößt, sondern daß auch die Leitung der Deutschnationalen in Berlin mit einem trockenen und einem nassen Auge Ihr Erscheinen begrüßen würde. Die Herren sind zu unerfahren in politischen Geschäften, um nicht die größere Erfahrung eines alten Fechters wie Sie unbequem zu empfinden. Vielleicht irre ich mich. Im übrigen halte ich Ihre Aussichten an 7. Stelle für nicht so schlecht wie Sie annehmen. Die 6. Stelle ist einer Dame gegeben, um unserer Verehrung für das weibliche Geschlecht auch da Ausdruck zu geben, wo es nicht hingehört. Diese Dame hat sich aber bereit erklärt nur unter der Voraussetzung, daß sie eine etwa auf sie fallende Wahl ablehnen darf.«

Kreth blieb bei seiner Ablehnung. In seiner ausführlichen Begründung vom 27. Oktober verband er einen eingehenden Nachweis seiner Arbeit für die Provinz Ostpreußen mit scharfer Kritik daran, daß die DNVP anstatt der erfahrenen Abgeordneten durchaus Neulinge entsenden wollte. Mit statistischen Zahlen belegte er seine Ansicht, daß die ihm angebotene Stelle aussichtslos erscheine.

»Entweder wirkt mein Name abschreckend, dann soll man ihn fortlassen oder, wenn man auf meine Mitwirkung im Parlament so großen Wert legt, daß man dagegen einen Stimmverlust in Kauf nehmen will, wenigstens sich das Äquivalent dadurch sichern, daß man mich an eine Stelle setzt, bei der die Gewißheit des Gewähltwerdens besteht.«

Angaben über widersprechende Äußerungen von Führern des Bundes der Landwirte und der Partei ihm gegenüber zeigten ein ziemlich hohes Maß von Verbitterung. Er verband sie aber mit Freundschaftsversicherungen für v. Oldenburg.

»Die Gründe, die Sie dafür geltend machen, daß ich die Ablehnung an siebenter Stelle zu kandidieren, zurückziehen möge, habe ich mit voller Wucht auf mich wirken lassen. Wir haben so lange Jahre im politischen Kampfe Schulter an Schulter gestanden und oft genug gemeinsam den Fraktionsgewaltigen gegenüber ostpreußische Festigkeit gezeigt, daß ich geneigt wäre, leichter bei mir als bei Ihnen die Möglichkeit vorauszusetzen, aus Opportunitätsrücksichten zu weitgehende Zugeständnisse zu machen!«

v. Oldenburg wiederholte seine Bitte mit einer nochmaligen Darlegung der Vorgänge, aus denen hervorgehe, daß bei dem Angebot der siebenten Stelle »keine Niedertracht« im Spiele sei, sondern daß er selbst es angeregt habe.

»Also, mein lieber Kreth, bei Behandlung Ihrer Kandidatur scheidet jede Böswilligkeit aus. Es bestätigt sich von neuem die Erfahrung, daß die alten Götter schnell vergessen sind, wenn sie nicht mehr auf der Bühne stehen, und denen Platz machen müssen, von denen man in den Zeitungen liest. Es ist daher mein Wunsch gewesen, Ihnen wieder auf die Bühne zu verhelfen, und wenn Sie im Abgeordnetenhaus in Ihrer alten Manier weiter fechten, so wird die nach rechts drängende Zeit auch Ihr Erscheinen im Reichstag wieder verlangen, wenn der 6. Platz jetzt versagen sollte. Die Konservativen haben immer den Fehler gemacht, lieber unbedeutende Kreiseingesessene als brauchbare Fechter zu wählen, die außerhalb wohnten. Die anderen Parteien bringen immer wieder die eingespielten Leute in das Parlament und sind uns daher über. Die Deutschnationalen haben die Fehler der Konservativen geerbt. Ob sie ihre Vorzüge besitzen, ist mir sehr fraglich. Das wird sich zeigen, wenn sie sich nicht mehr in der Opposition befinden werden, sondern Positives schaffen sollen.«

Mir lag daran, jede Möglichkeit einer Wahl Kreths auszunutzen und den Meinungsunterschied der beiden alten Freunde auszugleichen. Deshalb redete ich Kreth dringend zu, den von Oldenburg gemachten Vorschlag anzunehmen. Das konnte ich umso mehr tun, als ich selbst ohne Widerspruch die unsichere Stelle hinter Wulle angenommen hatte. Er blieb bei seiner Ablehnung. [...] ⁶⁷

Mit Kreths Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben, das endgültig war, wurde die Kraft eines festen konservativen, klugen, kenntnisreichen und erfahrenen Politikers lahm gelegt, und ich habe aus persönlichen Gründen das Fehlen des alten Freundes und Beraters schmerzlich empfunden.

Nach dem Kapp-Unternehmen wurde in der DNVP, wie ich an v. Heydebrand am 25. März 1920 berichtete, von den Christlich-Sozialen eine Parteikrise hervorgerufen.

»Die christlichen Gewerkschaftsführer aus dem Westen sind mit unendlichen Klagen und allerlei ungeheuerlichen Forderungen angerückt gekommen, z. B., daß die Partei den Landbund und ähnliche nicht gewerkschaftliche Organisationen ablehnen müsse. Ich habe, zu einer großen Sitzung beider Fraktionen ⁶⁸, in der die Arbeitervertreter redeten, zugezogen, zum Guten geredet, weil ich im gegenwärtigen Augenblick die Spaltung vermieden sehen möchte. Man hat eine Kommission

⁶⁷ In Ostpreußen wurden am 20. 2. 1921 für die DNVP gewählt: Graf Kanitz, Behrens, Hensel, Fritz Maxin; bis zur Wahl waren die Mandate von Behrens und Adolf Richter verlängert worden.

⁶⁸ Die DNVP hatte in der NV 42, in der preuß. LV 50 Mandate.

gewählt, über deren Ergebnis ich noch nichts weiß; mir ist es sehr zweifelhaft, ob dabei mehr als eine vorübergehende Verkleisterung herauskommen wird.«

Diese Gegensätze wirkten sich in den Verhandlungen über die Wahllisten aus, über die es nunmehr zu endgültigen Beschlüssen kommen mußte.

In einer Sitzung des deutschnationalen engeren Parteivorstandes vom 7. April nahm die Erörterung über die Wahllisten einen Verlauf, der mich zu einer scharf ablehnenden Erklärung veranlaßte, über deren Abgabe ich folgendes niedergeschrieben habe.

»Wir unterhalten uns jetzt annähernd zwei Stunden über die Behauptung der Herren von der christlich-sozialen und gewerkschaftlichen Richtung, daß die Kandidatenliste nach den bisherigen Mitteilungen einen einseitig konservativen-agrarischen Charakter nach Art der alten Konservativen Partei trage. Das ist umso auffallender, weil allgemeine Übereinstimmung darin besteht, daß eine Ergänzung der Liste durch Erhöhung der Zahl der Arbeitervertreter auf etwa sechs und mehrere weibliche Kandidaturen notwendig ist. Im übrigen muß ich feststellen, daß das Gegenteil der aufgestellten Behauptung richtig ist. Nach den bisherigen Mitteilungen sind im ganzen vier Herren für sichere Sitze in Aussicht genommen, die bereits für die Konservative Partei politisch hervorgetreten oder parlamentarisch tätig gewesen sind, nämlich Hensel, Hammer, Schiele, Malke-witz. Meine Kandidatur ist in Pommern abgelehnt und in Teltow nach den uns gewordenen Mitteilungen unsicher. Wie die Vertretung der Landwirtschaft in der Fraktion aussehen wird, darüber liegt noch kein klares Bild vor, weil eine Anzahl von Landesverbänden die Namen ihrer Kandidaten noch nicht genannt hat und die Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen noch nicht abgeschlossen hat. Ob dieser Abschluß eine Vermehrung der konservativen Elemente im Sinne der alten Partei bringen wird, steht keineswegs fest. Ich bestreite, daß die Zahl der bis jetzt in Aussicht genommenen Landwirte im Verhältnis zur Bedeutung der Landwirtschaft zu groß ist oder gar der Fraktion einen einseitig agrarischen Charakter gibt. Wenn einzelne Landesverbände dem Landbund und dem Bund der Landwirte die Präsentation bestimmter Kandidaten eingeräumt haben, so führe ich das zum großen Teil darauf zurück, daß diese landwirtschaftlichen Organisationen eben bei den Stimmungen und Bewegungen, die sich innerhalb der Partei bemerkbar machen, geglaubt haben, nicht ohne ganz entschiedene und bestimmte Forderungen eine genügende Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen herbeiführen zu können. Daß man bei der Sachlage von einem einseitig agrarischen Charakter der Kandidatenliste sprechen kann, ist in tatsächlicher Beziehung unverständlich, in politischer aber kennzeichnend und in höchstem Maße betrübend. Es kommt für mich hinzu, daß Herr Graf Kanitz, ähnlich wie gestern in engem Kreise Herr Dr. Seelmann, direkt die Forderung aufgestellt hat, die alte konservative Richtung insbesondere die Kreuzzeitung und mich aus der Partei auszuschneiden oder doch ganz einflußlos zu machen. Meine Politik ging bisher über Jahr und Tag auf das Ziel, denjenigen, die an der alten Konservativen Partei und ihrer Politik festhalten zu müssen glauben, Raum und Möglichkeit zur Betätigung in der Deutschnationalen Partei zu schaffen. Nach dem Lauf der heutigen Verhandlungen muß ich erklären, daß ich diese meine Politik als gescheitert ansehe.«

Damit versuchte ich den Saal zu verlassen; Dietrich, der den Vorsitz führte, hielt mich zurück, bat in längerer Rede, den schwerwiegenden Entschluß einer Trennung nicht ohne weitere Überlegungen auszuführen, worauf ich erklärte, ich sei bereit, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen, müsse mir aber alle weiteren Entschlüsse vorbehalten.

Es folgten erregte Auseinandersetzungen, in denen Hergt und andere Vorstandsmitglieder sowie alte Freunde von mir, auch Graf Seidlitz, mich bestürmten, bei der Partei zu bleiben. In der Sitzung des Hauptvorstandes mit über 100 Personen vom 9. April lag ein Antrag vor, der ähnlich wie ein Jahr zuvor die Parteileitung aufforderte, sie sollte auf eine Auflösung aller Sonderorganisationen von Parteien hinwirken, deren Angehörige sich im November 1918 der DNVP angeschlossen haben. Auf die Frage Hergts, ob die Annahme von uns als Feindseligkeit aufgefaßt werden und unsere Stel-

lung ändern werde, erwiderte ich, stimmen könne ich für den Antrag nicht; ich würde ihn aber nicht als Kriegsfall auffassen. Jedenfalls rate ich dringend ab, ihn zu veröffentlichen, weil das der Sache schaden, den Gegnern aber Anlaß zu Presseerörterungen über die Spaltung der Partei geben werde. Der Antrag und der Beschluß, ihn nicht zu veröffentlichen, wurde angenommen.

Die Krise wurde für mich verschärft durch den Antrag Graf Kanitz, v. Kardorff, Hoetzsch, dessen Wortlaut mir nicht mehr vorliegt, der aber darauf hinauslief, die alte konservative Richtung, insbesondere die »Kreuzzeitung« und mich, zu veranlassen, aus der Partei auszuschneiden oder doch ganz in ihr zurückzutreten. Daß Hoetzsch sich diesem Antrag anschloß, war für mich keine Überraschung. Wo er sich verpflichtet fühlte, in Gegensatz zu mir zu treten, legte er stets Wert darauf, das vorher loyal und eingehend mit mir zu erörtern. So hatte er mir bereits am 21. Dezember 1918 brieflich mitgeteilt, daß sein Anschluß an den Hassell-Kreis, die spätere Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft, ihn in Widerspruch mit der Politik von v. Heydebrand und mir bringe, und sein Standpunkt, daß die alten Konservativen und der Adel sich rückhaltlos in die republikanischen Verhältnisse und in die DNVP einfügen müßten, war zwischen uns mehrfach erörtert worden. Der Antrag fand nur geringen Anklang und wurde zurückgezogen.

Ich sah mich also vor die Entscheidung gestellt, ob ich es zum Bruch bringen wollte. Die allgemeine politische Lage und die Unmöglichkeit, jetzt eigene konservative Listen herauszubringen, ließen mir das unmöglich erscheinen. Ich gab daher am 9. April 1920 Erklärungen des doppelten Inhaltes ab, daß die Konservative Partei und ich bis zur Wahl volle und rücksichtslose Unterstützung zusagten, daß ich aber für die Zeit nach der Wahl ausdrücklich und unter Hervorhebung der trennenden Punkte alles weitere vorbehielt. Diese Einzelheiten entnehme ich den Berichten, die ich auch darüber am 10. und 15. April 1920 an v. Heydebrand erstattet habe und in denen ich meinen Niederschriften abschließend hinzufügte:

»Der Antrag Hoetzsch wäre, wenn er nicht zurückgezogen wäre, mit überwältigender Mehrheit gegen vielleicht sechs bis acht Stimmen abgelehnt worden. Die Richtung Kardorff-Kanitz-Hoetzsch mit ihrem Drängen nach Koalition und ihrem Abrücken von allen Konservativen hat nach allgemeinem Urteil eine scharfe Niederlage erfahren. Soeben höre ich, daß Kardorff zur Deutschen Volkspartei übergetreten sei. Ernster auch für die Zukunft ist natürlich die Differenz zu den Gewerkschaftlern; zur Zeit und für die Wahlen sind sie anscheinend leidlich beruhigt. Diejenigen, die meinem Verhalten zustimmten und auch den Vorbehalt für die Zukunft sich zu eigen machten oder doch nicht mißbilligten, waren nach meiner Auffassung etwas in der Mehrheit. Der Zug nach rechts ist also in der Partei nicht ganz schwach; Elemente, die gleichwohl auch bereit sein würden, mit uns herauszugehen, sind in ziemlicher Zahl vorhanden«.

Die Entwicklung vom Oktober 1919 bis zum 6. Juni 1920, durch die meine Beziehungen zur DNVP immer enger wurden und schließlich zu meiner Aufstellung und Wahl führten, erfüllte v. Heydebrand mit steigender Sorge. Unsere Auseinandersetzungen, die immer ernster wurden, bezogen sich überwiegend auf die Forderung v. Heydebrands, einen Beschluß des Fünfziger-Ausschusses über die Selbständigkeit der Partei herbeizuführen. Ich stand dabei im Kreuzfeuer, weil Hergt und weite Kreise der DNVP, unter ihnen auch alte Konservative wie Graef und Schiele, mich bedrängten, der Fünfziger-Ausschuß solle die Auflösung der Partei beschließen. Die Erfahrungen vom 3. Dezember 1918 zeigten die Größe der Gefahr, daß sich hierfür eine Mehrheit finden werde. So mußte ich v. Heydebrand am 16. Februar 1920 über eine Unterredung mit Graf Eulenburg (Prassen) berichten, aus der hervorging, daß nicht

einmal von Ostpreußen eine Unterstützung unseres Standpunktes zu erwarten war. Dagegen mußte mit der Betriebsamkeit von Graef gerechnet werden, der nicht unterlassen würde, die Abstimmung in seinem Sinne zu beeinflussen. Nun mußte nach der Satzung der Fünfziger-Ausschuß nach jeder Reichstagswahl neu gebildet werden. Das ließ sich nicht durchführen, da die zur Wahl der Mitglieder berufenen Landes- und Provinzialverbände zum größten Teil nicht mehr bestanden. Wir kamen überein, die alte Besetzung zugrunde zu legen. Ich hielt es für unzulässig, solche Mitglieder, von denen wir wußten, daß sie Gegner des Fortbestehens waren, nicht einzuladen; das würde dem Beschluß die nötige Autorität genommen haben. Dagegen ergänzten wir die Liste der Einzuladenden durch einige Anhänger unseres Standpunktes wie v. Oldenburg, Kreth und zwei Schlesier. Aus den Anmeldungen suchten Schroeter und ich die zu erwartende Mehrheit zu berechnen.

*In den Beratungen der folgenden Monate ging Westarp davon aus, daß der Fünfziger-Ausschuß der Konservativen Partei die Beteiligung an den Listen der DNVP beschließen und dafür deren Unterstützung im Wahlkampf zusichern werde, daß dagegen für die Aufrechterhaltung der konservativen Organisation nach den Wahlen und für eine Gruppenbildung innerhalb der DNVP eine Mehrheit nicht zu erreichen sei, dieser Gedanke vielmehr einen Sturm auslösen werde und man ihn deshalb besser ruhen lasse.⁶⁹ Für die »Herrenhaus-Fraktion«, die ebenfalls den Fortbestand der Konservativen Partei wünschte, erklärte Graf Behr, daß dies mit Rücksicht auf die DNVP ohne besonderen Beschluß geschehen solle. Heydebrand forderte dagegen eine ausdrückliche Erklärung über die künftige Selbständigkeit der Konservativen Partei und verlangte, daß deren Parteileitung Einfluß zumindest auf einen Teil der deutschnationalen Kandidatenlisten zugesichert werde. Beides betrachtete er als *conditio sine qua non* seiner weiteren Parteiführung, während er auf die Erwähnung späterer Gruppenbildung zu verzichten bereit war. Einen Beschluß des pommerischen Provinzialvereins, der Westarps Linie nahe kam, bezeichnete Heydebrand in einem Brief vom 14. November an Westarp als »Übergangspunkt zur Auflösung oder dem Erlöschen der konservativen Partei«. Seinen Wünschen entsprach der Beschluß einer schlesischen konservativen Delegiertenversammlung im November 1919 in Breslau⁷⁰:*

»Die Delegiertenversammlung billigt die seitens der Zentraleitung der Partei im Laufe dieses Jahres eingenommene Stellung in wichtigen Fragen, insbesondere auch hinsichtlich der Erhaltung der vollen Selbständigkeit der Partei. Sie ist damit einverstanden, daß unsere Partei die Bestrebungen der deutschnationalen Partei mit allen Kräften auch bei den bevorstehenden Wahlen unterstützt, macht dabei aber ein selbständiges Vorschlagsrecht unserer Partei für einen Teil der aufzustellenden Liste zur Voraussetzung.«

Heydebrands Absicht, vom Fünfziger-Ausschuß einen entsprechenden Beschluß fassen zu lassen, scheiterte im Winter 1919/20 wiederholt an den Verkehrsschwierigkeiten, Ende März 1920 an dem Verkehrsstreik nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch. Seine Briefe wurden immer drängender. Selbständige konservative Kandidatenlisten hielt auch Heydebrand weder für möglich noch empfehlenswert.⁷¹

»Umso notwendiger bleibt aber im Hinblick auf den sich steigernden Hiatus zu dem deutschnationalen Standpunkt die entschiedenste Betonung unseres eigenen und eine unbedingte Selbständigkeit der Partei. Daß ein solcher förmlicher Beschluß nicht schon *bisher* gefaßt worden ist, schreit eigentlich zum Himmel.«

Westarps Gründe für die von Heydebrand mit Bitterkeit kritisierte wiederholte Hinausschiebung blieben bis April 1920 die gleichen. Nach den Auseinandersetzungen im deutschnationalen Partei-

⁶⁹ Zusammenfassung des im Manuskripts ausführlich wiedergegebenen Briefwechsels.

⁷⁰ Von Heydebrand mit Brief vom 23. 11. 1919 mitgeteilt.

⁷¹ Zusammenfassung seiner im Manuskript ausführlich zitierten Briefe; das folgende aus seinem Brief vom 13. 4. 1920.

vorstand am 9. April hielt er in einem Brief vom 13. April jedoch wenigstens die Einstellung in der DNVP für günstiger:

»Ich möchte jetzt annehmen, daß auch bei Anwesenheit der deutschnational gerichteten Mitglieder ein Beschluß im Sinne meiner Rede vom Freitag [9. April], also Fortbestand bis zur Wahl unter Vorbehalt des Weiteren ohne besondere Schwierigkeiten durchzusetzen sein wird. Damit scheint mir aber an der Sachlage wesentliches nicht geändert zu sein. Eine Gefahr erblicke ich darin nach wie vor, daß sozusagen kein Mensch kommt oder höchstens die Gegner, aufgeputscht vom deutschnationalen Vorstand in der Befürchtung, daß wir doch wieder ausbrechen und daß so die ganze Sache einen für konservative Zwecke sehr wenig imposanten Eindruck macht. [...]

Nun will ich gar keinen Zweifel lassen, daß Ihr Entschluß, nicht weiter mitzumachen, mir schwerer wiegt als meine Bedenken.«

Schließlich fand am 11. Mai 1920 eine Sitzung des Fünffziger-Ausschusses statt. Westarp schreibt darüber:

Obwohl Hergt Gegenminen legte und auch Schiele mich in seinem Sinne bedrängte, wurde nun endlich ohne Schwierigkeiten der von v. Heydebrand gewünschte Beschluß gefaßt.

»Der Weitere Vorstand billigt die seit seinem letzten Zusammentritt durch den Engeren Vorstand für die Partei getroffenen Maßnahmen und Beschlüsse. Er spricht dem Engeren Vorstände sein volles Vertrauen aus und billigt insbesondere das Festhalten an dem Fortbestand der Konservativen Partei als eine unbedingte politische Notwendigkeit. Er tritt dafür ein, in dem bevorstehenden Wahlkampf die Deutschnationale Volkspartei ausdrücklich und tatkräftig zu unterstützen.«

Mit Rücksicht darauf, daß der deutschnationale Parteivorstand seinen die Auflösung der Konservativen Partei fordernden Beschluß meinem Wunsch entsprechend nicht veröffentlicht hatte, wurde gegen v. Heydebrands Wunsch von einer Veröffentlichung auch unser Beschlusses abgesehen. Sie hätte auf den gerade schwebenden Wahlkampf sehr ungünstig gewirkt. Dagegen überreichte ich ihn auftragsgemäß Hergt, der ihn ohne Widerspruch hinnahm.

Im Wahlkampf beschäftigte mich dauernd der Versuch, der DNVP durch Vorwürfe zu schaden, die gegen die alten Konservativen erhoben wurden. Im Anschluß an deren Widerlegung trug ich die grundsätzliche Erörterung des Verhältnisses zwischen den Konservativen alten Schlages und der DNVP an die Öffentlichkeit.⁷²

»Klar und deutlich liegt zutage, daß die Deutschnationale Volkspartei nach wie vor, wie es von Anfang an den Tendenzen ihrer Gründung entsprach, Angehörige mehrerer früherer Parteien, eine beträchtliche Anzahl von Politikern, die früher parteipolitisch überhaupt nicht bestimmt abgestempelt waren, und Träger verschiedener Gedanken- und Interessenkreise umfaßt und durch ein gemeinsames Band nationaler, christlicher und sozialer Politik zusammenschließen sucht. Das Problem, das sie sich stellt, ist, die Tore nach links so weit zu öffnen, als es eben noch möglich ist, ohne den festen Ankergrund der am weitesten rechts stehenden Partei zu verlieren. Um dieses letzten Zieles willen hält sie daran fest, auch allen Konservativen alten Schlages und der in der ›Kreuz-Zeitung‹ und von mir vertretenen Richtung die Mitarbeit in ihren Reihen zu ermöglichen, nicht im Sinne der Vorherrschaft oder der Nebenregierung, sondern im Sinne angemessener Gleichberechtigung mit den anderen Richtungen. So wenigstens stellt sich mir das Verhältnis zwischen alter Konservativer Partei und der Deutschnationalen Volkspartei dar, mit dem loyal zu rechnen ich entschlossen bin.«

Ein anderer Grund der Unzufriedenheit v. Heydebrands mit meiner Haltung lag wiederholt darin, daß ihm meine Kritik an der deutschnationalen Politik nicht scharf

⁷² Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 10. 5. 1920, IP.

genug war. Seine persönliche Ablehnung Hergts wurde immer schärfer. Während er Hergt vom Abgeordnetenhaus her als sehr tüchtigen und fleißigen, aber politisch nicht bedeutsamen Etatreferenten in Erinnerung hatte, war der Eindruck, den er von dem persönlichen Zusammentreffen mit ihm im Oktober 1919 hatte⁷³, kein günstiger. Die Besprechung blieb die einzige.

Hergts Landtagsrede über das Ordnungsprogramm und diejenige vom 15. Dezember 1919⁷⁴, in der er auch zur Konservativen Partei Stellung nahm, gaben v. Heydebrand Anlaß zu der Forderung, ich solle ihn schärfer kritisieren.⁷⁵ Mir schien es zeitweise, als ob der bei allen Parlamentariern übliche Verdacht, ich ließe mich durch egoistisches Interesse an meiner Aufstellung zu meiner Haltung bestimmen, bei dem stets zu Mißtrauen neigenden v. Heydebrand Eingang finden könne. Deshalb erläuterte ich mein Verhalten in einem Brief vom 7. Januar 1920.

»Wenn ich Hergts Programmrede nur mit gedämpften Trommelschlag beantwortet habe, so waren es doch nicht eigentlich Gründe persönlicher Rücksichtnahme, die mich dazu veranlaßt haben. Ich habe, glaube ich – obwohl ich zugebe, daß das eine Ausnahme ist – einen gewissen Anspruch darauf, daß man mir glaubt, daß mir persönlich weniger als nichts daran liegt, aufgestellt zu werden. Der Abschied von dem verflossenen Jahr verhältnismäßiger Ruhe und der Entschluß des Kopfsprunges in den Pfuhl der jetzigen Politik wird mir verdammt schwer. Im übrigen ist augenblicklich – solche Wellen fluten ja auf und ab – die Stimmung für meine Heranziehung zur Politik anscheinend eine so starke, daß ich schon manche Lippe riskieren kann, ohne mir das hohe Glück einer Kandidatur zu gefährden. Mein Entschluß, mit dem Knaben Hergt glimpflich umzugehen, schien mir geboten, weil ein äußerlich hervortretender Krach im gegenwärtigen Augenblick die Stoßkraft der Opposition der Rechten geschwächt hätte und unserem Plane, die Deutschnationalen in möglichst großem Maße mit konservativen Kandidaten zu durchsetzen, abträglich gewesen wäre.«

Über eine Aussprache mit Hergt am 2. Januar berichtete Westarp im gleichen Brief:

»Es ist ja bei ihm immer etwas schwierig, solche Unterredungen bei der Stange zu halten. Einmal ergab sich ein Moment, wo er sagte, er müsse eben von jedem, der zur Partei gehören wolle, die Festlegung auf gewisse Dinge verlangen; es handelte sich dabei auf den Verzicht, die Änderung des Wahlrechtes zu fordern⁷⁶; ich erwiderte, solche Politik des ›Frisß Vogel oder stirb‹, könnten und würden wir von ihm nicht tragen, worauf er anfang, billiger zu spielen. Jetzt komme es ihm darauf an, der Partei für die Wahlen den größtmöglichen Erfolg zu sichern; nachher würde er persönlich gern zurücktreten, wenn wir seine jetzt verkündete Politik dann nicht mitmachen wollten. Auch diesem Standpunkt gegenüber verhielt ich mich ablehnend, kritisierte ziemlich scharf sein soziales Kaisertum und dessen Gegenüberstellung zur alten konstitutionellen Monarchie sowie deren Ablehnung. In der Preußenfrage erklärte er, daß er es durchaus verstehe und auch begrüße, wenn wir den schärferen Standpunkt einnehmen, er habe als Vorsitzender auch den anderen Richtungen Rechnung tragen müssen und wollen. Im Grunde halte ich ihn übrigens ebenso für Unitarier wie es auch die anderen Minister in der Partei sind, wenn auch vielleicht nicht ganz in dem Maße wie Kardorff und Hoetzsch.

⁷³ Siehe oben S. 50 f.

⁷⁴ Sitzungs-Ber. Pr. LV. Bd. 4 (26. 9. 1919), Sp. 4389 ff. (auch als Flugschrift Nr. 31: Das Ordnungsprogramm der DNVP) und Bd. 7 (15. 12. 1919), Sp. 8117.

⁷⁵ In einem Brief vom 25. 12. 1919 hatte Heydebrand geschrieben: »Zwar kann man Ihre persönliche Rücksichtnahme verstehen, andererseits muß man doch diese Ihre Artikel, zumal nach Ihrem jetzigen Verhältnis zur Kreuzzeitung, als offiziell ansehen, wobei nur das Sachliche entscheiden kann. Vielleicht überlegen Sie einmal, ob diese persönliche Zensurierung dauernd aufrechtzuerhalten ist oder ob der einheitliche Charakter der Zeitung nicht besser ohne sie gewahrt erscheint.«

⁷⁶ Zur Wahlrechtsdiskussion, insbesondere Hergts Billigung des Verhältniswahlrechtes für alle Zukunft siehe unten S. 107 ff.

Wir kamen bei dieser und zwei anderen Unterredungen (am 30. [Dezember] und 3. [Januar] auch in Gegensatz und zwar ausdrücklich von mir als unausgetragen bezeichnet, über die Frage, wie weit es erstrebenswert ist, schon im Laufe dieses Jahres an die Regierung zu kommen.«

v. Heydebrands lebhaften Zorn über eine von Hergt in Münster gehaltene Rede bringt sein Brief vom 20. Februar 1920 zum Ausdruck.

»Die Hergtsche programmatische Erklärung in Münster enthält ein solches Maß von Unrichtigkeiten, Unwissenheit und Taktlosigkeit, daß ich leider mein Ihnen bekanntes Urtheil über ihn so reichlich bestätigt fühle, daß Einem Angst für die Führung durch einen solchen Mann werden kann. Hat er denn in den letzten 15 Jahren, wo ich die Politik des Ab[geordneten] H[auses] führte und mehr als einmal begründete (s. auch meine Rede in der R[eichs] Finanzreform von 1909⁷⁷) geschlafen? Ich finde den Artikel von Foertsch sehr geschickt und das Mindestmaß der konservativen Gegenaktion.«

Selbst meine Berichte darüber, wie weit es mir gelungen war, konservative Forderungen in das deutschnationale Parteiprogramm hineinzuarbeiten, fanden nicht seinen Beifall. Er hätte es am liebsten gesehen, wenn in den staatspolitischen Fragen, namentlich der Monarchie und des bundesstaatlichen Charakters, größere Unterschiede geblieben wären, die der Konservativen Partei ein Abrücken erleichtert hätten.

Die Verhandlungen mit v. Heydebrand über das Verhältnis zwischen der Konservativen Partei und der DNVP waren für mich besonders schmerzlich, und die Entschlüsse, die ich dabei fassen und vertreten mußte, gehörten zu den schwersten meines politischen Lebens. Die Gefahren, die unserem persönlichen Verhältnis aus schriftlichen Mißverständnissen zu erwachsen drohten, haben wir in mündlichen Verhandlungen stets voll beseitigen können. Aber der sachliche Gegensatz unserer Meinungen, der erste und einzige von größerer Bedeutung, der uns während der anderthalb Jahrzehnte unserer gemeinsamen Arbeit getrennt hat, war ein tiefgreifender und bei meiner hohen Verehrung für den älteren Freund und Führer empfand ich es besonders schwer, den verbitterten Schmerz, mit dem ihn der Gegenstand unserer Verhandlungen erfüllen mußte, mit ansehen und durch meine Stellungnahme noch vermehren zu müssen.

In der Sache vollendete sich jetzt erst das tragische Schicksal des Unterganges der Konservativen Partei.⁷⁸ v. Heydebrand erlebte den Abbruch des konservativen Parteigebäudes in der Rolle des unbeteiligten Zuschauers mit dem grimmigen Gefühl, ausgeschaltet zu sein, nicht mehr gehört zu werden und nichts ändern zu können. Mir erwuchs die Pflicht, bei dem letzten Abbruch unseres Lebenswerkes selbst mitzuwirken. Der Unterschied der Stellung zu den sich überstürzenden Ereignissen beruhte schon auf äußeren Gründen. Um entscheidend in die Ereignisse eingreifen zu können, mußte man dauernd anwesend und mit den sich überstürzenden Ereignissen in ständiger Fühlung sein. Dazu war v. Heydebrand nicht mehr in der Lage. Alter und Gesundheitszustand, schwere wirtschaftliche Sorgen und Aufgaben, vor allem der Grenzkampf mit den Polen, bei dem es sich ganz unmittelbar darum handelte, das Verbleiben der ererbten Heimat und ihrer deutschen Bevölkerung bei Deutschland zu verteidigen, hielten ihn in Tschunkawe fest. [...] Die Zeit, in der mit parlamentarischen Entscheidungen auf die Anwesenheit des »ungekrönten Königs« gewartet wurde, war vorüber. Inmitten der Ereignisse stehend und täglich mit ihnen befaßt, mußte ich ein anderes Bild der Entwicklung und der in ihr liegenden Aufgaben und Möglichkeiten

⁷⁷ Heydebrands erwähnte Rede zur Reichsfinanzreform 1909: Sten. Ber. RT., Bd. 237, Sp. 9322.

⁷⁸ Vgl. WESTARP II, S. 670 ff., 677 f.

gewinnen als er. Freund und Gegner, die etwas von der Konservativen Partei wollten, wandten sich an mich, kaum noch an ihn. Auch hielt ihn die Vergangenheit doch noch fester in ihrem Bann als mich. Er war nicht zehn Jahre, sondern volle 30 Jahre hindurch seit Ende 1888 Abgeordneter der alten Konservativen Partei gewesen, hatte ihr die Beamtenstellung als Landrat und alle persönlichen Interessen geopfert und hatte in ihr seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Abgeordnetenhaus im Jahre 1906 die absolut führende Stellung innegehabt. Jedenfalls gab auch er oft der Überzeugung Ausdruck, daß in den neuen Verhältnissen nur noch durch mich der alten Konservativen Partei ein weiteres selbständiges Leben mit eigener parlamentarischer Vertretung geschaffen werden könnte, und ich mußte ihm das, wenn ich von falscher Bescheidenheit absah, zugeben. Ebenso klar aber erkannten wir beide, daß auch mir die Möglichkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, Schritt für Schritt entschwand, je mehr ich mich mit meiner Arbeit in die DNVP einschaltete und sie in die Richtung konservativer Politik zu drängen versuchte und vermochte. Tatsächlich wurde mit meiner Wahl vom 6. Juni 1920 das Ende der Möglichkeit besiegelt, die Konservative Partei noch zu aktivem Leben zu erwecken.

Scharfe Meinungsverschiedenheiten unter politischen Freunden entstanden nach meiner Beobachtung – auch da, wo egoistische Interessen ausschieden – meist nicht so sehr wegen der Grundanschauungen, der letzten Ziele und der ganz großen Entschlüsse als vielmehr wegen taktischer Einzelheiten des Vorgehens, hinter denen freilich wirklich oder vermeintlich doch ein Unterschied der Auffassung von den letzten zu erstrebenden Zielen stand. Bei den Entscheidungen, um die wir miteinander rangen, handelte es sich praktisch nur um den Zeitpunkt, den Inhalt und den Ton von Kundgebungen, in denen wir die Selbständigkeit der Konservativen Partei betonten und den Abstand von der DNVP wahrten oder Kritik an deren Politik übten. Der letzte Grund unserer Meinungsverschiedenheiten über sie lag aber doch, nicht immer ausdrücklich erkannt und zugegeben, in einem Unterschied der Grundauffassung, ob überhaupt noch an der Möglichkeit einer selbständigen konservativen Parteipolitik festzuhalten sei. Im politischen Tagesbetriebe stehend hielt ich die Aussichten, die sich uns boten, für geringer als er. Ich habe im vertrauten Kreise schon damals oft die Ansicht ausgesprochen, daß mir die Einigkeit innerhalb der DNVP gesichert erschien, solange die Gründe zu nationaler Opposition gegen das herrschende System und seine Träger stärker und deutlicher waren als alle Unterschiede der Interessen und politischen Meinungen, daß diese aber zur Gefahr der Spaltung führen würden, sobald die Partei zu positiver Mitarbeit berufen sein werde. Ob und wann dieser Fall eintreten werde, war noch gar nicht abzusehen. Aber die Unsicherheit der Aussichten, einen beträchtlichen Teil der deutschnationalen Wählerschaft wieder um die alten konservativen Fahnen zu sammeln, war allein für mich nicht entscheidend. Die Verhältnisse konnten sich jederzeit ändern, und ich wäre nicht davor zurückgeschreckt, mit einer ganz kleinen Minderheit neu anzufangen. Maßgebend für meine Entschlüsse wurde mehr und mehr die Erkenntnis, daß es nicht zu verantworten sei, eine zweite parlamentarisch tätige Rechtspartei neben die DNVP zu setzen. Der Kampf um die äußere Befreiung und die innere Erneuerung, der gegen die Mächte des Chaos, der Demokratie und der Massenherrschaft geführt werden mußte, war ein so scharfer und lag so sehr in den Händen einer Minderheit, daß diese vor allen Dingen in sich geschlossen bleiben und einheitlich auftreten mußte. Das Ziel einer großen geschlossenen Rechtspartei habe ich mir in jener Zeit mit schweren Opfern der Freundschaft v. Heydebrands, der Neigung, dem politischen Leben zu entsagen, der Anhänglichkeit an die

alte Konservative Partei und mancher sachlichen Überzeugung zu eigen gemacht. Es hat ein weiteres Jahrzehnt hindurch mein Leben beherrscht.

Der Gedanke einer zum Kampf bereiten und fähigen Rechten, die ich erstrebte, war mit der Geschlossenheit der DNVP allein freilich nicht erreicht; es kam mindestens ebenso sehr auf den Inhalt der nationalen Politik an, über den die Partei sich einig war. Der konservative Politiker, der wie v. Heydebrand und mancher andere – in jener Zeit auch Everling – sich nicht davon überzeugen konnte, daß die DNVP fähig sein werde, die Aufgabe der Rechtspartei wirklich zu erfüllen, mußte die Zurückführung der alten Konservativen Partei in das parlamentarische Leben um ihrer selbst willen und sobald als möglich erstreben. Ihm konnte es nur recht sein, wenn der mittelparteiliche Charakter, den die DNVP nach seiner Ansicht tatsächlich und unwiderruflich hatte, auch offen zutage trat. Ich betrachtete es dagegen mehr und mehr als meine keineswegs aussichtslose Aufgabe, zu verhindern, daß die als äußerste Rechte gegründete DNVP in das Fahrwasser einer Mittelpartei des republikanisch-parlamentarischen Systems abglitt, und zu erreichen, daß sie den Kurs konservativer Politik steuerte. Je mehr ich mich in diese Aufgabe hineinlebte, um so deutlicher wurde es mir, daß für mich der Fortbestand der alten Konservativen Partei nicht mehr Selbstzweck war, sondern eine Aufnahmestellung für den Fall, daß die DNVP zerfiel oder versagte. Aber auch wenn, was mir seit dem Sommer 1920 allmählich immer wahrscheinlicher wurde, ein Beziehen der Aufnahmestellung nicht mehr ernstlich in Frage kam, erschien mir das weitere Bestehen der Konservativen Partei ein Hilfsmittel für das Bestreben, dem konservativen Wesen wieder Raum und Geltung zu verschaffen. Hergt, Graef und das christlich-soziale Lager, denen der Rest der alten konservativen Richtung ein Anstoß war, aber auch Hoetzsch, Schiele und selbst Roesicke, denen sein weiteres Bestehen unbequem war, behaupteten das Gegenteil. Das konnte mich in meiner Auffassung nicht irre machen. Die ständige Besorgnis vor einem Ausbrechen der Konservativen verstärkte das Gewicht meiner Warnungen und Mahnungen.

Bedeutsamer noch erschien es mir, daß das Festhalten an der Konservativen Partei als ein offenes und mutiges Bekenntnis zur alten konservativen Politik wirkte, die von allen Seiten geschmäht und verleumdet wurde. Auch in der DNVP bestand ja nur zu sehr die Neigung, um des agitatorischen Erfolges willen oder auch aus eigener Abneigung heraus die alte konservative Politik und die Beziehungen zu ihr zu verleugnen. Das wirkte gleichzeitig als Abrücken vom konservativen Wesen überhaupt und von den historischen Grundlagen und Kräften, die Preußen und Deutschland groß und stark gemacht hatten. Im Kampf gegen diese Neigung, die ich nur sehr allmählich abschwächen und niemals in allen Teilen der Partei ganz überwinden konnte, bedurfte ich des durch treues Festhalten abgelegten konservativen Bekenntnisses. Es schien mir auch über die DNVP hinaus bedeutsam zu sein.⁷⁹

Für mich persönlich trat, so schmerzlich es mir war, die Teilnahme an der alten Konservativen Partei mehr und mehr in die zweite Stelle. Ich wuchs auf Jahre rückhaltlos in die DNVP ein. Die Arbeit in ihr und für sie wurde für mich das Mittel, für die konservative und nationale Politik zu wirken und zu werben, die mir der einzige Weg zu sein schien, um die Befreiung von der Schmach und dem Joche der Fremd-

⁷⁹ Vgl. hierzu Westarps Kurzbiographie: v. Heydebrand, in: Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, hrsg. von Hans v. Arnim und Georg v. Below, Berlin 1925, S. 337 ff. und 354 (Vergleich mit den inneren Kämpfen Wilhelms I. 1870/71).

herrschaft und den inneren Aufstieg, wenn nicht noch selbst zu erreichen, so doch vorzubereiten.

v. Heydebrands zähes und wertvolles Festhalten an der konservativen Politik tritt auch in seinem einzigen literarischen Nachlaß, den »Beiträgen zu einer Geschichte der Konservativen Partei« zutage.⁸⁰ Er hat das Werk von Anfang seiner Arbeit an mit mir mündlich besprochen und wir haben vom Januar bis April 1920 Briefe darüber gewechselt. [...] ⁸¹

Das Material, das v. Heydebrand zur Parteigeschichte beibringt, ist stofflich nicht umfangreich. Die Urteile, die er ausspricht, halte ich für Musterbeispiele lakonischen preußischen Stiles. Oft habe ich benutzt und angeführt, was er über Kaiser Wilhelm II., die Reichskanzler und unser Verhältnis zu ihnen, die Entwicklung der Konservativen Partei vom Gouvernentalismus zur selbständigen Vertretung konservativen Ideengehaltes und über den Irrtum sagt, daß konservative Politik Kleben am Alten gewesen sei und sein dürfe.

⁸⁰ Ernst von Heydebrand und der Lase: »Beiträge zu einer Geschichte der konservativen Partei in den letzten 30 Jahren (1888–1919)«, in: *Konservative Monatsschrift* 77 (1920), Mai- bis Augustheft.

⁸¹ Westarp regte Ergänzungen an, so »über die positive Arbeit der Preußenfraktion seit 1900«, »die Erfolge der preußischen Gesetzgebung und Verwaltung«, die auf das »Verantwortungsbewußtsein der ›herrschenden‹ Konservativen« zurückzuführen seien. Auf Heydebrands Wunsch steuerte Westarp eine kurze Darstellung der konservativen Politik im Weltkrieg bei.

Meine Lebensstellung

Unter der Wucht der furchtbaren Eindrücke des Umsturzes vom 9. November 1918 und in der Zurückgezogenheit meines achttägigen Aufenthaltes in Mecklenburg wurde in mir die Auffassung lebendig, daß für mich der völlige Rücktritt vom politischen Leben möglich und geboten sei. Von vornherein war ich in dem lebhaften Zweifel, ob eine weitere politische Betätigung nicht einen Wechsel in meiner politischen Haltung erfordern werde, der mir nach meinem ganzen Wesen unmöglich war, und ob das dadurch bedingte Verlassen bisher prononziert vertretener Grundsätze mir nicht das Vertrauen bei Freund und Gegner untergraben würde, das zu einflußreicher politischer Arbeit nötig ist. War das der Fall, so glaubte ich zwingenden Anlaß und darum auch das Recht zu haben, die so grundlegend veränderte politische Arbeit neuen und frischeren Kräften zu überlassen und mich wieder meinem amtlichen Beruf und meinen wissenschaftlichen Interessen auf dem Gebiete des Verwaltungsrechtes zu widmen. Auch in ihnen sah ich einen Dienst am Vaterlande, der mich ausfüllen und befriedigen konnte. Aber noch war ich Reichstagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender¹ und Vorstandsmitglied der Konservativen Partei und Mitarbeiter der »Kreuzzeitung«. Aus diesen Stellungen und vor allem aus der damit verknüpften vaterländischen Pflicht erwuchs mir die Forderung des Tages, den politischen Dienst zu versehen, den die sich überstürzenden Ereignisse notwendig machten. Schon während meines mecklenburgischen Aufenthaltes blieb ich mit Schroeter über die in Berlin sich anbahnenden Verhandlungen in Fühlung; aus jenen Tagen stammt auch die zweite Wochenschau nach dem Umsturz mit grundlegenden Ausführungen über die der neuen Lage entsprechenden Pflichten und Aufgaben der Konservativen.² Während der Verhandlungen über die Gründung der neuen Rechtspartei wurde es mir nach meiner ganzen Einstellung zu meiner politischen Zukunft nicht schwer, am 21. November den mich bedrängenden alten Fraktionsfreunden und am 3. Dezember im Fünfziger-Ausschuß zu erklären, daß ich bei Ablehnung gewisser Forderungen mich vom politischen Leben zurückziehen werde.³ Teilerfolge, die ich damit erzielte, entschiedenes, stürmisches Drängen alter konservativer Freunde und Mitarbeiter, sachliches Interesse an der weiteren Entwicklung der Dinge hielten mich immer wieder an der politischen Tagesarbeit fest. Mit dieser Pflichterfüllung und durch sie wuchs ich mehr oder weniger gewollt und bewußt in die Aufgabe hinein, mir die neuen Ziele und Methoden überlieferter und bewußter konservativer Politik zu erarbeiten, die sich aus der in Grund und Boden veränderten Lage ergaben.

Mein Zweifel über Notwendigkeit und Möglichkeit des Ausscheidens aus der aktiven politischen Arbeit haben mich auch in jenen ersten Wochen und Monaten keinen

¹ Der Reichspräsident Fehrenbach erwog zwischen 9. 11. und Mitte Dezember wiederholt die Einberufung des alten Reichstags, insbesondere weil bezweifelt wurde, daß die Entente über den Waffenstillstand mit dem Rat der Volksbeauftragten verhandeln werde; vgl. Quellen 6/I, S. 28, 30, 47, 381–392.

² Kreuz-Ztg. Nr. 588 vom 18. 11. 1918.

³ Siehe oben S. 25, 40 u. 45.

Augenblick daran gehindert, den Kampf gegen das hereingebrochene Unheil aufzunehmen. Ich konnte damit mit guten Gründen der feindlichen Agitation entgegentreten, die uns wegen unseres Verhaltens nach dem 9. November feiger Zurückhaltung beschuldigte. Diese Stimmen wurden, als wir im Herbst 1919 auf Neuwahl drängten, immer lauter. Aus den ersten 14 Tagen nach der Revolution standen mir in den Wochenschauen vom 10., 18. und 24. November⁴ drei Dokumente zur Verfügung, durch deren wiederholte Inhaltsangabe ich nachweisen konnte, wie ich vom ersten Tage an offen und rückhaltlos die Revolution verdammt, ihren Trägern, namentlich der Sozialdemokratie, den Kampf angesagt und die Konservative Partei und mich durch Teilnahme an der Gründung der DNVP und an der Mitverantwortung in die Kampffront eingestellt hatte. Ich hätte hinzufügen können und habe gelegentlich betont, daß ich für die revolutionären Machthaber vom 19. November an so gut wie täglich von früh bis spät im Partei- und Kreuzzeitungs-Büro Bernburger Straße 24 greifbar gewesen war.

Wie alle agitatorischen Lügen nicht kurze, sondern lange Beine haben, so lebte trotz meiner Widerlegung der Vorwurf mutlosen Ausweichens vor den Revolutionsgewalten noch lange weiter, und im Zusammenhang damit begegnete mir oft die Auffassung, ich hätte mich der Wahl zur Nationalversammlung selbst entzogen. In Wahrheit habe ich mich trotz starker persönlicher Neigung, die Kandidatur abzulehnen, zur Verfügung gestellt, sobald und solange die führenden Parteiorgane es verlangten. Daß ich nicht in die Wahlliste aufgenommen wurde, lag nicht an meiner Weigerung, sondern an der Scheu der darüber entscheidenden örtlichen Parteiorgane, sich mit meinem Namen zu belasten. Das zeigen die darüber geführten Verhandlungen.

Am 12. Dezember 1918 sprach ich in Posen vor dem Konservativen Provinzialverein, und es wurde dort einstimmig und ohne erkennbare Bedenken beschlossen, an erster Stelle Schultz (Bromberg), an zweiter Stelle mich, an dritter und an vierter einen Bauern und v. Kardorff aufzustellen. Mein Versuch, für Roesicke einen sicheren Sitz in Posen zu gewinnen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß man nur das Risiko einer der beiden Kandidaturen Westarp oder Roesicke tragen könne. Es war mein letzter Besuch in meiner deutschen Heimatprovinz und ihrer Hauptstadt, und der Tag ist mir unvergeßlich, weil ich Zeuge einer erhebenden Kundgebung der deutschen Verbände für das Deutschtum und für die Erhaltung der Provinz in deutscher Hand sein durfte. Am 22. Dezember teilte mir der konservative Provinzialvorsitzende v. Klitzing mit, daß man von meiner Kandidatur habe Abstand nehmen müssen, um den Versuch zu machen, mit den liberalen Richtungen der Bauern zu einer Einigung über eine gemeinsame Liste zu gelangen. Dagegen wolle man, um die Landwirtschaft einig zu erhalten, Roesicke hinter zwei Bauern auf die Liste setzen. Mein Name sei zu belastet. Meine eigene Auffassung zu diesem Ergebnis geht aus meiner Antwort vom 24. Dezember hervor.

»Es liegt mir daran, Ihnen sofort zu erwidern, daß mir jeder Gedanke eines ›Undankbarkeit‹ oder ›Treulosigkeit‹, wovon Sie sprechen, grenzenden Verfahrens vollkommen fern liegt und von Ihrer ersten Nachricht an nie in den Sinn gekommen ist. Ich würdige Ihre Gründe vollkommen und war auch nach allen Erfahrungen, die ich inzwischen hier und in den verschiedenen Provinzen gemacht habe, gar nicht mehr überrascht. Ich selbst habe von Anfang an starke Zweifel gehabt, ob ich der richtige Mann und Name war, um, wie die Dinge heute einmal liegen, einerseits der neuen Partei den nötigen Wählerzuzug zu verschaffen und andererseits dauernd in ihr gedeih-

⁴ Nummern 575, 588 und 599, IP.

lich zu wirken. Nur weil dauernd und wiederholt ähnlich deutlich wie bei der starken Belastungsprobe durch meine Kabinettsfrage im Fünfteiler-Ausschuß an der Zentralstelle der alten und der neuen Partei mir bedeutet wurde, daß man mein Verbleiben wolle, hielt ich mich verpflichtet, meine Bedenken zurückzustellen, zumal auch meine Heimatprovinz mich rief. Nun macht sich in allen Provinzen der Ruf nach neuen Männern gegenüber unseren Vorschlägen so elementar geltend, daß meine Bedenken nach beiden Richtungen hin – hinsichtlich der Wahl wie hinsichtlich der Gestalt der neuen Fraktion – bestätigt sind und [ich] erneut gebeten habe, von weiteren Versuchen mit meiner Kandidatur abzusehen. [...]«

Meinem Bericht an Heydebrand vom 23. Dezember über dieses Ereignis fügte ich die Gründe hinzu, aus denen ich nunmehr meine Kandidatur als erledigt ansah.

»Die überaus schwere Last sah ich unter der Voraussetzung als eine Pflicht an, daß erstens die konservative und die neue Partei nicht glauben, auf mich verzichten zu können, daß zweitens ich im Sinne der Erhaltung des konservativen Gedankens in der neuen Fraktion wirklich etwas leisten kann, drittens aber, daß auch eine Wählerschaft vorhanden ist, die mich wirklich will. Die erste Voraussetzung halte ich nach allem, was mir gesagt wird, im allgemeinen für zutreffend. Die zweite ist mir schon zweifelhaft; nach den Kandidatenvorschlägen, wie wir sie am 18. besprachen⁵, war vielleicht noch anzunehmen, daß die neue Fraktion eine knappe Mehrheit haben würde, mit der sich noch allenfalls eine Politik treiben ließ, die man mitmachen konnte. Aber es hat mehr und mehr den Anschein, daß diese Kandidatenlisten in den Provinzen noch wesentliche Änderung im Sinne der neuen Männer finden werden. [...] Wegen dieser Stimmung in den Provinzen scheint es mir aber auch immer mehr ausgeschlossen, daß sich eine Wählerschaft findet, die mich gutwillig nimmt, und unter dem Zwange des Vorstandes mich wählen zu lassen, scheint mir weder eine genügende Grundlage für erfolgreiches Wirken zu sein, noch eine Verpflichtung für mich vorzuliegen.«

v. Heydebrand, dem ich gleichzeitig berichtet hatte, wie die Verhandlungen über seine Person standen, erwiderte am 26. Dezember:

»Aufdrängen würde ich mich an Ihrer Stelle nicht, so wenig wie an meiner. Ob im übrigen in der neuen Partei resp. Fraktion eine für Sie befriedigende Arbeit im konservativen Sinne möglich sein würde, ist mir auch sehr zweifelhaft; für bloße Versuchszwecke sind Sie zu schade, und Dietrich, der ja gern Ihre parlamentarischen Qualitäten zu seiner eigenen Entlastung benutzen möchte, wird sich in allem behelfen müssen. Ihre Zeit kommt später sicher und das vielleicht um so mehr, je weniger Sie durch eine Mitarbeit in einem nicht konservativen Gremium an parteimäßiger Reinheit eingebüßt haben.«

Am 30. Dezember mußte ich ihm berichten, daß sich die Dinge für mich wieder geändert hätten, weil man mich in Breslau oder Liegnitz aufstellen wollte.

»Am 28. d. M. kam Hergt von einer Reise zurück und bestand unbedingt darauf, daß ich aufgestellt werden müsse. Obwohl ich nicht nachgab und ihm erklärte, ich müsse mir meine Entscheidung vorbehalten, eine etwaige Kandidatur doch noch abzulehnen, telegraphierte er am 29. Nachmittags an Seidlitz. Am 30. klingelte mich Seidlitz an, während hier die Vorstandssitzung über die Kandidatenlisten stattfand, und teilte mir folgende Kandidaturen mit, die in Schlesien aufgestellt seien: für Oppeln Kardorff, Hartmann und ein Landwirt, für Breslau Goßler, Mertin, für Liegnitz Warmuth, Oelze. Er hat mir dazu in einem Brief, den ich gestern erhielt, geschrieben, daß Ihre Kandidatur unmöglich gewesen sei. Am Sonntag sagte er dann weiter, er habe die Depesche von Hergt erhalten; wenn für mich in Posen kein Platz sei, müsse der in Breslau ohne weiteres geschaffen werden, er wolle sich mit Goßler in Verbindung setzen, daß er für mich zurücktrete. Ich bat ihn, das zu lassen, ich wünschte nirgends aufgedrängt zu werden und wisse auch nicht, ob in der neuen Partei, wie sie sich durch Aufstellung der Kandidatenlisten immer mehr gestalte, für mich der geeignete Platz sein werde. Er erwiderte, ich müsse unter allen Umständen hinein, um die konservative Sache zu vertreten; meine Kandidatur wäre ohne Zwang durchzusetzen. Im Vorstand,

⁵ In einer Sitzung des Engeren Vorstands der Konservativen.

wo ich diesen Sachverhalt berichtete und bat, von mir Abstand zu nehmen, drängten Hergt, Dietrich, v. Dewitz und Lüdicke dauernd auf mich ein, ich müsse hinein. Man beschloß, Schlesien zu bitten, daß ich an Warmuths Stelle in Liegnitz den ersten Platz erhalte, womit die Freikonservativen einverstanden waren, und Hergt hat am 28. Nachmittags in diesem Sinne telegraphiert. Am 29. Vormittags rief Kube an und teilte mit, Kardorff sei in Oppeln einstimmig abgelehnt. Ich sei in Breslau hinter Mertin an die zweite Stelle gestellt. Kardorff ist inzwischen gestern Nachmittag in Stadt Berlin an erste Stelle gesetzt, erklärte mir übrigens offen, daß er im Gegensatz zu mir großes Gewicht darauf lege, in die Nationalversammlung zu kommen. [...]

Die Entscheidung fällt mir außergewöhnlich schwer. Persönlich fühle ich mich matt und zermürbt und wünsche unter lebhafter Zustimmung meiner Frau Ruhe von dieser Art Leben, wie die Politik es für mich mit sich bringt. Dazu kommt, daß es mir ganz besonders unangenehm ist, in Ihrem Bezirk Breslau kandidieren zu sollen. Sachlich liegen die Dinge heute nun so, daß nach allem von einem Aufdrängen meinerseits allerdings nicht die Rede sein kann. Ich glaube, Hergt und alle, die unsere Unterredungen hier miterlebt haben, werden mir zugeben müssen, daß ich mich bis aufs äußerste gewehrt habe. Auch Seidlitz hat mir wiederholt mitgeteilt, daß meine Aufstellung dort ohne jeden Zwang von Seiten des Vorstandes durchzusetzen sei. Die Aufforderung tritt also ohne mein Zutun und gegen meinen Widerstand jetzt auch von schlesischer Seite, nachdem Posen ausgeschieden war, als Pflicht an mich heran. Bleibt die Frage, ob ich in der neuen Partei wirklich nach meiner eigenen Überzeugung nutzen kann und zwar vor allem auch im Sinne meiner früheren konservativen Betätigung. Sie schreiben, daß Sie es im Interesse der Konservativen Partei an sich gern sehen würden, wenn mir in korrekter Weise eine Mitarbeit möglich wäre. Meine Bedenken, ob sich in der neuen Fraktion etwas für die Sache herausholen läßt, sind allerdings im Laufe der Verhandlungen eher gestiegen. Bei den Kandidatenlisten kommt die Konservative Partei sehr schlecht weg.«

Es folgt ein Bericht über die Kandidatenaufstellung und die voraussichtliche Zusammensetzung der Fraktion.

»Was das für ein Gebilde wird, steht in den Sternen geschrieben, und man steht, wie oft im politischen Leben, vor der verzweifelten Frage, draußen bleiben und abwarten, die Dinge laufen lassen oder hineingehen, um zu retten, was zu retten ist, wobei man sich dann schönstens vinkulieren und blamieren kann. Aber man bekniete mich dauernd derart – auch mit dem Motiv, daß es für die Sache der Verfassung selbst nötig sei, meine parlamentarische Erfahrung zur Mitarbeit zu haben –, daß ich wohl nachgeben und trotz allem annehmen werde.«

Am 31. Dezember Vormittags rief ich nochmals in Breslau an, falls meine Kandidatur Schwierigkeiten mache, möge man von ihr absehen, erhielt aber abends die Nachricht, daß sie an zweiter Stelle hinter Semmler fest beschlossen sei. Am 1. Januar bemerkte ich in einem Ferngespräch, das ich mit Negenborn, dem Landesverbandsvorsitzenden von Liegnitz, wegen industrieller Kandidaturen führte, mir gefalle es nicht, daß die Konservativen in ganz Schlesien hinter freikonservativen Bewerbern zurückgestellt würden, besonders hinter Warmuth. Er griff das auf, er werde anregen, daß ich in Breslau an die erste Stelle komme, worauf ich: wenn man überhaupt an mir festhalte, wäre mir Liegnitz lieber als Breslau, auch wegen Militsch-Trachenberg. Am 2. Januar wurde mir dann mitgeteilt, Liegnitz Nr. 1 sei fest für mich beschlossen und die Zustimmungserklärung von mir eingeholt. Am 3. begann ein Depeschenregen von Protesten von Ortsvereinen des Bezirkes Liegnitz, den Graef mir vorenthielt, »um mich nicht zu ärgern.« Am 4. wurde mir dann Negenborns Telegramm vom 3. abends mitgeteilt:

»Sämtliche Parteiorganisationen des Wahlbezirkes haben Kandidatur Westarp derart entschieden abgelehnt, daß ich Verantwortung für diese Kandidatur nach Verständigung mit Breslau nicht übernehmen kann. Muß unter diesem Zwange Westarp absetzen in bestimmter Hoffnung, daß Berliner Leitung seine anderweitige Aufstellung ermöglicht. Bitte Graf Westarp benachrichtigen und versichere, daß trotz tiefstem Bedauern anderer Ausweg unmöglich.«

Da die Listen bis zum 4. Januar eingereicht sein mußten, war es schon technisch ausgeschlossen, noch einen anderen Bezirk für mich freizumachen. Hergt sprach mir in seiner lebhaften Art sein entrüstetes Bedauern über diesen Ausgang aus. Er und Graef gaben sofort, ohne mich zu fragen, Order nach Westpreußen, mich für die preussische Landesversammlung aufzustellen, deren Listen noch bis zum 11. Januar offen standen. Ich gab am 6. Gegenorder nach Westpreußen. Nunmehr fügte sich auch Hergt.

Heydebrand hatte diese Verhandlungen mit gemischten Gefühlen verfolgt; am 14. Januar schrieb er:

»Die Partei – dabei meine ich zunächst immer die conservative – hätte ja wohl eher einen gewissen Nutzen von Ihrer Einrangierung in das mittelparteiliche Knäuel der sog. deutsch-nationalen Partei haben können; indeß viel Freude hätten Sie dabei auch nicht erlebt, denn die drei Minister sind parteipolitisch (etwa von Lentze abgesehen) ziemliche Nullen und sonst ist in der ganzen Schar doch überhaupt kein wirklich fester Gesinnungsgenosse unseres Kalibers, selbst der sog. »Stadtverordnete und Grundbesitzer Dietrich aus Prenzlau« nicht.«

v. Graefe freilich begleitete mein Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben in einem Brief vom 22. Januar mit einem Notruf.

»Mein lieber, hochverehrter Graf Westarp!

»... Es tut mir in innerster Seele weh, daß ich Dich *nicht* in der Gesellschaft seh!«, nicht weil ich diese elende Bande Ihnen als Genossen gönnte, sondern weil ich unsere klägliche Minorität – nach Zahl *und* Zusammensetzung »kläglich! – nun auch noch ohne Sie als Haupt für einen Torso halten muß, der allenfalls in ein Museum gehört. Einzig und allein die Gewißheit, daß Sie an sicherer Stelle kandidieren würden, hat mich ja seinerzeit bestimmt, an meiner Ablehnung der Kandidatur nicht festzuhalten, weil wir es Ihnen m. E. schuldig waren, Sie nicht im Stiche zu lassen, sondern wenigstens eine kleine Triariergarde um Sie zu bilden, die Sie auf alle Fälle vor solchen Situationen schützen sollte, wie sie schmählicher Weise an jenem bewußten üblen Abend Kardorff-Winterfeldt-Dietrich, dieses tapfere Triumvirat, zustande brachten.⁶ Nun habe ich innerlich gestärkt durch dieses Bewußtsein, eine Dankes- und Ehrenpflicht Ihnen gegenüber und damit für unsere vaterländische Sache zu erfüllen, einen Wahlkampf hier durchgeführt, wie er widerlicher und roher kaum zu denken ist, denn gegen den verhaßten »Talmijunker«⁷ war wohl auch noch manches giftige Geschoß von denen um Theodor Wolff extra geliefert worden, um mich unter allen Umständen auch während des Wahlkampfes aus der Kandidatur hinauszudrängen, und Sie selbst wissen ja nur zu gut, wie leicht unsere Gegner dabei in der Rückgratlosigkeit gewisser sogen. eigener »Freunde« Unterstützung finden! Nur durch bodenlose Dickfelligkeit und unter dem jeden Abend sich wiederholenden Risiko, niederträchtige Prügel zu kriegen (– in hohem Bogen haben mich 10 »tapfere« Feldgraue von der Bühne in den Saal befördert, mit einem Trommelfeuer von Stühlen bin ich während der Rede bombardiert worden, von den sonstigen Lärmereien gar nicht zu reden, mit denen man gewaltsam versuchte, meine Reden zu verhindern!) – habe ich den Kampf bis zum letzten Abend und bis zum Siege durchgeführt, – aber: was soll *ich* in der Gesellschaft von Posa[dowsky], Delbrück, Kardorff und all den »unbelasteten« Neulingen, wenn wir nicht Sie, um dessen willen ich den Kampf aufnahm, als Führer haben? Ich war ganz geknickt, als ich die Zeitungsnotiz las, denn es traf mich wie ein Blitz aus heiterem Himmel! Mein ganzes Denken ist momentan darauf gerichtet, ob nicht noch in Bezirken, wo die Wahl am 19. unausführbar war (z. B. in der Provinz Posen, oder wo sie etwa gewaltsam gehindert wurde), Ihre Kandidatur schleunigst nachgeholt werden könnte. Gibt es nicht eine Möglichkeit? Und wo? Sie dürfen sich uns nicht versagen! Gerade für Verfassungs- und Steuerfragen, – das müssen Sie ja trotz Ihrer Bescheidenheit selbst zugeben! – sind Sie doch allererster Fachmann des ganzen alten Reichstages ge-

⁶ Gemeint sind die oben dargestellten Gründungsverhandlungen am 21. 11. 1918.

⁷ So charakterisierten linksstehende Zeitungen v. Graefe, weil er Gutsbesitzer war und sich wie die anderen adligen Gutsbesitzer gab, aber nicht einer alten »Junker«-Familie entstammte (sein Großvater war als Arzt in den Adelsstand erhoben worden).

wesen; und *diese* Kraft sollten ausgerechnet wir in unsern schwachen Reihen entbehren müssen? Nein, das darf nicht sein! Ich schreibe gleichzeitig an das Zentralbüro der Deutsch-Nationalen. [...] Bitte, bitte unterstützen Sie mich darin, – nicht um Ihrer Person willen, sondern wegen unsrer armen Vaterlandes, das Sie jetzt, und zwar gerade jetzt so nötig braucht wie nie zuvor und nie wieder!«

Die von Graefe gewünschte Möglichkeit bestand nicht, in Posen war ein Platz auf mein Betreiben durch Hugenberg besetzt worden.

Nachdem der Reichstag aufgelöst war⁸ und ich keinen Platz auf den Wahllisten erhalten hatte, war der Urlaub abgelaufen, der mir als Mitglied des Reichstages zugestanden hatte und von mir seit Beginn des Weltkrieges benutzt worden war. Ich meldete mich im Januar 1919 zum Dienst im Oberverwaltungsgericht zurück.⁹ Die Verhältnisse im OVG und die dort zu leistende Arbeit befriedigten mich durchaus. Zwar saß mir die Unrast der letzten zehn Jahre noch im Blute, und die Gewohnheit, jeden Augenblick etwas Neues zu erleben und erledigen zu müssen, wirkte nach. Aber die Ruhe stiller Vertiefung erschien mir so verlockend, daß ich glaubte, mich schnell und ganz darauf einstellen zu können. Die politischen Forderungen des Tages ließen mich jedoch nicht los. Besonders die Spannung zwischen der Konservativen und der Deutschnationalen Partei, die umfangreiche Arbeit an dem Protokoll über den 9. November 1918 in Spa¹⁰, dazu das in den Wochenschauen verarbeitete Interesse an der politischen Entwicklung des Versailler Diktates und der Weimarer Verfassung, am Bürgerkrieg und an dem Unwesen der Parteiherrschaft, das Parteitagsreferat über die äußere Politik am 13. Juli 1919 zersplitterten meine Zeit und Kraft, machten mir es auch zweifelhaft, ob auf diesen Gebieten nicht die wichtigeren Pflichten und Wirkungsmöglichkeiten für mich lagen. Die äußere und innere Ruhe zur wissenschaftlichen Vertiefung in die Fragen des Verwaltungsrechtes blieb mir versagt.

Zum Arbeitsgebiet des VII. Senats, dem ich überwiesen wurde, gehörte das Wertzuwachssteuergesetz von 1911. Obwohl ich es als Berichterstatter der Kommission mitgeschaffen hatte¹¹, merkte ich bald, daß mir die Muße fehlte, die inzwischen entstandene Praxis höchststrichterlich zu beherrschen. Noch lebhafter empfand ich diesen Mangel bei der Einkommensteuer der Gesellschaften, in die ich mich neu einarbeiten mußte. An der ausführlichen, juristisch scharfsinnigen, in der Praxis viel umstrittenen Rechtsprechung über die Anrechnung der Abschreibungen, die mich lebhaft interessierte, konnte ich nicht mit eigenem Urteil mitarbeiten. Dazu hätten Wochen, vielleicht Monate eines vorbereitenden Studiums der Rechtsprechung und des Schrifttums und weitere spezialistische Beschäftigung gehört. Der Oberste Gerichtshof hat für die Rechtssicherheit und feste Praxis zu sorgen und muß deshalb Tradition wahren. Wer als sein Referent von der bisherigen Rechtsprechung abweichen will, muß sie und ihre Wirkungen wenigstens genau kennen. Das erforderte die ganze Kraft. Vor und in dem Weltkrieg hatten Schiffer und ich als Abgeordnete gleichzeitig dem OVG angehört. Schon damals hatte ich mich nicht dem Eindruck entziehen können, daß unsere mit halber Kraft geleistete, oft unterbrochene Mitarbeit Zurückhaltung erforder-

⁸ Vgl. die Kabinettsitzung vom 20. I. 1919, Quellen 6/II, S. 284.

⁹ »Es erschien mir damals wie ein Kloster ersehnten Friedens, in dem man, während draußen die Welt brennt, schöne Initialien malt, und ich sprach den Senatskollegen mein freudiges Erstaunen aus, in ihrem Kreise eine abweichende Meinung vertreten zu können, ohne gleich als Idiot oder Verbrecher beschimpft zu werden.« (WESTARP I, S. 16.)

¹⁰ Vgl. WESTARP, Ende der Monarchie.

¹¹ Siehe WESTARP I, S. 129 f.

te, damit sie die Senatsarbeit nicht mehr hemmte als förderte. Die politische Inanspruchnahme aber bestand nach wie vor; sie war eher noch größer geworden. Dienstliche oder disziplinare Folgen konnte das dadurch bedingte Versagen bei der gesicherten Rechtsstellung des Oberverwaltungsgerichtsrates nicht haben. Auch persönlich ließ man im Senat mich diese Schwierigkeit nicht entgelten. Vom Senatspräsidenten Berner, einem trefflichen und hochgebildeten Mann und alten Leser der »Kreuzzeitung«, habe ich nur Freundlichkeit erfahren. Das eigene Bewußtsein, daß ich meiner Aufgabe als Mitglied des OVG nicht voll gerecht werden konnte, ließ es mir mehr und mehr notwendig erscheinen, zwischen dem amtlichen und politischen Beruf zu wählen.

Der Erfolg meines Parteitagsreferates vom 13. Juli 1919 warf ein neues Gewicht zugunsten des politischen Berufes in die Wagschale. Sein Thema – die Schmach und Knechtschaft des Versailler Diktates, der Aufruf des deutschen Volkes zu dem Entschlusse, das Joch abzuschütteln, die Betonung eines illusionslosen Willens zur Macht, die Notwendigkeit nationaler Erneuerung – enthielt die Gedanken, denen ich in erster Linie meine weitere politische Arbeit zu widmen entschlossen war. Deshalb erfüllte mich die Zustimmung, die mir geworden war, mit Befriedigung. Nach einer starken Ovation der Versammlung, die Hergt mir bereitete, verließ ich sofort den Saal, weil ich noch vor Abgang des Zuges zu meiner Familie für eine Rücksprache über die dem Kaiser angedrohte Auslieferung von [Geheimrat] Kriege in Anspruch genommen wurde. Mir wurde häufig das Bedauern ausgesprochen, daß man mir nicht mehr mündlich habe danken können, und ich erhielt eine ganze Anzahl warmer Anerkennungsschreiben. Noch nach Jahren wurde ich auf dieses Referat angedredet, wobei hin und wieder jüngere Parteifreunde betonten, daß der Befreiungsgedanke, wie ich ihn verkündet, für ihre Einstellung zur nationalen Politik Epoche machend gewesen sei. Eine weitere Folge war, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 die Aufforderungen von Landes- und Ortsverbänden, im Lande zu reden, zum ersten Mal den nicht zu bewältigenden Umfang annahmen, den sie bis 1930 beibehalten haben.

Eine Wendung für meinen persönlichen Entschluß trat dadurch ein, daß die republikanische Regierung den Beamten einen neuen Eid abforderte¹², mit denen sie »der Verfassung Treue« zu schwören hatten. Die Erregung in monarchisch gesinnten Kreisen war groß.

Ein Rufer in dem Streit war Dr. Everling, damals 28 Jahre alt, Gerichtsassessor und kommissarischer Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt. In einer Broschüre wies er die staatsrechtliche, politische und moralische Unmöglichkeit des den monarchischen Beamten gestellten Ansinnens nach. Er legte sie mir im Entwurf vor, und ich konnte ihm mitteilen, daß ich sie mit Interesse und viel Zustimmung gelesen und dem »Lokalanzeiger« zur Herausgabe weitergesandt habe.¹³ Die Broschüre enthält am Schluß die ganz meiner Auffassung entsprechenden Gründe, die ein Verbleiben der den Eid innerlich ablehnenden Beamten im Amt erwünscht machten. Sie sollten den Versuch machen, ihren Standpunkt durch eine möglichst protokollarische Erklärung zu wahren. Auf meine Anregung fügte er die Möglichkeit hinzu, daß namentlich die richterlichen Beamten den Eid ablehnten und abwarteten, ob die Regierung gegen sie einschreiten werde. Er selbst begründete, wie er mir mitteilte, sein nach längeren Ver-

¹² Verordnung vom 14. 8. 1919, RGBl. S. 1419.

¹³ Der Beamteneid im neuen Deutschland. Flugschriften des »Tag« (Verlag Scherl) Nr. 11, 1919. Westarps zustimmender Brief stammt vom 12. 11. 1919.

handlungen eingereichtes Abschiedsgesuch damit, daß er an seine monarchische Gesinnung und Treue gebunden und daher nicht gewillt sei, sich während der »republikanischen Übergangszeit« durch einen neuen Eid zu binden.

Sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst brachte uns in engere Verbindung. Er näherte sich mir mit der in jugendlicher Verehrung vorgetragenen Bitte, in meinem persönlichen Dienst und als mein Hilfsarbeiter politisch tätig sein zu dürfen. Der Hauptverein der Konservativen stellte ihn an, in der Form, daß er mir als persönliche Hilfskraft für »Kreuzzeitung« und sonstige politische Arbeit beigegeben wurde, jederzeit kündbar und mit der ausdrücklichen Eröffnung, daß wir ihm eine gesicherte Lebensstellung nicht garantieren könnten. Gehalt hat er meines Wissens nicht genommen. Er vertrat feurig eine kompromißlose monarchische und parteikonserervative Gesinnung. Sein Vater, der Direktor des Evangelischen Bundes, war mir vom alten Reichstag her bekannt; er war nationalliberaler Abgeordneter und wurde bei der Wahl vom Juni 1920 von der Deutschen Volkspartei in den Reichstag gewählt. Ich schätzte ihn auch wegen seines rheinischen Humors. Als wir uns im Reichstag wiedersahen, begrüßte er mich in der Wandelhalle mit dem Ruf: »Du hast mein Volk verführt, verführst mir auch den Sohn!« Er wünschte, daß dieser sich einen festen Beruf schaffe.

Zu Dr. Everlings Aufgaben gehörte ein zweimal im Monat zu erstattender politischer Lagebericht¹⁴, den ich unterschrieb. v. Heydebrand hielt viel von ihm und hoffte, mit ihm nach dem damals schwebenden Ausscheiden von Schroeter die Organisation der Konservativen Partei wiederaufbauen zu können. Meine Anregung, den parlamentarischen Dienst der »Kreuzzeitung« zu übernehmen, lehnte er ab, weil er sich nicht in eine untergeordnete Journalistenstellung begeben wolle. Seine Verehrung für mich führte er auf meine Haltung im Oktober 1918 zurück. Seine fortgesetzte Anregung und vorbereitende Mitarbeit hat wesentlich dazu beigetragen, daß ich meine Sonderschrift über »Die Regierung des Prinzen Max von Baden« herausbrachte. Die politische Lage und das Verhältnis zwischen der Konservativen und Deutschnationalen Partei habe ich ständig und so weit Pflichten der Vertraulichkeit es irgend gestatteten, mit vertrauensvoller Offenheit mit ihm besprochen. Mit scharfer Kritik an der Politik der DNVP und ihrer Führer verband er oft ein ungestümes Drängen, ich möge die Konservative Partei von der DNVP loslösen. Dagegen blieb ich bei meiner Überzeugung, daß zumindestens jetzt die Zeit dazu nicht reif sei.

Der nie ohne Rest zu lösende Konflikt der Pflichten zur Gesinnungstreue und zum Dienst am Staate, in den die Republik alle Monarchisten versetzte, erhielt für die Beamten durch die Forderung, der Verfassung Treue zu schwören, eine besondere persönliche Schärfe. Ich hielt es nicht nur für das Recht, sondern auch für eine Pflicht des Beamten, sich den Wirkungskreis seines Lebensberufes zu erhalten und für die materielle Grundlage seiner Familie zu sorgen. Dazu kamen staatspolitische Erwägungen. Von Anfang an hatte ich es als notwendig anerkannt, daß der Beamte sich trotz der Revolution dem Dienst am Staate nicht entzog. Auf der anderen Seite stand die Unwandelbarkeit der Gesinnungstreue. Obwohl der Kaiser bei seiner Abdankung am 28. November 1918 erklärt hatte¹⁵, er entbinde die Beamten von dem ihm geleisteten Eide, war doch für viele die geschworene Treue kein leerer Wahn gewesen. Dazu trat der Abscheu gegen die Revolution und die Überzeugung von der Notwendigkeit be-

¹⁴ Etwa 1928 ließ Westarp von diesen Berichten aus dem Nachlaß Heydebrands in Tschunkawe eine Abschrift anfertigen.

¹⁵ Abdankungsurkunde abgedruckt bei: HUBER, Dokumente II, S. 512 f.

dingungslosen Kampfes gegen ihre Folgen. Die so dem Beamten auferlegte Wahl zwischen Berufspflicht und Gesinnungstreue konnte er nur aus seiner eigenen Lage heraus und nach seinem eigenen Gewissen treffen. Ich hielt es für unmöglich, ihnen darüber Vorschriften zu machen oder Persönlichkeiten, die den Eid verweigerten, als Vorbild besonderer Gesinnungstüchtigkeit hinzustellen.

Für mich persönlich gaben die Pflichten den Ausschlag, die sich aus meiner besonderen Stellung als Politiker ergaben. Selbst wenn ich aus dem politischen Leben ausschied, hätte ich den der Republik geschworenen Treueid als Verleugnung meiner Vergangenheit empfunden, auf die ich trotz des äußeren Mißerfolges stolz war und der ich Wert für die Zukunft Deutschlands zusprach. blieb ich in meiner weithin sichtbaren und angreifbaren Stellung Politiker, so war dieser Treueid erst recht unmöglich, weil er meinen Kampf für den Befreiungswillen und gegen das System lähmen und mich Angriffen aussetzen würde, die den Erfolg beeinträchtigten. Hiernach zwang mich persönlich die Forderung des Treueides, den preußischen Staatsdienst zu verlassen, dem ich mein Leben einst gewidmet hatte und der mich mehr befriedigte als der politische Beruf. Materielle Opfer, die mich berechtigt hätten, mich als Märtyrer zu fühlen, waren für mich damit nicht verbunden. Wenn ich es daher auch vermied, mich als Vorbild für andere Beamte hinzustellen, so habe ich es doch stets als einen der wenigen persönlichen Vorteile betrachtet, die mein politischer Beruf mir eingetragen hat, daß ich die Linie meines Lebens nicht durch einen Eid der Treue zur Weimarer Verfassung durchbrechen mußte. Die Fahnen- und Beamten-Eide, die ich 1888 meinem König von Preußen und Deutschen Kaiser Friedrich III. und Wilhelm II. geleistet habe, sind meine letzten staatlichen Treu-Eide geblieben. Das erfüllt mich noch heute (1942) mit Genugtuung.

Die äußere Gestaltung meines Übertritts zu außerstaatlichem Beruf wurde durch die Verordnung der Preußischen Regierung¹⁶ erleichtert. Danach waren Beamte ohne Feststellung ihrer Dienstunfähigkeit mit Ruhegehalt zu entlassen, die bis zum 31. Januar 1920 »infolge der Umgestaltung des Staatswesens« ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchten. Ein berufsloses Leben gestattete mir weder mein Alter von 55 Jahren noch das Bewußtsein, zu weiterer Anspannung meiner Kräfte in der Lage und verpflichtet zu sein, noch schließlich meine Vermögenslage. Ohne ein festes Arbeitseinkommen wäre ich mit meiner Familie in Not geraten; zum Verständnis dieser Lage muß an die Geldentwertung jener Jahre erinnert werden. Von ihrem Wesen und dem Ausmaß, dem sie zusteuerte, hatte man im Sommer 1919 noch keine klare Vorstellung. Aber die »Schraube ohne Ende« der steigenden Löhne und Preise und des drohenden Reparationswahnsinns mußten gerade die Kritiker der herrschenden Gewalten mit schwerer Sorge auch für die eigene finanzielle Zukunft erfüllen. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 war der Goldmarkwert der Papiermark von 50 auf 10 Pfennige gesunken. Das ist in dieser Schärfe erst durch die Umrechnungstabelle des Aufwertungsgesetzes klargestellt worden. Aber man bekam es durch die stürmische Steigerung der Preise zu spüren, deren Ende nicht abzusehen war.

Die Gesichtspunkte, unter denen ich meinen Übertritt in den politischen Beruf betrieb, habe ich offen und erschöpfend in einem Brief an v. Heydebrand vom 30. August niedergelegt.

¹⁶ Verordnung vom 26. 2. 1919.

»In vier bis acht Wochen wird man von mir fordern, daß ich ›Treue‹ der Verfassung schwöre. Dazu kommt das immer lebhaftere Gefühl, daß mir die Politik auch in meinem jetzigen parlamentarischen Ruhestand nicht die Zeit läßt, mehr als vielleicht $\frac{1}{4}$ – $\frac{1}{2}$ der Berufsarbeit im OVG zu leisten. Die Frage meines Abschiedes wird mir also dringend. Nun war ich dieser Tage bei Ministerial-Direktor Meister mit der rein informatorischen Frage, ob die Verordnung der preußischen Regierung vom Februar d. J. auf mich Anwendung finden werde, wonach jeder seine Pensionierung zum Höchstsatz ($\frac{3}{4}$) beantragen kann. Er verwies mich auf § 13 der Verordnung, die alle Beamten ausnimmt, die dem Richter-Disziplinargesetz von 1851 unterliegen. Meinen Einwand, daß das Verwaltungsgerichtsgesetz uns OVG-Räte anderen Disziplinarvorschriften unterwirft, wollte er wegen der ratio legis nicht gelten lassen, im übrigen sei größte Vorsicht geboten, weil noch nicht feststeht, ob die Landesversammlung die Verordnung aufhebt, womöglich mit Rückwirkung auf die bereits durchgeführten Pensionierungen. Viel Entgegenkommen habe ich also auf diesem Wege nicht zu erwarten. Meister warf selbst die Frage dazwischen, ob mir mit einer anderen Pensionierung gedient sei; da ich 42/60 verdient habe, würde der Ausfall gegen die Höchstpension etwa 630 [Mark jährlich] betragen, was ich allenfalls tragen könnte. Aber soll ich mich entschließen, die Feststellung meiner Dienstunfähigkeit zu beantragen? Einen Arzt würde ich kaum dazu finden. Nun brachte mich Meister selbst auf einen Gedanken, indem er mir ganz harmlos erzählte, ein Magistratssekretär habe erklärt, er schwöre nicht, bleibe aber im Amt. Wenn ich den gleichen Standpunkt einnehme, so ist meine Lage besser als die anderer Beamter. Nach § 21 des Verwaltungsgerichtsgesetzes kann ich nur durch das Plenum diszipliniert werden, wenn ich zu einer Strafe wegen einer entehrenden Handlung oder zu längerer als einjähriger Gefängnisstrafe verurteilt werde. Natürlich würde die Weigerung von mir eine ziemlich große Haupt- und Staatsaktion werden und wohl auch von Einfluß auf das Verhalten anderer Beamter sein können, selbst wenn ich sie mit meiner individuellen politischen Abstempelung und Stellung begründe. Deshalb halte ich es für möglich, daß man mir, um mich loszuwerden, mit der Pensionierung entgegenkommt.¹⁷ Schenken möchte ich dem Fiskus meinen Anspruch auf Pension und Witwenpension nicht, aus Gründen meiner persönlichen Vermögenslage, aber auch aus prinzipiellen Gründen und um des Beispiels für andere Beamte willen. Werde ich pensioniert zum Höchstsatz von 9 450, so beträgt der Ausfall etwa 3 730 Mark Gehalt und Wohnungsgeld, dazu aber zur Zeit noch mindestens 6 400 Mark Teuerungszulage. Würde ich unter Verzicht auf alles gehen, so betrüge der Verlust jährlich z. Zt. mit Teuerungszulage über 16 000 Mark, dazu der Anspruch auf Pension und Witwenpension in Höhe von 3 780 Mark.

So tritt mir auch aus diesen persönlichen Gründen der von Ihnen im Frühjahr so freundlich angeregte Gedanke näher, Chefredakteur der ›Kreuzzeitung‹ zu werden. Ich habe darüber mit Schroeter gesprochen und hervorgehoben, daß ich auf keinen Fall wünschen würde, Foertsch zu verdrängen. Dieser hat sich verlobt, aber nicht so wohlhabend, daß er wünschen würde, auf seine 15 000 Mark selbst zu verzichten, im Gegenteil! Schroeter meinte, die ›Kreuzzeitung‹ könne das mir auszusetzende Gehalt neben dem von Foertsch tragen und die Vorteile meiner festen Mitarbeit seien groß genug, daß seiner Meinung nach Aufsichtsrat und Gesellschafter-Versammlung das ohne weiteres beschließen würden. Die Abgrenzung der Arbeit und der Befugnisse zwischen Foertsch, für den genug zu tun bliebe, und mir sei unschwer zu bewerkstelligen. Danach wäre der Gedanke technisch vielleicht durchführbar. Auch nach der Seite der Regierung hin möchte ich, sofern mir die Vertheidigung nicht über den Hals kommt, nichts tun, bevor ich nicht über die Aussichten bei der ›Kreuzzeitung‹ noch etwas klarer sehe.«

In der Begründung meines Abschiedsgesuches habe ich den Eid, um niemand zu präjudizieren, nicht ausdrücklich erwähnt, sondern den Antrag nur auf die Pflichten gestützt, die mit meiner Stellung im öffentlichen Leben verbunden seien und sich aus meiner politischen Vergangenheit ergäben. Durch einen vom sozialdemokratischen

¹⁷ In einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Freund hatte Westarp nach seinem Bericht erklärt, er werde von seiner Eidesverweigerung, die bei seiner politischen Stellung wahrscheinlich Aufsehen erregen werde, kein Aufhebens machen, wenn man ihn gehen lasse. »Es war das einzige Mal, daß ich einen Kuhhandel-Bluff, wie er im Parteigetriebe üblich war, in persönlicher Angelegenheit angewendet habe. Auf die Persönlichkeit meines Verhandlungspartners war er richtig berechnet.«

Minister Heine vollzogenen Erlaß wurde mir die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt, dem der Präsident des OVG Herrmann ein freundliches Abschiedswort [9. November 1919] hinzufügte.

Das Ruhegehalt wurde auf 9 477 Mark jährlich festgesetzt. Zur Zeit erhalte ich nach Abzug der Steuern monatlich rund 600 Mark. Der durch 33jährigen Staatsdienst erworbene Rechtsanspruch darauf ist der Grundstock für meine und meiner Familie Lebenshaltung gewesen und geblieben.

In der Wochenschau¹⁸, in der ich den Lesern meinen Austritt aus dem Staatsdienst mitteilte, habe ich meine Auffassung über den republikanischen Beamteneid zusammenfassend dargelegt.

»Die Stellung zu diesem Verfassungseid muß jeder mit sich selbst abmachen, und es liegt mir, wie ich kaum zu versichern brauche, vollkommen fern, irgendeinem Beamten einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er sich in dieser Frage anders entscheidet als ich.«

Umso schärfer kritisierte ich unter Bezugnahme auf die Broschüre Everlings den geforderten Eid. Die angeblich von der Staatsregierung beabsichtigte protokollarische Erklärung, daß der Eid den Beamten nur verpflichte, innerhalb seiner amtlichen Tätigkeit die Verfassung zu befolgen, könne vielleicht manchen Beamten die Entscheidung erleichtern, stehe aber im Widerspruch mit dem Wortlaut des geforderten Eides.

»So unlogisch es ist, einem Gesetz Treue schwören zu sollen, so enthält der Eid, dem man als einer feierlichen und nach unserer Auffassung religiösen Handlung doch Sinn und Bedeutung beilegen muß, dem Wortlaut nach die Verpflichtung zur Hingabe der Persönlichkeit an die republikanische Staatsform. Die Zweideutigkeit, mit der man das jetzt zu verhüllen sucht, entspricht der heutigen republikanischen und parlamentarischen Sucht nach Halbheiten und Kompromissen. Der Eid ist und bleibt ein Gewissenszwang für den größten Teil des Beamtentums. Im alten Staat konnte er als Zulassungseid nach freier Wahl geleistet oder abgelehnt werden. Heute mutet man ihn Beamten zu, die nach langjähriger treuer Dienstzeit vor die Wahl gestellt werden, die einmal erworbene Lebensstellung aufzugeben. Das haben sie um die republikanischen Regierungen nicht verdient, die, wie selbst der »Vorwärts« zugibt, ohne die treue Hilfe des überwiegend monarchisch gebliebenen Beamtentums weder den Staatswagen im Gange noch ihre Herrschaft hätten aufrecht erhalten können.«

Trotz des protokollarischen Vorbehaltes sei zu befürchten, daß man versuchen werde,

»den Eid zum Fallstrick für diejenigen Beamten zu machen, die entsprechend ihrem durch die Verfassung gewährleisteten Rechte an ihrer monarchischen Gesinnung und deren gesetzmäßiger Betätigung festhalten.«

Mein Vorschlag, Chefredakteur der »Kreuzzeitung« zu werden, war bei v. Heydebrand zunächst auf Widerstand gestoßen, obwohl er den Gedanken im Januar 1919 selbst angeregt hatte.¹⁹ Ich hatte aber meinem Schreiben vom 30. August 1919 die Niederschrift vom gleichen Tage beigelegt, in der ich ihm die schmerzliche Eröffnung machte, daß ich eigene Wahllisten der Konservativen Partei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht befürworten könne und bezweifle, ob, wenn unsere Kandidaten der deutschnationalen Fraktion beitreten, der Fortbestand der Konservativen Partei noch möglich sein werde. Gleichzeitig hatte ich ihm erklärt, daß ich es für loyal ge-

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 594 vom 7. 12. 1919, IP.

¹⁹ Brief vom 23. 1. 1919.

halten habe, ihm das mitzuteilen, bevor er zu meiner Wahl als Chefredakteur Stellung nehme. v. Heydebrand erhob am 3. September technische Bedenken gegen meinen Übertritt zur »Kreuzzeitung« und fügte hinzu:

»Das andere, ebenfalls schwierige Moment ist der Umstand, daß m. E. der »Kreuzzeitung« auf alle Fälle, mag der Verlauf der Beziehungen und Verhandlungen mit der d. n. Partei sein, wie er will, der Charakter eines ausgesprochenen, sagen wir altkonservativen Organs nach ihrer ganzen Tradition erhalten bleiben muß, dessen politische Leitung naturgemäß nur einem ganz auf diesem Boden stehenden Publizisten anvertraut werden kann. Ob nun aber für Sie in dieser Hinsicht nicht aus Ihrer Stellung in der d. n. Partei gewisse Beengungen und Verstrickungen erwachsen könnten, müssen Sie selber überlegen und einschätzen und werden Sie vielleicht erst beantworten wollen, wenn auch die weitere Entwicklung des Verhältnisses der konservativen Partei zu der d. n. noch klarer übersehen werden kann, als dies im Augenblick vielleicht möglich ist.«

Ich empfand das als eine Ablehnung, die mich bewog [in einem Brief vom 8. September] auszusprechen, daß ich mich nicht aufdrängen wolle, wenn unsere Meinungsgegensätze über die Selbständigkeit der »Kreuzzeitung« unüberbrückbar seien.

»Folge ich meiner persönlichen Neigung und befrage ich die Interessen meiner Familie, Gesundheit und der ruhigen Sicherheit meiner Lebensstellung, so fällt die Entscheidung sehr klar und zweifellos; ich bleibe in meinem amtlichen Beruf, an dem ich mein Leben lang gegangen habe und gebe jede aktive – auch journalistische – politische Tätigkeit auf, wodurch ich die Kraft und Zeit für die Berufsarbeit frei bekomme und wobei mir auch der Verfassungseid möglich wird. Halten mich aber die politischen Kreise, deren Urteil und Unterstützung für mich maßgebend ist, zu weiterer politischer Arbeit für verpflichtet und kann ich mich solcher Pflicht bei der allgemeinen Not nicht entziehen, dann glaube ich den Versuch machen zu müssen, mir die nötige sachliche und persönliche Grundlage zu solcher Arbeit zu schaffen, besonders wenn um ihrer willen die sichere Position, die mir mein Amt bot, verloren geht.«

Im Nachlaß v. Heydebrands finde ich jetzt auf diesem Brief die Bemerkung: »W. verbessert sich durch Redakteurposten über alle Maßen dauernd.« Sie zeigt mir zu meiner Betrübnis, daß die persönliche Spannung, in die uns das Schicksal der Konservativen Partei gebracht hatte, größer war, als ich angenommen hatte. Er kam zur Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafter-Versammlung am 17. September nach Berlin, und vor dieser einigten wir uns in persönlicher Aussprache wie über die weitere Behandlung der Parteifrage, so auch über die politische Voraussetzung und die Form meines Eintrittes in die »Kreuzzeitung«.

Danach wurde mir in festem Anstellungsverhältnis die politische Leitung der »Kreuzzeitung« übertragen. Gleichzeitig stellte ein von Heydebrand und mir gemeinsam entworfener Beschluß der Gesellschafterversammlung die politischen Richtlinien für die weitere Haltung des Blattes auf.

»Die »Kreuzzeitung« ist nach ihrer ganzen Geschichte und Tradition berufen, ein nach jeder Richtung hin selbständiges, auf ausgesprochen christlicher Grundlage ruhendes konservatives Organ monarchischer, autoritärer und aristokratischer Natur zu sein und zu bleiben. Sie hat sich dem gerechten Ausgleich zwischen Besitz und Arbeit gleichmäßig zu widmen, unter tatkräftiger Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. Der konservative Geist muß in der gesamten Haltung, persönlichen Führung und Mitarbeit, sowie in der geschäftlichen Gebarung des Blattes zum Ausdruck gelangen, insbesondere auch unabhängig davon, wie sich etwa das Verhältnis zwischen der Konservativen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei, deren Unterstützung nach wie vor ein konservatives Interesse bildet, gestalten mag.«

Ich hatte also die Verpflichtung übernommen, die »Kreuzzeitung« nicht als deutschnationales Parteiorgan, sondern als Vertreterin der besonderen konservativen Auffassungen in ihr zu führen.

Der Beschluß konnte erst Anfang Dezember 1919 nach meinem endgültigen Ausscheiden aus dem Staatsdienst ausgeführt werden. Das geschah in einem von Schroeter als Geschäftsführer der Kreuzzeitung GmbH und mir abgeschlossenen Vertrag vom 2. Dezember 1919.²⁰

Es war uns also gelungen, auch die technischen und finanziellen Bedenken zu zerstreuen, die v. Heydebrand wegen des Nebeneinanders von Foertsch und mir erhoben hatte. Die Gründe, aus denen ich Foertsch nicht verdrängen wollte, lagen vorwiegend auf persönlichem Gebiet. Er hatte sich im Kriegspresseamt in gehobener Stellung bewährt, hatte infolgedessen Erfahrungen und Beziehungen in der Pressewelt. Es widerstrebe mir, ihn aus dem Sattel zu setzen, umso mehr, als er die Redaktion der »Kreuzzeitung« fleißig und zuverlässig leitete, was mindestens ebenso unentbehrlich war wie geistreiche politische Gedanken oder gar der »spritzige« Stil des jüdischen Journalismus. Dazu kamen technische Erwägungen. Bei unserem beschränktem Apparat, der nach dem Maßstab anderer Blätter der Bedeutung der »Kreuzzeitung« nicht entsprach, forderte der Dienst des Chefredakteurs vormittags und am späten Nachmittag bis in den Abend hinein eine Anwesenheit und ungestörte Bereitschaft, die durch einen Vertreter oder nachgeordneten Schlußredakteur nicht zu ersetzen war. Ob ich dazu bei meiner sonstigen Inanspruchnahme in der Lage sein würde, war mir umso zweifelhafter, als die Möglichkeit meiner Wiederwahl festere Gestalt anzunehmen begann. Es galt also eine Form zu finden, die mir den maßgebenden politischen Einfluß einräumte, dabei aber die Selbständigkeit von Foertsch, der nach außen und innen Chefredakteur blieb, so wenig als möglich einzuschränken.²¹ Die Verpflichtung der Redaktion, jeden von mir verlangten Artikel aufzunehmen, bestand seit 1913 und wurde auf mein Betreiben erneut ausgesprochen.²² Dabei ging ich davon aus, daß im Pressekampf zwar jede, auch die unbedeutende Äußerung oder Nachricht und auch jede Unterlassung einer solchen für die Gesamtrichtung des Blattes unerwünschte Folgen haben könne, daß aber meiner positiven Beeinflussung und meiner Zensur der meist erst in letzter Minute fertig zu stellenden Artikel bestimmte Grenzen gezogen waren. Konnte ich verlangen, daß in den von mir gewünschten Formen Erwünschtes nachgeholt oder Unerwünschtes berichtigt wurde, so war die Abhängigkeit der Redaktion von meiner leitenden Mitarbeit praktisch sichergestellt. Sie hatte das eigene Interesse, sich selbst nicht desavouieren zu müssen. Das Machtmittel, das ich mir in dieser Form hatte einräumen lassen, hat sich durch sein bloßes Dasein bewährt. Ich habe es während der ganzen Dauer meiner leitenden Stellung in der »Kreuzzeitung« kein einziges Mal angewendet, weil die mittelbare Wirkung seines Vorhandenseins für meine journalistische und politische Aufgabe vollkommen ausreichte. Die Mitarbeiter der »Kreuzzeitung« wußten, daß sie den finanziellen Bestand des Unternehmens im wesentlichen mir zu danken hatten.²³

²⁰ Nach dem in das Manuskript inserierten Wortlaut des Vertrages entschied über Änderung und Lösung des Abkommens der Aufsichtsrat.

²¹ Im Vertrag hieß es, Westarp trete »in die Hauptschriftleitung mit maßgebenden politischen Einfluß ein. Er übernimmt außer der Wochenschau über innere Politik [...] die leitende Mitarbeit an der politischen Gesamthaltung des Blattes. Er wird sich hierbei mit dem Hauptschriftleiter, Herrn Foertsch, dessen durch Vertrag vom 27. März 1918 begründete Rechte unberührt bleiben sollen, im Einvernehmen halten.«

²² »Artikel, die Graf Westarp schreibt oder deren Aufnahme er wünscht, sind aufzunehmen.«

²³ Westarp veranstaltete in den folgenden Jahren, die durch ständige Finanznöte gekennzeichnet waren, wiederholt Sammelaktionen, vor allem beim ostdeutschen Grundbesitz; später gab er aus einem politischen Verfügungsfonds regelmäßige Zuschüsse zur Erhaltung der Zeitung.

Die Hauptsache war doch die Gestaltung des persönlichen Vertrauensverhältnisses mit Foertsch. Ich besprach, ohne meine führende Stellung herauszubeißen, alles Nötige rückhaltlos vertrauend und offen mit ihm, achtete soweit als irgend möglich die Selbständigkeit seiner Arbeit, und er kam mir mit gleichem Vertrauen entgegen und hielt sich loyal an die in solchen Aussprachen erarbeiteten Grundlinien. Unsere zehnjährige gemeinsame Arbeit von 1920 bis 1930 gehört zu den nicht sehr zahlreichen ungetrübt angenehmen Erinnerungen meines Lebens. Erst nach meinem Austritt aus der DNVP trennten sich unsere Wege. Ich konnte für die finanzielle Lebensfähigkeit des Blattes nichts mehr tun und ließ ihm unter Verzicht auf das formelle Recht der politischen Leitung freie Bahn für den Versuch, der Zeitung durch Anlehnung an den Stahlhelm und damit an Hugenberg eine neue Existenzgrundlage zu schaffen.²⁴

Das Gehalt von 20 000 Mark, das mir der Aufsichtsrat am 2. Dezember 1919 festsetzte, ohne daß ich eine Forderung oder auch nur Anregung ausgesprochen hatte, erschien uns großzügig und reichlich bemessen. Eine Verbesserung »über alle Maßen« war es nicht. Der Goldmarkwert betrug nach der Umrechnungstabelle 2 000 Mark und die Unsicherheit der Währung und der wirtschaftlichen Lage der »Kreuzzeitung« beeinträchtigte von vornherein das Gefühl, daß die Verbesserung wirklich »dauernd« sein werde. Die Einnahmen, die ich in den nächsten Jahren von der »Kreuzzeitung« bezogen habe, waren ein Beitrag, der meine und meiner Familie Lebenshaltung gewiß nicht sorgenfrei, aber erträglich hat gestalten helfen.

Die Verpflichtung, jeden Sonnabend über die Innere Politik der Woche zu berichten, habe ich im Frühjahr 1913 übernommen, und, nachdem ich mich davon bei Ausbruch des Weltkrieges befreit hatte, vom 8. April 1917 ab, als sich der innerpolitische Streit wieder in den Vordergrund drängte, fortgesetzt erfüllt.²⁵ Wenn ich in Sommerferien von Berlin abwesend war, machte ich eine Pause, nach deren Abschluß wichtiges nachzuholen war. Die damit verbundene Arbeitslast war nicht immer leicht zu bewältigen. Die laufenden Geschäfte, Sitzungen, Besprechungen, Reisen führten oft dahin, daß ich die Wochenschau erst im letzten Augenblick sozusagen mit heißer Feder schreiben und kurz vor Redaktionsschluß dem wartenden und drängenden Boten übergeben konnte. In der Sache legte ich auf diese Arbeit besonderen Wert. Manche Anerkennung, manche gegnerische Kritik, manche Benutzung mit oder ohne Quellenangabe haben mir bestätigt, daß das, was ich vertrat, gewirkt hatte. Ich ließ es gern über mich ergehen, wenn jemand mich mit drängender Beredsamkeit für Auffassungen zu gewinnen suchte, die ich selbst in die Welt gesetzt hatte. Mir persönlich hat der Zwang, Woche für Woche die laufenden politischen Ereignisse zu schildern, zu kritisieren, sie unter das Licht der leitenden konservativen Gedanken zu stellen, großen Nutzen gebracht. Er ließ mich den Überblick über den Gang der Ereignisse gewinnen und behalten und grundsätzliche Klarheit erarbeiten. Die Wochenschau bot mir die Sammlung des Materials, den Stoff und die formulierten Wendungen meiner sonstigen journalistischen Arbeiten und wurde geradezu die Grundlage meiner Redetätigkeit. Sie bildet noch heute das Gerüst meines geschichtswissenschaftlichen Rückblickes.

Die äußere Lage der »Kreuzzeitung« gehörte zwar noch nicht zu meiner formellen Zuständigkeit, wurde aber von Schroeter, ebenso wie in der Kriegs- und letzten Vorkriegszeit dauernd mit mir besprochen. Mit dem Waffenstillstand verloren wir etwa

²⁴ Die Übernahme der »Kreuzzeitung« durch den Stahlhelm (Seldte) erfolgte im Frühjahr 1932 zu einer Zeit, als Hugenberg selbst die bisherige Unterstützung anderer Zeitungen einschränken mußte.

²⁵ Vgl. WESTARP I, S. 402. Letzte Beiträge Westarps zur »Kreuzzeitung« im Herbst 1930.

1 500 Feldpost-Abonnements von Offizierkorps, die aufgelöst wurden, und ins Feld gerückte Bezieher, die ihr Heimatabonnement daneben aufrecht erhalten hatten. Bei einer Auflage von etwa 12 000 war der Ausfall von Bedeutung. Was uns aber mit schwerer Sorge erfüllte und unseren Bestand ernstlich bedrohte, war die Geldentwertung.

Für die Steigerung des Drucker-Preises war durch den Druckvertrag die Druckereifirma als Prellbock eingeschaltet, der die Bewegung zwar nicht auffing, aber verlangsamt. Der Papierpreis stieg von 0.20 Mark im Frieden auf 2.10 Mark im März und 3.40 Mark am 1. April 1920. Gehälter und Löhne der Schriftleitung, des kaufmännischen, Boten- und Pack-Personals wurden vom Sommer 1919 ab auf das Doppelte erhöht. Im Frühjahr 1920 setzten neue Lohnkämpfe ein. Ein Halt in dieser Bewegung, die ständig rapider wurde, war nicht abzusehen. Das zwang uns zu fortgesetzt sich steigernden Erhöhungen der Anzeigen- und Bezugspreise. Ein Monatsabonnement von 10 Mark, zu dem wir uns Ende 1919 entschließen mußten, war bis dahin nie dagewesen und ein gewagtes Experiment, obwohl die Berliner Zeitungen in einer ständigen Kommission, die Schroeter wahrnahm, ein gemeinsames Vorgehen vereinbarten. Der Verlust von Beziehern setzte nicht sofort in dem befürchteten Maße ein. Im März 1920 mußten wir eine neue Erhöhung vornehmen und, da der Briefträger den höheren Abonnementspreis gerade in den Tagen einzog, in denen die »Kreuzzeitung« infolge des Kapp-Unternehmens nicht erschien, wurde der Ausfall größer. Der Abonnentenschwund, gehemmt nur durch einen Bestand besonders treuer Leser, gehörte zu einer beständigen Erscheinung und war seitdem nicht mehr aufzuhalten.²⁶ Dazu trug die wachsende Konkurrenz der nationalen Provinzpresse bei. Sein Kreis- und Provinzialblatt mußte der Grundbesitzer, Geschäftsmann, Beamte behalten; zwang ihn die wirtschaftliche Lage zu einer Einschränkung, so fiel dieser zunächst das Berliner Blatt zum Opfer. Die telegraphischen Nachrichten konnte das bei Wolff oder anderen Nachrichtenbüros abonnierte Provinzblatt in derselben Nummer wie die Berliner Zeitung, bei der größeren Nähe und bei den schlechten Eisenbahnverhältnissen also früher als diese an den Leser heranbringen.

Mit zwingender Gewalt drängte sich die Erkenntnis auf, daß die große politische Zeitung sich finanziell nicht mehr halten konnte, wenn sie nicht wie Scherl, Ullstein, Mosse an eine Inseraten-Plantage angelehnt war, von einem größeren Verlags- und Druckerei-Geschäft gehalten wurde wie die »Deutsche Tageszeitung« oder finanzielle Zuschüsse von dritter Seite erhielt. Dadurch allein, daß man dem Leser einen ihm wichtigen, ihn unterrichtenden und fesselnden Stoff bot, war die finanzielle Schwierigkeit also nicht überwunden.

Aber die Lösung dieser Aufgabe, bei der die ideellen Gesichtspunkte die entscheidenden waren, gehörte auch zu den Grundlagen, auf denen das materielle Dasein des Blattes aufzubauen war. Was den politischen Inhalt betrifft, so wäre es rein geschäftlich zu erwägen gewesen, ob wir rückhaltlos deutschnationales Parteiblatt werden sollten. Aber dem davon vielleicht zu erwartenden Gewinn stand die Gefahr gegenüber, daß wir unsere besondere Stellung in der politischen Welt und die Anhänglichkeit unserer Lesergemeinde verloren, die wir uns durch treues Festhalten an der preu-

²⁶ Zur Entwicklung der Abonnentenzahlen vgl. Burkhard Treude: *Konservative Presse und Nationalismus. Inhaltsanalyse der »Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung« am Ende der Weimarer Republik*, Bochum 1975, S. 11 ff.; Horst Heenemann: *Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihre Probleme*, Berlin 1929, S. 76.

ßisch-konservativen Tradition des 1848 unter Mitwirkung Bismarcks gegen die Revolution gegründeten Blattes zu erhalten hatten. Nach der grundsätzlichen Auffassung, die Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung und ich persönlich von unserer politischen Aufgabe hatten, mußte die »Kreuzzeitung« als ein Träger der konservativen Überlieferung erhalten bleiben, selbst wenn dadurch der Kreis von Beziehern zur Zeit an bestimmte engere Grenzen gebunden blieb.

Umso wichtiger erschien es mir, den Inhalt der Zeitung vielseitiger zu gestalten, insbesondere ihn über die politischen und kirchlichen Fragen hinaus auf das allgemeine kulturelle Gebiet auszudehnen. Dadurch konnte gleichzeitig auf die Erneuerung des Volkes hingewirkt werden und ließ sich das Interesse an dem Bezug des Blattes erweitern.

In einem Brief an die Professoren Gustav Roethe, Dietrich Schäfer, Erich Marcks, Otto Hintze und Rudolf Eucken vom 26. Januar 1920 schilderte Westarp das Ziel, in kurzen Aufsätzen, »die täglich unter dem Strich und sonntags in einem besonderen Blatt erscheinen«, »möglichst ohne Polemik gegen zersetzende Richtungen positiv wertvolle Beiträge auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft zu bieten«, und bat um Mitarbeit und um Empfehlung bei Kollegen. Als besondere Pflicht erschien es ihm, die Leser »dauernd mit der Geschichte in engster Fühlung zu halten und die Überlieferung der preußischen und deutschen Geschichte zu pflegen, zumal da Staat und Schule in dieser Beziehung versagen«.

Viel praktischen Beistand hat uns dieser Brief nicht eingebracht. Der für Unterhaltungsliteratur neu angestellte Schriftleiter hatte mehr allgemeine literarische als diejenigen historischen Interessen, auf die ich besonderen Wert legte. Außerdem bewegten wir uns in einem schwer zu durchbrechenden Fehlerkreis. Die Mängel der »Unterhaltungsbeilage« verringerten den Kreis unserer Bezieher, und die Zahl der Bezieher reichte nicht aus, wertvolle literarische Beiträge zu beschaffen. Trotzdem haben wir uns Jahre hindurch bemüht, der »Kreuzzeitung« auch kulturell einen wertvollen Inhalt zu geben.

Das Haus Bernburger Straße 24 unmittelbar neben der Philharmonie gehörte der Kreuzzeitung GmbH, deren Geschäftsführer Schroeter war. Schriftleitung, Geschäftsführung und Versand befanden sich bis 1919 im eigenen Hause, wo auch der Hauptverein der Konservativen eine Etage gemietet hatte. Vor meiner Zeit war ihre im Hintergelände befindliche Druckerei Borussia auf Betreiben Schroeters als unrentabel aufgegeben und der Druck der Firma Büxenstein übertragen worden. Besitzer der Firma war der sehr rührige und geschäftsgewandte Kommerzienrat Büxenstein. Um die Bedenken zu überwinden, daß von ihm ein unerwünschter politischer Einfluß ausgehen könnte, hatte Schroeter die Umwandlung der Firma Büxenstein in eine GmbH herbeigeführt. An ihrem Gesellschaftskapital (2 750 000 Mark) hatten sich auf seine Veranlassung konservative Freunde des Blattes mit 600 000 Mark (Stackmann, Graf Wilamowitz und Oberst v. Heydebreck mit je 100 000 Mark, Legationsrat v. Schwerin und andere mit etwas niedrigeren Beiträgen) beteiligt und dafür Schroeter in den Aufsichtsrat entsandt. Er stand seitdem mit Büxenstein in persönlich freundschaftlichen Beziehungen, und es fehlte ihm in der Konservativen Partei nicht an Gegnern, die ihn deshalb persönlicher Interessen-Wirtschaft beschuldigten. Ich trat damals überzeugt gegen solche Vorwürfe für ihn ein.

Als ich 1913 in feste Verbindung mit der »Kreuzzeitung« kam, wurde sie bei Büxenstein Wilhelmstraße 8 im Druckvertrag gedruckt. Auch in diese Verhältnisse brachte das Jahr 1919 wesentliche Veränderungen. Nachdem der Hauptverein seine Räume der DNVP zu ihrer Gründung und ersten Betätigung zur Verfügung gestellt

hatte, wurde deren Raumbedarf bald fester und größer. »Kreuzzeitung« und Hauptverein vermieteten ihr im Sommer 1919 sämtliche Räume, 18 Zimmer der ersten, zehn Zimmer in der zweiten Etage und die alten Druckereiräume im Parterre. Der Mietzins betrug meines Erinnerns über 20 000 (Inflations-)Mark. Dafür mietete sich die »Kreuzzeitung« und der Hauptverein mit seinem nur noch kleinen Bedarf bei Büxenstein ein. Die enge räumliche Verbindung mit der Druckerei bot technische Vorteile und Erleichterung. In der Wilhelmstraße 8 befand sich seit Anfang 1920 auch »meine Werkstatt«. Mein Sprech- und Arbeitszimmer war erheblich besser, die Lage aber unbequemer als in der Bernburger Straße.

Als Stinnes im Sommer 1919 die Firma Büxenstein erwarb, ließen sich die konservativen Geldgeber auf Betreiben Schroeters ihre 600 000 Mark auszahlen. Stinnes hatte wohl besser als sie erkannt, daß der damals noch allgemein angewandte Maßstab »Mark gleich Mark« das Inflationsgeschäft für ihn vorteilhafter machte als für die Empfänger der Summen. Unser formeller Einfluß im Aufsichtsrat hörte damit auf und unsere Beziehungen zu Büxenstein, der unter Stinnes selbständiger Geschäftsführer der Firma blieb, beruhte nur noch auf der räumlichen Verbindung in demselben Haus, dem Mietvertrag und besonders dem Druckvertrag. Irgend ein Versuch von Büxenstein, einem national gesinnten Mann, oder von Stinnes, Einfluß auf die politische Richtung und journalistische Haltung der »Kreuzzeitung« zu nehmen, ist niemals erfolgt.

Die Verhandlungen über meine Kandidatur für den Reichstag nahmen mich den ganzen Herbst und Winter 1919/20 in Anspruch. Im Gegensatz zum Jahresbeginn boten mir im Herbst 1919 zwei Wahlkreise, Teltow-Beeskow-Charlottenburg (später Potsdam II genannt) und Pommern einen Platz auf ihrer Liste an. Es war mir, ähnlich wie 1908 bei meiner ersten Aufstellung im Wahlkreise Bomst-Meseritz²⁷ eine Genugtuung, daß mir auch jetzt aus beiden Wahlkreisen mehrfach ausgesprochen wurde, ein meine Kandidatur fördernder Umstand sei das Vertrauen, das ich mir vor langer Zeit in meiner amtlichen Tätigkeit – 1900 bis 1902 als Landrat des Kreises Randow in Pommern und 1902 bis 1908 als Polizeipräsident in Schöneberg und Wilmersdorf – erworben hatte. Die Entscheidung war für mich schwierig, und ich habe sie, bis im April 1920 die Aufstellung praktisch wurde, offen gelassen.

Zuerst trat der Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg an mich heran. Am 20. August 1919 berichtete ich an v. Heydebrand,

»daß Haseloff mir bereits namens des Vorstandes von Teltow-Charlottenburg die Kandidatur neben Traub angeboten hat, worauf ich es abgelehnt habe, zur Zeit eine Erklärung darüber anzugeben, und daß mir Leute wie v. Graefe, Schiele usw. immer wieder versichern, den Mangel eines Fraktionsvorsitzenden müsse ich unbedingt ausfüllen. Von Hergt und Genossen wird meine Kandidatur gleichfalls dauernd als selbstverständlich und dringend behandelt. Persönlich habe ich meine jetzige Freiheit in der Überzeugung, daß ich in Weimar körperlich wie seelisch kaum durchgehalten haben würde, in einem Maße genossen, das mir eine neue Kandidatur und Betätigung im kommenden Reichstag geradezu als einen unüberwindlichen Berg erscheinen läßt. Nur ein sehr allgemeiner und dringender Appell an das Pflichtgefühl würde mir darüber hinweghelfen; ich selbst bin entschlossen, aus dem persönlichen Bestreben hinaus, diesen Appell herbeizuführen, keinen Finger zu rühren.«

Auf ein offizielles Angebot erwiderte ich am 20. September dem Wahlkreisvorsitzenden Landessyndikus Gerhardt und Haseloff, ich könne mich noch nicht entschie-

²⁷ Vgl. WESTARP I, S. 20 ff.

ßen, weil erst die Frage der konservativen Mandate im ganzen geklärt werden müsse. Haseloff, der den Vorsitzenden begleitete, erging sich, wie ich v. Heydebrand berichtete, in »Tönen höchster Verzweiflung.« Dann sei alles aus, weil der Vorstand in den nächsten Tagen endgültig entscheiden wolle; einige Tage darauf teilte er mir »himmelhoch jauchzend« mit, der Vorstand habe alles in der Schwebe gelassen. Nun trat Pommern in Erscheinung, wo ich am 25. Oktober neben Helfferich auf dem Provinzialparteitag sprach.²⁸ Persönlich hätte ich Pommern lieber angenommen, weil der konservative-agrarische Wahlkreis, eine Hochburg der alten Konservativen Partei, mehr meiner politischen Vergangenheit entsprach als das Neuland der Vororte von Berlin. Die Wahlreisen nach Pommern wären zwar unbequemer gewesen; aber ich sah voraus, daß die enge örtliche Verbindung in dem zusammengeballten Berliner Wahlkreis, in dem ich wohnte, mein Telefon und die Tür meines Sprechzimmers überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen lassen und daß jede Ortsgruppe jährlich mehrmals eine Rede von mir beanspruchen würde. Das hat sich in den nächsten zehn Jahren voll bestätigt. Lebendige Föhlung mit dem Wahlkreis und seinen praktischen Bedürfnissen war nötig und belehrend; die übermäßige Belastung durch den Kleinverkehr mit Wählern und Wählerinnen konnte zur Plage werden und entzog oft einen zu großen Teil der 24 Tagesstunden allgemeineren und wichtigeren Aufgaben.

Das Angebot Pommerns hatte darin seinen Grund, daß konservative führende Persönlichkeiten wie v. Brockhausen, v. Hertzberg (Lottin), Graf Behr die Aufstellung Helfferichs ablehnten und an seine Stelle mich setzen wollten.²⁹

Von den Stimmungen, die sich in Pommern gegen Helfferich und gegen mich erhoben, mögen zwei Schreiben aus jener Zeit ein Bild geben. Kaufmann Wolfgang Abshagen³⁰ (Kreis Stralsund) schrieb im Anschluß an eine Zeitungsnotiz, daß ich gewählt werden solle, am 14. November 1919 an mich,

»daß die dortige Kundgebung nach meinen Erfahrungen nicht den vorherrschenden Richtungen in unserer Partei entspricht. Die Deutschnationale Volkspartei will in ihrer großen Mehrzahl keine verkleidete Fortsetzung der Konservativen sein und in dem Moment, wo die Leitung der Deutschnationalen eine derartige Stellung einnehmen würde, würden wir einen großen und nicht den schlechtesten Teil unserer Parteimitglieder verlieren. Wir können und wollen nicht die Verantwortung für die zweifellos unkluge Politik der alten Konservativen übernehmen. Die Konservativen haben einen derartigen Mangel an Anpassungsfähigkeit an die unaufhaltsamen Zeitströmungen bewiesen, daß wir uns hiermit für die Zukunft nicht belasten dürfen. Die Deutschnationalen in ihrer überwiegenden Mehrheit wollen die Fehler eines Herrn Oldenburg-Januschau – so erfrischend und persönlich sympathisch manche seiner Aufrichtigkeiten sein können – und eines Grafen Westarp – so sehr man seine Motive anerkennen und achten kann – nicht wiederholen. [...] Es kann auf den abseits Stehenden keine günstige Wirkung bezüglich der Deutschnationalen Volkspartei hervorrufen, wenn die Vertreter einer abgewirtschafteten Richtung, die bis zur Revolution starr auf ihren alten Prinzipien beharrte, sich nun plötzlich an die Spitze einer neuen Partei stellen, für vieles eintreten müssen, was sie vor dem 9. November 1918 für durchaus undiskutabel angesehen haben. Es ist klar, daß uns in vielen Beziehungen Leute von Ihrer politischen Schulung, Redner von Ihrer überzeugenden Klarheit und Persönlichkeiten von Ihrer temperamentvollen Sachlichkeit großen Nutzen bringen könnten. Aber Sie sind nun einmal ein markanter Vertreter der nicht mit Unrecht als stark belastet angesehenen alten Richtung.«

²⁸ Pommersche Tagespost Nr. 287 vom 25. 10. 1919.

²⁹ Westarp betonte, er wolle sich hier nicht einmischen und »keine Schritte wegen eines Austausches zwischen Teltow und Pommern« tun (Brief an Heydebrand vom 7. 11. 1919).

³⁰ Er bezeichnet sich im Brief als »aktiven Kriegsoffizier«.

Am 28. Oktober 1919 schrieb dagegen v. Hertzberg (Lottin) an v. Brockhausen:

»Ich finde es ziemlich dreist, den früheren Verbrecher Helfferich jetzt als Glanzstück der Partei in Pommern herumreisen zu lassen, nach ihm wird Traub folgen und dann ist wohl freie Bahn für Delbrück oder einen Halbjuden!«

v. Brockhausen befürwortete durch Brief an mich vom 31. Oktober noch einmal dringend die Bitte, in Pommern anzunehmen.

»Würden Sie hier sich aufstellen lassen, so würde, da ich doch wohl die Stimmung in ganz Pommern zu kennen glaube, Ihre Kandidatur als die des alten Führers der Konservativen von den alten Konservativen mit großer Freude begrüßt werden. Auch weiß ich genau, daß im Kreise Randow und vielleicht auch über denselben noch hinaus, eine Anzahl Industrieller, welche sonst national-liberal gesinnt sind, wegen Ihres großen Interesse für die Industrie, das Sie sowohl in Ihrer dienstlichen Stellung als Landrat des Kreises Randow als auch als Führer der konservativen Fraktion bewiesen haben, Ihnen ihre Stimme und damit der Liste der Deutsch-Nationalen geben würden. Hierzu kommt ferner noch, daß durch Ihre Aufstellung Gelegenheit gegeben würde, denjenigen Herren, welche unter Ihrer Führung während der Kriegszeit im Reichstag tätig waren, offen die weitsichtige und zielbewußte konservative Politik zu vertreten. Ich glaube nicht fehl zu gehen, daß Herren wie Herr v. Flemming und einige andere in diesem Falle sich wieder rednerisch betätigen würden, während sie sich seit den unglücklichen Novembertagen von allem politischen Leben fern gehalten haben. Würde dagegen Helfferich aufgestellt, so würde dies alles mehr oder weniger hinfallen müssen, und es würde die ganze Wahlagitation voraussichtlich den pflaumenweichen Politikern oder umgestellten Persönlichkeiten überlassen bleiben müssen. Es erscheint mir auch noch zweifelhaft, ob bei einer Liste Helfferich nicht noch von anderer Seite eine eigene Liste aufgestellt werden würde, da, wie ich erst noch kürzlich aus manchen Rücksprachen ersehen habe, eine Anzahl sehr ins Gewicht fallender konservativer Politiker in der Provinz ihm keinesfalls ihre Stimme geben wollen, wegen seiner Bethmännerei, seines Verhaltens in der U-Bootfrage 1916. [...]³¹

Helfferich ist eine Persönlichkeit, welche unbedingt ein sicheres Mandat bekommen muß, aber wie gesagt, nur nicht in Pommern, da ich dadurch eine Zersplitterung befürchte, welche nicht nur den Deutsch-Nationalen, sondern auch der konservativen Richtung sehr schaden würde.«

Ich machte Pommern gegenüber meine Entscheidung davon abhängig, ob für Helfferich ein anderer Platz zu finden sei, und befürwortete seine Aufstellung in Potsdam II, erhielt aber von Hergt am 28. November 1919 ein Schreiben, in dem er mir nahe legte, Pommern zugunsten von Potsdam II endgültig abzuschreiben. Das Ergebnis einer Rücksprache mit den Vorstandsmitgliedern von Potsdam II sei gewesen, daß dort die Anregung, sich für Helfferich zu entscheiden, keine Unterstützung gefunden habe.

»Im Gegenteil ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß Helfferich als ausführendes Organ von Bethmann belastet erscheine und für Berliner Verhältnisse nicht wohl möglich sei. Umgekehrt hat man zugunsten Ihrer Kandidatur geltend gemacht, daß damit alle Schwierigkeiten, die sich aus den Aspirationen des am weitesten rechts stehenden und zugleich ausgeprägt antisemitischen Flügels ergeben könnten, in erwünschtester Weise beseitigt würden. Zu Ihnen habe auch dieser rechte Flügel volles Zutrauen, während Sie andererseits eine wertvolle Ergänzung der Kandidatur Traub darstellten. Daß Helfferich den Antisemiten nicht liegen werde, weil er von früher durch seine großkapitalistischen Beziehungen belastet sei, ist nicht besonders zum Ausdruck gebracht worden; die drei Herren erklären aber übereinstimmend, daß auch nach dieser Richtung eine Kandidatur Helfferich bedenklich sei. Vor allem aber hat man Ihre Kandidatur gerade deshalb besonders begrüßt, weil dadurch ein Aufrollen der Frauenfrage vermieden sei. Mit einer männlichen Kandi-

³¹ Die ihm unverständliche Kandidatur Helfferichs in Pommern führte Brockhausen auf die Familie des Grafen Douglas (Ralwiek auf Rügen) zurück, dann habe ihn »Maltzahn-Bergen weiter lanciert«. Zum Gegensatz der Konservativen zu Bethmann Hollweg vgl. WESTARP I, S. 370–387 und II, S. 23–39.

datur Graf W. seien auch die – im Landesverband sehr einflußreichen – Frauen einverstanden; gegen eine Kandidatur Helfferich würden sie aber niemals zurücktreten. Man müsse mit Bestimmtheit damit rechnen, daß wenn jetzt nachträglich ein Wechsel Helfferich gegen Graf W. vorgeschlagen werden sollte, die Frauen für sich die 2. Stelle auf der Kandidatenliste mit aller Energie beanspruchen würden. Die 3. Stelle sei aber so gefährdet, daß man sie jedenfalls Helfferich als eine sichere nicht anbieten könne.«

Da, wie Hergt selbst betonte, der Platz in Pommern sicher, die zweite Stelle in Potsdam II dagegen unsicher war, bot er mir eine Rückversicherung an, die je nach den Bestimmungen des noch zu erwartenden Wahlgesetzes entweder in einem Platz auf der Reichsliste oder in einem sicheren Platz eines anderen Wahlkreises bestehen sollte. Graf Behr, v. Brockhausen und v. Hertzberg, die ich fragte, ob die Schwierigkeiten der Kandidatur Helfferichs in Pommern eher zu überwinden sein würden als in Potsdam II, verneinten das und baten mich die Entscheidung noch aufzuschieben. Das war auch deshalb zweckmäßig, weil noch gar nicht feststand, ob das Wahlgesetz die Wahlkreise verkleinern werde.³²

Im Februar 1920 drängte Potsdam II auf eine Entscheidung. Zunächst wurde mir am 3. vom Regierungsrat Gerlich nahe gelegt, zugunsten einer anderen Provinz zu verzichten, weil eine Reihe von Ortsgruppen – Lichterfelde, Neukölln, Tempelhof und die größte, Charlottenburg – mit der Begründung Schwierigkeiten mache, daß man den ausgesprochen konservativen Führer nicht wolle. Meine Frage, ob der Widerspruch von deutschvölkischer Seite ausgehe, wurde verneint, aber mit dem Zusatz, daß die Deutschvölkischen einen Platz für sich beanspruchten. Am 5. ersuchte mich indessen der Vorsitzende Landessyndikus Gerhardt endgültig, mich mit der Liste Traub, Graf Westarp, Anna v. Gierke, gegen deren Person besonders der völkische Widerstand sich richtete, einverstanden zu erklären. Als ich ihm den bei mir erhobenen Einspruch mitteilte, bat Gerhardt dringend um meine baldige Zusage, weil nur so den Schwierigkeiten ein Ende gemacht werden könne. Hergt teilte mir mit, daß Helfferich auf Pommern verzichtet habe, weil er verschiedene andere sichere Angebote habe, und bat nunmehr, ich möge mich endgültig auf Pommern einrichten, das aber nicht bekannt geben, um den Sturm in Potsdam II nicht zu entfesseln. Über Pommern sah ich nicht klar, weil mir mitgeteilt worden war, Malkewitz und Thomas hätten Bedenken geäußert, ob meine Kandidatur in Pommern, wenn es ungeteilt blieb, glatt gehen würde. Ich bat am 21. Februar Malkewitz und v. Brockhausen, hierzu Stellung zu nehmen. Während v. Brockhausen dabei blieb, ich müßte mich für Pommern entscheiden, erklärte Malkewitz in mündlicher Rücksprache, nur wenn die Provinz geteilt werde, sei meine Aufstellung in Hinterpommern ganz sicher. Sonst seien Schwierigkeiten aus Vorpommern zu erwarten. Er versicherte zwar, daß er und Thomas auch in diesem Fall für mich eintreten wollten, redete mir aber mit ausführlicher Begründung zu, den Schwierigkeiten in Potsdam II durch endgültige Annahme ein Ende zu machen. Deshalb entschloß ich mich am 28. Februar, Gerhardt für Potsdam II unter dem doppelten Vorbehalt zuzusagen, daß die Wahlkreise nicht noch geteilt würden und daß eine Einigung über die sonstigen von konservativer Seite geforderten Mandate erfolge.

Als nach dem Kapp-Unternehmen endlich die maßgebenden Entschlüsse über die Wahllisten gefaßt werden mußten, hatten sich die Verhältnisse wiederum geändert. Die Popularität Helfferichs hatte sich durch den Erzberger-Prozeß wesentlich gesteigert. Die Wahlkreise rissen sich um ihn. Er verzichtete auf Pommern, wurde in drei

³² Das war nach dem Reichstagswahlgesetz vom 27. April 1920 in den beiden Wahlkreisen nicht der Fall.

Wahlkreisen gewählt und nahm in Hessen-Nassau an. Traub, der von Kapp ein Ministerium angenommen hatte, wurde strafrechtlich verfolgt und von der Partei nicht wieder aufgestellt, sondern ersucht, auszuscheiden. Sein Platz in Potsdam II wurde also frei.

Auch ich hatte, ohne daß es freilich öffentlich bekannt wurde, dem Kapp-Unternehmen näher gestanden, als es weiten Kreisen zweckmäßig erschien. Auch erhob in der Erregung der Wochen nach dem Kapp-Unternehmen der christlich-soziale Flügel Forderungen, denen ich entgegentreten mußte. Deshalb berichtete ich am 25. März 1920 an v. Heydebrand, es sei mir sehr zweifelhaft geworden, ob ich kandidieren werde.

»Wenigstens scheint es mir, daß man im Wahlkreis Teltow die Courage dazu verliert, während ich von Pommern in dieser Beziehung noch keine Nachricht habe. Ich lasse die Dinge an mich kommen, möchte den Eindruck vermeiden, als ob ich persönlich aus Furcht zurückweiche, bin aber weiter nicht unglücklich, wenn aus der Kandidatur nichts wird.«

Es folgten am 7. und 9. April die Kämpfe, in denen ich die christlich-sozialen Versuche, die Konservativen noch mehr aus den Wahllisten zu verdrängen und den Angriff v. Kardorff, Graf Kanitz, Hoetzsch abwies, und dafür die Mitarbeit der Konservativen Partei bis zur Wahl vom 6. Juni zusagte. Dieses Kompromiß schloß ich ab, als meine eigene Aufstellung noch ungewiß war und ohne daß ich sie ausdrücklich oder stillschweigend zur Bedingung oder auch nur Voraussetzung gemacht hätte. Aber ich war mir darüber klar³³, daß ich nach der am 9. April von mir eingegangenen Bindung eine Wahl, wenn sie mir angetragen werden sollte, nicht mehr ablehnen könne.

Am 14. April 1920 beschloß Potsdam II, mich auf den zweiten Platz der Wahlliste hinter Wulle zu setzen, der an Stelle von Traub trat. Die Verweisung auf den zweiten Platz war nicht nur eine Prestigefrage für mich und die Konservative Partei, sondern von praktischer Bedeutung. Denn die zweite Stelle war im Januar 1919 nur durch Listenverbindung mit dem Zentrum erobert worden und auch jetzt noch, wie das Wahlergebnis zeigte³⁴, ganz unsicher. Die von Hergt einst angebotene Rückversicherung habe ich nicht erhalten, auch nicht gefordert oder angeregt. Wulle, Chefredakteur der »Deutschen Zeitung«, wurde von der im Wahlkreis stark vertretenen antisemitisch-völkischen Richtung auf den Schild erhoben. Meine Zurückstellung hinter ihn beruhte in der Hauptsache doch auf dem Bestreben, die Liste nicht mit dem belasteten konservativen Führer, sondern mit einem neuen Mann und einem nichtadeligen Namen zu eröffnen. Dennoch hielt ich es, wie die Dinge sich entwickelt hatten, für Pflicht anzunehmen; ich hielt mit Wulle gute Zeltgenossenschaft.

Bezeichnend für das Vorurteil gegen den konservativen Grafen, das auch noch mit meiner Aufstellung zu überwinden war, ist ein Brief des Universitätsprofessors Ziemann vom 21. April 1920:

»Wer wie ich den Vorzug gehabt hat, Sie in einer Versammlung sprechen zu hören, weiß, daß es überhaupt keinen würdigeren Vertreter für unsere Partei geben kann als Sie. Gerade weil es leider in unserer Partei so viele gibt, die die politischen Dinge mit dem Herzen statt mit dem Kopf betrachten, ist es doppelt notwendig, daß Herren, die außer einem scharfen Verstande eine überragende parlamentarische Erfahrung besitzen, der Partei zur Verfügung stehen.«

³³ So auch im Brief an Heydebrand vom 15. 4. 1920.

³⁴ Die DNVP errang 120 984 Stimmen; für ein Mandat wurden nach dem neuen Wahlgesetz 60 000 Stimmen benötigt.

Andererseits handele es sich bei dieser Wahl um einen »einzigartigen Sonderfall«, darum, »trotz der letzten Ereignisse möglichst viele Stimmen zu erhalten«. Die Nominierung Westarps sei im Wahlkreis gegen eine »erhebliche Minorität« beschlossen worden, weshalb er »schwere Bedenken« wegen seiner »Aufstellung in der Großstadt« äußerte. »Ein einfacher Mann aus dem Volke« habe »in der Hauptversammlung seinen Bedenken allerschärfsten Ausdruck« gegeben.

»Ich habe nun als Arzt außerordentlich viel Gelegenheit, mich mit der Stimmung der Bevölkerung bekannt zu machen und muß zu meinem tiefen Bedauern feststellen, daß ein ganz außerordentlich hoher Prozentsatz von Herren, die Sie alle auf das höchste schätzen, schwere Bedenken haben, Sie wegen Ihres Standes gerade in der Großstadt aufgestellt zu sehen [...].

Vielleicht würde unsere Partei noch weit kräftiger dastehen, wenn man die Imponderabilien der Volksstimme bei mancher Gelegenheit besser ausgenutzt hätte. Wir haben – und das ist ja Ansicht von vielen – schon darin Fehler gemacht, daß unsere Wahlaufrufe und Flugblätter längst nicht genügend auf den Ton des Angriffs und des Volkstümlichen gestimmt waren. Es ist vor allen Dingen auch wegen der Spaltung, die in der Partei bezüglich des taktischen Vorgehens in der Judenfrage besteht, gerade hier in Berlin ein geschlossenes, einheitliches Vorgehen unter Benutzung der breiten Massen notwendig, um so mehr, als durch den zu begrüßenden Austritt der Herren von Kardorff und Dr. Arendt leider für manche ängstliche Naturen weitere Beunruhigungsmomente gegeben sind.«

Westarp antwortete dem ihm nicht bekannten Verfasser offen unter Hinweis auf die Entstehungsgeschichte seiner Kandidatur:

»Die Bedenken und Sorgen, die Sie mir mitteilen, habe ich mir von Anfang an selbst klar gemacht, und es ist mir auch bereits mehrfach mitgeteilt worden, daß sie im Wahlkreis bestehen. [...] Politisch wäre mir die Kandidatur in Pommern vielleicht zweckmäßiger erschienen als die hiesige. Inzwischen hat Pommern mitgeteilt, daß es vielleicht aus ähnlichen Erwägungen heraus wie die Ihrigen, beschlossen habe, mich nicht aufzustellen. Daß nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen ein anderer Landesverband noch meine Kandidatur beschließen würde, glaube ich nicht; ich selbst kann mich nicht dazu entschließen, Schritte zu tun, um das anzuregen. Das schwere, verantwortungsvolle und nach meinen persönlichen Auffassungen und Verhältnissen undankbare Amt des Reichstagsabgeordneten vermag ich nur zu übernehmen, wenn es mir durch Beschlüsse der dafür zuständigen Stellen als Pflicht auferlegt wird. Nachdem dies durch den Beschluß der Landesverbände Teltow und, wie mir wiederholt ausgesprochen worden ist, in Übereinstimmung mit dem Gesamtvorstand der Partei und mit anderen für meine politische Auffassung mit maßgebenden Persönlichkeiten geschehen ist, glaube ich, mich dieser Pflicht nicht entziehen zu dürfen. Das würde sich selbstverständlich sofort ändern, wenn der Landesverband-Vorstand Teltow die Bedenken gegen meine Kandidatur für überwiegend halten und seinen bisherigen Beschluß ändern würde. Damit würde ich aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden. Solange dagegen der Beschluß nicht geändert wird, halte ich mich für verpflichtet, das meinige dazu beizutragen, um außer den andern Schwierigkeiten, die sich gegen meine Kandidatur ergeben, auch das Vorurteil gegen meinen gräflichen Namen zu überwinden; und im Interesse der gemeinsamen Sache erlaube ich mir die Bitte, mich dabei gütigst zu unterstützen. Als bekannt darf ich voraussetzen, daß ich meinem Stande nach weder großer noch kleiner Grundbesitzer, sondern früherer Oberverwaltungsgerichtsrat bin, mich um meiner politischen Überzeugung willen habe pensionieren lassen und als freier Schriftsteller in der Schriftleitung der »Kreuzzeitung« arbeite.«

Die praktische Bedeutung der Verhandlungen über die Aufnahme konservativer Kandidaten in die deutschnationalen Wahllisten und über meine eigene Kandidatur ist für die rückschauende Betrachtung geringer, als sie uns damals zu sein schien. Dennoch entbehren sie nicht des geschichtlichen Interesses. Sie ergeben ein Bild, das für die Wahlpolitik in der Weimarer Republik bezeichnend ist. Denn ähnliche Schwierigkeiten, mit demselben Kampf einander widerstrebender Interessen und Mächte, demselben Einfluß persönlicher, organisatorischer Gesichtspunkte, demselben Hin und Her der Rücksicht auf schwankende und schwer festzustellende Volksgunst ergaben sich, auch als die Trennungslinien der alten in der DNVP zusammengeschlossenen

Parteien mehr verwischt waren, bei der Vorbereitung jeder Wahl des Massen- und Verhältniswahlsystems. An der unerfreulich[st]en Erscheinung dieses Verfahrens, der Deckung der Kosten, habe ich erst bei späteren Wahlen persönlich mitarbeiten müssen. Aber die Erlebnisse bis zu meiner ersten Wahl in den Reichstag der Republik haben genügt, mich in meiner grundsätzlichen Ablehnung dieses Regierungssystems zu bestärken, außerdem aber auch mein inneres Widerstreben gegen die Annahme des republikanischen Reichstagsmandates sicher nicht gemindert. Noch am 5. Juni 1920 berichtete ich an v. Heydebrand:

»Stresemann benutzt den Fortbestand der Konservativen Partei in doppeltem Sinne. Er agitiert damit gegen mich, namentlich auch deshalb, weil ich eine Koalition mit der Sozialdemokratie nicht wolle, und er hat in den Verhandlungen mit Hergt auch angekündigt, daß er mit mir, eben weil ich noch Träger der besonderen Konservativen Partei sei, sich nicht werde koalieren können. Als Schiele mir das übermittelte, erwiderte ich, dann hättet Ihr mich eben nicht aufstellen sollen, und ich bin noch jeden Augenblick bereit und zwar sehr gern bereit, zurückzutreten. Davon wollte er aber nichts wissen.«

Ich war und bin nüchtern genug, um anzunehmen, daß man auf meine Aufstellung nicht oder jedenfalls nicht allein wegen persönlicher Vorzüge, sondern deshalb so entscheidenden Wert legte, weil man in meiner Person die Konservativen an die DNVP binden wollte.

Aufbau der DNVP

Organisationsfragen¹

Die Wahlen vom 19. und 26. Januar 1919 trafen die DNVP in schwerer Lage. Zu dem für jede Rechtsrichtung besonders ungünstigen revolutionären Chaos trat ihr eigener unfertiger Zustand. Dafür war der Erfolg (42 Mandate in der Nationalversammlung und 50 in der Preussischen Landesversammlung) verhältnismäßig gut. Ohne die Arbeit der in dem neuen Gebilde zusammengeschlossenen alten Parteien, namentlich der konservativen Organisationen, wäre dieses Ergebnis nicht erzielt worden. Einige dabei gemachten Erfahrungen suchte ich für die weitere Parteiarbeit nutzbar zu machen.² In den Städten hatte die Partei erfreulich Neuland gewonnen. In Berlin und seinen Vororten war im Gegensatz zu anderen Parteien ihre Wählerzahl vom 19. zum 26. Januar noch gestiegen.

»So half ihr der erste Erfolg vom 19. Januar den Glauben überwinden, der vielfach verbreitet war und von den Gegnern geschickt ausgenutzt wurde, man müsse demokratisch wählen, weil die Deutschnationalen ja doch nichts erreichen können.«

Dagegen hatte die DNVP auf dem Lande, besonders im Osten, den alten konservativen Boden in erschreckendem Umfange verloren. Das beruhte

»einerseits auf einer geradezu unerhörten Wahlbeeinflussung durch die Arbeiter- und Soldatenräte, denen der ganze Regierungsapparat, die Benutzung der Kraftwagen und der Kreisblätter zur Verfügung stand und gegen deren Tätigkeit alles, was jemals konservativen Landräten vorgeworfen worden ist³, ein Kinderspiel war. Die Landbevölkerung ist an vielen Stellen augenscheinlich noch nicht in dem gleichen Maße wie die städtische aus der Erstarrung von Furcht und Schrecken und aus der irrigen Vorstellung erwacht, daß man auch bei den Wahlen sich hinter die Regierung Ebert-Scheidemann stellen müsse. Dazu kam weiter die ungeheure Verärgerung und Erbitterung der Landleute durch die Zwangswirtschaft der Kriegsjahre, deren Schuld sie immer noch in völliger Verkennung der wahren Sachlage den Konservativen in die Schuhe zu schieben sucht, weil sie deren Einfluß auf die frühere Regierung ganz falsch einschätzt. Schließlich war augenscheinlich die Landarbeiterschaft den Einflüssen zurückgekehrter feldgrauer Sozialdemokraten beider Lager ziemlich widerstandslos ausgesetzt.«

Ich zog daraus den Schluß, daß der DNVP noch eine große Arbeit der Organisation und Aufklärung obliege.

»In Stadt und Land sind vor allen Dingen die Körperschaften der Parteiorganisationen zweckmäßiger, vollständiger und lückenloser auszubauen, als das in der Überhastung der ersten Zeit möglich war.«

Der organisatorische Aufbau wurde mit großer Tatkraft durchgeführt. Manchmal schien mir meine Mahnung sogar auf zu fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die Ent-

¹ Für diesen Abschnitt vgl. WEISS, Der nationale Wille, LIEBE und HERTZMAN.

² Kreuz-Ztg. Nr. 51 vom 2. 2. 1919, IP.

³ Vgl. dazu PUHLE.

wicklung dieser Organisation ist in den Geschäftsberichten⁴ und zusammenfassend in dem als zehnjährigen Rückblick herausgegebenen Buch »Der nationale Wille« eingehend geschildert worden.⁵ Diese Berichte zeigen die gewaltige Fülle der Geschäfte, die in der Partei bearbeitet wurden, und eine überaus vielseitige, in einer unendlichen Zahl von Vereinigungen und Geschäftsstellen auslaufende Organisation.

Persönlich habe ich mich an dieser Arbeit unmittelbar nur wenig beteiligt. Die zahlreichen Pläne und Entwürfe und die mannigfachen Fälle hervortretender Reibungen und Hemmungen, persönlicher Gegensätze und Kämpfe, die damit zusammenhängen, traten natürlich oft gesprächsweise und in Sitzungen an mich heran. Nicht selten konnte ich mich, bei aller Anerkennung der geleisteten Arbeit, des Gefühls nicht erwehren, daß man zu einer Überorganisation komme, die den vorbereitenden Aufwand ungebührlich steigerte und der durchsichtigen Klarheit, auch der Rücksicht auf die finanzielle Möglichkeit entbehrte. Dem habe ich mit der Wirkung, von Stürmern und Drängern als rückständiges Hemmnis angesehen zu werden, gelegentlich Ausdruck gegeben. Da ich aber nur Mitglied des »Partei Vorstandes« war⁶, dem aus diesem gebildeten kleineren »Geschäftsführenden Vorstand« aber nicht beitrug, hielt ich mich zu entscheidender Mitarbeit im Einzelfall nicht berufen. Es gab genug Kräfte, die sich damit befaßten, und Leute, die ihnen hineinredeten. In allen größeren Büroorganisationen, die ich kannte, angefangen von den Ministerien, nahmen die Streitereien um die Zuständigkeit, aber auch die persönliche Ränke einen ungebührlich großen Raum ein. Ich kann leider nicht feststellen, daß der deutschnationale Parteiapparat hierin eine rühmliche Ausnahme machte, aber es entsprach meiner Neigung, mich darin so wenig einzumischen, als es die Erfüllung der mir gestellten Aufgaben irgend zuließ. Wo man mich in einer Weise anrief, der ich mich nicht entziehen konnte, suchte ich zu vermitteln und auszugleichen. Deshalb kann ich auch über diese Teile der internen Parteigeschichte der ersten Jahre nicht zuverlässig und vollständig berichten.

Zu den politisch wie organisatorisch wichtigsten Persönlichkeiten gehörte neben dem Vorsitzenden das Geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Hauptgeschäftsführer. Nachdem v. Falkenhausen bereits im Dezember 1918 seine Stellung aufgegeben hatte, wurde Graef (Anklam) Geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Er hat mit starker Initiative eine Organisationsarbeit geleistet, mit deren Hilfe aus den überaus schwierigen Anfangs- und Übergangszeiten heraus ein großer und wirksamer Parteiapparat geschaffen wurde. Auch die erste, mit allen Mitteln moderner Reklame betriebene Wahlagitation für die Wahlen des Januar 1919, eine damals ganz neue Aufgabe, die überstürzt und ohne jede Vorbereitung geleistet werden mußte, war sein Werk. Ein gesunder politischer Instinkt, parlamentarische Arbeitskraft und Erfahrung gehörten zu seinen Vorzügen. Sein lebhaftes Temperament freilich führte zu mancher Überorganisation, bei der es auf Geld nicht ankam, und eine durch gefällige Form nicht gezügelte schroffe Redeweise machte ihm oft Gegnerschaft. Außerdem gehörte er zu den Parlamentariern, denen der Alkoholverbrauch Schwierigkeit bereitete und im Laufe der Jahre zur Gefahr wurde. Die Herrenhausgruppe lief gegen ihn Sturm und wollte ihn durch Steiniger ersetzen. Auch der durch v. Winterfeldt (Menkin) geleitete Werbe-

⁴ Für die Jahre 1921, 1922 im Staatsarchiv Aurich, Dep. LI, Nr. 3.

⁵ WEISS, Organisation, in: WEISS, Der nationale Wille, S. 362–390.

⁶ Westarp wurde auf dem 1. Parteitag im Juli 1919 in den Parteivorstand (zunächst 27 Mitglieder) gewählt, lehnte im Oktober 1919 die Wahl zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden ab (siehe oben S. 50); am 24. 3. 1926 wurde er zum Parteivorsitzenden gewählt, Hugenberg am 20. 10. 1928 zu seinem Nachfolger.

ausschuß, aus dem die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft hervorging, betrieb seinen Ersatz durch v. Dryander. Das Verhältnis zwischen Hergt und Graef war gleichfalls wohl von Anfang an nicht frei von Trübungen. Der Hauptvorstand hielt indessen an Graef fest.

In den ersten Monaten erledigte Graef die unmittelbare Leitung des Büros, in der freilich auch Hergt sich nach meinem Eindruck vielleicht zu sehr mit Einzelheiten belastete. Man kam aber, zumal da Graef auch als Geschäftsführer der Preußischen Landtagsfraktion stark in Anspruch genommen war und in Anklam wohnte, wo er ein Verlags- und Druckerei-Unternehmen besaß und leitete, zu der Überzeugung, daß das Geschäftsführende Vorstandsmitglied sich auf die Aufsicht und die Vertretung nach außen zu beschränken und daß außer ihm ein hauptamtlich besoldeter Hauptgeschäftsführer die Büro- und Parteigeschäfte zu erledigen habe. Als solcher wurde im März 1919 v. Lindeiner-Wildau berufen. Organisatorisch gesehen mußte man davon ausgehen, daß der Hauptgeschäftsführer dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied unterstellt sei, während v. Lindeiner eine selbständigere, nicht auf die Leitung der Bürogeschäfte beschränkte Stellung erstrebte und nach seiner Vorbildung und nach seinen Fähigkeiten auch beanspruchen konnte. Es hat infolgedessen wohl auch in dem Verhältnis Graef und v. Lindeiner nicht an Reibungen gefehlt. Ob diese allein oder ob die Fülle der Geschäfte zu dem Entschluß führte, einen zweiten, vorzüglich für die Geschäfte des Bürovorstehers bestimmten Hauptgeschäftsführer einzustellen, ist mir nicht bekannt.

Jedenfalls beschäftigte das ganze Jahr 1919 hindurch sowohl Hergt, Graef und v. Lindeiner wie v. Heydebrand, Schroeter und mich die Frage, ob Schroeter als Hauptgeschäftsführer der DNVP anzustellen sei. Der Gedanke lag, nachdem Schroeter das Büro des Hauptvereins in den Dienst der DNVP übergeführt und bis zum 1. April 1919 für diese gearbeitet hatte, an sich nahe. Er selbst schwankte; er stand der neuen Partei ablehnender gegenüber als ich, andererseits reizte ihn die große Aufgabe.

Die monatelangen Verhandlungen scheiterten schließlich an seiner Forderung, Geschäftsführer der »Kreuzzeitung« bleiben zu wollen.

Anfang 1920 wurde Dr. Weiß als zweiter Hauptgeschäftsführer neben v. Lindeiner angestellt. Ohne über die Einzelheiten zuverlässig und maßgebend unterrichtet zu werden, stand ich, um das hier vorweg zu nehmen –, und nicht ich allein – unter dem Eindruck, daß das persönliche Arbeitsverhältnis zwischen Hergt, Graef, v. Lindeiner und Dr. Weiß, schonend gesagt, wenig gedeihlich war. Es liegt mir fern, den Beteiligten ein größeres oder geringeres Maß von Schuld zuzuweisen. Die Temperamente mögen das Zusammenarbeiten nicht erleichtert haben. Die Hauptsache war wohl, daß die klare organisatorische Regelung der Zuständigkeiten und Unterordnungsverhältnisse aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht herzustellen war. Das Ergebnis war, daß Hergt am 1. Oktober 1921 die Büros trennte. Er wollte sich aus der Organisationsarbeit ganz zurückziehen und sie Graef und Weiß überlassen. Für die politische Leitung und Vertretung der Partei schaffte er sich ein eigenes Büro, dessen Führung v. Lindeiner übernahm.

Für ihn wurde die Stellung als Politischer Bevollmächtigter, später Politischer Beauftragter geschaffen. Dr. Weiß wurde einziger Hauptgeschäftsführer. Diese ganze Entwicklung habe ich nur beobachtend und über die inneren Vorgänge nicht voll unterrichtet miterlebt. Erst als ich im Jahre 1926 selbst Parteivorsitzender wurde, lernte ich ganz die Reibungen und Hemmungen kennen, die mit dieser aus persönlichen Ur-

sachen entstandenen Organisationsform verbunden waren, weil die Loslösung des Parteivorsitzenden von der Organisationsarbeit ebenso wie die Trennung von Organisation und Politik nicht durchführbar war und der Versuch, sie herbeizuführen, die Geschäfte nur hemmte. Allein eine tatkräftige und geeignete Persönlichkeit, die den Vorsitzenden in beiden Zweigen der Parteitätigkeit gemeinsam vertrat, hätte dem Parteivorsitzenden die nötige Entlastung und Stütze gewähren können.

Aus der Weimarer Fraktion traten manche Nachrichten über die dort entstandenen Schwierigkeiten an mich heran. Wie Schroeter an v. Heydebrand berichtete, sollten Dietrich und v. Delbrück – letzterer besonders von gewerkschaftlicher Seite gewünscht – den Vorsitz erstrebt, aber entscheidenden Widerstand erfahren haben. Graf Posadowskys Wahl lag unter diesen Umständen nahe, erwies sich aber nicht als glücklich. Bei aller großen Sachkunde fehlte ihm für das kleine Getriebe der Fraktion und des Parlaments das eingehende Interesse und Verständnis. Beklagt wurde das Fehlen einer festen zusammenschließenden Führung.

Bald bildete sich innerhalb der Fraktion der Anfang einer »scharfen Oppositionsgruppe«, bestehend aus v. Graefe, Hugenberg, Traub, Frau Käthe Schirmacher. Es liegen mir unmutige Briefe v. Graefes darüber vor. So schrieb er am 6. Juli 1919:

»Wie gern würde ich Ihnen öfters eine kleine Plauderei über das hiesige Irrenhaus senden und Ihnen dabei immer wieder versichern, *wie* kolossal ich *Sie* bei unserer Arbeit entbehre –, aber Sie kennen ja das Entnervende, jeden Entschluß Lähmende des öden Parlamentslebens, wo man schließlich am Abend froh ist, wenn man Papier und Tintenfaß fliehen kann [...].

Im Übrigen bin ich – ganz abgesehen von dem Seelenzustand infolge des Friedensverbrechens – zur Zeit innerlich recht unbefriedigt, denn wenn schon die »Arbeit« im alten Reichstag allermeist leeres Stroh dreschen war, so ist man hier *noch* viel mehr Hans-Wurst –, und ich vielleicht noch im Besonderen, weil mir irgend eine Tätigkeit überhaupt nicht zugewiesen ist, vielleicht, daß der Partei ein so »belasteter alter Konservativer«, den man ihr *contre coeur* aufgehalst hat, noch immer unbequem ist; jedenfalls bin ich absolut 5. Rad am Wagen und sehne mich maßlos raus aus der offiziellen Politik.«

Seine Sorge und Abneigung galten nicht allein dem Betrieb als solchem. Graf Posadowskys Führung betrachtete er als schlimmen Versager; die Kompromiß-Geschäftigkeit von Schultz-Bromberg, Dietrich, v. Delbrück war ihm sachlich und persönlich zuwider.

Durchdrungen davon, daß gelegentliche Einflußnahme eines Außenseiters im Fraktionsleben eher schaden als nützen kann, habe ich mich – abgesehen von einigen Anregungen an ihren Geschäftsführer, meinen alten Fraktionsfreund Schiele – der Fraktion fern gehalten. In Weimar bin ich nicht gewesen, auch nicht, als Hergt dort eine gemeinsame Besprechung des Parteivorstandes mit der Fraktion veranstaltete. Nachrichten erhielt ich von Dr. Kahrstedt, dem Pressereferenten der Fraktion in Weimar, der mir schon im Weltkrieg durch Vermittlung der Herrenhausfraktion nahe getreten war.⁷ An politischen Unterhaltungen mit den mir bekannten früheren Reichstagsmitgliedern hat es nicht gefehlt, und auch neu hinzugetretene Fraktionsmitglieder, z. B. Frau Behm, suchten mich gelegentlich auf, um meine Ansichten und meinen Rat zu hören. Manchen namentlich neueren Fraktionsmitgliedern mußte ich die Gründe näher zu bringen suchen, aus denen die Opposition der Fraktion unvermeidlich geboten, aber auch von höheren Gesichtspunkten aus nicht unfruchtbar war. Alle, auch die Vertreter der schärferen Richtung, wies ich auf die Notwendigkeit innerer und äußerer

⁷ Vgl. WESTARP II, S. 509.

Geschlossenheit hin. Rückschauend habe ich es oft als ein gütiges Schicksal bezeichnet, daß die Ablehnung meiner Wahl es mir erspart hat, nach der furchtbaren Belastung des Weltkrieges und Zusammenbruches auch noch an der Weimarer Tagung teilzunehmen.

Parteiprogramm

Am 29. September 1919 berief Hergt auf Grund der Parteitagsbeschlüsse vom 13. Juli einen Ausschuß, der die Aufgabe hatte, ein endgültiges Parteiprogramm der DNVP aufzustellen. Nach vielfachen Verhandlungen wurde das Programm in der Sitzung des Hauptvorstandes vom 7. bis 9. April 1920 verabschiedet und unter dem Namen »Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei« veröffentlicht.⁸ Es ist bis zur Auflösung der DNVP nach der Machtergreifung von 1933 maßgebend gewesen.⁹ Eine Darstellung aller der Besprechungen in kleinem Kreise, der Sitzungen der Unterausschüsse und des Ausschusses selbst, der Entwürfe, Gegenentwürfe, Änderungsanträge und Beschlüsse, die in sechsmonatiger Beratung für die endgültige Feststellung erforderlich waren, würde nicht ohne Interesse für die Geschichte der DNVP und der nationalen Bewegung in der Novemberrepublik sowie für das Wesen der Parteien überhaupt sein. Mir steht das parteiamtliche Material dafür¹⁰ nicht zur Verfügung, und ich beschränke mich auch hier unter Benutzung der mir vorliegenden Unterlagen auf eine Schilderung meiner Mitarbeit an dem Programm, soweit sie dem von mir dabei vertretenen konservativen Standpunkt gegolten hat.

Zunächst stand ich der Arbeit voller Zweifel, wenn nicht ablehnend gegenüber. Darüber berichtete ich an v. Heydebrand [1. Oktober 1919]:

»Es sind vier Unterkommissionen gebildet: für den allgemeinen und Weltanschauungsteil, für Volk und Staat, Kulturfragen, Wirtschafts- und Sozialpolitik; alle vier möglichst gemischt. Ich konnte nicht ganz umgehen, daß diese Unterkommissionen, besonders die für Volk und Staat sich in Fühlung mit mir halten sollen und wollen. In etwa vier Wochen soll das so vorbereitete Ragout in engerer Kommission zusammengekocht werden, um dann an Fraktionen, Landesverbände usw. zu gehen. Ich werde in den nächsten Tagen versuchen, [...] die Sätze über Staat und Volk zusammenzustellen, wie wir sie etwa im konservativen Sinn werden fordern müssen und sie Ihnen dann unterbreiten. Hier können Konflikte entstehen, besonders auch deshalb, weil man anfängt, sehr unitarisch zu werden, sich »nur für den deutschen Kaiser, nicht aber für die 26 Dynastien« zu begeistern, in diesem Fahrwasser segelnd, aber auch Preußen über Bord zu werfen; ferner ist man durchaus geneigt, die konstitutionelle Monarchie ganz zu verleugnen und den Eid auf das parlamentarische System zu leisten. Ich habe schon angedeutet, daß ein Verzicht auf Preußen Gefahr der Spaltung bedeute. Dabei warnte ich vor der Festlegung auf jede beliebige Art des Deutschen Kaisertums auch deshalb, weil der Vatikan, Zentrum, Erzberger, Habsburg, auch süddeutsche Fürstenhäuser dem monarchischen Gedanken nach immer zuverlässiger werdender Annahme ausgesprochen die Richtung auf ein katholisch süddeutsches, vielleicht habsburgisches oder höchstens wittelsbachisches Kaisertum geben wollen. Wir werden also wohl unsererseits wieder beim Großen Kurfürsten anfangen müssen; hätten wir ihn nur erst!«

⁸ Text bei LIEBE, S. 112–119, WEISS, *Der nationale Wille*, S. 391–400, MOMMSEN, S. 533–543.

⁹ Es wurde nicht, wie THIMME S. 23 schreibt, durch »Das deutschnationale Freiheitsprogramm«, hrsg. v. Reinhold G. Quatz und Paul Bang, Berlin 1932, abgelöst; dieses ist vielmehr als Aktionsprogramm anzusehen, vgl. das Vorwort von Hugenberg.

¹⁰ Die Akten der Partei zu diesen Fragen dürften 1933 vernichtet worden sein; auch Wolfgang Ruge (Beitrag »DNVP« im Lexikon zur Parteiengeschichte) stützte sich nur auf Unterlagen aus dem Teilnachlaß Westarp im ehem. DZA Potsdam.

Die sachliche Beschäftigung mit der Programmarbeit machte mich, wie das meist der Fall zu sein pflegt, auch zu positiverer Mitarbeit bereit. Am unmittelbarsten war ich an der Abfassung der ersten 12 Programmpunkte beteiligt, die in dem Abschnitt I »Volks- und Staatsleben« zusammenfaßt sind. In den für diesen Abschnitt gebildeten Unterausschuß waren v. Hassell als federführendes Mitglied, v. Kardorff und ich gewählt worden. Ich übersandte v. Hassell am 4. Dezember meinen Entwurf, er stellte mir einen Gegenentwurf zu, der von meinen Vorschlägen in einigen allerdings wichtigen Punkten abwich, schied aber gleichzeitig, weil er im Auswärtigen Dienst nach Rom versetzt wurde, aus den Verhandlungen aus. v. Kardorff machte mehrere Gegenanschläge, über die wir uns nicht einigten, und v. der Osten, dessen Zuwahl er vorschlug, lehnte zwar den Eintritt in den Unterausschuß ab, trat aber schriftlich in wesentlichen Punkten meinem Standpunkt bei.¹¹ Mit Änderungen, die sich teils aus diesen Verhandlungen, teils aus Besprechungen in der Hauptgeschäftsstelle ergaben, wurde mein Vorschlag in einen gedruckten Gesamtentwurf der Hauptgeschäftsstelle aufgenommen, der den Titel »Richtlinien der DNVP« erhielt und in der Sitzung des Gesamtausschusses vom 29. Januar 1920 durchberaten wurde. Das Ergebnis wurde für den Abschnitt I »Volks- und Staatsleben« durch einen aus Graef (Anklam), Frau Ripke-Kühn¹² und mir bestehenden Redaktionsausschuß festgestellt und ging mit einigen unwesentlichen stilistischen Änderungen in den zweiten Gesamtentwurf der Hauptgeschäftsstelle über, der unter dem Titel »Entwurf eines Programms der DNVP« den Fraktionen und Landesverbänden zugeht und die Unterlage der Verhandlungen des Hauptvorstandes vom 7. bis 9. April 1920 bildete. Bei diesen wurde der Abschnitt I, wiederum mit einigen Änderungen, in endgültiger Fassung als Bestandteil der »Grundsätze« beschlossen.

Schon zur Sitzung des Programmausschusses vom 29. Januar hatte ich eine Anzahl von Abänderungsanträgen eingereicht, die sich meinen ursprünglichen Vorschlägen annäherten, und am 10. März übersandte ich Hergt noch einmal Anträge für die abschließende Sitzung des Hauptvorstandes. Gleichzeitig teilte ich sie Malkewitz und Graf Seidlitz mit der Bitte um Unterstützung durch die Landesverbände Pommern und Schlesien mit. Die Anträge wurden nur zum Teil berücksichtigt.¹³

Während der Verhandlungen der parteiamtlichen Ausschüsse und in Fühlung mit ihnen stellte die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft einen eigenen Entwurf auf. Er sollte mehr als die parteiamtlichen Entwürfe das Parteiprogramm auf großen Grundideen aufbauen und die Stellungnahme im Einzelfall ideologisch begründen. Der Entwurf war theoretischer und schwungvoller in der Sprache. Die Begründung der praktisch zu lösenden Aufgaben nahm einen breiteren Raum ein als ihr Inhalt, und die einzelnen gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Forderungen und Versprechungen waren nicht in einem ausführlichen Katalog zusammengefaßt, sondern in kurzen Schlagworten an die theoretische Begründung angefügt. Geschäftsführung und Vorstand der DNVP hielten den Vorschlag, wie mir schien mit Recht, nicht für ausreichend, den praktischen Zweck des Programms zu erfüllen. Man genehmigte aber, daß der Entwurf der Arbeitsgemeinschaft von ihr besonders veröffentlicht wer-

¹¹ Auszüge aus dem Briefwechsel Osten-Kardorff und Osten-Westarp in den folgenden Anmerkungen 17, 19, 20.

¹² Nicht ermittelt.

¹³ Westarps Anträge sind im Nachlaß Westarp (Teil Potsdam) unter Nr. 114 erhalten.

de. Das ist unter dem Titel »Nationales Manifest der DNVP«¹⁴ geschehen. An der Abfassung des Manifestes und an der Arbeit, die nötige Übereinstimmung mit dem offiziellen Parteiprogramm zu sichern, bin ich persönlich meines Erachtens wenig oder gar nicht unmittelbar beteiligt gewesen.

Entgegen dem Beschluß des Programm-Ausschusses vom 29. September wollte ich dem ersten Abschnitt die Überschrift »Staat und Volk«, nicht »Volks- und Staatsleben« geben. Für die Änderung sprachen redaktionelle Gründe. Gemäß dem Wesen des Programms einer parlamentarisch tätigen politischen Partei wurden in dem von mir entworfenen und schließlich angenommenen ersten Abschnitt in der Hauptsache Aufgaben der Staatspolitik behandelt; erst die letzten Nummern enthielten Gesichtspunkte der Berücksichtigung und Förderung eines starken deutschen Volkstums. Umso mehr mußte es auffallen, wenn in der Überschrift das Volk an die erste Stelle gesetzt wurde, und tatsächlich handelte es sich in dem Meinungsstreit über diese Fassung der Überschrift um tiefer greifende sachliche Gegensätze, aus denen ich kein Hehl gemacht habe. Die fortwährende Betonung der Rücksicht auf das Volk unter ausdrücklicher und stillschweigender Zurücksetzung des Gedankens der Staatsnotwendigkeit schien mir ein Zugeständnis an den demokratischen Zug der Zeit und an das Popularitätsbedürfnis zu sein.

Es schien mir mehr als eine Formsache zu sein, wenn ich forderte, als deutschnationale Rechte solle die Partei den konservativen Staatsgedanken preußischen Gepräges in den Vordergrund stellen.¹⁵ Durchgedrungen bin ich damit nicht.

Zeitweise bestand der Plan, die drei Einzelabschnitte durch »Obersätze« einzuleiten. Obwohl er nicht ausgeführt wurde, sind die Verhandlungen hierüber von Interesse, weil auch sie mir Gelegenheit boten, zu fordern, daß in dem politischen Programm der Gedanke des Staates nicht hinter denjenigen des Volkes zurücktreten dürfe. Zwei Maschinenschrift-Entwürfe, deren Urheber aus meinen Akten nicht ersichtlich sind, enthalten – der eine mit einer näheren auf Fichte Bezug nehmenden Begründung – folgende Leitsätze:

»Aus der Zugehörigkeit zum Deutschtum schöpft der Einzelne seine besten Kräfte. Dies sein Volkstum mit allen seinen Gaben und Fähigkeiten zu fördern, ist Pflicht jedes Deutschen. Im nationalen Staat erblicken wir die organische Zusammenfassung aller Glieder unseres Volkes.

Von dieser unserer grundlegenden Auffassung vom Wesen des Staates sind alle unsere Wünsche für seine künftige Gestaltung und Betätigung getragen.«

Auf dem einen Exemplar findet sich ein von mir mit Bleistift niedergeschriebener Gegenentwurf.

»Staat und Volkstum.

Der Staat ist der lebendige Körper des Volkes. Eine starke Staatsgewalt, getragen von dem Pflichtbewußtsein und dem Gehorsam gegen seine Autorität, von opferwilliger Hingabe und begeisterter Vaterlandsliebe, hat die Aufgabe, die Kräfte des Volkes zusammenzufassen und das deutsche Volkstum, frei von fremder Machtherrschaft und schädlichen Einflüssen fremden Wesens, zur höchsten Entfaltung zu bringen.«

¹⁴ Als Manuskript gedruckt (ein Exemplar im Nachlaß Westarp). Verfasser war nach HASSELL Rechtsanwalt Richard Carl Wolff.

¹⁵ Begründung Westarps bei seinen wiederholten Anträgen: »Der Abschnitt beschäftigt sich, dem Zweck eines politischen Programms entsprechend, in erster Linie mit dem Staatsleben, und nach unserer politischen Auffassung steht der Staat im Vordergrund.«

Damit wollte ich die konservative Staatsauffassung zum Ausdruck bringen, für die ich gegen die demokratischen Ideen und Machthaber kämpfte und die noch heute für mich maßgebend ist.

Für mich und wie mir scheint, für alles konservative Denken ist der Staat eine rechtliche Gesamtpersönlichkeit, die als solche ihre eigene Bedeutung und ihren eigenen Wert hat. Er ist nicht willkürliches Menschenwerk, sein Wesen ist nicht aus Zwecken zu erklären, die ihm bei seiner durch einzelne Menschen erfolgten Gründung gesetzt worden wären. Denn er ist nicht ein Vertragsgebilde und wird nicht wie eine Gesellschaft von ihren Vorstandsmitgliedern geleitet. Vielmehr ist der Staat, wie die Geschichte aller Zeiten zeigt – in dieser Beziehung dem Ameisen- und Bienen-Staat vergleichbar –, eine ursprüngliche, aus dem eigensten Wesen des Menschengeschlechtes hervorgegangene Schöpfung. Größe und Umfang der einzelnen Staaten, ihre Stellung in der Welt, ihre Aufgaben und Ziele, ihre formelle und materielle Gestalt und die in ihnen maßgebenden Herrschaftsverhältnisse sind durch das Volkstum, das sie in sich vereinen, und durch ihre geographische Lage, nicht minder aber durch ihre geschichtliche Entwicklung, ihre Entstehung und Fortbildung bestimmt. Zur Erkenntnis des Wesens des Staates reicht verstandesmäßiges Denken ohne religiösen Glauben an göttliches Gesetz und göttliche Führung nicht aus. Als von Gott gesetzte überindividuelle Persönlichkeit hat der Staat gegen seine Angehörigen einen nicht nur mit Zweckmäßigkeitsgründen zu rechtfertigenden, sondern sittlich und religiös begründeten Anspruch auf Unterordnung und auf hingebende und opferwillige Pflichterfüllung in seinem Dienst. Insoweit sind der Staat, seine Autorität und sein überindividueller, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammenfassender Bestand allerdings für seine Angehörigen Selbstzweck. Der Staat und seine Macht sind nicht unwandelbar. Jedes Geschlecht seiner Angehörigen hat die Pflicht, ihn fortzuentwickeln. Wer freilich, wie es Haase am 11. November 1918 mir gegenüber getan hat¹⁶, das Recht für sich in Anspruch nimmt, das auf revolutionärem Wege zu tun, übernimmt schwerste Verantwortung für die Schäden und Erschütterungen, die auf Generationen hinaus die Folge solchen Rüttelns an den Grundlagen des Staates und seiner Autorität zu sein pflegen. Schließlich unterliegt jeder Staat wie das Einzelindividuum dem Gesetz des Stirb und Werde, das sich bei ihm freilich in den längeren Zeiträumen von Geschlechterfolgen, Jahrzehnten oder Jahrhunderten vollzieht.

Der Erkenntnis, daß der Staat nicht willkürlich menschliches Vertragswerk, sondern lebendiges Gebilde eigener Individualität und Prägung ist, entspricht der von konservativer Seite oft betonte »organische Staatsgedanke«, der im Volk oder in der Nation die überindividuelle Persönlichkeit erblickt und den Staat als deren lebendigen Körper bezeichnet. Ich habe der Aufnahme dieses Gedankens in Punkt 6 des Programms zugestimmt und ihn selbst oft propagandistisch vertreten. Rückblickend sehe ich, wie es sich bei solchen programmatischen und agitatorischen Erörterungen nicht eigentlich um wissenschaftliche Betrachtung, sondern um Vergleiche und Bilder gehandelt hat, mit denen ein Gedanke der Menge zugänglich gemacht werden sollte. Für das staatsrechtliche und staatspolitische Denken ist der Staat die rechtliche Gesamtpersönlichkeit mit eigenem Daseinsrecht und Daseinszweck und eigenem Herrschaftsanspruch gegen seine Angehörigen. Der Vergleichspunkt im Bilde, das den Staat als lebendigen Körper des in ihm vereinten Volkes darstellt, ist die organische

¹⁶ Siehe oben S. 13.

Einheit zwischen Staat und Volk. Aus ihr ergeben sich die Aufgaben, die dem Staat und seiner Führung gestellt sind. Dabei unterschied ich zwischen Staatszweck und Staatsaufgabe. Staatsaufgabe ist die Sicherheit, die nach außen hin freie Entwicklung aller Kräfte, die Kultur, der Fortschritt, die Ehre und Freiheit des zum Staate vereinigten Volkes. Wohlfahrt und materieller Wohlstand der Einzelnen kommen für die Staatspolitik nur insoweit in Betracht, als sie die Folge der Volkswohlfahrt und mit ihr vereinbar sind.

Als ich bei den Programmverhandlungen der DNVP wie auch sonst in den ersten Jahren der Republik diesen Kampf um den Wert der Begriffe Volk und Staat führte, war Deutschland durch das Verbrechen der Novemberrevolution in den Anfang der Periode jenes Kreislaufs zwischen Chaos und Diktatur eingetreten, der das Schicksal aller sich freventlich und gewaltsam von ihrer staatlichen Vergangenheit lösenden Völker ist. Um so unerläßlicher war es, daß der seiner Verantwortung für die Zukunft bewußte Politiker alles tat, um eine starke Staatsgesinnung und pflichtbewußte Hingabe an den Staat zu pflegen, da ohne sie ein ersprißliches Ende des Chaos nicht abzusehen war. Schon aus diesem Grunde trat ich dem Versuch, das Ideal des Staates durch dasjenige des Volkes zu ersetzen, so sehr er im demokratischen Zuge der Zeit lag, entschieden entgegen, obwohl ich mir bewußt war und es bis in die eigenen Reihen der DNVP hinein erlebte, daß ich mich dadurch dem Vorwurf reaktionärer Engstirnigkeit und junckerhaften Hochmutes aussetzte.

Maßgebend war für mich dabei auch der Mißbrauch, den die demokratische Agitation mit dem Begriffe des Volkes trieb. Jahrzehnte hindurch hatte die sozialdemokratische Hetze und das agitatorische Streben aller Parteien nach Massenpopularität dahin geführt, daß als »Volk« nur noch die breite Masse der Besitzlosen und der Handarbeiter bezeichnet und bewertet wurde.

Der Einwand gegen das in meinem Entwurf angeblich enthaltene Bekenntnis zur Revanchepolitik, den v. Kardorff erhob und sogar v. der Osten sich zu einem gewissen Grade zueigen machte¹⁷, war mir nicht neu. Schon vor meinem Parteitagreferat hatte ich das Bedenken überwinden müssen, daß ein Bekenntnis zu dem Ziele, die durch

¹⁷ Kardorff schrieb: »Ich halte es für bedenklich, den Gedanken der Revanche in das Programm aufzunehmen. In Ziffer I werden daher die Worte »die geraubten Gebiete ihm wiedervereint« zu streichen sein. Nehmen wir den Gedanken der Revanche in unser Programm auf, so wird die Entente bis auf weiteres eine Regierung mit deutschnationalem Einfluß nicht zulassen. Auch Frankreich hat nach 1870/71 nicht sofort den Revanche-Gedanken öffentlich propagiert, sondern nach dem Worte Gambettas gehandelt: *Toujours y penser, jamais y parler*. Erst als es an Rußland eine starke Stütze für seine auswärtige Politik gefunden hatte, ist es mit dem Gedanken der Revanche offen hervorgetreten. Fraglich ist es, ob wir eventuell den Gedanken auf den Osten beschränken. Ich fürchte aber, damit würden wir die Lage unserer Volksgenossen in den abzutretenden Gebieten unnötig erschweren und die Polen veranlassen, das Deutschtum noch rücksichtsloser auszurotten, als sie es sowieso ausrotten werden.«

Osten schrieb, er halte es nicht für zweckmäßig, »den Gedanken der Revanche in den Vordergrund zu schieben. Auf der anderen Seite muß aber eine Formel gefunden werden, die auch programmatisch unzweifelhaft feststellt, daß wir uns mit dem schreienden Unrecht und den inneren Unmöglichkeiten des Versailler Friedens niemals abfinden, sondern »auf friedlichem Wege« unabänderlich eine Revision anstreben werden. Eine derartige Formulierung kann uns die Entente nicht verdenken, und wir selber können innerlich den Vorbehalt machen, daß, wenn friedliche Mittel nicht zum Ziele führen, nötigenfalls auch andere ergriffen werden müssen. Ich gebe zu, daß das etwas jesuitisch gehandelt ist, aber ohne eine kleine Dosis davon kommen wir in der Politik nicht weiter.«

Kardorff schrieb am 12. 1. 1920 an Westarp, er sei nach Ostens Vorschlag damit einverstanden, »daß wir *salva redactione* sagen: Wir fordern eine Revision des Friedensvertrages, damit das dem deutschen Volke zugefügte schreiende Unrecht wiedergutmacht wird.«

Versailles geraubten Landesteile zurückzugewinnen, die Partei dem Vorwurf der Kriegshetze aussetzten und regierungsunfähig machen werde. Wie damals gelang es mir auch jetzt, die Vereinigung der verlorenen Landesteile mit dem Reich zum Bestandteil des deutschnationalen Programms zu machen.

Den Vorwurf, das sei Revanchepolitik, habe ich wie in den damaligen innerparteilichen Besprechungen und Verhandlungen, so in vielen öffentlichen Reden und Aufsätzen noch oft widerlegt. Der Schrei nach Revanche entspreche dem französischen Charakter; er gehe aus einem unbefriedigten Bedürfnis nach gloire und prestige, Kriegsrühm und Weltherrschaft hervor und sei ein Gemisch von verletzter Eitelkeit und Rachedurst. Das alles liege dem Deutschen fern. Wir hätten für Revanche nicht einmal ein deutsches Wort. Man verwechsle, wenn man schon Fremdworte gebrauchen müsse, Revanche und Irredenta. Ziel der von uns vertretenen Politik sei nicht Wiederherstellung von Waffenruhm, den wir nicht verloren hätten, nicht Rache, vielleicht nicht einmal gerechte Vergeltung, auch nicht die Stellung als Vormacht Europas oder der Welt, sondern schlicht und sachlich Befreiung der unter die Fremdherrschaft geratenen deutschen Landes- und Volksteile und Wiederherstellung des dem deutschen Reiche rechtlich zustehenden und für sein Dasein unentbehrlichen Lebensraumes.

Es ist wohl kein Zufall, daß ich in meinem ersten Entwurf es unterlassen oder übersehen hatte, dabei den Wiedererwerb der deutschen Kolonien ausdrücklich zu erwähnen. Das geraubte Staatsgebiet selbst nahm in meiner Vorstellung den weitaus ersten Raum ein. Der Aufnahme auch des Kolonialbesitzes, die von anderer Seite angeregt wurde, habe ich natürlich zugestimmt.¹⁸

Als Ziel der Befreiungspolitik hatte die »Aufhebung« des sogenannten Versailler Friedens und als Gegenstand der Werbearbeit die Kennzeichnung des gesamten sogenannten Vertragswerkes als Zwangsdiktat des Hasses und erpresserischen Vernichtungswillens in das Parteiprogramm aufgenommen werden sollen. Auch hiergegen machten sich Bedenken geltend. Man wies darauf hin, daß auch unsere Partei den unterschriebenen Vertrag, solange seine Aufhebung nicht erzwungen werden könnte, erfüllen und diese Notwendigkeit, um sich nicht auszuschalten, auch anerkennen müsse. Auch ich mußte zugeben, daß dieser Zwang bestehe, und habe ihm in der Folge oft praktisch Rechnung tragen müssen. Dennoch hielt ich es für falsch, in programmatischen Äußerungen auf das Fernziel einer vollständigen Aufhebung des Versailler Diktates als Ganzes zu verzichten. [...] Mein Vorschlag wurde noch weiter abgeschwächt, indem man das Wort Versailler »Gewaltfrieden« durch Versailler »Vertrag« ersetzte. Ferner wurde in dem Entwurf der Hauptgeschäftsstelle für die Sitzung vom 29. Januar eingefügt, daß man die Änderung des Versailler Vertrages »auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes« forderte. Das war bei der Einstellung zum Selbstbestimmungsrecht, die ich während und nach der Kriegszeit eingenommen habe, für mich unannehmbar, und ich habe die Streichung dieser Worte beantragt und durchgesetzt.

Ebenso wie die Kolonien hatte ich in meinem Entwurf den Anschluß Österreichs nicht erwähnt. Auch das war kein Zufall. Ich war kein unbedingter Anhänger des Anschlußgedankens. Mir schien er aus außen- und innenpolitischen Gründen besonders

¹⁸ Wortlaut der »Grundsätze«: »die abgerissenen deutschen Lande« – Westarps Entwurf: »die geraubten Gebiete«; und: »Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrags« [Westarp: »Gewaltfriedens], die Wiederherstellung der deutschen Einheit [Westarp: »und Freiheit«] und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien.«

schwer durchführbar, andererseits voll sachlicher Bedenken zu sein, so daß ich bezweifelte, ob man fordern sollte, daß Deutschland, solange es dringlichere Aufgaben der Befreiung habe, gerade an dieses Ziel seine ganze Kraft setzen sollte. Aber die Forderung des Anschlusses war auch innerhalb der Partei besonders populär. Dem habe ich im Parteiinteresse oft Rechnung getragen, und ich konnte deshalb den gelegentlich erhobenen Vorwurf, wir behandelten den Anschluß nach dem Grundsatz »immer davon sprechen, aber nicht daran denken« für mich innerlich nicht ganz abweisen. Am 29. Januar fügte man nach einem Vorschlag von D. Traub in Punkt 1 den Satz hinzu: »und treten für den Anschluß der österreichischen Deutschen an das Reich ein«. Da mir das zu weit ging, beantragte ich, den Hinweis auf Österreich von den Forderungen für »Deutschlands Befreiung« zu trennen, ihn in den Punkt 2 (Auslandsdeutschtum) zu verweisen und ihm die in das Programm übergegangene Fassung zu geben, in der die DNVP die Volksgemeinschaft mit den Deutschen Österreichs besonders betont und hinzugefügt, daß sie sich für deren Recht der Selbstbestimmung einsetzen werde. Hiermit war der Anschlußgedanke nur angedeutet und der Initiative Österreichs überlassen. Befriedigt hat mich die Halbheit dieser Lösung um so weniger, als damit dem Selbstbestimmungsrecht eine Hintertür geöffnet wurde. Wie bei so manchem Antrag, den ich in meinem parlamentarischen Leben gestellt habe, handelte es sich auch hier nicht so sehr um meine eigene Auffassung als vielmehr um ein redaktionelles Kompromiß, für das ich die Verantwortung mit übernahm.

Da das Programm das Ziel der Befreiung von fremder Zwangsherrschaft an die Spitze gestellt hatte, habe ich für meine persönliche Propaganda den Unvollkommenheiten der Formulierung des Verhältnisses zum Versailler Vertrag kein Hindernis entnommen, ihn als Diktat des Unrechtes und der Gewalt in Bausch und Bogen zu verwerfen und seine volle Aufhebung als das Fernziel auch der Partei zu vertreten. Ich konnte das legaler Weise um so mehr tun, als ich es in den Programmverhandlungen ausdrücklich angekündigt hatte.

Die Stimmung in der DNVP war einem eindeutigen programmatischen Bekenntnis zur Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie wenig günstig. Daß das Programm den monarchischen Gedanken enthalten müsse, wurde zwar von allen Seiten anerkannt; aber der niedergebrochenen Stimmung der Zeit entsprach es, daß man teils nicht den innerlich überzeugten Entschluß, teils nicht den taktischen Mut fand, ihn mit dem durch die preußisch-deutsche Geschichte gegebenen Inhalt zum klaren Ausdruck zu bringen. Besonders häufig und lebhaft wurde mir in den ersten Revolutionsjahren die von v. Kardorff ausgesprochene Auffassung entgegengehalten, die Schuld des Kaisers am Zusammenbruch und seine »Flucht« hätten das monarchische Gefühl und die Anhänglichkeit an das Kaiserhaus namentlich in den gebildeten Kreisen so schwer erschüttert, daß es nicht opportun sei¹⁹, die Forderung einer Wiederherstellung

¹⁹ Kardorff schrieb am 21. 12. 1919 an Westarp, wegen der Abhängigkeit Deutschlands von der Entente sei Vorsicht geboten, fügte jedoch hinzu, man müsse sich im klaren darüber sein, »daß der Zusammenbruch der Monarchie ein ungewöhnlich schmachlicher war. Die Flucht des Kaisers und des Kronprinzen nach Holland, die Tatsache, daß nicht »das alte System«, sondern das System des Kaisers den Krieg verloren hat, die Rolle, die der Kaiser bei Ausbruch des Krieges gespielt hat, die Enthüllungen von Tirpitz, die früher oder später erfolgende Veröffentlichung des Bandes III der Erinnerungen des Fürsten Bismarck, schwebende Ehescheidungs-Prozesse im königlichen Hause und vieles andere mehr haben dazu beigetragen, das monarchische Gefühl und vor allem das Gefühl der Anhänglichkeit an unser Kaiserhaus in den gebildeten Kreisen außerordentlich schwer zu erschüttern. Ich halte es daher für richtig zu sagen: »Aus den Tiefen der Volksseele soll uns ein soziales Kaisertum als Wahrzeichen der Einigkeit und der

der Hohenzollernmonarchie klipp und klar auszusprechen. Daraus entsprang die Neigung, die Frage, woher der Kaiser der Zukunft kommen solle, offen zu lassen. v. der Ostens sehr zutreffende Darlegung²⁰, daß die gegen den Kaiser zu erhebenden Vorwürfe keinen berechtigten Anlaß gäben, auf die Dynastie und auf die Überlieferung des preußischen Königtums zu verzichten, setzten sich in der damaligen Stimmung nur schwer durch. Aus ihr ergaben sich ferner die Versuche, der monarchischen Forderung auch in sachlicher Beziehung eine abgeschwächte Form zu geben, mit der man hoffte, die agitatorischen oder taktischen Bedenken mehr oder weniger zu beseitigen. Ein nicht unwesentlicher Teil der Partei, namentlich jüngere Politiker, wollten sich mit einem rein theoretischen, aus dem organischen Staatsgedanken der konservativen Weltanschauung abgeleiteten Bekenntnis begnügen. Der einzige Absatz, den das »Nationale Manifest« der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft dem monarchischen Gedanken widmet, sei hier abgedruckt, weil er ihn in einer Form wiedergibt, die damals vielfach als Ausweg aus den Schwierigkeiten betrachtet wurde.

»Insbesondere erwächst aus unserer Ansicht von Wesen und Gestalt des Staates unsere Stellungnahme zur Monarchie. Wir wissen, daß das deutsche Volk immer gefühlsmäßig und tiefinnerlich monarchisch war. Wir haben aber auch weiterhin vernunftgemäß die Überzeugung, daß nur die monarchische Staatsform geeignet ist, die Stetigkeit der politischen Entwicklung zu verbürgen und in Zeiten der Not die Einigkeit des Volkes zu gewährleisten. Wir haben an dem Beispiel der fremden großen Republiken gesehen, daß die Herrschaft der Parteien und die untrennbar mit der Republik verbundene politische Korruption unendlich viel schlimmer ist als das menschliche Versagen eines Trägers der Krone. Wir sehen Parteiherrschaft und Korruption auch jetzt bereits bei uns. Wir werden deshalb nicht aufhören, im deutschen Volke das tausendjährige Sehnen nach dem deutschen Kaisertum zu pflegen. Wir sind davon überzeugt, daß das deutsche Volk selbst von dem ihm durch die Verfassung gegebenen Recht Gebrauch machen und sich zur rechten Zeit seinen Fürsten rufen wird.«

Ich machte geltend, daß die darin enthaltenen Gedanken für das amtliche Parteiprogramm nicht ausreichend seien. Die Partei müsse in ihrem Programm eine praktische Forderung aufstellen und könne den Gedankengang des Manifestes nur zu deren Begründung mitbenutzen.

Zahlreiche maßgebende Mitglieder des Vorstandes und Programmausschusses fürchteten besonders den Vorwurf, wir forderten die Wiederherstellung der alten Monarchie genau in der gleichen Weise, in der sie bestanden habe. Man hielt es für unerlässlich, tatsächlich oder doch dem Anscheine nach etwas ganz Neues zu fordern. Darüber, wie das Neue aussehen solle, bestand freilich, wie ich einwandte, weder Klarheit noch Einigkeit. Es müsse, so wurde trotzdem verlangt, zum Ausdruck kommen, daß wir nicht eine Restauration der alten Monarchie durch Staatsstreich und Gewalt,

Größe des Vaterlandes neu erstehen« und hinzufügen: »Nie werden wir vergessen, was das Herrscherhaus der Hohenzollern Großes und Segensreiches für Preußen und das Reich getan hat.«

Im Brief vom 12. 1. 1920 (siehe Anm. 17) schlug er vor: »Wir halten an der Hoffnung fest, daß uns aus den Tiefen der Volksseele das Kaisertum und Königtum der Hohenzollern neu erstehen wird.«

²⁰ Osten schrieb am 9. 1. 1920 an Kardorff, er stehe »rückhaltlos« auf dem von Westarp vertretenen Standpunkte. »Trotz aller Bedenken, die Sie ganz mit Recht gegen den letzten Träger der Krone hervorgehoben haben, muß doch an dem preußischen Königtum der Hohenzollern unbedingt festgehalten werden, da ich ohne ein wiedererstarktes Preußen, das nur auf der Basis der alten Monarchie möglich ist, mir keinen Wiederaufbau Deutschlands denken kann. Die Menschen vergessen schnell [...]. Aus einem süddeutschen Hause kann m. E. das Heil für Deutschland nicht kommen [...]. Freilich wird die Entente alles versuchen, eine Wiedererstarkung Deutschlands, die auch nach ihrer Kenntnis der Dinge allein unter der Monarchie möglich ist, zu verhindern. Wir werden deshalb jede *herausfordernde Sprache* im Programm-

sondern ein neues Kaisertum im Wege gesetzlicher Entwicklung erstrebten. Deshalb wurde auch jede Anerkennung des Prinzips der Legitimität abgelehnt, mit dem man sich auf den Weg der französischen Legitimisten begeben, die zu einer einflußlosen kleinen Gruppe herabgesunken seien.²¹ Man sprach von einem neuen »Volkskaisertum«, das aus dem freien Willen des Volkes heraus entstehen müsse, und wollte mir nicht zugeben, daß diese Forderung praktisch auf Volksabstimmung, Wahl des Kaisers und Wahlkapitulationen hinauslaufe. Besonders beliebt war die Bezeichnung des zu erstrebenden Neuen als »soziales Kaisertum«²² –, eine Bezeichnung, die ich ablehnte, weil ich nicht zugeben wollte, daß das Königtum und Kaisertum der Hohenzollern des sozialen Charakters entbehrt habe. Praktisch lag der Vorstellung des zu fordernden neuen Kaisertums mehr oder weniger bewußt der Gedanke einer nur repräsentativen, nicht tatsächlich führenden, also parlamentarischen, nicht konstitutionellen Monarchie zugrunde, mit dem ich mich gleichfalls in den Programmverhandlungen noch oft auseinandersetzen mußte. Den eigentlichen Kampf gegen diese Gedanken mußte ich in der Hauptsache in einer überwältigenden Anzahl von persönlichen Unterhaltungen führen.

Schon die Einleitung brachte, indem sie der Ideologie der DNVP den Dreiklang des nationalen, christlichen und sozialen Gedankens zugrunde legte, zum Ausdruck, daß es sich nicht um das Programm einer legitimistisch monarchischen Restaurationspartei handeln sollte, sondern daß man aufbauende Arbeit auf den neugeschaffenen Grundlagen in Aussicht stellen wollte. Nicht einmal im Zusammenhange der historischen Betrachtung oder als Schlußfolgerung aus dem nationalen Gedanken wurde in dem ersten Entwurf der Richtlinien, der in der Sitzung vom 29. Januar 1920 festgestellt wurde, der Kaisergedanke erwähnt. Ich habe zwar keinen dokumentarischen Nachweis, zweifle aber nicht daran, daß ich eine Ergänzung der Einleitung in diesem Sinne gefordert habe. Verschiedene Vorschläge von anderer Seite, in denen das gleichfalls angeregt wurde, befinden sich in meinen Akten. Schließlich wurde die Einleitung nach dem Entwurf v. Dryanders neu verfaßt. Auch diese Fassung vermeidet es, der Partei den Charakter einer monarchischen Restaurationspartei zu geben. Aber sie erwähnt wenigstens das Kaisertum an zwei Stellen. Im zweiten Absatz wird daran erinnert, daß es uns auf den Gipfel staatlicher Macht geführt habe. Dazu kommt die Schlußfeststellung, daß die Partei »in ruhigem Vertrauen der Zeit harre, wo [...] in der nationalen Einheit eines geläuterten Volkes unter den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot das Kaiserreich der Zukunft erwachse.« Sie enthielt in dem Entwurf v. Dryanders die Worte: »das neue Reich der Zukunft«, hat also ihren monarchischen Inhalt erst – wie ich annehme, nicht ohne mein Zutun – in den Beschlüssen des Hauptvorstandes erhalten. Damit war wenigstens so viel erreicht, daß der Kaisergedanke als historisch wertvolle Erinnerung anerkannt und als Hoffnung einer besseren Zukunft bezeichnet wurde. Daß die Partei sich in ihrer politischen Arbeit für die Erfüllung dieser Hoff-

entwurf zu unterlassen haben, müssen aber doch im Interesse unserer Anhänger und der Werbekraft, die *künftig* im monarchischen Gedanken liegen wird, schon jetzt mit klaren Worten an dem preußischen Königtum der Hohenzollern festhalten. Die Frage des Kaisertums ist m. E. demgegenüber von minderer Bedeutung, denn ich könnte mir z. B. ganz gut eine deutsche Republik einzelstaatlicher Fürsten denken.«

²¹ Eine Äußerung Clemens v. Delbrücks in diesem Sinne wurde immer wieder zitiert, so auch von Walther Lambach in seinem Aufsatz »Monarchismus« (Politische Wochenschrift vom 14. 6. 1928, Nr. 24; abgedruckt bei DÖRR, S. 554 ff.), der zum »Fall Lambach« führte.

²² So Hergt in der preuß. Landesversammlung am 15. 12. 1919 (Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 7, Sp. 8118 f.); vgl. dazu auch HERTZMAN, S. 85.

nung einsetzen wolle und welche Gestalt sie dem Kaisertum der Zukunft geben wolle, war in der Einleitung nicht ausgesprochen. Um so unerläßlicher war es, in dem praktischen Programm darüber unzweideutige Klarheit zu schaffen.

In Übereinstimmung mit der Einleitung habe auch ich in meinem Entwurf den das Staatsleben behandelnden Programmpunkten nicht den Charakter eines legitimistischen Restaurationsprogramms gegeben, also die monarchische Forderung nicht an die Spitze des Programms gestellt, sondern ihr erst die zweite Stelle hinter den Forderungen der Befreiungspolitik eingeräumt. Hier aber wollte ich ihr den notwendigen konkreten und eindeutigen Inhalt geben:

»Wir halten fest an dem deutschen Kaisertum und dem preußischen Königtum der Hohenzollern.«

In den folgenden Sätzen trug ich mehr dem allgemeinen als meinem eigenen Bedürfnis nach einer Begründung dieser Forderung Rechnung. Bei einem Vergleich der beiden Fassungen sieht man, daß in der meinigen die historischen, auf Preußen-Deutschland zugeschnittenen, in den beschlossenen »Grundsätzen« die allgemeinen rationalistischen Gründe für das Festhalten an den monarchischen Einrichtungen überwiegen.²³

Mit dem zweiten Absatz meines Entwurfs verfolgte ich einen doppelten Zweck. Ich glaubte der weit verbreiteten, in Hergts Reden zum Ausdruck gekommenen Vorliebe für den Gedanken eines »neuen Volkskaisertums« entgegenkommen zu müssen, versuchte diesem Gedanken aber einen unbedenklichen Sinn zu geben. Deshalb stellte ich der Partei die Aufgabe, unablässig den monarchischen Gedanken im Volke zu pflegen, um damit zu erreichen, daß die Monarchie zwar nicht aus Abstimmung, Wahl oder sonstigen Handlungen des Volkes hervorgehe, wohl aber, daß sie, wenn sie wieder ihren Platz errungen habe, von »der freien Überzeugung, der Liebe und dem Vertrauen der Nation« getragen sein werde. Man entschloß sich indessen nicht, die monarchische Propaganda ausdrücklich in das Programm der praktischen Aufgaben aufzunehmen, doch war im Schlußsatz der Einleitung der Gedanke wirkungsvoll ausgesprochen.

Die wesentliche Änderung meines Entwurfes aber war, daß nicht die praktische Aufgabe, sondern die theoretische Begründung an die Spitze des Absatzes gestellt, und vor allen Dingen, daß der praktischen Forderung selbst nach längeren Kompromißverhandlungen ein wesentlich unbestimmterer und zweideutigerer Inhalt gegeben wurde. Dazu trug ein Zusatz bei, der erst am 7./8. April 1920 vom Hauptvorstand beschlossen wurde. In dieser Sitzung wurde die Frage aufgeworfen, wie sich die DNVP zu den 20 einzelnen Dynastien²⁴ stellen solle. Obwohl ich nicht der Meinung war, daß die Partei sich für alle Kleinstaaten des Reiches auf den monarchischen Legitimus festlegen solle, hielt ich es doch nicht für zeitgemäß, das Prinzip der Legitimität ausdrücklich zu verneinen. Man glaubte nun den Meinungsverschiedenheiten und

²³ In Westarps Entwurf hieß es nach dem im Text angeführten Satz: die monarchische Staatsform werde »am besten der Besonderheit der politischen Aufgaben gerecht, die sich für Deutschland aus seiner Lage und Vergangenheit ergeben. [...] Wir werden nicht ablassen, im deutschen Volke, das in seinem besten Kern monarchisch ist, den monarchischen Gedanken zu pflegen und dafür einzutreten, daß sein Geschick wiederum der Führung einer von der freien Überzeugung, der Liebe und dem Vertrauen der Nation getragenen Monarchie anvertraut werde.«

²⁴ Zur Bewertung dieser Zahl, auch der Verringerung der Dynastien von 22 auf 20 und des Größenverhältnisses der monarchischen Einzelstaaten, vgl. HILLER, Monarchismus, S. 160–162, 170.

Schwierigkeiten durch den Zusatz ausweichen zu können, daß »die deutschen Einzelstaaten freie Entschließung über ihre Staatsform haben« sollten. Der föderalistische Grundton dieses Satzes konnte mir recht sein. Die Eingriffe der Weimarer Verfassung in das Staatsrecht der Einzelstaaten²⁵ verwarf auch ich. Die Partei aber, die doch nicht nur im Reich, sondern in den Einzelstaaten und ihren Parlamenten Politik und Agitation zu treiben hatte, durfte, wenn sie in ihrem Programm überhaupt die dynastische Frage aller Einzelstaaten aufwarf, an deren Lösung nicht vorübergehen. Über das preußische Königtum durfte sie bei der Bedeutung des preußischen Staates und bei der engen und unlöslichen Verbindung des Deutschen Kaisers mit dem König von Preußen unter keinen Umständen schweigen. Der eingeschobene Satz wurde von mir besonders auch deshalb abgelehnt, weil er die Auslegung zuließ, als wolle die DNVP die monarchische Frage auch für Preußen offen lassen. Dadurch wurde die Unklarheit der ausdrücklich auf das Reich beschränkten monarchischen Forderung noch vermehrt. Deren Formulierung durchlief mehrfache Änderungen.

Zum Entwurf der Hauptgeschäftsstelle beantragte Westarp am 29. Januar vergeblich die nachstehend hervorgehobenen Worte einzufügen:

»Wir halten fest an dem deutschen Kaisertum, verbunden mit dem preußischen Königtum der Hohenzollern, und an den schwarz-weiß-roten Reichsfarben«.

Dagegen wurde in dieser Sitzung eine Fassung, die das politische Ziel an den Schluß stellte, beschlossen:

»Wir halten fest an der nationalen Sendung der Hohenzollern und an den schwarz-weiß-roten Reichsfarben und erstreben ein neues, auf dem freien Willen der Nation beruhendes, volkstümliches deutsches Kaisertum«.

Westarp machte demgegenüber geltend:

»Daß wir das Kaisertum der Hohenzollern wollen, muß schon im Hinblick auf etwaige andere Bestrebungen klar ausgesprochen werden. Die Fassung läßt die Deutung zu, als würde die historische Sendung der Hohenzollern nur theoretisch anerkannt«.

Sein neuer Vorschlag versuchte auch, »durch wärmeren Ton dem monarchischen Empfinden weiterer Kreise« mehr entgegenzukommen:

»Das deutsche Kaisertum der Hohenzollern²⁶, neu errichtet und getragen von der Treue und Pflicht, von der Liebe und der monarchischen Überzeugung der ganzen Nation, ist und bleibt unser Ziel. Wir halten fest an den Reichsfarben schwarz-weiß-rot.«

In der Sitzung des Hauptvorstandes aber wurde teils von Vertretern der Richtung v. Kardorffs, teils von Parteimitgliedern aus außerpreußischen Staaten weiterer Widerspruch erhoben, zum Teil gegen den Gedanken der Hohenzollern-Monarchie als solchen, zum überwiegenden Teil, wie in dem Briefe v. Kardorffs²⁷, nur gegen die Möglichkeit, sich zu diesem Gedanken offen und eindeutig zu bekennen. So kam es schließlich zu der in die »Grundsätze« aufgenommenen Formel:

»Für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten Kaisertums.«

²⁵ Insbesondere Art. 17 (Wahlrecht, Regierungssystem).

²⁶ Westarp verzichtete in diesem Antrag vom 10. 3. 1920 auf die Formel »verbunden mit dem preußischen Königtum« unter der Voraussetzung, daß an anderer Stelle des Programms für Preußen die Monarchie gefordert werde.

²⁷ Siehe oben Anm. 19.

Die gefundene Lösung trug die Eigenschaft der meisten Kompromißformeln des Parlaments- und Parteilebens, die nicht dazu dienten, die vorhandenen inneren Gegensätze zu beseitigen, sondern das Ziel hatten, trotz ihres Fortbestehens einen nach außen hin einheitlichen Beschluß zustande zu bringen. Schon wegen ihrer Kürze ließ die beschlossene Fassung verschiedene Auslegungen zu. Mit dem Ausdruck »Erneuerung« schien der Gedanke der Restauration, also einer einfachen Wiederherstellung des Alten, abgelehnt zu sein. Die Worte »des von den Hohenzollern aufgerichteten Kaisertums« konnten als eine lediglich historische Anerkennung aufgefaßt werden, umso mehr, als das Programm über das preußische Königtum nunmehr vollständig schwieg. Indessen war auch die Auslegung möglich, daß mit ihnen auch der Grundzug dieser Schöpfung, also die Verbindung des preußischen Königtums und deutschen Kaisertums in den Händen der Hohenzollerndynastie, gefordert werde. Ich habe auf diese Mehrdeutigkeit hingewiesen, sie getadelt, gleichzeitig aber erklärt, daß ich dem Kompromiß nur im Sinne meiner Auslegung zustimme und mir das Recht vorbehalte, diese Auslegung nach außen hin als den Sinn des Programms zu vertreten. Von diesem Recht habe ich in meiner weiteren Propaganda, auch in meinen Reden auf den Parteitagen, stets Gebrauch gemacht, ohne daß man mir widersprochen oder den Vorwurf illoyaler Auslegung gemacht hätte.

Wir überschätzten in der Programmarbeit vielleicht die Wirkung der stilistischen Einzelheiten und Feinheiten der Formulierung. Erst die Kenntnis der Verhandlungen, in denen sie gewonnen worden waren, hätte den mehrdeutigen Sinn und die umkämpften Grundauffassungen, um die es sich dabei handelte, zum Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht. Deshalb habe ich es im Interesse ebensowohl des monarchischen Gedankens wie der Partei vermieden, darüber öffentlich etwas mitzuteilen. Für den im allgemeinen doch recht flüchtigen Leser solcher Kundgebungen und für das kurze Gedächtnis von Hörern, die den Wortlaut nicht gerade zur Hand hatten, war schließlich doch entscheidend, daß das Kaisertum der Hohenzollern in das Programm aufgenommen worden war. Die Hemmungen, dessen Wiederherstellung offen zu fordern, sind im übrigen nach meiner Beobachtung im Laufe der folgenden Jahre in der DNVP ebenso wie in den ihr verwandten vaterländischen Verbänden stimmungsgemäß und aus Überzeugung in steigendem Maße überwunden worden.²⁸

Von den 1920 bestehenden Parteien hatte, abgesehen von den Konservativen, nur die Deutsche Volkspartei²⁹ am 19. Oktober 1919, also vor uns, das Bekenntnis zum Kaisertum in ihr Programm aufgenommen, und zwar in einer Fassung, die noch theoretischer als die unsrige war, die Hohenzollern und das preußische Königtum überhaupt nicht erwähnte und die Aufrichtung des Kaisertums »auf den freien Entschluß des Volkes« abstellte. Die Entwicklung innerhalb der Volkspartei ging in der Folge, je mehr diese ihre Beteiligung an der Regierung erstrebte und erreichte, umgekehrt als bei uns dahin, daß der monarchische Gedanke mehr und mehr in den Hintergrund trat. In den gleichfalls vor unserem Programm, am 25. Februar 1920 aufgestellten 25 Punkten der NSDAP ist von der Monarchie überhaupt nicht die Rede. Wir waren

²⁸ Vgl. dazu den Aufsatz W. Lambachs von 1928 (wie Anm. 21), der vor allem aus parteitaktischen Gründen kritisiert wurde, dessen These, das monarchische Empfinden im Volk habe allgemein nachgelassen und fehle weitgehend in den Jahrgängen ab 1905, dagegen kaum bestritten wurde. Vgl. dazu auch HIL-
LER, *Monarchismus*, S. 160–162, 170.

²⁹ Die »Grundsätze« der DVP sind abgedruckt bei: MOMMSEN, S. 519 ff.

also mit unserem monarchischen Programm unter den Parteien so gut wie isoliert und wurden es im Laufe der Zeit immer mehr.

Bei der Behandlung der Frage Einheits- oder Bundesstaat hielt ich ein ausdrückliches Bekenntnis zur Reichseinheit für nicht erforderlich, weil dessen grundsätzlicher Inhalt selbstverständlich war. Die politische Gesamtlage ließ es mir vielmehr geboten erscheinen, die Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches und den Schutz der Einzelstaaten gegen ihre Mediatisierung durch die republikanisch-demokratische Politik als die programmatische Aufgabe der DNVP in den Vordergrund zu stellen. Nun hatte ich schon mehrfach die Erfahrung gemacht, daß man in den maßgebenden Kreisen der Partei unitarischer war als ich.³⁰ Ich glaubte dieser Richtung in meinem Entwurf³¹ weit entgegengekommen zu sein. Schon der Briefwechsel mit v. Kardorff und v. der Osten zeigte mir, daß das für die Partei noch nicht unitarisch genug war. Bereits der für den 29. Januar aufgestellte Entwurf der Hauptgeschäftsstelle machte aus dem einen Satz, den ich für ausreichend gehalten hatte, einen besonderen, mit kleinen Änderungen in die »Grundsätze« aufgenommenen Absatz von drei Sätzen, nicht um den föderalistischen, sondern um den unitarischen Charakter des Programms schärfer zu betonen:

»Ein fest geeintes deutsches Reich ist die wichtigste Grundlage deutscher Größe. Nur durch ein freudiges und freiwilliges Bekenntnis aller seiner Teile zum Reichsgedanken kann sein Bestand gesichert sein und die Fülle seiner Kräfte zur vollen Wirkung kommen. Es gilt daher, die geschichtlich gewordene Selbständigkeit der Länder zu schonen und ihre und der Stämme berechnete Eigenart zu pflegen und zu wahren.«

Darin wurde also die Rücksicht auf die Selbständigkeit und Eigenart der »Länder« und Stämme nur soweit gefordert, als sie im Interesse der Einheit des Reiches liege.

Westarps Bemühungen, die »selbständige Bedeutung des bundesstaatlichen Charakters zur Geltung zu bringen«, wurden am 29. Januar mit einer Ausnahme³² abgelehnt, sowohl die Überschrift »Reichseinheit und Bundesstaaten« als auch die Formulierung:

»Die Reichseinheit ist nach dem Vorbilde der Bismarckschen Verfassung auf der Grundlage selbständiger Bundesstaaten und unter Wahrung und Pflege der Eigenart der deutschen Stämme und Staaten aufzubauen und lebensvoll zu gestalten.«

Von vornherein war ich davon ausgegangen, daß die Einstellung zum preußischen Staate nicht durch die allgemeinen Betrachtungen über Einheits- oder Bundesstaat abgetan werden konnte. Das wurde anerkannt. Gegen die Absichten des Ministers Preuß und der Demokratie, den preußischen Staat zu zerstückeln und zu entrechteten, leistete die DNVP unter dem Einfluß der Preußen-Fraktion einen Widerstand, dessen Stärke und Lebhaftigkeit auch für mich nichts zu wünschen übrig ließ. Dagegen stieß bei einzelnen Parteimitgliedern nichtpreußischer und liberaler Herkunft die Erinnerung an die preußische Hegemonie, die meine Forderung eines »starken« Preußen zum Ausdruck brachte, auf Widerspruch. Ich fügte mich dem Beschluß, statt des »starken« ein »unzerstückeltes, in seinem Bestande und seinen Rechten nicht geschmälertes Preußen« zu fordern.

³⁰ Siehe unten S. 269 ff.

³¹ Er lautete: »Innerhalb der Einheit des Deutschen Reiches wollen wir, um sie zu stärken und lebensvoll zu gestalten, die berechnete Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme wahren.« Dagegen die Grundsätze: »Um der Reichseinheit willen.«

³² Angenommen wurde der Antrag »Einzelstaaten« statt »Länder«.

Westarp versuchte am 10. März erneut, »den Eigenwert der Einzelstaaten, besonders Preußens und des Preußentums, zum Ausdruck zu bringen« und das im Abschnitt »Monarchie« nicht erwähnte preußische Königtum wenigstens an dieser Stelle in das Programm einzufügen. Nach seiner Begründung wollte er die Deutung ausschließen,

»als wolle man sich mit den jetzt von der Nationalversammlung geschaffenen unitarischen Einrichtungen abfinden und nur einer weiteren Unitarisierung Widerstand leisten. Mit mir sind weite Kreise der Meinung, daß der Föderalismus, wenn auch nicht vielleicht im vollen früheren Umfange, so doch über das Maß der jetzt erlassenen Bestimmungen hinaus wieder hergestellt werden muß. Der wärmere Ton meiner Fassung wird auch in dieser Frage den Wünschen weiter Kreise entgegenkommen.«

An die beiden ersten Sätze des Entwurfs der Hauptgeschäftsstelle³³ wollte er folgende Ausführungen anschließen, aus denen die allgemeinen Bemerkungen zum Föderalismus und zu den preußischen Tugenden abgelehnt, die Forderungen zu der Erhaltung Preußens mit Ausnahme des Wortes »monarchisch« übernommen wurden:

»Das wird nicht durch die Herstellung einer mechanischen Einheit erreicht. Das Reich ist auf der Grundlage selbständiger Einzelstaaten aufzubauen, die lebensfähig bleiben und die Eigenart der deutschen Stämme zu wahren und zu pflegen haben. Wir treten ein für ein unzerstückeltes, in seinem Bestande und seinen Rechten nicht geschmälertes monarchisches Preußen, auf dessen staatenbildende Kraft das Deutsche Reich für seinen Wiederaufbau nicht verzichten kann, und für das alte Preußentum der Zucht und Ordnung, Pflicht und Opferwilligkeit.«

Ich behielt mir das später oft ausgeübte Recht vor, das Programm in meinem Sinne auszulegen und zu vertreten.

Das als Wahlaufrief für die Preußenwahl im Jahre 1921 veröffentlichte »Preußenprogramm der DNVP«³⁴ kam den von mir vertretenen Auffassungen weiter entgegen. Es enthielt unzweideutiger und in wärmerer Sprache das Bekenntnis zum preußischen Königtum, zur preußischen Geschichte, zum bundesstaatlichen Charakter des Reiches und konnte als ein Anzeichen dafür betrachtet werden, daß diese Gedanken bei den preußischen Mitgliedern der Parteiorgane und bei ihrer Wählerschaft inzwischen Boden gewonnen hatten.

Im engen Zusammenhang mit meiner Auffassung, daß dem Deutschen Kaiser und König von Preußen eine nicht nur repräsentative, sondern tatsächlich führende Stellung gebühre, stand wie überall so auch bei den Verhandlungen über das Programm mein Kampf gegen das parlamentarische und mein Eintreten für das konstitutionelle Regierungssystem.³⁵ Einer in der Partei vorhandenen, mehr oder weniger klar bewußten Stimmung entsprach v. Kardorffs Ansicht, daß wir das parlamentarische System bejahen müßten, und selbst v. der Osten glaubte, daß wir es, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch »heute« bejahen sollten. Bei Hergt begegnete ich, als wir meinen Entwurf besprachen, zunächst der etwas erstaunten Feststellung, mein Entwurf scheinete das konstitutionelle System umschreiben zu sollen, da er die weitergehenden Befugnisse des jetzigen Reichstages – alleiniges Gesetzgebungsrecht und Mitwirkung bei der Regierung – der Volksvertretung nicht einräume. Ich bestätigte, daß dies meine Absicht sei, und es gelang, diese bei ihm und bei einer großen Mehrheit des Parteivorstan-

³³ Siehe oben S. 94.

³⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 27 vom 18. 1. 1921.

³⁵ Abschnitt 4 des Westarpschen Entwurfs lautete: »Wir halten eine kraftvolle vollziehende Gewalt in selbständiger Stellung für notwendig«. Der Volksvertretung wurde in Abschnitt 3 »eine entscheidene Mitwirkung bei der Gesetzgebung und in der Kontrolle von Politik und Verwaltung« zugestanden; der Aufbau der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände sei »vornehmlich auf der Vertretung nach Berufen aufzubauen«.

des durchzusetzen. In dem das Beamtentum behandelnden Absatz freilich wurde mir die Forderung, daß die Beamtenstellen »bis in die höchsten Spitzen hinein« mit Berufsbeamten zu besetzen seien, gestrichen, weil man darin eine allzu offene Absage an das parlamentarische System erblickte und wohl auch fürchtete, daß daraus der DNVP Schwierigkeiten erwachsen könnten, wenn sie einmal selbst in einer Regierungskoalition Ministerstellen fordern werde.

Im übrigen wurden auch an diesem Teil meines Entwurfes einige Änderungen von grundsätzlicher Bedeutung vorgenommen. Dazu gehört die Voranstellung des »organischen Staatsgedankens« in dem Sinne, daß »der Staat der lebendige Volkskörper« sei und daß deshalb »in ihm alle Glieder und Kräfte zu tätiger Mitwirkung gelangen sollen.«³⁶ Ich erkannte diesen Zusatz als eine Verbesserung an.

Meinungsverschiedenheit ergab sich aber über die Stellungnahme zu dem herrschenden Wahlrecht. Die sachliche Abneigung gegen dieses radikalste aller Wahlrechte war vielleicht bei einer großen Anzahl der Parteimitglieder kaum geringer als bei mir. So gut wie übereinstimmend aber war man der Ansicht, daß die Partei dem agitatorischen Vorwurf, sie wolle das Volk durch Änderung des Wahlrechtes entrechten und den Zustand des alten Obrigkeits- und Dreiklassen-Staates wiederherstellen, jeden Anschein einer Berechtigung nehmen müsse. In seiner Rede vom 15. Dezember 1919³⁷ war Hergt sogar so weit gegangen, das bestehende Wahlrecht »für alle Ewigkeit« als für uns maßgebend zu erklären. Deshalb lehnte man meine kritische Bezeichnung des herrschenden Wahlrechtes als »Massenwahlrecht« sehr entschieden ab und hielt im Gegenteil ein ausdrückliches Bekenntnis »zum allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht beider Geschlechter« für nötig. Dieser so gut wie einstimmig anerkannten und taktisch begründeten Notwendigkeit fügte ich mich.

Dagegen entstand ein weiterer Gegensatz über die Frage, an welcher Stelle das Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht einzufügen sei. Sie stand im Zusammenhang mit der Forderung einer zweiten, aus berufsständischen Wahlen hervorgegangenen Kammer. Fraglich blieb das Maß der ihr einzuräumenden Befugnisse. Im Gegensatz zum Gesetz über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wollte ich für sie nicht nur das Recht, Gutachten abzugeben, sondern die Stellung als gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung fordern. Dieser Absicht entsprach die Fassung, die ich in einer Sitzung vom 29. Januar in Abänderung des Entwurfs der Hauptgeschäftsstelle beantragte und durchsetzte.

»Der Volksvertretung gebührt entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksame Aufsicht über Politik und Verwaltung. Damit diese Aufgaben stets sachlich erfüllt werden, verlangen wir neben dem aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen beider Geschlechter hervorgehenden Parlament eine Vertretung, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht.«

Dadurch kam besser noch als in meinem ersten Entwurf zum Ausdruck, daß die berufsständische Kammer als Teil der beide Parlamente umfassenden Volksvertretung ebenso wie der Reichstag an der Ausübung der konstitutionellen Rechte beteiligt sein sollte. Das ging aber maßgebenden Stellen in der Partei zu weit. Zum mindesten wollte man sich darauf nicht festlegen. In der vom Hauptvorstand gegen meinen Widerspruch endgültig beschlossenen Fassung wird daher das Recht der entscheidenden

³⁶ Er wurde eingeführt mit den Worten: »Auf dem Boden der verfassungsmäßigen Fortbildung unserer politischen Zustände.«

³⁷ Siehe Anm. 74, Kap. I/1.

Mitwirkung bei der Gesetzgebung und wirksamen Aufsicht über Politik und Verwaltung allein der aus dem Reichstagswahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung zugesprochen und über die zweite Kammer nur gesagt, neben diesem Parlament verlange die DNVP eine Vertretung, »die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht.« Das bedeutete also eine Abschwächung des von mir beabsichtigten Vorstoßes gegen die absolute Herrschaft des Reichstages.

Meinem Vorschlag, die Selbstverwaltung vornehmlich auf der Vertretung nach Berufen aufzubauen, lag die Absicht zugrunde, der durch das Massenwahlrecht erfolgten Politisierung und Parlamentarisierung des gesamten Gemeindelebens Einhalt zu tun. Der Entwurf der Hauptgeschäftsstelle zum 29. Januar erweiterte das dahin, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände »im Zusammenhang mit« der berufsständischen Gliederung »frei und kräftig auszugestalten sei.«

Bei der endgültigen Beschlußfassung wurde indessen wohl aus ähnlichen Erwägungen, wie sie zur Anerkennung des Reichstagswahlrechtes geführt hatten, die Ausdehnung der berufsständischen Vertretung auf die Gemeinden und Gemeindeverbände gestrichen. Außerdem wurde aus Gründen, die mir nicht mehr gegenwärtig sind, die Forderung, daß die Selbstverwaltung »frei und kräftig auszugestalten« sei, dahin abgeschwächt, daß sie »zu wahren« sei. Die sonstigen Beschlüsse, bei denen ich mit meinen Auffassungen nicht durchdrang³⁸, sind nur zum Teil von grundsätzlicher Bedeutung.

Das Parteiprogramm der alten Konservativen Partei vom 8. Dezember 1892 (Tivoli-Programm)³⁹ enthielt die Sätze:

»Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit.«

Der zweite Satz und die Stellung in der Nummer 1 des Programms, die den christlich-religiösen Forderungen gewidmet war, erweckte den Eindruck, daß die Konservative Partei damals noch das Judentum als Religion habe bekämpfen wollen. In der Praxis hatten wir den Antisemitismus längst völkisch aufgefaßt⁴⁰, und deshalb behandelte ich in meinem Entwurf die Stellung zum Judentum allein in dem Zusammenhang mit dem Schutz und der Förderung des deutschen Volkstums. Aber die völkisch-antisemitische Richtung in der Partei verlangte – wie ich zugab, mit Recht – eine Erweiterung des konservativen Kampfzieles, und so fügten wir ihm – ich weiß nicht mehr, ob auf meine Anregung oder nur mit meiner Zustimmung – den Kampf gegen die Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit und die Unterbindung der ostjüdischen Einwanderung hinzu.

Westarp stellt fest, daß »der antisemitische Kampfcharakter« »nach anderer Richtung hin« abgeschwächt und dadurch die Fassung der »Grundsätze« mehr, als ihm »lieb und für die Einigkeit der DNVP gut war«, »den Charakter eines Entgegenkommens gegen diejenige Richtung in der Partei« erhielt, »die sich für möglichst weitgehende Zurückhaltung in der Judenfrage einsetzte«.

Das antisemitische Programm der »Grundsätze« blieb also im wesentlichen defensiv. Für den Angriffsgedanken der NSDAP, den Juden das Staatsbürgerrecht zu nehmen, war die überwiegende Mehrheit der Kreise, die sich zur DNVP zusammengefunden hatten, nicht zu haben.

³⁸ Sein Antrag zur Anerkennung der Arbeit der Hausfrauen hatte Erfolg.

³⁹ Abgedruckt bei: MOMMSEN, S. 78 ff.

⁴⁰ WESTARP I, S. 298 f.

Schließlich dürfte von Interesse sein, daß auf meinen Antrag in der Überschrift und im Text von Nummer 12 der »Grundsätze« aus dem Entwurf der Hauptgeschäftsstelle die Bezeichnung »Rasse« und »rassisch« beseitigt und durch »Volk« und »völkisch« ersetzt wurde.

In den Teilen II und III über das geistige und Wirtschaftsleben, an deren Abfassung ich nicht unmittelbar beteiligt war, interessierte mich abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen in erster Linie die Frage, ob nicht der Fehler all der Parteiprogramme zu vermeiden sei, die auf eine Art Schiffskatalog⁴¹ von Versprechungen und Zusagen an die einzelnen Berufsvereinigungen und Wählerklassen hinausliefen und dabei in mehrdeutigen Fassungen unerfüllbare Hoffnungen erweckten.

Schon die Ergänzung des von mir entworfenen Abschnittes über Volk und Staat durch ausführliche Angaben über das Beamtenrecht und die Gesundheitspolitik erschien aus diesem Grunde bedenklich. Hatten ferner die etwas zu eingehenden Ausführungen des II. Teiles über Kirche, Schule, Lehrer wenigstens noch einen idealen Untergrund, so trugen insbesondere die Nummern 25–30 der »Grundsätze«⁴² allzu deutlich den Charakter materialistischer Versprechungen an die einzelnen Wirtschaftsstände. Die treibende Kraft dabei waren die Berufsausschüsse der DNVP⁴³, die zum Teil eigene Entwürfe aufgestellt hatten und jedes Wort darin leidenschaftlich verteidigten. Die Kritik an diesem Verfahren ging besonders von der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft aus. Da ich sie für berechtigt hielt, suchte ich das Programm als solches durch einen Antrag zu dem Entwurf vom 29. Januar zu entlasten.

»Ich beantrage,

- a) den Landesverbänden zur Auswahl nachstehenden Gegenentwurf⁴⁴ mitzuteilen, der den Zweck verfolgt, die große Fülle mehr oder weniger allgemein gehaltener Versprechungen durch einige kurze politische Gedanken zu ersetzen;
- b) besondere Ausschüsse einzusetzen, die die Frage prüfen, welche *Aktionsprogramme* vorübergehender Bedeutung gleichzeitig mit dem Parteiprogramm zu erlassen wären, z. B. Aufhebung der Zwangswirtschaft, Stellung der Festbesoldeten.«

Die agitatorischen Rücksichten waren aber so stark, daß sich der Hauptvorstand von dem eingeschlagenen Wege nicht abbringen ließ.

Einen sachlichen Vorschlag von grundsätzlicher Bedeutung machte ich zu der die Steuer behandelnden Nummer 30 der »Grundsätze«. Der Versuch, der Finanznot des Reiches gerecht zu werden, gleichzeitig aber das Eigentum und Betriebskapital gegen die konfiskatorische Steuerpolitik Erzbergers und der Sozialdemokratie in Schutz zu nehmen, war schwierig und ist in der schließlich angenommenen Formulierung kaum ganz gelungen. Aus den langen Kämpfen heraus, die ich vor dem Zusammenbruch um das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern geführt hatte⁴⁵, lag es mir besonders nahe, ausdrücklich und offen auszusprechen, daß die Heranziehung auch des Massenverbrauches gar nicht zu umgehen sei. Ich beantragte daher hinter dem zweiten Satz, der die Ausgestaltung der Besitzsteuern behandelt, einzuschleichen:

⁴¹ Für Humanisten Inbegriff einer langen Aufzählung.

⁴² Die Überschriften lauteten: Wiederaufbau der Wirtschaft, Mittelstand, Arbeiter und Angestellte, Freie Berufe, Erwerbstätige Frauen, Steuern.

⁴³ Vgl. dazu WEISS, S. 387 ff. Im Jahre 1919 bestanden 18 berufsständische Ausschüsse der DNVP.

⁴⁴ Er ist im Nachlaß Westarp (Teil Potsdam) erhalten.

⁴⁵ Vgl. WESTARP I, S. 51 ff.

»Gleichzeitig kann auf die angemessene Heranziehung auch der Massen zu den öffentlichen Lasten nicht verzichtet werden.«

Popularitätsrücksichten verhinderten die Aufnahme dieses Gedankens in das Programm. Es sollte die Zeit kommen, in der unsere Feinde im Youngplan dem Deutschen Reich eine Belastung des Massenverbrauches vorschrieben, die über alle einst von der Demokratie so leidenschaftlich bekämpften Vorschläge um ein Vielfaches hinausging und hätte vermieden werden können, wenn der Reichstag der Vorkriegszeit nicht Jahrzehnte hindurch aus agitatorischer Scheu vor den Verbrauchsabgaben die Rüstung vernachlässigt hätte.

Sollten in der DNVP Mitglieder aller Volkskreise vom ostelbischen Großgrundbesitzer bis zum Ruhrarbeiter, vom Ostpreußen bis zum Oberbayern zu nationaler Politik vereinigt werden, so konnte das nur durch das einigende Band eines idealen politischen Zieles erreicht werden. Das war in erster Linie der Zweck des Programms und sollte in der Einleitung ausgesprochen werden. Diese sollte aus einem kurzen historischen Rückblick auf die Ursachen des Zusammenbruches die Grundgedanken für den Wiederaufbau ableiten und für diesen die Kräfte nationaler, christlicher und sozialer Gesinnung aufrufen. Es sollte zum Ausdruck kommen, daß der Dreiklang dieser Ideale das ganze Volk über alle Gegensätze der Meinungen und der Wirtschafts-, Standes- und Klassen-Interessen hinweg zu einer kraftvollen Einheit zusammenführen müsse. Die Verhandlungen hierüber waren, obwohl oder vielleicht gerade weil der Grundgedanke allgemein anerkannt und begrüßt wurde, besonders umfangreich. In meinen Akten sind nur einzelne der zahlreichen Entwürfe und Gegenentwürfe vorhanden.

Von meinen Anträgen zum Entwurf der Hauptgeschäftsstelle hat derjenige über den Sozialen Gedanken grundsätzliches Interesse. Der Entwurf lautete:

»Sozialer Geist muß in allen Richtungen unseres öffentlichen Lebens lebendig wirken. Er soll nicht nur zur Fortführung einer planvollen sozialen Gesetzgebung zugunsten der schwächeren Volksschichten, der Arbeiter und des Mittelstandes in Stadt und Land führen, sondern auch das gesamte Wirtschaftsleben soll in seinem Zeichen stehen.«

Mein Abänderungsantrag gab meiner sozialen Auffassung durch folgenden Vorschlag Ausdruck.

»Ausgleichende Gerechtigkeit, Fürsorge für jede ehrliche Arbeit in Stadt und Land, werktätige, christliche Bruderliebe und Liebe zu den deutschen Volksgenossen ergeben den rechten sozialen Geist. Er soll zur Fortsetzung der planvollen, sozialen Gesetzgebung zugunsten der wirtschaftlich schwachen Volksschichten und zum gerechten Ausgleich zwischen allen Berufen und Klassen des Volkes führen, das gesamte Volks- und Wirtschaftsleben durchdringen und so die Gegensätze mildern und die Kräfte für den Fortschritt und das Wohl der ganzen Nation zusammenfassen.«

Dadurch wollte ich der durch die Massenagitation üblich gewordenen Beschränkung des Begriffes der Sozialpolitik auf materielle Hilfe für die Massen der Arbeiter entgegenzutreten und zum Ausdruck bringen, daß gerechter Ausgleich, Überwindung der Gegensätze und Zusammenfassung des ganzen Volkes zu nationaler Einheit – heute sagt man »Volksgemeinschaft« – die Aufgabe der Sozialpolitik sei.

Die Einigung über den Einleitungsentwurf als Ganzes schien in immer weitere Ferne gerückt zu sein, bis v. Dryander einen Gegenentwurf vorlegte, der von ihm in klarer, kurzer und doch schwungvoller Sprache verfaßt war. Sein Entwurf hatte das in solchen Fällen seltene Schicksal, daß er fast ohne Erörterungen und ohne Gegenentwürfe angenommen wurde. Zwei Änderungen, die er erfuhr, entsprachen meiner Auffassung und wohl auch Anregung. In dem Rückblick auf den Zusammenbruch fiel

die Kritik am alten Reich, es sei ein »von großen Männern geschaffenes Kunstwerk gewesen, das sorgsamer Pflege bedurfte« fort, und in dem Schlußsatz wurde nicht »das Reich«, sondern »das Kaiserreich« der Zukunft als das Ziel bezeichnet, dessen Verwirklichung die Partei in sicherem Vertrauen erwarte. Der Grundgedanke des nationalen, christlichen und sozialen Ideals, das die auseinanderstrebenden Kräfte der DNVP einigend zusammenfassen sollte, kam außerdem in dem »Nationalen Manifest«⁴⁶ klar und wirkungsvoll zum Ausdruck.

Unter dem frischen Eindruck der Meinungskämpfe, in denen ich mich nicht hatte durchsetzen können, schrieb ich am 15. April 1920 an v. Heydebrand:

»Das Programm ist in anderthalb Tagen fertig beschlossen und kommt dieser Tage heraus. Es enthält in den Fragen Hohenzollern, Preußen, konstitutionelles System gegen mich angenommene Kompromißzweideutigkeiten, die als solche allein für einen Bruch kaum ausreichen, im übrigen natürlich manches Bedenkliche in sozialer und agitatorisch-populärer Richtung.«

Der Erfolg meiner Arbeit war nicht so ungünstig, wie es nach diesem Stimmungsbild scheinen könnte. Auf meinen Vorschlag war es zurückzuführen, daß die DNVP das Ziel der Befreiung von der Fremdherrschaft des Versailler Diktates an die Spitze ihrer praktischen Forderungen gestellt und als an erster Stelle maßgebend für ihre Gesamtpolitik erklärt hat. Ferner hatte ich, wenn auch in abgeschwächter Form, das monarchische Bekenntnis, die konstitutionelle im Gegensatz zur parlamentarischen Regierungsform, das Festhalten an Preußen als Programmpunkte durchsetzen können. Auch im übrigen ist mein Urteil über das deutschnationale Parteiprogramm im Laufe der Zeit in steigendem Maße günstiger geworden, obwohl die Parteiprogramme als solche in den folgenden zwölf Jahren des Parteiregimentes immer mehr an allgemeiner Wertschätzung verloren haben. Die steigende Mißachtung war an sich erklärlich. Mit der Parteizersplitterung wuchs die Zahl der Parteiprogramme, zu denen die Wahlauftrufe traten, ins Ungemessene, und schließlich war niemand mehr geneigt, der Anhäufung von allgemeinen, sich ähnlichen Redewendungen und ebenso unbestimmten wie unerfüllten Versprechungen an die Wählerklassen irgend welche Beachtung zu schenken. Ich kann nicht umhin, für das deutschnationale Parteiprogramm eine Ausnahme von der allgemeinen Verachtung in Anspruch zu nehmen. Meine Darstellung mag bestätigen, daß wir, als wir es aufstellten, große Sorgfalt darauf verwendeten und mit sachlicher Ehrlichkeit um die zum Ausdruck zu bringenden politischen Gedanken gerungen haben. Das Ergebnis ist, wie ich zugebe und damals zu verhindern gesucht habe, nicht frei von dem Fehler zu zahlreicher und ausführlicher Zusagen an die einzelnen Interessenskreise geblieben. Dennoch hat es einen Wert, den ich für größer halte als denjenigen anderer so viel geschmähter Parteiprogramme.

Im deutschnationalen Programm überwiegt eine ehrlich gemeinte Ideologie, und es hat seine besondere geschichtliche Bedeutung dadurch, daß das die Ideologie des nationalen Befreiungskampfes und des nationalen Widerstandes gegen Revolution und Republik, gegen den westlich demokratischen Parlamentarismus, den Internationalismus und die sozialdemokratisch-kommunistische Massenherrschaft war. Das Bekenntnis zum nationalen, christlichen und sozialen Ideal als zu dem einigenden Band politischen Gemeinschaftswillens, zur Befreiung von Fremdherrschaft als erster Aufgabe der praktischen Politik, zum Kaisertum als Zukunftsziel hat es mir ermöglicht, das deutschnationale Programm in der praktischen Arbeit der folgenden Jahre inner-

⁴⁶ Abdruck wie Anm. 14.

halb der Partei selbst und nach außen hin rückhaltlos zu vertreten. Es wurde zur Grundlage meiner Politik, bei der ich die Überwindung aller inneren Parteigegegensätze in gemeinsamer politischer Zielsetzung und das Festhalten auseinanderstrebender Gruppen bei der Partei als meine besondere Aufgabe betrachtet habe, bis eine andere Parteiführung ihr Ziel erreichte, sie zu einem kleineren und einheitlicheren Block umzugestalten.⁴⁷

⁴⁷ Vgl. dazu: HILLER, DNVP, FRIEDENTHAL und JONAS. Vgl. insbes. die programmatischen Aufsätze von Hugenberg (»Block oder Brei«, veröffentlicht in »Der Tag« Nr. 207 vom 28. 8. 1928, abgedruckt bei DÖRR, S. 588 f.) und von Axel Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (»Nicht große, sondern starke Rechte«, veröffentlicht in »Der Tag« Nr. 177 vom 25. 7. 1928, abgedruckt bei DÖRR, S. 579 ff.).

Der innere Zusammenschluß der DNVP

Nur soweit die neugegründete Partei aus allen Teilen der Bevölkerung Anhänger gewinnen und zu einer festen nationalen Gemeinschaft ideellen Denkens und politischen Willens zusammenschließen konnte, durfte sie hoffen, das Ziel zu erreichen, für das sie gegründet worden und für das ich die Selbständigkeit der Konservativen Partei auch meinerseits preisgab. Das Partei-Interesse in engerem Sinne, das heißt, der Wille zur politischen Macht, erforderte eine große Wählerzahl, ohne die im System demokratischer Parteiherrschaft bestimmender Einfluß weder auf die praktische Politik noch auf die öffentliche Meinung zu gewinnen war. Wichtiger noch war mir, daß die ideale Aufgabe, das ganze deutsche Volk zu einer Einheit des Befreiungswillens und zu innerer Gesundheit zusammenzuführen, nur von einer Partei gelöst werden konnte, der es gelang, die trennenden Unterschiede und die zersplitternden Gegensätze in sich selbst zu überwinden.

Aus dieser Auffassung heraus ist der innere Zusammenschluß der DNVP zu fester nationaler Einheit, der nicht nur geschaffen, sondern dauernd erhalten werden mußte, zu meiner Lebensarbeit geworden, bis das Scheitern an dieser Aufgabe zum Schicksal der Partei und meiner politischen Laufbahn wurde. An der inneren Einheit der Partei habe ich daher von vornherein mit weniger Zurückhaltung mitgearbeitet, als ich sie im ersten Zeitabschnitt bei der Organisation mit ihren persönlichen und finanziellen Fragen geübt habe. Das Parteiprogramm half das einigende Band ideeller Gedanken schaffen, das die verschiedenen Volksteile über ihre besonderen Meinungen und Interessen hinweg zusammengehalten hatte – Hergt nannte es den Dreiklang der nationalen, christlichen, sozialen Idee. Dieses Programm machte ich auch zum Gegenstand meiner Werbetätigkeit, wobei es meiner staatsrechtlichen Auffassung entsprach, daß bei mir für die politische Arbeit sein nationaler Inhalt in den Vordergrund trat. Die ideologische Propaganda allein, so wichtig sie war, genügte nicht. Im inneren Parteiverkehr hob ich unablässig die einigenden Momente hervor, die nicht hinderten, den eigenen Standpunkt zu vertreten, aber es nötig machten, den Ausgleich zu finden und nach außen geschlossen zu bleiben.

In der praktischen Politik wird das Denken und Handeln des einzelnen vorwiegend durch die Sonderstellung bestimmt, die er im Leben einnimmt. Wollte die DNVP die einzelnen Volksteile einerseits für sich gewinnen, andererseits einem gerechten Ausgleich zugänglich machen, so mußte sie den besonderen Auffassungen und Interessen des einzelnen entgegenkommen. Der Schiffskatalog gesetzgeberischer Verheißungen, der eine bleibende Erscheinung der Programme und Wahlaufufe der Parteien wurde, war ein Mittel von höchst zweifelhaftem Wert und hat sich in dem Jahrzehnt der Parteiherrschaft immer mehr abgenutzt. Überzeugt und gern habe ich dagegen in den inneren Parteiverhandlungen und in meiner journalistischen und rednerischen Tätigkeit an der Aufgabe mitgearbeitet, einzelnen Gruppen der zu gewinnenden Anhänger die aus ihren besonderen Verhältnissen abgeleiteten und doch dem Gedanken der nationalen Einigkeit gerecht werdenden idealen und staatspolitischen

Gedanken und Ziele zu bieten und ihnen den ihrer Bedeutung entsprechenden Platz in der Parteiarbeit zu schaffen. Als alter Konservativer sah ich mich dazu um so mehr veranlaßt, als mir von Gegnern, aber auch in der DNVP, selbst der unbegründete, oft widerlegte Verdacht entgegentrat, die Konservative Partei sei eine einseitige Klassen-, Junker- und Agrar-Partei gewesen und geblieben, die um ihrer egoistischen Machtinteressen willen engstirnig am Alten klebte. Mit der Bezeichnung Volkspartei, deren Aufnahme in den Parteinamen ich bei der Gründung der Partei als taktisch nutzlos bekämpft hatte, versöhnte ich mich mehr und mehr; ich benutzte sie ebenso wie Hergt zum Beweise, daß wir alle Volkskreise unter dem nationalen Banner zu politischer Arbeit vereinigen wollten.

In der Zeit des ersten Aufbaues galt es zunächst, die dem politischen Leben neu zugeführten Frauen und Jugendlichen in die Partei einzufügen. Eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges war die Überbrückung des Klassengegensatzes zwischen Unternehmern und Arbeitern. Aus konservativer Überlieferung heraus lag es mir besonders, den Berufsständen der Beamten, der Landwirtschaft und des selbständigen gewerblichen Mittelstandes nahe zu legen, daß sie in der Partei die geeignete Vertretung fanden. Ebenso wurde es mir nicht schwer, an der Überbrückung des konfessionellen Gegensatzes mitzuwirken. Schließlich handelte es sich darum, zu erreichen, daß die verschiedenen Parteien, die sich zur Gründung der DNVP entschlossen hatten, gleichberechtigt aber entgegenkommend in ihr zusammenwirkten.

Die Frau war durch das von der Republik eingeführte Frauenwahlrecht zu einem hervorragend wichtigen Teil der Wähler und Mitglieder der Partei geworden. Ich sah es als eine Gefahr an, daß ihre Vertretung in der Partei und Propaganda allzu eindeutig auf die berufstätige Frau übergehe und zugeschnitten werde.¹ Viele der weiblichen Mitglieder der DNVP ergriffen die neue politische Aufgabe eifrig und mit Leidenschaft und begegneten daher mir als dem alten Konservativen von vornherein mit Mißtrauen, das sich aus unserer früheren Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht ergab.² Ich erinnere mich mancher Unterhaltung mit »Muttel Behm«, die mir vorhielt, die politisch tätigen Frauen seien keineswegs damit zufrieden, daß man ihnen mit der alten ritterlichen Höflichkeit begegne, ja sie lehnten diese ab. Was sie verlangten, sei volle Gleichberechtigung als politische Mitarbeiter in der Partei, im politischen Betriebe und im Berufsleben. Diese Forderung wurde denn auch bei Aufstellung der Wahllisten nachdrücklich vertreten. Die mir anezogene, vielleicht angeborene Höflichkeit gegen die Frau pflegte, wie ich trotz des Protestes von Frau Behm feststellen konnte, keinen politischen Schaden anzurichten. Meine Gegnerschaft gegen das aktive und passive Wahlrecht der Frau bestand nach wie vor, obwohl ich zugeben mußte, daß es nicht so radikal wirkte, wie ich befürchtet hatte. Aber es war nun einmal eingeführt und in absehbarer Zeit nicht mehr zu beseitigen. Deshalb war es in der praktischen Politik weder nötig, den Gegensatz gegen diese Neuerung zu betonen noch ihn abzuleugnen. Nachdem die Frau durch die Pflicht mitzuwählen zur politischen Arbeit be-

¹ In den »Grundsätzen« der DNVP hieß es ohne den von Westarp beantragten (siehe Anm 38, Kap. I/3) Zusatz: »Die deutsche Frau ist als Hüterin der sittlichen und religiösen Grundlagen des Familien- und Volkslebens unentbehrlich. Ihr steht die gleichberechtigte Mitwirkung im öffentlichen Leben zu. Die Rechte der Frau als verantwortliche Persönlichkeit in der Erziehung des künftigen Geschlechts und im Berufs- und Familienleben sind auszugestalten.«

² Siehe WESTARP I, S. 398 f.

rufen worden war, konnte ich nicht nur aus taktischen Gründen, sondern überzeugt den Wert und die Bedeutung der Arbeit unserer weiblichen Parteimitglieder anerkennen und mich bereit erklären, ihnen alle dazu erforderliche Gleichberechtigung und praktische Möglichkeit einzuräumen.

Die erste Vorsitzende des sofort von der Partei gebildeten Reichsfrauenausschusses war Anna v. Gierke, ihre Mitarbeiterin eine Nichte meines Namens. Ich habe mich ihrer Bitte, in Kreisen des Reichsfrauenausschusses in Frankfurt a. O. und Berlin³ Vorträge über Verfassungsfragen und innere Politik zu halten, nicht verschlossen. Im Sommer 1920 traten sie infolge antisemitischer Angriffe auf ihre halbjüdische Abstammung zurück⁴, um sich sozialen Aufgaben zu widmen, mit denen Fräulein v. Gierke sich einen Namen erworben hatte.

Das Wahlalter von 20 Jahren, nach dem Betriebsrätegesetz von 18 Jahren, erregte in weiteren Kreisen Widerstand und konnte mit geringeren taktischen Bedenken bekämpft werden als das Frauenwahlrecht. Aussicht auf Änderung bestand auch hier nicht. Mit 20 Jahren traten die Jugendlichen mit vollem Stimmrecht in das politische Leben von Staat und Gemeinde ein.

Zwingend wurde die Aufgabe, nicht nur diesen großen Kreis neuer Wähler für die Partei zu gewinnen, sondern auch Vorsorge zu treffen, daß die jungen Menschen beim Eintritt in das Wahlalter nicht auf andere Ideen und Parteien festgelegt, sondern für die nationale Partei wohl vorbereitet waren. Die Parteiarbeit mußte also auch die Schuljugend erfassen. Das war für die konservative Auffassung eine ganz neue Lage. Wir hatten noch im Weltkriege die von den Sozialdemokraten und ihren Gewerkschaften geforderte Zulassung der Jugend zu politischen Vereinen lebhaft bekämpft.⁵ War das staatspolitisch richtig, so hat es doch unheilvolle Folgen gehabt, daß wir auch praktisch die Einspannung der noch nicht wahlmündigen Jugend in das Parteileben der Sozialdemokratie überlassen hatten, die sie mit oder ohne gesetzliche Ermächtigung mit Erfolg betrieb. Jetzt wurde die Preisgabe dieser Zurückhaltung zur zwingenden parteipolitischen Notwendigkeit.

Wichtiger noch als das Parteiinteresse waren auch hierbei die nationalen Gründe, die es verboten, die heranwachsende Jugend widerstandslos den herrschenden Gewalten zu überlassen. Staat und Schule versagten bei Erfüllung der Pflicht, das heranwachsende Geschlecht zu vaterländischer Gesinnung und Willenskraft zu erziehen, und die nationale Erziehung durch den militärischen Dienst hatte der Feind uns zerschlagen. Haus und Familie, die vielleicht das beste tun konnten, fielen aus, soweit sie von dem pazifistisch demokratischen Strome der Zeit ergriffen waren. Nationale Organisationen mußten sich der heranwachsenden, noch nicht wahlmündigen Jugend annehmen. Solche Erkenntnisse reifen langsam. Die DNVP hat erst nach der Wahl vom 6. Juni 1920 mit der Organisation ihrer Jugend begonnen. Soweit bis dahin von rechts stehender Seite Einfluß auf die Jugend genommen wurde, geschah es ausschließlich im nationalen Sinne und unter Ablehnung formeller Bindung an bestimmte Parteien und ihre politischen Ziele.

³ Frankfurt am 20. 9. 1919, Berlin am 30. 10. und 3. 11. 1919.

⁴ Vgl. hierzu unten S. 143 (A. v. Gierke) und S. 142 (Gräfin Westarp). Zur Rolle der Frauen in der DNVP vgl. auch die Biographie von Anke Walzer: Käthe Schirmacher. Eine deutsche Frauenrechtlerin auf dem Weg vom Liberalismus zum konservativen Nationalismus, Pfaffenweiler 1991.

⁵ WESTARP II, S. 222–227.

Führend auf diesem Gebiete war der »Deutschnationale Jugendbund«⁶, der außerhalb der DNVP und unabhängig von ihr bestand. In meiner Abneigung gegen die Einschaltung der Jugend in das Parteigetriebe habe ich die Änderung dieses Zustandes nicht betrieben. Die mittelbare Wirkung überparteilicher nationaler Einflußnahme schien mir damals dem Parteiinteresse zu genügen, und ich habe sie lebhaft gefördert. Das geschah in enger Fühlungnahme mit dem Deutschnationalen Jugendbund. Aus der Zusammenarbeit mit ihm, also außerhalb des Parteigetriebes, nahm ich in den anderthalb Jahren der Nationalversammlung Stellung zu der nationalen Arbeit an der noch wahlmündigen Jugend und arbeitete persönlich an ihr. Im Zusammenhange damit standen Vorträge in Studenten-Versammlungen. Anforderungen dazu, mochten sie aus der Partei heraus oder von akademischen Vereinigungen ergehen, bin ich stets mit Vorliebe gefolgt. Zur Parteiarbeit wurde die Jugendbewegung für mich erst in späterer Zeit nach der Begründung der Bismarck-Jugend.⁷

Wie bei den Frauen stieß ich bei den Arbeitervertretern in der DNVP auf Mißtrauen. Dabei gaben auf dem Gebiete der Arbeitspolitik die neuen Verhältnisse keinen Anlaß, hinsichtlich der Grundsätze umzulernen, nach denen wir Konservativen die Arbeiterfrage behandelt hatten. Mir erwuchs vielmehr die Aufgabe, Vorurteile auszuräumen, die gegen unsere grundsätzliche Einstellung zur Arbeiterfrage bestanden. Praktisch hatten wir die Landarbeiter im wesentlichen im nationalen Lager gehalten; in die industriellen Arbeitermassen hatten wir gar nicht eindringen können. Daran hatten uns in erster Linie agitatorische Mängel einer zu engen Parteiorganisation gehindert, die in den Verhältnissen der Vorkriegszeit begründet gewesen waren. An ihrer Beseitigung im weiteren Rahmen der DNVP mitzuarbeiten, war ich bereit.

Bei den christlich-sozialen Gewerkschaften trat zu dem allgemeinen Vorurteil gegen den konservativen, adligen Junker und Agrar-Politiker die Erinnerung an die Entscheidung, mit der ich, zuletzt im Weltkriege bei Durchführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, für die Wirtschaftsfriedlichen Verbände und ihre Heranziehung zu den Ausschüssen des Gesetzes eingetreten war.⁸ In diesem Punkt konnte ich nicht nachgeben. Mir persönlich erschien eine vertikal, d. h. nach Betrieben gegliederte Organisation, die auf die Solidarität von, wie man heute sagt, Führer und Gefolgschaft eingestellt war, wertvoller als die Gewerkschaft, die horizontal nach Berufen abgegrenzt schon wegen dieser Grundlage ihrer Organisation den Interessengegensatz und Klassenkampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern förderte. Aber ich rang mich schon damals zu der Auffassung durch, die ich in späteren Jahren noch oft zu vertreten hatte, daß der Organisationsgegensatz zwischen Gewerkschaften und »Gelben«⁹ nicht auf dem Boden der DNVP auszutragen sei, daß diese vielmehr die Aufgabe habe, alle vaterländischer Gesinnung zugänglichen Arbeiter unter dem nationalen Gedanken zusammenzuschließen, gleichviel wo und wie sie beruflich organisiert waren.

⁶ Ihm gehörten auch Politiker anderer bürgerlicher Parteien an, so Stresemann.

⁷ Vgl. deren Zeitschrift »Deutsches Echo«, Hamburg 1925–1931. Übergreifend Wolfgang R. Krabbe: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik (1918–1933). Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat, Opladen 1995 (für die Bismarckjugend S. 171–196).

⁸ Vgl. WESTARP II, S. 462 f.

⁹ Bezeichnung der »wirtschaftsfriedlichen Verbände« durch ihre Gegner. Eine knappe Zusammenfassung über den Anteil von Deutschnationalen an diesen Organisationen, die für den Gedanken der Betriebsolidarität eintraten, den Streik als Kampfmittel verwarfen und den Abschluß von Werkтарifen auf der Grundlage des Leistungslohns erstrebten: WEISS, Politisches Handwörterbuch, S. 43 f.

Zu den Vorurteilen, die ich zu bekämpfen hatte, gehörte die Meinung, daß meine unbedingte Ablehnung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gleichbedeutend sei mit meiner Weigerung, den Arbeiter zu gleichberechtigter politischer Arbeit heranzuziehen.¹⁰ Dieser Argwohn wurde von allen anderen Parteien in die Reihen der deutschnationalen Arbeiter hineingetragen. Als Stresemann mir in unseren Auseinandersetzungen über die Möglichkeit einer Regierungskoalition diesen Vorwurf machte, hielt ich ihm entgegen, seine Äußerung beruhe auf einer mir unbegreiflichen Verwechslung zwischen der Sozialdemokratie und dem Arbeiter als solchem.¹¹

»Sozialdemokratie und Arbeiterschaft sind aber nicht identisch, und die Frage einer Regierungskoalition mit den Mehrheitssozialdemokraten ist etwas anderes und von anderen Gesichtspunkten aus zu beurteilen als die Frage des Verhältnisses zur Arbeiterschaft.«

Der Unterschied der Begriffe »Sozialdemokratie« und »Arbeiter« wurde ein ständiges Thema meiner Reden. Es war nicht schwer nachzuweisen, daß die sozialdemokratischen Parteien – geschweige denn die Mehrheitssozialdemokratie und ihre Gewerkschaften – schon rein zahlenmäßig nicht alle Arbeiter in ihren Organisationen erfaßt hatten. Aber – so fügte ich beispielsweise in Erlangen nach einem Pressebericht hinzu –¹² es

»gibt selbst unter den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern solche, denen Zweifel an der allein seligmachenden Lehre der Sozialdemokratie aufsteigen. (Zwischenruf: Daran seid Ihr bloß schuld. – Heiterkeit) Es gibt in der Sozialdemokratie noch andere Gruppen, und das sind Arbeiter, die nur zu gerne aus der Sozialdemokratie herausmöchten, wenn sie nicht durch Zwang und Terror festgehalten würden.«

Auch wo ich die Schuld der sozialdemokratischen Parteien am Verlust des Weltkrieges nachwies, unterließ ich niemals zu betonen, daß der Arbeiter, auch der sozialdemokratisch organisierte, an der Front seinen Pflichten des Kampfes und der Kameradschaft voll gerecht geworden sei. Bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften, vaterländischen Arbeitervereinen, wirtschaftsfriedlichen Verbänden, die ja alle bestrebt waren, die Arbeiter aus der sozialdemokratischen Partei herauszuziehen, fand ich natürlich Verständnis und Unterstützung für den Nachweis, daß die Sozialdemokratie kein Recht habe, als die alleinige Vertretung der Arbeiter zu gelten.

Im Zuge der Zeit lag der Vorwurf, die Sozialpolitik der Regierung und der Konservativen Partei sei bevormundende Fürsorge gewesen, während der Arbeiter mit Recht beanspruche, daß er als voll gleichberechtigtes Mitglied des Staates, der Gesellschaft, der Partei anerkannt und behandelt werde. Ich habe es an sehr ausdrücklicher Anerkennung dieses Anspruches, der mir auch in den innerparteilichen Auseinandersetzungen oft vorgehalten wurde, nicht fehlen lassen.

Die Gleichberechtigung des Handarbeiters im wirtschaftlichen und politischen Leben wurde ein ständiger Gegenstand meiner öffentlichen Reden. Zur Begründung dieses Standpunktes pflegte ich in hohen Tönen den Wert der Arbeit zu preisen, für die es nur auf die Ehrlichkeit und den Ernst der Pflichterfüllung ankomme, gleichviel, um welche Art der Arbeit es sich handle, ob sie mit der Hand oder dem Kopf, in der Stadt oder auf dem Lande, in diesem oder jenem Beruf getan werde. Der rednerische Schwung, mit dem ich diese Gedanken näher ausführte, wurde einmal durch den Zwi-

¹⁰ Siehe unten S. 118.

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP.

¹² Fränkische Nachrichten, Erlanger Anzeiger Nr. 111 vom 27. 5. 1920, »Graf Westarp in Erlangen«.

schenruf eines Berliners unterbrochen: »Du arbeitest mit dem Maul!«, der so erschütternd wirkte, daß ich nur in das allgemeine Gelächter einstimmen konnte. An der Wiederholung dieser Gedankengänge ließ ich mich nicht beirren.

Die sozialdemokratische und kommunistische Agitation hetzte den Arbeiter und Proletarier gegen den Bürger, den »bourgeois«, auf. Den Stoff dazu boten ihr weniger die nicht abzuleugnenden Fehler eines satten, materialistischen, demokratisch-jüdischen Bürgertums als der haßerfüllte Neid der »besitzlosen Klassen« gegen jeden Besitz und jede geistige Bildung, den sie künstlich schürten. Das war Klassenkampf im schlimmsten Sinne des Wortes, und ich forderte, der von Marx stammende Gegensatz von »Bürger« und »Arbeiter« solle aus der Erörterung verschwinden. Man solle bei dem Worte Bürger nicht an den bourgeois, das Kampfobjekt des internationalen Proletariats, sondern an den preußischen Staatsbürger denken. »In Deutschland ist jeder Bürger Arbeiter und jeder Arbeiter Bürger und soll es sein.«

Zur ideologischen Begründung des Gleichberechtigungsanspruches der Handarbeiter trat mein Bekenntnis zu seiner praktischen Durchführung. Es lag schon in meiner Antwort an Stresemann, der mir vorgehalten hatte, mit meiner Ablehnung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie wolle ich den Aufbau »unter Ausschluß der Arbeiter« ausführen¹³:

»Die Aufgabe, die Arbeiterschaft zur Mitarbeit am öffentlichen Leben heranzuziehen und dafür zu gewinnen, daß sie sich auf den Boden des Staates stellt, erkenne ich in ihrer Bedeutung und Größe ebenso an, wie irgend jemand aus anderen Lagern es tut.«

Es sei schon eine Verkennung der Konservativen Partei gewesen, wenn man behauptete, diese habe von einem Herrenstandpunkte aus dem Arbeiter in ihren Reihen und im Staatsleben die volle Gleichberechtigung versagt.

»Die Heranziehung der Arbeiterschaft in den Berufsvertretungen, in dem Aufbau der Partei, in Staat und Gemeinde, zwar nicht zu einer Diktatur einseitiger Klassenherrschaft, aber zur Mitarbeit in voller Gleichberechtigung ist eine Aufgabe, deren Größe und Bedeutung von mir und anderen Trägern konservativer Anschauungen erkannt und anerkannt wird.«

Zur Bekräftigung wies ich auf die Änderungen hin, die sich in der Stellung des Arbeitnehmers vollzogen haben.

»Das ist in der Industrie der Fall gewesen, als sie unmittelbar nach der Revolution den bereits vorher in Angriff genommenen Plan der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften¹⁴ vollzog; ebenso wie die Deutsche Volkspartei erblickte auch ich in der Arbeitsgemeinschaft ein zukunftsreiches Vorgehen, dem auch Programm und Wahlauftrag der Deutschnationalen Volkspartei ausdrücklich und warm zugestimmt haben. Auch in der Landwirtschaft erkennt jetzt, wie man wohl sagen darf, die weitaus überwiegende Mehrheit der Arbeitgeber ohne Rückhalt die Notwendigkeit von Organisationen der Landarbeiter zur Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse an. Auch der Tarifvertrag als solcher wird nicht abgelehnt.«

Indem ich diesen Änderungen zustimmte, hatte ich auch meinerseits, ohne es ausdrücklich auszusprechen, jenen früheren Standpunkt des Unternehmers preisgegeben, den man vielfach in die Formel gebracht hatte, er wolle »Herr im Hause« bleiben.

¹³ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP.

¹⁴ Zur »Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands«, gegründet am 15. 11. 1918, vgl. Friedrich Zunkel: Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1974, S. 188–200 sowie Gerald D. Feldman und Irmgard Steinisch: Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985.

Ohne darauf einzugehen, wie weit es sachlich berechtigt war, das freie Unternehmertum zugunsten eines Bestimmungsrechtes der Arbeiter und der sozialen Staatsbehörden einzuschränken, hatte ich festgestellt, daß der Arbeitgeber selbst, auch der landwirtschaftliche, auf absolutes Regiment hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichtet hatte und daß eine Wiederherstellung seiner Handlungsfreiheit auf diesem Gebiet für die Partei nicht in Frage kam.

Bereits Ende November 1918, also während der ersten Gründungsverhandlungen, hatten die Christlich-Sozialen den »Reichsarbeiter-Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei« gebildet, dessen Vorsitzender der ebenso kluge und fleißige wie rührige und fanatische, in vielen Ämtern seiner Partei und der Evangelischen Arbeiterbewegung tätige und bewährte Christlich-Soziale Hartwig war. Er und der gleichfalls tüchtige Geschäftsführer Rüffer, später auch Lindner, schufen dem Ausschuß in unablässiger Werbearbeit einen starken, gut organisierten Unterbau bis in die Ortsvereine der Partei hinein.¹⁵ Die von ihnen geschaffene Bewegung wurde so stark, daß sie sich auf dem Parteitag in München im Oktober 1921 als »Deutschnationaler Arbeiterbund« eine aus dem Rahmen der Parteiorganisation herausfallende Sonderstellung schaffen konnte. In einem Rückblick auf diese Entwicklung rühmt Hartwig¹⁶ die Deutschnationale Arbeiterbewegung als das in Fortführung der Arbeiterpolitik Stoeckers¹⁷ geschaffene Werk seiner Partei.

»Die deutsch-konservative Partei mußte sich umformen, die christlich-soziale stand nach ihrer bisherigen politischen Arbeit und ihrem ganzen programmatischen Ziel vor einer zukunftsreichen Aufgabe. [...] Die christlich-soziale Partei, die der Arbeiterschaft auf dem Boden der Volksgemeinschaft und staatlicher Standesgleichheit die Gleichberechtigung erkämpfte, verzichtete auf ein zukunftsreiches Eigenleben zugunsten der großen Idee: der Schaffung einer machtvollen sozialen Rechtspartei. So entstand aus dem Aufgeben des Eigenlebens der konservativen und christlich-sozialen Partei die Deutschnationale Volkspartei.«

Es stehe fest, daß der Deutschnationale Arbeiterbund mit seinen 300 000 »national, ständisch und kaiserlich denkenden Arbeitern« die »zahlenmäßig stärkste Wahltruppe der DNVP« geworden sei. Die Steigerung von rund 3 auf 6,2 Millionen Wähler vom 19. Januar 1919 bis 17. Dezember 1924 führte er darauf zurück, daß Millionen deutscher Arbeiter deutschnational gewählt hätten.

Das Verhältnis zwischen der deutschnationalen Arbeiterorganisation und mir war von Anfang an nicht frei von inneren Hemmungen. Gerade der leidenschaftliche kleine Hartwig neigte, wie mir schien, auch persönlich zu Mißtrauen, das dem Junker gegenüber die politische Spannung verschärfte. Ich meinerseits konnte das starke christlich-soziale Selbstbewußtsein, das in dem 1926 geschriebenen Aufsatz zum Ausdruck kam, nicht als voll berechtigt anerkennen und sah mich gelegentlich veranlaßt, daraus abgeleiteten Ansprüchen auf eine bevorzugte Sonderstellung der deutschnationalen Arbeiterbewegung in der Parteiorganisation und bei der Aufstellung der Wahllisten entgegenzutreten. Auch fehlte es nicht an einzelnen Meinungsgegensätzen über das Maß der politischen Arbeiterforderungen oder über die Parteitaktik. Dennoch war ich stets und auf die Dauer nicht ohne Erfolg bestrebt, über diese Schwierigkeiten hinweg mit den Arbeitervertretern ein auf gegenseitiger Offenheit beruhendes Vertrauensver-

¹⁵ Vgl. STUPPERICH.

¹⁶ Aus der Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, in: Politische Praxis, hrsg. Walther Lam-bach, Hamburg 1926, S. 289–294.

¹⁷ Zu ihr vgl. auch MUMM.

hältnis herzustellen. Das gebot nicht nur die Rücksicht auf die Geschlossenheit und Wahlstärke der nationalen Parteigemeinschaft. Mit dem allgemeinen politischen Programm des Arbeiterbundes konnte auch ich gut arbeiten. Unbedingt jeder Unterstützung würdig war – das war für mich entscheidend – die deutschnationale Arbeiterbewegung, weil und soweit sie sich als geeignetes Mittel erwies, die Arbeitermassen von der Verhetzung und dem Terror der Sozialdemokraten und Kommunisten zu befreien, sie den Ideen des Internationalismus und proletarischen Klassenkampfes zu entfremden und sie in das Lager des nationalen Befreiungswillens und des Kampfes gegen das demokratische System parlamentarischer Parteiherrschaft hinüberzuziehen. In diesem Kampf habe ich mit den Arbeitervertretern stets gute Tuchfühlung gehalten, ihnen auch manche Konzession auf anderen Gebieten gemacht, sie in meinen Reden unterstützt und mich für ihre Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Die wahlberechtigten Frauen, die Jugendlichen und die industriellen Arbeitermassen waren für mich politisches Neuland. Bei dem Berufsbeamtentum, der Landwirtschaft, dem selbständigen gewerblichen Mittelstand erwachsen mir die neuen Aufgaben auf altem konservativem Boden.

»Zerschlagen ist das alte preußische Beamtentum. In banger Sorge fordern die Beamten, daß ihnen die alte Unabhängigkeit der Lebensstellung und parteilosen Pflichterfüllung gewährleistet werde. Inzwischen ersetzt die Regierung mit folgerichtiger Entschlossenheit an allen leitenden Stellen den alten sachkundigen und für sein Spezialfach vorgebildeten, pflichttreuen und über den Parteien stehenden Beamten durch den sozialdemokratischen oder doch demokratischen Parteigänger.«

Diese Klage und Anklage erhob ich in einer Bilanz des Konkurses¹⁸, den die Machthaber der Revolution selbst herbeigeführt und in dem sie die ihnen überkommene Masse als Konkursverwalter weiter verschleudert hatten. Dieser Verlustposten erregte über mein staatspolitisches Interesse hinaus meine persönliche Teilnahme. Denn mit dem Beamtentum war ich durch Herkunft und Lebenslauf verbunden. Meinem Beamtenberuf dankte ich die Grundlagen auch meiner politischen Arbeit.¹⁹ Im Reichstagshandbuch der Republik hielt ich an der Bezeichnung als Königlich Preussischer Oberverwaltungsgerichtsrat fest.

Die Verschleuderung der Werte, die Preußen in dem von seinen Königen geschaffenen Berufsbeamtentum besessen hatte, machte im Jahre 1919 stürmische Fortschritte, und ich betrachtete es als eine hervorragend wichtige Aufgabe der DNVP, die Volkskreise der wirtschaftlichen und freien Berufe, die sie in sich vereinigte, zum Kampfe auch gegen dieses Unheil zusammenzuschließen.

Westarp berief sich in der Öffentlichkeit auch auf die Behandlung der Beamtenfragen im Parteiprogramm, zumal seine Grundgedanken in die endgültige Fassung eingearbeitet waren²⁰; die »geforderte Mitwirkung an Beamtenausschüssen und Beamtenkammern bei der Regelung der dienstlichen Verhältnisse« war für ihn allerdings »ein zu weit gehendes Entgegenkommen gegen gewerkschaftliche Auffassungen.«

Zu den Beamtenorganisationen der Partei gehörten neben dem Reichsausschuß der Beamten und den Beamten-Ausschüssen der Landesverbände die »Deutschnationale Beamtenschaft e. V.«. Ihr Gründer und Vorsitzender war der überaus rührige damalige

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

¹⁹ Vgl. WESTARP I, bes. S. 19.

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP: das Programm ermögliche »auch konservativen Politikern der alten Richtung«, auf seiner Grundlage den bevorstehenden Wahlkampf zu führen.

Berliner Stadtrat Berndt, später Bezirksbürgermeister von Schöneberg und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, ein gesinnungsfester Mann. Es war für mich selbstverständlich, daß ich ihr beitrage. Sie war einer der verhältnismäßig wenigen Vereine, denen ich angehört habe. Wenn sie, was in den folgenden Jahren häufig vorkam, meine rednerische Tätigkeit in Anspruch nahm, führte ich mich gern als Mitglied und Kollegen ein, der – ohne jeden Grundbesitz – als Abgeordneter die Interessen und Leiden der Beamenschaft persönlich teilte. Es war diejenige der vielen Parteiorganisationen, in der ich mich am meisten zu Hause fühlte.

Am 26. April 1920 hielt die Deutschnationale Beamenschaft e. V., die meist Deutschnationaler Beamtenbund genannt wurde, in den Kammersälen in Berlin ihre Eröffnungsversammlung ab. Nach der Programmrede des Vorsitzenden Berndt blieb mir als zweitem Redner die Möglichkeit offen, meine eigenen Ideen über die Beamtenpolitik vorzutragen.²¹

Die Besoldungsfrage trat an die Spitze meiner Ausführungen, weil kurz zuvor ein sozialdemokratischer Einspruch das Zustandekommen der von Erzberger vorgeschlagenen Besoldungsreform in Frage gestellt hatte. Im Ausschuß hatte Noske²² seine durch Wolffs Büro verbreitete Rede gehalten, in der er mit einem eindrucksvollen Hinweis auf die Finanz- und Währungsnot die Besoldungsreform für »indiskutabel« erklärt hatte. Breite Kreise des Volkes wußten auch gar nicht, wie bettelarm wir geworden seien, und seien nicht bereit, die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß wir den Krieg verloren haben. Grundsätzlich gab ich ihm Recht²³, mit der Maßgabe, daß er seinen Tadel an die falsche Adresse gerichtet habe.

»An die Arbeiter und an die eigenen Parteigenossen in erster Linie hätte Herr Noske seine berechtigten Ausführungen und ersten Mahnungen richten müssen. [...] Die sozialdemokratischen Arbeiter haben durch ihre Forderungen das Geld entwertet und sich dabei immer aufs neue die Lohnerhöhungen erkämpft, die der verminderten Kaufkraft im wesentlichen Rechnung tragen. Darunter haben weite Volkskreise, denen ihr Vermögen und ihre rechtlich zugesicherten Bezüge bis auf einen Bruchteil entwertet worden sind, schwer zu leiden. Besonders auch die Bezüge der Beamten haben, wie dies die Regel ist, mit der Entwertung des Geldes keineswegs Schritt gehalten.«

Die von den ungemessenen Lohnforderungen herbeigeführte oder doch ins Ungemessene gesteigerte Änderung des Geldwertes vollziehe sich aber nicht so,

»daß von heute auf morgen jede Klasse des Volkes gleichmäßig bei zehnfach höheren Preisen auch ein zehnfach höheres Einkommen hat; das geht vielmehr sprungweise und wellenförmig und vor allen Dingen sehr ungleichmäßig vor sich. Noch schlimmer als dem Beamtentum ist es dabei den kleinen Rentnern, Kapitalisten, Pensionären, Witwen und Waisen ergangen, die erwerbsunfähig oder erwerbsschwach ihr durch die Entwertung so gut wie enteignetes Einkommen nicht auf das Existenzminimum empörbringen konnten.«

Noskes Behandlung der Beamtenfrage verglich ich mit einer Rede, die v. Heydebrand im Februar 1907 im Abgeordnetenhaus gehalten hatte.

»Das Steigen aller Lebensbedürfnisse, so führte er aus, habe die Beamten in eine Notlage gebracht, zu der man unmöglich schweigen könne; seit zehn Jahren sei nichts wesentliches für sie geschehen; deshalb verlangte er namens der Partei eine organische Neuregelung aller Beamtenbezüge. Dieser

²¹ Die Beamtenfrage. Rede des Grafen Westarp in der Versammlung des Deutschnationalen Beamtenbundes am 26. April 1920 (DN-Flugschrift Nr. 59), Berlin 1920.

²² Rede am 16. 4. 1920, veröffentlicht WTB.

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP; dort auch das dritte der folgenden Zitate.

konservativen Anregung allein verdankte die große und organische Besoldungsreform der Jahre 1908 und 1909 ihr Entstehen.«

Die konservative Beamtenpolitik wurde wie die gesamte Politik der Partei von der gegnerischen Agitation entstellt und vielfach verkannt. Sie hat vielleicht taktisch Fehler gemacht, jedenfalls sich mancher Forderung der Beamten-Klassen und Verbände widersetzt. Das tat sie, weil sie der Popularität bei den Beamten allein und ausschließlich nicht den entscheidenden Wert beilegte, sondern sich der Verantwortung für die Allgemeinheit und das Staatswohl stets bewußt blieb. Der Erfolg in Preußen, wo sie allein maßgebenden Einfluß hatte, sprach nicht gegen sie.²⁴ Dem Vergleich mit der Vergangenheit fügte ich die Begründung der Ansprüche der Beamten hinzu, die sich für das konservative, staatspolitische Denken aus der Stellung und Bedeutung des Berufsbeamtentums ergibt.

»Die jetzt herrschenden Gewalten sollten, selbst wenn sie den fünf Millionen Menschen, die mit den Beamten und ihren Familien zusammenhängen, nicht die gleichen Rechte im Staate einräumen wollen wie dem organisierten Proletariat, doch bedenken, daß der Beamte den ihm übertragenen Dienst im Interesse der Allgemeinheit nicht versehen kann, wenn er nicht aus der Notlage befreit wird, in die er durch die von ihm nicht verursachte Geldentwertung geraten ist. Er stellt sein ganzes Leben, seine ganze Persönlichkeit in den Dienst des Staates unter Verzicht auf die Möglichkeit, außerhalb dieses Dienstes seine und seiner Familie wirtschaftliche und soziale Stellung zu bessern. Deshalb hat er Anspruch auf ein Entgelt, das auch unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen ausreicht, ihm ohne schwere Sorgen seinen Lebensunterhalt zu sichern, seinen Kindern die nötige Ausbildung zu verschaffen und ihm mit seiner Familie die Erhaltung und Besserung seiner sozialen Stellung zu ermöglichen.«

Würden die Bezüge des Beamten nicht unverzüglich und dauernd der Geldentwertung angepaßt, so versinke er in das Proletariat. Die Besoldungsreform wurde von der Nationalversammlung nicht mehr verabschiedet.²⁵

Die Not der Inflation machte es menschlich erklärlich, daß die Besoldungsfrage die Gemüter an erster Linie beschäftigte. Darüber durften die ideellen Werte nicht zu kurz kommen. Die Korruption hatte einen Umfang angenommen, der fortgesetzt einen Appell an die Ehre der Beamten erforderlich machte.

»Besonders entsetzlich für den ehrliebenden Beamten ist der Gedanke, daß der alte Ruf der Pflichttreue und Unbestechlichkeit schwer gefährdet ist. Die sozialistische Zwangswirtschaft mit all ihren unmöglichen und undurchführbaren Anordnungen, die Fülle von Versuchungen für Publikum und Beamte, die damit verknüpft ist, der allgemeine Verfall der sittlichen Anschauungen haben die Achtung vor Recht und Gesetz und die Autorität der Staatsgewalt und des Beamten tödlich getroffen. Den kleinen, in Not befindlichen Beamten und Familienvater kann man hierfür nicht in erster Linie verantwortlich machen, wenn Dinge geschehen, wie der Erzberger-Prozeß sie an den Tag gebracht hat. Heilige Pflicht und größtes Interesse des Beamtentums ist es, in festem Zusammenschluß dafür einzutreten, daß in unserm staatlichen Leben von den obersten Spitzen abwärts endlich wieder die alte Sauberkeit und Unbestechlichkeit, die Pflichttreue und der Gehorsam gegen das Gesetz herrschend werden. Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden, zuerst bei den obersten Stellen, nicht zum wenigsten bei den Abgeordneten selbst.«

Ernste Gefahr drohte schließlich der Rechtssicherheit der Lebensstellung der Beamten wie von der grundsätzlichen Abneigung sozialdemokratischer Neid-Agitation, so auch von dem parlamentarischen Machtbedürfnis der herrschenden Parteien.

²⁴ Die Beamtenfrage (wie Anm. 21), S. 6, auch für das folgende Zitat.

²⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 333 vom 28. 4. 1920, S. 5578.

»Zwar garantieren die Artikel 129 und 130 der Verfassung den Grundsatz lebenslänglicher Anstellung, die Unverletzlichkeit der wohl erworbenen Rechte, die Stellung der Beamten als Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei, die Freiheit der politischen Gesinnung. Die sozialdemokratischen Diktatoren, unterstützt oder doch nicht gehemmt von der Demokratie, sind nur zu geneigt, über diese unveräußerlichen Grundlagen geregelter Beamtentätigkeit zur Tagesordnung überzugehen. Die Unternehmung Kapps gibt erneuten Vorwand zur demokratischen Säuberung des Beamtentums, d. h. zu übelster Gesinnungsschnüffelei und Parteityrannei gegen die Beamten, die sich nicht sozialdemokratisch organisieren lassen und der allein seligmachenden Demokratie verschreiben wollen. Den letzten Schutz dagegen findet der Beamte in der Unabhängigkeit des Richters. Auch gegen sie läuft man Sturm [...].²⁶ Es darf ja nicht vergessen werden, daß das Erfurter Programm die Wählbarkeit der Richter, natürlich nicht auf Lebenszeit, fordert, und daß die Sozialdemokratie auch den anderen Beamten ihre unabhängige und unverletzliche Lebensstellung nicht gönnt, sondern sie von der Wahl der Massen abhängig machen will. [...] Damit werden dem Beamtentum die besten Quellen seiner Kraft genommen, die den Ruhm und die Größe des preußisch-deutschen Beamtentums bildeten, die fachliche Tüchtigkeit und Durchbildung und die unparteiische, nur nach sachlichen Rücksichten und nach Recht und Gerechtigkeit durchgeführten Erledigung der Dienstgeschäfte.«

Im Zusammenhang damit stand die Kritik an der Art, wie die herrschenden Parteien die Beamten ernannten und beförderten. Schon in meinem außenpolitischen Parteitagsreferat vom 13. Juli 1919 hatte ich ausgesprochen, die jetzt geltenden Grundsätze »Freie Bahn dem Gesinnungstüchtigen«, »ran an die Staatskrippe« würden nirgends verheerender wirken als im auswärtigen Dienst, und eine tüchtige Fachausbildung der auswärtigen Vertreter gefordert. Das mir bis dahin unbekannt gewesene agitatorische Schlagwort von dem »Drang zur Futterkrippe« benutzte ich auf Anregung von Kreth, der es mir erst auf dem Wege zum Parteitag als von dem Januschauer²⁷ geprägt mitteilte. Es schlug ein und wurde von uns viel verwendet. Wir hatten nur zu oft grundsätzlich und an vielen Einzelfällen heftig zu tadeln, daß die Auswahl und Beförderung der Beamten nur noch durch die innere oder doch äußere Zugehörigkeit zu einer der herrschenden Parteien anstelle der Rücksicht auf die berufliche Ausbildung und Tüchtigkeit maßgebend war. Besonders der sozialdemokratische Genosse ohne jede berufliche Vorbildung trat mehr und mehr in die Stelle leitender Verwaltungsbeamter vom Oberpräsidenten bis zum Landrat und Bürgermeister ein. Es fällt mir auf, daß ich diesen Mißstand in den Ausführungen vom 25. und 28. April 1920 nicht ausdrücklich besprochen habe. In der Wahlagitation und in sonstigen Versammlungen haben wir ihn oft und breit behandelt und damit gerade bei den alten Berufsbeamten eine starke Wirkung erzielt.

Mit Vorliebe habe ich stets an die historische Überlieferung preußischer Beamten-Ideologie erinnert, die den Schluß meines Vortrages bildete.

»Indem wir [...] die Lebensinteressen des Beamtentums wahrnehmen, dienen wir dem Vaterlande. Zwei Säulen waren es, auf denen der stolze Bau des alten preußischen Staates und des Deutschen Reiches ruhte: sein Heer und sein Beamtentum. Die eine liegt zerschmettert am Boden; die andere wollen wir nicht auch noch zerstören lassen. Ein unbestechliches und in seinem wirtschaftlichen und sozialen Dasein gesichertes, ein fachtüchtiges und sachlich arbeitendes, ein von Parteirücksichten unabhängiges, pflichttreues und angesehenes Beamtentum, getragen von der herrlichen Überlieferung unseres alten monarchischen Preußens, wie es von Preußens Königen seit jenen großen Organisatoren Preußens, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen, erzogen ist, das ist es, was wir aus den Stürmen und der Not dieser Zeit herüberretten müssen aus Liebe zu unserm armen deutschen Vaterland.«

²⁶ An dieser Stelle brachte Westarp Pressebelege dafür bei.

²⁷ Elard v. Oldenburg (Januschau).

Während meine Beamtenpolitik sich auf dem Boden meiner beruflichen und geistigen Heimat bewegte, bin ich in die politische Arbeit der verschiedenen Wirtschaftszweige als beruflicher Außenseiter eingedrungen. Zum Agrarpolitiker bin ich, ohne jemals praktischer Landwirt zu sein, aus Neigung und durch meine Verwaltungstätigkeit und aus meiner staatspolitischen Auffassung heraus geworden. Als fünfter Sohn eines Königlichen Oberförsters hatte ich von dessen Lebensarbeit, da er in meinem vierten Lebensjahr starb, keinen Eindruck erhalten. Zu den schönsten Erlebnissen des in Potsdam aufwachsenden Gymnasiasten gehörten die Sommerferien, zu denen mich befreundete Familien in Hinterpommern – v. Bonin in Wulfflatzke, v. Sanden in Natzlaff – einluden. Hof, Stall und Roggenernte waren mindestens ebenso verlockend wie der Wald und der große Gutsgarten und beliebter als die feierlichen Besuche von und in den Nachbargütern. Das waren aber auch die einzigen unmittelbaren landwirtschaftlichen Erfahrungen, mit denen ich in die Verwaltungspraxis eintrat. Die Ausbildungszeit als Referendar brachte mir sechs Monate, in denen mich mein Landrat v. Bethmann Hollweg, der spätere Reichskanzler, in die ländlichen Verhältnisse des märkischen Kreises Oberbarnim einführte.

Meine landwirtschaftliche Schule wurde der Posener Kreis Bomst, dessen Landratsamt in Wollstein ich von 1891 bis 1900 verwaltete.²⁸ Schon die Einführung und ständige Anwendung des Miquel'schen Einkommensteuergesetzes, eine Revision der Grundsteuer, Manöver-Flurschäden, Grunderwerb von Eisenbahngelände sowie Bestrebungen, die Ansiedlungskommission in den Kreis zu ziehen, ließen mich Einblicke in die Gestaltung landwirtschaftlicher Werte und Erträge tun. Ländliche Wohlfahrtspflege und Förderung des Deutschtums lehrten den Stand der Kultur und Zivilisation kennen; die vom Kreisausschuß festzusetzenden ländlichen Unfallrenten brachten soziale Erfahrungen. Entwässerungs-Unternehmungen führten an die Voraussetzungen intensiver Wirtschaft heran. Die Gründung und obere Leitung von 20 Spar- und Darlehenskassen brachten den Stand der Verschuldung und Vererbung nach dem Altsitzer-System²⁹ zur Anschauung. Die Hauptsache war doch der tägliche dienstliche und menschliche Verkehr in der rein landwirtschaftlichen Umgebung. Besuche auf den größeren Gütern, bei denen ich mir gern die Wirtschaft unter sachverständiger Führung des Besitzers erläutern ließ, und Jagden, die über Feld und Wald führten, lösten sich mit noch weit häufigeren Fahrten in die Dörfer ab, die einen nicht minder wertvollen landwirtschaftlich technischen und rein menschlichen Anschauungsunterricht boten. Es war das Zeitalter v. Caprivis, der Not der Landwirte.³⁰ Sie wurde laufend in Gesprächen erörtert, aus denen ich lernte, ohne, wie ich gestehen muß, die Pflicht des politischen Beamten zum Widerspruch gewissenhaft zu erfüllen. Mein regelmäßig gelesenes Blatt wurde die »Deutsche Tageszeitung«, und die hämmernde Wirkung von Morgen- und Abendnummer halfen letzte Vorbehalte überwinden. Selbstverständlich wurde ich Mitglied des Bundes der Landwirte, bis dieser nach der »Kanalisation«³¹ die Landräte zum Austritt aufforderte. Auf den Bund der Landwirte und seine Orga-

²⁸ Siehe WESTARP I, S. 1–7.

²⁹ Gesicherte lebenslängliche Versorgung, die der Bauer für sich und seine Frau bei Übergabe des Betriebs sich ausbedingte.

³⁰ Vgl. dazu PUHLE, S. 28–36.

³¹ Wilhelm II. entließ zahlreiche Landräte, weil sie 1899 als konservative Abgeordnete die Vorlage für den Bau des Mittellandkanals abgelehnt hatten. Vgl. dazu Hannelore Horn: Die Rolle des Bundes der Landwirte im Kampf um den Bau des Mittellandkanals, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 7 (1958), S. 273–358, insbes. S. 308 ff.

nisation war ich angewiesen, um bei den zahlreichen Wahlen der neunziger Jahre den national umstrittenen Wahlkreis Bomst-Meseritz dem Deutschtum zu erhalten. Ich hatte mich vollständig in den landwirtschaftlichen Arbeitskreis eingelebt und nahm mir, soweit es die Zeit gestattete, auch das Studium agrarischer Literatur vor. Der Kreis Randow in Stettin, den ich von 1900 bis 1902 verwaltete, brachte mich in Verbindung mit Industrie- und Vorort-Verhältnissen, erweiterte aber auch den landwirtschaftlichen Gesichtskreis. Im Bomster Kreis gestalteten das Bild leichte Böden, einige sehr intensiv bewirtschaftete große Güter, daneben überwiegend extensive Wirtschaft, viel Armut, etwas Hopfenbau. Im Süden und Westen des Stettin umgebenden Kreises traf ich auf fettem Boden hoch intensive Guts- und Bauern-Wirtschaften, dazu das Odertal und den Randow-Bruch. Die Kredit-Bewilligung der Sparkasse gab neue Kenntnis von Grundstückswerten und Schulden. Zwei große und wohlhabende landwirtschaftliche Kreisvereine, an deren Veranstaltungen ich möglichst regelmäßig teilnahm, boten viel Anregung durch wertvolle Vorträge und belehrende Gespräche.

Als ich von 1902 ab als Vorort-Polizeipräsident und OVG-Rat von Berlin eingeschluckt wurde, schien mir dieser ganze Besitz landwirtschaftlicher Erfahrungen und Kenntnisse zu einem schönen und wertvollen, aber für mich nicht mehr verwendbaren Schatz der Erinnerung geworden zu sein. Schon meine Wahlreisen von 1908 in dem einst verwalteten Posener Kreis erweckten die verblaßten Beziehungen und Anschauungen wieder zu neuem Leben und bestärkten mich in dem Vorsatz, mich gerade der Agrarpolitik der Konservativen Partei anzunehmen. Dazu bot die Arbeit in der Reichstagsfraktion reiche Gelegenheit. Es waren zwar die allgemein politischen Aufgaben der Finanzreform von 1909, des schwarz-blauen Blockes und des Bülow-Sturzes, die mich alsbald in enge Verbindung mit Dr. Roesicke brachten.³² Die Arbeitsgemeinschaft und persönliche Freundschaft, die mich seitdem mit dem tatkräftigen Vorsitzenden des Bundes der Landwirte verband, entsprach meiner Vorliebe für Agrarfragen und war naturgemäß von großem Einfluß auf meine politische Arbeit. Die Zollstreitigkeiten lagen in so festen und bewährten Händen, daß ich daran nur so weit teilnahm, wie es dem Fraktionsvorsitzenden gebührte. In eigener Arbeit vertrat ich agrarpolitische Gedanken bei der Finanzreform mit der Branntweinsteuer und Liebesgabe, Zuckersteuer, auch der Erbschaftssteuer und Zuwachssteuer.³³ Die Reichsversicherungsordnung brachte einen heftigen Kampf um die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Selbst bei den Telefongebühren spielte die Bevorzugung der Stadt für mich eine Rolle. Als Fraktionsvorsitzender gab ich Dr. Oertel freien Spielraum für die von ihm in der »Deutschen Tageszeitung« vertretenen Anschauungen. In der Werbearbeit außerhalb des Reichstages legte ich viel Gewicht auf die Landflucht und die ländliche Wohlfahrtspflege.

Der Weltkrieg brachte mich in noch engere Fühlung mit Dr. Roesicke sowohl in der allgemeinen Politik wie bei der Vertretung der Landwirtschaft. Mit ihm gemeinsam bearbeitete ich im Herbst die ersten Anregungen zur Regelung der Getreidewirtschaft. Er, v. Wangenheim vom Bunde der Landwirte und Graf Schwerin, Präsident des Landwirtschaftsrates, wirkten bei meiner Arbeit an der Ernährungspolitik mit. Diese hat mich in den Verhandlungen des Hauptausschusses, in meinen sieben großen Kommissionsberichten, im Ernährungsbeirat, in den Beratungen der Fraktion und ihrer Vertretung beschäftigt. Dabei war ein heftiger Kampf auszutragen gegen den Un-

³² Siehe WESTARP I, S. 65.

³³ Ebd., S. 56–75.

verstand, dem Popularitätsrücksichten auf die Unzufriedenheit und den Neid der Konsumenten wichtiger waren als die Erhaltung und Förderung der Produktion, und gegen die wüste Hetze, die zu klassenkämpferischen und revolutionären Zwecken den Haß zwischen Stadt und Land schürte. Den Kampf führte ich als Berichterstatter mit objektiver Beweisführung, als Parteiredner und Journalist außerdem mit agitatorischem Nachdruck.³⁴

So war ich nicht nur als reaktionärer Junker, sondern auch als engstirniger Agrarier abgestempelt. »Agrarier« war neben »Kriegsverlängerer« und »Kriegsgewinnler« eines der schlimmsten Schimpfwörter der Revolutionsjahre. Man konnte sich im Parteilieben nicht vorstellen, daß ein Abgeordneter sich für einen Wirtschaftszweig einsetzte, ohne mit seinem eigenen Vermögen daran beteiligt zu sein. Deshalb trug mir mein Eintreten für die Landwirtschaft stets den Vorwurf egoistischer Interessenpolitik ein. Junge Freunde unseres Saalschutzes erzählten mir einst, ein kommunistischer Judenjüngling habe ihnen vorgehalten, ich hätte gut reden, da ich 80 Rittergüter besitze. Ich nahm das in die Ausführungen, in denen ich mich als Agrarier ohne Ar und Halm vorstellte mit dem Bemerken auf, das sei richtig, nur läge mein ganzer Landbesitz auf dem Monde. Der Glaube, ich sei Großgrundbesitzer, blieb unausrottbar, er tritt mir noch heute gelegentlich entgegen. Nun ist ja diese Behauptung in meinen Augen an sich noch keine Verdächtigung. Die Zähigkeit, mit der ich ihr fortgesetzt entgegentrat, hatte einen politischen Grund. Die Aufgabe, den Gegensatz von Stadt und Land zu überbrücken, konnte ich mit größerer Wirkung auf die Konsumenten erfüllen, wenn ich als einer der Ihrigen ohne jeden Grundbesitz, also ohne egoistisches Vermögensinteresse, dem Schutz und der Förderung der Landwirtschaft das Wort redete. Dr. Roesicke und andere Führer des Bundes der Landwirte haben es mir gelegentlich ausgesprochen, sie hielten es für besonders wertvoll, daß sich ein Politiker, der nicht Landwirt war, so wie ich für die Interessen der Landwirtschaft einsetze. Bei der Mehrzahl der Landwirte fand ich nach meinem Empfinden weniger Verständnis dafür. Das mag an der Methode meiner Reden gelegen haben. Der Agitator erzielt billigen Beifallssturm, wenn er »zu Überzeugten« spricht, den Angehörigen eines Berufes also breit auseinandersetzt, was sie selbst über ihre Interessen denken. Mir kam es mehr auf dauernde Belehrung an. Deshalb behandelte ich die agrarischen Gesichtspunkte vor städtischen Konsumenten eindringlich und ausführlich, vor Landwirten zugunsten der Fülle des sonstigen Stoffes als selbstverständlich nur kürzer.

Wenn ich die Annahme eigenen Vermögensinteresses widerlegt hatte, suchte man meine Argumente durch den Vorwurf zu entkräften, daß nur das Wahlinteresse mich agrarisch reden lasse. Unbestreitbare Tatsache war, daß ich wie viele der konservativen Abgeordneten in den beiden Vorkriegs-Reichstagen von 1908 und 1912 meine Wahl in der Hauptsache den landwirtschaftlichen, im Bunde der Landwirte organisierten Wählern verdankte. Wenn wir auf diesen Teil der Wählerschaft in unserer Agitation und Politik Rücksicht nahmen, so fiel dabei das Parteiinteresse mit staatspolitischer Notwendigkeit zusammen. Das mag heute schwer verständlich sein. In jener Zeit, in der die Staatsgewalt an den Reichstag abglitt, wurde der Erfolg der Massenwahl mehr und mehr die entscheidende Voraussetzung für jede Möglichkeit, Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Berechtigung, uns einen Vorwurf daraus zu machen, hatten weder die Parteien, die ganz auf demokratische Herrschaft in Parlamenten und auf hem-

³⁴ Vgl. WESTARP II, S. 365–466.

mungslose Massenagitation eingestellt waren, noch die Träger der Regierung, die ihnen trotz unserer Mahnungen nicht den nötigen Widerstand entgegensetzten. Es war der Staatssekretär v. Delbrück, der solche Vorwürfe dahin zusammenfaßte, die Konservative Partei habe durch den Zusammenschluß mit dem Bunde der Landwirte die stolze Tradition der Unabhängigkeit von der Wählerpopularität aufgegeben. Seitdem sei sie eine »Massenpartei wie alle anderen und eine Berufsvertretung wie die Sozialdemokratie« geworden. In Wahrheit sahen wir die Rücksicht auf die Wahlagitation als eine bittere Notwendigkeit an, weil ohne sie konservativer Einfluß im Reichstag nicht mehr zu Worte kam. Für den Zusammenschluß mit dem Bunde der Landwirte war an erster Stelle nicht das so erzwungene Agitationsbedürfnis maßgebend, sondern die recht eigentlich konservativ staatspolitische Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Landwirtschaft als Grundlage der Volksernährung und als Kraftquelle des Volkstums zu stützen. In der praktischen Politik erbrachten wir zudem den Nachweis, daß wir auch andere als rein agrarische Interessenpolitik zu treiben wußten, zu gerechtem Ausgleich zwischen der Landwirtschaft und den sonstigen Berufen bereit waren und, wo es die Staatspolitik gebot, von einseitigen agrarischen Forderungen Abstand halten konnten. Das waren Auffassungen, von denen v. Heydebrand und ich im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, übrigens im Einverständnis mit Dr. Roesicke und Dr. Oertel, ausgegangen sind³⁵ und die ich nach dem Umsturz zu vertreten hatte, wenn man außerhalb oder auch innerhalb der DNVP die Konservative Partei als einseitige Interessenvertretung ostelbischen Großgrundbesitzes und egoistischen Agrariertums anschwärzte.

Nach dem Umsturz konnte ich vollends den Nachweis erbringen, daß mein Agrariertum, an dem ich festhielt, ebenso wenig von wahlagitatorischen wie von egoistisch finanziellen Interesse bestimmt worden ist. Die Verhältnisse hatten sich grundlegend geändert. Während die Konservative Partei an einer nicht selbst gewollten und programmatischen, aber in den Verhältnissen gegebenen Einseitigkeit ihrer Wählerschaft gelitten hatte³⁶, war es der DNVP gelungen, in größerem Umfang in den Westen und die Großstädte, in das Bürgertum und besonders auch in die Masse der Industriearbeiter vorzudringen.³⁷ Gewiß stellte die Landwirtschaft auch einen unentbehrlichen Teil der deutschnationalen Wählerschaft, ausschlaggebend wie für die Konservative Partei war sie nicht mehr. In derselben Lage befand ich mich persönlich, seitdem sich entschieden hatte, daß nicht Stettin, sondern Potsdam II mich aufstellte.

Der Wahlkreis, in dem ich seit dem März 1920 für meine Wahl zu werben hatte, bestand überwiegend aus den großstädtischen Berliner Vororten. Aus den ländlichen Bezirken der Kreise Teltow und Beeskow wählten mich etwa 12 000 Landwirte, während die Zahl der deutschnationalen Wähler am 6. Juni 1920 etwas über 120 000, bei späteren Wahlen fast das doppelte betrug. Es fehlte in Sitzungen der Gesamtpartei und in meinem Wahlkreis nicht an Stimmen, die mir vorhielten, es sei richtiger, in den konsumentisch denkenden Parteikreisen die agrarischen Gesichtspunkte mehr zurücktreten zu lassen. Ich konnte nicht einmal zugeben, daß das wahltaktisch unbedingt nötig sei, und ich glaube noch heute, daß ich mich nicht ohne Erfolg bemüht habe, meiner großstädtischen Wählerschaft in unausgesetzter Arbeit das Verständnis für die Bedeutung der Landwirtschaft näher zu bringen. Ich habe wohl keine meiner Reden, auch in

³⁵ WESTARP I, S. 381 f., 404 f.; Westarp II, S. 369.

³⁶ WESTARP I, S. 402 f.

³⁷ Siehe oben S. 119.

Neukölln, Nowawes, Berlin-Nord oder -Ost oder in sonstigen Industriebezirken gehalten, ohne das Agrarthema eingehend zu behandeln.

Mochte die parteitaktische Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens infolge der veränderten Verhältnisse zweifelhaft geworden sein, die staatspolitische Notwendigkeit kämpferischen Eintretens für den landwirtschaftlichen Beruf und seine Arbeit war durch den Umsturz noch viel dringender geworden als zuvor. Die über alles Maß gehässige, lügnische, alle schlechten Masseninstinkte aufwühlende Agrarierhetze, mit der Sozialdemokratie und Judentum ihre klassenkämpferischen und revolutionären Ziele verfolgten, hatten während der Kriegsernährungswirtschaft einen Höhepunkt erreicht und wesentlich zum Ausbruch der Revolution beigetragen.³⁸ Nachdem ihre Urheber an die Macht gelangt waren, wurde die Feindschaft gegen die landwirtschaftlichen Besitzer und der Gegensatz zwischen Stadt und Land zum herrschenden Regierungsgrundsatz. Selbst das Maß der Gleichberechtigung, das jeder Beruf zu beanspruchen hat, wurde der Landwirtschaft versagt und mußte von ihr und für sie zurückerobert werden. Von der besonderen Bedeutung, die der Landwirtschaft zukam, sollte überhaupt nicht mehr die Rede sein. Die Kenntnis des hohen Wertes der landwirtschaftlichen Arbeit und eines gedeihenden Bauernstandes für die Kraft und Gesundheit des Volkstums, der großstädtische Überhebung und Einseitigkeit sich stets verschlossen hatte, war unter dem Haß der Hetze vollends verschüttet und wurde von den herrschenden Gewalten systematisch niedergehalten. In meinen Reden habe ich selten versäumt, die ideellen Gesichtspunkte der Gerechtigkeit für den landwirtschaftlichen Beruf und der Würdigung seines ideellen Wertes an die Spitze meiner agrarischen Ausführungen zu stellen. Im Herbst 1919 drängte sich die wirtschaftliche Seite der Agrarfrage gebieterisch in den Vordergrund. Es klang wie ein Märchen aus alter Zeit, daß vor dem Ausbruch des Krieges stets eine Einfuhr zur Verfügung stand und bezahlt werden konnte. Damals hatte man es als einen für immer überholten Zustand bezeichnet, daß in früheren Jahrzehnten, z. B. 1848, eine inländische Mißernte Hungersnot herbeigeführt hatte. Solche Ansichten waren durch den furchtbaren Anschauungsunterricht der Hungerblockade mit ihren rund 800 000 Todesopfern³⁹ und der fehlerhaften Ernährungswirtschaft in einer Weise widerlegt worden, die auch den einseitigsten Konsumenten-Vertreter hätte überzeugen sollen. Das Jahr 1919 brachte keine Besserung, sondern weiteres Anwachsen der Not und der Gefahr, daß sie sich verewigen werde. Die Feinde hielten die Blockade noch ein ganzes Jahr aufrecht und verschärften sie durch wahnsinnige Erpressungen an Vieh, z. B. 140 000 Milchkühe, Produktions- und Transportmittel, die nach dem Versailler Diktat abzuliefern waren. Dazu kamen die schweren Fehler der inneren Agrarpolitik, die das Ernteergebnis immer weiter herabdrückten.

Westarp erinnert hier an warnende Stimmen, die »die wachsende Not hervorrief«⁴⁰ – so des Unterstaatssekretärs v. Braun, des Berliner Magistrats, des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft⁴¹, des preußischen Landwirtschaftsrates und des Landesökonomie-Kollegiums, des deutschen Abgeordneten in der Preußischen Landesversammlung v. Kessel.⁴²

³⁸ WESTARP II, S. 433–440.

³⁹ Siehe ebd. S. 420 f. unter Verwendung der Publikationen des Untersuchungsausschusses (WUA 6, S. 387 ff.).

⁴⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 19 vom 11. 1. 1920.

⁴¹ Zu ihm hatte sich der Bund der Landwirte mit verschiedenen Bauernbünden zusammengeschlossen; sein »Alarmruf« vom 20. 11. 1919.

⁴² Sitzungs-Ber. Pr. LV. Bd. 5, S. 6346 ff., Drucks. 1143 (Antrag v. Kessel). Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 60 vom 2. 2. 1920, »Die Landwirtschaft«.

Diese Zeit höchster Ernährungsnot schien mir geeignet, dem auch in der Vorkriegszeit schon vertretenen Gedanken der landwirtschaftlichen Autarkie Eingang zu verschaffen.⁴³ Vor dem alljährlichen Zusammentritt des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch habe ich dann diese Forderung grundsätzlich erhoben⁴⁴, so wie ich sie bis zum Schluß meiner politischen Laufbahn zu einem festen Bestandteil auch meiner Reden gemacht habe.

»Von dem Gedeihen der Landwirtschaft und der Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben ist in den kommenden Jahrzehnten jede Möglichkeit des Aufstieges, ja das Dasein des deutschen Volkes in noch viel unbedingterem Maße abhängig, als das bisher der Fall war. Vor dem Kriege waren es die besten praktischen und wissenschaftlichen Kenner des landwirtschaftlichen Betriebes und der Volkswirtschaft, die es für möglich und unbedingt erstrebenswert hielten, die landwirtschaftliche Erzeugung bis zu dem Grade zu steigern, daß das deutsche Volk seinen Nahrungsmittelbedarf im wesentlichen ohne fremde Zufuhren aus den Erzeugnissen der eigenen Ernte Deutschlands decken könne.

Die Möglichkeit, ja die Zweckmäßigkeit einer solchen Entwicklung war damals vielfach umstritten. Auch die stärksten Zweifler hätte der Krieg davon überzeugen können, daß es gut gewesen wäre, wenn wir diesem Ziele im Jahre 1913 näher gewesen wären. Heute handelt es sich dabei nicht mehr um die Frage wirtschaftspolitischer Zweckmäßigkeit. Es besteht die bittere Notwendigkeit, daß das deutsche Volk sich im wesentlichen auf die Nahrungsmittel beschränkt, die ihm der eigene Boden bietet. Zum Einkauf von Lebens- und Futtermitteln auch nur annähernd in dem früheren Umfange der Wirtschaft fehlt ihm einfach das Geld und die wirtschaftliche Kraft.«

Dafür Sorge der Versailler Vertrag mit dem Raub von Gebieten, die einen Überschuß für etwa 6 Millionen Einwohner erzeugten, und mit den Kontributionen, die für unabsehbare Zeit den Wert der deutschen Währung zerstörten.

»Allein an der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft wird es liegen, ob das furchtbare Wort Clemenceaus zur Wahrheit wird, daß von den 60 Millionen Menschen, die in dem verkleinerten Deutschland wohnen, noch 20 Millionen zu viel sind.«

Trotz aller Schwierigkeiten sei die Aufgabe, zur landwirtschaftlichen Autarkie zu gelangen, nicht unlösbar, wenn man der Landwirtschaft die Möglichkeit zu intensiver Wirtschaft zurückgebe.

»Die Landwirtschaft kann unser Volk einfacher als früher – denn wir sind bettelarm geworden –, aber ausreichend ernähren. Das Ziel, den Betrieb der deutschen Landwirtschaft auf die denkbar höchste Stufe der Intensität zu bringen, liegt klar vor Augen und ist das wichtigste Ziel aller Wirtschaftspolitik.«

Der Gedanke, daß die landwirtschaftliche Produktion bis zur vollen Ernährung des Volkes aus dem deutschen Boden gesteigert werden müsse, wurde denn auch zum Leitmotiv aller meiner Kritiken und Vorschläge, die sich auf die einzelnen agrarpolitischen Maßnahmen und Unterlassungen bezogen.

Westarp schildert eingehend seine publizistische Unterstützung der Tagung des Bundes der Landwirte, die Mitte Februar 1919 in Berlin stattfand.⁴⁵

Es war nicht nur das persönliche Bedürfnis, die Anhänglichkeit an alte Kampfgenossenschaft zu bekunden, das mich zu freundschaftlichen Kundgebungen veranlaßte.

⁴³ Kreuz-Ztg. Nr. 542 vom 9. 11. 1919, IP.

⁴⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP. Dort auch die folgenden Zitate.

⁴⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 84 und 97 vom 15. und 22. 2. 1920, IP.

Der Bund der Landwirte stand damals noch an der Spitze der politischen Vertretung der Landwirte. Für die Pflege guter Beziehungen zu ihm machte mich das alte Vertrauensverhältnis vielleicht geeigneter als andere führende deutschnationale Politiker ohne Grundbesitz. Gerade vom Parteiführer Hergt hatte man im inneren Verkehr manchmal den Eindruck, daß er von der einst durch v. Delbrück ausgesprochenen Mißstimmung der früheren Regierungskreise gegen die konservative Agrarpolitik nicht ganz frei war. Umso mehr setzte ich mich persönlich ein, das Verhältnis zwischen Partei und Bund der Landwirte möglichst eng zu gestalten. An dieser Aufgabe war ich als Deutschnationaler ebenso interessiert wie als Konservativer.

Im parteipolitischen Interesse beunruhigten mich schon damals erste Anzeichen des Strebens, durch Sonderlisten die Einheit zu zersprengen, zu der die DNVP die Berufe und Klassen zusammenfassen wollte. Zur Nationalversammlung stellte der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund eine eigene Liste auf, und bei der Wahl vom 6. Juni 1920 folgten ihm die Landbünde in Thüringen und Hessen-Darmstadt.⁴⁶ Noch schlossen sich die auf diesen Listen gewählten Abgeordneten im Reichstag der deutschnationalen und nur der in Thüringen gewählte Abgeordnete Döbrich vorübergehend der volksparteilichen Fraktion an. Um der weiteren Entwicklung, die zur Gründung eigener landwirtschaftlicher Parteien führte, entgegenzuwirken, mußte den Landwirten das Bewußtsein erhalten werden, daß nicht nur das nationale, sondern ebenso ihr eigenes berufliches Interesse in der großen, alle Stände umfassenden Rechtspartei besser aufgehoben war als in einer wirtschaftlichen Splitterpartei. Deshalb mußte die DNVP ihnen außer einer entschlossenen Agrarpolitik auch enge und freundschaftliche Fühlung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften bieten. Nicht minder entsprach es der konservativen Richtung, die ich in der DNVP zur Geltung zu bringen suchte, daß sie die führende Stellung in der Vertretung der Landwirtschaft einnahm. Konservativ im Sinne nicht nur der Parteiüberlieferung, sondern auch grundsätzlicher Auffassungen waren der Schutz und die Förderung des landwirtschaftlichen Gewerbes, der Autarkie-Gedanke, die Erhaltung der Kraftquellen, die dem Volkstum aus der bodenständigen ländlichen Bevölkerung zuströmten. Auf dem platten Lande in erster Linie fand der nationale und staatspolitische konservative Gedanke eine feste Stütze. Ohne enge und lebendige Fühlung mit den Landwirten, Großgrundbesitzern wie Bauern, ländlichen Arbeitern wie Besitzern, und ihren Interessen und Auffassungen mußte die DNVP in die Gefahr geraten, den festen Boden der Politik unter den Füßen zu verlieren.

Die Berücksichtigung und Pflege der Interessen des Mittelstandes und seine Heranziehung zu politischem Einfluß gehörte gleichfalls zu den Aufgaben der DNVP, denen ich aus meiner konservativen Überlieferung heraus besondere Bedeutung beilegte. Auskunft gibt meine bei einer deutschnationalen Mittelstandsversammlung vom 5. Mai 1920 gehaltene Wahlrede.⁴⁷ Den Vortritt als Referent hatte ich einem führenden Vertreter des Handwerks in der Partei, dem Bäckermeister Biener aus Chemnitz, gelassen, sodaß ich mich auf die Darlegung der Grundgedanken beschränken konnte.

⁴⁶ Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund hatte sich auch schon vor 1918 als politische Organisation verstanden; sein MdR Vogt hatte bei den Konservativen hospitiert, wie er und andere Abgeordnete dieses Bundes dies bis 1930 bei der DNVP taten. Im Vergleich dazu war die Aufstellung von Landbündlisten in Thüringen und Hessen-Darmstadt ein Zeichen der Absonderung.

⁴⁷ Rede über Mittelstand, Handwerk und Kleinhandel (DN-Flugschrift Nr. 60), Berlin 1920.

Zur Ergänzung habe ich auch hier eine Wochenschau heranzuziehen⁴⁸, in der ich als eine besonders übelwollende Entstellung ein gegen meine Wahl gerichtetes Flugblatt zu bekämpfen hatte. In diesem war behauptet, »die Deutschnationale Volkspartei könne und werde für den städtischen Mittelstand nicht tatkräftig eintreten, weil sie daran durch die einseitige agrarische Richtung der in ihr aufgegangenen Konservativen verhindert werde.« Zum Gegenbeweis berief ich mich auf die Bekenntnisse zur Mittelstandspolitik, die ich schon in meinen ersten Wahlreden im Winter 1908 abgelegt hatte. Wie damals bekämpfte ich die Darstellung, der konservative Begriff des Mittelstandes sei rückständig; der neue Mittelstand des modernen Wirtschaftslebens bestehe aus der immer größer werdenden Zahl der Angestellten in den Großbetrieben der Industrie und des Handels und den Beamten. Auch dieser neue, nur von dem Ertrag seiner Arbeit lebende Mittelstand bedürfe der Sicherstellung durch staatliche Fürsorge. Darüber dürfe der Mittelstand im älteren engeren Sinne nicht vergessen und vernachlässigt werden⁴⁹,

»die selbständig wirtschaftenden Persönlichkeiten in Stadt und Land, in Landwirtschaft und Industrie, in Handwerk, Handel und Verkehrsgewerbe, die ein mittleres und kleineres Betriebsvermögen selbst bewirtschaften und von ihrer Arbeit in Verbindung mit dem Ertrage ihres Vermögens ihren und ihrer Familie Lebensunterhalt erwerben. Diese Männer und Frauen, Bauern und kleinen Besitzer, Handwerker und Kleinkaufleute sind selbständig, nur abhängig vom Gesetz und ihrem eigenen Gewissen und auf ihre eigene Verantwortung gestellt, das führt zur Selbständigkeit und Festigkeit des Charakters und der Gesinnung. Sie sind mit ihrem Betriebe, ihrem Vermögen, ihrem Geschäft, mit Haus- oder Grundbesitz bodenständig, und daraus erwächst Sinn und Liebe zur Heimat, Anhänglichkeit und Treue an Gemeinde und Staat. Sie arbeiten nicht nur für ihre Familien, das tun wir alle, sondern mit ihrer Familie; Mann, Frau und vielfach die Kinder sind eins im Betrieb, und das gibt Familiensinn und Sinn für Zucht und Ordnung.[...] In meinem langen Beamtenleben habe ich unzählige Persönlichkeiten der sogenannten gebildeten Stände kennengelernt; höhere und mittlere Beamte, Geistliche und Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und Männer der Wissenschaft, aber auch größere Kaufleute und Unternehmer, und sehr oft konnte ich feststellen, daß gerade die besten und tüchtigsten unter ihnen aus den Familien der Handwerker und Bauern, aus Häusern des selbständigen Mittelstandes in Stadt und Land stammten. Er ist der Jungbrunnen für unser Volk, der seinen führenden Ständen frisches Blut zuführt. Er bietet aber auch den arbeitenden Klassen die Möglichkeit des Aufstieges [...]. Eine Wirtschaft, in der es neben den großen Kapitalien im Einzel- und Gemeinbesitz nur große, von der Hand in den Mund lebende Massen ohne eigenes Vermögen gibt, ist nicht gesund. Zwischen Reichtum und Proletariat muß ausgeleichend und die Reibung mildernd eine breite Schicht mittlerer Betriebe und Vermögen vorhanden sein.«

In der Erwartung, mit solchen Grundanschauungen in der Konservativen Partei die beste Gelegenheit zu positiver Arbeit für den selbständigen Mittelstand zu finden, bin ich nicht enttäuscht worden. Zum Beweis dafür enthalten Vortrag und Wochenschau einen Überblick über die Arbeit, die seit den siebziger Jahren die Konservative Partei für den selbständigen Mittelstand, seine einzelnen Interessen und die gegen das herrschende Manchestertum durchgeführte Organisation des Handwerks getan hatte. Im Weltkrieg stiegen die Schwierigkeiten des Kleinhandels ins Ungemessene.

»Häufig genug⁵⁰ haben meine Freunde und ich mit den Vertretern des Kleinhandels dessen Sorgen und Nöte beraten. [...] Dem verbrauchenden Publikum gegenüber war ja doch der Kleinhändler die letzte Instanz, die alle Knappheiten und Verschlechterungen der Waren und vor allen Din-

⁴⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 16. 5. 1920, II.

⁴⁹ Wie Anm. 47, S. 3.

⁵⁰ Ebd., S. 4; die folgenden Zitate S. 5.

gen alle die Preissteigerungen, die schon beim Erzeuger und Großhändler ihren Ursprung genommen hatten, dem Käufer gegenüber unmittelbar zu vertreten hatte. So entlud sich die Erregung und ein gut Teil der Experimente, die Besserung erzielen sollten, auf den Kleinhändler.«

Wir Konservativen waren bemüht gewesen, zur Abhilfe dieser Not »nach guten alten konservativen Grundsätzen« zu tun, was in unseren Kräften stand. So konnte ich auch auf diesem Gebiet die Haltlosigkeit der Vorwürfe beweisen, die gegen die DNVP wegen der Politik der in ihr aufgegangenen Konservativen Partei erhoben wurde.

»Die Erbschaft der konservativen Mittelstandspolitik kann die Deutschnationale Partei jedenfalls antreten, ohne irgend wie die sogenannte Rechtswohlthat des Inventars für sich geltend zu machen. Sie hat das Erbe, wie ich gern anerkenne, treu und fleißig verwaltet.«

Zu dem Bericht meines Vorredners Biener für die Mittelstandspolitik der deutschnationalen Fraktion fügte ich »einige allgemeine Bemerkungen« hinzu.

»Stets war der selbständige Mittelstand besonderer Fürsorge bedürftig, weil er in der Gefahr stand, zwischen den beiden Mühlsteinen des internationalen, vielfach jüdischen Großkapitals und des Proletariats zerrieben zu werden. Die sozialdemokratische Partei hat nicht nur keinerlei Verständnis für den selbständigen Mittelstand, sondern sie verfolgt programmäßig und praktisch das Ziel, den Mittelstand zu vernichten und den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen. [...] Das Erfurter Programm erklärt: »Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes; es bezeichnet die Kleinbürger und Bauern als die versinkenden Mittelschichten, und in den Erläuterungen zu diesem Programm zählt Kautsky⁵¹ das Handwerk zu den rückständigsten Formen der Erzeugung. Seitdem sind bis in die neueste Zeit hinein zahllose Äußerungen sozialdemokratischer Zeitungen und Führer gefallen, die ausdrücklich das Ziel aufgestellt haben, den Mittelstand nicht zu stützen, sondern den angeblich notwendigen und unaufhaltsamen Prozeß seiner Zerreibung zu beschleunigen.«

Durch den Umsturz war das Proletariat zur Alleinherrschaft gelangt. Seinen gegen die Selbständigkeit des Mittelstandes gerichteten Plänen der Sozialisierung und der Entrechtung durch das Betriebsrätegesetz sagte ich den Kampf der deutschnationalen Fraktion an.⁵²

»Gerade rechtzeitig ist noch jetzt vor den Wahlen dem Reichsrat das Kommunalisierungsgesetz⁵³ zugegangen. Danach sollen die Gemeinden ermächtigt werden, privatrechtliche gewerbsmäßige Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft zu überführen.«

Bei den im einzelnen aufgezählten Betrieben, die wie Verkehr, Wasser, Gas usw. schon bisher in der Regel kommunalisiert waren, sollte das ohne Genehmigung der Reichsregierung zulässig sein.

»Die Lebensmittelversorgung und jede andere Art privatwirtschaftlicher Tätigkeit hat man im Gesetz nicht besonders genannt. Das mag aus Wahrücksichten für die Regierungsparteien nicht unzweckmäßig gewesen sein, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch für diese Art der Unternehmungen die Kommunalisierung vorgesehen ist, mit dem einzigen Unterschiede, daß es in diesen Fällen der Zustimmung der Reichsregierung nach Anhörung des Reichswirtschaftsrates bedarf. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß diese Gefahr vom städtischen Mittelstand unter allen Umständen abgewendet wird. Die Erfahrungen der Zwangswirtschaft sollten uns doch wahrlich eine Lehre gewesen sein, daß die Tätigkeit des selbsttätig arbeitenden Handels nicht durch eine Kommunalisierungs-Bürokratie ersetzt werden kann, auch dann nicht, wenn diese von

⁵¹ Karl Kautsky: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Hannover 1964 (Reprint d. 17. Aufl., Berlin/Stuttgart 1922), S. 16–29.

⁵² Wie Anm. 47; die folgenden Zitate aus IP (wie Anm. 48).

⁵³ Das Gesetz wurde nicht verabschiedet (Drucksachen zu den Niederschriften der Vollsitzungen des Reichsrats).

der Sozialdemokratie diktatorisch beherrscht wird. Vor allen Dingen aber kann der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Volkes jetzt weniger denn je einer starken Schicht kleinerer und mittlerer Vermögen, Betriebe und selbständiger Unternehmer entbehren.«

Schon in der damaligen Wahlbewegung, die zum ersten Mal unter dem neuen Wahlgesetz⁵⁴ stand, mußte ich wie bei der Landwirtschaft so auch beim Mittelstand der Gefahr entgegenreten, daß eine Wirtschaftspartei die nationale Rechte durch Abspaltung schwächte.⁵⁵

»Wenn es zutrifft, daß im Wahlkreise eine Vereinigung des Mittelstandes mit einer Sonderliste von Handwerkervertretern vorgehen will⁵⁶, so kann ich das menschlich wohl verstehen. Die tiefe Not und die schwere Sorge, die den selbständigen Mittelstand mit leider nur zu großem Rechte bedrückt, wirkt dabei mit. Gleichwohl muß ich, ebenso wie die Herren Vorredner, vor solchen Sonderbestrebungen bei der Wahl dringend warnen.«

Ich fügte ihren Ausführungen nur noch ein wahltechnisches Argument hinzu. Der Listenzwang war noch verschärft worden. Namentlich durch die Anrechnung der sogenannten Reststimmen hatte man den Sonderlisten über das ganze Land verteilter Gruppen den Erfolg geschmälert.

»Jede Zersplitterung lähmt durch den damit verbundenen Kampfesifer den Erfolg; nach den technischen Vorschriften hat sie jetzt auch die Gefahr, eine große Anzahl der Stimmen von der Wirkung gänzlich auszuschalten, die sonst der befreundeten Partei und damit der gemeinsamen Sache zugute kommen würden. Man kann diese Regelung mißbilligen [...].⁵⁷ Aber wir leben nun einmal unter dem absoluten Parteiregiment, und wer nicht selbst auf jede Vertretung seiner Interessen verzichten will, muß seine Stimme so abgeben, daß sie auch zur Geltung kommt.«

Den Schutz der Wirtschaft gegen die Schäden des herrschenden Systems müsse man auf anderen Wegen suchen.

»Ich glaube mich nicht zu täuschen, daß die Alleinherrschaft der Parteien gerade jetzt, wo sie zu einem derartigen Gipfelpunkt emporgeschraubt ist, im Volke mehr und mehr Boden verliert. [...] Das Wirtschaftsleben leidet unter der Gesetzgebung, die rein durch parteipolitische und agitatorische Rücksichten und durch das Streben nach Popularität bei den Massen der Verbraucher diktiert wird. Die Berufe wollen deshalb die Entscheidung über ihr Schicksal in die Hände von Vertretern legen, die den Beruf kennen und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen des Berufes auch zur Geltung zu bringen wissen. Deshalb drängen die Verhältnisse dazu, die Berufsvertretungen auszubauen und zwar bis zu einem Wirtschaftsparlament, zu einer Kammer der Arbeit, die bei der Gesetzgebung mitzusprechen hat.«

Für dessen Errichtung mit allen Rechten einer zweiten Kammer setzte ich mich ein. Auch das sei, so fügte ich hinzu, eine Forderung, die im Weltkriege von den Konservativen erhoben worden war⁵⁸ und ihnen damals scharfe Angriffe eingetragen hatte. Die wirtschaftspolitischen Sonderlisten wurden bei dieser ersten Reichstagswahl noch vermieden.

Zum Schluß wies ich auch meine Hörer aus dem Mittelstande darauf hin, daß wir ein bettelarmes Volk geworden seien. Vom Weltverkehr und der Weltwirtschaft seien

⁵⁴ Reichstagswahlgesetz vom 27. 4. 1920, RGBl. S. 627–642.

⁵⁵ Dieses und die beiden folgenden Zitate wie Anm. 47, S. 6 und 7.

⁵⁶ Über derartige Bestrebungen und die Anfänge der Wirtschaftspartei vgl. Martin Schumacher: *Mittelstandsfrente und Republik 1919–1933. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933*, Düsseldorf 1972, S. 31–34.

⁵⁷ Westarp erinnert an die ablehnende Haltung der Konservativen im Verfassungsausschuß des Reichstags 1917/18, vgl. *WESTARP II*, S. 503 f.

⁵⁸ Siehe ebd., S. 511–515.

wir abgeschlossen. Was wir an Auslandsmitteln gewinnen können, werde kaum für die Beschaffung der nötigsten Rohstoffe ausreichen. Darüber hinaus werden wir auf Lebensbedürfnisse oder gar Luxuswaren verzichten müssen.

»Ruhige und solide, zähe und mühsame Arbeit bei Anspannung aller Kräfte wird erforderlich sein, um uns vor äußerster Not zu schützen. [...] Für den einfachen und tüchtigen Mann, für die redliche Geschäftsführung und die treue Arbeitsamkeit, die nötig sind, um diese Aufgaben zu erfüllen, bietet der selbständige Mittelstand, der ehrbare Kaufmann und der tüchtige Handwerker die Stätte.«

Unter den kulturellen Spannungen, die überwunden werden mußten, um die nationalen Volkskreise zu einer Einheit politischen Willens zusammenzuschließen, stand der alte unheilvolle Streit der christlichen Konfessionen an erster Stelle. Ihn hatte das Zentrum ausgenutzt, um sich die katholische Wählerschaft zu sichern, die es zum Mittelpunkt der parlamentarischen Parteiherrschaft machte. Es lag daher durchaus im Sinne des Zieles einer alle Teile des Volkes umfassenden Rechtspartei, daß die Gründer der DNVP von vornherein den Katholiken durch das unbedingte Bekenntnis zum Christentum und durch den programmatischen Ausschluß jeden konfessionellen Streites weit die Tore öffneten. Als dann im Laufe des Jahres 1919 das Regierungsbündnis des Zentrums mit den Sozialdemokraten und die Erzberger-Politik die rechtsgerichteten Katholiken immer mehr beunruhigte⁵⁹, begannen diese sich der DNVP zuzuwenden. Eine parteiamtliche Erklärung vom 2. Januar 1920⁶⁰ regelte ihre Aufnahme.

»Das Bekenntnis zu einer nationalen Politik im Sinne des Programms der DNVP wird durch die konfessionelle Zugehörigkeit ihrer Glieder nicht berührt.«

Jeden etwaigen Versuch, Katholiken als national minderwertig hinzustellen, wies die Erklärung scharf zurück. Im Anschluß daran veröffentlichte Hergt am 19. Januar 1920 einen Brief⁶¹, in dem er das Verhältnis der DNVP zu den Katholiken grundsätzlich festlegte. Er betonte den interkonfessionellen Charakter der Partei und ihre Absicht, die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche zu verfechten, hieß die Katholiken als völlig gleichwertige und vollberechtigte Mitglieder willkommen und stellte die Gründung des Reichskatholiken-Ausschusses in Aussicht.

Es lag in der Linie der konservativen Politik, die ich von jeher befolgt hatte, daß ich diese Entwicklung förderte. Schon in meinen Wahlkämpfen von 1908 und 1911/1912 hatte ich mich entschieden zum konfessionellen Frieden bekannt und Fühlung mit denjenigen Körperschaften genommen, die den rechtsgerichteten Katholiken zu einer politischen Vertretung außerhalb des Zentrums verhelfen wollten.⁶² Was ich damals zu Beginn meiner politischen Laufbahn erlebt habe, wiederholte sich jetzt in neuer Form. Die im Wahlkampf von 1908 gewonnene persönliche Verbindung mit den Führern der »Vereinigung deutscher Katholiken«, dem Herrenhausmitglied Graf Hoensbroech, dem ruhigeren und ernster zu nehmenden Bruder des früheren Jesuiten, und dem Minister Freiherr v. Schorlemer (Lieser) hatte dauernd bestanden; als die Vereinigung in

⁵⁹ Siehe dazu MORSEY, S. 172 f., ferner die 1963 als Tübinger Dissertation eingereichte Arbeit von Klaus Peter Reiß: Die deutschnationalen Katholiken. Der deutsche Katholizismus und die Auflösung seiner politischen Geschlossenheit in der Weimarer Republik, Bd. I (ms. vervielfältigt) sowie Gabriele Clemens: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983.

⁶⁰ Abgedruckt bei: WEISS, Politisches Handwörterbuch, S. 319.

⁶¹ Korrespondenz der DNVP Nr. 16 vom 19. 1. 1920.

⁶² Siehe WESTARP I, S. 22–26.

den »Katholischen Reichsausschuß der DNVP« überzugehen begann, trat mir z. B. v. Schorlemer wieder persönlich näher. Die seit meinen ersten Wahlreden vertretene Forderung, daß der gläubige Katholik und der gläubige Evangelische sich gegen die Bedrohung durch die gemeinsamen Feinde des Christentums zusammenschließen sollten, war weit überzeugender und zwingender geworden, seit die kirchenfeindlichen Mächte anstelle des Kaisertums zur Regierung gelangt waren. Wie ich damals das Ziel verfolgt hatte, dem Zentrum die deutschen Katholiken zu entziehen, mit deren Stimmen es den deutschen Wahlkreis Meseritz-Bomst den Polen ausliefern wollte⁶³, so handelte es sich jetzt um die größere Aufgabe, die national gesinnten Katholiken aus der Verstrickung in das Bündnis mit der Sozialdemokratie zu lösen. Nichts war freilich geeigneter, den Kampf mit dem Zentrum zu verschärfen als der Angriff auf ihren Wählerbesitz. Die Auseinandersetzungen darüber begannen schon vor der parteiamtlichen Aufnahmeerklärung durch einen Vorstoß, den die Zentrumspresse im Herbst 1919 unternahm.

Da das einigende Band, das die Zentrumswähler zusammenhielt, das katholische Interesse und der Kampf der Konfessionen war, spielte die Behauptung, jeder Angriff auf die Politik des Zentrums sei ein Angriff auf den katholischen Glauben und die katholische Kirche, von jeher in seiner Agitation eine große Rolle. In Wahrheit bekämpften wir, zumal seit der Wahl des Kriegsreichstages von 1912, der Friedensresolution von 1917 und dem Umsturz, das Zentrum wegen seines parlamentarischen Machtstrebens, seiner demokratisierenden Politik, seiner Verbindung mit der Sozialdemokratie unter dem beherrschenden Einfluß Erzbergers. Die Auffassung, daß der Kampf mit dem Zentrum eine Teilerscheinung des Kampfes zwischen Priestertum und Staatsgewalt, zwischen Papst und Kaiser sei, entsprach, jedenfalls solange ich ihn zu führen hatte, nicht den Zielen und der Haltung des Zentrums, mit denen die katholische Kirche und die deutschen Bischöfe keineswegs immer einverstanden waren. Taktisch wirkte die ausdrückliche Einbeziehung des Papsttums und der katholischen Kirche in dem Streit mit dem Zentrum schädlich, wenn man dessen parlamentarische Machtstellung dadurch schwächen wollte, daß man katholische Wähler in das nationale Lager hinüberzog. Das wurde mehrfach im Lande übersehen. General der Kavallerie v. Vietinghoff sandte der »Kreuzzeitung« einen Aufsatz⁶⁴, den Foertsch nicht ablehnen mochte, da v. Vietinghoff im Kriege als Kommandierender General in Stettin in hohem Maße das Vertrauen der pommerschen Konservativen genossen hatte. Darin führte er aus, das deutsche Volk erlebe heute wieder eine Episode des alten Kampfes zwischen Priestertum und Königtum. Die Tatsachen, auf die er sich berief, waren die »unseligen Wirren im Rheinlande und in Oberschlesien« und die internationale Arbeit des Jesuitentums, dessen Mithelfer in deutschen Ländern uns bekannt seien. Die »Kölnische Volkszeitung« ergriff begierig die Gelegenheit, diesen Aufsatz mit lebhaftem Schimpfen auf die politischen Generäle als Beweis dafür auszunutzen, daß in der »Kreuzzeitung« und in der deutschnationalen Presse systematisch »das alte gefährliche Spiel der Katholikenhetze« betrieben werde. Sie ließ keinen Zweifel über den parteipolitischen Grund ihrer Erregung⁶⁵. v. Schorlemer bat mich am 7. November 1919 brieflich, zu verhindern, daß der Zentrumspresse Anlaß zu solchen Angriffen gegeben werde.

⁶³ Ebd., S. 20–31.

⁶⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 488 vom 10. 10. 1919.

⁶⁵ Kölnische Volkszeitung Nr. 610 vom 15. 10. 1919, »Es liegt System darin«.

»In diesem Augenblick, wo sehr viel darauf ankommt, die rechtsstehenden Mitglieder des Zentrums für die deutschnationale Sache zu gewinnen, ist nichts gefährlicher wie die m. E. unerwiesene Behauptung, daß es sich um einen Kampf gegen Rom und den internationalen Katholizismus handelt. Mit solchem Speck werden wir wenig Anhänger einfangen, wohl aber mit solchen Ausführungen, wie sie Herr von Landsberg gestern wieder in der ›Kreuzzeitung‹ veröffentlicht hat.«

Ich konnte ihm erwidern, daß ich den Versuchen der Zentrumspresse, eine von deutschnationaler Seite ausgehende Katholikenhetze an die Wand zu malen, bereits vorher eine Wochenschau gewidmet hatte, deren Ausführungen er in seiner Antwort als klare und völlig zutreffende Stellungnahme bezeichnete.⁶⁶ In dieser stellte ich den Angriff auf den General v. Vietinghoff in den Zusammenhang einer weit angelegten Offensive der Zentrumspresse, der die wachsende Unzufriedenheit mit der Koalitions- und Erzberger-Politik, wie ich im einzelnen nachwies, schwer auf die Nerven gefallen war. Dazu hatte ein Aufsatz des Freiherrn von Landsberg, des späteren Vorsitzenden des deutschnationalen Reichsausschusses der Katholiken, wesentlich beigetragen.⁶⁷ Der Artikel enthält eine scharfe Kritik an der Zentrums politik mit dem Nachweise, daß diese den Lehren des Papstes Leo XIII. widerspreche. Die gesamte Zentrums presse war zum Kampf gegen die »Katholikenhetze« angetreten.⁶⁸ Die von ihr ins Feld geführten einzelnen Äußerungen konnte ich zum Teil auf falsche Wiedergabe oder Auslegung einzelner Äußerungen aus evangelischen Kreisen zurückführen, wobei ich von dem Aufsatz v. Vietinghoffs vorsichtig abrückte. Außerdem dürfe man nicht übersehen, wie sehr die Erzberger-Politik, einzelne Ausschreitungen von katholischer Seite, die Absonderungsbestrebungen in Oberschlesien und im Rheinland geeignet seien, in evangelischen Kreisen Besorgnis vor konfessionellen Feindseligkeiten der anderen Seite hervorzurufen. Ein Blatt des Erzberger-Wahlkreises hatte den Ausgang des Weltkrieges und die Revolution als direkte Folge der Reformation und gerechte Strafe für diese hingestellt.

Den dadurch verschärften Stimmungen einzelner evangelischer Kreise stellte ich unsere grundsätzliche Auffassung entgegen.

»Der Gedanke konfessionellen Kampfes gegen die katholische Kirche und die katholische Bevölkerung liegt politischen Kreisen auf der rechten Seite vollkommen fern.«

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Anhänger des Christentums beider Konfessionen zeige ein in der »Germania«⁶⁹ abgedruckter Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe, in dem diese gegen die kirchenfeindlichen Schulgesetze denselben Widerstand ankündigten,

»den sie den Kulturkampfgesetzen der siebziger Jahre entgegengesetzt haben. Wo liegt denn der Grund zu diesem Kampfesruf? In der Verkoppelung des Zentrums mit der Sozialdemokratie zur Mehrheitsregierung und nicht bei der Rechten, die mit den Bischöfen dafür eintritt, daß die Religion der Schule erhalten bleibt.«

Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen hatte ich wiederholt Anlaß zu betonen, die Überbrückung der konfessionellen Gegensätze oder doch ihre Ausschäl-

⁶⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP.

⁶⁷ Post Nr. 446 vom 10. 9. 1919, »Nationale Katholiken und Zentrum«.

⁶⁸ Germania Nr. 472 vom 14. 10. 1919; Nr. 479 vom 18. 10. 1919; Nr. 487 vom 23. 10. 1919; Kölnische Volkszeitung (wie Anm. 65) und Nr. 626 vom 21. 10. 1919; Schlesische Volkszeitung Nr. 514 vom 18. 10. 1919. Siehe ferner Frhr. v. Landsberg: Darf ein Katholik deutschnational sein?, in: Eiserne Blätter vom 18. 4. 1920, S. 717.

⁶⁹ Germania Nr. 484 vom 24. 10. 1919.

tung aus der Politik sei ein Ziel, das ich stets verfolgt hatte und an dem jetzt erst recht festzuhalten sei.⁷⁰

»Die Leitung der Zentrumsparlei und die ›Germania‹ verschließen geflissentlich die Augen vor den Gefahren, die in der deutschen Republik dem Christentum und beiden Konfessionen von der religionsfeindlichen Sozialdemokratie auf dem Gebiete von Kirche und Schule drohen. Wenn das Zentrum die Interessen der Religion und der christlichen Kirche als das Ziel betrachtet, das die auseinanderstrebenden Richtungen in der Partei immer wieder zusammenkittet, so darf es auch derjenigen Partei den Stuhl nicht vor die Tür setzen, die dem sozialdemokratischen Programm den Satz entgegenstellt ›Religion ist Volkssache‹ und danach handelt.«

Die Erklärungen der DNVP vom Januar 1920⁷¹ um die rechtsgerichteten Katholiken verschärften natürlich den Kampf. In einem Bericht über den Zentrumsparleitag⁷² bezeichnete ich als einen Beweis für die Rückkehr der Partei zur konfessionellen Einseitigkeit die Eifersucht, mit der sie darüber wache,

»daß nicht etwa eine andere Partei auf den Gedanken kommen darf, zu behaupten, auch bei ihr finde der Katholik eine ausreichende Vertretung seiner politischen, geschweige denn seiner religiösen und konfessionellen Interessen.«

Auf dem Parteitag hatte man nach den vorliegenden Berichten die deutschnationalen Erklärungen noch totgeschwiegen. Erst am 24. Januar 1920 fiel die »Germania« mit heftigen Angriffen auf die DNVP darüber her. Ich nahm die Partei gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie sich dabei um der Wahlagitation willen mit ihrem Programm und ihrem sonstigen Verhalten in Widerspruch gesetzt habe⁷³, auch für mich persönlich wies ich diese Behauptung zurück.

»Auch ich habe nicht den Vorwurf zu fürchten, daß ich meinen Standpunkt um eines agitatorischen Liebeswerbens bei den Katholiken willen geändert hätte, wenn ich für die Durchdringung unseres Staates und Volkslebens mit den Lebenskräften des Christentums auf kirchlich konfessioneller Grundlage, für die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der katholischen wie der evangelischen Kirche und ihrer Organisationen eintrete und entschieden die Auffassung ablehne, daß die deutschen Katholiken wegen der Zugehörigkeit zu ihrer Kirche als national minder zuverlässig anzusehen seien, ebenso wie ich jede kulturkämpferische Hervorkehrung der konfessionellen Gegensätze verwerfe, weil die gemeinsamen christlichen Interessen gemeinsam gegen Feindschaft und Gefährdung verteidigt werden sollten.«

Im Laufe des Wahlkampfes wurden die Angriffe der »Germania« auf die DNVP immer schärfer. Sie stellte diese mit den Unabhängigen auf die gleiche Linie und fügte hinzu⁷⁴:

»Die Deutschnationale Partei ist auch deshalb zu bekämpfen, weil ihre Agitation geradezu auf den Katholikenfang angelegt ist. Sie will in unsere ureigenste Domäne einbrechen. Dieses Ziel muß aber am 6. Juni vereitelt werden.«

Die Bezeichnung der Katholiken als der »ureigensten Domäne« des Zentrums wirft ein interessantes Licht auf die sonst so leidenschaftlich verfochtene Behauptung, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei. Zur Abwehr unseres Einbruches in diese Domäne hatte das Blatt auch den oft gehörten Einwand hinzugefügt, kein Katholik könne der DNVP angehören, weil diese die Konservativen mit maßgebendem Einfluß

⁷⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 16. 5. 1920, IP.

⁷¹ Siehe oben Anm. 60.

⁷² Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

⁷³ Germania Nr. 39 vom 24. 1. 1920; Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

⁷⁴ Zitat in: Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 16. 5. 1920, IP.

aufgenommen hätten, die Urheber und Träger des Kulturkampfes gewesen seien, und die, als sie an der Herrschaft waren, den Katholiken die Parität in der Verwaltung versagt hätten. Der Nachweis, daß diese Behauptung der Wahrheit offensichtlich ins Gesicht schlage, war nicht schwer zu erbringen. Der Widerstand der Konservativen Partei gegen den Kulturkampf hatte sie, wie ich im einzelnen belegte, in den für sie so schmerzlichen Gegensatz zu Bismarck gebracht und ihr in den 70er Jahren schwere Mandatsverluste eingetragen. An dem Abbau des Kulturkampfes hatte sie sich entschieden beteiligt. Nicht minder beweiskräftig war meine historische Widerlegung der gegen die preußischen Konservativen erhobenen Paritätsbeschwerden, die einmal wieder aus den Zentrums-Zettelkästen hervorgeholt worden waren.

Nach dem Kapp-Unternehmen brachte der kommunistische Aufruhr in Rheinland und Westfalen die Erregung der dortigen Zentrumsanhänger auf den Höhepunkt. Es war der evangelische Staatsminister v. Jagow, der mich darauf aufmerksam machte, daß sich hierdurch die Möglichkeit für die DNVP eröffne, im rheinisch-westfälischen Adel und Beamtentum Fuß zu fassen. Das war zwar nicht der einzige Anlaß, bestärkte mich aber darin, mich in den Monaten April und Mai 1920 eingehend mit der so kurz vor der Reichstagswahl im Zentrum ausgebrochenen Parteikrise zu befassen.

Gelang es damals noch nicht, das Zentrum endgültig und wesentlich durch Entziehung seiner Wähler zu schwächen, so wurde doch ein Zuzug katholischer Wähler zur DNVP erreicht, der sich in den nächsten Jahren erheblich verstärkte. Es wurde ein »Reichsausschuß der Katholiken in der Deutschnationalen Volkspartei« gebildet. Sein Vorsitzender war Freiherr v. Landsberg-Velen, mit dem ich gute Fühlung hatte. Mit anderen hervorragenden Mitgliedern, die der Fraktion angehörten, besonders Wallraf, kam ich in noch engere Beziehungen. In Berlin bildete sich eine besondere Vereinigung deutschnationaler Katholiken⁷⁵, die Wahlversammlungen für mich abhielt und deren Vorsitzender Lossau⁷⁶ mir zur Wahl gratulierte. Über meine erste Berührung mit Dr. Lejeune-Jung, mit dem ich bis heute befreundet bin, gibt ein Brief Aufschluß, in dem ich Hergt berichtete.

»Justizrat Dr. Schwickerath⁷⁷ [...] als Vertreter der hiesigen nationalen Katholiken hat mich aufgesucht, um [mir] nahe zu legen, daß Herr Lejeune als Katholik eine Kandidatur für Preußen erhalte. Herr Lejeune sei [...] Herausgeber oder Schriftleiter der »Görreskorrespondenz«. Als solcher sei er in den weitesten Kreisen der Katholiken, die mit dem Zentrum unzufrieden sind, sehr bekannt und angesehen. Die Korrespondenz habe eine Auflage von 60 000. Ich selbst habe im Nationalen Klub einen Vortrag von Lejeune gehört, der wohl durchdacht, geschickt und mit vielem Material versehen war. Lejeune machte mir einen guten Eindruck, gehört, wenn ich recht verstanden habe, noch zur Zentrumsparthei, würde aber nach den Mitteilungen von Schwickerath gegebenenfalls zu uns kommen. Seine Aufstellung soll die Vorurteile der Katholiken gegen uns beseitigen.«

Meine sachliche und persönliche Fühlung mit dem Katholiken-Ausschuß ist ein dauernder Bestandteil meiner politischen Arbeit geblieben.

An der Spitze des hier folgenden Überblicks über die »Gründerparteien« der DNVP war ein kurzer Abschnitt über die Deutschkonservativen vorgesehen, der im Manuskript nicht erhalten ist, angesichts ihrer eingehenden Behandlung in den Kapiteln 1 bis 3 aber auch entbehrlich werden kann.

Die Christlich-Soziale Partei hatte sich im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabe, die Industrie-Arbeiter für die nationale Einheit zu gewinnen, über ihre bisherige

⁷⁵ Siehe Reiß (wie Anm. 59), S. 352.

⁷⁶ Georg Lossau, Amtsrat, gründete eine Nationale Arbeitsgemeinschaft deutscher Katholiken (ebd.).

⁷⁷ Nicht ermittelt.

zahlenmäßige und sachliche Bedeutung hinaus eine starke Stellung erringen können. Das war nicht ohne Reibungen abgegangen, an denen auch ich beteiligt gewesen war. In der »taktisch scharfen« Richtung der Partei, bei den Landwirten und in Unternehmerkreisen der Industrie und des Mittelstandes, fehlte es auch nicht an sachlichen Gegensätzen mit ihnen und an Mißbehagen über den wachsenden Einfluß auf die Führung und Politik der Partei, den sie für sich und ihre gewerkschaftlichen und christlichen Arbeitervereine beanspruchten. Krisenhafte Zustände waren deswegen bei Abschluß der Periode weder entstanden noch in greifbare Nähe gerückt. Ich habe gelegentlich besorgten konservativen Freunden im Vertrauen ausgesprochen, die scharfe Opposition, zu der die DNVP sich als nationale Minderheit gezwungen sehe, werde ausreichen, sie zusammenzuhalten. Erst wenn die Partei einmal so stark werde, daß sie positiven Einfluß auf die Politik, Gesetzgebung und Verwaltung ausüben könne und müsse, würde es schwer werden, neben all den anderen inneren Gegensätzen auch diejenigen zu überbrücken, die sich aus den politischen und gesetzgeberischen Forderungen der Christlich-Sozialen ergeben.

Besonders heftige innere Kämpfe rief dagegen schon in den Jahren 1919 und 1920 der Gegensatz hervor, der 1922 die DNVP zum ersten Male durch die Absplitterung der von den deutschnationalen Abgeordneten v. Graefe, Wulle und Henning gegründeten Deutschvölkischen Freiheitspartei erschütterte. Man stritt sich in den ersten Jahren um einen Sprachgebrauch. Anstelle des Ausdrucks »antisemitisch« hatten die Träger der Bewegung schon vor dem Zusammenbruch die Bezeichnung »deutschvölkisch« vorgezogen, und dieser Brauch bürgerte sich mehr und mehr ein, obwohl die Judenfrage es war, die der völkischen Bewegung neuen Auftrieb gab und ein Kernpunkt ihrer Beteiligung blieb. Die neue Bezeichnung brachte zum Ausdruck, daß die Bewegung allgemeinere völkische und rassische Gedanken vertrat als nur den Kampf gegen das Judentum. Außerdem war es taktisch nicht ratsam, sich mit der Erinnerung an die Maßlosigkeiten der Zersplitterung und Mißerfolge zu belasten, die das Ansehen der früheren antisemitischen Parteien stark gemindert hatten.

Der Streit mit der neuen Bewegung ging trotz der Änderung des Namens so gut wie ausschließlich um die Judenfrage. Die parlamentarischen Führer der »Deutsch-völkischen Partei«⁷⁸, zu der die zersplitterten antisemitischen Parteien im Kriegsreichstag zusammengeschlossen waren, Werner (Gießen) und Bruhn, hatten sich an der Gründung der DNVP beteiligt. Im inneren Kampf der Partei um die Judenfrage lag die Initiative und Führung nicht in erster Linie bei ihnen, sondern bei einer Reihe von Persönlichkeiten in den Vorständen der Parteizentrale und der Landesverbände. Der Grund ihrer fortgesetzten Vorstöße war das rapide Anwachsen der antisemitischen Bewegung, das durch den Weltkrieg und die Revolution hervorgerufen war und durch den Bürgerkrieg und das Parteiregiment von Tag zu Tag sich noch steigerte. Damit begann eine Entwicklung, die das Judentum selbst durch seine schweren Verfehlungen gegen das nationale Interesse, durch die Überspitzung seiner Vorherrschaft, durch die ostjüdische Einwanderung verschuldet hat. Damals brachte die Bewegung der DNVP namentlich aus den Großstädten und deren Vororten einen starken Zustrom. Ihr mußte um des Parteiinteresses und vor allem um der Sache willen Einfluß in der DNVP und auf deren Politik ge-

⁷⁸ Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte II, S. 559–561. Insgesamt zum Antisemitismus der Weimarer Republik vgl. Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

währt werden. Zum allein herrschenden Prinzip konnte der Kampf gegen das Judentum nicht gemacht und die Alleinherrschaft in der Partei konnte der antisemitischen Bewegung nicht eingeräumt werden, wollte man nicht das Ziel eines umfassenden Zusammenschlusses aller nationalen Elemente aus dem Auge verlieren.

Auch waren einflußreiche und kapitalkräftige Kreise der DNVP, vorwiegend solche aus dem liberalen und auch aus dem freikonservativen Lager, jeder politischen Behandlung der Judenfrage abhold. Andere Mitglieder der Partei waren zwar Gegner des Judentums und bekannten sich zu der Notwendigkeit, die jüdische Gefahr zu bekämpfen, legten aber ihren sonstigen politischen und sozialen Aufgaben mindestens die gleiche Bedeutung bei und scheuten schon deshalb vor allzu scharfen antisemitischen Methoden und Zielen zurück. Die größere Stoßkraft in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Zentrale und gewisser Landesverbände (z. B. Berlin, Potsdam I, Potsdam II, Hamburg, Hannover und Leipzig) hatten die rückhaltlos antisemitischen Kreise. In den ersten Jahren verging kaum ein Parteitag oder eine Tagung der über 100 Personen starken Parteivertretung⁷⁹ ohne antisemitische Debatten.

Nachdem auf dem Parteitag vom 12./13. Juli 1919 die von v. Graefe angeregte antisemitische Debatte hinter die großen Fragen der Politik zurückgetreten oder, wie Hergt vorgeworfen wurde, von ihm künstlich zurückgestellt worden war⁸⁰, setzten die völkischen Parteivertreter nicht ohne längeren Kampf im Oktober 1919 den Beschluß des Hauptvorstandes über den Kampf gegen das Judentum durch, der in gleicher Fassung in das Parteiprogramm übergegangen ist.⁸¹

»Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt.«

Außerdem sprach der Vorstand den Fraktionen seine volle Zustimmung zu ihrem Vorgehen gegen die Überschwemmung Deutschlands mit ostjüdischen Elementen aus. Vom Parteivorsitzenden wurde festgestellt, daß die Partei ebenso einmütig von einem »gewissen Radau- und Pogrom-Antisemitismus« abrückte, der glaube, die völkische Frage mit verwerflichen Mitteln der persönlichen Hetze oder der Gewalt lösen zu sollen.

Die darauf einsetzende öffentliche Erörterung gab mir Gelegenheit, meine eigene Stellung zur Judenfrage in einer Form festzulegen, von der ich wußte, daß sie dem Standpunkt der damals maßgebenden Parteimehrheit entsprach.⁸² Zunächst stellte ich fest, daß der antisemitische Beschluß des Hauptvorstandes zu einer wesentlichen Zunahme der Schärfe geführt habe, mit der die Parole: »Der Feind steht rechts« aufgestellt und durchgeführt wurde.

»Den Juden als Juden zu bezeichnen ist ein Verbrechen, das schon vor der Revolution niemals verziehen wurde. In der deutschen Republik begeht ein Majestätsverbrechen, wer gegen die Vorherrschaft des Judentums Stellung nimmt.«

⁷⁹ Die Parteivertretung, ursprünglich Parteiausschuß, wuchs bis 1928 auf über 300 Mitglieder an.

⁸⁰ So auch erwähnt in Westarps Niederschrift vom 30. 8. 1919, siehe oben S. 76 f.

⁸¹ Siehe oben S. 108 f.

⁸² Kreuz-Ztg. Nr. 581 vom 30. 11. 1919, IP.

Mehr denn je wurde der Antisemitismus als Schmach und Kulturschande geschmäht; den Rechtsparteien wurde vorgeworfen, sie wollten durch die Judenhetze reaktionäre Gewaltpläne vorbereiten.

»Wenn auseinandergesetzt wird, daß die antisemitische Bewegung unserer Tage eine tiefgehende Volksbewegung ist, so leitet man daraus ab, daß es den rechtsstehenden Parteien lediglich darum zu tun sei, unverständigen und verbrecherischen Judenhaß vor den Wagen ihrer Agitation zu spannen.«

Selbst die Deutsche Volkspartei hatte sich durch ein Bekenntnis zum Kampf gegen »zersetzende Einflüsse« des Antisemitismus hinreichend verdächtig gemacht, obwohl sie dabei das Beiwort jüdisch vermieden hatte.

Das taktische Bedürfnis, der sozialdemokratisch-demokratischen Hetze entgegenzutreten, aber auch eigene Überzeugung und eine bis weit in die völkischen Parteivertretungen hinein reichende herrschende Parteimeinung veranlaßten mich, dem Kampf gegen das Judentum bestimmte Grenzen zu setzen, deren Verletzung damals nur von einigen antisemitischen Außenseitern nicht als unmögliche Überspitzung angesehen wurde.

»Daß jeder ernst zu nehmende Politiker *Gewalttaten gegen Juden verabscheut*, ist selbstverständlich. Es ausdrücklich auszusprechen, ist nur deshalb nötig, weil das Märchen verbreitet wird, als ob in Deutschland die Gefahr von Pogromen entfacht würde. Die antisemitische Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei richtet sich weder gegen die jüdische Religion noch gegen die staatsbürgerliche Gleichheit der Juden und gegen deren Ansprüche auf Achtung ihrer Persönlichkeit.«

Auch billigte ich damals, daß die DNVP die Anregung abgelehnt hatte, Juden und Personen jüdischer Abstammung ausdrücklich von der Parteizugehörigkeit auszuschließen. Der Antrag, eine solche Bestimmung in die Parteisatzung aufzunehmen, war und blieb noch einige Jahre hindurch die Parole, an der sich die Fronten in den Parteiorganen spalteten.⁸³ Gegner waren die meisten führenden Parteimitglieder, und zwar trotz seiner Zugehörigkeit zum »scharfen Flügel« der Fraktion auch Hugenberg. Unter seinen Scherl-Redakteuren waren mehrere Juden, die ein nationaldeutsches Judentum befürworteten und zu organisieren suchten. Hergt dürfte bei seinem Widerstande an einzelne frühere leitende Ministerialbeamte jüdischer und halbjüdischer Abstammung wie seinen ehemaligen Staatssekretär Busch gedacht haben, deren feste nationale Gesinnung und berufliche Tätigkeit er für die DNVP nutzbar machen wollte. Helfferich wies in erster Linie auf das Zusatz-Odium im Inland und Ausland hin, das eine solche Bestimmung der Partei eintragen werde.⁸⁴ Man glaubte auch ohne formelle Bestimmung das Eindringen des Judentums hemmen und die Gefahr eines schädlichen Einflusses einiger Ausnahmen abwehren zu können.

Alle, die in diesem Sinne wirkten, setzten sich Angriffen von scharfer antisemitischer Seite aus, bei denen sie jüdischer Beziehungen, egoistischer Interessen und Abhängigkeiten bezichtigt wurden. Ich bekenne, daß ich auch hier wie in vielen politischen Fragen über juristische Bedenken nicht hinwegkam. Eine Satzungs Vorschrift

⁸³ Beschluß des Hamburger Parteitags der DNVP vom März 1924, diese Bestimmung aufzunehmen; wegen formaler Mängel Wiederholung des Beschlusses auf der Parteivertretung am 27. 3. 1926 (Korrespondenz der DNVP).

⁸⁴ Siehe auch John G. Williamson: Karl Helfferich 1872 – 1924. Economist, Financier, Politician, Princeton 1971, S. 368–371.

mußte den Begriff des auszuschließenden Juden klar und eindeutig definieren. Sonst konnte sie in der Praxis mehr schaden als nützen. Daß die Taufe nicht entscheidend sei, war auch mir klar. Es kam also auf die Abstammung an. Fragte man die »scharfen« Antisemiten, wo sie die Grenze ziehen wollten, so verdammten sie theoretisch folgerichtig jeden Tropfen jüdischen Blutes; daraus ergaben sich undurchführbare Folgerungen. Selbst der heutige Staat macht bei Halbjuden Kompromisse und geht über Vierteljuden nicht hinaus. Der Apparat und behördliche Zwang, mit denen er die Ahnenprobe durchführt, stand der DNVP nicht zur Verfügung. Das antisemitische Mißtrauen gegen abgegebene Erklärungen kannte keine Grenzen. So mußte die Ahnenprobe zum Gegenstand schnüffelnder, nicht selten gehässiger Agitation und Denunziation werden. Ich persönlich erfuhr wegen meiner zurückhaltenden Ausführungen, wie ich es nicht anders erwartete, scharfe Angriffe von Heinrich Pudor, meinem alten Gegner aus dem radikalsten Antisemiten-Lager. Er scheute vor entstellender Auslegung meiner Ausführungen und vor persönlicher Herabsetzung nicht zurück. Bezeichnend für seine Kampfweise war die Behauptung, die Gründe, weshalb ich nicht Antisemit sein mochte oder sein konnte, seien »zum Teil so diffiziler Natur, daß man ihnen öffentlich nicht nachgehen« könne. Dem trat ich scharf entgegen.⁸⁵ Eine Antwort erfolgte nicht. Dem radikal antisemitischen Flügel hatte ich es auch zu verdanken, daß ich jüdischer Versippung verdächtigt wurde. Vor dem Weltkrieg war unter der Bezeichnung »der Semigotha« ein Werk erschienen, das den Adel als total verjudet darstellte. So ernst das Thema war, so war das Buch ganz ungeeignet, es zu klären, weil es eine Fülle nicht nachweisbarer und direkt falscher Behauptungen enthält. In zwei von den drei Fällen, mit denen der Name Graf Westarp darin vertreten war, handelte es sich um Ehen, bei denen die Behauptung, sie seien jüdisch gewesen, aus der Luft gegriffen war. Der einzige in Betracht kommende Fall war der eines Vetters meines Namens, der als vermögensloser Leutnant nach Hamburg versetzt, dort eine wohlhabende Halbjüdin geheiratet hatte. Später verabschiedet, hatte er sich im Zivilberuf eine geachtete Stellung erarbeitet. Von den drei Söhnen, die als Offiziere den Weltkrieg mitmachten, war einer gefallen. Die Tochter leistete, wie erwähnt, wertvolle soziale und politische Arbeit. Judenreiner als meine Frau konnte niemand sein. Ich hatte stets auf die Gothaer Taschenbücher zu verweisen, die über alle in Betracht kommenden Familien, auch der meines Schwiegersonnes, jede erwünschte Klarheit enthalten; der in den letzten Jahren geführte Ariernachweis meiner Kinder und Enkel⁸⁶ ist nicht dem leisesten Zweifel begegnet. Was aus der Quelle des Semigotha über mich von fanatischen Antisemiten in die Welt gesetzt wurde, gab der jüdischen Presse willkommenen Stoff. Dem Märchen, ich sei ein verkrachter Großgrundbesitzer, der eine reiche Jüdin geheiratet habe, mußte ich im Wahlkampf 1920 entgegentreten, und diese Aufgabe ist mir während meiner ganzen weiteren politischen Laufbahn treu geblieben. In der grundlegenden Wochenschau vom 23. Januar 1920 ging ich auf diese Seite der Sache ein.

»Obwohl ich [...] jede Erklärung abgeben könnte, die irgend ein antisemitischer oder germanischer Bund verlangen würde, halte ich die Nachforschung nach den persönlichen Verhältnissen, wie sie von manchen antisemitischen Kreisen betrieben wird, für verfehlt. Man nimmt es dabei vielfach nicht einmal mit der Pflicht ernst genug, bei den Tatsachen zu bleiben. Semi-Gotha, der

⁸⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 42 vom 23. 1. 1920, »In eigener Sache«.

⁸⁶ Ahnenreihe Westarps in der seiner Enkel (Hans und Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen) enthalten: Genealogisches Handbuch des Adels Bd. 16, Freiherren, B II, 1957, S. 543–553.

Volktrat in Leipzig und andere ähnliche Erscheinungen tragen nur in die eigenen Reihen der Kämpfer gegen die Vorherrschaft des Judentums Spaltung und Zwietracht hinein [...].⁸⁷

Als später die Korrespondenz der DNVP von mir eine Berichtigung der Angriffe wünschte, bat ich davon abzusehen und selbst den Sachverhalt unter Bezugnahme auf meine Wochenschau vom 30. November 1919 zu klären. Das ist geschehen.⁸⁷ Der Ärger des Wahlkampfes veranlaßte mich zu der Bitte an den bekannten Heraldiker Kekule v. Stradonitz, meiner Frau und meine Abkunft in der »Tradition« zu besprechen; er erbrachte einwandfrei und ausführlich den von mir gewünschten wissenschaftlichen Beweis.⁸⁸

Ein Fall, in dem die Nachforschung nach jüdischen Vorfahren besonders ungünstig wirkte, war Professor Dr. Otto v. Gierke. Er, ein hoch geschätzter Rechtslehrer, der sich besondere Verdienste um die Erforschung des deutschen Rechtes und seiner Bedeutung neben dem römischen Rechte erworben hatte, war mit einer Frau jüdischer Abkunft verheiratet. Seine Tochter Anna von Gierke, gleichfalls in der Öffentlichkeit eine angesehene Persönlichkeit, die sich einen großen sozialen Wirkungskreis erarbeitet hatte, war vom Wahlkreis Potsdam II in die Nationalversammlung gewählt. Als dann die Antisemiten des Wahlkreises im Frühjahr 1920 ihre Wiederwahl wegen der jüdischen Herkunft ihrer Mutter ablehnten, traten sie und ihr Vater aus der DNVP aus. Die Briefe, mit denen sie diesen Entschluß begründete⁸⁹, verstärkten bei vielen die Gegnerschaft gegen die Suche nach jüdischem Blut.

Eine ehrenwörtliche Erklärung habe ich meines Erinnerens niemals, jedenfalls nicht im politischen Leben abgegeben. Als Philipp Stauff mich aufforderte, dem von ihm begründeten Germanenorden beizutreten, lehnte ich das auch wegen der als Vorbedingung des Eintritts geforderten eidesstattlichen Erklärung ab, da ich eine solche nur vor einer zu Abnahme von eidesstattlichen Erklärungen zuständigen Behörde abgebe. Solche Zumutungen betrachte ich als einen Ausdruck des Mißtrauens gegen mein Wort, das auch durch ihre Erfüllung nicht zu beseitigen wäre. Philipp Stauffs Briefe an mich über seinen Germanenorden vom 19. und 29. »Gilbharts« (Oktober) 1919 enthielten mehrere scharfe Angriffe auf den Freimaurerorden. Diesen hatte zuerst Erzberger beschuldigt, den Weltkrieg heraufbeschworen zu haben.⁹⁰ Stauff stellte ihn in längeren Ausführungen als ein Instrument der jüdischen, auf Vernichtung Deutschlands bedachten Weltmacht hin. Er trug die Anschauungen an mich heran, die später besonders von Ludendorff propagiert⁹¹, großen Einfluß gewannen, mich auch als Parteivorsitzenden beschäftigt haben und heute herrschend geworden sind. Mir fehlte die Zeit, mich wissenschaftlich mit der Geschichte des Freimaurerordens zu beschäftigen, zu dem ich keine persönliche Beziehungen hatte. Ich war aber geneigt, die gegen das internationale Freimaurertum gerichteten Anklagen zum mindesten als in tatsächlicher Beziehung nicht voll erwiesen anzusehen und hielt sie jedenfalls für unbegründet, soweit sie sich gegen die alten preußischen Logen richteten. Der Kampf gegen die Freimaurer war für mich also nicht unlöslich mit demjenigen gegen die Juden verbunden.⁹²

⁸⁷ Korrespondenz der DNVP Nr. 289 vom 15. 12. 1919 und Nr. 51 vom 1. 3. 1920.

⁸⁸ Tradition, Juli 1920, S. 340.

⁸⁹ Abgedruckt in der Broschüre »Einige Fragen an die Deutschnationale Volkspartei« (1920).

⁹⁰ Vgl. dazu EPSTEIN, S. 183 f.

⁹¹ Siehe z. B. sein Buch: Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jahren, München 1928.

⁹² Westarp distanziert sich hier von der im Dritten Reich dominierenden Auffassung.

Schließlich habe ich auch den von mancher antisemitischer Seite gegen das Alte Testament entfesselten Kampf abgelehnt. Das geschah in der Abwehr gegen den Zentrumsabgeordneten Schreiber, der erklärte, für den Katholiken sei jede Verbindung mit der DNVP auch wegen ihres Antisemitismus unmöglich, denn dieser gehe nicht nur gegen das Judentum, sondern auch gegen das Christentum feindlich vor.⁹³

»Es ist richtig, daß es einzelne antisemitische Angriffe auf die religiöse Grundlage des Alten Testaments, ja sogar auf die christliche Religion als einen Ausfluß des Judentums gibt. Der Schriftleitung der ›Kreuz-Zeitung‹ ist noch in den letzten Tagen ein Machwerk zugegangen, das diese Auffassung in geradezu ungeheuerlichen Versen zum Ausdruck bringt. Aber das gehört in das Gebiet der Übertreibungen einzelner, die nur geeignet sind, den nötigen Kampf gegen die Vormacht des jüdischen Volkstums zu schwächen. Man kann es nicht als ganz ehrlich bezeichnen, wenn derartige Ausschreitungen der deutschnationalen Partei oder den Konservativen zur Last gelegt werden, nachdem so klar und so oft dargelegt ist, daß der Kampf, um den es sich handelt, eben jener Vormacht des Judentums und nicht der jüdischen, geschweige denn der christlichen Religion gilt.«

Mit meinem Abrücken von Kundgebungen des Antisemitismus, die damals sehr allgemein als unmögliche Übertreibungen galten, verfolgte ich einen doppelten Zweck. Ich wollte damit nicht nur der Einigkeit der DNVP dienen. Aus der Vorkriegszeit stand mir noch deutlich vor Augen, wie der allzu radikale Antisemitismus seit etwa 1890 dazu beigetragen hatte, die Verteidigung gegen die vorwärts stürmende Judenschaft zu zersplittern und zu lähmen. Das sollte sich nicht wiederholen, vielmehr mußte einem Kampf gegen die jüdische Gefahr mit solchen Zielen und Methoden der Boden geebnet werden, die von strenger deutscher Auffassung getragen, aber noch als gerecht und durchführbar anzusehen waren. Ich betonte also als die Hauptsache das rückhaltlose Bekenntnis zum Kampf gegen die jüdische Gefahr.⁹⁴

»Dieser Kampf ist eine bittere Notwendigkeit, die antisemitische Bewegung zu einer tiefgreifenden, wohl in fast allen Parteien mindestens unter der Decke sich bemerkbar machenden Volksbewegung geworden.«

Es kam auf Klarheit über den Sinn des Kampfes gegen das Judentum an. Wie ich in den gleichzeitig schwebenden Verhandlungen über das deutschnationale Parteiprogramm feststellte, war das konservative Tivoli-Programm von 1892 insoweit überholt, als es den Kampf gegen den zersetzenden Einfluß des Judentums unter dem Gesichtspunkt des religiösen Gegensatzes gestellt hatte. Es war in der Praxis auch der Konservativen mehr und mehr durch den Unterschied der Rasse verdrängt. Neu und überzeugend wurde für mich die Meinung, die Günther später wissenschaftlich vertreten hat, daß die Juden zwar verschiedenen Rassen zugehörten, aber ein einheitliches Volk bildeten, das über die Welt zerstreut überall als Fremdvolk zu gelten habe. Die Bilder aus den besetzten russischen Grenzprovinzen, die ich durch gelegentliche Frontbesuche erhielt und die Berichte von dort hatten mir wie anderen diese Auffassung deutlich gemacht. Bestätigt wurde sie mir durch einen Besuch, den ich in der Kriegszeit von Vertretern der orthodoxen Judenschaft erhielt. Konnte ich schon ihrem Wunsche, Palästina dem jüdischen Volke zu überweisen, nicht widersprechen, weil ich damals davon ausging, daß dadurch ein deutsches Interesse nicht berührt wurde, so sagte ich ihnen natürlich ohne Rückhalt die Erfüllung ihrer ausdrücklichen Bitte zu, mich gegen die ostjüdische Einwanderung einzusetzen. Sie sandten mir seitdem die »Jüdische

⁹³ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

⁹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 581 vom 30. 11. 1920, IP.

Rundschau« zu. Diese vertrat einen sozusagen national jüdischen Standpunkt, von dem ich mit Interesse Kenntnis nahm. Nach meinen Beobachtungen war die wachsende Erkenntnis der Judenfrage als der Frage eines fremden Volkstums geeignet, Hemmungen und Unklarheiten des antisemitischen Kampfes zu beseitigen. Sie stehe, so führte ich in der grundlegenden Wochenschau aus⁹⁵, vielleicht an der Spitze der Ursachen, auf die das Erstarken der antisemitischen Bewegung zurückzuführen sei.

»Der Krieg hat auch in dieser Beziehung wirkungsvollen Anschauungsunterricht erteilt und zu klarem Bewußtsein gebracht, was die meisten Deutschen ohne weiteres empfinden: das Judentum als ein fremdes Volkstum. Zahllose Deutsche haben in Galizien, in Warschau und Lodz und den kleinen Städten Russisch-Polens, in Wilna, auch in Rumänien den Juden in einem ganz anderen Zusammenhange gesehen als in Deutschland. In den Judenvierteln der russischen Städte, an Orten, wo die Juden die Hälfte und mehr der Bevölkerung ausmachen, zeigte sich das Bild eines geschlossenen Volkskörpers mit eigenartigen, durchaus nicht anmutenden Lebensverhältnissen und Eigenheiten. Dort trat klar hervor, was in Deutschland und selbst in Österreich weit mehr verschleiert ist, daß die Judenfrage eine Nationalitätenfrage ist wie die polnische, die litauische und all die anderen Nationalitätenfragen, die jetzt die Welt bewegen. Wer etwa die ›Jüdische Rundschau‹ oder andere Blätter der orthodox oder zionistisch gerichteten Judenheit verfolgt, der findet in ihnen offen ausgesprochen, daß man dem Juden auch in Deutschland sein eigenes Volkstum und das Bewußtsein erhalten will, daß er unter den Völkern, innerhalb deren er wohnt, ein volksfremdes Element ist.«

Die den deutschen Juden im Laufe des vorigen Jahrhunderts einmal zugestandene Einbürgerung und Gleichberechtigung solle trotzdem zum mindestens nach der durchaus vorherrschenden Meinung innerhalb der konservativen Kreise und der Deutschnationalen Volkspartei nicht eingeschränkt werden.

»Das Problem, um das es sich handelt, ist die Frage, inwieweit dieses Fremdvolk auf unsere Verhältnisse einen vorherrschenden Einfluß erhalten hat und behalten soll.«

Als einen Beweis dafür, daß es der antisemitischen Bewegung keineswegs an praktischen Zielen fehle, bezeichnete ich zunächst die politische Forderung, »daß das Judentum Deutschlands nicht durch Zuwanderung und Einbürgerung ostjüdischer Elemente eine dauernde Verstärkung und Vermehrung erfahre.« Wer jene Zeit nicht miterlebt hat, kann sich kaum noch eine Vorstellung von der Bedeutung machen, die damals der Einwanderung der Ostjuden in der öffentlichen Meinung mit Recht beigelegt wurde. Die Regierung öffnete ihnen alle Tore, man mußte auf Schritt und Tritt mit ansehen, wie diese volksfremden und minderwertigen Einwanderer zunahmen und sich, von den herrschenden Gewalten begünstigt, in das private und öffentliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben mit steigendem Einfluß einnisteten. Es war daher damals nicht zu umgehen, daß man ausführlich die heute so selbstverständliche Forderung begründete, wenigstens diesen Zuwachs zu verhindern.

»In dem manchmal ausgesprochenen Satze, jedes Volk müsse mit seinen Juden fertig werden, liegt etwas Richtiges; die Abstoßung der deutschen Juden, die einmal in Deutschland Fuß gefaßt haben, kann als politische Maßnahme nicht in Frage kommen. Um so zwingender und unabweislicher ist die Notwendigkeit, sich vor weiterem Anwachsen dieses Fremdkörpers zu schützen. Die Gefahr der ostjüdischen Zuwanderung ist groß und ernst. Man kann nicht mehr mit Recht einwenden, daß diese Gefahr allgemein als solche anerkannt und der Abschluß dagegen einstimmig gewollt werde. Während des Krieges haben mir wiederholt Vertreter des Judentums auseinandergesetzt, daß auch sie dringend den Schluß unserer Grenze gegen jüdische Zuwanderer aufrechterhalten zu

⁹⁵ Wie Anm. 82.

sehen wünschten; das deutsche Judentum, so fügten sie hinzu, sei nicht imstande, an diesen Zuwanderern noch Kulturarbeit zu leisten, die nötig sei, um sie auf den Stand des deutschen Judentums emporzuheben. Man fühlte aus solchen Auseinandersetzungen lebhaft die Sorge heraus, daß den deutschen Juden selbst ihre in Deutschland erworbene Stellung gefährdet werden müsse, je mehr sich die Folgen des ostjüdischen Zustromes bemerkbar machen. Seit der Revolution scheint das Judentum sich sicherer zu fühlen.«

Die »Jüdische Rundschau« wendete sich jetzt mit großer Schärfe gegen die deutschnationalen Anträge auf Einschränkung dieser Zuwanderung.⁹⁶ In breiten Ausführungen wurde behauptet, die ostjüdische Einwanderung sei ein wertvoller Ersatz der deutschen Arbeitskräfte, die vom deutschen Arbeitsmarkt dankbar aufgenommen werde. Noch mehr Gewicht aber⁹⁷

»legt das Blatt auf seinen »eigenen jüdischen Standpunkt«. Es betont, »daß wir uns mit diesen Ostjuden menschlich und national identifizieren und in recht vielen von ihnen einen wertvollen Zuwachs für das deutsche Judentum sehen«, es weist darauf hin, »welche Fülle von jüdischem Wissen, jüdischer Gelehrsamkeit, von inniger Verknüpftheit mit jüdischem Volkstum, jüdischem Gesetz und jüdischer Ethik im Ostjudentum enthalten ist und wie sehr alle diese Dinge dem deutschen Judentum nottun.« Die Antwort der Regierung auf die deutschnationalen Anträge war ausweichend, der Zustrom minderwertigster Elemente nimmt dauernd zu und die republikanische Regierung hat weder den Willen noch die Kraft, ihn zu bannen.«

Die ostjüdische Einwanderung mußte noch lange Jahre hindurch ein vorzugsweise zu behandelndes antisemitisches Kampfbjekt bleiben.

Ich stellte ferner den im Tivoli-Programm verkündeten Kampf gegen »den zersetzenden jüdischen Einfluß« nunmehr ausdrücklich in den Zusammenhang des geistigen und sittlichen Kampfes für das deutsche Volkstum. Darin stimmte ich mit der Formulierung der DNVP überein, die erklärte, sie kämpfe gegen »jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen.« Man dürfe nicht pharisäisch die Augen davor verschließen, daß sich auch in der deutschen Bevölkerung aller Stände zersetzende Einflüsse und Richtungen breit machten. Aber ebensowenig dürfe verschleiert werden, daß der jüdische Einfluß nach doppelter Richtung hin dem Deutschtum zu besonderer Gefahr werde.⁹⁸

»Der Jude ist in hohem Maße national, d. h. jüdisch national, und weil er sich über alle Länder der Welt verteilt hat, wirkt das Alljudentum im deutschen Gastvolke international. So ist es kein Zufall, daß all jener Internationalismus auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet, der uns so ungeheuren Schaden zufügt, vornehmlich im Alljudentum seinen Ursprung hat. Des Materialismus in der Arbeit und im Genuß haben alle Kreise des deutschen Volkes, die oberen und wohlhabenderen Schichten nicht minder als die breiten Massen, vor dem Kriege und während seiner Dauer sich schuldig gemacht. Die jüdische Betriebsamkeit im Händlertum, die einseitige Verständesschärfe talmudistischen Denkens und die ätzende Kritik an allen Gütern der Einbildungskraft und des Gemütes, die dem jüdischen Wesen vornehmlich eigen sind, haben doch das Meiste zur Verbreitung der materialistischen Lebensauffassung beigetragen und sie in der Marxschen Sozialdemokratie für die Massen in ein System gebracht. Wer eine Gefahr bekämpfen will, muß sie zunächst erkennen und sie bei Namen nennen. Deshalb war es nötig auszusprechen, daß diese zersetzenden Einflüsse aus fremdstämmiger Quelle stammen, und das deutsche Volksbewußtsein, das gerade in unseren Tagen es instinktiv erkennt, zu bewußtem Widerstand dagegen aufzurufen. Namentlich der deutsche Arbeiter muß darüber aufgeklärt werden, daß er sich den Einflüssen eines Fremdvolkes unterwirft, wenn er sich der Führung eines Cohn und Hirsch, eines Haase und

⁹⁶ Jüdische Rundschau Nr. 17 vom 3. 10. 1919.

⁹⁷ Wie Anm. 82.

⁹⁸ Ebd.

Wurm und all der unzähligen anderen sozialdemokratischen Juden anvertraut, und all die deutschen Familien, die vielleicht durch schnell erworbenen Reichtum in die höheren Schichten aufgerückt sind, der ›Westen‹ Berlins und anderer Großstädte, bedürfen immer wieder des Hinweises darauf, aus welcher fremdländischer Quelle der größte Teil jener Gedankengänge stammt, die sie dem deutschen Wesen entfremden. Diese Aufklärung ist eine publizistische und politische Aufgabe, auch wenn dabei zunächst nicht unmittelbar bestimmte Änderungen der Gesetzgebung und Verwaltung zu erstreben sind. [...] Der Kampf, der in dieser Frage zu führen ist, kann sich nicht allein auf die Abwehr beschränken. Die geistige und sittliche Erneuerung des deutschen Volkes, die Pflege bewußter deutscher Eigenart und entschlossenen Willens zum deutschen Volkstum müssen den Damm gegen die Fluten des verderblichen fremden Einflusses errichten.«

Zu dem geistig sittlichen Kampf gegen den zersetzenden Einfluß des jüdischen Fremdvölkes hatte der politische Kampf gegen seine Vorherrschaft zu treten. Er bedeutete zugleich den Kampf gegen das herrschende System, da dieses seine Einführung vornehmlich jüdischem Einfluß verdankte, von Juden durchsetzt wurde und dementsprechend der Herrschaft der Juden jeden Vorschub leistete.

»Die Vorherrschaft des Judentums, gegen die sich der deutschnationale Beschluß richtet, bestand vor der Revolution vermöge der Macht des Geldes, der Presse und der jüdischen Betriebsamkeit und Geschlossenheit auf weiten Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens. Durch die Revolution sind in den Parlamenten, die sich in den vollen Besitz der Regierungsgewalt gesetzt haben, und in den maßgebenden Regierungsstellen selber jüdische Persönlichkeiten in einem immer unerträglicher werdenden Maße auch zur politischen Vorherrschaft gelangt, ganz abgesehen selbst von den Gewaltmenschen, die wie die Levien und Leviné bald hier bald dort die Diktatur der Schreckensherrschaft vorübergehend an sich gerissen haben. Hier liegt die rein politische Aufgabe klar zutage; sie besteht darin, durch die Wahlen denjenigen politischen Parteien die Macht zu entwinden, die dem jüdischen Fremdvölke als solchem die Herrschaft über Deutschland ausliefern.«

Es war nicht schwer, bei Besprechungen einzelner Mißstände immer wieder mit einhämmernder Agitation die Verjudung des herrschenden Systems und der revolutionären Gewalten hervorzuheben. Schon die Namen der daran beteiligten Personen erinnerten daran, mochte es sich um eine Ministerliste der Unabhängigen, den Geiselmord in München, die würdelosen Vorgänge im Untersuchungsausschuß, die Verschleuderung von Heeresgut handeln.⁹⁹

Die drei von mir vertretenen grundlegenden Forderungen des Antisemitismus kommen außer in dem Parteiprogramm auch in dem Wahlauf Ruf der DNVP, an dessen Fassung ich mitgewirkt habe, nochmals zum Ausdruck.¹⁰⁰

Bei der großen Erregung, mit der die Judenfrage von Freund und Gegner behandelt wurde, hat sie mich dauernd in Anspruch genommen. Öffentlich mußte ich außer den mich persönlich treffenden falschen Angaben über jüdische Abkunft einen Angriff von Dr. Landsberg abweisen, ich hätte »einst im Kreise Meseritz-Bomst um die Stimmen der jüdischen Wähler gebettelt, ja geradezu geschnorrt«. Ich ging auf Anlaß und Inhalt meines im Wahlkampfe 1908 an den jüdischen Lehrer Becker geschriebenen Briefs ein.¹⁰¹ Der Brief enthalte, so erklärte ich, ein Anerkenntnis, daß sich die 600 jüdischen Wähler bis dahin auf die deutsche Seite geschlagen hätten, und die Mahnung,

⁹⁹ Dazu äußert sich Westarp in zahlreichen IP 1919: Nr. 307 vom 6. 7., Nr. 452 vom 21. 9., Nr. 556 vom 16. 11., Nr. 226 vom 16. 5. 1920.

¹⁰⁰ Abgedruckt in Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920. Gegenüber dem Programm enthält der Aufruf die zusätzliche Forderung: »Sie verlangt, daß der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen unterbunden wird.«

¹⁰¹ Abgedruckt bei WESTARP I, S. 29 f.; das folgende Zitat Kreuz-Ztg. Nr. 581 vom 30. 11. 1919.

auch dieses Mal mit den Deutschen gegen die Polen zu gehen. Das stehe mit meinen heutigen Darlegungen nicht im Widerspruch.

»Auch jetzt bin ich bereit, wo ich bei Juden und Personen jüdischer Abstammung ein Verhalten sehe, das im nationalen Interesse liegt, das durch Wort und Tat anzuerkennen. Das hindert, wie mir scheint, nicht daran, mit größter Entschiedenheit den zersetzenden Einflüssen entgegenzuwirken, die von fremdvölkisch jüdischer Seite ausgehen.«

Der Konservative Parteisekretär Kunze, dem wir nach dem Umsturz seine Parteilstellung belassen hatten, machte Schroeter und mir viel zu schaffen. Unter Vernachlässigung des konservativen Dienstes betrieb er lediglich seine persönliche antisemitische Politik. In seinem »Deutschen Wochenblatt« und in seinen Reden vertrat er hemmungslos radikalsten Antisemitismus verbunden mit scharfer Kritik an der DNVP. Mir liegt ein Briefwechsel mit einem jüdischen Teilnehmer, Dr. Fritz Joelsohn vom Rudolf Virchow-Krankenhaus, einer Versammlung vor, die zum Protest gegen den Gewaltfrieden einberufen war. Nach meinem Referat hatte Kunze die Diskussion zu einer seiner scharfen judenfeindlichen Reden benutzt. Ich glaubte der Beschwerde über ihn nicht ganz Unrecht geben zu können und erwiderte (20. Mai 1919),

»daß auch ich in manchen Beziehungen einen anderen Verlauf der Versammlung am 14. d. M. gewünscht hätte. Wenn in nationalen Kreisen in letzter Zeit die antisemitische Bewegung in scharfer Form hervortritt, so bitte ich, nicht zu vergessen, daß in der Partei der unabhängigen Sozialdemokraten, die auch unsere Versammlung am letzten Mittwoch in so unliebsamer Weise störten und die allgemeine Weltrevolution als alleiniges Heilmittel propagieren, das Judentum in führender Stellung sich besonders hervordrängt.«

Unsere Trennung von Kunze wurde unvermeidlich.

Ein umfangreicher Briefwechsel hat in diesen und den folgenden Jahren zwischen v. Bodelschwingh, einem Vetter des Leiters der Bielefelder Anstalten, und mir stattgefunden. Er war mir schon aus der konservativen Zeit als besonders leidenschaftlicher, ruhiger Erwägung schwer zugänglicher antisemitischer Kritiker bekannt. Durch Hergts Brief an den Konsul Marx¹⁰² schwer enttäuscht, forderte er Hergts baldigen Rücktritt und verlangte von mir entsprechende Schritte. Es fehlte auch nicht an einem scharfen Mißtrauensvotum gegen meine und noch mehr gegen v. Heydebrands antisemitische Bekenntnistreue. Als er einst in der Wandelhalle des Reichstages von mir eine ehrenwörtliche Erklärung verlangte, daß v. Heydebrand nicht finanziell von Juden abhängig sei, lehnte ich das als eine Anzweiflung meiner darüber abgegebenen Äußerung schroff ab.

Das sind nur Beispiele einer umfangreichen brieflichen und persönlichen Inanspruchnahme durch dieses Thema. Ein erheblicher Teil der Unterredungen, die täglich Zeit und Kraft über Gebühr belasteten, war der Aufgabe gewidmet, meine Stellung zum Antisemitismus zu klären und gegen Kritiker von rechts und links zu rechtfertigen. Selbstverständlich habe ich auch in den Vorverhandlungen über meine Kandidatur den Vertretern eines radikalen Antisemitismus, die in Potsdam II eifrig und einflußreich waren, keinen Zweifel über meine Ablehnung derjenigen Agitation gelassen, die ich als Übertreibung ansah.

Mein in der Wochenschau vom 30. November 1919 niedergelegtes Programm habe ich auch hier deshalb ausführlich wiedergegeben, weil es enthielt, was ich in zahllosen Wahl- und sonstigen Versammlungsreden vertreten habe. Fast in allen Versammlun-

¹⁰² Siehe oben Anm. 31, Kap. I/1.

gen hatte ich Zwischenrufer, die bei jeder Kritik an den politischen Zuständen den Ruf »Jude« erschallen ließen; außerdem konnte ich oft beobachten, daß die schläfrig gewordene Versammlung lebendig wurde und das Haus von Beifall erdröhnte, sobald ich auf die Juden zu sprechen kam. Mir war nicht selten ein Thema der Befreiungspolitik und des Kampfes gegen das System sachlich wichtiger und zeitlich aktueller, aber die Judenfrage war um des Versammlungserfolges willen nicht zurückzustellen, sondern mußte auch auf Kosten der Redezeit immer wieder durchgesprochen werden.

Presse, Vereine

Der Werbung für die nationalen und konservativen Gedanken machte sich neben der deutschnationalen und konservativen Partei eine große Anzahl von Presse-Organen, Vereinen und Verbänden dienstbar. Zu den alten Veranstaltungen dieser Art traten fortgesetzt Neugründungen. Viele von ihnen nahmen mich für Rat und Mitarbeit in Anspruch.

Mit den großen Tageszeitungen hatte ich eine mittelbare Fühlung durch die persönlichen Beziehungen, die ich zu Baecker von der »Deutschen Tageszeitung«, Wulle von der »Deutschen Zeitung«, Malkewitz von der »Pommerschen Tagespost« und Graf Seidlitz von der »Schlesischen Tagespost« hatte. An Besprechungen mit ihnen über die Stellungnahme im einzelnen hat es nicht gefehlt. [...]

Mit der Gründung des Hugenberg-Konzerns, der eine große Anzahl von Provinzblättern sanierte und unter seinen Einfluß brachte, habe ich unmittelbar nichts zu tun gehabt. Der zu diesem Zweck von Hugenberg gegründeten Vera haben Schroeter und ich mangels eigener Geldmittel viele in jener Zeit notleidend gewordene Blätter empfohlen. Das hatte nicht immer den gewünschten Erfolg. Für die »Schlesische Tagespost«, an der der schlesische Konservative Provinzialverein mit 100 000 Mark beteiligt war, hatte Graf Seidlitz auf unseren Rat die Vera um ein Gutachten ihres Direktors Gerschel ersucht. Graf Seidlitz richtete an mich eine lebhafteste Beschwerde, in der es heißt (3. Dezember 1919):

»Gerschel, der übrigens wohl zweifellos Jude, war in Breslau, sein Rat war fast ausschließlich »tue Geld in Deinen Beutel für Propaganda und Annoncenwerbung« und die Forderung für diesen Rat allein 1 000 M, dazu Reisekosten in mir bisher unbekannter Höhe.«

Ich habe Hugenberg um Entscheidung über diese Beschwerde gebeten, kenne aber den Ausgang nicht. Später habe ich dem Aufsichtsrat der Vera angehört, ohne praktischen Anteil an der Geschäftsführung zu haben. Die Tantieme blieb unter der Grenze der Steuerpflicht und belastete daher mein Gewissen nicht allzu sehr.

Mit Interviews war ich sehr vorsichtig. Wurde man durch falsche oder doch mißverständlich wiedergegebene Äußerungen zu einem Dementi gezwungen, so konnte das zu Festlegungen und Polemiken führen, die den Schaden noch vergrößerten und den eine Falle stellenden Ausfragern nicht unerwünscht waren. Ich knüpfte eine Zusage, wenn ich sie überhaupt gab, daher an die Bedingung, daß nur der von mir selbst verfaßte Wortlaut veröffentlicht wurde. Nicht ganz selten versuchten ausländische Journalisten aus dem Lager der Feindmächte um eine Unterredung nach. Ihnen pflegte ich mitzuteilen, daß ich das grundsätzlich ablehne. Wo ich eine Ausnahme machte, nahm ich kein Blatt vor den Mund.¹

¹ Antwort an den amerikanischen Journalisten Enderis vom 15. 5. 1919; auf das Interview geht Westarp weiter unten ein.

»Während des Krieges habe ich bisher Unterredungen mit Berichterstattern derjenigen Mächte, die den Vernichtungskampf gegen Deutschland führen, vermieden. Wenn ich eine Ausnahme mache, so geschieht es mit der Bitte und unter der Bedingung, daß Sie meine Äußerungen, wenn überhaupt, so auch soweit sie Schärfen gegen Ihr Volk und Land enthalten, unverkürzt wiedergeben.«

Die »Konservative Monatsschrift«, die ursprünglich Reimar Hobbing gehört hatte, war in den Besitz der Konservativen Schriftenvertriebsstelle GmbH übergegangen. Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter war der ehemalige Chefredakteur der »Kreuzzeitung« Wendland. Um sie mit der Konservativen Partei in engere wirtschaftliche und politische Fühlung zu bringen, schlug v. Heydebrand ihre Angliederung an die »Kreuzzeitung« vor. Das konnte zur Folge haben, daß die Leser die Monatsschrift für einen Auszug aus der »Kreuzzeitung« hielten und deshalb auf eine von beiden verzichteten. Sie sollte aber nach wie vor die konservativen Gedanken unabhängig von der jeweiligen Politik und dem zur Verfügung stehenden Raum der Tageszeitung vertreten. Wir nahmen deshalb eine besondere GmbH in Aussicht, durch die Schroeter und ich entscheidenden Einfluß erhalten sollten, gelangten aber noch nicht zu deren Gründung.

Die »Eisernen Blätter« waren eine Schöpfung von D. Traub. Seit seiner politischen Tätigkeit im Weltkrieg, die ihn in den Vorstand der Vaterlands-Partei führte, standen wir in freundschaftlichem Verkehr, und er trat mir als deutschnationaler Abgeordneter der Nationalversammlung näher. Bevor er die »Eisernen Blätter« mit Jahrgang Nr. 1 vom 6. Juli 1919 eröffnete, zog er mich zum Entwurf des sie ankündigenden Aufrufs heran. Ferner bat er mich, sie mit ihm zusammen herauszugeben. Wie stets bestrebt, mich außerhalb der Parteiarbeit möglichst nicht durch formale Beteiligung an Unternehmungen zu zersplittern und zu binden, lehnte ich sein Ersuchen ab (8. Mai 1919). Unser Verhältnis blieb ungetrübt. Mein Name kam in die Liste der ständigen Mitarbeiter. Gleich die Eröffnungsnummer enthält den in der Muße eines Ferienaufenthaltes in Gärtringen geschriebenen Aufsatz, in dem ich meine ganze Politik des Befreiungswillens und des Kampfes gegen das System grundlegend auf den organischen Staatsgedanken preußisch konservativer Prägung zurückgeführt habe.² Auch in der Folge fehlte es nicht an Anregungen D. Traubs zur Mitarbeit, die ich gern benutzt habe, um über die Tagesagitation hinaus Grundgedanken zu erörtern.³

Geschäftlich waren die »Eisernen Blätter« zunächst an die Nationale Arbeitsgemeinschaft Pabst-Bauer⁴ angelehnt. In deren Büro Schellingstraße 1 hatte der Verlag seinen Sitz, und v. Stephani gehörte ihr als erster Schriftleiter an. Als diese Grundlage durch das Scheitern des Kapp-Unternehmens zerstört war, entschloß sich die Herrenhaus-Fraktion, das Blatt mit 50 000 Mark zu finanzieren und weiter von dem wegen der Teilnahme am Kapp-Unternehmen noch strafrechtlich verfolgteten D. Traub herausgeben zu lassen. Es geschah in Fühlung mit mir, und ich konnte D. Traub am 3. Juli 1920 meine Genugtuung darüber aussprechen, daß es gelungen war, ihm sein Werk zu erhalten. Der neue Schriftleiter Dr. Kahrstedt, der von der Herrenhausfraktion geschätzt und oft herangezogen wurde, war mir seit den Wahlrechtsverhandlungen von 1918 und als Sekretär der deutschnationalen Fraktion in Weimar gut bekannt und pflegte Beziehungen zu mir. Die »Eisernen Blätter« sind eines der wenigen nationalen

² Eiserner Blätter Nr. 1 vom 6. 7. 1919, »Über staatsserhaltende Politik«.

³ Eiserner Blätter vom 4. 1. 1920, »Rundschau«.

⁴ Richtig: Nationale Vereinigung; s. ERGER, S. 85 ff.

Sonder-Organen, die sich lange halten können. D. Traub, der als ihr Herausgeber später wohl von Hugenberg unterstützt worden ist⁵, sandte mir noch im April 1938 eine Erinnerungsnummer, in der er auch meiner Mitarbeit freundlich gedachte.

Ein nationales Presse-Unternehmen, das ich politisch zu beobachten hatte und dessen finanzielle Unterstützung aus Kreths politischem Fonds oder aus Mitteln des Konservativen Hauptvereins mich gelegentlich (September 1919) beschäftigte, war die »Unabhängige National-Korrespondenz« von Stephan Naumann.⁶

Franz Sontag, der früher bei der »Conservativen Correspondenz« und bei der »Kreuzzeitung« beschäftigt und zuletzt Generalsekretär der Freikonservativen Partei gewesen war, gründete am 1. April 1919 »Die Tradition, Wochenschrift für aristokratische Politik und preußische Staatsauffassung«. Er gab sie im eigenen Verlag heraus. Als Dr. Roesicke bei mir anfragte, ob sein Unternehmen zu unterstützen sei, erwiderte ich [14. März 1919], er sei ein ordentlicher und gesinnungstreuer Mann, gegen den nichts einzuwenden sei.

Er war, wie er mir nach Gründung der DNVP mündlich und brieflich [8. März 1919] mitteilte, von der Notwendigkeit der Beibehaltung einer ausgesprochenen Rechtspartei überzeugt und hoffte, daß die Zukunft die Gründung einer neuen Konservativen Partei bringen werde, »mag sie nun den alten Parteinaamen beibehalten oder nicht«. Mit seiner Wochenschrift wollte er auf eigene Faust dieser »heute noch ungeborenen Partei den Weg bereiten«. Sie sollte eine scharf rechtsgerichtete Wochenschrift sein,

»deren Programm sich im wesentlichen auf das aristokratische Prinzip in der Politik und im gesamten kulturellen und öffentlichen Leben sowie auf den preußischen Staatsgedanken stützen soll. Die Wochenschrift wird also in einen entschiedenen, sachlich scharfen Gegensatz zu allen demokratisierenden und sozialistischen Tendenzen treten und hinsichtlich des preußischen Staatsgedankens einem gesunden und natürlichen, wenn auch nicht engherzigen Partikularismus huldigen. Parteipolitisch wird sie sich vorerst nach keiner Richtung binden; sie ist mein ausschließliches Privateigentum und von jedem äußeren Einfluß unabhängig.«

Die Zeitschrift sollte kein Massenorgan sein, sondern einen gewissen exklusiven Charakter tragen, der auch im Mitarbeiterkreis zum Ausdruck kommen sollte. Es gelang ihm, private Geldgeber zu gewinnen, mit deren Darlehen er die Zeitschrift erscheinen lassen konnte. Zu ihnen gehörte Rittergutsbesitzer Foerster mit 10 000, Kapp mit 3 000, Geheimrat Körting mit 2 000, Dr. Körting mit 5 000 und v. Brandt-Schmerwitz mit 5 000 Mark. Er brachte es bis Ende 1919 auf 1 000 Bezieher, dann waren die »Moneten zu End«. Schroeter stand dem Unternehmen mit Bedenken gegenüber. Von vornherein war ihm fraglich, ob das Unternehmen eine günstige Zukunft haben werde. Sontag, so fleißig und anständig in seiner Gesinnung er sein möge, sei doch nicht die starke Persönlichkeit mit publizistischer Note, um das Interesse an seiner Zeitschrift wach zu halten. Die großen Namen, die er als Mitarbeiter anführen könne, würden auf die Dauer nicht so viel Beiträge liefern, daß zu bezahlende Mitarbeiter entbehrt werden könnten. Die ausgesprochene konservative Haltung des Blattes sei dem

⁵ Hugenberg förderte die »Eisernen Blätter« finanziell, solange er dazu in der Lage war. Insgesamt zur Pressepolitik Hugengeburs: Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugengeburschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974 sowie Heidrun Holzbach: Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981.

⁶ Angaben zur Person des Herausgebers nicht ermittelt.

Erfolge weniger günstig, als eine Vertretung konservativer Ideen unter neutraler Flagge sein würde.

Ich wirkte bei der Sanierung mit, suchte außer Mitteln des Konservativen Hauptvereins Geldquellen wie die Herrenhausfraktion und den politischen Fonds von Kreth heranzuziehen. Sontag gelang es, zum Teil mit meiner Hilfe die alten Geldgeber zum Verzicht auf ihre Darlehen zu bewegen und neue private Geldgeber zu gewinnen, und wir gründeten eine GmbH mit einem Grundkapital bis zu 200 000 Inflations-Mark. Für den Aufsichtsrat wurde General v. Bartenwerffer in Potsdam gewonnen, der in der OHL Hindenburgs das politische Referat gehabt hatte, Geschäftsführer wurde v. Einem, der Sohn des ehemaligen Kriegsministers und Heerführers. Sontag behielt die Leitung. Ich übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrates, natürlich ohne Tantieme. Danach bereicherte die »Tradition« in den folgenden Jahren mein politisches und geschäftliches Arbeitspensum. v. Heydebrand hatte reges Interesse für Sontags Absicht, die Selbständigkeit der Konservativen Partei vorzubereiten.

Davon unterschied sich meine Haltung insofern, als ich bestrebt sein mußte, auf Sontag mäßigend einzuwirken, wenn er die Notwendigkeit konservativer Selbständigkeit mit taktisch unerwünschter Schärfe gegen die DNVP betonte. Dagegen förderte und benutzte ich die »Tradition« als erwünschtes Sprachrohr der von mir vertretenen Gedanken über die Befreiung von der Fremdherrschaft und den Kampf gegen das System. Beiden Zielen gemeinsam, ohne sie zu nennen, widmete ich einen Beitrag zur Eröffnungsnummer.⁷

Zu den neu emporschießenden Verbänden gehörte ein »Bismarckbund«. Eine Aufforderung, das Präsidium zu übernehmen, schob ich an Kreth ab. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses v. Flottwell⁸ ist mir aus mancher Unterredung als nationaler Heißsporn in Erinnerung. Mit dem Bundessekretär Steinhoff bin ich später im Landesverband Potsdam II in engste Fühlung gekommen.

Der deutschnationale Jugendbund nahm unter den Vereinigungen, mit denen ich mich in der Periode der Nationalversammlung beschäftigt habe, eine hervorragende Stellung ein. Denn er bot mir die Gelegenheit, mich der Aufgabe nationaler Jugendpflege zu widmen, die durch den Umsturz neue Bedeutung erhalten, von der Partei aber noch nicht in Angriff genommen worden war.

Seine Gründung ging bis in die Kriegszeit zurück. Unmittelbar nach dem Umsturz trat er mutvoll in die öffentliche Propaganda ein. Die Bezeichnung »deutschnational« hatte er vor der Gründung der DNVP angenommen, und diese als solche weder an seiner Gründung noch an seiner Leitung beteiligt. Sein erster Führer Viebig⁹, blind, noch im Studium begriffen und von seiner Frau sorgsam und tapfer unterstützt, ist mit mir häufig in Fühlung getreten. Ich konnte mich ihm umso rückhaltloser zur Verfügung stellen, als er nicht nur den Befreiungswillen, sondern durchdrungen von dem Wert, den die historische Überlieferung gerade für die Jugend hat, auch den monarchischen Gedanken dem Bundesprogramm einverleibte. Kämpfe mit einer inneren Opposition blieben ihm nicht erspart, und er suchte schließlich eine durch Stellung und Erfahrung hervorragende Persönlichkeit als Vorsitzenden zu gewinnen. In diesen Sorgen und Plänen wandte er sich nicht selten vertrauensvoll an mich, und ich habe ihm, auch in diesem Fall ohne formellen Eintritt in die Organisation, nach Möglichkeit zu

⁷ Tradition vom 5. 4. 1919, »Zur Vorgeschichte des 9. November«.

⁸ Nicht sicher zu ermitteln.

⁹ Kurd Viebig; von ihm sind Briefe vom 1. 1., 5. 10. und 29. 11. 1919 im Nachlaß Westarp erhalten.

helfen gesucht. Meine Kundgebungen zur Jugendfrage aus dieser Zeit stammen fast ausnahmslos aus der Verbindung mit dem Jugendbunde.

Das bei Jugendversammlungen oft gehörte Wort: »Ihr seid unsere Zukunft« schien mir nicht ungefährlich zu sein. Logisch war es richtig; das heranwachsende Geschlecht, zu dem man sprach, war berufen, dereinst den nationalen äußeren und inneren Kampf von uns zu übernehmen. Im rednerischen Schwung ausgesprochen aber konnte die Hoffnung, daß die jugendlichen Hörer diesen Kampf zu siegreichem Ende führen würden, überhebliches Selbstbewußtsein züchten. Richtiger war es, ihnen die Schwere der Aufgabe und der Verantwortung vor Augen zu führen, die ihrer harnten, und sie zu einer Vorbereitung zu ermahnen, die nicht nur in ihrer politischen Geschäftigkeit, sondern in treuer Erfüllung der Pflichten des Tages zu bestehen hatte. In diesem Sinne schrieb ich in dem Bundesorgan für den ersten ordentlichen Bundestag vom 8. September 1919 neben Ludendorff, Scheer, Professor Dietrich Schäfer und Gustav Roethe u. a. ein Geleitwort.

»Mit heißer Liebe muß, auch wenn die republikanische Schule es versagt, das junge Geschlecht sich in die Vergangenheit des deutschen Volkes, in die Geschichte der preußischen Monarchie, in die Erinnerung an die unvergleichlichen Heldentaten versenken, die Deutschlands Heer und Flotte im letzten Weltkrieg getan haben. Dort findet sie die Vorbilder der Gottesfurcht und Königstreue, des nationalen Sinnes und der opferfreudigen Vaterlandsliebe, der Pflichttreue und Hingabe im Dienste des Staates, dort die Begeisterung für des deutschen Volkes Größe und Zukunft. Wer begeistert ist, wird den Sieg davontragen über den, der keine Begeisterung hat.«

Als ich vor 22 Jahren diese Mahnung aussprach, wagte ich kaum zu glauben, daß die Generation, an die sie gerichtet war, noch selbst berufen sein würde, den Befreiungskampf zum siegreichen Ende zu führen. Heute, Anfang 1942, steht sie im gereiften Mannesalter nach einer Kette von Siegen im schweren Kampf des russischen Winters. Umso mehr überraschte mich jetzt der mir inzwischen aus dem Gedächtnis entschwundene Wortlaut meiner dem Deutsch-Nationalen Jugendbund auf den Weg gegebenen Parole. Der Inhalt dieser meiner Mahnungen an das heranwachsende Geschlecht war mir nicht entfallen. Ich habe ihn in den annähernd 14 folgenden Jahren meiner parteipolitischen Arbeit vertreten, so oft sich eine Gelegenheit bot, zur Jugend zu sprechen.

Damals handelte es sich noch darum, das Programm der Jugendarbeit weiter auszubauen und dabei die mehr oder weniger bewußte Abneigung vieler konservativer, aber auch sonstiger nationaler Kreise gegen die Politisierung der Jugend zu überwinden. Die Aufgabe erschien mir so wichtig, daß ich einen Teil meiner nächsten Wochenschau »Dem Deutschnationalen Jugendbundestage zum Gruße« widmete.¹⁰

»In erster Linie werden und müssen die Vereinigungen, die sich zu diesem Zwecke bilden, der Gefahr vorbeugen, daß die Beschäftigung ihrer jugendlichen Mitglieder mit öffentlichen Dingen nicht das Übergewicht über die nächsten Pflichten und Aufgaben der Jugendzeit gewinnt. Eindringlich werden sie ihren jungen Freunden das Bewußtsein dafür schärfen, daß Lernen, Ausbildung der Geistes- und Willenskräfte und Vorbildung zum Beruf in Schule und Studium, in Werkstatt oder Landwirtschaft, daß Gewöhnung des Willens an Arbeit, Gehorsam und Pflichterfüllung ihre erste Aufgabe ist, ohne deren Lösung sie niemals für die nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes Brauchbares werden leisten können.«

Eingehend besprach ich die positiven Aufgaben des nationalen Dienstes in der Jugend.

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 465 vom 28. 9. 1919, IP.

»Dazu tritt bei unserer männlichen Jugend die körperliche Ausbildung in Turnen und Wandern, Sport und Spiel als eine um so dringlichere Aufgabe, weil ihnen hinfort die militärische Erziehung fehlen wird. Vor dem Zusammenbruch in Krieg und Revolution diente die Schule und Fortbildung wenn nicht vollkommen, so doch in ganz anderer Weise als jetzt, der weiteren Aufgabe, die Liebe zum Vaterland und die Anhänglichkeit an den Staat, der sich damals in der Monarchie verkörperte, groß zu ziehen. Damals konnte sie mit Recht die eigentlich politische Vorbildung einer ferneren Zukunft überlassen. Nun hat es der Umsturz aller Verhältnisse nötig gemacht, auch der lernenden Jugend unter dem 20. Lebensjahr die Durchbildung zu nationaler Tatkraft von anderer Seite nahe zu bringen. Die von den republikanischen Behörden verwaltete Schule versagt.«

In Tübingen hatte ich bei einem Vortrag vor der Studentenschaft über die Ideologie des Befreiungswillens und der inneren Erneuerung stürmische Zustimmung und Begeisterung meiner jugendlichen Hörer erlebt.¹¹ Auf diese und auf ähnliche Erfahrungen in sonstigen Jugendversammlungen gestützt konnte ich erklären, ich hätte Gelegenheit gehabt, mit heller Freude den nationalen Geist zu beobachten, der die Jugend der gebildeten Stände, besonders die Studenten erfüllte.¹²

»Diese Jugend, auf der alle Hoffnung beruht, die wir für die Zukunft Deutschlands hegen dürfen, hängt mit Begeisterung an den Idealen der deutschen Geschichte; mit überschäumender Jugendkraft wendet sie sich gegen schwächlich internationale Gedanken und gegen die zersetzenden, materialistischen, ideenlosen Richtungen der Demokratie und Sozialdemokratie. Mit jugendlich frohem und rücksichtlosem Mut bekennt sie sich zu den Idealen der starken Monarchie und der Wehrhaftigkeit Deutschlands. Solchen Geist zu pflegen und zu tatkräftigem Willen und klarem Verständnis auszubilden, ist die Aufgabe. In erster Linie hat das deutsche Haus, die deutsche Mutter sie zu erfüllen. [...] Dazu aber tritt deutlich und dringend die Notwendigkeit und die Pflicht, den nationalen Geist und Willen der heranwachsenden Jugend auch in größeren Vereinigungen zu pflegen, zu deren Wesen es gehört, in der Öffentlichkeit zu wirken.«

Dazu sei es geboten, die Erinnerungen der großen Taten unserer Geschichte zu pflegen und die dankbare Liebe und Treue zum Königshause und für das Kaisertum der Hohenzollern wach zu erhalten. Das Gedenken an den Weltkrieg mit seinen bitteren Lehren, vor allem aber die Begeisterung und Bewunderung für die Fülle der Ruhmestaten müsse zur Quelle der Kraft werden.

»Die Jugend vor allem bedarf der Heldenverehrung als ihres täglichen Brotes für die Ausbildung des Charakters und für die Erweckung des Verständnisses für die Lehren der Weltgeschichte.«

Dem Deutschnationalen Jugendbund stellte ich das Zeugnis aus, daß er in treuer und erfolgreicher Arbeit auf dem rechten Wege sei.

In den nächsten Monaten habe ich mich noch mehrfach auf Bitten Viebigs an Unternehmungen des Bundes beteiligt.¹³ Am Tage der Reichsgründung am 18. Januar 1920, weihte der Bund seine Fahne, der ich mit dreifachem Schlag einen Nagel einschlug:

»Für des Vaterlandes Freiheit vom fremden Joch!
Für den neuen Sonnenflug von Preußens Zollenaar!
Für die Auferstehung deutscher Kaiserherrlichkeit!«

Zum Bilde jeder nationalen Tätigkeit jener Zeit gehört das Gegenbild gehässigen Widerstandes der herrschenden Gewalten. Der erwachende nationale Geist in der Jugend erfüllte sie mit steigender Sorge und die Abneigung unserer Jugend gegen die Re-

¹¹ Siehe unten Kap. IV/3.

¹² Kreuz-Ztg. wie Anm. 10.

¹³ Zum ersten Jahrbuch des Jugendbundes (1920) schrieb Westarp ein Geleitwort.

publik beruhte auf Gegenseitigkeit. Meine Wochenschau zum Bundestag enthielt eine scharfe Zurückweisung von Theodor Wolff, der seinen ätzenden Hohn über die Bewegung ergoß.¹⁴ Sein Angriff richtete sich gegen blinden Gefühlspatriotismus und laute Phrasenschwelgerei, wie sie auf den Hochschulen gepflegt würden, und gegen die Söhne aus Häusern, die an der Tradition festhielten, weil sie mit dem Ansehen und Einkommen der Familie eng zusammenhing »oder auch nur weil man den Kronenorden nicht mehr anlegen kann.« Ich sprach diesem »Mann undeutscher Abstammung und undeutscher Pariser Vergangenheit« jedes Verständnis für die Gedanken- und Empfindungswelt der deutschen Häuser ab. Ein anderer jüdischer Demokrat, der Abgeordnete Haas, wandte sich im Reichstag gegen die reaktionäre Gesinnung, die in der gebildeten Jugend festgestellt werden müsse.¹⁵

»Für die Gründe dieser Erscheinung fehlt es Herrn Dr. Haas an Verständnis. Er will oder kann nicht begreifen, daß weder die ideenlose Revolution vom November 1918 noch der brutale Kampf um Erhöhung der Löhne und Verminderung der Arbeitsleistung, in den sie ausgeartet ist, daß weder die parlamentarische Demokratie nach dem Muster westlicher Staaten noch die fremdländischen und fremdrassischen Anschauungen und Einflüsse, die zur Zeit in Deutschland herrschen, der deutschen Jugend das Ideal der nationalen Größe und Entwicklung zu bieten vermocht haben, das sie in der politischen Arbeit haben will und muß. Daher weiß denn der demokratische Abgeordnete ein anderes Mittel. Die Regierung sollte ihr Augenmerk auf die reaktionären Treibereien an unseren Hochschulen werfen.«

In seiner Aufforderung, endlich mit allem alten reaktionären Kram an den Universitäten aufzuräumen, erblickte ich einen Angriff auf die akademische Lehr- und Lernfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft an den Universitäten. Die banausischen Freunde von Dr. Haas von der Sozialdemokratie seien sicher dazu bereit.

»Deshalb muß man damit rechnen, daß Herr Dr. Haas und andere Demokraten seines Stammes und seines Schlags ebenso wenig wie die sozialdemokratischen Gewalthaber in Deutschland vor einer Politik gegen die Universitäten und die akademische Jugend zurückschrecken werden, die den Demagogenverfolgungen aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gleichen, ja vielleicht sie an Torheit und Schärfe noch übertreffen wird.«

Ich erklärte das für ein wirksames Mittel, den nationalen Geist in dem heranwachsenden Geschlecht zu stählen, wie mir denn überhaupt die gegnerischen Angriffe den Erfolg unserer Arbeit bestätigten. Noch heute erblicke ich in den hier dargestellten Erlebnissen einen Beweis dafür, daß doch gerade die Jugend der sogenannten intellektuellen Kreise sich von Anfang an auf den Boden nationaler Erneuerung und Befreiung gestellt hat. Ich habe mich vornehmlich an sie gewandt, weil und soweit mir der Zugang zur Jugend der Handarbeiter verschlossen war, aber auch in der Überzeugung, daß der Wille zur Erneuerung und Befreiung zunächst von einer denkenden Minderheit verbreitet und getragen werden mußte.

Enge Beziehungen bestanden zwischen dem »Bunde der Aufrechten« mit seiner Zeitschrift »Der Aufrechte« und mir. Pfeiffer, der beide begründet hatte und leitete, zeichnete sich durch uneigennütigen Idealismus und betriebsamen Fleiß aus. Der Vorsitzende v. Brockhusen (Groß Justin), ein Schwiegersohn Hindenburgs, war preußischer Monarchist von großer Gesinnungstreue. Das Sondergebiet des Bundes und seiner Zeitschrift war der Monarchismus des Königtums und Kaisertums der Hohen-

¹⁴ Berliner Tageblatt Nr. 242 vom 22. 9. 1919; dazu Kreuz-Ztg. Nr. 465 vom 28. 9. 1919.

¹⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 232 vom 29. 3. 1920, S. 4075, 30. 3. 1920, S. 5026; dazu Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, II.

zollern. Bei fester Gesinnungstreue war Pfeiffer der Erkenntnis taktisch praktischer Notwendigkeit nicht unzugänglich. Er hat, namentlich in den ersten Jahren, häufiger noch mündlich als in Briefen, seine Absichten und Sorgen mit mir erörtert und meinen Rat eingeholt. Seinen Bitten um Versammlungsreden und um Beiträge zu seiner Zeitschrift bin ich stets so weit als irgend möglich entgegengekommen, während ich meiner Gewohnheit folgend mich nicht zur Annahme einer mehr oder weniger führenden öffentlich hervorgetretenen Teilnahme an seinen Unternehmungen entschloß. Das Programm seiner Versammlungen umgab den Hauptvortrag mit deklamatorischen und musikalischen Darbietungen. Dafür stand ihm der Posauenenchor von Plaß¹⁶ zur Verfügung, der ein ebenso trefflicher Mann war wie er. Wenn von ihm die alten Militärmärsche, der Zapfenstreich, das Niederländische Dankgebet ertönten, so übte das in jenen ersten Jahren eine Wirkung aus, die man sich heute kaum noch vorstellen kann. Diese Klänge wurden damals von den herrschenden Gewalten verpönt, an anderer Stelle kaum noch gehört und riefen Erinnerungen an die versunkene Welt wach, die noch frisch und lebendig die Herzen bewegten.

Das Bundeslied, das wir oft gesungen haben, war Schenkendorfs: »Wenn alle untreu werden, so bleibe ich doch treu.« Ich stellte in der ersten Ausgabe von Schenkendorfs Gedichten¹⁷ fest, daß der Urtext der letzten Zeile gelautet hatte: »Will predigen und sprechen von Kaiser und Reich« und nicht, wie er vom Leipziger Kommersbuch aus in den allgemeinen Gebrauch eingegangen war: »vom heil'gen Deutschen Reich.«

Einen Versammlungsvortrag hielt häufig Professor Dr. Roethe, dessen Reden sich ebenso durch seine heiße preußische Begeisterung wie durch seine großen historischen und literarischen Kenntnisse auszeichneten. Der Vortrag im »Aufrechten« mußte sich stets über den politischen Tagesstreit erheben und in geschichtlicher und staatlicher Betrachtung die preußisch-konservative, monarchische und militärische Überlieferung und Ideologie pflegen. Ich habe die mir von Pfeiffer im Januar 1920 gebotene Gelegenheit benutzt, um in der Öffentlichkeit als einer der Ersten die Blicke wieder auf die Kraftquellen zu lenken, die uns in der Geschichte der Person und den Schriften des Großen Königs zur Verfügung standen.

Als im Sommer 1920 auch die Preußenwahl herannahte, erörterte Pfeiffer mit mir den Plan, dazu einen Wahlauf Ruf zugunsten des preußischen Königtums und deutschen Kaisertums der Hohenzollern zu erlassen. Ich stimmte lebhaft zu, und er stellte bei seinem Geschäftsführenden Vorstand einen entsprechenden Antrag. Ohne Illusionen über einen baldigen Erfolg unserer Arbeit müsse, wenn man überhaupt mit einer Ernte rechnen wolle, doch einmal mit der Aussaat begonnen werden. Ein Zeugnis für die Hohenzollern sei gerade jetzt dringlich, weil im Süden der Gedanke eines katholischen Kaisertums immer lebhafter propagiert werde. Er plante ferner den Versuch, den Preußen-Bund für einen gemeinsamen Erlaß eines solchen Aufrufs zu gewinnen. Er hoffte, daß solches Zusammengehen eine Art preußischer Königspartei ergeben könne. Zu dem Preußen-Bund hatte ich seit seiner Gründung Beziehungen¹⁸, die der Vorsitzende General Rogge nach dem Umsturz durch Einladung zu Versammlungen, Aufforderung zu Reden, freundliche Glückwünsche zu meiner Wiederwahl aufrecht erhielt. Bei meiner Zustimmung zu dem von Pfeiffer geplanten Aufruf erklärte ich ihm

¹⁶ Plaß hatte bis 1914 bei größeren Hoffestlichkeiten in Berlin gespielt.

¹⁷ Max v. Schenkendorf: Gedichte, Stuttgart/Tübingen 1815, S. 141.

¹⁸ WESTARP I, S. 365 f.

in einem Brief vom 15. Juli 1920, daß ich die Gedanken eines praktischen Zusammengehens mit dem Preußen-Bund für sehr zweckmäßig hielt.

Aus der Donnerstag-Gesellschaft der Kriegszeit¹⁹ entwickelte sich der Nationale Klub. Ich erinnere mich nicht, daß ich an seiner Gründung unmittelbar beteiligt gewesen bin. Aber ich bin trotz meiner sonstigen Zurückhaltung gegenüber dem Klubleben alsbald beigetreten, habe auch Jahre lang dem Vorstande angehört. Zu einer eingehenden Beschäftigung mit seinen Verwaltungs-Angelegenheiten fehlte mir meist die Zeit. Die persönlichen Beziehungen zu seinem Vorsitzenden Prinz Karl Löwenstein, später Kreth, waren gute. Politisch gab mir der Klub Gelegenheit zum Anhören politischer Vorträge und Aussprachen. Auch hat er mich selbst mehrfach einen Vortrag halten lassen.

Unter den konservativen und nationalen Vereinigungen neben den Parteien, die meine Mitarbeit in Anspruch nahmen, stand die Herrenhausgruppe im Vordergrund. In ihr vereinigten sich unter ihrem letzten Fraktions-Vorsitzenden Graf Behr (Behrenhoff) Mitglieder der [ehemaligen Konservativen] Herrenhausfraktion. Die geistigen Anregungen gingen wohl in der Hauptsache von Dr. Dr. Graf Yorck von Wartenburg aus. Steiniger, der schon in den Wahlrechtsverhandlungen des letzten Kriegsjahres sich der Herrenhausfraktion für die Leitung ihrer statistischen Ermittlungen zur Verfügung gestellt hatte²⁰, trat auch jetzt beratend und geschäftsführend in ein festes Verhältnis zu ihr. Auch v. Buch gehörte zu den führenden Persönlichkeiten. In Anknüpfung an alte Beziehungen, die mich als Vorsitzender der Reichstagsfraktion und im konservativen Parteivorstande mit der Herrenhausfraktion und ihren Führern verknüpft hatten, trat die Gruppe in Fühlung mit mir. In einer fünfstündigen Besprechung vom 4. April 1919, zu der ich eingeladen war, wurde von einem engeren Kreis beschlossen, die Mitglieder der alten Herrenhausfraktion aufzufordern, diese als Vereinigung fortbestehen zu lassen zu dem Zwecke, den konservativen und monarchischen Einfluß geltend zu machen. Der Jahresbeitrag wurde auf 100 Mark festgesetzt. Vorsitzender wurde Graf Behr. Ich wurde zu den meisten Sitzungen der Gruppe hinzugezogen, berichtete dort häufig über die politische Lage, nahm an den Arbeiten des Vorstandes teil, die besonders von Graf Yorck beeinflusst wurden, und vermittelte Verhandlungen der Gruppe mit Hergt, auch über finanzielle Unterstützung der Partei. Wer sich über diese Vorgänge orientieren will, findet in der »Freiheit« Material aus den Akten, das dieses Organ der USPD einer dem Grafen Behr gestohlenen Aktenmappe entnommen hatte.²¹ Nachdem die Aufstellung der von der Gruppe präsentierten Kandidaten gescheitert war, erkor sich die Gruppe auf Betreiben vornehmlich von Graf Yorck und Steiniger die journalistische Propaganda zu ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet.²²

Ein vollständiges Bild der nationalen Vereinigungen und Bestrebungen jener Zeit würde den Rahmen meiner Darstellung sprengen. Einige weitere Beispiele mögen zeigen, wie ich dadurch in Anspruch genommen wurde. Von Kapp ging der für das nationale Streben jener Zeit bezeichnende Plan eines Deutschen Hochstifts aus, der von der Nationalen Arbeitsgemeinschaft [...] erarbeitet wurde. Als große, mit reichen Mitteln

¹⁹ WESTARP II, S. 11.

²⁰ Ebd., S. 522.

²¹ Vgl. oben, Kap. I/1.

²² In den Verhandlungen über die finanzielle und politische Beteiligung der Herrenhausgruppe an »Tradition« und »Eisernen Blätter« war Westarp vermittelnd tätig. Vgl. auch Hartwin Spenkuch: Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages (1854–1918), Düsseldorf 1998.

ausgestattete Organisation sollte es für die sittliche Erneuerung und die Wiedergeburt des Volkes werben, ohne die eine Rettung aus der Not der äußeren Bedrückung nicht denkbar war. Damit sollte ein Gegengewicht gegen die zahlreichen, ganz in internationalen Ideen befangenen Organisationen geschaffen werden. Entscheidender Wert wurde auf eine lückenlose Zusammenarbeit aller vaterländischen und entschieden christlich gesinnten Kreise gelegt, die sich über den Unterschied der Bekenntnisse im Geiste der Einmütigkeit zusammenschließen sollten. Kapps hoher vaterländischer Sinn verbindet sich in dem Plan mit seiner über praktischen Bedenken hinweg stürmenden Tatkraft. Nach einigem Zögern, während dessen ich mich über die praktischen Unterlagen unterrichten ließ, gab ich meine Unterschrift zu dem Gründungsaufwurf, dessen Unterzeichnerliste zahlreiche politisch, wirtschaftlich und besonders wissenschaftlich hervorragende Namen enthält. Mit dem Scheitern des Kapp-Unternehmens fiel auch dieser Plan unter den Tisch.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hatte auf Kreths Betreiben einen Antrag auf Auflösung abgelehnt und die Werbung neuer im Wirtschaftsleben bewährter Männer als Mitglieder beschlossen. Er forderte mich auf, ihr beizutreten und an ihrer Generalversammlung am 8. April 1920 teilzunehmen, die den Vorstand neu bilden und über weitere Schritte beschließen sollte. Seine Begründung vom 13. März 1920 ist für die Geschichte dieser Vereinigung, die große Bedeutung gehabt hat, von Interesse.

»Die Vereinigung, die seit dem Jahre 1876 besteht, hatte in den Kämpfen um den Schutz der nationalen Arbeit und eine gerechte, die Volkswirtschaft nicht schädigende Gestaltung der Steuern Hervorragendes geleistet und durch eine wissenschaftliche, der Parteipolitik entrückte Arbeit den Parlamentariern wertvolle Materialien geliefert sowie zur Aufklärung der Öffentlichkeit nach Kräften beigetragen. Es wird in der nächsten Zukunft mehr als je notwendig sein, eine Stätte zu haben, auf der sich die Mitglieder der Parteien, die auf dem Boden einer nationalen Wirtschaftspolitik stehen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können.«

Auch vor dem Kriege hatte mich die Vereinigung, in der damals Graf Mirbach-Sorquitten maßgebend war, zu Veranstaltungen herangezogen.

Im Frühjahr 1919 wurde der »Deutsche Treubund« gegründet. Er wollte als »Sammelplatz aller national gesinnten Inlands- und Auslandsdeutschen« ohne Unterschied der Partei werben und wirken für die Wiederherstellung eines starken Kaiserreichs, für die Gesundung des deutschen Volkes und für die Erstarkung des Nationalgefühls. Sein ausführliches Programm stellte unter den praktischen Zielen die Befreiung vom Versailler Diktat und die Gegnerschaft gegen die durch die Revolution zur Herrschaft gelangten Mächte in den Vordergrund und betonte andererseits die Ideologie der inneren Erneuerung und des nationalen Zusammengehens. Ich konnte es daher nur begrüßen. Von den leitenden Persönlichkeiten ist mir besonders der Syndikus des Vereins Rechtsanwalt Bloch als sehr betriebsamer kompromißloser nationaler Kämpfer in Erinnerung geblieben. Den mir angetragenden Sitz im Ehrenpräsidium nahm ich aus meiner grundsätzlichen Abneigung gegen außerparteiliche Bindungen nicht an. Vorstandssitzungen aller Art scheute ich auch deshalb, weil ich von ihnen nach meiner Erfahrung einen allzugroßen vorbereitenden Aufwand von Zeit und Kraft für Regiesorgen, persönliche Streitigkeiten, allgemeine Erörterungen befürchtete. Mit mündlichem und schriftlichem Rat, Vorträgen und Artikeln stand ich auch diesem Bunde zur Verfügung.

Das Bild des politischen Treibens jener Zeit vervollständigte mir ein Konzert des Bundes zugunsten der Errichtung deutscher Häuser in den verlorenen Gebieten am

17. Oktober 1919 im vollgefüllten Kaisersaal des Rheingoldes. Als Ludendorff den Saal betrat, wurde er lebhaft begrüßt. Den musikalischen Teil bestritt u. a. mit der Unvollendeten von Schubert ein künstlerisch ernst zu nehmendes, von nationaler Seite errichtetes Orchester, das sich Jahre hindurch neben dem Philharmonischen Orchester behauptet hat, unter einem Dirigenten, dessen Namen einen guten Klang hatte, mir aber entfallen ist. Mein Vortrag galt dem Wiedererwerb der geraubten Gebiete. Dabei scheine ich meiner Vorliebe für die preußische Ostmark zu einseitig gefolgt zu sein. Der Saarverein in Berlin bat mich brieflich [am 23. Oktober], darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß in der trefflichen Rede, deren Inhalt »wir mit großem Interesse gelesen haben, leider unserer kerndeutschen Saarlande gar nicht gedacht zu sein scheint.« Ich erwiderte [28. Oktober], ich hätte auch die Not der besetzten Gebiete links des Rheines und damit des Saargebietes, die Gefahr, daß die Franzosen diese Länder dauernd behalten wollten, und die sich daraus für das Deutschtum ergebende gefährliche und traurige Lage ausdrücklich erwähnt. Selbstverständlich liege mir das Saargebiet genau ebenso am Herzen wie alle anderen uns entrissenen Gebiete, und ich stehe deshalb dem Saarverein gern zur Verfügung, wenn ich seine Interessen irgendwie fördern könne. Pfarrer Licentiat Dr. Rump, unter dem Schriftstellernamen Nathanael Jünger bekannt, griff mit großer sachlicher und persönlicher Schärfe das herrschende System an. Groener richtete an mich eine Anfrage über den Inhalt der von Rump gegen ihn gerichteten Angriffe, die ich ausweichend beantwortete. Das »Berliner Tageblatt« bescheinigte mir, daß ich eine lange Rede gehalten habe, fiel aber über den christlichen Pfarrer um so gehässiger her, als bei ihm, mehr infolge des in solchen Fällen so häufigen Zurufes »Juden« als aus seiner Initiative, ein antisemitischer Ton angeklungen war.²³ Im ganzen zeigte uns die Kritik der Gegner, wie unbequem solche Kundgebungen den herrschenden Gewalten waren.

Eine weitere Folge meiner Mitwirkung dabei war, daß ich auf Ersuchen des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen²⁴ den Vorstand des Treubundes bat, mit dessen Vertreter v. Loesch in persönliche Beziehungen zu treten. Der Schutzbund betreibe das Zusammenwirken aller Bestrebungen zugunsten des Deutschtums in den verlorenen Gebieten. In schneller Folge veranstaltete der Treubund weitere Kundgebungen, zu denen er die Hörer durch künstlerische Darbietungen heranzog. Die Bundes-Zeitschrift »Der Sonnenaar« vertrat zutreffend und wirksam das Bundesprogramm.²⁵

Die von nationaler Seite gegründete Arndt-Hochschule veranlaßte mich zu einer, natürlich unentgeltlichen Vorlesung über Reichspräsident und Reichstag in der Weimarer Verfassung, die mehrere Doppelstunden in Anspruch nahm. Infolge mangelhaften Besuches lohnte sich die darauf verwendete Abendzeit wenig. Mir selbst legte die Vorbereitung einen nützlichen Zwang auf, das für die Folgezeit so wichtige Thema von Anfang an theoretisch zu durchdringen.

Eine Oase im politischen Getriebe waren die Beziehungen zum Ersten Garde-Regiment zu Fuß. Die Überbelastung und Hetze meines Lebens hatten die Verbindung äußerlich gelockert. Die Erinnerung an das, was ich ihm verdankte²⁶, war nicht

²³ Berliner Tageblatt Nr. 226 vom 18. 10. 1919.

²⁴ Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte II, S. 290–310.

²⁵ Westarp schrieb für die Neujahrsnummer 1920 ein Geleitwort.

²⁶ WESTARP I, S. 19.

verblaßt. Als ich daher auf Aufforderung meinen Beitritt zum Verein der Offiziere erklärte, begrüßte das Graf Siegfried Eulenburg mit einem Schreiben [26. Mai 1920], das mich sehr erfreute. Hauptzweck des Vereins sei es, »die alten stolzen Überlieferungen unseres geliebten Regiments zu pflegen, das heißt den Preußengeist, den Potsdamer Geist, und für diese Güter haben Sie gekämpft Ihr Leben lang.« Ich erwiderte, die Mitgliedschaft gereiche mir zu ganz besonderer Ehre und Freude [Brief am 2. Juni].

»Dem Regiment verdanke ich durch seine Erziehung zum Preußengeist der Ehre und Pflicht unendlich viel. Wenn ich in früheren Zeiten die Verbindung mit dem Regiment nicht so aufrecht erhalten konnte, wie ich es gewünscht hätte, so lag das an meiner Überlastung mit den Ansprüchen des öffentlichen Lebens, die zwingend an mich herantraten. Unter den jetzigen Verhältnissen aber scheint es mir in verstärktem Maße und unabweisbar nötig zu sein, daß sich alle, die am alten Preußengeist festhalten, um so fester zusammenschließen.«

Seitdem habe ich bis heute an den Gedenktagen des Regiments so regelmäßig teilgenommen, als es nur irgend möglich war.

Die bisherige Aufzählung der Zeitungen, Zeitschriften, Vereine, an denen ich in der Periode der Nationalversammlung persönlich mitgearbeitet habe, ist unvollständig. Unabsehbar ist die Fülle weiterer Unternehmungen ähnlicher Art, die damals überall wie Pilze aus der Erde schossen. Die Aufwühlung aller politischen Leidenschaften und der Drang, Neues an die Stelle des Alten zu setzen, steigerte die deutsche Neigung zu organisieren, schöpferisch tätig zu sein, sich in Vereinen zusammenzuschließen, noch über das gewöhnliche Maß hinaus. Nicht selten fand ein rühriger Einzelgänger für seine neuen Ideen Geldgeber, die gar nicht daran dachten, ähnlich große Beträge für eine ältere Organisation oder für die Partei zu geben. Dem Eigenwillen des Deutschen, sich abzusondern, war durch den Umsturz, der alle Verhältnisse und Urteile in Verwirrung gebracht hatte, neuer Auftrieb gegeben. Vielfach trieb auch das Interesse, sich hervorzutun, eine Lebensstellung zu schaffen, persönliche Gegensätze auszutragen, in immer neue Unternehmungen hinein. Das waren allgemeine Erscheinungen, von denen das nationale Lager, und zwar, weil es in scharfer Opposition lebte, vielleicht in besonders hohem Maße ergriffen wurde.

Es gab wenig Sondergebiete, auf denen ich nicht in Berührung mit der dafür geschaffenen Organisation kam. Eine ganze Anzahl von Bündeln bekämpfte die Schuldlüge; Freikorps-Verbände, allgemeine Kriegervereine und Regimentsvereine, Deutscher Offiziersbund und Nationalverband Deutscher Offiziere pflegten den soldatischen Geist. Ostmark- und Heimat-Bünde in größerer Anzahl kämpften für die Grenzgebiete. Neben dem Bunde der Landwirte erwuchs eine Anzahl neuer agrarischer Vertretungskörper. Die konservative Provinzpresse war in ständiger Umwandlung zur deutschnationalen Parteipresse. Das sind weitere Beispiele von Fällen, mit denen ich mich in kritischer Beobachtung, durch gelegentlich erfordernden Rat, in Unterredungen und Besuchen, Sitzungen und Versammlungen und auf Erfordern in Reden oder schriftlichen Beiträgen zu beschäftigen hatte. Ich mußte dauernd bremsen, um nicht in den Strudel einer Geschäftigkeit gerissen zu werden, die keine Zeit und Kraft für die Hauptaufgaben übrig ließ.

In der Sache stand ich damals der Vielfältigkeit nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Erfreut über jedes Hervortreten vaterländischen Strebens und Kampfwillens neigte ich der Meinung zu, es könne der Verbreitung nationaler Ideen förderlich sein, wenn sie von zahlreichen verschiedenen Stellen aus an Kreise herangebracht wurden, die der DNVP weniger zugänglich waren. Schon in der Vorkriegszeit war ich davon ausgegangen, daß die Stellung der Konservativen Partei gestärkt werden könne, wenn

ihre Ziele auch von anderer Seite vertreten würden.²⁷ Vereine und Zeitschriften, die betonten, über den Parteien zu stehen, konnten von Wert für den Gedanken einer zusammenfassenden nationalen Einigkeit sein. Je mehr sich im System der Parteiherrschaft der Kampf der Parteien verschärfte, um so erwünschter schien es zu sein, daß die nationalen Ideale und Ziele von Organen vertreten wurden, die nicht mit dem Odium des Parteizankes belastet waren und ihrerseits die Partei nicht mit der Verantwortung für jeden ihrer Schritte belasteten. Daher konnten sie auch freier von deren agitatorischen und parlamentarischen Rücksichten vorgehen. Deshalb war ich stets geneigt, Bestrebungen dieser Art unter Wahrung des formellen Abstandes von der DNVP zu fördern, Bedenken über die Lebensfähigkeit der Unternehmungen und Einzelheiten ihres Vorgehens zurückzustellen, manchmal auch gute Miene zum weniger guten Spiel zu machen.

Die Erfahrungen der folgenden Jahre und der Abstand rückschauender Betrachtung haben diesen wohlwollenden Optimismus wesentlich vermindert. Die Vielfältigkeit des nationalen Vereins- und Presse-Wesens hat im kleinen dieselben verhängnisvollen Folgen gezeitigt, die man im großen der deutschen Neigung zur Uneinigkeit und Zersplitterung nachsagt. Die materiellen Mittel, die sich der Einzelgänger beschaffen konnte, und die Ideen, für die er Anhänger warb, hätten bei festerem Zusammenschluß zu größerer Wirkung gebracht werden können. Der vorbereitende Aufwand der Gründung und Verwaltung führte zu Verschwendung von Zeit und Arbeit. Innerer Streit, Konkurrenzkampf der Organe untereinander, Verschiedenheiten und Gegensätze der von ihnen vertretenen Gedanken verminderten die Stoßkraft. Schon in den ersten Jahren nach dem Umsturz setzte also jene Zersplitterung des nationalen Presse- und Vereins-Wesens ein, die Hand in Hand mit der Zersplitterung der Parteien mehr und mehr zunahm und zur Handlungsunfähigkeit führte. Dieser Übertreibung ist nun seit der Machtergreifung von 1933 ein Ende gemacht worden. Ob man dabei nicht doch das Pendel zu weit nach der Seite der Totalität hat ausschlagen lassen, ist hier nicht zu erörtern.

Einen Versuch, die Folgen der Zersplitterung zu mindern, machte die »Haupt-Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände«, die in der Kleiststraße ein ständiges Büro mit Sitzungsräumen unterhielt. Ihre Gründung am 15. September 1917 war ebenso wie die des Nationalen Klubs von der Donnerstags-Gesellschaft der Kriegszeit²⁸ ausgegangen. Wesentlich daran beteiligt war Admiral Graf Baudissin, der in nationalen Kreisen großes Ansehen genoß. Wie er die Donnerstags-Gesellschaft geleitet hatte, übernahm er auch den Vorsitz der Vermittlungsstelle. Hauptamtlicher Geschäftsführer war Graf Bernstorff, der nicht selten persönliche Fühlung mit mir nahm.

Westarp war an eingehenden Erwägungen über Ziele und Aufbau der Vermittlungsstelle beteiligt, die als Dachorganisation selbständig bleibender Vereine gegründet wurde.

Zu dem ersten gemeinsamen Vorgehen in der Öffentlichkeit konnten als Mitglieder folgende Vereine mit einem größeren Wirkungsbereich aufgefordert werden: Alldeutscher Verband, Bund der Landwirte, Deutscher Ostmarkenverein, Deutscher Wehrverein, Evangelischer Bund, Deutscher Volksbund, Fichtegesellschaft, Deutscher Schutz- und Trutzbund (Reichshammerbund), Hochschulring Deutscher Art, Deutsch-Nationaler Jugendbund, Flottenbund Deutscher Frauen, Deutscher Frauen-

²⁷ Ebd., S. 365.

²⁸ WESTARP II, S. 11 ff.

bund, Nationalverband Deutscher Offiziere, Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten, Deutscher Offiziersbund.

Der Bestand der angeschlossenen Verbände stieg weiter, und die Beschaffung der Geldmittel gelang, obwohl es nicht ganz leicht gewesen war, die Höhe der Beiträge und den Maßstab ihrer Umlegung zu bestimmen. An Verständnis für die Schäden der Zersplitterung fehlte es also nicht.

Bemühungen der Vermittlungsstelle, generell auf eine einheitliche Richtung der nationalen Vereinstätigkeit hinzuwirken, die sich als wirksam erwiesen hätten, sind mir nicht in Erinnerung geblieben. Der Gedanke, den Kreis ihrer Wirksamkeit auf die anderen Parteien auszudehnen, besonders durch die Sozialdemokratie Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen, erwies sich als praktisch unausführbar. Mich überraschte das nicht, und ich habe es in mancher Unterredung mit Graf Bernstorff vorausgesagt, ohne von Versuchen dieser Art abzuraten. Mit der Betonung und tatsächlichen Innehaltung der Parteilosigkeit war ich ganz einverstanden. Als praktisch durchführbare, wichtige und Erfolg versprechende Aufgabe der Vermittlungsstelle sah ich in erster Linie die Veranstaltung gemeinsamer Kundgebungen in Zeiten an, in denen die großen Entscheidungen auf dem Spiele standen. In dieser Form schaltete sich, als der Zeitpunkt zu öffentlichem Protest im Januar 1920 gekommen war, die Vermittlungsstelle in den Widerstand gegen die Auslieferungsschmach ein.

Reden, Versammlungen

Zum Agitationsredner bin ich weder geboren noch erzogen. Dem Bewußtsein geringer Veranlagung zu dieser Tätigkeit entsprach das Maß innerer Abneigung gegen sie, die ich dauernd zu überwinden hatte. Dazu zwang mich die Tatsache, daß das Masswahlrecht jeden politischen Einfluß von dem Erfolge der Massenagitation abhängig machte, und so nahm die Aufgabe, diese in öffentlichen Reden und Versammlungen zu betreiben, meine Zeit und Kraft in der zweiten Periode meiner politischen Laufbahn von 1919 bis 1932 weit mehr noch als im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches in einem Umfang in Anspruch, den ich oft schmerzlich empfunden habe.

Als meine Aufstellung für die Nationalversammlung gescheitert war, betrachtete ich eine Versamlungsrede am 15. Januar 1919 über die einsetzende Fremdherrschaft als meinen endgültigen Abschied vom parlamentarischen Leben.¹ Damit verknüpfte ich die ernstgemeinte Hoffnung, nicht mehr in politischen Versammlungen sprechen zu müssen. Dieser angenehme Zustand dauerte kaum ein halbes Jahr, in dem ich nur einige mehr akademische Vorträge hielt.² Das Parteitageferat vom 13. Juli 1919 hatte mich auch bei den Leitern der Provinzial-, Kreis- und Ortsverbände als Redner bekannt gemacht, und von da ab setzte der Strom gar nicht zu bewältigender Redeanforderungen aus dem ganzen Lande ein, der mich auf meiner weiteren politischen Laufbahn unablässig begleitet hat.

Es war schwer und ist mir nie ganz gelungen, System in die Behandlung dieser Anforderungen zu bringen. Nahm man die Forderungen wahllos nach der Zeitfolge ihres Einganges an, so bestand die Gefahr, daß die Zeit gerade für die wichtigeren und bisher von Rednern weniger begünstigten Orte nicht mehr ausreichte. Dazu kam die Schwierigkeit, auf lange voraus über die Zeit zu disponieren. Sie war zwar in meiner parlamentslosen Zeit bis zum Juni 1920 nicht ganz so unüberwindbar wie in den späteren Jahren, in denen die Unregelmäßigkeit des Reichstagsbetriebes jede Bindung selbst an nächste Termine unsicher machte. In den ersten Jahren erstreckte sich diese Unsicherheit infolge der heruntergewirtschafteten Zustände bei der Eisenbahn sogar auf den einfachsten Reiseplan. Es war zumal damals mangels eines ausreichenden Büros schwer, den Überblick zu behalten, und ich buche es meiner Gewissenhaftigkeit im Halten von Zusagen zugute, daß ich abgesehen von wenigen Fällen höherer Gewalt mich stets, wenn auch nicht immer ganz pünktlich, bei dem Veranstalter der Versammlung zur Stelle melden konnte. Zum Schutz gegen die Sturmflut der Anforderungen teilte ich dem Bearbeiter des Versamlungsdezernats in der Hauptgeschäftsstelle Reh die an eine ganz unbekannte Ortsgruppe Poeseneck gerichtete Absage zur Weitergabe mit [3. 10. 1919]:

¹ Veröffentlicht: WESTARP, Gewaltfriede.

² Davon gedruckt z. B.: Deutschland im Völkerbund, Vortrag, gehalten am 18. 2. 1919 im »weltpolitischen Erörterungsabend« (Deutschnationale Politik, Heft 1), Berlin 1919.

»Die Wünsche dieser Art, die an mich herantreten, sind so zahlreich, daß ich auf Monate nur wenige Tage zu Hause sein würde, wenn ich sie auch nur zum Teil erfüllen wollte. Eine derartige Reisetätigkeit ist mir aber abgesehen von gesundheitlichen Gründen, wegen meiner amtlichen Dienstpflichten und meiner hier in Berlin zu erfüllenden politischen Aufgaben nicht möglich«.

Dem Vorschlag, diese Begründung formularmäßig zu benutzen, fügte ich meine Stellungnahme zu ähnlichen Fällen hinzu.

»Was nun Paderborn betrifft, so habe ich die größten Befürchtungen wegen der Konsequenzen. Neulich hat mich Herr Rippel lange Zeit bekümmert, ohne sich abweisen zu lassen wegen Barmen oder einem ähnlichen Ort. Abgelehnt habe ich Münster, Bielefeld, Frankfurt am Main und verschiedene dergl. Sage ich an einer Stelle zu, so kommen ein Dutzend andere, die sich als viel wichtiger und unabweisbarer bezeichnen. Ich kann aber aus den ehrlich gemeinten Gründen des anliegenden Schreibens eine größere Reisetätigkeit nicht auf mich nehmen, wenigstens zur Zeit nicht. Eine Reise für den November würde ich allenfalls auf mich nehmen; nun ist doch aber schon Helfferich in Paderborn gewesen.«

Bald erhöhte ich meine Bereitschaft auf zwei Reisen im Monat, eine Begrenzung, die selten eingehalten wurde. Der gute und brave Reh machte sich, wie ein Schreiben vom 1. Dezember 1919 zeigte, lieber zum Träger von Wünschen der Landesverbände als von Absagen.

»Unser Landesverband Arnberg beklagt es, daß es ihm noch immer nicht gelungen ist, einen der Führer der ehemaligen Deutsch-Konservativen Partei zu einer Vortragsreise oder wenigstens zu einem Vortrage im industriellen Westen zu gewinnen. »Wer Herrn Grafen Westarp einmal gehört hat, so schreibt man uns von dort, »weiß, daß es ihm nicht schwer fallen wird, das Mißtrauen unter der Arbeiterschaft, auch unter der uns nahestehenden, zu zerstreuen«. Wir selbst wissen sehr wohl, wie stark beschäftigt Sie sind. Trotzdem möchten wir die Bitte durchaus unterstützen.«

Erst in späteren Jahren schlug die Hauptgeschäftsstelle selbst vor, die Anforderungen der meistbegehrten Redner durch sie zentral bearbeiten zu lassen. Ich ging gern darauf ein. Die Durchführung blieb immer lückenhaft. [...]³

In den letzten vier bis sechs Wochen vor jeder Wahl wurde die Agitationsrede zum Hauptberuf. Mochte man das System der Partei herrschaft noch so scharf ablehnen, so durfte man doch nicht übersehen, daß in ihm das Ergebnis des Wahlkampfes über die gesamte Politik entschied. Außerdem bot die Unruhe der Wahlbewegung die Möglichkeit an einen größeren und vielseitigeren Hörerkreis heranzukommen. In der Zeit vom 1. Mai bis 6. Juni 1920 habe ich über 40 mal gesprochen. Im Wahlkreis verlangte jede Ortsgruppe mehrere Reden [...].⁴ Damit die Wirkung nicht noch abgeschwächt werden könne, wollten die Ortsgruppen am liebsten alle, daß ich am letzten Tage vor der Wahl sprechen sollte, und so häuften sich in der letzten Wahlwoche die Abende, an denen ich in Ablösung mit Wulle und anderen zwei oder drei Versammlungen mit je ¾ Stunden Redezeit abmachen mußte. Ein Beispiel für die Ansprüche von außerhalb enthält ein Briefwechsel mit Oberstleutnant a. D. Niemann⁵, dem bekannten ehemaligen Verbindungsoffizier beim Kaiser, jetzt Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Westfalen.

³ Das Manuskript enthält eine Zusammenstellung von Terminen aufgrund von Briefen und Presseberichten: 1919 Tübingen 23. u. 24. Juli, Stettin 24. 9., Halle 5. 11., Teltow-Beeskow-Storkow 26. 11., Marienburg 28. 11., Elbing 29. 11., Cottbus 10. 12., Hannover 16. 12.; 1920 Berlin (Nationaler Klub und DNVP) 4. 3., Düsseldorf 30. 3.

⁴ Einzelheiten in einem Schreiben vom 23. 4. 1920 an den Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes.

⁵ Alfred Niemann. Sein Brief ist vom 20. 4. 1920, der Antwortbrief vom 28. 4.

»Namentlich dort, wo die alte Konservative Partei einst zahlreiche Anhänger hatte, würden einige Vorträge von Ihnen, hochverehrter Herr Graf, von geradezu entscheidender Bedeutung sein. Ich denke dabei hauptsächlich an Orte wie Bückeberg, Herford, Lübbecke, Gütersloh, Bielefeld, Bünde, Halle i. W.«

Ich erwiderte:

»Nachdem ich am 18. Mai abends in Berlin gesprochen, könnte ich Mittwoch, den 19., früh hier abreisen und müßte spätestens Sonnabend früh wieder hier eintreffen. Sonnabend Mittag oder Nachmittag würde zu spät, Nachtfahrt also nötig sein. Diese drei Tage Mittwoch, den 19., bis Freitag den 21. Mai, könnte ich reden und müßte ich ausnutzen mit einem Tag für den dortigen Bezirk, einen Tag für Düsseldorf und einen Tag für Münster.«

Aus den drei Versammlungen wurden durch Einschlebung eines Nachmittags vier. Außerdem sprach ich noch am 27. und 28. Mai in Erlangen und Würzburg.

In den ersten Jahren nach dem Umsturz befanden sich die Eisenbahnen in einem Zustande, von dem sich der in diesem Punkt besonders verwöhnte Deutsche normaler Zeit kaum eine Vorstellung machen kann. Die Reise begann mit einem furchtbaren Gedränge vor dem einfahrenden Zuge und in dessen Gängen und einem oft fruchtlosen Kampf um einen Sitz- oder gar Liegeplatz. Zerschnittene Sitzpolster, nicht schließende Fenster, Schmutz und Zerstörung der ganzen Einrichtung versetzten die Abteile in einen unbeschreiblichen Zustand. Das schlimmste für den Reiseplan und seine Durchführung war die Unpünktlichkeit. Man wußte kaum, wann man losfahren, niemals mit Sicherheit, wann man ankommen würde. Auf einer Reise nach Stuttgart, wo ich vormittags den Landesparteitag wahrnehmen und am Abend öffentlich sprechen sollte, mußte ich, weil ich am Vorabend noch in Berlin beschäftigt war, den Nachtzug nach Dresden benutzen. Dieser verpaßte in Hof, wo ich um vier früh umzusteigen hatte, den Anschluß. Nachdem alle Versuche gescheitert waren, eine bessere Verbindung zu ermitteln, konnte ich erst abends nach 9 Uhr über Bamberg und Würzburg in Stuttgart eintreffen, wo die Versammlung so lange für mich hingehalten worden war. Das ganze Unternehmen war aufreibend und hatte nur das Gute, daß ich mir den Bamberger Dom und Reiter bei dieser Gelegenheit ansehen konnte. Eine üble Geduldsprobe war oft die Ankunft in Berlin. Dort sollten in den Morgenstunden hintereinander vier oder fünf Schnellzüge aus Süd- oder Westdeutschland auf dem Anhalter Bahnhof eintreffen. Die großen Schnellzuglokomotiven waren an die Feindmächte abgeliefert, in den laufenden Maschinen fehlten kupferne Buxen. Wenn der vorderste der vier oder fünf hintereinander einlaufenden Schnellzüge streikte, stockte die ganze Reihe, sodaß man den Vormittag erwarten und in Berlin die angesetzten Geschäfte ohne Möglichkeit der Benachrichtigung versäumen mußte. Aber auch in den späteren Zeiten normaleren Verkehrs war mir das viele Reisen oft eine schwere Belastung. Der Flugzeugverkehr war, als er gegen Ende des Jahrzehnts möglich wurde, noch teuer und wenig durchgebildet.

In einem charakteristischen Ablauf solcher Versammlungsreisen folgte nach der Bahnfahrt, die von morgens gegen acht Uhr bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte, auf dem Bahnhof der Empfang durch Parteifreunde, die vorbereitende Unterredung mit ihnen und unmittelbar danach die mehrstündige Rede in einer, bei früherer Ankunft auch in zwei Versammlungen. War zur Rückkehr der Nachtschnellzug nicht zu erreichen, so dehnte sich die Versammlungsdiskussion und ein gemütliches Beisammensein bis in die späten Nachtstunden aus, so daß der Schlaf im fremden Bett bis zum Frühzug für die Rückreise oder zum nächsten Versammlungsort nur kurz war. Wenn die Gesamtdauer der Unternehmung dreißig Stunden betragen hatte und davon

vier oder fünf Stunden auf die Versammlung und geschäftliche Besprechung entfallen waren, so schien mir das ein reichlicher vorbereitender Aufwand zu sein. Ich würde undankbar sein, wenn ich mich nicht daran erinnerte, daß ich bei solchen Gelegenheiten in Stadt und Land freundliche und anregende Gastfreundschaft genossen habe, die den gütigen Parteifreunden die ganze Unruhe des Wanderrednerbetriebes ins Haus brachte. Meist aber bekam ich von den besuchten Orten nur den Bahnhof, den Versammlungsraum und das Hotel zu sehen. Die Eisenbahnfahrt mit ihrem Lärm und Geschunkel hat mir auch in der 1. Klasse des Abgeordneten oder im Schlafwagen nur gesundheitliches Mißbehagen und keine Entspannung oder ruhige Arbeitsgelegenheit gebracht. Zu Hause warteten dann in unmittelbarerem Anschluß Arbeiten, die sich durch die Pause gehäuft hatten und unbequemer geworden waren. Übrigens waren auch die vielen Reden in Groß-Berlin recht mühsam. Meist erreichte ich aus dem zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstag heraus den Versammlungsraum nur in Hetze. Ein Auto hatte ich nicht zur Verfügung. Der Vorortverkehr erforderte viel Zeit und besonders bei Gefahr der Verspätung Geduld. Hatte die Versammlung zu lange gedauert, so mußte er durch Fußmarsch in den nächtlichen Straßen ergänzt werden. Immerhin war ich in dieser Periode meines politischen Lebens 54 bis 68 Jahre alt.

Pekuniär habe ich bei dieser Beschäftigung zugesetzt. Honorar habe ich nicht genommen. Einladungen ins Hotel oder Pauschalzuschüsse zu den unmittelbarsten Kosten, die hinter deren Höhe zurückblieben, habe ich, wenn sie mir von leistungsfähigen Verbänden angeboten wurden, angenommen. Die Freikarte des Abgeordneten deckte den Fahrpreis in der 1. Klasse, nicht im Schlafwagen.

Den Redestoff lieferte mir nach der Übergangszeit meine journalistische und parlamentarische Tätigkeit in Hülle und Fülle. Natürlich forderte es Arbeit, ihn für die einzelne Rede auszuwählen, redefertig zu machen und mit journalistischen Belegen zu versehen. In fremden Wahlkreisen bildete erst die Besprechung mit den örtlichen Parteifreunden den Abschluß der Vorbereitung, bei der ich feststellte, ob Stimmungen in den eigenen Parteikreisen oder Angriffe der Gegner bei der Auswahl und Behandlung einzelner Fragen zu berücksichtigen seien. Je gehässiger die Ankündigung meines Auftretens in der gegnerischen Presse war, um so willkommener war sie mir als Auftakt einer einleitenden persönlichen Vorstellung.

Die rhetorisch besten Reden hielt nach meiner Empfindung ein Staatsmann, wenn er den sorgfältig ausgearbeiteten Entwurf auswendig konnte und ohne Bindung an schriftliche Unterlagen so sprach, als ob er den Wortlaut im Augenblick schöpferisch neu gestaltete. Zu dieser Höhe rednerischer Kunst, die Bülow⁶ und mühsamer Bethmann beherrschten, habe ich mich nicht aufschwingen können. Dazu fehlte mir das Gedächtnis für das Auswendiglernen eines Wortlautes, das meine schwache Seite war und blieb, vor allem aber auch die Zeit und der behördliche Apparat für eine so gründliche Vorbereitung. Das Vorlesen von Reden verabscheute ich als Redner wie als Hörer. Also sprach ich frei. Als Unterlage nahm ich auf das Rederpult meine »Schießzettel« mit, auf denen ich eine sorgfältig eingeteilte Disposition in Schlagworten möglichst übersichtlich vermerkt und Zitate oder verantwortungsvolle Formulierungen wörtlich niedergeschrieben hatte. Zu einer guten Vorbereitung gehörte dann, daß ich mir selbst unter Benutzung dieser Disposition womöglich mehrmals den Wortlaut der

⁶ Über die rhetorische Begabung des Fürsten Bernhard v. Bülow waren sich alle Zeitgenossen einig. Sein Nachlaß (Bundesarchiv Koblenz) enthält Redeentwürfe, in denen auch die Antwort auf vorhersehbare Zwischenrufe vorbereitet war.

zu machenden Ausführungen unter besonderer Berücksichtigung der Übergänge zwischen den einzelnen Teilen und des packenden Schlusses durchdachte. Dazu wurde nicht selten die Bahnfahrt ausgenutzt. Zog ich es besonders bei nationalen Feiern oder kurzen anfeuernden Ansprachen vor, mich unter Verzicht auf Pult und schriftliche Unterlagen ganz frei hinzustellen, so gelang das gut, aber nicht ohne daß die doppelte Vorarbeit der Schießzettel-Disposition und des Durchdenkens der Rede bis in die Einzelheiten hinein vorhergegangen war.

An nüchterne Selbstkritik gewöhnt, war ich mir darüber klar, daß meine Versammlungs- und Reichstags-Reden keine rhetorischen Meisterwerke waren. Das Handwerk des Redners, Tempo, Atmung, Aussprache, Handbewegungen übte ich, wie die meisten politischen Redner meiner Zeit, nicht auf Grund technischer Schulung, sondern als Autodiktat aus. Die Menge aus der Konstruktion fallender oder ganz unvollendet gebliebener Sätze erschreckte mich oft, wenn ich sie in einem ausführlichen Stenogramm vorfand. Wiederholungen, die in einem Generalstabs-Vortrag verpönt sind, lassen sich in einer Agitationsrede nicht vermeiden, sind aber fehlerhaft, wenn sie nicht zum Zwecke des Hämmerns gewollt, sondern eine Folge ungeschickter Gruppierung der Gedankengänge sind. Für das Urteil darüber, ob meine Redeweise für die Massenagitation geeignet war, sind andere Gesichtspunkte maßgebend. Unbedingte Wahrhaftigkeit und Genauigkeit gehört nicht zu den Voraussetzungen starker Augenblickswirkung auf eine hörende Masse. Wenn ich trotzdem daran festhielt, sie zu erstreben, so geschah es, weil ich den Glauben nicht aufgeben mochte, daß Lügen die kürzeren Beine haben. Die persönliche Schärfe des Angriffs auf den Gegner gehörte zu den Mitteln, mit denen man selbst eine schläfrig gewordene Hörschaft zu stürmischem Beifall aufrütteln konnte. Ich habe davon einen nach meinem Geschmack reichlichen Gebrauch gemacht, zur Meisterschaft habe ich es auch auf diesem Gebiet nicht bringen können und wollen. Den Kardinalfehler meiner rednerischen Massenagitation habe ich erst nachträglich klar erkannt. Wer auf die Masse wirken will, muß ihr einfache Grundgedanken als feststehende Wahrheiten ohne nähere Begründung und Widerlegung etwaiger Zweifel oder gar einschränkende Auslegung vorsetzen und unausgesetzt einhämmern. Das ist wenigstens der Grundsatz, von dem Hitler und mehr noch Goebbels in dem auf die Spitze getriebenen System der nationalsozialistischen Propaganda ausgehen. Mehr zum Juristen und Historiker als zum Agitator geboren, hatte ich das unwiderstehliche Bedürfnis, das, was ich zu sagen hatte, eingehend zu begründen, auch wenn dazu historische, staats- und völkerrechtliche, verwaltungstechnische, volkswirtschaftliche, finanzielle Auseinandersetzungen nötig waren. Hinter meiner Propaganda stand ja auch keine Macht, die Widerspruch ausschloß. Ich mußte sie gegen die herrschenden Gewalten durchsetzen. Das war auch das Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung in ihren ersten zehn Jahren. Für mich ergab sich daraus das Bemühen, den nationalen Gedanken durch Widerlegung aller entgegenstehender Einwände, Interessen und Zweifel hieb- und stichfest und durch positive Begründung meinen Hörern und Lesern zu einer festen Überzeugung zu machen. Ich bin mir bewußt, dadurch wesentlich zu dem Zusammenbruch des Versailler Zwangsdiktates und des demokratisch parlamentarischen Parteilages und zum Aufbau einer nationalen Gedankenwelt beigetragen, manchen Gleichgültigen und Schwankenden auferüttelt, den Wirkungskreis der DNVP gefestigt und erweitert zu haben. Versagt blieb meiner Methode der unmittelbare Erfolg, die Masse des klassenkämpferischen Internationalismus auf meine Seite zu ziehen.

Im Zusammenhang damit stand der Fehler zu großer Länge. In den ersten Jahren verwandte ich auf eine der Außen- und Innenpolitik gewidmete Rede gegen zwei Stunden; allmählich stieg mit dem Wachsen des Stoffes die Redezeit auf drei Stunden oder mehr. Das war zu viel, brachte in den Abendstunden dem Hörer und Redner Strecken der Ermattung und störte die Absichten der Versammlungsleitung. Obwohl ich von ferner stehender Seite kaum eine Klage darüber gehört habe, war ich mir selbst über den Fehler klar, ohne mich zu einer wesentlichen Änderung durchbringen zu können. Kurz zusammengedrangtes Reden und Schreiben kostet mehr vorbereitende Arbeit als breite Ausführlichkeit. Dazu fehlte mir die Zeit und Muße. Ich hätte also auf Vollständigkeit des Stoffes und die Begründung verzichten müssen, und dazu konnte ich mich nicht entschließen.

Pectus facit oratorem. Den Vorzug hatte meine Methode vorbereiteten freien Sprechens, daß sie mir die Möglichkeit bot, die durch die Not des Vaterlandes gebotene Empörung gegen den äußeren Feind und inneren Gegner und die nationale Begeisterung und Leidenschaft zu wirksamem Ausdruck zu bringen. Auf die Frage einer mir nahestehenden Person, ob ich denn bei jeder Rede innerlich von den so lebhaft ausgesprochenen Empfindungen voll ergriffen sei, verwies ich auf einen Ausspruch des Schauspielers Kainz. Der sollte eine ähnliche Frage dem Sinne nach dahin beantwortet haben, die Leidenschaft der Empfindung und des künstlerischen Schaffens beherrsche ihn beim Studium der Rolle und den ersten Aufführungen. Sie bleibe auch die Grundlage der künstlerischen Technik, die dann bei häufigerer Wiederholung mehr und mehr an ihre Stelle trete. Ähnlich erging es mir. Je länger je mehr bildete sich für die schwungvollen und grundsätzlichen und für die sachlichen und technischen Ausführungen über bestimmte Fragen ein festes Schema aus, und man mußte stets auf der Hut sein, die Platte nicht mechanisch ablaufen zu lassen, ohne den Inhalt den besonderen Sach- und Zeitumständen anzupassen. Die Gefahr einer stumpfsinnigen Wiederholung war vorhanden, und man kam etwa nach der zwanzigsten Wahlrede nur noch schwer von dem Gefühl los, zum Leierkasten geworden zu sein. Wenn trotzdem der nationale Schwung meiner Reden den vielleicht größten und besten Teil ihrer Wirkung hervorgerufen hat, so führe ich das darauf zurück, daß doch auch die Gewohnheit und die Routine, mit der ich sie vorzutragen genötigt war, ihre Kraft aus einer wahr und tief empfundenen nationalen Leidenschaft und Gesinnung geschärft hatte.

Zu der das Reden begleitenden Arbeit gehörte auch der Pressebericht. Beim Hören der Rede niedergeschrieben, auf den geringen, dem Berichter zur Verfügung stehenden Raum beschränkt, noch denselben Abend zum Druck gegeben, konnte er nur unvollkommen sein. Gedanken, auf die ich besonderen Wert legte, kamen oft gar nicht oder nur entstellt und unvollkommen zur Geltung. Schlimmer noch war es, wenn Wendungen unter den Tisch fielen, die ich gestaltet hatte, um unbequeme Festlegungen zu vermeiden und dem Gegner keine Angriffsfläche zu bieten. Ich bat die Leiter der auswärtigen Versammlungen stets, mir die gesamte Lokalpresse, natürlich auch die gegnerische, über meine Rede zu übersenden. Ihr Studium war meist unerfreulich, bot mir aber selten Gelegenheit zum Einschreiten. Das Schimpfen der gegnerischen Presse war willkommen, mindestens gleichgültig. Agitatorische Fehlschläge, die in Lücken oder Mißverständnissen des Berichtes ihre Ursachen hatten, konnten durch nachträgliche Polemik eher verschlimmert als gutgemacht werden. Als ich in späteren Jahren als Fraktions- und Parteivorsitzender eine noch größere Verantwortung für meine Reden zu tragen und in meiner Tochter eine stets bereite Hilfe zur Verfügung hatte, ging ich dazu über, den Pressevertretern, auch den gegnerischen, einen selbst verfaßten kur-

zen Redebericht mitzubringen, der die mir wesentlichen Gedanken und Formulierungen enthielt. Natürlich gestattete es der Ehrgeiz des Presseberichters nicht, einen Entwurf, den auch andere Blätter erhalten hatten, wörtlich zu benutzen. Kurz, die Presse-regie war bei den Versammlungsreden kaum minder schwierig als bei den im Reichs-tag gehaltenen. Wenn ich heute die zahlreichen von mir gesammelten Presseberichte über meine Reden durchsehe, ist der Eindruck nicht mehr ganz so ungünstig, wie er mir aus dem Tageskampf in Erinnerung geblieben war. Im einzelnen oft unvollkommen, entstellt, böswillig, geben sie als Ganzes doch manche Unterlagen für das Bild eines nationalen Agitationsredners jener Zeit.

Während Hitler davon ausgeht⁷, daß nur das gesprochene Wort und die Arbeit in der Massenversammlung die Wandlung im Denken und Wollen des Volkes habe herbeiführen können, lege ich entscheidenden Wert auf die wissenschaftliche und schriftstellerische Arbeit, die mir unentbehrlich zu sein schien, um eine sachgemäße und darum auf die Dauer wirksame Versammlungspropaganda zu ermöglichen. Der Arbeit an der rednerischen Propaganda habe ich mich deswegen nicht verschlossen. Als Graf, höherer Beamter der königlich preussischen Verwaltung, konservativer Abgeordneter stieß ich bei den verhetzten Massen auf Vorurteile. Pekuniäre und technische Mittel für die mündliche Massenpropaganda standen mir nur in beschränktem Maße zur Verfügung. Was in meinen Kräften stand, habe ich schon im Jahr 1919 getan, um auch den von mir für unentbehrlich gehaltenen rednerischen Einfluß auszuüben und damit an die Massen heranzukommen. Die persönliche Auseinandersetzung mit den Gegnern habe ich nicht gescheut, sondern gesucht. Die Schilderung dieser meiner Tätigkeit gibt mir einen Ausschnitt aus dem Bild der nationalen, von vielen Männern und Frauen geleisteten Propaganda-Arbeit.

Wo mir der Wunsch entgegentrat, Parteifreunden eine vertrauliche, von Gegnern nicht gestörte Aufklärung zu geben, habe ich das in geschlossenen Versammlungen eines engeren Kreises getan, die oft der öffentlichen Versammlung vorhergingen. Bei allen öffentlichen Versammlungen habe ich darauf bestanden, daß die Angehörigen aller Parteien ausdrücklich eingeladen und zugelassen wurden. Darin machten mich auch nicht die Warnungen besorgter Freunde irre, die gewaltsame Störungen befürchteten. Zumal in der Wahlbewegung war die volle Öffentlichkeit jeder Versammlung selbstverständliche Voraussetzung meiner Zusage. War auch die Hoffnung, durch solche Zusammenstöße die verhetzten Massen sofort zu gewinnen, nicht groß, so durften wir doch die Stoßkraft unserer Überzeugung nicht dadurch schwächen, daß wir uns dem Vorwurf des Kneifens aussetzten. Es war denn auch nur eine kleine Minderzahl meiner Versammlungen, in denen ich mich nicht mit scharfem und lautem Einspruch der Hörer und Agitatoren aus dem gegnerischen Lager auseinanderzusetzen hatte. Die Regel bildete die Leitung des Widerspruches durch berufsmäßige Agitatoren mit einem Störungstrupp, den sie kommandierten. Nicht selten erschienen Gegner in einer Menge, die groß genug war, die eigenen Anhänger an die Wand zu drücken und niederzuschreien. Soweit mich nicht in vereinzelt Ausnahmefällen besondere Gründe zu verfrühter Abreise zwangen, wurde am Schluß eine »freie Aussprache« eröffnet. Sie war meist ebenso unerquicklich wie unersprißlich, mußte aber sein, um den Vorwurf feigen Ausweichens zu vermeiden. Ein heftiger Streit um die Redezeit in der Diskussion, die natürlich beschränkt werden mußte, abgedroschene Gehässigkeiten der gegne-

⁷ Adolf Hitler: Mein Kampf, Bd. 2, München 1941, S. 519, 524, 538.

rischen Berufsredner, mehr oder weniger unklare Ergüsse von Außenseitern aus dem eigenen Lager füllten den größten Teil der Zeit aus. Es bedurfte einer guten Regie, um für sachlich wertvollere Zustimmungen aus dem Hörerkreis Raum zu schaffen. In dem Schlußwort mußte ich es in vorgerückter Stunde noch einmal unternehmen, den Abschluß auf höherer Linie zu vollziehen.

Den Besuch gegnerischer Versammlungen überließen alle Parteien den Kräften zweiten und dritten Ranges, und es wäre für mich ein Aufwand an Zeit und Kraft gewesen, den die geringe Möglichkeit, durch Zwischenrufe oder in der kurzen Redezeit einer Diskussion zu wirken, nicht gelohnt hätte. Zu der Auseinandersetzung mit den Gegnern gaben diese mir in meinen eigenen Versammlungen ausreichende Gelegenheit.

Der Begriff der »Massenversammlung« hat seit Ende der zwanziger Jahre eine durchgehende Wandlung erfahren. Heute rechnet man dabei, um einen Lieblingsausdruck der Zeit zu gebrauchen, mit »gigantischen« 5- und 6-stelligen Zahlen. Daran konnte ohne den damals noch nicht verwendbaren Lautsprecher nirgends, auch bei den Nationalsozialisten nicht, die Rede sein. Säle von etwa 2 000 Hörern wie etwa die Philharmonie in Berlin mit der Stimme zu beherrschen, zumal wenn der störende Lärm der Gegner übertönt werden mußte, war auch in längerer Rede noch möglich. Eine Höchstgrenze schien mir die Stadthalle in Hannover mit ihren 5 000 Plätzen zu sein, deren Kuppelform dazu zwang, mit festem Blick auf eine gegenüber stehende Statue nur geradeaus zu sprechen und das Echo abzuwarten. Artikulierte Aussprache durfte über der Lautstärke nicht versäumt werden. Im Sportpalast mit 8 000 Plätzen konnten ich und wohl kaum ein anderer Redner ohne Lautsprecher die hinteren Reihen nicht mehr beherrschen. Als ich 1928 im Sportpalast zum ersten Mal vor dem Lautsprecher stand, habe ich ihn, durch das Bild der unübersehbaren Masse verführt, im Anfang überbrüllt. In dieser technischen Grenze habe ich viele »Massenversammlungen« gehabt. Gegen 2 000 Hörer in überfülltem Saal waren häufig. Nur in Mittelstädten und in ruhigen westlichen Vororten füllte sich eine Aula oder ein Saal mit nur 600 bis 800 Menschen. Doppel-Versammlungen, in denen ich mich mit einem befreundeten Redner abwechseln mußte, waren in größeren wie kleineren Orten und Sälen nicht selten.

In den meisten meiner Versammlungen, namentlich den größeren, ging es sehr lebhaft zu. Unterschiede, die sich dabei ergaben, regten zu interessanten Beobachtungen an. Von vornherein war anzunehmen gewesen, daß Süd- und Westdeutschland lebhafter sein würde als Ostelbien. Das traf nicht den Kern der Sache. Die Großstädte und in ihnen die Industriegegend hatten die Versammlungen, in denen die Hörerschaft in Zustimmung und Widerspruch das lebhafteste Temperament an den Tag legte. Wo, wie in den Villenvororten Berlins, die »intellektuellen« Hörer überwogen, sprach ich von selbst anders, weil ich ruhigeres, sachliches Verständnis fand. In den Mittelstädten des Ostens blieb der laute Widerspruch der Zwischenrufe und abgesehen vom Schluß der »stürmische Beifall« im allgemeinen aus. Dennoch empfand ich keinen Mangel an Fühlung mit den Hörern, die offensichtlich in gespannter Aufmerksamkeit folgten. Eine weitere Erfahrung bestätigte, daß rückhaltlose Offenheit der Beliebtheit als Redner keinen Eintrag tat. Obwohl oder vielleicht gerade weil ich in Süd- und Westdeutschland meinen preußischen Standpunkt ausführlich darlegte und mit besonderem Nachdruck für die preußische Ostmark und meine Heimatprovinz Posen eintrat, fand ich dort eine Hörerschaft, aus der mir lebhaftere Zustimmung entgegenkante als in den östlichen Gebieten, in denen dieser Standpunkt selbstverständlicher war. Eben-

so hat mir die besondere Betonung des agrarischen Standpunkts in meinem Verbraucher-Wahlkreis und in sonstigen industriell großstädtischen Versammlungen gute Erfolge eingetragen.

Der Berufsgagator war mit seinem Erfolge umso zufriedener, je größer die Wut war, mit der ihm seine Gegner in der Versammlung und in der Presse entgegentraten. Diesen Erfolg habe ich oft gehabt. Gegnerische Zwischenrufe waren mir an sich willkommen, und ich war wenig einverstanden, wenn übereifrige Vorsitzende – z. B. ältere, auf Disziplin haltende Offiziere – sie ganz verbieten wollten. Sie kosteten zwar Zeit, brachten aber Leben in die Hörschaft und gaben Gelegenheit zu einer Polemik, bei der bald Grobheit oder Entrüstung, bald überlegene Ironie gut wirkten. Der Ruhm der Schlagfertigkeit war dabei billig zu ernten, da die Zwischenrufe sich überall glichen und selten Überraschungen boten. Zur Plage konnten sie durch gar zu blöde Wiederholung unsinniger Schlagworte und Beschimpfungen werden. Dann pflegte ich anzukündigen, daß ich im Interesse sachlicher Aufklärung auf solchen Unfug nicht weiter eingehen werde.

Oft aber wuchsen die Zwischenrufe in das Stadium hinein, das in Szene gesetzt wurde, um mich nicht zu Wort kommen zu lassen. Mir liegen Presseberichte aus dem Winter 1919/20 vor, nach denen ich in Elberfeld (Überschrift: »Deutschland, Deutschland über Alles – Haut ihn«), Bielefeld, Erlangen, Münster, Hannover, Cottbus mich gegen gewaltsame Störungen durchzusetzen hatte. Zahlreich waren gleiche Vorkommnisse in Berlin und seinen Vororten. Einen Höhepunkt dieser Vergnügungen brachte mir der letzte Sonntag vor der Wahl (29. Mai 1920). Am Vormittag stürmte im großen Garten der Schloßbrauerei in Schöneberg eine sozialdemokratische Hörer-Mehrheit die Rednertribüne, vertrieb uns von dort und drängte die nationalen Hörer mit Gebrüll und Schlägen hinaus.⁸ Noch nach Jahren erinnerte ich Frau Annagrete Lehmann, die nach mir hatte sprechen wollen, daran, daß sie mir ein für mich bestimmtes Bierseidel, das durch die Luft befördert wurde, mit ihrem Kopf weggefangen hatte. Meine Tochter erhielt mit dem Ruf: »Det is die Tochter« einen Hieb über die Schulter. Ein Feldgrauer, der sie ritterlich aus dem Gedränge befreite, meinte: »Sie haben ja nicht mal geschrien«, worauf sie erwiderte: »Ne, warum sollte ich schreien; ick habe mir bloß gewundert.« Freilich haben Erfahrungen dieser Art mich in der Auffassung bestärkt, daß die Frau zu schade war, in diese Art von Kämpfen hineingezogen zu werden. Damals erschien das allgemein als eine nicht zu umgehende Folge des Frauenwahlrechtes. An demselben Nachmittag fanden um 2, 4 und 6 Uhr noch drei Versammlungen an der Strecke der Anhalter Bahn in Mariendorf, Marienfelde und Wünsdorf ein ähnliches Ende. Dabei wurde ein tapferer junger Student, der mich schützen wollte, jämmerlich niedergeschlagen. Einen versöhnenden Abschluß erhielt der Tag in Wünsdorf. Nachdem ich aus dem Saal mit Wurfgeschossen und dem Ruf: »Komm bloß nich wieder, oller Schieber« entlassen war, bedachte mich am Bahnhof ein Pensionat höherer Töchter mit Blumen und dem Zuruf: »Auf Wiedersehen, Herr Graf.« Ein anderes Mal hatten Spartakisten in der Schultheiß-Brauerei im Norden Berlins kurz vor meiner Ankunft die elektrische Leitung zerstört. Ich bestand darauf, von einer Stearinkerze beleuchtet in den dunklen Saal hinein zu sprechen, was eine außergewöhnliche, nicht ganz gemütliche Situation ergab.

⁸ Deutsche Tageszeitung Nr. 251 vom 31. 5. 1920, »Deutschnationale Wahlversammlung von Unabhängigen gesprengt«.

Ich könnte noch viele Erlebnisse dieser Art berichten. Noch heute klingt mir das jedes modernsten Atonikers würdige Konzert in den Ohren, das so oft meine Versammlungen unterbrochen oder beendet hat. Gleichzeitig ertönten, begleitet von den Rufen »Hoch« und »Nieder« und anderem Kampfgeschrei, das Deutschlandlied und die Internationale. Beide Chöre waren augenscheinlich überzeugt, daß der politische Sieg von der Stärke ihrer Stimmen abhing. Der Versammlungslärm erfüllte mich, wie ich den Veranstaltern auszusprechen pflegte, mit Mitleid für die verhetzten Massen und mit Empörung gegen die internationalen Hetzer des Klassenkampfes. Meine Achtung für die Höhenlage, auf der sich der Kampf um die Masse bewegte, wurde dadurch nicht gesteigert.

Gemeinsam war diesen Ereignissen in den ersten anderthalb bis zwei Jahren eine gewisse Hilflosigkeit auf unserer Seite. Ich erlebte ganz im Anfang eine Versammlung in einem westlichen Vorort, bei der einige hundert deutschnationale Hörer bei ausbrechendem Radau in beschleunigter Gangart den Vorstand und mich mit einem Sprengtrupp von noch nicht fünfzig jugendlichen Schreiern und seinem jüdischen Leiter allein ließen. Das war, wie ich hinzufügen möchte, ein Ausnahmefall. Es handelte sich um brave mittlere und höhere Beamte, die noch des unanständigen politischen Lärmes ganz ungewohnt und besonders dadurch in ihrer Tatkraft gehemmt waren, daß sie zum ersten Mal ihre Frauen und Töchter in eine so üble Unternehmung mitgenommen hatten. Auch bei vielen Vorsitzern stellte sich erst allmählich die Übung, Rücksichtslosigkeit und dicke Haut ein, mit der die Skandalszenen zwar nicht verhindert, aber zu einem Agitationssieg gemacht werden konnten. Mehr und mehr festigte sich die Widerstandskraft des Bürgertums. Aber es stellte sich heraus, daß es ohne einen organisierten Saalschutz nicht abging. Dieser wurde in Berlin erst nach der Wahl von 1920 zuerst vom Stahlhelm, dann von der Partei durch ihre Jugend eingerichtet. Im Jahre 1919 erregte es unliebsames Aufsehen, als in Cottbus und in Münster Angehörige von Freikorps in Uniform mir – ohne meine Zutun – das Weitersprechen ermöglichten.

Auf mich allein gestellt, richtete ich meine Taktik nach der Erkenntnis ein, daß es im politischen Kampf darauf ankam, wer am längsten die Nerven behielt. Wenn Vorsitzter die Versammlungen wegen der Störungen schließen wollten, bevor ihre Fortsetzung physisch unmöglich war, so habe ich das zu verhindern gesucht und, wenn es gegen meinen Widerspruch geschah, bekümmerte es mich in der Sorge vor dem Vorwurf, wir hätten gekniffen. Der brüllenden oder sich prügelnden Masse stand ich, wenn es sein mußte, eine Stunde und länger in aller Ruhe gegenüber, die lichten Augenblicke abwartend, in denen ich wieder zu Worte kommen konnte. War die Pause nicht zu lang, so fuhr ich, als wenn nichts geschehen wäre, in dem unterbrochenen Satz oder Gedankengang fort. Manchmal half ein grober Witz: »Daß hundert Ochsen lauter schreien können als ein Mensch, wußte ich auch, bevor ich die Ehre und Freude hatte, eine halbe Stunde lang Ihr Gebrüll anzuhören. Wird dadurch eigentlich die Richtigkeit dessen, was ich Ihnen zu sagen hatte, widerlegt?« Sah ich von vornherein, daß lärmende Störung auf keinen Fall zu vermeiden war, so benutzte ich den Anfang zu schärfsten Vorwürfen gegen Sozialdemokratie und Umsturz. Fand ich im weiteren Verlauf wieder Gehör, so wechselte ich nach dem Skandal den Ton zu überredendem Werben um die Einigkeit gegen den äußeren Feind. Zum Verlassen des Saales durch die Hintertür, das besorgte Freunde anrieten und vorbereitet hatten, habe ich mich nur ausnahmsweise entschlossen. Ging ich in ruhiger Haltung auf die tobende Masse zu, so erreichte ich jedes Mal, daß sich mir eine Gasse öffnete, in der ich zwischen be-

schimpfenden Zurufen und erhobenen Fäusten den Saal verlassen konnte. Einen körperlichen Angriff habe ich nicht zu bestehen gehabt.

Über meine vom gegnerischen Radau durchtobten Versammlungen habe ich in der »Kreuzzeitung« berichtet. Dabei wollte ich meine Versammlungs-Erlebnisse damals, ebenso wie in der heutigen Niederschrift meiner Erinnerungen, nicht als eine besondere persönliche Leistung, sondern als Vorgänge hinstellen, die andere nationale Redner ebenso wie ich durchgemacht haben und die von allgemein politischer Bedeutung waren. Schon bei Beginn des Wahlkampfes hatte ich vorausgesagt, was in ihm vom Radikalismus zu erwarten war.⁹

»Der Wahlkampf, in den wir nun eingetreten sind und der eine neue Periode der Entwicklung eröffnen soll, wird von unerhörter Schärfe sein. Ob der Radikalismus die Wahl schließlich zulassen wird und ob er vor allen Dingen ein Ergebnis dieser Wahlen, das ihm die jetzt errungene Macht entreißen könnte, ohne erneuten Kampf des Generalstreiks und der Waffen über sich ergehen lassen wird, muß die Zukunft lehren. Die Zweifel, die man in dieser Beziehung hegen kann, ändern nichts an den Pflichten, die der Wahlkampf auferlegt, und an den Zielen, die dabei zu verfolgen sind.«

Am Wahltag gab ich meinen Lesern einen Rückblick.¹⁰

»Der Wahlkampf ist zu Ende. Sehr viele werden das mit einem Seufzer der Erleichterung begrüßen, und da ich seit Ende April in 40 Wahlversammlungen gesprochen habe, wird man vielleicht auch bei mir solchen Seufzer begreiflich finden. Der Verlauf dieser Versammlungen zeigte im Wahlkreise der westlichen Vororte von Berlin, in Westfalen und in Düsseldorf sowie in Bayern wesentlich das gleiche Bild. Als Gegner traten mir fast nur Sozialdemokraten, und zwar meistens Unabhängige gegenüber. Diese Gegnerschaft entlud sich vornehmlich in persönlichen Beschimpfungen und dauernden Versuchen, mich durch Lärm zum Schweigen zu bringen. [...]

Dabei bin ich im Ganzen doch noch besser fortgekommen, als es in anderen Gegenden der Fall gewesen zu sein scheint, vornehmlich in Pommern und Mecklenburg, wo die Brutalität in der Verhinderung der Versammlungen und in den Gewalttätigkeiten den Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Das empörendste ist doch, daß Männer wie die Herren v. Graefe und v. Maltzahn schweren tätlichen Mißhandlungen ausgesetzt worden sind. v. Graefe, ein Politiker, dessen Lauterkeit und ideales Wollen auch der Gegner anerkennen muß und der die längste Zeit des Krieges vor und nach schwerster Verwundung im Schützengraben gekämpft hat, und v. Maltzahn, in seinem ehemaligen Rügener Kreise, in dem er sich durch jahrelange pflichtgetreue Verwaltung seines Landratsamtes das Vertrauen der ganzen Bevölkerung verdient hat, bis ihm die jetzige Parteiwirtschaft den Stuhl vor die Türe setzte, obwohl er auch in seiner politischen Betätigung die höchste Achtung bei allen Parteien genoß. Auch aus Hessen kommen besonders lebhaft Klagen über gewaltsame Angriffe auf die rechtsstehenden Versammlungen und Politiker.

Nach meiner persönlichen Beobachtung würde man diesen Vorgängen nicht gerecht werden, wenn man in ihnen allein den Ausfluß von Radaulust und Brutalität erblicken wollte. Es lag augenscheinlich ein planvolles Vorgehen vor, das den Zweck hatte, die Macht der schwierigen Faust und der Stimmenkraft des Proletariats zur Erscheinung zu bringen. Das gesamte Vorgehen, die Zwischenrufe, die Störungen des Versammlungsverlaufes und die Gewalttätigkeiten erfolgten nach einheitlich ausgegebenen Parolen und unter fester Leitung einzelner Führer, deren Signalen der Stoßtrupp im gegebenen Augenblick gut folgte.«

Es kam mir darauf an, die deutschnationalen Kreise zu stärkerem Widerstand gegen den Versammlungsterror zu ermuntern. Ich suchte das ohne verallgemeinernde Kritik zu erreichen. In der Mehrzahl der Fälle habe die Brutalität der Gegner dazu beigetragen, »Bürger und Arbeiter abzustoßen und aufzurütteln«. In einer ganzen Reihe

⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920, IP.

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 263 vom 6. 6. 1920, IP.

von Versammlungen sei der Widerstand dagegen wohl organisiert, durchgreifend und wirkungsvoll gewesen.

»An manchen Orten begegnete man zunächst abmahnender Besorgnis und dann freudig überraschtem Erstaunen, wenn man als Redner den Entschluß zeigte und durchführen konnte, den Ruhestörern nicht ohne weiteres zu weichen, sondern ruhig und fest entgegenzutreten. Das eine darf ich auszusprechen nicht unterlassen: wo ich auf Agitationsreisen war und in dem Wahlkampfe gesprochen habe, fand ich in der Deutschnationen Partei Tatkraft, Siegeszuversicht und sichtbare Erfolge der Organisation; eine begeisterte Jugend steht der Partei zur Verfügung; es ist viel und tüchtig in ihr gearbeitet worden.«

Zu solchem wohlwollenden Urteil gab mir die positive Seite meiner Versammlungserlebnisse begründeten Anlaß. Denn auch der direkte Erfolg begeisterter Zustimmung der Versammlung ist mir in reichem Maße zuteil geworden. Ich bin nicht mehr eitel genug, um zu behaupten, daß ich vollständig frei von jeder Eitelkeit gewesen sei, die man als die hauptsächliche Triebfeder des Parlamentariers und Versammlungsredners anzusehen gewöhnt ist. Ich will daher nicht bestreiten, daß »minutenlanges Händeklatschen beim Empfang«, »stürmischer Beifall« während und nach der Rede, überaus anerkennende Dankesworte des Vorsitzenden auf mich manchen angenehmen Eindruck gemacht haben. Zum Lebensbedürfnis ist mir der Massenbeifall nicht geworden, und die Trennung davon wurde mir 1932 bei meinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben keinen Augenblick schwer. Schmeichelhafte Worte machten mich mehr verlegen als beglückt, und allzu lange andauernder Beifall hielt schließlich den Geschäftsgang auf, besonders wenn es sich dabei ebenso wie bei dem gegnerischen Skandal um einen Ausbruch der durch stundenlanges Hören erzeugten Spannung handelte. Außerdem war ich nüchtern genug, niemals zu vergessen, daß der »lebhafteste Beifall« nicht so sehr meiner Person galt, sondern politische Kundgebung für die Partei, ihre Ideen und für die ihr zukommende politische Macht war. Als solche ließ ich sie mit guter Miene über mich ergehen. Sie befriedigte mich, wie alles, was mir zeigte, daß es mir gelang, dem Verständnis und der Entschlußkraft für den Kampf gegen die Fremdherrschaft und gegen das revolutionäre System Bahn zu brechen.

Es gab andere, vielleicht noch wertvollere Anzeichen hierfür. Wenn Orte, in denen ich gesprochen hatte, mich wieder und wieder aufforderten, so bestärkte mich das in der Hoffnung, daß meine Redearbeit nicht umsonst war. Ein weiterer Beweis dafür war mir das schnelle und ständige Ansteigen der deutschnationalen Stimmen in den vier Wahlen der ersten Hälfte des Revolutions-Jahrzehntes, zumal wenn ich es bis in die Orte hinein verfolgen konnte, in denen ich geredet hatte. Oft begegnete ich den von mir vertretenen Gedanken in Wort und Schrift. Befriedigender noch als der vom Augenblick diktierte Versammlungsbeifall war es, wenn mir jüngere Parteifreunde versicherten, eine meiner länger zurückliegenden Reden sei für sie ein Wendepunkt nationalen Denkens und Wollens geworden. Daß man mich persönlich und in der Diskussion auf Gedanken und Formulierungen anredete, die ich vor Jahr und Tag vortragen hatte, geschah meist in der kleinen und mittleren Stadt. Es machte mich geneigt, Reden im ruhigen ländlichen Bezirk mindestens für ebenso wertvoll zu halten wie solche vor einem größeren Kreis von Hörern in der Großstadt, wo sie weniger nachhaltig wirkten, weil ein Eindruck den anderen jagt. Manches stille Vergnügen bereitete es mir, was nicht selten geschah, wenn mir Parteifreunde, Redner oder Schriftleiter, in eifrigem Bemühen zu überzeugen, Ideen und Ziele vorhielten, die ich ihnen einst selbst auseinandergesetzt hatte. Ich war zufrieden, die nationalen Gedanken wirken zu sehen, auch wenn ich nicht als ihr Urheber anerkannt wurde.

Tönte mir am Schluß längerer Rede aus eigenem unvorbereitetem Entschluß der Versammlung und ohne gegnerische Störung das Deutschlandlied entgegen, so pflegte ich von vaterländischer Stimmung ergriffen mitzusingen. Ich habe mich damals mit Erfolg bemüht, in unseren Versammlungen die sogenannte vierte Strophe heimisch zu machen, die von Auslandsdeutschen übersendet worden war. Mag man über ihren dichterischen Wert verschiedener Meinung sein, die Stimmung, für die und in der ich meine Reden gehalten habe, gab sie packend wieder:

»Deutschland, Deutschland über alles
Und im Unglück nun erst recht.
Nur im Unglück kann sich zeigen,
Daß die Liebe wahr und echt.
Darum soll es wieder klingen
Von Geschlechte zu Geschlecht:
Deutschland, Deutschland über alles,
Und im Unglück nun erst recht.«

Zweiter Teil

Kampf gegen das System

Erklärung der **Deutschnationalen Volkspartei**

Die **verfassungswidrigen Machtgelüste** einer **unfähigen Parteiregierung** haben eine **schwere Krisis** über das Reich heraufbeschworen.

Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung hat ihre Aufgabe, dem deutschen Volk eine **Verfassung** zu geben, schon seit vielen Monaten erfüllt. Trotz aller unserer **Warnungen** und **Einprüche** haben die **Mehrheitsparteien** unter **nichtigen Vorwänden** versucht, die **Tagung der Nationalversammlung** gegen den **Geist der Verfassung** ins Ungewisse **auszudehnen** und dem Volk sein **Recht auf Neuwahlen** zum Reichstag zu **einträchtigen**. Durch **Verschleppung** des notwendigen **Umsführungsgesetzes** haben sie das Volk bisher um sein **Grundrecht des Volksentscheides** gebracht. Ja, sie haben mit dem Gedanken gespielt, zu **Gunsten** einer **Parlamentsmehrheit** dem Volke sein **verfassungsmäßiges Recht** auf **unmittelbare Wahl des Reichsoberhauptes** zu **entziehen**. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, den inneren **Aufbau** in **Gang** zu bringen und die **Würde** des Reiches nach außen zu **wahren**, hat die **Mehrheitsregierung** **versagt**.

Wenn jetzt Männer aus **schwerer Sorge** um Volk und Vaterland den **Weg** der **verfassungsmäßigen** Entwicklung verlassen haben, wenn **wertvolle** Teile unseres Volkes, vor allem in der **Reichswehr** und in der **Jugend**, sich hinter diese Männer gestellt haben, so fallen **Berantwortung** und **Schuld** auf die **Mehrheitsparteien** und die aus ihrer Mitte gewählte **Regierung**.

Unser Weg war das nicht.

Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei ist stets von dem **Grundsatz** geleitet worden, daß eine **Fortbildung** unserer politischen Zustände nur auf **verfassungsmäßigem** Wege erfolgen dürfe. Dadurch ist unsere **Stellungnahme** zu der **Regierung Bauer** wie zu den **Vorgängen** des 13. März klar gegeben.

Nachdem die **Ereignisse** des 13. März eingetreten waren, hielten wir es demgemäß für unsere **Aufgabe**, dafür zu sorgen, daß wieder **verfassungsmäßige Zustände** **herbeigeführt**, daß gegen den sein Haupt erhebenden **Bolschewismus** die **Einheitsfront** hergestellt und daß die **Wahl zum Reichstage** und die **Wahl des Reichspräsidenten** alsbald **vollzogen** wurden. In **Verhandlungen**, um deren **Förderung** unsere Partei **unausgesetzt** bemüht war, ist dieses **Ziel** erreicht und **schwereres Unheil** vermieden worden.

Die Neuwahlen für den Reichstag sollen spätestens im Juni stattfinden, dem Volke ist sein Recht, sich den Reichspräsidenten selbst zu wählen, gesichert.

Darüber hinaus ist die **Umbildung der Reichsregierung** zugesagt worden. Wir warten diese **Umbildung** ab.

Die **verfassungsmäßige Bahn** für die **Verwirklichung** unserer Ziele ist **frei**. Auf ihr wird die **Deutschnationale Volkspartei** **marschieren**.

»Kampf gegen das System« ist in den letzten Jahren der demokratischen Republik mehr und mehr die Parole geworden, unter der die demokratische Verfassung und die durch sie zur Macht gelangten Parteien bekämpft und beseitigt worden sind. Noch heute sprechen Propaganda und Geschichtsdarstellung gern abfällig von der »Systemzeit«, der die Machtergreifung vom 30. Januar 1933 ein Ende gemacht habe. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks gestattet es bisweilen Lesern und Hörern, dabei auch an die Kaiserzeit zu denken. Für mich persönlich ist vom ersten Anfang der Nachkriegszeit an die Parole »Kampf gegen das System« neben derjenigen des Kampfes gegen die Fremdherrschaft Leitstern meiner politischen Arbeit gewesen und stets geblieben. Trotzdem ist die Parole von Hugenberg und seiner Gruppe schließlich auch gegen mich ins Feld geführt worden und hat, verschärft durch die nationalsozialistische Agitation, dazu beigetragen, daß ich vom Partei-, dann vom Fraktionsvorsitz zurücktrat und schließlich aus der DNVP ausschied. Ich habe das als paradox empfunden. Zwar kann ich nicht bestimmt behaupten, daß ich die Parole »Kampf gegen das System« als erster formuliert habe. Jedenfalls aber habe ich sie schon in den Aufsätzen und Reden der ersten Periode nach dem Umsturz ausgegeben. Ich wüßte nicht, daß das damals von anderer Seite so bestimmt geschehen ist. Den damals erarbeiteten und vertretenen Grundgedanken der Begründung und Führung dieses Kampfes bin ich, auch wenn die Ereignisse der folgenden Jahre mich zwangen, sie weiter zu entwickeln, treu geblieben.

Kampfparolen, die für den Agitationskampf bequem und wirksam sind, entbehren leicht jener eindeutigen Klarheit des mit ihren Worten verbundenen Sinnes, um die ich mich bemühen zu sollen glaubte. Der von mir verkündete und durchgesetzte Kampf gegen das System hatte von Anfang an einen doppelten Inhalt: er richtete sich einerseits gegen die republikanische Verfassung als solche, andererseits gegen die Faktoren, die durch das verfassungsrechtliche System der Parlamentsherrschaft zur Macht gelangt waren und es verkörperten und verfochten. Den ideellen Gehalt, ohne den ein politischer Machtkampf zwar gewonnen werden, aber nicht zu einem gedeihlichen und dauernden Ergebnis führen kann, lieferten mir die staatsrechtlichen und politischen, geschichtlichen und nationalen Gedanken, mit denen ich die den Staat der Massen- und Parteiherrschaft ausliefernde republikanische Verfassung bekämpfte.¹ Für die Massenpropaganda als Mittel des politischen Machtkampfes wirksamer war der Widerstand gegen die Träger des Systems. Er erbrachte den augenfälligen Nachweis, daß die Mehrheitsparteien und ihre Koalitionen zur Bildung und Führung der Regierung und zu stetiger Politik ungeeignet waren, berührte die Interessen der Wähler unmittelbarer als staatspolitische Ideale und wurde daher in der öffentlichen Meinung der eigentliche Inhalt des »Kampfes gegen das System.«

In Weimar wurde die demokratische Verfassung erlassen und die Koalitionen und Regierungen der Nationalversammlung gebildet, die in der Folgezeit das politische Leben bestimmt haben. So kam es, daß die öffentliche Diskussion durch Ausdrücke wie »Weimarer Verfassung« und »Weimarer Koalition« beherrscht wurde. Diesen

¹ Vgl. dazu auch Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP, »Rückblick auf Weimar«.

Sprachgebrauch habe ich für bedauerlich erklärt, weil durch ihn auch noch der nationale Besitz der Ehrfurcht vor dem Namen Weimar entwertet wurde. Trotzdem konnte ich mich dem Mißbrauch des Namens Weimar nicht ganz entziehen, da es sich dabei um festgelegte und leicht zu handhabende Begriffe handelte. Ich wendete aber diese Bezeichnung nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt an, daß die Vertreter des bekämpften Systems ein schweres Unrecht begingen, wenn sie dieses auf den »Geist von Weimar« zurückführten, und bei diesem Vorbehalt bleibt es, wenn ich auch jetzt die einmal eingebürgerten Ausdrücke nicht ganz entbehren kann.

Bürgerkrieg des ersten Jahres

Das System erfuhr die erste gewalttätige Anfechtung von links. Nachdem die Sozialdemokratie als im ganzen noch geschlossene Partei mit Hilfe des äußeren Feindes die Kaisermacht zerstört hatte und selbst zur Herrschaft gelangt war, teilte sie das historische Schicksal der meisten revolutionären Gewalthaber. Durch ihre umstürzlerische, verhetzende, klassenkämpferische internationale Agitation, der sie den Umsturz verdankte, hatte sie selbst den Radikalismus großgezüchtet, der ihr nun zum Verhängnis zu werden drohte. Mit den aus der eigenen Partei hervorgegangenen und abgesonderten radikalen Gruppen mußte die Mehrheitssozialdemokratie im Bürgerkrieg um die Frucht des Umsturzes kämpfen. Sie wollte die Macht durch das parlamentarische Regiment ausüben. Die Gegner wollten sie ihr durch eine neue Revolution entreißen. Die radikalen Gruppen, die diesen Bürgerkrieg entfesselten, entstammten also derselben Sozialdemokratie, deren an die Regierung gelangte Mehrheit sie bekämpften. Sie nannten sich teils Spartakisten und dann Kommunisten, teils Unabhängige Sozialdemokraten, neben denen noch einige Sondergruppen ihr Unwesen trieben. Der Geschichtsschreiber des Bürgerkrieges, der auf diese damals gebräuchlichen Namen stößt, muß sich gegenwärtig halten, daß ihre Träger gleichzeitig die bolschewistische Gefahr verkörperten.¹ Wie der russische Bolschewismus, in enge Anlehnung an ihn und von ihm getrieben und unterstützt, wollten sie die durch Arbeiter- und Soldatenräte auszuübende Diktatur des Proletariats erkämpfen. Nicht selten riefen mir die Agitatoren zu: »Warte es nur ab, die Weltrevolution kommt sicher.«

Die Führer der regierenden Mehrheitssozialdemokraten kämpften also nicht für die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern für ihre eigene und ihrer Partei Macht und für ihr nacktes Dasein, als sie den Ansturm der vereinigten deutschen Radikalen und russischen Bolschewisten abwehrten. Trotzdem hat eine lange herrschende geschichtliche Meinung, die bis weit in die nationalen Kreise hinein Boden fand, es Ebert als hohes Verdienst angerechnet, daß er mit seiner Partei Deutschland vor dem Chaos bewahrt, Ruhe und Ordnung wieder hergestellt und durch Einberufung der Nationalversammlung dem staatlichen Leben eine gesicherte Rechtsgrundlage gegeben habe. Ich habe dieser Ansicht stets widersprochen. Meiner Meinung nach ist es für die Bewertung des von Ebert und der Sozialdemokratie erzielten Erfolges nicht gleichgültig, ob sie die zu bekämpfende Gefahr selbst heraufbeschworen hatten und ob sie bei dem Kampfe in erster Linie den vaterländischen Erfolg oder das egoistische Interesse ihrer eigenen Person und Partei im Auge gehabt haben. Außerdem bleibt zu prüfen, ob dieser Erfolg überhaupt in erster Linie ihnen zuzuschreiben ist. Ich gab und gebe zu, daß Deutschland vor dem vollen Untergang bewahrt worden ist, der mit dem Siege einer zweiten radikaleren und bolschewistischen Revolution verbunden gewesen ist. Das Verdienst an diesem Ergebnis schrieb und schreibe ich anderen Kräften zu als Ebert, Noske und den Mehrheitssozialdemokraten.

¹ Zu den verschiedenen Gruppen vgl. KOLB, S. 24–55.

Was Eberts Person anbetrifft, so habe ich nach der Revolution nicht das Bedürfnis eines persönlichen Verkehrs mit ihm empfunden und mich, zumal da ich bis kurz vor seinem Tode nicht in führender Stellung der DNVP gewesen bin, dazu auch nicht verpflichtet gefühlt. Soweit ich mich erinnere, habe ich nach dem 11. November 1918, abgesehen von der Vorstellung im Interesse der Ostmark, die ich gemeinsam mit Hergt bei ihm erhob², bis zu seinem Tode kein Wort mit ihm gewechselt. Auch dem gesellschaftlichen Verkehr der Reichsregierung und des Parlaments habe ich mich bis zu meiner Wahl als Fraktionsvorsitzender Anfang 1925 fern gehalten, bei seiner Beerdigung dann die Fraktion vertreten. Daher kann ich aus eigener Beobachtung nicht zu der oft ausgesprochenen Meinung Stellung nehmen, daß Eberts persönliches Auftreten von einer »natürlichen Würde« und in den vertraulichen Verhandlungen von geradezu hohen staatsmännischen und vaterländischen Gesichtspunkten getragen gewesen sei. Für mich ist er der Träger der sozialdemokratischen Agitation und Politik geblieben, die ich für den Zusammenbruch verantwortlich machte und mache. Das System der Parteiherrschaft mit vorwiegendem sozialdemokratischem Einfluß, das er erkämpft hatte und verkörperte, mochte vorübergehend Schlimmes verhüten haben. Auf die Dauer erwies es sich als unzulänglich, verhängnisvoll, des Sturzes wert. Es war Schritt für Schritt mit Zugeständnissen verbunden, die der inneren Wahlverwandtschaft mit dem radikalen Gegner und der eigenen Schwäche und Haltlosigkeit entsprachen. Ebert blieb als Träger dieses Systems der zu bekämpfende Gegner.

Die Bedrohung durch radikale Revolution und Chaos, Bolschewismus und Rätediktatur stellte vom ersten Tage an die nationalen Kreise in den tragischen Konflikt, der fast anderthalb Jahrzehnte hindurch ihr Schicksal geblieben ist. Sie mußten das System stützen, das sie verwarfen. Nur weil Hindenburg und das zurückkehrende Heer, Baltikumer und Freikorps, Beamte und Bürger sich ihnen für diesen Kampf zur Verfügung stellten, konnten Ebert und Noske den radikalen Ansturm abwehren.³ Den Entschluß, den republikanischen Machthabern im Kampf gegen das Chaos zur Seite zu treten, habe ich von Anfang an gefördert.

Bereits in der Besprechung der Vertreter der Rechtspresse vom 10. November 1918 im Habsburger Hof wurde verabredet, die Parole auszugeben, daß die Revolutionsregierung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit zu unterstützen sei. Auch Freiherr v. Vietinghoff-Scheel vom Alldeutschen Verband und Wulle als Chefredakteur der »Deutschen Zeitung« vertraten diesen Standpunkt. Eine Fühlung mit v. Heydebrand war unmöglich, aber er erließ von Tschunkawe aus in einem Aufruf des Konservativen Parteivorstandes die gleiche Aufforderung.⁴

Ich habe mich sehr ernst mit den Folgen beschäftigt, die dieses Verhalten haben mußte. Die Revolution und ihre staatsrechtlichen und politischen Ergebnisse mußten von uns klar und entschieden abgelehnt werden und, um sie rückgängig zu machen, war voraussichtlich auf Jahre hinaus scharfer Kampf gegen ihre Träger und Nutznießer, insbesondere auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie zu führen. Diese grundsätzliche Linie aber mußte verwirrt und die Erfüllung der sich aus ihr ergebenden Aufgaben erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, wenn man sich gleichzeitig entschloß, mit der Revolutionsregierung zu arbeiten, ja sie zu stützen. Die Verantwor-

² Am 31. 12. 1918, vgl. unten S. 430 f.

³ Vgl. dazu auch den Rückblick WESTARPS VON 1928: Zehn Jahre republikanische Unfreiheit. Das Verbrechen vom 9. November und seine Folgen (Heft 16 der Politischen Schriften), Berlin 1928.

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 587 vom 17. 11. 1918.

tung für die Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei durch ihre radikalen Gegner und die damit verbundene Zerstörung aller nationalen Güter durfte man nach meiner Meinung nicht übernehmen. Der nach den Erfahrungen der Revolutionsgeschichte aller Zeiten zu erwartende Übergang von dem ersten Umsturz durch immer radikalere Umwälzung zur Diktatur mußte im November 1918 auch deshalb als besonders gefährvoll angesehen werden, weil schon damals hinter der anstürmenden weiteren Revolution der russische Bolschewismus stand. Kam es zu einer Herrschaft der Spartakisten und Bolschewisten, so mußte diese bei den Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden, deren Verlauf damals noch ganz unabsehbar war, und in der furchtbaren inneren Not der Zeit Deutschland in ein Chaos stürzen, aus dem der Aufstieg zu Befreiung und staatlicher Ordnung auf Generationen hinaus nicht mehr zu erreichen war. Den damals oft ausgesprochenen Satz: »es muß erst ganz schlimm kommen, bevor es besser wird«, bezeichnete ich in persönlichen Besprechungen und öffentlichen Reden als eine traurige Annahme, deren Wahrscheinlichkeit man sich nicht verschließen könne, die ich aber als Maxime des Handelns ebenso wie jede Politik à la baisse ablehnte. Die Abwehr einer zweiten spartakistisch-bolschewistischen Revolution war die Forderung des Tages, für die es geboten war, alle Kräfte nutzbar zu machen. Gleichzeitig mußte um der Zukunft willen der Widerspruch gegen die Revolution aufrechterhalten und auf lange Sicht der Kampf gegen ihre Folgen fortgeführt werden.

So trat an mich gleich in der ersten Woche des republikanischen Regimentes die Schwierigkeit heran, den Kampf gegen das System zu führen und dennoch in der Staatsform desselben Systems, mit seinen Mitteln und gemeinsam mit seinen Trägern positiv an der Rettung Deutschlands mitzuarbeiten. Sie hat – unverändert in ihrem Kern, wenn auch im Einzelnen abgewandelt, nach der fortschreitenden Entwicklung – meine ganze weitere politische Arbeit beherrscht, ist zum Anlaß fortgesetzter ernster Auseinandersetzungen und Konflikte und schließlich zum Schicksal der DNVP und der nationalen Bewegung geworden.

Ich persönlich habe diesen Konflikt der Pflichten unter dem frischen Eindruck der ersten Ergebnisse und Gefahren des November-Umsturzes in seiner vollen Schwere empfunden und schon in der Wochenschau vom 18. November⁵ eine Stellung eingenommen, die in ihren Grundlinien unverändert geblieben ist.

»Mit nüchternem Urteil müssen wir suchen, uns Rechenschaft zu geben, was ist und was wir zu tun haben. Der neuen Regierung fehlt jeder rechtliche Boden; nur der Besitz der Waffen, die einzelne Truppen ihr ausgeliefert haben, und die Widerstandslosigkeit der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung sichern ihr die Herrschaft. Nach Recht und Gesetz besteht noch heute in Preußen und dem Deutschen Reiche die Monarchie; wenn der Kronprinz⁶ wirklich nicht König und Kaiser geworden ist, weil auch er abgedankt hat, so ist es sein ältester Sohn mit dem Prinzen Eitel Friedrich⁷ als Regent. Die Erklärung Scheidemanns von der Rampe des Reichstages, daß Deutschland jetzt Republik sei, ändert an diesem Rechtszustande nichts. Ebenso wenig sind die Rechte von Bundesrat und Reichstag dadurch erloschen, daß man sie stillschweigend übergeht.⁸ Es ist

⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 588 vom 18. 11. 1918, IP.

⁶ Ohne das Einverständnis des Kronprinzen Wilhelm hatte der Reichskanzler Prinz Max von Baden am 9. 11. mittags seinen »Thronverzicht« bekanntgegeben. Zu seiner eigenen Verzichtserklärung vom 30. 11. 1918 siehe unten S. 404 ff.

⁷ Eitel Friedrich Prinz von Preußen befand sich im Reichsgebiet.

⁸ Vgl. dazu Quellen 6/I, S. 109 f., 246 f., 382, und Quellen 6/II, S. 284, Anm. 3. Die Verordnung vom 2. 2. 1919 über die Zahlung der Aufwandsentschädigung an Mitglieder des Reichstags (RGBl. S. 145) bezeichnete den Reichstag als am 9. 11. 1918 aufgelöst.

schwer verständlich und eine der Folgewidrigkeiten, denen zur Macht gelangte Demokratien sich nur zu gern schuldig machen, daß auch die Volksvertretung, nachdem ihre Mehrheit der jetzigen Entwicklung den Weg gebahnt hat, achtlos bei Seite geschoben wird und stillschweigend bei Seite tritt.

Die neue Regierung stützt sich auch nicht auf das Volk oder eine Mehrheit des Volkes. Zwei Reichstagsfraktionen, hinter denen ein Drittel der Wähler von 1912 stand, haben in Berlin, die Erwählten zufälliger Gruppen von Matrosen, Soldaten und Arbeitern in den übrigen Hauptstädten die Herrschaft an sich genommen. Die Arbeiter- und Soldatenräte, auf die sie sich weiterhin stützen und die sie zu einer gemeinsamen Körperschaft in Berlin zusammenfassen wollen, vertreten, soweit überhaupt eine geordnete Wahl sie zustande gebracht hat, lediglich die Arbeiterschaft großindustrieller Betriebe und einzelne Truppenteile. Ihre Herrschaft ist nicht eine Volks-, sondern eine Klassenherrschaft. Das wird in sozialdemokratischen Äußerungen und Regierungskundgebungen jetzt zugegeben, mit dem Hinzufügen, daß die jetzige Herrschaft nur eine vorübergehende sein solle. Aber Tatsache ist doch, daß die Verhältnisse des neuen Reiches von der einseitigen Klassenmacht neu geregelt und festgelegt werden. Die angekündigte Einberufung einer auf allgemeinen Wahlen beruhenden Nationalversammlung liegt, wenn nicht aller Anschein trügt, in sehr weitem Felde.«

Daran aber schloß ich die Darstellung einer großen Anzahl von Entschlüssen und Kundgebungen der Kreise an, die sich der Revolutionsregierung zur Verhütung des Chaos zur Verfügung gestellt hatten, und die Aufforderung, das Gleiche zu tun.

»Als Vorbild hat das für sich und die Offiziere Hindenburg getan, um das ihm anvertraute Heer geordnet heimzuführen. Die viel geschmähte und allen Einflusses entkleidete Bürokratie zeigt ein ungeheures Maß von Selbstüberwindung, indem sie den neuen Herren die Arbeit leistet, ohne die sie gar nicht in der Lage wären, den Regierungsapparat zu handhaben, geschweige denn der nahenden Schwierigkeiten in irgend einer Form Herr zu werden. Die Vertretung der Landwirtschaft hat sich, wie der Regierungsaufruf zur Bildung von Bauernräten zeigt, zu besserer Organisation der Ernährung auf Grundlage freiwilliger Lieferungen zur Verfügung gestellt. Parteiaufrufe und Pressestimmen der verschiedenen Richtungen, darunter auch eine Erklärung, die Herr v. Heydebrand für unseren Parteivorstand abgegeben hat⁹, enthalten die Aufforderung, das Gleiche zu tun. Auch unsere Freunde im Lande werden daher volle Mitarbeit leisten, soweit es sich darum handelt, Ordnung und Sicherheit zu erhalten, die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, die Ernährung zu sichern, den zurückkehrenden Kriegern Unterkommen und Arbeit zu verschaffen.«

Zum Schluß aber unterließ ich es nicht, sofort hervorzuheben, daß sich aus der Stützung der gegenwärtigen Machthaber eine Stärkung der Sozialdemokratie ergeben werde und daß das Bürgertum sich zur Abwehr der daraus sich ergebenden Gefahren tatkräftig zusammenschließen müsse.

»Der Aufruf der Reichsregierung¹⁰ spricht vorerst nur kurz davon, daß beabsichtigt sei, das sozialistische Programm durchzuführen: das Eigentum soll nur »gegen die Eingriffe Privater« geschützt werden. Deutlicher wird schon die neue preußische Regierung, die beispielsweise von der »Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe« spricht. Niemand darf sich irgend einem Zweifel darüber hingeben, was die Sozialdemokratie, wenn sie erst einmal fest im Sattel sitzt, ohne jede Rücksicht durchführen wird: die republikanische Verfassung auf radikalster Grundlage und die kommunistische Enteignung und Zwangswirtschaft in schärfster Form. Nach dem ersten Erstarren regt sich das Bürgertum in allen Parteien, und es ist die dringendste Pflicht unserer Freunde, sich auch hierbei zu beteiligen. Die von dem Hansabund vorgeschlagene Bildung von Bürgerausschüssen ist lebhaft zu begrüßen; frühere Parteigegensätze müssen zurücktreten. [...] Die konservative Partei muß tatkräftig hervortreten, an den Grundsätzen des monarchischen Staates, der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung und der Freiheit

⁹ Siehe Anm. 4.

¹⁰ Siehe RGBl. 1918 S. 1303 f. (12. 11. 1918).

der Persönlichkeit gegen äußeren und inneren Zwang festhaltend, zu gemeinsamer Arbeit mit dem gesamten Bürgertum bereit.«

Über den Bürgerkrieg des Winters 1918/19 und die Beteiligung des Heeres an ihm ist in den sich gegenseitig beschuldigenden Streitschriften von Volksbeauftragten und Revolutionären, Sozialdemokraten, Unabhängigen und Spartakisten viel geschrieben worden. Wissenschaftlich objektiv und lebendig ist die Darstellung von Volkmann. [...] ¹¹ Der erste Abschnitt des Bürgerkrieges wurde durch die militärische Hilfe zugunsten der Regierung Ebert beendet. Da mir die inneren Verhandlungen, insbesondere zwischen der OHL und Ebert unbekannt blieben, ist das Spiegelbild dieser Vorgänge in meinen Wochenschauen nicht vollständig. Immerhin geben sie die Eindrücke und die grundsätzlichen Erwägungen wieder, die der konservative Politiker dem Bürgerkrieg entnahm.

Praktisch stand zur Wahl nur der Übergang von der provisorischen Regierung der Volksbeauftragten zur Nationalversammlung oder zur Rätediktatur. Ich habe die geplante Einberufung der Nationalversammlung gebilligt und als dringlich gefordert. Bereits am 24. November 1918 berichtete ich darüber. ¹²

»Die alte sozialdemokratische Partei scheint die Wahlen zur Nationalversammlung beschleunigen zu wollen. ¹³ Die unabhängigen Sozialdemokraten unter Haase dagegen verzögern die Entscheidung, um noch sozialistische Ernte in die Scheune zu bringen. Hinter beiden steht drohend die Spartakusgruppe unter Liebknecht, die offen den Gedanken der Nationalversammlung bekämpft, weil sie nur ihre eigene Diktatur will. Bis jetzt ist es in Berlin noch gelungen, sie nicht zur Herrschaft gelangen zu lassen. Verwirren und erschweren sich die Verhältnisse für die Ernährung und für die Einordnung der heimkehrenden Krieger weiter, so ist die Gefahr erneuten Umsturzes und des Bürgerkrieges vielleicht unmittelbar bevorstehend, Friede und Brot aber ferner denn je.«

Nachdem das Wahlgesetz erlassen und der 16. Februar 1919 als Termin in Aussicht genommen war ¹⁴, machte ich für die Dringlichkeit eines früheren Termines außenpolitische und innere Gründe geltend. ¹⁵

»Der Termin liegt viel zu spät. Die Entente läßt immer wieder deutlich erkennen, daß sie mit den Arbeiter- und Soldatenräten überhaupt nicht über den Frieden verhandeln will. Wo sie einrückt und die Macht hat, beseitigt sie diese Einrichtung ohne weiteres. Vorfriede und Brot ist dasjenige, was unser Volk braucht, wenn nicht noch große Massen an Männern, Frauen und Kindern elend zu Grunde gehen sollen, und unverantwortlich versündigt sich nicht nur an der Zukunft der Nation, sondern an Dasein, Leben und Gesundheit des ganzen Volkes derjenige, der aus irgend welchen Gründen die Schaffung gesetzlicher und geordneter, auf den Willen des ganzen Volkes beruhender Verfassungszustände auch nur um einen Tage hinausschiebt. Dessen macht sich aber nicht nur die Spartakusgruppe um Liebknecht schuldig, die um ihrer Diktatur willen den Zusammentritt der Nationalversammlung überhaupt zu verhindern sucht, sondern auch die Unabhängige Sozialdemokratie. Wie die ›Freiheit‹, das Organ dieser Partei, mitteilt, beruht der Beschluß der Volksbeauftragten über den Wahltermin auf einem Kompromiß zwischen den Parteien Ebert und Haase. ¹⁶ Der letztere wollte den Termin, wie wir bereits vor acht Tagen berichteten, so weit als möglich hinausschieben, um inzwischen noch im Wege der Diktatur ihre sozialistisch-kommunistischen Pläne soweit als möglich durchzuführen. Das scheint ihr nunmehr auch bis zu dem ge-

¹¹ Westarp gibt an dieser Stelle im Anschluß an VOLKMANN, S. 69–169, eine knappe Übersicht über die Ereignisse bis Mitte Januar 1919.

¹² Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918.

¹³ Vgl. Quellen 6/I, S. CVII.

¹⁴ Vgl. Quellen 6/I, S. 229.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 612 vom 1. 12. 1918; vgl. ferner Nr. 625 vom 8. 12. 1918, jeweils IP.

¹⁶ Vgl. Quellen 6/I, S. CLXXIV–CLXXVII.

wählten Termin noch möglich zu sein. Das Blatt sagte: »In der Zwischenzeit aber werden die notwendigen Maßnahmen einer sozialistischen Politik unverzüglich getroffen werden. Vor allem werden die unumgänglichen und unaufschiebbaren finanziellen Maßnahmen getroffen werden. Besitzsteuern, unter den die Vermögensabgabe das Hauptstück bilden dürfte, werden die Reicheinnahmen vermehren und der Regierung die Mittel geben, die Maßnahmen durchzuführen, die für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Durchführung der Demobilisation, die Unterstützung der Arbeitslosen nötig sind. Ebenso ist die Regierung entschlossen, die Sozialisierung jener Produktionszweige, die dafür reif und geeignet sind, unverzüglich in Angriff zu nehmen.«

Ich forderte also jetzt eine Rücksichtnahme auf die Verhandlungsbereitschaft des Auslandes, die ich bei Annahme der Wilsonnote im Oktober 1918 so entschieden bekämpft hatte. Das widersprach, wie ich es heute (1937) sehe, dem Grundsatz, daß jedes Hineinreden der Feinde in die inneren Verhältnisse abzulehnen war, mag aber seine Erklärung in dem Wechsel des Gegenstandes der feindlichen Einflußnahme finden. Der Kaiser, dessen Beseitigung Wilson forderte, war die letzte Kraftquelle des Heeres und des Volkes. Die Räte, mit denen Foch nicht verhandeln wollte¹⁷, bedeuteten Chaos und Untergang.

Auch im übrigen wird die Entschiedenheit, mit der auch ich nach der Nationalversammlung gerufen habe, erst begrifflich durch den Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Gefahr der Rätediktatur. Es war nicht schwer, die verfassungsrechtliche und organisatorische Unzulänglichkeit der Konstruktionen aufzudecken, in denen sich die Volksbeauftragten in den Verhandlungen mit den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten versuchten; dazu war bereits im November der Anlaß gegeben.¹⁸

»Die Grundlage, auf der diese Regierung steht, und ihr Aufbau leidet an großer Unklarheit. In der gestrigen amtlichen Mitteilung¹⁹ wird gesagt, die Revolution habe ein neues Staatsrecht geschaffen. Diesem liege eine Vereinbarung zwischen dem »Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Berlin« und dem »Rat der Volksbeauftragten« zu Grunde. Der Inhalt dieser Neuschöpfung ist allerdings nur schwer verständlich und vollkommen undurchsichtig. Man scheint zwischen einem endgültigen Zustand und der gegenwärtigen vorläufigen Regelung unterscheiden zu wollen. Endgültig sollen die »Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik« eine Delegiertenversammlung entsenden, die ihrerseits einen »Vollzugsrat der Deutschen Republik«, auch »zentraler Vollzugsrat« genannt, erwählt. Dieser Vollzugsrat hat parlamentarische Aufgaben und eine Exekutive; er ernennt und entläßt den »Rat der Volksbeauftragten«, auch »Regierung« oder »entscheidendes Kabinett der Republik« genannt, und hat das Recht der Kontrolle. Die Fachminister werden durch das Kabinett nach Anhören des Vollzugsrates berufen. Soweit die endgültige Regelung, aus der jedenfalls das eine hervorgeht, daß es sich nicht um eine Volksregierung, sondern um eine Klassendiktatur handelt, die sich auf zufällig entstandene Arbeiter- und Soldatenräte aufbaut. Vorläufig aber besteht der zentrale Vollzugsrat überhaupt noch nicht; vielmehr übt der Berliner Vollzugsrat seine Funktionen mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.«

Die Einberufung der Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte auf den 16. Dezember veranlaßte mich erneut, auf die Planlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der revolutionären Räte-Organen hinzuweisen.²⁰

¹⁷ Zu der Befürchtung, daß der alliierte Oberkommandierende Marschall Ferdinand Foch mit Vertretern der Räte nicht verhandeln werde vgl. Quellen 6/I, S. 195, 390; Quellen 6/II, S. 5 sowie Henning Köhler: Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1980.

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918.

¹⁹ Siehe Quellen 6/I, S. 127–130 und S. XCIII–CII.

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 612 vom 1. 12. 1918, IP.

»Die Groß-Berliner Soldatenräte und Arbeiterräte tagten je besonders. Bald nahmen süddeutsche Vertreter oder die Vertreter auswärtiger Truppenteile teil, bald schieden sie aus, und diese Körperschaften, die sich die Aufgabe des leitenden Parlamentes für das gesamte Deutsche Reich beilegen, zeigen ein so loses Gefüge und einen so ungeordneten Betrieb, daß von einer eigentlichen Verhandlungs- und Beschlußfähigkeit nicht die Rede sein kann. Wären die Folgen solchen Gebarens nicht so ernst, so wäre dort unbegrenzter Stoff größter unfreiwilliger Komik vorhanden. Das Organ aber, in dessen Händen mit der Ernennung, Entlassung und Kontrolle des Ministeriums die eigentliche Regierungsgewalt liegen soll, der Groß-Berliner Vollzugsrat, ist in diesen Verhandlungen einer geradezu vernichtenden Kritik unterworfen worden. Besonders geschah das im Soldatenrat, wo in manchen Reden ein gesunder und vernünftiger Widerstand gegen uferlose revolutionäre Regierungskünste hervortrat. Was dabei an persönlichen Streitereien, an Unfähigkeit und Korruption aufgedeckt wurde, zeigt das ganze Elend, das noch nach jeder Revolution in der Geschichte zutage getreten ist. Schließlich wurde durch den Soldatenrat der Bestand dieses Vollzugsrates, also des derzeitigen Trägers der Obersten Staatsgewalt im Reiche, wiederum der Vorprüfung durch eine siebengliedrige, in höchst ungeordneten Verfahren gewählte Kommission unterworfen.«

Neben dem Versuch konstruktiver Widerlegung, dem ich in diesen Ausführungen vielleicht etwas zu viel Ehre angetan habe, habe ich den fortgesetzten Hinweis auf die schweren politischen Gefahren nicht unterlassen, die mit dem Machtkampf um die Diktatur der Räte verbunden waren. Die Verzögerung des Friedens, ein Separatismus mit dem Ruf »Los von Berlin«, Verschärfung der Ernährungsnot, der Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit gehörten ebenso zu den Ursachen wie zu den Wirkungen der drohenden Räteherrschaft. Das trat schon im November hervor.²¹ Das Steigen der separatistischen Gefahr erwies sich als eine unmittelbare Folge des Versuches, den Berliner Vollzugsrat zum provisorischen Träger der Rätediktatur zu machen.²² Die Frage, wie weit konservative und deutschnationale Persönlichkeiten im Herbst 1918 den separatistischen Bestrebungen nahgestanden haben, ist nie ganz geklärt worden. Vom Freiherrn v. Schorlemer liegt mir ein Schreiben vom 21. Juli 1919 vor, nach dem er unmittelbar nach der Revolution im engeren Kreise die schleunige Bildung eines selbständigen Freistaates an der Westgrenze, selbstverständlich unter voller Wahrung der Zugehörigkeit zum Reich, befürwortet habe, in der Annahme, daß ein solcher Freistaat einen Mittelpunkt zur erfolgreichen Bekämpfung des Umsturzes im Innern bilden und dazu beitragen würde, bessere Friedensbedingungen zu erlangen. Die Besetzung durch die Feindmächte und das Verhalten der Parteien habe ihn zu der Überzeugung gebracht, daß die Voraussetzungen, von denen er ausgegangen sei, nicht mehr vorlagen, und so habe er sich nach dem 7. Januar 1919 an Verhandlungen über die Bildung einer rheinischen Republik nicht mehr beteiligt und Beschlüsse und wirtschaftliche Kollegien herbeigeführt, in denen dieser Plan scharf abgelehnt wurde. Die DNVP als solche ließ von Anfang an keinen Zweifel, daß sie die separatistischen Pläne des ersten Revolutionsjahres bekämpfe, und ich habe diesen Widerspruch scharf betont.²³

²¹ Hier folgt im Manuskript ein ausführliches Zitat zu diesen Themen aus Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918.

²² Westarp berichtet in Kreuz-Ztg. Nr. 612 vom 1. 12. 1918, IP, über »Bestrebungen auf Abtrennung ganz Süddeutschlands und Hannovers, der Rheinprovinz und Westfalens«. Die Reichskonferenz vom 25. 11. habe Eisners schwerste Angriffe auf den Bestand des Reichs und der Regierung Ebert-Haase nicht verhindern können (Unterstützung der Kriegsschuldthese durch Veröffentlichung der Lerchenfeld-Berichte; Forderung des Rücktritts von Scheidemann, David, Erzberger, Solf).

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919; siehe ferner ebd. Nr. 131 vom 23. 3. 1919, IP.

Trotz meiner Forderung, die Wahl zur Nationalversammlung früher als auf den 16. Februar 1919 anzusetzen, konnte ich freilich nicht den Glauben aufkommen lassen, daß damit allein die Gefahr gebannt sei.²⁴

»Nach veröffentlichten Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes reichen die Lebensmittel nur noch bis in den Januar oder Februar des nächsten Jahres; bis dahin müssen also Zufuhren vom Auslande nicht nur zugebilligt, sondern auch angekommen sein. Unaufhaltsam ist der finanzielle Zusammenbruch. [...] Die Notenpresse arbeitet gesetzwidrig, aber im großen Stil auf den vollen Staatsbankrott hin, teils durch unkontrollierte Verschwendung der Staatsgelder, teils durch die unsinnigsten und unhaltbarsten Lohnsteigerungen in Anspruch genommen. Dazu kommt der fortschreitende politische Zerfall des Reiches. Die in großen Zentrumsversammlungen in Köln aufgestellte Forderung einer selbständigen Republik Rheinland-Westfalen ist ein hochbetäubendes Ereignis. Allerdings geht sie nicht auf Loslösung vom Reich, sondern nur von Preußen oder richtiger gesagt von dem Radikalismus Berlins. Das ist an sich verständlich. Die unerhörte Verhöhnung, die den christlichen Kirchen durch die Ernennung Adolph Hoffmanns zum Kultusminister zugefügt worden ist, und die planlosen Angriffe, die dieser Mann nicht nur gegen das Christentum, sondern gegen jede Bildung und Kultur richtet, haben das ihrige dazu beigetragen, um in dem katholischen Westen den Entschluß zur Loslösung reifen zu lassen. Aber man darf die Augen nicht davor verschließen, daß eine derartige Kundgebung, noch dazu im gegenwärtigen Augenblick, in höchstem Maße gefährlich ist. Sie bietet der Entente willkommenen Anlaß, die Loslösung des Rheinlandes auch vom Deutschen Reiche zu betreiben, und es läßt sich nicht absehen, ob und wie wiederhergestellt werden kann, was jetzt auseinandergerissen und zertrümmert wird. So stellen sich die jetzigen Regierungszustände immer mehr als haltlos heraus, und es ist in hohem Maße zweifelhaft, ob die Nationalversammlung überhaupt abgewartet werden kann oder ob nicht, wie von verschiedenen Seiten gefordert wird, Bundesrat und Reichstag sich als berufen erachten müssen, einzugreifen, um eine geordnete Regierung zu schaffen.«

Immer drohender erhob damals auch schon die Gefahr der Geldentwertung als Folge der unsinnigen Lohnbewegung ihr Haupt.²⁵

»Als bald nach der Revolution erreichten die Gewerkschaften, daß alle Unternehmer sie als verhandlungsfähig und als Vertreter der Arbeiterinteressen anerkannten.²⁶ Das war das Ziel jahrelanger Bemühungen und Kämpfe gewesen. Nun da es erreicht ist, stellt sich heraus, daß die Gewerkschaften die Arbeiter selbst nicht mehr hinter sich haben. Ohne jede Rücksicht auf die Gewerkschaftsführer erheben diese direkt bei den Werken die unsinnigsten Streikforderungen und lehnen es ab, sich dabei irgendwie von ihren bisherigen Gewerkschaften vertreten zu lassen. Von allen Seiten ertönen mit Recht die ernstesten Warnungen, daß die Lohnforderungen, die jetzt von den Arbeitern erhoben, in kurzer und absehbarer Zeit zum Bankrott auch der bestfundierte Fabriken, zur Aufsaugung der solidesten Unterlagen wie der Kriegsgewinne führen und so einen vollständigen Stillstand der Industrie und damit die größte Arbeitslosigkeit heraufbeschwören müssen. Wie oft wurden in Friedenszeiten diejenigen Unternehmer als kurzichtig und engherzig gescholten, die befürchteten, daß Tarifverträge und sonstige Abmachungen zwischen dem Arbeitgeber und der Gewerkschaft nur den Unternehmer binden, den Arbeitern aber freie Hand lassen würden, über die Gewerkschaften hinweg in kritischer Stunde ihre Forderung zu erheben.«

Einzelne Beispiele bestätigten alsbald die furchtbaren Folgen des hemmungslosen Lohnkampfes.²⁷

»Wenn die preußischen Eisenbahnen jetzt, trotz wesentlich erhöhter Tarife infolge der Lohn- und Gehaltsforderungen, mit einem Defizit von 3 000 Millionen bankrott sind, so ist mit ihrer finanziell gesunden Grundlage wiederum ein Werk mühevoller und pflichttreuer Arbeit vernichtet

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

²⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918.

²⁶ Vgl. Anm. 14, Kap. I/4.

²⁷ Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 661 vom 29. 12. 1918.

worden. [...] Die Unvernunft schreit zum Himmel, mit der jetzt die Arbeiterschaft durch ihre unsinnigen Lohnforderungen bei Einschränkung der Leistungen die sämtlichen Industrieunternehmungen binnen absehbarer Zeit dem völligen Bankrott entgegenführt. Uns ist bekannt geworden, daß eine große Lokomotivfabrik, die in den letzten Kriegsjahren monatlich gegen 30 Lokomotiven ablieferte, in ihrer Leistung im Oktober auf 20, im November auf sechs, im Dezember auf zwei fertige Lokomotiven zurückgegangen ist. Zahlreiche Werke können sich auf den Tag genau berechnen, daß ihre Vorräte an Kapital bei den jetzigen Lohnforderungen binnen wenigen Wochen oder Monaten zu Ende sein werden. So vernichtet die Arbeiterschaft die letzten Hilfsquellen, die sie in der ihr bevorstehenden überaus schweren Zeit noch haben würde. Steht Deutschland erst unter dem Zwange, seine Kriegsschulden abzutragen und vor allen Dingen an die Feinde unter deren Aufsicht die ihm auferlegten Entschädigungen abzuführen, dann werden die Feinde uns vorschreiben, was wir uns an sozialen Maßnahmen oder an Verkürzung der Arbeitszeit noch leisten können.«

Die »Regierungskrise« sollte als ständige Einrichtung der Republik 15 Jahre hindurch zum täglichen Brot des Politikers werden. Sie ergab sich damals aus dem Gegensatz zwischen den Volksbeauftragten der Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten, der, wie erst später aus der Literatur bekannt geworden ist, von Anfang an bestand. Als der Konflikt auf dem Rätekongreß vom 16. und 19. Dezember offen ausbrach und mit einem vorläufigen Siege Eberts endete, war eine Warnung vor Unterschätzung der Gefahr am Platze, die auch dann bestehen blieb, wenn die Macht allein den Mehrheitssozialdemokraten zufiel.²⁸

»Die Verhandlungen des Rätekongresses endeten fast durchweg mit einem vollen Siege nicht sowohl der jetzigen Regierung, als vielmehr der Mehrheitssozialisten in ihr. Diese sitzen also zur Zeit fest im Sattel, und man hat nicht nur aus dem Rätekongreß, sondern aus zahlreichen anderen Erscheinungen den Eindruck, daß die überwiegende Mehrzahl der heimgekehrten Frontsoldaten und daß die Truppe als solche hinter den Mehrheitssozialisten stehen, und nicht hinter den Unabhängigen Sozialdemokraten, geschweige denn hinter Herrn Liebknecht und Genossen. Wenn gleichwohl die jetzige Regierung ungeheuerliche Angriffe gegen Religion und Kirche zum mindesten nicht hindert und dem Heere den letzten Todesstoß versetzt, wenn sie den Schutz der Ostmark tatkräftig nicht in die Hand nehmen kann, wenn es ihr unmöglich ist, den Ruin der Industrie und des ganzen Wirtschaftslebens durch unsinnige Lohnforderungen auch nur aufzuhalten, wenn sie keine Mittel hatte oder anwendete, um die Verhandlungen des Rätekongresses gegen Störungen von der Straße zu sichern, so zeigen alle diese Erfahrungen klar und deutlich, wohin das Schiff steuern muß, wenn auf die Dauer die Regierung aus den Mehrheitssozialisten und weiter links stehenden radikalen Elementen gemischt wird. Dann wird die Mehrheitssozialdemokratie auch ihrerseits ohne Hemmung die Bahn des Radikalismus wandeln, teils aus eigener programmatischer Hinneigung zu dessen Zielen und Bestrebungen, teils aus Furcht vor der Gefahr, daß ihr der Einfluß auf die Massen von links her entwunden wird. Solche Erfahrungen kommen gerade noch zu rechter Zeit, um vielen die Augen dafür zu öffnen, was es bedeuten würde, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit bringen würden. Die dadurch in ihrer Stellung gefestigte Partei würde der Hemmungen verlustig sein, die ihr heute daraus erwachsen, daß sie im wesentlichen von dem Beamtentum und der Bürgerschaft gestützt wird. Sie würde in Durchführung ihres niemals verleugneten Programms und unter dem Druck von links her ein kommunistisch-sozialistisches Programm zur Ausführung bringen, das langsamer und auf gesetzlichem Wege, aber ebenso wirksam wie der gefürchtete Bolschewismus Staat und Wirtschaft aufs schwerste gefährden würde.«

In der Hauptsache wurde der Kampf der ersten mit der zweiten Revolution auf der Straße und mit den Waffen geführt. Brüllende Demonstrationzüge, Überfälle und Plünderungen, Maschinengewehrgeknatter auf den Straßen waren in der damaligen

²⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918, IP; vgl. auch Nr. 661 vom 29. 12. 1918.

Zeit alltäglich. Ein persönliches Erlebnis von der Art, wie sie damals häufig waren, ist mir in der Erinnerung geblieben. Eines Nachts donnerte es an meiner Wohnungstür. Auf meine Frage, was denn los sei, verlangte Prinz Karl zu Löwenstein, der mir von der Donnerstags-Tischrunde her gut bekannt war, Einlaß. Der Einwand, ich sei im Nachthemd, bewirkte keinen Aufschub. Er berichtete, ein Unteroffizier bereite einen nationalen Vorstoß vor, und verlangte dringend, ich möge sofort mitkommen, um mich einzuschalten. Ich blieb aber dabei, die Sache erst prüfen zu wollen. Am nächsten Morgen stellte sich heraus, daß es sich um den Vorstoß Spiro vom 5./6. Dezember handelte.²⁹ Die Lage war viel zu ungeklärt, als daß ich von einer Teilnahme an dem Unternehmen etwas hätte erwarten können, und auch Prinz zu Löwenstein stimmte mir darin im nüchternen Tageslicht zu.

Bei meiner Berichterstattung über die Kämpfe des 5./6. Dezember stand ich dann hinsichtlich ihrer Ursache und ihres Verlaufs vor einem Rätsel, das auch durch die spätere Forschung wohl nicht vollständig gelöst ist.³⁰

»Möglicherweise handelt es sich um ein Unternehmen, das dazu bestimmt war, die Regierung Eberts von der Herrschaft des Vollzugsrats, den Einflüssen auch der »unabhängigen« Genossen in der Regierung und der Bedrohung durch Spartakus zu befreien, das aber ohne jede Fühlung mit der Sozialdemokratie oder der Regierung ziemlich planlos ins Werk gesetzt worden ist. Dieser Auffassung scheint der »Vorwärts« zuzuneigen, der von den Leitern der Demonstration scharf abrückt und ausführt, Ebert habe durch Ablehnung der Präsidentschaft bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei es ablehnt, sich auf dem Wege eines Handstreiches die alleinige Macht zu verschaffen, und daß sie die Verträge, die sie geschlossen hat, hält.

Bis zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, hat die Regierung Ebert-Scheidemann die Oberhand. Obwohl von der Front selbst bisher nur wenige Truppen heimgekehrt sind, stehen der Regierung doch, wie es scheint, die in Berlin befindlichen Ersatztruppenteile fast vollständig zur Verfügung. Außerdem bildet sich eine aus Unteroffizieren bestehende Schutztruppe zu ihrer Unterstützung. Indessen scheint der Ansturm gegen ihre Machtstellung fortgehen zu sollen und weitere Straßenkämpfe unmittelbar bevorzustehen. Die »Rote Fahne« ruft die Arbeiter zum Massenstreik auf. »Nieder mit den Wels, Ebert-Scheidemann und Genossen!« [...] Aber auch »Die Freiheit« der Partei der Haase und Genossen wendet sich in schärfster Weise zunächst gegen diejenigen, die die Soldaten auf die Straße beordert haben, »die Militärbehörde Berlins, dann aber auch gegen Ebert und seine Partei selbst.«

Die Vorgänge hatten nur symptomatische Bedeutung. Die Schicksalsfrage war, ob es Ebert und seiner Partei gelingen werde, die heimkehrenden Truppen gegen den drohenden Bolschewismus einzusetzen. Mitte November war die Besorgnis, daß ein ungeordnetes Zurückfluten der Heeresmassen endgültig den bolschewistischen Sieg und das Chaos bringen würden, groß und allgemein verbreitet. Man urteilte nach den Zuständen beim Heimatheer und verkannte den Geist, die Disziplin und den Einfluß der Offiziere, die in der kämpfenden Front noch wirksam waren. Der geordnete Rückmarsch des Frontheeres, das sich erst auflöste und dessen überwiegende Mehrheit der Sehnsucht nach Heimat und Frieden erst Raum gab, als es an seinen Standorten angelangt war und keine Aufgabe und Führung mehr vorfand, ist die letzte Großtat des deutschen Kriegsheeres und seiner Führung. So empfand ich es damals. Das brachte ich in Begrüßungsworten für die heimkehrenden Truppen zum Ausdruck, in denen ich des Heldentums des Weltkrieges mit Worten tiefer Trauer über den Ausgang ge-

²⁹ Über ihn vgl. Quellen 6/1, S. 289 sowie S. 286 mit Anm. 5.

³⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918; an Literatur stand Westarp zur Verfügung: VOLKMANN, S. 122 ff., und Hermann Müller: Die November-Revolution, Berlin 1928, S. 144–152.

dachte³¹, aber auch der großartigen Leistung des Rückmarsches gerecht zu werden suchte.³²

»Wie sie unbesiegt den blutigen Kampf abbrechen mußten, so haben sie durch unvergleichliche Leistung der Marschfähigkeit, Disziplin und Organisation die Heimat rechtzeitig erreicht. Das war nur möglich, weil sie fest in der Hand der Feldherren und Offiziere geblieben sind, die sie so oft in Angriff und Verteidigung zu Kampf und Sieg gegen riesenhafte Übermacht geführt haben.«

Über die Revolutionierung, die schließlich auch auf das Frontheer übergriff, und über die Behandlung des Offizierskorps bestand bei den Offizieren und in den rechtsstehenden Kreisen eine starke Verbitterung. Eine Denkschrift, die ich von Graf Schulenburg durch den Grafen Goltz erhalten habe, bringt sie zum lebhaften Ausdruck.³³ Der Verfasser übt seine Kritik, obwohl er den Entschluß Hindenburgs und der Offiziere, im Dienst zu bleiben und sich mit dem Heere der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen, an sich billigt.

»Es war ein Vermächtnis unseres alten Kriegsherrn, daß alle Offiziere für diese Aufgabe bis zur Demobilisierung in ihren Stellungen verbleiben sollten. Der Feldmarschall hat aber den schweren Fehler gemacht, daß er sich bedingungslos mit dem Feldheer zur Verfügung stellte. Er hatte die Macht in der Hand und das ganze Heer hinter sich. Er durfte der Regierung nur unter der Bedingung die volle Unterstützung des Heeres zusichern, wenn sich die Regierung verpflichtete, in die inneren und Befehls-Verhältnisse des Heeres in keiner Weise einzugreifen; die Einwirkung der in der Heimat geschaffenen A.- und S.-Räte nicht zu gestatten und ebenso eine sozialistische und revolutionäre Propaganda für das Feldheer unter allen Umständen auszuschließen. Dieser Fehler hat für das Heer die verhängnisvollsten Folgen gehabt. [...]

Die wenigen Wochen einer zielbewußten revolutionären Einwirkung auf das Heer haben genügt, um das Vertrauen zwischen Offizier und Mann zu erschüttern und das Ansehen und die Autorität des Offiziers zu zerstören. Heute schon ist das Heer in seiner Masse nicht mehr in der Hand seiner Führer. [...] Heute sind die Offiziere schutz- und rechtlos und derjenige, der anstelle unseres Kriegsherrn den Oberbefehl führt, wagt es nicht, sich öffentlich und mannhaft für das Offizierskorps einzusetzen. [...] Heute zerstört das deutsche Volk selbst seine Wehrmacht, der es seine Größe verdankt. [...] Wird das Heer in die Garnisonsorte entlassen sein, so ist es vollends aus der Hand seiner Führer. Es wird aufgehört haben zu sein. Dann werden Soldatenräte regieren und dem Offizierskorps den letzten Pfahl ins Fleisch rennen. Dann soll kameradschaftliche Übereinkunft die Losung sein. Der klare Befehl, die straffe Disziplin und das eiserne Muß ist begraben. Geldprämien und das »ich will« treten an seine Stelle. Das neue deutsche Heer wird in der Welt verachtet sein.«

Solche Betrachtungen traten vielfach an mich heran. Die verleumderische Offiziershetze, der man schon seit dem Sommer auf Schritt und Tritt begegnete und die besonders in den überfüllten Eisenbahnzügen und in den Nahrungsmittelschlangen von den Agitatoren planmäßig betrieben wurde, hat in den ersten beiden Revolutionsjahren zu einer Behandlung der Offiziere durch die Massen geführt, die ein Schandfleck der Nation geblieben ist und jeden Vaterlandsfreund mit tiefster Empörung erfüllen mußte. Auch den Schmerz und die Enttäuschung darüber, daß Hindenburg und Groener die Einführung der Soldatenräte anerkannt³⁴ und ihrem revolutionären Ein-

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 595 vom 24. 11. 1918.

³² Kreuz-Ztg. Nr. 612 vom 1. 12. 1918, IP.

³³ Abgedruckt bei Alfred Niemann: Revolution von oben – Umsturz von unten, Berlin 1928, S. 321 ff. Vgl. dazu WESTARP, Ende der Monarchie, S. 11.

³⁴ Die eigenmächtige Maßnahme eines Offiziers der OHL, Oberstleutnant Faupel, konnte durch Groeners Versuch, »Vertrauensleute« einzuführen, in ihrer Wirkung auf Armee und Öffentlichkeit nicht mehr rückgängig gemacht werden. Vgl. GROENER, S. 469.

fluß, wie man annehmen mußte, nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt hatten, teilte ich. Indessen hatte ich Hemmungen, das öffentlich zu besprechen, weil ich den nationalen Besitz des Namens Hindenburg nicht entwerten und der OHL zumal in der damaligen inneren und äußeren Notlage keine Schwierigkeiten machen wollte.

Der für das Offizierkorps schmachvolle und für die militärische Disziplin unmögliche Beschluß der Räte vom 16. bis 19. Dezember 1918 zwang mich aber zur Stellungnahme.³⁵

»Der Vernichtung des Heeres und Offizierkorps hat der Beschluß der Rätekonferenz vom 19. d. M. das Siegel aufgedrückt. Das Vorgesetztenverhältnis ist, indem es auf die Grundlage der Wahlen gestellt und außer Dienst ganz aufgehoben wird, seiner Wirksamkeit entkleidet. Der Beschluß bezeichnet es als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams, daß alle Rangabzeichen beseitigt und das außerdienstliche Waffentragen der Vorgesetzten verboten wird. Den Soldatenräten, also jedem einzelnen für sich, wird das Recht zugesprochen, Achselstücke, Kokarden usw. entfernen zu lassen. Es handelt sich dabei um den Schlußstein einer Entwicklung, die mit dem 9. November eingesetzt hat.«

Hätte ich gewußt, daß Hindenburg und Groener Ebert gezwungen hatten, den Beschluß rückgängig zu machen, so hätte ich die Kritik an ihnen noch mehr zurücktreten lassen.

»Als [...] die Oberste Heeresleitung sich in den Dienst der neuen republikanischen Regierung stellte, um das Heer unter den unglaublich schwierigen Bedingungen des Waffenstillstandes geschlossen in die Heimat zu bringen, hätte sie als Gegenleistung wohl fordern können, daß die Soldatenräte den Frontruppen keine Anordnungen geben und in sie nicht einzudringen hätten. Das würde, wie sich immer mehr herausstellt, den Wünschen und Ansichten zahlloser Frontsoldaten durchaus entsprochen, die Aufrechterhaltung der Disziplin auf dem Rückmarsch erleichtert, unser tapferes und hochverdientes Offizierkorps aber vor vielen Erniedrigungen und vor der sofortigen Vernichtung der altbewährten, historischen Vorgesetztenverhältnisse bewahrt haben.«

Die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Soldatenräten und Offizieren durch den Erlaß vom 19. Januar 1919³⁶, den der Kriegsminister Reinhardt der Regierung abgerungen hatte, war ein ganz unzulängliches Kompromiß und rief entrüstete Kundgebungen der Offiziersverbände hervor.

*Westarp schrieb über die Regierung*³⁷:

»Bei ihrem Versuch, sich anstelle unseres von der Revolution zerschlagenen Heeres eine neue Militärmacht durch Werbungen zu schaffen, hat sie endlich eingesehen, daß es ohne Disziplin und ohne herausgehobene Stellung der Offiziere unter gar keinen Umständen geht. Aber die neuen, vom Kriegsminister Reinhardt in dem Erlaß vom 19. Januar getroffenen Maßnahmen versagen immer noch dem Vorgesetzten die angemessene und nötige Stellung. Man denke nur an die politische Überwachung der Führer durch die Soldatenräte nach der Richtung hin, daß sie ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen, und besonders an die Bestimmung, daß die Soldatenräte bei jeder Stellenbesetzung nach vier Wochen zu melden haben, ob der ernannte Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt! Selbst wenn man von den Vorschriften über die disziplinarischen Anordnungen, die Uniform und die Grußpflicht absieht³⁸, bedeutet es für jeden Offizier ein ganz ungewöhnliches Maß von Selbstverleugnung, unter

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918, IP; siehe ferner ebd. Nr. 5 vom 5. 1. 1919. Vgl. zum Rätekongreß Quellen 6/I, S. 393 f.

³⁶ Zu den drei Verordnungen dieses Tages: Quellen 6/II, S. 292, Anm. 17 (Abdruckstellen); siehe auch SCHULTHESS 1919/I, S. 17.

³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919. Zu den Kundgebungen siehe Quellen 6/II, S. 352 f. mit Anm. 18–20.

³⁸ Hierzu Kreuz-Ztg. Nr. 51 vom 2. 2. 1919, IP; Westarp schreibt, durch diese Bestimmungen hätten die schmachvollen Vorgänge der ersten Zeit »nachträglich eine Art behördlicher Sanktion erfahren«.

diesen Verhältnissen Dienst zu tun. Die Mißstimmung in Offizierskreisen ist denn auch begreiflicherweise anscheinend sehr groß. Und doch muß man im Hinblick auf die Not des Vaterlandes an der Ostgrenze die dringende Bitte an das Offizierkorps richten, seine noch so berechtigten Bedenken in bewährter Pflichttreue noch einmal zurückzustellen. Daran aber, daß auf die Dauer das jetzige Werbesystem, mit seiner Anpreisung hoher Bezüge und die nunmehr beliebte Regelung der Disziplinarverhältnisse nicht eine militärische Macht schaffen kann, die den Bedürfnissen des Deutschen Reiches auch nur irgendwie gerecht werden könnte, kann ein begründeter Zweifel nicht bestehen.«

Ein Spaziergang, den ich an einem Weihnachtsfeiertage mit meiner Frau unternahm, hinterließ unvergeßlich schmachvolle Bilder des zerschossenen Schlosses mit der roten Fahne, des Marstalls und der sie bevölkernden und bewachenden Matrosen mit ihren Frauenzimmern. Meiner Frau fielen die zahlreichen Schußlöcher im Denkmal Friedrichs des Großen auf. Ich machte Professor Manzel darauf aufmerksam. Es hat noch Jahre gedauert, bis man sich entschloß, die Löcher zu vernieten, und ich kann noch heute die Sorge nicht unterdrücken, ob die inzwischen eingedrungene Feuchtigkeit die Lebensdauer des Denkmals unwiederbringlich verkürzt hat. Die Kämpfe der Weihnachtstage gaben mir Anlaß zur Besprechung ihrer politischen Ursachen und Folgen.³⁹

»Die Regierenden haben vorerst überhaupt keine Zeit, sich um die äußere oder innere Notlage des Landes in praktischer Arbeit wirklich zu kümmern. Die Kraft der Volksbeauftragten ist, wie es scheint, vollkommen damit ausgefüllt, die Frage zu regeln, ob und in welcher Zusammensetzung sie weiter an der Regierung bleiben werden. [...] Dabei hat wohl selten eine Revolutionsregierung eine so gute Position gehabt, wie die Regierung Ebert-Haase. Von monarchischer Gegenrevolution ist nicht die leiseste Spur zu entdecken gewesen. Beamtentum, Bürgerschaft und Heer haben sich hinter die Regierung gestellt, weil sie glaubten, nur so schlimmere Anarchie verhüten zu können. [...] Als die Gardetruppen zurückkamen und sich auf die jetzige Regierung verpflichteten, hatte diese die Macht hinter sich, um durchzugreifen. Die erste Aufgabe, die sie hätte erfüllen müssen, wäre gewesen, den Bolschewismus in Berlin zu entwaffnen. Eine Anordnung, daß das in unbefugter Hand befindliche Heeresgerät binnen bestimmter kurz bemessener Frist bei schwerer Strafe abzuliefern sei, mußte erlassen werden und hätte damals bei festem Zufassen, äußerstenfalls mit einem oder dem anderen Straßenkampf, zweifellos erfolgreich durchgeführt werden können. Dann war die Regierung Herr der Lage. Statt dessen wurde eine unbestimmte Anordnung erlassen, an deren Durchführung aber gar nicht gedacht wurde. Darüber gingen zehn bis zwölf unwiederbringliche Tage verloren, in denen nach der Darstellung des Generals Lequis⁴⁰ die Truppen der Regierung aus der Hand gingen. Das Heimweh der Soldaten, der feste Wille, Schluß zu machen und nach Hause zu kommen verbunden mit der Agitation, denen die Truppen ohne Widerstand ausgeliefert waren, wirkten zusammen, um der Regierung die Macht wieder aus der Hand zu nehmen. Das trug neben der Unentschlossenheit und inneren Uneinigkeit der Regierung dazu bei, daß am Weihnachtsheiligabend der blutige Kampf gegen die Matrosendivision ein Ende fand, das man wohl nur als eine Niederlage der Regierung bezeichnen kann. [...] Auch diese Vorfälle sind durchaus typisch für Revolutionskämpfe, die bei halben Maßnahmen und unzulänglicher Machtentfaltung der regierenden Stellen der vollen Anarchie entgegenführen.«

Der Rückblick auf die diesen Abschnitt abschließenden Kämpfe vom 5. bis 16. Januar 1919 und auf die störungslos verlaufene Wahl zur Nationalversammlung gab mir Gelegenheit festzustellen, daß der Übergang vom ersten Umsturz zur Anarchie des

³⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 661 vom 29. 12. 1918, IP; vgl. im übrigen Quellen 6/II, Stichwort »Weihnachtsunruhen«.

⁴⁰ Arnold Lequis befahl die von der OHL in Berlin zusammengezogenen Truppen. Spätere Darstellung: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen Deutscher Truppen und Freikorps, hrsg. v. d. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Bd. VI: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940.

äußersten Radikalismus zwar einstweilen, aber noch keineswegs endgültig abgewehrt sei.⁴¹

»Mit Unterstützung der bürgerlichen Gesellschaft und besonders der so schwer geschädigten und gekränkten Offiziere hat die Regierung einen vorläufigen Sieg über die räuberischen Spartakusbanden in Berlin davontragen können. Unendliche Schießereien in einzelnen Stadtteilen Berlins, die Besetzung mehrerer der größten Zeitungsdruckereien, verschiedener Bahnhöfe und amtlicher Gebäude durch die Spartakusbanden, ihre Rückeroberung durch die Regierungstruppen, der gewaltsame Tod von Liebknecht und Rosa Luxemburg und die Entwaffnung größerer Teile der Berliner Bevölkerung bezeichnen den geschichtlichen Verlauf der Dinge. So ist es gelungen, die Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin und an den weitaus meisten anderen Orten ungestört vollziehen zu lassen. Freilich, endgültig vorüber ist die Gefahr noch keineswegs. Wir erinnern an Braunschweig und Düsseldorf, an Bremen und Hamburg⁴², wo noch neuerdings ähnliche Spartakusunruhen wie in Berlin nicht verhindert werden konnten. [...] Dem schweren Unheil, das auf dem Arbeitsmarkt durch sinnwidrige Arbeitslosenunterstützungen angerichtet worden ist, glaubt sie [die Regierung], wie es scheint, durch ihr Allheilmittel einer Propaganda Herr zu werden. Sie wird sich darin bitter täuschen.«

Mitte Januar 1919 begann der zweite Abschnitt des Bürgerkrieges. Er unterschied sich von den Kämpfen der vorhergegangenen Zeit dadurch, daß Ebert als Volksbeauftragter und dann als Reichspräsident und seine Regierung nunmehr im Besitze der militärischen Macht waren, um, wenn auch nach härtesten Kämpfen und unter verhängnisvollen Zugeständnissen, die zweite Revolution in Schach zu halten.

Die Bezeichnung der Gegner, mit denen sie es zu tun hatten, wechselte. Zunächst trugen die äußersten Radikalen den Namen Spartakisten, den sie sich selbst bereits während des Krieges zugelegt hatten. Nachdem Liebknecht und Rosa Luxemburg im Dezember 1918 die Kommunistische Partei gegründet hatten, bürgerte sich allmählich die Bezeichnung Kommunisten ein.⁴³ Die 1917 von Haase gegründete USPD⁴⁴ spaltete sich davon ab; Anfang 1919 stand sie im scharfen Machtkampf mit den Mehrheitssozialdemokraten, der sie ebenso wie die Abhängigkeit von den durch sie aufgepeitschten Massen veranlaßte, die Revolution zu dem Ziele der Diktatur des Proletariats in Form der Räteherrschaft vorwärts zu treiben. Die Tatsache, daß Moskau den deutschen Bürgerkrieg finanzieren half, war der Öffentlichkeit zuerst durch die von dem Unabhängigen Cohn vermittelte Überweisung revolutionärer Kampffonds zum Bewußtsein gekommen.⁴⁵ Erst später, als die USPD sich mehr dem sogenannten legalen Regiment der Weimarer Verfassung annäherte, um sich schließlich wieder mit der SPD zu verbinden, wurden die Kommunisten die ausgesprochenen Träger der weiteren Revolutionskämpfe. Ihr organisatorischer und persönlicher Zusammenhang mit dem Bolschewismus wurde erst in den folgenden Jahren enger und mehr bekannt. Sprach man während der Kämpfe des Jahres 1919 von der bolschewistischen Gefahr, so dachte man nicht so sehr an die Hetzarbeit bolschewistischer Agenten in Deutschland selbst als vielmehr an die militärische Bedrohung der Ostgrenze durch bolschewistische Horden und Truppen.

Der Bürgerkrieg der ersten Hälfte des Jahres 1919 war nicht minder schwer und vielfach noch blutiger als derjenige der ersten zwei Monate nach dem Umsturz. Erst

⁴¹ Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919; vgl. auch Quellen 6/II, Stichwort »Januarunruhen«.

⁴² Vgl. dazu KOLB, S. 288 ff., 320 f., 326 f. (Braunschweig), S. 307 f. (Düsseldorf), S. 320 f. (Bremen) und 293 f., 320 f. (Hamburg).

⁴³ Seit dem 1. 1. 1919 war der offizielle Parteiname Kommunistische Partei Deutschlands.

⁴⁴ Zu Westarps Einstellung während des Weltkriegs vgl. WESTARP II, S. 290 ff.; vgl. auch KOLB, S. 217–223.

⁴⁵ Siehe hierzu Quellen 6/I, S. 300–303, 394–396, 398.

jetzt griff er mit seiner ganzen Gewalt von Berlin auf das Land über. Den Kämpfen in Bremen, dem Generalstreik in Rheinland-Westfalen folgte Ende Februar eine besonders brutale revolutionäre Bewegung in Mitteldeutschland. Überall kam es zu blutigen und schweren Kämpfen mit den Regierungstruppen und zu Mordtaten wie derjenigen an dem Oberstleutnant v. Klüber in Halle. Es folgten Sachsen und vor allen Dingen München, wo zuerst Eisner, und nachdem Graf Arco ihn Ende Februar erschossen, die »Russen« Levien und Leviné, Axelrod⁴⁶ und andere die Räterediktatur errichteten und Bayern vom Reiche loslösen wollten. Dabei trat auch in Berlin, wo es stets unmittelbar um den Bestand der Regierung ging, keine Ruhe ein. Besonders der März brachte Generalstreik mit schweren Kämpfen und der April einen neuen Rätekongreß.

Die Regierung in Weimar war wiederholt und unmittelbar bedroht, am heftigsten im Juni/Juli 1919.⁴⁷

»Bei der letzten Beschlußfassung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages wirkte in Weimar die Befürchtung mit, daß die Unabhängigen und der hinter ihnen stehende Radikalismus die Ablehnung des Friedensvertrages zum Anlaß erneuter Versuche nehmen würden, sich durch neue revolutionäre Gewalttaten in den Besitz der Regierung zu setzen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein einheitlicher Plan dieses Inhaltes vorbereitet war. Man hatte Listen gefunden, aus denen sich ergab, wie die künftige Regierung der Unabhängigen aussehen sollte.«

Sie enthielt die Namen Wurm und Haase, Cohn und Rosenfeld, Werthaus, und ich meinte, das sollten »Freiheit« und »Berliner Tageblatt« bei dem ungeheuren Geschrei nicht vergessen, das sie über »eine neue Welle mit antisemitischer Hetzpropaganda« erhoben.

»Nun ist auch die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht etwa geeignet gewesen, die einmal vorbereitet gewesenen Putschversuche und Generalstreikpläne zu verhindern. [...] Plünderungen und Gewalt allenthalben, die Aufstände in Hamburg, der große Eisenbahnerstreik in Berlin, der drohende Bankbeamtenstreik und nun der schon mehrere Tage andauernde Streik aller Berliner Straßen- und Untergrundbahnen und Omnibusse. Sobald ein Feuer zur Not gelöscht wird, flammt sofort ein anderes auf, so jetzt wieder eine neue Eisenbahnerbewegung in Frankfurt a. M.«

Ein Ende sei noch nicht abzusehen. Es komme alles auf die Festigkeit der Regierung an. Obwohl Noske und der Eisenbahnminister den Verkehrsstreik verboten hatten, zeige sich doch wieder ein recht ausdrückliches Schwanken.

»Ein Schritt von geradezu ungeheuerlichen und unabsehbaren Konsequenzen war hierbei die Zusage, aus der Bankrottmasse des Staates 1 500 Millionen in drei Monaten zur Verbilligung der Lebensmittel anzuwenden.«

Das private Leben, das schon durch die wirtschaftlichen Kümernisse belastet war, litt schwer durch die unmittelbaren Folgen des Bürgerkrieges. Es gab im ersten Halbjahr kaum eine Woche, für die nicht in Berlin in mehr oder weniger verbürgten Gerüchten Generalstreik, Straßenkampf, Sturz der Regierung vorausgesagt wurde, und wenige Wochen, in denen nicht auch tatsächlich solche Kämpfe entbrannt wären. Oft nötigte der Verkehrsstreik ganz Berlin zu mehrstündigen Gängen auf den Straßen von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück. Die sonderbarsten Gefährte, von betriebsamen Besitzern vermietet, schafften nur wenig Abhilfe. Nicht selten hüllte der Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter die Straßen und Häuser in vollständiges Dunkel. Wurde auf den Wasserwerken gestreikt, so ließ man vorher die Badewannen vollaufen

⁴⁶ Tovid Axelrod, russischer Revolutionär und gesellschaftskritischer Schriftsteller.

⁴⁷ Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 309 vom 6. 7. 1919.

und an den wenigen Pumpen, die in Berlin noch vorhanden waren, wurde Schlange gestanden. Eines Abends suchte ich mehrere Bäckereien, zum Teil bis in die Wohnung vordringend, vergeblich auf, um für bevorstehende Streiktage etwas Brot zu sichern. Die Nachrichten über die Folgen, die der Mangel an Wärme, Licht und Wasser in den Krankenhäusern hatte, waren furchtbar.

Das Schlimmste war doch die ständige Bedrohung des gesamten öffentlichen Lebens und der Straßen mit Mord und Totschlag. Zeitweise fiel es einem kaum noch auf, wenn man bei Gängen in den Straßen der inneren Stadt dauernd Gewehrschüsse und Maschinengewehrgeknatter, auch Kanonenschläge hörte. Dr. Roesicke, der im Hause des Bundes der Landwirte am Hafenplatz wohnte, zeigte mir die Einschläge von Geschossen in seinen Zimmerwänden und Möbeln. Die Front der meisten öffentlichen Gebäude, so auch der Reichstag und das Haus des Reichspräsidenten, und nicht wenige Privathäuser, trugen noch Jahre lang die Spuren der auf sie abgegebenen Schüsse. Die Straßenkämpfe, die sich im Zeitungsviertel abspielten, schildert Schroeter in einem Bericht vom 20. Januar 1919 an v. Heydebrand:

»Das gesamte Gebäude (darunter auch die Privatwohnung des Unterzeichneten) sind drei Tage und drei Nächte in den Händen der Spartakusleute gewesen, die dort sehr übel gehaust haben und nur nach schwerem Feuergefecht überwältigt werden konnten, wobei es eine ganze Reihe von Toten gegeben hat und auch standrechtliche Erschießungen an Ort und Stelle vorgekommen sind. Die Überwachung der Schriftleitung in der Wilhelmstraße geschah durch zwei bis an die Zähne bewaffnete Spartakusleute, die jede Zeile gewissenhaft daraufhin prüften, ob etwas gegen ihre Richtung gesagt werde. Die Schriftleitung beschränkte sich in Zweifelsfällen darauf, weißes Papier zu lassen.

In eine große Not sind wir dadurch geraten, daß die Spartakusleute alle Papierrollen zu Verschanzungszwecken benutzten, diese Papierrollen sind von den Schüssen zerstört worden.«

Die Möglichkeit, daß ich als Vertreter der Junkerherrschaft und als Kriegsverlängerer persönlichen Angriffen ausgesetzt sein könne, war natürlich niemals ganz von der Hand zu weisen. Selbstverständlich konnte sie nicht zu einer Einschränkung der Redetätigkeit und der Kritik an der Revolution führen, aber ich habe auch, schon weil ich mir wenig Nutzen davon versprach, nur in seltenen Ausnahmefällen dem Drängen von Freunden nachgegeben, außerhalb des Hauses zu schlafen. Vor einem der spartakistischen Vorstöße teilte Hergt uns mit, er habe verabredet, daß der Parteivorstand bei den Truppen in Potsdam Zuflucht suchen solle, bis diese Berlin zurückerobert hätten. Ich legte keinen besonderen Wert auf diese Möglichkeit, und es ist auch nicht dazu gekommen. Ich weiß, daß andere von allen diesen Zuständen viel schwerer betroffen wurden als ich, möchte aber annehmen, daß auch meine persönlichen Erlebnisse die Zeit charakterisieren. Sie wiederholten und steigerten sich noch, als der Bürgerkrieg im Frühjahr 1920 nach dem Kapp-Unternehmen einen Höhepunkt erreichte, und noch einmal nach der Ermordung Rathenaus. Die einzelnen Ereignisse des Bürgerkrieges jener Monate habe ich mit meinen Wochenschauen nicht als Chronist aufgezählt, sondern in den politischen Zusammenhang der Kritik an der Revolution und ihren Folgen und der Warnung vor einem Versinken in das bolschewistische Chaos gestellt.

Für die Notwendigkeit, daß das Heer sich weiter zur Verfügung stelle, konnte ich mich nach dem Generalstreik vom März auf Hindenburg berufen.⁴⁸

⁴⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919.

»Gar nicht ernst genug kann von der deutschen Öffentlichkeit die Mahnung genommen werden, die der Feldmarschall v. Hindenburg in einem Gespräch vom 5. März aus Kolberg hat ergehen lassen. Er hält die Gefahr des bolschewistischen Einbruchs über die Ostgrenze so dringend, daß jeder ob Arbeiter oder Bürger, dagegen noch einmal wird Haus, Herd und Familie verteidigen müssen. Nur deshalb stehe er mit seinen 72 Jahren weiter auf seinem Posten, der ihm gewiß nicht leicht falle, weil er noch einmal verhindern wolle, daß Deutschland den russischen Horden ausgeliefert wird. Für unsere Freunde im Lande ergibt sich meines Erachtens hieraus eine doppelte Mahnung. Gerade die besten und tüchtigsten Kräfte der Offiziere und Mannschaften dürfen sich nicht zurückhalten, wo es gilt, den militärischen Schutz des Ostens durch die freiwilligen Truppen zu verstärken. Auf dem Lande aber muß alles geschehen, um dem Eindringen bolschewistischer, plündernder Horden, aber auch dem Eindringen der bolschewistischen Gedankengänge tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen, und in geeigneter Weise und durch geeignete Kräfte in der ländlichen Bevölkerung und namentlich auch bei den Landarbeitern Aufklärung über die ungeheuren Gefahren zu schaffen, die jedem einzelnen aus dem bolschewistischen Terror drohen.«

Als im März die Verzweiflung über das bevorstehende Friedensdiktat den Blick für die Größe der bolschewistischen Gefahr zu verdunkeln drohte, hielt ich es für erforderlich, den Überblick über die Bürgerkrieg-Schlachten mehrmals zu wiederholen⁴⁹ [... und dabei] gewissen gefährlichen Strömungen, die als Nationalbolschewismus bezeichnet wurden⁵⁰, den Nachweis entgegenzustellen, daß all die einzelnen Streiks und Straßenkämpfe nach einem einheitlichen Plane dazu dienten, Deutschland vollends auszuhungern und so für den Bolschewismus reif zu machen.

Besondere Aufmerksamkeit erregte München. Schon die Ermordung Eisners im Februar 1919 gab Anlaß, darüber zu berichten.⁵¹ Der Geiselmord vom 29. April 1919 war an sich geeignet, der deutschen Öffentlichkeit zum ersten Male die Augen für die Folgen bolschewistisch-verbrecherischer Gewaltherrschaft zu öffnen. Sein Eindruck war nicht nur infolge der sich überstürzenden Ereignisse weniger nachhaltig, als er es verdiente. Es handelte sich in der »Thule-Gesellschaft«⁵², deren Mitglieder ermordet wurden, ja nur um junge Leute aus der ostelbischen Junkerkaste. Graf Seidlitz-Sandreczki verlor dabei seinen ältesten Sohn und Fideikommissarben, dem er gestattet hatte, zwischen der Rückkehr aus dem Felde und der Ausbildung als Landwirt und Forstmann ein Jugendjahr in München seiner Liebe für die Malerei zu leben. Der Vater erlitt einen Zusammenbruch, dessen gesundheitliche Folgen den sonst so leidenschaftlichen und fleißigen Politiker monatelang dem öffentlichen Leben fernhielten. Das einzige weibliche Wesen, das dem Geiselmord zum Opfer fiel, war eine unverheiratete junge Nichte meines Namens, die der Thule-Gesellschaft Sekretärinnendienste geleistet hatte. Das Furchtbarste für die Mutter und die weitere Familie war die Ungewißheit über das Schicksal, das dem jungen Mädchen in den letzten Stunden vor der Erschießung bereitet worden war. Von meinem Vetter Generalleutnant v. Oven, der bei Einnahme Münchens das Kommando geführt hatte, erfuhr ich später, daß unsere Nichte sich tapfer gehalten habe, daß aber die schlimmsten Befürchtungen über ihre Behandlung begründet zu sein schienen.

Im Herbst 1919 nahm Westarp den Prozeß wegen des Geiselmordes zum Anlaß, um vor damals neuen Unruhen zu warnen.⁵³

⁴⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919; das folgende nach ebd. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

⁵⁰ Vgl. dazu unten S. 289 ff.

⁵¹ Kreuz-Ztg. Nr. 90 vom 23. 2. 1919.

⁵² Über sie vgl. die bei Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932, Darmstadt 1972, S. 134 u. 214 angeführte Literatur.

⁵³ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919.

»Es ist ein Bild aus Dantes Hölle, wie es scheußlicher noch keine Revolution hervorgebracht. Die niedrigsten und gemeinsten menschlichen Triebe feierten Triumphe, die ihnen die Macht über Unschuldige und Wehrlose verlieh. [...] Es darf nicht vergessen werden, daß es die russischen Juden Leviné und Levien gewesen sind, die neben den jetzt verurteilten Tätern an diesem gemeinen Verbrechen die Hauptschuld tragen. Man hat Mühe, das Gefühl tiefsten Ekels und der Schmach zu überwinden, es muß geschehen, um sich zu tatkräftigem Zorn gegen die Verbrecher und gegen die Zustände zu ermannen, die solche Tat möglich machten. Eine Stadt wie München, ein Land voller Kraft wie Bayern, läßt sich von einer Handvoll minderwertiger und verkommener Schurken und Narren tage- und wochenlang in Fesseln legen. Unser Volk kann es immer noch nicht lernen, daß in der menschlichen Natur auch die Kräfte der Gemeinheit und des Verbrechens lebendig sind, die durch stramme Zucht niedergehalten und wo sie hervortreten, mit eiserner Hand einer starken staatlichen Macht zu Boden geschlagen werden müssen, durch die Massenherrschaft aber frei entfesselt werden.«

In Berlin brachte der im März ausgekämpfte Generalstreik eine neue Wendung. Seine Bedeutung erschöpfte sich nicht in dem Blutvergießen bei den Straßenkämpfen von ungewöhnlich großem Umfang, die er herbeigeführt hatte, sondern beruhte auf politischen Begleitumständen und Folgen, denen ich in meiner Berichterstattung alsbald nachging.⁵⁴

»Sozialdemokraten und Unabhängige versuchen nun, Generalstreik und Straßenaufuhr in ihrer Entstehung von einander zu trennen. Das entspricht nicht den Tatsachen, denn zweifellos hätten die spartakistischen Elemente und die zu ihnen übergegangene Volksmarinedivision und sozialdemokratische Soldatenwehr ihren wohl vorbereiteten Plan, sich in fünf Kampftagen Schritt für Schritt der Herrschaft zu bemächtigen, nicht in Angriff nehmen können, wenn nicht am Montag, den 3. März, der Generalstreik ins Werk gesetzt worden wäre. Der ›Vorwärts‹ hat durchaus recht, daß er diesen Generalstreik als den ›verworrensten aller Generalstreiks‹ [...] bezeichnet. Hat man ihn doch begonnen, ohne sich vorher auch nur im geringsten den Kopf über die Forderungen zu zerbrechen, die man mit ihm durchsetzen wollte. Aber die Mehrheitssozialdemokraten können gleichwohl die Verantwortung für den Streik und seine Folgen nicht ablehnen, da die Mehrheit für den Streik nach der eigenen Darstellung des ›Vorwärts‹ nur dadurch entstanden ist, daß am Montag die Arbeiterräte der alten Sozialdemokratie sich der Abstimmung enthielten, und daß ihr Redner alsdann angesichts des so zustande gekommenen Mehrheitsbeschlusses erklärte, die sozialdemokratische Arbeiterschaft werde Solidarität üben. [...] Bei der Einstellung des Generalstreiks ließ die unabhängige Sozialdemokratie keinen Zweifel darüber, daß sie der Einstellung nur gezwungenermaßen zustimmte und den mit dem Generalstreik eröffneten Kampf fortzusetzen gewillt sei. So muß man wohl annehmen, daß der Beschluß der Spartakisten, den Streik auf Wasser und Licht auszudehnen, den Sozialdemokraten mehr den äußeren Vorwand für den Abbruch des Streiks gegeben hat, während der innere Grund darin lag, daß infolge der militärischen Niederwerfung des Aufruhrs auch der Generalstreik ein aussichtsloses und im übrigen ein sehr unpopuläres Unternehmen geworden war.«

Seitdem trat zu der unmittelbaren Bedrohung von Leib und Leben, Sicherheit und Kultur die weitere Gefahr, daß Mehrheitssozialdemokratie, Regierung und Regierungsmehrheit durch gesetzgeberisches Nachgeben in das bolschewistische Chaos zu versinken drohten. Hierauf wies ich gleich bei meinem ersten Bericht über den Generalstreik hin.⁵⁵

»Der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft sowie das Versprechen, die Arbeiter- und Soldatenräte in der Verfassung zu verankern, sind von der Regierung der Mehrheitsparteien unter dem Drucke der Straße beschlossen worden. [...] Bis Ende Februar hielten alle Regierungsparteien daran fest, daß die Sozialisierung nicht über-

⁵⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919.

⁵⁵ Wie Anm. 54.

stürzt und nicht vor Abschluß der Friedensverhandlungen ernstlich in Angriff genommen werden dürfe. [...] Am 26. Februar erging eine Erklärung der Regierung, daß kein Mitglied des Kabinetts daran denke, das Räte-system in irgend welcher Form, sei es in der Verfassung, sei es in den Verwaltungsapparat, einzugliedern. Am 3. März erschien dann ein Aufruf des Reichsministeriums⁵⁶, in dem ein ›Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie‹ mit dem Ausbau der Betriebsräte und der konstitutionellen Fabrik in Verbindung mit der Sozialisierung geeigneter Wirtschaftszweige verkündet wurde. Am 4. März wurden die beiden Gesetzentwürfe veröffentlicht, und am 5. März konnte der ›Vorwärts‹ die Vereinbarung der Regierung mit einer Abordnung der sozialdemokratischen Arbeiterräte Berlins bekanntgeben, in der unter anderem gesagt war, daß die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und ›in der Verfassung verankert‹ werden sollten und daß Betriebsräte, Bezirks-Arbeitsräte und ein Zentral-Arbeitsrat gebildet werden sollte mit nicht nur wirtschaftlichen, sondern öffentlich-rechtlichen und politischen Befugnissen.«

Beide Zusagen wurden erfüllt und führten noch im März 1919 zu den Gesetzen über die Sozialisierung und die Einfügung des Räte-systems in die Verfassung, die grundsätzlich und gesetzestechnisch Fehler und Mißerfolge waren. Die Absicht, den Räten gesetzlich die Diktatur des Proletariats zu übertragen, konnte verhindert werden. Der Bürgerkrieg ging in andere Formen über.

⁵⁶ Vgl. dazu Kabinett Scheidemann, S. 10, Anm. 2.

Kapp-Unternehmen

Der kriegerische Ansturm der Linksradikalen gegen die Revolutionsregierung der Nationalversammlung wurde am 13. März 1920 auf wenige Tage durch den gewaltsamen Vorstoß von rechts unterbrochen, der sich ebensowohl gegen die Gefahr der Bolschewisten wie gegen das System der Regierung Ebert richtete. Man hat sich unter dem Einfluß gehässiger Agitation oder einseitiger, vom Erfolg bestimmter Kritik daran gewöhnt, vom »Kapp-Putsch« zu sprechen. Das Unternehmen Kapp-Lüttwitz hat historisch eine größere Bedeutung als ein Putsch, der es verdient, daß man die Erinnerung daran verblassen läßt.

Der historische Tatbestand ist in allen wesentlichen Punkten geklärt. Den bis jetzt letzten Abschluß des darüber entstandenen Schrifttums bildet das 1937 erschienene Buch von Schemann¹. [...] Dieses Werk ist grundlegend durch den Nachweis, daß das gemeinhin als belangloser Putsch angesehene Unternehmen eine Tat nationalen Willens und Erwachens gewesen ist, der trotz ihres Scheiterns nachhaltige Bedeutung zukommt. Den Tatbestand, den Schemann zugrunde legt, habe ich in den wesentlichen Punkten weder zu berichtigen noch zu ergänzen, und in tatsächlicher Beziehung können meine persönlichen Erinnerungen nur in Einzelheiten das Bild lebendiger gestalten. Dagegen ergibt sich aus dem Bericht über die Tätigkeit, die ich dem Unternehmen gewidmet habe, ein Bild über den Zusammenhang, in dem die Ursachen des Unternehmens und die Folgen seines Scheiterns mit der politischen Lage Deutschlands im zweiten Jahre nach dem Zusammenbruch gestanden haben.

Meine Beziehungen zur Vorbereitung und Durchführung des von Kapp geplanten Staatsstreiches sind enger gewesen, als ich es damals der Öffentlichkeit und selbst den maßgebenden Kreisen der DNVP mitgeteilt habe und als es bisher bekannt ist. Ich sah nach dem Scheitern von Kapp keinen Anlaß, mich den strafrechtlichen und gewalttätigen Angriffen auf die »Kappisten« und den politischen Folgen auszusetzen, die sie von weiterer politischer Arbeit und Einflußnahme ausschalteten. Dazu kam die Rücksicht auf die Freunde, die ich nicht kompromittieren wollte, und auf den Bestand der in der DNVP zusammengeschlossenen Rechten. Den Haussuchungen und Plünderungen, die ich voraussah, sind zwar bei mir nicht erfolgt. Wer den Wirrwarr jener Märztage in Berlin miterlebt hat, weiß, wie nahe damals die Möglichkeit solcher Eingriffe lag. Kriminalistische Erfahrungen, die ich als Polizeipräsident gesammelt hatte, halfen mir über die Schwierigkeiten hinweg, die es besonders in Wohnungen mit Zentralheizung macht, ein dickes Paket Papier sicher dem Zugriff zu entziehen. Freilich kam ich mir merkwürdig vor, als ich den Berliner Verbrechertrick anwendete, verdächtige Schriftstücke in kleine Stücke zu zerreißen und auf eine größere Anzahl von Ausgüssen der Kanalisation zu verteilen. Es war eine mühselige Arbeit, die heute noch die unerfreuliche Folge hat, daß ich meine 20 Jahre zurückliegenden Erinnerungen nicht so vollstän-

¹ SCHEMANN. Maßgebende neuere Darstellung: ERGER.

dig, wie ich es sonst zu tun pflegte, durch gleichzeitig gemachte Aufzeichnungen auffrischen und belegen kann.

Dagegen stehen mir ausreichende Belege für mein Verhalten nach dem Scheitern des Unternehmens zur Verfügung. Die Aufgabe war, die Pflicht des Anstandes gegen die unmittelbar in die Katastrophe verwickelten Führer des Unternehmens nicht zu verletzen und alles zu vermeiden, was die unbedingte und entschlossene Gegnerschaft gegen das herrschende revolutionäre System und seine Träger abgeschwächt oder gar verleugnet hätte. Ihre Erfüllung habe ich auch da in den Vordergrund gestellt, wo sie sich nicht ganz mit dem Bestreben vereinbaren ließ, einer ebenso politisch wie persönlich unerwünschten Verfolgung auszuweichen. Größer waren die Schwierigkeiten, die sich aus der Rücksicht auf den einheitlichen Bestand der DNVP in denjenigen Fragen ergaben, in denen mir deren Abrücken von dem Unternehmen zu weit ging.

Zur Vorgeschichte

Ich hatte Kapp erst im Weltkrieg persönlich näher kennengelernt, als ich 1916 für ihn gegen v. Bethmann eintrat und als er im Sommer 1917 die Vaterlandspartei ins Leben rief und Mitglied der konservativen Reichstagsfraktion wurde.² Seitdem stand ich zu ihm in einem Verhältnis freundschaftlichen Vertrauens. Bei verschiedenen Unterredungen, zu denen wir im Jahre 1919 zum Teil unter Vermittlung von Kreth zusammentrafen, sprach er sich, wie ich mich erinnere, rückhaltlos über seine erst allmählich feste Gestalt annehmenden Pläne aus, die durch die Novemberrevolution geschaffenen Zustände gewaltsam zu beseitigen. Wir waren durchaus der gleichen Ansicht über die Unhaltbarkeit der revolutionären Mißwirtschaft. Seinem Draufgängertum, dem ich schon im Kriege nicht immer hatte folgen können, stellte ich Bedenken über die Möglichkeit des Erfolges entgegen. Ihn aber beschäftigte besonders der Gedanke, daß mit einem Einschreiten nicht länger gewartet werden könne. Er sah von seinem ostpreußischen Standpunkt aus über die vom russischen Bolschewismus im Bunde mit dem deutschen Spartakismus drohende Gefahr besonders klar und hielt die Lage für so ernst, daß ohne Aufschub die zum Widerstand vollständig unfähige, von der Sozialdemokratie beherrschte und vom Radikalismus abhängige Koalition durch eine tatkräftige Regierung ersetzt werden müsse, deren Bildung ohne Gewaltanwendung nicht zu erreichen war.

Gleichzeitig arbeitete die Nationale Vereinigung.³ Auch der Oberst Bauer, der zu ihren Führern und Gründern gehörte, hatte vom Weltkriege her Fühlung mit mir, und mit Hauptmann Pabst, ihrem rührigen Geschäftsführer, kam ich durch ihn in Verbindung. Nach ihrem Programm, das Noske wiedergibt⁴, verfolgte sie nur gesetzliche Zwecke wie die Verbindung der nationalen Verbände untereinander, die Fürsorge für entlassene Soldaten und Frontkämpfer. Ohne mangels Unterlagen Näheres darüber angeben zu können, erinnere ich mich daran, daß sie Vorbereitungen eines Staatsstreiches betrieb, dabei mit Kapp in Verbindung stand und daß ich das gewußt und gebilligt habe. Bald nach Neujahr 1920⁵ wurde meine Verbindung mit den Vorbereitungen

² WESTARP II, S. 168 f., 526, 529, 621 f.

³ Über sie siehe Lexikon zur Parteiengeschichte IV, S. 397 f. und ERGER, S. 85 f.

⁴ NOSKE, S. 201 f.

⁵ Der hier folgende Abschnitt auch bei ERGER als Dokument 17 (mit zahlreichen Auslassungen).

Kapps enger. Im Januar suchte mich Graf Carmer (Ziesewitz) auf, der mir in der konservativen Fraktion nahegestanden hatte, um mir mitzuteilen, daß Kapp ihn als Generallandschaftsdirektor von Schlesien mit führenden Personen anderer Provinzen eingeladen hatte, um sie für die Teilnahme an seinem Unternehmen zu gewinnen. Graf Carmer hatte trotz starker Bedenken wegen des Erfolges schließlich zugesagt, seine Mitwirkung aber mit einigen anderen Herren, in deren Auftrag er zu mir komme, an die Bedingung geknüpft, daß ich in den engeren Kreis eintrete, der das Unternehmen vorbereite, und im gegebenen Augenblick dem gewaltsamen Vorgehen zustimme. Ich empfand die mir vertrauensvoll übertragene Verantwortung als sehr schwer, glaubte aber, sie nicht ablehnen zu können. Bald darauf trat ich auf Aufforderung Kapps einem kleinen Ausschuß bei, der das Unternehmen politisch vorbereiten sollte. Meine Papiere darüber gehören zu denjenigen, die ich Ende März 1920 der Kanalisation übergeben habe. In der Literatur habe ich über diesen Ausschuß nichts gefunden. Als Mitglieder stehen in meiner Erinnerung Kapp, Ludendorff und ein von v. Wangenheim besonders hochgeschätzter Oberverwaltungsgerichtsrat, früherer Oberpräsidialrat, den ich später aus den Augen verloren habe und dessen Namen (Schimmelpfennig?)⁶ ich nicht mehr mit Bestimmtheit angeben kann. Wir haben an dem Regierungsauftrag Kapps vom 13. März 1920 mitgewirkt⁷ und mit deutscher Gründlichkeit ein Programm für Gesetzgebung und Verwaltung in Angriff genommen. Es ist eine Beobachtung, die ich in der Folge noch öfter gemacht habe, daß deutsche Politiker, die eine gewaltsame Umwälzung planen oder wünschen, nur zu leicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Wir prüften mit Eifer, was der Diktator tun solle, nachdem er an die Macht gelangt war; auch die Personalien der zu ernennenden Minister, Oberpräsidenten usw. haben wohl auf unserem Arbeitsprogramm gestanden. Kapp selbst berichtet⁸, daß er mit diesen Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen sei, als v. Lüttwitz loszog. Daran, daß wir die Voraussetzungen für das Gelingen des Staatsstreiches erörtert hätten, erinnere ich mich nicht.

Von den außerhalb des engeren Kapp-Kreises stehenden Personen habe ich nur v. Heydebrand gelegentlich einer persönlichen Anwesenheit in Berlin mündlich ins Vertrauen gezogen. Das gab mir die Möglichkeit, ihn durch briefliche Andeutungen einigermaßen auf dem Laufenden zu halten. Da wir stets mit Post- und Telefonkontrolle rechnen mußten, so konnte das nur in verdeckter Sprache geschehen. So gab ich ihm einen Bericht [16. Februar] über die Kommissionsarbeit.

»Erinnern Sie sich vielleicht eines Gespräches, das wir auf einer Droschkenfahrt durch die Tiergartenstraße hatten? Diese Angelegenheit hat jetzt greifbare Formen angenommen, und auch ich bin zu gutachterlicher Stellungnahme dabei ziemlich intensiv in Anspruch genommen. Sollten Sie einmal Richthofen-Mertschütz sehen, so bitte ich ihm zu sagen, ich hätte keine Bedenken, daß er Ihnen mitteilt, was er von der Sache weiß. Es handelt sich auch heute lediglich um vorbereitende Entschlüsse.«

Auch am 25. Februar verwies ich ihn auf mündliche Mitteilungen von v. Richthofen-Mertschütz, den ich in Berlin gesehen hatte, und fügte hinzu:

»Die Dinge, um die es sich dabei handelt, sind augenblicklich gar nicht akut, und Anlässe zu irgend welchen Krisen verlaufen zur Zeit im Sande.«

⁶ Es käme in Frage Wilhelm Schimmelpfennig (*1859), Oberpräsidialrat.

⁷ Text bei SCHEMANN, S. 222 ff., ferner bei BRAMMER, S. 16.

⁸ Siehe SCHEMANN, S. 143.

Nach meiner Erinnerung habe ich mit v. Lüttwitz mehrere Besprechungen gehabt. Die von Schemann angeführte Niederschrift des Generals über eine dieser Besprechungen, in der es heißt: »Graf Westarp war gegen »Anwendung von Gewaltmaßnahmen«⁹, ist in dieser Allgemeinheit mißverständlich. Grundsätzlich habe ich die Gewaltanwendung nicht abgelehnt, sondern nur auf Prüfung der Möglichkeit des Erfolges gedrängt. Über den Standpunkt, den ich in der letzten Besprechung dieser Art eingenommen habe, gibt ein Brief [13. März] an v. Heydebrand Auskunft.

»Die letzten Ereignisse haben sich teils ohne jedes Votum von mir abgespielt; die Bedenken gegen den jetzigen Moment habe ich noch am Mittwoch geltend gemacht; für das Gegenargument, jetzt habe man noch die Kräfte, nach einem Monat nicht mehr, habe ich dann die Verantwortung den militärischen Führern zugeschoben, dabei allerdings den Standpunkt eingenommen, daß ich, wenn diese Voraussetzung zutreffe, nicht abmahnen könne, weil ich zugeben müsse, daß vor dem Frühjahr mit der Bolschewisten-Gefahr der Wechsel herbeigeführt werden müsse.«

Ebenso wie Kapp von sich berichtet, daß er von den Schritten von v. Lüttwitz, die zum Losschlagen zwangen, nicht unterrichtet gewesen ist, habe auch ich davon nichts erfahren. Auch darüber habe ich v. Heydebrand am 13. März berichtet.

»Man hat mich nicht mehr gefragt in den letzten entscheidenden Stadien, in denen Verhandlungen zwischen Lüttwitz und Regierung zum Bruch führten. Alles Nähere hierüber, auch die im Wesentlichen abmahrende Haltung der beiden Rechtsparteien, läßt sich dem Papier nicht anvertrauen. Mein Mandat¹⁰ sehe ich nun als erledigt an.«

Davon, wie v. Heydebrand den Plan beurteilt hat, liegt mir nur eine Andeutung in einem Brief vom 10. März vor.

»Buch, bei dem ich neulich Abend war, zeigte sich – ganz spontan – über alles genau orientiert, teilte übrigens in der Sache selbst anscheinend ganz unsere Meinung, nur daß er einen augenblicklichen Erfolg für leicht und sicher ansah.«

Ich sehe darin eine Bestätigung meiner Erinnerung, daß auch v. Heydebrand den Gedanken des Staatsstreiches als solchen grundsätzlich nicht abgelehnt hat, daß seine Bedenken hinsichtlich des Erfolges aber wohl noch größer waren als die meinigen. An den Verhandlungen, die Hergt in den letzten Tagen vor dem 13. März geleitet hat, bin ich gleichfalls nicht unmittelbar beteiligt gewesen und war auf die Mitteilungen vollendeter Tatsachen angewiesen, die Hergt dem Parteivorstande oder engeren Kreise machte. Mir war die abmahrende und ablehnende Haltung der DNVP wenig sympathisch. Ebenso ging mir die pessimistische Abneigung gegen das drohende Unternehmen, die in diesen Besprechungen und den anschließenden zahlreichen Gesprächen mit Parteifreunden aller Art entgegentrat, vielfach zu weit. Da ich aber die letzten Absichten der Kapp und v. Lüttwitz nicht kannte, war es schwer, dem entgegenzutreten, und ich habe mich wohl im wesentlichen auf Zuhören beschränkt.

Viel Aufsehen und scharfe Kritik innerhalb der DNVP erregte später der Schritt v. Lindeiners, der, als Hergt und er Anfang März 1920 Kenntnis von der Vorbereitung des Staatsstreiches erhielten, am 9. März im Auftrage Hergts dem Staatskommissar v. Berger Anzeige erstattete. Praktischen Erfolg hat diese Anzeige nicht gehabt. v. Berger, der bereits am 8. März¹¹ den von Noske mitgeteilten Bericht über die Mißstim-

⁹ Ebd., S. 135.

¹⁰ Vgl. die Verhandlungen über eine Aufstellung Westarps für die auf jeden Fall in Kürze stattfindenden Reichstagswahlen, oben S. 82 ff.

¹¹ Siehe ERGER, S. 118 f.

mung im Heere erstattet hatte, erwiderte v. Lindeiner, er sei bereits informiert und nehme an, daß eine von ihm angeregte Besprechung des Reichskanzlers¹² mit v. Lüttwitz Beruhigung bringen werde. Nach dem Scheitern des Unternehmens aber hat die DNVP z. B. durch den Redner der Reichstagsfraktion Düringer v. Lindeiners Anzeige als Beweis dafür ins Feld geführt, daß die Partei sich an dem Unternehmen nicht beteiligt habe. Das hat die gegnerische Agitation kaum abgeschwächt und in nationalen Kreisen manche Mißstimmung erregt. Wann ich v. Lindeiners Schritt erfahren habe, kann ich nicht sagen; jedenfalls ist es erst nachträglich geschehen. Bestimmend für seinen Schritt war neben der mir zu weit gehenden grundsätzlichen Ablehnung des Unternehmens eine strafrechtliche Erwägung. Bei einem hochverräterischen Unternehmen konnte schon die Unterlassung der Anzeige durch denjenigen, der davon Kenntnis erhalten hatte, zur Strafverfolgung führen, und v. Lindeiner hat damals und später oft ausgeführt, daß die Vertreter der DNVP sich und die Partei nicht dem Vorwurf aussetzen durften, dieses Verbrechen begangen zu haben.¹³ Ich habe keinen Zweifel, daß dies in Wahrheit das Motiv seines viel umstrittenen Schrittes gewesen ist. Nun hatte ich meinerseits mich seit Monaten dieser Straftat schuldig gemacht und dies vor meinem, wenn nicht juristischen, so doch politischem Gewissen damit gerechtfertigt, daß die Hochverräter des 9. November 1918, die sich selbst amnestiert hatten, keinen Anspruch auf den für die Verfassung des Kaiserreiches eingeführten Hochverratschutz des alten Strafgesetzbuches hatten. Unter diesen Umständen habe ich mich an der Diskussion über den Schritt v. Lindeiners, die praktisch nichts ändern konnte, wenig beteiligt. Auch in späteren Fällen hat v. Lindeiner die Anzeigepflicht ernster genommen, als ich es für politisch richtig hielt und selbst gelegentlich ohne viel Aufheben tat.

Mehrere der politischen Gedanken, die ich seit dem Herbst 1919 bis zum 13. März 1920 aus meiner grundsätzlichen Einstellung heraus vertreten habe, standen gleichzeitig in Beziehung zu dem Kapp-Unternehmen. Sie entsprachen, wie ich aus der Unterredung mit Kapp wußte, den Motiven, die ihn und v. Lüttwitz bei dem Entschluß zu dem Unternehmen und bei dessen Durchführung leiteten, und dienten einer Propaganda, mit der die Stimmung für eine Anwendung von Gewalt vorbereitet werden sollte. Im Vordergrund dieser Erwägungen stand die Gefahr des kommunistisch-bolschewistischen Bürgerkrieges. Obwohl er in der zweiten Hälfte von 1919 etwas weniger scharfe Formen angenommen hatte, hielt ich daran fest, daß die Gefahr keineswegs beseitigt war, sondern immer drohender ihr Haupt erhob. Wiederholt¹⁴ beschäftigte mich die Haltung der USPD. Versuche, die Partei oder wenigstens einen gemäßigten Flügel von ihr zur Mehrheitssozialdemokratie herüberzuziehen, konnten, wie ich feststellte, nur die Folge haben, die sozialdemokratische Regierungspartei selbst noch mehr zu radikalieren, ohne daß dadurch der neben ihr stehende Radikalismus anderer Richtungen beseitigt oder nur abgeschwächt wurde. Die Vereinigung sollte mit dem Preis der Beseitigung Noskes bezahlt werden. Außerdem wies ich nach, daß die USPD selbst nach wie vor weitere revolutionäre Kämpfe vorhatte, um dem Ziel der Rätediktatur näher zu kommen. Die »Freiheit« schrieb im September 1919,

¹² Über die Besprechung bei Reichskanzler Hermann Müller, siehe ERGER, S. 121 f.

¹³ Zu Reaktionen in der DNVP siehe unten S. 220 ff.

¹⁴ Kreuz-Ztg. jeweils IP: Nr. 413 vom 31. 8. 1919, Nr. 452 vom 21. 9. 1919, Nr. 568 vom 23. 11. 1919, Nr. 581 vom 30. 11. 1919, Nr. 6 vom 4. 1. 1920.

während die Verhandlungen über die Vereinigung mit der SPD schwebten, Deutschland befinde sich nach wie vor in einem vorrevolutionären Zustande. Als dann die Verhandlungen abgebrochen waren, legte ich Einspruch gegen Ausführungen in Eberts Neujahrskundgebung ein, in denen er rühmte, daß das Chaos im vergangenen Jahre abgewehrt worden sei.¹⁵

»Auch hierbei zeigt er einen erkünstelten Optimismus, der wahrscheinlich der wahren Meinung der regierenden Kreise und Parteien entspricht.«

Zwar scheine es, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten und die weiter links stehenden Radikalen in den letzten Monaten eingesehen hätten, daß sie zur Zeit nicht stark genug zu einem gewaltsamen Kampf um die Herrschaft seien. Aber die »Freiheit« rechne ausdrücklich damit, daß über kurz oder lang recht wohl eine Situation eintreten könne, »die dem deutschen Proletariat die Bahn für eine neue Phase aktiver revolutionärer Politik öffnen werde«. Man müsse daher

»alles zur Sammlung und Festigung der proletarischen Kräfte, zur Revolutionierung der bestehenden Organisationen, zur Schaffung der Kaders für den wirtschaftlichen Aufbau und für das Eindringen in alle Machtpositionen der herrschenden Klasse tun.«

Diese Ausführungen waren mit einem lebhaften Appell an die sozialrevolutionäre Internationale verbunden. Das alles zeigte nur, wie »der Wille zur Weltrevolution und die Entschlossenheit, im gegebenen Augenblick loszuschlagen«, »selbstverständlich in diesen Kreisen stark und lebendig« sei.

Hinter der USPD stand, wie ich im November 1919 feststellte¹⁶, eine Anzahl radikaler Richtungen, von denen es schwer sei, sich ein klares Bild zu machen.

»Zum Teil handelt es sich um Querköpfe, von denen jeder für sich allein oder mit einer kleinen Schar fanatisierter Anhänger eine Richtung bildet. Immerhin hebt sich aus diesem Brei des Radikalismus als eine geschlossene Masse diejenige des Kommunismus heraus.«

Dieser sei energisch an der Arbeit, eine feste Organisation zu schaffen und, wie ich mit Einzelheiten belegte, vornehmlich auch in die Landwirtschaft einzudringen. Sein Ziel sei die Diktatur des Proletariats durch die Betriebs- und Arbeiterräte und die Vernichtung allen Privateigentums. Der Kampf richte sich ebenso gegen die Gewerkschaften wie gegen das Parlament. Die Kampfmittel seien Massenstreiks und Massendemonstrationen, Putsch und Aufruhr. Keine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien würde uns von dem Vorhandensein einer radikalen, zum weiteren Kampf mit den schärfsten Mitteln entschlossenen Gruppe befreien. Alle meine Betrachtungen über verfehlte wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung, insbesondere über den sozialdemokratischen Parteisekretär und »sogenannten preußischen Landwirtschaftsminister« Braun, der mit seiner Arbeiterpolitik die Landwirtschaft schwer schädigte¹⁷, und über die steigende wirtschaftliche Not schlossen damals mit dem Hinweis, daß dadurch dem Radikalismus immer neue Massen zugeführt würden und die Gefahr des Bürgerkrieges vermehrt werde. [...]»¹⁸

Ein Eisenbahnerstreik, der von Elberfeld auf Essen und Münster übergesprungen war, mit einer unsinnigen Lohnforderung wurde selbst vom »Vorwärts« als eine rein

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 6 vom 4. 1. 1920, IP.

¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 581 vom 30. 11. 1919, IP.

¹⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP.

¹⁸ Hier folgen weitere Hinweise auf die Gefahren eines Bürgerkrieges und die Unsicherheit der Lage.

politische Kampfmaßnahme verurteilt, die der Einführung des Rätessystems nach kommunistischem Muster bei der Eisenbahn die Wege ebnen sollte. Ich erinnerte¹⁹ an die Zeit, in der in Preußen eine verhältnißmäßig starke Staatsregierung, gestützt auf eine »reaktionäre Mehrheit«, gegen heftige Angriffe, aber nicht ohne Erfolg daran festgehalten habe, den Streik von den staatlichen Verkehrsbetrieben fern zu halten. Mit dem Generalstreik drohten, wie ich im einzelnen belegte, aus Anlaß der Beratungen über das Betriebsrätegesetz kommunistische und auch unabhängige Organisationen. Am 13. Januar erfolgte von dieser Seite ein Sturm auf den Reichstag.²⁰

»Wären die Massen so, wie sie von hetzerischen Agitatoren aufgepeitscht erstrebten, in das Reichstagsgebäude eingedrungen, so hätte das, darüber kann wohl kein Zweifel sein, zur bolschewistischen Diktatur geführt. Die Sicherheitswehr hat diesen Verlauf der Dinge durch ihre Verteidigung des Reichstages unter einer beträchtlichen Zahl blutiger Opfer noch einmal abgewendet. Nun hat man den alten Belagerungszustand, in der neuen Form des Ausnahmezustandes, aber mit verschärftem Inhalt wieder hervorgeholt. Auch in den Streikgebieten ist er verhängt, die Aufforderung zum Streik gegen lebenswichtige Betriebe verboten und den Streikenden die Entlassung angedroht, gleichzeitig aber sind Lohnsteigerungen bewilligt, die das Defizit der Eisenbahn um weitere Milliarden vergrößern.«

Die Wendung, die der drohenden Gefahr des Bürgerkrieges ein neues Gesicht verlieh, kam vom Osten. Die Annahme, daß man in Kürze mit einem Angriff des zur Weltrevolution vorwärts treibenden Bolschewismus rechnen müsse, von dem die inneren Revolutionäre neuen Antrieb und neue, Unheil drohende Verstärkung erfahren würden, brachte Kapp und v. Lüttwitz mehr und mehr zu der Überzeugung, daß man mit einer, wenn nötig gewaltsamen Änderung der Regierung nicht mehr warten dürfe. Auch ich habe mir die Annahme, von der sie dabei ausgingen, zu eigen gemacht, und in den meisten Wochenschauen der letzten drei Monate vor dem Kapp-Unternehmen meinen oppositionellen Betrachtungen in der Art eines *ceterum censeo* den Hinweis auf den bevorstehenden Angriff des Bolschewismus angefügt.²¹

Im Oktober 1919 hatte die Regierung teils aus eigener Gegnerschaft, teils unter dem schmachvollen Druck der Versailler Mächte²² den Truppen, die im Baltikum gegen den Bolschewismus kämpften, den Rückmarsch befohlen.²³ Graf Goltz hatte sich gezwungen gesehen, den Oberbefehl niederzulegen, und die Auflösung der Truppe war eingeleitet. Ich erblickte darin eine Gefahr für die Ostgrenze.²⁴

»Kenner der Verhältnisse nehmen mit Bestimmtheit an, daß nicht nur einzelne Banden, sondern geschlossene bolschewistische Truppen binnen weniger Monaten die ostpreußische Grenze bedrohen werden, zumal da auch im Königreich Polen die bolschewistische Gefahr im Steigen begriffen ist. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für das schon einmal so schwer heimgesuchte und nun bald von dem übrigen Vaterland vollständig abgeschnittene Ostpreußen bewußt ist, hätte unter allen Umständen die rückkehrenden Truppen benutzen müssen, um sie geschlossen zum Schutze der Grenze einzusetzen. Sie kennen den Kampf gegen den Bolschewismus und haben gezeigt, daß sie entschlossen sind, den Boden der Heimat gegen diese Gefahr zu verteidigen.«

¹⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 19 vom 11. 1. 1920, IP.

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP.

²¹ Kreuz-Ztg. jeweils IP: Nr. 507 vom 19. 10. 1919, Nr. 630 vom 28. 12. 1919, Nr. 19 vom 11. 1. 1920, Nr. 71 vom 8. 2. 1920.

²² Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 507 vom 19. 10. 1919, IP.

²³ Siehe hierzu ERGER, S. 52 f.

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 630 vom 28. 12. 1919, IP.

Die Sozialdemokratie verschloß um des Parteiinteresses willen die Augen vor der Gefahr. Ich mußte berichten, daß der »Vorwärts«, übrigens mit ausdrücklicher Billigung des »Berliner Tageblattes«, aus Furcht, daß unsere Ostelbier mit Hilfe der »Eisernen Division« des Majors Bischoff²⁵ den Versuch unternehmen würden, die verhaßte Republik zu stürzen, verlangte, man solle die Provinz durch die unverzügliche Abberufung der Baltikumtruppen wehrlos machen. Noske berichtet, wie diese Forderung in den Monaten bis zum März erfüllt worden ist.²⁶

Zu der im Februar 1920 angeordneten Verkleinerung der Reichswehr bis 10. April auf 200 000 Mann, bis 10. Juli auf 100 000 Mann, schrieb Westarp²⁷:

»Mit dem jetzigen Zugeständnis ist weder unsere Grenze noch die Ordnung im Innern ausreichend zu schützen. Schon die Festsetzung einer neuen Frist, binnen derer das Heer weiter verkleinert werden soll, muß jede wirksame Vorbereitung unmöglich machen. Truppen, die in absehbarer Zeit vor der Auflösung stehen oder bei denen der weitere Bestand ganz unsicher ist, lassen sich weder genügend ausbilden noch ausrüsten.«

Diese Wehrlosigkeit wurde um so verhängnisvoller, je näher die Gefahr eines bolschewistischen Angriffes rückte. Rußland stand im Kriege mit Polen. Ich bestritt, daß sein Friedensangebot vom Dezember 1919²⁸ eine endgültige Preisgabe seiner kriegerischen Absichten bedeute, und ging davon aus, daß Polen unterliegen werde. Der Sieg von Warschau, durch den Polen erst in der zweiten Hälfte August 1920 den russischen Einmarsch zurückschlagen konnte, war auch für die Mehrzahl der deutschen militärischen Führer eine Überraschung. Gelang es aber dem Bolschewismus, sich Polens zu bemächtigen, so mußten wir – wie ich wiederholt ausgeführt habe – damit rechnen, daß er die Zeit für gekommen halten würde, die Weltrevolution über die ihm offen stehende deutsch-polnische Grenze nach Deutschland hinein zu tragen. Auch über sonstige Anzeichen für die Absicht Rußlands, in Deutschland einzufallen, und für seine militärische Erstarkeung hatte ich zu berichten.²⁹

»Nach allen Nachrichten, die mir zugänglich sind, halte ich es nicht nur für möglich, sondern für in hohem Maße wahrscheinlich, daß der Bolschewismus im Frühjahr oder Sommer einen gewaltigen Vorstoß gegen unsere Ostgrenze macht. Lenin stellt sich immer mehr als ein Mann dar, der mit allen Mitteln die Weltherrschaft seiner Ideen, wenn nicht seiner Person erstrebt, und der Bolschewismus drängt, selbst wenn seine Führer es nicht wollten, der Weltrevolution entgegen. Nach den Siegen der bolschewistischen Armeen in Rußland wird man ihre Stärke auf über eine halbe Million zu schätzen haben. Daß die Bolschewiki zur Zeit mit Polen verhandeln, beweist gar nichts gegen ihre kriegerischen Absichten, die sie der Witterung wegen nicht vor dem April oder Mai zur Durchführung bringen können. Stoßen sie gegen Warschau vor, so wird Polen ihnen sicher keinen erfolgreichen Widerstand leisten; seine Westgrenze liegt jetzt bei Bentschen. Das von Deutschland losgelöste Ostpreußen würde sich gleichzeitig gegen Litauer, Letten und Esten zu verteidigen haben.«

General v. Vietinghoff bestärkte mich durch einen Brief vom 21. Februar in dieser Auffassung.

»Die Entwicklung der politischen Dinge in Rußland und unserem Osten kann die Keime zu einem Umschwung in sich tragen, wenn unsrerseits richtig verfahren wird, was allerdings von unse-

²⁵ Josef Bischoff, Major, Führer der »Eisernen Division«. Memoiren: Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919, Berlin 1935.

²⁶ NOSKE, S. 180–185.

²⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 97 vom 22. 2. 1920, IP. Insgesamt hierzu SALEWSKI.

²⁸ SCHULTHESS 1919/II, S. 310 (22. 12.1919).

²⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 71 vom 8. 2. 1920, IP.

rer Hanswurst-Regierung nicht erwartet werden kann. Tatsache ist, daß die Sowjetregierung überall siegreich, gegen Polen eine festgefügte Armee von 600 000 M[ann]. mindestens bereit hat. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich aus dem roten bolschewistischen Heer eine nationale russische Armee herauswächst. Diese würde in erster Linie die verlorenen Provinzen wieder einbringen, also Polen. Es besteht dann die Gefahr, daß sie damit auch die uns entrissenen Provinzen und Ostpreußen nimmt [...]. Wahrscheinlicher aber ist mir, daß die Sowjetregierung mit den Mitteln einer disziplinierten Armee ihre Pläne der Weltrevolution fortsetzt, hinter welcher die Weltherrschaft des Judentums steht. In solchem Fall ist Deutschland unmittelbar bedroht und kann und muß überrannt werden.«

Seine weiteren in der »Kreuzzeitung« vom 19. Februar³⁰ entwickelten, in dem Brief näher erläuterten Gedanken, daß wir uns durch Schaffung einer Armee bündnisfähig für England gegen den Bolschewismus machen müßten, lagen damals außer dem Bereich der Möglichkeit. Seine Ansicht über die Größe der bolschewistischen Gefahr teilte ich vollkommen, und ich fügte meinem auch sonst getätigten Widerstand gegen nationalbolschewistische Träumereien entsprechend hinzu³¹:

»Mag Lenin noch Träger des Bolschewismus im bisher gewöhnlichen Sinne sein oder mag er die Diktatur über das Russenreich auf anderer Grundlage aufgebaut haben, wir jedenfalls [werden] mit der Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit eines offensiv imperialistischen Charakters seiner Herrschaft zu rechnen haben.«

Schließlich ging ich davon aus, daß Unabhängige, Kommunisten und Radikale in planmäßigem Zusammenwirken auf den russischen Angriff warteten und alles vorbereiteten, um dann selbst loszuschlagen. Die Vorstöße vom Januar 1920 seien den Führern vielleicht nur zu früh losgebrannt.³²

»Rückt der Bolschewismus im Osten vor, so wird der Kampf an der Grenze, der die kümmerliche uns verbliebene Wehrmacht in Anspruch nimmt, und der Kampf in dem entblößten Innern Deutschlands zusammen entbrennen. [...]

Wird der Bolschewismus des Ostens oder der Kommunismus und Radikalismus Deutschlands Herr unseres armen Vaterlandes, so ist es auf Jahrzehnte hinaus dazu verurteilt, wie im dreißigjährigen Kriege der Tummelplatz aller Greuel und der Kampfplatz zwischen dem Osten und dem Westen Europas zu werden. Ist unser Volk auf solche Ereignisse vorbereitet? [...] Mir scheint, man kann den Ernst dessen, was uns bevorsteht, nicht klar und dringend genug den Deutschen in Stadt und Land vor Augen führen, um sie zu dem Maße von Zusammenschluß und Opferwilligkeit zu bewegen, das, wenn nicht für die Zukunft der Nation, so doch dafür eingesetzt werden muß, das Dasein des einzelnen, Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen.«

Dieser sehr ernste Hinweis trug mir einen aufgeregten Brief von Graf Mirbach (Sorquitten) ein [9. Februar], der sich als führender Konservativer in alter Zeit nicht selten mit kritischen Vorstellungen an mich gewandt hat.

»Was die Frage des Bolschewismus für Ostpreußen anlangt, so muß Ihre Ausführung für den preußischen Osten einen erschütternden Eindruck machen, daß jeder es für das beste halten muß, alle wirtschaftliche Tätigkeit hier aufzugeben und tunlichst rechtzeitig sein Vaterland zu verlassen, wenn Sie uns nicht Mittel und Wege angeben, auf welchen wir der russisch-bolschewistischen Invasion widerstehen können.«

Ich erwiderte [14. Februar], ich sei mir bei meinem Alarmruf der damit verbundenen Verantwortung wohl bewußt gewesen.

³⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 92 vom 19. 2. 1920.

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

³² Kreuz-Ztg. Nr. 71 vom 8. 2. 1920, IP.

»Die Annahme, daß ein bolschewistischer Vorstoß im Frühjahr wahrscheinlich ist, beruht auf einer Reihe von Nachrichten, die ernst genommen werden müssen. [...] Die Bevölkerung glaubte ich auf die Gefahr aufmerksam machen zu müssen, um Bestrebungen zu unterstützen, durch welche die Kräfte der Bevölkerung in Einwohnerwehren und ähnlichen Veranstaltungen zusammengefaßt werden. [...] In anderen Provinzen, namentlich in Schlesien, beginnt man sich zu regen, ist aber noch nicht so weit wie in Ostpreußen. Über all diese Dinge öffentlich zu schreiben, scheint mir kaum angängig zu sein.«

Alle diese Betrachtungen liefen darauf hinaus, daß die gegenwärtige Regierung nicht geeignet sei, die Gefahren abzuwehren.³³

»Sie stützt ihre Macht nicht mehr auf das Recht der Verfassung. Ihr Schuldkonto der Versäumnisse und Unfähigkeiten ist bis über das Maß belastet. Ihre einzige Stütze ist eine parlamentarische Mehrheit, von der jeder weiß, daß sie den Verhältnissen im Lande nicht mehr entspricht. Sie und ihr Präsident sollten selbst den Entschluß finden, noch vor den neu bevorstehenden Aufgaben den Weg zu gehen, auf den die von ihnen selbst geschaffene Verfassung hinweist, das heißt, unverzüglich durch die gebotenen Neuwahlen die Vertrauensfrage an das Land zu stellen.«

Mit dem Erlaß der Weimarer Verfassung und ihrer Durchführungsgesetze war das Mandat der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten erloschen. Nach der klaren verfassungsrechtlichen Bestimmung hatte sie nur noch die Wahlgesetze zu erlassen und sofort die Wahlen des Reichstages auszuschreiben.³⁴ Das habe ich zuerst am 9. November 1919 in meinem Rückblick auf das erste Revolutionsjahr festgestellt³⁵ und in ständiger Wiederholung in staatsrechtlichen Darlegungen, zuletzt in scharfer Widerlegung eines juristischen Verdunklungsversuches der Mehrheitsparteien, nachgewiesen.³⁶ Der Forderung, dem verfassungswidrigen Zustande ein Ende zu machen, gab ich am 29. Februar 1920 mit nochmaliger eingehender Begründung eine ultimative Form.³⁷

»Diese Rechtslage ist so klar, daß nur der Wille der regierenden Mehrheit, rechtswidrig an der Macht zu bleiben, ihn verwirren kann. Dieser Wille besteht weiter.«

Zum Beweise konnte ich auf die damals offiziöse »Deutsche Allgemeine Zeitung« verweisen, in der die Aufgaben aufgezählt wurden, die in der Nationalversammlung noch zu bewältigen seien mit dem Hinzufügen, daß uns noch mindestens dreiviertel Jahre von den Neuwahlen trennen. Persönliche Schärfe gab ich meinem Angriff auf Überfälligkeit des Reichspräsidenten Ebert.³⁸ Über die Präsidentenwahl bestimme

» § 7 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, daß das Amt des von der Nationalversammlung gewählten Präsidenten zu dauern habe »bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird«. Nachdem Artikel 41 der Verfassung vom 11. August 1919 vorgeschrieben hat, daß der Reichspräsident vom ganzen Volke gewählt wird, bestand für die Nationalversammlung und Regierung die verfassungsmäßige Pflicht, sofort das in Absatz 3 des Artikels 41 vorgesehene Wahlgesetz zu erlassen und die Präsidentenwahl auszuschreiben.«

³³ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

³⁴ Vgl. hierzu ERGER, S. 84 f.

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

³⁶ Kreuz-Ztg. jeweils IP: Nr. 568 vom 23. 11. 1919, Nr. 6 vom 4. 1. 1920, Nr. 97 vom 22. 2. 1920, Nr. 123 vom 7. 3. 1920. – Die Meinung der Mehrheitsparteien: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 113 vom 2. 3. 1920.

³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP; dort auch die folgenden Zitate.

³⁸ Wie Anm. 37.

Mit der Reichstagswahl war die Präsidentenwahl nicht zu verbinden und bei ihr bestanden keine technischen Schwierigkeiten, die rechtfertigten, daß das Wahlgesetz fünf Monate nach Erlaß der Verfassung noch nicht eingebracht war. So bestehe auch die Präsidentschaft des Herrn Ebert nicht mehr zu Recht. Zur Durchführung des von der Linken verfolgten Planes, die Wahl des Präsidenten dem Reichstage zu übertragen, wäre die Nationalversammlung nicht mehr befugt.

»Die Volkswahl des Präsidenten ist die einzige Stelle, die in der einseitigen Parteiherrschaft des ödesten Parlamentarismus noch eine Bresche läßt. Zeitlich unabhängig von der Wahl des Reichstages und mit besonderer Entschiedenheit muß daher sofort die Präsidentenwahl gefordert und erzwungen werden.«

Dazu müsse, wenn der verfassungswidrige Zustand andauert, ein Volksbegehren herbeigeführt werden. Als ich auch die Forderung der Neuwahl des Reichspräsidenten noch einmal gegen demokratische Einwände verteidigen mußte, zog ich³⁹ aus der Rechtslage den Schluß, der mich in den folgenden Jahren noch oft beschäftigt hat, daß die Wahl des Reichspräsidenten nicht Sache der Reichstagsparteien sei.

»Der Gedanke der Volkswahl des Präsidenten hebt die Stellung über den Parteienstreit hinaus. Hier ist die Gelegenheit gegeben, unabhängig vom Parteigetriebe, das sonst unser öffentliches Leben nach der Verfassung unbedingt beherrscht, nach einer geeigneten Persönlichkeit zu suchen und einen nationalen Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Deshalb ist der gestern in der Presse bekanntgegebene Gedanke, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg von einem nicht an die Partei gebundenen Personenkreis auf den Schild gehoben werden soll, lebhaft zu begrüßen.«

Der Kampf gegen den Versuch der Koalitionsregierung, sich ihre Mehrheit nicht durch die verfassungsgemäße Wahl des Reichstages erschüttern zu lassen, spitzte sich unmittelbar vor dem Kapp-Unternehmen zu der für dessen Ausbruch entscheidenden Krise zu. Am 9. März 1920 wurde in der Nationalversammlung der gemeinsame Antrag der DNVP und der DVP auf Erlaß des Wahlgesetzes, Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung der Reichstagswahl nach heftiger Debatte abgelehnt.⁴⁰ Während Graf Posadowsky-Wehner bei der Begründung scharf betont hatte, daß die DNVP dieses Ziel nur auf dem verfassungsmäßigen Wege verfolge und »jeden Appell an die Gewalt für eine verbrecherische Torheit halten werde«, nahm v. Lüttwitz die sofortige Vornahme der verfassungswidrig aufgeschobenen Wahlen in die ultimativen Forderungen auf, die er in der Besprechung vom 10. März mit dem Reichspräsidenten und Noske stellte und deren schroffe Ablehnung seine Lage so verschärfte, daß er sich entschloß, loszuschlagen.⁴¹

In den fünf Tagen der Kapp-Regierung ist dann die Wahl des Reichspräsidenten und Reichstages und die Umbildung der Regierung durch Ernennung von Fachministern als Ziel des Unternehmens und Gegenstand der dabei geführten Verhandlungen stark in den Vordergrund getreten. Ebenso hat man in dem darauf folgenden Parteikampf lebhaft darüber gestritten, ob der verfassungswidrige Aufschub der Wahlen wirklich der Anlaß und ihre Herbeiführung der Zweck und Erfolg des Unternehmens gewesen sei. Die Gegenseite wandte ein, daß man unmöglich behaupten könne, der Putsch mit allen seinen verheerenden Folgen sei unternommen worden, nur um die

³⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

⁴⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (9. 3. 1920), S. 4793.

⁴¹ Vgl. hierzu und zum folgenden ERGER, S. 119 ff. Die beiden folgenden Absätze (ohne den letzten Satz) sind bei ihm als Dokument 31 schon abgedruckt.

Wahlen einige Monate früher zu erzwingen. Rückschauend wird man wie bei äußeren Kriegen zwischen Anlaß und Grund zu unterscheiden haben. Der Grund, aus dem Kapp und v. Lüttwitz ihren Vorstoß unternahmen, war die leidenschaftliche Gegnerschaft gegen das System, dem der Umsturz vom 9. November 1918 Deutschland ausgeliefert hatte, und die tiefe Sorge, daß dessen Träger und Nutznießer nicht fähig, auch nicht fest und klar entschlossen seien, das daraus hervorgegangene Elend zu meistern und die von außen und innen drohende Gefahr der bolschewistischen Revolution abzuwenden. Diese Besorgnisse steigerten sich zur Unerträglichkeit und veranlaßten General v. Lüttwitz, durch seinen ultimativen Vorstoß vom 10. März das Unternehmen in Gang zu bringen. Unter Bruch der von ihnen selbst erlassenen Verfassung hatten die Träger des Systems die fälligen Wahlen, von denen sie eine Erschütterung ihrer parlamentarischen Machtstellung befürchteten, verzögert.⁴² Anstatt ferner die Herabsetzung auf 100 000 Mann entsprechend der von v. Lüttwitz aufgestellten Forderung abzulehnen oder wenigstens hinauszuschieben, hatten sie Deutschlands Wehrlosigkeit und die Not und Unruhe der verdienten Frontkämpfer vergrößert, indem sie die Auflösung der Freikorps nicht nur zögernd und unter Druck der Entente, sondern von eigener Gegnerschaft und Furcht getrieben beschleunigt ins Werk setzten.

Sowohl der letzte Grund wie der unmittelbare Anlaß des Unternehmens wurden bestimmend für seine Zielsetzung. Kapp wollte, entsprechend den Grundauffassungen, die ihn leiteten, die Herrschaft der durch den Umsturz an die Macht gelangten Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, gewaltsam und endgültig brechen und durch eine nationale Diktatur ersetzen.⁴³ Die Verhandlungen, die v. Lüttwitz führte, liefen darauf hinaus, den sozialdemokratischen Reichspräsidenten und die Koalition zur Erfüllung derjenigen Forderungen zu zwingen, deren Ablehnung den Anlaß zu seinem Vorgehen gegeben hatten. Kapps Zielsetzung war die klarere. Nur gezwungen durch die Lage ist er v. Lüttwitz in der Einleitung der Verhandlungen mit der darauf gegebenen Beschränkung des Zieles gefolgt und zurückgetreten, als er sah, daß seine Absichten unerreichbar geworden waren. Von v. Lüttwitz nehme ich an, daß doch auch er sich mit den eingeschränkteren Zielen, die dem Anlaß des Unternehmens entsprachen, nur infolge des von Anfang an drohenden Mißerfolges begnügt hat. Daß er sich später darauf berief, er habe nur die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Auge gehabt, war gewiß subjektiv ehrlich. Wäre ihm aber Ebert und seine Regierung nicht entglitten und wäre dem Unternehmen dauernder Erfolg beschieden gewesen, so wäre er schwerlich dabei stehen geblieben. Es ist nichts Ungewöhnliches, daß der Sieger in einem Kriege, besonders der Soldat, der den Sieg errungen hat, in den Friedensverhandlungen viel weiter gehende, dem letzten Grunde des Krieges entsprechende Forderungen stellt als diejenigen des Ultimatums, die den unmittelbaren Anlaß zum Kriegsausbruch gegeben haben.

Ich kann nicht behaupten, daß ich damals diese Gedanken über Grund, Anlaß und Ziel des Unternehmens mir und anderen schon so formuliert habe, wie es hier geschehen ist. Aber ich weiß, daß sie von entscheidendem Einfluß auf meine Haltung waren. Kapps Grundauffassung, über die ich verschiedene Unterredungen mit ihm gehabt habe, waren auch die meinigen. Mit ihr teilte ich die unbedingte Gegnerschaft gegen die Mächte des Umsturzes, besonders gegen die Sozialdemokratie. Sein Wunsch, ih-

⁴² Siehe Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (29./30. 3. 1929), S. 4932 ff.

⁴³ SCHEMANN, S. 139.

nen die Macht schneller zu entreißen als durch eine unabsehbar lange, vielleicht aussichtslose Entwicklung »auf verfassungsmäßigem Wege«, war auch der meine. Er sprach zu einem Überzeugten, wenn er mir die drohenden Schrecken des einbrechenden Bolschewismus ausmalte, den das herrschende System nicht mit Erfolg werde bekämpfen können oder wollen. Gewalt gegen die Hochverräter von 1918 konnte ich nicht als Unrecht oder gar Verbrechen, die für v. Lüttwitz maßgebenden Anlässe zu ihrer Anwendung nicht als ungeeignet ansehen. Was mich unsicher machte, waren die Zweifel über die Möglichkeit des Erfolges und die Sorge vor den Folgen des Mißlingens. Beide waren entsprechend dem Unterschied der Temperamente bei mir größer als bei Kapp. Dazu kam, daß ich an den Ereignissen, die den Ausbruch des Kampfes herbeiführten, nicht beteiligt wurde und kein klares Bild davon erhielt. Das hat mich gehemmt, mich mit voller Verantwortung an dem Unternehmen zu beteiligen, auf eine solche Beteiligung der DNVP zu drängen und mich für ein klares Festhalten an den Zielen einzusetzen, für die es nach Kapps und meiner Ansicht bestimmt war.

Vom 13. bis 17. März 1920

Am Abend des 12. März fand ich zu Hause einen Zettel von Ludendorff vor, der mir nahelegte, am andern Morgen um 6 Uhr am Brandenburger Tor zu sein. Ich besitze ihn nicht mehr und kann nicht angeben, ob und in welcher Form angedeutet war, um was es sich handelte. Von dem bevorstehenden Einmarsch der Brigade Ehrhardt hatte ich nichts erfahren. Den Anlaß, die Art und die Aussicht des Vorstoßes, dem Ludendorffs Aufforderung zu gelten schien, konnte ich nicht mehr feststellen, deshalb unterließ ich es, ihr zu folgen. Als ich in den Morgenstunden des 13. auf dem Wege zum Büro der DNVP und »Kreuzzeitung« vom Potsdamer Platz aus die schwarz-weiß-roten Fahnen am Kriegsministerium in der Leipziger Straße sah und von Vorübergehenden hörte, daß Truppen in Berlin einmarschiert seien, war ich vollkommen überrascht. Auf dem Wilhelmsplatz sah ich das Lager der Brigade Ehrhardt, in dem die Musik die lange entbehrten alten Militär-Märsche spielte. Die Reichskanzlei war abgesperrt, und auch mir wurde der Zutritt verwehrt. Auf dem Parteibüro fand ich alles in voller Aufregung. Ich habe nach Abschluß des Unternehmens an v. Heydebrand geschrieben [25. März], diese Tage lägen wie ein wüster Traum hinter mir, zumal da ich an Grippe erkrankt gewesen sei und mich natürlich nicht hätte schonen können. Das mag dazu beigetragen haben, daß ich über die einzelnen Erlebnisse der folgenden Tage nur mit dem Vorbehalt unvollständig gewordener Erinnerung berichten kann.

Schiele – der Abgeordnete, nicht der Dr. Schiele aus Naumburg, der als einer der Ministerkandidaten am Unternehmen teilnahm – und ich wurden in den Tagen vom 13. bis 17. März als Verbindungsmänner der Partei in die Reichskanzlei entsandt. Das war die Form, die mir Zutritt zu der Führung des Unternehmens verschaffte, und Schiele und ich haben gemeinsam unsere Zeit zwischen Reichskanzlei und Parteibüro geteilt. Aus Mitteilungen von D. Traub⁴⁴ entnehme ich, daß ich in einer Unterredung, in der er am 14. die Lage mit Mitgliedern des Parteivorstandes besprach, mich im Gegensatz zu Hergt und Helfferich durchaus freundlich zu dem Unternehmen gestellt, freilich auch besorgt nach den Aussichten erkundigt habe.

⁴⁴ Die Korrespondenz Traub–Graf Westarp in Nachlaß Westarp.

Aus der Literatur, den stenographischen Berichten und dem Jagow-Prozeß⁴⁵ ist bekannt, daß die DNVP eifrig und nicht ohne Erfolg bemüht gewesen ist, v. Lüttwitz und Kapp auf die Verhandlungen mit der Regierung Ebert und auf die »Herstellung verfassungsmäßiger Zustände« abzudrängen. Nach meiner heutigen Auffassung kann ich persönlich diese Bemühungen nicht rückhaltlos gebilligt haben und muß mir der Versuch nahelegen haben, ein positiveres Eintreten der DNVP für das Unternehmen und für die diktatorischen Absichten Kapps zu erreichen. Daß, in welcher Form und bis zu welchem Grade ich in diesem Sinne gewirkt habe, kann ich nicht behaupten, geschweige denn belegen. Erfolg würde es auch dann, wenn es geschehen ist, nicht gehabt haben. Es scheint aber, daß ich aus meinen abweichenden Auffassungen keinen Hehl gemacht habe. Denn zu den offiziellen Verhandlungen der DNVP mit der Regierung Kapp – v. Lüttwitz und mit den anderen Parteien und mit dem als Vertreter der Regierung Ebert in Berlin gebliebenen Vizekanzler Schiffer wurde ich nicht zugezogen. Sie wurden teils von Schiele geführt, der taktisch wendiger war als ich, teils von Hergt, der sich mehr und mehr selbst einschaltete. Die Angabe von v. Lüttwitz⁴⁶, an seinen Verhandlungen mit den Parteivertretern, die im Reichsjustizministerium am 17. März stattfanden, hätte neben Hergt auch ich teilgenommen, ist irrtümlich. Gegen meine Ausschaltung war formell nichts einzuwenden, da ich keiner der Fraktionen und dem Parteivorstande nur als Mitglied angehörte, zu einer bindenden Vertretung dieser Körperschaften also nicht legitimiert war. Meine Tätigkeit beschränkte sich daher im Parteibüro auf Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen, in der Reichskanzlei auf Beobachtung und an beiden Stellen auf jene Fälle unverbindlicher Palaver, die im politisch-parlamentarischen Getriebe stets üblich waren, in jenen Tagen aber riesenhaften Umfang annahmen.

Die äußeren Eindrücke, die mir haften geblieben sind, bestätigen manche ungünstigen Züge des Bildes, die in der feindlichen Kritik allerdings vielfach übertrieben und mit besonderem Behagen breitgetreten worden sind. Die Aufgabe, gewaltsam ein neues Regierungssystem zu errichten, stellte die Führer und ihre nächsten Mitarbeiter von Minute zu Minute vor Entscheidungen, die, so schwer und weittragend sie waren, keinerlei Aufschub vertrugen. Schon früher hatte ich nicht selten – z. B. im Außenministerium der Kriegszeit – den Eindruck gehabt, daß die Menge der berufenen und unberufenen Ratgeber, die man anhören zu müssen glaubte, den verantwortlichen Personen nicht die nötige Muße zu ruhiger Überlegung und Beratung ließen. Wenn etwas mich in der Auffassung bestärken konnte, daß der Verkehr mit einem Mann in leitender Stellung streng geregelt und in Grenzen gehalten werden muß, so war es der Zustand, der in den Tagen vom 13. März bis 17. März in der Reichskanzlei herrschte. Die Räume der Reichskanzlei waren erfüllt von einem unübersehbaren, in steter Unrast durcheinander wirbelnden Wirrwarr berufener und unberufener Personen. Übergroß war die Masse der Ratschläge, Projekte, Gerüchte, denen man auf Schritt und Tritt ausgesetzt war. »Ich bringe meine Tage zu wie ein Geschwätz«⁴⁷, war ein Wort, das mir in dem politischen Leben meiner Zeit oft in den Sinn kam. Es war kaum möglich, sich ein klares Bild zu verschaffen. Die führenden Männer waren schwer zu erreichen und, obwohl ich mit den meisten von ihnen gut bekannt war, scheute ich davor zurück, sie durch rein informatorische Gespräche noch mehr zu belasten.

⁴⁵ Vgl. SCHEMANN, S. 138, und ERGER, S. 219–222. Angeklagter in dem Prozeß war Traugott v. Jagow.

⁴⁶ LÜTTWITZ, S. 130.

⁴⁷ »Wir bringen unsere Jahre zu wie ein Geschwätz«, 90. Psalm, Vers 9 der Bibel-Übersetzung Luthers.

Die Berichte Schroeters an v. Heydebrand enthalten einen Beitrag zu dem oft besprochenen Versagen der Presse-Propaganda.⁴⁸

»Beinahe unerträglich wurde die Spannung dadurch, daß von der Regierung Kapp so gut wie gar keine Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangten. Am Morgen des 13. März, nachdem Herr Kapp etwa gegen 8 Uhr das Amt des Reichskanzlers übernommen hatte, erschien gegen 10 Uhr in den hiesigen Geschäftsräumen ein bis an die Zähne bewaffneter Soldat und verbot das Erscheinen der Kreuzzeitung! Statt daß die neue Regierung es sich hätte angelegen sein lassen, wenigstens die Zeitungen der Rechten dazu zu bringen, daß sie sofort einige Millionen Flugblätter mit den entsprechenden Aufrufen und mit Klärungsversuchen herstellten, wurden sämtliche Blätter einfach mundtot gemacht.«

Am Sonntag, 14. März, setzte dann der Generalstreik⁴⁹ ein, der nicht nur den Verkehr stilllegte, Gas, elektrisches Licht und Wasser sperrte, sondern auch allen Zeitungen das Erscheinen unmöglich machte. Die Regierung Kapp, die im Kampf gegen den Generalstreik wenigstens bei der Technischen Nothilfe wertvollen Beistand fand, brachte noch einige Drucker für Aufrufe und Flugblätter in unzureichender Anzahl auf. Unsere Bemühungen, Streikbrecher auch für die »Kreuzzeitung« zu gewinnen, scheiterten; die nächste Nummer konnte erst am 24. März erscheinen.

Alle Wege, auch der einstündige Marsch von und nach Hause mußten wieder einmal zu Fuß zurückgelegt werden. Man lernte das sich von Tag zu Tag verschlechternde Straßenbild gründlich kennen. Da am Abend und in der Nacht alles im Dunkel lag, waren die Angehörigen wegen des immer wüster werdenden Gesindels nicht mit Unrecht in Sorge. Meistens nahmen Schiele und ich die in unserer Gegend wohnende Parteisekretärin Fräulein Katsch auf dem Heimweg, der selten vor Mitternacht angereuen werden konnte, in unseren Schutz. Bei Tage beherrschte die Straßen-Versammlung das Bild. [...] Einige Male habe ich eine Zeitlang zugehört. Zu dem einheitlichen Bestand agitatorischer Phrasen, mit dem die Hetze betrieben wurde, gehörte der Name Bredereck, der vor dem Kriege als Rechtsanwalt Mündelgelder unterschlagen habe, damals nach Amerika ausgerissen und nun von Kapp zum Pressechef ernannt worden sei. Sein Schicksal war mir wohl bekannt. [...] ⁵⁰ Seine Ernennung zum Pressechef, durch die sich Kapp auch nach Meinung wohlwollender Kritiker eine agitatorische Blöße gegeben haben soll, war in Wahrheit gar nicht erfolgt; Bredereck hatte nur im Pressebüro einige Stunden geholfen. Eine der Straßenversammlungen, in der ich gesprächsweise den Tatbestand richtigstellte, entledigte sich meiner mit wüstem Gebüll und erhobenen Fäusten. Als Bredereck später in Schutzhaft genommen wurde, ließ ich durch die »Kreuzzeitung« den Sachverhalt klären.⁵¹ Der Fall Bredereck blieb aber noch lange auf der Platte der Hetzer. Es lohnte vielleicht an ihn zu erinnern, weil er ein Musterbeispiel der Agitation ist, gegen die zu kämpfen man verurteilt war.

Neben der Hetze gegen die Junker, Reaktionäre, Kriegsverlängerer, die den Arbeiter wieder in den alten Obrigkeitsstaat hineinzwingen, knechten und ausbeuten wollten, war das Thema der Straßenversammlungen der inzwischen proklamierte Generalstreik. Als sein Zweck wurde von Tag zu Tag deutlicher die Einführung der Herrschaft des Proletariats bezeichnet. Es waren aber, soweit ich zugehört habe, nicht so sehr die

⁴⁸ Bericht vom 1. 4. 1920; vgl. im übrigen ERGER, S. 166.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 191 ff.

⁵⁰ Siehe WESTARP I, S. 175 f.; ferner BRAMMER, S. 31 f., ERGER, S. 167.

⁵¹ Kreuz-Ztg. Nr. 195 v. 27. 4. 1920.

allgemeinen, sondern die durch die örtlichen Verhältnisse des einzelnen Betriebes entstandenen Mißstände, mit denen man die Notwendigkeit zu streiken begründete.

In später Abendstunde des Dienstag (16. März) hatten Schiele und ich in der Reichskanzlei die letzte Aussprache mit Kapp. Wir hatten ihn allein, und die Unterredung dauerte wohl über eine Stunde, nur einmal unterbrochen durch einen ziemlich pessimistischen Vortrag des Schriftleiters Harnisch⁵² vom »Lokalanzeiger«, der das Amt des Reichspressechefs übernommen hatte. Kapp hat nach seinen rückschauenden Schilderungen⁵³ schon am 13. früh und in steigendem Maße seit dem 15. gesehen, daß seine Absicht einer Gegenrevolution an dem Verhalten der in Verhandlungen eingetretenen Militärs gescheitert war, und mehrfach, so auch am 16. nachmittags, Rücktrittsabsichten gehabt und geäußert. Ich erinnere mich nicht, daß er uns, obwohl unsere alten Beziehungen ein offenes Vertrauen gestattet hätten, darüber etwas gesagt hat. Vielleicht hat er es unterlassen, weil er, wie Dwinger in dramatisch bewegter Szene schildert⁵⁴, am Nachmittag in einer Beratung mit seinen Mitarbeitern sich schließlich, einem Appell von Ludendorff folgend, entschlossen hatte auszuharren. Nachdem er diesen Entschluß gefaßt hatte, mochte er es für richtig halten, nur ihn uns mitzuteilen. Anlaß dazu gaben ihm Nachrichten, daß aus den östlichen Vororten starke rote Truppen im Anmarsch waren. Man mußte in der Nacht oder am frühen Morgen mit einem Sturm auf die Reichskanzlei rechnen. Der Ausgang war ungewiß; er aber sprach den Entschluß aus, persönlich nicht zu weichen. Unser Anerbieten, bei ihm zu bleiben, lehnte er bestimmt ab, da wir an dem Ausgang doch nichts ändern könnten. Wir trennten uns von ihm mit den guten Wünschen und in dem Gefühl des Abschiedes, der vielleicht der letzte war, weil der Freund einer großen und ungewissen Gefahr entgegenging. Der erwartete Angriff der Roten hat nicht stattgefunden.

Als ich am 17. früh in die Reichskanzlei kam, überraschte mich die Nachricht von dem Rücktritt Kapps. Dieser war eine vollzogene Tatsache, an der nichts mehr zu ändern war. Im weiteren Verlauf stand ich fortlaufend in Berührung mit v. Lüttwitz, allerdings nur in den Zeiten zwischen seinen Verhandlungen mit den Parteien, an denen ich wie gesagt nicht teilgenommen habe, und mit den Offizieren der Reichswehr.

Über den Gang der Parteiverhandlungen⁵⁵, wie er sich etwas abweichend von der allgemeinen Darstellung nach meiner Kenntnis gestaltet hat, liegt mir eine aus jener Zeit stammende Notiz vor.

»Um Verbindung zwischen Reichskanzlei und Partei zu halten, war ich am 17. März etwa von ½ 10 Uhr an in der Reichskanzlei. Gegen 10 ¼ Uhr teilte Kapp mit, er sei zurückgetreten, habe Lüttwitz die vollziehende Gewalt übertragen unter der Bedingung, daß die 8 Punkte seines Angebots im wesentlichen angenommen würden. Oberst Bauer wurde zu Justizminister Schiffer entsandt, um dieses Ergebnis mitzuteilen und die Verhandlungen zwischen Lüttwitz und den Parteien einzuleiten. Gegen 11 Uhr kam Oberst Bauer zurück und meldete in meiner Gegenwart, Schiffer und die Mehrheitsparteien hätten alles abgelehnt, forderten den sofortigen Rücktritt von Lüttwitz und die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Berlin.

Lüttwitz beschloß, die Truppenführer der Reichswehr nachmittags zusammenzuberufen und von deren Stellungnahme die Frage seines Rücktritts abhängig zu machen, bis dahin die Verhandlungen mit Schiffer und den Parteien als abgebrochen zu betrachten. Wie ich später hörte, hat Schiffer telefonisch angefragt, welche Antwort auf die von Bauer übersandte Mitteilung ergehe,

⁵² Nichts weiteres zu ermitteln.

⁵³ SCHEMANN, S. 147, 153; vgl. dazu ERGER, S. 265, Anm. 4, Brief Kapps an Westarp vom 20. 8. 1920.

⁵⁴ Edwin Erich Dwinger: Auf halbem Wege, Jena 1939, S. 220, 228.

⁵⁵ Zum folgenden vgl. ERGER, S. 267 ff. (Verhandlungen mit Schiffer), S. 272, 274 ff., 280 f.

und telephonisch (nicht durch Ordonnanz) die Antwort erhalten, Lüttwitz habe darauf keine Antwort zu erteilen.

Nachdem dies geschehen war, kamen Stresemann und Schiele und luden v. Lüttwitz zu Verhandlungen nach dem Reichsjustizministerium mit den Parteiführern ein. Sie stellten in Abrede, daß das Verlangen des sofortigen Rücktritts und der Zurückziehung der Truppen noch gestellt werde und hielten eine Einigung auf der Basis für möglich, daß Lüttwitz den Oberbefehl einstweilen behalte, wenn er erkläre, er sei bereit, zurückzutreten, sobald die Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit es gestatte. Darauf ging Lüttwitz gegen 12 ½ Uhr mit beiden Herren in das Reichsjustizministerium zu Verhandlungen, von denen ich nichts weiter persönlich erlebt habe. Gegen 4 Uhr kehrte er zurück und teilte mir als Ergebnis der Verhandlungen mit, es sei eine Erklärung etwa folgenden Inhalts entworfen: Nachdem die Regierung von sich aus die Forderungen erfüllen wolle, wegen deren das Militär eingeschritten sei, trete er, Lüttwitz, zurück. Außerdem sei die Amnestie und einige andere Punkte zugesichert. Seine Entschließung, ob er diese Erklärung unterzeichnen sollte, hänge noch von den Ergebnissen der Truppenführerbesprechung ab. Diese hatte um 4 Uhr begonnen und endete gegen 5 Uhr mit dem Ergebnis, daß die überwiegende Mehrzahl der Truppenführer den Rücktritt von Lüttwitz und die Übernahme des Oberbefehls durch v. Seeckt als erwünscht erklärten. Darauf vollzog Lüttwitz die ihm von Major Pabst vorgelegte Rücktrittserklärung. Major Pabst hatte dabei zwei Bogen Papier in der Hand, den einen mit der Rücktrittserklärung, den anderen mit drei formulierten Absätzen über die Amnestie und zwei anderen Punkten, deren ich mich nicht mehr genau entsinne. Er überbrachte die Rücktrittserklärung an Schiffer. Bei der Rückkehr von dort begegnete er Schiele und mir und übergab uns den zweiten der beiden Bogen mit der Mitteilung, dieser enthalte in der Handschrift von Stresemann die weiteren zunächst nicht zur Veröffentlichung bestimmten Abmachungen, insbesondere diejenige über die Amnestie. Diesen Bogen nahm Schiele an sich.«

Auch sonst sind einige Einzelheiten der am 17. März mit v. Lüttwitz geführten Gespräche in meiner Erinnerung geblieben. Die Frage von v. Lüttwitz, ob es sich empfehle, mit dem Senioren-Konvent der Nationalversammlung über die Regierungsbildung zu verhandeln, wurde am frühen Vormittag an Stresemann und mich gerichtet. Stresemann bezeichnet sie als einen Beweis für die auffallende Erscheinung, »daß den neuen Machthabern jeder politische Instinkt, ja man muß sagen, auch die politischen Kenntnisse fehlten.«⁵⁶ Er überschätzte dabei die Bedeutung und die allgemeine Kenntnis der parlamentarischen Technik. Ich habe einmal selbst im Kreise meiner Kollegen des Oberverwaltungsgerichtes einige Mühe gehabt, ihnen klar zu machen, daß der Ältestenrat – ursprünglich nach studentischem Muster »Senioren-Konvent« genannt – nur dazu berufen war, ohne eigene Beschlüsse die Fragen der Tages- und Geschäftsordnung unter Darlegung und womöglich Ausgleich des Standpunktes der einzelnen Fraktionen mit dem Reichstagspräsidenten zu besprechen. Dem parlamentarischen Laien konnte man es kaum verdenken, wenn er dieses Kollegium, das übrigens in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen war, mit den mehr oder weniger formlosen interfraktionellen Konferenzen und Ausschüssen verwechselte, die neben den amtlichen Organen des Parlamentes zur Vorbereitung sachlich politischer Kompromisse zusammentraten. Der Gedanke, daß v. Lüttwitz mit einem interfraktionellen Ausschuß dieser Art verhandeln solle, ist von Stresemann nicht nur gebilligt, sondern angeregt und unter seiner lebhaften Teilnahme durchgeführt worden.

Im Laufe des Vormittags sprach v. Lüttwitz mit mir allein darüber, ob er seinen Rücktritt unter der Bedingung anbieten solle, daß die Führer der Roten sich verpflichteten, dem Umsturz, der bereits zu blutigen Ausschreitungen zu führen begann, ein Ende zu machen. Ich riet dringend ab. Wie die Geschichte aller Revolutionen zeige, würden Abkommen dieser Art, aufgrund deren Träger der Ordnung auf ihre Macht

⁵⁶ Gustav Stresemann: Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei, Berlin 1920, S. 17.

verzichten, nicht gehalten. Ihre Folge sei vielmehr stets gewesen, daß die Revolution um so ungehemmter losbrände. Es sei seine Pflicht, solange er die militärische Macht noch in der Hand habe, sie gegen den ausgebrochenen bolschewistischen Aufruhr einzusetzen. Dem entsprach seine Haltung in den Verhandlungen mit den Parteien, denen er zwar seinen Rücktritt anbot, aber erklärte, er beabsichtige noch eine Zeitlang zu bleiben und die Führung in der Hand zu behalten.

Vor seiner Verhandlung mit den Parteien fragte mich v. Lüttwitz ferner, ob ich bereit sei, an Stelle von Kapp das Reichskanzleramt zu übernehmen.⁵⁷ Ich wandte ein, bei den Parteien und Gewerkschaften, mit denen er in Verhandlungen eingetreten sei, werde ihm mein Name nur schaden. Er ist auf das Angebot nicht zurückgekommen. Das Unternehmen war am 17. März ein endgültig verlorener Posten und auch durch Ludendorff, der in einem Flügel der Reichskanzlei dauernd anwesend war, nicht mehr zu halten. Ludendorff legte mir im Sommer 1920 [30. Juli] brieflich die Frage vor, ob ich anderer Ansicht gewesen sei.

»Nun sind auch Sie der Ansicht, ich hätte am Mittwoch an Lüttwitz Stelle treten sollen. Kennen Sie, Herr Graf, genau die Zustände an jenem Tage in der Reichswehr pp.? Am Sonnabend, Sonntag, vielleicht noch am Montag Vormittag waren Kapp und Lüttwitz Herren der Lage, aber sie berieten und griffen nicht zu. Von Montag Abend, am Dienstag früh, jedenfalls von Mittwoch ab war der Staatsstreich mißlungen, da hätte kein Gott mehr eingreifen können, und ich hätte mich genau in eine so verlorene Position gestellt, wie am 28. August 1916, als ich Generalquartiermeister wurde und die Unterlassungen anderer zum Guten zu wenden suchte.«

Ich erwiderte [2. August], daß ich nicht der Ansicht sei, er hätte das Unternehmen fortsetzen sollen.

»Am 17. sprach gegen Mittag H. v. W[angenheim] die Hoffnung aus, die Besprechung der Truppenführer am Nachmittage werde dahin führen, daß die Reichswehr sich zum Kampfe gegen die Rote Armee Ew. Excellenz unterstelle. In weiteren Gesprächen vertrat ich die Ansicht, daß es in diesem Falle sich empfehlen möchte, den Versuch zu machen, sich unter Umgehung der Parteien auf Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften zu stützen. Die Durchführbarkeit solcher Pläne war mir von Anfang an sehr zweifelhaft. Nach dem, was mir über die Truppenführer-Besprechung bekannt geworden, und dem weiteren Verlaufe der Dinge war ich bereits am Mittwoch 17. abends und bin ich heute voll überzeugt, daß für Ew. Excellenz weder am 17. noch sonst eine Möglichkeit bestand, mit irgend welcher Aussicht auf Erfolg einzugreifen.«

Aus diesen Stunden sind manche dramatischen Erlebnisse in der Erinnerung haften geblieben. Als Tragikomödie wirkte es, wie Maretzky, Mitglied der Deutschen Volkspartei, mit Stolz erklärte, da v. Jagow ihn zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt habe, gehe er zu den Polizeioffizieren, die er zusammenberufen habe, um sie fest an den Zügel zu nehmen. Es dauerte kaum eine Stunde, bis er traurig mit der Mitteilung wiederkam, daß ihm die Polizeioffiziere den Stuhl vor die Türe gesetzt hätten. Ernster war die Aufgabe, v. Wangenheim über den niederschmetternden Stand der Dinge zu unterrichten. Er war vom 15. März ab verreist gewesen, hatte im Land günstige Eindrücke gehabt und berichtete mir, als er am 17. vormittags in die Reichskanzlei zurückkehrte, mit frischem Optimismus, der ihn auszeichnete, über die Pläne, die er nun als Landwirtschaftsminister Kapps durchführen werde. Der Erfolg für ihn war lediglich, daß auch ihm mit v. Jagow und Dr. Schiele zusammen der Prozeß gemacht wurde, in dem er allerdings freigesprochen worden ist.

⁵⁷ Vgl. ERGER, S. 267.

Mein langer Aufenthalt in der Reichskanzlei brachte mich in näheren Verkehr mit einer Reihe von Offizieren mittleren Alters wie v. Egan-Krieger, v. Stephani, v. Jena, die zu dem Heerlager des Unternehmens gehörten. Freundlich luden sie mich ein, an ihrem Frühstück teilzunehmen. In einem der unteren Säle der Reichskanzlei, in der ich bei manchem rauschenden und üppigen Fest geweilt habe, war mir in dieser Gesellschaft die Erbsuppe aus der Gulaschkanone, die ihre Damen den Offizieren bereitet hatten, eine willkommene Stärkung. Dann schlug auch für sie die Stunde der erschütternden Tragik. Ich war Zeuge des aus diesem Kreise hervorgegangenen Vorschlages, die Generale, die v. Lüttwitz die Absage der Reichswehr überbrachten, zu verhaften. Als v. Lüttwitz diesen Vorschlag ablehnte, kamen sie in schmerzlicher Enttäuschung zu der Erkenntnis, daß das Ende nahe sei. Erschütternd war der Abschied des trefflichen Majors v. Egan-Krieger, der sich in tiefer Empörung über den Verrat der Generale seinen Säbel zur Erde stoßend, bei v. Lüttwitz abmeldete. Niedergeschlagen und voll vaterländischer Sorge ging ich nach Hause. Ich habe später erfahren, wie übereilt die unmittelbar an dem Unternehmen Beteiligten die Reichskanzlei verlassen haben. Das geschah bei den meisten von ihnen nicht, wie die feindliche Presse ihnen vorwarf, in furchtsamer Flucht, sondern mehr in kopfloser Bestürzung und Enttäuschung. Der Bruder v. Lindeiners, den ich vom Ersten Garderegiment zu Fuß her kannte, hat mir erzählt, daß er ziemlich allein zurückgeblieben sei und bis zum Einrücken der Gegner noch einige Stunden Zeit gehabt habe, um Papiere zu ordnen und zu vernichten.

In einem Brief vom 25. März an v. Heydebrand habe ich über den Eindruck, den ich von den Gründen des Scheiterns gewonnen habe, einen kurz zusammenfassenden Bericht erstattet.⁵⁸

»Von den inneren Gründen des völligen Zusammenbruches von Kapp und Lüttwitz stelle ich in den Vordergrund, daß sie das Militär nicht hinter sich hatten. Am 13. früh stand die Reichswehr Gewehr bei Fuß; von außen anmarschierend konnte man deshalb der Regierung nicht mehr habhaft werden. Das Drängen Kapps nach einer Koalitionsregierung, der er zu weichen bald mehr bald weniger entschlossen war, war besonders am Montag, den 15., gleichfalls auf die Haltung des Militärs zurückzuführen. Sein Rücktritt am 17. vormittags hatte zum letzten Anlaß die ausdrückliche Forderung der Sicherheitswehr; der Rücktritt von Lüttwitz am 17. abends den Beschluß der überwiegenden Mehrheit seiner Truppenführer, die zum Teil nach dem 13. unter ihm weitergedient hatten, nun aber in schwebender Schlacht den Rücktritt ihres Führers verlangten. Das waren traurige Bilder, bei denen man sah, wie auch der alte preußische Offizier auf dem Trümmerhaufen liegt. Zu dieser Unsicherheit des Militärs kam die persönliche Unzulänglichkeit des Reichskanzlei-Büros Bauer, Pabst und Genossen. Dazu natürlich die äußeren Gründe. Seit dem 18. geht ja nun der Kampf um die Räte-Diktatur. Im Ruhrgebiet herrscht sie; hier werden wir ihr durch die Verhandlungen über die Kabinettsbildung, die immer noch schweben, voraussichtlich sehr nahe kommen. Es ließe sich noch vieles berichten; indessen möchte ich dem Papier noch nicht allzuviel anvertrauen.«

Meinungskampf über das Unternehmen

Nach dem Scheitern des Unternehmens nahm die ganze politische Welt polemisch dazu Stellung. Der Streit beherrschte den alsbald einsetzenden Wahlkampf für die nunmehr zugestandene Reichstagswahl. In Stuttgart rief der Demokrat v. Payer aus⁵⁹: »Der Feind steht rechts!« Damit nahm er die von Scheidemann im Herbst 1919 ge-

⁵⁸ Das folgende auch abgedruckt bei ERGER als Dokument 52.

⁵⁹ Payers Rede nicht ermittelt.

prägte Parole auf⁶⁰, und die herrschenden Parteien erhoben sie zur Wahlparole. Sie gaben dem Haß der Massen, der sich am mißglückten Staatsstreich entzündete, die Richtung auf die DNVP als den Urheber »des Verbrechens« und seiner Folgen. Natürlich setzte sich die DNVP dagegen zur Wehr, und ich sah mich vor die Aufgabe gestellt, mich an ihrem Kampf zu beteiligen. Das wurde mir dadurch erschwert, daß die DNVP sowohl von den Trägern des Unternehmens wie von diesem selbst in einer Form abrückte, die ich nicht für richtig halten konnte.

Ich persönlich mußte für die vom Mißerfolg betroffenen Männer eintreten, denen ich zur Seite gestanden hatte. Das war mir eine Pflicht nicht nur der Überzeugung, sondern auch des persönlichen Anstandes, den ich trotz des den Charakter verderbenden Einflusses der Politik nicht ganz über Bord werfen mochte. Erst eine Woche nach dem Ende des Unternehmens konnte die »Kreuzzeitung« wieder erscheinen, und gleich in dieser Nummer veröffentlichte ich einen mit meinem Namen gezeichneten »Rückblick«, in dem ich mich nach Auseinandersetzungen über die durch die Schuld der Regierung unhaltbar gewordenen Lage bemühte, den Führern des Kapp-Unternehmens gerecht zu werden.⁶¹

»Entschlossene Männer, durchglüht von heißer Vaterlandsliebe, und getrieben von schwerer Sorge um die Zukunft Deutschlands haben, unabhängig von Parteien, geglaubt, mit militärischen Kräften die Besserung herbeiführen zu können. Wertvolle Teile der Reichswehr, begeisterte Jugend haben sich ihnen zur Verfügung gestellt. Die Gründe, aus denen ihr Unternehmen gescheitert ist, werden noch häufig eingehend erörtert werden müssen, zumal bereits heute eine Flut von Lüge und Verleumdung sich gegen diese Männer erhebt. Augenscheinlich haben die Truppen und deren Befehlshaber, auf die sie sich stützen wollten, nicht hinter ihnen gestanden; in weitesten Kreisen des Volkes fanden sie Widerstand. Ihr Ziel war dabei, nach kurzer provisorischer Regierung, die nicht nach Parteirücksichten, sondern von Fachleuten besetzt werden sollte, endlich die verfassungsmäßigen Neuwahlen zu erzwingen. Sobald sie sahen, daß die Unabhängigen und Kommunisten und mit ihnen der Feind aller Kultur, der Bolschewismus, sich sowohl gegen die alte wie gegen die neue Regierung wendeten, boten sie der alten Regierung die Hand, um zur Erreichung ihres Zieles zu gelangen. Die Regierung Ebert-Bauer hat jedes Entgegenkommen schroff und entschieden abgelehnt. Sie war rechtzeitig entflohen und hatte mit dieser Flucht noch einmal die ganze Unhaltbarkeit ihrer Stellung dar getan. Den Soldaten, denen seit der Revolution alle alten Ideale zerstört waren, haben weder das neue System noch die Personen, die seine Träger waren, ein neues Ideal zu schaffen vermocht. Am 13. März erhob sich nicht eine Hand, um die Regierung zu schützen.«

Man muß sich in die damalige Zeit versetzen, um die Wirkung dieses Artikels begreiflich zu finden, mit dem ich meinerseits die Debatte eröffnete. Ich blieb, soweit ich mich erinnere, mit meinem Bekenntnis zu den »Kappisten« so gut wie allein. v. Heydebrand teilte mir mit, er sei in jenen Tagen in Sorge um mich gewesen, und er erkannte an, daß der Artikel eine mutige Tat gewesen sei. Persönliche Gefahren sind mir daraus nicht erwachsen, aber heftige Beschimpfungen. Der »Vorwärts« bezeichnete den Artikel als »eine bodenlose Unverschämtheit«. In der Nationalversammlung benutzte der Reichskanzler Müller die ersten Sätze der hier zitierten Stelle, die er wörtlich anführte, zu einem gehässigen Angriff auf mich. Dieser wurde in der Landesversammlung, wie der deutschnationale Redner feststellte, von drei verschiedenen Sozialdemokraten wiederholt.⁶² Insoweit konnte ich mit dem Ergebnis zufrieden sein. Eine Ge-

⁶⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 (7. 10. 1919), S. 2888.

⁶¹ Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 24. 3. 1920, »Ein Rückblick«.

⁶² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (29. 3. 1920), S. 4935, Sitzungs-Ber. Pr. IV., Bd. 8 (30. 3. 1920), Sp. 10524 ff.

nugtung war dann der Dank, den mir Kapp in dem Brief vom 20. August 1920⁶³ für das Verhalten der »Kreuzzeitung« aussprach.

Betrüblicher war es, daß die DNVP andere Wege ging. Die Notwendigkeit, in den Parlamenten die Angriffe zu widerlegen, die man gegen die Partei wegen Teilnahme am Kapp-Unternehmen richtete und als Wahlparole vorbereitete, verleitete deren Redner, auch von den Persönlichkeiten des Unternehmens zu weit abzurücken. Abgeordneter Düringer⁶⁴ berief sich nicht nur darauf, daß Kapp zwar von Ostpreußen in den Vorstand der Partei entsandt gewesen, dieser aber innerlich fremd geblieben sei und sie scharf kritisiert habe, sondern fügte noch einen persönlichen Angriff hinzu. Als Sohn eines Revolutionärs von 1848 sei Kapp mit der Neigung zum Staatsstreich erblich belastet gewesen.⁶⁵

Noch schärfer war das Abrücken von D. Traub. Düringer bezeichnete ihn als »guten Menschen, aber schlechten Politiker«, und Hergt, der noch im Juli 1919 Traubs Parteitagsrede veranlaßt und hoch gelobt hatte, verkündete in der Landesversammlung⁶⁶, Traub sei bei der Annahme des ihm von Kapp angebotenen Kultusministeriums aus der DNVP ausgeschieden. Auch hier folgte der persönliche Angriff, Traub sei stets Eigenbrötler und Einspänner gewesen. Das gab, als Hinweis auf innere Unstimmigkeiten der Reichstagsfraktion, in der Traub dem »scharfen Flügel« (v. Graefe, Hugenberg, Käthe Schirmacher) angehört hatte, den Gegnern Anlaß zur Schadenfreude. Neben der Art, wie man sich auf die von v. Lindener erstattete Anzeige berief⁶⁷, erregte dieses Abrücken Unmut in den eigenen Reihen. Mir liegt eine Beschwerde des Landesverbandes Sachsen vor, in der das Verhalten der DNVP als »Felonie« bezeichnet wird, und Schroeter berichtet an v. Heydebrand über die dadurch hervorgerufene Erregung, mit dem Zusatz, der Unabhängige Sozialdemokrat Henke habe gesagt, das hätten die früheren Konservativen doch nicht getan, so von ihren Freunden abzurücken. Personalien übten im Parteileben oft eine nachhaltigere Wirkung aus als sachliche Gegensätze, und das Abrücken von den Kappisten blieb lange ein Keim der Zwiebracht in der DNVP.

Die verschiedenen Einstellungen zu den Führern des Unternehmens lag ein Unterschied der Auffassung über das Unternehmen selbst zu Grunde, der mich viel beschäftigt hat. Ich konnte es weder mit meiner Überzeugung vereinbaren noch auf weite Sicht für politisch richtig halten, daß man jeden Versuch, die aus dem November-Verbrechen hervorgegangene Staatsform und Machtverteilung mit Gewalt zu beseitigen, grundsätzlich oder gar, wie Düringer es in der Nationalversammlung getan hatte, mit einem feierlichen Bekenntnis zur Weimarer Verfassung ablehnte. Man legte sich ohne Grund für alle Zukunft fest, und was noch schlimmer war, man entzog dem Widerwillen und Widerstand gegen die ebenso landes- wie hochverräterische Revolution von 1918 und deren Ergebnis die logische und willensmäßige Grundlage, wenn man deren Urheber und Nutznießer gegen jeden, auch den aussichtsreichen Versuch in Schutz nahm, ihnen ihren Raub mit Gewalt zu entreißen. Man konnte »das Recht zur Revolution« ablehnen und doch das Recht zur Gegenrevolution gegen den ver-

⁶³ Andere Teile des Briefs bei ERGER, Dok. 29, S. 327 f. und S. 265, Anm. 4.

⁶⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (30. 3. 1920), S. 4988.

⁶⁵ Nach Presseberichten, die durch die Stenographischen Berichte nicht bestätigt wurden, sollte Düringer gesagt haben, als Sohn einer Jüdin sei Kapp erblich belastet.

⁶⁶ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 8 (30. 3. 1920), S. 10529.

⁶⁷ Siehe oben S. 204.

brecherischen und unheilvollen Umsturz vom November 1918 anerkennen. Als ich ein Jahr zuvor in Abwehr von Unterstellungen von Scheidemann in Abrede stellte, daß auf der rechten Seite jemand an reaktionäre Verschwörungen und gewaltsame Entfesselung des Bürgerkrieges denke⁶⁸, hatte ich daher schon die einschränkenden Worte »in der heutigen Not des Volkes« hinzugefügt.

»Die Tatsachen sind es, die gegenrevolutionär wirken, nicht reaktionäre Verschwörungen«. Auch von Kundgebungen und Handlungen, die reizen, ohne zu nutzen, ist abzuraten. Man muß warten können, bis geduldige und unausgesetzte Arbeit sachlicher Aufklärung über die Gründe und die Erfolge der Revolution ihr Werk getan haben.«

An der Aufklärungsarbeit würden wir uns durch Drohungen nicht hindern lassen. Daß und in welchem Umfange ich nach dem Scheitern des Kapp-Unternehmens nicht nur in vertrautem Gespräch, sondern auch offiziell in größerem Kreise des Parteivorstandes⁶⁹ meine Meinung vertreten habe, zeigt ein Bericht von Schroeter an v. Heydebrand vom 1. April 1920. Danach hat Hoetzsch in großer Aufregung Schroeter als Geschäftsführer der »Kreuzzeitung« aufgesucht, um ihm zu eröffnen, nachdem ich Kapp so in Schutz genommen habe, könne er seine Mitarbeit mit mir in der »Kreuzzeitung« nicht fortsetzen; zum mindesten müsse ihm gestattet werden, seinen entgegengesetzten Standpunkt in der »Kreuzzeitung« bekannt zu geben. Auf den Einwand Schroeters, ich hätte doch nur in ritterlicher Weise Kapps Motive klar gestellt,

»erklärte Professor Hoetzsch, ganz besonders unmöglich sei es, sich mit dem Grafen Westarp zu verständigen, weil dieser wenn auch nicht in der »Kreuzzeitung«, so doch in Besprechungen im Schoße des Deutschnationalen Parteivorstandes wiederholt erklärt habe, er habe bisher noch an keiner Stelle gesagt und werde auch niemals sagen, daß er unter allen Umständen eine Herbeiführung der Regierungsänderung nur auf verfassungsmäßigem Weg wünsche, er werde vielmehr auch unter Umständen eine gewalttätige Umänderung nicht ablehnen, diese letzterwähnte Äußerung werde er selbstverständlich nicht in aller Form tun, er stehe nun einmal auf diesem Standpunkt. Professor Hoetzsch erklärte, diese Stellungnahme des Grafen Westarp werde auf einer demnächst stattfindenden Besprechung im weiteren Vorstände der Deutschnationalen Volkspartei wahrscheinlich zu einem heftigen Zusammenstoß führen, der unter Umständen damit enden könne, daß eine kleine, auf dem Standpunkte des Grafen Westarp stehende Gruppe sich ablöse, oder daß die Gefolgschaft des Herren Behrens aus der Partei herausgehen werde.«

Bei der von der christlich-sozialen Gruppe in diesen Tagen ausgehenden Partei-Krise handelte es sich um andere Fragen.⁷⁰ Richtig aber war, daß die Partei jede Anerkennung der Gegenrevolution grundsätzlich ablehnte und das auch öffentlich aussprechen wollte. Die letzten Motive für diesen Gegensatz zu meinem Standpunkt habe ich nie ganz ergründen können. Der Respekt vor der Weimarer Verfassung als der strafrechtlich, politisch und moralisch zu schützenden Grundlage gedeihlicher Entwicklung war in der DNVP, wenn überhaupt, so nur ganz ausnahmsweise vorhanden, das Maß der Gegnerschaft gegen das Werk von Weimar war bei vielen nicht so groß wie bei mir. Wäre das Unternehmen gelungen, so hätte wohl kaum jemand daran Anstoß genommen. Was gegen mich ins Feld geführt wurde, war die »realpolitische« Erwägung, daß man die Entwicklung zu Ruhe und Ordnung nicht durch Unternehmen gefährden dürfe, die zum Scheitern verurteilt, nur schaden konnten. Den ent-

⁶⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

⁶⁹ Dem Parteivorstand gehörten zu dieser Zeit etwa 30 Personen an.

⁷⁰ Siehe oben S. 56 f.

scheidenden Einfluß auf die Haltung der DNVP übte wohl die taktische Rücksicht auf die Abwehr der gegen den rechts stehenden Feind verkündeten Wahlparole aus.

Es war schwierig, gegen die Haltung der DNVP Stellung zu nehmen. Ein öffentliches Bekenntnis zum Recht des Staatsstreiches kam auch für mich zur Zeit nicht in Frage. Sprach man es damals aus, so steckte man damit seinem eigenen Dasein als politisches Subjekt ein schnelles Ziel und erschwerte zum mindesten sich und anderen die Möglichkeit der Ausführung. Was ich verhindern oder zum mindesten selbst vermeiden wollte, war, daß die polemische Abwehr der erhobenen Angriffe zur grundsätzlichen Ablehnung jeder gewaltsamen Gegenrevolution ausartete. Die Grenzen waren flüchtig. Der Nachweis, daß die DNVP sich an dem Unternehmen nicht beteiligt, sondern ihm in den Vorbesprechungen mit v. Lüttwitz entgegen gewirkt hatte, blieb innerhalb der von mir gewünschten Grenzen, solange er nicht allzu beflissen geführt und lediglich mit der Aussichtslosigkeit und mit den Folgen seines vorausgesehenen Scheiterns begründet wurde. Eine parteiamtliche Erklärung, in der dieser Nachweis sehr gründlich geführt wurde⁷¹, ging mir in der Beflissenheit, eine Kundgebung der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft⁷² in grundsätzlicher Ablehnung zu weit. Beiden konnte ich die Aufnahme in die »Kreuzzeitung« nicht versagen.

»Unser Gewissen ist rein« war ein Wort Düringers, das mir gleichfalls zu weit ging.⁷³ Die Kritik an den Fehlern – der mangelnden Vorbereitung, dem unzeitigen Losschlagen, der Unklarheit der Ziele, der verfehlten Maßnahmen – war sachlich nicht unbegründet und konnte, wenn sie objektiv durchgeführt wurde, auch von meinem Standpunkt aus erträglich sein. Als aber Graf Posadowsky bei Begründung des Antrages auf Neuwahlen am 9. März vorwegnehmend jeden Appell an die Gewalt als »verbrecherische Torheit« bezeichnete⁷⁴, begab er sich auf das Gebiet moralisch-staatspolitischer Verurteilung; in der Formel »verbrecherischer Wahnsinn« bürgerte sich dieses Urteil dann in die deutschnationalen Kundgebungen ein. Ganz unzweideutig lehnte der Parteivorsitzende Hergt in der Landesversammlung⁷⁵ jeden neuen Staatsstreichversuch grundsätzlich ab.

»Wir haben die Revolution vom 9. November 1918 verurteilt und verurteilen auch jede neue Revolution. Denn wir sind eine Partei des Rechtes und wollen die von uns erstrebte Regelung des Staatslebens nur auf dem Wege einer natürlichen organischen Entwicklung und auf dem Boden der Verfassung herbeiführen.«

Mit diesen Einzelheiten der Worte und ihrer Auslegung mochte ich mich nicht öffentlich auseinandersetzen. Aber schon der Übereifer als solcher, mit dem man die eigene Unschuld betonte und das Unternehmen tadelte, wirkte in dem von mir als schädlich erachteten Sinn. Ihm suchte ich durch den Nachweis entgegenzuwirken, daß all diese Versuche des Abrückens mehr schaden als nützen. Was ich in öffentlichen Versammlungen darüber gesagt habe, ergibt sich aus der einem Brief an Frau v. Lüttwitz beigelegten Niederschrift über den Inhalt meiner Versamlungsrede vom 11. April 1920.

»Das letzte Urteil über die Würdigung dieses Unternehmens und seiner Urheber wird die Geschichte zu sprechen haben; zur Zeit schwankt das Bild zwar nicht von der Parteien Haß und

⁷¹ Abgedruckt in: Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920.

⁷² Abgedruckt in: Kreuz-Ztg. Nr. 151 vom 1. 4. 1920.

⁷³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (30. 3. 1920), S. 4987.

⁷⁴ Ebd. (9. 3. 1920), S. 4793.

⁷⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 8 (30. 3. 1920), S. 10524.

Gunst verwirrt; wohl aber ist es von Parteienhaß stark beeinflusst. Für den Wahlkampf hat es wenig Zweck, von deutschnationaler Seite weiterhin noch viel zur Beurteilung der Vorgänge zu sagen. Durch die Erklärung der deutschnationalen Partei ist der Sachverhalt vollständig aufgeklärt und die Tatsache, daß die Partei daran nicht beteiligt war und sich für Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände eingesetzt hat, vollständig erwiesen. Regierung und Mehrheitsparteien sind gleichwohl entschlossen, ohne alle Rücksicht auf die Wahrheit der Tatsachen den rechtsstehenden Kreisen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Rücken diese nun von dem Unternehmen und seinen Urhebern noch weiter ab und finden sie Worte zur Verurteilung dafür, so wird ihnen Unwahrhaftigkeit und Feigheit vorgeworfen. Sucht man, wie ich es nach bester Überzeugung getan habe, den Beweggründen und Zielen des Unternehmens gerecht zu werden, so wird man der Teilnahme an dem »Verbrechen« beschuldigt. Wie man es also macht, ist es falsch; der Vorwurf paßt einmal in das Agitationsprogramm der Gegner und wird von der Phonographenplatte der Agitation unendliche Male in jeder Versammlung erschallen.«

Auch in der »Kreuzzeitung«⁷⁶ bin ich, den Gegenangriff auf die Regierung in den Vordergrund stellend, übereifrigen Verteidigungsversuchen der DNVP wiederholt entgegengetreten. Noch größere Schwierigkeit bereitete es mir, daß die DNVP – wahltaktisch vielleicht nicht mit Unrecht –, es für nötig hielt, sich für alle Zukunft auf das Bekenntnis zu rein verfassungsmäßigen Wegen festzulegen. Daß die DNVP als solche nicht berufen war, Staatsstreiche zu veranstalten und daß bei der gegenwärtigen Lage auf unabsehbare Zeit jeder Versuch eines gewaltsamen Vorstoßes von rechts aussichtslos war und deshalb nur schweren Schaden anrichten könne und zu unterlassen sei, waren Gedanken, denen ich zustimmen mußte. Hier aber war die Grenze zwischen ihnen und einer grundsätzlich und zeitlich unbegrenzten Absage an jeden »verfassungswidrigen« Weg besonders schwer zu finden und in öffentlicher Erklärung, wenn diese überhaupt taktisch Wirkung haben sollte, kaum einzuhalten. Ich wünschte daher größte Zurückhaltung in der Erörterung dieser Frage. Die DNVP aber hielt in ihren Kundgebungen ausdrückliche und unbedingte Bekenntnisse zur Verfassungstreue für nötig.⁷⁷ In der Erklärung vom 24. März⁷⁸, bei der sich der Parteivorstand zwar meinem Standpunkt in der Personalfrage etwas mehr annäherte, als es in den Fraktionen geschehen war, bekannte er sich um so rückhaltloser zu rein verfassungsmäßigen Wegen.

»Wenn jetzt Männer aus schwerer Sorge um Volk und Vaterland den Weg der verfassungsmäßigen Entwicklung verlassen haben, wenn wertvolle Teile unseres Volkes, vor allem in der Reichswehr und in der Jugend sich hinter diese Männer gestellt haben, so fallen Verantwortung und Schuld auf die Mehrheitsparteien und die aus ihrer Mitte gewählte Regierung. Unser Weg war das nicht. Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei ist stets von dem Grundsatz geleitet worden, daß eine Fortbildung unserer politischen Zustände nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen dürfe. Dadurch ist unsere Stellungnahme zu der Regierung Bauer wie zu den Regierungen des 13. März klar gegeben.«

Zunächst habe ich diese Erklärungen in der Öffentlichkeit schweigend, in inneren Besprechungen mit Vorbehalt meines Standpunktes hingenommen. Aber der Parteivorstand drängte, ich solle mich ausdrücklich dem Parteistandpunkt anschließen. Bei dem Vorstoß im Hauptvorstand der DNVP vom 7./9. April, bei dem Graf Kanitz, v. Kardorff und Hoetzsch mein Ausscheiden verlangten, handelte es sich zwar in er-

⁷⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, IP: darin hieß es: »Vielleicht ist man hier und da von den Motiven und den Zielen des Unternehmens sogar etwas zu weit aberückt.« Siehe ferner Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

⁷⁷ Siehe die Reden Düringers (Anm. 64 und 65) und Hergts (Anm. 66).

⁷⁸ Korrespondenz der DNVP Nr. 62; auch abgedruckt Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 24. 3. 1920.

ster Linie um die Weigerung, die Konservative Partei aufzulösen⁷⁹, aber ich wußte, wie meine Stellung zum Kapp-Unternehmen den krisenhaften Zustand verschärfte. Auch mußte ich erwägen, und es wurde mir vorgehalten, daß die DNVP in dieser schwierigen Lage mit einstimmig gefaßten Beschlüssen vor die Öffentlichkeit treten müsse. Deshalb stimmte ich dem Beschluß des Hauptvorstandes der DNVP vom 9. April 1920 zu⁸⁰, der besagte:

»Der Parteivorstand der DNVP verweist erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei, der jede verfassungswidrige Handlung unbedingt verurteilt. Neue Umsturzversuche würden unabsehbares Unheil über Deutschland bringen.

Die Parteileitung der DNVP erwartet von ihren Parteifreunden im Lande, daß sie, wo immer sie von solchen Plänen Kenntnis erhalten, ihnen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Wer sich an verfassungswidrigen Unternehmungen beteiligt, für den ist in der DNVP kein Platz.«

Dem Wortlaut nach ist die ausgesprochene Warnung grundsätzlich und allgemein gültig, während die besonderen Umstände, unter denen sie erlassen war, dafür sprechen, sie als zeitbedingt auszulegen. Deshalb beschäftigte ich mich in der »Kreuzzeitung« eingehend mit den Gründen, die den Vorstand der DNVP zu einer nochmaligen Kundgebung dieses Inhalts bestimmt hatten.⁸¹

Die Gerüchte, daß weitere Putsche von rechts bevorständen, wollten nicht verstimmen und wurden von der Regierungsmehrheit geflissentlich aufgebauscht.

Westarp berichtet, wie Anfang April 1920 zunächst die Aufdeckung einer nationalbolschewistischen Verschwörung im Reichswehrministerium verkündet worden sei, sich aber bald herausstellt habe, daß die verhafteten Offiziere auftragsgemäß mit Kommunisten über die Abgabe der Waffen verhandelt hätten. Er warnte im gleichen Kreuzzeitungsartikel vor derartigen aussichtslosen Verhandlungen und bezeichnete die Reaktion der Regierungskreise als Ausübung des »ungeschriebenen Grundrechts der Deutschen«, »daß ein jeder sich lächerlich machen darf, so gut er kann«.

Weiteren Anlaß zu unbegründeten Putsch-Gerüchten entnahm die Regierungspresse den Bemühungen des Majors Bischoff, des Führers der Eisernen Division, seine Kameraden in der Wirtschaft unterzubringen. Ich war gelegentlich durch Vermittlung des Alldeutschen Verbandes zu Besprechungen mit Bischoff und seinem Stabe zugezogen worden. Die auf die Straße gesetzten tapferen Baltikum-Kämpfer wurden von größeren Gütern namentlich in Pommern als Arbeiter angenommen, um gleichzeitig als Schutzwache gegen den bolschewistischen Aufruhr zu dienen. Dabei wurde ein organisatorischer Zusammenhang aufrechterhalten. Der Gedanke, die Division wieder einmal als Freikorps zu äußern, vielleicht auch innerem Kampf zusammenzuschließen, spielte mit, blieb aber ein Zukunftstraum. Deshalb war meine Feststellung, daß auch von dieser Seite keine Putschgefahr drohe, zur Zeit jedenfalls nicht unwahr. Um so schärfer wandte ich mich gegen die niederträchtige Hetze, die von der Regierungspresse gegen Bischoff und seine Leute ins Werk gesetzt wurde.⁸²

»So sieht der Dank aus, den das deutsche Volk Männern abstattet, die für seinen Schutz gekämpft haben und weiter dazu bereit sind. Ebenso wenig wie die Eiserner Division denkt nach authentischer Feststellung der gleichfalls verdächtige Pommersche Landbund an einen Militärputsch.«

⁷⁹ Siehe oben S. 58.

⁸⁰ Korrespondenz der DNVP Nr. 79 vom 15. 4. 1920.

⁸¹ Kreuz-Ztg. Nr. 178 vom 18. 4. 1920, IP.

⁸² Wie Anm. 81.

Aber der Radikalismus brauche die Putschgerüchte. Wie diese auf die Massen wirken, zeigten die Ausschreitungen der Offiziershetze in den letzten Wochen. Auch die Regierungsmehrheit brauche die Putschgerüchte in der Hoffnung, daß die DNVP daran im bevorstehenden Wahlkampf zugrunde gehen werde. Deshalb bemühe sie sich fortgesetzt, »die Volksseele durch neue Befürchtungen vor gewaltsamen Unternehmungen, deren Schuld der DNVP in die Schuhe geschoben wird, am Kochen zu erhalten oder neu aufbrodeln zu lassen.« [...] Die Zustände unter diesem System würden von Tag zu Tag unhaltbarer. Mit der Erklärung, daß sie die Auslieferungsforderung zwar nicht ablehne aber nicht erfüllen könne, habe die Regierung sich die Zügel der Staatsgewalt bereits entgleiten lassen. Erneut sei ihre Ohnmacht zutage getreten, als sie gegen Kapp nicht mit den legalen Mitteln staatlicher Gewalt, sondern nur durch die verbrecherische Aufforderung zum Generalstreik ihre Stellung halten konnte. Durch das Abkommen vom 20. März habe sie den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Diktatur eingeräumt und sich in den fortgesetzten Verhandlungen mit den bolschewistischen Aufrührern den Forderungen der Straße unterworfen.

»Unter solchen Umständen wäre es nicht zu verwundern gewesen, wenn wiederum unbesonnene Elemente zu dem Gedanken militärischer Gewaltmaßnahmen, so unsinnig er ist, sich hätten verleiten lassen.«

Ohne auf den Vorstandsbeschluß vom 9. April und auf meine Zustimmung dazu näher einzugehen, fügte ich hinzu, daß auch ich vor irgend welchen Umsturzplänen, wo sie wirklich noch in den Köpfen spuken sollten, nicht dringend genug warnen könne.

»Nur unbegründete Verzweiflung oder ganz unpolitische Denkungsart könne dazu verleiten. Das Vaterland bedarf der Ruhe, und nur zielbewußte verfassungsmäßige Arbeit kann uns vorwärts bringen und muß geleistet werden, mag sie auch noch so kleinlich und nüchtern, ihr Erfolg auch noch so schwer erreichbar und fern erscheinen.«

Ebenso wiederholte ich meine Warnung vor jedem Spielen mit dem Gedanken, »durch eine Verbindung nationaler, monarchisch denkender Kreise mit dem Kommunismus und Radikalismus könne im Innern, durch ein Bündnis mit dem russischen Bolschewismus könne gegen Frankreich ein Erfolg erzielt werden«. Schließlich kam ich darauf zurück, daß wir der gehässigen Agitation unter allen Umständen ausgesetzt seien. Hätte der Vorstand die Warnung unterlassen, so würde man das als Beweis unserer Hinneigung zum Putsch ausgenutzt haben, die ausgesprochene Warnung diene als Beweis, daß wir an den Putschplänen beteiligt gewesen seien.

»Gegen diese unehrliche Art der Agitation hilft nur eins, rücksichtsloses Aussprechen dessen, was ist, und einfache Erfüllung der erkannten Pflicht. Die Regierung aber möchte ich bitten, sich wieder einmal die Fabel von dem Spaßmacher durchzulesen, der so lange: »der Wolf, der Wolf« rief, bis es ihm, als der Wolf wirklich kam, niemand mehr glaubte.«

Schon am folgenden Tage sah ich mich veranlaßt, ein weiteres Bekenntnis zum Parteistandpunkt zu veröffentlichen. Die drei ehemaligen Freikonservativen Arendt, v. Dewitz, v. Kardorff traten zu der DVP über und begründeten das in einer veröffentlichten Erklärung mit dem »schärferen Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten in der DNVP und deren Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei«. Dabei stellten sie an die Spitze, daß sie »vorbehaltlos nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geiste nach auf verfassungsmäßigem Boden« ständen und »jeden Versuch einer gewaltsamen Änderung der Verfassung« auf das schärfste verurteilten. Ihrem Gesamthalt nach mußte ich die Erklärung auf mich beziehen, und ich sah voraus, daß sie dem Gegner im Wahlkampf eine Waffe in die Hand gab. Deshalb veröffentlich-

te ich sofort⁸³ eine Antwort, in der ich feststellte, auch die DNVP erstrebe Änderungen der Verfassung nur auf gesetzlichem Wege.

»Es trifft nicht zu, daß diese Haltung der Partei, sei es in den geschlossenen Verhandlungen, sei es in der Presse von einer extremen oder anderen Seite nicht volle Zustimmung gefunden hätte. Ebenso wenig ist der Trennung von denjenigen Männern, die sich dem Kapp-Unternehmen zur Verfügung gestellt haben, so schmerzlich die Trennung war, irgend ein Widerstand entgegengesetzt worden.«

Wenn ich statt von »voller Zustimmung« von »Einstimmigkeit« gesprochen hätte, so wäre das tatsächlich richtiger, aber taktisch unzweckmäßig gewesen. Denn hinter der betonten Einstimmigkeit eines Beschlusses witterte der gegnerische Agitator stets den Unrat eines mühsam beigelegten Zwistes.

Das Drängen, ich solle mich dem Standpunkt des Parteivorstandes noch weiter annähern, hörte auch nach dem 18. April nicht auf. Am 25. April bat mich Hoetzsch brieflich um eine Unterredung. Er habe auf der Vorstandssitzung vom 9./11. April eine Kandidatur abgelehnt. In einer von Hergt gewünschten Unterredung habe ihm dieser mitgeteilt, daß die Parteileitung das nicht wünsche. Er komme aber

»nicht darüber hinweg, daß wir als Partei, um Herrn v. Heydebrands Wort zu zitieren, in der Stellung zum Putsch tatsächlich das Ja und das Nein motivieren. Und so kann ich mich bislang zur Annahme einer Kandidatur nicht entschließen. (Aus der Partei trete ich nicht aus.) [...] Ich selber habe im letzten Jahr unter dem Dualismus – Mitarbeiter der ›Kreuzzeitung‹ und deutschnationaler Abgeordneter – so gelitten, daß ich jetzt eine Klärung möchte oder auf das eine oder andere verzichten möchte.«

Er unterbreitete mir folgenden, auch mit Hergt besprochenen Vorschlag:

»Herr Graf Westarp wird gebeten, den einstimmigen Beschluß des Hauptvorstandes (den Baecker entworfen hat) förmlich und vorbehaltlos zu akzeptieren, und das kundzutun, in einer Form, über die, glaube ich, eine Verständigung leicht zu finden wäre.« [...] Mir würde diese Erklärung die Annahme der Kandidatur ermöglichen, und der Partei auch eine innerlich ungebrochene Front für die Agitation.«

Zum Schluß versicherte Hoetzsch, wie schwer ihm sein Angriff auf mich in der Vorstandssitzung geworden sei.

»Ich möchte Ihnen heute nochmals für Ihre so vornehme Art der Abwehr danken, und hoffen, daß sich ein Weg finde, der mir die alte liebgewordene Zusammenarbeit wieder ermöglicht.«

Nun hatte v. Heydebrand mir mitgeteilt [15. April], er habe durch den Hauptverein der Konservativen den Aufsichtsrat der »Kreuzzeitung« gebeten, das Verhältnis zu Hoetzsch zu lösen. »Der Mann gehört nicht zu uns.« Ich beschloß, den Bruch mit Hoetzsch noch zu vermeiden. Wie ich auf seinem Brief notiert habe, hat die Besprechung mit dem Ergebnis stattgefunden, daß »ich gewünschte Erklärung abgeben werde und daß Hoetzsch auf die innere Politik verzichtet und regelmäßig an einer Redaktionsbesprechung teilnimmt.« Diese gehörte seitdem lange Zeit zu meinem Wochenprogramm.

Westarp gab seine Erklärung, mit der er sich »zwar den Verzicht auf gegenrevolutionäre Gewalt, nicht aber die Gründe des Verzichts« zu eigen machte, im Rahmen eines Rückblicks auf die Nationalversammlung, die ihre Sitzungen geschlossen hatte, ab.⁸⁴

⁸³ Kreuz-Ztg. Nr. 180 vom 19. 4. 1920.

⁸⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920, IP. Der im folgenden zitierte erste Satz ist dort gesperrt gedruckt.

An die Spitze stellte ich die Ausführungen, in denen ich die republikanische Verfassung als unwiderruflichen, staatsrechtlich und moralisch festgefühten Unterbau ablehnte und ihren Ersatz durch eine an die Vergangenheit wieder anknüpfende Staatsform als das letzte Ziel konservativer Politiker bezeichnete. Erst hieran fügte ich den von mir nunmehr zugestandenen nochmaligen und vorbehaltlosen Verzicht auf die Anwendung der Gewalt hinzu.

»Auf gewaltsamem Wege ist die Beseitigung des Werkes der Revolution, wie es durch die Nationalversammlung ausgebaut worden ist, und die Wiederherstellung des erforderlichen rechtlichen und geschichtlichen Zusammenhanges mit der Vergangenheit nicht zu erstreben. Das haben die Ereignisse des März bestätigt. Die Gesundung des schwerkrank darniederliegenden Volkes und seiner Wirtschaft und die Notwendigkeit, die Reste unserer Kultur vor dem Bolschewismus zu retten, machen es zur gebieterischen Pflicht, alles daran zu setzen, daß endlich eine ruhige und stetige Entwicklung Platz greift.«

Es waren also die praktischen, durch die gegenwärtige Lage gebotenen Erwägungen, mit denen ich die weitere Forderung begründete, daß die harte und dornenvolle Arbeit für Forderungen des Tages nur mit verfassungsmäßigen Mitteln getan werde.

»Durch die verfassungsmäßig gebotene und zugelassene Einflußnahme auf die politische Entwicklung und auf das Denken und Wollen des Volkes muß auch das letzte Ziel der Anknüpfung an die wie ein ferner Traum hinter uns liegende bessere staatsrechtliche und geschichtliche Vergangenheit verfolgt werden.«

Der Beschluß des Hauptvorstandes vom 9. April⁸⁵ enthalte

»auch nach meiner Auffassung den maßgebenden Grundsatz für die politische Arbeit, die getan werden muß, um an Stelle des nur zu sehr schwankenden Bodens der revolutionären Tatsachen in allmählicher, mühsamer Arbeit wieder ein festes Fundament zu setzen.«

Ich bin also in meinem von dem deutschnationalen Parteistandpunkt abweichenden Verhalten bis an die äußerste Grenze gegangen, deren Überschreitung mir meine weitere politische Arbeit, jedenfalls die Zugehörigkeit zur DNVP, unmöglich gemacht haben würde. Überschreiten wollte ich sie nicht. In dieser neuen, von mir mitbegründeten Rechtspartei erblickte ich die einzige Plattform für ein nationales Wirken. Durch mein Entgegenkommen wollte ich ihre Geschlossenheit und Schlagkraft stärken und mir die Erfüllung meiner Aufgabe, sie in konservativer Richtung zu beeinflussen, sichern. Das hat mich damals vor schwere Entschlüsse gestellt. Zu aktiver Teilnahme an dem Unternehmen bin ich allerdings, abgesehen von der Anfrage wegen des Reichskanzlerpostens, die erst am 17. März erfolgte, nicht aufgefordert worden. Aber ich habe mich auch nicht dazu angeboten und schließlich das Kompromiß angenommen, bei dem ich mich auch hinsichtlich der grundsätzlichen Ablehnung jeder gewaltsamen Gegenrevolution dem Parteistandpunkt annäherte. Ich habe dieses Ergebnis schon seiner Zeit als wenig befriedigend angesehen.

Dieser unbefriedigende Eindruck ist bei dem jetzt nach mehr als zwanzig Jahren angestellten Rückblick nicht geringer geworden. Ich bin mir bewußt, daß man nach der Gegenrevolution von 1933 noch mehr als früher geneigt sein wird, das Urteil, bei diesen Vorgängen habe es an eindeutiger Klarheit und zielbewußter Festigkeit gefehlt, auch auf mich anzuwenden. Dieses Schicksal würde ich freilich mit so gut wie allen nationalen Politikern teilen, die damals an verantwortlicher Stelle standen. In knapper Zusammenstellung und mit scharfen Worten hat Kapp selbst das Verhalten aller derje-

⁸⁵ Siehe oben S. 57 ff.

nigen getadelt, auf deren Mitwirkung er rechnen konnte, die aber vor die letzten Entscheidungen gestellt, aus politischer Gleichgültigkeit und wenig erfreulichen Nützlichkeitsabwägungen völlig versagten.⁸⁶ Seine Kritik ist menschlich verständlich und berührt den Kern der Sache. An dem Kapp-Unternehmen kann man die Gründe für die Tatsachen erforschen, daß das deutsche Volk, das vor und in dem Weltkriege, in der Wirtschaft, bei der wissenschaftlichen Forschung und vor allem auf dem Schlachtfelde eine so bewundernswerte Tatkraft und Entschlossenheit an den Tag legte, doch kaum einen verantwortlichen Politiker zur Verfügung hatte, der die gleichen Vorzüge aufwies. Uns Politikern der Zeit vor, in und unmittelbar nach dem Weltkriege war die entschlußfreudige, zielklare, frische und zähe Tatkraft durch allzu gründliches Forschen und Begründen und durch die Bedenken und Rücksichten gehemmt, zu denen das parlamentarische Getriebe verführte und die ihren letzten Grund in der Allgemeingültigkeit und Macht der liberalen, demokratischen und sozialistischen Ideen der Massenherrschaft hatten.

Diesen Einflüssen erlag auch die Mehrzahl der Offiziere und Soldaten, sobald sie politisch tätig wurden. Kapp war einer der wenigen, die sich hiervon frei zu machen suchten und scheiterten, nachdem er wider seinen Willen in die Richtung allgemeiner Bedenklichkeit einbezogen worden war. v. Lüttwitz verfiel ihr, als er mit der Regierung Ebert zu verhandeln begann und sein Ziel auf den verfassungsmäßigen Boden zurücksteckte. Selbst Ehrhardt beging den Fehler, vor dem letzten Entschluß noch zu verhandeln und dadurch der Regierung die Möglichkeit zur Flucht zu geben.⁸⁷ Daß »Verhandeln, nicht Handeln« die Parole des Tage vom 13. bis 17. März wurde, lag in diesem Zuge der Zeit, und ihm folgten die Unterstaatssekretäre, die Kapp die Gefolgschaft des Beamtentums, und die Offiziere der Reichswehr, die v. Lüttwitz die ihrige versagten. Bedenklichkeiten und Rücksichten bestimmten das Verhalten der beiden Oppositionsparteien, der DNVP und noch mehr der DVP. Sie zogen auch mir die Grenzen, innerhalb deren ich an der entschlußfreudigen Tat mitzuwirken und ihr das Wort zu reden suchte. Der Frontkämpfer, der von ihnen frei geworden war, stand noch in den Reihen der zu politischer Einflußlosigkeit verurteilten Freikorps.

Der Geschichtsforscher, der diese Erscheinung am Kapp-Unternehmen studiert, wird aber selbst dann, wenn er nicht ausschließlich nach dem Erfolge urteilt, zu prüfen haben, wieweit die Bedenklichen im Recht waren. Dabei wird er die Frage, ob die Zeit im Frühjahr 1920 bereits für eine Gegenrevolution reif war, kaum – jedenfalls nicht mit Sicherheit – bejahen können. Parlamentsherrschaft, Demokratie und Marxismus mußten erst so vollkommen versagen, wie es in den folgenden zwölf Jahren geschah, bevor sie sturmreif wurden. Damals waren sie noch im Besitz der Macht, die sich auf das opferbereite Vertrauen breiter Massen des zermürbten deutschen Volkes stützen konnte. Da auch ihre Träger sich gegen den drohenden Bolschewismus zur Wehr setzen mußten, galten sie dem Ruhe und Ordnung bedürftigen Bürger und Politiker als ein Wall gegen diese Gefahr. Uns von der konservativen Minderheit, die das republikanische System lieber heute als morgen gestürzt hätten, fehlte der Zugang zur Masse. Die Hitlerbewegung stand erst im Anfang der Entwicklung und ist am 9. November 1923 auch noch nicht zum Ziele gelangt. Zu den inneren Hemmnissen kam, daß das drohende Eingreifen der Feinde, denen uns das Zwangsdiktat wehrlos ausgeliefert hatte, den Erfolg jeder nationalen Tat in Frage stellte. Die nächsten zwölf Jahre haben

⁸⁶ SCHEMANN, S. 168; siehe auch ERGER, S. 347, Dok. 53.

⁸⁷ Das folgende auch bei ERGER als Dokument 52 (mit einzelnen Auslassungen) abgedruckt.

gezeigt, welch lange, von mühseligem Kampf erfüllte Entwicklung noch nötig war, um die nationalen Kreise mit der bedenkenfreien Entschlußkraft zu erfüllen, ohne die der innerpolitische Machtkampf nicht zum Erfolg geführt werden konnte. Es lag damals nahe, das Scheitern des Unternehmens allein auf deren Versagen zurückzuführen. Kapp und andere Teilnehmer und unbedingte Freunde des Unternehmens wie D. Traub erhoben den noch heute nachwirkenden Vorwurf gegen die Offiziere und Beamten, die sich so schnell an die Seite der November-Umstürzler gestellt hätten, und gegen die Rechtsparteien, daß nur sie das nationale Unternehmen Kapps durch ihre Ablehnung zum Scheitern gebracht hätten. Das ist eine jener hypothetischen Annahmen, die sich mit Sicherheit weder beweisen noch widerlegen lassen. Rückschauend wage ich nicht mit Sicherheit die Frage zu bejahen, ob Kapp oder ein militärischer Diktator selbst dann sich auf die Dauer hätte halten können, wenn die Fehler des 10. bis 17. März vermieden worden wären, er die Reichswehr hinter sich gehabt hätte und die kleine Minderheit der beiden nationalen Parteien ihm rückhaltlos gefolgt wäre.

v. Lüttwitz, D. Traub und andere buchen unmittelbare praktische Erfolge des Unternehmens. Die Reichstagswahl wurde der Forderung von v. Lüttwitz entsprechend angesetzt und führte zu neuem starkem Verlust der Linksparteien. In Bayern entstand die nationale Regierung v. Kahrs, die sich lange Zeit behaupten konnte; die Bolschewisten wurden zu verfrühtem Losschlagen veranlaßt, und infolgedessen wurde die Herabsetzung des Reichsheeres auf 100 000 Mann ein halbes Jahr verschoben. Auf der anderen Seite konnte man noch Jahre hindurch nationale Parteitaktiker über den taktischen und agitatorischen Schaden klagen hören, den Kapp mit seinem vorzeitigen Vorstoß angerichtet habe. Das waren Folgen, denen doch nur vorübergehende Bedeutung zukam. Entscheidend schien und scheint mir die unmittelbare Wirkung zu sein, die in der ersten entschlossenen Tat eines Vorstoßes gegen das herrschende System und die bolschewistische Gefahr auf das Erwachen nationaler Entschlußkraft ausgegangen ist. Zur Tragik des Unternehmens gehört, daß ihm auch in dieser Beziehung zum mindesten der Ruhm versagt geblieben ist, als eine zum Scheitern verurteilte, aber heroische Tat in den nationalen Mythos hineinzuwachsen. Es wäre ungerecht, das ausschließlich oder vorwiegend darauf zurückzuführen, daß der Verlauf des Unternehmens, die dabei begangenen Fehler, das Verhalten der Führer es ungeeignet gemacht hätten, Nachruhm zu erwerben. Sollte das Kapp-Unternehmen ebenso wie Hitlers Marsch auf München vom 9. November 1923 in der Erinnerung als ein Ansporn nationalen Kampfwillens fortleben, so war dazu wie bei diesem die fortgesetzte organisierte Propaganda durch eine begeisterte Anhängerschaft unerlässlich. Daß auch sie dem Kapp-Unternehmen versagt geblieben ist, muß ich als eine besonders schwerwiegende Unterlassung der nationalen Parteien ansehen, der ich vergebens entgegenzuwirken gesucht habe. Als die Erregung der ersten Monate nach dem 17. März und des Wahlkampfes verfliegen war, begann man auch in der DNVP dem Unternehmen mehr gerecht zu werden. Das zeigt beispielsweise ein Aufsatz, den gerade v. Lindeiner in seiner Zeitschrift »Der deutsche Führer« im Jahre 1922 veröffentlicht hat⁸⁸, und das Eintreten der DNVP für die Amnestie. Für einen propagandistischen Erfolg reichte das, selbst abgesehen davon, daß es zu spät kam, nicht aus. Bedenken und Rücksichten ließen es nicht dazu kommen, daß man sich offen zu den Führern und Opfern des Unternehmens als Wegbereiter der Gegenrevolution bekannte.

⁸⁸ Ein Nachwort zum Kapp-Putsch, in: Der deutsche Führer, hrsg. v. H.-E. v. Lindeiner, Berlin 1922, S. 31 ff.

Anlaß, sich eingehender zur Charakteristik Kapps zu äußern, gab dem Verfasser die Darstellung der Märzereignisse in Dwingers Roman »Auf halbem Wege«, den er als anschauliche Ergänzung seines eigenen Berichts mit weiter Verbreitung begrüßt, dem er allerdings vorwirft, von der dichterischen Freiheit, »Äußerungen und Verhandlungen unabhängig von den vorhandenen Quellen in direkter Rede wiederzugeben, einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht« zu haben.⁸⁹ Nach Traubs Mitteilung hätten Beteiligte gegen Dwingers »Darstellung der inneren Vorgänge empörten Einspruch erhoben«.

Auch ich kann der Charakteristik Kapps nicht zustimmen. Der Vertreter alten märkischen Adels »Graf Truchs«, dem Dwinger wohl vielfach seine eigenen Ansichten in den Mund legt, nennt Kapp einen »weltfremden Idealisten«. Auch in manchen der dramatischen Szenen, in denen Kapp in Dwingers Darstellung das Scheitern seiner Absichten herankommen sah, lassen ihn in ähnlichem Lichte erscheinen. Das entspricht nicht meiner persönlichen Erinnerung. So hoch gespannt seine Ziele waren, die er sich in seinem Idealismus stellte, verband sich damit doch der realpolitische Sinn des preußischen Verwaltungsbeamten, der außergewöhnlich viel praktische und erfolgreiche Arbeit geleistet hatte. Idealismus, geistige Fähigkeiten, gepaart mit Tatsachensinn und reicher Erfahrung besaßen, wenn er auch den Durchschnitt übertraf, viele Männer seiner Zeit. Was ihn vor den meisten von ihnen auszeichnete, war die Fähigkeit zu frischem Entschluß und ein starker politischer Wille. Daß nicht ein weltfremder Idealist, sondern ein Mann erliegen mußte, dem diese damals so wenig verbreiteten Eigenschaften nicht fehlten, macht in meinen Augen sein und seines Unternehmens Schicksal besonders tragisch und bedeutsam für die Erkenntnis der entsetzlichen inneren und äußeren Lage, in die Deutschland durch den Zusammenbruch gestürzt war. Wohl aber stimme ich Dwingers Graf Truchs in dem Urteil zu⁹⁰, mit dem er seine Betrachtung über Kapp abschließt.

»Er war der einzige, der seine gewaltige Gestalt aufraffte, als jedem von uns der Spülicht am Halse stand, der einzige wiederum, der sich zu einer Tat aufraffte, als das Geschwätz uns zu ersticken drohte! Und als das soll er bestehen bleiben, wenn nicht im ganzen Volke, dann zum mindesten in uns, die wir mit ihm an seinem Werke wirkten! In einem Meer von Wankelmütigkeit: Ein Entschluß – in einer Wüste von unfruchtbarem Geschwätz: Eine Tat!«

Ich kann es auch heute nur für verfehlt halten, wenn man das Unternehmen kurzweg als sinnlos oder gar als verbrecherisch abtut oder als belanglos der Vergessenheit preisgibt. Auch Kapp und v. Lüttwitz, ihre Mitarbeiter und Anhänger, nicht zuletzt die Freikorps, die mit ihnen in Verbindung standen, haben den Samen für eine von Partei- und Massen-Herrschaft befreite Zukunft ausgestreut. Ihre Tragik gehört zur Tragik der Nation. Ihr Schicksal ist eine Quelle der Erkenntnis für die Not der Zeit nach 1918 und für die Kräfte, die im deutschen Volke vorhanden geblieben waren, ihr zu steuern.

Amnestie und persönliche Beziehungen

Bei anderen politischen Aufgaben, die sich unmittelbar nach dem Kapp-Unternehmen ergaben, traten Meinungsverschiedenheiten zwischen der DNVP und mir nicht weiter

⁸⁹ Der folgende Absatz und das anschließende Zitat entstammen einer breiteren Auseinandersetzung mit Dwingers Darstellung, die Westarp im Manuskript am Ende des 3. Kapitels angefügt hatte.

⁹⁰ Dwinger, (wie Anm. 54), S. 268.

hervor. Scharfen Einspruch erhob ich von vornherein gegen die laut geforderte und angekündigte strafrechtliche Verfolgung der »Kapp-Verbrecher«.⁹¹

»Der tobende Eifer und die brennende sittliche Entrüstung, mit der die strafrechtliche Verfolgung des »Hochverrats vom 13. März« gefordert und angekündigt wurde, haben in ihrer Übertreibung um so deutlicher gezeigt, daß es den herrschenden Parteien dabei nicht um Recht und Gerechtigkeit, sondern nur um die eigene Macht zu tun ist.«

Reichskanzler Müller und der demokratische Abgeordnete Haas hatten sich in der Nationalversammlung dagegen verwahrt⁹², den November-Umsturz von 1918 ebenso wie das Kapp-Unternehmen als strafrechtlichen Hochverrat zu bezeichnen. Ich widerlegte ihre, mit Angriffen auf das alte System, das Heer und die Konservativen verbundenen Ausführungen und führte den Vergleich zuungunsten des November-Verbrechens durch.

»Damals standen als Feind im letzten Verzweiflungskampfe vier Fünftel der Menschheit vor den Toren, und mit Hilfe dieser Not wurde durch revolutionäre Gewalt vernichtet, was als Ergebnis fünfhundertjähriger ruhmvoller Geschichte Hort und Halt der deutschen Einheit und Größe gewesen war. Der Vorstoß vom März 1920 richtete sich gegen die Herrschaft der demokratischen Parteiregierung. Das ist der Unterschied, der in den Augen der jetzigen Machthaber ihn und ihn allein zum todeswürdigen Verbrechen stempelt. Dazu treten Erwägungen, die man schwerlich als Ausfluß von Kraft und Mut ansprechen kann. Von rechts her glaubt man nichts mehr befürchten zu brauchen und deshalb nach dorthin die volle Strenge des Gesetzes, der sittlichen Entrüstung und der eigenen Macht walten lassen zu dürfen.«

In dem Abkommen von Münster⁹³ habe dagegen die Regierung allen am Bolschewistenaufstand bis zum 2. April beteiligten Arbeitern Straffreiheit bewilligt und »in gleichem Atem die Bestrafung aller am konterrevolutionären Putsch vom 15. März beteiligten Personen zugesagt.« Die amnestierten Kommunisten hatten die gewaltsame Beseitigung der Verfassung durch die Rätediktatur erstrebt und sich mit Raub, Plünderung und Gewalt beschäftigt;

»aber sie haben Waffen und Entschlossenheit, und sie haben im Hintergrunde die Waffe des von der Regierung selbst entfesselten Generalstreiks. Deshalb wählt man in der Abwehr und Sühne ihres Verbrechens den besseren Teil der Tapferkeit und den Weg der Verhandlung.«

Zunächst wurde, wie ich schließlich in der Wochenschau vom 4. April feststellte, damit begonnen, die Verbrecher von rechts, und zwar nicht nur die am Kapp-Unternehmen nachweislich Beteiligten, sondern jeden, »der einer nicht ganz reinen demokratischen Gesinnung verdächtig ist«, aus Reichswehr und Beamtentum zu entfernen.⁹⁴ Das hatten Noske für die Reichswehr und andere leitende Staatsmänner als Programmpunkt der neuen Regierung verkündet. Für Preußen protestierte die DNVP in der Landesversammlung durch Graef (Anklam) lebhaft gegen diese Disziplinierung.⁹⁵

Dann begann die strafgerichtliche Verfolgung. Das mit Schiffer am 17. März vereinbarte Amnestie-Versprechen, dessen Niederschrift im Besitze Schieles war⁹⁶, wurde von der Regierung gebrochen. DNVP und DVP haben sich energisch für seine Erfül-

⁹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, IP.

⁹² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 (29. 3. 1920), (Müller), S. 4935 (30. 3. 1920) (Haas), S. 4972 f.

⁹³ Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 66 ff. In Münster war am 31. 3., in Bielefeld am 24. 3. ein Abkommen geschlossen worden.

⁹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, IP.

⁹⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 9 (28. 4. 1920), Sp. 11161.

⁹⁶ Vgl. dazu ERGER, S. 267 ff.

lung eingesetzt, aber erst im neu gewählten Reichstag ein Amnestiegesetz durchgesetzt, von dem die Urheber und Führer ausgenommen wurden.⁹⁷ Bis dahin schwebten, vom wilden Geschrei der Straße und gehässigen Reden der Minister und Parteiführer begleitet, die strafgerichtlichen Vorverfahren.

Jedes Strafverfahren, das in dieser aufgeregten Zeit und vor Entscheidung über das Amnestieversprechen eingeleitet wurde, hielt ich im Einvernehmen mit Hergt für politisch schädlich. Das Opfer der Selbstgestaltung hielt ich auch deshalb für verfehlt, weil nicht mit einem objektiven gerichtlichen Verfahren, sondern mit einem politischen Gewalt- und Racheakt, vielleicht vor einem dazu eingesetzten Ausnahmegesetz zu rechnen war. Diesen Standpunkt habe ich v. Lüttwitz mitgeteilt, der sich verborgen hielt und mich mehrmals um Rat bitten ließ, ob er nicht sich stellen sollte.⁹⁸ v. Lüttwitz entschloß sich jedoch, nachdem feststand, daß er von der Amnestie ausgenommen war, seine Gestellung anzubieten und das öffentlich zu erklären, und v. Jagow schloß sich seinem Beispiel an.⁹⁹ Die von v. Lüttwitz gestellten Bedingungen – Aufhebung des Haftbefehls und bindende Zusicherung, daß der Haupttermin in kurzer Frist anberaumt werde – wurden nicht erfüllt, und zu seiner Gestellung oder Verhaftung ist es nicht gekommen.

Seine öffentliche Erklärung aber rief Kapp auf den Plan. Die Erklärung, die Kapp mir mit einem Brief vom 20. August 1920 zur Veröffentlichung in der »Kreuzzeitung« übersandte¹⁰⁰, hatte ihm, wie er schreibt, Schwierigkeiten bereitet, die auch mir Bedenken erregten. An sich billigte ich rückhaltlos die Ablehnung, sich zu stellen, und ihre Begründung. Während ich v. Lüttwitz von der Gestellung abgeraten hatte, weil von der Regierung kein objektives Urteil, sondern nur ein Racheakt zu erwarten sei, sprach Kapp den verbrecherischen Hochverrätern von 1918 überhaupt das Recht ab, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Das entsprach meiner oft vertretenen Auffassung und war noch durchschlagender und grundsätzlich bedeutungsvoller. Aber es war in der Aufregung der Zeit unerwünscht, daß die Führer des Unternehmens überhaupt in öffentlichen Gegensatz zu einander traten, und besonders, daß der Unterschied öffentlich erörtert werde, der zwischen Kapp und v. Lüttwitz schon in den Tagen vom 13. bis 17. März bestanden hatte. Der Standpunkt Kapps, daß er eine gewaltsame Gegenrevolution gewollt habe, entsprach den Tatsachen, war zielklar und für die weitere nationale Nachwirkung des gescheiterten Unternehmens vorteilhafter als die Ausführungen von v. Lüttwitz und v. Jagows und ihrer Verteidiger, nach denen sie nur die Durchführung der Weimarer Verfassung hätten erzwingen wollen. Wenn Kapp das aber im gegenwärtigen Augenblick auch nur in Andeutungen öffentlich betonte, so mußte das persönlich und politisch schädlich wirken. Kapp hatte das richtige Gefühl, wenn er befürchtete, daß sein Bekenntnis zu gegenrevolutionären Gewaltzielen die Verteidigung schwächen würde, die v. Lüttwitz und v. Jagow einmal für sich in Aussicht genommen hatten. Man mußte aber auch damit rechnen, daß die Öffentlichkeit bis weit in die Rechtskreise hinein gerade bei Kapp den Vorgängen jede für ihn ungünstige Auslegung unterstellen würde. Ihm hätte damals kaum jemand geglaubt, daß

⁹⁷ RGBL., S. 1487 f. (4. 8.). Die vorgegangenen Beratungen: Sten. Ber. RT, Bd. 344 (2. 8. 1920), S. 529 ff., 545, 551. Dazu Korrespondenz der DNVP vom 3. 8. 1920. Vgl. auch Wolfgang Runge: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.

⁹⁸ Der Briefwechsel ging über eine Tochter des Generals v. Lüttwitz.

⁹⁹ Darüber Kreuz-Ztg. Nr. 387 vom 12. 8. 1920 und Nr. 392 vom 15. 8. 1920.

¹⁰⁰ Teile des Briefs abgedruckt bei SCHEMANN, S. 167 f. und bei ERGER, S. 327.

er sich aus idealen Gründen der Wahrheitsliebe und der nationalen Gesinnung zu der Absicht der Gegenrevolution bekannte. Vielmehr wäre es schwer gewesen, ihn mit Erfolg gegen die gehässige Unterstellung zu verteidigen, daß er sein sicheres Asyl in Schweden nicht aufgab, um sich aus Eitelkeit auf Kosten seiner Freunde als den zielklarerer und entschlosseneren Revolutionär hinstellen zu können. Daraus konnte seinem persönlichen Ruf und damit dem geschichtlichen Andenken an das Unternehmen ein unwiederbringlicher Schade erwachsen. Deshalb entschloß ich mich nicht leichten Herzens dazu, ihm diese Gefahr anzudeuten und die Bitte auszusprechen [10. September], die Formulierung seiner Erklärung noch einmal zu erwägen. Er ist darauf eingegangen [21. September]. Inzwischen war der ursprüngliche Anlaß seiner Erklärung überholt. Er überließ mir mit Worten freundschaftlichen Vertrauens die Entscheidung, wann ich sie in der neuen Form veröffentlichen wolle. Dazu ist es dann nicht mehr gekommen. In einem von Schemann gewürdigten Brief an einen ostpreußischen Freund¹⁰¹ finden sich ferner eingehende Darlegungen über die Notwendigkeit, das Bürgertum zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Bolschewismus aufzurütteln. Die darin enthaltenen Gedanken habe ich selbst vielfach vertreten.

Der Prozeß, in dem v. Jagow verurteilt und v. Wangenheim und Schiele freigesprochen wurden, schuf für Kapp eine neue Lage.¹⁰² Die Verteidigung der Angeklagten hatte den gegenrevolutionären Charakter des Unternehmens völlig verdunkelt, und auch sonst war dessen Bild übel entstellt worden. Die Rücksicht auf deren Interesse war nach rechtskräftig entschiedener Sache nicht mehr geboten, im Gegenteil in einem neuen gegen Kapp selbst gerichteten Verfahren konnte das Fehlurteil gegen v. Jagow angegriffen werden. Nunmehr stellte sich Kapp dem Gericht, obwohl die Bedingung freien Geleites abgelehnt wurde, und er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Schemann veröffentlicht den Gedankengang der von Kapp entworfenen Verteidigungsrede.¹⁰³ Unter Verzicht auf jedes Werben um Freispruch hat Kapp sie, wie Schemann zutreffend ausführt, zu einer wuchtigen Anklage gegen das November-Verbrechen und gegen die Nutznießer und Träger des daraus entstandenen Systems gestaltet. Ich finde darin Gedankengänge wieder, mit denen auch ich den Kampf gegen das System geführt habe. Das begeisterte Lob, das Schemann dem Entwurf spendet, ist begründet. Die Rede wäre schlagend und wirksam für ihren Zweck gewesen, das Bürgertum gegen die revolutionären Gewalthaber von 1918 aufzurütteln, und wäre ein historisches Dokument von bleibender Bedeutung geworden. Das Strafurteil, zu dem sie geführt hätte, würde Kapp den Ruhm des Märtyrertums gebracht haben, der für den ideologischen Erfolg eines gescheiterten Unternehmens so wirksam ist. Die Rede ist nicht gehalten worden. Kapp erkrankte in der Untersuchungshaft, wie damals erzählt wurde, an Krebs in der Augenhöhle. Er starb vor der Hauptverhandlung. Die Tragik seines Lebens vollendete sich dadurch, daß es ihm versagt blieb, abschließend den Sinn und Zweck seines Unternehmens klarzustellen und diesem dadurch den Erfolg auf den Willen und die Kraft des deutschen Volkes zu sichern.

Über die Aussichten für die Amnestie, die sich in den ersten Tagen der neuen Reichstagsfraktion gestalteten, liegt mir ein Bericht, vor den ich am 3. Juli 1920 an Traub erstattete.

¹⁰¹ Auszug des Briefs ebd., S. 347, Dok. 53; Empfänger war v. Oldenburg-Januschau.

¹⁰² Vgl. dazu auch ebd., S. 295.

¹⁰³ SCHEMANN, S. 174 ff.

»Der Plan, sie durchzusetzen, besteht auch bei Hergt weiter, und ich betreibe ihn nach Kräften. Da wir in den Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht beteiligt waren¹⁰⁴, war bei dieser Gelegenheit nichts zu machen. Wir müssen den Gedanken auf dem Wege über Heinze von außen an die Regierung heranbringen. Deren Tendenz nach links verschlechtert natürlich die Aussichten sehr. In der gegenwärtigen Tagung würde ihr Liebeswerben um die Sozialdemokratie irgend welchen vernünftigen Beschluß in dieser Frage unfähig gemacht haben. Die sehr allgemein verbreitete Anschauung, daß wir unmittelbar vor weiteren bolschewistischen Revolutionsversuchen stehen, ist auch hinderlich, diese Frage in Angriff zu nehmen. Ich selbst bin vielleicht nicht so fest wie manche andere davon überzeugt, daß die Bolschewisten losschlagen werden; die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit besteht natürlich, und so muß auch in dieser Beziehung die weitere Klärung abgewartet werden.«

An den weiteren Verhandlungen, die Anfang August 1920 zum Erlaß des Gesetzes führten, konnte ich infolge eines Unfalles nicht teilnehmen.¹⁰⁵ In dem Gesetz, das für die Teilnehmer an allen hochverräterischen Unternehmungen Straffreiheit gewährte, wurden nur die Urheber und Führer des Unternehmens ausgenommen. Regierung und Mehrheitsparteien trugen damit der Stimmung der Straße Rechnung. Es war aber ein offener Bruch des am 17. März bei dem Rücktritt des Generals v. Lüttwitz gegebenen Versprechens, und die DNVP hat dagegen im Reichstag und in der Presse mit einer Schärfe Stellung genommen, die auch mir nichts zu wünschen übrig ließ.

v. Jagow erhob in mehreren Briefen auch sofort Einspruch gegen diese Ausnahme- und Kautschuk-Bestimmung und übersandte mir das Material, mit dem er beim Reichsgericht nachwies, daß er nicht »Führer« gewesen war. Mir schrieb er dazu [29. Juli]:

»Ich selbst habe mich aber – nachträglich sage ich: leider – damit begnügt, lediglich ein Rad in der anderweit aufgezogenen Maschine zu sein, ich habe nicht geführt; wenn ich geführt hätte, wäre gekämpft und nicht elend retiiert worden.«

Er erklärte sich bereit, sich für das Strafverfahren zu stellen, nicht aber sich einer Untersuchungshaft von unabsehbarer Dauer zu unterwerfen, für die es an den gesetzlichen Voraussetzungen fehlte. Schließlich ist er als »Führer« zu einer Festungshaft verurteilt worden, von denen er drei Jahre abgebußt hat. In einer als Manuskript gedruckten Schrift¹⁰⁶ schildert er lebendig und anschaulich seine Verurteilung und Festungshaft. Die Ungerechtigkeit und nur von agitatorischen Rücksichten erklärte Härte des Ausnahmeverfahrens gegen den bei der Sozialdemokratie verhaßten früheren Polizeipräsidenten von Berlin habe ich von Anfang an ebenso vorausgesehen wie er. In diesem Brief vom 7. August 1920 an v. Brockhusen, bei dem v. Jagow unter fremden Namen wohnte, setzte ich auseinander, daß nach meinen Erkundigungen im Reichsjustizministerium auch der Hochverrat gegen Preußen, soweit er mit dem Unternehmen in Verbindung stand, amnestiert sei.

»Sehr viel ungünstiger liegen die rechtlichen Ausführungen bezüglich der Auslegung des Begriffes Urheber und Führer. Heinze hat zwar ausgeführt, daß als solche bestraft werden sollen nur an zentraler Stelle tätig gewesene Teilnehmer; dabei macht es aber, worauf es hier besonders ankommt, keinen Unterschied, ob sie das Unternehmen von Anfang an mitgeplant und mitgemacht haben, sondern man nimmt an, daß jemand, wenn auch nicht als Urheber, so doch als Führer auch noch am 12. März oder später in das Unternehmen eingetreten sein kann. [...] Unerhörterweise ist ja dabei überhaupt nicht so sehr die rechtliche Auslegung als die politische Auffassung ausschlag-

¹⁰⁴ Siehe unten Teil II, Kap. 6 u. 7.

¹⁰⁵ Siehe oben, Kap. I/1.

¹⁰⁶ Traugott v. Jagow: Verrückte Welt. Aus der Korpszeitung der Göttinger Sachsen, Berlin 1937.

gebend, und man scheint für nötig zu halten, die Zahl der Opfer nicht unter etwa sechs bis acht herabsinken zu lassen. Das gilt für den Reichsanwalt oder vielmehr den Justizminister, dessen Anweisungen er folgen muß. Das Reichsgericht selbst ist natürlich in der Auslegung auch des Begriffes der von der Amnestie ausgenommenen Urheber und Führer selbständig.«

Ernst v. Borsig, ein warmer Freund und Verehrer v. Jagows, hat mich mehrfach in seinem Interesse aufgesucht, und es war eine nicht ganz leichte Aufgabe, dem an erfolgreiches Zupacken gewohnten industriellen Führer auseinanderzusetzen, daß alle meine Bemühungen, mochte ich sie zusagen oder bereits unternommen haben, dazu verurteilt waren, an der Macht der herrschenden Parteien zu scheitern. Hergt war im Einvernehmen mit mir eifrig bemüht, v. Jagow zu helfen, und konnte ihm Ende 1922 mitteilen, daß ein Gnadengesuch von ihm auf Erfolg zu rechnen habe. v. Jagow antwortete, »Gnade zu erbitten, verbieten mir Ehre und Gewissen«. Hergts Vermittlungskunst fand dann den Ausweg, daß v. Jagow nur eine Erklärung zu unterschreiben brauche, er werde Ebert nicht wegen seiner Begnadigung nachträglich angreifen. Am Weihnachtstage 1924, genau drei Jahre nach dem Antritt seiner Strafe, konnte er die Strafanstalt Gollnow verlassen. Die Zahlung seiner Pension als Regierungspräsident, die ihm der Preußische Staat gestrichen hatte, mußte er sich erst durch Urteil des Kammergerichtes erkämpfen. Erst nach unserem Eintritt in die Regierung konnten wir die Amnestie auf die »Urheber und Führer« ausdehnen.¹⁰⁷ Das war für den bereits entlassenen v. Jagow ohne Belang, kam aber v. Lüttwitz und anderen zugute, die sich noch verborgen hielten.

Für v. Falkenhausen konnte ich mich mit Erfolg bei dem Reichsgerichtspräsidenten Delbrück verwenden. Er wurde aufgrund ärztlichen Attestes gegen Kautions aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Verfahren gegen ihn wurde aufgrund der Amnestie eingestellt. Verhaftet wurde auch v. Kessel, mein konservativer Parteifreund, der die Ernennung zum Oberpräsidenten von Breslau angenommen hatte. Das Verfahren gegen ihn bedurfte der Genehmigung der Preußischen Landesversammlung, deren Mitglied er war.¹⁰⁸ In einem für die Presse verfaßten, mir im Konzept vorliegenden Aufsatz habe ich unter eingehender Schilderung der Vorgänge bei seiner Ernennung und seiner Tätigkeit als Oberpräsident die Straflosigkeit seines Verhaltens nachgewiesen. Daran knüpfte ich eine scharfe Kritik.

»Aus diesem Sachverhalt geht erneut die ungeheure Leichtfertigkeit hervor, mit der das Verfahren gegen Herrn v. Kessel eröffnet worden ist. Es bedarf dringend der Aufklärung, welche Bewandnis es mit dem von Herrn v. Kessel abgesandten Telegramm hat, das der Oberreichsanwalt zu einziger Unterlage seines Ersuchens gemacht hat. Durch das Ersuchen des Oberreichsanwalts ist anerkannt, daß die Verfolgung und Verhaftung des Herrn v. Kessel ohne Genehmigung der Landesversammlung unzulässig war. Gleichwohl ist sie bereits vorher gegen jedes Gesetz und Recht eingeleitet worden, ja man hat gegen ihn die Schutzhaft angeordnet. Derartiges war freilich im alten System nicht möglich.«

v. Kessel wurde im August aufgrund der Amnestie freigestellt. [...] ¹⁰⁹

D. Traub wurde im August 1920 infolge der Amnestie außer Verfolgung gesetzt, war aber durch das Abrücken der DNVP betroffen. Sein geistliches Amt, das er einst wegen dogmatischer Differenzen mit der Kirchenbehörde verloren hatte, war ihm nur

¹⁰⁷ Gesetz über Straffreiheit vom 17. 8. 1925, RGBl., S. 313 f.

¹⁰⁸ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 8 (31. 3. 1920), Sp. 10639–10666.

¹⁰⁹ Westarp erwähnt hier auch eine Verletzung der Immunität des Abgeordneten Martin Schiele, die aufgrund einer Verwechslung mit seinem Vetter Georg Wilhelm Schiele erfolgt war. Dazu Korrespondenz der DNVP Nr. 64 vom 26. 3. 1920 und Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

unter Schwierigkeiten wieder zugänglich gewesen. Der Beruf als Politiker, in den er sich mit vaterländischer Leidenschaft eingelebt hatte, war ihm durch den Verlust des Reichstagsmandates und der Parteizugehörigkeit verschlossen. Auch für die Arbeit als politischer Journalist haben sich erst allmählich neue Wege eröffnet. Es war mir Bedürfnis und Pflicht, ihm beizustehen oder doch, soweit das praktisch erfolglos war, durch freundschaftliche Teilnahme über das schwere Schicksal hinwegzuhelfen. Während er sich im Ausland der Verhaftung entzog, nahm eine Mittelsperson mit mir Fühlung, und das Entgegenkommen, das ich dieser bewies, veranlaßte ihn zu einem sehr freundlichen und offenen Dankschreiben [23. Mai].

»Frl. Georgi [...] erzählt mir von Ihrer Liebenswürdigkeit und Ihrem feinen Verständnis für mich. Lassen Sie sich dafür danken. Ich werde es nie vergessen. Ich darf hoffen, daß auch Sie das klare Gefühl hatten, wie hoch ich Sie schätzte und wie gern ich immer Sie suchte.

Nicht die Abschüttelung selbst, die mir die DNVP in der Öffentlichkeit zuteil werden ließ, als die Art dieser Abschüttelung fand ich vom Standpunkt des Parteiinteresses aus für sehr, sehr töricht. Ich denke nicht an die persönliche Bitterkeit, die sie im Herzen der Getroffenen hinterläßt. Das ist politisch betrachtet Nebensache. Die Höhenlage der Verteidigung erscheint mir so kläglich nieder gemessen, wenn man auch fehlende Freunde vor dem Gegner so abfertigt. Den Feind gewinnt man nicht und sich selbst, ich meine der Selbstachtung der eigenen Gruppe, schadet man nur.«

Es folgen Ausführungen über die Wahlbewegung und den außenpolitischen Befreiungskampf, die zeigen, daß sein Interesse an der nationalen Sache und der DNVP nicht getrübt war. Mit Kummer und Sorge aber erfüllte ihn sein persönliches Schicksal.

»Äußerlich bin ich herrlich aufgehoben, geistige Pflege durch Menschen und Bücher habe ich in bestem Maß. Seelisch liege ich am Boden. Ich sehe nicht, ob ich einen Strich unter alles ziehen und irgendwo in der Welt mit meinem Rest von 10 (-20) Jahren noch einen neuen Beruf ergreifen oder als Pfarrer in Auslandsdiensten wirken soll, oder ob ich als politisch-religiöser Mensch in Deutschland später noch wirken kann. Meinen Sie nicht, daß ich undankbar sei, gewiß nicht! Ich fühle nur, wie es einem Fisch zumute ist, der aufs Ufer geworfen wurde.«

In meiner Antwort vom 3. Juli 1920 sprach ich ihm meine Genugtuung darüber aus, daß er Herausgeber der »Eisernen Blätter« blieb. Obwohl Traub noch unter Haftbefehl stand, war dies inzwischen von der Herrenhaus-Fraktion erreicht worden. Ein sehr offener Bericht über die sich anbahnenden Verhältnisse in der neuen Fraktion zeigte ihm mein volles politisches und persönliches Vertrauen, ein Bericht über die Aussichten des Amnestiegesetzes meine persönliche Teilnahme.¹¹⁰ Nachdem er von der Untersuchung befreit wieder seßhaft geworden war, suchte er mich in Berlin am 5. Oktober 1920 zu einer Aussprache auf.¹¹¹ Die Erwartung, daß aus der DNVP heraus sich eine neue Richtung zu seinen Gunsten entwickeln würde, wurde nicht erfüllt, und Bemühungen, sie herbeizuführen, hatten wenig Erfolg. Allmählich wurde die Fortsetzung unseres Verkehrs seltener, allein aus dem Grunde, weil meine Überlastung an Geschäften mir nur die Erledigung dessen gestattete, was täglich unmittelbar drängte. Unsere freundschaftlichen Beziehungen blieben ungetrübt. In späteren Jahren wurde er, immer dem deutschnationalen Gedanken treu, Hauptschriftleiter der

¹¹⁰ Siehe oben S. 233 f.

¹¹¹ Aus einem Briefwechsel vom 6. und 6. 10. 1920 geht hervor, daß es dabei um Traubs Verhältnis zur DNVP ging. Traub betonte: »Nur wenn aus der Partei selbst oder aus dem Land selbst eine Stimmung sich regt [...], liegt darin die Gewähr der Echtheit und der Richtigkeit.«

»München-Augsburger-Zeitung«, die zu Hugenbergs Zeitungskonzern gehörte.¹¹² Kurz nachdem ich mein Kapitel über das Kapp-Unternehmen beendet hatte, teilte mir D. Traub 1940 brieflich mit, bei einer kleinen Arbeit über das Kapp-Unternehmen finde er, daß ich mit größerer Freundlichkeit für ihn eingetreten sei als Hergt, Helfferich und die DNVP. Er wollte mir nochmals dafür danken, daß ich für seine »Eisernen Blätter« gesorgt hätte. Wir tauschten darauf unsere Niederschriften aus, und es bedurfte nur geringer Ergänzungen meines Entwurfs, um ihn auf seine Erinnerungen abzustimmen.

Zu zweien der beteiligten Offiziere geriet ich in Gegensatz. Der General Burghard v. Oven war mein Vetter. Bei der Einnahme von Lüttich hatte er sich Schulter an Schulter mit Ludendorff als Regimentskommandeur eines der beiden von diesem geführten Regimenter ausgezeichnet. Ins Kriegsministerium zurückberufen, hatte er als »Chef des Ökonomiedepartements« die Kriegswirtschaft des Heeres verwaltet und im Reichstag vertreten. Ich habe ihn in dieser Stellung politisch sehr geschätzt, und unsere persönlichen Beziehungen waren verwandtschaftlich gute. Sein Verhalten im Kapp-Unternehmen brachte eine volle Trennung zwischen uns. Am 27. November 1920 schrieb er mir, durch einen gemeinsamen Bekannten Herrn v. Brandenstein¹¹³ habe er erfahren, daß ich »aufgrund von Angaben einer angeblich einwandfreien Persönlichkeit« der Ansicht sei, er habe bei den Kommandeuren der Reichswehr dahin gewirkt, daß sie v. Lüttwitz im Stich gelassen haben. Das sei eine Verleumdung, die er jederzeit widerlegen könne; er müsse mich dringend bitten, ihm meinen Gewährsmann zu nennen, da er dagegen vorgehen müsse. Bei unseren bisherigen Beziehungen hätte er wohl erwarten können, daß ich ihn zu einer Äußerung aufgefordert hätte, bevor ich solch absurdes Gerede glauben würde. v. Brandenstein war bei mir lebhaft für v. Oven eingetreten. Nach seiner und v. Ovens Darstellung hatten die Regimentskommandeure in der Offiziersversammlung am 17. März von sich aus erklärt, wenn v. Lüttwitz bleibe, könnten sie für ihre Truppe nicht mehr garantieren. Aus der Provinz seien dauernd die beunruhigendsten Nachrichten über die Haltung der Truppen eingegangen. Als dann v. Lüttwitz selbst die Anhörung der Kommandeure angeordnet hatte, habe v. Oven lediglich als dienstältester Offizier die Kommandeure aufgefordert, ihre Ansicht vom Jüngsten angefangen zu äußern und ohne eigene Stellungnahme gegen v. Lüttwitz die fast durchweg ablehnenden Äußerungen der ihm unterstellten Offiziere entgegengenommen. In meiner Antwort an ihn brachte ich zum Ausdruck, daß ich trotzdem sein Verhalten nicht billigen könne.

»An Deiner Darstellung des Sachverhaltes habe ich keinen Zweifel, und sie entspricht den Annahmen, von denen ich von Anfang an ausgegangen bin. Dein Brief legt mir die Pflicht auf, Dir offen auszusprechen, daß ich mit demjenigen, was geschehen ist, nach wie vor mich nicht einverstanden erklären kann. Danach hast Du am 17. die Absage der Truppenführer an Lüttwitz zwar nicht herbeigeführt und veranlaßt, hast ihr aber auch nicht entgegengewirkt, sondern als Vorsitzender und doch wohl auch mit Deiner Stimme das Ergebnis festgestellt, daß die Truppenführer für ein Verbleiben von Lüttwitz in dem Oberbefehl und in der Regierungsgewalt nicht mehr zu haben waren. Ohne über die sachliche Berechtigung dieses Entschlusses ein Urteil aussprechen zu wollen, muß ich hinzufügen, daß er von Deiner Seite gefaßt, mich besonders schmerzlich berührt hat, weil Du am 13. Dich noch einmal von Lüttwitz hattest zum Befehlshaber unter seinem Oberkomman-

¹¹² Wie Traubs Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz zeigt, stand Traub in engen persönlichen und politischen Beziehungen zu Hugenberg, der die »München-Augsburger-Zeitung« und Traubs »Eiserne Blätter« unterstützte.

¹¹³ Nicht ermittelt.

do ernennen lassen. [...] Ich selbst bin mir bewußt, mir stets in dem Aussprechen meines Urteils Zurückhaltung auferlegt zu haben und Darstellungen mit ungerechtfertigter Beschuldigung, soweit solche etwa zur Sprache gekommen sein sollten, entgegengetreten zu sein, das werde ich auch in Zukunft tun.«

Hiermit war der Bruch vollzogen, und wir haben bis zu seinem Tode nicht mehr miteinander verkehrt. In dem für Kapp freundlichen Schrifttum wird v. Oven wegen seines Verhaltens vom 12. bis 17. März besonders ungünstig beurteilt. Seine Behauptung, daß er die Absage der Kommandeure vom 17. nicht veranlaßt, sondern nur als dienstältester Offizier das Ergebnis der von v. Lüttwitz selbst angeordneten Besprechung festgestellt habe, entlastet ihn mehr, als es auf den ersten Blick der Fall zu sein schien. Er teilt die Verantwortung für die Absage an v. Lüttwitz mit fast ausnahmslos allen höheren Offizieren der damaligen Reichswehr. Freilich folgte er mehr dem Zuge der Zeit als altpreußischer Auffassung, wenn er dabei nach dem Grundsatz gehandelt hat, »ich bin Euer Führer, also muß ich tun, was Ihr wollt«.

Der zweite General, dem man die Absage vom 17. März zum Vorwurf machte, war v. Seeckt, der ja auch v. Lüttwitz als Chef der Reichswehr ersetzt hat. Im Anschluß daran ließ er ausgerechnet im »Berliner Tageblatt«¹¹⁴ eine Unterredung veröffentlichen, in der er das Kapp-Unternehmen in schärfsten Ausdrücken verurteilte, außerdem aber erklärte, das Offizierkorps müsse politisch darüber aufgeklärt werden, daß nur eine ruhige demokratische Entwicklung möglich sei, die Deutschland eine Achtung gebietende Stellung in der Welt wiedergeben werde. Nun trat die Rechtspresse in politischen Gegensatz zu ihm. Ich persönlich schloß mich dieser Kritik an.¹¹⁵

»Auch der General v. Seeckt, der im »Berliner Tageblatt« seine demokratischen Auffassungen kundgibt, stellt fest, daß es im Ruhrgebiet eine großartige, von langer Hand vorbereitete kommunistische Agitation gebe und daß die Rote Armee gut ausgerüstet und geführt sei. Trotz der beschwichtigenden Worte, mit denen der General, ähnlich wie andere Stellen der demokratischen Regierung, die bolschewistische Gefahr in Berlin abtut, erheben doch auch hier die Unabhängigen und Kommunisten bereits wieder drohend die Faust.«

Gegen diese Angriffe erhob sich Widerspruch aus dem Offizierkorps. Generalleutnant Graf Waldersee – im Frieden Oberquartiermeister I im Generalstab der Armee –, setzte mir brieflich [29. März] in dringenden Worten auseinander, angesichts der kommunistischen Gefahr komme alles darauf an, die Reichswehr nicht zu desorganisieren oder zu zerschlagen. Schon sei eine große Anzahl alter und namentlich jüngerer Offiziere durch die letzten Vorkommnisse kopfscheu, mißmutig und vertrauenslos geworden. Deshalb müßten wir in diesem Augenblick die Einsicht und den Mut haben,

»unsere Anhänger zu raten, sich auf den Boden der heutigen Verhältnisse zu stellen und auch mit dieser Regierung den Kampf gegen die zu führen, die auch den letzten Rest unserer Ordnung umzustürzen sich anschicken. Dazu müssen wir in geeigneter Weise zum Ausdruck bringen, daß man Vertrauen haben muß zu den militärischen Führern, die jetzt leiten! Aufgrund dieser Auffassung muß ich es bedauern, daß von rechtsstehenden Blättern jetzt Angriffe gegen den General von Seeckt geführt werden, die geeignet sind, ihn in den Augen vieler rechtsstehender Offiziere zu diskreditieren.«

In meiner Antwort [8. April] rechtfertigte ich den gegen v. Seeckt erhobenen Angriff. Die jetzige sozialdemokratisch geführte Mehrheitsregierung sei weder fähig

¹¹⁴ Berliner Tageblatt Nr. 140 vom 26. 3. 1920.

¹¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

noch gewillt, den Kampf gegen den Kommunismus mit Ernst und Erfolg zu führen und deshalb sei eine Mehrheitsfront mit ihr unmöglich.

»Herrn General von Seeckt kenne ich persönlich nicht, und über seine militärischen Eigenschaften habe ich kein eigenes Urteil. Politisch hat er sich vollständig der demokratisch-republikanischen Regierung ohne jeden Rückhalt zur Verfügung gestellt und die von ihm in der Unterredung mit dem ›Berliner Tageblatt‹ vertretenen Anschauungen machen der Sache und Form nach die politische Bekämpfung unerlässlich. Ich kann mir auch kaum vorstellen, daß Angriffe auf Herrn v. Seeckt, die von rechts herkommen, in der Reichswehr werden Schaden anrichten können. Denn nach den Erklärungen des Reichwehrministers Geßler, zu deren Durchführung auch Herr v. Seeckt berufen ist, wird er rechtsstehende Offiziere und Soldaten in der Reichswehr wohl kaum noch dulden. Ich glaube daher nicht den politischen Gegensatz zu Herrn General von Seeckt auf die Dauer zurückstellen zu können. Solange wie in diesen Tagen der eigentliche militärische Kampf im Ruhrgebiet schwebt, wird natürlich in den Angriffen auf die militärischen Führer eine gewisse Zurückhaltung erforderlich sein und geübt werden.«

Graf Waldersee sprach mir [16. April] »schmerzliches Bedauern« aus, das er als preußischer Offizier und Konservativer über mein Festhalten an dem Kampfe gegen v. Seeckt empfinde. Er fügte hinzu, daß zahlreiche seiner »Gesinnungs- und Standesgenossen Leser der ›Kreuzzeitung‹, ansässig in der Mark, Mecklenburg und Pommern« seine Auffassung teilten und hinter ihm standen. Ich erwiderte, unser Briefwechsel bestätige mir die Erfahrung,

»daß Fragen dieser Art, bei denen politische, taktische und persönliche Erwägungen zu einander treffen, sich brieflich nicht erschöpfend und kaum befriedigend erörtern lassen.«

Ich bat ihn um eine Unterredung. Ob sie stattgefunden hat, weiß ich nicht mehr. Dagegen hat mich in gleicher Sache ein General des Kriegsministeriums, meines Erinnerns v. Feldmann, aufgesucht. Als er ausführte, v. Seeckt sei keineswegs Demokrat und habe dem »Berliner Tageblatt« die Unterredung nur gewährt, um bei der regierenden Mehrheit die Stimmung gegen die Reichswehr zu verbessern, erwiderte ich, wenn das zutreffe, müßte ich ihm erst recht entgegentreten. Denn Angriffe von meiner Seite könnten ihm bei der Mehrheit nur nutzen. Er gab das mit etwas erstauntem Lächeln zu, bestand aber auf seiner Mahnung. Entscheidend sei der Schaden, den solche Angriffe im Offizierkorps anrichteten. Ich habe die Kritik an v. Seeckt dann eingestellt. Vorsichtshalber hatte v. Feldmann vorausgeschickt, daß er nicht im Auftrage von v. Seeckt komme, und ich weiß nicht, ob er diesem über unsere Unterredung berichtet hat.

Die Kapp-Anhänger, viele Offiziere und auch ich sind Seeckts Stellung zu dem Unternehmen in Unkenntnis seiner Beweggründe nicht gerecht geworden.¹¹⁶ [...] Von dem inneren Konflikt, in dem er wie jeder vom nationalen Widerstandswillen beseelte Mann der damaligen Zeit stand, schwer getroffen, hat er nach dem 17. März die Ernennung zum Chef der Heeresleitung angenommen. Damit ist er in die Lebensaufgabe eingetreten, die seine historische Bedeutung begründet hat. Volle Klarheit über diesen Sachverhalt hat mir erst das spätere Schrifttum, besonders die Seeckt-Biographie Rabenaus gebracht¹¹⁷, seine Leistung auf diesem Gebiet haben mich aber bald Vertrauen zu ihm fassen lassen, und der Empfang, den ich ihm als Chef der Heeresleitung in

¹¹⁶ Westarp verweist hier besonders auf die Schrift von Oberst Max Bauer: Der 13. März 1920, München 1920, S. 28.

¹¹⁷ RABENAU, S. 215–240. Ergänzend zur Person Seeckts: Hans Meier-Welcker: Seeckt, Frankfurt am Main 1967.

der »Kreuzzeitung« bereitet hatte, hat unsere später angeknüpften Beziehungen niemals getrübt.

Politische Angriffe auf die Regierung

Volle Übereinstimmung zwischen der DNVP und mir bestand darin, daß wir uns nicht nur gegen die Hetze der Linken verteidigten, sondern das Kapp-Unternehmen zum Anlaß nehmen, die Regierung und die Mehrheitsparteien in scharfem Angriff mit der Schuld an dem Unternehmen und seinen Folgen zu belasten. Der Angriff schloß unmittelbar an die Gedankengänge an, die ich im Hinblick auf Kapps Pläne vorher vertreten hatte. Ich persönlich leitete meinen ersten Rückblick am 24. März mit scharfem Angriff¹¹⁸ ein.

»Das Maß der Regierung Ebert-Bauer war übertoll. Korruption und Unfähigkeit übten ihre unheilvollen Wirkungen auf das gesamte öffentliche Leben aus. Treu und Glauben gingen ebenso wie die Achtung vor dem Gesetz und vor der Autorität der Staatsgewalt von Tag zu Tag mehr in die Brüche. Die drohende bolschewistische Wetterwolke von Osten her mußte mehr noch als die inneren Verhältnisse jeden mit ernstester Besorgnis erfüllen, der sich vergegenwärtigte, daß diesem System, dieser Mehrheit, diesen Männern das Geschick des Landes anvertraut sein und bleiben sollte. Dabei war verfassungsmäßig die Uhr des Präsidenten und der Nationalversammlung längst abgelaufen, und es war ein verfassungswidriges Kleben an der Macht, daß die Mehrheit, die wußte, daß der Wille des Volkes nicht mehr hinter ihr stand, sich weigerte, die Wahlen auszuschreiben. Dauernd haben die Rechtsparteien darauf gedrungen, daß auf dem verfassungsmäßigen Wege Wandel geschaffen werde. Auch wir haben an dieser Stelle immer wieder unsere Stimme erhoben, um zu fordern, daß Recht und Gesetz endlich beachtet, daß der durch den Erzberger-Skandal aufgedeckten Korruption Einhalt getan, daß dem Volke, welches nach der Weimarer Verfassung Träger der Staatsgewalt geworden ist, auch die Möglichkeit geboten werde, im Volksentscheid, in Präsidenten- und Reichstagswahl seinen Willen zur Geltung zu bringen. Die Warnungen sind ungehört verhallt.«

Bald wandte sich der Kampf mit der Regierung den aus dem Unternehmen sich ergebenden innerpolitischen Aufgaben zu.¹¹⁹ Vizekanzler Schiffer und die Parteivertreter hatten v. Lüttwitz am 17. März als Gegenleistung gegen seinen Rücktritt die Erfüllung seiner drei auf verfassungspolitischem Gebiet liegenden Forderungen zugesagt. v. Lüttwitz und manche Stimmen von der rechten Seite waren geneigt, darin einen positiven Erfolg zu sehen. Zwei der drei Zusagen blieben unerfüllt. Die Nationalversammlung erließ kein Wahlgesetz für den Reichspräsidenten, und der Reichstag hat den Ersatz des von der Nationalversammlung aufgrund der vorläufigen Verfassung gewählten Ebert bis zu dessen Tod (28. Februar 1925) zu verhindern gewußt.¹²⁰ In den heftigen Kämpfen um diese Frage hat die Rechte natürlich nicht verfehlt, das gebrochene Versprechen vom 17. März 1920 ins Feld zu führen.

Der Ruf nach »Fachministern«, dem die zweite der v. Lüttwitz gegebenen Zusagen gegolten hat, blieb bis zum Ende der Parteiherrschaft ein frommer Wunsch, und die Besetzung der Ministerien mit Männern, die durch ihre amtliche Laufbahn oder doch

¹¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 24. 3. 1920, »Ein Rückblick«; siehe ferner ebd. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

¹¹⁹ Westarp verweist ergänzend auf Düringers Rede in der Nationalversammlung (siehe oben Anm. 64) und zitiert aus einer Niederschrift einer eigenen Versammlungsrede vom 11. 4. 1920, in der er die Regierungsverhältnisse vor dem 13. März für diese Ereignisse verantwortlich macht.

¹²⁰ Durch verfassungsänderndes Gesetz wurde die Amtszeit Eberts am 27. 10. 1922 bis 30. 6. 1925 verlängert.

durch besondere sachliche Leistungen für die Führung einer großen Verwaltung vorgebildet waren, ließ sich gegen die Parteiinteressen nie ganz durchsetzen, ist übrigens auch heute nicht allein gültiger Grundsatz geworden. Die Neubildung der Regierungen im Reich und Preußen, die noch im März vollzogen wurde, hatte mit der Zusage des 17. März nichts zu tun. In der Reichsregierung verschwanden Schiffer, der die Zusage gegeben hatte, Noske, der dem Radikalismus ganz unerträglich geworden¹²¹, und Erzberger, der durch das am 12. März im Helfferich-Prozeß gefällte Urteil ganz unmöglich geworden war.¹²² Daß die neuen Kabinette – im Reich das dritte in dreizehn Monaten – einen Ruck nach links, nicht nach rechts bedeuteten, stellte ich in scharfer Kritik fest.¹²³

»Im Reiche heißt das Ministerium nicht mehr Bauer-Müller sondern Müller-Bauer, und in Preußen hat Herr Otto Braun, der sogenannte Landwirtschaftsminister, das Präsidium übernommen. Wenn in persönlicher Beziehung überhaupt irgend eine Wandlung eingetreten ist, so ist es ein Fortschritt in der Richtung des Radikalismus und der Unfähigkeit. Das erste Auftreten der neuen Kabinette stand unter dem Diktat des ›Vorwärts‹, in dem sie es als ihre erste oder vielmehr einzige Aufgabe ansahen, *Kampfkabinett gegen rechts* zu sein. Darüber ließen sie dasjenige, worauf es jetzt ankommt, die Verteidigung des Landes und den Schutz des Volkes gegen den längst vorbereiteten Aufruhr des Bolschewismus, der alle Kultur bedroht und mit seiner Schreckensherrschaft in weiten und wichtigen Landesteilen Leben und Gut vernichtet, ganz in den Hintergrund treten.«

Die einzige der drei Zusagen, die in Erfüllung ging, war die Ansetzung der Neuwahlen für den Reichstag. [...] ¹²⁴

Entscheidend war für die Mehrheit in erster Linie, daß sie den Augenblick für günstig hielt, weil sie sich von dem Kampf gegen rechts, den sie im Anschluß an das Kapp-Unternehmen eröffnet hatten, eine Vernichtung der DNVP versprochen. Die Erwartung wurde enttäuscht. Die Wahl vom 6. Juni 1920 brachte der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei erheblichen Verlust und eine mäßige Stärkung der Rechten. Der damit erzielte Fortschritt war aber nicht so groß, daß ich es für richtig halten kann, die erzwungene Wahl, wie es von manchen Seiten geschah, als einen Erfolg des Kapp-Unternehmens anzusehen, der über dessen Scheitern trösten konnte.

¹²¹ Vgl. dazu ERGER, S. 286.

¹²² Erzberger trat am 12. 3. 1920 zurück. EPSTEIN, S. 410 f.

¹²³ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, IP.

¹²⁴ Hierzu Kreuz-Ztg. Nr. 178 vom 18. 4. 1920, IP.

Zweiter Bürgerkrieg von 1920

»Wir müssen erst noch tiefer in das rote Meer untertauchen, ehe eine neuer Aufstieg für Deutschland möglich wird! Dieser Meinung, die in dem letzten Jahre nicht selten hervortrat, habe ich persönlich stets widersprochen, und jedenfalls schien es mir Aufgabe der Politik zu sein, den Umweg über das tiefste Elend nicht zu suchen, sondern alles daran zu setzen, um ihn zu vermeiden. Jetzt scheint der erste Teil dieses Satzes seiner Erfüllung nur zu nahe gerückt zu sein. Wir stehen vor oder richtiger inmitten einer gewaltigen roten Flut. Von selbst führt solche Flut die Besserung nicht herbei. Pflicht ist mehr denn je, ihrem Ursprung nachzugehen und die politische Arbeit mit der ganzen Persönlichkeit ihr entgegenzustellen.«

Den Anlaß zu dieser Betrachtung in meiner ersten Wochenschau nach dem Kapp-Unternehmen¹ gab mir der Bürgerkrieg, der es unmittelbar abschloß und in den folgenden Wochen und Monaten das gesamte öffentliche, wirtschaftliche und private Leben in Verwirrung brachte und schwer bedrohte. In den Tagen vom 13. bis 17. März ausgebrochen, entwickelte er sich erst nach dem Scheitern des Unternehmens zu voller blutiger Schärfe.

Zunächst handelte es sich um den Generalstreik. Der schwerste Vorwurf, den wir, zum Angriff übergehend, gegen Regierung und Mehrheit erhoben, richtete sich dagegen, daß sie mangels ihrer versagenden Staatsgewalt das ungesetzliche und revolutionäre, von ihr bis dahin stets verurteilte und bekämpfte Mittel des Generalstreiks gegen die Regierung Kapp aufgerufen hatte. In meinem ersten Rückblick mußte ich mich noch mit Verdunklungsversuchen der Regierung auseinandersetzen; in der darauf folgenden Wochenschau hatte ich es mit einem nicht mehr bestrittenen Tatbestand zu tun.²

»Die Regierung und ihre Parteien sind es gewesen, die zum Generalstreik aufgefördert haben. [...] Der Bericht der ›Vossischen Zeitung‹, wonach die sozialdemokratischen Mitglieder der alten Regierung vor ihrer ›Abreise‹ aus Berlin den Aufruf zum Generalstreik unterschrieben und wonach der Hauptvorstand und die Fraktionen der demokratischen Partei ›zum allgemeinen Volksstreik‹ aufgefördert haben, ist ernstlich nicht mehr bestritten und durch eine ganze Reihe anderer Tatsachen belegt. Nach der ›Freiheit‹ (26. März 1920) ist z. B. in den Betriebsstätten der Eisenbahn eine Bekanntmachung angeschlagen, die schamhaft von der Zeit der ›BetriebsEinstellung zum Schutze der Verfassung‹ spricht und für diese Zeit, das heißt also für die Streiktage bis einschließlich Sonnabend, 20. März 1920, aufgrund eines Kabinettsbeschlusses den Lohn bewilligt. Sozialdemokratie und Demokratie haben also diesen Kampf entfesselt, den auch die ›Vossische Zeitung‹ einen mörderischen nennt. Wie sich das Zentrum dazu gestellt hat, ist nicht klar ersichtlich; als Mitglied der Koalition ist es für diesen Tag mit verantwortlich. Der so behördlich nicht nur gebilligte, sondern veranlaßte Generalstreik stellt eine Probe dar, die das Machtgefühl der Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus wesentlich verschärfen und nicht verfehlen wird, sie zu baldiger häufigerer Wiederholung anzuheizen.«

Dieser Vorwurf war empfindlich und agitatorisch wirksam. Wer die großen Streikperioden jener Jahre nicht miterlebt hat, kann sich kaum eine Vorstellung davon ma-

¹ Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

² Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 24. 3. 1920, »Rückblick«, und Nr. 142 vom 28. 3. 1920, IP.

chen, wie die ganze Bevölkerung dadurch litt und erregt wurde. Das Versagen der Wasserleitung, Gasversorgung, des elektrischen Lichtes auf der Straße und in den Häusern traf das tägliche Leben schwer und kostete in den Krankenhäusern und bei Geburten Menschenleben. Der Fortfall der Verkehrsmittel führte gerade für die Massen in den Großstädten unmögliche Verhältnisse herbei, versetzte der Wirtschaft schwere Wunden; das Ausbleiben der gewohnten Presse drückte auf die Stimmung und rief wildes Geraune hervor. Der Eisenbahnerstreik stürzte die Städte in Hungersnot, die auf die Opfer der Blockade um so schlimmer einwirkte. Die Technische Nothilfe konnte, so verdienstvoll ihr Einsatz war, nur unvollkommene Abhilfe schaffen. Daß eine Regierung sich gefunden hatte, zu dieser brutalen Störung des staatlichen und Gemeinschaftslebens aufzurufen, löste alle Bande der Achtung vor der Staatsgewalt.

Die Agitation der Mehrheitsparteien setzte natürlich alles daran, den allgemein heftigen Groll über diese Zustände von der Regierung abzuwenden. Ihre Behauptung, der Generalstreik sei nötig gewesen, um den Arbeiter gegen die Militärdiktatur und Reaktion Kapps zu schützen, verlor aber mehr und mehr ihre Wirkung, zumal da sie durch die Tatsachen Lügen gestraft wurde. Kapp und v. Lüttwitz waren nicht wegen des Generalstreikes, sondern infolge des passiven und aktiven Widerstandes von Reichswehr, Beamtentum und Parteien zurückgetreten, der Generalstreik aber war nach dem Scheitern des Kapp-Unternehmens in unverminderter Stärke fortgesetzt worden.³

»Hinter ihm stehen Unabhängige und Kommunisten. Die Forderung ist Entwaffnung von Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehr und Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft. Das Ziel ist die Diktatur des Proletariats in der Räte-Republik nach dem Muster des asiatischen Bolschewismus. Kapp und Lüttwitz erstrebten die Ausführung der Verfassung durch die Wahlen. Die Unabhängigen und Kommunisten wollen die Verfassung beseitigen. Das Mittel jener Männer war der militärische Handstreich, bei dem kein Blut geflossen ist; diese kämpfen mit der Aushungierung des Volkes und des Wirtschaftslebens durch den andauernden Streik.«

Solange der Kampf mit dem Mittel des Generalstreiks geführt wurde, standen die sozialdemokratischen Gewerkschaften in vorderster Front. Nach der Beseitigung der Kapp-Regierung benutzten sie den Streik zu einer Erpressung gegen die Regierung Ebert-Bauer. Nun glaubten Regierung und Mehrheitsparteien, um den von ihnen selbst angezettelten Generalstreik beizulegen, den Machtansprüchen der Gewerkschaften in einer die Staatsgewalt untergrabenden Weise nachgeben zu müssen. Ich hielt ihnen das vor.⁴

»Das Abkommen, das sie zu seiner Beilegung am 20. März mit den Gewerkschaften, den Angestelltenverbänden und dem Deutschen Beamtenbund geschlossen haben, erweist sich in seinen neun Punkten in jeder Beziehung als verhängnisvoll.«

Das Abkommen⁵ sah in Personalfragen eine »Verständigung der Parteien mit den Gewerkschaften« vor und erschwerte dadurch sofort die schwebende Umbildung der Regierung. Die am Donnerstag (23. März) bekannt gegebene Lösung durch einige belanglose Personal-Änderungen mußte am Freitag widerrufen werden, weil die Gewerkschaften diese Regelung ablehnten. Infolgedessen trat das ganze Kabinett Bauer

³ Dieser Vorwurf gegen die Koalitionsmehrheit schon im »Rückblick« (wie Anm. 2).

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

⁵ SCHULTHESS, 1920/I, S. 69 f.

zurück. Die Demokraten unterwarfen sich löblich der Forderung, Schiffer fallen zu lassen, und es wurde am Freitag eine neue Liste ohne Schiffer bekannt gegeben. Aber nachdem die »Freiheit« erklärt hatte, daß die Gewerkschaften dazu noch nicht Stellung genommen hätten, wurde auch diese Liste zurückgezogen.

In sachlichen Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung war den Gewerkschaften nicht nur eine vorherige Verständigung, sondern »entscheidender Einfluß« zugesagt.

»Ihr Auftreten auf diesem Gebiete wird deshalb nicht weniger entschieden und wirkungsvoll sein als bei der jetzigen Kabinettskrise, und die Sozialdemokratisierungsrechnung, die dem Bürgertum aufgrund des Wechsels der Mehrheitsparteien präsentiert werden wird, kann man sich danach schon heute vorstellen.«

Die demokratische Partei erklärte, daß die Gewerkschaftsforderungen »streng auf dem Boden und im Rahmen der Verfassung«, also nur durch die Nationalversammlung, durchgeführt werden sollten. Für den Wahlkampf machte ich geltend, daß die Inhaber des ausgestellten Wechsels und der Macht diesem Vorbehalt keine große Bedeutung beilegen und daß der Abgeordnete der Parteien, die den Wechsel ausgestellt hatten, nicht in der Lage sein werde, ihn abzulehnen.

»Die jetzige Erklärung der demokratischen Partei entlastet sie in keiner Weise von der Verantwortung für das Abkommen vom 20. März 1920.«

Ich erklärte es ferner für sehr verständlich, daß

»große und bedeutungsvolle Wirtschaftsverbände, wie der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Hansabund, der Reichsausschuß der akademischen Berufsverbände, der Bund der Handwerker, der Deutsche Offizierbund und der Reichsbürgerrat, sich zu der Eingabe zusammengeschlossen haben, in der sie unter scharfem Protest gegen Entrechtung weitester Volkskreise die »Gleichstellung der Organisationen der übrigen schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten verlangen«.

Georg Bernhard suchte diese Bewegung einzufangen, indem er in der »Vossischen Zeitung« zu einer »schöpferischen Politik« riet, die aufgrund des Abkommens mit den Gewerkschaften zum Aufbau einer allgemeinen Berufsvertretung gelangen solle. Ich fragte ihn, ob er wirklich glaube, diesem erstrebenswerten Ziel auch nur einen Schritt näher kommen zu können, »nachdem man sich durch den Generalstreik in die Lage hat versetzen lassen, den Gewerkschaften die alleinige Vormachtstellung einzuräumen«.

Der Generalstreik hatte eine neue, noch schwerere Niederlage der Staatsgewalt gebracht als der Kampf um die Macht der sozialdemokratischen Gewerkschaften, der im Jahre zuvor beim Betriebsrätegesetz entbrannt war.⁶ Die von den Gewerkschaften erpreßte Steigerung ihres Einflusses hat mich noch oft beschäftigt.⁷

Die Entwicklung ging über die Gewerkschaften und das mit ihnen geschlossene Abkommen hinweg. Blutiger Aufruhr und Straßenkampf, die schon während des Generalstreiks ihn ergänzt hatten, setzten ihn in verstärktem Maße fort und durchtobten als ein schwerer Bürgerkrieg während des ganzen Sommers 1920 das Land. Was wir

⁶ Zu diesen Auseinandersetzungen siehe unten S. 294 f.; das Betriebsrätegesetz wurde am 4. 2. 1920 beschlossen (RGBl. S. 147).

⁷ Westarp weist ergänzend auf die Rede des Gewerkschaftsvorsitzenden Legien am 29. 3. 1920 (Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332, S. 4954 ff.) hin, in der dieser als »Triumphator« über das Abkommen vom 20. 3. berichtet habe.

seit dem Herbst 1919 warnend vorausgesagt hatten, war in anderer Form und zu anderem Zeitpunkt eingetreten. Das bolschewistische Rußland war noch mit dem Krieg in Polen beschäftigt. Sein Vorstoß über die deutsche Grenze, den wir zum Frühjahr erwartet hatten, war daher nicht erfolgt und ist nach dem unerwarteten Sieg, den die Polen im August 1920 – unter Führung des Generals Weygand und nach dem verräterischen Verhalten von Stalin – gegen die russische Übermacht errungen hatten, unterblieben. Der kommunistische Aufstand aber, der gleichzeitig mit dem russischen Einmarsch geplant und dafür vorbereitet worden war, brach vorzeitig los, weil die durch den Generalstreik aufgepeitschten Massen nicht mehr zurückzudämmen waren. v. Lüttwitz⁸ sieht in dieser Entwicklung einen positiven Erfolg des Unternehmens. Nach unserer Auffassung hatte es nur mittelbar das vorzeitige Losschlagen des Bolschewismus veranlaßt, während wir dessen unmittelbare Ursache in dem Generalstreik und in der Schwäche der Regierung erblickten. Richtig ist, daß die militärische Lage nach dem Kapp-Unternehmen günstiger war als vorher. Neben dem unverminderten Heer haben die Brigade Ehrhardt und die Freikorps, deren Auflösung gleichfalls ins Stocken geraten war, die Rote Armee niedergekämpft und auch der Ersatz des Wehrministers Noske durch Geßler kam der militärischen Widerstandskraft zugute.

Mehrheit und Regierung taten in ihrem »Kampf gegen rechts« alles, um die Erbitterung über die Folgen des Bürgerkrieges auf das Kapp-Unternehmen abzuwälzen und im Wahlkampf gegen die DNVP auszunutzen. Dem trat ich sowohl um der geschichtlichen Wahrheit willen, ohne die das deutsche Volk nicht zu festem Entschluß die Kraft gefunden hätte, wie im wahlagitatorischen Interesse von Anfang an scharf entgegen. Nachdem ich bereits am 24. März die revolutionären Ziele aufgedeckt hatte, für die der Kampf nach der Beseitigung von Kapp von den Unabhängigen und Kommunisten fortgesetzt wurde, führte ich am 28. März den Nachweis, daß es sich um einen lange vorbereiteten Vorstoß des mit dem Bolschewismus verbündeten Kommunismus handelte.⁹

»Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß überall die Aktionsausschüsse wie Pilze aus der Erde emporsprossen und die Scharen von Arbeitern mit Waffen versehen sich zum Kampfe stellten. Die Rote Armee ist nicht, wie beschwichtigende Regierungsstimmen es hinstellen möchten, ein Phantasiegebilde. Sie hat im Ruhrgebiet einen großen Erfolg erkämpft, der ohne vorhergegangene planmäßige Organisation nicht möglich gewesen wäre; sie hat überall ihr Haupt erhoben, sie würde auch in Berlin zu großen Schlägen ausgeholt haben, wenn nicht hier Reichs- und Sicherheitswehr unter Verstärkung durch die deshalb viel geschmähten Zeitfreiwilligen und die Marinebrigade ihr zu stark gewesen wären.«

Die Tatsache, daß es sich um eine wohlvorbereitete militärische Organisation handelte, wurde von Seeckt bestätigt.¹⁰ Bei weiterem Fortgang der Kämpfe kamen auch Sozialdemokraten und Demokraten zu gleicher Erkenntnis.¹¹ Das »Berliner Tageblatt« stellte in einer Vorgeschichte des Aufruhrs fest, daß »die Verschwörung im Ruhrgebiet weit zurückgeht und sorgsam vorbereitet ist«, daß die »Rote Armee erstaunlich gut ausgerüstet war«, ferner, daß »manche Einzelheiten nur durch das Zusammengehen mit dem russischen Bolschewismus erklärlich sind« und daß »der Plan war, erst anzufangen, wenn im Osten die Rote Armee an der Grenze stand und der

⁸ LÜTTWITZ, S. 138.

⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 143 vom 28. 3. 1920, IP.

¹⁰ Siehe oben S. 238.

¹¹ Berliner Tageblatt Nr. 151 vom 1. 4. 1920; dazu Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP.

größte Teil der Reichsarmee dort Verwendung finden mußte.« Es fügte hinzu, die Verschwörer seien infolge des Kapp-Unternehmens gezwungen gewesen, zu früh loszuschlagen und es sei ihnen nichts übrig geblieben, »als den Generalstreik gegen Kapp als Vorspann zu benutzen.«

Wo die politische Agitation bei den Ursachen eines mißbilligten Ereignisses nur ein Entweder-Oder sehen will, handelt es sich meist um ein Sowohl als Auch. Mochte das Kapp-Unternehmen das zu frühe Losschlagen ausgelöst haben, so konnte ich doch mit gutem Grund der Regierung und Mehrheit die Schuld zuschieben, daß sie den bolschewistischen Aufruhr »direkt hervorgerufen und befördert« hätten.¹² Sie hatten ja durch ihr Versagen und ihr verfassungswidriges Kleben an der Macht das Kapp-Unternehmen verursacht. Daß aus ihm mittelbar der kommunistische Aufruhr erwuchs, war unmittelbar ihre Schuld. Kapp und v. Lüttwitz hatten ihnen, als sie sahen, daß der Bolschewismus sein Haupt erhob, die Hand zur Verhandlung über ihre verfassungsmäßigen Ziele geboten.¹³ Statt der angebotenen Einigung riefen sie mangels legaler Machtmittel den Generalstreik aus und lehnten auch, als er sich gegen sie kehrte, jeden Versuch ab, sich gegen die gemeinsamen bolschewistischen Feinde mit den rechtsstehenden Parteien zusammenzuschließen. Ihre in Stuttgart am 18. März von v. Payer ausgegebene Parole lautete »der Feind steht rechts«¹⁴; sie faßten allein den Kampf gegen rechts ins Auge.

Auch der Verlauf des Kampfes gab mir im April 1920 fortgesetzt Anlaß, nicht nur die damit verbundenen Gefahren und Schäden in das rechte Licht zu stellen, sondern auch der Regierung ihr Versagen vorzuwerfen. Zunächst machte sie Versuche, den Ernst der Lage zu vertuschen und dem Einschreiten auszuweichen.¹⁵

»Inzwischen nimmt die Katastrophe im Ruhrgebiet immer vernichtendere Formen an. Eine seit langem organisierte stark bewaffnete Rote Armee steht gegen die Reichswehr im Kampfe, über den ständig militärische Lageberichte und rote Kriegsberichte aus Wesel, von der Lippe, aus Münster erscheinen. Bewaffnete Banden plündern das Land. Alle Versuche der Regierung, durch Verhandlungen und immer wieder gesteigertes Entgegenkommen der Lage Herr zu werden, scheitern daran, daß die getroffenen Abmachungen nicht gehalten werden, Kampf und Plünderungen vielmehr weiter gehen und die ausbedungene Abgabe der Waffen nicht erfolgt. Wo der Bolschewismus Herr der Lage ist, werden, wie in Essen, der Generalstreik durch Flinte und Handgranate erzwungen, wie in Duisburg und Hamborn, der Besitz geplündert und Depots der Reichsbanken und der anderen Banken beraubt, und regiert der Schrecken.

Bei dieser Sachlage, die auch zu Beginn der Woche nicht wesentlich anders und keinesfalls günstiger war, haben die jetzigen leitenden Staatsmänner in beiden Parlamenten noch den Versuch gewagt, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Jeden Hinweis auf diese Gefahr verhöhn-ten sie als Bolschewistenschreck, der von der Rechten nur ersonnen sei, um die Aufmerksamkeit von ihrer angeblichen Schuld abzulenken.«

Dabei hatten die Regierungsvertreter versichert, daß weder eine Partei des Hauses noch die organisierte Arbeiterschaft an dem Aufruhr beteiligt sei, und im Gegensatz zu früher war jeder Zusammenstoß mit den Unabhängigen von beiden Seiten vermieden.

Dem entsprach das praktische Verhalten der Regierung.

¹² So Westarp in den beiden Artikeln der Kreuz-Ztg. vom 24. und 28. 3. (siehe oben Anm. 2 und 4).

¹³ So schon Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 24. 3. 1920, »Rückblick«.

¹⁴ Die Formel war schon im Herbst 1919 verbreitet worden; in Stuttgart wurde sie nicht vor der Nationalversammlung geäußert.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, II.

»Anstatt zu handeln, hat die Regierung, die jede Verhandlung mit Kapp und v. Lüttwitz angeblich mit so großer Entrüstung abgelehnt hatte, mit den Aufrührern im Ruhrgebiet ein Abkommen nach dem anderen abgeschlossen, demjenigen von Bielefeld ist jetzt das von Münster gefolgt.«¹⁶

Abgesehen davon, daß den kommunistischen Verbrechern Strafflosigkeit gewährt und die Verfolgung der Kapp-Verbrecher versprochen wurde, war der Gegenstand des Abkommens in beiden Fällen die Zusage, das Einschreiten der Reichswehr einzustellen.¹⁷

»Dagegen werden Zusicherungen eingetauscht, die selbst dann, wenn sie gehalten würden, die Diktatur des Proletariats nicht ausschließen, sondern nur noch mehr festigen würden.«

Die von den Kommunisten zugesicherte Abgabe von Waffen war ein Scheinmanöver, da die Ortsbehörden, an die sie erfolgen sollte, unter die Kontrolle der roten Vollzugsausschüsse gestellt wurden. Zudem machten die Zentralen von Essen und Bochum die Zusage vollends wirkungslos. Sie erklärten, daß die Arbeiter-, Betriebs- und Vollzugs-Räte auch nach dem Abkommen als Kampforgane des gesamten Proletariats weiter ausgebaut und befestigt werden sollten, und forderten die Soldaten und Genossen auf, in die Ortswehren einzutreten, damit die Waffen in ihrer Hand blieben und nur der revolutionären Bewegung dienstbar gemacht würden. Zur jetzigen Regierung könne niemand auch nur die Spur eines Vertrauens haben, daß sie die Gefahr meistern werde. Habe schon ihr Abkommen mit den Gewerkschaften vom 20. März, wie Behrens mit Recht ausführte, Legien zum Diktator gemacht, so sei durch die Abkommen von Bielefeld und Münster die Staatsgewalt vollends den Roten ausgeliefert worden.

Am Karfreitag, 2. April, sah sich der Reichskanzler genötigt, der Presse mitzuteilen, daß die Reichswehr einmarschieren müsse.¹⁸ Seine Äußerung, die Presse habe die Lage bisher zu günstig geschildert, bezeichnete ich als einen Beweis dafür, »wie es bei diesen Herren auch in der ernstesten Stunde ohne unfreiwillige Komik nicht abgeht.« Geradezu ungeheuerlich aber sei die Erklärung dieses Reichskanzlers, bisher habe die Regierung Reserve beobachtet, weil die beunruhigenden Nachrichten nur von bürgerlicher Seite und aus den Reihen der christlichen Arbeiter kommen. Heute früh hätten aber auch die Vertreter der Essener Sozialdemokraten in der Reichskanzlei alles bestätigt.

»Das wagt Herr Reichskanzler Müller in einem Augenblick auszusprechen, in dem er zugeben muß, daß die Hilferufe der bürgerlichen und der christlichen Arbeiter in tatsächlicher Beziehung durchaus berechtigt gewesen sind.«

Der Oberpräsident und Landeshauptmann von Münster und die Zentrumsabgeordneten Herold, Mausbach und Gilsing gehörten zu denjenigen, deren Ruf nach sofortigem militärischem Einschreiten ungehört verhallte, bis Sozialdemokratie und sogar die Unabhängigen von Duisburg und Hamborn sich der Forderung anschlossen.

»Das ist das einzige, was heute in Deutschland wirkt. Nun kann man vielleicht sogar erwarten, daß diese Regierung die Unmöglichkeit zur Geltung bringen wird, dem französischen Einspruch gegen das Einrücken der Truppen Folge zu leisten.«

Da das bedrohte Industriegebiet zur entmilitarisierten Zone gehörte, erhob Frankreich Einspruch dagegen, daß die Reichswehr zu seinem Schutz gegen die Vernichtung

¹⁶ Siehe oben Anm. 93, Kap. II/2.

¹⁷ Wie Anm. 15.

¹⁸ Wie Anm. 15.

durch den bolschewistischen Aufruhr einmarschiere. Schon am 4. April gab ich der Sorge Ausdruck, daß die Regierung der dadurch gestellten außenpolitischen Aufgabe nicht gewachsen sei.¹⁹

»Auswärtige Politik hat Hermann Müller schon als Minister des Äußern nicht getrieben und für überflüssig erklärt; die gleiche Leistung kann er natürlich auch aufbringen, wenn er als Reichskanzler das Auswärtige Ressort nebenamtlich mit versieht. Ungelöst bleibt dabei freilich die Aufgabe, uns die nötige Bewegungsfreiheit zu schaffen, um der bolschewistischen Gefahr im Innern Herr zu werden, und wenn sie vom Osten her anrückt, ihr auch dort entgegenzutreten.«

Meine Befürchtung erwies sich als begründet. Als »Sanktion« für den Einmarsch besetzten die Franzosen Frankfurt a. M. und Darmstadt, eine neue Gewalttat, die ich zu scharfem Hinweis auf die uns wehrlos treffende Fremdherrschaft benutzte.²⁰

»Frankreich handelt ohne jede Spur des Rechts, Deutschland findet keine Möglichkeit irgendeines wirksamen Widerstandes. In dieser Lage liegt kein Anlaß vor, den Einspruch Englands und Amerikas gegen das französische Vorgehen mit Jubel zu begrüßen, man weiß ja noch nicht einmal, ob dieser Einspruch irgend welche praktische Folgen haben wird.«

Diesen Ausführungen, die der Aufrüttelung des Befreiungswillens dienten, fügte ich den Angriff auf die Regierung hinzu. Dadurch, daß sie bis zum 2. April den Aufruhr im Ruhrgebiet zu vertuschen suchte und jedes militärische Einschreiten für unmöglich erklärte, hat sie

»den Franzosen die Beweisgründe für die Behauptung geliefert, daß dieses Einschreiten unnötig sei und französische Gegenmaßnahmen erforderlich machte. Bei der diplomatischen Behandlung der Frage hat sie Ungeschicklichkeiten über Ungeschicklichkeiten begangen, durch die sie wiederum den Franzosen selbst die Handhaben bot, zu behaupten, daß eine Überschreitung des Versailler Vertrages vorliege.«

Die Gewerkschaften machten es durch einen neuen Vorstoß, mit dem sie am 7. April den kämpfenden Truppen in den Rücken fielen, nötig, daß ich mich noch einmal eingehend mit der ihnen am 20. März eingeräumten Diktatur beschäftigte.²¹ Die Nationalversammlung hatte sich, nachdem sie der Tummelplatz des Kampfes gegen rechts gewesen war,

»weder für den endlichen Einmarsch in das Ruhrgebiet noch für den französischen Raubüberfall auf Frankfurt und Darmstadt – eines der ungeheuerlichsten Ereignisse der Geschichte – weiter interessiert. Die Leitung und Beaufsichtigung der Regierung war ja auch an die Gewerkschaften übergegangen.«

In den herrschenden Gewerkschaften überwiege der Einfluß der Unabhängigen sowie die Abneigung gegen die Reichswehr und die bürgerlichen Einwohnerwehren. Sie widersetzten sich der Entwaffnung der Massen, deren Herrschaft sie selbst erlebten und wagten nichts, was der Straße mißfallen könne.

Das zeigte der neue Befehl der diktatorischen Nebenregierung am 7. April, der von der Regierung angenommen wurde. In willigem Gehorsam gegen das räuberische Frankreich verlangten sie, daß die Reichswehr aus der entmilitarisierten Zone, also aus

¹⁹ Wie Anm. 15.

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP. Zur Reaktion der Alliierten auf den Bürgerkrieg im Ruhrgebiet und zur anschließenden Besetzung des Maingaus vgl. Jürgen Heideking: Der Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920 – 1929, Husum 1979, S. 55 ff.

²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP; aus ihr auch die folgenden Zitate.

dem Gebiet südlich der Ruhr, aus Duisburg, dem Wuppertal, Elberfeld-Barmen, Hagen, Remscheid, Solingen zurückgezogen und durch Ortswehren ersetzt werden sollte, die nach dem Bielefelder Abkommen ausschließlich aus organisierten Arbeitern zu bilden seien.²²

Auch über das Ruhrgebiet hinaus betrieben die Gewerkschaften die »Wehrlosmachung der Staatsgewalt, Entmachtung des Bürgertums und Bewaffnung des Proletariats«. Die preußische Regierung sollte die Sicherheitswehr, eine staatliche Polizeitruppe, schnellstens mit organisierten Arbeitern durchsetzen und die Waffen der aufzulösenden Einwohnerwehren an die zu ihrem Ersatz aus organisierten Arbeitern gebildeten Ortswehren abgeben.

»Diese Maßnahme, die von Frankreich gefordert ist, bedeutet, daß namentlich auf dem Lande und in den kleinsten Städten, aber auch in den Großstädten Bürger und Bauern jeder Möglichkeit beraubt werden, sich selbst gegen den Terror der Roten, gegen Raub, Plünderung und Gewalttat von Verbrechern aus den geöffneten Gefängnissen und von mehr oder weniger organisierten bolschewistischen Banden zu schützen.«

Die Demokratisierung des Personalstandes der Reichswehr von Offizieren und Soldaten sollte das Werk vollenden. Den Hütern der demokratischen Parteiherrschaft selbst wurde bange wegen des Eindrucks, den die von ihnen herbeigeführte gewerkschaftliche Nebenregierung auf die Wählerschaft machte. Das gab mir natürlich Stoff zu weiterer Polemik.

Die »Germania«²³ ließ sich zwar schnell beruhigen.

»Das »Berliner Tageblatt« (8. April 1920 Nr. 160) dagegen vergleicht den Vorstoß des neuen Diktators mit den Eingriffen des persönlichen Regiments im alten System, was in den Augen dieses Blattes wohl ein besonders schwerer Vorwurf ist.«

Dabei war »das Spiel der Demokratie kein ehrliches«. Das deutete Georg Bernhard²⁴ an, indem er davor warnte, Verträge in heimlicher Absicht zu schließen, sie hinterher nicht zu erfüllen. Solche Hintergedanken seien besonders dann töricht, wenn man weiß, daß der Vertragsgegner den Willen und die Macht hat, auf Erfüllung zu bestehen.

Der Reichskanzler Müller suchte in sehr gewundenen Darlegungen zu bestreiten, daß die Verhandlungen mit den Gewerkschaften undemokratisch und verfassungswidrig seien und eine Verschiebung der Machtverhältnisse bedeuteten. Dazu schrieb der »Vorwärts«²⁵, es handle sich um eine vorübergehende Erscheinung, »die mit den jetzigen außerordentlichen Ereignissen im Zusammenhang stände und durch die Reichstagswahl in wenigen Wochen zugunsten der Demokratie wieder beseitigt sein würde.« Dagegen führte ich einen Aufsatz der »Freiheit«²⁶ »Geschriebene und wirkliche Verfassung« ins Feld. Das Blatt der USPD betonte mit aller Schärfe, daß die Regierung Müller endgültig unter die Kontrolle des organisierten Proletariats gestellt werden solle. Jeder Versuch, ihr zu entfliehen, würde sich bitter rächen. Auf den geschriebenen Wortlaut der Verfassung komme es nicht an. Die Arbeiterschaft habe sich »eben eine Stellung erkämpft, von der das Verfassungsdokument nichts weiß«. Es fehlt

²² Wie Anm. 16.

²³ Germania Nr. 147 vom 9. 4. 1920 und Nr. 149 vom 10. 4. 1920.

²⁴ Vossische Ztg. Nr. 180 vom 8. 4. 1920.

²⁵ Vorwärts Nr. 185 vom 10. 4. 1920.

²⁶ Die Freiheit Nr. 111 vom 8. 4. 1920.

nicht der Hinweis auf den Ausspruch Lassalles²⁷, daß eine Verfassung nur gut und dauerhaft sei, wenn sie mit den realen Machtverhältnissen im Einklang stehe. Sei das nicht der Fall, so müsse ein Konflikt entstehen, in der die geschriebene Verfassung den tatsächlichen im Lande bestehenden Machtverhältnissen erliegen müsse. Der Schluß, den das Organ der USPD hieraus zog, kennzeichnete die damalige Lage so, daß er mir ein wörtliches Zitat zu verdienen schien und scheint.

»In einem solchen Konflikt befinden wir uns jetzt. [...] Wir leben in einem Übergangsstadium. Es kann nur eine kurze Frist währen, bis wir aus diesem zwiespältigen Verhältnis herauskommen und sich klar erweist, ob die Arbeiterschaft die Kraft und den Willen besitzt, die Rolle einer Aufsichtsinstanz mit der wirklichen Regierung zu vertauschen.«

Unmittelbarer jedoch als die staatspolitische Sorge vor der Diktatur des Proletariats wirkten der Umfang, den der rote Terror in den verschiedenen Teilen Deutschlands annahm, und die furchtbaren Verheerungen, die er anrichtete. Die Nachrichten darüber häuften sich mehr und mehr. Der heutige (1941) furchtbare, siegreiche und hoffentlich letzte Kampf gegen die bolschewistische Gefahr bestätigt mir, daß ich mich mit Recht bemüht habe, die Kenntnis davon zu verbreiten, wirksam zu machen und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

»Es scheint mir Aufgabe der Presse zu sein, diese Nachrichten zu sammeln und in aller Vollständigkeit in das Bewußtsein und Gedächtnis des deutschen Volkes einzuprägen, damit es endlich in allen seinen Teilen begreift, was die bolschewistische Gefahr bedeutet. Es ist unermesslich, was da an Greueln, Gewalttätigkeiten, Plünderungen, Rechtsbeugungen über unser armes Volk hereingebrochen ist. Eben sowohl die organisierte Rote Armee wie einzelne unorganisierte Banden haben furchtbar gehaust.«

Ich führte Beispiele aus anderen Bezirken neben dem Ruhrrevier an. Halle hatte nur nach regelrechter zehntägiger Belagerung gehalten werden können. Ähnliche Kämpfe hatten allenthalben stattgefunden; an vielen Orten Mitteldeutschlands, besonders in Mecklenburg und Schleswig-Holstein war die Macht an die Rätediktatur übergegangen; gar nicht zu reden von der Räuberherrschaft in Plauen.

Nicht minder beschäftigte mich die tiefe Erregung über diese Zustände, die sich weiter Kreise bemächtigt hatte. Parteipolitisch kam besonders das Zentrum in Betracht. Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Jagow, der sich in Münster niedergelassen hatte und stets ein feiner Beobachter gewesen ist, schrieb mir einen Brief mit interessanten Mitteilungen über die Stimmung im katholischen Adel und Bauerntum Westfalens. Danach hatte der durch die historische Entwicklung gegebene, durch den Kulturkampf erweiterte Abstand zwischen Ostelbien und dem katholischen Westen sich in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Weltkrieg und im Kriege zu überbrücken begonnen. Der Gegensatz gegen den urpreußischen und protestantischen Osten – Berlin rechnete man leider zu Ostelbien – wurde wieder lebendiger, und das mit dem Fluch des Mißlingens beladene Kapp-Unternehmen verschärfte ihn aufs neue. Dennoch taten sich Möglichkeiten »konservativer – pardon deutschnationaler« – Einflußnahme auf. Die demokratische Richtung und Erzbergerei des Zentrums fing an, dem »Westfälischen Bauern – einem an sich durchaus konservativen Zoon – sehr gegen die Hutschnur zu gehen.« Aber solche Wandlungen könnten sich nur langsam vollziehen.

²⁷ Ferdinand Lassalle, Vortrag: Über Verfassungswesen (Berlin 1862), abgedruckt in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. v. Eduard Bernstein, Bd. 2, Berlin 1919, S. 7–61.

»Nun aber kam der Ausbruch der bolschewistischen Revolte! In dem Industrieviertel brannte es lichterloh. Alle größeren Städte und Arbeitercentren standen unter dem roten Terror, bolschewistische Banden zogen durch das Land und plünderten. Die »rothe Armee« wollte sogar Münster und Wesel »erobern«. Angstvoll blickte der geängstigte, feige Bürger nach der Staatsleitung. Sie versagte vollständig. Es wurde nicht gehandelt, sondern verhandelt. Die Minister Braun, Severing, Giesberts erschienen in Bielefeld und trafen Abreden, die einer Kapitulation der Staatsgewalt gleichkamen. Glücklicherweise hielt Spartacus sie nicht inne. Aber das Ultimatum wurde verlängert und nochmals verlängert, man ließ den spartak[istischen] Banden Zeit, weiter zu plündern, Vorkehrungen für die Vertheidigung zu treffen, zum Theil wohl auch sich in Sicherheit zu bringen, Versuche zur Zerstörung der Gruben zu machen. Durch das ganze Land geht ein Schrei der Wuth und Empörung. Sogar dem hiesigen regierungsfremden Centrum wurde die Sache, die an die eigenen Schinken ging, zu toll. Es sandte heftige Proteste an die Berliner Herrschaften, die früher erzbergerisch [?] hiesigen Centrumsblätter gebärden sich seit einigen Tagen fast reactionär und selbst der Colleague Giesberts wurde nicht geschont. Er soll in Bielefeld fast noch jammervoller aufgetreten sein als Herr Braun. Der Severing bekommt auch sein Teil ab. Versuche, diese Vorgänge als Folge der Kappiade den Rechtsparteien in die Schuhe zu schieben, ziehen nicht mehr recht. Das Centrum hat wie immer eine geschickte Wendung vollzogen und toll gegen die Berliner Wirtschaft getobt. Aber man kann ihm seine Verantwortung als Koalitionspartei vorhalten und ihr sagen, daß man für die Zukunft an eine wirkliche Wandlung nicht glaube.«

Die deutschnationale Partei-Organisation tue ihr möglichstes; ihr Einfluß und ihre Agitationsmittel seien aber noch sehr unentwickelt.

»Es würde seinen guten Eindruck nicht verfehlen, wenn die großen konservativen Blätter, voran die Kreuzzeitung die Fragen des Westens jetzt energisch vertreten.«

Zum Beweise der dem Zentrum aus den eigenen Reihen erwachsenen Opposition führte ich eine Reihe von Stellen aus der rheinisch-westfälischen Zentrums Presse an.²⁸ Im »Westfälischen Merkur«, der »Essener Volkszeitung«, »Recklinghausener Volkszeitung« ließ die Schärfe der Kritik am Aufruf zum Generalstreik, an der Unentschlossenheit Severings und seinen Verhandlungen, auch an Giesberts, nichts zu wünschen übrig. Auch die »Kölnische Volkszeitung«, die als leitendes Zentrumsorgan galt, tadelte die Zaudertaktik [...] und wandte sich gegen den unberechtigten Einfluß der örtlichen Berliner sozialdemokratischen Kreise auf die Koalitionspolitik. Gleichzeitig hatte ich mitzuteilen, daß das rheinisch-westfälische Zentrum bei der Führung der Zentrumsparthei auf Widerstand stieß. Die »Germania« hielt in jenen Tagen bedingungslos an der Koalition fest, behauptete, daß in dem Abkommen mit den Gewerkschaften von einer Nebenregierung nicht die Rede sein könne und daß viele der Unabhängigen sich zu einer demokratischen Auffassung durchgemausert hätten und von den Kommunisten abgerückt seien. Dazu trat ein unumwundenes Bekenntnis zur republikanischen Demokratie.²⁹ Ich bezweifelte, ob wirklich alle Zentrumswähler ihm zustimmen könnten, und warf die Frage auf, ob die³⁰

»rheinisch-westfälischen Kreise des Zentrums, ob besonders die westfälischen Bauern weiterhin die Begeisterung für jene demokratische Politik ihrer Partei werden teilen können, die das Zentrum zuerst an den Wagen der Sozialdemokratie gekettet, nunmehr aber unter der Diktatur der gewerkschaftlichen Nebenregierung gebeugt hat, in der sich die Sozialdemokratie beider Richtungen die Hand reichen und dem Kommunismus den Weg bahnen. Die westfälischen Bauern haben die Folgen dieser Politik ihrer Partei jetzt gar zu deutlich am eigenen Leibe verspürt [...], sonst wäre die Schärfe nicht erklärlich, mit der sich die Zentrums Presse des Westens gegen die Koali-

²⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP.

²⁹ Siehe unten S. 354 ff. zur Haltung des Zentrums zu Republik und Demokratie nach 1918.

³⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP; dort auch das zweite Zitat.

tionsregierung, gegen die sozialdemokratischen Bundesgenossen und gegen die Politik der eigenen Partei wendet.«

Dem Bilde der durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen Stimmung konnte ich Tatsachen hinzufügen, die noch wichtiger waren als die parteipolitischen Ereignisse.

»So fängt denn auch, so wenig Entschlossenheit unser Bürgertum sonst an den Tag zu legen geneigt ist, bereits ein energischer Widerstand an, sich bemerkbar zu machen. Ganz Bayern, einschließlich der dortigen demokratischen Partei weigert sich entschieden, auf die Einwohnerwehren³¹ zu verzichten. Aus den Kreisen der Landwirtschaft liegen Äußerungen vor, die gar nicht ernst genug genommen werden können. Der Aufruf des Deutschen Landbundes (»Deutsche Tageszeitung« 9. 4. 1920 Nr. 160) droht gegen die Unmenschen, die zur Durchsetzung ihrer selbststüchtigen Machtgelüste vor dem Generalstreik nicht zurückschrecken, die Verweigerung der Lieferung von Lebensmitteln an, die um so mehr erfolgen müsse, weil in Zeiten des Aufruhrs jede ordnungsmäßige Verteilung verhindert wird. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Landwirte, sich um ihre selbstgewählten Führer zu scharen und mit dem Hinweis, daß sie eine entscheidende gewaltige Waffe gegen den Generalstreik in der Hand haben.«

Der Pfälzer Bauernverein drohte, wenn die Regierung weiter nachgebe, mit dem Generalstreik oder »einem der Regierung noch unangenehmeren Schritt«, und 200 000 Landwirte der Niederlausitz ließen im Ministerium des Innern durch eine Abordnung erklären, daß die Landwirte die Abgabe der Waffen verweigerten, bis die Arbeiter sie abgeben hätten³²,

»und daß sie auf jeden Versuch eines Druckes in den Generalstreik eintreten und die Lieferung von Lebensmitteln nach den Städten einstellen würden. So haben Regierungskoalition und Nebenregierung, Generalstreik und Bolschewistenaufbruch im Innern eine Lage voll schwerster Gefahr und Not geschaffen.«

Ein tüchtiger Wahlagitator setzt in der letzten Woche vor der Wahl sensationelle Nachrichten in die Welt, früh genug, daß sie noch wirken, aber so spät, daß sie nicht mehr entkräftet werden können. Die letzten zwei Wochen vor der Wahl vom 6. Juni 1920 waren mit Gerüchten über neue Putschgefahren erfüllt. Um die Wähler aufzurütteln, wurde behauptet, daß ein neuer Rechtsputsch bevorstehe. Ich hatte in der letzten Woche vor der Wahl mit der Widerlegung dieses Gerüchtes zu tun.³³

»Was von Verhandlungen eines Frontbundes, des Nationalverbandes der Offiziere, von Vorsichtsmaßnahmen pommerscher Landwirte und ähnlichen Dingen bekannt geworden und von der demokratischen Presse zu großen Enthüllungen aufgebauscht worden ist, läßt selbst den Kommissar für die öffentliche Sicherheit entschieden bestreiten, daß ein wohl organisierter Kapp-Putsch in Vorbereitung begriffen sei.«

Teils handelte es sich um rein defensive Maßnahmen der Landwirte, zum anderen Teil kommen Zusammenkünfte und Verabredungen von Offizieren und Soldaten in Betracht,

»die durch die Verminderung der Reichswehr und die Auflösung von Freikorps in die schwerste Sorge um ihre Zukunft versetzt sind und sich eine neue Lebensstellung sichern wollen.«

³¹ Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte II, S. 569–579; Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, hrsg. und kommentiert v. Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 63–75 sowie Benz, S. 271–298.

³² Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP.

³³ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP.

In der letzten Wahlwoche wurden die Versuche, die Putschgefahr von rechts an die Wand zu malen, von amtlichen Stellen fortgesetzt. »Herrn Friedländer, der unter dem Namen Breuer die Pressestelle der Regierung verwaltete«, warf ich vor, daß er mit Hilfe des »Berliner Tageblattes« das Gerücht in die Welt gesetzt habe, in der Nähe Berlins hätten sich, unter maßgebender Beteiligung des Prinzen August Wilhelm, Truppen zum Zwecke eines Rechtsputsches versammelt. »Gleich unverantwortlich« hatte Reichskanzler Müller am Freitag (4. Juni) in einer Wahlversammlung im roten Neukölln erklärt und zwar in ausdrücklicher Beziehung auf die Gefahr eines Putsches³⁴:

»Die Gefahr von links fürchte er nicht; »wir haben aber vor allen Dingen unser Augenmerk zu richten auf die Gefahr von rechts.«

Ernster dagegen war nach wie vor die Gefahr des kommunistischen Bürgerkrieges. Nur die Ausnutzung dieser Gefahr für Wahlzwecke konnte ich nicht dulden.³⁵

»Die Mehrheitsparteien, besonders die Demokraten, machen im Wahlkampf neuerdings vornehmlich geltend, es müsse zum Bürgerkrieg kommen, wenn die Wahlen eine Mehrheit erbrächten, die den Ausschluß der Sozialdemokraten bei der neuen Regierungsbildung zur Folge haben würde. [...] Tatsache scheint ja nun zu sein, daß in den radikalen Kreisen ernst zu nehmende Vorbereitungen zum Losschlagen getroffen werden.«

In Berlin liefen wilde Gerüchte um, daß in der Nacht zum 31. Mai oder 3. Juni der Aufstand mit schwarzen Listen der zu beseitigenden Personen losbrechen würde. Der preußische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Dr. Weismann teilte am 27. Mai der Presse mit, die USPD und die Kommunistische Partei dächten nicht an eine Putschpolitik, mit der Aufstellung von Kandidaten für die Reichstagswahl hätte sich die Kommunistische Partei auf den gesetzmäßigen Boden gestellt. Er gab aber zu, daß die kommunistische Arbeiterpartei die Gewalt auf ihre Fahne geschrieben habe. Ich trat diesem Optimismus entgegen. Man müsse weiter zu irgend einem früheren oder späteren Zeitpunkt mit neuen kommunistischen-bolschewistischen Unruhen zum Zwecke der Errichtung der Diktatur des Proletariats rechnen. Im Rheinland-Westfalen spreche alles dafür, daß es sich jetzt nur um eine Atempause handle. Das schwächliche Vorgehen der Regierung im März und April 1920, das inzwischen auch zur Entlassung des Generals v. Watter geführt hatte, sowie die Behinderung der Reichswehr an der Ausnützung ihrer Erfolge hatten dahin geführt, daß³⁶

»ungezählte Mengen von Waffen in den Händen der Aufständischen und daß die Organisationen der Roten Armee aufrechterhalten geblieben sind. Allenthalben, namentlich auf dem Lande, wird die öffentliche Sicherheit durch die aufgehetzten Arbeiter und herumziehende rote Banden gefährdet. Auch die Nachrichten über kommunistische Vorbereitungen in Mitteldeutschland, die vor einiger Zeit durch die Presse gingen, lassen den Ernst der Lage erkennen.«

Daß die Unabhängigen und Kommunisten der Gewalt endgültig entsagt hätten, sei ein unberechtigter Optimismus. Auf den Zeitpunkt des Losbrechens werde allerdings der Wahltag und das Wahlergebnis keinen Einfluß ausüben.

»Bei dem engen Zusammenhange, der zwischen den deutschen radikalen Bewegungen und dem russischen Bolschewismus besteht, ist anzunehmen, daß das Vorrücken und die Erfolge der russischen bolschewistischen Truppen in dem Kampfe mit Polen dasjenige Ereignis sein wird, von dem auch die Schilderhebung in Deutschland abhängig ist.«

³⁴ Darüber Kreuz-Ztg. Nr. 263 vom 6. 6. 1920, IP.

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 250 vom 30. 5. 1920, IP.

³⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 250 vom 30. 5. 1920, IP; ebd. das zweite Zitat.

Die wahlagitatorische Behauptung, daß eine Verstärkung der Rechtsparteien den Bürgerkrieg zur Folge haben würde, sei also falsch. Sie werde höchstens den agitatorischen Vorwand, aber ebenso wie bei dem Unternehmen Kapps nicht den eigentlichen Grund für Unruhen abgeben, die in der nächsten Zeit etwa ausbrechen sollten. Denn die Kommunisten und Unabhängigen würden, wie beim Generalstreik und Ruhraufstand so auch in der Folge vor einer demokratischen, mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Regierung nicht Halt machen.

»Diktatorische Alleinherrschaft des in den radikalen Parteien organisierten Proletariats ist das Ziel aller aufständischen Bewegungen und ihrer Vorbereitung.«

In der am Wahltag selbst erschienenen Wochenschau³⁷ brachte ich neue Belege für die Aufruhrpläne der radikalen Linken, einschließlich der Kommunisten und Unabhängigen, bei. Ich konnte einzelne Pressestimmen und Reden aus jenem Lager vorführen, in denen solche Absichten ausdrücklich ausgesprochen waren. Beweisend erschienen mir ferner die von mir in all meinen Versammlungen beobachteten Störungen der Wahlarbeit durch die Radikalen zu sein.

»Brutalität und Machtbewußtsein, wie sie in der Wahlbewegung zutage getreten sind, würden selbst dann in der nächsten Zeit nicht aufhören, sich in Gewalttaten und Aufständen auszuwirken, wenn nicht ganz bestimmte, wohl vorbereitete kommunistisch-bolschewistische Pläne vorlägen.«

Entscheidend aber waren die Vorgänge, aus denen hervorging, daß der Kommunismus auch jetzt noch nach einheitlichem Plane eines gegen die regierende Koalition gerichteten Kampfes die proletarische Rätediktatur gewaltsam erkämpfen wollte. Wieder lagen sehr ernste Nachrichten über die Führung dieses Kampfes durch die Kommunisten vor.

»Die Regierung selbst hat zugeben müssen, daß in Pommern und Mecklenburg der Schutz von Leben und Eigentum schon heute vielfach vollständig versagt, daß dort die Gutsbesitzer und der Landbund, wo sie Vorkehrungsmaßnahmen treffen und frühere Mitglieder der Freikorps als Arbeiter anstellen, das ohne jede Angriffsabsicht nur in ernster und wohl begründeter Besorgnis für die eigene Sicherheit tun; namentlich in Mecklenburg hat bereits eine Anzahl der Besitzer ihre Familien veranlassen müssen, Heim und Wirtschaft zu verlassen, um sie in Sicherheit zu bringen. Nach den Mitteilungen, die Herr v. Graefe dem Reichspräsidenten gemacht hat, handelt es sich in Mecklenburg um eine wohl vorbereitete bolschewistische Organisation. Es ist unbegreiflich und unverantwortlich, daß dieser Mitteilung kein Erfolg zuteil geworden ist.«

Es schein, daß zur Zeit Berlin nicht als Ort des Aufruhrs in Aussicht genommen sei, der Plan schein vielmehr dahin zu gehen, den Aufruhr roter Armeen sowie die Plünderungen und Raubzüge roter Horden in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, in Mecklenburg und Pommern zu entfesseln und so die Reichshauptstadt einzukreisen. Letzten Endes sei wohl immer noch das Zusammengehen mit dem Bolschewismus geplant. Deshalb sei der Ausgang des russisch-polnischen Krieges für unsere innerpolitischen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung.

Als im August 1920 der russische Vormarsch auf Warschau den Sieg des Bolschewismus wahrscheinlich zu machen begann, trat der enge Zusammenhang des kommunistischen Aufruhrs mit dem Bolschewismus noch einmal in Erscheinung. Deutschland verkündete seine Neutralität. Die Feindschaft gegen Polen, aus der heraus auch ich diesen Entschluß billigte, dürfe aber nicht, so fügte ich hinzu, zu unmittelbarer und

³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 263 vom 6. 6. 1920, IP; ebd. auch das zweite Zitat.

mittelbarer Unterstützung Sowjetrußlands führen.³⁸ Dem sogenannten Nationalbolschewismus, der hierzu neigte, erteilte ich eine Absage. Nicht ganz so einfach war die Stellungnahme zu dem Verhalten der Linken. Trotz der verkündeten Neutralität sah sich die deutsche Regierung genötigt, französische Truppentransporte nach Polen durchzulassen. Ich bezeichnete es als unzweifelhaft, daß Frankreich auf entschlossenen und einmütigen Widerstand stoßen müsse, wenn es versuchen sollte, im polnischen Interesse den deutschen Boden oder gar die deutsche Kampfeskraft zu mißbrauchen. Trotzdem konnte ich den Widerstand, den die gesamte Linke den Truppentransporten nach Osten entgegensetzte, nicht billigen.

»Ihnen geht es dabei nicht um die Neutralität Deutschlands, sondern um den Schutz Sowjet-Rußlands gegen eine Unterstützung Polens durch Frankreich. Sie beschränken sich dann auch nicht darauf, die Neutralitätspolitik der Regierung auf gesetzlichem Wege zu stützen, sondern sie haben die Verhinderung jeder Unterstützung der Polen selbst in die Hand genommen.«

Mehrheitssozialdemokratie, Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Unabhängige und Kommunisten forderten in einem gemeinsamen Aufruf³⁹ die Arbeiterklasse auf, selbst jeden Transport von Truppen, Kriegsgerät und Munition durch Deutschland nach dem östlichen Kriegsschauplatz aufzuhalten. Besondere Aufrufe gleichen Inhalts erließen die Zentralbetriebsräte an die Betriebsräte verschiedener Industrien. Die Regierung hätte dieses Vorgehen, selbst wenn es nur ihrer Neutralitätspolitik gegolten hätte, als revolutionär und für die außenpolitische Lage gefährlich nicht dulden dürfen, begnügte sich aber mit einer Warnung. Zahlreiche Transporte wurden aufgehalten. Von Organen der USPD wurde schon ausgesprochen, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität nur Vorwand war und daß das Proletariat zu positiver Unterstützung Rußlands übergehen müsse, wenn die Kriegslage, die damals für Rußland noch günstig war, sich ändere. In Berlin wurde auch ein deutscher Transport aufgehalten, der nicht für den polnischen Kriegsschauplatz, sondern für Ostpreußen zum Schutze der deutschen Grenze gegen bolschewistischen Einmarsch oder doch zur Entwaffnung über die Grenze gerückter russischer Truppen bestimmt war.⁴⁰

»Das Eintreten des Radikalismus für Sowjetrußland steht im engsten Zusammenhange mit seinen Bestrebungen, zum geeigneten Zeitpunkt im Innern Deutschlands loszuschlagen, um sich die Diktatur zu erobern.«

An einzelnen Stellen wie Weißensee bei Berlin, Velbert, Elberfeld, Düsseldorf brach der Aufruhr in größeren Unternehmungen vorzeitig los. Die USPD warnte vor vorzeitigen Putschen. Aber man bereitete zukünftige Kämpfe dadurch vor, daß man das Bürgertum schwächte und seine Schutzorganisationen auflöste. Hierbei leistete die mehrheitssozialdemokratische Regierung Preußens dem Radikalismus entscheidende Hilfe.

Am nächsten Sonntag hatte die unerwartete Niederlage der Russen bei Warschau dem bolschewistischen Vormarsch ein Ende gemacht. Die kommunistische Partei, die inzwischen zur Filiale des russischen Bolschewismus erklärt worden war⁴¹, erließ des-

³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 404 vom 22. 8. 1920, IP. Zur Reaktion in Deutschland auf den russisch-polnischen Konflikt vgl. Gerhard Wagner: Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920, Wiesbaden 1979.

³⁹ SCHULTHESS 1920/I, S. 47 f.

⁴⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 404 vom 22. 8. 1920, IP.

⁴¹ Siehe oben S. 194.

halb in der »Roten Fahne« umso dringendere Hilferufe für den Bolschewismus.⁴² Für die Kontrolle aller Militärtransporte hatte die Regierung der vereinigten Linken die Zuziehung von Vertretern der organisierten Arbeiterschaft bewilligt. Unmittelbar nach diesem Abkommen verkündeten aber die daran beteiligten Organisationen neue Richtlinien, wonach örtliche Ausschüsse bestimmte Transporte verdächtiger Art selbständig aufhalten sollten. Die Regierung machte weitere Zugeständnisse. Im Rahmen der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes⁴³ wurden gegen deutschnationalen Einspruch die Betriebsräte bei den Eisenbahnbehörden zur Teilnahme an der polizeilichen und politischen Aufgabe der Kontrolle von Waffentransporten zugezogen.

Auch damit erkaufte sich die Regierung nicht den Frieden. Die radikalen Organisationen der Eisenbahnarbeiter und -angestellten fuhrn fort, Transporte eigenmächtig anzuhalten. Dem Verkehrsminister⁴⁴, der dagegen wirkte, fiel auch die Mehrheitssozialdemokratie in den Rücken, und es drohte ein Eisenbahnerstreik.

Ein weiteres Nachspiel des Polenkrieges war die Notwendigkeit, 68 000 bolschewistische und polnische über die Grenze getretene Soldaten zu internieren. Die »Rote Fahne« trat dafür ein, diese »Helden der Revolution« nicht zu entwaffnen, sondern mit offenen Armen und besonderen Ehren aufzunehmen.⁴⁵

»In Wahrheit bedeuteten sie mit den etwa 140 000 immer noch im Lande befindlichen russischen Gefangenen und einer unbestimmbaren Zahl sonstiger unkontrollierbarer früherer Insassen von Gefangenenlagern bei der überaus mangelhaften Überwachung, deren wir nur noch fähig sind, eine Schädigung unserer Ernährung und eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit und in politischer Beziehung, die bei den weiteren Kämpfen um die Errichtung der Diktatur des Proletariats leicht sehr bedenkliche Formen annehmen kann.«

Mit der russischen Niederlage bei Warschau hatte der mit dem Kapp-Unternehmen und dem russisch-polnischen Krieg zusammenhängende Abschnitt des Bürgerkrieges vom März bis September 1920 sein Ende gefunden. In einigen abschließenden Worten sprach ich aus, daß damit die Gefahr eines bolschewistischen Einmarsches nicht endgültig beseitigt sei.

»Der uns bedrohende Brand im Osten ist also noch keineswegs gelöscht. Gleichzeitig aber schwelt und glimmt überall das Feuer im eigenen Hause.«

Besondere Aufmerksamkeit erforderte es zunächst, wie inzwischen sozusagen auf nicht trockenem Wege die Einführung der Diktatur des Proletariats fortschreite.⁴⁶

⁴² Darüber Kreuz-Ztg. Nr. 416 vom 29. 8. 1920, IP.

⁴³ Gesetz vom 7. 8. 1920, Ausführungsbestimmungen dazu vom 22. 8., 4. und 5. 9. 1920; RGBl. S. 1553, 1595, 1636 f.

⁴⁴ Generalleutnant a. D. Wilhelm Groener (parteilos).

⁴⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 440 vom 12. 9. 1920, IP; ebd. auch das dann folgende Zitat.

⁴⁶ Am Schluß dieses Kapitels erwähnt Westarp Dwingers (wie Anm. 54, II.2) Darstellung als anschauliche Ergänzung seiner Erinnerung an die Bürgerkriegskämpfe. »Alles, was ich damals der Regierung wegen des von ihr angezettelten Generalstreiks und wegen ihrer Verhandlungen, ihrer Schwäche und Nachgiebigkeit zum Vorwurf gemacht habe, erleben und kritisieren auch Dwingers »Mansfelder«. Meine persönlichen Beziehungen zu den Freikorps waren nur lose, und zu deren Bilde kann ich aus eigenen persönlichen Erinnerungen nur wenig beitragen. Dwingers Bücher sind ein hohes Lied der soldatischen Tugenden, der Kameradschaft und des heldischen Kampfesmutes, der vaterländischen Pflichttreue und des tief tragischen Geschickes der Frontkämpfer in den Resten der Wehrmacht und in den Freikorps, ohne die das Vaterland damals vor dem Bolschewismus nicht gerettet worden wäre.«

Die republikanische Verfassung

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 begann für mich der Kampf gegen das Verfassungswerk, das die Republik und die republikanische Partei Herrschaft zum praktisch geltenden Recht machte. Mit Gewalt hatte dieser Rechtszustand in den Bürgerkriegen der ersten Zeit und auch am 9. November 1923 noch nicht beseitigt werden können. Zunächst war die undankbare Aufgabe zu lösen, gegen die herrschenden Gewalten und Meinungen die staatsrechtliche und praktische Unhaltbarkeit der leider an den Namen Weimar geknüpften Verfassung nachzuweisen und dem deutschen Volke bis in die Massen hinein zum Bewußtsein zu bringen. Diesen Kampf gegen die Republik und ihre Verfassung habe ich vom Zusammentritt der Nationalversammlung an ununterbrochen geführt, bis ihr Versagen und die Erkenntnis, daß sie nur Unheil brachte, im Jahre 1933 ihre Beseitigung ermöglichte. Das theoretische Rüstzeug dafür lieferte mir meine konservative und nationale Auffassung und Vergangenheit sowie all die in den Fehlern des republikanischen Verfassungsrechtes begründeten Mißerfolge der äußeren und inneren Politik, die mir von Tag zu Tag die Richtigkeit meines Widerstandes bestätigten. Schwierigkeit und Sorge bereitete die praktische und taktische Durchführung des damals noch so aussichtslosen Kampfes.

Erneut in anderer Form, aber in gleicher Schärfe ergab sich für die nationalen Kreise der Konflikt der Aufgaben, den sie unmittelbar nach dem Umsturz durchmachten, wenn sie die von ihnen abgelehnte und verabscheute revolutionäre Regierungsgewalt gegen Spartakismus und Bolschewismus verteidigten. Es ist die Tragik des Konfliktes zweier einander widersprechender Aufgaben, daß die eine Pflicht nicht ohne Verletzung der anderen erfüllt werden kann. Deshalb mußte dem Versuch, beiden gleichzeitig gerecht zu werden, der volle Erfolg versagt bleiben. Dennoch war man gezwungen, ihn dauernd zu machen und je nach der Forderung des Tages dem Ziele der Zukunft oder der Not der Gegenwart den größeren Einfluß einzuräumen. Das hatte ich schon in der Wochenschau am 18. November 1918 vorausgesagt, und es wiederholte sich beim Zusammentritt der Nationalversammlung in anderer Form.¹

»Die Erkenntnis von der Ungesetzmäßigkeit der durch die Revolution geschaffenen Souveränität der Nationalversammlung und der darauf aufgebauten Regierungs- und Verfassungsverhältnisse, den klaren Blick für das schwere Unglück, das durch die Revolution über Deutschland hereingebrochen ist, kann ein Politiker, der auf konservativem Boden steht, nicht verleugnen. [...] Daraus erwächst für alle konservativ gerichteten Elemente, die sich weiter politisch zu betätigen für Pflicht halten, dauernd ein schwerer Konflikt. Je schwerer die äußere und innere Not ist, die auf Deutschland lastet, um so dringender ist es erforderlich, wenigstens von nun an wieder die Formen und Grenzen gesetzlicher Regelung zu finden, in denen die Verfassung neu aufgebaut und eine handlungsfähige Regierung geschaffen werden kann.«

¹ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, IP; ebd. Nr. 585 vom 18. 11. 1918, IP.

Ein neuer Anlaß zu eingehender Erörterung dieser Schwierigkeit bot mir im März einerseits die Einbringung des endgültigen Verfassungsentwurfs, andererseits die Verschärfung der außenpolitischen Gefahren.²

»Diesem Verfassungsentwurf, der das deutsche Volk in die Schablone westlicher Republiken und einer Demokratie hineinzwängt, die jede Entscheidung in Politik, Gesetzgebung und Verwaltung dem Parlament der Massenwahl überträgt, kann nur scharfen grundsätzlichen Widerspruch entgegenstellen, wer konservativ denkt und deutsche Eigenart bewußt vertritt. Für die praktisch politische Arbeit des Tages bedeutet das schweren Konflikt. Vom Osten droht das orientalisch slawische Gespenst des Bolschewismus mit der Diktatur einer Proletarierklasse und dogmatisch fanatisierter Kommunisten, und in seinem Gefolge Raub, Mord und Plünderung. Der Ausgang der Kämpfe in der letzten Woche hat nur auf Zeit diese Gefahr gebannt, nicht ohne gleichzeitig bedeutungsvolle Fortschritte auf dem Wege zur kommunistischen Räterepublik zu bringen. Die Gefahr ist noch furchtbarer als die der westlichen Demokratie. Zwischen den beiden Mühlsteinen westlicher und östlicher fremdländischer Anschauungen muß zur Zeit, wer zur politischen Arbeit verurteilt ist, an dem republikanisch-demokratischen Verfassungsentwurf mitwirken, weil dieser die Möglichkeit bietet, wenigstens dem äußeren Bestande nach die Formen und Grenzen von Recht, Gesetz und Ordnung wiederherzustellen und zu wahren. Ein anderer Weg hierzu ist, wie die Dinge heute liegen, noch nicht gegeben. Nur für die praktische Arbeit also, nicht grundsätzlich ist es möglich, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen.« [...] Jedoch darf solche Tagesarbeit niemals dazu führen, den tiefen grundsätzlichen Widerstand gegen das republikanisch-demokratische Verfassungswerk zu vergessen und zu verschleiern. Das Bewußtsein davon müssen wir in uns und anderen lebendig erhalten, weil wichtiger noch als die Not des Tages die Aufgabe der Zukunft ist: daran mitzuarbeiten, daß das deutsche Volk seiner Eigenart wieder entschlossen bewußt wird, sich die innere und äußere Freiheit von fremden Vorbildern und Einflüssen zurückerobert und so sich schließlich auch der Staatsform wieder zuwendet, die es groß gemacht hat und die allein es zu neuem Aufstieg führen kann: einer kraftvollen konstitutionellen Monarchie, gestützt auf den bundesstaatlichen Zusammenschluß und die allgemeine Wehrpflicht.«

Zum Kampf gegen die Verfassung der Republik gehörte für mich in erster Linie der Nachweis, daß die Nationalversammlung, die ihr Dasein dem Umsturz des 9. November 1918 verdankte, gar nicht in der Lage sei, bindendes Verfassungsrecht zu schaffen. Der Einspruch gegen die Rechtsgültigkeit ihres Werkes entsprach meiner staatsrechtlichen Überzeugung und schien mir auch politisch notwendig zu sein, um zu verhindern, daß das Bewußtsein von der verbrecherischen Rechtswidrigkeit der November-Revolution durch den Erlaß der Verfassung ausgelöscht wurde. Das Gegenteil behaupteten natürlich der Volksbeauftragte und Reichspräsident Ebert, die Regierungsvertreter und die Parteien der Weimarer Koalition. Sie vertraten mit fanatischem Eifer die Meinung, nicht nur daß die Nationalversammlung die verfassungsrechtliche Grundlage für die weitere Führung der Regierung »auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung« zu schaffen hätten, sondern auch, daß sie als der neue Souverän Deutschlands von Rechts wegen dazu berufen sei. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte Ebert³ die »Verfassungsgebende Nationalversammlung der deutschen Nation« als den »höchsten und einzigen Souverän in Deutschland.« Er fügte hinzu:

»Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.«

² Kreuz-Ztg. Nr. 105 vom 9. 3. 1919, IP. Insgesamt als neuerer Forschungsbeitrag zu diesem Kapitel Christian F. Trippe: Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Düsseldorf 1995.

³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 6. 2. 1919, S. 1.

Das ist nach der Annahme des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durch die Erklärung Scheidemanns am 10. Februar ausdrücklich geschehen.⁴

Die Souveränität der Nationalversammlung und ihre Befugnis, ein neues republikanisches demokratisches Verfassungsrecht zu schaffen, wurde von allen Rednern dieser Richtung auf »den Willen des souveränen Volkes« zurückgeführt. Das deutsche Volk, so erklärte Ebert, habe sich in der Revolution »gegen eine veraltete zusammenbrechende Gewaltherrschaft erhoben«. Bei Vorstellung der Regierung erklärte Scheidemann am 13. Februar⁵:

»Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der Deutschen Republik muß ein Bekenntnis sein zu Ihnen, ein Bekenntnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren und zum dauernden Besitz des ganzen Volkes zu machen. In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied des Ranges, des Besitzes und des Geschlechtes gab, hat das Volk Sie zu seinen Vertretern bestimmt. Durch Sie will es sich seine Gesetze geben, denen unverbrüchlichen Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist.«

Bei der Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt begnügte sich Minister Preuß⁶ mit der kategorischen Feststellung, daß die Nationalversammlung, »die auf demokratischer Grundlage aufgebaut, den Willen des souveränen Volkes vertritt, zum Erlaß der Verfassung berufen sei, stehe außer Zweifel«. Selbst Graf Brockdorff-Rantzau glaubte auf das Ausland dadurch Eindruck machen zu können, daß er sich solche Gedankengänge zu eigen machte.⁷

Angriffe von unserer Seite blieben ebensowenig aus wie Beifall der Mehrheit. Als neu gewählter Präsident der Nationalversammlung legte David am 7. Februar das Bekenntnis zur demokratischen Volksherrschaft ab.⁸

»Anstelle des früheren, auf den Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ruhende Demokratie treten. [...]

Das Volk als Ganzes wird, von jeder Bevormundung befreit, Herr über sein Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung bei allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen.«

In den Fraktionserklärungen zum vorläufigen Verfassungsgesetz begründete Löbe den Widerspruch gegen eine Mitwirkung des Staatenausschusses, späteren Reichsrates, mit der Feststellung⁹:

»Nach unserer Auffassung ist die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung in Deutschland allein souverän.«

Grundsätzlicher sprach sich dann die demokratische Fraktion an der Spitze ihrer durch v. Payer abgegebenen Erklärung aus.¹⁰

»Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt.«

⁴ Ebd. vom 10. 2. 1919, S. 36.

⁵ Ebd. vom 13. 2. 1919, S. 45.

⁶ Ebd. vom 8. 2. 1919, S. 12.

⁷ Ebd. vom 14. 2. 1919, S. 71.

⁸ Ebd. vom 7. 2. 1919, S. 9.

⁹ Paul Löbe, seine Rede: ebd. vom 10. 2. 1919, S. 20.

¹⁰ Ebd. vom 11. 2. 1919, S. 20.

Beides entsprach lange vertretenen demokratischen Grundauffassungen. Überraschenderweise ging das Zentrum, das vor noch nicht einem halben Jahr den Vorwurf, es sei nicht mehr monarchisch, mit Entrüstung zurückgewiesen hatte, fast am weitesten. Gröber¹¹ verkündete mit eingehender Begründung, das ganze Zentrum erkenne die Rechtmäßigkeit der Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Regierung an.

»Die auf der allgemeinsten und freiesten Grundlage vollzogenen Wahlen haben festgestellt, was der Gesamtwille des Volkes ist. Sie haben damit die Vorbedingungen geschaffen für eine neue Regierung, deren Rechtmäßigkeit nach der Beseitigung der Monarchie nicht mehr zu bestreiten ist.«

Der von Ebert betonte Gegensatz zum Gottesgnadentum des alten Obrigkeitsstaates bestehe nach Überzeugung seiner Partei nicht, auch die jetzige Regierung sei, wie alle Obrigkeit, von Gott.

Die so von den regierenden Parteien in Anspruch genommene Anerkennung, daß ihnen die Staatsgewalt von Rechts wegen zugefallen sei, konnte ich ihnen vom konservativen Standpunkt aus auch nur stillschweigend nicht gewähren. Schon den Volksbeauftragten hatte ich in meiner Wochenschau vom 18. November 1918 nachgewiesen¹², daß ihrer Regierung jeder rechtliche Boden fehle und daß sie sich nicht auf das Volk oder die Mehrheit des Volkes stützen konnten. Dementsprechend bestand ich nunmehr darauf, daß die von den Volksbeauftragten ausgeschriebene Wahl weder den wahren Willen des Volkes zur Geltung gebracht habe, noch als ausreichende Grundlage eines neuen, innerlich bindenden Staatsrechtes angesehen werden könne.¹³

»Das deutsche Volk erschöpft sich nicht in den jetzt auf deutschem Boden lebenden Massen, die sich wie ein Verein ein neues Statut geben und einen Vorstand zu wählen hätten, sondern es ist eine geschichtlich gewordene Gesamtpersönlichkeit, mit eigenem Leben, eigener Entwicklung und eigenen Gesetzen des Werdens und Vergehens. An Bedeutung und an Lebensdauer überragt es unendlich weit nicht nur den einzelnen Angehörigen, sondern jede Generation seiner Mitglieder. Seine bisherige Verfassung aber war nicht eine von außen ihm auferlegte Gewaltherrschaft, sondern sein eigenstes Werk. Durch Jahrhunderte hindurch hat das preußische und deutsche Volk mit einer Fülle von Opfern an Gut und Blut, an Arbeit und Tapferkeit, an Treue und Pflicht sich seine Verfassung geschaffen und dem Könige und Kaiser aus dem Hohenzollernhause und den übrigen Fürsten seine Führung und Vertretung übertragen. Das wiegt doch noch schwerer als die Stimmtzettel der Zwanzigjährigen. Die monarchisch-konstitutionelle und bundesstaatliche Regierung war eine Volksregierung im besten Sinne des Wortes und alles andere als eine Gewaltherrschaft. Wie sie sich bewährt hat und den Vergleich mit keiner anderen Regierung zu scheuen hatte, hat Herr Graf v. Posadowsky für die Deutschnationale Fraktion am 14. Februar sehr überzeugend aufs neue dargelegt.

Die Revolution hat also nicht anstelle einer Gewaltherrschaft die Volksherrschaft gesetzt, als sie der Nationalversammlung die volle und uneingeschränkte Souveränität übertrug, sondern sie hat dem preußischen und deutschen Volke das König- und Kaisertum zerstört, die es sich in ruhmvoller Geschichte mit unendlicher Sehnsucht und Arbeit als Quelle der Einheit und Macht geschaffen hatte, und es durch eine aus wechselnden Mehrheiten der Massenwahl hervorgehende Regierungskörperschaft ersetzt. Dieser Wechsel ist aber nicht im Wege von Recht und Gesetz durchgeführt, sondern durch Rechtsbruch und Gewalt. Wenn in Zukunft alles Verfassungsrecht in Deutschland auf die Beschlüsse der jetzigen sog. Nationalversammlung zurückgeführt werden muß, so bleibt doch immer die Tatsache bestehen, daß die Souveränität dieser Nationalversammlung ihrer gesetzlichen Grundlage entbehrt hat. Denn nach Recht und Gesetz war die Regierung der Volksbeauftragten weder berufen, die Vorschriften über die Wahlen zur Nationalversamm-

¹¹ Adolf Gröber, seine Rede: ebd. vom 13. 2. 1919, S. 51.

¹² Wie Anm. 1.

¹³ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, IP.

lung mit bindender Kraft zu erlassen und diese Wahlen auszuschreiben, noch auch die Staatsgewalt im Reiche an die Nationalversammlung abzutreten. Die Behauptung des Herrn Gröber, auch die jetzige Regierung sei eine solche »von Gottes Gnaden«, ist nach meinem Empfinden ganz unhaltbar, eben weil die Souveränität der Nationalversammlung, die sie geschaffen hat, ihre Wurzeln weder in Gesetz und Recht noch in dem Zusammenhange geschichtlicher Entwicklung hat. Um so mehr hatte der Vertreter des Zentrums recht, als er die Revolution namens seiner Partei mißbilligte. Er tat das sogar von seinem ausdrücklich betonten demokratischen Standpunkte aus »weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Fortentwicklung und damit eine Gefährdung der Demokratie selbst war«, und er bezeichnete die Revolution geradezu als ein Unglück für das deutsche Volk, ohne das wir längst den Frieden hätten.«

Die »Betrachtungen eines Unpolitischen« von Thomas Mann¹⁴ gehörten zu den Büchern, denen ich wertvolle Anregungen für die Aufgabe entnommen habe, die konservative Gedankenwelt auf Revolution und Republik anzuwenden. Das mag trotz der weiteren Entwicklung dieses Schriftstellers zu einem Bannerträger der demokratischen Massenherrschaft verständlich sein, weil das Buch damals in der ersten Fassung vorlag, die er in späteren Auflagen verleugnet hat.¹⁵

»Deutschkonservativ gesinnt zu sein bedeutet nicht, alles Bestehende erhalten wollen, sondern es bedeutet Deutschland deutsch erhalten wollen, weiter nichts. Und deutsch ist es vor allen Dingen, das Volk nicht mit der aus Individual-Atomen zusammengesetzten Masse zu verwechseln.« [...] Konservative Auffassung kann grundsätzlich nur zu scharfer Ablehnung des Verfassungsentwurfes kommen, weil dieses Werk weder selbst dem deutschen Wesen gerecht wird, noch der Forderung dienen kann, Deutschland deutsch zu erhalten. Es überträgt auf das Deutsche Reich die dem deutschen Volke fremden und feindlichen Gedanken westlicher parlamentarischer Demokratie und entspricht deutscher Eigenart höchstens in einer unerfreulichen Eigenschaft, nämlich in der verbohrtten Folgerichtigkeit, die fremde Gedanken noch ins Ungemessene zu übertreiben nur zu sehr geneigt ist.

»Das deutsche Volk [...] hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben.« So leitet der Entwurf sich selbst ein. Der Satz ist unwahr und widerspricht den deutschen Grundauffassungen. [...] Die Nationalversammlung schöpft ihre Befugnis lediglich aus dem Wahlgesetz, das die Volksbeauftragten einseitig erlassen haben; sie stützt sich also nicht auf einen durch Gesetz und Recht zur Geltung gekommenen Volkswillen, sondern auf Gewalt und Rechtsbruch, begangen nicht einmal von der gesamten Arbeiterklasse, sondern nur von kleinen Gruppen revolutionärer Matrosen, Arbeiter und Soldaten. Freilich ist sie dann aus einer sehr allgemeinen Wahl und aus dem Willen der durch das Verhältniswahlsystem zur Geltung gekommenen Wählergruppen in ihrer jetzigen Zusammensetzung hervorgegangen. Das aber ist eben jener Grundirrtum der westlichen parlamentarischen Demokratien, fremd der deutschen Gedankenwelt und eine feindselige Macht in der deutschen Geschichte, daß das Volk mit solchen Wählermehrheiten identisch sei oder auch nur ausschließlich durch sie vertreten werde. Das Volk ist mehr als die Summe seiner einzelnen Individuen. »Man wird sich darüber klar zu werden haben«, sagt Lagarde, »daß ein Volk nicht aus Urwählern besteht. Es tut dies so wenig, wie ein Bild Raphaels aus Leinwand und Farbmolekülen zusammengesetzt ist. [...] Das Volk spricht gar nicht, wenn die einzelnen Individuen sprechen, aus denen das Volk besteht. Das Volk spricht nur dann, wenn die Volkheit in den Individuen zu Worte kommt: das heißt, wenn das Bewußtsein der allen einzelnen gemeinsamen Grund- und Stammnatur wach und sich über ihr Verhältnis zu großen Tatsachen der Geschichte klar wird.« Auch diese Zitate entnehme ich dem Mannschen Buche.¹⁶ Das preußische Volk sprach, als es nach 1807 zu seinem König hielt, und das deutsche Volk, als es 1866 und 1871 dem König von Preußen die Kaiserwürde erkämpfte, und als es im August 1914 auszog, sie zu verteidigen. Der Wille des Volkes, d. h. jener einheitlichen Persönlichkeit, die nicht nur das einzelne ihr angehörige Individuum, sondern jede Generation seiner Angehörigen an Bedeutung und an Lebensdauer unendlich weit über-

¹⁴ Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1918 (Erstausgabe).

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 105 vom 9. 3. 1919, IP. Das Anfangszitat stammt aus dem Buch Thomas Manns.

¹⁶ Thomas Mann (wie Anm. 14), S. 261.

ragt, kommt nicht zur Geltung in der Wahlagitation, bei der nur die Gedanken und die Interessen des Tages gewürdigt und verfolgt werden, sondern in denjenigen Ereignissen, in denen die dauernden Beziehungen, die Ewigkeitswerte des Volksganzen, ihre Auswirkung finden. So hat sich das deutsche Volk in einer Jahrhunderte langen Geschichte in dem bundesstaatlich, konstitutionell-monarchischen Regiment der Hohenzollern seine Volksregierung geschaffen. ›In betreff einzelner Gesetze und einzelner Verwaltungsmaßregeln‹ – so fährt Lagarde fort – ›bleibt das Volk völlig stumm, wenn man es auch Mann für Mann um seine Meinung angeht, und von Mann für Mann Antwort erhält. Das Volk denkt als Ganzes nur über das Ganze.‹ [...] Ich meine, daran ändert sich auch nichts, wenn nicht nur Mann für Mann, sondern auch Frau für Frau und Zwanzigjähriger für Zwanzigjähriger seine Stimme abgibt. Jetzt hat der Fiebertaumel der Revolution und der Niederlage die Wählermassen beherrscht, auf deren Tagesbeschluß gestützt die Nationalversammlung sich die Souveränität zugeschrieben hat, Ersatz für das zerstörte geschichtliche Werk des deutschen Volkes zu schaffen.«

Zur endgültigen Feststellung, daß dem Werk der Nationalversammlung der Boden des Rechtes fehle, gab mir etwa ein Jahr später der Schluß ihrer Tätigkeit Anlaß.¹⁷

»Der Monarchist, derjenige, dessen politische und geschichtliche Grundanschauung an der Unantastbarkeit des geschichtlich gewordenen Rechts festhält und der eine gedeihliche Entwicklung nur von dem schrittweisen Ausbau der geschichtlich begründeten Verhältnisse erwartet, kann die republikanische Verfassung, die diese Nationalversammlung geschaffen hat, grundsätzlich nicht als den unwiderruflichen, staatsrechtlich und moralisch festgegründeten Unterbau anerkennen, dessen jede Staatsgewalt bedarf, um lebensfähig zu sein. Er wird die Tatsache nicht vergessen können, daß die deutsche Republik mit ihrer Verfassung nicht auf dem Boden des Rechtes, sondern auf demjenigen der revolutionären Gewalt errichtet ist, daß dieser ›Boden der Tatsachen‹ ein schwankender ist, daß das letzte Ziel die Wiederherstellung einer Staatsform sein muß, die den rechtlichen und geschichtlichen Zusammenhang mit der Vergangenheit wieder aufnimmt. Den Maßstab dieser Erkenntnis wird er an alles politische Geschehen im neuen Deutschland anlegen; schon von ihr aus ergibt sich die Richtigkeit der Auffassung, daß dem System der Regierung, der herrschenden Mehrheit in der verfassungsgebenden Nationalversammlung von vornherein der Boden unter den Füßen und der feste Halt fehlen mußte.«

Mit solchen Ausführungen schwamm ich gegen den Strom. Nicht nur die Sozialdemokratie betonte mit Nachdruck das »Recht auf Revolution«.¹⁸ Die verfassungsrechtliche Wissenschaft und Rechtsprechung haben sich in den folgenden Jahren mit allem Eifer um den Nachweis bemüht, daß die von der November-Revolution geschaffene Staatsform und Verfassung bindendes Recht geworden sei. Einen guten Überblick über die bis 1924 aufgestellten Theorien gibt v. Freytagh-Loringhoven.¹⁹ Ich stimme ihm darin zu, daß sie unhaltbar sind. Von welfischer Seite wurde mir gelegentlich entgegengehalten, wenn die November-Revolution nicht als Quelle bindenden Rechtes anzuerkennen sei, so treffe dasselbe für den Krieg von 1866 zu. In der Tat würde es den Erfahrungen der Geschichte nicht entsprechen, wollte man in Abrede stellen, daß Kampf und Gewalt, gleichviel ob sie dem folgenden Recht entsprachen oder nicht, vielfach das Staatsrecht mit dauernder Wirkung umgestaltet oder auch neu geschaffen haben, zumal wenn Verjährung hinzugetreten ist. Die Macht ist, wenn nicht die einzige, so doch eine entscheidende Quelle von Gesetz und Recht. Die rechtbildende Wirkung kann ich der Gewalt aber nur dann zusprechen, wenn sie wie in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870 aus der geschichtlichen Lebensnotwendigkeit der Nation heraus, in offenem ehrlichem Kampf, mit sauberen Mitteln den Siegen errungen hat. Das Verbre-

¹⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920, IP.

¹⁸ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 20. 2. 1919 (Landsberg), S. 227.

¹⁹ Axel Frhr. v. Freytagh-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, München 1924, S. 14 ff.

chen der Novemberrevolution, das dem inneren Wesen des deutschen Volkes widersprach und dem äußeren Feind ermöglichte, dem Kaiserreich den Todesstoß zu versetzen, konnte und durfte ich als Quelle neuen Rechts ebenso wenig anerkennen wie das aus brutalem Vernichtungswillen mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung erfochtene Versailler Diktat. Das hat sich in den fast zwei Jahrzehnten, die seitdem verflossen sind, voll bestätigt. Auf Rechtlosigkeit aufgebaut hat die demokratische Republik sich der nationalsozialistischen neuen Revolution nicht mit dem Anspruch, Rechtsstaat zu sein, erwehren können.

Hätte die deutschnationale Fraktion in Weimar ebenso wie ich der durch die Revolution zum Souverän gewordenen Nationalversammlung das Recht abgesprochen, überhaupt eine bindende Verfassung zu erlassen, so wäre sie nicht verhandlungsfähig gewesen und hätte sich jede Möglichkeit positiver Einflußnahme auf die Verfassungsverhandlungen begeben. Ich weiß nicht, ob sie solche Erwägungen angestellt hat. Jedenfalls hat sie sich meine Verwahrung gegen das Gesetzgebungsrecht der Nationalversammlung nicht zu eigen gemacht. Dagegen hat auch sie den Verfassungsentwurf bekämpft und bei der Schlußabstimmung abgelehnt, weil er den Übergang vom Kaiserreich zur Republik vorstellt.

Was wohl allen Revolutionären gemeinsam ist und was wir seit 1933 zum zweiten Male erlebt haben, beherrschte auch die öffentliche Diskussion jener Zeit. Alle Revolutionäre schmähen die von ihnen beseitigten Zustände. Nach dem November 1918 wurde zwar nicht mit dem gleichen Zwange wie heute jede gegenteilige Meinung zum Schweigen gebracht, der Haß, die Verächtlichmachung, auch die Verleumdung der früheren Zustände und ihrer Träger wurde von der Regierung, den Regierungsparteien, ihrer Presse, ihren Rednern in Parlament und Volksversammlungen jedoch mit unerhörtem Eifer betrieben. Das gehört nun einmal zu einer Massenagitation, mit der eine Revolution den Sieg zu erringen und zu behaupten sucht. Die deutschnationale Fraktion war in besonderem Maß verpflichtet und berufen, sich gegen dieses Treiben zu wenden, zumal da ihre Redner Graf Posadowsky und v. Delbrück zu den hervorragenden Staatsmännern und technisch tüchtigsten Ministern des Kaiserreichs gehört hatten. Graf Posadowskys Ausführungen zur Regierungserklärung²⁰ sind auch heute noch geeignet, ein Bild der maßgebenden Gesichtspunkte für die Beurteilung des Kaiserreiches zu geben, zumal da die Phrasen, mit denen es geschmäht wurde, ihre Wirkung noch nicht verloren haben. Er führte das Gerede über den alten »Obrigkeitsstaat«, der nun beseitigt sei, auf ein Nichts zurück, widerlegte die Behauptung, daß Deutschland sich von einer »Gewaltherrschaft« habe befreien müssen, und wiederholte die schon im alten Reichstag an Ebert gerichtete Bitte, ihm ein Privatissimum darüber zu geben, was eigentlich unter »Junkerherrschaft« zu verstehen sei. Das Schlagwort: »Freie Bahn allen Tüchtigen« sei eine Wiederholung der in der französischen Nationalversammlung von 1789 ausgegebenen Parole »libre carrière à tous les talents«. Der berechtigte Kern dieser Forderung sei der Grundsatz jedes anständigen Staatswesens und im kaiserlichen Deutschland und in Preußens Verwaltung sehr viel vollkommener durchgeführt worden als in Frankreich, wo man nur unter der Protektion eines Deputierten hatte etwas werden können. Ausführlich und zutreffend setzte er sich mit den Gründen des Zusammenbruchs des alten Staates auseinander. Schließlich fügte er hinzu, unter Prinz Max von Baden sei die parlamentarische Regierung in vollem Um-

²⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 79 ff.

fange eingeführt worden. Aber merkwürdigerweise hätte sie den fortgeschrittenen Politikern nicht mehr genügt, und man sei gar nicht um ihretwillen in die Revolution eingetreten, sondern weil man statt einer Volksregierung, an der alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft beteiligt waren, eine rein sozialistische Regierung der Handarbeiter mit stark kommunistischem Einschlag ins Leben rufen wollte. Den Mißständen, die sich nunmehr ergeben hatten, setzte er das monarchische Bekenntnis der Partei entgegen.

Bei der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes rügte v. Delbrück²¹, daß man die Verfassung nicht in Anknüpfung an das historisch Gewordene ausgestalten, sondern lediglich auf abstrakte Gedankengänge aufbauen wolle. Auch er wandte sich gegen die fortgesetzten Bemühungen, das alte System schlecht zu machen.

»Ein besonders selbstbewußter Staatsmann hat sogar behauptet, es sei unsere erste Aufgabe, alles zu beseitigen, was an die Bismarcksche Zeit erinnere, und die Fehler zu verbessern, die Bismarck seinerzeit gemacht habe.«

Diese Auffassung sei nicht nur von seinen Freunden bekämpft worden, deren Meinung es sei,

»daß die demokratische Monarchie, wie sie im Verfolg der Ereignisse des vorigen September und Oktober und der damit zusammenhängenden Verfassungsänderungen bei uns entstanden war, völlig ausreichend gewesen wäre, um auch weitgehende Wünsche der äußersten Linken zu verwirklichen, und das ohne die Opfer an Glück und Blut und Leben, ohne die Verluste an wirtschaftlichen Gütern, die uns die Revolution gebracht hat. Dem würde auch die Person des Kaisers nicht im Wege gestanden haben, wie ich mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Reichsministers Landsberg bemerken möchte. Niemand sah die Verhältnisse klarer als der Kaiser. (Zwischenrufe: Na! Na!) – Das muß ich doch wissen. Der Kaiser sah die Verhältnisse klar, er war fest entschlossen, alle Konsequenzen aus den Ereignissen zu ziehen. Er war der Meinung, daß es seine Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß dem deutschen Volk Enttäuschungen erspart würden, wie es sie nach den Freiheitskriegen und nach 1848 erlebt hat, und bei dem hohen Pflichtgefühl, das den Kaiser beseelte, ist nicht daran zu zweifeln, daß er das, was er als seine Pflicht erkannt hatte, auch durchgeführt hätte.«

Der Verfassungsentwurf biete nach Fortfall all der Stützen der Einheit des Reiches, die Bismarck eingebaut hatte, nicht eine hinreichende Gewähr für ein Zusammenhalten des Reiches.

Während er bei der ersten Lesung sich über die endgültige Stellungnahme der Fraktion noch sehr, meiner Ansicht nach zu vorsichtig äußerte, erklärte v. Delbrück bei der zweiten Beratung ausdrücklich die Ablehnung der Fraktion. Er ging von dem Wortlaut des Artikels 1 aus.²²

»Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

Für die Republikaner möge in diesen beiden Sätzen vielleicht etwas Selbstverständliches und Erwünschtes ausgesprochen sein.

»Für uns bedeutet sie etwas anderes, für uns bedeuten sie den Abschied von einer großen Vergangenheit, den Abschied von Einrichtungen, die Deutschland auf ein hohes Maß von Macht, Kultur und Ansehen geführt haben.«

Es bedeute nicht mehr und nicht weniger als den Abschied von der Verfassung und dem Reiche Bismarcks,

²¹ Ebd. vom 28. 2. 1919, S. 383.

²² Ebd., Bd. 327 vom 2. 7. 1919, S. 1215 f.

»von dem der Herr Abgeordnete Cohn mit Unrecht behauptet hat, daß es eine zufällige Erscheinung, eine zufällige Staatenbildung gewesen wäre. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Verirrung!) Das Deutsche Reich Bismarcks ist weder eine Verirrung, noch eine Zufälligkeit gewesen, sondern es ist ein Glied in der Kette der schwierigen Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands gewesen und ein Glied von einer Bedeutung und von einer Leistungsfähigkeit, die die Geschichte stets in vollem Maße anerkannt hat und anerkennen wird.«

Zur Ablehnung zwingt ihn und seine Freunde die Rücksicht auf ihre monarchischen Grundsätze. Erst an zweiter Stelle, allerdings ausführlicher, machte er als Grund der deutschnationalen Ablehnung geltend, daß der Entwurf in seinen Einzelheiten den Ansprüchen nicht genüge, die, selbst wenn man die Republik als eine gegebene Tatsache hinnehme, an ein leistungsfähiges Staatswesen zu stellen seien. Mir war es darum zu tun, das Bekenntnis zur Monarchie in den Vordergrund der Ablehnungsgründe der Fraktion zu rücken.²³

»Durchaus berechtigt war die Gesamtkritik des Abgeordneten Staatsministers v. Delbrück, daß man dem Werke der Verfassung die Leiden anmerkt, die das deutsche Volk während seiner Entstehung getragen hat, und daß sie nicht der Ausdruck für den Willen eines freien, seiner Kraft bewußten, sondern die Arbeit eines zerschlagenen Volkes ist. [...] Das Verständnis dafür, daß die deutschnationalen Abgeordneten unter diesen Abschied von der konstitutionellen Monarchie und dem Übergang zum parlamentarisch regierten Volksstaat, wie Herr v. Delbrück sagt, nicht ihr Siegel drücken wollen, weil sie noch heute grundsätzlich Anhänger der Monarchie sind²⁴, wächst im deutschen Volke von Tag zu Tag und wird neue Nahrung finden, je mehr zutage treten wird, daß doch auch dieser Verzicht auf das hohe Gut der monarchischen Staatsform dem deutschen Volke durch die Macht und die trügerischen Lockungen seiner äußeren Feinde abgerungen ist. [...] Wahrlich, in dieser Verfassung ist nichts von dem stolzen Selbstgefühl unserer Weimarer Größen und nichts von dem harten Wirklichkeitssinn Preußens.«

In der dritten Lesung hat die deutschnationale Fraktion die Weimarer Verfassung als Ganzes abgelehnt und ihr Redner, der Abgeordnete Düringer, der aus dem nationalliberalen Lager gekommen war, stellte einer Kritik der Einzelheiten nochmals die grundsätzlichen Erwägungen voran, die das Verfassungswerk vom konservativ monarchischen Standpunkt unannehmbar erscheinen ließen. Haußmann²⁵ hatte gemahnt, die Deutschnationalen möchten sich nicht in einen Gegensatz gegen die Entwicklung setzten, die sich vollzogen habe und weiter vollziehen werde. Dr. Düringer erklärte²⁶, dieser »warme Appell« könne den Entschluß der Ablehnung nicht ändern, um so weniger, als die Partei, der Haußmann angehöre, die Verfassung von 1871 abgelehnt habe, weil sie ihr nicht demokratisch genug gewesen sei.

»Wir werden die vorliegende Verfassung ablehnen, weil sie uns nicht konservativ genug ist. Die Verfassung ist eine republikanische; wir sind überzeugte Monarchisten, nicht in dem Sinne, daß wir die Monarchie unter allen Umständen für die einzig richtige Regierungsform halten würden, wohl aber in dem Sinne, daß wir glauben, daß sie für das deutsche Volk die geeignetste Staatsform ist. Die Deutschen mit ihrem ausgeprägten Individualismus, mit ihrem unüberwindlichen Trieb sich zu zersplittern und zu zerspalten, mit ihrem vielfach beklagten Mangel an Staats- und Nationalitätsgefühl, mit ihren großen konfessionellen Unterschieden bedürfen eines einigenden Staatsoberhauptes, das nicht von der Parteien Gunst und Haß bestimmt wird, sondern über den Parteien stehend, mit starker Hand die Auseinanderstrebenden zusammenhält. Auch der dem deut-

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 309 vom 6. 7. 1919, IP.

²⁴ Hierzu schrieb Westarp im Manuskript, er habe die »nicht verständlichen Worte« Delbrücks »heute noch« durch »noch heute« ersetzt.

²⁵ Conrad Haußmann, siehe seine Rede: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 29. 7. 1919, S. 2081 ff.

²⁶ Ebd. vom 30. 7. 1919, S. 2088 ff.

sehen Volke eigentümliche Zug persönlicher Treue und Hingabe, sicherlich keiner der schlechtesten des deutschen Volkscharakters, macht ihm die monarchische Staatsform sympathischer. [...] Andererseits ist die Monarchie keineswegs unvereinbar mit demokratischer Regierungsweise, wie das Vorbild Englands ergibt. Daß eine gesunde Sozialpolitik von der Staatsform unabhängig ist, haben die Führer der Sozialdemokratie wiederholt selbst betont. In keinem Staate der Welt ist die soziale Versicherung in dem Maße durchgeführt worden wie in dem Deutschen Kaiserreich.«

Den grundsätzlichen Widerstand, mit dem die Fraktion durch ihre Abstimmung und deren Begründung der gesetzlichen Einführung der republikanischen Staatsform entgegengetreten ist, hat sie in ihrem sonstigen Verhalten nicht in dem Maße den Vorrang vor der Aufgabe positiver Mitarbeit gegeben, wie ich es wünschte und damals als parlamentarischer Außenseiter ohne taktische Nachteile tun konnte. Sie stimmte sogar für das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, freilich mit einer durch v. Delbrück abgegebenen Erklärung, in der sie den grundsätzlichen Vorbehalt scharf betonte.²⁷

»Wir glauben [...], daß das Ansehen der neu zu bildenden Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelänge, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. Wir sind daher bereit, unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen schweren Bedenken auch für die Vorlage zu stimmen, wenn ihr provisorischer Charakter in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt wird, so daß ihre Annahme mit unseren Stimmen unsere Stellungnahme bei der Beratung des endgültigen Entwurfs der Reichsverfassung nach keiner Richtung hin vorgreift.«

Als die Fraktion sich bei der Wahl des Reichspräsidenten durch Abgabe von Stimmzetteln für Graf Posadowsky beteiligte, ließ sie in der Weimarer Zeitung vom 13. Februar erklären²⁸, sie habe es vermeiden wollen, neutral zu bleiben, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die große Mehrheit des Volkes einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten wünsche.

Mir ging, wie ich Schiele brieflich mitteilte, dieses Entgegenkommen zu weit.²⁹ Öffentliche Kritik unterließ ich, weil ich die näheren Umstände nicht kannte, besonders aber weil die Gegner sofort nachstießen, wenn sie eine Uneinigkeit in der nationalen Opposition bemerkten.

Auch in den Verhandlungen über die endgültige Weimarer Verfassung hat die Fraktion aus ihrer grundsätzlichen Ablehnung nicht die letzten praktischen und taktischen Folgerungen gezogen. Zwar war es in dem parlamentarischen Leben üblich und oft unvermeidlich, bei einem Gesetz, das man im ganzen ablehnte, an der Verbesserung von Einzelheiten mitzuarbeiten, und das haben namentlich v. Delbrück und Düringer im Ausschuß mit allgemein anerkanntem Eifer und Sachverständnis und in manchen Einzelheiten mit Erfolg getan. Darüber hinaus aber hat die Fraktion sich, um die Verabschiedung zu ermöglichen, eine Zurückhaltung auferlegt, die v. Delbrück schon im Ausschuß nötigte zu erklären³⁰, aus ihrer Nichtbeteiligung an der Debatte dürfe nicht der Schluß gezogen werden, daß sie ihre grundsätzliche monarchische Überzeugung aufgeben habe. Ebenso erklärte er bei Beginn der zweiten Lesung ausdrücklich, die Fraktion sei bereit, die Regierung und die Mehrheitsparteien in dem Bestreben baldiger Verabschiedung der Verfassung zu unterstützen.³¹ Entsprechend seinen Erklärun-

²⁷ Ebd., Bd. 326 vom 10. 2. 1919, S. 21.

²⁸ Nach Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, IP.

²⁹ Brief vom 13. 2. 1919.

³⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagenband 336 vom 4. 4. 1919, S. 239.

³¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 2. 7. 1919, S. 1215.

gen hat sich die Fraktion bei ihren Reden und Anträgen im Ausschuß und Plenum eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne die das große und grundlegende Gesetzgebungswerk im Sommer 1919 nicht hätte verabschiedet werden können.

Bei seiner Behandlung des Unitarismus und der Problematik Reich-Preußen geht Westarp von der Denkschrift aus, mit der Hugo Preuß seinen Verfassungsentwurf vorbereitet hatte.³² Er stimmt ihm darin zu, daß die Hegemonie Preußens von mindestens ebenso großer Bedeutung gewesen sei wie die Selbständigkeit der Einzelstaaten, wendet sich jedoch sowohl gegen die Darstellung der Folgen dieses Sachverhalts als auch gegen die Kritik an den Einzelstaaten, auch an Preußen (»Zufallsbildung rein dynastischer Hauspolitik«), wie Preuß sie in folgendem Zitat übt:³³

»Weder wirtschaftlich noch kulturell noch nach Stammeszusammenhängen bildet der preußische Staat ein organisches Ganzes; die in allen diesen Beziehungen verschiedenartigsten Territorialstücke Deutschlands sind durch eine kräftige und erfolgreiche Expansionspolitik der Dynastie, ihres Heeres und ihres Beamtentums zu einem Notbau als Surrogat des fehlenden deutschen Staates zusammengezwungen worden. Das politische Verdienst und die geschichtliche Bedeutung dieser jahrhundertelangen Arbeit soll heute nach dem Zusammenbruche gewiß nicht verkleinert und unterschätzt werden. Aber es war und blieb doch eben ein Notbau, der in jeder Hinsicht unvollkommene deutsche Staat, die unvollendete und auf diesem Wege nicht vollendbare Einigung des deutschen Volkes.«

Diese Betrachtungen des Herrn Preuß sind noch heute von besonderem historischen Interesse, nicht weil sie in irgend einem Punkte der historischen Wahrheit gerecht werden, sondern weil sie den Geisteszustand der damals herrschenden Demokratie zeigen und weil sie auf Jahrzehnte hinaus die Erörterung über den Unitarismus beherrscht haben und noch heute (1937) nachwirken. Aus ihnen zieht Preuß die Schlußfolgerung:

»Der neue Bau des Deutschen Reichs muß also ganz bewußt auf den Boden gestellt werden, den Bismarck bei seiner Reichsgründung ganz bewußt nicht betreten hat.«

Das neue Reich könne selbstverständlich kein Bund der deutschen Fürsten sein, aber auch nicht aus einem Bunde der bisherigen Einzelstaaten in ihrer neuen Gestalt als Freistaaten hervorgehen. Als zusammenhaltendes Band des Staatswesens müsse an die Stelle der Untertänigkeit unter eine Dynastie das nationale Selbstbewußtsein eines sich selbst organisierenden Staatswillens treten. Gleichwohl entschließt auch Preuß sich in seinem Entwurf nicht zur völligen Beseitigung der Einzelstaaten, dagegen sollen sie neu gegliedert werden. Dabei begnügt er sich nicht mit der Beseitigung kleinster Einzelstaaten und praktisch unmöglicher Zersplitterung wie in Thüringen. Das Kernproblem der künftigen inneren Gestaltung Deutschlands ist ihm die Frage nach dem Fortbestand eines preußischen Einheitsstaates, der für die deutsche Einheit gefährlicher als aller Partikularismus sei.

Ein Einzelstaat, der vier Siebtel des gesamten Reiches umfaßt, sei aber nur als Hegemoniestaat möglich.³⁴

»Das Verschwinden der preußischen Hegemonie in Deutschland, das ohne Verschwinden des preußischen Einheitsstaates unmöglich ist, wird die so schwer belastete internationale Stellung Deutschlands in günstiger Weise entlasten; es wird vor allem die partikularistischen Spannungen

³² Abgedruckt in: Hugo Preuß: Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren Deutscher Politik und Geschichte, Tübingen 1926, S. 368–394.

³³ Ebd., S. 375 f., das folgende Zitat S. 370.

³⁴ Ebd., S. 376, auch für das folgende Zitat.

innerhalb Deutschlands entkräften, deren unerschöpfliche Quelle der hegemoniale Partikularismus Preußens war.«

So gelangt Preuß zu dem Vorschlage, Preußen aufzuteilen:

»Für die einzelnen, nach Stammesart, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängenden Landschaften Preußens ist die unmittelbare Unterstellung unter das Reich in jeder Beziehung förderlicher und besser als ihre Mediatisierung durch den dazwischengeschobenen preußischen Einheitsstaat; nur durch dessen Ausschaltung erhalten sie die ihnen gebührende Gleichstellung mit den süddeutschen Gliedstaaten; nur durch die Auflösung Preußens können sich mittel- und norddeutsche Kleinstaaten zu lebensfähigen Gemeinwesen zusammenschließen. Die Ausgleichung zwischen Ost und West, zwischen überwiegend agrarischen und industriellen Gebieten, die bisher die unvollkommene preußische Einheit bot, muß künftig die vollkommene deutsche Einheit bieten.«

Es erschienen damals Karten, in denen das Reichsgebiet ganz neu, ohne Rücksicht auf die historisch gewordenen Grenzen, nach am Schreibtisch ausgeklügelten Rücksichten auf Stammeszugehörigkeit, wirtschaftliche Bedürfnisse, Verkehrsverhältnisse, politische und konfessionelle Gesichtspunkte in Gliedstaaten oder Provinzen aufgeteilt war.

Preuß verwendet mit Vorliebe Worte wie »selbstverständlich« und »unzweifelhaft«. Für mich war scharfe Ablehnung seiner Gedankengänge selbstverständlich, in denen demokratischer Dogmatismus den geschichtlich gewordenen Tatsachen und machtbegieriger demokratischer Haß gegen die preußische Monarchie den staatspolitischen Notwendigkeiten ins Gesicht schlug. Der Kampf gegen den von ihm eingeleiteten Unitarismus wurde zu einer der mich unausgesetzt beschäftigenden Aufgaben. Den ersten Anlaß zu einem Hinweis auf die Bedeutung der Tatsache, daß Bismarcks Bundesstaat über Bord geworfen sei, bot mir die Nationalversammlung mit ihren im Anschluß an den Zusammentritt gefaßten Beschlüssen.³⁵

»In Zukunft bedürfen nach § 4 der vorläufigen Verfassung Reichsgesetze im allgemeinen zwar der Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsausschusse, in deren Ermangelung der Reichspräsident eine Volksabstimmung herbeiführen kann. Die künftige Reichsverfassung selbst aber wird einseitig von der Nationalversammlung verabschiedet. Für die Begründung des neuen deutschen Freistaates bleibt sie also alleinige Trägerin der gesamten Reichsgewalt.«

Für Westarp reichte die Bestimmung des § 4 Absatz 1 Satz 2, »wonach der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden« durfte, als Vorbehalt zugunsten der fortbestehenden Selbständigkeit der Bundesstaaten nicht aus, weil er nicht vertraglich festgelegt war, sondern als Gesetzesvorschrift beim Erlaß der Verfassung von der Nationalversammlung abgeändert werden konnte. Für den bevorstehenden Neuaufbau des Reiches durch Erlaß seiner Verfassung sei die Souveränität der Nationalversammlung unbeschränkt begründet, die der Bundesstaaten dagegen außer Wirkung gesetzt.

Bald trat der Kampf um die praktische Neugestaltung, die der von Preuß eingeleitete Unitarismus erfuhr, in den Vordergrund. Zwar hatte Preuß schon in seinem ersten Entwurf (20. Januar 1919)³⁶, von dem er später selbst sagte, er sei bereits ein Kompromiß gewesen, nicht alle Blütenträume seiner Denkschrift zur Reife gebracht. Trotzdem wurden seine unitarischen Absichten bereits in den Verhandlungen mit Mitgliedern der preußischen Staatsregierung (24. Januar) und Vertretern aller deutschen Re-

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, IP.

³⁶ Wie Anm. 32.

gierungen (25. Januar) noch weiter zurückgedrängt.³⁷ Was sich noch oft wiederholt hat, konnte man damals zum ersten Mal beobachten: Sozialdemokraten und Demokraten, die als solche überzeugte Unitarier waren, wurden praktisch zu entschlossenen Partikularisten, wenn sie in einem Einzelstaat zu führender Stellung gelangt waren. [...] So erfuhr insbesondere der Bundesrat anstelle des Staatenhauses, das aus den Wahlen der Landesparlamente hervorgegangen als eine zweite Kammer gedacht war, eine Art Auferstehung, allerdings in sehr verwandelter und eingeschränkter Form als Reichsrat.³⁸ Ferner war (Art. 15) für die Loslösung einzelner Landesteile von dem bisherigen Staatsverbände und für die Neubildung von Freistaaten eine »Vereinbarung der Nächstbeteiligten« eingeschaltet, während der erste Entwurf dafür nur eine Volksabstimmung vorgesehen hatte.

Was an Unitarismus übrig blieb, gab ausreichenden Anlaß zu scharfem Widerstande. Dabei zeigte sich alsbald, daß ich mit meinem unbedingten Festhalten am alten bundesstaatlichen System einen wesentlichen Teil der DNVP nicht hinter mir hatte. Der führende Vertreter der deutschnationalen Fraktion war v. Delbrück, der von jeher von seinen ministeriellen Erfahrungen aus und als Träger der Politik v. Bethmanns mehr als wir geneigt gewesen war, die Selbständigkeit der Bundesstaaten zugunsten größerer Zentralisierung der Reichsgewalt einzuschränken. Auch die aus den freikonservativen, christlich-sozialen und liberalen Lagern stammenden Deutschnationalen glaubten der Begeisterung für das Ziel der Reichseinheit nur durch den Ruf nach Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Einzelstaaten und auch Preußens Ausdruck geben zu können. Die Schwerfälligkeit der Reichsverwaltung während des Krieges hatte zu Unrecht solche Stimmungen gesteigert.³⁹ In der Rede v. Delbrücks zur ersten Lesung des Verfassungsentwurfes⁴⁰ vermifste ich die Kritik an dem Unitarismus der Vorlage. Der deutschnationale Fraktionsredner griff im Gegenteil Preuß wegen der Zugeständnisse an, die er in föderalistischer Richtung hatte machen müssen. Er zerpflückte den Reichsrat weniger, weil er den Einzelregierungen nicht genug, als weil er ihnen zuviel Gelegenheit zum Eingreifen bot, und empfahl, ihn unter Hinzuziehung berufsständischer Vertreter aus einem Organ der Regierungen in eine zweite Kammer zu verwandeln. [...]

Die Kritik richtete sich – wie die Folge zeigte, mit vollem Recht – gegen die Halbheit der unitarischen Ausnahmen und dagegen, daß man zwar die festen Klammern der Reichseinheit niederriß, die in dem bundesstaatlichen Aufbau Bismarcks enthalten waren, aber dem minder wertvollen Partikularismus Zugeständnisse machte. Hatte die Kritik allein diesen Sinn, dann konnte ich damit einverstanden sein. Aber mit Sorge erfüllte mich der Eindruck, in dem ich durch manche Besprechung im geschlossenen Parteikreise bestärkt wurde, daß v. Delbrück und ein großer Teil der DNVP, vielleicht auch Hergt, den nur halb zurückgelegten Weg von Bismarcks Bundesstaat zum demokratischen Einheitsstaat nicht wie ich zurückgehen und verlassen wollten, sondern mehr geneigt waren, ihn bis zum bitteren Ende weiterzuverfolgen.

Mit den Ausführungen v. Delbrücks, durch die er in unitaristischer Richtung vorwärts drängte, schwer vereinbar war nun aber der Teil seiner Rede, an dem er die von

³⁷ WIPPERMANN: Die deutsche Reichsverfassung vom 11. 8. 1919, S. 36 und 37.

³⁸ Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: HZ 258 (1994), S. 73–112.

³⁹ WESTARP I, S. 358 f., 384 ff., WESTARP II, S. 410.

⁴⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 28. 2. 1919, S. 383 ff.

Preuß an Bismarcks Bundesstaat geübte Kritik widerlegte und dem ich gerade deshalb um so rückhaltloser zustimmen konnte. Er wies auf die historisch gegebenen Voraussetzungen hin, von denen Bismarck ausgehen mußte, um die große Umwälzung herbeizuführen, die sein Werk bedeute. Dabei habe er es verstanden, die divergierenden Kräfte, die er zu überwinden hatte, in einer Richtung zusammenzufassen.⁴¹ Auf der anderen Seite sei der Reichstag mit seinem demokratischen Wahlrechte und seinen weitgehenden gesetzgeberischen Befugnissen geeignet gewesen, die breiten Massen und ganz besonders die Massen der Arbeiterschaft an das neue Reich zu knüpfen. In dieser Zusammenfassung der Fürsten und des Volkes in der Richtung auf die Reichseinheit lag eine der starken Grundlagen des Reiches.

»Aber den eigentlichen Zusammenhalt erhielt das Reich doch durch die Vormachtstellung Preußens. Ein großer Staat, der etwa zwei Drittel der Fläche und zwei Drittel der Bevölkerung des Reichs umfaßt, der über eine starke Hausmacht verfügt, der sich von der äußersten Ostgrenze bis zur äußersten Südwestgrenze des Reichs erstreckt, ein solcher Staat ist, solange er selbst besteht, eine feste Klammer, die das Reich für alle Zeiten zusammenzuhalten in der Lage ist und in der Lage war.«

Nicht im Interesse der preußischen Dynastie, sondern in erster Linie im Interesse des Reichs, seines Zusammenhanges und der Stärkung der Reichsgewalt lagen die Vorrechte Preußens, an die v. Delbrück im einzelnen erinnert.

»Das alles wirkte nicht nur im Sinne einer Stärkung der Vormachtstellung Preußens, sondern es war gleichzeitig eine Bremse für den preußischen Partikularismus; denn diese nahen Beziehungen des preußischen Staatsministeriums zur Reichsleitung und zur Verwaltung des Reichs mußten naturgemäß ausgleichend wirken auf übertriebene partikularistische Tendenzen der preußischen Regierung. So finden Sie auch hier wieder mit einem wunderbaren Geschick von Bismarcks Seite die verschiedensten, eigentlich auf das Gegeneinanderwirken gestimmten und gerichteten Elemente in der einen Richtung, nämlich der Sicherheit des Reichs, der Stärkung der Reichsgewalt, der Stärkung des Reichsgedankens zusammengefaßt. Alle diese Klammern, die die alte Reichsverfassung in dem Bau des Reichs eingefügt hatte, sind jetzt mit einem Schläge herausgerissen.«

Auch die den Einzelstaaten von Preuß abgesprochene Daseinsberechtigung verteidigte Düringer in der zweiten Lesung.⁴² Preuß weise

»mit Recht darauf hin, daß die Territorien der Einzelstaaten vielfach willkürlich auf der Grundlage dynastischer Interessen durch Krieg, durch Erbgang, durch Familienvertrag, teilweise auch von Napoleons Gnaden ihre jetzige Gestalt gewonnen haben; er ignoriert aber vollkommen, was in diesen so gestalteten Staatengebilden in jahrhundertelanger und jahrzehntelanger treuer Zusammenarbeit geleistet und geschaffen worden ist [...]. Wenn die Einzelstaaten sich jetzt in dieser Zeit der revolutionären Gärung und des Chaos zunächst auf sich selbst besonnen haben, wenn sie jetzt, nachdem für das Reich die größten Opfer gebracht sind, das Reich aber doch in seiner bisherigen Form und Verfassung nicht aufrechterhalten werden kann, zunächst an sich selbst denken, so ist die Ursache nicht ein reichsfeindlicher Partikularismus, nicht der alte unheilvolle Gegensatz zwischen Nord und Süd, nicht mangelndes deutschnationales Empfinden, sondern es ist die Notwendigkeit, beim Mangel oder beim Versagen einer starken Zentralgewalt wenigstens im eigenen Hause Ordnung zu schaffen und sich zu behaupten.«

Der von Preuß empfohlenen Zerstückelung Preußens traten die Deutschnationale Volkspartei und ihre Fraktion gleichfalls ausdrücklich entgegen. Den Artikel 18 (Art.

⁴¹ Delbrück sagte u. a.: »Indem die Fürsten sich zu diesem Bunde zusammenschlossen, erfüllten sie nicht nur einen Wunsch, der weite Teile des deutschen Volkes beseelte, sondern in den Rechten, zu deren Schutz sie sich zusammaten, schützten sie auch ihre eigenen Rechte.«

⁴² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 3. 3. 1919, S. 471 f.

15 des Entwurfs), der den Weg dazu eröffnen sollte, lehnten sie ab, obwohl er im Kompromißwege abgeschwächt und mit einer Sperrfrist von zwei Jahren versehen war. Bei der Erörterung im Ausschuß nahm v. Delbrück den Standpunkt ein, den auch der sozialdemokratische Innenminister Heine für die preußische Regierung vertreten hatte, an dem unzerstückelten Preußen sei jedenfalls festzuhalten, solange die anderen Länder nicht bereit seien, in dem Einheitsstaat aufzugehen, also nicht die Garantie bestehe, daß wir zum vollen Einheitsstaat kommen. Auch Hergt machte sich ihn in der Landesversammlung zu eigen.⁴³ Da die anderen Beteiligten, vornehmlich das zweitgrößte Land Bayern, gar nicht daran dachten, ihre eigene Staatlichkeit aufzugeben, wurde diese Stellungnahme als taktisch geschickt angesehen. Mir schien das darin liegende Bekenntnis zu Preußens Eigenstaatlichkeit wegen seiner Bedingtheit unzureichend zu sein. Meine volle Zustimmung fand dagegen die Art, wie die deutschnationalen Redner in der Debatte über Artikel 10 die Dienste, die Preußen der Reichseinheit geleistet hatte, hervorhoben und die Notwendigkeit betonten, es im Reichsinteresse stark und unversehrt zu erhalten. v. Delbrück⁴⁴ wies auf die Aufgaben der Kulturpflege, des Ausgleichs zwischen West und Ost und zwischen den Konfessionen und der Erhaltung der deutschen Ostmark hin, die Preußen als starker, ganz Norddeutschland umspannender Staat gelöst habe und als solcher weiter lösen könne. Die Bestrebungen, das Rheinland, Hannover, Hessen, Schleswig-Holstein von Preußen loszureißen, wurden als schwere Gefahr auch für die Einheit des Reiches scharf zurückgewiesen. Ohne Fortbestand des preußischen Staates könne auch der preußische Geist, der eine unentbehrliche Quelle für Deutschlands Befreiung sei, nicht erhalten und zu neuem Leben erweckt werden. Es war taktisch klug und wirksam, daß als Fraktionsredner bei der dritten Lesung der Sachse Dr. Philipp mit besonderer Wärme das Eintreten für Preußen begründete.⁴⁵ Von Interesse ist seine Auseinandersetzung über die Gründe der Feindschaft gegen Preußen.

»Die Zertrümmerung Preußens ist das letzte Kriegsziel unserer Feinde. Art. 18 ist leider geeignet, unseren Feinden diesen letzten Liebesdienst am preußischen Staate zu erleichtern. Was uns der Friede an Macht noch ließ, das kann uns durch diesen Artikel geraubt werden und leider durch Deutsche, die mit allen Mitteln Preußen zerstückeln wollen.

Wir wollen hier [...] den Gründen nachspüren, warum man Preußen zerstückeln will. Den einen im deutschen Volke ist schon der Name ›Preußen‹ verhaßt, weil sich damit der Begriff der Macht verbindet. Das Wort ›Preußen‹ ist verpönt in dieser ›quietistischen Zeit‹, von der kürzlich auch der Herr Abgeordnete Dr. Ablaß⁴⁶ hier gesprochen hat. Man haßt seine Farben, man haßt das ganze Staatswesen. Dann kommt als zweiter Grund für die Zerschlagung Preußens hinzu: der Partikularismus. [...] Die Schwäche des Reiches seit der Revolution hat diesen Erzfeind der deutschen Geschichte, den Partikularismus, begünstigt, und wir wollen mit der jetzigen Fassung des Art. 18 dieser Entwicklung noch das Siegel aufprägen? Und endlich [...] kommt als dritter Grund für die Aufteilung Preußens noch der Machthunger gewisser Parteien hinzu, die glauben, sie kämen auf den Trümmern Preußens besser auf ihre Kosten.«

Philipp leitete sein Schlußwort mit einem Zitat aus der Stein-Biographie von Heinrich Pertz ein:

»Der Gedanke, Preußen zu zertrümmern, um aus seinen Teilen mit dem übrigen Deutschland gemischt ein neues kräftiges Deutschland aufzurichten, gleicht dem Wahnsinn der Töchter des Pelias

⁴³ Sitzungs-Ber. Pr. LV, Bd. 7 vom 15. 12. 1919, Sp. 8123 ff.

⁴⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagenband 336 vom 19. 3. 1919, S. 99 ff. (Protokolle des Verfassungsausschusses).

⁴⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 22. 7. 1919, S. 1804 ff.

⁴⁶ Bruno Ablaß, seine Rede: ebd. vom 4. 7. 1919, S. 1309.

os, welche die Glieder ihres Vaters zerstückelten, um sie aus dem Zauberkessel zu einem verjüngten Leben wieder hervorgehen zu sehen.«

Beseitigen Sie den preußischen Großstaat, meine Damen und Herren, so müssen Sie sich darüber klar sein, daß Sie die drei letzten Jahrhunderte deutscher Geschichte streichen. Es ist eine Sünde wider den historischen Geist, und jede Sünde hat auch in der Geschichte ihre Sühne gefunden. Die Sühne wird die sein, daß sich dann auf dem Trümmerhaufen Deutschlands der gallische Hahn und der polnische Adler um die Beute balgen, und das müssen wir auf alle Fälle verhindern.«

Nach dem natürlichen Lauf der Dinge erstanden mir und den alten Konservativen in der Preußenfraktion besonders eifrige Helfer in der Vertretung eines unbedingten Festhaltens am Föderalismus und am Gedanken der preußischen Hegemonie. Dennoch blieb ein starker Flügel der DNVP unitarischer als ich, und es war das erste, aber nicht das letzte Mal, daß die Haltung der Partei auch nach außen hin durch Meinungsverschiedenheiten über eine Kernfrage unklar und unsicher wurde. In inneren Parteiverhandlungen habe ich für den unbedingt föderalistischen und preußischen Standpunkt gekämpft. In der Öffentlichkeit lobte ich, was meiner Ansicht nach zu loben war, wahrte aber da, wo ich im Föderalismus weiter ging als die DNVP, möglichst ohne ausdrückliche Kritik an deren Haltung meinen Standpunkt. Auf diesen Ton war meine Kritik an dem Verfassungsentwurf und seiner ersten Lesung gestimmt.⁴⁷

In der preußischen Landesversammlung wurde die Zerstückelung Preußens mit verhältnismäßig großer Einmütigkeit abgelehnt.⁴⁸ Aber die Gefahr war nicht behoben. In der Nationalversammlung glaubte der Verfassungsausschuß nicht über die Schwierigkeit hinwegkommen zu können, die sich ergeben würde, wenn Preußen infolge seiner Größe eine führende Stellung behalte. Dazu erhoben aber im Zentrum des Rheinlandes separatistische Bestrebungen nach Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik ihr Haupt.⁴⁹

»Gewiß, um das alte Preußen handelt es sich nicht mehr, und die Tatsache, daß wir in Berlin auf lange Zeit hinaus mit einer sozialdemokratisch-demokratischen Regierung zu rechnen haben, hat auch anderen Landesteilen den Wunsch nahegelegt, von diesem Einfluß loszukommen. Trotzdem kann gar nicht ernst und entschieden genug gefordert werden, daß der Bestand des preußischen Staates unversehrt bleibt. Alle Loslösungsbestrebungen gefährden trotz den entgegenstehenden Versicherungen schwer den Bestand des Reiches, da sie der Entente neuen Anlaß geben, die Loslösung des Westens vom Reiche zu betreiben. Wer aber über den Augenblick hinaus sieht und seine Politik auf weitere Sicht einstellen will, der muß daran festhalten, daß Preußen nur als ungeteilter Großstaat den kulturellen und nationalen Aufgaben wird gerecht werden können, ohne deren Erfüllung ein neuer Aufstieg undenkbar ist.«

In meinem Rückblick auf die Sommertagung der Nationalversammlung behandelte ich noch einmal mit abschließender Kritik das unitarische Ergebnis der Verfassungsverhandlungen und ihre Bedeutung für die Reichseinheit.⁵⁰

»Die Schöpfer des Weimarer Werkes rechnen sich die Einheit des Deutschen Reiches zu besonderem Verdienste an. Der Verlust und die Gefährdung wertvollster deutscher Provinzen im Westen, Norden und Osten bedeutet freilich eine Zerreißen der deutschen Nation, die bei der Bewertung des jetzt Geschaffenen ebenso wenig vergessen werden darf wie der Umstand, daß es den Vätern der Verfassung nicht gelungen ist, den Plan eines größeren Deutschland zu verwirklichen, um dessentwillen sie sich bei Beginn der Verhandlungen einem Bismarck so gewaltig überlegen dünkten. [...]

⁴⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 105 vom 9. 3. 1919, IP.

⁴⁸ Darüber Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

⁴⁹ Wie Anm. 48.

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 426 vom 7. 9. 1919, IP.

In dem Reiche Wilhelms I. und Bismarcks hatte die Einheit durch den freiwilligen, im Bewußtsein aller Beteiligten festgewurzelten Zusammenschluß der deutschen Stämme und Staaten unter Preußens Führung ihre wohlgefügte Grundlage. Jetzt ist Weimar das Grab der deutschen Einzelstaaten geworden. [...] Waren die Bundesstaaten im Bismarckschen Reich als solche Träger der Staatsgewalt, die sie gemeinsam ausübten, so haben sie jetzt nur noch die Stellung von Verwaltungskörpern, die zu einem Reichsparlament nach Art einer ersten Kammer, dem »Reichsrat«, Vertreter zu entsenden haben. An der Bildung der Reichsregierung selbst haben sie keinen Teil; Reichskanzler und Minister bedürfen nur des Vertrauens des Reichstages, während sie früher von dem Könige von Preußen, dem Herrscher des größten Bundesstaates und der eigentlichen deutschen Großmacht, ernannt und entlassen wurden. In der Gesetzgebung hat der Reichsrat nur ein in den Einzelbestimmungen reichlich verwickelt geregeltes Einspruchsrecht, welches äußersten Falles der Volksabstimmung weichen muß, und die Teilnahme des Reichsrats an der vollziehenden Gewalt ist materiell auf einzelne Fälle eingeschränkt und wesentlich gutachterlicher Art. Die innere Souveränität der Einzelstaaten ist gleichfalls völlig zu Grabe getragen. [...] Auch das alte Reich hatte eine uneingeschränkte Befugnis zur Übernahme von Gegenständen der Gesetzgebung und Verwaltung, die ursprünglich den Einzelstaaten verblieben waren, aber sein Aufbau hatte dahin geführt, daß bisher doch immer noch den Einzelstaaten ein reiches selbständiges staatliches Leben unter Wahrung örtlicher Stammeseigentümlichkeiten und wirtschaftlicher Besonderheiten übrig geblieben war. Auch damit ist es zu Ende. Nicht nur, daß die Reichsgesetzgebung das Gebiet von Kirche und Schule ergriffen und sich so die Möglichkeit eröffnet hat, in die dem Deutschen besonders teuren und sachlich wertvollen kulturellen Stammeigenarten einzugreifen –, nicht nur, daß auch sonst in Gesetzgebung und Verwaltung auf den verschiedensten Gebieten weitgehende Grenzverschiebungen zugunsten der Zentralgewalt stattgefunden haben, die Übertragung der Eisenbahnen und Wasserstraßen an das Reich, die bis spätestens zum 1. April 1921 durchgeführt sein muß (Art. 171), und die furchtbare Ausschöpfung der direkten Steuern durch die bevorstehende Reichsabgabenordnung und die sonstigen Steuergesetze des Herrn Erzberger, vernichten Finanzhoheit und damit Staatshoheit der Einzelstaaten vollständig.

Süddeutscher Partikularismus fand in Weimar noch allenfalls Gnade; mit Preußen ist man mit besonderer Gründlichkeit ins Gericht gegangen. [...] In der Weimarer Verfassung hat man mit ängstlicher Sorgfalt alles beseitigt, was noch an Preußens Selbständigkeit und Führung erinnern konnte, und Preußen unter die anderen Länder hinabgedrückt. Zu diesem Zwecke mußte sogar das geheiligte Prinzip der Zahl verletzt werden, indem man Preußen nur zwei Fünftel der Sitze im Reichsrat zuwies und die Hälfte seiner Reichsratsstimmen seinen Provinzen übertrug. Entscheidender noch ist die Entrechtung des alten preußischen Staates, die darin besteht, daß alle die Rechte auf Ausübung der Staatsgewalt, die Preußens König als Kaiser und im Bundesrat hatte, auf den Reichstag übertragen sind.«

Journalistischer Anlaß zu besonderer Hervorhebung des preußischen Standpunktes ergab sich noch häufig. Das Parteiprogramm der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919 enthielt⁵¹

»die Forderung des deutschen Einheitsstaates »mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften«. Hier scheiden sich, wie mir scheint, die Wege der Deutschen Volkspartei zum mindesten grundsätzlich von den konservativen und, wie ich glauben möchte, auch deutschnationalen Auffassungen. Auf die staatenbildende Kraft eines starken, im Rahmen des Reiches selbständigen und führenden Preußens kann und darf grundsätzlich nicht verzichtet werden.«

Allerdings stellte die Programmforderung ein Fernziel auf. Denn die Deutsche Volkspartei behielt sich vor,

»sich jedem Versuch einer Zertrümmerung Preußens widersetzen zu wollen, solange sich nicht alle deutschen Länder gleichmäßig dem deutschen Einheitsstaat einfügen.«

⁵¹ Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP; SCHULTHESS 1919/II, S. 438.

Die Welfenfrage enthielt viele im Grunde genommen konservative Elemente, der ihr anhängende adlige Grundbesitzer stand uns Konservativen nahe und hätte begrifflich der DNVP beitreten können, die alle rechtsgerichteten Elemente über trennende Gegensätze hinweg unter dem nationalen Banner zusammenfassen wollte. Aber seit Monaten »konnten wir zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief«. Wie im Winter 1913/14 eine Fühlung, die ich auf v. Heydebrands Veranlassung mit welfischen Reichstagsabgeordneten nahm, an der Preußenfrage scheiterte⁵², so ließ sich auch jetzt eine Verbindung der Welfenpartei nicht erreichen, weil diese von der Loslösung Hannovers von Preußen unter dem welfischen Königshause festhielt. Immerhin bestanden Beziehungen zwischen Welfenführern und mir fort. Als die »Kreuzzeitung« im Sommer 1919 in einem Angriff auf die Welfen in der Sache und Form zu weit gegangen war, vermittelte ich nach mehrmaligem Briefwechsel mit Graf Bernstorff eine ihn schließlich befriedigende ausgleichende Erklärung der »Kreuzzeitung«.⁵³

Eine ähnliche Auseinandersetzung folgte bald darauf anlässlich meiner Rede in der Stadthalle in Hannover. Als ich angekündigt war, übersandte mir der Welfenführer v. der Decken unter Betonung unserer gemeinsamen konservativen Gesinnung und mit dem Wunsche, auf die welfische Bewegung Rücksicht zu nehmen, einen Artikel, in dem er den Anspruch auf Wiederherstellung Hannovers vertrat. Ich konnte mich, obwohl auch deutschnationale Hannoveraner es wünschten, nicht entschließen, gerade in Hannover auf mein Bekenntnis zu Preußen zu verzichten. Die Folge war ein zweiter Artikel v. der Deckens, in dem er für die Welfen in Anspruch nahm, was ich in der »Kreuzzeitung« gesagt hatte⁵⁴:

»Zum Begriff der Treue gehört, daß sie sich über die Dauer der Zeit hinweg bewährt und den Stürmen der Zeit Trotz bietet.«

In einem Brief setzte ich mich auch ihm gegenüber mit der welfischen Bewegung grundsätzlich auseinander.

»Bei der Verwandtschaft unserer grundsätzlichen Anschauungen bedauere auch ich es, daß wir in dem einen Punkt, der Wiederherstellung Hannovers, nicht übereinstimmen können. Als ich in meiner Rede in Hannover am 15. Dezember mein Festhalten an dem preußischen Standpunkte mit meiner persönlichen Vergangenheit und Überlieferung begründete, habe ich dabei, wie ich glaube, ausdrücklich und deutlich auch die sachlichen Gründe auseinandergesetzt, die es nach meiner Überzeugung nötig machen, dem durch den Versailler Vertrag ohnehin schwer getroffenen und zerstückelten preußischen Staat seinen Fortbestand und seine Einheit zu erhalten. Diese Überzeugung beruht darauf, daß ein starker preußischer Staat wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft für die Einheit und Wiederaufrichtung der deutschen Nation unentbehrlich ist.«

Ein unitarischer Antrag der Mehrheitsparteien in der preußischen Landesversammlung zwang zu scharfem Einspruch. Hergt, der zugleich Vorsitzender der Gesamtpartei und der preußischen Fraktion war, verlangte in seiner Entgegnung⁵⁵ von der Regierung rücksichtslose Wahrung der preußischen Selbständigkeit, für deren Notwendigkeit er treffende Worte fand. Andererseits erwähnte er den in der Partei vorhandenen Gegensatz der Richtungen und, um ihn auszugleichen, suchte er nach

⁵² WESTARP I, S. 362 f.

⁵³ Kreuz-Ztg. vom 8. 8. 1919.

⁵⁴ Deutsche Volkszeitung Hannover Nr. 14225 vom 1. 12. 1919 und Nr. 14282 vom 21. 12. 1919; Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

⁵⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 7 vom 15. 12. 1919, Sp. 8123.

Formeln, die zwar seiner sprühenden Art zu denken und zu reden entsprachen, mich aber nicht voll befriedigen konnten. Insbesondere beunruhigten mich Erklärungen des Inhaltes, daß Preußens Eigenstaatlichkeit so lange zu wahren sei, als die anderen Länder die ihrige nicht aufgäben, und noch mehr, daß die Partei sich mit der Weimarer Verfassung abfinde, weil diese am Föderalismus festhalte und die weitere Entwicklung zum Unitarismus der Zukunft überlasse. Für meinen Bericht ergab sich also erneut die Aufgabe, den Kampf um Preußen scharf zu führen, ohne doch die Schärfe in die eigene Partei hineinzutragen.⁵⁶

Erzberger, gegen den der Kampf im Herbst 1919 auf der ganzen Linie auf den Höhepunkt gelangt war, stand im Vordergrund der Gegner des bundesstaatlichen Charakters und vor allem Preußens. Mein Bericht über die Angriffe, die er in der Nationalversammlung gegen Preußen erhoben hatte, schloß sich an die Darstellung eines gleichzeitig erfolgten scharfen Zusammenstoßes mit der deutschnationalen Fraktion an.⁵⁷ Seine Angriffe auf Preußen zeigten,

»daß dieser württembergische Politiker für die Geschichte, Wesen und Eigenart des preußischen Staates zwar keine Spur von Verständnis hat, wohl aber von der tiefsten Abneigung dagegen erfüllt ist. Staatsminister v. Delbrück hielt ihm vor, seine Ausführungen seien darauf hinausgelaufen, »daß ja das alte Preußen eigentlich so gewirtschaftet hatte, daß man nicht rasch genug alles beseitigen könne, was an diesen Staat erinnert, was dieser Staat geschaffen hat«. Das war der Kernpunkt seiner Politik und wird es auch dann bleiben, wenn er einmal wieder, der Entwicklung in der eigenen Partei folgend, sich auf monarchischen Boden zurückfinden sollte.«

Im Anschluß daran hatte ich mich mit der »Kölnischen Volkszeitung« auseinandersetzen, die von Erzbergers Attacke gegen Preußen vorsichtig abrückte und das mit den Empfindungen begründete, die sie bei den altpreußisch Denkenden hervorrufen mußte.⁵⁸

Der Unitarismus des Zentrums, der sich der Einstellung des sozialdemokratischen Bundesgenossen anpaßte, aber auch dem Machtbedürfnis ehrgeiziger Reichstagsabgeordneter, vor allem Erzbergers, seinen Ursprung verdankte, brachte ihm im Anfang 1920 die Absonderung der Bayerischen Volkspartei ein. Wichtiger freilich als der innere Streit des Zentrums war die Art, wie es ihm zu begegnen suchte, indem es seiner demokratisch unitarischen Politik die Richtung nicht gegen die anderen Bundesstaaten, sondern gegen das protestantische Preußen gab. Es betrieb immer unverhüllter die schon von Preuß angefangene Aufteilung Preußens. Die Abkehr vom Föderalismus, der früher die eigenste Domäne des Zentrums gewesen sei, und das rückhaltlose Bekenntnis der von Erzberger geführten Partei zum Einheitsstaat führte ich auf zwei Gründe zurück, den Machtwillen des Reichstages und die Abneigung gegen Preußen.⁵⁹

»Beides spricht sich klar und deutlich in den Plänen aus, nach denen das Zentrum den Einheitsstaat gestalten will. Er soll nach der »Zentrumsparlamentskorrespondenz« mit »weitestgehender dezentralistischer Autonomie der Einzelländer« ausgestaltet werden. [...] Die Einzelländer, die man mit dieser Autonomie beglücken will, sind nicht die alten Bundesstaaten. Bayern, Württemberg und Baden freilich läßt man ihren Bestand; Preußen aber soll zerschlagen werden. Das leuch-

⁵⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP.

⁵⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 594 vom 7. 12. 1919, IP; Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 331 vom 27. 11. 1919 (Erzberger), S. 3803; vom 27. 11. 1919 (v. Delbrück), S. 3811.

⁵⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 594 vom 7. 12. 1919, IP.

⁵⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP.

tet aus den Ausführungen der ›Kölnischen Volkszeitung‹ und der ›Germania‹ klar hervor; es ist beispielsweise von dem badischen Abgeordneten Wirth mit besonderer Schroffheit ausgesprochen, und Herr Erzberger verkündet die frohe Botschaft, daß durch die Auflösung Preußens in autonome Einzelländer den Bayern, Schwaben und Badenern natürliche Verbündete in den Rheinländern, Westfalen, Hannoveranern, Schlesiern erwachsen werden. [...]

Bei den Erörterungen der Pläne für die künftige Neueinteilung Deutschlands, richtiger gesagt für die Zerstückelung Preußens, wird häufiger der Gedanke ausgesprochen, daß dabei anstelle der bisherigen rein dynastischen Gesichtspunkte die Stammesgrenzen und -verschiedenheiten den entscheidenden Einfluß gewinnen sollen. Sehr interessant ist in der Wochenzeitschrift ›Die Tradition‹ (17. 1. Heft 42) der Nachweis des Professors Dietrich Schäfer, daß dieser Gesichtspunkt keineswegs zutrifft, wenn die süddeutschen Staaten erhalten bleiben, in denen Schwaben, Franken, Alemannen sich mischen und die erst seit der napoleonischen Zeit in ihren jetzigen Grenzen bestehen. Es liegt in Preußen nicht anders als bei ihnen; die staatliche Zusammengehörigkeit ist das Entscheidende.«

Unmittelbar danach hatte ich zu berichten, daß der Plan der Zerstückelung Preußens auf dem Zentrums-Parteitag festere Gestalt angenommen hatte.⁶⁰

»Der angenommene Beschluß besagt, daß ein organischer Ausbau des Reiches stattzufinden habe, bei dem ›gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder gebildet werden sollen‹. Dabei soll der nach den Vorschriften des Artikels 18 der Verfassung sich aussprechende Wille der Bevölkerung maßgebend sein. Nach den ausdrücklichen programmatischen Erklärungen der Herren Trimborn und Erzberger erstrebt aber das Zentrum auf dem Wege des Artikels 18 die Zerkleinerung Preußens, und zwar die Loslösung Rheinland-Westfalens, Hannovers, Schlesiens, wahrscheinlich auch eines Teiles zur Ergänzung von Groß-Thüringen. So schlägt man mit dem Versprechen der ›Dezentralisation‹ zwei Fliegen mit einer Klappe; man beruhigt den Föderalismus der Bayern und verfolgt das Ziel, Preußen zu zerschlagen.«

Aus dem deutschnationalen Lager kam die preußische Ideologie zu wirkungsvollem Ausdruck in einem von tiefer und warmer Begeisterung getragenen Bekenntnis des Württembergers D. Traub⁶¹:

»Wir lieben das Reich. Wir standen zu Bismarck, seinem Schöpfer. Von uns hat ihn keiner begraben. Wir bleiben deutsch. Aber jedes zu seiner Zeit. Heute heißt der Verachtete und Verspottete ›Preußen‹. Seine amtlichen Vertreter beschmutzen seine Geschichte. Seine Nutznießer entkleiden es vor aller Welt. Diese Welt aber haßt nicht Deutschland. Ihre Wut gilt dem Preußenstaat. Nicht dem Volke, sondern der Kraft, die es wagte, einen unerschütterlichen Staatswillen zu verkörpern. Das kann die Welt nicht vergessen, daß die Hohenzollern in zäher Uneigennützigkeit dem Sehnen des deutschen Volkes nach Einheit Form und Gestalt gaben und aus Preußen das Reich wuchs. Darum halten wir jetzt erst recht zu Preußen. [...] Eine geheime Kraft lebt unzerstörlich in dem grauen Norden. Sie will sein; darum ist sie. Sie will sein, nicht aus Trotz, sondern aus Dienst, weil sie die Art des Deutschtums nicht verloren gehen läßt. Deutschland geht verloren als Sang, Spiel, Kunst, Philosophie, Arbeit. Deutschland braucht ein ehern Rückgrat. Das bleibt Preußen. Darum diene ich ihm mit ganzer Seele und mit allen Kräften.«

Westarp berichtet, daß er mit den in diesem Kapitel angeführten geschichtlichen und staatspolitischen Gründen⁶² sofort in seinen Versammlungen für den preußischen Staat eingetreten sei – »und zwar mit Vorliebe und Beifall in außerpreußischen Orten«.

So haben wir auch auf diesem Gebiet von Anfang an den Grund für die Arbeit gelegt, die uns während der ganzen Dauer des Bestehens der DNVP beschäftigt hat und im Jahre 1927 in die Veröffentlichung eines bis ins Einzelne durchdachten Reformpla-

⁶⁰ Wie Anm. 59; zum Parteitag des Zentrums vom 19. bis 22. Januar 1920 MORSEY, S. 286 ff.; SCHULTHESS 1920/I, S. 14 f.

⁶¹ Eiserne Blätter Nr. 26 vom 28. 12. 1919; erwähnt in Kreuz-Ztg. Nr. 6 vom 4. 1. 1920, IP.

⁶² Vgl. auch Westarps Aufsatz: »Preußens Zerstückelung«, in: Der deutsche Führer, Heft 5/1922.

nes ausmündete.⁶³ Es ist uns nicht beschieden gewesen, dem preußischen Staat seine alte Kraft und Selbständigkeit zurückzugeben und die Wiederherstellung des von Bismarck errichteten Bundesstaates unter Preußens Führung zu erkämpfen. Auch die demokratischen Anhänger des Einheitsstaates haben ihre Absichten nicht erreicht. Sie waren in der Weimarer Verfassung auf halbem Wege stehen geblieben und haben in den folgenden Jahren nicht die Kraft gefunden, ihn bis zur Erreichung ihres unitarischen Zieles zu Ende zu gehen. Die einseitige Folgerichtigkeit, mit dem die parlamentarische Parteierrschaft durchgeführt wurde, versagte in der Kernfrage des Aufbaues des Reiches. Gerade die Unfertigkeit und Halbheit der Regelung der Machtverhältnisse zwischen dem Reich und Preußen und den anderen Ländern, namentlich Bayern, beseitigte zwar die einigenden Klammern, die Bismarck seinem bundesstaatlichen Bau eingefügt hatte, zog aber, wie v. Delbrück vorausgesagt hatte, jenen kleinlichen und streitsüchtigen Partikularismus groß, der zu unerträglichen Zuständen führte und die Reichseinheit oft gefährdete und wesentlich dazu beitrug, die Weimarer Republik zum Erliegen zu bringen. Daß die nur zu berechnete Kritik an diesem Ergebnis der republikanisch-demokratischen Verfassung sich gleichzeitig und zwar mit durchschlagendem Erfolg gegen den föderalistischen Gedanken als solchen richtete, war nur möglich, weil man den Unterschied zwischen dem halben Einheitsstaat der Weimarer Republikaner und dem kraftvoll zusammengeschlossenen und geführten Bundesstaat Bismarcks verkannte, vergaß oder aus machtpolitischen Gründen verschwieg.

In einer Überspitzung der Gedanken von 1789, wie sie deutscher doktrinäer Gründlichkeit naheliegt, hat die Weimarer Verfassung das Reich und zwar seine Gesetzgebung und seine Exekutive unter eine so gut wie schrankenlose Alleinherrschaft des Reichstages und seiner Parteien gestellt. Der Kampf gegen das nunmehr voll durchgeführte parlamentarische Regierungssystem hatte für mich unmittelbar nach dem Daily Telegraph-Interview (1908) begonnen und die von mir seit meinem Eintritt in den Reichstag vertretene konservative Politik beherrscht.⁶⁴ Mit besonderer Schärfe war ich zuletzt noch den Gesetzen vom Oktober 1918 entgegengetreten, in denen die Regierung des Prinzen Max von Baden und ihre Mehrheit das konstitutionelle Regiment und die Kommandogewalt des Königs von Preußen und Deutschen Kaisers, demokratischen Ideen und der schmachvollen Drohung Wilsons folgend zugunsten der Alleinherrschaft des Reichstages zertrümmert hatten. Die Fortsetzung dieses Kampfes ergab sich also für mich von selbst. Meine ablehnende Kritik an der Weimarer Verfassung hat von Anfang an die unzulänglichen Befugnisse des Reichspräsidenten, die Alleinherrschaft des Reichstages und die Stellung der Regierung als dessen Vollzugsausschuß in den Vordergrund gestellt.

Der Verfassungsentwurf und seine erste Lesung gaben mir Anlaß zu einer Darstellung des Verhältnisses zwischen Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag, die in ein abschließendes Urteil ausmündete.⁶⁵

»So stellt der Reichspräsident gegenüber dem Reichstage nicht die unabhängige und selbständige kraftvolle Persönlichkeit dar, die im Stande wäre, die Gesamtpolitik und besonders die Vertretung des Reiches nach außen aus dem Getriebe der Reichstagsparteien und der Tagesinteressen heraus zu selbständiger Höhe zu führen. Er ist nicht, wie es der Kaiser als Preußenkönig war, der Hort

⁶³ Über den deutschnationalen Entwurf einer Verfassungsreform vgl. DÖRR.

⁶⁴ WESTARP I, S. 89 f., 202–208, 368; WESTARP II, S. 248, 300 ff., 483 ff., 657 ff.

⁶⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 105 vom 9. 3. 1919, IP.

der geschichtlichen Überlieferung, der Schutz der Ewigkeitswerte der Nation und nicht der Träger des Einheitsgedankens, der im Kaisertum sich verkörperte.«

Die Bestimmungen des Entwurfes, auf die es hierbei ankam, erfuhren keine wesentlichen Änderungen, und so enthält mein Rückblick auf die Weimarer Sommertagung nochmals eine Zusammenfassung der staatspolitischen Kritik an dem parlamentarischen System.⁶⁶

»Der Inhalt der rechtlichen Vorschriften, auf die das System gegründet ist, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß dem Reichstag die Ausübung der Staatsgewalt in einem Ausmaße und mit einer Vorbehaltlosigkeit übertragen worden ist, wie es kaum in einem anderen Lande der Welt der Fall ist oder gewesen ist. Es gehört, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten beweist, nicht zum Wesen der Republik, daß die Alleinherrschaft des Parlaments so ausschließlich festgelegt wird wie jetzt bei uns; man kann aus Grundsatz oder weil man sich auf ›den Boden der Tatsachen stellt‹ Republikaner sein und gleichwohl die ausschließliche Parlamentsherrschaft ablehnen. Nach der Weimarer Verfassung ist der Reichstag im Vollbesitz nicht nur der gesetzgebenden, sondern auch der vollziehenden Gewalt. Dieser Grundsatz hat dahin geführt, daß man geglaubt hat, ihn, obwohl er von Wahlen abhängig ist, niemals ganz seines Einflusses entkleiden zu dürfen. Nicht nur zwischen zwei Tagungen, sondern sogar zwischen zwei Wahlperioden führen Präsident und Stellvertreter der letzten Tagung ihre Geschäfte fort (Art. 7) und hat ein in der vorhergehenden Tagung gewählter, ständiger Ausschuß die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung zu wahren (Art. 35, Abs. 2). [...]

Die Alleinherrschaft dieses immergrünen Reichstages spricht sich aber vor allem in der Ausgestaltung der Stellung des Reichspräsidenten aus. Hier klafft ein Widerspruch, der ohne Zweifel das politische Leben unseres Volkes in höchst ungünstiger Weise beeinflussen muß. Er besteht darin, daß der Reichspräsident vom ganzen Volke gewählt wird, in seinen politischen Handlungen aber ohne eigentliche Selbständigkeit vom Reichstage abhängig ist. [...] Zu allen Anordnungen und Verfügungen, also auch zur Vertretung des Reiches nach außen und, wie ausdrücklich hervorgehoben ist, ›auf dem Gebiete der Wehrmacht‹ bedarf der Reichspräsident der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Art. 50). Diese ernennt und entläßt er zwar, aber sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht (Art. 53, 54). Der Reichspräsident wird deshalb keinen Personenwechsel vornehmen können, ohne sich vorher die Zustimmung der Reichstagsmehrheit dafür gesichert zu haben. In Wahrheit wird diese, wie es seit dem 30. September 1918 geschehen ist, die Entlassung und Neubesetzung vereinbaren und vorschreiben. Nun läßt sich in keiner Verfassung die Möglichkeit von Konflikten ganz ausschließen. Die Selbständigkeit und Machtstellung der einzelnen Organe aber hängt auch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, die bei normalem Verlauf der Dinge nicht zum Konflikte führen, wesentlich davon ab, wie weit sie äußersten Falles Aussicht haben, bei einem Konflikt ihren Willen durchzusetzen. Auch in dieser Beziehung ist die Stellung des Reichspräsidenten außergewöhnlich schwach. Er kann, wenn ihm gegen seine Überzeugung Amtshandlungen aufgezwungen oder unmöglich gemacht werden sollen, natürlich zurücktreten und dadurch jene neue Volkswahl herbeiführen. Das ist nur eine negative Befugnis. Außerdem kann er auflösen (Art. 25). Auch hierzu bedarf er der Gegenzeichnung eines Reichskanzlers. Diesen wird er sich, da der im Amt befindliche Reichskanzler von dem Vertrauen der Mehrheit getragen ist, zum Zwecke der Auflösung meist erst neu suchen und ernennen müssen, um dann die Auflösung auszusprechen, bevor der Reichstag die Möglichkeit gehabt hat, dem neuen Reichskanzler sein Vertrauen zu entziehen. In der Zeit, die zu diesen Entschlüssen nötig ist, kann aber der Reichstag, wenn er nicht gar den Reichspräsidenten anklagen will (Art. 59), mit zwei Drittel Mehrheit beschließen, den Antrag zu stellen, daß der Reichspräsident durch Volksabstimmung abgesetzt werde. Allerdings hat es die Auflösung des Reichstages zur Folge, wenn bei der Volksabstimmung die Absetzung abgelehnt wird. Aber schon durch den Reichstagsbeschluß wird der Präsident an der ferneren Ausübung des Amtes, also auch daran verhindert, seinerseits die Auflösung auszusprechen (Art. 43). Man muß das parlamentarische Leben einigermaßen kennen, um sich vorzustellen,

⁶⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 426 vom 9. 7. 1919, IP.

welcher Wettlauf zwischen dem Präsidenten und einer Reichstagsmehrheit entstehen wird, wenn die Möglichkeit eines Auflösungskonfliktes herannaht.⁶⁷ Nach den Verfassungsbestimmungen ist hierbei der Reichspräsident zweifellos im Nachteil. Eine entschlossen geführte Reichstagsmehrheit wird meist in der Lage sein, mit dem Absetzungsantrag die Initiative zu ergreifen, das Kampffeld für die Volksabstimmung zu verschieben und so den Präsidenten, der es wagen wollte, sich ihrem Willen zu widersetzen, in Nachteil zu bringen. Diese Schwäche seiner Stellung bei dem letzten Ausweg zur Durchsetzung seines Willens aber wird dem Reichspräsidenten von vornherein die Möglichkeit sachlicher Einflußnahme auf Politik, Gesetzgebung und Verwaltung noch wesentlich weiter beschränken, als es schon die übrigen Bestimmungen tun. Für eine kraftvolle politische Persönlichkeit ist der Posten nicht geschaffen. Vielleicht kann ein Mann von überragendem Ansehen durch seine Persönlichkeit wirken, insbesondere persönliche Konflikte abmildern, obwohl häufig genug im politischen Leben hinter solchen Konflikten neben dem persönlichen Ehrgeiz die Parteinotwendigkeit steht. Im wesentlichen aber wird der ganze Apparat der Volkswahl in Bewegung gesetzt, um eine rein repräsentative Stellung zu besetzen. Die Nationalversammlung hat es nicht vermocht, die Stellung so zu besetzen, daß das erforderliche Maß von Würde und Ansehen genügend gewahrt ist; das ist die Empfindung, zu deren Verbreitung das Badehose-Bild wesentlich beigetragen hat⁶⁸ und über deren Berechtigung ich weiter kein Wort verlieren will. Ob das Ergebnis der Volkswahl ein wesentlich anderes sein wird, muß stark bezweifelt werden. Auch bei ihr wird die in der Regierung befindliche Mehrheit den bestimmten Einfluß einzusetzen versuchen, vor Ausnutzung ihrer amtlichen Machtstellung bei der Agitation sicher nicht zurückschrecken, in der Wahl der Persönlichkeit aber sich allein von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Zertrümmert also ist die Kraft und Selbständigkeit jeder vollziehenden Gewalt; es fehlt im neuen Deutschen Reiche an jedem Organ, das berufen und fähig wäre, dem parteipolitisch orientierten Willen der jeweiligen Reichstagsmehrheit gegenüber allgemeinere und auf weite Sicht eingestellte politische Interessen und Erwägungen, ja auch nur einen durch Volksabstimmung zu ermittelnden Mehrheitswillen wirksam zu vertreten.«

Von einer Anwendung des Rechtes des Reichstages, die Absetzung des Reichspräsidenten zu fordern und ihn dadurch vom Amte zu suspendieren, ist in der Folge niemals ernstlich die Rede gewesen; im übrigen hat der Erfolg meine Kritik an der Schwäche der Stellung, die das formale Recht dem Reichspräsidenten einräumte, voll bestätigt.

Rückschauend vermissen ich jetzt, daß ich nicht von Anbeginn an schärfer gerügt habe, daß der Reichspräsident nicht – wie einst der König von Preußen und der Bundesrat – gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung, sondern verpflichtet war, die vom Reichstag beschlossenen Gesetze zu vollziehen und zu verkünden, und daß die Volksabstimmung, die er gegen den Reichstag anrufen konnte, praktisch nicht mit Erfolg zu handhaben war. Wie in den Verfassungskämpfen der Kaiserzeit stand für mich damals im Mittelpunkt der Kritik am parlamentarischen Regierungssystem die bindende Kraft des Mißtrauensvotums, die den Reichspräsidenten bei der Bildung der Reichsregierung, an deren Gegenzeichnung er bei allen Regierungshandlungen gebunden war, von der Mehrheit des Reichstages abhängig machte.

Bereits die ersten in Weimar gemachten Erfahrungen zeigten, wie unfähig die herrschenden Parteien waren, die ihnen damit zugefallene Aufgabe zu erfüllen.⁶⁹

⁶⁷ Der bekannteste Konflikt dieser Art ergab sich am 13. 9. 1932 zwischen Reichskanzler v. Papen und Reichspräsident Göring; Westarp verwendete ein Bild dieser Szene als Titelbild seines Buches »Am Grabe der Parteiherrschaft«.

⁶⁸ Westarp hierzu: »Dieser persönliche Angriff bezog sich auf ein damals viel verbreitetes Postkartenbild, das Ebert und Noske badend darstellte und einen wenig erfreulichen und würdigen Eindruck machte. Um des Erfolges willen habe auch ich nicht immer die gehässige Geschmacklosigkeit der Agitation vermieden.«

⁶⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP.

»Was wir an Eigenheiten der einst so heiß umstrittenen und viel gerühmten parlamentarischen Regierungsweise in Weimar kennengelernt haben, ist zwar keine schöne Erinnerung, wohl aber wert, vor Vergessenheit bewahrt zu bleiben. Es muß den Anhängern der parlamentarischen Regierungsweise, die im Laufe des Krieges vielleicht auch auf der rechten Seite zahlreicher wurden, stark zu denken geben. Gerade die ›Kölnische Zeitung‹ (24. August Nr. 472) bekennt, alle Versuche, das Trennende in Weimar hinter das Einigende zurückzusetzen, seien »nach kurzen Anläufen an der Art unserer heutigen Parlamentsgestaltung gescheitert, die man das parlamentarische System nennt«. Das liberale Blatt fährt fort: »Was man bisher während der Tagung der Nationalversammlung von diesem parlamentarischen System gesehen hat, gibt allen denen recht, die vor der Übertragung dieses Systems auf unsere deutsche Volksvertretung gewarnt haben.« Das trifft durchaus zu. Soweit die Warnungen, an die hier erinnert wird, davon ausgingen, daß die Zersplitterung der Parteiverhältnisse in Deutschland feste und sachgemäße Mehrheitsbildungen, wie sie für parlamentarische Regierungen erforderlich sind, nicht zulasse, haben sie sich schon jetzt voll bestätigt. Nur die übelsten Kompromißmachereien haben die Regierungsmehrheit schaffen können, die bisher in Weimar die Geschicke des Landes geleitet haben, und man kann sich kaum etwas Unwürdigeres und dem Ansehen der Nationalversammlung wie des ganzen Volkes Schädlicheres denken als etwa die Verhandlungen, die der Regierungsbildung im Februar oder den Beschlüssen über die Unterzeichnung des Friedens im Juni vorausgingen. [...] Mußten wir Konservativen gegen die früheren konstitutionellen Regierungen nur zu häufig deshalb in Opposition treten, weil sie nicht die nötige Widerstandskraft gegen die Verlockungen der Popularität, gegen die Stimmungen der Masse und gegen den Druck der Straße hatten, so ist jetzt jeder Halt in dieser Beziehung verloren gegangen, nachdem die Regierungsgewalt nicht mehr aus geschichtlichem Recht, sondern nur noch aus der Zustimmung der Masse hergeleitet wird. Der Umfall der Weimarer Regierung in der Frage des Rätessystems und der Sozialisierung, die Behandlung der Steuerfragen und viele andere Erscheinungen, nicht zuletzt der schmachvolle Umfall in der Friedensfrage vom 12. Mai zum 23. Juni sind sprechende Beispiele für die Abhängigkeit der parlamentarischen Demokratie von den Tagesstimmungen der Masse und von dem Druck der Straße. Auch die Vergiftung des Meinungskampfes zur unwahrhaftigen und verhetzenden Agitation, jene Kampfesart, die den besseren Elementen des Volkes die politische Arbeit zu einer so schweren Pflicht macht, ist auf die gleiche Ursache der Rücksichtnahme auf die Massen zurückzuführen. Sie übt ihren Einfluß gleicherweise auf die persönliche Zusammensetzung des Parlaments. Von Befürwortern des parlamentarischen Systems, und zwar gerade von solchen aus mehr rechts stehenden Kreisen, wurde früher nicht selten geltend gemacht, die Einflußlosigkeit des Parlaments halte kraftvolle und vorwärtsstrebende tüchtige Persönlichkeiten von der parlamentarischen Arbeit fern; erst wenn mit dieser die Möglichkeit eigener schöpferischer Tätigkeit in den Regierungsgeschäften und eigene Verantwortung verbunden sei, würden auch die besten Kräfte dem Parlament zuströmen. Dieser Anreiz ist jetzt gegeben, und doch muß ich mich nochmals auf die ›Kölnische Zeitung‹ berufen, die von der Nationalversammlung sagt: »gewiß war sie kein Parlament der ausgewählten Geister, sie stand nicht auf der hohen Stufe des Parlaments von 1848. Derartige Parlamente sind wohl im Zeitalter der Demokratie und des Parlamentarismus nicht mehr denkbar«. Die jetzigen Verhältnisse, so führt das Blatt weiter aus, hätten zu einer Auswahl der Abgeordneten nach Klassen, zu einer Verquickung von Wirtschaft und Politik, namentlich von Parteipolitik und Parlament geführt, von der niemand einen wirklichen Vorteil habe und die am wenigsten für die Lösung von Aufgaben erwünscht sei, wie sie der Nationalversammlung obgelegen haben. Damit ist einer der Gründe zutreffend dargelegt, den besten und tüchtigen Kräften, die einem regierenden Parlamente zustreben möchten, gleichwohl den Zutritt zu verlegen. Dazu komme aber noch, daß der Erfolg bei der Massenagitation in hohem Grade von Charaktereigenschaften abhängig zu sein pflegt, die weder der Ausfluß einer besonderen staatsmännischen Begabung noch auch nur einer rein menschlichen Tüchtigkeit und Gediegenheit zu sein brauchen.«

Westarp setzt sich in diesem Zusammenhang auch mit Bethmann Hollweg auseinander⁷⁰, der schon bei der Entscheidung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg im Winter 1916 »auf dem Boden der parlamentarischen Regierungsweise« gestanden habe. Bethmann beklage sich, daß er nicht mehr »mit der Resolutionsmehrheit vom Juli 1917 regieren konnte, die ihm endlich die Inne-

⁷⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 530 vom 2. 11. 1919, IP.

haltung seiner eigenen Linie ermöglicht haben würde.« Das parlamentarische System hatte nach Westarp schon längst vor dem September 1918, unter Bethmann, seine Probe abgelegt und nicht bestanden.

Die Unterlage, auf der die Parlamentsherrschaft errichtet wurde, war das »demokratischste Wahlrecht der Welt«. Auch in Massenversammlungen habe ich kein Hehl daraus gemacht, mit wie schwerer Sorge es mich erfüllte, daß die Ausübung der Staatsgewalt und die Auslese der politischen Führer auf die Massenagitation und die Stimmungen und Instinkte der Masse und Straße angewiesen war. Das Frauenwahlrecht habe ich nicht kritisiert. Innerlich stand ich auch ihm ablehnend gegenüber. Bei der ersten Ankündigung führte ich den Frauen vor Augen, um was es sich für sie handelte.⁷¹

»Zu den 14 Millionen erwachsener Männer wird die anderthalbfache Zahl der weiblichen und jugendlichen Wähler hinzutreten. Aber werden nicht gerade die Frauen den rechten Standpunkt finden, wenn sie sehen, daß es sich um Haus und Wirtschaft, um Ehe und Familie und um Glauben und Kirche handelt? Wird nicht in ihnen und in der Jugend der Gedanke kräftigen deutschen Nationalbewußtseins seine zündende Wirkung ausüben?«

In der Folge stellte sich mehr und mehr heraus, daß das Frauenwahlrecht nicht, wie ich angenommen hatte, durchweg radikalierend wirkte, sondern in der Praxis mehr den konservativen Richtungen zugute zu kommen schien. Deshalb war es mir möglich, mich in die Haltung und das Interesse der Partei einzufügen, die, auf die Frauen angewiesen, deren Wahlrecht ausdrücklich billigte oder zum mindesten als selbstverständlich behandelte.

Ungehemmten Widerspruch erhob die deutschnationale Fraktion gegen den Unfug der Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr. Die Erfüllung dieser Forderung, die früher nur von den Sozialdemokraten erhoben worden war, führte zu starker Radikalisierung des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses. Die weitere Folge, die ich stets als höchst unerwünscht bezeichnet habe, war die, daß die Parteien, nach einigem Zögern auch die deutschnationale, um sich den zwanzigjährigen Nachwuchs zu sichern, mit ihrer parteipolitischen Agitation und Organisation bis in die frühen Jugendjahre hinein, in die Schule und das Elternhaus vorstießen. Auch die Hitlerjugend verdankt diesen Verhältnissen ihre Entstehung, und sie scheint mir heute (1937) mit ihrem Totalitätsanspruch, ihrem Übergewicht über Schule und Haus und ihrer Erfassung der Kinderjahrgänge einen Höhepunkt parteipolitischer Bearbeitung der heranwachsenden Jugend erreicht zu haben.

In dem unmittelbaren Zusammenhange meines Kampfes gegen das parlamentarische Regierungssystem stand der Nachweis, daß die Verhältniswahl dazu bestimmt war und wohl wesentlich dazu beitrug, die Herrschaft den großen festgefügtten Parteien in die Hand zu spielen. Das hatte ich schon 1917 vorausgesagt⁷², und es sollte uns noch oft beschäftigen. Bei der Wahlarbeit mußte verhindert werden, daß Gegnerschaft und Abneigung gegen Republik, Parlamentsherrschaft und Parteiwesen zur Ablehnung der positiven Mitwirkung bei der Agitation und der Stimmenabgabe führte. Bei Eintritt in den Wahlkampf von 1920 wies ich deshalb mit Nachdruck darauf hin, daß die vermehrte Machtfülle, die den Parlamentsmehrheiten zugefallen war, noch viel

⁷¹ Kreuz-Ztg, Nr. 612 vom 1. 12. 1918, IP.

⁷² WESTARP II, S. 503 f.

mehr als früher die Stellungnahme für eine große und festgefügte Partei zur Pflicht mache.⁷³

»Nach der jetzigen staatsrechtlichen Gestaltung der Dinge muß ein jeder sich darüber klar sein, daß sein eigenes Schicksal wie dasjenige seiner Familie, daß der Bestand seines Vermögens, der Erfolg seiner Berufsarbeit, die Lebenstätigkeit seines Betriebsunternehmens, von den Entschlüssen der Reichstagsmehrheit abhängig ist, und daß, was doch noch unendlich schwerer wiegt, Ehre und Würde, Dasein und Zukunft der Nation allein der Reichstagsmehrheit anvertraut ist. Wählen ist nicht in erster Linie ein Recht, sondern eine staatsbürgerliche Pflicht; unter den heutigen Verhältnissen hat jeder Wähler, alt oder jung, Mann oder Frau, vor sich selbst und vor seiner Familie, vor seinem Volke und seinem Vaterlande die heilige Pflicht, sich seine politische Überzeugung zu bilden, bei den Wahlen dafür zu stimmen, aber auch in unablässiger Arbeit werbend für sie einzutreten. Wie die Dinge liegen, kann diese Pflicht heute nur im Rahmen der Parteizugehörigkeit und des Parteilebens wirksam ausgeübt werden. Schon das System der Verhältniswahl mit den absolut gebundenen Listen, gegen die ich in den Reichstagsverhandlungen des Jahres 1918 lebhaft, aber vergeblich angekämpft habe, gibt den Vorständen großer Parteien den überwiegenden Einfluß auf die Wahlen. Durch das neueste Wahlgesetz mit den Bestimmungen, durch welche die Anrechnung der Überschuß-Stimmen in den zusammengesetzten Wahlbezirken und bei der Reichsliste an bestimmte Einschränkungen gebunden ist, hat man weiterhin die Macht der großen Parteien und ihrer Zentralvorstände wesentlich verstärkt⁷⁴, und zwar in bewußter und ausgesprochener Absicht, weil das Entstehen kleiner Parteien und Gruppen die Durchführung des parlamentarischen Systems und der dafür notwendigen geschlossenen Mehrheitsbildung erschwere. So ist schon beim Wahlverfahren wie in der Verfassung selbst alles darauf zugeschnitten, daß lediglich die Parteien, und zwar möglichst große und geschlossene Parteien alle Entscheidungen des politischen Lebens, der Gesetzgebung und der Verwaltung in der Hand haben. Man kann das billigen oder wie ich tadeln; wer seinen politischen Einfluß und seine Stimme in die Waagschale werfen und so seine Pflicht erfüllen will, der muß mit diesen Tatsachen rechnen. Sonderlisten und Sondergruppen sind zur Zeit zur Einflußlosigkeit verurteilt.«

Der Gedankengang dieses Aufsatzes wurde zum Bestandteil wohl aller meiner Wahlreden. Sympathisch war mir die Politisierung des ganzen Volkes und alles öffentlichen und privaten Lebens im Sinne der Beteiligung an Parteileben und Parteistreit nicht. Aber sie war eine unaufhaltsame und gar nicht abzulehnende Folge des radikalen Wahlrechtes und des parlamentarischen Regierungssystems, um so mehr, als beide auf die Gemeinde, Gemeindeverbände und alle sonstigen öffentlichen Körperschaften ausgedehnt wurden. Auch das war eine Überspannung, die in das Gegenteil umschlagen mußte.

Die deutschnationale Fraktion hat in Weimar nur mit halber Kraft zu verhindern gesucht, daß dem Reichstage das Recht übertragen wurde, allein über die Gesetzgebung zu beschließen. Die Anregung v. Delbrücks, den Reichsrat zu einer zweiten Kammer auszubauen, blieb ohne Folgen. Der Versuch, den aufschiebenden Einspruch des Reichsrates wirksamer zu machen, als es im Artikel 74 RV geschehen ist, wurde überhaupt nicht gemacht, und das Streben der Fraktion, die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken, zu dem sich v. Delbrück bekannte, ging nicht so weit, daß sie in Kritik oder Anträgen für das Staatsoberhaupt die Stellung eines gleichberechtigten Faktors der Gesetzgebung ausdrücklich gefordert hätte. Nur für das Recht des Reichspräsidenten, ein Gesetz, das er nicht verkünden wolle, zum Volksentscheid zu bringen (Artikel 74 Abs. 2 RV), hat sie sich, übrigens auch in gespaltener Abstimmung, eingesetzt.⁷⁵ Wie stumpf diese Waffe praktisch war, ist damals nicht erörtert worden.

⁷³ Kreuz-Ztg. Nr. 239 vom 23. 5. 1920, IP.

⁷⁴ Siehe auch Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP.

⁷⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 7. 7. 1919, S. 1353.

Auch ich habe diesen Fragen damals noch nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit gewidmet.

Wohl aber blieb die Fraktion in dem Kampf gegen die bindende Kraft des Mißtrauensvotums wesentlich hinter mir zurück. Der Artikel 76 des Entwurfs (§ 54 der RV) lautete:

»Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.«

Während ich die dadurch festgelegte bindende Kraft des Mißtrauensvotums, die der Parlamentsmehrheit die volle Gewalt über die Reichsregierung in die Hand spielte, an erster Stelle zum Gegenstand meines Angriffs machte und nach wie vor für die Grundlage des parlamentarischen Regierungssystems hielt, nahm die deutschnationale Fraktion zu dem Artikel 76 (54) keine klare Stellung.

An Delbrücks These, die Einführung der »demokratischen Monarchie« vom Oktober 1918 habe auch weitgehende Wünsche der äußersten Linken verwirklicht⁷⁶, störte Westarp, daß aus ihr eine innere Zustimmung zu diesen von Westarp als verhängnisvoll angesehenen Änderungen herausklang. Auch fehlte ihm ein Hinweis darauf, daß der zweite Satz des späteren Artikels 54, der den Zwang zum Rücktritt ausdrücklich aussprach, noch weiter ging als die Regelung vom Oktober 1918. Auch in der zweiten Lesung hatten die Fraktionsredner v. Delbrück und Philipp⁷⁷ keine praktischen Folgen aus ihrer vereinzelt Kritik an der Stellung des Reichspräsidenten gezogen.

Ebenso sucht man in den Ausschußverhandlungen vergebens nach deutschnationaler Kritik an den Bestimmungen über Vertrauen und Mißtrauen. Im Gegenteil erklärte v. Delbrück, allerdings als Berichterstatter, ausdrücklich, daß er gegen den Artikel 76 (54) keine Einwendungen zu erheben habe.⁷⁸ Im übrigen trat v. Delbrück mit der ganzen Autorität seiner Regierungserfahrung lediglich dafür ein, daß die Kollegialität der Reichsregierung und die Stellung des Reichskanzlers in ihr klargestellt wurde, und der Artikel 77 des Entwurfes (55 bis 58 Reichsverfassung) wurde nach seinen Vorschlägen angenommen. Ferner wurde auf seinen Antrag der Artikel 75 (53) dahin abgeändert, daß der Reichspräsident die Minister »auf Vorschlag des Reichskanzlers« zu ernennen und zu entlassen habe. Das war von ihm als Stärkung der Stellung des Reichskanzlers gedacht, bedeutete aber eine weitere Einschränkung des Reichspräsidenten und trug dazu bei, daß der vom Reichspräsidenten ausersehene oder ernannte Reichskanzler seine Vorschläge über die Bildung des Kabinetts, bevor er sie dem Reichspräsidenten machte, mit den Parteien vereinbarte. Diese Praxis hatte sich bereits bei der Ernennung von Graf Hertling und Prinz Max von Baden entwickelt. Die beiden Koalitionsregierungen der Nationalversammlung waren auf dieselbe Weise gebildet worden, und ich sagte in meinem Rückblick auf die Verfassungsverhandlungen⁷⁹ voraus, der Reichspräsident werde keinen Personenwechsel ohne vorherige Zustimmung der Reichstagsmehrheit vornehmen können; in Wahrheit werde diese die Entlassung und Neubesetzung vereinbaren. Über diese später noch oft besprochene Kon-

⁷⁶ Ebd. Bd. 326 vom 28. 2. 1919, S. 383; Westarps Auffassung zu diesem Teil der Verfassungsänderung vom Oktober 1918: WESTARP II, S. 659 f.

⁷⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 2. 7. 1919 (v. Delbrück), S. 1216 und 4. 7. 1919 (Philipp), S. 1305.

⁷⁸ Ebd., Anlagen-Bd. 336 vom 10. 4. 1919 (Protokoll des Verfassungsausschusses, S. 303).

⁷⁹ Siehe oben S. 272, Anm. 50.

sequenz aus dem Artikel 54 ist bereits in der Nationalversammlung debattiert worden.⁸⁰ Dort schilderte Heinze die bisher geübte Praxis:

»Die Minister sind mechanisch ausschließlich den Mehrheitsparteien entnommen worden. Die Auswahl der Minister hat sogar so stattgefunden, daß nicht etwa der Reichspräsident die Minister nach seinem Ermessen aus den Mehrheitsparteien auswählte, sondern daß die Minister auf die Parteien kontingentiert wurden und je nach Stärke der zur Regierungsmehrheit gehörenden Parteien in das Ministerium übernommen wurden, nur damit das Stärkeverhältnis unter den Parteien richtig herauskam. Man ist noch weiter gegangen. [...] Der Reichspräsident ist mehr oder weniger gezwungen gewesen, diese ihm von den Fraktionen präsentierten Minister anzunehmen.«

Das entspreche weder dem parlamentarischen System noch dem Artikel 54, der schon in seiner jetzigen Fassung der Reichstagsmehrheit nur das Recht gebe, die Entlassung zu erzwingen, nicht aber auf die Ernennung Einfluß zu nehmen. Um aber die entstandene Praxis, die der Auswahl der geeigneten Personen und der Ernennung von Fachministern im Wege stehe, ganz klar auszuschließen, beantragte die Deutsche Volkspartei ausdrücklich auszusprechen, daß »der Reichspräsident in der Wahl des Reichskanzlers und der Reichsminister frei sei«. Dann müsse auch die Bestimmung, daß er die Reichsminister »auf Vorschlag« des Reichskanzlers zu ernennen habe, gestrichen werden. v. Delbrück verteidigte das auf seinen Antrag angenommene Vorschlagsrecht des Reichskanzlers. Ebenso wie er lehnten Preuß als Regierungsvertreter und die Redner sämtlicher Parteien den volksparteilichen Antrag mit der Begründung ab, daß auch nach dem ungeänderten Wortlaut des Artikels 54 die Regierungsbildung unabhängig von der vorherigen Vereinbarung mit den Parteien zu erfolgen habe und nicht an die Persönlichkeiten von Fraktionsmitgliedern gebunden sei. Trotz dieser einmütigen Feststellung der Absicht des Gesetzgebers, auf die man sich noch oft berufen hat, ist in der Folge die Vereinbarung der Regierungsbildung mit den Fraktionen zur feststehenden, meist zwingenden Praxis geworden. Nur diejenigen Fraktionen, die jeweils von der Koalitionsbildung ausgeschlossen waren, pflegten sie abzulehnen und zu mißbilligen.

Erst in der dritten Lesung trat eine Wendung ein. Düringer, der die Ablehnung der Verfassung durch die Fraktion vertrat⁸¹, stellte dabei unter wiederholter Zustimmung aus der Fraktion an die Spitze der Bedenken, die den Inhalt der Verfassung unannehmbar machten, den verfassungsrechtlichen und praktischen Einwand gegen das parlamentarische System.

»Auch vom Standpunkt der neuen Verfassung aus vermischen wir in dem Entwurf die für die Entwicklung und Zusammenfassung eines so großen und vielgestaltigen Volkes notwendige starke Zentralgewalt. Diesen Vorwurf erheben wir insbesondere angesichts der Regelung, die die Stellung des Präsidenten in der Verfassung gefunden hat. Der Präsident, wie er aus den Verhandlungen des Ausschusses und im Plenum hervorgegangen ist, ist in der Tat, wie der Herr Abgeordnete Haase bereits erklärt hat, lediglich ein Dekorationsstück. Er repräsentiert das Reich nach außen und nach innen; aber so gehoben seine Stellung hiernach, rein äußerlich betrachtet, erscheint, tatsächlich ist er in jeder Hinsicht ein gebundener Mann. Der Schwerpunkt der Regierung liegt nicht beim Reichspräsidenten, auch nicht bei der sogenannten Reichsregierung, sondern er liegt ganz woanders. Er liegt bei den Parteien, er liegt bei den Fraktionen. Mit Recht hat der Abgeordnete Heinze bei der zweiten Lesung darauf hingewiesen, daß der Präsident weder in der Wahl des Reichskanzlers noch in der der Minister freie Hand hat. Sie werden ihm präsentiert, und er muß sie ernennen, wenn er nicht mit dem Reichstag und seinen herrschenden Fraktionen in Gegensatz

⁸⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 5. 7. 1919, S. 1339 ff.

⁸¹ Ebd. Bd. 328 vom 30. 7. 1919, S. 2088 ff.

geraten will. Das mag in einem Staate wenig bedenklich sein, wo sich im wesentlichen zwei Parteien gegenüberstehen, eine rechte und eine linke, mit klarem Parteiprogramm als homogene Faktoren. Bei der Zerrissenheit unseres politischen Lebens ist es zu besorgen, daß die Parteigegegensätze unausgesetzt zu Reibungen, Kombinationen, zu Kompromissen führen, wie wir das bereits im abgelaufenen Halbjahr erlebt haben. [...] Die Kompromisse werden in Zukunft nicht immer so leicht, nicht so schnell und nicht so anscheinend schmerzlos zustande kommen, wie dies unter dem außerordentlichen Druck der äußeren und der inneren Verhältnisse im letzten Halbjahr der Fall gewesen ist. Durch den Mangel der Homogenität der Regierung, wie sie die notwendige Folge solcher Kompromisse ist, wird die innere Kraft der Regierung gelähmt werden; eine zielbewußte Leitung, die doch auch eine gewisse Dauer ihres Bestandes zur Voraussetzung hat, wird unmöglich gemacht. Die Männer der Regierung aber werden nicht mehr wie im verlästerten Obrigkeitsstaat in erster Linie nach der persönlichen Tüchtigkeit ausgewählt werden, sondern nach der Stellung des einzelnen in der Fraktion und in der Partei. Freie Bahn auch dem Untüchtigen, wenn er sich nur im Parlament, in der Fraktion und in der Partei durchzusetzen vermag. Wir dürften schweren und unausgesetzten politischen Kämpfen entgegengehen. Sie werden unser Volk zerwühlen und vergiften, sie werden die Parteigegegensätze nicht mildern, sondern verschärfen.«

Nach dieser Rede kann man v. Freytagh-Loringhoven nicht ganz zustimmen, der, ohne sie zu erwähnen, in seinem Verfassungsbuch sagt⁸², die Ablehnung der Verfassung durch die Deutschnationalen habe vielleicht am wenigsten dem Parlamentarismus als solchem gegolten. Richtig ist so viel, daß auch sie damals noch zu einem erheblichen Teil unter dem Einfluß der weit verbreiteten Vorstellung von der Richtigkeit oder doch Unvermeidlichkeit des parlamentarischen Regierungssystems standen, einen ernstlichen Versuch oder Opposition gegen seine Einführung nicht gemacht haben und zu einer klaren Einheitlichkeit in dieser Frage nicht gelangt sind.

Bereits in den Verhandlungen über den Erlaß der Weimarer Verfassung bildeten sich also die beiden Grundgedanken heraus, die unsern Kampf gegen das parlamentarische Regierungssystem während seiner ganzen Dauer beherrscht haben. Er richtete sich gegen die ausschließlich dem Reichstag übertragene Gesetzgebungsgewalt und gegen die bindende Kraft des Mißtrauensvotums. Von Anfang an habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich die Parteien für unfähig hielt, der einen wie der anderen Aufgabe gerecht zu werden. Davon nahm ich grundsätzlich auch die DNVP nicht aus. Nur durch Massenagitation und scharfen Kampf gegen die politischen Gegner konnte jede Partei dieses Regierungssystems sich die zahlenmäßige Grundlage schaffen, von der ihre politische Macht abhing, und deshalb wurde das Buhlen um die Popularität bei den Wählern und wurden die egoistischen Wirtschaftsforderungen der einzelnen Volksgruppen zu einem unausgesetzt wirkenden Hindernis, die Gesetzgebung nach weitsichtigen staatspolitischen und soliden wirtschaftlichen Grundsätzen zu gestalten. Einer kraftvollen, allseitig anerkannten Führung entbehrend, wurden die Wählermassen und mit ihnen die Parteien immer tiefer in die Interessen- und Meinungs-Gegegensätze hineingerissen, zu deren Überwindung dem deutschen Volke damals mehr denn je der feste nationale Sinn fehlte, und deshalb kam es niemals zu geschlossenen Mehrheiten oder Minderheiten, die eine unerläßliche Voraussetzung für die Bildung der Parteiregierungen und für eine stetige Gesetzgebung, Politik und Verwaltung sind. [...]

In Weimar wäre das Unheil der Parteiherrschaft durch die schwache Minderheit der Rechten nicht zu verhüten gewesen, selbst wenn die deutschnationale Fraktion den Kampf dagegen schärfer und klarer geführt hätte. In der Folgezeit hielt ich es für

⁸² Freytagh-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung (wie Anm. 19), S. 157.

meine Aufgabe, die Kritik und die sich aus ihr ergebenden Forderungen zu allgemeinerer Wirkung zu bringen. Dabei stieß meine unbedingte Ablehnung der bindenden Kraft des Mißtrauensvotums und meine ebenso unbedingte Forderung, die Stellung des Reichspräsidenten zu verstärken, selbst in der eigenen Partei noch lange Zeit auf Widerstände. So weist v. Freytag-Loringhoven in seinem Verfassungsbuch darauf hin⁸³, daß in der Stellung zum Reichspräsidenten beide Richtungen gegen ihr eigentliches Interesse handelten.

»Man hätte erwarten sollen, daß die Sozialdemokraten, die durch die Revolution zur Macht gelangt waren und gestützt auf die ihnen verbündeten Parteien des Zentrums und der Demokratie den Staat beherrschten, nun darauf hinarbeiten würden, die in ihren Händen liegende Staatsgewalt zu stärken. Umgekehrt wäre es natürlich gewesen, wenn die Deutschnationalen, die der Republik in erklärter Feindschaft gegenüberstanden, alles daran gesetzt hätten, die neue Staatsgewalt so schwach wie irgend möglich zu gestalten, um so der Wiederaufrichtung der Monarchie den Weg zu bahnen.«

An anderer Stelle des Buches⁸⁴, bei dessen Erscheinen Ebert noch Reichspräsident war, erklärt v. Freytag-Loringhoven es sogar als eine grundsätzlich unerwünschte Erscheinung, wenn der Reichspräsident praktisch zu größerem Einfluß gelangte, als ihm das formale Recht gewährte. Das schien mir nur von taktischen Gesichtspunkten des parlamentarischen Machtkampfes aus gesehen beachtlich, aber nicht grundsätzlich richtig zu sein. Auf den sogenannten »Boden der Tatsachen« konnte und wollte ich mich nur insoweit stellen, als es sich um die praktische Tagesarbeit in dem herrschenden Regierungssystem und mit seinen Mitteln handelte, nicht aber hinsichtlich der programmatischen Forderungen für die zu erstrebende Entwicklung. Meine Anregungen auf Beseitigung des Artikels 54 und auf sonstige Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten begegneten aber noch nach der Wahl Hindenburgs in dem Verfassungsausschuß der Reichstagsfraktion und beim Parteivorstand den parteitaktischen Einwänden. Dadurch würden wir, so hielt mir besonders v. Freytag entgegen, auch das Ansehen und den Einfluß unserer eigenen Partei schmälern. Das sei um so unzulässiger, als keine Sicherheit dafür bestehe, daß der Reichspräsident stets uns nahe stehen werde. Den letzten Anstoß zur Verkündung eines deutschnationalen Reformplanes (9. Dezember 1927) gab dem Parteivorstand ein von Hugenberg veröffentlichter Vorschlag⁸⁵, der sich indessen gleichfalls nicht die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten, sondern nur die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen zur Aufgabe machte. In den Verhandlungen, die der Parteivorstand darüber führte, erleichterte mir die etwa gleichzeitig von der Wirtschaft immer dringender erhobene Forderung größerer Sparsamkeit den Nachweis, daß es notwendig sei, eine von dem Geist der Wählermasse unabhängige Regierungsgewalt zu schaffen. Da außerdem das Recht der Parlamente, die Regierung zu stürzen, die Personalunion zwischen Reichs- und preußischen Stellen unmöglich machte, setzte ich durch, daß die Beseitigung des Artikels 54 in die veröffentlichte Entschließung aufgenommen wurde. Nachdem das geschehen, hat auch v. Freytag sich von der Richtigkeit dieser Forderung überzeugt.⁸⁶ Es bedurfte all der Mißstände, die sich aus der Haltlosigkeit der Gesetzgebung

⁸³ Ebd. S. 12.

⁸⁴ Ebd. S. 167.

⁸⁵ Alfred Hugenberg: Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927, S. 20–31: Die Wiederaufrichtung eines wirklichen Bundesstaates.

⁸⁶ Verfassungsfragen, in: WEISS, Der nationale Wille, S. 146, 150 f.

und aus der fortgesetzten Regierungskrise mit dem Entstehen und Vergehen von 22 Koalitionsregierungen innerhalb von 14 Jahren ergaben, um der Parteiherrschaft das Grab zu graben. Der erste Schritt war die auf Ermächtigungsgesetze und auf das Notverordnungsrecht des Artikels 48 RV gestützte gesetzgeberische Diktatur des Reichspräsidenten, die zum ersten Male bei der Katastrophe der Ruhrbesetzung und der zum Wahnsinn ausartenden Inflation in Erscheinung trat und von 1928 ab das ganze politische Leben ergriff. Sie stand so lange auf schwachen Füßen, als die Reichstagsmehrheit aufgrund des Artikels 54 jederzeit in der Lage war, durch ein Mißtrauensvotum einem verfassungstreuen Reichspräsidenten seine Regierung zu zerschlagen. Durch v. Gayl, dem der DNVP entstammenden Innenminister der Regierung v. Papen, wurde die Forderung, die Reichsregierung unabhängig von den Parteien zu stellen, in das Ende 1932 bekanntgegebene Reformprogramm aufgenommen.⁸⁷

Das auf die Spitze gestellte demokratisch-parlamentarische System wurde nicht nur von uns angefochten. Sturm dagegen liefen die radikalen Sozialisten, Unabhängigen, Spartakisten, unterstützt auch von Teilen der Mehrheitssozialdemokraten, die das Parteiregiment durch die Diktatur der Arbeiter- und Soldaten-Räte nach bolschewistischem Muster ersetzen wollten. In dem blutigen Aufstand vom März 1919, durch den dieses Ziel erkämpft werden sollte, ließ sich die Regierung von den sozialdemokratischen Arbeiterräten Berlins die Zusage erpressen, daß die Arbeiterräte in die Verfassung »verankert« und systematisch ausgebaut werden sollten.

Die Stellungnahme zu diesem Plan bot zwei Seiten. Theoretisch konnten in dem Rätegedanken Möglichkeiten liegen, die für die konservativen Ziele einer Abkehr vom demokratischen Parlamentsregiment und eines berufsständischen Aufbaues der wirtschaftlichen und staatlichen Organisation nutzbar zu machen waren. Andererseits mußten unklare Gedanken und Hoffnungen dieser Art durch nüchterne Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse auf ihr Maß zurückgeführt werden. Denn praktisch bedeutete die verfassungsmäßige Verankerung der Räte, wie die Arbeiterräte sie von der Regierung erpreßt hatten und diese sie durchführen würde, die schwere Gefahr der Auslieferung des Deutschtums an den Bolschewismus zum mindesten nutzloser und die Wirtschaft hemmender sozialpolitischer Versuche.

Der Plan traf in eine Zeit hinein, in der Rechtskreise stimmungsgemäß geneigt waren, sich ohne die nötige Prüfung der Tatsachen ein zu günstiges Urteil darüber zu bilden. In dem Bedürfnis, sich neue Grundlagen für eine nationale Politik zu schaffen, glaubte mancher den alten konservativen Gegensatz gegen das System westlicher und parlamentarischer Demokratie von Grund auf ganz neu aufbauen zu sollen. Hatten die Ideen von 1789 und ihr Ausbau in den verflochtenen 120 Jahren die Freiheit und Wohlfahrt des einzelnen Individuums, den Schutz seiner Rechtssphäre gegen den Staat und die Herrschaft von Wahl und Abstimmungsmehrheiten in Staat und Gemeinde immer einseitiger zur Grundlage des politischen Denkens und Handelns gemacht, so vertrat man nunmehr umso leidenschaftlicher und gründlicher, auch wo man die Parteibezeichnung konservativ noch scheute, den konservativen Staatsgedanken der Unterordnung des Einzelnen unter den Staat und der organischen Gliederung des Staatsgefüges. Der furchtbare Verfall, den die deutsche parlamentarische Demokratie des Weltkrieges verschuldet hatte, die Gegnerschaft gegen die Mächte der Revolution, die ihre Herrschaft auf die demokratische Parlamentsmehrheit zu stützen im Begriffe wa-

⁸⁷ Hierzu BRACHER, S. 658 ff.

ren, vor allen Dingen aber die Tatsache, daß der vernichtende Schlag des Friedensdikta-tes von den drei demokratisch-parlamentarischen Westmächten England, Frank-reich, Amerika ausging, wirkten zusammen, um den theoretischen Gegensatz gegen die »westliche Demokratie« zu leidenschaftlicher Feindschaft zu steigern. Daraus ent-stand der Gedanke, man müsse, um dem demokratischen Parlamentarismus westlicher Art die nationalen Kräfte östlichen Volkstums entgegenzustellen, Anschluß an die Mächte nehmen, die im Kampfe gegen ihn standen. Die Möglichkeiten dafür glaubte man im sozialdemokratischen Programm, ja in der bolschewistischen Politik zu fin-den. Die früheren freundschaftlichen Beziehungen Preußens und des Kaiserreiches zu Rußland wirkten nach. Ja, der furchtbare Eindruck des aus Versailles drohenden Dik-ta-tes verführte zu der Vorstellung, man müsse und könne den Feinden des Westens die Preisgabe an den Bolschewismus entgegenstellen. Führe sie zur vollen Vernichtung, so müsse der Neuaufbau aus den Trümmern entstehen. Im Sinne solcher Gedankengänge forderte man eine »östliche Orientierung«.

Als dann die Reichsregierung die Aufnahme des Rätessystems in die Verfassung an-kündigte, kam hinzu, daß dieses in enger Verwandtschaft zu den konservativen Grund-anschauungen und zu den von der konservativen Partei in den Wahlrechtskämpfen des letzten Kriegsjahres vertretenen und durchgearbeiteten Gedanken berufsständischer Organisation und des berufsständischen Wahlrechts⁸⁸ zu stehen schien.

In mehr oder weniger unklaren Vorstellungen dieser Art konnte die Gefahr liegen, daß auch gesinnungsmäßig die Widerstandskraft gegen den Bolschewismus ge-schwächt wurde. Das befürchtete ich bei der unter Vorsitz Ulrich v. Hassells tagenden Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der DNVP. Sie widmete sich mit großem Eifer der Erörterung neuer Grundlagen der nationalen Politik. Wir erkannten gern an, daß sie viel wertvolle grundsätzliche Arbeit leistete und starke werbende Kraft ausübte, hielten es aber für unsere Aufgabe, den jugendlichen Eifer auf den Boden der Wirk-lichkeit zurückzuführen. Wenn ich mir gelegentlich die von Graef (Anklam) stam-mende Bezeichnung als »Klub der Regierungsreferendare« zu eigen machte, so war das nicht so sehr boshafte Kritik als vielmehr gutmütiger Spott über eine allzu große Vorliebe für theoretisierende und hochfliegende Erörterungen. In einer ihrer Sitzun-gen wurde ich neben einem der neukonservativen Schriftsteller von Namen – ich glau-be, es war Max Hildebert Boehm – zum Korreferenten über die »östliche Orientie-rung« bestellt.⁸⁹ Der Referent hatte in seinen geistreichen und sehr anregenden Aus-führungen immer wieder das Wort »irgendwie« gebraucht. Irgendwie müsse man sich aus den Irrwegen der westlichen parlamentarischen Demokratie herausfinden, irgen-dwie müsse es möglich sein, in östlicher Orientierung die wahren Volkskräfte wieder zur Geltung zu bringen, irgendwie müsse man einen organischen Aufbau des Volks-und Staatslebens herzustellen suchen. Es war nicht schwer, im Anschluß daran einer realpolitischen Arbeit das Wort zu reden. Das »Irgendwie« reiche aus und könne sehr geeignet sein, große und weitausschauende Ziele aufzustellen; der praktische Poli-tiker und eine Parteiorganisation, die unmittelbaren Einfluß auf die Staatsführung nehmen wolle, müsse sich bis in die Einzelheiten hinein über das »Wie«, über die tat-sächlichen Verhältnisse, Bewegungen und Kräfte, über die Mittel und Methoden, über die zu erwartenden praktischen Wirkungen jeder Maßnahme klar werden. Daran knüpfte ich eine Kritik an dem Gedanken der östlichen Orientierung und des Rätesy-

⁸⁸ WESTARP II, S. 511 ff.

⁸⁹ Protokoll einer Sitzung im Jahre 1920. Boehm war der Referent.

stems an, bei der ich nachdrücklich auf die bolschewistische Gefahr hinwies. In gleichem Sinne habe ich die Öffentlichkeit aufzuklären gesucht.

Zwingenden Anlaß zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung dieses Inhalts gaben mir literarische Äußerungen nahestehender Politiker.⁹⁰

»In interessantem Gedankengang gruppiert beispielsweise Herr Professor v. Freytagh-Loringhoven in einem Vortrag über den Bolschewismus (herausgegeben vom Provinzialverband Schlesien der DNVP) die typische Form der verschiedenen Weltanschauungen in einer Stufenleiter, die vom Sozialismus zum Konservatismus, dann weiter zum Liberalismus und endlich zum Anarchismus führe. Das Kennzeichen, auf dem diese Stufenleiter sich aufbaut, findet Herr v. Freytagh in der Stellungnahme zum Staat. Ihm räumt der Sozialismus die tiefsten Eingriffe bis zur Absorption des Individuums ein. Nicht annähernd so weit geht der Konservatismus, der das Recht, die Freiheit und die wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen erhalten und schützen, den Interessen der Allgemeinheit, insbesondere des Staates aber unterordnen will. Beiden gemeinsam ist der Gedanke, daß die Allgemeinheit dem Einzelnen gegenüber in den Vordergrund tritt und ein tiefer Gegensatz trennt beide vom Liberalismus und Anarchismus, von denen ersterer die Wohlfahrt des Einzelnen in den Vordergrund stellt und zum hauptsächlichsten Staatszweck macht, während der Anarchismus den Staat überhaupt verneint. Auch ein Aufsatz ›Alte und neue Mehrheiten‹ von Ulrich v. Hassell im ›Roten Tag‹ vom 29. März regt die Frage an, ob sich nicht in dem Programm der sozialdemokratischen Partei für die Auffassung der Rechten Berührungspunkte ergeben könnten, wobei Herr v. Hassell, wie mir scheint, Gedanken vertritt, die in den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei eine gewisse Verbreitung gefunden haben. [...] Es sei nicht zu bestreiten, ›daß auch vor der Revolution in wichtigen Beziehungen der Staats- und Wirtschaftsauffassung Berührungspunkte auch zwischen den beiden äußersten Flügeln vorhanden gewesen sind, die durch die Anordnung der Sitze und freilich auch aus anderen Gründen nicht zusammenkommen konnten‹. Mit vollem Recht hebt dabei der Verfasser die Verhältnisse hervor, die auch von rein programmatischen Gesichtspunkten aus heute für die Rechte ein Bündnis mit der Sozialdemokratie unmöglich machen. Sie liegen auf dem Gebiete des Verhaltens zur Revolution und zur Staatsform sowie in dem Gegensatz zwischen Nationalismus und Internationalismus. Aber auch darin kann ich Herrn v. Hassell zustimmen: Vom Standpunkte des Programms aus ergeben sich Berührungspunkte zwischen der Rechten und dem Sozialismus auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Organisation. Scharfe Gegensätze hinsichtlich des Maßes bleiben auch hier bestehen, brauchten aber nicht unter allen Umständen ein Zusammengehen bis zu einer bestimmten und scharf zu ziehenden Grenze zu verhindern. Leider pflegen nur auch da, wo im Programm Gedanken nahe beieinanderwohnen, die praktischen Gesichtspunkte, nach denen die Parteien handeln, sich hart im Raume des politischen Tageskampfes zu stoßen.«

Diesen Verfassern widersprach ich also mit Rücksicht auf ihre Bedeutung in der DNVP und auf deren Einheitlichkeit in der gemäßigten Form einer teilweise grundsätzlichen Zustimmung. Daneben aber tauchte der Gedanke einer nationalbolschewistischen Verzweiflungstat in einer Form auf, die mich veranlaßte, ihn unter Hinweis auf den Gang des Bürgerkrieges ganz entschieden abzulehnen.⁹¹

»Den Revolutionen ist gemeinsam, daß die Gefahr gewaltsamer Herrschaft der revolutionären Minderheit erst dann groß und überwältigend wird, wenn die bedrohten Kreise innerlich den Widerstand dagegen aufgeben. Deshalb ist unter den heutigen Verhältnissen jedes Anzeichen innerer Annäherung an den Bolschewismus und einer Aussöhnung mit dem Gedanken, daß er zur Herrschaft gelangen könnte, doppelt bedenklich. Die verzweifelte Lage, in der sich das deutsche Volk gegenüber den bevorstehenden Friedensverhandlungen befindet, birgt die große Gefahr in sich,

⁹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919, IP; Axel Frhr. v. Freytagh-Loringhoven: Staat und Individuum, 1919. Zu den im folgenden erwähnten Tendenzen bei Hassell vgl. SCHÖLLGEN, S. 35 ff.

⁹¹ Kreuz-Ztg. (wie Anm. 90) vom 6. 4. 1919; vgl. zum folgenden auch: Karl Schlösser: Die deutschnationale Volkspartei und die Annäherung Deutschlands an Sowjetrußland 1918–1922; Phil. Diss., Mainz 1956 (maschinenschriftl.), S. 48 f.

daß Deutschland, getrieben von dem Hunger und der Arbeitslosigkeit des Tages wie von der Verzweiflung über seine Zerreißung und über die Lasten der Zukunft, dem vom Osten heranstürmenden Bolschewismus rettungslos anheimfalle. Es ist zu billigen, wenn diese Gefahr auch der Entente klar und deutlich vor Augen geführt wird. [...] Aber unmöglich kann ich mich damit einverstanden erklären, wenn dieser Hinweis in der Form geschieht oder dazu führt, daß man dem deutschen Volke gewissermaßen zuredet, sich wehrlos dem Bolschewismus zu überlassen. Das tut u. a. der Professor Dr. Eltzbacher⁹² in einem Aufsatz mit der Überschrift »Das letzte Mittel« im »Roten Tag«. Daß er sich in diesen Ausführungen ausdrücklich darauf beruft, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei zu sein, erscheint mir in hohem Maße bedauerlich zu sein und begründeten Anlaß zu geben, seine Ausführungen auch vom Standpunkte der Deutschnationalen Volkspartei aus entschieden zurückzuweisen. Herr Eltzbacher verdient rückhaltlose Zustimmung in den vier Friedensbedingungen, auf denen wir bestehen müßten: keine Loslösung rein deutscher Gebiete vom Reich; keine Zahlung einer Entschädigung; Aufhebung der Blockade und Freilassung der Kriegsgefangenen. »Geht die Entente auf diese Bedingungen nicht ein, beweist sie dadurch ihren hartnäckigen Willen, uns niederzuhalten und auszusaugen, so erklärt Deutschland sich zur Räterepublik und bietet Rußland und Ungarn ein Bündnis an.« Diese Nachahmung des ungarischen Beispiels empfiehlt er unter nochmaliger Berufung darauf, daß er ein überzeugter Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei sei, die nicht von wirtschaftlichen Interessen, sondern von Idealen beherrscht werde. [...] Der ganze Trugschluß der Darlegungen beruht auf der schlimmen Utopie, daß unser nationales Besitztum nach der radikalen Vernichtung durch den Bolschewismus eines neuen Aufbaues und Aufstieges überhaupt noch fähig sein würde.«

Mißdeutungen der gegnerischen Presse zwangen mich zu wiederholter Zurückweisung nationalbolschewistischer Ideen.⁹³ Um die abzuwehrende Gefahr recht deutlich zu machen, knüpfte ich die Warnung an den Nachweis an, daß alle einzelnen Vorstöße der Bolschewisten dem einheitlichen Plane dienten, Deutschland auszuhungern.

»Der unverantwortliche Vorstoß des Herrn Eltzbacher, bei dem er sich noch dazu ausdrücklich auf die Zugehörigkeit zur Partei berief, hat auch von der deutschnationalen Fraktion in Weimar die verdiente Zurückweisung gefunden. »Das Bolschewikium ist weder ein politisches, noch ein soziales, noch ein wirtschaftliches System; es ist Willkür und Gewalt. Wir paktieren nicht mit dem Todfeind unserer gesamten Kulturgemeinschaft.« Diese treffenden Sätze aus der Kundgebung des Grafen Posadowsky sind dankbar zu begrüßen; es kann gar nicht genug geschehen, um unser Volk immer wieder auf die Lebensgefahr hinzuweisen, in die es sich durch seine Widerstandslosigkeit gegen den Bolschewismus täglich mehr hineinbegibt.«

Noch Anfang 1920 entstand ein Briefwechsel, in dem ich nationalbolschewistischen Ideen entgegentreten mußte. Hauptmann v. Claer schilderte in einem ausführlichen Schreiben die Erfahrungen, die er das Jahr 1919 hindurch bei den deutschen Truppen in der Ukraine mit dem Bolschewismus gemacht hatte. Dieser sei die einzige große Idee, die der Weltkrieg hervorgebracht habe, und werde durch die Macht der Idee, durch seine Disziplin und Überwindung seiner Kinderkrankheiten siegen. Deshalb müsse sich Deutschland mit ihm gegen die Versailler Entente politisch und wirtschaftlich verbinden. Ich ließ ihm keine Zweifel, daß ich diese Ansicht nicht teile.⁹⁴

»Die Vorherrschaft des Bolschewismus auch in der Form, wie er jetzt nach Ihren Darlegungen in Rußland sich gestaltet hat, würde nach meiner Auffassung für Deutschland das Ende aller Kultur bedeuten. [...] Die Möglichkeit, daß schon der Sommer uns einen militärischen Vorstoß unter gleichzeitiger Erhebung des inländischen Kommunismus bringt, sehe ich für außerordentlich ernst an. Wir müssen uns dann verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch indirekt den engli-

⁹² 1919 veröffentlichte Paul Eltzbacher in der Reihe »Politisches Leben. Schriften zum Ausbau eines Volksstaates« die Schrift »Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft«.

⁹³ So gegen die »Berliner Morgenzeitung«: Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

⁹⁴ Die gleiche Redewendung schon in Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

schen Interessen förderlich zu sein. Die Aufgabe einer klugen Politik wird es dann sein, diese Förderung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Auch für unsere auswärtige Politik bedeutet der Bolschewismus einen schweren Schaden, weil er ein unübersteigliches Hindernis ist, mit dem östlichen Nachbarn in ein gutes politisches und wirtschaftliches Verhältnis zu kommen. Solange der russische Bolschewismus darauf ausgeht, Deutschland politisch oder gar militärisch zu erobern, ist das natürlich unmöglich und jede Annäherung an das russische Reich ausgeschlossen. Ein Bündnis mit dem Bolschewikium kommt für uns nicht in Betracht, und die Voraussetzung des Herrn Scheidemann, daß Rußland seine bolschewistische Propaganda in Deutschland aufgeben werde, ist eine Utopie, solange dort der Bolschewismus herrscht. Andererseits wird man der Deutschnationalen Fraktion zustimmen müssen: »Einer östlichen Orientierung unserer auswärtigen Politik stehen wir durchaus freundlich gegenüber.« Das entspricht vollkommen früheren konservativen Auffassungen, und auch unter den veränderten Verhältnissen wird die Herstellung guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu einem gesunden und starken russischen Nachbarn das Ziel deutscher Politik sein müssen, um so mehr, als die polnische Nachbarschaft stets eine Quelle der Beunruhigung und Gefahr sein wird.«

Die außenpolitische Annäherung an Rußland nahm in den späteren Jahren konkretere Gestalt an, die eine neue Stellungnahme erforderte. Die Meinung nationaler Kreise, aus Angst vor dem westlich demokratischen Tode den Selbstmord der Preisgabe an den östlichen Bolschewismus zu begehen, war eine Fiebererscheinung, die nicht wiederkehrte, und ich glaube zu ihrer Überwindung beigetragen zu haben.

An die Warnungen vor der bolschewistischen Gefahr knüpfte ich ein Eingehen auf die Ideen berufsständischen Aufbaus, die sich aus dem Rätegedanken entwickeln ließen und von mehreren Seiten vertreten wurden.⁹⁵

»Es ist richtig, daß theoretisch genommen das Räteystem Spuren eines auch von konservativem Standpunkt aus zu billigenden Grundgedankens aufweist. Herr v. Hassell gibt Anschauungen Raum, die sich mehr und mehr verbreiten, indem er darauf hinweist, daß »die in der Rechten gepflegte berufsständische Gedankenwelt nicht mittelalterlich-reaktionär privilegierte Klassen zur Herrschaft bringen, sondern einen doktrinären, verknöcherten Parlamentarismus zurückdrängen und reformieren will durch organische Vertretungsformen der Wirtschaft«. Von den verschiedensten Seiten, auch außerhalb der konservativen Partei, werden diese Gedanken jetzt aufgenommen. Man weist auf die Zusammensetzung der Nationalversammlung hin, in der der Berufspolitiker überwiegt und der Vertreter der erwerbenden Stände – übrigens nicht am wenigsten derjenige der Landwirtschaft – zurücktritt. Man erinnert sich der Erfahrungen, die zeigen, daß die politischen Parteien mit ihren taktischen und agitatorischen Gegensätzen so häufig den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens nicht gerecht geworden sind. Auf der anderen Seite gibt z. B. ein Aufsatz des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des deutschen Industrierrates, Geheimrat Dr. Schweighoffer, in der Weltwirtschaftszeitung eine Darstellung der vorhandenen Berufsvertretungen. Im Deutschen Landwirtschaftsrat, im Deutschen Handelstag und im Zentralverband für den Deutschen Großhandel, im Deutschen Handwerks- und Gewerbetag, in den Gewerkschaften und nunmehr auch in dem Reichsverband der Deutschen Industrie, dessen Grundlagen am 4. Februar d. J. in Jena bindend vereinbart worden sind, erblickt der Verfasser den für eine zusammenfassende Organisation des deutschen Wirtschaftslebens erforderlichen Unterbau. Der Schritt zu einem Wirtschaftsparlament wäre nicht mehr allzu groß. Sein Aufgabenkreis neben dem Reichstag bestände in einer zum mindesten beratenden Mitwirkung in wirtschaftlichen und Steuerfragen. Ähnliche Beiräte wären nach dem Vorschlage von Kaliski auch bei den Landes-, Provinzial- und Gemeindeparlamenten leicht zu schaffen. Der Reichsbürgerrat hat bei seiner Tagung in Berlin gleichfalls gefordert, daß das Räteystem, falls es in der Verfassung verankert werden soll, auf sämtliche Berufsstände ausgedehnt werden müsse. [...] Auch ich halte das Ziel eines Wirtschaftsparlamentes für in hohem Maße erstrebenswert und glaube, daß die Entwicklung dahin drängt.«

⁹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919, IP.

Als dann der Regierungsentwurf erschien, trat ich sofort in entschiedene Opposition. Er bestätigte mir meine Auffassung, daß dieser Entwurf trotz seines antibolschewistischen und sozialen Inhalts bestimmt und geeignet sei, der bolschewistischen Gefahr Vorschub zu leisten. Zumal da der Rätekongreß vom 8. April 1919 noch tagte, hielt ich es für nötig, nochmals entschieden zu warnen.⁹⁶

»Der Radikalismus betreibt das Räte-system als Mittel zur Erzwingung einseitiger proletarischer Klassen-Diktatur wie in Rußland. Die Ereignisse in München und Braunschweig liefern jetzt auch in Deutschland Beispiele, die zeigen, worum es sich handelt. Der Berliner Rätekongreß, den die ›Sozialistische Korrespondenz‹ ziemlich unfreundlich, aber nicht ganz unzutreffend als eine Schwatzbude bezeichnet, ist an diesen Hauptgegenstand seiner Tagesordnung noch nicht gelangt. Ein Antrag Cohen-Reuß⁹⁷, der ihm vorliegt, enthält den interessanten Satz, ›die formaldemokratische bürgerliche Demokratie wertet in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der bloßen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen erstrebt.«

Das sollte durch Kammern der Arbeit geschehen, die in allen Instanzen an der Gesetzgebung bestimmend mitwirken sollten.⁹⁸

»Geht dieser Plan schon erheblich weiter als der Regierungsvorschlag, so sagt der Antrag der Unabhängigen einfach: ›Die Arbeiterräte sind die berufene Vertretung der werktätigen Bevölkerung‹ und überträgt ihnen die Kontrolle und Überwachung der Betriebe, das Gesetzgebungsrecht und die Exekutive ›zur Überleitung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische‹.

Nun haben im Rätekongreß die Regierungssozialisten zwar die Mehrheit. Es hat sich aber schon bei verschiedenen Abstimmungen gezeigt, daß diese Mehrheit keineswegs zuverlässig ist, sondern sich zugunsten der Unabhängigen zersplittert hat. Das geschah beispielsweise bei den Beschlüssen, die Truppen des Ostschutzes sofort aufzulösen und dem Kriegsminister einen Reichssoldatenrat zur Seite zu stellen.

Was der Rätekongreß beschließen wird, ist also noch ganz unsicher. Inzwischen hat sich das Papier gefunden, um eine neue, zweimal wöchentlich erscheinende ›Räte-Zeitung‹ von großem Umfange ins Leben zu rufen. Sie verurteilt den Verankerungsvorschlag der Reichsregierung in Grund und Boden, schmäht den ersten Rätekongreß vom Dezember vorigen Jahres auf das heftigste, weil dieser den Antrag Däumig⁹⁹, das Räte-system zur Verfassungsgrundlage zu machen, mit 344 gegen 98 Stimmen abgelehnt hat, und stellt dem jetzt tagenden Rätekongreß die Aufgabe, den Grundgedanken der Revolution, den Rätegedanken, zur Durchführung zu bringen und so dem unwiderstehlichen revolutionären Geist der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Es ist nicht anders: die Durchführung des Räte-systems, die vom Radikalismus geplant wird, bedeutet die einseitig bolschewistische Klassendiktatur; der Regierungsvorschlag ist eine aus Angst vor der Straße gemachte halbe Konzession, und irgendeine Sicherheit, daß die regierende Sozialdemokratie weiterem Drängen entschlossenen und erfolgreichen Widerstand entgegensetzt, ist nicht gegeben.¹⁰⁰ Höchste Aufmerksamkeit bei den Verhandlungen über das Räte-system ist also am Platze.«

Die politische Tendenz der radikalen Erpresser und die Schwäche der erpreßten und sozialdemokratisch beeinflussten Regierung hatten nun aber auch den technischen Inhalt des Entwurfs entscheidend beeinflusst. Es entsprach nicht den Ansprüchen ausgleichender Gerechtigkeit, die an eine berufsständische Organisation im konservativen

⁹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

⁹⁷ Emanuel Max Cohen-Reuß' Antrag: II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands vom 8. bis 14. April 1919. Sten. Ber., Berlin o. J., S. 269.

⁹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

⁹⁹ Ernst Däumigs Antrag: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Sten. Ber., Berlin 1919, S. 184.

¹⁰⁰ Über die Haltung der SPD zitiert Westarp (Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919, IP) zustimmend August Winnig, er erblicke in ihr den Beweis für »jene feige Nachgiebigkeit gegenüber populären Schlagworten, die das Erbteil unserer Partei ist und der wir so unerhörte Schwierigkeiten zu danken haben«.

Sinn zu stellen waren. Von Anfang an hatte ich diese Ansprüche umschrieben und dabei versucht, auch die Gewerkschaften gegen den Plan mobil zu machen.¹⁰¹

»Die neue Wirtschaftsorganisation kann aber ferner nur dann die notwendige Ergänzung, um nicht zu sagen das notwendige Gegengewicht gegen die Parlamentsherrschaft des Massenwahlrechts bilden, wenn sie nicht einseitig auf der Klassendiktatur der Handarbeiter beruht, sondern alle Berufe in gerechter Weise zur Mitwirkung heranzieht. Das jetzige Zugeständnis der Regierung, »die Arbeiterräte in der Verfassung zu verankern«, liegt nicht in dieser Richtung, sondern muß zur einseitigen Bolschewistendiktatur führen. Von einer gerechten Berücksichtigung anderer Berufsstände ist dabei keine Rede. Zerschlagen wird durch die so in Aussicht genommene Regelung der einst so stolze Bau der Gewerkschaften, die wegen ihrer Leistungen im Kriege nicht genug gerühmt werden konnten. Sie ernten jetzt die Früchte der schweren Schuld, die sie auf sich luden, als sie im Hilfsdienstgesetz die Notlage des Landes ausnutzten, um ihre Forderungen durchzusetzen und dabei durch den § 9 Absatz 3 dieses Gesetzes die unsinnige Lohnbewegung entfachten, unter deren Folgen wir dem Abgrunde nahe gekommen sind. Jetzt rächt sich diese Schuld. Die Gewerkschaften haben den Einfluß auf die Massen verloren, und die dauernde Einführung der Betriebsräte ist, wie der Vorsitzende der Generalkommission Legien noch Anfang Februar ausgeführt hat, geeignet, sie endgültig auszuschalten. Beruhen die Gewerkschaften doch auf dem System der Zusammenfassung aller Arbeiter eines Berufes, während die Arbeiterräte auf der Einteilung nach Betrieben und Bezirken beruhen.«

Einseitige Stärkung der Arbeiterklasse, also Klassenkampf statt Berufsorganisation trat dann auch, wie ich nachwies¹⁰², in dem Inhalt des Entwurfs selbst zutage. Er sah vor, daß Arbeiterräte zu gleichberechtigter gemeinsamer Arbeit mit Berufsvertretungen der Unternehmer zusammengeschlossen werden sollten, denen die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und begutachtende Mitwirkung und Initiative bei der Gesetzgebung übertragen werden sollte.

»Soweit wäre es mit der Gleichberechtigung der Unternehmer leidlich in Ordnung, und es käme auf den Aufbau im einzelnen an. Ganz ungeklärt aber ist die Frage, wie weit die Betriebsarbeiterräte in die wirtschaftliche Leitung des Unternehmens sollen hineinreichen können. Die früher in Aussicht gestellte Durchführung des parlamentarischen Systems in den einzelnen Fabriken läßt Schlimmstes befürchten und den Protest, den Abg. Rießer in Weimar gegen solche Befugnisse der Arbeiterräte erhob, nur zu begründet erscheinen. Bedenklich erscheint auch der vorletzte Absatz des vorgeschlagenen Art. 34, wonach den Arbeiter- und Wirtschaftsräten auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse überwiesen werden können. Das scheint doch eine Ausnahmestellung für die Arbeiterräte zu bedeuten, die auch ohne Mitwirkung der Unternehmer in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen kontrollieren und verwalten sollen. [...] Von einer umfassenden Berufsvertretung sind die durch den neuen Art. 34 in Aussicht genommenen Räte weit entfernt. Wo bleiben die freien Berufe, wo der Handel und der kleinere Gewerbeunternehmer sowie der kleine Landwirt, die wenig oder gar keine Arbeiter haben, wo die Arbeiter, die in ganz kleinen Betrieben beschäftigt sind? Die praktische Schwierigkeit beginnt natürlich erst bei der Durchführung im einzelnen. Dabei ist ebenso wichtig wie schwierig die Verteilung der Stimmzahl in dem Berufsparlament, einerseits auf die einzelnen Erwerbszweige und andererseits zwischen Arbeitern und Unternehmern. Legt man hierbei das reine Zahlenverhältnis zugrunde, so kommen selbstverständlich die Unternehmer zu kurz und große Erwerbszweige wie besonders die Landwirtschaft werden nicht in ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt. Zu einer derartig fehlerhaften Verteilung aber wird die Demokratie aus prinzipieller Vorliebe für die mechanische Wertung des Menschen nach der Zahl und die Sozialdemokratie stets deshalb geneigt sein, weil sie den organisierten industriellen Arbeitermassen das Übergewicht schaffen wird. Wenn der Wirtschaftsrat nur Gutachten abzugeben hat, wird das Recht der Minderheit allenfalls dadurch gewahrt, daß sie die Befugnis erhält, ihre abweichende Meinung selbst zu vertreten. Bei

¹⁰¹ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, IP.

¹⁰² Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

Beschlüssen aber, bei Ausübung der Gesetzgebungsinitiative, der Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse entscheidet auch im Berufsparlament die Mehrheit, kommt es also auf die Stimmenzahl der einzelnen Berufe maßgebend an.«

Professor Stahlberg¹⁰³, zu dem ich seit seiner Tätigkeit im »Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden« gute Beziehungen hatte¹⁰⁴, gehörte zu denjenigen, die mich zu einer Aussprache über die Unklarheit aufsuchten, die in Rechtskreisen hinsichtlich des Rätessystems bestand. Wir verabredeten einen Vortrag vor einer geladenen Gesellschaft, den ich in Steglitz am 29. April 1919 hielt. Er ist im Druck erschienen¹⁰⁵ und enthält in zusammenfassendem Überblick die geschichtliche Entwicklung der revolutionären Arbeiter- und Soldaten-Räte und die Gesichtspunkte zur Beurteilung der Räte-Organisation als den Träger proletarischer Klassendiktatur einerseits und als Bestandteil der auch im konservativen Sinne erstrebenswerten Berufsorganisation andererseits.

In den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung wurde die Gefahr politischer Rätediktatur, vor der ich gewarnt hatte, abgewendet. Die Regierungen Scheidemann und Bauer haben mit der Weimarer Koalition die von ihren radikalen Gegnern erpreßte Zusage, illoyal gegenüber den Erpressern, aber politisch zweckmäßig in dem Sinne der Eingliederung der Arbeiterräte in eine Berufsorganisation erfüllt. In den Verhandlungen der Nationalversammlung vom 21. Juli 1919¹⁰⁶ über den Artikel 162/34 des Entwurfs (165 RV) hielt der Unabhängige Sozialdemokrat, später Kommunist Koenen¹⁰⁷ zwar noch eine donnernde Rede gegen die Preisgabe des revolutionären Gedankens des Rätessystems.

»Das Rätessystem ist uns die Befreiung des Proletariats, das Rätessystem wird uns die Diktatur des Proletariats sichern, und nur dadurch werden wir uns den Sozialismus sichern. Das Rätessystem ist uns die wirkliche Vollendung der Demokratie, für die zu kämpfen unser entschlossener Wille ist.«

Der Kampf ruft wirkte nur noch als Rückzugskanonade. v. Delbrück stellt im Ausschuß¹⁰⁸ fest, daß in der Rätebewegung eine revolutionäre und eine konservative Strömung vorhanden sei, stimmte in Übereinstimmung mit dem konservativen Gedanken der Errichtung des Reichswirtschaftsrates zu und beantragte, diesen in Verbindung mit dem Reichsrat zu einem Oberhaus auszubauen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Im Mai 1919 wurde ein Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter vorgelegt. Ich erhob Bedenken dagegen¹⁰⁹,

»daß die Arbeiterräte auch über die Einstellung, nicht bloß über Kündigung und Entlassung mitzubestimmen haben, daß sie vermöge ihres Rechtes, Einsicht zu nehmen, in alle Geschäftsgeheimnisse eindringen können oder daß die Angestellten in ihnen zu kurz kommen.«

Dazu kam eine Rede des preußischen Wohlfahrtsministers Stegerwald und eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums mit einem ausführlichen Programm

¹⁰³ Nicht ermittelt.

¹⁰⁴ WESTARP II, S. 167.

¹⁰⁵ Das Rätessystem. Aus einem Vortrag des Grafen Westarp in Steglitz am 29. 4. 1919, abgedruckt in: Die Parteien und das Rätessystem. Parteiprogramme, Anträge, Aufsätze und Äußerungen hervorragender Politiker aller Parteien nebst den Gesetzentwürfen der deutschen und österreichischen Regierung, hrsg. v. Alexander Bessmertny und M. Neven Du Mont, Charlottenburg 1919.

¹⁰⁶ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328, S. 1747 ff.

¹⁰⁷ Wilhelm Koenens Rede siehe Anm. 106.

¹⁰⁸ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 336 vom 2. 6. und 18. 6. 1919, S. 393 ff., 538.

¹⁰⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 243 vom 25. 5. 1919, IP.

der Gemeinwirtschaft.¹¹⁰ Alle drei Kundgebungen fielen zeitlich mit dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen zusammen. Unter ihrem erschütternden Eindruck stellte ich die sachliche Kritik zurück mit dem Hinweis auf die Pariser Reparationskommission, die unser ganzes Wirtschaftsleben unter ihre Kontrolle und Leitung nehmen werde. Falls wir uns der Fremdherrschaft unterwerfen, so wisse man nicht, ob überhaupt noch etwas übrig bleibe, worüber Arbeiterräte und Unternehmer mitzubestimmen haben. Dann werde die endlose Schraube der Reparationen dem Wohlfahrtsminister keine Mittel für positive Arbeit belassen und dem Reichswirtschaftsminister jede Selbständigkeit für die Regelung des Wirtschaftslebens nehmen.

Die weitere Ausführung des Artikel 165 RV erfolgte noch durch die Nationalversammlung. Zuerst wurde das Betriebsrätegesetz¹¹¹ – wiederum unter dem Druck eines Straßenkampfes, in dem revolutionäre Massen am 13. Januar 1920 den Reichstag zu stürmen versucht hatten – erlassen. Deshalb und wegen seines Inhalts lehnte ich es mit scharfer Kritik ab.¹¹²

»Auch wenn es weiter gelingt, den gewaltsamen Umsturz noch fernzuhalten, so ist die regierende Mehrheit eifrig am Werke, durch die Annahme des Betriebsrätegesetzes in der jetzt beschlossenen Form die Revolutionierung unseres ganzen Wirtschaftslebens auf trockenem Wege durchzuführen. Über all die ersten Bedenken hinweg, die von der rechten Seite durch die Abgeordneten Schiele, Weillböck und Vögler vorgetragen sind, ohne jede Rücksicht auf den Warnungsruf, den die Industrie in ihrem Vortrage bei dem Reichspräsidenten Ebert erhoben hat, schafft die Regierungsmehrheit in den Betriebsräten nach der jetzigen Fassung des Gesetzes die Organe zur endgültigen Zerstörung unseres Wirtschaftslebens. Man stelle sich nur vor, worauf Herr Vögler hinwies, daß über 500 000 bis 600 000 Mitglieder der Betriebsräte in die deutsche Wirtschaft einziehen werden, um über das Schicksal der Betriebe zu beraten anstatt zu arbeiten. Die Betriebsräte werden der Tod der gewerkschaftlichen Organisationen sein, die der Arbeiterstand selbst sich geschaffen hat, und der Arbeitsgemeinschaften, mit denen die Industrie das Zusammenarbeiten von Unternehmer und Arbeiter zu organisieren auf bestem Wege war. Man hätte auch nicht vergessen dürfen, wie der Radikalismus nach seinen eigenen Aussprüchen fest entschlossen ist, die jetzt geschaffenen Betriebsräte auszunützen, um jeden einzelnen Betrieb zu revolutionieren, unter seine Herrschaft zu bringen und so mit der wirtschaftlichen Revolution auch die politische Diktatur der Räte vorzubereiten.«

Im Betriebsrätegesetz errang also der revolutionäre Rätegedanke noch einen Erfolg, der freilich mehr auf dem wirtschaftlichen und sozialen als auf dem allgemeinen politischen Gebiet zur Gefahr wurde. Der in Art. 165 vorgeschriebene Ausbau der Bezirkswirtschaftsräte unterblieb. Unter Bezugnahme auf das Gesetz über »die vereinfachte Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft« wurde im Verordnungswege ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat eingesetzt.¹¹³ Hierbei hatte nun endlich die Reichsregierung die Erwartung erfüllt, daß sie den konservativen Gedanken einer Berufsvertretung zum Erfolg verhelfen werde.

Ich benutzte das, um festzustellen, daß dieser Gedanke den Parlamentarismus der Massenwahl im allgemeinen Bewußtsein zurückzudrängen beginne.¹¹⁴

»Die radikalen Richtungen, die an die Stelle der parlamentarischen Regierung die Rätediktatur setzen wollen und die parlamentarische und Wahlarbeit mißachten und ablehnen, nehmen in der Ar-

¹¹⁰ Abgedruckt in Vossische Zeitung vom 24. 5. 1919.

¹¹¹ Gesetz vom 4. 2. 1920, RGBl. S. 147.

¹¹² Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP.

¹¹³ Gesetz vom 17. 4. 1919 (RGBl. S. 344; Verordnung vom 4. 5. 1920, RGBl. S. 858). Vgl. Dr. [Harry] Hauschild, Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926. Denkschrift, Berlin 1926.

¹¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 239 vom 23. 5. 1920, IP.

beiterschaft ständig zu. Auch im übrigen hat die überhastete und von der Straße so stark beeinflusste gesetzgeberische Arbeit während der nun abgelaufenen ersten Geschichtsperiode der deutschen Republik in allen Berufskreisen die Erkenntnis verstärkt, daß die Parteien die wirtschaftlichen Fragen nicht mit der nötigen Sachlichkeit regeln, teils weil dem so vielseitig beanspruchten Abgeordneten die erforderliche gründliche Sachkenntnis fehlt, vor allem aber, weil die Mehrheiten sich viel zu sehr von taktisch-parlamentarischen oder geschäftsordnungsmäßigen Erwägungen und von agitatorischer Rücksichtnahme auf die Popularität bei den Massen leiten lassen. Wer diesen Gedanken heute in den Wahlversammlungen ausspricht, findet meistens lebhaft Zustimmung. Dem so empfundenen und erkannten Mißstand glauben die Angehörigen der einzelnen Berufe vielfach dadurch abhelfen zu müssen, daß sie unter allen Umständen die Aufnahme eines Vertreters ihres Berufes in die Wahlliste der Partei verlangen, eine Forderung, die, wenn sie von jedem Beruf gleichzeitig in jedem Wahlkreis erhoben wird, selbstverständlich von keiner Partei erfüllt werden kann. [...] So tritt der Gedanke weiteren Ausbaues der Berufsvertretungen, der in einem Wirtschaftsparlamente gipfelt, auch in der Wahlbewegung in den Vordergrund.«

Diese Schwierigkeiten würden sich in erster Linie aus dem Machtkampf der Berufe und Klassen um das Maß ihrer Vertretung ergeben.

»Es wird weit weniger eine Frage der theoretischen Konstruktion als vielmehr eine solche der parlamentarischen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Machtverhältnisse und der rührigen Entschlossenheit der einzelnen Berufe und Klassen sein, ob es gelingen wird, weitere Verstärkungen der einseitig proletarischen Klassendiktatur zu vermeiden und eine gerechte Zusammensetzung der Vertretungskörper und des Wirtschaftsparlamentes herbeizuführen, die der Bedeutung jedes Berufes für Volk und Wirtschaft wirklich entspricht.«

Gegenstand meiner Kritik war, daß der Vorläufige Reichswirtschaftsrat nur zur Begutachtung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze, die ihm von der Regierung vorliegen würden, zur Stellung von Anträgen und Enqueten auf diesem Gebiete berufen war. Ich berichtete von Plänen der rechtsstehenden Parteien, ihm wenigstens ein Einspruchsrecht wie dem Reichsrat einzuräumen.

»Diese über den Artikel 165 hinausgehende Regelung scheint mir das mindeste zu sein, was verlangt werden muß. Die Entwicklung aber dürfte weiter drängen. [...] Auch mir scheint es ein erstrebenswertes Ziel, dem Reichswirtschaftsrat die volle Stellung einer zweiten Kammer zu geben, mit der Wirkung, daß ein Gesetz nur durch übereinstimmenden Beschluß beider Parlamente zustande kommt. Nur so kann der auf dem mechanischen Prinzip der Zahl aufgebauten parlamentarischen Demokratie das Gegengewicht gegeben werden, ohne welches sie in der überstiegenen Form der Weimarer Verfassung zur einseitigsten Herrschaft der Parteien und der Masse und damit zu weiterem unaufhaltsamen Niedergang führt. Ob es möglich sein wird, die Zuständigkeit des Wirtschaftsparlamentes auf das wirtschafts- und sozialpolitische Gebiet zu beschränken, erscheint mir äußerst zweifelhaft. Es wird wenige Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen geben, die keine Wirkungen auf diesem Gebiete ausüben.«

Die Stellung zu den Betriebsräten und dem Reichswirtschaftsrat, die wir damals eingenommen haben, ist für uns die Grundlage zahlreicher Erörterungen der nächsten Jahre geblieben.

Der von uns dauernd vertretene und bearbeitete Gedanke, an die Stelle des Parlaments der Massenwahl oder neben ihm, als zweite Kammer, ein berufsmäßig aufgebautes Parlament zur Teilnahme an der Gesetzgebung zu berufen, ist auch bis heute (1937) nicht durchgeführt worden. Das nationalsozialistische Regiment hat zwar die Organisation der Berufe bis zur letzten Möglichkeit ausgebaut, dabei die Scheidung nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgeschaltet und den so gebildeten Fachschaften weitgehende Befugnisse der Selbstverwaltung übertragen. Die organisatorische Grundlage für ein berufsständisches Parlament, die uns gefehlt hat, ist nun also vorhanden. Der weitere Schritt, es zu bilden und zur Teilnahme an der Gesetzgebung,

Geldbewilligung und Kontrolle zu berufen, ist nicht getan und anscheinend auch nicht beabsichtigt.

Der Verfassungsentwurf bestimmte in Artikel 1 Absatz 2: »Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold«. Auch der Flaggenwechsel, der in erster Linie von der Sozialdemokratie gefordert wurde, war ein Ausfluß des Bedürfnisses jeder Revolution, alles Bestehende schlecht zu machen und über Bord zu werfen.

»Weil wir das alte System beseitigt haben, wollen wir auch das Symbol des alten Systems beseitigt sehen. [...] Jetzt, da die demokratischen Forderungen erfüllt werden, jetzt ist es an der Zeit, es offen zu dokumentieren und damit das schwarz-rot-goldene Symbol aufzustecken.«

Diese Begründung des Entschlusses durch den sozialdemokratischen Redner Molkenbuhr¹¹⁵ war im Grunde genommen erschöpfend. Da sich aber nicht nur bei der Rechten, sondern auch im Zentrum und bei den Demokraten starke Opposition dagegen geltend machte, suchte man die schwarz-rot-goldenen Farben auch mit weiteren Gründen annehmbar zu machen. Man erinnerte an die Burschenschaft und die Begeisterung der Revolutionäre von 1848 für diese Farben. Man erklärte, es sei erforderlich, dem Ausland gegenüber klarzustellen, daß das deutsche Volk und der deutsche Staat ganz neu geworden sei, und man machte drittens gemeinsam mit dem Vertreter Österreichs im Ausschuß geltend, die schwarz-weiß-rote Flagge sei nur das Symbol Kleindeutschlands gewesen, während die schwarz-rot-goldenen Farben den großdeutschen Gedanken verkörperten.

Eine Opposition aus Handelskreisen, die besonders von dem demokratischen Hamburger Senator Petersen vertreten wurde, machte praktische Bedürfnisse des Seeverkehrs und Außenhandels geltend. [...] Auch das Zentrum stimmte im Ausschuß noch für schwarz-weiß-rot. Die Regierungsparteien schafften sich aber eine Mehrheit durch das Kompromiß, das bestimmte, daß »die Handelsflagge schwarz-weiß-rot, mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke« sein solle. Der Unterschied zwischen den Reichsfarben und der Handelsflagge war sinnlos und zweckwidrig und wurde durch die Gösch, die nur den Eindruck schwächerer Halbheit machte, keineswegs ausgeglichen.

Für die Deutschnationalen trug v. Delbrück in der ersten Lesung eine Meinung vor¹¹⁶, der man im Anfang bei besonders leidenschaftlichen Nationalisten nicht selten begegnete, und die sich Hitler noch in seinem Buch »Mein Kampf« zu eigen gemacht hat.

»Meine politischen Freunde und ich und andere im Lande, die uns nahestehen, könnten sagen: wir wollen uns nach dem Grundsatz richten: die Flagge deckt die Ladung, und die Ladung, die dieses Schiff führt, wollen wir nicht mit der ruhmvollen schwarz-weiß-rotten Flagge decken. Mag sie die schwarz-rot-goldene Farbe tragen.«

Indessen machte er und die Fraktion sich diesen Standpunkt nicht zu eigen, sondern im Ausschuß und Plenum setzten sie sich Seite an Seite mit der Deutschen Volkspartei mit aller Schärfe für die Beibehaltung der schwarz-weiß-rotten Flagge ein.¹¹⁷ Untersuchungen über die geschichtliche Bedeutung und Entstehung der schwarz-

¹¹⁵ Hermann Molkenbuhrs Rede: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 2. 7. 1920, S. 1234.

¹¹⁶ Ebd., Bd. 326 vom 28. 2. 1919, S. 384.

¹¹⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 (Abstimmung), S. 1245, 1276; ebd., Anlagen-Bd. 336, Protokoll des Verfassungsausschusses vom 6. 3. 1919 (Antrag v. Delbrück, Kahl), S. 28, 3. 6. 1919 (Kahl, v. Delbrück), S. 400 f., 4. 6. 1919 (Kompromiß), S. 413.

rot-goldenen Farben, die Feststellung, daß das Herunterholen der alten ruhmvollen Flagge unsere Feinde nicht besänftigen, sondern uns in deren Augen verächtlich machen würde, der Hinweis darauf, daß die Feinde den Anschluß Österreichs gar nicht zuließen, wurde dafür ins Feld geführt. In erster Linie standen in diesem Kampf doch die Empfindungen der Anhänglichkeit und Verehrung für die schwarz-weiß-roten Farben des Kaiserreiches.¹¹⁸

Kahl¹¹⁹ rief im Plenum wenige Tage nach Scapa Flow aus, »die Flagge, mit der zuletzt unsere stolzen Kriegsschiffe untergegangen sind, wollen wir nicht missen«. Als deutschnationaler Redner machte Laverrenz leidenschaftlich vorgetragene Ausführungen über die Anhänglichkeit an die schwarz-weiß-rote Flagge, die in der Feststellung gipfelte¹²⁰:

»Diese alten Farben sind durch tausend Wurzeln mit dem Herzen des Volkes verwachsen. Sie waren es, unter denen unsere Väter den ruhmreichen Krieg von 1870 geführt haben, aus dem sie als köstlichen Siegespreis die heißersehnte deutsche Einheit heimbrachten, auf Grund deren das Gestühl gezimmert ist, auf dem Sie heute noch sitzen. Es sind die Farben, unter denen Deutschland den glänzendsten Abschnitt seiner zweitausendjährigen Geschichte zurückgelegt hat. Es sind aber auch die Farben, für welche im Weltkrieg Millionen von Volksgenossen in gutem Vertrauen auf die gerechte Sache des Vaterlandes in den Tod gegangen sind. [...] Mit ihnen sind Gefühle verwebt, in die man nicht ohne Not rauh eingreifen sollte.«

In meinen Aufsätzen aus jener Zeit finde ich nur einen kurzen Bericht¹²¹ über die Reichstagsverhandlung. In den Versammlungen habe ich es wohl selten unterlassen, gegen den Flaggenwechsel Front zu machen. Er nahm in der Agitation der Partei einen breiten Raum ein. Ich sprach in einem Begrüßungsartikel für einen Pommerschen Parteitag von den »rechtsstehenden Politikern, die sich unter den deutschnationalen Farben schwarz-weiß-rot gesammelt haben«.¹²² Wenn uns vorgehalten wurde, der Flaggenstreit habe durch unsere Schuld das deutsche Volk in zwei Lager gespalten, gaben wir den Vorwurf zurück. Beides ging an der Sache vorbei. Der Streit um die Flagge war nur ein Symptom des hinter ihm stehenden Gegensatzes der politischen Machtkämpfe und Auffassungen. Zutreffend aber ist, daß kaum etwas die öffentliche Meinung der Massen auf beiden Seiten so erregt und deshalb der Republik in so hohem Maße geschadet hat wie der Streit um die Farben. Wie so oft übten auch hier die Imponderabilien eine fast noch größere Wirkung aus als der sachliche Inhalt der Verfassung.

Auch manche Schöpfer der Weimarer Verfassung und begeisterte Anhänger der demokratischen Republik sahen mehr und mehr ein, daß der Flaggenwechsel eine der größten Torheiten gewesen ist, die in Weimar begangen worden sind.

Im ganzen Verlaufe der Verfassungsverhandlungen bemühten sich die Parteien der regierenden Mehrheit, ihr Werk zu preisen und die einzelnen Abschlüsse der Arbeit mit einer gewissen Feierlichkeit zu umgeben, um so die demokratische Republik und die Weimarer Verfassung dem Empfinden des Volkes näher zu bringen.

Daran beteiligten sich führend und am eifrigsten die Redner der Sozialdemokratie, die den Übergang zur Republik von jeher als Forderung ihres Programms betrieben

¹¹⁸ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 336 vom 3. 6. 1919, S. 403 f.

¹¹⁹ Wilhelm Kahl, siehe Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 2. 7. 1919, S. 1226.

¹²⁰ Ebd., S. 1228 ff.

¹²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 309 vom 6. 7. 1919, IP.

¹²² Pommersche Tagespost Nr. 286 vom 24. 10. 1919, »Heraus aus dem Sumpf des 9. November«; siehe ferner Korrespondenz der DNVP Nr. 78 vom 28. 2. 1919.

und schließlich erzwungen hatte. Aber auch Zentrum und Demokratie, die noch bis in den September des Jahres 1918 hinein sich laut zum monarchischen Staat bekannt hatten, schlossen sich nunmehr dem Bemühen an, für die Republik Stimmung zu machen. Gleich bei ihrem Zusammentritt begrüßte Ebert als Volksbeauftragter die Nationalversammlung mit einem Pathos, das Begeisterung ausdrücken und erwecken sollte.¹²³

»Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann. [...] Deutschland kann in der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Länder den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. [...] Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. [...] Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.«

Zitate von Goethe und Fichte gaben dem Schluß einen noch höheren Schwung. Den gleichen Ton schlug der Präsident der Nationalversammlung David bei der Begrüßung seines zum Reichspräsidenten gemachten Parteigenossen Ebert an¹²⁴: »Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer.« Ebert schrieb er das Verdienst zu, daß er durch sein Eingreifen nach dem 8. November 1918 Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet habe. Lebhaft Zustimmung aus dem Hause fand in beiden Reden die Ankündigung der von Bismarck verfehlten Vereinigung mit Deutsch-Österreich zu einem größeren Deutschland.

Besonders hell leuchtete die Begeisterung der Regierungsparteien nach der Annahme der Verfassung in dritter Lesung auf. Reichsregierung und Nationalversammlung begrüßten sich gegenseitig mit Dank und Glückwunsch. Reichskanzler Bauer stellte die historische Bedeutung in das rechte Licht.¹²⁵

»Das ist die wahre Geburtsurkunde des freien Staatswesens, das von nun an Form und Träger des deutschen Volkswesens bilden soll. Eine neue Zeit beginnt; möge sie auch eine bessere sein. Heute setzen wir den ersten Fuß wieder auf festen Boden, nach fast fünfjährigem Marsch durch das Meer von Blut und Haß und Entbehrung. Wir fassen zusammen Fuß, welcher Partei und Weltanschauung wir auch angehören, und zusammen müssen wir das neue staatliche Leben beginnen.«

Der Innenminister David würdigte das große Werk sachlich¹²⁶:

»Anstelle des noch in den Sturmtagen der Revolution rasch zusammengemauerten Notbaues tritt nun ein wohldurchdachter, staatsrechtlich festgefügtter Neubau. In seinen Mauern soll das nationale Dasein unseres Volkes wieder zu größerer Ruhe, soll unser Volk wieder zu geordnetem lebensfrohem Wirken gelangen.«

Ihn begeisterte das Meisterwerk der Verfassung besonders wegen der es beherrschenden Gedanken politischer, wirtschaftlicher und sozialer Demokratie:

¹²³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 6. 2. 1919, S. 1 ff.

¹²⁴ Ebd. vom 11. 2. 1919, S. 40; nach Davids Ernennung zum Reichsinnenminister folgte ihm am 14. 2. Fehrenbach als Präsident.

¹²⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 329 vom 31. 7. 1919, S. 2193 f.

¹²⁶ Ebd., S. 2194 f.

»Nirgends in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in der neuen deutschen Verfassung. Ich brauche nur auf das demokratische Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften hinzuweisen; ich brauche nur hinzuweisen auf die übergreifende Gewalt, die dem sich direkt betätigenden Volkswillen beigelegt wird. Ich brauche zum dritten nur darauf hinzuweisen, daß die Frauen in Deutschland die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung errungen haben. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie der Welt.«

Das schwungvollste Pathos, auch des Dankes und der Anerkennung für die eigene Leistung der Nationalversammlung, brachte ihr Präsident Fehrenbach auf.¹²⁷

»So legen wir nun die Verfassung in die Hände des deutschen Volkes, das wir dadurch zum freiesten Volke der Erde gemacht haben. [...] Möge unser deutsches Volk, festgeschlossen wie in den vergangenen Tagen im vereinten Vaterlande, unter der Sonne der Freiheit aus Sorge und Not den Weg finden zu jenen lichten Höhen, wo die Pflicht der oberste Leitstern ist, wo die Liebe zum Nächsten die gesellschaftlichen Zustände regelt, wo im edlen Wettbewerb alle Kräfte nur angespannt werden für Wohlfahrt, Bildung und Gesittung. Das ist in der Geburtsstunde der Verfassung unser Wunsch für Volk und Vaterland!«

Wir haben im Gegensatz dazu von Anfang an vorausgesagt, daß die Novemberrevolution und die aus ihr hervorgegangene republikanische Verfassung nicht geeignet sei, vom Volke mit Begeisterung aufgenommen zu werden, und haben dazu beigetragen, das zu verhindern. Die Aufgabe war nicht schwer. Nach der konstituierenden Februartagung, für die man übrigens das Weimarer Nationaltheater tagelang in reichem Blumenschmuck prangen ließ, kam es mir zunächst darauf an, auf die Enttäuschung aufmerksam zu machen, die zu empfinden Sozialdemokratie und Demokratie allen Anlaß hatten und die deutlich als Unterton aus ihren Festreden herauszuhören war.¹²⁸

»Demokratie und Sozialismus sind der vollen Verwirklichung nahe. Wie oft sind diese beiden Ideale gepriesen worden als die Allheilmittel für alle Schäden. Sie sollten uns, ohne daß wir eigener Macht noch bedurft hätten, Recht und Friede, Versöhnung und Verständigung, eine gleichberechtigte und geachtete Stellung in der Welt, Ansehen und Liebe bei allen Völkern bringen. Im Innern sollten sie die Massen aufs engste dem Staate verbinden in dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk nun frei sei und frei bleibe von aller Gewaltherrschaft und allen Standesvorrechten, und sie sollten jedem Bedrückten aus Not und Elend den Aufstieg zu Wohlstand und höherer Kultur eröffnen. [...] Es hätte wohl nahe gelegen zu erwarten, daß bei einem für diese Richtungen so bedeutsamen, weltgeschichtlichen Akt von vornherein die bisher erreichten Erfolge oder doch wenigstens feste und erkennbare Grundlinien des Baues, in dem das goldene Zeitalter errichtet werden soll, aufgewiesen worden wären.

In den sozialdemokratischen Parteireden, die wir bisher von dem leitenden Staatsmann der deutschen Republik, dem Alterspräsidenten und dem gewählten Präsidenten in Weimar gehört haben, ist nichts dergleichen zu finden. Die Redner haben es vermieden, sich in einem allzu deutlichen Widerspruch zu der Tatsache zu stellen, daß bisher seit der Revolution nichts von Fortschritt, nichts von beginnendem Aufstiege erkennbar gewesen, sondern nur tiefe demütigende Schmach und vernichtender Niederbruch im Äußern und im Innern dem deutschen Volke beschieden war. Dagegen ist die Rede des Herrn Ebert ein unfreiwilliger und deshalb um so wirksamerer Beweis dafür, wie bis heute jede Hoffnung auf die Revolution so grausam und bitter enttäuscht worden ist. [...] Wer so von der Revolution, von sich selbst und von seiner Partei jede Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände ablehnt, die er selbst von jeher erstrebt und herbeigeführt hat und seit Monaten mit diktatorischer Gewalt beherrscht, dem scheint es klar geworden zu sein, daß das Erreichte dem einst gewollten Ideal so gar nicht entspricht.«

¹²⁷ Fehrenbachs Rede vom 31. 7. 1919 ebd., S. 2195.

¹²⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919, IP.

In ähnlicher Weise kommentierte Westarp sozialdemokratische Äußerungen zum ersten Jahrestag der Revolution¹²⁹ und widersprach Eberts Selbstbezeichnung als »Konkursverwalter des alten Systems«.¹³⁰ Im März 1919 berichtete er über die wachsende Kritik an den Ergebnissen der Revolution¹³¹:

»Die Tatsachen sind es, die gegenrevolutionär wirken, nicht reaktionäre Verschwörungen.« Mit dieser Feststellung hat Graf Posadowsky in der Erklärung der Deutschnationalen Fraktion die Entwicklung durchaus richtig gekennzeichnet. Das weiß auch die Sozialdemokratie, und es erfüllt sie mit ernstester Sorge. Sehr bezeichnend hierfür ist die Zuschrift eines sozialdemokratischen Landlehrers, die der »Vorwärts« vom 25. März an leitender Stelle mit dem Zusatz bringt, es handle sich nicht um einen einzelnen Fall und eine allein stehende Meinung, vielmehr gingen ihm Briefe solcher Art täglich in großer Zahl zu. Unter der Überschrift: »Gebt die sozialdemokratischen Vorposten nicht preis«, berichtet der Einsender: »Wir einzelnen Sozialdemokraten auf dem Dorfe sind in Gefahr, in aller Stille erdrückt zu werden von der langsam, aber sicher vorwärts drängenden monarchischen Masse.« [...] Zu den Beobachtungen über die wieder auflebende Kraft der monarchischen Grundüberzeugungen tritt die Befürchtung, die radikalen Massen in immer größerem Umfange an die Unabhängigen zu verlieren. Das verleitet die regierenden Sozialdemokraten zu den merkwürdigsten Maßnahmen und beschleunigt den Prozeß ihres Hinübergleitens in den Radikalismus, mit dem von Anfang an gerechnet werden mußte. [...] Mögen die sozialdemokratischen Gewalthaber im Vollgefühl ihrer Macht oder aus Angst vor dem Radikalismus die Bewegung der Geister zu töten suchen und Märtyrer schaffen, den Lauf der Entwicklung werden sie durch ihre großen Worte, ihre Drohungen und ihre Maßnahmen ebensowenig ändern wie das Verhalten der rechtsgerichteten Volkskreise. An reaktionäre Verschwörungen und gewaltsame Entfesselung des Bürgerkrieges in der heutigen Not des Volkes denkt auf der rechten Seite niemand. [...] Auch von Kundgebungen und Handlungen, die reizen, ohne zu nutzen, ist abzuraten. Man muß warten können, bis geduldige und unausgesetzte Arbeit sachlicher Aufklärung über die Gründe und die Erfolge der Revolution ihr Werk getan haben.«

Mit dieser Absicht schrieb Westarp im April 1919 über die wirtschaftliche Lage¹³²:

»Jetzt mehren sich die Anzeichen, daß auch die Industrie und mit ihr das deutsche Wirtschaftsleben von der Revolution endgültig in Stücke geschlagen sind. Die Nachricht, daß die Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, die Besitzerin der »Zeche Präsident«, den Konkurs angemeldet hat, halte ich für ein Sturmzeichen ernstester Art. Zahlreiche industrielle Unternehmungen rechnen, wie mir gesagt wurde, kaum noch nach Monaten, sondern nach Wochen bis zu dem Zeitpunkt, zu welchem die unsinnigen Lohn- und Streikbewegungen ihre letzten Reserven an Mitteln und Kredit erschöpft haben. [...] Der Traum selbständiger und freier gleichberechtigter und erfolgreicher Beteiligung an der Weltwirtschaft ist ebenso wie der Traum der Weltpolitik für Deutschland auf lange hinaus ausgeträumt. Mit dem ständigen Aufschwung der Industrie und des Ausfuhrhandels, mit dem Reichtum, den er ins Land brachte, mit der Möglichkeit, Jahr für Jahr einer neuen Bevölkerung von fast einer Million Seelen auf dem engen deutschen Boden Wohnung und Nahrung zu schaffen, haben wir für die nächste Zeit nicht zu rechnen. Es ist kaum abzusehen, wie die Gefahr abgewendet werden soll, daß der Deutsche, und zwar der Arbeiter sowohl wie der höher Gebildete, der Auswanderung anheimfällt und draußen fremder Wirtschaft und fremdem Volkstum dienstbar wird, ohne den Zusammenhang mit der Heimat und die nationale Eigenart zu wahren. [...]

So wird das deutsche Volk in der Wirtschaft wie in der Politik ganz von vorn anfangen müssen. Wir werden zunächst wiederum alle Kraft anspannen müssen, nur um auf eigenem Boden den notdürftigen Lebensunterhalt zu erarbeiten. [...] Die Geschichte straft die Völker mit demjenigen, wodurch sie gesündigt haben. Wir waren dem Materialismus verfallen; nun stehen wir vor Jahrzehnten größter Entsagung auf allen Gebieten materieller Güter. Noch scheinen die wenigsten zu wissen, was uns in dieser Beziehung bevorsteht.«

¹²⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP.

¹³⁰ Siehe unten S. 344 ff.

¹³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

¹³² Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP.

Mit Schärfe wendete ich mich nach der Februartagung gegen den Mißbrauch, der mit dem »Geist von Weimar« getrieben wurde. Anlaß dazu gaben bereits Eberts Eröffnungsreden.¹³³

»Ästhetisch unerfreulich und politisch wenig nutzbringend scheint mir die Aussicht zu sein, daß die Rede Eberts den Auftakt zu dauernder Beschwörung des Weimarer Geistes und mehr oder weniger zutreffenden Anführungen von Aussprüchen unserer Dichter führen könnte. Auch hier hat der Hinweis Eberts auf den Weg, der das deutsche Volk zu neuem Aufstiege führen soll, all die Nachteile halber Wahrheit. Wer wollte daran zweifeln, daß am deutschen Volke eine Erneuerung des Idealismus unserer Dichter und Denker aus der Weimarer Zeit, aber auch derjenigen aus den Befreiungskriegen bitter not tut? Im Munde des Herrn Ebert aber bedeutet diese Forderung, die so eng an dasjenige anklängt, was unsere Feinde von uns verlangen, die Preisgabe der anderen Pflichten, die Hingabe an den Staat, die lebendige Staatsgesinnung, den Geist der Zucht und Ordnung, kurz alles dasjenige wieder wachzurufen, was als der altpreußische Geist Potsdams, mit dem Geiste von Weimar vermählt dem deutschen Volke Einigkeit und unvergleichliche Größe gebracht hat.«

In dem Rückblick auf die Sommertagung der Nationalversammlung fügte ich hinzu, daß durch sie der Name Weimar geradezu verdunkelt, der Geist von Weimar aber ebenso wie der Geist von Potsdam preisgegeben worden sei.¹³⁴

»Gedachte man bisher, wenn man Weimars Namen pries, der Geisteswerke eines Goethe, Schiller und der anderen ihnen verwandten Persönlichkeiten, so ruft der Name Weimar von nun an die frischere Erinnerung an Scheidemann, Erzberger und deren Genossen hervor. Wie bisher die Urbilder und Vorbilder eines rein geistigen Strebens nach Wahrheit, des idealen Genusses der Schönheit und jener schöpferischen Kraft hervorgezaubert wurden, die Werke des Geistes um ihrer selbst willen schafft und die wir als eine charakteristische Eigenart deutschen Wesens betrachten durften, sind diese Bilder jetzt verdunkelt durch das Treiben des demokratischen Politikers, das unbekümmert um objektive Wahrheit wie um die Regeln des Maßes und Anstandes nur auf den Erfolg des Tages bei den Massen eingestellt ist. [...] Selbst die leitenden Kreise der Mehrheitsparteien werden sich nicht darüber täuschen, daß die hinter ihnen stehenden Teile des Volkes dem in Weimar geschaffenen Werke lau und kühl gegenüberstehen; weit größer noch als sie vielleicht denken, ist die Zahl derjenigen Volksangehörigen, die ebenso wie ich die politischen Ergebnisse der Weimarer Tagung ohne jede Ausnahme nur mit Scham und Trauer für die Vergangenheit, mit ernstester Sorge für die Zukunft betrachten können.«

Als bekämpfenswerte Stimmungsmache zugunsten der sozialdemokratischen Revolution behandelte ich auch die Erhebung des 1. Mai zum nationalen Feiertag.¹³⁵

»Der »Vorwärts« ist sehr erregt über die »reaktionäre Katzenmusik«, mit der die nationale Presse den Tag begleitet habe, an dem »das Proletariat mit wehenden Bannern und klingendem Spiel die Straßen Groß-Berlins durchzog und so den Maigedanken kräftig vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck brachte«. Nun wohl, es muß dem Regierungsblatt noch einmal gesagt werden, daß der Zwang, diesen Tag als Feiertag zu begehen, für die nicht sozialdemokratisch organisierte Mehrheit des deutschen Volkes ein Schlag ins Gesicht, für Deutschland als Ganzes eine jammervolle Würdelosigkeit war. [...] Als die internationale Sozialdemokratie bei der Hundert-Jahresfeier der Französischen Revolution im Jahre 1889 in Paris den 1. Mai zum Feiertag erhob, wurde dieser Tag ausdrücklich dem Gedanken der internationalen Solidarität des Proletariats gewidmet. Es ist von jeher der Festtag der sozialdemokratischen Internationale gewesen. Der Gedanke, ihr zu Ehren gerade heute einen allgemeinen gesetzlichen Feiertag einzuführen, ist Deutschland vorbehalten geblieben. Wenn irgendetwas in diesem Kriege zusammengebrochen ist, so ist es die sozialdemokratische Internationale. [...] Die Arbeiterparteien in England und Frankreich haben gar nicht da-

¹³³ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919, IP.

¹³⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP.

¹³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 204 vom 4. 5. 1919, IP.

ran gedacht, ernsthaft dahin zu wirken, daß der Krieg vor völliger Niederwerfung Deutschlands beendigt werde. Nur die deutschen Radikalen haben sich die Aufgabe gestellt, im Interesse der roten Internationale das eigene Heer zu unterwühlen; im Auslande haben alle internationalen Kongresse sich bestenfalls mit platonischen Kundgebungen begnügt. Jetzt ist in lebendiger Wirksamkeit nur die Internationale des Bolschewismus.«¹³⁶

Der Arbeiterschutz, dem die internationale Demonstration des 1. Mai gewidmet war, gipfelte im 8 Stunden-Tag. Nun war der 8 Stunden-Tag erreicht. Der so erzielte Erfolg hatte aber »alles andere, nur keine Beruhigung hervorgerufen«. Im Ruhrrevier hatte man den 7 Stundentag, in einzelnen Streiks forderte man den 5 Stundentag.

»Aber mir scheint überhaupt, daß es mit den sozialen Vorteilen, die die Revolution der Arbeiterschaft in Deutschland gebracht hat, nicht viel anders aussieht als mit den papierenen Geldmitteln, die jetzt unseren Reichtum ausmachen. Es ist doch sehr bezeichnend, daß die Heerführer der Entente in den besetzten Gebieten den 8 Stundentag nicht dulden. Von den vermeintlichen oder wirklichen Fesseln, die im Inlande den Arbeiter zur Arbeit zwangen, glaubt er sich durch die Revolution befreit zu haben; von außen steht unserem Volke ein Arbeitszwang bevor, von dessen Schwere und drückender Last sich bis jetzt nur wenige eine auch nur annähernd richtige Vorstellung machen. Der Friede, der uns bevorsteht, wird dem deutschen Arbeiter unter allen Umständen die Arbeitsfron und Lohnsklaverei zugunsten des vertrusteten angelsächsischen Großkapitals bringen.«

Die Ironie der Weltgeschichte, mit der bisweilen begangene Fehler gesühnt werden, traf die Einführung des Maifeiertags. Als Regierung und Mehrheit das Gesetz über ihn erließen, mußten sie wissen, daß er mit dem Beginn der Friedensverhandlungen zusammenfallen würde.

»Nun sind am 2. Mai in Versailles die Vollmachten ausgetauscht. Das Schicksal, das der bevorstehende Friedensschluß Deutschland auf Generationen hinaus bringen wird, steht zu der Tatsache, daß das deutsche Volk am Vorabend dieser Friedensverhandlungen ein allgemeines Volksfest zu feiern angehalten wurde, in einem furchtbaren Kontrast.«

Die Motive, aus denen man für die Republik den Namen »Reich« wählte, legte den Vergleich mit dem Kaiserreich nahe.¹³⁷

»Nach den Mitteilungen des Reichsministers Preuß hat man für den neuen Freistaat die Bezeichnung Reich beibehalten, weil man sich gesagt hat, daß an diesen Namen lebendig gebliebene Empfindungen und Gemütswerte des deutschen Volkes geknüpft seien. Trotzdem mußte Herr Preuß beklagen, daß die Inangriffnahme des Verfassungswerkes in so geringem Maße von Freudigkeit und Begeisterung getragen sei. An den Grund dieser allerdings sehr unbestreitbaren Tatsache kam er ziemlich nahe heran, als er darauf hinwies, daß allerdings die Anwendung des Wortes Reich Schwierigkeiten mache, weil es im auswärtigen Dienst dafür nur die Übersetzung »empire« gäbe. Dies ist kein Zufall. Der Traum und die Sehnsucht, der Stolz und die Freude der Deutschen hing und hängt nicht allein an dem Worte Reich, sondern an »Kaiser und Reich«. Dafür begeisterten sich jene »Demokraten« aus den ersten zwei Dritteln des vorigen Jahrhundert von den Befreiungskriegen bis zur Vollendung des Bismarckschen Werkes, die sehr ungleich der heutigen Demokratie lebendige Träger des nationalen Gedankens gewesen sind. Für Kaiser und Reich wehte dann die Flagge schwarz-weiß-rot, die man jetzt verstecken will.«

Als im Frühjahr 1920 die Wahl zum Reichstag näher rückte, trat der Konflikt, in dem die nationale Opposition sich befand, in neuer Form zutage. Es galt den Ton schärfster Ablehnung jeder Begeisterung oder auch nur Anerkennung für das Weimarer Werk aufrechtzuerhalten und doch zu verhindern, daß dadurch die Beteiligung an

¹³⁶ Die folgenden Zitate wie Anm. 135.

¹³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 105 vom 9. 3. 1919, IP.

der Wahl beeinträchtigt wurde. In den Nachrufen, die ich der Nationalversammlung beim Abschluß ihrer Geschichtsperiode widmete, suchte ich der Doppelaufgabe gerecht zu werden.¹³⁸

»Der Rückblick kennzeichnet sie als die Periode tiefsten Verfalls und eines fast hoffnungslosen Niederganges der deutschen Nation. Das Ende, dessen Tag nach Wortlaut und Geist der Verfassung längst gekommen war, ist schließlich ein erzwungenes und durch einen gewaltsamen Niedbruch herbeigeführt. [...] Ein tiefer Widerwille oder eine müde Gleichgültigkeit gegen die Parteien und die Parteipolitik in immer weiteren Kreisen sind die Folge. So verständlich sie sind, so verderblich müssen sie wirken, solange vermöge der Weimarer Verfassung Parteien, Parteipolitik und Parteienmehrheiten, die einzig maßgebenden Faktoren für die äußere und innere Politik, für Gesetzgebung und Verwaltung, kurz für das Schicksal und die Zukunft der Nation sind. Selten hat ein System in seinen Erfolgen und in der allgemeinen Achtung so schnell und gründlich abgewirtschaftet wie das der parlamentarischen Demokratie in dem einen Jahre seiner unbedingten Herrschaft in der Nationalversammlung. Keinen Erfolg hat es aufzuweisen, kein Ideal hat es dem Volke, geschweige denn, wie die Demokraten zu ihrem schmerzlichen Erstaunen haben erkennen und anerkennen müssen, der Jugend zu geben vermocht.«

Einen Schlußakkord brachten die letzten drei Verhandlungstage mit hier nicht mehr interessierenden Einzelheiten.¹³⁹ Es hätte den parlamentarischen Gebräuchen widersprochen, und die Fraktion hätte nach der Geschäftsordnung auch nicht das Wort erhalten, wenn sie zu den einleitenden und abschließenden Festreden des Reichs- und des Versammlungspräsidenten und der Reichsminister hätte Stellung nehmen wollen. Vielleicht hätte sie doch etwas mehr in der Richtung tun können. In den sachlichen Verhandlungsdebatten hatte sie die Ablehnung vielfach zutreffend begründet. Eindrucksvoll ist besonders der von v. Delbrück geführte Nachweis, daß die Weimarer Verfassung schon nach der Art ihrer Entstehung unmöglich im deutschen Volke Wurzeln schlagen könne.¹⁴⁰

»Die Verfassung und das Reich von 1870 waren im wesentlichen die Ergebnisse zweier Faktoren – keine Zufälligkeit, Herr Cohn! –, die ich in die Schlagworte zusammenfassen möchte: Potsdam und Weimar. Nun frage ich Sie: trägt das neue Reich und trägt die neue Verfassung etwas von dem Geiste dieser beiden Faktoren? Trägt sie etwas an sich von Potsdam oder trägt sie etwas an sich von Weimar? Ich fürchte, die Frage ist nach der einen wie nach der anderen Seite zu verneinen. Das neue Reich hat vorläufig einen weichlichen Zug – ich möchte sagen, ein hippokratisches Gesicht. Man merkt ihm die Leiden an, die das deutsche Volk während seiner Geburt zu ertragen hatte, man merkt dem Reich und der Verfassung, die wir jetzt verabschieden sollen, an, wieviel Hoffnungen das deutsche Volk auf dem Wege von Spa nach Versailles zu Grabe getragen hat. Diese Verfassung ist nicht die Arbeit eines freien, stolzen, seiner Kraft bewußten, sondern wie ja auch unser verehrter Herr Präsident des Verfassungsausschusses¹⁴¹ vorhin schon andeutete, die Arbeit eines zerschlagenen, am Boden liegenden Volkes, und so geht denn durch die Verfassung als bestimmter Zug die Neigung durch, unsere Verhältnisse einzufügen und einzupassen denen des Auslandes.«

In der Tat sind es das hippokratische Gesicht der Weimarer Verfassung, also ihr Ursprung aus Unterwerfung und Zusammenbruch, und das Fehlen eines hohen Zieles nationaler Befreiung von äußerer Demütigung und Fremdherrschaft gewesen, die ihr von vornherein das Urteil gesprochen haben, das am 30. Januar 1933 vollzogen worden ist.

¹³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920, IP.

¹³⁹ Zusammenfassendes Urteil: Kreuz-Ztg. Nr. 239 vom 23. 5. 1920, IP.

¹⁴⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 2. 7. 1919, S. 1216 f.

¹⁴¹ Conrad Haußmann.

Die Stellung zur Weimarer Verfassung ist, wie vorauszusehen war, für die Deutschnationale Volkspartei zu einem Kernpunkt der politischen Entwicklung bis zum Jahre 1933 geworden. Die Ablehnung der Republik und der konservativ-monarchische Standpunkt hat die Koalitionsfähigkeit der Deutschnationalen für die republikanischen Parteien in Frage gestellt und den praktischen Erfolg ihrer positiven Mitarbeit herabgemindert, während die positive Mitarbeit ihrerseits dem grundsätzlichen Protest einen Teil seiner Stoßkraft genommen hat.

Dennoch ist unser Widerstand gegen die demokratisch-parlamentarische Republik nicht ohne entscheidende Wirkung geblieben, deren Wert den Nutzen etwa erreichbar gewesener besserer Einzelerfolge reichlich aufgewogen hat. Mit dem Nachweis, daß der Republik der rechtliche Boden und die geschichtliche Rechtfertigung fehle, daß sie dem deutschen Wesen fremd und daß sie ungeeignet sei, der Not des deutschen Reiches und Volkes Herr zu werden, haben wir den »Kampf gegen das System« eröffnet und ihm die geistigen Waffen geschmiedet. Unser Festhalten an der monarchischen Überlieferung und ihren Symbolen hat diesem Kampf für weite Volkskreise ein positives Ziel gegeben und unser Hinweis darauf, daß der Revolution und Republik jede tragende und begeisternde Idee fehle, weil sie aus der Unterwerfung unter das Diktat der Feinde, nicht aus dem Willen zur äußeren Freiheit geboren sei, hat wesentlich dazu beigetragen, daß die neue Staatsform im Empfinden des Volkes nicht Wurzeln schlagen konnte. Gewiß haben die praktischen Folgen, die sich aus der Halbheit der Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und noch mehr aus der Unmöglichkeit der auf die Allmacht des Reichstages gestützten Parteierrschaft ergaben, in erster Linie die Krise und den Sturz der Parlamentsherrschaft herbeigeführt. Sie hätten diese Wirkung nicht ausüben können, wenn wir nicht von vornherein so entschieden die Verfassung abgelehnt, ihr Versagen vorausgesagt hätten und so in der Lage gewesen wären, die mit dem demokratischen System verbundenen unheilbaren Schäden dem Volke vor Augen zu führen. Unsere Ziele waren negativ die Beseitigung der demokratischen Parlamentsherrschaft und der Machtstellung der Weimarer Koalition, namentlich der Sozialdemokratie, und sie gipfelten positiv in der Rückkehr zum Königtum und Kaisertum der Hohenzollern.

Gesetzgebung und Verwaltung

Die Nationalversammlung hatte sich zum alleinigen Gesetzgeber gemacht. Der Beschluß ihrer Mehrheit verpflichtete den Reichspräsidenten, ein Gesetz zu verkünden und dadurch in Kraft zu setzen. Einspruch des Reichspräsidenten oder Reichsrates und die Möglichkeit, den Volksentscheid anzurufen, erwiesen sich als praktisch bedeutungslos. Die Regierungsparteien der Nationalversammlung konnten also ihre gesetzgeberischen Ideen ungehemmt verwirklichen, und die Nationalversammlung verfehlte nicht, ihre eigentliche Aufgabe des Erlasses der Verfassung überschreitend, tief in das Gebiet der sachlichen Gesetzgebung einzugreifen.

So lebhaft ich infolge meiner ganzen Vergangenheit an der Gestaltung der einzelnen Gesetzentwürfe interessiert war, so konnte ich doch dazu in dieser Periode nicht so eingehend Stellung nehmen wie vorher und nachher. Dem Parlament nicht angehörig, an den Fraktionsberatungen nicht beteiligt, bis in den Herbst hinein vom Sitz der in Weimar tagenden Nationalversammlung örtlich getrennt, war ich auf den um Wochen verspäteten Eingang der amtlichen Drucksachen und auf Presseberichte angewiesen, die in jener Zeit noch unzulänglicher waren als sonst. Der sachliche Inhalt der Gesetzgebung tritt also in meiner Berichterstattung aus dieser Zeit mehr als sonst in den Hintergrund. Dagegen beschäftigte mich eine Reihe großer gesetzgeberischer Fragen, weil und soweit ihre Behandlung durch die regierenden Parteien geeignet war, nachzuweisen, daß sie trotz ihrer unbeschränkten Machtvollkommenheit unfähig waren, die aus der Not der Zeit erwachsenen gesetzgeberischen Aufgaben zu lösen.

Drohend erhob die »Inflation« ihr Haupt. Obwohl sie erst in dem Beginn jener Entwicklung stand, die in den nächsten dreieinhalb Jahren einen so ungeheuren Umfang annahm, riefen Währungsverfall und Finanznot, jede dieser beiden Erscheinungen sowohl Ursache wie Wirkung der anderen, unerträgliche Mißstände hervor. Die regierenden Gewalten versagten nicht nur im Kampf gegen diese doppelte Not, sondern waren an eine Politik gebunden, die sie noch förderte und beschleunigte.

Die Geldentwertung in dem Umfang, die damals über uns hereinbrach, war eine neue und überraschende Erscheinung. Der ganz überwiegende Teil des Volkes bis weit in die politisch und wirtschaftlich führenden Kreise hinein hat sie erst nach längerer Zeit in ihren Ursachen und Wirkungen voll zu erkennen vermocht. Männer wie Helfferich, der mit seiner überlegenen Kenntnis des Geldwesens verhältnismäßig klar sah und voraussah, um was es sich handelte, waren eine Ausnahme, und ich stehe nicht an, anzuerkennen, daß der Verkehr mit ihm mir gerade auch auf dem finanztechnischen Gebiet viel Anregung gebracht hat.

In den ersten etwa zwei Jahren wirkte die Geldentwertung auf den einzelnen so gut wie ausschließlich als Steigerung aller Preise. Der damit verbundene Vermögensverlust trat erst später in Erscheinung. Die Not der unerschwinglichen Preise wurde durch den Mangel an Lebensmitteln verstärkt. Der Feind hielt die Hungerblockade bis in das Jahr 1920 hinein aufrecht und verschärfte sie durch Erpressung der abzuliefernden Produktionsmittel, beispielsweise von 140 000 Milchkühen. Da der Krieg durch kein

Durchhalten mehr gewonnen werden konnte, verschwand der letzte Rest frommer Scheu vor den Geboten der Kriegsgesetzgebung. Alle, Stadt und Land, Arbeiter und »Bessergestellte« ergänzten die unzulänglichen Rationen durch den Schleichhandel mit seinen unkontrollierten Preisen. So stieg der unentbehrliche Lebensbedarf auf eine immer märchenhafter werdende Preishöhe.

Das Einkommen hielt, worauf ich oft hinwies, mit den Preisen nicht Schritt. Zweiter Sieger in dem Rennen war der Arbeitslohn, scharf getrieben durch die gewaltige Lohn- und Streikbewegung, zu der die Revolution geworden war. Der Beamte, besonders der Altpensionär, folgte, durch die Schwerfälligkeit der Besoldungserhöhung und das Übelwollen des herrschenden Proletariats gehemmt, in weiterem Abstand. Der Empfänger von Zinsen und Renten, besonders auch der Besitzer von Kriegsanleihen, hatte infolge des Grundsatzes »Mark gleich Mark« überhaupt keinen Anteil an den Erhöhungen. Die beweglichen Dividenden, der Kursgewinn und die Kapitalerhöhung der Aktien paßten sich ihnen, wenn man mit Glück und Eifer spekulierte, etwas mehr an. Die Bezieher der höheren Preise und Einkommen ihrerseits mußten bereits damals, als die Entwertung des Geldes noch nicht das Tempo der späteren Jahre angenommen hatte, nur zu bald erfahren, daß der erzielte Gewinn keinen Bestand hatte. Auf den Grund der Dinge drangen in ihrem Urteile über diese Zustände nur wenige. Erstaunen und Entrüstung, Kummer und Sorge, aber auch das stolze Bewußtsein, mit dem einzelne sich die Verhältnisse durch besondere Klugheit und Wendigkeit zunutze zu machen suchten, fußten im wesentlichen auf dem Vergleich der jetzigen mit den früheren Preisen.

Wer jene Zeit nicht als Erwachsener miterlebt hat, kann sich schwer vorstellen, welche Wirkung die Preissteigerung auf das private Leben jedes einzelnen ausübte. Einige persönliche Erlebnisse, über die ich Aufzeichnungen habe, mögen das Bild lebendiger gestalten. Sie zeigen, daß ich zwar nicht in eine so unmittelbare Notlage geriet wie ein großer Teil des Volkes, daß aber auch ich mit meiner Familie in unserem Lebensstand wesentlich herabgesetzt, zu empfindlichen Einschränkungen gezwungen und von schweren persönlichen und politischen Sorgen erfüllt war. Ein Augenblicksbild vom Lebensmittelmarkt gab ich Anfang 1919 [20. Januar] in einem Brief an v. Heydebrand.

»Nun möchte ich noch, obwohl meine Frau das auch selber tun wird, Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin herzlichst für die freundliche Sendung danken. Sie war hochwillkommen. Die Rationen werden hier noch regelmäßig ausgeteilt, sind aber sehr knapp, Kartoffeln fünf Pfund die Woche, sollen noch bis in den März langen, dann stehen Kohlrüben in Sicht. Über die Rationen hinaus bekommt man, wie mir scheint, wer bezahlen will und kann, bei der jetzigen Unordnung noch leichter etwas als vorher, aber zu wahnsinnigen Preisen. Eine Hammelkeule ist wohl nicht unter zwölf Mark das Pfund zu haben, ein Huhn 30 Mark, ein Zentner Kartoffeln 25 Mark, Mehl sechs bis sieben Mark das Pfund, Butter 20 bis 30 Mark. Einen sehr billigen Gelegenheitskauf einer Gans habe ich, einmal in diesem Winter, zu 8,50 Mark das Pfund getätigt, im ganzen 60,50 Mark.«

Nicht nur in Reden, auch in Privatgesprächen und Briefen war ich bemüht, den Landwirten die Konsumentenschwierigkeiten vor Augen zu führen. So kann ich einem Brief an Dr. Roesicke [7. Oktober] eine Zusammenstellung der im Herbst 1919 in Schöneberg auf dem offenen Markte gezahlten, also amtlichen Preisen, entnehmen: ein Pfund Bohnen 1,60 Mark, ein Pfund Birnen 1,75 Mark, ein Ei 1,45 Mark, ein Kopf Rotkohl 2,00 Mark, eine Gurke 2,75 Mark.

Einige Sommerwochen, in denen meine Frau bereits bei meiner verheirateten Tochter in Gärtringen war, während ich noch in Berlin festgehalten wurde, gaben den Anlaß, daß ich mich ausnahmsweise an den Haushaltssorgen beteiligte und mich be-

mühte, aus unseren legalen und illegalen Berliner Quellen Vorräte für unseren Haushalt zu beschaffen. Den Briefen, in denen ich darüber berichtete, entnehme ich einige Augenblicksbilder. Frisches Gemüse und Obst, das unsere Köchin mir vorsetzte, kostete Mitte Juni 1919, das Pfund Spargel 2 Mark, Stachelbeeren 2 Mark, Kirschen 6 Mark, Erdbeeren 17 Mark, der Kopf Blumenkohl 3.50 Mark. »Kunsthonig« spielte eine große Rolle. Es war mir zweifelhaft, ob zum Einkochen Vorräte von Marmelade, deren Hauptbestandteile der Kohlrübe entnommen waren, beschafft werden sollten, weil sie als Erdbeer- und Johannisbeermarmelade 3.75 Mark, unter dem Namen Himbeermarmelade 4.50 bis 5 Mark kosteten. Ich hatte zu berichten (21. Juni 1919), daß ich die Köchin, die sich alle Mühe gab, mich gut zu beköstigen, zur Sparsamkeit anzuhalten versuchte, ein Eingriff, der sonst nicht zu meinen Gewohnheiten gehörte.

»Mittags gab es dann Graupensuppe, Speck-Kotelett, Kohlrabi; abends dicke Bohnen mit Zwiebeln.«

Ein von Kreth veranstaltetes Zusammensein mit Kapp im Habsburger Hof wäre in Friedenszeiten nicht gerade außergewöhnlich gewesen, wirkte aber jetzt, wie mein Bericht vom 23. Juni 1919 zeigen mag, als Ausnahme.

»Der Oberkellner fragte, ob wir Erdbeeren zum Nachtsch haben wollten, worauf Kreth erklärte: Erdbeeren sind doch ein Getränk. [...] Kosten schauderhaft (über 80 Mark auf den Kopf; Menu: Forelle, Schinken – mit Karte ›half der Oberkellner aus‹ – mit gefüllten Zwiebeln, Kompott, Käse für 16 Mark usw.) Politischer Ertrag nicht so enorm, obwohl mit Kapp mancherlei zu besprechen ganz nützlich war.«

Zentralheizung und Warmwasserversorgung hörten vielfach ganz auf, und die Versuche, die darauf eingestellten Wohnungen mit eigenen Öfen zu heizen und in ihnen das warme Wasser für Bad und Wäsche selbst zu beschaffen, scheiterten vollends.

Die in diesen Erlebnissen sich spiegelnden Zustände trafen gerade die bedürftigste Bevölkerung, Kranke und Arbeitslose, Witwen und Waisen, kleine erwerbsunfähige Rentner viel härter als mich. Sie brachten die Finanzen und das öffentliche Wirtschaftsleben in eine den Mangel steigernde Unruhe und Unordnung, riefen Empörung und Sorge hervor und schürten Haß, Neid und Unzufriedenheit zu einer Siedehitze, die den bolschewistischen Bürgerkrieg entfachen half. Noch sah man den Stand der Geldentwertung vorwiegend innenpolitisch. Ihre Ursachen und Wirkungen mußten, da ein Keil immer den andern trieb, gemeinsam erörtert werden.

Die Opposition gegen Revolution und Sozialdemokratie machten mir den nachdrücklichen Hinweis darauf zur Pflicht, daß der wüste Lohnkampf, den sie entfesselt hatten, eine der wesentlichen Ursachen der Geldentwertung und ihrer Folgen war. In meinem Vortrag vor dem Deutschnationalen Beamtenbund¹ nahm ich die ideelle Begründung dieses Gedankens auf, die zu einem festen Bestandteil meiner Reden wurde.

»Unter den Gründen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, steht im Vordergrund der schwere Irrtum und die schwere Schuld, die darin liegen, wenn bei der allgemeinen Verarmung des deutschen Volkes der einzelne meint, er könne seine Lage auf die Dauer wesentlich dadurch verbessern, daß er sich bei verminderter Arbeitsleistung erhöhte Einnahmen an Papiergeld zu verschaffen sucht. Hier hat der Egoismus sich selbst widerlegt. Indem er die Allgemeinheit und in ihr den einzelnen schädigte, verfehlte er schließlich sein eigenes Ziel, die Interessen des einzelnen. Nur vorübergehend konnte dem einzelnen seine erhöhte Einnahme nützen; der Schaden, den die dadurch vermehrte Flut an Papiergeld der Volkswirtschaft zufügte, traf nur zu bald auch den Urhe-

¹ Siehe oben S. 121 ff.

ber mit vollem Gewicht. So sehen wir die Schraube ohne Ende: Steigerung der Preise als Folge erhöhter Löhne, neue Lohnerhöhung als Folge der Preissteigerung. Die Entwicklung nützt niemand: einmal muß sie zum Ende mit Schrecken führen.«

Es fehlte nicht an Erscheinungen des wirtschaftlichen Verfalls, bei denen die verhängnisvollen Folgen des von der Sozialdemokratie gezüchteten, von der Revolution entfesselten Klassenegoismus der Arbeitermassen nur zu deutlich hervortraten. Im März 1919 zeigte die Étatsberatung der Landesversammlung einen finanziellen Verfall der preußischen Staatsbahn. Sie schloß mit einem Fehlbetrag von 2 200 Millionen ab, den in erster Linie die Steigerung der Löhne und Gehälter herbeigeführt hatte. Trotz des Hindenburg-Programms², das der Finanzminister Südekum dafür verantwortlich machen wollte, hatte der Etat von 1918 noch ausbalanciert werden können. Ich wiederholte den oft erhobenen Vorwurf³ gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, daß sie sich nicht hatten entschließen können,

»im Hilfsdienstgesetz die vaterländische Arbeitspflicht der Heimat durchzuführen, ohne gleichzeitig durch den § 9 Absatz 3 des Gesetzes und durch den Ausbau der Schiedsbehörden den Arbeitern ausdrücklich das Recht zu gesteigerten Lohnforderungen zu gewährleisten. Aber selbst die so entfesselte Lohnbewegung hätte uns doch noch nicht so tief in den Abgrund stürzen brauchen, wie es jetzt geschehen ist. Das hat allein die Revolution zuwege gebracht, die nach dem Zeugnis des sozialdemokratischen Ministers Simon und des Herrn Südekum selbst nach russischem Muster zum großen Lohnstreik ausgeartet ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Massen, die den Gewerkschaften vollständig aus der Hand gegangen sind, haben, wie sie Tausende von Millionen an Heeresgut verschleudert und unsere Industrie zum Erliegen gebracht haben, so auch den völligen finanziellen Niederbruch Preußens herbeigeführt.«

Die Kohlen- und Verkehrsnot des Jahres 1919 hatte bereits im Sommer zum Versagen von Gas- und Elektrizitätswerken und zur Stilllegung von Betrieben geführt. Es handelte sich nicht, wie beschwichtigend behauptet wurde, um Transportschwierigkeiten. Aus anderen Mitteilungen ging hervor⁴,

»in welch ungeheurem Maße die Förderung der Bergwerke infolge Nachlassens der Arbeitsleistung zurückgegangen ist. Dabei ist auch hervorgetreten, wie unheilvoll die mechanische Anwendung des achtstündigen Arbeitstages wirken mußte. Weil die Arbeit im Bergwerk schwerer ist als andere Arbeit, wenden sich die Arbeiter von dem Bergbau ab, sobald die anderen Arbeiter mit ihren Lohnbezügen und mit der Arbeitszeit die gleichen Vorteile erringen, die bisher allein den Bergarbeitern zugänglich waren. Deshalb fordert jetzt der Bergarbeiter und der Sozialpolitiker, der hemmungslos dessen Interessen vertritt, für den Bergbetrieb die sechsstündige Schicht und weitere Lohnerhöhungen.«

Ich konnte den demokratischen Wirtschaftspolitiker Gothein für die Schädlichkeit übertriebener Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und sogar den »Vorwärts« für Mahnungen an die Eisenbahnarbeiter anführen, die mich lebhaft an unsere frühere konservative Stellungnahme erinnerten.⁵

Im Jahresrückblick auf Weimar machte ich die überspannten Arbeiterforderungen der Sozialdemokratie ferner dafür verantwortlich, daß eine vernünftige Sozialpolitik unmöglich geworden war und der volle wirtschaftliche Zusammenbruch vor der Tür stand.⁶

² Vgl. WESTARP II, S. 452–463; ferner GROENER, S. 341–349, KIELMANSEGG, S. 187 ff.

³ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP; WESTARP II, S. 459 f.

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, »Rückblick auf Weimar«.

⁵ Wie Anm. 4.

⁶ Dieses Zitat und die vier folgenden: Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919, IP und »Rückblick«.

»Jahrzehntlang hat die Sozialdemokratie den Arbeitermassen unerfüllbare Verheißungen vorgegaukelt. Jetzt fehlt ihr und der von ihr beherrschten Mehrheitsregierung alle Kraft zum positiven Schaffen wie zum Widerstand. [...] Ständige Einschränkungen der Arbeitsleistung – mögen sie auf sozialen Gesetzen oder auf dem von jeder Schranke entbundenen Verhalten der Arbeiterschaft beruhen – in Verbindung mit ständigen Erhöhungen des Lohnes ohne Maß und Ziel müssen auf die Dauer zum Zusammenbruch führen.«

Streikverbote für lebenswichtige Betriebe und für den Verkehr und Arbeitszwang seien Gedanken, für die wir einst heftig angegriffen wurden und die sich jetzt unaufhaltsam Bahn brechen.

»Vorher freilich müßte mit dem entsetzlichen Unfug aufgeräumt werden, zu dem sich die Arbeitslosen-Unterstützung und die Verbilligung der Lebensmittel auf Staatskosten ausgewachsen hat. Eine Arbeitslosen-Versicherung ist, wenn überhaupt, nur möglich, wenn sie sorgfältig und sehr vorsichtig ausgestaltet, mit der Zuweisung von Arbeit verbunden und so bemessen wird, daß der Anreiz zur eigenen Arbeit nicht verloren geht. Das war früher die allgemeine Meinung selbst der fortgeschrittensten Sozialpolitiker. Die Revolution war viel zu großzügig für solch kleinliche Bedenken des alten Systems und die Regierung viel zu abhängig von der Straße, um vernünftigen Erwägungen irgendwelcher Art Raum geben zu können.«

Erst jetzt hatte der Minister des Innern in Preußen die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung aus Reichsmitteln an Streikende verboten. Ich fragte, wieviel Streik-Unterstützung die Reichskasse bisher bezahlt habe und ob die Regierung den Mut und die Kraft haben werde, den so selbstverständlichen Gedanken dieses Ministerialerlasses nunmehr endlich durchzusetzen.

Erzbergers konfiskatorisches Steuerprogramm sollte auch dem Zweck dienen,

»der ungeheuerlichen Überschwemmung mit Geld- und Zahlungsmitteln Einhalt zu gebieten und so die Preise zu senken und den Wert des deutschen Geldes zu stärken.«

Dieser Erfolg, der bei vernünftigen Steuern möglich sein könne, werde aber, so erwiderte ich, nur erreicht, wenn andere Maßnahmen hinzutreten.

»Solange nicht der Lohn wieder in das richtige Verhältnis zur Arbeitsleistung gebracht wird, bleibt die Gesundung des Geldmarktes ein unerreichbares Ziel und die Wegsteuerung sämtlicher großen Vermögen und Einkommen für die Erfüllung dieser Aufgabe ein Schlag ins Wasser.«

Brauns Landarbeiter-Politik führte die landwirtschaftliche Erzeugung dem Ruin entgegen.⁷ Noske mußte bei seinem Widerspruch gegen die Besoldungsvorlage darauf hingewiesen werden, daß nicht die Begehrlichkeit der Beamten, sondern der sozialdemokratisch-revolutionäre Lohnkampf den wirtschaftlichen Zusammenbruch verschuldete.⁸

Mit der Geldentwertung im engsten Zusammenhang stand das Steigen der öffentlichen Schulden und des ungedeckten Papiergeldumlaufes. Alle drei Erscheinungen verursachten und förderten sich gegenseitig und gerieten daher gemeinsam in ein immer stürmischeres Tempo. Das war eine Entwicklung, die mir noch heute einer eingehenden wissenschaftlichen Untersuchung von finanz- und volkswirtschaftlichem Standpunkt aus zu bedürfen und wert zu sein scheinen; damals galt es, die Kenntnis dieser nicht genügend beachteten Seite der allgemeinen Katastrophe zu verbreiten, und der Kampf gegen das System erforderte es, den Anteil zu bestimmen, den einerseits der verlorene Krieg, andererseits die revolutionäre Mißwirtschaft daran hatte. In der

⁷ Siehe unten S. 325 ff.

⁸ Siehe oben S. 121 ff.

»Kreuzzeitung« habe ich dieses Thema mehrfach behandelt.⁹ Schon im Dezember 1918 hatte ich darauf hingewiesen, daß der finanzielle Zusammenbruch unausbleiblich sei, weil die Revolutionsregierung ihre verschwenderischen Ausgaben ohne Kreditbewilligung mit der Notenpresse deckte.¹⁰ In der Schlußbilanz zeigt sich die Katastrophe der 16 Revolutionsmonate.¹¹

»Die Reichsschuld war im November 1918 auf 142 000 Millionen angewachsen; sie ist zum 31. März 1920 auf 197 000 Millionen gestiegen. Davon waren jetzt wie 1918 nur 92 000 Millionen in fester Anleihe begeben. Die 52 Kriegsmonate hatten uns also eine schwebende Schuld von 50 000 Millionen gebracht, die 16 Monate der Revolution und Republik haben die schwebende Schuld um weitere 55 000 Millionen erhöht. Die schwebende Schuld betrug bei Kriegsende ein Drittel, am Schluß des Rechnungsjahres über die Hälfte der Gesamtschuld. Der Umlauf an Banknoten stieg in Friedenszeiten bei hoher Anspannung auf etwas über zwei Milliarden. Im November 1918 liefen an Banknoten und Darlehenskassenscheinen 26 Milliarden um, am 31. März 1920 dagegen 59 Milliarden. Die 52 Monate Kriegszeit haben also das Papiergeld um 24 000 Millionen gesteigert, die 16 Monate Revolutionszeit um weitere 33 000 Millionen. Über die Hälfte der ungedeckten Noten fällt nicht auf den Krieg, sondern auf die Revolution und Republik. [...] Diese Zahlen zeigen, daß was der unglückliche Ausgang des Krieges begannen, durch Revolution und Republik zu der überwältigenden Katastrophe hinaufgeführt worden ist, in der wir jetzt stehen.«

Ich habe diese Zahlen in meinen Reden mit dem Erfolge allgemein entrüsteten Kopfschüttelns angewendet, wenn ich nachweisen wollte, daß die sogenannten Konkursverwalter nicht nur den Konkurs selbst verschuldet, sondern auch die überkommene Masse freventlich verschleudert hatten.¹²

Nach der Goldmarktabelle des Aufwertungsgesetzes vom 15./16. Juni 1925¹³ hat der Wert der Mark betragen:

Januar 1919: 51,3 Pfennig

Juli 1919: 20,6 Pfennig

Dezember 1919: 10,4 Pfennig.

Im Jahre 1920 schwankte er zwischen 10 und 5 Pfennige hin und her. Der Dollarkurs als Maßstab trat erst später in das allgemeine Bewußtsein. Im April 1920 benützte ich den Vergleich mit dem Schweizer Franken und dem holländischen Gulden, um festzustellen¹⁴, daß die Mark, die schon auf 5 Pfennige abgesunken war, sich nach dem Kapp-Unternehmen wieder auf 10 Pfennige erhoben hatte. Erst später, als die Reparationszahlungen begannen, die deutsche Währung ins Bodenlose zu stürzen, wurde der Dollarkurs zum allgemeinen Gesprächsthema und erst durch die harte Schule des Reparationszwanges, also von Anfang 1921 ab, verbreitete sich die Kenntnis der außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen, die das Verhältnis der deutschen Papiermark zu den ausländischen Goldwährungen hatte. Auch in meiner politischen Arbeit ist diese Seite des Valutasturzes erst allmählich zur vollen Geltung gelangt. Schon um die finanzielle Mißwirtschaft der Republik nicht verdunkeln zu lassen, wehrte ich mich sogar ausdrücklich gegen den Versuch, die Inflation einseitig auf die äußeren Gründe zurückzuführen. Doch vor einseitiger Betrachtung bewahrte mich, daß mir der Kampf um die Befreiung mindestens ebenso am Herzen lag wie der

⁹ Kreuz-Ztg. jeweils IP: Nr. 625 vom 8. 12. 1918, Nr. 426 vom 7. 9. 1919, Nr. 530 vom 2. 11. 1919, Nr. 6 vom 4. 1. 1920; Eiserne Blätter Nr. 27 vom 4. 1. 1920; Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920.

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP.

¹² Siehe unten S. 344 ff.

¹³ Siehe oben Anm. 32, Kap. I/1.

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP.

gegen das System. Ich unterließ es nicht, die Fremdherrschaft als letzte Ursache auch des Valuta-Elendes zu bezeichnen.¹⁵ Der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft, der infolge des Absinkens der Mark einsetzte, in Verbindung mit der drohenden Einziehung unerschwingbarer Reparationen wurde ein Thema, an dem sich die wirtschaftliche Versklavung durch die Fremdherrschaft erörtern ließ.

In dem dahinschwindenden Wert der Mark vollzog sich das durch Fremdherrschaft und Umsturz dem deutschen Volk auferlegte Schicksal, in allen seinen Teilen vollends zu verarmen. Den Ausdruck »bettelarm« habe ich mir in Reden und Aufsätzen zu eigen gemacht, in denen ich meinen Hörern und Lesern vor Augen führen wollte, »daß Armut das Schicksal des ganzen deutschen Volkes geworden sei«¹⁶ und daß es den rechten Weg finden müsse, dieses Schicksales Herr zu werden. Was ich über die Tatsachen der Verarmung in der »Kreuzzeitung« ausgeführt hatte, um den Regierungsparteien den Mißerfolg ihrer Politik nachzuweisen, faßte ich in meiner Mittelstandsrede zusammen.¹⁷

»Das deutsche Volk ist im Vergleich zu den Verhältnissen vor dem Kriege ein bettelarmes Volk geworden. Der Weltverkehr, die Weltwirtschaft sind ihm abgeschnitten. Ein Aufschwung des Wirtschaftslebens wie im Deutschen Kaiserreich wird ihm auf Jahrzehnte hinaus schwerlich beschieden sein. Industrie und Handel werden auch in Zukunft die Ausfuhrzeugnisse deutschen Fleißes so weit als irgend möglich vertreiben müssen. Die dadurch beschaffenen Auslandsmittel werden nötig und kaum ausreichend sein, um die allernötigsten Rohstoffe vom Auslande zu beschaffen und die durch den Versailler Vertrag uns auferlegte furchtbare Last der Wiedergutmachungsschulden zu decken. Darüber hinaus werden wir Lebensbedürfnisse oder gar Luxusartikel in irgend nennenswertem Umfange nicht einführen können, weil wir sie nicht bezahlen können. So bleiben wir im wesentlichen auf den inneren Markt angewiesen.«

Von Preußen hatte man gesagt, es habe sich großgehungert. Die zielbewußte Bedürfnislosigkeit und sparsame Lebensführung des Zeitalters unserer Großeltern und Eltern, die nach der Verarmung der Napoleonkriege den Grund für den Aufstieg des Kaiserreiches gelegt hatten, lebte noch in der Erinnerung vieler Familien fort. König Wilhelm I. und Moltke waren Vorbilder dieses Wesenszuges. Daran dachte ich, wenn ich der Not unserer Zeit Gedanken abzugewinnen suchte, die zu sittlicher Erneuerung und zur Kräftigung nationalen Befreiungswillens beitragen sollten. Gedanken über die Voraussetzungen, unter denen die Not der Zeit dem Volke zum Segen werden könne, sind in meinem vor den Beamten gehaltenen Vortrag niedergelegt.¹⁸

»Von ernsten, religiösen und vaterländisch denkenden Männern und Frauen kann man die Meinung hören, die Armut, die uns nun beschieden sei, sei ein Segen für unser Volk, daß es wieder lernen werde, wie unsere Väter es getan, in Bedürfnislosigkeit und harter Arbeit Preußen und Deutschland, abgekehrt vom Materialismus, emporzuhungern. Ich halte die Armut mit all ihren Lasten und Einschränkungen nicht für einen Segen, ebenso wie der Reichtum als solcher weder Segen noch Fluch ist. Es kommt darauf an, welche sittliche Stellung der einzelne und das Volk zu Armut oder Reichtum gewinnen. Wenn unser Volk in all seinen Klassen und Einzelpersonlichkeiten es wieder über sich gewinnt, die Bedürfnislosigkeit und den vermehrten Arbeitszwang, wie sie ihm jetzt beschieden sind, nicht als lästigen Zwang zu betrachten, dem ein jeder ohne die leiseste Rücksicht auf Mitmenschen und Vaterland und auf die Reinheit der Mittel sich zu entziehen

¹⁵ Wie Anm. 14.

¹⁶ Siehe oben S. 121, 129, 133.

¹⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP; Rede über Mittelstand, Handwerk u. Kleinhandel (wie Anm. 47, Kap. I/4).

¹⁸ Die Beamtenfrage (siehe oben Anm. 21, Kap. I/4); vgl. auch Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP.

¹⁹ Wie Anm. 18.

trachtet, sondern wenn Bedürfnislosigkeit und vermehrte Arbeit mit klarem Blick für die Lage übernommen werden als eine sittliche Pflicht gegen die Allgemeinheit, mit dem festen Entschluß, die eigene Kraft nicht in erster Linie für das eigene Interesse, sondern für die Errettung des Vaterlandes aus seiner tiefen Not einzusetzen, dann kann die Not unserer Tage zum Segen für uns und die kommenden Geschlechter werden.«

Die Abkehr vom Materialismus, die unser Schicksal uns auferlegt, mußte unser Volk zu bewußtem und gewolltem Idealismus preußischen Gepräges erziehen.¹⁹

Das Finanzelend und die Unfähigkeit, seiner Herr zu werden, die im Anwachsen der Reichsschuld und des ungedeckten Notenumlaufes zutage traten²⁰, waren nicht minder bei der Feststellung der Etats mit ihren laufenden Fehlbeträgen wie bei der Steuergesetzgebung festzustellen.²¹ Gelegenheit, mich damit zu beschäftigen, gaben mir die nach alter Gewohnheit in meiner Wochenschau zu erstattenden Berichte über die vorgelegten und angenommenen Etats des Reiches und Preußens. Schon die preußische Etatberatung im März 1919 gab reichen Stoff für das erschütternde Bild der Revolutionsfolgen.²²

»Auf dem Scherbenhaufen liegen die preußischen Finanzen, einst unser ganzer Stolz und das feste Rückgrat des deutschen Wirtschaftslebens. Herr Finanzminister Südekum selbst gab in seiner Etatrede zu, daß die Finanzen Preußens in den letzten Jahren einen geradezu beneidenswerten Zustand gezeigt hätten, der den Optimismus der Finanzminister Lentze und Hergt vollkommen rechtfertigte.«

Hergt bezeichnete diese gute Finanzlage der früheren Jahre als eine Folge der guten, soliden und kraftvollen Finanzpolitik jenes alten Systems, das jetzt gar nicht genug geschmäht werden könne. Ich fügte hinzu, daß gerade auf diesem Gebiete die alte konservative Fraktion unter Führung v. Heydebrands sich große Verdienste erworben habe, weil sie staatsmännisches Abwägen der finanziellen Verantwortung der populären Vertretung von Geldforderungen an den Staat vorgezogen habe. So war es noch in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 möglich gewesen, trotz fortgesetzter Erhöhung der persönlichen Ausgaben der Eisenbahn das finanzielle Gleichgewicht herzustellen.

Reichsfinanzminister wurde Erzberger, nachdem er die Annahme des Versailler Diktates durchgesetzt hatte, und er blieb es bis zur Niederlage in seinem Prozeß am 12. März 1920. Die Kritik an den Reichsfinanzen reihte sich in den gegen diesen verhängnisvollen Politiker des Krieges und der Revolution zu führenden Kampf ein. Im September 1919 war, wie ich im Rückblick auf die Weimarer Tagung mitteilte, der Reichsetat für das Jahr 1. April 1919/1920 noch nicht vorgelegt.²³ Der im Oktober 1919 beschlossene Etat gab Anlaß zu heftiger Kritik der laufenden Ausgaben.²⁴ Ich machte mir die Feststellung der Fraktion zu eigen,

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP.

²¹ Ebd. schreibt Westarp: »In dem Wahlaufwurf der Demokratischen Partei finden sich in einem Rückblick auf die Verdienste, die sich die Koalitionsmehrheit der Nationalversammlung erworben hat, folgende Sätze: »Die kopflose Finanzgebarung der Kriegszeit ist in geordnete Wege geleitet. Das Deutsche Reich ist wieder kreditwürdig und kreditfähig gemacht«. Der Kontrast zwischen diesen stolzen Sätzen und den Tatsachen wirkt umso schneidender, weil unmittelbar vor der Bekanntgabe des Wahlaufwurfs der Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Haushaltsausschuß [...] wieder einmal das ganze Elend unserer Finanzwirtschaft aufdecken mußte.«

²² Kreuz-Ztg. Nr. 141 vom 30. 3. 1919, IP.

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 429 vom 7. 9. 1919, IP.

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 530 vom 2. 11. 1919, IP.

»daß der Etat weder eine genügende Übersicht über die Verpflichtungen des Reiches und deren Deckung gibt, noch die unbedingt gebotene Sparsamkeit erkennen läßt. Nach diesem Etat beträgt der Bedarf des Reiches in dem Jahre vom 1. April 1919 bis 1. April 1920 immer noch 57 470 Millionen Mark, also rund 4,8 Milliarden auf den Monat, 160 Millionen auf den Tag! Der Stolz und die Befriedigung, mit der Herr Erzberger feststellt, daß in diesen ersten Friedensjahren 21 ½ Milliarden weniger verbraucht werden sollen als in dem Kriegs- und Revolutionsjahr vom 1. April 1918 bis 1919, machen einen mehr als naiven Eindruck. Auch die Last, um die es sich jetzt handelt, ist vernichtend.«

Ein weiterer Beweis für die republikanische Mißwirtschaft war die Höhe der Ausgabenansätze von 13 Milliarden »aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung«, und von 3 Milliarden, die für Abwicklung der Angelegenheiten des alten Heeres eingestellt waren.

»Wo ist z. B. die planlos bewilligte Erwerbslosenunterstützung gebucht und was hat sie bisher gekostet? Wie groß sind die Verluste durch Diebstahl und Verschleuderung des Heeresgutes? Es kann im Ernste nicht bestritten werden, daß eine straffe Regierung und eine starke, ihrer Pflicht bewußte Exekutivgewalt dieses wahnsinnige Anwachsen der Ausgaben nach vollendetem Kriege ganz anders in Schranken gehalten und der ungemessenen Geldentwertung durch Erwerbslosenunterstützung und Streikforderungen der Arbeiter entgegengewirkt haben würden. [...] Die Regierung der Revolution wirtschaftet auch auf dem finanziellen Gebiete nach dem Grundsatz: nach uns die Sintflut. Was sie von Sparsamkeit redet, sind Worte, nichts als Worte. Besonders wo es sich um die Kosten des demokratischen Parlamentarismus, um neue Ministerien und Beamtenstellen, um die Kriegsgesellschaften handelt, gibt es weder die Sparsamkeit im Kleinen noch im Großen. Dabei muß man sich klar darüber sein, daß selbstverständlich jedes neue Ministerium nicht nur die Kosten seines Amtsbetriebes verursacht, sondern, um sich zu bestätigen, dauernd auf die Vermehrung der sachlichen Ausgaben hinwirkt.«

Die deutschnationalen Fraktionen lehnten bei der Gesamtabstimmung den Etat für 1919/1920 ab. Die Fraktion der Nationalversammlung machte dafür lediglich die Gründe geltend, die sich aus der Unklarheit und Unzulänglichkeit der finanziellen Regelung ergaben.²⁵ Das genügte mir nicht. Die Ablehnung des Etats hatten wir der Sozialdemokratie stets zum Vorwurf gemacht. Als der sozialdemokratische Parteitag 1908 in Nürnberg sie damit begründete, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für die Regierung aufzufassen sei, verstieß er gegen die Reichsverfassung, die den Bestand der Regierung nicht vom Vertrauen des Reichstages abhängig machte.²⁶ In der Friedenszeit pflegten unsere Agitatoren nicht ganz zutreffend geltend zu machen, daß die Partei den Empfängern von Gehältern, Löhnen und sonstigen Staatsgeldern ihre Ansprüche habe vorenthalten wollen. Im Kriege hatte sie 1915 den Kriegsetat angenommen, was ihr von vielen hoch angerechnet wurde. Von 1916 ab kehrte selbst die Mehrheitssozialdemokratie, obwohl sie die Kriegsanleihen bewilligte, zum alten oppositionellen Brauch der Etatsverweigerung zurück.²⁷ Das hatte ich als eines der Beweismittel dafür benutzt, daß ihr klassenkämpferischer Internationalismus sie verleitete, dem um sein Dasein ringenden eigenen Vaterlande in den Rücken zu fallen. Wie vorauszusehen war, überschütteten die Gegner die DNVP mit heftigen Angriffen, als sie sich das einst ausschließlich von der Sozialdemokratie verwendete Kampfmittel der Etatsverweigerung zu eigen machte. Auch in der Partei waren Widerstände gegen diese Handlung grundsätzlicher Opposition zu

²⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 331 vom 30. 10. 1919 (Schultz-Bromberg), S. 3629.

²⁶ Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, 1P.

²⁷ WESTARP II, S. 285, 296, 298, 611.

überwinden. Um so nötiger war es, sie unter Hinweis auf die veränderten Verhältnisse besonders zu begründen²⁸:

»Die Ablehnung des Etats hat [...] ihre hohe politische Bedeutung als Kundgebung des Mißtrauens der ablehnenden Partei gegen die Regierung.«

Offen könne die Frage bleiben, ob die Rechtsopposition in Zukunft unter allen Verhältnissen den Etat ablehnen solle. Volle Zustimmung verdiene der Entschluß der DNVP und der DVP, der gegenwärtigen Reichsregierung das Maß von Zustimmung und Vertrauen zu versagen, das in der Etatsbewilligung liegt. Der Verantwortlichkeit, die jede Minderheit treffen würde, wenn ihr Votum zum Beschluß erhoben wird, sei die rechtsstehende Opposition gerecht geworden.

»Daß die gesetzlich feststehenden Ausgaben weiter geleistet werden sollten, hat die deutschnationale Fraktion ausdrücklich ausgesprochen. Die Folge einer Ablehnung wäre gewesen, daß die Parteien, die die Mehrheit für die Ablehnung gestellt hatten, eine andere Regierung bilden mußten, die in einem anderen Etat mit festerer Hand bessere Ordnung in die Finanzen zu bringen hatte. Das sind nun einmal die Grundsätze jener parlamentarischen Regierungsweise, die uns durch die Revolution beschert worden ist. [...] Weil diese jetzt eingeführt ist, liegen die Dinge grundsätzlich anders als bei der sozialdemokratischen Etatsverweigerung zur Zeit des Kaiserreiches.«

Als dann im Dezember 1919 auch die Preußen-Fraktion den Etat ablehnte, berief auch Hergt sich darauf, daß die Annahme des Etats im parlamentarischen System ein Vertrauensvotum bedeute, das die Fraktion dieser Regierung verweigere.²⁹

Der Vorwurf, daß die DNVP sich durch solche Opposition der »positiven Mitarbeit« entziehe, war in ihren Reihen besonders wirksam, sei es, daß man sich den Vorstellungen des konstitutionellen Systems noch nicht entziehen konnte, sei es, daß man unter positiver Mitarbeit die Vertretung der eigenen Wirtschafts- und Bedarfsinteressen verstand. Hergt ging auch darauf besonders ein. Nachdem er die Ablehnung des Gesamtetats als Mißtrauensvotum begründet hatte, wies er nach, daß die Fraktion überall da, wo das vaterländische Interesse positive Mitarbeit gebiete, ihre Pflicht erfüllt und darüber hinaus im Ordnungsprogramm den Weg zu gemeinsamer Arbeit gewiesen habe.³⁰

Mein Überblick über den zweiten Etat der Republik 1920/1921³¹, den Wirth im Haushaltsausschuß ankündigte, gipfelte in dem Ergebnis, daß der finanzielle Verfall des Reiches trotz Erzbergers Steuerreform³² seinen ungehemmten Fortgang nahm. Eine der genialen Patentlösungen Erzbergers war die Spar- und Prämien-Anleihe. Sie hatte sich bereits als voller Fehlschlag erwiesen.³³ Obwohl bei ihrer Propaganda eine ungeheuerliche Korruption in Kauf genommen werden mußte, hatten durch diesen »Appell an Steuerscheu und Spielleidenschaft« ganze zwei Milliarden schwebender Schuld in feste Anleihe verwandelt werden können. Dabei war sie das einzige Mittel für die Ausführung von Erzbergers stolzem Wort gewesen, daß die Reichsfinanzver-

²⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 530 vom 2. 11. 1919, IP.

²⁹ Sitzungs-Ber. Pr. IV., Bd. 7 vom 15. 12. 1919, Sp. 8109 f.; DN-Flugschrift Nr. 39; Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP.

³⁰ Wie Anm. 29. Zum Hergtschen Ordnungsprogramm vgl. unten, Kap. II/7.

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920, IP.

³² Siehe oben S. 109 f. und die folgenden Ausführungen.

³³ Siehe z. B. Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 331 vom 27. 11. 1919 (Düringer), S. 3802; vom 17. 12. 1919 (Schultz-Bromberg), S. 4127.

waltung in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidation der schwebenden Schuld herantreten werde. Der Fehlbetrag des Jahres 1920/1921 war auf 14 Milliarden veranschlagt. Eine Erhöhung der Gebühren, die Einnahmen erbringen konnten, war nicht mehr möglich.³⁴

»Muß man also damit rechnen, daß das Reich aus eigenen Einnahmen 25 Milliarden, dazu aber aus neuen Anleihen weitere 27,9 Milliarden ausgeben wird, so ist die unvermeidliche Folge eine weitere ungeheure Steigerung der schwebenden Schulden und des Umlaufs an Papiergeld. Eine andere Quelle als die Notenpresse zur Deckung dieses Bedarfs steht dem Reiche kaum zur Verfügung.«

Nach dem Fehlschlag der Spar- und Prämien-Anleihe war nicht damit zu rechnen, daß im nächsten Jahr ein erheblicher Teil der neuen 27,9, geschweige denn irgendein Betrag von den 10,5 Milliarden alter schwebender Schuld in feste Anleihe werde verwandelt werden können.

Neben den Etatsberatungen liefen die Versammlungen über die Steuervorlagen Erzbergers her.³⁵

»Das Wesentliche des Erzbergerschen Steuerprogramms ist, daß es die Quellen von Vermögen, Erbschaft und Einkommen nicht nur völlig ausschöpft, sondern weit überlastet, ohne doch nur denjenigen Bedarf auch nur annähernd zu decken, der sich bei völliger Nichtbeachtung der feindlichen Ersatzforderungen ergibt.«

Ich hatte schon acht Tage vor dieser Feststellung auf die Unvollständigkeit der Bedarfsrechnung hingewiesen.³⁶ Der von Erzberger errechnete Bedarf von 24 Milliarden deckte nur die Kosten des »Friedens ohne Entschädigung«, gegen den wir einst den Siegeswillen des Volkes hatten einsetzen wollen. Es fehlten die Reparationszahlungen, deren Höhe erst später endgültig festgesetzt werden sollte.

»Georg Bernhard, ein scharfer und kluger Rechner, kommt in der ›Vossischen Zeitung‹ (20. August, Nr. 421) zu dem Ergebnis, daß Erzbergers Bedarfsrechnung noch um eine Milliarde zu niedrig, seine Schätzung aus dem Reichsnotopfer um etwa 2,5 Milliarden zu hoch sei und daß für Kriegsentschädigungen mindestens 7,5 Milliarden notwendig werden würden, so daß nach seiner Rechnung Erzbergers großes Finanzreformwerk mit einem Ausfall von jährlich 11 000 Millionen enden werde. Mir scheint diese Rechnung nicht zu pessimistisch.«

Schon nach acht Tagen zeigte sich, daß sie noch viel zu optimistisch gewesen war. Die in Deutschland herrschenden Illusionen, daß die Kontribution endgültig auf die Summe von 100 Milliarden festgesetzt werden würde, von denen bei den Friedensverhandlungen die Rede gewesen war, wurden durch den französischen Finanzminister Klotz zerschlagen. Nach seinen astronomischen Zahlen sollten wir 375 Milliarden 39 Jahre hindurch mit jährlich 25,5 Milliarden verzinsen und tilgen. War das auch Wahnsinn, so hatte es doch Methode. Meine Annahme, daß solche undurchführbaren Forderungen dazu dienen sollten, Deutschland dauernd schuldhaften Verzuges zu bezeichnen und so die Erpresserschraube immer fester anzuziehen, hat sich über ein Jahrzehnt hindurch als richtig erwiesen. Jedenfalls durfte eine durchgreifende Steuerreform, wie sie von Erzberger mit großen Worten angekündigt wurde, an dem unterschriebenen, in Kürze zur Einziehung kommenden Reparationswechsel nicht stillschweigend vorübergehen.

³⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 25. 4. 1920 und Nr. 517 vom 26. 10. 1919, jeweils IP.

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919, IP, »Rückblick auf Weimar«.

³⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 426 vom 7. 9. 1919, IP, »Rückblick auf Weimar«.

Ohne jede Rücksicht hierauf hatte Erzberger mit seinen Besitzsteuern nicht nur die Steuerkraft voll ausgeschöpft, sondern ihnen konfiskatorischen Charakter gegeben.³⁷

»Bei der als Gesetz beschlossenen Erbschaftsteuer ist es die Nationalversammlung selbst gewesen, die unter schmunzelnder Zustimmung des Finanzministers das Maß des Möglichen überschritten hat. Obwohl meine politische Laufbahn im Jahre 1909 mit dem Widerstande gegen die Besteuerung des Kindeserbes begann, würde auch ich in der jetzigen außerordentlichen Notlage dieses an sich ungeeignete Steuerobjekt dem Zugriffe des Reiches ausgeliefert haben. Mit der deutschnationalen Fraktion aber bin ich der Meinung, daß, wenn nicht die Regierungssätze, so doch die Steuersätze der Nationalversammlung die Grenze des Zulässigen weit überschreiten, weil sie die Rücksicht auf die Möglichkeit des Fortbestehens selbständiger Betriebsvermögen in der Hand von Einzelpersonen außer acht lassen. Das gleiche gilt von den Sätzen des noch in der Kommission befindlichen Reichsnotopfers. [...] Neben dieser erdrückenden Belastung wird die Einkommenssteuer um so vernichtendere Wirkung ausüben.«

Zu den wenig schätzenswerten Eigenschaften Erzbergers gehörte es, daß er in seinem Dilettantismus mit ebenso oberflächlichem wie betriebsamem Eifer jede Idee, die er sich von anderen zu eigen gemacht oder gar selbst gehabt hatte, als Patentlösung von hoher Genialität anpries. Das rief Helfferich auf den Plan, dessen Ausführungen ich zu meinen Angriffen benutzte.³⁸ Er legte dar,

»wie berechtigt der Ausspruch Herrn Dr. Friedbergs³⁹ über den »blutigen Dilettantismus« unseres Reichsfinanzministers gewesen ist. Das nunmehr in der Kommission in zweiter Lesung beschlossene Reichsnotopfer, die Beratungen über die Hebung der Valuta, die Prämien- und Spar-Anleihe, all diese Maßnahmen sind Aufwand, der umsonst vertan wird. [...] Die eiserne Sparsamkeit, von der man redet und redet, verhindert nicht, daß das Reich noch immer auf einem Ausgabenfuß von jährlich 36 000 bis 40 000 Millionen Mark lebt. Durch den Druck von 3,5 Milliarden neuen Papiergeldes verteuert man weiter die Lebensmittel, zu deren Verbilligung sie dienen sollen. »So wächst unsere Verschuldung ins Aschgraue und sinkt unsere Valuta ins Bodenlose«, nachdem ihr die unreife und dilettantische Idee des Zwangsumtauschs der Banknoten und der Abstempelung der Wertpapiere einen weiteren Stoß gegeben und die Persönlichkeit des Herrn Erzberger das Vertrauen auch des Auslandes weiter vernichtet hat.«

Das Reichsnotopfer, für das Erzberger besonders große Worte fand, war ein grober Mißgriff.⁴⁰

»Die von Herrn Erzberger ihm gestellte Aufgabe, den Geldumlauf und die schwebende Schuld des Reiches zu vermindern, wird es nicht erfüllen, weil die dreißig- und bei der Landwirtschaft fünfzigjährige Abzahlung gestattet ist. Diese Zahlungsart verwandelt die einmalige Vermögensabgabe in eine dauernde Vermögensteuer, Jahrzehnte hindurch erhoben nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1919. Die Sicherheitsleistungen, die für diese Abzahlungen gefordert werden, entziehen dabei dem Wirtschaftsleben die ihm nötigen Betriebskapitalien in ähnlicher Weise, wie es die einmalige Zahlung tun würde.«

Schlimmer noch als die finanztechnischen Fehler war, daß Erzberger in seiner Leichtfertigkeit den Reparationsgläubigern den direkten Zugriff auf die privaten Vermögenswerte eröffnete, die er als Notopfer kennzeichnete.

»Die größte Gefahr ist aber der Zugriff der Entente, dem diese Steuer in viel höherem Maße als andere Abgaben ausgesetzt ist, weil sie große Vermögenswerte direkt in das Eigentum des Reiches überführen wird. Den Inhalt der Rechtsgutachten, die Herr Erzberger dafür anführt, daß die

³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919, IP.

³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP.

³⁹ Robert Friedberg; zu seiner Äußerung über Erzberger vgl. Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 4 vom 26. 9. 1919, Sp. 4423.

⁴⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP; siehe auch ebd. vom 14. 9. 1919 (wie Anm. 37).

Feinde hierzu kein Recht hätten, kennt man infolge seiner Unzuverlässigkeit nicht genau. Sie gehen nach der eigenen Darstellung Erzbergers dahin, daß die Entente nach dem Friedensvertrag kein Recht habe, sich an das Vermögen des Reiches zu halten, »solange wir unsere Verpflichtungen erfüllen«. Hier liegt der springende Punkt selbst dann, wenn man annehmen könnte, daß die deutsche Rechtsauffassung über den Versailler Vertrag für unsere Feinde praktisch von Bedeutung ist. Kein Mensch im Auslande oder Inlande kann mehr daran zweifeln, daß fast in jeden Artikel des Versailler Vertrages Bestimmungen hineingeschrieben worden sind, die auf die Dauer gar nicht erfüllt werden können. Herr Erzberger selbst kennt ja noch nicht die Summe, mit der unsere Feinde bis zum 1. April 1921 den Blankowechsel ausfüllen werden, den wir über die Wiedergutmachung ausgestellt haben. Es ist unausbleiblich, daß Deutschland immer wieder in die Lage kommen wird, vor angeblich oder wirklich unerfüllten, weil unerfüllbaren Vertragsforderungen zu stehen, und es ist die Absicht der Feinde, daß das geschieht, damit sie stets neue Forderungen und Zwangsmittel ansetzen können.«

Es kam dazu, daß Erzberger, wie der Vorsitzende der demokratischen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung unwiderlegt behauptete, das Gutachten des Reichsjustizministers über die Möglichkeiten des Zugriffs der Entente falsch wiedergegeben haben sollte.⁴¹ Erzbergers Reden in den dritten Lesungen seiner Steuergesetze ließen noch einmal deutlich den Fehler hervortreten, den er dadurch begangen hatte, daß er die übernommenen und bestimmt in Aussicht stehenden Reparationszahlungen unberücksichtigt gelassen hatte.⁴²

»In Herrn Erzbergers Programm findet sich auch nicht die leiseste Andeutung darüber, woher er diese Zahlungen seiner Zeit nehmen will. Aus dem Vermögen und Einkommen der Besitzenden kann es nach seinen eigenen Darlegungen nicht geschehen; denn er sagt wörtlich, daß durch die jetzigen Vorlagen die direkten Steuern »bis zur wirtschaftlich zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden«. In dieser Beziehung hat er nur zu sehr recht. Reichsnotopfer und Erbschaftsteuer, Kapitalertrag- und Einkommensteuer in der vorgeschlagenen Ausgestaltung gehen nach dem Urteil aller Sachverständigen über die Grenze des wirtschaftlich Zulässigen weit hinaus. Sie dienen nach Zweck und nach Erfolg in Wahrheit der Vernichtung des Privateigentums und hindern die Erhaltung und Bildung des für unser Wirtschaftsleben unbedingt erforderlichen Betriebskapitals.«

Besonders das Notopfergesetz war, wie Hugenberg treffend ausführte, nicht ein Finanz-, sondern ein Sozialisierungsgesetz. Als hauptsächlicher Grund ihrer Ablehnung bezeichnete die deutschnationale Fraktion außerdem die Gefahr, daß das Notopfer das Volksvermögen dem direkten Reparationszugriff der Feinde auslieferte.⁴³

Die letzte Ursache der voreiligen Überspannung der Besitzsteuern lag in der Scheu Erzbergers und der demokratischen Parteien vor der unpopulären Belastung des Massenverbrauchs.⁴⁴

»Herr Erzberger freilich rühmt das als »eine Verteilung der Steuerlast, die sich sozial wohl sehen lassen kann; er weist nach, daß 75 v. H. des Steuerbedarfs von 26 000 Millionen, also 19 500 Millionen »durch direkte Steuern oder solche indirekte Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den besser situierten Kreisen des Volkes getragen werden« müssen. Was soll und wird nun geschehen, wenn im nächsten Jahre, spätestens vom 1. April 1921 ab, die Ausgaben für die Kriegsentschädigung hinzutreten?«

⁴¹ Siehe unten S. 342.

⁴² Kreuz-Ztg. Nr. 594 vom 7. 12. 1919, IP.

⁴³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 331, 2. Lesung vom 9. 12. 1919 (Hugenberg), S. 3977 ff.; 3. Lesung vom 17. 12. 1919 (Schultz-Bromberg), S. 4114.

⁴⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 594 vom 7. 12. 1919, IP.

»Wer schimpft hat Unrecht«. Mit Gelassenheit stellte ich fest, daß Erzberger seinem Unfehlbarkeitsdünkel treu geblieben sei, als er der Rechtsopposition auf Zwischenrufe den Rat gab, in eine Kaltwasserheilanstalt zu gehen.⁴⁵ Es war eine Fortsetzung des alten Kampfes, den ich in der Zeit vor dem Kriege gegen die Parteien der Linken geführt hatte.⁴⁶ Ihre Scheu vor der Versteuerung des Massenverbrauchs und ihre agitatorische Hetze gegen jede Verbrauchsteuer hatten die Reichsfinanzen bis 1909 zerrüttet, den verhängnisvollen Rüstungsstillstand verschuldet, die konstitutionellen Grundlagen des Bismarck-Reiches erschüttert, der Sozialdemokratie zur Vormacht im Kriegsreichstag verholfen. Die Last des Weltkrieges hatte zu einem weiteren Ausbau der Umsatzsteuer und Verbrauchsabgaben gezwungen, deren Mehrerträge aber weit hinter diejenigen der direkten Kriegssteuern zurückblieben. Erzbergers Steuerreform hatte die Besitzsteuer-Mehrheit, als Weimarer Koalition zur Regierungsmacht gelangt, die einseitige Belastung des Vermögens und Einkommens unter Schonung des Massenverbrauchs ohne jede Hemmung bis zu konfiskatorischen Sätzen ausgebaut und für unverantwortliche Massenforderungen in Anspruch genommen. Der Jahrzehnte hindurch erklimmte Gipfel einer durch Wahlrücksichten und Neidagitation bestimmten Steuerpolitik war erreicht. Schon aber drohte der jähe Absturz in die selbstverschuldete Katastrophe. Als die Reparationszahlungen einsetzten, stand zu ihrer Deckung nur noch der Massenverbrauch zur Verfügung. Um die unterschriebenen Diktate Versailler Vertrag, Dawes- und Young-Plan zu erfüllen, und unter der Kontrolle des Reparationskommissars mußte das demokratische Parteiregiment in den folgenden Jahren den Massenverbrauch mit Steuern belasten, die alles Maß überstiegen. Zölle, Verbrauchsabgaben und Aufwandsteuern, die 1911 in Reich, Staat und Gemeinde mit 1 624 Millionen weit hinter der Kopfbelastung aller anderen großen Länder zurückgeblieben waren, mußten bis zum Jahre 1929 auf einen Ertrag von 14 298 Millionen gesteigert werden. Von den herrschenden Parteien abgelehnt, so lange sie in mäßiger Höhe erhoben die militärische und politische Widerstandskraft des Reiches wesentlich verstärkt haben würden, wurden sie jetzt dem Deutschen Reich zur Schmach der Unterwerfung, der Wirtschaft und den Massen zur Verelendung, dem Parteiregiment zur Ursache seines Zusammenbruchs. »Wodurch jemand sündigt, damit wird er bestraft!«

Ein Dogma, zu dessen Verwirklichung sich die Sozialdemokratie durch ihr Programm und durch ihre Agitation Jahrzehnte hindurch verpflichtet hatte, war die »Sozialisierung«. Nun da sie an der Macht war, präsentierten ihr die geschichtliche Entwicklung, ihre radikalen Flügel und das von ihnen großgezüchtete Geschrei der Massen diesen Wechsel. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks lähmte bei der Scheu aller Parteien, als unsozial zu gelten, den Widerstand und wurde im Reichstag breit erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß darunter die Überführung der Wirtschaftsbetriebe, zum mindesten aller Produktionsmittel, in den Gemeinbesitz zu verstehen war. Sie sollten ohne Entschädigung den Eigentümern entzogen werden. Es wurde den Sozialdemokraten mit Erfolg vorgehalten⁴⁷, und selbst demokratische Redner bestritten nicht, daß ihr Sozialismus Kommunismus sei. Die Einlösung dieses Wechsels erwies sich als ein heißes Eisen. Die praktischen Schwierigkeiten waren überwältigend, und

⁴⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 331 vom 27. 11. 1919, S. 3804, 3811.

⁴⁶ WESTARP I, S. 225, 270–273; WESTARP II, S. 444, 447.

⁴⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 13. 3. 1919 (Graf Posadowsky), S. 7521.

der noch tief eingewurzelte Sinn für das Eigentum führte dahin, daß das Wort »Sozialisieren« im Sprachgebrauch des Berliners zum Spottwort für die Räubereien plündernder Spartakisten, aber auch für das in jenen Sturmzeiten sehr verbreitete private Klauen wurde.

Es bedurfte erpresserischen Druckes der Straße, um die regierende Sozialdemokratie zur praktischen Erfüllung ihres Sozialisierungs-Dogmas zu bewegen. Durch den blutigen Aufstand vom März 1919 ließ sich die Reichsregierung, wie zu dem Zugeständnis der »Verankerung der Räte in der Verfassung«, so auch zu der Zusage von Schritten zur Sozialisierung der Wirtschaft zwingen. Dabei waren sich, wie ich nachwies⁴⁸, die Regierungsparteien noch bis Ende Februar einig gewesen, daß die Sozialisierung »nicht überstürzt« und nicht vor Abschluß der Friedensverhandlungen ernstlich in Angriff genommen werden sollte. Als Frucht der Verhandlungen mit den Aufständischen des Generalstreiks vom Anfang März 1919 wurden dann das Sozialisierungsgesetz und das Gesetz über die Kohlenwirtschaft⁴⁹ in der Nationalversammlung bereits am 7. März 1919 in erster Lesung beraten und am 13. endgültig angenommen.

Im Sozialisierungsgesetz war für den Arbeiter die »sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert«, aufgestellt, über ihre Durchführung aber nichts gesagt. Kommission und Plenum hatten gegen die sozialdemokratischen Stimmen den Vorbehalt »unbeschadet der persönlichen Freiheit« eingefügt. Als Gegenleistung sollte das Reich jedem Deutschen »die Möglichkeit geben, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben« und »für den Unterhalt jedes Deutschen zu sorgen, soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann«. Es war nicht schwer, nachzuweisen, daß diese schönen Worte wenig praktischen Wert hatten.⁵⁰

»Wie die Dinge heute liegen, ist es in hohem Maße fraglich, ob der uns aufgezwungene Gewaltfrieden nicht die bittere Notwendigkeit einer großen Auswanderung zur Folge haben, dem Deutschen Reiche aber die finanziellen Mittel zu einer Arbeitslosen-Unterstützung in dem hier zugesagten Umfange entziehen wird. Allgemein ist man sich darüber einig, daß die Arbeitslosen-Unterstützung, wie sie jetzt gehandhabt wird, uns unrettbar dem Abgrunde zutreibt; um so leichtfertiger ist die gemachte Zusage im gegenwärtigen Augenblick. Nicht behördliche Regelung mit Redewendungen, die auf den äußeren Eindruck bei den Massen zugeschnitten sind, wird den Erfolg haben können, die Massen unseres arbeitenden Volkes dazu zu bewegen, daß sie sich den Arbeitsnotwendigkeiten anpassen, die sich aus Deutschlands Lage nach dem Friedensschluß ergeben werden. Dazu wird, wie ich fürchte, die nackte und brutale Gewalt der wirtschaftlichen Tatsachen nötig sein. Der unvermeidliche Gesundungsprozeß aber mit allen seinen Schmerzen, Leiden und Enttäuschungen, der uns auch in dieser Beziehung bevorsteht, wird durch den Paragraphen 4 des Sozialisierungsgesetzes mit den Illusionen, die sich an ihn knüpfen müssen, nur erschwert werden.«

Den Unternehmer traf das Gesetz in § 2 mit der positiven Ankündigung, daß die dazu geeigneten wirtschaftlichen Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft zu überführen seien. In die Bestimmungen darüber war erst durch einen gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien angenommenen Antrag aller bürgerlichen Parteien die Überführung der Betriebe in die Gemeinwirtschaft »von der Gewährung einer angemessenen Entschädigung« abhängig gemacht worden. Lebhaften Widerspruch rief es hervor, daß weiter in Aussicht genommen wurde, »die Herstellung und Verteilung

⁴⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, IP.

⁴⁹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 335 Nr. 105 (4. 3. 1919).

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, IP.

wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln«. Trotz ihrer gesetzestech- nisch unmöglichen Unbestimmtheit war diese Vorschrift dahin auszulegen, daß die Zwangswirtschaft des Krieges fortgesetzt werden sollte. Es lag nahe, diese Gefahr dem Mittelstand agitatorisch vor Augen zu führen.⁵¹

Das Kohlengesetz hatte konkreteren Inhalt, aus dem trotz mangelnder Kenntnis der Einzelheiten so viel zu ersehen war, daß mir das Bedenken gerechtfertigt erschien,

»ob eine solche Wirtschaft die Initiative und die Verantwortung des selbständigen Unternehmers ersetzen und uns dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig erhalten könne.«

Bei der großen Bedeutung, die diese Pläne für das Wirtschaftsleben hatten, konnte ich mich nicht auf das Nein beschränken. Ein Brief von Kreth (11. März 1919), der als Leiter der Spirituszentrale praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kartellierung hatte, wies mich auf die große Bedeutung hin, die bei dem geplanten Aufbau staatlich geleiteter wirtschaftlicher Organisationen der Personenfrage zu- kam. Trotz unserer prinzipiellen Opposition gegen diese Pläne mußten wir doch unser Ziel im Auge behalten, rechtsstehende Männer an die Spitze der Organisation zu brin- gen.

»Eine Regierung, die Herrn Kürbis zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein macht, wird auch Herrn »Kohlkopf« an die Spitze unseres Wirtschaftslebens stellen, wenn er nur gerade die Nomenklatur der sozialdemokratischen Schlagworte mühsam beherrscht: »Freie Bahn dem Tüchtigsten!« Die Krisis unseres Wirtschaftslebens verträgt kein Experimentieren, kein »Einarbeiten« ungeschulter Kräfte auf die schwierigsten leitenden Posten, aber niemand wagt es heute, zu for- dern, was bei vernünftigen Völkern gar nicht gefordert zu werden brauchte, daß die erprobtesten Führer unserer Volkswirtschaft ohne Rücksicht auf ihr politisches Glaubensbekenntnis an die Spitze des – doch durchaus unpolitischen – Reichsamtes gestellt werden, dem die Leitung und Be- aufsichtigung aller Monopole und gemeinwirtschaftlicher Gebilde neuester Prägung übertragen wird. Syndikatwirtschaft ist eine Spezialkunst, die *besondere* Beanlagung und Vorbildung erfor- dert. [...] Daher ist es eine Lebensnotwendigkeit, die rechten Männer, erprobte Führer unseres Wirtschaftslebens, auf die bestimmenden Posten zu stellen, nicht Dilettanten oder Phantasten. Die Regierung, die aus kleinlicher Parteisucht [...] die dem deutschen Wirtschaftsleben durch die Stra- ße aufgezwungenen neuen Formen ungeschulter und plumpen Händen anvertraute, beginge ein Verbrechen an der Zukunft des arbeitenden Volkes, dem das Neue angeblich dienen soll.«

Die parteimäßige Behandlung der Personalfragen, die Kreth hier voraussagte und verhindern wollte, hat wesentlich zum Zusammenbruch der sozialdemokratisch gelei- teten staatlichen Wirtschaftsorganisationen beigetragen. Ich gab seine Anregung, zum Teil im Wortlaut seines Briefes wieder.⁵²

»Wenn auch unklar in der Idee und verworren in der Ausführung, scheint sich doch in der Soziali- sierung die Schaffung einer besonderen Wirtschaftsorganisation anzubahnen, die nach demokrati- schen Grundsätzen der parlamentarisch gehandhabten Staatsgewalt untergeordnet sein sollte, die aber in dem verarmten Reiche als Träger der Arbeit und der wirtschaftlichen Mittel sehr wohl eine sehr einflußreiche Stellung, wenn nicht die Oberhand, gewinnen könnte. Darin kann eine Ent- wicklung liegen, der man auch vom konservativen Standpunkt aus wird zustimmen müssen. Des- halb gilt es daran mitzuarbeiten, daß diese Entwicklung in die richtigen Bahnen gelangt. Unbe- dingt erforderlich ist, daß zur Regelung und Bearbeitung der wirtschaftlichen Fragen, die jetzt un- ter dem Schlagwort »Sozialisierung« zusammengefaßt werden, und daß vor allen Dingen zur dauernden Verwaltung der neu geschaffenen Wirtschaftsgebilde die wirklich führenden, tüchtigen

⁵¹ Rede über Mittelstand, Handwerk und Kleinhandel, wie Anm. 17.

⁵² Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, IP.

und erfahrenen Kräfte unseres Erwerbslebens in maßgebender Stellung herangezogen werden. Die Gewandtheit und Geschicklichkeit des Wahlagitators genügt ebensowenig wie die parteiamtliche Abstempelung als Befähigungsnachweis für die Lösung derartiger Aufgaben.«

Die Weimarer Verhandlungen wurden mir in diesem Fall erst so spät zugänglich, daß die sich überstürzenden neuen Ereignisse dem Wochenschauer ein Zurückgreifen darauf nicht mehr ermöglichten. Sie enthalten interessantes Material über die Unmöglichkeit der Lage, in der sich die Sozialdemokratie befand. Mit Recht hielt man ihr vor, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die Objekte der Sozialisierung in eine Konkursmasse verwandelt hatte, auf die noch dazu der äußere Feind die Hand zu legen gewillt war. Aber auch abgesehen davon erwiesen sich die praktischen Schwierigkeiten als unüberwindlich, und so endete der erste Versuch, den die Sozialdemokratie sich von der Straße hatte aufzwingen lassen, damit, daß Sozialisierungs- und Kohlenwirtschaftsgesetz als Mantelgesetze erlassen wurden, deren Erörterung keine Klarheit darüber brachte, was man praktisch beabsichtigte und was man unter den Begriffen Sozialisierung, Gemeinwirtschaft, Vergesellschaftung, im Gegensatz zur »Verstaatlichung« verstand, die man allseits ablehnen zu wollen vorgab.⁵³ Wertvolle Beiträge hierzu lieferten die deutschnationalen Redner, besonders Hugenberg, der seine Rede vom 8. März 1919 unter besonderem Hinweis auf ihre grundsätzliche Bedeutung in sein 1927 erschienenes Buch »Streiflichter«⁵⁴ aufgenommen hat. Von historischem Interesse ist seine Schilderung der wirtschaftlichen Zersetzungserscheinungen und Gefahren, die den Zeitpunkt für Sozialisierungsexperimente ungeeignet erscheinen ließen. Grundsätzlich legt die Rede fest, daß die DNVP mit jeder Art von Sozialisierung einverstanden sei, »für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprächen«, daß das aber nur auf einzelne Betriebszweige und bei sorgfältiger Prüfung der Voraussetzungen zutrefte; jedes grundsätzliche Präjudiz für die Vergesellschaftung und so oberflächliche Versuche seiner Durchführung wie die vorliegenden aber lehnte er ab. Seine Begründung gipfelte in der Betonung der Notwendigkeit einer freien Wirtschaft mit eigener Verantwortung von Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher. Indessen traten auch schon bei dieser ersten Debatte über soziale Fragen Schwierigkeiten zutage, von denen die Partei auf ihrem ganzen Wege begleitet worden ist und in denen zehn Jahre später Hugenberg eine entscheidende Rolle zufiel. Schon die Rede Hugenbergs und des Christlich-Sozialen Wallbaum weisen Unterschiede zum mindesten des Tones auf, in dem die Privatwirtschaft verteidigt wurde. Die äußere Einigkeit der Fraktion hielt zwar noch bei der Ablehnung des Sozialversicherungsgesetzes stand, nicht aber bei derjenigen des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft, für das die christlich-sozialen Mitglieder unter Abgabe einer besonderen Erklärung stimmten.⁵⁵ Die Sprengwirkung der Sozialpolitik ließ sich also schon in den allerersten Anfängen des parlamentarischen Auftretens und unter dem frischen Eindruck der gemeinsamen Kampfstellung gegen Sozialdemokratie und Revolution nicht voll überwinden. Über die Verhandlungen in der Fraktion, die ihrer ersten getrennten Abstimmung vorherge-

⁵³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326, 1. Lesung des Sozialisierungsgesetzes vom 8. 3. 1919 (Hugenberg), S. 570, (Wallbaum), S. 586; 2. Lesung vom 13. 3. 1919 (Veidt), S. 707, (Traub), S. 726, (Schiele), S. 731, (Kraut), S. 735, (Hugenberg), S. 736, (Graf Posadowsky), S. 752; Bd. 327, 3. Lesung Kohlengesetz vom 14. 3. 1919 (Wallbaum), S. 772.

⁵⁴ Hugenberg (wie Anm 85, Kap. II/4), S. 169–182.

⁵⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 8. 3. 1919 (Hugenberg), S. 570, (Wallbaum), S. 586; Bd. 327 vom 13. 3. 1919 (Wallbaum), S. 772; Gesetz vom 23. 3. 1919, RGBl. Nr. 68.

gangen sind, erinnere ich mich nicht, etwas gehört zu haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es dabei ohne Kämpfe abgegangen sein sollte, die eine nachhaltige Wirkung hatten.

Die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziele, das deutsche Volk im wesentlichen mit den Erzeugnissen des eigenen Bodens zu ernähren, war das Programm, auf das ich meine Stellung zu den einzelnen Fragen der Agrarpolitik einstellte.

Ein schweres Hemmnis der Produktion war die Zwangswirtschaft. Einseitige Verbraucherpolitik, mechanische Gleichmacherei nach sozialistischem Dogma, revolutionäre, den Haß und Neid der städtischen Massen aufwühlende Agitation hatten bei ihrem Aufbau die Rücksichten auf die Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes und auf die Möglichkeiten der Produktion in den Hintergrund gedrängt. Da die zur Herrschaft gelangten Parteien, denen diese Fehler zur Last fielen, weder die Kraft noch auch nur den Willen fanden, sie zu beseitigen, mußte ich den im Weltkriege dagegen geführten Kampf⁵⁶ fortsetzen. Unerläßlich war der Abbau der Zwangswirtschaft, der einen wesentlichen Bestandteil der Forderungen des Programms und der Agitation der Partei bildete. Nachdem am 19. Juli 1919 die Hungerblockade endlich formell aufgehoben war, hätte die Rückkehr zu normaler Wirtschaft wenigstens sofort in Angriff genommen werden sollen. Daß das nicht geschehen war, habe ich im Anschluß an Verhandlungen der Landesversammlung, in denen v. Kessel die deutschnationale Fraktion vertrat, lebhaft kritisiert.⁵⁷

»Der völligen und unvermittelten Aufhebung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, namentlich beim Getreide und der Milch, redete auch er nicht das Wort. Was verlangt werden muß, ist, daß man von Worten endlich zu Taten schreitet. Wenn durch Reden in Parlamenten und Kommissionen Nahrungsmittel erzeugt würden, dann würden wir jetzt wie während des ganzen Krieges im Überflusse schwimmen; worauf es ankommt, ist, daß die wirklich sachverständigen Kreise nicht bloß angehört und mit ihnen debattiert wird, sondern daß sie entscheidenden Einfluß auf die zu ergreifenden Maßnahmen erhalten.«

Vergeblich hatte, wie ich weiter berichtete, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft am 20./21. Januar 1920 im Wirtschaftsministerium seine praktischen Vorschläge für den beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft vorgetragen. Das System der Lieferungsverträge für Getreide und Kartoffeln war von Dr. Roesicke schon in dem Wirtschaftsplan für 1918/1919 vergeblich befürwortet worden.⁵⁸

Zu der für den Zucker beantragten Aufhebung der Zwangswirtschaft konnte sich die Regierungsmehrheit der Landesversammlung im Januar 1920 nicht entschließen. Den Verfall der Zuckerwirtschaft besprach ich, weil er für die Gesamtlage der Landwirtschaft bezeichnend sei. Im Frieden hatte einer Produktion nach Abzug der geraubten Provinzen von 47 bis 48, ein innerer Verbrauch von 28, eine Ausfuhr von 19 Millionen Zentner Zucker gegenübergestanden. Obwohl die Ausfuhr bei Kriegsbeginn aufgehört hatte, war schon nach dem Erntejahr 1915 ein immer empfindlicher werdender Mangel an Zucker eingetreten, und zwar nicht nur wegen des Rückganges der Produktion, sondern auch weil der Zucker zur Herstellung von Sprengstoff benötigt würde. Dieser Grund war jetzt fortgefallen. Die Produktion des Jahres 1919 wurde aber nur noch auf 13,5 Millionen Zentner geschätzt. Der innere Verbrauch war also

⁵⁶ WESTARP II, bes. S. 375 ff., 382, 425–430, 433–440.

⁵⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 60 vom 2. 2. 1920, »Die Landwirtschaft«.

⁵⁸ WESTARP II, S. 447 ff.

noch nicht zur Hälfte gedeckt. Von einer Ausfuhr, die für 15 Millionen Zentner bei den damaligen Valutaverhältnissen 15 Milliarden Mark eingebracht haben würde, konnte nicht die Rede sein. Alles kam darauf an, den Friedensstand baldmöglichst zu erreichen.⁵⁹

»Intensiver Anbau, die nötigen Arbeitskräfte und der nötige künstliche Dünger müssen der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt, die Preise müssen so geregelt werden, daß der intensive Betrieb möglich wird. Nur der völlige Zusammenbruch nicht des Krieges, sondern der Revolution trägt die Schuld an dem furchtbaren Rückgang auch dieses einst so blühenden landwirtschaftlichen industriellen Erwerbszweiges.«

Zu den Ursachen des Rückganges der gesamten Produktion gehörte der Mangel an künstlichem Dünger.⁶⁰

Dazu kamen die Preisverhältnisse. Eine Tonne Stickstoff und die dazu gehörigen sonstigen Düngemittel, die nach einem Exempel des Professors Caro⁶¹ den Ertrag um 20 Tonnen Getreide erhöhten, kosteten 9 000 Mark, während die 20 Tonnen Getreide dem Landwirt 8 000 Mark erbrachten.

Das war ein Beispiel für die sogenannte »Preisschere«, die noch auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus die Landwirtschaft in ihrer Produktion gehemmt und in Schulden gestürzt hat. In späteren Jahren pflegte man aus dem »Preisindex« abzulesen, wie die Preise der vom Landwirt zu kaufenden Produktionsmittel und Bedarfsgegenstände weit über den Friedensstand von 1913 gestiegen waren, während diejenigen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ihn nicht erreichten. In der damaligen Sturmzeit der Geldentwertung wurde diese Statistik noch nicht so allgemein bekannt. Die Landwirte benutzten statt dessen Beispiele aus ihrer Erfahrung. Aus den Reden v. Kessels führte ich eine Wirtschaft von 1 800 Morgen an, in der 1913 die Wochenlöhne 25 000 Mark betragen hatten und 1918 auf 32 000 Mark, im Jahre 1919 auf 82 000 Mark gestiegen waren. Ähnliche Steigerungen wiesen die Rechnungen eines Sattlers und Schmiedes auf. Das städtische Gut Pritzwalk, auf dem der Wochenlohn im letzten Jahr von 41 000 auf 62 000 Mark gestiegen war, hatte einen Fehlbetrag von 19 000 Mark gehabt. v. Oldenburg sagte in einer Unterhaltung späterer Jahre scherzhaft, das Geheimnis der Landwirtschaft sei die »schuldenfreie Wirtschaft«⁶², er habe sie in den ersten Jahren nach der Revolution bei seinen eigenen und den von ihm als Vormund oder Pfleger betreuten Gütern nur aufrecht erhalten können, weil er, entgegen der ausgegebenen Parole intensiver Bewirtschaftung die größte Sparsamkeit walten ließ. Ich mußte ihm zugeben, daß intensiver Betrieb ohne finanziellen Ertrag auf lange Sicht den Ernährungsstand auch nicht bessern konnte.

Besonders schwerer Schaden erwuchs der landwirtschaftlichen Produktion aus den sozialdemokratischen Eingriffen in die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter. Das sozialdemokratische Parteiinteresse, das allein dafür maßgebend war, forderte gebietend, die Landarbeiter, die sich bis dahin der sozialdemokratischen Agitation und Parteiorganisation noch verhältnismäßig fern gehalten hatten, durch das System der industriellen Gewerkschaft für die Partei zu gewinnen. Ich bestreite nicht, daß auch unser Parteiinteresse daran beteiligt war, die Stimmen der Landarbeiter, die bisher für die

⁵⁹ Wie Anm. 57.

⁶⁰ Wie Anm. 57: nach Wegfall des Sprengstoffbedarfs seien für Lebensmittelmangel die Streiks in Düngerefabriken und der Kohlenmangel verantwortlich zu machen.

⁶¹ Nikodemus Caro hatte Arbeiten über Stickstoffbindung usw. verfaßt.

⁶² Siehe auch Elard v. Oldenburg-Januschau: Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 41.

konservative Partei abgegeben waren, gegen den sozialdemokratischen Angriff zu verteidigen. Wichtiger war uns die staatspolitische Notwendigkeit, den sozialdemokratischen klassenkämpferischen Einbruch in die Landwirtschaft zu verhindern. Die mechanische Gleichstellung des Landarbeiters mit der industriellen Masse konnte der landwirtschaftlichen Erzeugung nur schwere Hemmungen bereiten, weil sie der Eigenart und den Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebes widersprach. Freie Wohnung und Deputat erforderten andere Regelung als der bare Tages- und Wochenlohn. Der Arbeitstag mußte sich nach Jahreszeit und Wetter, Bestellung und Ernte richten. Der Streik der Landarbeiter, der in Preußen verboten gewesen war, verurteilte in Zeiten der Ernte und Bestellung das ganze Volk zur Hungersnot. Mit vollem Recht hatte v. Wangenheim in den Verhandlungen über das Vereinsgesetz von 1916 der gewerkschaftlichen sozialistischen Schablone des Klassengegensatzes den Gedanken einer Organisation entgegengestellt, die der Berufsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter Rechnung tragen sollte.⁶³ Pommern hatte damit begonnen, den Arbeitern Vertretung in der Landwirtschaftskammer und im Bunde der Landwirte einzuräumen.

Die preußische Regierung machte 1919 den Genossen Braun, den späteren langjährigen Ministerpräsidenten, zum Landwirtschaftsminister. Er war gelernter Buchdrucker, und den landwirtschaftlichen Befähigungsnachweis, den er seiner Partei erbracht hatte, erblickten wir darin, daß er als Parteisekretär Agitation unter den Landarbeitern betrieben hatte. Ich geriet in einen heftigen, mit Schärfe und Ausdauer geführten Pressekampf⁶⁴ mit ihm über einen Einzelfall, der mir Gelegenheit bot zu Angriffen auf die Agrarpolitik, die Willkürherrschaft und die Besetzung der Ministerposten mit sachunkundigen Parteisekretären. Der Vorgang spielte sich in Belgard in Pommern ab. Die sachlichen Unterlagen erhielt ich von dem früheren, durch die Sozialdemokratie verdrängten Landrat des Kreises Graf Kleist, und von zwei Vertretern der wirtschaftsfriedlichen Landarbeiterbewegung und späteren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, nämlich v. Dewitz, dem Direktor des 1919 gegründeten Pommerschen Landbundes, und Wolf (Stettin), dem Vorsitzenden des Reichslandarbeiterbundes in Stettin. Braun behauptete zwar in der Landesversammlung, ich hätte die Tatsachen auf den Kopf gestellt, verleumdet und den journalistischen Anstand verletzt.⁶⁵ Er und der Genosse Heine als Minister des Innern verlangten in längeren Zuschriften Berichtigungen. Mein Material, das ich gewissenhaft nachgeprüft hatte, erwies sich aber als so hieb- und stichfest, daß ich meine Darstellung in allen wesentlichen Punkten aufrechterhalten und nach propagandistischem Brauch für die Wiederholung einhämmern konnte. Sie ist charakteristisch für den damaligen Zustand.

Obwohl im Kreise Belgard seit April und Mai 1919 Lohnverträge bestanden, die sich mit denen der Nachbarkreise im wesentlichen deckten und höher waren als in manchen durch Boden und Klima mehr bevorzugten Gegenden, überreichte der sozialdemokratische Landarbeiterverband dem von der Koalitionsregierung eingesetzt-

⁶³ WESTARP II, S. 224 f.

⁶⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP; Nr. 458 vom 24. 9. 1919, »Sozialdemokratische Agitation des Landwirtschaftsministers im Kreise Belgard«; Nr. 488 vom 10. 10. 1919, »Der Landwirtschaftsminister und die Festsetzung des Tarifvertrages im Kreise Belgard«; Nr. 512 vom 23. 10. 1919, »Herr Braun als sozialdemokratischer Agitator und der Belgarder Kreis«; Nr. 537 vom 6. 11. 1919, »Die Auflösung des Belgarder Kreistages«; Nr. 546 vom 11. 11. 1919, »Nochmals die Auflösung des Belgarder Kreistages«; Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP; Nr. 60 vom 2. 2. 1920, »Die Landwirtschaft«; Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP.

⁶⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 5 vom 22. 10. 1919, S. 5497 ff.

ten Landrat bei Beginn der Ernte Lohnforderungen, die alle bisherigen Löhne weit überstiegen. Der Landrat verhandelte augenscheinlich, um den Interessengegensatz mit dem Großgrundbesitz zu betonen, nur mit diesem unter Ausschluß der Bauern. Während diese Verhandlungen noch schwebten, forderte der Landarbeiterverband am 27. und 30. August zum Erntestreik auf. Inzwischen schlossen die Arbeitgeber mit dem Landbunde einen Tarifvertrag ab. Die Ernte wurde nicht gefährdet, weil eine ausreichende Anzahl von Arbeitern bei der Arbeit blieb und Ernteurlauber halfen. Der Streik flaute nach wenigen Tagen ab. Da griff der »sogenannte Landwirtschaftsminister Braun« ein. Er ermächtigte durch Erlaß vom 2. September den Demobilisierungskommissar, landwirtschaftliche Tarifverträge zwangsweise festzusetzen, wenn deren »Abschluß zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern einerseits und einzelnen Arbeitgebern andererseits verweigert« werde. Am Tage darauf setzte der Regierungspräsident in Köslin, dem der Erlaß telefonisch mitgeteilt wurde, den Tarifvertrag für den Kreis Belgard nach den Forderungen des sozialdemokratischen Verbandes fest. Gegen fünf Großgrundbesitzer, die sich nicht fügen wollten, leitete er am 11. Oktober die im Erlaß vorgesehene Zwangsverwaltung ein. Vorher schon und zwar inmitten des Kampfes, am 31. August, war der Kreistag aufgelöst worden, der mit dem Kreisausschuß die Zwangsverwaltung durchzuführen hatte.

Gegenstand meiner agrarpolitischen Kritik an diesen Vorgängen war zunächst die Zerrüttung der ländlichen Arbeitsverhältnisse durch den sozialdemokratischen Landarbeiterverband und den Parteisekretär und sogenannten Landwirtschaftsminister, die in dem Erlaß vom 2. September auf die Spitze getrieben war. Dessen Inhalt bezeichnete ich als geradezu unerhört.

»Während unsere gesamten Verhältnisse zeigen, wie die unbedingte Streikfreiheit von Tag zu Tag tiefer in den Abgrund hineinstößt, wird hier geradezu eine Prämie darauf gesetzt, daß die Arbeiter bei der Ernte die Schraube ohne Ende handhaben. [...] Damit ist die Rechtssicherheit bezüglich bereits abgeschlossener Verträge beseitigt, denn in einem Kreise, in dem ein Tarifvertrag mit einer Arbeitnehmer-Vereinigung abgeschlossen ist, braucht nur eine neue Arbeitervereinigung mit erhöhten Forderungen aufzutreten, um sofort die Zwangsbefugnis des Demobilisierungskommissars wirksam zu machen, dessen Festsetzung alsdann die bisher getroffenen Vereinbarungen und Verträge über den Haufen wirft.«

Der Streik des Landarbeiterverbandes vom 27. August bis 2. September zeigte alle charakteristischen Merkmale der ländlichen Streiks.

»Die Arbeiter erklärten an vielen Stellen, sie wüßten nicht, weshalb sie streikten; es geschehe auf Geheiß ihres Verbandes, dessen Namen sie ebensowenig angeben konnten wie seine Forderungen. Vielfach versuchten Agenten des Landarbeiterverbandes Arbeitswillige durch Drohungen von der Arbeit fernzuhalten; Bauern, die auf einem Gute helfen wollten, sind verprügelt worden.«

Gegen die Hilfe der Ernteurlauber erhoben der Landrat und der Minister bei der Militärbehörde Einspruch, weil sie Streikbrecher seien und verhinderten, daß der Arbeitgeber zur Annahme des Tarifes gezwungen werde. Die mir zugegangene Nachricht, die Vertreter des Landarbeiterverbandes hätten erklärt, sie betrachteten die Bewilligung der Forderungen vom August 1919 nur als vorläufige Regelung und würden in Kürze mit neuen Forderungen hervortreten, wurde von Braun bestritten, von mir unter Benennung der Zeugen aufrechterhalten.

»Es fehlt heutzutage jede Sicherheit dafür, daß Tarifverträge von den Arbeitern und ihren Organisationen auch gehalten werden. Ohne diese Vorbedingung aber erfüllt kein Tarifvertrag den Zweck, wenigstens auf die Dauer seiner Gültigkeit sichere Verhältnisse für die Produktion und die Arbeiter herzustellen. Mag man die Gründe, die auch in unserem Blatt Herr v. Hertzberg-Lottin

angeführt hat, um zu beweisen, daß die Tarifverträge für den landwirtschaftlichen Betrieb überhaupt nicht passen, für richtig halten oder nicht, volle Übereinstimmung besteht darüber, daß die Einhaltung geschlossener Verträge gesichert werden muß.«

Der Mißstand trat im Belgarder Fall besonders deutlich zutage, weil der Erlaß vom 2. September scharfen Zwang einseitig gegen die Arbeitgeber vorsah, die unter Zwangsverwaltung gestellt wurden, wenn sie sich dem behördlich festgesetzten Tarifvertrag nicht fügten.

»Die Begründung, mit der Herr Braun leugnet, daß das eine einseitige Maßnahme gegen die Arbeiter sei, entbehrt nicht des Reizes ästhetischer Freude an ihrer Logik; gegen die Arbeiter könne er nicht zwangsweise vorgehen, wohl aber gegen die Arbeitgeber, die das öffentliche Interesse verletzen, wenn sie den Arbeitern ihre Forderungen nicht bewilligten.«

Mit dem einseitigen Zwang und seiner Begründung verstoße Herr Braun

»nicht nur gegen Recht und Billigkeit, die zu den Grundsätzen des verrotteten alten System gehörten, sondern gegen jede Forderung der Zweckmäßigkeit. Sicherungsmaßnahmen für die Tarifverträge sind sehr wohl möglich und müssen unbedingt gefordert werden, wenn man diese Einrichtung als annehmbar anerkennen soll und lebensfähig machen will. Es gehört dahin beispielsweise das Verbot des Streiks, der sich gegen einen in Geltung befindlichen Tarifvertrag richtet, und der Aufhetzung dazu, ferner Haftbarmachung der Organisationen der Arbeiter wie der Arbeitgeber, die den Vertrag abgeschlossen haben, für dessen Erfüllung.«

Es war daher durchaus folgerichtig, daß die Belgarder Arbeitgeber in den August-Verhandlungen eine von beiden Seiten zu stellende Kautio – nicht wie Braun behauptete von 300 000, sondern von 30 000 Mark – als Bedingung nicht für den Eintritt in die Verhandlungen, sondern für den Abschluß des Vertrages gefordert hatten. In Nachbarkreisen, Dramburg und Kolberg, waren geschlossene Verträge sofort durch neue Streiks gebrochen worden.

Ich machte Braun den schweren Vorwurf, daß er und die nach seiner Anweisung handelnden Parteisekretariate, die zur Zeit den Namen und die Befugnisse von Verwaltungsbehörden innehätten, bei ihrem Vorgehen sich ausschließlich von dem Ziel leiten ließen,

»die Landarbeiter in eine ewige Unruhe zu versetzen und sie so der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen. [...] Es handelt sich daher für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber bei dem Widerstande gegen diese Maßnahmen gar nicht allein um den einzelnen Lohnkampf, von so entscheidender Bedeutung dieser auch für die Lebensmöglichkeit des Betriebes sein mag, sondern um einen Kampf hochpolitischen Charakters.«

Herr Braun bestritt das; sein Vorgehen gegen die Arbeitgeber sei erforderlich geworden, weil die Ernte gefährdet gewesen sei. Auch das ließ sich widerlegen, da der 3–4tägige Streik ohne Gefährdung der Ernte zusammengebrochen war. Ich blieb daher bei meiner Darstellung,

»daß das Vorgehen des Landwirtschaftsministers nicht der Einbringung der Ernte und der Rücksicht auf die Volksernährung, sondern lediglich dem Zwecke gedient hat, unter Verletzung der Rechtssicherheit den Landarbeiterverband vor einer Niederlage zu schützen und die Landarbeiter der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu gewinnen.«

Ein Beweis für die agitatorische Absicht des Vorgehens war auch die ausdrückliche Bestimmung des amtlich festgesetzten Tarifvertrages, daß der Deputat von 29 Zentnern Getreide in Natur geliefert werden sollte, während durch Vorschriften der Zwangswirtschaft die Naturallieferung noch verboten war. Das war eine bewußte Irreführung und Fallenstellung.

»Folgt der landwirtschaftliche Arbeitgeber der Anregung des Landwirtschaftsministers, so setzt er sich der Strafverfolgung und allen jenen gehässigen Angriffen aus, die in den Kreisen der Verbraucher wegen mangelhafter Ablieferung erhoben werden; befolgt er die gesetzlichen Vorschriften nach Weisung des Herrn Schmidt, so hat der sozialdemokratische Agitator leichtes Spiel, den ländlichen Arbeitern klar zu machen, wie ihr Arbeitgeber sie entgegen der Fürsorge des sozialdemokratischen Ministers verkürze.«

Wenn auch der Belgarder Streik im August 1919 die Getreideernte nicht unmittelbar hatte schädigen können, so mußte doch der vom Minister unterstützte sozialdemokratische Vorstoß als solcher die Volksernährung wesentlich beeinträchtigen. Das war der Kernpunkt meiner Kritik. Bereits zwei Monate später erbrachte die Hackfruchternte, wie Herrn Braun in der Landesversammlung vorgehalten wurde, den vollen Beweis, welchen Schaden er mit seiner Landarbeiter-Agitation angerichtet hatte.⁶⁶

»Ein großer Teil der Rüben ist noch im Boden; die Futterrüben erliegen dabei dem Frost. Die Zuckerfabrikation steht still; die Fabriken müssen die Arbeiter bezahlen, obwohl der Betrieb ruht, und zwar infolge der Bestimmungen über die Arbeitszeit, drei Schichten gegenüber der früheren zwei. Dadurch wird die Zuckerfabrikation ganz ungeheuerlich verteuert, während selbstverständlich die Rüben durch den Frost an Zuckergehalt wesentlich eingebüßt haben werden. Noch weit schlimmer ist, daß etwa 15 v. H. der Kartoffeln noch in der Erde stecken und für die unmittelbare Verwendung zur menschlichen Nahrung verloren sind. Der frühzeitige Winter hätte diesen Schaden niemals anrichten können, wenn nicht die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande durch die Verwaltung des Herrn Braun in Grund und Boden verdorben worden wären. Herr v. Kessel wies nach, daß durch die Bestimmungen über den Normalarbeitstag auf dem Lande, die inzwischen teils durch generelle Anordnungen, teils durch die Tarifverträge platzgegriffen haben, ein voller Monat der Arbeitszeit verloren gegangen ist. Weder für diesen Ausfall noch für diejenigen der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen hat die Regierung Ersatz zu schaffen vermocht; im Gegenteil hat die planlose Erwerbslosenunterstützung die an sich schon geringe Neigung und Fähigkeit städtischer Arbeiter zur Landarbeit gänzlich beseitigt. Dieser Ausfall an ländlicher Arbeit trifft das ganze deutsche Volk. Er entzieht ihm nicht nur die nötigen Kartoffeln, sondern wird sich durch die verspäteten Bestellungsarbeiten noch bei der nächsten Ernte bemerkbar machen.«

Ein deutschnationaler Antrag⁶⁷, in dessen Begründung hervorgehoben wurde, daß man den Tarifvertrag als solchen nicht ablehne, sollte für den augenblicklichen Notstand die Möglichkeit eröffnen, die Arbeitszeit zu verlängern.

»Der Minister Braun, unterstützt von seinem Genossen Schmidt, dem Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes, bekämpfte mit Leidenschaft die Verlängerung der Arbeitszeit. Er bewies damit erneut, daß es ihm bei seiner Verwaltung des Landwirtschaftsministeriums einzig und allein darum zu tun ist, die Landarbeiter für die sozialdemokratische Partei einzufangen und zu organisieren, und daß gegenüber diesem Ziele jedes Verständnis für die landwirtschaftliche Erzeugung und jede Fürsorge für die Ernährung des Volkes vollständig in den Hintergrund tritt. Das war dann doch den beiden anderen Regierungsparteien zu viel, und sie traten dem deutschnationalen Antrage bei.«

Im Februar 1920 traten die Folgen der Politik Brauns so offen zutage, daß auch die Regierungsparteien sie in der Landesversammlung zugeben mußten.⁶⁸ Ich stellte das in meinem Bericht über die Verhandlungen fest, in der wiederum v. Kessel die Fraktion vertreten hatte.⁶⁹

⁶⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP.

⁶⁷ Antrag über den Antrag v. Kessel u. Gen. auf schleunigste Rettung der Hackfruchternte. Drucksachen der Landesversammlung Nr. 1149. Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 5 vom 13. 11. 1919, Sp. 6346 ff.; ebd. Anlagen-Bd. 4, S. 1582 (Antrag).

⁶⁸ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 7 vom 23. 1. 1920 (v. Kessel), S. 8644, vom 27. 1. 1920 (Minister Braun), S. 8763.

⁶⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 60 vom 2. 2. 1920, »Die Landwirtschaft«.

Zu entscheidenden Schritten aber konnte die Regierungsmehrheit sich nicht entschließen. In meinem Begrüßungsartikel für die Versammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch⁷⁰ gab ich dann eine zusammenfassende Darstellung der Fehler des herrschenden Systems, die es verschuldeten, daß wir weiter denn je von dem Ziele der Selbstversorgung durch intensive Wirtschaft entfernt waren.

»Sofort nach dem Kriege und der Revolution hätte die ganze Volkskraft darauf eingestellt werden müssen. Das Gegenteil ist geschehen. Der Unverstand einer von Demokratie und Sozialdemokratie Jahrzehnte hindurch zu Parteizwecken betriebenen Verhetzung der Konsumenten gegen die Landwirtschaft ist wie schon im Kriege, so vorzüglich in der Republik zu immer unumschränkterer Herrschaft gelangt und hat dem vorwärtsstrebenden Landwirt auf Schritt und Tritt Fesseln angelegt. Die Arbeitsunlust, durch die Revolution zum System erhoben, und die sinnwidrige und mechanische Übertragung sozialdemokratischer Programmforderungen auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse hat die Landwirte der Arbeitskräfte und Rohstoffe beraubt, die sie nötig hatten, um den Betrieb auch nur in dem Zustande der Kriegswirtschaft aufrechtzuerhalten. Das Verhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Produktionsmittel hat jeden intensiven Betrieb so unrentabel gemacht, daß er unmöglich wurde. So sind für die gestellte Aufgabe, von deren Erfüllung Dasein und Zukunft der Nation abhängt, seit dem Ende des Krieges zwei Wirtschaftsjahre verlorengegangen. Wir stehen nicht vor, sondern mitten in der Gefahr des erzwungenen Überganges unserer Landwirtschaft zur extensiven Betriebsweise.«

Das Vorgehen Brauns war nicht nur aus agrarwirtschaftlichen Gründen anzufechten, sondern bot mir auch die Möglichkeit zu verfassungspolitischen Einwendungen, die über den Einzelfall des Kreises Belgard hinaus Bedeutung hatten. Die Demobilisierungsvorschriften, aufgrund derer der Erlaß ergangen sein sollte, rechtfertigten ihn weder sachlich noch formell, und selbst, wenn er gültig gewesen wäre, hätten nach seinem Inhalt die tatsächlichen Voraussetzungen für die Festsetzung des Zwangstarifes und die Einführung der Zwangsverwaltung durch die Regierung nicht vorgelegen. Die Anordnung der Zwangsverwaltung war verfassungswidrig. Die Krönung der Willkürakte war die Auflösung des Kreistages Belgard.

»Wenn es noch Richter in Preußen gibt, so kann kein Zweifel bestehen, daß jede Anfechtung des Ministerialerlasses selbst und der für Belgard ergangenen Verordnung zum Ziele führen müßte. Freilich hat der republikanisch preußische Herr Landwirtschaftsminister selbstverständlich den Brauch des alten Systems gebrochen, zu dessen verrotteten Grundsätzen es gehörte, bei jeder Zwangsmaßnahme auch einen Rechtsschutz zu schaffen und Rechtsmittel an die Hand zu geben.«

Eine Möglichkeit, trotzdem zu richterlicher Nachprüfung zu gelangen, sah ich in dem Preußischen Gesetz vom 1. 8. 1909 über die Haftung des Staates für Schäden durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Amtspflichten eines Beamten.

Die Auflösung des Belgarder Kreistages war mit der Begründung erfolgt, daß die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion in Belgard nicht vertreten war. Ihr Wahlvorschlag war aus formellen Gründen abgewiesen worden. Der zur Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder berufene Kreistag hatte die Zurückweisung bestätigt; die dagegen zulässige Klage beim Bezirksausschuß, gegen dessen Urteil noch die Revision an das Oberverwaltungsgericht zulässig gewesen wäre, war nicht erhoben worden. Hätte sie Erfolg gehabt, hätte nur die Wahl der Abgeordneten der Stadt Belgard, nicht aber der des ganzen Kreistages für ungültig erklärt und wiederholt werden müssen.

⁷⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP.

»Daß man diesen Sachverhalt zum Anlaß nimmt, den ganzen Kreistag aufzulösen, ist ein Rechtsbruch und ein Gewaltakt von einer geradezu ungeheuerlichen Tragweite. Damit wird jeder Rechtsschutz der freien Wahlen in der Selbstverwaltung über den Haufen geworfen. Der Vorwand, mit dem man die Auflösung zu rechtfertigen sucht, ist so fadenscheinig, daß es ohne weiteres als berechtigt erscheinen muß, den wahren Grund für die Auflösung anderswo zu suchen. Er kann nur darin bestehen, daß man der Meinung war, der Kreiskommunalverband werde, obwohl Kreistag und Kreisausschuß nach dem neuen Wahlrecht gewählt sind, die Zwangsverwaltung nicht übernehmen, in der richtigen Erkenntnis der groben Rechts- und Verfassungswidrigkeit und der wirtschaftlichen Zweckwidrigkeit der Maßnahme.«

Ich nannte die Auflösung abschließend einen »Akt der Kabinettsjustiz im Interesse der sozialdemokratischen Klassenherrschaft, der allen Grundsätzen geordneter Rechtspflege ebenso wie der bisherigen Praxis widerspricht.« Das alles wurde in meiner Pressefehde im Einzelnen mit der Gründlichkeit eines oberverwaltungsgerichtlichen Referats nachgewiesen und gegenüber den Widerlegungsversuchen der Minister Braun und Heine aufrechterhalten.

Der von Gerichten oder Verwaltungsgerichten auszuübende Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheidungen ist heute (1942) als ein Erzeugnis individualistischer und liberalistischer Staatsauffassung teils ganz ausgeschaltet, teils wesentlich eingeschränkt worden, so daß der Eifer auffällig erscheinen mag, mit dem ich mich damals für ihn eingesetzt habe. Das habe ich aus der Überzeugung heraus getan, die ich in meiner amtlichen Laufbahn gewonnen hatte und die ich mit meinen konservativen Auffassungen für vereinbar halte. Außerdem hielt ich es für propagandistisch wirksam, wenn ich den regierenden Parteien, die sich im Gegensatz zum »Obrigkeitsstaat« als Hort bürgerlicher Freiheit aufspielten, vorhielt, wie willkürlich sie im Gefolge der Sozialdemokratie mit Recht und Billigkeit umgingen. Die Belgarder Vorgänge gehörten zu den Unterlagen, aufgrund deren ich auszuführen pflegte, die republikanisch parlamentarische Parteiherrschaft regiere mit einem Absolutismus, von dem die preußischen Könige weit entfernt gewesen seien.

Dem parlamentarischen Regiment galt auch die persönliche Schärfe, mit der ich die Fehde schon in meinem ersten Aufsatz eröffnete.⁷¹

»Herr Braun, sozialdemokratischer Parteisekretär und sogenannter preußischer Landwirtschaftsminister, tut alles, was geeignet ist, die landwirtschaftliche Arbeit und Erzeugung und damit die Ernährung des Volkes zu schädigen.«

Derselbe Ton kehrte in den Überschriften verschiedener Aufsätze wie »Sozialdemokratische Agitation des Landwirtschaftsministers« wieder und auch im Text, wo ich selten unterlassen habe, den »sogenannten Landwirtschaftsminister« als Parteisekretär und sozialdemokratischen Parteiagitator, »Minister gegen die Landwirtschaft«, oder den Ernährungsminister Schmidt und den preußischen Minister Heine als seine »Genossen« zu bezeichnen. Das Schlußwort dieser Fehde, in dem ich feststellte, daß Herrn Braun selbst die Erkenntnis von der Haltlosigkeit seiner Politik zu dämmern beginne, ist ein heftiger Einspruch gegen seine Belassung im Amte.⁷²

⁷¹ Kreuz-Ztg., Nr. 452 vom 21. 9. 1919.

⁷² Westarp schrieb: »Nun bleibt noch zu wünschen, daß Herr Braun auf dem Wege der Erkenntnis den unbedingt nötigen zweiten Schritt tut und einsieht, wie unfähig er selbst ist, zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung wesentliches beizutragen, weil er keine fachmännischen Kenntnisse hat und in den Gedankenkreisen des sozialdemokratischen Agitators befangen bleibt.«

Herr Braun war mir gewiß politisch und auch als Mensch wenig sympathisch. Die Schärfe meiner Angriffe auf ihn zielten aber über seine Person hinaus auf den schweren Mißstand, daß das parlamentarische System den unabhängigen Berufsbeamten durch den Parteiagitator ersetzte. Herr Braun war ein Musterbeispiel, an dem sich zeigen ließ, wohin es führte, daß die Auswahl der Minister und Beamten nicht nach der beruflichen Eignung, Erfahrung und Tüchtigkeit, sondern nach der Bewährung im agitatorischen Parteidienst erfolgte und daß für ihre Geschäftsführung nicht das Staatsinteresse, sondern das Parteiinteresse maßgebend war.

Auf die allgemein politische Bedeutung des Kampfes habe ich von Anfang an hingewiesen.⁷³

»Um so nötiger ist der entschlossenste politische Kampf gegen diesen Mißbrauch der Regierungsgewalt durch die sozialdemokratische Partei. [...] Hierum geht in erster Linie der Kampf und nicht nur um die Lohnfragen in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, so wichtig auch sie für deren Bestehen sein mögen. Darüber werden sich die Besitzer auf dem Lande klar sein. Der tatkräftigen Unterstützung der deutschnationalen Fraktionen in Preußen und im Reich sind sie, davon bin ich überzeugt, sicher.«

Der Erfolg war zwar nicht der Sturz Brauns, dazu war das Gefüge der Koalitionsregierung zu fest, aber eine sachliche Niederlage, die dem Ansehen des Systems und der Person schaden mußte.

»Kundgebungen aus pommerschen Kreisen veranlaßten den ›Vorwärts‹ (13. September Nr. 468), mit lautem Schimpfen über diesen ›Höhepunkt agrarischer Frechheit‹ den Landwirtschaftsminister aufzufordern, er möge gegen ›diese widerborstige Junkergesellschaft‹ das Maschinengewehr in Tätigkeit setzen. Inzwischen hat ebenso wie der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber-Vereinigungen auch der westfälische Bauernverein energischen Einspruch erhoben, letzterer mit dem Zusatz, daß andernfalls unsere Bauern nicht tatenlos zusehen, sondern Mittel und Wege zu finden wissen werden, die Durchführung der Verordnung zu verhindern.«

Im Haushaltsausschuß der Landesversammlung veranlaßte ein scharfer Widerspruch des Zentrums Herrn Braun zu der Erklärung,

»die Verordnung sei nur durch außergewöhnliche Ursachen lokaler Art in Pommern verursacht und solle nur vorübergehend bis zur Sicherstellung der Hackfruchternte angewendet werden; es sei nicht daran gedacht, sie in anderen Landesteilen anzuwenden. Nach der Hackfruchternte werde sie unverzüglich aufgehoben und in Zukunft werde die Angelegenheit gemeinsam für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt werden.«

Ich wertete das als Eingeständnis der Ungesetzlichkeit und des Ausnahmecharakters der Maßnahme und des sachlichen Rückzuges. Es folgte im November die Annahme zweier von Braun bekämpfter deutschnationaler Anträge über das Abschlichten der Milchkühe und über vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit⁷⁴, die ich als ein Herrn Braun unter Zustimmung der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien erteiltes Mißtrauensvotum registrierte.

Seit 1935 ist der Gedanke der landwirtschaftlichen Autarkie Deutschlands zu unbestrittener Herrschaft gelangt. In dem revolutionären Deutschland nach 1918 war er nur in heftigem Kampf gegen die regierenden Parteien und die von ihnen beeinflusste öffentliche Meinung der Verbrauchermassen zur Geltung zu bringen. Die Darstellung

⁷³ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, dort auch die beiden folgenden Zitate.

⁷⁴ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 5 vom 13. 11. 1919, S. 6389. Dazu auch Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, 1P.

des Falles Braun zeigt, wie heftig darum mit der zur Herrschaft gelangten Sozialdemokratie gekämpft werden mußte.

Ein schlimmer, lange nachwirkender Fehler der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 war die Ernennung Adolph Hoffmanns zum preußischen Kultusminister. Unabhängiger Sozialdemokrat, persönlich in guter Vermögenslage, politisch nichts mehr und nichts weniger als ein gerissener Massenagitator und Hetzer, nicht ohne Witz, kokettierte er in unverfälschtem Berliner Dialekt mit Unbildung und Ablehnung aller Intelligenz und Kultur. Seinen Spitznamen »Zehn-Gebote-Hoffmann« hatte er sich vor Jahren durch eine Schrift über die zehn Gebote erworben, die auf so niedriger Kulturstufe stand, daß der sozialdemokratische Parteitag ihre Aufnahme in den Katalog der Partei ablehnte.⁷⁵ Der Zynismus, mit dem er, allen Fachwissens unkundig, die bewährte preußische Kulturpolitik zu zertrümmern suchte, rief selbst in dem Revolutionswinter 1918/1919 Stürme der Empörung hervor, die ihn zum Rücktritt zwangen. Mit den Worten: »Hier sieht mir keener wieder«, verließ er das Ministerium Unter den Linden. Sein Verhalten trug wesentlich dazu bei, die unheilvollen Separationsgelüste zu fördern.⁷⁶

Die Zerstörung wertvollen, bisher als unveräußerlich angesehenen Besitzes des deutschen Volkstums, über die ich fortgesetzt zu berichten hatte, vollzog Adolph Hoffmann auf dem religiösen Gebiet.⁷⁷

»Der sogenannte preußische Kultusminister Adolph Hoffmann hat jetzt auch noch den Berliner Schulen die Weihnachtsferien, den Kindern das Schulgebet verboten. In den einzelnen Schulen haben die Kinder sich das Gebet nicht verbieten lassen wollen; überall sind sie in dieser trüben Zeit des erhebenden Eindrucks beraubt worden, den die christliche Weihnachtsfeier auf jedes unverdorbene kindliche Gemüt ausübt. Der sozialdemokratische Religionshaß hat hier eine seiner tollsten Blüten getrieben. Ungeheuer auch ist die Gefahr, die von dieser Seite dem christlichen Charakter unseres Volkes und dem Bestande unserer Kirchen droht.«

Ich konnte von einer Kundgebung berichten, durch die der Evangelische Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand gemeinsam mit einer Kommission kirchlich gesinnter Männer aus allen Lagern Einspruch gegen diesen Eingriff in das gesetzlich geregelte Verhältnis von Staat und Kirche erhob.⁷⁸

»In dem Bewußtsein ihrer inneren Selbständigkeit, so sagt der Aufruf mit Recht, hat die evangelische Kirche die Trennung von Kirche und Staat nicht zu fürchten. Aber sie und alle, die es mit unserem Volke gut meinen, müssen, wie es auch der Wahlauf Ruf der Deutschnationalen Volkspartei tut, mit größter Entschiedenheit fordern, daß die Kirche vor Gewalt und Willkür geschützt wird und daß ihr auch in wirtschaftlicher Beziehung die ihr rechtlich und geschichtlich verbürgte Stellung bewahrt bleibt, vor allem aber, daß unsern Kindern der Religionsunterricht nicht freventlich vorenthalten wird. Das werden auch die Frauen und Mütter nicht wollen, die jetzt zur Mitarbeit an den Staatsgeschäften berufen sind.«

⁷⁵ Zur Schrift Hoffmanns: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 11. 3. 1919 (MUMM), S. 663 ff.

⁷⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1919, IP.

⁷⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1919, IP.

⁷⁸ Zur Sache vgl. Gottfried Mehnert: Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959; Jonathan R. C. Wright: Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933, Göttingen 1977; Jochen Jacke: Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976.

Verbote des Religionsunterrichtes in anderen Ländern wie Sachsen, Braunschweig, riefen die Deutschnationale Fraktion in Weimar mit einer Interpellation auf den Plan, in der sie in einem für mich unbedenklichen Zugeständnis an den Unitarismus das Reich zum Einschreiten aufrief. Mumm⁷⁹ berichtete bei Begründung der Interpellation⁸⁰ eindrucksvoll über den Widerstand, den die sozialdemokratische Religionsfeindschaft bis weit in die Parteigenossen hinein gefunden hatte. Er konnte auf einen Petitionssturm mit weit über einer Million Unterschriften hinweisen. Im industriellen Sachsen überstieg die Zahl der Unterschriften die Hälfte der evangelischen Einwohner.

Das Oberhaupt der evangelischen Landeskirche Preußens war als »summus episcopus« der König von Preußen gewesen. Sie mußte also ihre Verfassung auf anderer Grundlage neu aufbauen. Obwohl nun die Reichsverfassung (Art. 137) bestimmte: »Es gibt keine Staatskirchen« und obwohl der Dresdener Kirchentag hierzu seine Zustimmung erklärt hatte, waren in Preußen die Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregimentes dem Staatsministerium übertragen und damit von dem evangelischen Königshause auf die religionslose Republik übergegangen, die sie durch ihre aus religionsfeindlichen Parteien und dem katholischen Zentrum bestehende Regierungsmehrheit ausüben ließ. Konflikte konnten nicht ausbleiben. Der Verfassungsentwurf des Evangelischen Oberkirchenrates wurde von den Demokraten beanstandet, weil er nicht die direkte Wahl zur Generalsynode vorsah, und die »drei Minister evangelischen Glaubens«⁸¹

»lehnten dem Evangelischen Oberkirchenrat die Einberufung der außerordentlichen Generalsynode ab, bevor nicht über gewisse Grundlagen des zur Beratung gestellten kirchlichen Verfassungsgesetzes eine Einigung mit dem gesetzgebenden Faktor Preußens erzielt sei. Mit Recht wurde dieses Vorgehen als eine offene Kampfansage des religionslosen Staates gegen die evangelische Kirche aufgefaßt. Besonders lebhaft muß es in den evangelischen Kreisen beklagt werden, daß die Demokraten dabei eine Differenzierung der Evangelischen und Katholischen vornahmen. Der katholischen Kirche versucht niemand ihre Rechte zu schmälern.«

Die sachliche Bedeutung der Schulgesetzgebung stand in jener ersten Zeit des Überganges noch nicht im Vordergrund wie in den späteren Jahren, in denen sie der zweiten von uns gebildeten Koalitionsregierung (1927/28) zum Schicksal wurde. Was mich damals besonders an ihr interessierte, waren die Schwierigkeiten, die dem Zentrum aus seinem Bündnis mit der Sozialdemokratie aus den Schulfragen erwuchsen. Simultanschule und Ausschaltung des Einflusses der Kirche auf die Schule waren Streitgegenstände, die von Anfang an die Weimarer Koalition störten.

Antisemitisch-völkische Ausstellungen am Christentum bezogen sich in der Vorkriegszeit im wesentlichen nur auf zu große Bindung an das Alte Testament und blieben vereinzelt. Haßerfüllte Feindschaft gegen die christlichen Kirchen und das christliche Bekenntnis des deutschen Volkes wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts von jüdischen Literaten genährt. Ihre Trägerin war neben der jüdischen und demokratischen Presse allein die sozialdemokratische Partei und ihre Agitation. Seit dem Umsturz zur Vorherrschaft gelangt, verwandelte die Partei die agitatorische Anfeindung in staatliche Bekämpfung und Verfolgung; das ihr verbündete Zentrum leistete nur unzulänglichen und dazu im wesentlichen auf die Interessen der katholischen Kirche beschränk-

⁷⁹ MUMM, S. 107 ff.

⁸⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 11. 3. 1919, S. 663 ff. (Drucksache Nr. 61).

⁸¹ Kreuz-Ztg. Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

ten Widerstand. So war für uns Evangelische das Eintreten für die christliche Religion und Kirche eng mit dem Kampf gegen das System verbunden. Die Erinnerung an die Kämpfe, die ich auf diesem Gebiet geführt habe, läßt mich nicht über das schmerzliche Erstaunen darüber hinwegkommen, in welchem Maße die neue Zeit seit 1933 gerade diese Erbschaft von ihren in heißem Kampf niedergelegenen Gegnern und Vorgängern übernommen hat.

Das neue republikanische Wehrgesetz⁸² ermächtigte den Reichspräsidenten, das Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu gründen. Eine ausdrückliche Stellungnahme von mir zu diesem durch den Zusammenbruch erzwungenen, tieferschütternden Verzicht auf das alte Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht vermisste ich in meinen Akten. Lebhaften Anteil nahm ich dagegen an der furchtbaren Lage, in die das im Dienst verbleibende Offizierkorps durch den Übergang zur Republik versetzt worden war. Meine Tätigkeit erschöpfte sich nicht in dem Eintreten für die von einer ungeheuerlichen Hetze empfangenen Offiziere des Weltkrieges. Hierzu trat scharfe Kritik an Äußerungen und Maßnahmen der sozialdemokratischen Minister, die in keiner Weise dem Wesen und den Bedürfnissen des neu zu schaffenden Heeres gerecht wurden. In ihnen trat der unlösbare Zwiespalt hervor, in dem sich die zur Regierung gelangte Partei befand. Die antimilitaristische Hetze gegen das Offizierkorps gehörte zu den Mitteln, mit denen sie zum Umsturz gelangt war. An sie war sie gegenüber ihren Massen und radikale Nachbarn gebunden. An der Macht halten aber konnte sie sich nur mit voller Unterstützung des so beschimpften und wegen seiner Gesinnung verfolgten Offizierkorps.

Noske wurde am unmittelbarsten von diesem Konflikt betroffen und geriet dadurch im September 1919 in öffentlichen Streit mit Scheidemann wegen einer von diesem in Kassel gehaltenen Rede.

Westarp berichtete in der »Kreuzzeitung«⁸³, Noske habe den Angriff Scheidemanns auf den Obersten Reinhard öffentlich zurückgewiesen, Scheidemann habe im »8 Uhr-Abendblatt« (19. September, Nr. 212) einen »rühmlichen Rückzug angetreten«, doch werde Noske nun vor der Groß-Berliner Parteiorganisation wegen seines Vorstoßes gegen Scheidemann und wegen des Gegensatzes zum »Vorwärts« zur Rechenschaft gezogen.

Ich war zugleich besorgt, daß manche militärischen nationalen Kreise Noske ein zu großes Vertrauen entgegenbrachten. Die Art, wie er sich vor den Groß-Berliner sozialdemokratischen Partei-Funktionären rechtfertigte und ein einstimmiges Vertrauensvotum verschaffte, machte es dann auch unerlässlich, gegen seine Auffassungen Einspruch zu erheben.⁸⁴

»Justav muß bleiben«, so haben ihm seine Parteigenossen schließlich begeistert zugerufen und damit war seine Stellung als Reichswehrminister gesichert. Er hatte zwar erklärt, Zahlabend-Politik könne die Partei nicht mehr treiben, aber die Zustimmung der Genossen konnte der regierende Staatsminister nur durch den Zahlabend-Ton erringen, in dem er von den Offizieren sprach. [...] Großmütig und herablassend gewährt er ihnen eine »gewisse Schimpffreiheit«; er erzählt, wie er täglich einige Dutzend Offiziere verabschiede, jeden Offizier hinauswerfe, der sich reaktionär be-

⁸² RGBl. 1919, S. 295 (6. 3.). Die Reichswehr und die Wehrpolitik der Weimarer Republik sind von der Forschung überaus stark beachtet worden; da sich Westarp in den vorliegenden Memoiren besonders intensiv mit der Person des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske auseinandersetzt, sei hier lediglich auf die kontrovers diskutierte Biographie von Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, hingewiesen.

⁸³ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP.

⁸⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 478 vom 5. 10. 1919, IP.

merkbar mache, und er bringt den Mut auf, in diesem Zusammenhange von den 200 durch ihn verabschiedeten Generälen, »guten und schlechten«, zu reden. So spricht er von Männern, die ein Leben treuer Pflichterfüllung hinter sich und Blut und Leben für ihr Vaterland und Volk einschließlich des Herrn Noske und seiner Freunde eingesetzt haben. [...] Herr Noske glaubt auch, das Mittel in der Hand zu haben, um trotz solcher Behandlung für die Dauer ein ihm ergebenes Offizierkorps in seinen Dienst und in den Dienst der Partei zu zwingen. »Wir werden am 1. Januar 1920 ein bettelarmes Offizierkorps haben, das mit seiner Existenz an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist!« Hat Herr Noske im Triumphgefühl seiner Macht ganz vergessen, mit welcher verhetzender Schärfe er und seine Freunde früher aufgetreten sind, wenn sie glaubten, behaupten zu können, die Hungerpeitsche werde geschwungen, um die Arbeiter an ihrer Stelle festzuhalten?«

Westarp stellt in diesem Artikel dann den Auffassungen Noskes einige Äußerungen Friedrichs des Großen⁸⁵, dessen Offizierkorps »nicht mit äußeren Glücksgütern gesegnet« war und »nicht um Reichtum dienen« sollte, gegenüber und bemerkt, daß »der Gedanke, den Offizier durch Armut an seinen Dienst zu fesseln«, bei Friedrich nirgends zum Ausdruck komme:

»Die Offiziere verachten und von ihnen fordern, daß sie mit Ehren dienen, ist ein Widerspruch. [...] Ich habe selbst Krieg geführt und gesehen, daß Obersten bisweilen über das Schicksal des Staates entschieden haben. [...] An solchen wichtigen und entscheidenden Tagen lernt man den Wert guter Offiziere schätzen. Da lernt man sie lieben, wenn man sieht, mit welcher hochherziger Todesverachtung, mit welcher unerschütterlicher Ausdauer sie den Feind zur Flucht zwingen und den Sieg und das Schlachtfeld behaupten. Es genügt aber nicht, ihnen in dem Augenblick Achtung zu zollen, wo man ihrer bedarf und wo ihre Taten Euch Beifall abringen. Auch in den Friedenszeiten müssen sie das Ansehen genießen, das sie sich mit so großem Recht erworben haben. Ehren und Auszeichnungen gebühren denen, die ihr Blut für die Ehre und Erhaltung des Staates vergossen haben.«

Die Einwendungen, die Noske in der Nationalversammlung gegen meinen Angriff erhob, waren leicht zu widerlegen.⁸⁶ Auch v. Graefe hielt ihm vor, daß er vor den Parteifunktionären anders spreche als vor den Offizieren.⁸⁷

Bei diesen Erörterungen kam der Unterschied zwischen der alten Königlich Preussischen und Kaiserlich Deutschen Armee und der neuen republikanischen Wehrmacht zum schmerzlichen Bewußtsein. Es trat die neue Aufgabe in Erscheinung, die uns weiterhin dauernd beschäftigt hat, die einst durch den König und Kaiser gewährleisteteste Stellung des Volksheeres der allgemeinen Wehrpflicht als eines über dem Parteitritt stehenden Trägers der Staatsgewalt gegen die regierende Mehrheit zu sichern, die aus der neuen Wehrmacht ein Parteiinstrument machen wollte.⁸⁸

»Herr Noske erklärte, die Reichswehr muß »ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung« sein. Dabei schwebten ihm wohl ähnlich wie bei seiner Äußerung über »das bettelarme Offizierkorps« Grundgedanken der preussischen Überlieferung vor, ohne daß er doch deren Sinn richtig begriffen hatte. Als das alte Heer, fern von Politik und Partei, durch ein Verhältnis besonderer Treue und besonderen Gehorsams an seinen Obersten Kriegsherrn gebunden war, verkörperte dieser die jahrhundertealte Überlieferung der Hohenzollernmonarchie und damit die den Tag überdauernde Einheit des Volksganzen. Er verbürgte die Stetigkeit der politischen und militärischen Entwicklung nach innen und außen. Wenn jetzt die Reichswehr ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein soll, so wird ihr angesonnen, in Treue und Gehorsam jedem Wechsel der Parteien und Parteikonstellationen zu folgen. Augenblicklich herrscht in Deutschland die Mehrheitssozialdemokratie, der die beiden anderen Regierungsparteien Gefol-

⁸⁵ Die Werke Friedrichs des Großen, in deutscher Übersetzung hrsg. v. Gustav Berthold Volz, Bd. 7, Berlin 1912, S. 165 f.

⁸⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 491 vom 12. 10. 1919, IP; Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 8. 10. 1919, S. 2920.

⁸⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 29. 10. 1919, S. 3537 ff., 3543.

⁸⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 530 vom 2. 11. 1919, IP.

schaft leisten und die durch Herrn Noske die Reichswehr führt. So denkt Herr Noske mit seinem Ausspruch in Wahrheit lediglich daran, daß die Reichswehr bedingungsloses Werkzeug der Sozialdemokratie sein soll. An seine Partei will er durch die Kette der Armut Heer und Offizierskorps fesseln, die früher durch den Begriff der Ehre und Pflicht dem Könige und dem Vaterlande verstrickt waren.«

Noske hatte uns vorgeworfen, daß wir durch die Angriffe auf ihn die Disziplin des Heeres und damit die Sicherheit des Staates gefährdeten. Um so mehr hielt ich eine ausdrückliche Mahnung an die Offiziere für nötig, trotz des inneren Konfliktes, der ihr Schicksal geworden war, im Dienste zu bleiben. Die Erkenntnis von dem wahren Charakter Noskes als sozialdemokratischem Parteiagitator sei für manche Offiziere und Mannschaften, die in ihm nur »den tapferen und starken Mann und Hüter der Ordnung sehen wollten«, eine schwere Enttäuschung.

»Das Opfer, das diese Männer bringen, wenn sie im Dienste bleiben, ist ein ganz besonders großes und schweres. Sie können sich bewußt sein, daß es nicht dem gegenwärtigen Führer der Reichswehr, seiner Partei und seiner Regierung, sondern dem Vaterlande und dem deutschen Volke gebracht wird, die des Schutzes eines geordneten und möglichst starken Heeres nicht entbehren können. Herr v. Graefe hatte nur zu recht, als er sagte, beim Ausscheiden der monarchisch gesinnten Mannschaften und Offiziere aus dem Reichsheere werde nur ein allzu kümmerlicher Rest übrig bleiben. Für uns ergibt sich daraus eine doppelte Pflicht gegenüber den tapferen und opferwilligen Männern, die den Dienst in der Reichswehr weiter versehen. Wir müssen uns ihrer Interessen auf das wärmste annehmen, wie es die deutschnationale Fraktion entsprechend der überaus dankenswerten Anregung in dem Artikel Ludendorffs getan hat, und wir müssen alle Kräfte ansetzen, eine andere Regierung zu schaffen, die die Reichswehr aus dem Banne der sozialdemokratischen Führung befreit.«

Parteiregierung und Regierungsparteien

Der Reichstag war nicht nur der praktisch alleinige Träger der Gesetzgebung. Das Recht, jede Regierung durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen, und die Art, wie es gehandhabt wurde, sicherte den jeweilig zu diesem Zweck zusammengeschlossenen Mehrheitsparteien auch die absolute Herrschaft über die Regierungsbildung und damit über die gesamte Politik und Verwaltung. Für mich war die Überzeugung, daß die von Parteimehrheiten gebildeten Regierungen für Deutschland ungeeignet und unheilvoll seien, nicht neu.¹ Die Geschichte der demokratischen Parteiherrschaft hat fortlaufend und schließlich für eine große Mehrheit überzeugend den Nachweis erbracht, daß meine Gegnerschaft gegen die Parliamentsherrschaft nicht auf reaktionärer Voreingenommenheit beruhte, sondern tatsächlich nur zu sehr begründet war.

In den vierzehn Jahren vom Januar 1919 bis Januar 1933 wurden 20 Regierungen gebildet. Die daraus zu errechnende Durchschnittsdauer von acht bis neun Monaten ergibt ein noch zu günstiges Bild. Nicht selten mußten während des Bestandes dieser Regierungen einzelne Minister, ja sogar Koalitionsparteien ausgewechselt werden. Außerdem fallen in den errechneten Durchschnitt die Wochen, in denen die Regierung nach ihrem Rücktritt nur noch vom Reichspräsidenten mit der Führung der Geschäfte beauftragt war.

Die Zahl der auf die einzelnen Parteien in der Wahl entfallenen Stimmen und Abgeordneten war die Grundlage aller möglichen Kombinationen der Regierungsbildung und erforderte deshalb eine eingehende Beachtung, die mir selbst unsympathisch war und einer späteren Zeit kaum noch verständlich ist. Die Regierungsbildung selbst kostete Tage oder auch Wochen, in denen eine beauftragte Regierung mit beschränkter Vollmacht die Geschäfte fortführte, die Öffentlichkeit aber durch die Parteiverhandlungen vor und hinter den Kulissen, durch Intrigen und Sensationen, Gebärdenspäherei und Gerüchte in Erregung versetzt wurde. Wenn dann die Regierung sich vorstellte, begann ein ebenso wilder Kampf über die Art, wie das vorgeschriebene Vertrauen ausgesprochen oder wenigstens die Bekundung des tatsächlich vorhandenen Mißtrauens verhindert werden sollte. Kam man endlich wieder zu positiver Regierungsarbeit, so taten sich die Risse und Brüche der Koalition auf, und es folgten bald neue Krisen und eine neue Regierungsbildung.²

In der Zeit der Nationalversammlung fand ich für meine Kritik an diesem Verfahren der Regierungsbildung wenig Anklang, selbst in der DNVP stieß ich auf Widerspruch. In den 16 Monaten der Nationalversammlung fanden jedoch bereits drei Regierungsbildungen und eine Regierungsumbildung statt. Sie boten mir Gelegenheit, das Parteiregiment aus den praktisch damit gemachten Erfahrungen heraus zu charak-

¹ WESTARP I, S. 89–97, 202–218; WESTARP II, S. 248–255, 488.

² Dieser Erscheinung hat WESTARP in seiner Schrift »Am Grabe der Parteiherrschaft« (1932) besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

terisieren. Zur Nationalversammlung waren 421 Abgeordnete gewählt worden, die absolute Mehrheit betrug also 211. Es galt, sich mit dem Verhältnis auseinanderzusetzen, das zwischen den sich dabei ergebenden zahlenmäßigen und politischen Möglichkeiten der Regierungsbildung bestand.³

»Rechnerisch wäre es möglich, eine Regierungsmehrheit ohne und gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien zu bilden. Politisch ist damit aber nicht zu rechnen, weil die demokratische Partei es unter keinen Umständen will und auch das Zentrum wenigstens nach einer Äußerung der ›Germania‹ der Meinung ist, daß gegen die Sozialdemokratie als stärkste Partei nicht regiert werden könne. Die 164 Sozialdemokraten sind nun in der taktisch sehr glücklichen Lage, zwei Parteien zur Mehrheitsbildung zur Verfügung zu haben, entweder die Deutsche Demokratische Partei mit 77, oder das Zentrum mit 88 Abgeordneten. Daß die Demokratische Partei entschlossen ist, mit den Sozialdemokraten zusammen die Regierungsmehrheit zu bilden, steht fest.«

Den Entschluß, den das Zentrum fassen würde, bezeichnete ich, schon um ihm Schwierigkeiten zu bereiten, als zweifelhaft. Nachdem es als Christliche Volkspartei⁴ mit der Parole einer bürgerlichen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie gegründet war, hatte es die Listenverbindung nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit jeder Partei abgelehnt, die ihre Liste mit der sozialdemokratischen Partei verband.⁵

»Dabei hatte es richtig erkannt, daß der Gedanke des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Kreise gegen die Sozialdemokratie eine große Werbekraft hatte und sehr geeignet war, die rechtsstehenden Parteien zu einem Zusammengehen mit dem Zentrum zu bewegen. Jetzt aber stellt die ›Germania‹ in einem Artikel vom 23. d. M. den Gedanken zur Erörterung, ob die Sozialdemokratie nicht das alte interfraktionelle Bündnis mit Demokratie und Zentrum zusammen einzugehen bereit sein möchte.«

Dieses Liebeswerben war mit einer sanften Mahnung an die Sozialdemokraten zu programmatischer Mäßigung verbunden. Es wurde zunächst vom »Vorwärts« mit einer Darlegung beantwortet, in der dem Zentrum jede Daseinsberechtigung abgesprochen wurde. Auch ich versuchte den Frieden noch zu stören.

»Wie freilich eine Politik nach den sachlichen Grundsätzen des Zentrums mit dem Eintritt in eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit vereinbar sein soll, ist um so weniger ersichtlich, wenn die Trennung von Staat und Kirche, so wie es der Preußische Entwurf vorsieht, in der Reichsverfassung grundsätzlich geregelt werden soll. Darüber wird keine bürgerliche Partei, die mit der Sozialdemokratie zusammen die feste Regierungsmehrheit bilden will, in Zweifel sein dürfen, daß sie in eine Dienstbarkeit geraten wird, die nicht leicht zu ertragen ist.«

Gleichzeitig deutete ich an, daß das Zentrum sich trotzdem fügen werde. Seine frühere Zwickmühlenstellung, in der es mit den Sozialdemokraten jeden oppositionellen Beschluß durchsetzen, andererseits aber mit Nationalliberalen und Konservativen die Regierung stützen konnte, war verlorengegangen, weil Sozialdemokraten und Demokraten die Mehrheit hatten, das Zentrum hatte sich aber seit den 90er Jahren so »an den Gedanken maßgebender Teilnahme an den Regierungsgeschäften gewöhnt«, daß ihm jetzt die Notwendigkeit, in grundsätzlicher Opposition der Leitung der Geschäfte fern zu bleiben, »nur schwer einleuchten mag«.

Das Ergebnis war dann auch die Regierungsmehrheit von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum. Es war die gleiche Mehrheit, die mit der Friedensresolution

³ Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919, IP.

⁴ Vgl. MORSEY (Zweiter Teil: Zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung).

⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919, IP; ebd. auch das folgende Zitat.

vom Juli 1917⁶ die Macht ergriffen hatte, von nun als »Weimarer Koalition« in der Nationalversammlung regierte und auf die Entwicklung der nächsten vierzehn Jahre selbst dann einen maßgebenden Einfluß ausübte, wenn sie formell nicht am Ruder war.

Ihr erstes Kabinett der Nationalversammlung trug den Namen seines Ministerpräsidenten Scheidemann.⁷ Mehr als die Hälfte der Ministerposten war mit Sozialdemokraten besetzt, die außerdem den Reichspräsidenten stellten. Dem Zentrum war als Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach zugestanden worden, von den sachlichen Ministerien die Kolonien (Bell) und die Post (Giesberts). Wichtiger und verhängnisvoller war es, daß Erzberger als »Minister ohne Portefeuille« und Waffenstillstandskommissar die Politik des einzigen Fachministers Graf Brockdorff-Rantzau durchkreuzen konnte. Als Gröber in einer nach dem »Vorwärts« »echten rechten Reaktionsrede von provokatorischem Charakter« gegen den Ausdruck »sozialistische Republik« protestiert hatte, wies ich auf die Fugen in dem Regierungsprogramm hin. Auch die »Nationalliberale Korrespondenz« meinte⁸,

»die Regierungsmehrheit sei nicht als Koalition mit einheitlichem Regierungsprogramm zustande gekommen, sondern eine Gruppierung von Parteien, die sich gegenseitig zu beargwöhnen und zu übervorteilen suchen«.

Trotzdem ließ sich »die Mehrheitsregierung das vorschriftsmäßige Vertrauen von der Regierungsmehrheit aussprechen«. Die Regierung Scheidemann zerbrach an der Unterzeichnung des Friedensdiktates. Kennzeichnend für die Methode des Regierens war aber der Regierungswechsel, der in Szene gesetzt wurde, nachdem Erzberger sieben Minister für die Annahme des Diktates gewonnen hatte. In den ebenso unwahrhaftigen wie unwürdigen Verhandlungen der Junitage, in denen die Nationalversammlung zur Annahme des Friedensdiktates gelangte, hat sich das parlamentarische Parteieregiment selbst das Grab gegraben. Die Entschlußlosigkeit und Verantwortungsscheu, die dabei zutage traten, drückten, wie ich alsbald feststellte, dem Kabinettswechsel vom 22. Juni 1919 und dem Austritt der demokratischen Partei den Charakter übler und für die Frage der Unterzeichnung bedeutungsloser Scheinmanöver auf. Ernst zu nehmen sei nur der Rücktritt von Graf Brockdorff-Rantzau.⁹

»Eitel Spiegelfechterei aber ist der Rücktritt des Kabinetts, soweit es sich um die Sozialdemokratie und das Zentrum, um Herrn Erzberger und Herrn Scheidemann, handelt. Es bedeutet einfach eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, daß hier das Schauspiel eines parlamentarischen Regierungswechsels aufgeführt wird, der stattzufinden habe, wenn die Regierung keine Mehrheit für ihre Politik mehr hinter sich hat. Die Regierungsmehrheit der Herren Erzberger und Scheidemann bleibt am Ruder und die Politik der Herren Scheidemann und Erzberger wird fortgeführt. Bei Erzberger, der alles getan hat, um die Mehrheit für die Unterzeichnung zustande zu bringen, und der ohne weiteres in dem neuen Kabinett seine verhängnisvolle Tätigkeit fortsetzen wird, liegt das auch formell klar zutage.«

Indem ich auch Scheidemann das Recht absprach, durch seinen Rücktritt irgendeine Verantwortung von sich abzuwälzen, stellte ich ihn als einen der schlimmsten Schädlinge in das rechte Licht.

⁶ WESTARP II, S. 467 ff. Vgl. hierzu auch Wilhelm Ribhegge: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917–18, Essen 1988.

⁷ Vgl. dazu Kabinett Scheidemann, S. 509, Liste der Minister und Beamten.

⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919 und Nr. 90 vom 23. 2. 1919, IP.

⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919, IP.

»Sein ›Unannehmbar‹ mit dem Faustschlag auf den Tisch, sein Aufruf an das Volk zur Einmütigkeit im Widerstand, sein Fluch über die Hand, die verdorren müsse, wenn sie diesen Frieden unterschreibe, es war, wie all die großen und starken Worte, die dieser Mann schon gebraucht hat, nichts als Schaumschlag und Blasenwurf aus dem Sumpfe der parlamentarischen Eitelkeit des Hetzagitators. Hinter den Reden dieses Mannes steht nichts, kein Charakter und kein fester Wille. Er selbst hat die Politik dahin geführt oder vielmehr dahin treiben lassen, daß seine Partei schließlich zur Unterzeichnung des Mordfriedens gekommen ist und daß eine Mehrheit dafür in der sogenannten Nationalversammlung sich findet. [...] Der Friede, der am Montag vollzogen wird, bleibt der Scheidemann-Friede. Die Abrechnung mit der Regierungsmehrheit, die unter Führung der Herren Erzberger und Scheidemann seit nunmehr zwei Jahren Deutschlands Geschiecke bestimmt und zu dem jetzigen Erfolge geführt hat, bleibt vorbehalten und soll ihr nicht erspart werden.«

Schließlich hielt ich die demokratische Partei trotz ihres Ausscheidens von vornherein an der Verantwortung fest. Ihre innere Spaltung, ihre Hilfestellung für die annehmbare Mehrheit in dem parlamentarischen Wirrwarr, vor allem die feste Verbundenheit der drei Friedensresolutionsparteien von 1917 rechtfertigten das.¹⁰

»Man wird damit rechnen können, daß dieser Riß der alten und so bewährten Regierungsmehrheit bald wieder gestopft wird.«

Diese Rechnung ging bald auf. Im September 1919 trat bei Zentrum und Sozialdemokraten deutlich »das Liebeswerben um die Demokratie« zutage.¹¹

»Nun fängt wieder das bekannte Spiel an, bei dem in der Presse bald hier bald da Nachrichten über Minister- und Kabinettskrisen auftauchen. Im freien Volksstaat sind diese Dinge für die profane Masse, zu der wir Außenseiter gehören, bekanntlich mit einem viel undurchdringlicheren Geheimnis umgeben als früher, und so weiß man nicht, was hinter diesen Nachrichten steckt. Einzelne Anzeichen scheinen dafür zu sprechen, daß die Demokraten doch Bedenken tragen, ihr Konto mit dem Saldo des Konto Erzberger zu belasten.«

Der am 24. August verstorbene Führer der Demokraten Naumann hatte erklärt, sie seien bei der Unterzeichnung des Friedensdiktates ausgeschieden, um die nationale Bewegung nicht in die Hände der Rechten hinübergleiten zu lassen. Zu dieser Erwägung trat der Vorstoß Helfferichs gegen Erzberger, von dem anzunehmen war, daß er die Bedenken der Demokraten gegen die Beteiligung an dieser Regierung »kaum verringert« haben werde.

»Immerhin kann man darauf gespannt sein, ob sie größer sein werden als der Drang in die Regierung.«

Am 2. Oktober 1919 war der Eintritt vollzogen.¹²

»Die Personalbesetzungen sind ohne besonderes Interesse. Da jeder Abgeordnete der Mehrheitsparteien jeden ministeriellen Geschäftszweig mit gleicher Vollkommenheit beherrscht, lohnt es sich kaum der Mühe, sich stetem Wechsel folgend zu merken, wer der jeweilige Inhaber der einzelnen Posten ist. Den Steuerzahler interessiert, daß wiederum einige neue Ministerstellen besetzt und besoldet werden mußten, um die Parteiwünsche zu befriedigen; die Zahl der Unterstaatssekretäre wächst allmählich ins Ungemessene.«

Von den 15 Ministerposten des Kabinetts vom 2. Oktober waren acht von den Sozialdemokraten, vier vom Zentrum und drei von den Demokraten besetzt. Wie das

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 29. 6. 1919, IP.

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP.

¹² Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 478 vom 5. 10. 1919, IP.

Zusammengehen mit den Sozialdemokraten die Demokraten für die Revolution und den Verlust des Krieges vereint verantwortlich gemacht hatte, so bestätigte mir¹³ ihr »so schwer wieder gewonnener Anschluß an Sozialdemokratie und Zentrum« meine schon bei ihrem Austritt erklärte Ansicht, daß sie aus der Verantwortung für die Annahme des Diktates nicht herauszulassen seien. Ferner ersparte ich ihnen nicht den erneuten Hinweis auf die Schwäche und Abhängigkeit ihrer Stellung, die bei der Rückkehr in die Regierungskoalition in vielen Einzelheiten hervorgetreten war. Sie hatten sich wegen ihrer unlösbar gewordenen Bindung an die Sozialdemokratie trotz schwerer Bedenken ihrer Presse dem Ruf zur Rückkehr in die Koalition nicht entziehen können und keine ihrer Forderungen durchgesetzt. Die Übertragung des Vizekanzlerpostens von Erzberger an Schiffer bedeutete wenig, da Erzberger das wichtige und umstrittene Finanzministerium behielt. Besonders unerfreulich für den reuig zurückgekehrten Sünder war der Empfang, der ihm bei der Vorstellung der neugebildeten Regierung bereitet wurde.¹⁴

»Unfreundlicher und mehr von oben herab sind wohl selten neugewonnene Arbeitsgenossen begrüßt worden als die Demokraten bei ihrem jetzigen Eintritt in die Regierung. Die sozialdemokratische Presse und Herr Scheidemann haben ihnen sehr deutlich gesagt, daß man ihnen auch nicht die geringsten Konzessionen zu machen gewillt sei und gemacht habe. Diese Absage bezieht sich ebensowohl auf das Betriebsrätegesetz und die Sozialisierung wie auf die Steuerfragen und ist um so empfindlicher, weil die Demokraten außerdem gezwungen worden sind, die Verantwortung für die Politik und die Person Erzbergers aufs neue mitzübernehmen. Außerdem hat ihnen Herr Scheidemann mit seiner erfrischenden Deutlichkeit ausgesprochen, in wie hohem Maße er sie nur als ein notwendiges Übel betrachtet, während sein Herz ihn zu den Unabhängigen zieht, bei denen er dringend um die Einigung der Arbeiterklasse warb.«

Dieselbe Rede Scheidemanns¹⁵ war mit ihren Angriffen ganz auf die Parole »der Feind steht rechts« eingestellt. Die Parole stammte aus der »Freiheit«, die sie in den Straßenkämpfen des Dezember 1918 in die Menge warf und war vor allem gegen die Rechtssozialisten und ihre Presse gerichtet, weil sie die gegenrevolutionäre Hetze gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und die Spartakus-Gruppe gestützt und gefördert hatten. Als die Parole jetzt von Scheidemann aufgenommen wurde, verfiel sie, wie die ersten Agitationsphrasen, von Anfang an dem Schicksal der Zweideutigkeit.

»Von Scheidemann gegen alle bürgerlichen Parteien ausgegeben, wird sie von Zentrum und Demokraten in der Anwendung gegen die beiden rechtsstehenden Parteien begierig aufgenommen. Das geschieht in einer Zeit, in der empfindsame Gemüter sich darüber aufregen, wenn man die das deutsche Volk zu Boden tretenden Versailler Gewalthaber noch als Feinde bezeichnet.«

Bereits die ersten Monate der politischen Arbeit der neuen Regierung erweckten mir Erinnerungen an das »verrottete alte System«, in dem stets entschieden der Wert auf die Homogenität aller maßgebenden Stellen gelegt worden war. Nicht nur die Staatssekretäre waren als Stellvertreter des Reichskanzlers an seine Politik gebunden, auch auf die Einheitlichkeit des kollegialen Preußischen Staatsministeriums wurde sorgfältig geachtet. Meinungsverschiedenheiten oder gar persönliche Reibungen dieser führenden Männer, die an die Öffentlichkeit drangen, führten stets zu scharfer Kritik.¹⁶

¹³ Siehe unten S. 352 f.

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP.

¹⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 7. 10. 1919, S. 2886; dazu Kreuz-Ztg. Nr. 491 vom 12. 10. 1919.

¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP.

Im Dezember 1919 beschäftigte eine ernste Krise der im Oktober wieder hergestellten Regierungsgemeinschaft die öffentliche Meinung; der demokratischen Presse konnte ich vorhalten¹⁷, daß sie sich dieses Mal anders verhalte als sonst.

»Bei der heutigen Krisis sind ›Berliner Tageblatt‹, ›Vossische‹ und ›Frankfurter Zeitung‹ sichtlich bemüht abzuwiegeln; sie geben nur die nötigsten Nachrichten in möglichst unscheinbarer Form und berichten alle Augenblicke, die Krisis sei beigelegt oder stehe wenigstens unmittelbar vor einer befriedigenden Lösung. Diesem Verfahren trat die Zentrums Presse scharf entgegen.«

Dabei war es nicht leicht, den Widerstand der Demokratie niederzuringen.

»Sowohl beim Reichsnotopfer, das vor der dritten Lesung im Plenum steht, wie beim Betriebsrätegesetz in der Kommission stehen sie vor Zumutungen, die bedeuten, daß sie ihre wirtschaftlichen Grundsätze aufgeben, von den Äußerungen eines Gothein, Dernburg und anderer ihrer Führer weit abrücken und die Auffassungen und Interessen aller hinter ihnen stehender wirtschaftlicher Kreise außer acht lassen müssen, wenn sie in der Regierung bleiben wollen. Die Lage ist besonders unbequem, weil zur Zeit der Parteitag in Leipzig stattfindet.«

Dazu kommen persönliche Reibungen mit dem Vorsitzenden der demokratischen Preußenfraktion. Dr. Friedberg hatte schon beim Regierungseintritt der Demokraten Erzberger sachlich und persönlich ungemein heftig angegriffen. Nun wiederholte sich das dadurch dargebotene Schauspiel in verschärfter Form.¹⁸

»Dr. Friedberg bezeichnet das Reichsnotopfer des Herrn Erzberger als ›Herostratum‹ und bezieht ihn, wie es schärfer und deutlicher auch von der Rechten im Parlament noch nicht geschehen ist, fälschenden Gebrauches von Unterlagen.¹⁹ Herr Erzberger erwidert, daß dieses Geschwätz eines alten Weibes würdig sei. Nicht nur in der sachlichen Leitung der Geschäfte, sondern auch in den Formen, in denen diese Regierung vor versammeltem Kriegsvolk miteinander verkehrt, gilt der Ton der Sozialdemokratie.«

Aber die demokratische Fraktion der Nationalversammlung unterwarf sich löblich²⁰ und nahm das Notopfer an, ohne den Tatbestand des gefälschten Gutachtens zu klären. Die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz wurde bis nach Weihnachten vertagt.

Für Westarp war die Koalition, die trotz interner Gegensätze – wie eines Konfliktes zwischen SPD und DDP über das Schulgesetz²¹ – zusammenhielt, »mit eisernen Ketten zusammengeschmiedet«. Die Wahlen, die allein eine Änderung bringen konnten, schiebe sie entgegen der Verpflichtung durch die Verfassung hinaus.

Erst nach dem Kapp-Unternehmen hatte die Stunde auch der wiederhergestellten Regierung der Weimarer Koalition geschlagen (27. März 1920). Schiffer fiel dem Kapp-Unternehmen, Noske dem Bolschewisten-Aufstand, Erzberger dem Helfferich-Prozeß zum Opfer. In der Sache unterschied sich die neue Regierung Bauer-Müller nicht von dem zurückgetretenen Kabinett Müller-Bauer. Von Interesse ist, daß damals als Wehrminister anstelle von Noske der von den Demokraten präsentierte Dr. Geßler getreten ist. Er sollte der langlebigste Minister der Republik werden. Von sozialdemokratischer Seite gelegentlich als »Minister von Ewigkeit zu Ewigkeit« bezeichnet, über-

¹⁷ Kreuz-Ztg., Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

¹⁸ Kreuz-Ztg., Nr. 418 vom 5. 10. 1919 und Nr. 620 vom 21. 12. 1919 jeweils IP.

¹⁹ Sitzungs-Ber. Pr. NV., Bd. 7 vom 17. 12. 1919, Sp. 8270 ff.

²⁰ Bei Humanisten der Generation des Verfassers gebräuchliche Redewendung im Anschluß an »laudabiliter se subiecit«.

²¹ Vgl. dazu STEPHAN, S. 95.

stand er zwölf Regierungswechsel, bis er nach fast acht Jahren (19. Januar 1928) zurücktrat. In dieser Zeit hat er einen verdienstvollen Anteil an dem Werke Seeckts gehabt.²²

Im parlamentarischen Regiment geht die Regierungsgewalt von den Wahlen aus. Gerade diese aber steigerten die Brüchigkeit der Parteikoalition, ohne deren Zustandekommen und Festigkeit eine zur Ausübung derselben Regierungsgewalt fähige Regierungsgewalt nicht denkbar war. Diese paradoxe Tatsache trat mir zum ersten Mal im Wahlkampf des Frühjahrs 1920 vor Augen.²³

»Der bevorstehende Wahlkampf bedeutet auch deshalb eine schwere Belastung der Regierungskoalition, weil die Parteien, die bisher so einmütig zusammengingen, sich doch nun darauf einstellen müssen, im Lande einander den Vorsprung abzurufen. Nicht nur Sozialdemokraten und Demokratie werben vielfach um die Seelen der gleichen Wähler, sondern auch zwischen Zentrum und Sozialdemokratie pflegt namentlich da heftiger Kampf zu toben, wenn es sich um die gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeiter handelt.«

Den Aufrufen der Sozialdemokraten und Demokraten war gemeinsam die Kampfansage gegen »den reaktionären Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz«. Daneben aber wollte die demokratische Partei über die Notwendigkeit des Zusammengehens »die tiefgreifenden Unterschiede nicht verwischen und vergessen lassen, die sie von den beiden anderen Koalitionsparteien trenne«. Der »Vorwärts«²⁴ quittierte das dankbar mit der Feststellung,

»der demokratische Aufruf gebe durch die Blume zu verstehen, daß man den Sozialismus verneint und den Kapitalismus bejaht. »Damit ist«, so schließt der »Vorwärts«, »die Wegscheide aufgerichtet, und die Wähler müssen wissen, welchen Weg sie zu gehen haben«. So nehmen die bisher befreundeten Parteien allmählich die Front für den Kampf ein, den sie um den Wähler miteinander führen müssen.«

Die Koalitionsverhältnisse in Preußen hatten starken Einfluß auf die Bildung der Reichsregierung, der freilich erst in späteren Jahren zur vollen Geltung gekommen ist. Die Preußenwahl vom 26. Januar 1919 brachte ähnliche Mehrheitsverhältnisse wie die acht Tage zuvor vollzogene Wahl zur Nationalversammlung.²⁵ Allerdings war die Mehrheit von Sozialdemokraten und Demokraten in Preußen knapper. Ihr Übergewicht über die absolute Mehrheit betrug im Reich 30 (241:211), während sich in Preußen nur 9 (210:201) absplitteln konnten, ohne das Vertrauensvotum zu gefährden. Zentrum und Sozialdemokratie hatten zusammen 230 Sitze. War also die taktische Position des Zentrums in Preußen stärker als im Reich, so war doch seine Lage in der Sache schwieriger, Preußen war damals das Schlachtfeld der kulturellen Gegensätze. Die »Germania« warb um die Sozialdemokratie mit weitschweifigen Ausführungen, die ich »in die Sprache des parlamentarischen Betriebes« dahin übersetzte, daß das Zentrum weitgehende Konzessionen auf sozialpolitischem Gebiete gegen solche auf denjenigen von Kirche und Schule anbot.

»Mit dem scharfen Trennungsstrich, den das Zentrum vor den Wahlen zwischen sich und der Sozialdemokratie zog, ist, wie mir scheint, diese Haltung schwer vereinbar. Sie ruft aber auch sach-

²² Vgl. Otto Geßlers Erinnerungen: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. v. Kurt Sendter, Stuttgart 1958. Neueste biographische Darstellung bei Heiner Möllers: Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu »unpolitischer Militärpolitik« in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u. a. 1998.

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 178 vom 18. 4. 1920, IP.

²⁴ Vorwärts Nr. 166 vom 17. 4. 1920.

²⁵ Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 51 vom 2. 2. 1919, IP; ebd. auch das folgende Zitat.

lich für die Zukunft schwere Besorgnisse hervor. Denn der Eintritt des Zentrums in die sozialdemokratisch-demokratische Regierungsmehrheit würde ihm unter allen Umständen bei dem Kampfe um den Einfluß der christlichen Mächte in Kirche und Schule in bedenklicher Weise die Hände binden.«

Konflikte auf diesem Gebiet gehörten denn auch zum täglichen Brot dieser Koalition. Die Demokratie wünschte den Eintritt des Zentrums. Beiden hielt ich vor, daß die Koalition im parlamentarischen System ein Zusammengehen durch dick und dünn erfordere und daß dabei die Sozialdemokratie die stärkere sein werde, wegen des Zahlenverhältnisses, durch ihre größere Geschlossenheit und wegen des Einflusses der Straße, den sie sich durch ihr Entgegenkommen gegen die Unabhängigen nutzbar mache.

Die Weimarer Koalition auch für Preußen kam zustande, und die Sozialdemokratie hat mit einer kurzen unwesentlichen Unterbrechung, gestützt bald auf die Weimarer, bald auf die Große Koalition, der die DVP angehörte, Preußen durch Braun und Severing regiert, bis sie 1932 von der Reichsregierung v. Papen und v. Gayl ihrer Macht über Preußen gewaltsam entkleidet wurde. Gestärkt war ihre Stellung noch dadurch, daß in Preußen kein Staatspräsident vorhanden, die absolute Parteiherrschaft also in höchster Vollendung eingeführt war.²⁶ Die Machtstellung, die der schwarz-rote Preußenblock der Sozialdemokratie gab, gehört verfassungsrechtlich und parteipolitisch zu den Grundlagen ihrer Macht auch im Reiche. Man nannte Braun gelegentlich den »Heydebrand mit umgekehrten Vorzeichen«. Wir wären vor und in dem Weltkriege froh gewesen, wenn v. Heydebrand auch nur einen Teil des Einflusses auf die Reichspolitik gehabt hätte, den Braun während der mehr als zehnjährigen sozialdemokratischen Herrschaft über Preußen ausüben konnte.

Zu der Kritik an der Methode des Parteiregimentes trat der Kampf gegen die regierende Weimarer Koalition, beides sich gegenseitig bestätigend und ergänzend. In der Nationalversammlung benutzten die Vertreter der Weimarer Koalition jede Gelegenheit, die ihnen die Möglichkeit schwungvoller Reden zu bieten schien, um die von ihnen heraufgeführte Zeit der Republik und Volksregierung pathetisch zu preisen. Aber in allen diesen Lobliedern hörte man den Unterton der Enttäuschung über das, was angerichtet worden war. Besonders bezeichnend hierfür war der Versuch, die Verantwortung für den durch die Revolution hervorgerufenen Stand der Dinge von dem neuen Parteiregiment abzuwälzen.

Zu diesem Zwecke führte Ebert in der Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 aus²⁷:

»Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Herrschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes.«

Mit dem Schlagwort von den Konkursverwaltern hat er mir eine Waffe für meine Agitation in die Hand gegeben, die zum eisernen Bestand meiner öffentlich gehaltenen Reden²⁸ bis zur Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 gehörte und die ich um so eifriger verwendet habe, als wir in jener Zeit den heftigen Streit der Parteien um die Schuld am Zusammenbruch zu führen gezwungen waren.

²⁶ WESTARP, Am Grabe der Parteiherrschaft, S. 34; Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, II.

²⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 6. 2. 1919, S. 1.

²⁸ Vgl. z. B. die als Manuskript gedruckte Rede in Schöneberg am 29. 4. 1920, Nachlaß Westarp.

Unserer Verteidigung, nicht minder aber dem Angriff auf die herrschende Koalition diene zunächst der Nachweis, daß diese selbst den Konkurs herbeigeführt hatte und schon aus diesem Grunde nicht fähig war, das von ihr verschuldete Unheil zu wenden. Zum Beweise, daß der Verlust des Krieges keine Folge der Revolution sei, hatte Ebert behauptet,

»es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte.«

In der ersten Besprechung der Eröffnungsrede nahm ich mir die Unwahrhaftigkeit dieser Beweisführung vor.²⁹

»Das Schlimmste aber an diesen Versuchen, die Verantwortung abzulehnen, ist, daß sie der Wahrheit ins Gesicht schlugen. Es ist tief bedauerlich und eröffnet keinen guten Ausblick für die Zukunft, daß diejenigen Äußerungen, mit denen die maßgebende Stelle den Aufbau des neuen Reichs einleitet, in dieser Weise den Stempel der Unwahrhaftigkeit tragen. Wie kann Herr Ebert einen Unterschied zwischen sich, seiner Partei, der Revolutionsregierung und der »Kaiserlichen Regierung des Prinzen Max von Baden« machen wollen?«

Da ich die Vorgänge des Oktober und November 1918 aus nächster Nähe schauernd und bekämpfend miterlebt hatte, konnte ich bis in alle Einzelheiten hinein nachweisen, daß die Politik des Prinzen Max von Baden von einer rein parlamentarischen Regierung geführt worden war. Vom Waffenstillstandsangebot einschließlich bis zum bitteren Ende von Spa und Compiègne waren die Entscheidungen unter dem beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie durch dieselbe Parteimehrheit getroffen worden, die mit den gleichen führenden Abgeordneten die jetzt herrschende Weimarer Koalition bildete. Die Bedeutung, die ich dieser historischen Tatsache beimaß, trug zu dem Entschlusse bei, im Jahre 1921 meine Sonderschrift über die Regierung des Prinzen Max von Baden zu veröffentlichen. Auch für diejenige Politik, die schon vor seiner Regierung den äußeren und inneren Zusammenbruch herbeigeführt hatte, machte ich die Koalition verantwortlich.³⁰

»Dabei verstricken sich die Mehrheitsparteien immer fester in dem Netz ihrer Verantwortlichkeit; jeder Versuch, sie zu verdunkeln, schlägt in sein Gegenteil um. Das war das Schicksal der Erzbergerschen Enthüllungen vom Juli d. J. über das angebliche englische Friedensangebot des Herbstes 1917, das sich in Wahrheit als eine schroffe Ablehnung der päpstlichen Friedensvermittlung herausstellte. In gleicher Weise liefern die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses trotz aller Bemühungen der Herren Cohn und Sinzheimer von Tag zu Tag nur immer neues Material, aus dem sich ergibt, wie wenig die Kriegspolitik der regierenden Mehrheitsparteien dem Vernichtungswillen unserer Feinde gerecht geworden ist. Sie haben in den schweren Stürmen des Krieges durch die Mehrheit des Verfassungsausschusses und der Resolution vom Sommer 1917 das Steuer an sich gerissen.³¹ Ihr Werk ist der Waffenstillstand und Friedensvertrag wie deren Durchführung, die dem hinter uns liegenden ersten Jahre der republikanischen Herrlichkeit das Gepräge geben.«

Das Schlagwort des Konkursverwalters setzte aber die herrschende Mehrheit nicht nur dem Vorwurf aus, daß sie selbst den Konkurs herbeigeführt hatte. Sie hat auch die

²⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919, IP. Zur Regierung im Oktober/November 1918 vgl. WESTARP II, S. 645–665.

³⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP; vgl. auch ebd. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP; Eiserne Blätter vom 4. 1. 1920, S. 481 ff.; Schöneberger Rede (wie Anm. 28).

³¹ Westarp nannte den 6. Juli 1917, an dem Erzberger seinen Vorstoß für die Friedenspolitik machte, den »Geburtstag der Weimarer Koalition« und den Beginn seines gegen diese Politik geführten Kampfes; vgl. WESTARP II, S. 349 f., ferner S. 467, 483 ff., 601 ff., 607, 612 ff.

überkommene Masse unverantwortlich verschleudert. Auch dieser weitere Vorwurf gehört zu meiner Antwort auf Eberts mißglückte Phrase. Es trifft die gesamte von der regierenden Mehrheit der Nationalversammlung durchgeführte äußere und innere Politik, Gesetzgebung und Verwaltung. Der agitatorischen Formel der »verschleuderten Masse« fügte ich diejenige des »Trümmerhaufens« hinzu, in den die Weimarer Koalition unter hervorstechender Teilnahme der Sozialdemokratie Deutschland verwandelt habe.

Nicht nur die Weimarer Koalition als Ganzes, sondern auch jede der drei an der Regierungsmacht teilnehmenden Parteien waren Gegenstand meiner Angriffe. Dabei stand die Sozialdemokratie für mich weit im Vordergrund. Den Kampf gegen sie und ihren wachsenden Einfluß hatte ich im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches als eine Aufgabe konservativer Politik behandelt, die von keiner anderen an Wichtigkeit übertroffen worden war.³² Nachdem sie nun zur herrschenden Macht gelangt war, trat bis in die rechtsstehenden Kreise des politischen Bürgertums und der Beamten hinein die Neigung hervor, sich den neuen Machthabern anzunähern. Ich konnte das nur entschieden ablehnen und den Kampf folgerichtig und unbeugsam, wenn auch mit Mitteln, die der neuen Lage angepaßt waren, fortsetzen. Mich bestärkte die innerpolitische Entwicklung des Weltkrieges darin, daß der von uns bis dahin geführte Kampf gegen die Sozialdemokratie nur zu berechtigt gewesen war.³³ Nach dem Zusammenbruch aber brachte mir fast jede außenpolitische und innenpolitische Wendung einen neuen Beweis dafür, daß die Ausübung der Regierungsgewalt durch die Partei des proletarischen Klassenkampfes nur verderblich sein konnte. Seit durch die Machtergreifung des Jahres 1933 alle sozialdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und Konsumvereine beseitigt worden sind, beschränkt die Propaganda ihre Kritik so gut wie vollständig auf den Kommunismus. Vom Standpunkt der Geschichtswissenschaft verdient das Versagen aller marxistischen Richtungen das gleiche Interesse, dasjenige der Mehrheitssozialdemokratie um so mehr, als sie an die Herrschaft gelangt berufen war, die Probe auf das Exempel zu machen.

Das agitatorische Bedürfnis der durch die Revolution zur Herrschaft gelangten Partei erforderte die Einsetzung neuer gesetzlicher Feiertage zum Preise des vom deutschen Volke »auf der ganzen Linie« errungenen »Sieges«. Fast ebenso ungeeignet dazu wie der 9. November schien mir der 1. Mai zu sein.³⁴ Im historischen Rückblick behandelte ich die Verstiegenheit, mit der die deutsche Sozialdemokratie im Weltkriege von ihrer Erklärung vom 4. August 1914 an bis zum bitteren Ende sich zur Solidarität des internationalen Proletariats bekannt und ihre Rechnung darauf eingestellt hatte. »Hohn und Spott war die Antwort auf all das Liebeswerben um die Internationale.«³⁵

Der »Vorwärts« warf den Gegnern des Maifeiertages vor, sie begriffen nicht ein Fest, das nicht dem Ich, sondern der Allgemeinheit, nicht einem einzelnen Menschen, sondern der Menschheit, nicht einem blutigen Sieg, sondern dem Sieg der Idee gelte. Er verwechselte »die Allgemeinheit«, »die Menschheit«, »die Idee« mit dem sozialdemokratischen Parteiinteresse. Scheidemann »war ehrlicher«, als er in seinem Festartikel den neuen gesetzlichen Feiertag als »ein Symbol für die gesteigerte Macht der sozialistischen Arbeiterschaft« bezeichnete. Von nicht sozialdemokratischer Seite hatten

³² Vgl. WESTARP I, insbes. S. 338–342; WESTARP II, S. 282–300, 433–440, 629–642.

³³ WESTARP II, S. 642.

³⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 204 vom 4. 5. 1919, IP.

³⁵ Wie Anm. 34.

nur die Demokraten die eine oder andere Festversammlung für nötig gehalten. Freilich »sehr wohl fühlten sich die sozialdemokratischen Parteiführer anscheinend nicht in ihrem Festgewande«. Scheidemann erhob in seiner Festrede Klage und Anklage gegen Kreise des Volkes, die der Regierung in den Rücken fielen mit

»all den ›Streiks auf völlig ungerechtfertigter Grundlage; bankrott gestreikte Betriebe könne man nicht vergesellschaften, man dürfe nicht darauflos experimentieren an Stellen, wo man nur im Augenblick verderben, aber nicht aufbauen kann. Er appellierte an die Arbeiter, fest zusammenzustehen. So berechtigt das alles ist, so wird man der Sozialdemokratie ins Gedächtnis rufen müssen, daß sie in der zum unsinnigsten Lohnstreik gewordenen Revolution nur erntet, was sie in dreißigjähriger Verhetzung der Massen gesät hat, einer Verhetzung, die nicht zum wenigsten an die Maifeier angeknüpft hat.«

Wie einst die Kirche heidnische Feste zu christlichen Feiern umgestaltete, so hat das nationalsozialistische Regiment die gesetzlichen Feiertage des 9. November und 1. Mai übernommen, um sie mit einem entgegengesetzten Inhalt auszustatten. Über den propagandistischen Wert der Maßnahme will ich nicht urteilen. Mir persönlich steht die Erinnerung an den proletarisch internationalen Ursprung der Maifeier, der mich zwang, sie leidenschaftlich zu bekämpfen, noch allzu deutlich vor Augen, und ich will hoffen, daß die einst marxistisch geleiteten Massen in diesem Punkt ein schlechteres Gedächtnis haben als ich.

Zu einer noch grundsätzlicheren Abrechnung mit der Sozialdemokratie benutzte ich am ersten Jahrestag der Revolution den Rückblick auf den 9. November 1918.³⁶ Dieser enthält Gedankengänge, die ich in dieser oder jener Form ständig für den Kampf gegen die sozialdemokratische Herrschaft verwendet habe.

»Ein Gedenktag ist der 9. November und muß er bleiben, ein Tag der Schmach, des tiefsten Leides und der schwersten Sorge. Als solcher muß er vom deutschen Volke erkannt und festgehalten werden, damit es die Kraft gewinne, sich frei zu machen von seinen Folgen. [...] Materialistische Auffassung und Lebensführung haben, davor dürfen wir nicht pharisäisch die Augen verschließen, vor und in dem Kriege auch auf das nicht sozialdemokratische Deutschland ihren zersetzenden Einfluß ausgeübt. Die Sozialdemokratie hat den Materialismus zum System erhoben und ihn den Massen eingehämmert. Mißgunst und Neid, die in der menschlichen Natur liegen, hat sie zum Bundesgenossen benutzt und planmäßig gefördert. Sie hat dem deutschen Volke geraubt, was einst Goethe als die Grundlage aller Erziehung gepriesen hatte, die Fähigkeit zur Ehrfurcht; mit allen Mitteln von Haß und Verleumdung hat sie jede Hemmung sittlicher oder vaterländischer Rücksichtnahme, hat sie die Ehrfurcht des deutschen Volkes vor seiner geschichtlich gewordenen Eigenart und Größe vernichtet. [...] Diese Saat ist nach einheitlichem Plane mit der deutschen Eigenschaft, die man Gründlichkeit oder in ihrer Übertreibung Verbohrtheit nennen kann, in großartiger Organisation Jahrzehnte hindurch ausgestreut worden. [...] Während das Volk um seine Freiheit von der Fremdherrschaft blutete und kämpfte, behielt die Sozialdemokratie beider Lager ihr innerpolitisches Ziel, anstelle der Monarchie die sozialdemokratische Klassenherrschaft zu setzen, fest im Auge. Um dieses Zieles willen scheuten zum mindesten die Unabhängigen vor offenbarem Landesverrat, der Unterwühlung von Heer und Marine nicht zurück. Das sind die Saaten, die am 9. November aufgegangen sind.«

Den Einwand, daß wir nicht allein von der Sozialdemokratie regiert würden, ließ ich wegen der beherrschenden Stellung der Sozialdemokratie in der Koalition, in der Zentrum und Demokratie sich in ihre volle Abhängigkeit begeben hätten, nicht gelten.

»Nach außen hat uns dieses Jahr der sozialdemokratischen Herrschaft den Waffenstillstand und den Versailler Vertrag gebracht, mit ihm noch nicht den Frieden, aber das Joch der Fremdherr-

³⁶ Kreuz-Ztg., Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP, auch als Sonderdruck verbreitet.

schaft, einer wirtschaftlichen, militärischen und politischen Knechtschaft, die in der Weltgeschichte nicht ihresgleichen hat. Noch immer haben die Massen die ganze Furchtbarkeit der Fremdherrschaft und ihrer Folgen nicht erkannt, aber von Tag zu Tag führen die Feinde neue vernichtende Schläge gegen unser wirtschaftliches und politisches Dasein und gegen unsere Ehre und Selbstachtung.«

Ich hielt der Sozialdemokratie und den von ihr geführten Mehrheitsparteien ihre Verantwortung für dieses außenpolitische Ergebnis vor. Sie konnten selbst nicht mehr verhehlen, daß sie falsche Hoffnungen gehegt hatten und enttäuscht worden waren. Zum äußeren Zusammenbruch trat der innere.

»Auch im Innern ist es der Zwang der Vergangenheit, der die einseitige Klassenherrschaft der Sozialdemokratie unfähig macht, die Aufgaben des Tages zu lösen, geschweige denn die Grundlagen für den neuen Aufstieg zu errichten. Das Erfurter Programm und die Versprechungen der Sozialdemokratie, die sie den Massen Jahrzehnte hindurch gemacht hat, zwingt die Partei, seitdem sie zur Herrschaft gekommen ist, das wirtschaftliche Experiment zu machen, das unser Wirtschaftsleben in den Abgrund stoßen mußte, die Auflösung des natürlichen Zusammenhanges zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung.«

Auch bei ihrer eigentlichen Aufgabe, die industriellen Arbeitermassen für den Staat zu gewinnen, hatte die Sozialdemokratie versagt.³⁷

»Es gibt keinen sozialpolitischen Gedanken der Vergangenheit, dessen Verwirklichung nicht ins Werk gesetzt oder weit überholt wäre; jede Lohnfrage wird bewilligt, jeder Erwerbslose erhält reichlich Mittel zum Lebensunterhalt; keine Schranke gibt es für den Arbeiterschutz, der achtstündige Arbeitstag ist verwirklicht und überholt. Der Erfolg aber ist, daß die Massen sich politisch dem ödesten Radikalismus mehr und mehr in die Arme werfen, wirtschaftlich aber mehr und mehr die Arbeit versagen.«

Niederschmetternd war das Ergebnis, das ich am 9. November 1919 der einjährigen sozialdemokratischen Herrschaft in der Republik zuschrieb.³⁸

»Wer auf die republikanische Regierung und ihre Grundsätze hoffen will, erblickt nirgends einen Ausweg. Würdeloses Bitten und Flehen um die Gerechtigkeit des Völkerbundes und um die Milde unserer Feinde hat wahrlich oft und grausam genug enttäuscht. Die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie hat in allen Fragen der inneren und äußeren Politik ihre Unfähigkeit dargetan. Müssen wir nun »winselnd vor der Vernichtung Schrecken« uns tatenlos verkriechen? Mitnichten.«³⁹

Im System der Parteiherrschaft und Massenwahl ist der Besitz der Regierungsmacht von dem Erfolg der Agitation abhängig. Je radikaler die parteipolitische Agitation ist, um so geringer ist der Aufwand an geistiger Vertiefung, den sie erfordert, um so größer dagegen der Erfolg, den sie verspricht. Darauf beruht die Abhängigkeit, in die in diesem System die gemäßigten Parteien von ihrem eigenen radikalen Flügel und bei der Heftigkeit des Wahlkampfes von der radikaleren Nachbarpartei zu geraten pflegen. Revolutionäre Zeiten, in denen die Macht der Straße wächst, vermehren noch diese Abhängigkeit der Parteien, um in einem System, in dem man sich gewöhnt, unter Politik nur die Rücksicht auf die Wahlaussichten zu verstehen, ergreift sie nicht nur die Agitation, sondern auch die sachliche Politik. Für diese Beobachtung, die sich mir im nächsten Jahrzehnt in verschiedener Gestalt noch aufdrängte, bot die Sozialdemokra-

³⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP.

³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

³⁹ Westarp betonte, daß er mit der »Beharrlichkeit des einhämmernden Agitators« in Aufsätzen und Reden die Unfähigkeit der republikanischen Regierung auf den Anteil der SPD zurückgeführt habe.

tie in der Zeit der Nationalversammlung viel Stoff. In die Revolution vom 9. November 1918 hatte sich die SPD durch den marxistischen Radikalismus hineindrängen lassen, und in die Regierung der Volksbeauftragten teilte sie sich mit der USPD. Beide hatten alsbald ihre Macht gegen ihre noch radikaleren Nachbarn, den Spartakismus, revolutionäre Einzelgänger, die Arbeiter- und Soldaten-Räte und den unorganisierten Straßenpöbel sowie den von Rußland vordrängenden Bolschewismus zu verteidigen, und sie konnten diesen Kampf nur mit Hilfe der Offiziere, Freikorps und des Beamtentums durchführen.

Ein großer Teil der Anhänger der USPD stand im gegnerischen Lager, konnte sich aber im Rätekongreß vom Dezember 1918 gegen die Mehrheitssozialdemokratie nicht durchsetzen.⁴⁰ Deshalb entzog sich die USPD um die Jahreswende der Verantwortung. Zunächst war festzustellen⁴¹, ihr Ausscheiden aus der Regierung habe diese

»zweifelloso einheitlicher gestaltet und ihr zu größerer Handlungsfähigkeit verholfen. Ob freilich dieser Umstand dem Lande zugute kommen wird, bleibt immer noch fraglich genug.«

Die Wahl vom 19. Januar 1919 gab dem Verhältnis der SPD zur USPD eine neue Wendung.⁴²

»Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, darüber darf man die Augen nicht verschließen, einen großen Erfolg erzielt. Der Kampf um die Stimmen der radikalen Massen zwischen ihr und den Mehrheitssozialisten wird voraussichtlich – eine Einigung der beiden Parteien halte ich zur Zeit für sehr unwahrscheinlich – ein um so heftiger sein, weil schon jetzt die 2,2 Millionen Stimmen der Unabhängigen im Verhältnis zu den 11,3 Millionen der Mehrheitssozialisten sehr beträchtlich ins Gewicht fallen. Schon während des Krieges blickte Scheidemann bei allen Reden und Abstimmungen nach links, sorgfältig und angstvoll erwägend, wie es ihm möglich sei, sich in dem Agitationskampf um die Masse gegen Haase und Ledebour keine Blöße zu geben. Auch in der Folge werden die regierenden Mehrheitssozialisten aus dem gleichen Grunde dem Radikalismus der äußersten Linken einen starken, gar nicht hoch genug einzuschätzenden Einfluß einräumen, obwohl die 24 unabhängigen Abgeordneten für die Mehrheitssozialisten zur Bildung einer Regierungsmehrheit weder nötig noch ausreichend sind.«

Im Oktober 1919 schienen sich in der SPD gegensätzliche Auffassungen über das Verhältnis zur USPD aufzutun.⁴³ Als sich die umgebildete Regierung Bauer der Nationalversammlung vorstellte, verschärfte Scheidemann den unfreundlichen Empfang der zur Koalition zurückgekehrten Demokraten auch dadurch, daß er bei den Unabhängigen dringend um »die Einigung der Arbeiterklasse warb«. Wenige Tage darauf folgten heftige Vorstöße des Reichskanzlers Bauer und Noskes gegen die Unabhängigen, deren Verhalten gegen das Ausland sich, wie ich schrieb⁴⁴, »an Würdelosigkeit und an verräterischer Schädigung der deutschen Interessen« nicht mehr überbieten lasse. Die Vorhaltungen der sozialdemokratischen Minister, die sie der USPD machten, wären, wie ich hinzufügte, »ohne das vorhergegangene Liebeswerben wirksamer gewesen.«⁴⁵ Es dauerte nicht lange, bis dieses mit verstärkter Kraft einsetzte. Aus dem Kleinmut, den die Mehrheitssozialdemokraten bei ihrer ersten Gedenkfeier des 9. No-

⁴⁰ Zum Rätekongreß vgl. die Stenographischen Kongreßberichte (wie Anm. 99, Kap. II/4). Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918, IP.

⁴¹ Kreuz-Ztg. Nr. 8 vom 5. 1. 1919, IP.

⁴² Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919, IP.

⁴³ Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 491 vom 10. 12. 1919, IP.

⁴⁴ Wie Anm. 43.

⁴⁵ Westarp erörtert in dem Artikel näher, ob es sich hier um einen ernsten Gegensatz Scheidemanns und seiner Kollegen oder eine »Politik des doppelten Bodens« handle.

vember nicht verbergen konnten⁴⁶, »entwickelte sich anscheinend bei ihnen immer lebhafter der dringende Wunsch, sich wieder mit den alten Brüdern von der Unabhängigen Sozialdemokratie zu vereinigen«. Scheidemann betonte diesen Gedanken unablässig, und mit besonderem Eifer tat das der Reichskanzler Bauer selbst in seinem Festartikel zum 9. November 1919.

»Das vergangene Jahr sei in der traurigsten Weise gekennzeichnet durch den häuslichen Krieg des Proletariats, der dessen Einfluß in Parlament und Regierung aufs empfindlichste geschwächt habe und dadurch naturgemäß die Stellung der Bürgertums habe festigen helfen«. Deshalb müsse und könne der 9. November zu einem Stichtage sozialdemokratischer Selbstbestimmung werden. Schwierig war freilich die Frage, wie weit die Grenze nach links zu ziehen sei.⁴⁷

Im »Vorwärts« häufen sich grundsätzliche Betrachtungen über den Nutzen der Wiedervereinigung und über die Frage, bis wohin dabei die Grenze zu ziehen ist. Diese Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten, denn links von der regierenden Sozialdemokratie klaffen bereits viele Risse und Spalten.«

Meerfeld⁴⁸ suchte die Grenze schon hinter Kautsky und Nestriepke⁴⁹, bezweifelte aber, ob es diesem Flügel gelingen werde, die Massen hinter sich zu bringen. Aber auch die Vereinigung mit der ganzen USPD konnte ja die Kluft nicht schließen.⁵⁰

»Der Kommunismus, der an der Arbeit ist, sich in Stadt und Land eine feste und starke Organisation zu schaffen, wird seine Selbständigkeit, wie es scheint, schwerlich aufgeben, und die mehr oder weniger auf seinem Boden stehenden Hilferding und Dittmann in der Mitte und Ledebour, Däumig, Eichhorn, Richard Müller u. a. ganz links, werden die neugeeinte Gruppe wahrscheinlich ebenso scharf angreifen wie jetzt die Noskegarde. Der Kopf Noskes als Reichswehrminister und die Reichswehr scheinen aber der Preis zu sein, der aufgewendet werden muß, um auch nur den rechten Flügel der Unabhängigen herüberzuziehen. Die »Freiheit« enthält Angriffe gegen ihn, legt sich aber gegen die Mehrheitssozialdemokratie im übrigen merkbare Zurückhaltung auf.«

Als die Juni-Wahl 1920 herannahte, befürchtete die Mehrheitssozialdemokratie »anscheinend mit Recht« immer dringender, daß infolge ihrer Koalitionspolitik ihr die Massen nach links entgleiten würden. Eine nach Berlin einberufene Reichskonferenz bemühte sich, das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien vor den Wahlen zu entschuldigen⁵¹, die Koalitionspolitik sei nur ein Notbehelf gewesen. Für die Zukunft erstrebte die Reichskonferenz die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie im Reichstag. Für den Wahlkampf gab sie die Parole der Einigkeit des organisierten Proletariats aus. Der Kampf sei wieder gegen rechts zu führen.

»Mit der Möglichkeit, daß das Ziel einer sozialdemokratischen Mehrheit nicht erreicht wird und daß man deshalb doch wieder zu Koalitionsbildungen wird greifen müssen, rechnen selbstverständlich auch die führenden Männer der Partei. Auch in diesem Falle aber geht ihre Tendenz, wie sie ausdrücklich aussprechen, nach links.«

Die Annäherungsversuche an die USPD wiesen einen Zwiespalt auf, in dem sich die Politik der Mehrheitssozialdemokratie bewegte. Sie stützte ihre Macht auf die Weima-

⁴⁶ Hierüber Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP, auch zum Festartikel des Reichskanzlers.

⁴⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 586 vom 23. 11. 1919, IP.

⁴⁸ Johannes Meerfeld: Vorwärts Nr. 596 vom 21. 11. 1919.

⁴⁹ Siegfried Nestriepke, verantwortlicher Herausgeber der »Freiheit«.

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 586 vom 23. 11. 1919, IP.

⁵¹ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP. »Die Uneinigkeit der Arbeiterschaft, an der die Unabhängigen und weiter links stehende Richtungen die Schuld trügen, habe eine rein sozialistische Arbeiterregierung unmöglich gemacht und die Mehrheitssozialdemokratie gezwungen, mit den beiden bürgerlichen Parteien zusammenzugehen.«

rer Verfassung mit dem System der parlamentarischen Parteiherrschaft. Der Radikalismus aber erstrebte die Diktatur des Proletariats, die nur durch weiteren Umsturz zu erreichen war. In ihrem Widerstande gegen ihn war die sozialdemokratische Regierungspartei gehemmt, weil sie ihn einst selbst großgezüchtet und sie in ihrem eigenen revolutionären Machtkampf ausgenutzt hatte und weil sie fürchtete, die Massen an ihn zu verlieren. Gelegentlich bekannte daher auch sie sich zu dem Fernziel der Diktatur des Proletariats. Hatte doch Löbe bei Annahme der Weimarer Verfassung erklärt⁵², seine Partei stimme der Verfassung zu »in dem Vertrauen, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein würden als die papierenen Hindernisse, die dagegen aufgerichtet würden«. Das half ihr wenig. Bolschewismus und Kommunismus suchten den von Löbe angerufenen lebendigen Kräften durch weiteren Umsturz zum Durchbruch zu verhelfen. Die USPD, die gleichfalls von ihren radikalen Nachbarn vorwärtsgepeitscht wurde, war zum mindesten in ihrem radikalen Flügel und in der Presse durchaus bereit, sich an der weiteren Revolution mit dem Ziele der Diktatur des Proletariats zu beteiligen. Deshalb bedeutete schon das Werben um sie, daß man im Wahl- und Parteiinteresse Nachgiebigkeit gegen den weiteren proletarischen Umsturz in Kauf zu nehmen bereit war. Noch wichtiger war es, daß die praktische Politik der regierenden Partei diesen Weg ging. Schon in den Straßenkämpfen des ersten Jahres und bei dem Ringen um das Rätssystem hatte ich von Schwäche und Zugeständnissen zu berichten, die sie dem aufrührerischen Verbrechertum machte, teils aus Angst vor der Straße, teils um die Massen nicht an die radikaleren Richtungen zu verlieren. Die Geschichte des nach dem Kapp-Unternehmen ausgebrochenen Bürgerkrieges im Frühjahr 1920 belastete sie dann erneut mit dem schweren Vorwurf, daß sie in ihrer Abhängigkeit von links durch die Aufforderung zum Generalstreik selbst den bolschewistischen Aufruhr ausgelöst und durch fortgesetzte Zugeständnisse an ihn den militärischen Kräften, ohne die sie des inneren Feindes nicht Herr werden könne, den Sieg erschwert hatte.

Der Kampf, den ich gegen Demokratie und Zentrum in ihrer Eigenschaft als Regierungsparteien führte, stützte sich in erster Linie auf die Tatsache, daß sie sich durch die Weimarer Koalition in eine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie begaben, die sie in Widersprüche mit ihrem Programm und ihren agitatorischen Verheißungen verwickelte und in Schwierigkeiten mit ihren eigenen Anhängern stürzte. Über das eigene Parteiinteresse hinaus war es eine staatspolitische Notwendigkeit, diese ihre Schwäche zu benützen, um die Macht der Weimarer Koalition zu erschüttern.

Mit der demokratischen Partei habe ich bei Beginn des Wahlkampfes im Frühjahr 1920 zusammenfassend abgerechnet.⁵³ Besonders belastend für sie war der Widerspruch zwischen ihrem Gründungsprogramm und der von ihr eingeschlagenen Koalitionspolitik.

»Unmittelbar nach der Revolution war es die demokratische Partei, die zuerst, bereits am 17. November, mit ihrer Neugründung und ihrem Aufruf an die Öffentlichkeit trat und mit großen Mitteln die Agitation in Stadt und Land in die Hand nahm. Sie verstand es ausgezeichnet, die Verwirrung der ersten Revolutionswochen auszunutzen, um weitesten Kreisen den Glauben beizubringen, daß sie der gegebene Sammelpunkt sei, um zwar auf dem Boden der Tatsachen, aber im Kampfe gegen die rote Flut das gesamte Bürgertum zusammenzufassen. Entsprechend weit, von

⁵² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 329 vom 31. 7. 1919, S. 2193.

⁵³ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1919, IP; zur DDP vgl. die Arbeiten von STEPHAN und ALBERTIN.

Dr. Friedberg und Schiffer bis Theodor Wolff, wurde der Rahmen gespannt. Um so unwahrhaftiger wirkte die Politik der Partei in der Nationalversammlung, die sie in die unbedingte Gefolgschaft der Sozialdemokratie brachte.«

Die Wendung zur Sozialdemokratie hatte man sich freilich von vornherein durch einen Trennungsstrich nach rechts ermöglicht. Man hatte sogar Stresemann die Tür verschlossen. Diesen Vorgang erzählte mir Stresemann gelegentlich eines Zusammenkommens bei der Mittwoch-Gesellschaft⁵⁴, bei dem wir beide verspätet eingetroffen waren und bis zum Schluß des gemeinsamen Essens uns in einem Vorzimmer beköstigen ließen. Ich ließ mich zur öffentlichen Besprechung des Inhaltes seiner Mitteilungen ermächtigen.⁵⁵

»In dem Aufmarsch der Parteien ist insofern eine weitere Klärung eingetreten, als nunmehr der größte Teil der Nationalliberalen Partei unter Führung der Herrn Dr. Friedberg, Bollert u. a. den Anschluß an die Deutsche demokratische Partei vollzogen hat. [...] Es scheint also, daß auch die Herren Dr. Friedberg und seine Freunde nunmehr der führenden Mitarbeit des Herrn Theodor Wolff und der Richtung des ›Berliner Tageblatts‹ und der ›Frankfurter Zeitung‹ sich gefügt haben. Es ist weiter bekanntgegeben, daß in der Demokratischen Partei diejenigen nicht zu führenden Stellen zugelassen werden sollen, die in der Frage der Kriegsziele und des Verhältnisses zu Amerika sich durch ihre frühere Politik bloßgestellt haben. Es würde an sich von Reiz sein, hieraufhin die politische Vorgeschichte der einzelnen führenden Mitglieder der Demokratischen Partei zu untersuchen; außer Herrn Theodor Wolff würden vielleicht wenige übrig bleiben, die bei strenger Durchführung des aufgestellten Grundsatzes vollständig makellos dastehen. Auf Herrn Dr. Stresemann hat man jedenfalls den Grundsatz angewendet, und er wird nicht als Teilhaber der Fusion genannt; ob und in welcher Form Reste der nationalliberalen Partei als Deutsche Volkspartei übrig bleiben werden, ist noch nicht bekannt. Es heißt, daß viele nationalliberale Kreise namentlich in Hannover, in Rheinland-Westfalen, auch in Hamburg und Schleswig-Holstein den Übertritt zur Demokratischen Partei nicht mitmachen wollen.«

Von der DNVP setzte sich die neue Partei der Sammlung des Bürgertums erst recht ab. Wie ich einem Brief an v. Falkenhausen⁵⁶ entnehme, hatte Hergt die Verbindung der Listen für die Wahl zur Nationalversammlung beim Zentrum und der Deutschen Volkspartei zwar erreicht, war aber bei Fischbeck und Friedberg damit gescheitert.⁵⁷

Für die Stellung der Demokratischen Partei in der Koalition hatten wir den Vergleich in die Welt gesetzt, sie laufe hinter der Sozialdemokratie wie der »Anhängewagen der Straßenbahn« her. Ein Prioritätsstreit, wer das Wort geprägt hat – Wallraf oder ich –, liegt mir fern. Ich erinnere mich einer Rede Wallrafs, in der er, wenn ich nicht irre auf einem Parteitag, mit diesem Vergleich heiteren Beifall ertete, und ich habe selbst in Aufsätzen und Reden damit Eindruck zu machen gesucht. Auf Witze, die man nur in Kolportage genommen hatte, konnte man in der Massenagitation nicht verzichten. Daß der Vergleich mit dem Anhängewagen gesessen hatte, zeigte sich bei einer Erklärung, in der Dr. Wiemer seinen Austritt aus der Partei begründete.⁵⁸

⁵⁴ Siehe WESTARP II, S. 11. Dieser Treffpunkt von Persönlichkeiten der Politik und Wirtschaft ist von der gleichnamigen, im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Hitler bekanntgewordenen Gesellschaft zu unterscheiden.

⁵⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1919, IP.

⁵⁶ Brief vom 8. 1. 1919.

⁵⁷ Korrespondenz der DNVP Nr. 9 vom 11. 1. 1919.

⁵⁸ Otto Wiemer: seine Erklärung siehe unten Anm. 59.

Ein Kernstück meiner Schlußabrechnung war der wiederholte Hinweis auf den vergeblichen Versuch der Demokratischen Partei, sich durch einen vorübergehenden Regierungsaustritt der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedensdiktates zu entziehen.⁵⁹

»Der Wiedereintritt in die Regierungsmehrheit im Herbst 1919 war eine glatte Kapitulation. Nun gab es kein Halten und keine Grundsätze mehr; auch die Freiheit der Wissenschaft und der bürgerlichen Persönlichkeit und jeder Gedanke an einen Schutz des Bürgertums vor der Diktatur des Proletariats wurde preisgegeben. Die Bedingungen, unter denen die Partei im Herbst reumütig in die Koalition zurückkehrte, blieben ebenso auf dem Papier stehen wie ihr Protest gegen das Abkommen vom 20. März, das den Gewerkschaften zur Nebenregierung verhalf.«

Vielen, die im Herbst 1918 dem demokratischen Sammelruf gefolgt waren, behagte die dem »Berliner Tageblatt« und der »Frankfurter Zeitung« zugefallene Führung nicht. Um so mehr hielt ich es für zweckmäßig, immer wieder gerade auf diese verhängnisvolle Führung hinzuweisen. Bezeichnend für sie war eine Äußerung der »Frankfurter Zeitung«, in der die Bindung an die Sozialdemokraten besonders eindeutig ausgesprochen war.

»Die Deutsche Demokratische Partei kann schon deshalb nicht auf die Gegenseite treten, weil sie ja der Revolution – nicht der Meuterei der Matrosen, nicht der Revolution des Sozialismus, sondern dem, was schließlich eine Revolution der Demokratie geworden ist – ihre Entstehung verdankt und weil sie ganz positiv und teilweise führend (Preuß) mitgearbeitet hat, dieser Revolution ihre bisherige Erfüllung zu geben. Anschluß an irgend eine auch im leisesten gegenrevolutionäre Mehrheit und Regierung ist für die Demokratie auch darum ausgeschlossen, weil sie darüber sofort in zwei Teile auseinanderbrechen und dann als ernsthafter politischer Faktor nicht mehr vorhanden sein würde.«

Ich empfahl diese Äußerung, mit der die Demokratische Partei durchaus zutreffend gekennzeichnet werde, dem ständig bereitzuhaltenden Agitationsmaterial einzuverleiben. Die Aufforderung zum Generalstreik, der sich die Partei während des Kapp-Unternehmens angeschlossen hatte, stieß dem Faß den Boden aus. Ich konnte im Mai 1920 berichten⁶⁰, daß von Tag zu Tag neue Nachrichten über Austritte kamen. Eine Gruppe Wiemer – Dr. Mugdan begründete ihren Austritt mit eingehender Kritik an der Innen- und Wirtschaftspolitik der Partei. Ihr Ziel war »die Schaffung einer großen, von freiheitlichen Ideen beseelten, von starkem nationalem Willen durchglühten liberalen Partei«. Führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens in Leipzig stellten in den Vordergrund ihrer Austrittserklärung ihre Unzufriedenheit darüber, daß die Demokratische Partei sich in der Koalition der Führung der Sozialdemokratie völlig untergeordnet habe. Ähnliche Nachrichten kamen aus Schlesien, Zittau, Dortmund, der Pfalz und Hessen. Auch die bayerischen Demokraten hatten in der Teilnahme an einer starken rechts eingestellten Regierung eine Sonderstellung eingenommen.⁶¹

»Die ausscheidenden Persönlichkeiten haben Aufnahme in der Deutschen Volkspartei gesucht und gefunden, der dadurch, wie man wohl annehmen darf, weit über die bekannt gegebenen Namen hinaus ein Zuwachs an Wählerstimmen anfallen wird.«

⁵⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP, auch für das folgende Zitat die »Frankfurter Zeitung«.

⁶⁰ Wie Anm. 59.

⁶¹ Wie Anm. 59.

Verwickelter und schwerer übersehbar lagen die Verhältnisse im Zentrum. In meiner Broschüre »Am Grabe der Parteiherrschaft« habe ich es als »die Regierungspartei der Republik« bezeichnet⁶²,

»die einzige, die allen Regierungen in maßgebender Stellung angehört und Kanzler für die Weimarer Koalition und für Rechtsregierung, für Minderheitsregierungen und Präsidialkabinette gestellt hat.«

Die Grundlage seiner parlamentarischen Machtstellung im Kaiserreich und mehr noch in der Republik war seine Wählerschaft, die vielseitiger aus allen Landesteilen, Berufen und sozialen Ständen zusammengesetzt und dabei gleichzeitig fester gefügt und weniger Schwankungen ausgesetzt war als diejenige der anderen Parteien. Was sie zusammenhielt war das katholische Interesse. Die Agitation der Partei gipfelte in den Katholikentagen. Katholische Gewerkschaften und Arbeitervereine, katholische Jünglings- und Studentenvereinigungen, eine große katholische Presse politischen und kulturellen Charakters unterstützte die Parteiorganisation. Katholische Geistliche stützten sie durch ihren religiösen Einfluß, katholische Magnaten und Großindustrielle durch ihr Geld. Die vom Kulturkampf herrührende Parteiüberlieferung hielt die Wähler in gewohnten Bahnen fest. Daß das konfessionelle Programm als einigendes Band der Wählerschaft alle anderen, nationalen und außenpolitischen, innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte und Interessen verdrängte oder doch überragte, beruhte auf jener taktischen Wendigkeit des Zentrums, die, von politischer Grundsatzlosigkeit nicht weit entfernt, die Möglichkeit eröffnete, die Parteipolitik hemmungslos auf den Erwerb der parlamentarischen Macht einzustellen.⁶³

»Konfessionellen Erinnerungen an den früheren Kampf gegen angeblichen oder wirklichen Mangel an Parität entsprechend, bemächtigte sich das Zentrum für seine Anhänger der leitenden Stellen und des Beamtentums. Als Kern des Regierungsblocks der Mitte marschierte es jeweils mit den stärkeren Bataillonen, hielt sich aber den Blick für Wellenlinien der parteipolitischen Bewegung frei und die Tür nach allen Seiten offen. Es fühlte sich als *praeceptor Germaniae* berufen, die Parteien rechts und links zur Verantwortung heranzuziehen und zu erziehen.«

Der alte konfessionelle Streit, eine Erbschaft mehrerer Jahrhunderte, hat sich im kaiserlichen und republikanischen Deutschland weitere sechs Jahrzehnte hindurch als geeignet erwiesen, eine sozial, wirtschaftlich, politisch vielfach aufgespaltene Wählerschaft zu politischer Einheit zusammenzuschließen. Der DNVP ist es nicht gelungen, dasselbe Ziel mit dem nationalen, christlichen und sozialen Gedanken auf längere Dauer zu erreichen.

Der erste und entscheidende Schritt in der Laufbahn als republikanische Regierungspartei war das Bündnis mit der Sozialdemokratie, der das international klassenkämpferische Programm und eine noch stärker unterbaute Organisation eine zwar einseitige und schwankende, aber das Zentrum an Zahl seit 1912 noch überragende Wählerschaft zur Verfügung stellte. Mit ihr im Bunde hatte das Zentrum seit der Friedensresolution im Juli 1917 die Regierungsgewalt vom Kaiser und den Bundesfürsten an die Parteimehrheit des Reichstages überführt. Mit ihr schuf es sich in der Weimarer Verfassung die verfassungsrechtliche Grundlage des Parteidementes und in der Wei-

⁶² S. 32; allgemein zum Zentrum vgl. MORSEY sowie – für die Jahre ab 1923 – Karsten Ruppert: *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992.

⁶³ Das folgende Urteil in: WESTARP, *Am Grabe der Parteiherrschaft*, S. 32.

marer Koalition das parlamentarische Bündnis, das zunächst die Nationalversammlung und Preußische Landesversammlung beherrschte und dann für die ganze politische Entwicklung in der Republik unmittelbar oder mittelbar maßgebend geblieben ist. Wer seine Machtstellung erschüttern wollte, mußte die konfessionell zusammengeschmiedeten Zentrumswähler einerseits davon überzeugen, daß die in der Sache grundsatzlose Machtpolitik der Partei nicht einmal die konfessionellen Interessen gewährleistete, und die in ihr vorhandenen allgemein politischen Spaltungen vertiefen.

Dazu gehörte in der Periode der Nationalversammlung zunächst der Nachweis, daß das Bündnis mit der Sozialdemokratie mit dem konfessionellen Charakter der Partei unvereinbar sei. Versuche leitender Zentrumskreise, nach außen hin den konfessionellen Charakter der Partei zu bestreiten oder doch zu verschleiern, waren oft gemacht worden. Unmittelbar nach der November-Revolution verkündete das Zentrum, es wolle das Bürgertum zum Kampfe gegen den Umsturz unter dem neuen Namen »Christliche Volkspartei« zusammenschließen und deshalb möglichst viel Protestanten in seine Reihen aufnehmen. Die unter dieser Parole gewählten Fraktionen gaben den Kampf gegen den Umsturz durch ihr Bündnis mit den Sozialdemokraten auf.

Die Unzufriedenheit, die das in den eigenen Reihen hervorrief, veranlaßte das Zentrum erneut, schärfer den konfessionellen Kampf als Bindemittel seiner Wählerschaft zu betonen und seinen konfessionellen Charakter trotz formeller Ablehnung wieder in den Vordergrund zu stellen. Das geschah auf dem Parteitag vom Januar 1920.⁶⁴

»Der Parteitag aber hat dieses Ziel für die Politik des Zentrums ausdrücklich abgelehnt, und so bedeutet auch hier der gefundene ›Ausgleich‹ der Gegensätze die völlige Unterwerfung der monarchisch gerichteten Teile des Zentrums, die man bisher für einen nach Zahl und Überlieferung starken und wesentlichen Teil der Partei zu halten geneigt war, unter die demokratisch republikanische Führung Erzbergers im Gefolge der die Regierung beherrschenden Sozialdemokratie.«

Als besonders beweiskräftig für den konfessionellen Charakter der Partei bezeichnete ich die Eifersucht, mit der sie die katholischen Wähler ausschließlich für sich in Anspruch nahm. Der innere Widerspruch zwischen der tatsächlich geführten Machtpolitik des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie und der Behauptung, die einzige Vertreterin der katholischen Interessen zu sein, trug große Erregung in die Kreise der Partei hinein, wurde ein ständiger Gegenstand unserer Angriffe und führte uns katholische Wähler zu.

Da Kirche und Schule in der Periode der Nationalversammlung noch zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehörten, war Preußen der Boden, auf dem die Zentrumswähler die beste Gelegenheit hatten, den Gegensatz zu erkennen, in dem der Bund mit den Sozialdemokraten zu den religiösen und kirchlichen Interessen stand, für die sie ihre Stimme gegeben hatten. [...] ⁶⁵

Obwohl das Zentrum sich bei der Regierungsbildung gegen sozialdemokratische Zugeständnisse Entgegenkommen in kulturellen Fragen hatte ausbedingen wollen, wurde ihnen auch auf diesem Gebiet Opfer über Opfer zugemutet. Das Kultusministerium blieb in den Händen der Sozialdemokraten, die auch durch ihre zu Verwaltungsposten gelangten Parteigenossen in einem großen Teil des Landes die örtliche

⁶⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

⁶⁵ Westarp verweist hier auf Adolph Hoffmanns »bodenlosen Unfug« als Ursache für separatistische Neigungen.

Schulverwaltung beherrschten. Konflikte über die Schulgesetzgebung blieben nicht aus. Sie traten bereits bei der Vorstellung der Preußischen Regierung in Erscheinung.⁶⁶

Der Ministerpräsident Hirsch kündigte in seiner Programmrede eine Abänderung des Schulunterhaltungsgesetzes an, durch die den Gemeinden das uneingeschränkte Recht gegeben werden sollte, die Simultanschule mit für Lehrer und Schüler wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht einzuführen.

»Die Konfessionsschule und die Verpflichtung des Staates, dem Unterrichte die religionskirchliche Grundlage zu erhalten, ist also trotz aller grundsätzlichen Vorbehalte tatsächlich und praktisch preisgegeben.«

Solange die Zentrumsparlei an den von der Sozialdemokratie geführten Regierungsgemeinschaften festhielt, dürfe sie nicht erwarten,

»daß evangelische und politisch klar sehende katholische Kreise in ihr noch einen Hort kirchlicher und religiöser Interessen erblicken könnten.«

An der Schulfrage brach bereits im Dezember 1919, gleichzeitig mit dem sozialdemokratischen Konflikt, der im Reich die soeben wiederhergestellte Weimarer Koalition ins Wanken brachte, auch in Preußen eine der unvermeidlichen »schweren Regierungskrisen« aus. Die Sozialdemokratie forderte die Ausschaltung des Orts Pfarrers aus dem Vorsitz des Schulvorstandes und simultane Lehrerseminare. Dagegen wendete sich das Zentrum und seine Presse mit leidenschaftlichem Einspruch und Androhung der Opposition, obwohl es, wie ich ihm vorhielt⁶⁷, in Weimar das Schulkompromiß abgeschlossen hatte, in welchem »die Simultanschule und die Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen zum Grundsatz erhoben« wurde. Zur Erklärung des erbitterten Widerstandes, den es trotzdem jetzt in Einzelfragen leistete, standen zahlreiche Äußerungen der Zentrums Presse zur Verfügung. Sie zeigten, daß in der Zentrums wählerschaft die Unzufriedenheit über das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auf dem kirchlichen und auf anderen Gebieten einen Umfang angenommen hatte, bei dem, wie die »Kölnische Volkszeitung« schrieb⁶⁸, das Zentrum »eine neue schwere Belastungsprobe« durchzumachen hatte. Parlamentarischer Wendigkeit gelang es, im machtpolitischen Koalitionsinteresse die Krise durch Vertagung der Streitfragen beizulegen. Es solle zunächst geprüft werden, ob die Bestimmung über den Ausschluß der Orts pfarrer mit Art. 174 der Reichsverfassung vereinbar sei, der vorschrieb, daß es bis zum Erlaß eines besonderen Reichsgesetzes über die Konfessionsschule bei der bestehenden Rechtslage verbleiben solle. Auch dieser Schulstreit von 1919 war ein Vorläufer vieler ähnlicher Schwierigkeiten, in die das Zentrum auf dem Gebiet von Kirche und Schule durch sein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie geriet und die im Reich und in Preußen noch manche verhängnisvolle Krisen herbeiführen sollten. Die Entschuldigung, nur durch Teilnahme an der Regierung habe man Schlimmeres verhüten können, für die der primitive Wähler an sich wenig empfänglich ist, war gegenüber den Auswüchsen der sozialdemokratischen Kirchen- und Schul-Politik nicht wirksam.

Die politische Grundsatzlosigkeit, mit der die Partei, auf den konfessionellen Ha- der gestützt, lediglich das parlamentarische Machtziel verfolgte, erreichte durch den

⁶⁶ Zum folgenden Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

⁶⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

⁶⁸ Kölnische Volkszeitung Nr. 964 vom 11. 12. 1919.

Umsturz in der Wendung vom Monarchismus zum republikanisch-demokratischen Bekenntnis einen ihrer Höhepunkte. Noch im September 1918 war ich hart angelassen worden, als ich einen leisen Zweifel an der monarchischen Haltung des Zentrums andeutete.⁶⁹ Eine erschöpfende Darstellung des Wandels von begeistertem Monarchismus zum demokratischen Republikanismus, den die Partei und Presse des Zentrum vom September 1918 bis zum Januar 1919 vollzogen habe, findet sich in dem Kaiserbuch des bayerischen Katholiken Buchner.⁷⁰ Eine bis in die letzte Zeit des Weltkrieges reichende Fülle von Äußerungen und Pressestimmen bringen unerschütterliche Treue zur Monarchie und warme Anerkennung Kaiser Wilhelms II. zum Ausdruck, die unmittelbar nach dem Umsturz gehässiger Kritik an dem Kaiser nach dem Muster der jüdisch-demokratischen Literatur und einem unumwundenen Bekenntnis zur Republik Platz machen. Ähnlich, wie ich es getan, führt Buchner diesen Wandel auf das Bündnis mit der Sozialdemokratie zurück. Es wird dem zukünftigen Historiker als eine untilgbare Schuld und als ein Fehler des Systems der Parteiherrschaft erscheinen, daß lediglich aus parteipolitischen Gesichtspunkten und taktischen Erwägungen die Männer, die über die Haltung der Zentrums Presse zu bestimmen hatten, ihre Segel plötzlich nach dem neuen Winde umstellten. Als v. Graefe in der Nationalversammlung beiden bürgerlichen Mehrheitsparteien Vorhaltungen dieser Art machte, wurde das als sehr peinlich empfunden. Der Parteitag vom Januar 1920 brachte, wie ich in der »Kreuzzeitung« feststellte⁷¹, einen Abschluß in der Entwicklung zur republikanisch-demokratischen Regierungspartei.

»Die Verurteilung der Revolution durch den Herrn Trimborn in seinem Referat war eine lediglich platonische. Jedenfalls hat das Zentrum sich das Ergebnis der Revolution vollständig zu eigen gemacht. [...] Es stellt sich als Partei grundsätzlich auf den Boden der Republik, der Demokratie, der parlamentarischen Regierungsform, alles in der auf die Spitze gestellten Form, in der diese Grundsätze in der Verfassung ausgestaltet worden sind.«

Die Begründung, daß an dem Wiederaufbau des Reiches nicht mitarbeiten könne, wer sich nicht auf den Boden der republikanischen Tatsachen stelle, bezeichnete ich als Trugschluß. Man könne unter Benutzung der parlamentarischen Regierungsform mitarbeiten, auch wenn man die Wiederherstellung der Monarchie als Fernziel verfolge.⁷²

Die Unterordnung aller staatspolitischen Grundsätze unter das parlamentarische Machtbedürfnis zwang das Zentrum gleichzeitig, sich immer unbedingter auf demokratische Grundsätze festzulegen. Zunächst geschah es zögernd. Ein Einspruch der Bischöfe gegen eine ganze Reihe von Verfassungsbestimmungen, welche die Rechte und Interessen der katholischen Kirche nicht genügend wahrten, ja sogar wegen Widerspruchs mit deren Lehren unverbindlich seien, zwang die »Germania« zu einem Rechtfertigungsartikel.⁷³ Sie gab zu, daß die Mehrheit des Volkes monarchisch gesinnt und daß die Revolution überflüssig und schädlich gewesen sei. Trotzdem habe das Zentrum an die Seite der Sozialdemokratie treten müssen, da sie

»in diesen Zeiten die unentbehrliche Partei gewesen sei, ohne die oder gar gegen die ein Wiederaufbau überhaupt nicht möglich gewesen wäre«. Neu und eigenartig ist die Wendung des Zentrumsblattes, es wolle doch nicht vergessen, »daß auch diese Umsturzpartei schließlich nur ein

⁶⁹ Dazu auch WESTARP, Am Grabe der Parteiherrschaft, S. 31.

⁷⁰ Max Buchner: Kaiser Wilhelm II., seine Weltanschauung und die Katholiken, Berlin 1929.

⁷¹ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. I. 1920, IP.

⁷² Wie Anm. 71.

⁷³ Germania Nr. 517 vom 9. 11. 1919; dazu Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP.

Werkzeug war und ist in der Hand Gottes«. Für die Auffassung, daß auch das durch Menschen angerichtete Unheil als eine Fügung aus Gottes Hand hinzunehmen ist, kann man volles Verständnis haben und dennoch mit aller Entschiedenheit ablehnen, denjenigen, von dem das Ärgernis kommt, zu unterstützen und mit ihm zusammenzugehen.«

Als nach dem Kapp-Unternehmen der innere Riß im Zentrum größer zu werden drohte, legte das führende Berliner Zentrumsblatt ein viel unumwundeneres Bekenntnis zur Demokratie ab, die das Zentrum »seit der November-Revolution von 1918 immer in den Vordergrund gestellt« habe. Vom Standpunkt des katholischen Glaubens und der katholischen Kirche beständen nicht die geringsten Bedenken gegen eine politische Betätigung in einem demokratischen Staate. Die Ideale der Zentrumspartei seien so hohe⁷⁴,

»daß sie unmöglich durch eine politische Umwälzung sich zur Tatenlosigkeit verurteilen lassen könne. Je höher die Ziele stehen, um so weniger werden sie von zufälligen Tagesereignissen berührt.«

Hier setzte ich mit grundsätzlicher Kritik ein.⁷⁵

»Ob wirklich alle bisherigen Zentrumswähler in der Revolution vom November 1918 ein ›zufälliges Tagesereignis‹ erblicken können, das gegenüber den hohen parteipolitischen Zielen des Zentrums nicht ins Gewicht fällt, ist eine Frage, an der das Blatt trotz seiner heißen demokratischen Begeisterung doch nicht so ohne weiteres vorübergehen sollte.«

Wenn irgendwo, so gehört im Parteikampf die Schadenfreude zu den reinsten Freuden, und deshalb erfüllte es mich mit einer gewissen Befriedigung, als ich über das Ausscheiden der Bayerischen Volkspartei zu berichten hatte, das das Zentrum seiner demokratisch revolutionären, nicht minder aber auch seiner unitarischen Politik verdankte.⁷⁶ Nach der Erklärung des BVP-Vorsitzenden Held hatte Erzbergers Rede in Stuttgart⁷⁷ »dem Faß den Boden ausgeschlagen«, und zwar nicht nur wegen seiner Betonung des Einheitsstaates, die von der »Kölnischen Volkszeitung« und der Zentrum-Parlamentskorrespondenz als wenig geschickt bezeichnet wurde. Held sagte:

»Wenn man die früheren Fürsten so behandelt, die Revolution verherrlicht und von ihren guten Wirkungen redet, dann übersteigt das alles Maß. Wenn die Zentrumspartei im Reich Wert darauf legt, daß wir Verbindung mit ihr haben, dann soll sie den Abgeordneten Erzberger zu den Sozialdemokraten abschieben.«

Auf dem Parteitag brachte der konservativ gerichtete Freiherr v. Kerckerinck⁷⁸ die Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik zum Ausdruck.⁷⁹

»Er konnte die Berechtigung der Sorge über gewisse Strömungen in der Partei, die nach dem Referat des Herrn Trimborn in den Parteikreisen zu bestehen scheinen, durchaus verstehen. Wachsendes Unbehagen herrsche in weiten, namentlich ländlichen Kreisen über die enge Verbindung mit der Sozialdemokratie; man verurteile den Staatsabsolutismus in der Staatsauffassung und seine Auswirkungen auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Man Sorge sich um die volkswirtschaftlichen Folgen eines solchen Prinzips und halte es für unrichtig, den Gegensatz zu den Rechtsparteien mehr und mehr zu vertiefen. Aber diese und ähnliche Einwendungen blieben, nachdem man sie in

⁷⁴ Germania Nr. 517 vom 9. 11. 1919.

⁷⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 165 vom 11. 4. 1920, IP.

⁷⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP; von dort auch das folgende Zitat der Erklärung Helds.

⁷⁷ Vgl. dazu MORSEY, S. 280 mit Anm. 5.

⁷⁸ Nach der Germania vom 24. 1. 1920.

⁷⁹ Hierzu Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

der Diskussion überwiegend bekämpft und gegenteilige Auffassungen mit aller Schärfe vertreten hatte, ohne jeden Einfluß auf die endgültigen Beschlüsse.«

In diesen legte sich die Partei geschlossen auf die sozialdemokratische Politik Erzbergers und auf den scharfen und einseitigen Kampf gegen rechts fest. Dann aber brachte nach dem Kapp-Unternehmen das Versagen der Koalitionsregierung bei dem Schutze Rheinland-Westfalens gegen den kommunistischen Bürgerkrieg das Maß der Unzufriedenheit nochmals zum Überlaufen. Zunächst hatte ich über eine Anzahl von Äußerungen der rheinisch-westfälischen Presse zu berichten⁸⁰, die heftig Kritik an der im Bürgerkrieg gezeigten Schwäche der Regierung übten und durch Beschwichtigungsversuche der »Germania« nicht zu beruhigen waren. Bald aber nahm die Opposition noch allgemeinere Formen an. Anlaß, das festzustellen, gaben mir eine Resolution des Provinzial-Ausschusses der westfälischen Zentrumspartei und Kundgebungen von hervorragenden Mitgliedern der Zentrumspartei des Rheinlandes, die »Richtlinien einer christlichen Politik« und einen »Aufruf an die christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land« veröffentlichten. Dazu kam eine Mitteilung der »Kölnischen Volkszeitung«⁸¹ über Versuche,

»entweder eine katholische deutschnationale Partei ins Leben zu rufen oder das Zentrum von der Koalitionspolitik mit den Parteien der Linken zu lösen, ihm eine große Unabhängigkeit zu geben und es an die rechts gerichteten Parteien anzuschließen.«

Ich konnte ferner auf eine Rede Trimborns⁸² in der Nationalversammlung hinweisen, in der er nach dem von mir wiedergegebenen Inhalt den Aufruf zum Generalstreik und die Schwäche im Ruhrgebiet scharf kritisierte, Severing angriff und der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mit sehr weit gehenden Forderungen für die weitere Führung des Kampfes entgegentrat.⁸³

»Selbst das sprach er aus, daß der Vorstoß Legiens mit seinen acht Punkten⁸⁴ sich doch stark in der Richtung einer Diktatur bewege, durch die den organisierten Arbeitern eine privilegierte Stellung im Staate geschaffen werden soll. Der »Vorwärts« greift das Zentrum wegen des Ruckes nach rechts, den es mit dieser Rede gemacht habe, an. Mir ist es zweifelhaft, ob die berichteten Vorgänge im Zentrum bereits endgültig einen Ruck nach rechts bedeuten.«

Es war weder das erste noch das letzte Mal, daß ich Recht behielt, wenn ich mir von Versuchen, die Politik des Zentrums durch sein konservatives Element zu unterhöhlen, weniger versprach als manche seiner politischen Freunde.

»Man wird abwarten müssen, ob der Westen mit dem Versuche, von innen heraus eine Wandlung der Zentrumspolitik herbeizuführen, Einfluß gewinnen wird. Auch wenn das bei der bevorstehenden Wahlagitation scheinbar der Fall sein und die demokratische Leitung der Reichstagsfraktion dabei rechtsgerichteten Strömungen in den Wählerkreisen mehr Rechnung tragen sollte, als sie es in der Nationalversammlung selbst getan hat, so ist damit noch längst nicht das letzte Wort über die Politik gesprochen, die das Zentrum nach den Wahlen einschlagen wird.«

Das werde von der Zusammensetzung der Fraktion und davon abhängen, wie sich die Machtverhältnisse im neuen Reichstag gestalten werden. Zunächst verschärfte sich

⁸⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 178 vom 18. 4. 1920, IP.

⁸¹ Kölnische Volkszeitung Nr. 283 vom 14. 4. 1920.

⁸² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 333 vom 13. 4. 1920, S. 5078 ff.

⁸³ Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 178 vom 18. 4. 1920, IP.

⁸⁴ Siehe oben S. 247.

die Zentrumskrise noch, so daß ich am 9. Mai 1920 der Meinung Ausdruck geben konnte⁸⁵ jetzt scheine

»dem Zentrum unter dem Einfluß der Koalitionspolitik die Stunde einer wirklichen Spaltung geschlagen zu haben, wenn auch freilich zuzugeben ist, daß man über deren Umfang und über ihre dauernde Wirkung noch kein abschließendes Urteil abgeben kann.«

Der von der »Kölnischen Volkszeitung« am 18. April 1920 angekündigte feste Zusammenschluß der Opposition schien sich zu verwirklichen. Am 18. April erschien ein am 13. beschlossener Aufruf einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem Rheinland, sich zu einem festen Block der Christlichen Volksparteien zusammenzuschließen. Zur Begründung diente eine Kritik der Koalitionspolitik, wie ich sie nicht schärfer geübt habe. So wurde festgestellt, daß das Zentrum

»unmittelbar nach der Revolution mit seiner Parole eines entschlossenen Kampfes gegen den Sozialismus in allen seinen Schattierungen helle Begeisterung weit über die Kreise der Parteifreunde hinaus erweckt habe und daß man heute vor einer Kette von Enttäuschungen steht. Die Koalitionspolitik, die das Zentrum betrieben hat, bezeichnet der Aufruf »in ihren Wirkungen als direkt verhängnisvoll, in ihren Ergebnissen heute direkt als bankrott«. Schärfster Widerspruch zu dem christlichen Programm der Zentrumsparlei, schwere Konflikte und Gefahren in der Schulfrage und bei der Trennung von Kirche und Staat, die Förderung der völligen Entchristlichung der inneren Politik nach links bis zu einem Grade, der die Aufrichtung der sozialistischen Republik für ihre Anhänger, zu denen auch die Mehrheitssozialdemokratie gehöre, keineswegs als aussichtslos erscheinen läßt, werden als Begleiterscheinungen und Fehler dieser Koalitionspolitik eingehend geschildert. [...] »Die Diktatur des sozialistischen Proletariats klopft an die Pforte des deutschen Vaterlandes – wollen wir sie einlassen?« An diesen Aufruf schließt sich ein eingehend formuliertes Programm mit besonders scharfer Betonung der christlichen Grundsätze.«

Trotzdem war in diesem Aufruf noch die Absicht ausgesprochen, sich nicht von der Partei zu trennen, sondern in ihr zu wirken. Die Entwicklung ging aber noch weiter.

»Am 30. April hat in Köln der Provinzialausschuß der »Vereinigung zur inneren Reform des Zentrums« mit der Begründung, daß seine wesentlichen Forderungen innerhalb der Zentrumsparlei abgelehnt oder nicht bindend angenommen seien, beschlossen, »als Christliche Volkspartei« eigene Wege zu gehen, sich eine eigene Organisation zu schaffen und eigene Kandidaten aufzustellen.«

Diesen offenen Bruch mit der Partei mißbilligte nicht nur die »Germania«, sondern auch die »Kölnische Volkszeitung« und diese fügte sich der Parteimehrheit mit dem Bekenntnis⁸⁶,

»daß das Zentrum eine Partei der Mitte bleiben und den Koalitionsgedanken in unverfälschter Reinheit erhalten wissen wollte«.

Schon wiederholt hatte ich vor und in dem Weltkriege bei gegebenem Anlaß erlebt, daß Vertreter des rechten Zentrumsflügels sich mir mit der Mitteilung genähert haben, sie würden eine Wendung der Zentrums politik herbeiführen, und sich dann doch, als ihre Bemühungen erfolglos blieben, der Parteidisziplin gefügt hatten. Auch bei der Krise des Jahreswechsel 1919/1920 hat es mir an Fühlungnahme mit der Zentrumsopposition nicht gefehlt. Graf Praschma schrieb mir [26. Januar], aufgrund unserer früheren vielfachen Zusammenarbeit möchte er mir doch mitteilen, daß er die Form meines Artikels vom 18. Januar 1920 bedauere.

⁸⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP; ebd. auch das folgende Zitat.

⁸⁶ Kölnische Volkszeitung Nr. 283 vom 14. 4. 1920.

»Erstens wegen ihrer Schärfe, die eine Arbeit in der Richtung, die auch Sie wünschen, erschwert, dann auch, weil sie tatsächlich in dieser Form unberechtigt ist. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich mit dem Verlauf der Tagung, der ich von Anfang bis zum Ende beigewohnt habe, *nicht* unbefriedigt bin. Daß auf Parteitagen nicht ohne weiteres nach außen sichtbare politische Schwenkungen gemacht werden, wissen Sie sicher aus Ihrer reichen politischen Erfahrung.«

Ich bemühte mich, meiner Erwiderung [29. Januar] eine möglichst entgegenkommende Form zu geben. Schriftliche Auseinandersetzungen würden leicht den Charakter einer Denkschrift annehmen, um so mehr begrüßte ich lebhaft seine Anregung einer Aussprache. Ob diese stattgefunden hat, ist meiner Erinnerung entschwunden.

Es war natürlich nicht allein die Chronistenpflicht des Wochenschauers, die mich zu eingehender Berichterstattung über die Zentrumskrise bewog. Mit dem politischen Zweck, die Zentrumspolitik zu kritisieren, war die Absicht verbunden, die Krise zu fördern. Diesen Erfolg habe ich nicht erreicht, und es ist zweifelhaft, ob mein Weg taktisch richtig war. Wenn sich ein Gegner allzu lebhaft für die innere Krise der von ihm bekämpften Partei interessierte, geriet er immer in die Gefahr, die Stellung des zum Ausscheiden drängenden Flügels eher zu schwächen als zu stärken. Jedenfalls war den Angriffen auf die parlamentarisch-demokratische Zentrumspolitik unter den damaligen Verhältnissen ein unmittelbarer Erfolg nicht beschieden. Dennoch sind sie auf lange Sicht gesehen nicht nutzlos gewesen. Sie haben dem Sturz des Zentrums vorgearbeitet. Aber es bedurfte noch mehr als eines Jahrzehnts, bis die Stellung, die das Zentrum im System der Parteiherrschaft einnahm, zusammen mit diesem System und mit der Sozialdemokratie zerbrochen werden konnte.

Mit den Angriffen auf Erzberger setzte ich die Politik fort, die ich im Kriegsreichstag als einer seiner heftigsten Gegner vertreten hatte. Gelegenheit, das festzustellen, boten Bemühungen der Linkspresse, den »Fall Erzberger« auf »Sünden des alten Regimes« zurückzuführen, das den Mann habe zu groß werden lassen.⁸⁷

»Seit dem Frühjahr 1917 wurde der Bruch zwischen ihm und uns unüberbrückbar. Mit den Worten: »Erzberger locutus est, causa finita« – Erzbergers Spruch entscheidet jede Sache rechtskräftig –, bezeichnete ich gelegentlich eine Praxis, die er mit allen Eigenarten seines Charakters und Temperaments verfocht und gegen die wir in einer überaus großen Zahl von Fällen ankämpften, im Ausschuß, im Plenum und oft genug in Gesprächen mit Regierungsvertretern, in denen ich vor allzu großer Nachgiebigkeit gegen Erzberger warnte. Nach außen hin trat das besonders in Erscheinung, als mein Freund Herr v. Graefe und ich im Ausschuß und Plenum einen zähen Feldzug gegen die Verwendung Erzbergers im Dienste des Auswärtigen Amtes führten. Besonders heftig war der Zusammenstoß vom 7. Juli 1917, bei dem ich Erzberger vorhielt, daß er durch seinen Überfall vom 6. Juli Deutschland wie durch eine verlorene Schlacht geschädigt habe. [...]

Die Bekämpfung Erzbergers, zu der wir uns verpflichtet hielten, war einer der wichtigsten Gründe für die »Isolierung der Konservativen«, die selbst in unserem eigenen Lager manchem Mißverständnis begegnete.«

Der Vorstoß vom 6. Juli 1917 gegen den U-Bootkrieg, bei dem »halt- und kritiklose Wichtigtuerei und parlamentarisches Machtbedürfnis ihn endgültig zum Verbrecher an Deutschlands Sieg werden ließ«⁸⁸, hatte ihm maßgebenden Einfluß in der Koalition der Friedensresolutionsmehrheit, den Posten als Staatssekretär in der parlamentari-

⁸⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

⁸⁸ WESTARP II, bes. S. 338 ff., 530 ff., 593, 612. Hierzu auch Torsten Oppelland: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918, Düsseldorf 1995, S. 243 ff.

schen Regierung Max von Baden und die Ernennung zum Waffenstillstandskommissar eingetragen.

Im Kabinett Scheidemann war er Minister ohne Portfeuille und Waffenstillstandskommissar, im Kabinett Bauer bis 3. Oktober Stellvertreter des Reichskanzlers und von da bis 12. März 1920 Finanzminister. Damit war sein verhängnisvoller Einfluß ins Ungemessene gewachsen. Sein schlimmstes politisches Verbrechen dieser Periode, das ich leidenschaftlich bekämpft habe, war seine Waffenstillstandspolitik. Auf seine Intrigen war bei der Unterzeichnung des Friedensdikates der Weimarer Umfall vom Nein zum Ja zurückzuführen. Seiner Gewohnheit agitatorischer Verdrehung der Tatsachen getreu, entfesselte er einen wilden Kampf gegen uns als die Schuldigen an der Verlängerung des Krieges. Im Inneren sah ich in seinem skrupellosen parlamentarischen Machtbedürfnis die Ursache der Bindung des Zentrums an die Sozialdemokratie. Seine Finanzpolitik bekämpfte ich als wirtschaftlich und wegen der Rückwirkung auf den Reparationswahnsinn katastrophal. Die Polemik, die ich damals in Reden und Aufsätzen gegen die Koalitionspolitik, das Verhalten des Zentrums, gegen die Politik der Unterwerfung, gegen einzelne politische Maßnahmen geführt habe, durchzieht der Hinweis auf Erzberger als den Vater allen Übels.

Nach der Unterzeichnung des Versailler Diktates konnte seine Stellung sturmreif gemacht werden. Neben der sachlichen Kritik trat der persönliche Angriff in den Vordergrund. In meinem Parteitagreferat vom 13. Juli 1919 ersetzte ich, um den Rahmen nicht zu sprengen, eine ursprünglich beabsichtigte Auseinandersetzung mit Erzbergers Politik durch eine kurze Kampfparole.⁸⁹

»Die Politik des Grafen Rantzau wurde durchkreuzt, er wurde beseitigt durch den Volksverderber Erzberger (Minutenlanger dröhnender Beifall. Stürmische Zurufe: Lump, Hochverräter, Schuft! Vorsitzender: Ich bitte diese Zwischenrufe zu unterlassen, der Redner hat allein das Wort). Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren, sagt mir, daß ich über den Mann kein weiteres Wort zu sagen brauche. Nur das eine möchte ich noch sagen: Fort mit diesem Menschen!«

»Minutenlanger dröhnender Beifall« hinderte mich, nach diesen Worten weiter zu reden. Mir war schon aus den Zwischenrufen klar geworden, daß meine Worte in dieser Form als Aufforderung zum Attentat wirksam ausgenutzt werden konnten. Deshalb vollendete ich, als ich wieder zu Worte kam, die Parole so, wie ich es von Anfang an beabsichtigt hatte: »Fort mit diesem Menschen von jedem Einfluß auf die deutsche Regierung.«

Den politischen Mord hatte ich in dem Kampfe der Vorkriegszeit gegen die Sozialdemokratie, die ihn im »Vorwärtskalender« verherrlichte, stets als schweres Verbrechen behandelt. Als es sich in den ersten Jahren nach dem Umsturz um gegenrevolutionäre Auflehnung gegen das Regiment von Narren und Schurken handelte, konnte ich solche Taten unter dem Gesichtspunkt des nationalen Notstandes milder beurteilen. Aber Verbrechen blieb Verbrechen, und ich war mit der DNVP darin einig, daß wir es nicht nur nicht anregen und fördern dürften, sondern nach Kräften zu verhindern hatten. Zu dem Moralischen, das sich immer von selbst versteht⁹⁰, trat dabei politische Erwägung. Der Erfolg der Attentatsversuche und Attentate auf Erzberger und Rathenau hat später bestätigt, was wir von vornherein angenommen hatten, daß der verbrecherische Anschlag auf führende Personen des herrschenden Systems nur Scha-

⁸⁹ Deutschlands Zukunftsaufgaben (siehe oben Anm. 58, Kap. I/1), S. 14.

⁹⁰ Ausspruch des Ästhetikers Friedrich Theodor Vischer.

den anrichten konnte. Das System wurde dadurch nicht beseitigt. Seine Träger machten das Opfer zum Märtyrer und erreichten den agitatorischen Vorteil, jeden Gegner als Verbrecher, jeden Angriff auf sich und ihre Macht als Anstiftung zum Mord abstempeln zu können. Der Mordversuch verhinderte, daß die politische und moralische Niederlage des bekämpften Gegners sich voll auswirkte. Unsere Gegnerschaft gegen solche Attentate, die wir oft betonen mußten, war also ehrlich gemeint.

Eine andere Frage war die, ob im agitatorischen Kampf die persönliche Ehre des politischen Gegners angegriffen werden soll und darf. Praktisch war jeder, der auf sichtbarem Posten stand, in dieser Beziehung Kummer und Elend gewöhnt, und wenn man sich gegen persönliche Verunglimpfung zur Wehr zu setzen hatte, so berief man sich wohl darauf, daß der Anstand und die politische Zweckmäßigkeit es erfordere, den persönlichen und sachlichen Kampf zu trennen. Im Parlament gab es eine ebenso oft übertretene wie geltend gemachte Regel, daß man dem Gegner keine anderen Motive unterstellen dürfe, als die er selbst angebe. Ich war unmodern genug, aus solchen Erwägungen heraus manche Hemmung im Agitationsgetriebe zu empfinden. Aber ich erkannte an, daß es Ausnahmen gebe. Das Privatleben des Gegners solle man aus dem politischen Kampf herauslassen. Bei Unehrenhaftigkeit und sonstigen persönlichen Mängeln, die das politische Verhalten des Gegners beeinflussen, wurde der Angriff auf die Person unter einer doppelten Voraussetzung zur Pflicht. Die ehrliche Überzeugung, daß der Gegner durch seine persönlichen Eigenschaften und Handlungen das Vaterland schädige oder die Reinlichkeit des öffentlichen Lebens gefährde allein genügte nicht. Politisch berechtigt war der öffentliche Angriff nur, wenn er auf hieb- und stichfestes Material gestützt mit zäher Entschlossenheit durchgeführt wurde.

Den von Helfferich erzwungenen Erzberger-Prozeß habe ich in Reden und in meinem Lebensbild Helfferichs⁹¹ als ein Musterbeispiel eines persönlichen Kampfes bezeichnet, der Pflicht und verdienstvolle politische Tat war. Sein Vorgehen lag in der Linie meiner eigenen Politik, und ich habe es nach Kräften unterstützt. Zunächst stellte ich Helfferich für seine Angriffe, mit denen er die Beleidigungsklage erzwang, unbeschränkt die »Kreuzzeitung« zur Verfügung. Das geschah im Einvernehmen mit Foertsch. Zwar lag ihm der scharfe persönliche Angriff nicht, aber er erkannte an, daß Erzberger anders nicht beizukommen war, und um des politischen Zweckes willen und im Interesse des nationalen Ansehens der Zeitung übernahm er ohne Zaudern das Risiko, daß er als verantwortlicher Redakteur für eine Beleidigung mit angefaßt oder daß die Zeitung verboten werden konnte.

Helfferich eröffnete den Kampf am 1. Juli 1919, also unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensdiktates mit einem Artikel, in dem er den Nachweis führte, daß Erzberger durch sein persönliches Verhalten im Sommer 1917 die Verlängerung und den schließlichen Verlust des Krieges verschuldet hat. Es folgte ein heftiges Zeitungsduell zwischen Helfferich und Erzberger.⁹² Als v. Graefe in der Nationalversammlung den Kampf fortführte⁹³, eröffnete Erzberger seine Entlastungsoffensive mit sensationellen Enthüllungen über die Schuld der Konservativen, Alldeutschen, Schwerindustriellen, der OHL und des Reichskanzlers Michaelis an der Zerschlagung von Frie-

⁹¹ Abgedruckt in: Karl Helfferich: Reichstagsreden 1922–1924, hrsg. von J. W. Reichert; Lebensbild des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich von Graf Westarp, Berlin 1925.

⁹² Kreuz-Ztg. Nr. 300 vom 1. 7. 1919, Nr. 304 vom 3. 7. 1919, Nr. 308 vom 5. 7. 1919, Nr. 314 vom 9. 7. 1919.

⁹³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 25. 7. 1919, S. 1917 ff.

denstmöglichkeiten.⁹⁴ Es bedurfte langwieriger Arbeit, bis sie Wort für Wort widerlegt⁹⁵ und in ihrer Wirkung entkräftet werden konnten. Zunächst rief dieser heftige Kampf, in dem Erzberger seine Geschicklichkeit in der Verschiebung des Kampffeldes und in der Verdrehung der Tatsachen voll entfaltete, Helfferich mit neuen Aufsätzen auf den Plan.⁹⁶ Der Anklage, daß Erzberger das Vaterland durch Zerstörung der Friedensmöglichkeit geschädigt habe, fügte Helfferich Vorwürfe sträflichen Eigennutzes, gewohnheitsmäßiger Unwahrhaftigkeit und eines Mangels an politischem und persönlichem Anstand hinzu. All diese Angriffe kleidete er in eine verletzendende Form, in der ausdrücklich betonten Absicht, Erzberger zu einem Beleidigungsprozeß zu zwingen, in dem er den Beweis der Wahrheit führen werde. Nur auf diesem Wege konnte der unheilvolle Mann, an dem seine Partei, die Koalition und die Regierung festhielt, aus seiner parteipolitischen und amtlichen Führerstellung entfernt werden. Daß diese Aufsätze ein einheitlicher Vorstoß waren, brachte Helfferich in der sie zusammenfassenden Broschüre zum Ausdruck. Er gab ihr als Titel die Parole »Fort mit Erzberger«, die auf dem Parteitag so lebhaft aufgenommen worden war.

Helfferichs Gegnerschaft gegen Erzberger war noch älter als die meinige. Er hatte bereits im Jahre 1904 als Kolonialreferent ihn als unzuverlässig erkannt und scharf angegriffen. Im Weltkrieg hatte er nicht nur im Ausschuß und in interfraktionellen Besprechungen heftige Kämpfe mit ihm geführt, sondern sich auch dafür eingesetzt, den Beziehungen Erzbergers zum Auswärtigen Amt ein Ende zu machen. Aus seiner langjährigen Erfahrung heraus beherrschte er das mit ungeheurem Fleiß gesammelte Material für seinen Wahrheitsbeweis und die Taktik, durch die dem vielgewandten und unwahrhaftigen Gegner beizukommen war.

Der Strafantrag konnte von uns erst kurz vor Ablauf der Frist im Oktober erzwungen werden. Der Prozeß dauerte vom 19. Januar bis 12. März 1920. Seine stenographisch aufgenommenen Verhandlungen enthalten in einem Band von 1 056 zweiseitigen Druckseiten größeren Formats⁹⁷ interessante Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges und der Revolution und zum Sittenbilde dieser Zeit. Das Ziel, Erzberger als politischen Schädling zu stürzen, verfolgte auch ich. Aber ich erweiterte das Kampfziel. Mit Erzberger machte ich die Korruption, die skrupellosen Methoden und das System der Parteiherrschaft, das seinen Taten den Boden bereitet hatte, zum Gegenstand meiner Angriffe. Die Machenschaften, denen Erzberger seine parlamentarischen Erfolge verdankte, waren mir von jeher ein Stein des Anstoßes gewesen und gleich im ersten Monat der Nationalversammlung mußte ich feststellen, daß das Übel nur noch schlimmer geworden war. Seinen ersten Sieg in dem zur Herrschaft gelangten Parlament errang er bei der Verteidigung einer seiner schlimmsten Taten, dem Vertrag, in dem er die Verlängerung des Waffenstillstandes durch Auslieferung der Handelsflotte erkaufte. Sein Kritiker, Vögler, ein angesehener industrieller Führer, der

⁹⁴ Vgl. dazu die beiden von Wolfgang Steglich bearbeiteten und herausgegebenen Publikationen: Der Friedensappell Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte, 1970, und: Die Verhandlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die päpstliche Friedensaktion von 1917. Aufzeichnungen und Vernehmungsprotokolle, Wiesbaden 1974.

⁹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 347 vom 26. 7. 1919, Nr. 350 vom 28. 7. 1919, Nr. 354 vom 30. 7. 1919.

⁹⁶ HELFFERICH, Kap. I–III.

⁹⁷ Der Erzberger-Prozeß. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im Beleidigungsprozeß des Reichsministers Erzberger gegen den Staatsminister a. D. Dr. Carl Helfferich, Berlin 1920.

eine Interpellation der Deutschen Volkspartei vertrat, erfuhr eine grimmige parlamentarische Abfuhr, die ich nicht ungerügt lassen konnte.⁹⁸

»Das Zentrum hat, wenn die Schilderungen der Zeitungen richtig sind, Angriffe des Abgeordneten Vögler gegen die Geschäftsführung Erzbergers wie ein Mann niedergeschrien, so daß die Schlußfolgerungen, die er aus seinen Darlegungen ziehen wollte, der Öffentlichkeit vorenthalten geblieben sind; ein ganzes Aufgebot von Ministern, Scheidemann, David, Gothein und Landsberg, ist dem Staatssekretär beigesprungen; der Fraktionsvorsitzende Herr Gröber hat ihm gewiß aus vollstem Herzen und langen Erfahrungen heraus, bescheinigt, das Zentrum »freue sich, in seiner Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so riesigem Fleiß für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre«. [...] Ein Sieg des Herrn Erzberger – auch ein Glück für das Land?«

Mit der gleichen Methode parlamentarischer Klopffechtere konnte er noch einmal, am 25. Juli 1919, einen seine Stellung in diesem Parlament sichernden Sturm der Entrüstung gegen die ihn angreifende Opposition entfachen, weil sie die Verlängerung des Krieges verschuldet habe. Schultz (Bromberg) hielt damals der ihm zujubelnden Mehrheit das Unsinnige ihres Gebarens vor.

Wie ungesund das System war, in dem sich der Regierungseinfluß auf die minderwertige Grundlage parlamentarischer Tageserfolge stützte, zeigte die Dickfelligkeit, die Erzberger im Besitz seiner Mehrheit Helfferichs Angriff auf seine Ehrenhaftigkeit entgegengesetzten zu können glaubte. Schon in der Erwiderung auf einen gegen mich persönlich gerichteten Angriff hatte ich gefordert⁹⁹, daß er gegen Helfferich klagen müsse. Als der Strafantrag bis Ende August ausblieb, bezeichnete ich das als einen Skandal, der nur in diesem Regierungssystem möglich sei.¹⁰⁰

Inzwischen hatte Erzbergers Unwahrhaftigkeit durch das britische Weißbuch eine neue Beleuchtung erfahren. Seine Enthüllungen über den englischen Friedensführer vom August/September 1917 war, wie Helfferich nachwies¹⁰¹, endgültig als böseste Fälschung zusammengebrochen. Die amtliche und Parteipresse aber unterschlug den Inhalt dieses Weißbuchs. Auch für seine laienhafte Leichtfertigkeit hatte er einen neuen Beweis erbracht, indem er den Gedanken in die Welt setzte, alle Wertpapiere abzustempeln, um sie für die Besteuerung aus ihren Verstecken hervorzulocken. Populär, aber als praktisch undurchführbar von Erzberger selbst fallengelassen, hatte der Vorschlag nur das Wirtschaftsleben um Hunderte von Millionen geschädigt.¹⁰²

»Sein Bild wird freilich erst vollständig, wenn man sich die Handlung vergegenwärtigt, die ihm nicht vergeben und vergessen werden kann. Das ist die erpresserische Drohung gegen seine politischen Gegner, deren Auslieferung an den Feind durch weitere Enthüllungen herbeizuführen, falls sie ihre Angriffe gegen ihn nicht einstellen würden. Das war fürwahr die edelste Blüte neuer Weimarer Menschlichkeit.«

Als der Strafantrag Erzbergers auch Anfang Oktober noch nicht vorlag, stellte ich fest¹⁰³, der Fall Erzberger wachse sich

»immer mehr, wenn eine Steigerung in dieser Beziehung überhaupt noch möglich war, zu einem offenen Skandal aus. In dem verrotteten alten System war es undenkbar, daß ein Minister Monate

⁹⁸ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 18. 2. 1919 (Vögler), S. 132, (Erzberger), S. 137.

⁹⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 532 vom 29. 7. 1919, »Erzbergers Enthüllungen«.

¹⁰⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, IP.

¹⁰¹ Kreuz-Ztg. Nr. 397 vom 23. 8. 1919.

¹⁰² Dazu wie Anm. 100.

¹⁰³ Kreuz-Ztg. Nr. 478 vom 5. 10. 1919, IP.

hindurch im Amte blieb, ohne die geringsten Anstalten zu treffen, um sich von Vorwürfen gegen seine persönliche Ehrenhaftigkeit zu reinigen, die von einem Manne der Bedeutung des Staatssekretärs Helfferich erhoben, mit tatsächlichen Angaben ernstesten Inhalts belegt sind, in der gesamten öffentlichen Meinung tiefen Eindruck hervorgerufen haben.«

Unter starkem Druck wurde der Strafantrag noch rechtzeitig gestellt, sein Amt und Mandat übte Erzberger weiter aus. In der Koalition erfuhr er heftige Angriffe von demokratischer Seite, und auch das Zentrum mußte erleben, daß Teile seiner Angehörigen und seiner Presse gegen Erzbergers Politik und Person aufsässig wurden. Trotzdem hielten die Fraktion, der Vorstand und die Mehrheit der Partei an ihm fest. Noch im Januar 1920, als der Prozeß im vollem Gange war, stellte sich der Parteitag des Zentrums ohne Rückhalt hinter die Politik und Person Erzbergers.¹⁰⁴ Ich bekundete Verständnis für die Gepflogenheit, dem Ergebnis einer schwebenden Gerichtsverhandlung nicht vorzugreifen. Die Unparteilichkeit der Gerichte sei eines der wenigen noch erhalten gebliebenen Güter und dürfe durch politische Stimmungsmache nicht in Frage gestellt werden. Dem Vorwurf, daß die Rechtspresse hiergegen verstoße, konnte ich allerdings nur als »kaum begründet« bezeichnen. Aber die Annahme, daß der Parteitag den Ausgang des Prozesses habe abwarten wollen, rechtfertigte nicht den Erzberger deckenden Beschluß.

Als der Prozeß sich seinem für Erzberger vernichtenden Ende näherte, behandelte das »Berliner Tageblatt«¹⁰⁵ den Fall Erzberger unter der Überschrift »Die Sünden des alten Regimes«. Diese Parole, die von der ganzen Linkspresse aufgenommen wurde, konnte einem oberflächlichen Urteil, wie es in der Agitation üblich war, einleuchtend erscheinen, weil zwar nicht alle, aber die meisten von Helfferich herangezogenen Tatbestände in der Kaiserzeit lagen. Meinen Widerspruch gegen diese Versuche, die Verantwortung zu verschieben, knüpfte ich an die Begründung des »Berliner Tageblattes«¹⁰⁶ an; darin hieß es, nur die pflichtwidrige Nachgiebigkeit all der Stellen des alten Systems, mit denen Erzberger zu tun hatte und die vor dem Abgeordneten anscheinend eine fürchterliche Angst gehabt hätten, habe Erzberger seinen Einfluß gesichert. Nun waren gerade wir Konservativen es gewesen, die diese Nachgiebigkeit der Regierung stets getadelt, bekämpft und sich dadurch isoliert hatten.¹⁰⁷

»Wenn gleichwohl der Einfluß des unheilvollen Mannes mehr und mehr zunahm, so lag das nicht an Fehlern des konstitutionellen Systems, sondern daran, daß man sich Schritt für Schritt von diesem System entfernte¹⁰⁸ und es durch die parlamentarische Demokratie ersetzte.«

Erzberger war ein Meister der Kunst unehrlicher Opposition, bei der ein Abgeordneter der Regierung mit angeblich der Sache entnommenen Gründen ihre Vorlagen ablehnte und Kritik entgegensetzte, um ihr in anderen Gelegenheiten seinen Willen aufzuzwingen und ihre Stellung dem Parlament gegenüber zu schwächen. Die dazu nötige Mehrheit hatten ihm im Kriegsreichstag gerade die jetzigen Regierungsparteien

¹⁰⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP; dieser Artikel auch zum folgenden.

¹⁰⁵ Berliner Tageblatt Nr. 106 vom 27. 2. 1920.

¹⁰⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

¹⁰⁷ Wie Anm. 106.

¹⁰⁸ An anderer Stelle des Artikels hieß es: »Es war die verderbliche, von uns Konservativen scharf bekämpfte Scheu vor jeglichem Konflikt, die unter dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mehr noch als zuvor den Kanzler und den Bundesrat nur zu oft verhinderten, von diesen Machtbefugnissen den gebührenden Gebrauch zu machen.«

gestellt, und zwar seit dem Frühjahr 1917 in festem Zusammenschluß zu interfraktionellen Besprechungen.¹⁰⁹

Der immer steigende illegitime Einfluß, den infolgedessen Erzberger und andere auf ähnlichen Pfaden wandelnde Abgeordnete gewannen, war bereits der Beginn der Demokratisierung und Parlamentarisierung und damit der Anfang vom Ende. Der Versuch, die Verantwortung dafür allein dem alten Regime zuzuschieben, war um so unehrlicher, als gerade das neue Regiment das Übel nur verschlimmert hatte. Es hatte den Abgeordneten zum allein maßgebenden Regierungsfaktor gemacht.

Eine Zurückhaltung gegenüber dem schwebenden Verfahren war nicht mehr möglich, seit die von allen Seiten viel besprochenen Plädoyers der Staatsanwälte die Beweisaufnahme zum Abschluß gebracht hatten. Die Vorwürfe einer Schädigung des Vaterlandes waren im Einvernehmen beider Parteien wegen der damit verbundenen politischen Streitfragen ausgeschaltet worden. Dagegen konnte ich feststellen¹¹⁰, daß Helfferich nach den unwiderlegten Ausführungen seiner amtlichen Ankläger für seine Angriffe auf das persönliche Verhalten Erzbergers den vollen Wahrheitsbeweis erbracht hatte.

»Die nachgewiesenen Vergehungen und Fehler Erzbergers machen ihn für alle Zeiten nicht nur als Minister, sondern vor allem als Parteiführer und Abgeordneten unmöglich. Dieses Urteil kann gar nicht scharf genug ausgesprochen und muß unwiderruflich vollstreckt werden. Denn es handelt sich dabei nicht allein um die Person dieses Politikers, der mit seiner haltlosen Geschäftigkeit das Elend unseres Volkes vervielfacht hat, sondern um die Frage, ob auf der Grundlage eines unbestechlichen Beamtentums und die Reinlichkeit unseres öffentlichen Lebens die Ehrlichkeit des Geschäftsverkehrs wiederhergestellt werden kann.

Nach den Überlieferungen des preußischen Beamten und der Konservativen Partei, in denen ich aufgewachsen bin und meine Lebensarbeit getan habe, wird man es vielleicht verstehen, wenn ich ausspreche, daß ich unter all den Verlusten, die uns die Revolution gebracht hat, die Zerstörung dieser Güter in erster Linie als schmerzlich empfinde. Gelingt es nicht, sie wiederherzustellen, so müssen wir jede Hoffnung auf einen Aufstieg unseres Volkes begraben. Dazu gehört, wie die Dinge sich heute entwickelt haben, ein eiserner Besen und ein Maß von Zucht und Ordnung, wie es von einem Friedrich Wilhelm I. zur Grundlage des preußischen Staates gemacht worden ist, und es gehört vor allen Dingen dazu das gute Beispiel derjenigen Kreise, die leiten und führen sollen.«

Ich bekämpfte auch andere Versuche des »Berliner Tageblatts« und »Vorwärts«, das neue System von dem Erzberger-Skandal reinzuwaschen.¹¹¹ Das »Berliner Tageblatt« behauptete, im Obrigkeitsstaat wäre eine Stellungnahme der Anklagbehörde gegen einen Minister und zugunsten eines politischen Gegners mit allen Mitteln verhindert worden. Erst im Volksstaat sei die Unabhängigkeit der Gerichte gesichert, die der Prozeß Erzberger gezeigt habe. Trotzdem hatte der »Vorwärts«¹¹² unter der Überschrift »Deutschnationale Justiz« den Staatsanwalt v. Clausewitz heftig angegriffen. Er war also nicht gewillt, sich der gepriesenen Unabhängigkeit der Strafgerichtsbehörden zu beugen. Da er den Standpunkt der allein maßgebenden Regierungspartei vertrat, war anzunehmen, daß nach der herrschenden Meinung¹¹³,

¹⁰⁹ Vgl. dazu Quellen I/I und II.

¹¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

¹¹¹ Berliner Tageblatt Nr. 116 vom 3. 3. 1920; Vorwärts Nr. 115 vom 3. 3. 1920.

¹¹² Vorwärts Nr. 119 vom 5. 3. 1920.

¹¹³ Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

»auch in der Justiz alle diejenigen Beamten zu beseitigen seien, die nicht genug Gesinnungstüchtigkeit aufbringen, um das neue System durch Dick und Dünn zu vertreten, eine Forderung, die übrigens der ›Vorwärts‹ schon wiederholt erhoben hat.«

Das Urteil¹¹⁴ bescheinigte dem Kläger Erzberger, daß gegen ihn der Wahrheitsbeweis in den drei Gruppen von Fällen erbracht war, die ich als ‚Musterbeispiel parlamentarischer Korruptionswirtschaft‘ bezeichnete. Nachgewiesen war ihm

»unzulässige Vermischung von politisch-parlamentarischen Geschäften mit eigenen Geldinteressen, bewußte Unwahrheit aus innerer Unwahrhaftigkeit heraus, mangelnder Anstand bei dem politischen Auftreten.«

Es war ein voller Sieg Helfferichs. Aber das Schicksal meinte es nicht gut mit ihm. Schon ein törichter Attentatsversuch hatte den Prozeß gestört. Am 12. März 1920 war das Urteil verkündet und am 13. begann das Kapp-Unternehmen. Zwar erhielt Erzberger in der am 27. März neu gebildeten Regierung Hermann Müller keinen Posten, aber der propagandistische Erfolg des gegen seine Person und gegen die öffentliche Korruption errungenen Sieges war zerstört. Es mußte weiter gekämpft werden.

Als Hermann Müller bei der Vorstellung der Regierung verkündete¹¹⁵, für Schieber und Wucherer sei in der demokratischen Republik kein Platz, erfüllte, wie ich feststellte¹¹⁶, lautes Gelächter bis in die Reihen des Zentrums hinein den Saal.

»Mit Schimpf und Schande mußte er das öffentliche Leben verlassen; auf dieser Grundlage konnte der Kampf gegen die politische Korruption weitergeführt werden. Der 13. März und was ihm folgte, hat über diesen jähen Sturz des unheilvollen Mannes den Schleier der Vergessenheit gezogen. [...] Der Rücktritt Erzbergers verschwindet jetzt in dem allgemeinen Rücktritt der Regierung. Das darf nicht sein!«

Gleichzeitig betonte ich das Verdienst, das sich Helfferich um die Reinlichkeit und Sauberkeit unseres öffentlichen Lebens erworben hatte. Er war wegen formaler Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe und zu den Kosten verurteilt worden. Begeisterte Anhänger regten an, ihm die Kosten durch freiwillige Beiträge zu ersetzen, und ich stellte die »Kreuzzeitung« als Sammelstelle zur Verfügung. Meines Erinnerns waren die Prozeßkosten auf eine hohe sechsstelligen Zahl angelaufen. Die Sammlung mußte aber eingestellt werden, weil Beiträge zur Deckung strafrechtlich festgesetzter Kosten nicht gesammelt werden durften und Helfferich, der in der Vermögenslage war, dieses Opfer selbst zu tragen, sie ablehnte.¹¹⁷

Im Wahlkampf haben wohl alle deutschnationalen Redner sich bemüht, die Propaganda nachzuholen, die in der Zeit der ersten sensationellen Wirkung des Erzberger-Prozesses hatte versäumt werden müssen. Übelste Korruptionserscheinungen der verschiedensten Art forderten dazu heraus, und ich habe es nach den Presseberichten über meine Reden in meinen Wahlversammlungen nicht daran fehlen lassen.¹¹⁸ Die allgemeine Korruption und die Person Erzbergers blieben auf lange eng miteinander verbundene Kampfobjekte.

Foertsch wurde wegen Beleidigung verurteilt, weil er in der »Kreuzzeitung« geschrieben hatte, die Regierung dulde Schieber und Landesverräter unter sich. Ich ver-

¹¹⁴ Abgedruckt: Erzberger-Prozeß (wie Anm. 97), S. 995–1056.

¹¹⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 29. 3. 1920, S. 4933 ff.

¹¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, 1P.

¹¹⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 155 und 157 vom 6. und 7. 4. 1920.

¹¹⁸ Siehe z. B. Generalanzeiger für Elberfeld und Barmen Nr. 46 vom 31. 1. 1920, »Graf Westarp, Aufgabe und Ausblick«; Westfälische Neueste Nachrichten Nr. 112 vom 20. 5. 1920, »Graf Westarp über die

langte volle Klarheit über den von Foertsch angetretenen Beweis allgemeiner Korruptionserscheinungen.¹¹⁹

»Ende April haben alle Parteien gemeinsam einen Antrag gestellt, nach dem die Kriegsgesellschaften nun endlich energisch abgebaut werden sollen. Den regierenden Mehrheitsparteien darf die Frage nicht erspart bleiben, warum gerade sie, die längst diesen Abbau hätten durchführen können und sollen, kurz vor den Wahlen sich zu diesem Antrag entschlossen haben.«

Aber auch das Alibi des Kabinetts, das Erzberger in seinen Reihen nicht mehr geduldet hatte, focht ich an. Dazu erinnerte ich an die unendlichen Schwierigkeiten, die Helfferich gehabt hatte, zu der gerichtlichen Feststellung der Verfehlungen Erzbergers zu gelangen. Außerdem erhob bereits ein neuer Skandal sein Haupt.

Aus den Steuerakten Erzbergers ergab sich, daß er große Einnahmen, die ihm im Prozeß nachgewiesen worden waren, hinterzogen hatte, und die Regierung weigerte sich, nachdem bereits ein Vierteljahr seit den Veröffentlichungen aus den Steuerakten vergangen war, in der Öffentlichkeit Auskunft zu geben. Erst am 4. Mai 1921 hat der Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung gegeben. Aufsätze der »Kreuzzeitung« vom 20. bis 23. Mai 1921, die in einem Sonderdruck¹²⁰ erschienen sind, geben Auskunft darüber, wie sich die Regierungstellen bemüht haben, die Verfehlungen zu vertuschen. In derselben Broschüre findet man Aufsätze über das Meineidsverfahren, das gegen Erzberger wegen seiner Aussage im Helfferich-Prozeß eröffnet worden war (26.–28. Juni 1921). Man hatte es mit der Begründung eingestellt, daß Erzberger seine ursprünglichen unwahren Aussagen, wenn auch nur unter dem Druck der geführten Gegenbeweise, noch vor dem Abschluß der Beweisaufnahme berichtigt hatte. Der Titel dieser Broschüre »Erzberger redivivus?« zeigt, daß wir uns 1921 immer noch nicht des Erfolges sicher waren, Erzberger aus dem politischen Leben zu entfernen.

Die Sorge, daß seine Unverfrorenheit und das Parteiinteresse ihm die Rückkehr ermöglichen würde, beschäftigte mich von Anfang an. Die Zentrumsparthei Württembergs hatte mit 356 gegen 27 Stimmen beschlossen, ihn zum Reichstag wieder aufzustellen, und eine klare Stellung der Parteileitung war nicht erfolgt. Außerdem sollte Erzberger gesagt haben¹²¹:

»Wenn sich jeder einzelne Politiker und Staatsmann einer solch lückenlosen Untersuchung unterziehen müßte wie er, und es würde nicht mehr zutage gefördert, als der Helfferich-Prozeß an Tatsachen bei ihm ans Licht gebracht habe, dann dürfte das deutsche Volk gottfroh sein.«

Energischer Protest war mir selbstverständlich Pflicht.

»Das ist eine bodenlose Unverfrorenheit, die mit größter Schärfe und Entrüstung zurückgewiesen werden muß. [...] Soll unser öffentliches Leben, soll unser Beamtentum von Unehrlichkeit und Unsauberkeit, von Bestechlichkeit und Schiebertum gereinigt werden, so muß an den Spitzen angefangen werden. Die Spitzen aber sind, seit der Reichstag zum alleinigen Träger der Staatsgewalt gemacht worden ist, in erster Linie die Abgeordneten. Eine Partei kann sich in der gegenwärtigen Lage an Dasein und Zukunft der Nation kaum schwerer versündigen als dadurch, daß sie sich der Aufgabe entzieht, in den eigenen Reihen auf peinlichste Sauberkeit zu halten.«

kommenden Wahlen«; Fränkische Nachrichten Nr. 121 vom 27. 5. 1920, »Graf Westarp in Erlangen«; Bayerische Landeszeitung Würzburg Nr. 121 vom 28. 5. 1920.

¹¹⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 16. 5. 1920, IP.

¹²⁰ Erzberger redivivus? Die Steuern und die Eide des Herrn Erzberger. Sonderdruck aus der Neuen Preussischen Kreuzzeitung, Berlin 1921.

¹²¹ Berliner Tageblatt Nr. 225 vom 15. 5. 1920; Kreuz-Ztg. Nr. 226 vom 16. 5. 1920, IP.

Gleichzeitig galt es, zu den Gerüchten eines Handgranaten-Anschlages auf Erzberger Stellung zu nehmen. Ein solcher Versuch sei, wenn das Gerücht sich bestätigen sollte,

»selbstverständlich schwer zu verurteilen, im Interesse der Sache aber auch lebhaft zu bedauern. Derartige Taten tragen nur dazu bei, den Anhängern Erzbergers Wasser auf ihre Mühlen zu leiten und das klare Urteil über die Aufgabe der Reinigung des öffentlichen Lebens zu trüben, die zu lösen die Parteien berufen, aber anscheinend nicht imstande sind.«

Die Rechtsopposition

Im Parlament wurde recht eigentlich der nie ganz gelöste und zu lösende Konflikt der Pflichten wirksam, in den das Verfassungsrecht der Republik deren konservativen und deutschnationalen Gegner gestellt hatte. Hier zeigte sich unmittelbar und deutlich die theoretische und noch mehr praktische Unmöglichkeit, den grundsatztreuen, auf weite Sicht eingestellten Kampf gegen das republikanische System parlamentarischer Parteiherrschaft vollkommen mit der staatsbürgerlichen Pflicht zur Erfüllung der Forderungen des Tages zu vereinbaren. Es blieb stets ein Rest logischen Widerspruches, und in der Praxis hemmte und beeinträchtigte nicht selten die Erfüllung der einen Aufgabe die der anderen. Im Grunde genommen war schon die Abgabe des Stimmzettels ein Abweichen von dem Grundsatz völliger Ablehnung der Massenherrschaft. Das steigerte sich über die Organisation und Massenagitation der Partei hinweg bis zum Eintritt ihrer Abgeordneten in das in Grund und Boden kritisierte Parlament und schließlich bis zur praktischen Mitarbeit an dessen Aufgaben. Von den meisten wurde der Gegensatz erst später klar erkannt oder doch empfunden, als die Teilnahme an einer Regierungskoalition praktisch wurde.

Die durch die Mehrheit erzwungene Stellung der parlamentarischen Oppositionspartei, in der sich die deutschnationalen Fraktionen in der Periode der Nationalversammlung befanden, erleichterte die Lösung des Pflichtenkonfliktes im Sinne des grundsätzlichen Kampfes. Trotzdem sah ich mich von vornherein genötigt, dem natürlichen Streben von Wählern und Abgeordneten nach politischer Macht und nach Erfolgen für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen bestimmte unübersteigbare Grenzen zu ziehen.¹ Vielleicht noch nicht so klar bewußt wie später habe ich damit bereits in der Periode der Nationalversammlung begonnen.

Der ersten deutschnationalen Fraktion, über deren Tatkraft und Entschlossenheit mir v. Graefe düstere Bilder entwarf², bestätigte ich, daß sie, von Mehrheitsparteien völlig ausgeschaltet, sich »in schwierigster Lage und vor wichtigsten Zukunftsaufgaben befinde«.

»Sie wird – das hoffe und wünsche ich – des Wortes eingedenk bleiben, das übrigens kein Zitat aus Weimar ist: »Wem es nicht Genuß ist, einer Minderheit anzugehören, welche die Wahrheit verfiicht und für die Wahrheit leidet, der verdient nicht zu siegen.«

Das blieb auf Jahre hinaus eine Parole meiner Reden. Es war oft nötig, sie Wählern und Abgeordneten vorzuhalten, die es nicht verstanden und tadelten, wenn es nötig war und blieb, an den Grundsätzen und Zukunftszielen um den Preis einer Minderung des wirklichen oder vermeintlichen parlamentarischen Einflusses festzuhalten.

Dabei habe ich aber vom Anfang an die Meinung vertreten, daß eine Entwicklung möglich und zu erstreben sei, die es der DNVP erlauben werde, sich durch den Ein-

¹ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

² Brief vom 7. 2. 1919.

tritt in eine Koalition an der Regierung zu beteiligen. Bei den in der Nationalversammlung gegebenen Mehrheits- und Parteiverhältnissen war der Gedanke so wenig praktisch, daß an sich kein Bedürfnis vorlag, etwaige spätere Koalitionsmöglichkeiten ausdrücklich zu betonen und näher zu erläutern. Aber die in den inneren Sitzungen von Parteien und Fraktionen und in dem äußeren Streit der Parteien vorhandene Vorliebe für politische Eventualerörterungen nötigte mich, von vornherein einen Preis festzustellen, den die DNVP keinesfalls für ihre Zulassung zur Teilnahme an der Regierung zahlen dürfe. Mit der Partei der internationalen Revolutionierung der Massen war jedes Koalitionsbündnis ausgeschlossen. Die Politik der zur Vorherrschaft gelangten SPD bestätigte mir diese Überzeugung täglich von neuem. Sie war für mich selbstverständlich und unabänderlich und ist es bis zum Ende der Sozialdemokratie geblieben. Ich konnte es nur schwer verstehen, wenn ich damit in den eigenen Reihen auf aktiven oder passiven Widerstand stieß. Meine Ablehnung jedes Bündnisses mit der Sozialdemokratie kam schon mittelbar in der am Zentrum und an der Sozialdemokratie geübten scharfen Kritik zum Ausdruck. Ich dachte auch an das eigene Lager, wenn ich dabei so scharf betonte, jede Partei, die mit der Sozialdemokratie eine Regierungsmehrheit bilde, beteilige sich an deren Verantwortung für den äußeren und inneren Zusammenbruch und komme unweigerlich unter die Herrschaft der Sozialdemokratie und des Radikalismus.³ Dabei glaubte ich in der ersten Zeit noch eine in den eigenen Kreisen allgemeine und unbedingt herrschende Auffassung zum Ausdruck zu bringen.⁴ Das erwies sich je länger desto mehr als ein Irrtum.

In der Preußen-Fraktion, die mehr mit den praktischen Verwaltungsaufgaben Preußens als mit den Fragen der Reichspolitik zu tun hatte, war der Drang, aus der Opposition zur Mitarbeit in die Regierung zu gelangen, besonders stark. Ich verfolgte Äußerungen dieser Stimmung mit ständiger Sorge. Die Neigung der Fraktion, das zum Ausdruck zu bringen, erhielt dadurch besondere Bedeutung, daß der Parteivorsitzende Hergt durch die Reden, die er als preußischer Fraktionsvorsitzender hielt, gleichzeitig die Partei festlegte. Als er dem sozialdemokratischen Finanzminister Südekum bei der Beratung des preußischen Etats im Frühjahr 1919 das Vertrauen aus sprach, kleidete ich meine Bedenken in die Form des Zweifels, ob Südekum unter dem Druck seiner Partei überhaupt zu einer gesunden Finanzpolitik in der Lage sei.⁵

Das »Ordnungsprogramm«, das Hergt am 26. September 1919 in der Landesversammlung verkündete⁶, hielt ich, wie ich an v. Heydebrand schrieb [1. Oktober], zunächst für einen Fehler. Die Rede wirke

»in Presse und Besprechung als ein Versuch, die Partei zu einem Regierungskompromiß anzubieten, wenn auch namentlich der Schluß der Rede mehr darauf hinauszulaufen scheint, daß das von ihm entwickelte Ordnungsprogramm, auf welches sich alle Parteien bis zu den Mehrheitssozialisten einigen könnten, einen Wahlauf Ruf bilden soll, zumal da er ja auch ausgesprochen zu haben scheint, daß er von der jetzigen Regierung nichts erwarte. Aus unterirdischen Quellen sind mir, scheinbar glaubhaft, Nachrichten zugegangen, daß Hergt einmal sogar in der Fraktion von Absichten gesprochen habe, sich mit Kompromißvorschlägen für eine Regierungsmehrheit anzubieten, und ferner sogar, daß er ein ähnliches Anerbieten unter der Hand Herrn Hirsch gemacht habe. Mit mir hat er über diese Dinge nicht gesprochen. Wie verkehrt ich ein solches Vorgehen halten würde, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Erstens wünsche ich jetzt überhaupt

³ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919 und Nr. 74 vom 16. 2. 1919, IP.

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919, IP.

⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 1 vom 27. 3. 1919, S. 882 ff.; Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

⁶ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 4 vom 26. 9. 1919, S. 4391 ff.

keine Teilnahme der Rechten an den Regierungsgeschäften und, wenn schon sie gar nicht zu umgehen sein sollte, doch nicht mit den Sozialdemokraten. Ich warte noch den stenographischen Bericht ab und überlege, ob und in welcher Form ich öffentlich oder privatim Einspruch erhebe.«

v. Heydebrands Antwort [7. Oktober] war noch nicht ganz so scharf ablehnend wie die Äußerungen seiner bald darauf einsetzenden Mißstimmung gegen Hergt.

»Das Hergt'sche Ordnungsprogramm halte ich, wie einmal die Dinge in der Praxis liegen, zwar sachlich für durchaus diskutabel, aber gegenüber dem parlamentarischen Parteigetriebe – welches doch notorisch auf Sachlichkeit und Objektivität pfeift – für eine Utopie; man merkt, daß der Urheber nur sachlich und objektiv denkender Beamter ohne parlamentarische Sachkenntnis ist. Das Alles schließt nicht aus, daß man sich dieser Ideen im Wahlkampfe bedient, die Hoffnung, die anderen bürgerlichen Parteien und die soz. Regierung aber dafür zu gewinnen, wird man nicht hegen und auch durch die eventuelle Bereitwilligkeit, in die Regierung einzutreten, nicht schaffen können.«

Aus dem Lande gingen uns noch lange Zeit hindurch Äußerungen der Unzufriedenheit mit der durch das Ordnungsprogramm vollzogenen Anbiederung zu. Obwohl ich keine Notiz darüber habe, nehme ich an, daß ich meine Bedenken noch vor endgültiger Stellungnahme in der übernächsten Wochenschau⁷ mit Hergt besprochen habe.

»Der Regierung der drei seit dem Juli 1917 aneinandergeketteten, nun auch äußerlich vereinigten Mehrheitsparteien hat Staatsminister Hergt am 26. v. M. den Nachweis geführt, daß sie unfähig ist, auch nur ein Ordnungsprogramm durchzuführen, das unter Zurückstellung grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten und Parteiunterschiede die für die allernächste Zeit notwendigen Maßnahmen enthält.«

Er hatte diese Unfähigkeit der Koalition damit begründet, daß sie mit ihrer Vergangenheit und mit der Verantwortung für die Revolution belastet sei. Dazu kamen andere Gründe Hergts.

»Durch die Revolution hat sie dem Volke eine Überfreiheit gebracht, die sie ihm heute nicht nehmen kann, ohne daß der Ruf erschallt: Verräter! An durchgreifenden Maßnahmen hindert sie die Belastung mit den Doktrinen des Erfurter Programms, von denen die Sozialdemokratie nicht weg kann, obwohl es auch in sozialistischen Kreisen eine große Anzahl einsichtsvoller Personen gibt, die sich heute schon davon überzeugt haben, daß man mit diesen alten Doktrinen keinen Staat aufbauen und regieren kann! Belastet ist die Mehrheitsregierung ferner mit dem Mißverhältnis, das zwischen ihr und der Exekutive besteht und mit dem Mißtrauensverhältnis zwischen ihr und der Entente. Man wird dieser Hergtschen Begründung noch hinzufügen können, daß die Furcht vor der Straße und dem Radikalismus die Sozialdemokraten und die Regierung zur Unfähigkeit verurteilt.«

Daraus ergab sich, wie ich betonte, nach den Grundsätzen republikanischer Parlamentsregierung für die DNVP die an dem Schluß der Rede erhobene Forderung,

»daß das Volk aufgerufen werden muß, bei der bevorstehenden Wahl eine anderweite Regierung und eine anderweite Mehrheit zu bilden.«

Ich erklärte es für unverständlich, daß man daraus auf der Linken ein deutschnationales Anerbieten zum Eintritt in diese Regierung herauszulesen versuche, wobei man

⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 478 vom 5. 10. 1919, IP. In der vorherigen Wochenschau (Nr. 465 vom 28. 9. 1919) hatte sich Westarp eine Stellungnahme vorbehalten, bis bessere Verhandlungsberichte vorlägen und »die politische Wirkung sich weiter übersehen« lasse.

nicht unterlasse, es sofort schroff abzulehnen. Diesem Versuch widerspreche die gesamte Presse der Rechten.

»Nach meiner Auffassung steht, das braucht eigentlich kaum ausdrücklich ausgesprochen zu werden, für die Rechte jede Beteiligung an der Regierung, in der die Sozialdemokraten sitzen und vermöge der Haltung der Demokraten und des von Herrn Erzberger geführten Zentrums den Ausschlag geben, außer jeder Frage. [...] Es ist auch Opposition, und zwar wirkungsvolle, der Regierungsmehrheit ein Programm vorzuhalten, auf welches man sich sachlich einigen könnte, ihr gleichzeitig aber die Unfähigkeit zu dessen Durchführung zu bescheinigen und ausführlich nachzuweisen.«

Die über das Ordnungsprogramm entstandene Mißstimmung deutschnationaler Kreise war mir in Pommern lebhaft entgegengehalten worden. Deshalb habe ich in einem für den pommerschen Landesparteitag bestimmten Artikel der »Pommerschen Tagespost« und in einer dort gehaltenen Rede die Kritik an der Politik der Weimarer Koalition und die Notwendigkeit der Opposition dagegen scharf betont.⁸

Bald darauf warf der Ministerpräsident Hirsch in der Landesversammlung der DNVP vor⁹,

»daß sie die positive Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes versage. Der Glaube, daß die deutschnationale Partei mit dem sogenannten Ordnungsprogramm des Staatsministers Hergt in eine Ära positiver Mitarbeit habe einlenken wollen, sei dadurch beseitigt, daß in der Partei die Elemente das Übergewicht erhalten hätten, die dieses Ordnungsprogramm ablehnten und grundsätzliche Opposition treiben wollten.«

Das Schlagwort von dem Versagen positiver Mitarbeit war nicht ungeschickt auf die Wählerinteressen und Abgeordneten berechnet, die geneigt waren, zu glauben, die DNVP könne im parlamentarischen Tageserfolg mehr erreichen, wenn sie den Kampf gegen das System aufgebe. Es hat in den inneren Auseinandersetzungen der Partei noch oft eine Rolle gespielt. Ich erwiderte Hirsch mit dem Hinweis auf den Appell¹⁰, den Hergt am Schluß der Rede an die Gesamtheit des Volkes gerichtet habe.

»Die Opposition fordert in erster Linie, daß endlich in Beachtung der Verfassung die Wahlen ausgeschrieben werden, damit das Volk, dem die Verfassung nun einmal die letzte Entscheidung überträgt, Gelegenheit erhalte, anstelle der zum Aufbau des Vaterlandes nach außen und innen unfähigen Regierungsmehrheit eine andere Mehrheit zu schaffen, in der positive Arbeit möglich ist.«

Die Gegner blieben dabei, daß Hergt mit dem Ordnungsprogramm die Teilnahme an der Regierung erstrebt habe, und ich konnte mit Genugtuung eine weitere Rede in der Landesversammlung anführen, in der er »diesem Irrtum mit erfreulicher Deutlichkeit« entgegnetrat.¹¹ Dazu trat der Entschluß der Preußen-Fraktion, ihre Opposition durch Ablehnung des Etats zu bekunden.

Handelte es sich hierbei im letzten Vierteljahr 1919 praktisch nur um den Eintritt in die gegenwärtige Regierung, also um die Weimarer Koalition als ganzes, so spitzte sich der Meinungsstreit in den Monaten bis zur Juni-Wahl 1920 auf die Frage zu, ob überhaupt ein Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratie für die DNVP möglich und von dieser zu erstreben oder anzubieten sei. Der Anstoß dazu ging von der Deutschen Volkspartei aus. Die 19 volksparteilichen Abgeordneten bildeten mit den 44 deutsch-

⁸ Pommersche Tagespost Nr. 286 vom 24. 10. 1919, »Heraus aus dem Sumpf des 9. November«.

⁹ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 5 vom 15. 11. 1919, Sp. 6500; Kreuz-Ztg. Nr. 556 vom 16. 11. 1919, IP.

¹⁰ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 7 vom 15. 12. 1919, Sp. 8109.

¹¹ Ebd. vom 15. 12. 1919, Sp. 8114; Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP.

nationalen die rechtsstehende Minderheit, der 362 Vertreter der Weimarer Koalition und des Radikalismus gegenüberstanden. Zunächst bestanden enge Beziehungen zwischen den beiden kleinen Rechtsparteien. Die Schwerindustrie hielt Verbindung mit beiden und stellte für beide je einen Kandidaten, Hugenberg und Vögler mit der Maßgabe, daß diese unter sich ausmachen sollten, wer sich von der DNVP und der DVP wählen ließ. v. Raumer, Brüninghaus, Kriege ließen sich von der DVP aufstellen, nachdem es mir trotz lebhafter Bemühungen nicht gelungen war, ihnen ein deutschnationales Mandat zu verschaffen.

Anfang 1919 tauchte der Gedanke einer Fusion auf. Von den früheren konservativen Abgeordneten des Bundes der Landwirte Vogt und Weilnböck, die von der landwirtschaftlichen Organisation Württembergs und Bayerns gewählt worden waren, liegen mir Briefe vor, in denen sie die Fusion empfehlen.¹² Kube, der damals Geschäftsführer des deutschnationalen Landesverbandes in Breslau war, teilte mir am 7. Juni mit, daß ein Teil der DVP die Fusion erstrebe, vorläufig aber dem Flügel Stresemann/Leidig unterlegen sei. Die deutschnationale Parteileitung verhandle noch mit dem rechten Flügel der Demokraten, Dr. Friedberg, über die »Schöpfung des großen Sammelpotts«, in dem es sich »für die Herren Hergt, Graef, Semmler usw. zusammen mit der liberalen Judenschaft so vorzüglich plätschern läßt«. Wie stets von aufgeregter Oppositionsstimmung beherrscht, verlangte er »schleunigstes Handeln«, um dem vorzubeugen. v. Graefe dagegen hat zeitweise – wann, kann ich mangels Notizen nicht feststellen – in Gesprächen mit Schiele und mir zu unserer Überraschung dem Fusionsgedanken eifrig das Wort geredet. Ein Brief Stresemanns zeigt, daß v. Graefe im Januar 1920 mit ihm über ein Zusammengehen korrespondiert hat.¹³ Ich selbst hatte von Anfang an Bedenken, die sich mehr darauf bezogen, ob das Ziel erreichbar als ob es erstrebenswert sei. Darüber habe ich an v. Heydebrand berichtet [13. Februar 1920]:

»Hergt drängte zeitweise sehr lebhaft auf volle Fusion mit der Deutschen Volkspartei. Stresemann denkt natürlich gar nicht daran, sondern wartet augenscheinlich darauf, daß ihm Zuzug von links und rechts zu einer neuen Mittel-Partei verhilft. Ich ließ Hergt keinen Zweifel, daß auch diese Fusion unter Umständen die Neigung konservativer Kreise, rechts draußen zu bleiben, verstärken könnte. Mit meiner vollen Zustimmung hat man sich in Weimar mit der Deutschen Volkspartei, die übrigens in Heinze einen warmen Anhänger der Fusion zum Vorsitzenden gewählt hat, eng kartelliert.«

In den Antworten auf die mir zugegangenen Anregungen empfahl ich daher enges Zusammengehen, auch wenn eine Fusion nicht erreichbar sei, und in der Öffentlichkeit hielt ich meine Zweifel über deren Möglichkeit noch mehr zurück.¹⁴ Während des ganzen Jahres 1919 herrschte dann auch gutes Einvernehmen der Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung. Im Lande vermieden die beiden Parteien im allgemeinen jede friedensstörende Agitation.

Die Hoffnung auf friedliches Nebeneinander erwies sich als zu optimistisch. Als um die Jahreswende 1919/1920 die Möglichkeit neuer Wahlen für den Reichstag näher rückte, begann jene Kampfeinstellung beider Rechtsparteien, die im Laufe der Jahre schärfer und schärfer wurde. Der erste Zwist entbrannte an der Frage der Regierungsbeteiligung, und diese blieb auf die Dauer eine seiner Ursachen. Für den Geist, in dem

¹² Briefe vom 26. 1. 1919.

¹³ Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. Henry Bernhard, Bd. 1: Vom Ruhrkrieg bis London, Berlin 1932, S. 17.

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 51 vom 2. 2. 1919, IP.

Stresemann die von ihm gegründete Partei führte, war seine politische Vergangenheit bedeutsam. Zu dem rechten Flügel der Nationalliberalen, die ihm für die erste Gründung zur Verfügung standen, gehörten die meisten der im Zentralverband Deutscher Industrieller vereinigten Schwerindustriellen, während Stresemann als Syndikus dem Bunde der Industriellen nahe gestanden hatte, der die Fertigwaren-Industrie vertrat. In diesem überwogen parteimäßig eine linksliberale und demokratische Richtung, der auch Stresemann persönlich mehr zuneigte. Dazu kam aber nun die Aufgabe, seine neue Partei zu festigen. Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom 19. Oktober 1919, durch den die DVP den Gedanken einer Vereinigung mit der DNVP endgültig ablehnte, behandelte ich um des weiteren guten Einvernehmens willen ohne Kritik.¹⁵

»Es ist also eine unabänderliche Tatsache, mit der jeder Politiker rechnen muß, daß dieser Gedanke endgültig erledigt ist. Wenn sie noch in manchen rechtsstehenden Kreisen bedauert werden sollte, so kann ich mich dem nicht anschließen, glaube vielmehr, daß neben derjenigen Partei, die am meisten rechts steht und in der deshalb auch die alte konservative Richtung sich betätigt, Raum und Betätigungsmöglichkeit für eine auf nationalem Boden stehende Mittelpartei durchaus gegeben ist. Der an die Sozialdemokratie geschmiedeten demokratischen Partei mit ihren pazifistisch und international gerichteten Tendenzen kann die Rolle der Mittelpartei nicht zugestanden werden.«

Als liberale Mittelpartei versprach sich die DVP bei Regierungsbildungen Einfluß auf beiden Seiten, und mit dieser Aussicht konnte sie von beiden Seiten Wähler gewinnen. Diesen Gesichtspunkten entsprach die Agitation, die Stresemann gegen die DNVP oder doch deren »radikalen Flügel« führte. Als er sie durch eine Rede eröffnet haben sollte, die ich nicht mehr ermitteln kann, sprach ich den Zweifel aus, ob es zweckmäßig und notwendig gewesen sei, Gegensätze und Verschiedenheiten der beiden rechts von der herrschenden Mehrheit stehenden Parteien so scharf zu betonen, wie Stresemann es in Erwiderung einer Rede v. Graefes getan habe.¹⁶ Dabei hatte er es als Aufgabe der von ihm geführten Mittelpartei bezeichnet, sich selbständig zu halten, um den Kern zukünftiger Regierungskoalitionen bilden zu können.

»Er will darum »auch die übrigen Parteien mit dem Geist nationalen Denkens und des Bekenntnisses zur Autorität im Staatsleben und zur Ordnung in der Wirtschaft durchdringen« und zu diesem Zwecke die Brücke zu den anderen Parteien nicht abbrechen; »ja, man darf« – fährt er fort – »auch nicht von dem Gedanken zurückschrecken, einmal im neuen Deutschland mit Sozialdemokraten, die sich auf den Boden eines ordnungsmäßigen Wiederaufbaus stellen, in einem Kabinett zusammenzusitzen.«

Die Erklärung selbständig zu bleiben, eine liberale Mittelpartei zwischen Demokratie und der Rechten bilden zu wollen, nahm ich ohne Kritik zur Kenntnis. Auch stimmte ich der Auffassung zu, daß eine rechtsgerichtete Regierungsmehrheit auf absehbare Zeit nicht ohne Koalition zu erreichen sei; gerade deshalb wünschte ich ein enges Zusammenwirken der beiden Parteien, die zur Zeit rechts der Mehrheit in der Opposition standen. Was mich auf den Plan rief, war die Ankündigung, daß Stresemann im Gegensatz zu uns bereit sei, das Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratie in Erwägung zu ziehen. Um von vornherein anzudeuten, daß er mit dieser Äußerung lediglich gegen uns agitieren wolle, betonte ich¹⁷, die Frage sei zur Zeit nicht praktisch und nur seine Ausführungen zwängen mich zu kurzer Stellungnahme.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP.

¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP.

¹⁷ Wie Anm. 16.

Um Klarheit über die staatsrechtliche Seite der Frage zu schaffen, ging ich von dem Grundgedanken des parlamentarischen Regierungssystems aus, das nach englischem Vorbild Parteien und Parteigruppen voraussetze, die durch grundlegende Gegensätze voneinander abgegrenzt sich in Regierung und Opposition gegenüberstehen und einander ablösen.

»Bei dieser Regierungsform kann die Politik höchstens in den Zeiten der äußersten Not und Krisis auf ein Zusammengehen aller Richtungen abgestellt werden. Für den Alltag, der jetzt auf lange hinaus bei uns herrscht, wird und muß bei dieser Regierungsform stets der Gegensatz und Kampf um die Macht einer Mehrheit und einer Minderheit vorherrschend sein. Dieser Gegensatz wird sich um große und im wesentlichen unverrückbare Grenzlinien aufzubauen haben. Ob man ihn durch die von Herrn Stresemann abgelehnte Parole ›des Kampfes der nationalen gegen die nicht-nationalen Elemente in Deutschland‹ kennzeichnen will, ist eine Frage für sich. Es kommt weniger auf den Namen als auf die Sache an. Wenn Herr Dr. Stresemann die Parteien, die zusammenhalten müssen, wie mir scheint zutreffend als diejenigen ›des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Bekämpfung kosmopolitischer Gesinnung‹ bezeichnet, so vermag ich nach allen bisherigen Erfahrungen die Mehrheitssozialdemokratie nicht als koalitionsfähig in diesem Sinne anzusehen. Daran hindert sie ihr Erfurter Programm und ihr Internationalismus, ihre Bindung an jahrzehntelange Verheißungen und Aufhetzungen, ihre revolutionäre Mitarbeit an der Errichtung der Republik.«

Die Linie verlaufe nicht diesseits der Unabhängigen, sondern der Mehrheitssozialdemokraten. Bei dem Überschreiten dieser Linie sei v. Bethmann gescheitert, und den Nationalliberalen sei es nicht gelungen, durch ihre Teilnahme an der Regierungskoalition Prinz Max von Baden »Schlimmeres zu verhüten«. Das war eine nur für Stresemann bestimmte und verständliche Anspielung auf ein Gespräch, in dem er mir unmittelbar vor dem Eintritt Dr. Friedbergs in das Preußische Staatsministerium mitgeteilt hatte, sie würden mit uns in der Opposition bleiben.¹⁸

»Wer sich mit der Sozialdemokratie zusammensetzt, ist noch stets zum Unheil des Landes unter ihre Herrschaft gelangt.«

Die Vorherrschaft der SPD beruhe ja auch nicht allein auf der Zahl ihrer Mandate.¹⁹

»Ein wesentlicher Machtfaktor für sie ist im Kriege und in der ganzen verflochtenen Periode die Drohung mit der StraÙe, mit dem Generalstreik, mit dem Anschluß an die links von ihnen stehenden und sie selbst dauernd unter Druck haltenden radikalen Elemente.«

Wie bei vielen ähnlichen Anlässen fügte ich auch hier den Gründen der Tagespolitik die Rücksicht auf die Zukunft hinzu.²⁰

»Für den, der Politik auf weite Sicht treibt, kommt es darauf an, den Gegensatz zum Erfurter Programm und zur Internationale, zum Sozialismus, zur Demokratie und zum Internationalismus der sozialdemokratischen Partei nicht verwischen zu lassen, weil unser Volk nur genesen kann, wenn es einsieht, wie System und Politik der sozialdemokratischen Partei zusammengebrochen sind und zum Unheil führen.«

Stresemanns Vorstoß blieb nicht ohne Wirkung auf meine Gegner in der DNVP. In der Erklärung, in der die drei früheren Freikonservativen ihren Übertritt von der DNVP zur DVP begründeten, bejahten sie die von Stresemann ausgesprochene, von mir abgelehnte Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Ich erwiderte auch ihnen, daß diese Frage zur Zeit keine praktische Bedeutung habe. Des-

¹⁸ Vgl. auch WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 14.

¹⁹ Kreuz-Ztg, Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP.

²⁰ Wie Anm. 16.

halb könnten Meinungsverschiedenheiten im gegenwärtigen kritischen Augenblick keinen ausreichenden Anlaß zu einer Zersplitterung geben.²¹

Westarp betonte, auch für Kardorff und seine Freunde sei Voraussetzung einer Koalition mit den »Mehrheitssozialisten«, daß »diese sich streng auf verfassungsmäßigen Bahnen bewegen und zugunsten einer Volksversöhnung von ihrer Machtstellung mit Mäßigung Gebrauch machen«. Er bezweifelte, daß diese Voraussetzung jemals erfüllt werde,

»es müßte denn sein, daß ›Sozialdemokratie‹ in Zukunft etwas ganz anderes ist als die an das Erfurter Programm und an Jahrzehnte des einseitigsten und verhetzendsten Klassenkampfes gebundene, die Diktatur des Proletariats ausdrücklich erstrebende Partei.«

Bald darauf trug Stresemann die Streitfrage in den Wahlkampf des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg (später Potsdam II), in dem wir beide gegen einander kandidierten.²² In einer Wahlversammlung betonte er nochmals die Bereitwilligkeit,

»nach den Wahlen in eine Koalition mit einer die Staatsnotwendigkeiten und die organische Entwicklung anerkennenden Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, den ich in der ›Kreuzzeitung‹ eingenommen habe, daß jede Verbindung mit den Mehrheitssozialdemokraten grundsätzlich abzulehnen sei.«

Die volksparteilichen Redner, die mir in meinen Versammlungen entgegentraten, nahmen die gegen mich ausgegebene Parole auf. In meinen Erwidern bestritt ich, daß ich eine »grundsätzliche« Ablehnung ausgesprochen hätte. Das sei »weder in meinen Wahlreden noch anderswo seit der Revolution geschehen, auch nicht in der Wochenschau vom 18. Januar 1920«.²³

Nun wurde mit dem Wort »grundsätzlich« im parlamentarischen Leben viel Mißbrauch getrieben; meist herrschte ein wohlthätiges Dunkel über den Sinn, in dem es gebraucht wurde. Wenn der Parlaments- oder Wahlredner die »Grundsätzlichkeit« eines Standpunktes betonte, so diente ihm das nicht selten als Alibi für ein davon abweichendes Handeln. Ließ man dem Wort seinen Sinn, so war und blieb meine Ablehnung eines Regierungsbündnisses mit den Sozialdemokraten in der Tat eine grundsätzliche, keine Ausnahme zulassende. Generalleutnant v. Reuter, der als ehemaliger Zaberner Regimentskommandeur von mir geschätzt, später dem Vorstand der Konservativen Partei beitrug und ein aufrechter Konservativer war, erhob brieflich dagegen Einspruch [11. Mai 1920], daß ich das in Abrede stellte. Den von ihm sehr zutreffend dargelegten Gründen unseres ablehnenden Standpunktes fügte er hinzu, mein Artikel bereite ihm ernste Sorge, daß die DNVP ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie überhaupt für möglich halte. Darauf teilte ich ihm die Gründe mit, aus denen ich die von ihm mit Recht beanstandete Äußerung getan habe.²⁴

»Daß ich in der Wochenschau auseinandergesetzt habe, ich hätte eine ›grundsätzliche‹ Ablehnung der Koalitionsmöglichkeit mit den Sozialdemokraten nicht ausgesprochen, beruht einmal auf der Unsicherheit über das, was die Partei tun wird, und ist im übrigen und zwar in erster Linie ein taktischer Schachzug, durch den ich verhindern wollte, daß Stresemann bei der Wahl allzu viel schwankende Gemüter in sein Lager hinüberzieht. Die Freiheit des Entschlusses, was zu tun ist, falls es wirklich zu einer für mich unerträglichen Koalitionsneigung der Deutschnationalen kommen sollte, die ich übrigens noch keineswegs für sicher, sondern sogar für unwahrscheinlich halte, habe ich mir nach allen Seiten vollkommen gewahrt. Die etwaigen Gegensätze öffentlich auszutra-

²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 180 vom 19. 4. 1920, (Austrittserklärung von Arendt, v. Dewitz u. v. Kardorff).

²² Dazu Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP.

²³ Wie Anm. 22.

²⁴ Brief vom 17. 5. 1920. Andere Teile des Briefs bei THIMME, S. 182, Anm. 15.

gen, ehe sie praktisch werden und solange der Wahlkampf dauert, schien mir um der Stoßkraft der Rechten willen nicht angebracht.«

Nach der Anpassung meines Urteils über das Kapp-Unternehmen an den Partei-standpunkt²⁵ handelte es sich also um ein weiteres taktisches Manöver, bei dem ich meine Auffassung im Hinblick auf die herannahende Wahl zurückstellte, um öffentlichen Streit in der Partei zu vermeiden und die Wahlaussichten der Partei und meiner Person zu fördern. Mein Mandatsinteresse war nicht, wie im Parteileben der politische Freund oft kaum minder als Gegner anzunehmen geneigt war, ein rein egoistisches; nachdem ich die Kandidatur einmal angenommen hatte, war es Pflicht und ein sich von selbst einstellendes Streben, alles zu tun, was geeignet erschien, sie zum Erfolge zu führen. Als einen Ruhmestitel betrachtete ich diese und spätere ähnliche taktische Abweichungen von dem als richtig erkannten Standpunkt nicht, wohl aber als Beispiele, die zeigen, zu welchen von mir stets schwer empfundenen Entschlüssen man gedrängt wurde, wenn man im System der Parteiherrschaft und Massenwahl seine politische Arbeit zu tun und taktische Rücksichten zu wahren hatte.

In der Sache hielt ich in meinen Auseinandersetzungen mit Stresemann und seinen volksparteilichen Versammlungsrednern meine Ablehnung aufrecht. Ich bestritt, daß es zweckmäßig sei, die ganze Frage jetzt aufzurollen. Dazu diente mir die Schilderung des Wirrwarrs, der im Zentrum und in der Demokratischen Partei entstand.²⁶

»Ob sich aus diesem Chaos eine Scheidung zweier großer Gruppen rechts und links ergeben wird, wie man sie als Grundlage der parlamentarischen Regierungsweise anzusehen pflegt, ob diese Scheidung auch die Bevölkerung des Zentrums ergreifen und zu einem beträchtlichen Teile endgültig in das Lager der Rechten führen wird, läßt sich noch in keiner Weise übersehen. In allen Parteien und in den Wählermassen liegen die Verhältnisse so unklar, daß es überhaupt kaum möglich ist, über die zukünftige Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage mit einiger Wahrscheinlichkeit irgend etwas vorherzusagen.«

Nur der in unserem Wahlkreise gegen mich gerichtete Angriff zwingt mich Stellung zu nehmen. Selbst vom Standpunkt des Herrn Stresemann aus sei es ein taktischer Fehler, schon jetzt vor der Wahl zu erklären, daß man zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie bereit sei.

»Auch Herr Stresemann will die Koalition mit den Sozialdemokraten nicht bedingungslos. In parlamentarischen Verhandlungen kann aber nur derjenige Forderungen durchsetzen, der auch gewillt und in der Lage ist, sich unter Umständen von dem ganzen Geschäft fernzuhalten oder zurückzuziehen und bei dem der Verhandlungspartner ernstlich mit dieser Möglichkeit rechnet. Das vorzeitige Anerbieten, sich an der Koalition mit den Sozialdemokraten zu beteiligen, ist nur geeignet, diese Position zu schwächen.«

Das war um so mehr der Fall, als die Sozialdemokraten sich gänzlich abgeneigt zeigten. Sie hatten schon auf der Reichskonferenz²⁷ jede Ausdehnung der Koalition nach rechts hin abgelehnt. Auseinandersetzungen nach dem Austritt der drei Freikonservativen hatte der »Vorwärts« mit einer schroffen Bemerkung begleitet.

»Die Rechtsparteien scheinen komischerweise nichts anderes zu tun zu haben, als sich über die Frage eines etwaigen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zu unterhalten. Die ganze Debatte wirkt ein wenig komisch, denn die Sozialdemokratie wünscht bekanntlich, sich mit diesen Herrschaften nicht zu koalieren, sondern sie aus dem Reichstage hinauszuerwerfen.«

²⁵ Vgl. Kap. II/2.

²⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, II.

²⁷ SCHULTHESS 1920/I, S. 129.

Aber auch für das Verhältnis der Rechtsparteien untereinander sei die von Stresemann herbeigeführte vorzeitige Erörterung einer Koalitionsfrage, die erst nach der Wahl praktisch werde, ein Fehler.²⁸ Den Schluß dieser Auseinandersetzung bildet eine nochmalige ernste, man kann wohl sagen »grundsätzliche« Warnung. Die Deutsche Volkspartei erklärte, sie werde auch als Mitglied einer Regierungsmehrheit, in der die Sozialdemokraten sitzen, den Kampf gegen das sozialdemokratische Programm und seinen Einfluß auf die Wähler fortsetzen.

»Dasselbe haben Zentrum und Demokratie auch erklärt. Unter allen Umständen bedeutet die Koalition mit einer gegnerischen Partei ein Opfer an Überzeugungen, an Grundsätzen, an Schärfe und Wirksamkeit der grundsätzlichen Bekämpfung.«

Es komme im einzelnen Falle darauf an, ob die Vorteile der Beteiligung an der Regierung dieses Opfer aufwiegen und dabei seien nicht »allein die Aufgaben und Forderungen des Tages in Rechnung zu stellen«.

»Wer die Geschichte kennt, weiß, daß Grundsätze, deren Reinheit in ungebrochener Linie auch gegen den Strom aufrechterhalten wird, sich unter Umständen auf sehr weite Sicht hin durchsetzen. Die Abkehr der Massen von den Irrlehren des Erfurter Programms und des Sozialismus und Kommunismus, von dem marxistischen Klassenkampfe, von der republikanischen Demokratie und von der internationalen Interessen-Solidarität des Proletariats ist ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn auf sehr lange Zeit hinaus der Widerstand dagegen in ungebrochener Linie, sei es auch zunächst nur von einer Minderheit durchgekämpft wird.«

Die Wahl vom 6. Juni 1920 brachte einen starken Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Mit mathematischer Sicherheit läßt sich nicht feststellen, welchen Anteil daran Stresemanns Taktik gehabt hat, der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Ablehnung gemeinsamer Arbeit zuzuschieben. Den endgültigen Zusammenbruch der Sozialdemokratie hat, daran zweifle ich nicht, meine grundsätzliche und kompromißlose Ablehnung des Bündnisses mit ihr wirksam vorbereitet. Ich hatte unmittelbar nach der Wahl in den ersten Verhandlungen diesen Standpunkt in der neuen Fraktion zu vertreten und habe daran bis zum Ende meiner parlamentarischen Laufbahn festgehalten.

²⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 215 vom 9. 5. 1920, IP: »Vielleicht ist es für die Deutsche und die Deutschnationale Volkspartei in dem jetzigen Wahlkampf die Aufgabe, der bisherigen Regierungsmehrheit und namentlich den Sozialdemokraten Abbruch zu tun, wichtiger als der Versuch, sich gegenseitig Stimmen abzujagen.«

Königtum und Kaisertum

Der monarchische Gedanke – das heißt das Bekenntnis zum preußischen Königtum und deutschen Kaisertum der Hohenzollern – hatte an erster Stelle die von der Konservativen Partei und mir im Kaiserreich geführte Politik bestimmt. Ihn immer wieder grundsätzlich zu vertreten und zur Richtschnur der einzelnen politischen Entscheidungen zu machen, war uns bis in die letzten Tage des Kaiserreiches hinein selbstverständliche Pflicht gewesen, obwohl wir schon damals oft erfahren mußten, daß wir eine starke Strömung der öffentlichen Meinung gegen uns hatten.¹

Der Krieg konnte uns nur darin bestärken, an unserem monarchischen Bekenntnis festzuhalten. Denn die Treue zum Obersten Kriegsherrn und zur monarchischen Führung waren Kraftquellen, auf die Deutschland nicht verzichten durfte, wenn es sich gegen die Übermacht seiner Feinde behaupten wollte. Je schärfer die Gefahren für den Bestand der Monarchie hervortraten, um so ernster nahmen wir die Pflicht, ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Die letzte konservative Reichstagsrede, die v. Graefe am 26. Oktober 1918 hielt, die Kundgebung des Herrenhauses mit der Rede des Grafen Yorck aus den gleichen Tagen² bedeuteten zu einer Zeit, als Masse und Mehrheit bereits entschlossen waren, auf Geheiß Wilsons den Kaiser zu stürzen, Höhepunkte dieses unseres Kampfes.³

Die Novemberereignisse und ihre Folgen konnten uns an unserem konservativ preußischen Monarchismus nicht irre machen; mich bestärkten sie vielmehr in meinen grundsätzlichen Auffassungen und in dem Entschluß, diese unbeirrt den geänderten Machtverhältnissen zum Trotz zu vertreten. Die Art und die Begründung der Vertretung freilich mußte neu gestaltet werden. Denn die revolutionäre Massensuggestion hatte zahlreiche ehemalige Monarchisten, so das Zentrum und die Demokraten, vollständig in ihren Bann gezogen und der sachlichen Gegnerschaft wie dem Haß gegen die Hohenzollernmonarchie eine ganz andere Stoßkraft verliehen. Aber auch weit bis in die Reihen der an dem monarchischen Gedanken festhaltenden Kreise hinein hatte sie ihre Wirkung ausgeübt, Zweifel erregt und das Bedürfnis entstehen lassen, den Monarchismus von Grund auf neu aufzubauen. Daraus entstanden fortgesetzte Meinungskämpfe auch innerhalb der Rechtsparteien, denen ich angehörte. Sie bezogen sich auf das monarchische Prinzip als solches, auf Inhalt und Art seiner Begründung, besonders aber auf das aufzustellende Zukunftsziel und die Taktik seiner Vertretung. So wurde ich dauernd zur Nachprüfung meiner Stellungnahme genötigt, die mich freilich nicht zu grundsätzlicher Änderung, sondern nur zu vertiefendem und ergänzendem Ausbau dessen veranlassen konnte, was ich bisher vertreten hatte.

¹ WESTARP I, S. 353–358 (Rede im Zirkus Busch).

² Abgedruckt bei WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 104 f., Auszug: WESTARP II, S. 663.

³ Ebd., S. 662 ff.

Wie vor dem Kriege betrachtete und behandelte ich das monarchische Prinzip nicht als eine allgemeine Grundregel von kosmopolitischer Bedeutung.⁴ Als preußischer Konservativer leitete ich die Grundsätze für das politische Denken und Handeln aus dem Wesen und der Geschichte der eigenen preußischen und deutschen Volks- und Staatspersönlichkeit ab. Preußisch-deutsche Erwägungen waren es, mit denen ich die Forderung der Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie begründete und inhaltlich bestimmte.

In den Vordergrund der Werbung stellte ich die Pflicht, dem Kaiser, dem Hohenzollernhaus, der Überlieferung des preußischen Staates und des Deutschen Reiches die Treue zu halten. Dazu führte ich die Gefühle persönlicher Anhänglichkeit und die eingewurzelten und liebgewordenen Erinnerungen an eigenes Erleben und an die Geschichte Preußens ins Feld. Um den Appell an Pflicht und Gefühl zu verstärken, suchte ich das Gewissen für den auf Geheiß der Feinde am Kaiser und an der Monarchie begangenen Verrat zu schärfen. Ich schloß meine Ausführungen oft mit dem Bundeslied der Aufrechten.⁵

Der rationalistische Zug der Zeit und die gehässige antimonarchische Agitation zwangen dazu, daneben der verstandesmäßigen Begründung des Monarchismus einen breiten Raum zu gewähren. Dazu diente der Vergleich zwischen den Ergebnissen der revolutionären und republikanisch-parlamentarischen Staatsführung und denjenigen des Kaiserreiches. Wenn beispielsweise bis weit in die Rechtskreise hinein, besonders häufig auch von Stresemann, geltend gemacht wurde, daß die Auslese der führenden Männer, insbesondere der auswärtigen Vertreter, unter dem persönlichen Regiment des Kaisers eine schlechte und unvollkommene gewesen sei, so lag es nahe genug, zu erwidern, daß sie unter der Parteiherrschaft mit ihrer Futterkrippenwirtschaft nicht besser geworden sei. Der Vergleich war agitatorisch wirksam, führte aber zu der Gefahr einer Verdunklung jener Auffassung der Vorkriegszeit, die, wie Rathenau tadelnd feststellt⁶, mit dem Sinne des monarchischen Gefühles »nicht den Begriff des kleineren Übels, sondern eine schlechthin sittliche Forderung verband«. Um so klarer mußte der preußische Monarchist darauf bestehen, daß das Königtum und Kaisertum der Hohenzollern nicht nur das »kleinere Übel«, sondern für Preußen und Deutschland ebenso unbedingt wie eine sittliche Forderung, so auch eine staatspolitische Notwendigkeit sei.

Aus der geographisch bedingten und geschichtlich gewordenen außenpolitischen Lage Preußens und Deutschlands und aus der inneren deutschen Zwietracht ergeben sich die besonderen Aufgaben der deutschen Staatsführung, denen die Begründung und der Maßstab der monarchischen Forderung zu entnehmen war. Wie kein anderes Land war Deutschland seit Jahrhunderten ständiger Bedrohung ausgesetzt. Es war das Land der Mitte Europas mit ungeschützten Grenzen, abgeschnitten vom Weltmeer, die jüngste der Großmächte, die sich erst ihren Platz in der Welt erkämpfte, von feindlichen Nachbarn eingekreist. Nur die starke Monarchie der Hohenzollern hatte in immer erneutem Daseinskampf diese Gefahren zu überwinden vermocht und zuerst der norddeutschen Tiefebene, dann dem deutschen Kaiserreich gegen den Widerstand al-

⁴ WESTARP I, S. 354 ff.

⁵ Siehe oben, Kap. I/6.

⁶ Walther Rathenau: Der Kaiser. Eine Betrachtung, Berlin 1919, S. 7.

ler Feinde die Einigkeit, die staatliche Macht und die Weltgeltung erkämpft, die der Kraft und dem Lebenswillen des deutschen Volkes entsprach. Jetzt hatten Weltkrieg und Vernichtungsdiktat in nur zu furchtbarer Deutlichkeit gezeigt, wie berechtigt die Mahnung Friedrichs des Großen an sein Preußen gewesen war, toujours en vedette zu stehen.

Zu gleichem Ergebnis führte der Blick auf die »deutsche Zwietracht«. Fehler und Vorzüge der Völker wie der einzelnen Menschen entspringen oft der gleichen Charaktereigenschaft. Die Stärke und vielseitige Begabung der Deutschen befähigt sie auf allen Gebieten menschlicher Arbeit zu hervorragenden Leistungen und verführt sie gleichzeitig zur Eigenbrötelei, zu innerer Uneinigkeit und zum Kampfe gegen den eigenen Volksgenossen, während der Feind vor den Toren steht. Vielleicht war und ist die Neigung zur Auflehnung, zur Uneinigkeit und zu innerem Streit im deutschen Volk gar nicht größer als in anderen Völkern. Daß man sich trotzdem daran gewöhnt hat, die deutsche Zwietracht für alles Elend der deutschen Geschichte verantwortlich zu machen, ist kein Wunder und nicht unberechtigt, weil sie gerade für Deutschland so oft besonders gefährlich geworden ist. Nach den durch sie verschuldeten Katastrophen des Dreißigjährigen Krieges und der Napoleonischen Kriege hat die Führung der Hohenzollern in langer und mühseliger Arbeit und treuer Pflichterfüllung die andere Seite des deutschen Charakters zu voller Entfaltung und Wirkung gebracht, die Neigung und Fähigkeit der Mannentreue zu dem angestammten Führer und der pflichtbewußten Unterordnung unter ihn im Dienste des Vaterlandes und im Interesse nationaler Freiheit und Ehre. Der Gegensatz der Stämme und Dynastien und der Streit der Konfessionen waren durch Preußens Könige ihrer Gefahr im wesentlichen entkleidet worden. Als dann im Weltkrieg die alte Gefahr von außen zu neuer gewaltigster Höhe anstieg und endgültig hätte überwunden werden sollen, hatte das Anwachsen der demokratischen Massen- und Parteiherrschaft die monarchische Führung bereits ihrer Kraft beraubt. Damit war der Damm gebrochen. Die deutsche Zwietracht, die in der neuen Form des Kampfes der Parteien und Klassen ihr Haupt erhoben hatte, zerriß das Band der durch Preußens Könige und den deutschen Kaiser geschaffenen und verbürgten Einheit. Klarer ist wohl niemals die alte Lehre der Geschichte erhärtet worden, daß die Macht und Stellung der Staaten nur mit denselben Mitteln erhalten und ausgebaut werden kann, mit denen sie geschaffen worden ist. Auf die monarchische Führung Preußens mußte Deutschland zurückgreifen, wenn es das Verlorene wiedergewinnen wollte.

So standen für mich das Ziel des Befreiungskampfes und der Rückkehr zur Monarchie in unlösbarer Verbindung miteinander. Um das eine wie das andere zu erreichen, mußten die gleichen Volkskräfte zu neuem Leben erweckt werden, zu denen der preußische Staat und seine Monarchen das Volk der norddeutschen Tiefebene erzogen hatten: der Geist der Pflicht und Opferwilligkeit im Dienst des Staates; Disziplin, Zucht und Ordnung in Haus und Schule, Beruf und Staat; realpolitischer Sinn; mutiger und ausdauernder Kampfeswille. Wie die Niederlage und der Umsturz nicht dadurch verschuldet waren, daß Deutschland der Führung der Hohenzollern gefolgt war, sondern daß es sie preisgegeben hatte, so würde es Freiheit und Ansehen nur zurückerobern und neu behaupten können, wenn es den unter dem Druck der Feinde zerrissenen Fäden wieder aufnahm. Wenn ich gefragt wurde, wie ich mir denn in Zukunft die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie denke, so pflegte ich in vertrautem Kreise zu antworten, daß ein siegreicher Befreiungskrieg den Weg dazu werde eröffnen müssen. Ich bin auch nicht davor zurückgeschreckt, ähnliches öffent-

lich auszusprechen. Ich erinnerte an die Worte, mit denen Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen sein im Konflikt der sechziger Jahre verfolgtes Ziel umschreibt.⁷

»Es kam darauf an, den König von Preußen, bewußt oder unbewußt, und damit das preußische Heer für den Dienst der nationalen Sache zu gewinnen, mochte man vom borussischen Standpunkte die Führung Preußens oder auf dem nationalen die Einigung Deutschlands als die Hauptsache betrachten; beide Ziele deckten einander.«

In Annäherung an diesen Gedankengang ging ich davon aus, es komme nicht darauf an, ob man bei der Forderung, die Kraft der Hohenzollernmonarchie für die äußere Befreiung einzusetzen, das monarchische Prinzip oder den Gedanken der Befreiung in den Vordergrund stellte. Beides deckte sich miteinander.

Mehr noch als bei der Begründung des monarchischen Bekenntnisses schieden sich die Geister innerhalb der Rechtsparteien bei der Erörterung der Schlußfolgerungen, die sich daraus für das politische Zukunftsziel ergaben. Dabei handelte es sich vornehmlich um den Unterschied der Meinungen, ob eine tatsächlich führende oder eine nur repräsentative Monarchie zu erstreben und zu fordern sei. Damals begnügte sich ein großer Teil der Monarchisten bis weit in die Kreise der DNVP hinein mit dem Gedanken, daß die Würde des Reiches, die Einigkeit der Nation und die Überlieferung ihrer Geschichte wieder durch die Persönlichkeit eines Kaisers verkörpert und zum Ausdruck kommen solle. Als Vorbild betrachtete man den König von England und Kaiser von Indien, der lediglich die repräsentative Aufgabe habe, Träger und Mittelpunkt des überlieferten Zeremoniells und gewisser formeller Befugnisse zu sein, durch die er zum Symbol der Größe und Würde seines Staates und der Einheit des Weltreiches wird. Man machte geltend, daß ein tüchtiger Monarch in dieser Stellung bei der Elastizität der englischen Verfassungsverhältnisse durch seine Persönlichkeit einen starken Einfluß auch auf die sachliche Politik ausüben könne, während Parlament und Regierung in der Lage seien, das persönliche Regiment eines ungeeigneten Herrschers auszuschalten. Ja, man pries es als einen Vorteil für die Monarchie, daß der König formell nicht zur Führung der Geschäfte verpflichtet und befugt sei; denn dadurch werde er dem Streit der Parteien und der Kritik entzogen, so daß die Liebe, Achtung und Verehrung des Volkes sich um so ungehemmter seiner Person und der Monarchie zuwenden könne. In zahlreichen Reden und programmatischen Kundgebungen jener Zeit findet man Versuche, bei dem Eintreten für den monarchischen Gedanken allein diese Gedankengänge zum Ausdruck zu bringen. Die »Zeichen der Zeit«, mit anderen Worten die Alleinherrschaft des parlamentarisch-demokratischen Dogmas, der Zusammenbruch des Kaiserreiches und in Verbindung damit die gehässige Agitation gegen den »Obrigkeitsstaat« und das »persönliche Regiment«, hatten bei vielen, obwohl sie sich noch zur Monarchie bekannten, den Glauben an die Notwendigkeit und Möglichkeit einer wirklich führenden Monarchie vollends erschüttert. Nicht selten hörte ich auch den Einwand, man schade geradezu dem monarchischen Gedanken, wenn man der allgemeinen Stimmung nicht entgegenkomme. Die Massen könne man nur für die Vorstellung eines anderen Kaisertums als des früheren gewinnen. Ich habe den repräsentativen Wert der Monarchie nicht verkannt, sondern stets selbst mit ins Feld

⁷ Bismarck. Gesammelte Werke, Bd. 15, Erinnerung und Gedanke, S. 198 (= Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, S. 289).

geführt. Aber ich bin weiter gegangen. Was ich kurz vor dem Kriege ausgeführt hatte⁸, schien mir nach der Revolution erst recht zutreffend zu sein.

Das englische Vorbild lehnte ich schon deshalb ab, weil deutsche Sachlichkeit und preußischer realpolitischer Sinn sich nicht mit dem Glanze einer hohen Stellung und alter Bräuche begnügen könnten, sondern der Monarchie, wenn sie sich zu ihr bekennen, auch einen wirklichen Inhalt geben wollten. Entscheidend war für mich der Unterschied der geschichtlichen Entwicklung und der Lage des englischen und deutschen Reiches. Den Bedürfnissen, dem Wesen und der Geschichte des durch die Macht der englischen Herrenschicht, durch außenpolitische und wirtschaftliche Interessen zusammengeschiedenen Weltreiches konnte vielleicht die repräsentative Monarchie entsprechen. Für Preußen und Deutschland war mehr erforderlich. Nicht repräsentative Monarchen nach englischem Muster hatten die äußeren und inneren Gefahren der deutschen Geschichte überwunden und Preußen-Deutschland zur Einigkeit und Größe emporgeführt, sondern die Herrscher des Hohenzollernhauses, die selbst gearbeitet und entschieden, geführt und gekämpft hatten. Sieg und Erfolg waren stets dann am größten gewesen, wenn die preußischen Herrscher die Zügel am festesten geführt hatten. Wer die »Zeichen der Zeit« wirklich verstand, mußte sehen, daß das auch der für die Zukunft gewiesene Weg war.

Einer der Leitgedanken der von mir vertretenen Politik war von Anfang an die Erkenntnis von der Verderblichkeit der Massenherrschaft. Sie war der Boden, auf dem die neue Form der deutschen Zwietracht sich austobte. Unfähig, über den Tag hinaus zu sehen und wandelbar wie die Massen selbst, machte das Regiment der Masse jede stetige Politik auf weite Sicht, jede zielsichere Führung unmöglich. Gestützt auf die Massengunst bewirkt es eine Auslese, die den kurzsichtigen und hemmungslosen Agitator zum Herrn der Geschichte des Vaterlandes macht. Niemals in der deutschen Geschichte war das deutlicher und mit entsetzlicheren Folgen zutage getreten als im November-Umsturz, seinen Ursachen und seinen Folgen. Wollte man all das Unheil, das die auf die Massen gestützte Parteiherrschaft angerichtet hatte, beseitigen und für die Zukunft unmöglich machen, so mußte die Staatsführung wieder der erblichen Monarchie übertragen werden. Die Berufung des Staatsoberhauptes aus eigenem historischen Recht ist eine Stütze der Staatsautorität und ihrer Diener, die das zu Boden geworfene Deutschland weniger denn je entbehren konnte. Mit dieser Forderung vertrat ich die Auffassungen, die man später als »Führergedanken« zu bezeichnen pflegte.⁹

Das Maß der Unabhängigkeit von Massenwahl und Massengunst, das die erbliche Monarchie gewährt, hängt aber auch von dem Inhalt und Umfang der Befugnisse ab, die das ererbte Recht dem Monarchen gewährt. Sollen die von der Massenherrschaft ausgehenden Gefahren und Schäden wirklich ausgeräumt werden, so muß der Monarch auch mit der formalen und materiellen Gewalt ausgestattet sein, gegen Willen und Stimmung der Masse zu führen und zu handeln. Diese Befugnis steht nicht dem repräsentativen Monarchen des parlamentarischen Regierungssystems, sondern nur dem konstitutionellen Monarchen zu. Konstitutionell gesonnen hielt und halte ich eine festumschriebene Mitwirkung einer Volksvertretung, die ihrerseits nicht aus mechanischer Massenwahl hervorgeht, bei der Gesetzgebung, Geldbewilligung und Kontrolle für erforderlich. Unerläßlich aber ist das Recht und die Macht des Monar-

⁸ WESTARP II, S. 663 f.

⁹ Siehe Anhang, unten S. 561 ff.

chen, unabhängig vom Parlament seine Regierung zu bilden, über das Heer zu verfügen und gegebenenfalls seine Politik gegen den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Das Musterbeispiel hierfür war und blieb der Konflikt von 1863, ohne den es niemals zur Reichsgründung gekommen wäre. Aus dieser meiner Auffassung der preußisch-deutschen Monarchie ergab sich nach wie vor dem Umsturz der Kampf gegen das parlamentarische Regiment und für die konstitutionelle Monarchie. Die konstitutionellen, nötigenfalls diktatorischen Befugnisse, die ich für den Reichspräsidenten forderte, konnten für mich, weil auch er seine Macht aus der Massenwahl ableiten mußte, nur ein Übergang sein und sollten den Boden für eine Wiederherstellung des preußisch-deutschen Königtums und Kaisertums bereiten helfen, die diesem von vornherein die nötige Führerstellung einräumte.

Aus all diesen Erwägungen ergab sich die klare Stellung zu allen Unsicherheiten und Schwankungen der Meinung über die Frage, welches Fürstenhaus für die Wiederherstellung des Kaisertums in Frage komme. Aus ultramontan katholischen und aus süddeutschen Kreisen kam häufig die Nachricht, daß man an einen katholischen süddeutschen Kaiser, also an das bayerische Königshaus, denke. In Hannover und Braunschweig schien die Hoffnung auf den Kaiser aus dem Welfenhaus aufzuleben. Solchen Bestrebungen kam es in gefährlicher Weise entgegen, wenn ein unklar theoretischer und unentschlossener Monarchismus sich mit der Vorstellung abfand, das Kaisertum könne vielleicht einmal irgendwie in neuer Form, etwa durch Volkswahl, wiederhergestellt werden. Der preußisch-konservative Monarchismus mußte solchen Vorstellungen ein klares und festes Ziel entgegenstellen, das Kaisertum des preußischen Königs aus dem Hause Hohenzollern.

War ich in diesem entscheidenden Punkt Legitimist, jedenfalls unbedingter Anhänger des Festhaltens am Bismarck-Reich, so erstreckte sich diese Auffassung nicht unbedingt auf die zwanzig Dynastien der übrigen Bundesstaaten. Wurde mir die Frage vorgelegt, ob ich sie alle wiederhergestellt wissen wolle, so stand ich im vertrauten Kreise nicht an, sie zu verneinen, während ich sie in der Öffentlichkeit möglichst stillschweigend übergab. Ein überzeugter einzelstaatlicher Monarchismus von größerer und umfassenderer Bedeutung trat mir besonders in Bayern, Württemberg, außerdem in manchen konservativen Kreisen beispielsweise des Königreichs Sachsen und Mecklenburgs entgegen. Wo das der Fall war, billigte und unterstützte ich ihn nach Kräften.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Vertretung des monarchischen Gedankens für die Deutschnationale Volkspartei von agitatorischer Bedeutung war. Ich habe nie daran gezweifelt und fand es durch die Erfahrung bestätigt, daß nicht nur der abfällige Vergleich der nachrevolutionären mit der kaiserlichen Zeit, sondern auch der positive Appell an monarchische Gesinnung und Treue für die konservative und deutschnationale Werbearbeit von großem Nutzen war. In allen meinen Versammlungen und zahlreichen Privatgesprächen konnte ich feststellen, daß dafür ein aufnahmefähiger Boden, in weiten Kreisen sogar ein dringendes Verlangen vorhanden war. Insonderheit erwies sich die Erinnerung an die Soldatenzeit und an die dem Obersten Kriegsherrn geschworene und in den furchtbaren Kämpfen des Krieges bewährte Treue nicht selten als ein Mittel, auch den verhetzten Massen näher zu kommen. In Preußen, auch westlich der Elbe, besonders natürlich in Berlin und Potsdam, wirkte in weiten Kreisen die Überlieferung persönlicher Beziehung zum Königlichen Hause und Königlichen Dienste nach, in denen die Familien Generationen hindurch gestanden hatten. Das war keineswegs allein bei den »Junkern«, Offizieren und Beamten der Fall. Gerade auch der Kreis, aus dem die Unteroffiziere und Soldaten stammten, hielt

nicht selten mit zäher Treue an Erinnerungen dieser Art fest. Oft habe ich beobachtet und auch ausgesprochen, daß ich für die soldatischen Erinnerungen, so auch für das Treue-Bekenntnis zur Hohenzollernmonarchie, in Versammlungen des Nordens und Ostens von Berlin, die vorwiegend von Beamten, Handwerkern und kleinen Kaufleuten, nicht minder aber auch von Arbeitern und Angestellten besucht waren, einen lebhafteren, ja stürmischeren Beifall zu finden pflegte als in den Versammlungen von Berlin W und SW. Die »Intellektuellen« waren mehr geneigt, den verstandesmäßigen Erwägungen und Zweifeln über diese Frage nachzugehen. Besondere Genugtuung bereitete mir oft die rückhaltlose Zustimmung, die meine Ausführungen über Preußen und die Hohenzollernmonarchie in Süddeutschland, Sachsen und in den westlichen Provinzen nicht nur Westfalens, sondern auch des Rheinlandes fanden. Rechts der Elbe, wo besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande die Äußerungen der Zustimmung wie der Ablehnung weniger temperamentvoll waren als im Westen und in der Großstadt, schien man ein solches Bekenntnis zwar mit voller und nachhaltiger Zustimmung, aber doch als etwas Selbstverständliches ruhiger hinzunehmen. Wirkungslos war es nie. Das besonders wütende Gebrüll der gegnerischen Agitatoren und Sprengkolonnen bewertete ich als einen Beweis für das schlechte Gewissen und die Furcht der Gegner.

Betrachtete man dies ständige Hervorkehren des monarchischen Gedankens nur vom taktischen Standpunkt, so standen allerdings dem Vorteil seiner Werbekraft erhebliche Nachteile gegenüber. Gerade hier trat der Konflikt zwischen Grundsatztreue und Mitarbeit an der Tagespolitik besonders wirksam zutage. Nichts beeinträchtigte unsere Koalitionsfähigkeit und unseren Einfluß mehr, nichts machte uns bei den republikanischen Machthabern unbeliebter als der fortgesetzte Appell an das monarchische Gewissen. Wie es oft in Fragen der Taktik und Agitation des Parteikampfes der Fall war, konnte man die Erwägungen mit dem Ergebnis abschließen: »wie man's macht, ist es falsch«. Um so wichtiger war die letzte Entscheidung über das eigene Verhalten nach dem taktischen Für und Wider zu treffen; um so mehr konnte man trotz der Verantwortung für den Erfolg der Partei der eigenen sachlichen Überzeugung folgen.

Gewiß war es nicht die Aufgabe des Tagespolitikers, dauernd Glaubensbekenntnisse abzulegen. Er mußte prüfen, welchen Erfolg jedes seiner Worte haben werde. Der beabsichtigte Erfolg der Arbeit lag über den Tagesinteressen hinweg in der Zukunft. Es galt, was von der monarchischen Gesinnung noch übrig war, über die Stürme der Zeit hinweg zu retten, es zu neuem Leben zu erwecken und vor allen Dingen auch, es dem jungen Geschlecht zugänglich zu machen, das nicht mehr in der alten Überlieferung aufwuchs. Wie die Dinge praktisch lagen, war das die Arbeit einer denkenden, aber kleinen und machtlosen Minderheit, die um des Gewissens und der Zukunft willen unablässig getan werden mußte. Sie erforderte ausdrückliches und unbeirrtes Festhalten an dem monarchischen Bekenntnis und planmäßige Erörterung seiner sittlichen und geschichtlichen, staatspolitischen und volkserzieherischen Gründe. Daß die Wiederherstellung der Monarchie nicht ein unmittelbar und gewaltsam zu erreichendes Ziel war, durfte man sich und anderen nicht verhehlen.¹⁰ Ich war mir bewußt und habe

¹⁰ Westarp schrieb 1927 in Abwehr gegnerischer Unterstellungen (Kreuz-Ztg. Nr. 240 vom 23. 5.): »Kein Mensch unter uns ist so töricht, die unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie als eine Aufgabe der Gegenwart anzusehen«, löste damit allerdings scharfe Reaktionen in der DNVP aus; vgl. HILLER, Monarchismus, S. 184 f., Anm. 113.

oft ausgesprochen, daß der Boden dafür nach den furchtbaren Zerstörungen des feindlichen Diktates und des Umsturzes erst durch eine lange Vorarbeit bereitet werden müsse, die vielleicht erst für die kommenden Geschlechter ihre Früchte tragen werde.

Besäße ich die Entwürfe und zuverlässige Berichte über die zahlreichen öffentlichen Reden, die ich von Anfang 1919 an gehalten habe, so würde ich nachweisen können, daß die Wiederherstellung der Monarchie ebenso wie der Befreiungskampf wohl in keiner meiner Reden gefehlt hat. Ganz vereinzelte Ausnahmen könnten nur die Regel bestätigen. Das ist zum wesentlichen bis zum Ende meiner politischen Redetätigkeit so geblieben. In den ersten Revolutionsjahren kam es noch mehr als später auf die ausführliche Begründung an. Wo ich zu Überzeugten sprach und die aktuellen Thematika in den Vordergrund drängten, gab doch dieser oder jener Zusammenhang die Möglichkeit zu gelegentlichem Hinweis und der Schluß zu einem Appell, den ich nicht selten durch Anführung von Versen der Dichter der Kaisersehnsucht aus der Zeit der Romantik wirksam zu machen suchte. Vorträge im Bund der Aufrechten, Preußenbund, bei Kriegervereinen, vor dem Deutschnationalen Jugendbund, wo ich z. B. am 20. April 1920 über »die Bedeutung der Hohenzollern für Preußen« sprach, und Erinnerungsfeiern, die dem 18., 24. oder 27. Januar oder dem 2. September gewidmet waren, ermöglichten es, das Festhalten am König und Kaiser der Hohenzollern und seinen Zusammenhang mit dem Ziel des Befreiungskampfes ausführlicher zu erörtern. So manches Mal, wenn ich in den ersten Jahren sah, daß spartakistischer und sozialdemokratischer Radau mich nicht zu Ende reden lassen werde, warf ich der aufgeregten Masse noch neben Anklage gegen den Verrat vom November 1918 mein Bekenntnis zum König von Preußen und Deutschen Kaiser ins Gesicht. Dann trat der gewaltsame Schluß der Versammlung wenigstens ohne weiteren Zeitverlust ein.

Das Bild meiner Reden wird vervollständigt durch meine Tätigkeit in der Presse und in Parteiverhandlungen. Die unmittelbare Verbindung, in der meine monarchische Werbearbeit nach dem Umsturz sich an diejenige der Kaiserzeit anschloß, wird durch meine letzte Wochenschau der Kriegszeit vom 3. November 1918 veranschaulicht, die ich ausschließlich dem Widerstande gegen die Forderung der Abdankung des Kaisers gewidmet hatte.¹¹ Unmittelbar daran schloß sich mein erstes Wort nach der Revolution in der Wochenschau vom 10. November.¹² In der folgenden Wochenschau¹³ führte ich aus, daß der neuen Regierung jeder Rechtsboden fehle, daß vielmehr die Monarchie noch zu Recht bestehe. Ich habe also vom ersten Tage an keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns weder durch den Zusammenbruch in unserer monarchischen Überzeugung irremachen ließen, noch durch die Verschiebung der Machtverhältnisse in dem Entschlusse wankend würden, an der Treue zur Monarchie festzuhalten und uns zu ihr zu bekennen. So selbstverständlich das für uns war, gaben doch die revolutionäre Unruhe und die gegnerische Agitation fortgesetzt Anlaß, es erneut in dem gerade zur Erörterung stehenden Zusammenhang zu betonen. Der Verzicht auf die Umschrift »Mit Gott für König und Vaterland«, zu dem der Geschäftsführer der »Kreuzzeitung« am 12. November 1918 gezwungen zu sein glaubte, mußte eine bedauerliche, noch lange nachwirkende Unsicherheit hervorrufen. Bedenklicher noch für die Stetigkeit der Linie konnte es werden, daß der Aufruf zur Gründung der

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 562 vom 3. 11. 1918, IP; abgedruckt bei: WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 105–110.

¹² Kreuz-Ztg. Nr. 575 vom 10. 11. 1918.

¹³ Kreuz-Ztg. Nr. 588 vom 18. 11. 1918, IP.

DNVP und der von Stackmann und mir dazu veröffentlichte Beschluß nichts über den monarchischen Gedanken enthielten.

Bereits in dem Wahlaufuf des konservativen Fünfziger-Ausschusses vom 3. Dezember 1918 und ausführlicher in meiner Wochenschau vom 8. Dezember¹⁴ brachte ich, um dieser Unklarheit ein Ende zu machen, zum Ausdruck, die Konservative Partei sei auch bei ihrer Mehrheit in der neuen Partei weder gewillt, ihre monarchische Politik der Vergangenheit zu verleugnen, noch sei sie an deren Grundlagen und an der Überzeugung irre geworden, »daß eine starke, in den Herzen des Volkes durch lange Überlieferung verankerte Monarchie die beste Staatsform für Deutschland ist.« Wir wußten, daß das monarchische Empfinden im deutschen Volke noch tiefe Wurzeln hatte. Nach dem Eintreten für die Person des Kaisers aus Anlaß seines ersten Geburtstages nach dem Sturz¹⁵ bot die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch mit einer Rede v. Oldenburgs, die tiefen Eindruck machte, eine willkommene Gelegenheit, das monarchische Empfinden zu betonen.¹⁶

Meine Rechtsverwahrung gegen die Verfassungsgesetzgebung der Nationalversammlung stützte sich nicht nur auf das formelle Recht, sondern auf die Feststellung, daß der Wille des deutschen Volkes nicht in der Revolution und den Wahlen zur Nationalversammlung, sondern in den Opfern an Gut und Blut, an Arbeit und Tapferkeit, an Treue und Pflicht zur Geltung gekommen sei, mit denen das preußische und deutsche Volk die monarchische Verfassung Preußens und Deutschlands geschaffen und den Hohenzollern seine Führung und Vertretung übertragen habe. So sei die Behauptung falsch, daß der November-Umsturz eine Gewaltherrschaft beseitigt und eine Volksregierung an deren Stelle gesetzt habe. Denn in Wahrheit sei das preußische Königtum und deutsche Kaisertum Volksregierung gewesen. In der Richtung dieser Gedankengänge lag die Verteidigung des geschmähten alten Obrigkeitsstaates durch Graf Posadowsky und v. Delbrück, die ich mir zu eigen machte.¹⁷

Im Anschluß an die Auseinandersetzungen über den Fortbestand der Konservativen Partei im April 1919 sprach ich mich über das besondere konservative Programm aus, in dem das Festhalten an dem monarchischen Gedanken einen Kern und Anhaltspunkt bilde.¹⁸

»In der praktischen Politik mögen den Anhänger monarchischer Gesinnung, die im Lande weit verbreitet und tief verwurzelt ist, die Hände heute noch gebunden sein. Daran, daß nach Recht und Gesetz der monarchische Boden unserer Verfassung nicht beseitigt ist – an der Überzeugung, daß in der Monarchie allein das Heil für Deutschlands Zukunft liegt –, an dem Ziele, daß das ganze deutsche Volk sich zur Monarchie zurückfinde, halten wir Konservativen fest, und zwar, wie wir wissen dürfen, in voller Übereinstimmung mit allen anderen Richtungen, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei zu gemeinsamer Politik zusammengefunden haben. Hierin liegt ein Kern- und Angelpunkt unserer Politik.«

Eine Erklärung des konservativen Parteivorstandes, die v. Heydebrand und ich veröffentlichten und in der wir die Folgerungen aus der Annahme des Versailler Diktates zogen, gipfelte in einer noch ausdrücklicheren Feststellung des monarchischen Pro-

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 618 vom 3. 12. 1918 und Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919, IP.

¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 90 vom 23. 2. 1919, IP.

¹⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 79 ff.; 28. 2. 1919, S. 383; Bd. 327 vom 2. 7. 1919, S. 1215; Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919; Nr. 105 vom 9. 3. 1919, Nr. 309 vom 6. 7. 1919, Nr. 202 vom 1. 5. 1920, IP.

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP.

gramms.¹⁹ In meinem Begleitaufsatz bezeichnete ich es als die Voraussetzung jeder Politik mannhafter Abwehr, daß das Volk sich zur Monarchie und zur Treue gegen das Herrscherhaus zurückfinde, unter monarchischer Führung wieder wehrhaft werde und zu der altpreußischen Tugend zurückkehre.

Das Parteiprogramm der Deutschen Volkspartei, das am 19. Oktober 1919 von dem Parteitag in Leipzig beschlossen wurde, besagte in Nummer 3, »Staatswesen«, Absatz 4:²⁰

»Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.«

Meinen Bericht darüber benutzte ich, um unsern konservativen Standpunkt den Gedankengängen entgegenzustellen, die von volksparteilicher Seite öffentlich erörtert worden waren, mir aber auch in vertraulichen Aussprachen innerhalb der DNVP entgegentraten.²¹

»Des Bekenntnisses zum Kaisertum durch die Deutsche Volkspartei darf man sich freuen. Es scheint nicht ganz ohne Reibungen zustandegekommen zu sein, wenigstens hatte der Wahlkreisverband Köln-Aachen der Deutschen Volkspartei vor dem Parteitag Einspruch dagegen erhoben, daß die Monarchie als Forderung der Partei in das Programm aufgenommen werde. Für weite Kreise der Deutschen Volkspartei trete, so wird von jener Seite in einer Zuschrift an die ›Kölnische Zeitung‹ (13. Oktober Nr. 921) ausgeführt, ›die Frage der Staatsform zurück‹ gegenüber dem Ziel der Erhebung Deutschlands auf nationaler und freiheitlicher Grundlage im volkseinigenden Geiste der ›Versöhnung und des Ausgleiches der Gegensätze‹. Die Errichtung der Monarchie könne, wie die Verhältnisse in Deutschland augenblicklich liegen, der Erreichung des Zieles eher hinderlich sein. Wenn jetzt die Monarchie zur Programmforderung gemacht werde, so würde die Partei sich selbst dauernd in die Reihen der Opposition verweisen und sich die Möglichkeit der Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands erschweren. Die monarchische Idee habe ihre Vorkämpferin in der Deutschnationalen Volkspartei; die Deutsche Volkspartei habe größere Aufgaben.«

Westarp erwähnt in dem Artikel ferner, daß die »Kölnische Volkszeitung« (12. Oktober 1919, Nr. 917) zwar die konstitutionelle Monarchie für die beste Staatsform halte, aber dazu auffordere, die Dinge so zu wenden, daß »bei dem Vergleich zwischen Einst und Jetzt die Schale mit den Gegenwartswerten zuungunsten der Vergangenheit sinke. Mit einem so relativen Bekenntnis zur Monarchie könne der Konservative nichts anfangen.

Oft leitete ich das monarchische Bekenntnis aus dem Nachweis ab, daß die Forderung der Abdankung des Kaisers, die zur Ausrufung der Republik führte, ein Verrat an Kaiser und gleichzeitig eine Handlung schmachvoller Unterwerfung unter Wilsons Gebot gewesen sei. Die Verhandlungen über die Feststellung des Tatbestandes vom 9. November 1918²² boten mir neben meinen eigenen Erlebnissen im Kriegsreichstag²³ dazu bis dahin unbekanntes Material. Als ich allmählich in die Lage kam, auch dieses zu benutzen, ging ich im März und April 1919 mit scharfen Angriffen vor, in denen ich den Sachverhalt im einzelnen darlegte. In der Wochenschrift »Tradition« zeigte ich die Gründe, die es unmöglich machten, auf die Klarstellung des Sachverhaltes zu verzichten.²⁴

¹⁹ Erklärung und Kommentar Kreuz-Ztg. Nr. 305 vom 4. 7. 1919.

²⁰ MOMMSEN, S. 521.

²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP.

²² Vgl. WESTARP, Ende der Monarchie.

²³ WESTARP II, S. 645–665; WESTARP, Regierung des Prinzen Max.

²⁴ Tradition, Nr. 1 vom 5. 4. 1919, »Zur Vorgeschichte des 9. November«.

»Noch darf unser Volk nicht vergessen, was es gefehlt hat. Nur so kann es den Wert und Unwert der Revolution erkennen, wenn es sich auch ihres Ursprungs klar bewußt wird und bleibt. Ein altes Wort sagt zudem mit Recht, Selbsterkenntnis sei der erste Schritt zur Besserung; freilich ist sie nur ein erster Schritt auf einem weiten Wege. Fast scheint es – und die unruhig besorgte Betriebsamkeit, mit der sich die revolutionären Machthaber glauben der ›Gegenrevolution‹ erwehren zu müssen, indem sie die Kaiserbilder in den Schulen verbieten oder dem Nationalverband der Offiziere die weitere Betätigung versagen, spricht dafür –, daß in breiteren Massen unser Volk sich darauf zu besinnen beginnt, was es einst besessen und nun verloren hat in der starken festgewurzelten Hohenzollern-Monarchie, in seiner stolzen Wehrkraft, in seiner strengen Erziehung zu Recht und Gesetz, zu Zucht und Ordnung, zu Pflichterfüllung und opferwilliger Hingabe an Staat und Vaterland. Möge es aus solcher Erkenntnis heraus sich aufraffen zum Entschluß und zur Tat, auf daß ein neuer Aufstieg, wenn nicht mehr uns selbst, so doch kommenden Geschlechtern beschieden sei.«

Auch sonst konnte der Kampf für den monarchischen Gedanken, so sehr dabei die positiven Gedanken in den Vordergrund gestellt werden mußten, nicht ohne scharfe Polemik gegen die republikanischen Machthaber geführt werden. [...] In meinem Rückblick auf die Sommertagung der Nationalversammlung machte ich mir wirkungsvolle Vorhaltungen zu eigen, die v. Graefe den republikanischen Parteien gemacht hatte.²⁵

»An die leitenden Männer von Zentrum und Demokratie, die jetzt die republikanische Verfassung mitgeschaffen haben, mag manches Mal als eine bange Sorge die Frage herantreten, ob die parlamentarische Republik in den Kreisen ihrer Wählerschaft wirklich bereits so viel Wurzeln geschlagen hat und weiter schlagen wird, daß sie den monarchischen Gedanken dauernd verdrängen kann.«

Um so weniger glaubte ich es dem demokratischen Wortführer (Schiffer) durchlassen zu können, als er die Einordnung seiner Partei in die von der Sozialdemokratie beherrschte Koalition dadurch zu rechtfertigen suchte, daß er als Beweggrund dafür Treue zur Verfassung in Anspruch nahm.²⁶

»Zum Begriff der Treue gehört, daß sie sich über die Dauer der Zeit hinweg bewährt und Stürmen der Zeit Trotz bietet. Da scheint es mir zum mindesten Vorschußlorbeer zu sein, wenn der ehemalige Königliche Preußische Kammergerichtsrat, Oberverwaltungsgerichtsrat und preußische Unterstaatssekretär, der noch vor weniger als einem Jahre fest auf dem Boden der Monarchie stand, für seine Partei und sich den Ruhm der Treue für die republikanische Staatsverfassung schon jetzt in Anspruch nimmt. Er begründet den Wechsel, indem er sagt: ›Unsere vaterländische Pflicht heißt uns, dasjenige zu begraben, was nicht mehr lebensfähig und als abgeschlossen zu betrachten ist.‹ Würde er, was er an anderer Stelle seiner Rede als das innerste Wesen des Liberalismus bezeichnet, die ›Zeichen der Zeit‹ genügend beachten, so würde es schwerlich zu dem Urteil kommen, daß die Monarchie nicht mehr lebensfähig und als abgeschlossen zu betrachten sei. Wir, die wir an ihr festhalten, müssen jedenfalls ablehnen, daß die Zugehörigkeit zu Herrn Schiffers Bunde der Verfassungstreuen auch für uns eine sittliche oder vaterländische Forderung sei.«

Die Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 stellte der nationalen Opposition die praktische Aufgabe, das Regiment der Weimarer Parteimehrheit zu erschüttern. Die Möglichkeit einer anderen Regierungskoalition stand im Vordergrund der Erörterungen. Der Wahlkampf fiel noch in die Zeit des nach dem Kapp-Unternehmen neu entbrannten Bürgerkrieges und wurde von der dadurch entstandenen Erregung stark beeinflußt. Das machte die Vertretung des monarchischen Gedankens nicht ungefährlich

²⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 413 vom 31. 8. 1919, »Rückblick auf Weimar III.«; Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 25. 7. 1919, S. 1913.

²⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

und ließ sie im Augenblick wenig aussichtsreich, für die Erreichung der Tagesziele vielleicht schädlich erscheinen. Meine grundsätzliche Einstellung machte mir den Verzicht darauf auch jetzt unmöglich, und ich ging davon aus, daß es für die zukünftige Entwicklung am wichtigsten sei, für den monarchischen Gedanken gerade dann Zeugnis abzulegen, wenn das am schwierigsten war. Das habe ich in keiner meiner überaus zahlreichen Wahlversammlungen jener Zeit unterlassen, soweit mich die Störungen der Versammlungen dazu noch irgend zu Worte kommen ließen.²⁷ Im gleichen Sinne behandelte ich in einem am 21. Dezember 1920 veröffentlichten Artikel die Monarchie als Zukunftsziel.²⁸

»Für die bevorstehende Preußenwahl ist es noch nicht möglich, die Wiederherstellung der Monarchie zur Wahlparole zu machen. Noch ist die Zeit (in Preußen und im Reich) nicht reif dazu. Wohl aber bringt auch diese Wahlbewegung die unabweisliche Pflicht, den monarchischen Gedanken mit aller Kraft zu fördern. Er wächst in unserem Volke und wird von Tag zu Tag lebendiger. Wollten wir ihn nicht bekennen, weite Kreise des Volkes würden solche Bekenntnisse stürmisch von uns fordern.«

Schon die Vorbehalte, die ich in diesen beiden Wahlkämpfen hinsichtlich der praktischen Bedeutung der monarchischen Bewegung machen mußte, zeigen, wie der Konflikt zwischen der Pflicht grundsätzlichen Kampfes gegen die Republik und Parlamentsherrschaft und praktischer Mitarbeit gerade bei dem Festhalten an dem monarchischen Prinzip große Schwierigkeiten machte. Ihnen wurde in der DNVP mehr Rechnung getragen, als es von mir geschah. Außer den taktischen Rücksichten waren es politische Stimmungen und Verstimmungen, auch sachliche Erwägungen, die in der DNVP Hemmungen bereiteten, die Rückkehr Deutschlands zum preußischen Königtum und deutschen Kaisertum der Hohenzollern so klar zu fordern, wie ich es für nötig hielt. Diese Hemmungen waren in jener ersten Zeit, in der die so verschieden zusammengesetzte Partei unter stärkstem äußerem Druck sich über ihre Aufgaben und Ziele klar und einig werden mußte, in besonders hohem Maße wirksam, wurden aber auch später niemals ganz überwunden, und sie traten immer dann besonders in Erscheinung, wenn es sich um eine Beteiligung der Partei an der Regierung handelte. Deshalb habe ich es mir vom ersten Anfang an zur besonderen Aufgabe gemacht, an der ich bis zum Ende meiner Parteiarbeit im Jahre 1930 festgehalten habe, die DNVP selbst zu einem klaren und eindeutigen, offen und rückhaltlos vertretenen und unverbrüchlich festgehaltenen monarchischen Standpunkt preußisch-konservativen Inhalts zu bringen.

Die Gegensätze, um die es sich dabei handelte, und die Schwierigkeiten, die sich für mich persönlich daraus ergaben, hat v. Freytag-Loringhoven in seiner 1931 veröffentlichten Broschüre »Deutschnationale Volkspartei« stark übertrieben.²⁹ Sein abschprechendes Urteil über meine politische Persönlichkeit ist im Zusammenhang mit den Gegensätzen zu verstehen, die sich bei meiner Führung der Fraktion und Partei ergeben hatten. Er behauptet, ich hätte mich durch die liberal gerichtete Mehrheit der Partei in eine Politik hineindrängen lassen, »die allen Überlieferungen des alten preußischen Konservatismus widersprach«. »Instinktiv und wohl etwas unklar« hätte ich

²⁷ Kreuz-Ztg, Nr. 263 vom 6. 6. 1920, II.

²⁸ Hallesche Zeitung Nr. 572 vom 21. 12. 1920, »Graf Westarp: Preußen und die Hohenzollern«. Die Landtagswahlen fanden am 20. 2. 1921 statt.

²⁹ Axel Frhr. v. Freytag-Loringhoven: Deutschnationale Volkspartei, in: Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas, hrsg. v. Kurt C. Fr. Metzner, Berlin 1931.

das Zwiespältige meiner Haltung empfunden und mich von Zeit zu Zeit von dem Druck dieser Empfindung dadurch zu befreien gesucht, daß ich sehr stark die Unveränderlichkeit meiner Gesinnung, vor allem meine Treue zum monarchischen Gedanken, betont hätte. Das habe praktisch nichts ändern können, aber die Lage der Partei erschwert, da die Mittelparteien solche Auslassungen zur Entgleisung gestempelt und zur Erlangung von Kompensationen ausgenützt hätten. Diese Darstellung kann ich mir, abgesehen davon, daß die Broschüre nach meinem Austritt aus der DNVP als Kampfschrift veröffentlicht worden ist, nur daraus erklären, daß v. Freytagh-Loringhoven nach seiner Herkunft und Vergangenheit eine andere innere Einstellung zu Preußen und seiner Monarchie gehabt hat als ich. Als Sproß einer baltischen Familie 1878 in Livland geboren, in Rußland erzogen, Reserveoffizier bei einem russischen Regiment, Student in Dorpat, Privatdozent in Petersburg, seit 1911 Professor in Dorpat wurde er 1917 juristischer Berater beim Oberbefehlshaber Ost und 1918 als ordentlicher Professor an der Universität Breslau deutscher Reichsangehöriger. Bis zu seinem 40. Lebensjahr hat er also zum Königreich Preußen und zum deutschen Kaiserreich keine unmittelbaren Beziehungen gehabt. Erst der Ausgang des Weltkrieges hat ihn in die deutsche Politik eingeführt. So mag ihm das Verständnis dafür ferngelegen haben, daß mir die Überlieferung meiner Familie und meines Staates und meine eigene politische und amtliche Vergangenheit das Bekenntnis zur Hohenzollern-Monarchie zu einer Pflicht der Überzeugung und des Gewissens machten, von der mich keine Rücksicht auf Verschiebung der Machtverhältnisse und auf taktische Bedürfnisse der Partei entbinden konnte. Seine Darstellung läßt aber auch unberücksichtigt, was er seit 1918 in ständiger und enger Fühlung mit mir erlebt hat. Oft genug ist er, ohne Widerspruch zu erheben, Zeuge gewesen, wie ich unausgesetzt, auch in der Zeit vor 1925, in der von dem Minderwertigkeitskomplex, den er mir zuschreibt, noch keine Rede sein konnte, für die Monarchie eingetreten bin. Nicht ohne Interesse ist in dem Zusammenhang des mir gemachten Vorwurfes die Stellung, die v. Freytagh selbst zur monarchischen Frage einnimmt. Es geschieht an vier Stellen der Broschüre.³⁰ Zur Gründungsgeschichte der Partei bemerkt er, auf der Rechten habe man den Umsturz am schmerzlichsten empfunden, weil konservative Weltanschauung unlöslich mit der Monarchie, mit dem großen, von stolzer Überlieferung getragenen souveränen Staat, mit der Wehrmacht verbunden gewesen sei. Die Kritik der 1928 veröffentlichten Äußerungen Lambachs³¹ über die Monarchie, die großes Aufsehen und lebhaften Streit in der Partei erregten, richtet v. Freytagh gegen den Ton Lambachs mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß man eine Erörterung der Frage, wie weit die DNVP am monarchischen Gedanken festzuhalten habe, an sich ruhig aufgenommen haben würde. In der Polemik gegen die 1930 gegründete Konservative Volkspartei dagegen vertritt v. Freytagh den von mir oft ausgesprochenen Gedanken, daß theoretisch »auch ein republikanischer Konservatismus denkbar« sei, daß in Preußen-Deutschland aber »Konservatismus und Monarchie unlöslich miteinander verbunden« seien. Bei der Auseinandersetzung mit der NSDAP schließlich betont er, ebenso wie ich es tue, im Weltbilde der Nationalsozialisten trete der Staat in den Hintergrund und werde dem ungeformten Volk die wesentliche Bedeutung zuerkannt, während der starke, wehrhafte, machtvolle und souveräne Staat das Ziel der Rechten sei. Ob ein solcher Staat als Republik denkbar ist, läßt v. Freytagh dahingestellt. Die Rechte sehe ihn als Monar-

³⁰ Ebd. S. 7, 52 ff., 66, 88 f.

³¹ Walther Lambach: sein Artikel »Monarchismus« (wie Anm. 21, Kap. I/3.)

chie. Über die Einzelheiten, so über die Frage, ob das konstitutionelle System oder der Ständestaat zu erstreben sei, könne man verschiedener Meinung sein. Sicher aber wolle die Rechte durchaus nicht Altes und Überlebtes wiederherstellen. So stark sie für das Preußen der Hohenzollern und das Reich Bismarcks empfinde, wisse sie nur zu gut, daß sie nicht einfach wiederbelebt werden könnten. Es folgt eine scharfe Kritik gegen »das vom Materialismus durchseuchte, von falschem Kastengeist getragene Deutschland der Jahrhundertwende« und gegen den »Ungeist jener Zeit«.

Weitere Mitteilungen über die Tatsache, daß die DNVP sich in ihrer Zusammensetzung, ihrer Gründung und ihrer Propaganda den Charakter der monarchischen Partei in der Republik gegeben hatte, sind in der Schrift, die dazu bestimmt war, einen erschöpfenden Überblick über die Geschichte der DNVP und ein Bild ihrer geistigen Struktur zu geben, nicht enthalten. Das Bekenntnis zum preußischen Königtum und deutschen Kaisertum der Hohenzollern selbst macht v. Freytagh also in der Broschüre zum Gegenstand der Diskussion und, soweit ich es vertreten habe, scharf ablehnender Kritik. In den ersten Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und zur DNVP war seine Einstellung dazu sehr viel positiver. Die Deutschnationale Korrespondenz berichtet über den Parteitag vom Juli 1919³², in der Aussprache habe er als erster Redner des fernen Kaisers gedacht, »der unser Kaiser gewesen ist und bleibt«. Erst in dem parlamentarischen Machtkampf der nächsten Jahre wurden, wie mir manche in meiner Erinnerung gebliebene Unterredung mit ihm zeigte, seine taktischen Bedenken gegen monarchische Parteibekennnisse immer größer. In dem Ostern 1928 zur Wahl herausgegebenen »Politischen Handwörterbuch«³³ und gleichlautend in dem Buch »Der nationale Wille«³⁴ betont er, die Erneuerung der Monarchie sei ernstlich nicht in Frage gekommen.

»Für sie zu kämpfen wäre nicht nur eine Kraftverschwendung gewesen, es hätte auch die allgemeine Stellung der nationalen Rechten geschwächt und die Erreichung möglicher Ziele erschwert. So nahmen denn die Deutschnationalen zwar die sich bietenden Gelegenheiten wahr, um ihre monarchistische Gesinnung und die Vorzüge der Monarchie zu betonen. Aber das geschah zur Wahrung ihrer Grundsätze und zur Abwehr der gegen das Kaiserreich gerichteten Angriffe. An die Durchsetzung dieser ihrer Ideale vermochten sie damals selbst nicht zu glauben.«

Die Ablehnung monarchischer Kundgebungen der Partei wurde hier schon stärker angedeutet, als es mir als Parteivorsitzendem, der ich nicht jede Einzelheit der parteiamtlich herausgegebenen Bücher vorher zensieren konnte, genehm war. Daß diese Ablehnung so eindeutig in der Sache und scharf in der Form war, wie es in der Broschüre zum Ausdruck gekommen ist, hat v. Freytagh mir, solange wir zusammenarbeiteten, nicht zu erkennen gegeben.

Jedenfalls wäre es falsch, aus der Schrift v. Freytaghs einen Schluß auf Inhalt und Schärfe der Meinungsverschiedenheiten zu ziehen, um die ich in der Partei gekämpft habe. Abgesehen von einzelnen Persönlichkeiten, zu denen damals v. Kardorff, aber nicht v. Freytagh gehörte, bestand volle Übereinstimmung, daß die Partei berufen sei, den monarchischen Gedanken nicht nur festzuhalten, sondern auch nach außen zu vertreten. Daß das der parteiamtlich anerkannte Standpunkt war, gehörte zu den Voraussetzungen, die es mir ermöglichten, in der DNVP mitzuarbeiten und ihr die kon-

³² Korrespondenz der DNVP Nr. 158 vom 19. 7. 1919.

³³ Verfassungsfragen, in: WEISS, Politisches Handwörterbuch, S. 944. Die gegenteilige Auffassung vertritt Friedrich Everling: Monarchie, ebd. S. 507–512.

³⁴ WEISS, Der nationale Wille. Freytaghs Artikel S. 150; Everlings S. 154 ff.

servativen Kreise zuzuführen. Was ich gegen Widerstände durchzusetzen für nötig hielt, war also nicht das monarchische Bekenntnis als solches, sondern größere Klarheit in der Aufstellung des Zieles und größere Rückhaltlosigkeit seiner Vertretung.

Mit der Haltung der deutschnationalen Fraktion in der Weimarer Verfassungsberatung war Westarp, wie er selbst darlegt, nur zum Teil einverstanden. Er begrüßte Graf Posadowskys Abwehr der Angriffe auf den »Obrigkeitsstaat« und die grundsätzlichen Ausführungen, mit denen ihre Redner ihren monarchischen Standpunkt und daraus die Ablehnung der Verfassung begründeten. Dagegen kritisierte er zwar nicht öffentlich, aber in Parteikreisen Delbrücks Bekenntnis zur »demokratischen Monarchie« des Oktober 1918.

Auch sonst ließen es einzelne Fraktionsredner in Weimar nicht an gelegentlichen monarchischen Bekenntnissen fehlen. Mit Entrüstung lehnte Philipp es bei der dritten Lesung der Verfassung ab, die Ausnahmeregelung des Artikels 164 des Entwurfs anzunehmen, der die Wahl von Mitgliedern der landesherrlichen Häuser und Familien zum Reichspräsidenten verbot. Bei der Abstimmung wurde der Artikel gestrichen.³⁵ Die Abgeordnete Behm benutzte eine Rede, die sie am Geburtstag der Kaiserin hielt, daran zu erinnern, daß die Kaiserin stets ein warmes Herz für die Heimarbeiterinnen gehabt habe, und um »der einsamen Frau in tiefer, nie verlöschender Dankbarkeit zu gedenken«.³⁶ Auch die Vorhaltungen, die v. Graefe bei Beratung des Militäretats dem Wehrminister Noske machte, entsprachen dem monarchischen Empfinden des Heeres.³⁷

Eine Anzahl von Kundgebungen der Landtagsfraktion, der Partei und des Parteivorsitzenden Hergt befriedigten Westarp weniger. Er kritisierte die Neigung,

der monarchischen Empfindung, die man selbst hegte und in breiten Volkskreisen bemerkte, in warmen und begeisterten Worten über die Vergangenheit und den Kaisergedanken als solchen Ausdruck zu geben, sich dadurch aber auch die Möglichkeit des Ausweichens vor klarer politischer Forderung zu schaffen. So enthielt der erste Wahlaufuf der neuen Partei vom 27. Dezember 1918 in der Einleitung den Satz³⁸:

»Das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben.«

Eine politische Forderung wurde daraus nicht abgeleitet. Vielmehr hieß es in Nummer 3 der Richtlinien für die politische Arbeit:

»Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht.«

Das mochte, da ein Wahlaufuf nur die praktischen Wahlziele behandelt, noch hingehen. Immerhin zeigt ein Brief v. Bonins vom 25. Dezember, daß es Konservative gab, bei denen das Schweigen Zweifel erregte.

»Ich halte es zwar für selbstverständlich, daß wir in der Agitation unseren monarchischen Standpunkt mit voller Entschiedenheit vertreten, möchte aber doch zur Sicherheit gern recht bald wissen, wie die Parteileitung über diesen Punkt denkt. Mit Ausnahme der bewußten Sozialdemokra-

³⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 329 vom 31. 7. 1919, S. 2191; siehe dazu STEPHAN, S. 102.

³⁶ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 20. 10. 1919, S. 3280.

³⁷ Siehe oben S. 334 f.

³⁸ Abgedruckt bei LIEBE, S. 109–113.

ten ist unser Volk durch und durch monarchisch gesonnen – namentlich auch die Weiber. Und wenn auch im November viele confuse geworden sind, so ist doch auch schon eine gewisse Ernüchterung eingetreten, die bis zum 19. Januar noch weiter eintreten wird. Ich verspreche mir daher unter der Wahlparole »Monarchie oder Republik« noch das relativ beste Wahlresultat. Aber ich will nicht auf eigene Faust große Politik betreiben und bitte um eine kurze Orientierung.«

Ich erwiderte am 30. Dezember,

»daß ich es durchaus für erwünscht halte, wenn von unserer Seite in der Agitation an dem monarchischen Prinzip festgehalten wird. Die neue Partei steht etwa so: Ob sie bereits in der Nationalversammlung Anträge in monarchischer Richtung stellen kann, ist zweifelhaft oder wohl vielmehr ganz unwahrscheinlich, besonders weil der großjährige Monarch³⁹ fehlt. Die Partei ist aber durchaus gewillt, die monarchische Gesinnung als ihre Überzeugung zu bekennen; das ist in dem Wahlauftritt auch zum Ausdruck gekommen, freilich nicht so deutlich, wie ich es gewünscht hätte. [...] Es steht aber jedem Parteimitglied frei, für sich den monarchischen Gedanken so zu vertreten, wie er es für richtig hält.«

Ich muß hinzufügen, daß der konservative Fünfziger-Ausschuß sich in dem Beschluß vom 3. Dezember 1918 zwar nicht so ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Verfassung gestellt, den monarchischen Gedanken aber auch nur rücksehend behandelt hatte.

Die parteiamtliche Korrespondenz der DNVP benutzte die Rede, in der Graf Posadowsky am 14. Februar 1919 in der Nationalversammlung die Vorwürfe gegen das Kaiserreich zurückgewiesen hatte, zu einer Mahnung, sich nach diesem Vorbild manhaft zur Monarchie und zum Kaisertum zu bekennen.⁴⁰ Sie gab zum Schluß der Mahnung den Charakter einer Parteikundgebung, sie sei »nicht etwa nur sein persönliches Glaubensbekenntnis« gewesen, sondern

»ein von der ganzen Fraktion entworfenener und gebilligter Akt. Das deutsche Volk soll wissen, wo es noch Mannhaftigkeit finden kann. Und nur diese Mannhaftigkeit wird uns einst erlösen können, während die Leisetreter von der Weltgeschichte hinweggefegt werden.«

Nach dem Zusammentritt der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung benutzte dann Hergt die Erörterung des Gesetzes zur Vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, um in eindrucksvoller Weise den monarchischen Gefühlen und Hoffnungen der DNVP Ausdruck zu geben.⁴¹ Ähnlich wie es in der Nationalversammlung geschehen war, wies er die herabsetzenden Vorwürfe des Ministerpräsidenten Hirsch gegen das alte Preußen scharf zurück. Die Republik sei vollzogene Tatsache, doch in dem Augenblicke, wo wir von dem Preußen, dessen Werdegang und Wesen Jahrhunderte hindurch unlösbar mit seinem Herrscherhaus verknüpft gewesen sei, Abschied nehmen, würde es unverständlich sein,

»wenn wir, die Deutschnationale Volkspartei, nicht die erste Gelegenheit benutzen wollten, um aus unserer innersten Überzeugung heraus den monarchischen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, die uns beseelen.«

Es folgen eindrucksvolle Worte tiefer Dankbarkeit für die Leistungen der Hohenzollernfürsten und das Gedenken an die preußischen Tugenden. Dank der monarchischen Spitze und nur dank dieser sei der preußische Staat ein Muster von Ordnung ge-

³⁹ Der älteste Sohn des Kronprinzen, Prinz Wilhelm, war 1906 geboren; über die Abdankungserklärung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen siehe Anm. 60.

⁴⁰ Siehe oben S. 263 f.

⁴¹ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 1 vom 15. 3. 1919, Sp. 127 f.

wesen; in ihm sei die Autorität zu Hause gewesen, ohne die ein Staatswesen nicht bestehen kann; infolge des Zusammenwirkens von Herrscherhaus und Volk habe sich der brandenburgische und preußische Staat als so stark erwiesen, daß er in unaufhaltsamem Wachstum zum politischen Führer des Deutschtums wurde, das einige Deutsche Reich schmieden und zugleich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete die glänzendsten Leistungen vollbringen konnte.

»Wir warten geduldig ab, bis die Zeit gekommen sein wird, in der kraft des gesunden Sinnes des deutschen Volkes von seiner Mehrheit die Rückkehr zur monarchischen Staatsform für das gegebene gehalten und gefordert wird.«

Das geduldige Abwarten und der Hinweis auf den Mehrheitswillen lag zwar nicht in meinem Sinne. Indessen fehlte in den weiteren Ausführungen nicht die programmatische Ankündigung, handeln zu wollen. Gegenrevolutionäre Bestrebungen lehnte er ab:

»Mit der Hilfe der Mittel des Gesetzes die Wege zu bereiten für eine künftige Wiederaufrichtung der Monarchie in neuer Form, das ist unsere Aufgabe.«

Schwere Bedenken aber hatte ich gegen den Zusatz, daß mit der Rückkehr zur monarchischen Staatsform nicht die Wiederkehr des alten Systems gemeint sei, sondern nur eine Monarchie, »bei der den heutigen Verhältnissen entsprechend das parlamentarische System in voller Geltung ist.«

Allmählich bildete sich bei mir in Fällen, in denen ich Kundgebungen der DNVP nicht voll billigen konnte, eine besondere Taktik heraus. In Besprechungen, zu denen ich Hergt aufsuchte, und in Sitzungen der Parteiorgane vertrat ich meinen Standpunkt klar und eindeutig. In der Öffentlichkeit dagegen verzichtete ich, um den Zusammenschluß der neuen Partei nicht zu stören, wo es irgend möglich war, auf ausdrücklichen Widerspruch. Dagegen bemühte ich mich, die Partei dadurch in meiner Richtung festzulegen und vorwärts zu treiben, daß ich das, was meiner Ansicht entsprach, anerkennend hervorhob. Wo ich die Parteierklärung ergänzen oder berichtigen mußte, tat ich das, so weit als irgend möglich, im Wege der Auslegung und jedenfalls ohne ausdrücklich den Widerspruch hervorzuheben. Solchen Absichten entsprach meine Stellungnahme zu diesen Ausführungen Hergts über den monarchischen Gedanken.⁴²

»Ich freue mich, mit voller Zustimmung auf dasjenige Bezug nehmen zu können, was namens der deutschnationalen Fraktion in Preußen der Staatsminister Hergt darüber gesagt hat. An Gegenrevolution denkt kein Mensch. In schwerem Konflikt der Überzeugung und der Pflichten muß auch der monarchisch gesinnte Politiker – und wer hätte heute nicht die Pflicht zu politischer Arbeit – an dem Ausbau der Republik im einzelnen mitzuarbeiten suchen. Aber die Anhänglichkeit an das Hohenzollernhaus, die persönliche Treue, die dankbare Erinnerung und die monarchische Staatsüberzeugung lassen wir uns, wie Herr Hergt in trefflichen Worten ausgeführt hat, nicht aus dem Herzen reißen. Wir warten darauf, bis das deutsche Volk wieder reif wird und gesund genug wird, um seine monarchischen Grundüberzeugungen auf gesetzlichem Wege in die Tat umzusetzen, und wir Konservativen, so möchte ich hinzufügen, haben in erster Linie die Pflicht, an dieser Gesandung zu arbeiten.«

Aus dem Bestreben heraus entstanden, den Parteistandpunkt der positiven Mitarbeit und des Verzichtes auf Staatsstreich mit monarchischer Grundauffassung in Einklang zu bringen, konnte diese Formulierung vielleicht das Mißverständnis erregen, als wolle ich auf öffentliches Bekenntnis zum Kaisergedanken ganz verzichten. Ausge-

⁴² Kreuz-Ztg. Nr. 131 vom 23. 3. 1919, IP.

rechnet Graf Hoensbroech hat mir dies aus seiner alten persönlichen Gegnerschaft gegen mich in der Broschüre »Zurück zur Monarchie« als kurzichtig und schwächlich zum Vorwurf gemacht.⁴³ Im Zusammenhang mit meiner ganzen politischen Tätigkeit und mit der Rede Hergts, auf die ich ihn verwies, war eine solche Auslegung unbegründet.

In ihren Reden zum preußischen Etat vom 26. und 27. März 1919⁴⁴ griffen dann v. Kardorff und Hergt den in der Nationalversammlung durch v. Delbrück vertretenen Gedanken auf, daß die Revolution gar nicht nötig gewesen sei. Zwar wiederholten sie zu meiner Befriedigung nicht das von ihm geprägte Schlagwort der »demokratischen Monarchie«. In der Sache gingen sie aber eher noch weiter. v. Kardorff erwähnt den monarchischen Gedanken nur in Ausführungen, die in der Hauptsache dem Bekenntnis zum parlamentarischen System gewidmet waren.

»Wir treten auf den Boden des parlamentarischen Systems, nicht als ob wir dieses System für das Ideal einer Staatsverfassung halten, dafür werden wir es nicht halten, und dafür haben wir es nicht gehalten. Wir wissen aber, daß, wenn ein Land sich zum parlamentarischen System entwickelt hat, es dann ein Zurück nicht mehr gibt. [...] Aber selbstverständlich halten wir auch an dem einen fest, daß wir es für das allerwichtigste gehalten hätten, wenn wir nicht eine republikanische, sondern eine monarchische Spitze hätten.«

Hergt vertiefte das von v. Delbrück angeschlagene Thema durch nähere Mitteilungen über die Ende Oktober und Anfang November 1918 im Staatsministerium geführten Verhandlungen und setzte dabei ausführlich auseinander, daß dasjenige, was damals beschlossen und zugestanden worden sei, nur noch in zwei Punkten sich von dem durch die Revolution vom 9. November herbeigeführten Neuerungen unterschieden habe. Der eine war das Wahlrecht der Zwanzigjährigen gewesen, der andere der Übergang zur Republik. Ziel des Mehrheitsantrages im Oktober 1918 sei »im Grunde genommen nichts anderes als ein erblicher Präsident« gewesen.

»Man kann sehr geteilter Meinung darüber sein, ob nicht ein erblicher Präsident außerordentliche Vorteile für die Verfassung darbietet gegenüber dem, was wir heute haben, dem Präsidenten auf Zeit. Jedenfalls hätte man sich, indem man den erblichen Präsidenten in Gestalt eines Hohenzollern behielt, auf einer Grundlage einigen können, auf der das gesamte Deutsche Reich und das gesamte Königreich Preußen in allen Teilen seiner Bevölkerung, auch der Millionen, die noch von monarchischem Gefühle durchdrungen sind, hätten mitmachen können. Da war eine Einheit da; heute ist sie nicht mehr da.«

Als diese Äußerungen fielen, waren die inneren Auseinandersetzungen über den Fortbestand der Konservativen Partei auf ihrem Höhepunkt. Das mag der Grund sein, daß ich damals in der Öffentlichkeit keinen Einspruch gegen das in den Reden vom Februar und März 1919 verkündete »demokratische Kaisertum« erhoben habe. Erst in dem Aufruf des Fünziger-Ausschusses vom 4. Juli 1919 und in meinen Ausführungen dazu⁴⁵ stellten wir dem unsere Forderung des früheren preußischen Königtums und Kaisertums der Hohenzollern entgegen.

Auf dem Parteitag vom 12./13. Juli 1919, der erst die Begründung der DNVP vollendete, wurde die monarchische Forderung nicht ausdrücklich erhoben. Am weitesten ging noch v. Freytaghs Rede in der Diskussion. Hergt trug dem Bedürfnis nach

⁴³ Paul Graf v. Hoensbroech: Zurück zur Monarchie, Berlin 1919, S. 8.

⁴⁴ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 1 vom 26. 3. 1919 (v. Kardorff), Sp. 722 ff.; vom 27. 3. 1919 (Hergt), S. 874 ff., 879.

⁴⁵ Siehe oben Anm. 54, Kap. I/1.

einem monarchischen Bekenntnis am Schluß seiner parteioffiziellen Einleitungsrede Rechnung.⁴⁶

»Nicht nur an Deutschlands Größe wollen wir glauben, wir wollen glauben und vertrauen, daß aus Schutt und Asche der Monarchie wieder ein neues, herrliches Monarchentum herauswächst, und deshalb lassen Sie mich die Sünde begehnen, daß ich unseren Nationaldichter verbessere:

Stürzte auch in Kriegen Flammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutsche Größe bleibt bestehen;
»Kaisertum wird neu erstehen.«

In ihrem warmen Ton trugen diese Worte, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, dazu bei, die Stimmung des Parteitag zu erhöhen. Eine konkrete politische Forderung war in ihnen nicht enthalten. Berichte der Korrespondenz der DNVP über Reden, die Hergt in der Folgezeit im Lande gehalten hat, ergeben in ihrer sehr verkürzten Form so viel, daß er auch dort nicht deutlich von einer Pflicht der Partei zu handeln, sondern von der Erwartung gesprochen hat, daß dereinst das Kaisertum aus dem freien Willen des Volkes wieder eingesetzt werden würde.

Im Lande drängte man Hergt weiter. Der Parteitag des Landesverbandes Mittelschlesien in Breslau, wo Graf Seidlitz und damals auch v. Freytag konservativen Einfluß hatten, gab am 23. September 1919 der Überzeugung Ausdruck⁴⁷, »daß uns aus dem republikanisch-sozialistischen, atheistischen, semitischen Sumpf nur die Rückkehr zur Monarchie, zum Christentum, zum Deutschtum zu retten vermag.« Solche Entschlüsse wurden, wenn der Parteivorsitzende anwesend war, nicht ohne seine Zustimmung gefaßt. In seiner Erklärung dazu scheint er nach dem sehr abgekürzten Bericht der Korrespondenz besonders betont zu haben, daß die Partei nicht an Gegenrevolution denke, sondern den Weg der Verfassung gehen wolle. Der monarchische Gedanke sei auf dem Marsche. »Wenn es das Volk verlangt, werden wir früher oder später die Hohenzollernmonarchie wieder haben.« Ähnlich hat Hergt auf dem sächsischen Parteitag in Dresden⁴⁸ unter begeistertem Beifall ausgeführt, »der Tag, an dem sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes wieder zur Monarchie bekenne«, werde und müsse kommen. Ob er sich darüber geäußert hat, daß die Arbeit für dieses Ziel zum Programm der Partei gehöre und wie sich die Partei die künftige Monarchie denke, geht auch aus diesem amtlichen Redebericht nicht hervor.

Dazu kamen im Herbst 1919 Kundgebungen in der Preußischen Landesversammlung. In der Rede über das sogenannte Ordnungsprogramm vom 26. September⁴⁹, in der sich Hergt für die DNVP zur praktischen Mitarbeit im parlamentarischen System bekannte, erwähnte er den monarchischen Gedanken nicht. Das war durch das Thema vielleicht nicht unbedingt geboten, wurde aber, da es sich um eine allgemeine politische Debatte handelte, erwartet, und Heilmann⁵⁰ versäumte nicht, höhnisch auf die Unterlassung hinzuweisen und die DNVP wegen ihres monarchischen Standpunktes scharf anzugreifen.

⁴⁶ Oskar Hergt: Gegenwart und Zukunft der DNVP. Rede auf dem Parteitag der DNVP in Berlin am 12. u. 13. 7. 1919 (DN-Flugschrift Nr. 21), Berlin 1919.

⁴⁷ Korrespondenz der DNVP Nr. 221 vom 25. 9. 1919, »Der erste Parteitag des Landesverbands Mittelschlesien«.

⁴⁸ Korrespondenz der DNVP Nr. 10 vom 13. 1. 1920.

⁴⁹ Zu Hergts Rede siehe auch Korrespondenz der DNVP Nr. 223 vom 27. 9. 1919.

⁵⁰ Ernst Heilmann: seine Rede: Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 4 vom 26. 9. 1919, Sp. 4409 ff.

Erst in der Etatsrede vom 15. Dezember⁵¹ gab Hergt dem monarchischen Programm der Partei einen konkreteren Inhalt. Auch das geschah in dem Zusammenhang einer Debatte, in der die Partei wegen gegenrevolutionärer Bestrebungen heftig angegriffen und für unfähig erklärt wurde, zu positiver Arbeit herangezogen zu werden. Der Versuch, diese Angriffe zu entkräften, war mir zu temperamentvoll und ging mir schon in der grundsätzlichen Anerkennung des republikanischen Wahlrechtes zu weit. Das Bestreben, die Partei gegen den Vorwurf der Reaktion zu verteidigen, veranlaßte aber Hergt weiter dazu, bei Entwicklung des monarchischen Zukunftsprogramms dem demokratischen Zuge der Zeit in neuer Formulierung entgegenzukommen. Er betonte, von »reaktionärer Monarchie« könne keine Rede sein; die Deutschnationalen wollten

»nicht die alte, die konstitutionelle Monarchie wieder haben [...], sondern eine soziale Volksmonarchie. Meine Damen und Herren, wir denken nicht daran, diese Monarchie anderen aufzuzwingen; wir sind keine Putschisten, wir sind keine Katastrophenpolitiker. Ja, Ihr eigener Redner hat uns ja vorhin die Wege gewiesen, auf denen wir die Monarchie einführen sollen. Er hat richtig bemerkt, daß in der Reichsverfassung der verfassungsmäßige Weg dazu gegeben ist, und wir brauchen nur an das Volk appellieren, und heute schon würde das Volk die Monarchie wählen.«

Die Verhandlungen in der Landtagsfraktion, in der diese Kundgebung festgelegt wurde, scheinen schwierig gewesen zu sein. Als ich etwa ein Jahr später im Reichstag die kaiserliche Familie gegen verleumderische Angriffe verteidigte und meine Rede, ohne die Fraktion zu fragen, damit schloß, daß wir den Hohenzollern die Treue halten wollten⁵², teilte Hergt mir mit, im Dezember 1919 sei die Frage, ob er von der Treue gegen die Hohenzollern sprechen solle, in der Landtagsfraktion lange und erregt debattiert worden. Sie war, wie der Inhalt der schließlich gehaltenen Rede zeigt, verneint worden. Auch sonst konnte ich die Rede nicht billigen. Man mochte sich von der neuen Formel der »sozialen Volksmonarchie« agitatorischen Erfolg versprochen haben; sachlich zu rechtfertigen war sie nicht. Logisch konnte der Gegensatz zwischen »sozialer Volksmonarchie« und einer »reaktionären Monarchie« allenfalls gerechtfertigt erscheinen; politisch war er unglücklich, weil er das Zugeständnis enthielt, daß die Könige von Preußen und Deutschen Kaiser nicht sozial gewesen seien. Der weitere Gegensatz zwischen der »alten, der konstitutionellen Monarchie« und der »sozialen Volksmonarchie« entbehrte aber auch der logischen Begründung. Zur konstitutionellen stand die parlamentarische Monarchie im Gegensatz, die begrifflich beide sowohl sozial wie antisozial sein konnten. Die Form aber, in der Hergt diesen Gegensatz aufgestellt hatte, ließ der Wirkung nach erneut den Schluß zu, daß die DNVP wie in den Reden des März 1919 das »demokratische Kaiserreich« des parlamentarischen Regiments erstrebe. Schließlich fügte der letzte Satz dem »demokratischen Kaisertum« und der »sozialen Volksmonarchie« auch noch ein »Wahlkaisertum« hinzu. All diese Bedenken habe ich in einer Unterredung mit Hergt, wie ich v. Heydebrand berichtete, rückhaltlos vertreten. Öffentlich habe ich auch hier meine Kritik in vorsichtigerer Form gekleidet.⁵³

»Es ist nicht an der Zeit, sich über alle Einzelheiten der Ausgestaltung der künftigen Monarchie den Kopf zu zerbrechen. Die »soziale Volksmonarchie«, die Herr Hergt anstatt der alten konstitutionellen Monarchie fordert, kann, wie sich auch aus Darlegungen im Anfang seiner Rede ergibt,

⁵¹ Wie oben, Anm. 22, Kap. I/3.

⁵² Sten. Ber. RT, Bd. 345 vom 22. 11. 1920, S. 1192 ff.

⁵³ Kreuz-Ztg. Nr. 620 vom 21. 12. 1919, IP.

jedenfalls nicht eine Scheinmonarchie bedeuten, in der das jetzige System der absoluten Diktatur einer Parlamentsmehrheit und der vollständigen Machtlosigkeit der vollziehenden und monarchischen Gewalt bestehen bliebe. Dieses System führt, wie alle Erfahrungen des letzten Jahres bestätigt haben, zur einseitigen Herrschaft der Klasse und der Partei. Darum hat die deutsche Republik keinen Anspruch auf den Ehrentitel eines »sozialen« Staatswesens, da sozial nur der Ausgleich der Rechte und Interessen aller Berufe und Gesellschaftsklassen ist. Den wahren sozialen Grundsatz *sum cuique – Jedem das Seine* – kann nur eine kraftvolle Monarchie eigenen Rechtes, wie es das preußische Königtum und das deutsche Kaisertum war, zur Durchführung bringen.«

Die »soziale Volksmonarchie« Hergts rief in den konservativen Kreisen fast noch größeren Widerspruch hervor als das Ordnungsprogramm. Das trat vielfach an mich heran. In einem der Berichte Everlings an v. Heydebrand werden die Auffassungen wiedergegeben, die wir damals mit einander besprochen hatten.⁵⁴

»Das im Volk immer mehr wachsende Gefühl, daß der, der an der Spitze steht – sei er nun ein Fürst oder ein Revolutionär –, auch wirklich die Macht haben muß, für das Volk zu sorgen, bereitet den Boden zu einer starken Monarchie vor, und wir täten der guten Sache einen schlechten Dienst, wenn wir die »Monarchie mit Einschränkungen und Abstrichen« propagierten. Ein starkes Königtum kann eher direkt aus der Revolution wiedergeboren werden als auf dem Umweg über den Parlamentarismus entstehen.«

v. Heydebrand, mit dem ich damals in ernstest Auseinandersetzungen über die Selbständigkeit der konservativen Partei stand, ließ mir in einem Brief vom 25. Dezember 1919 keinen Zweifel, daß meine Kritik ihm zu milde gewesen war.

»Mit Hergt wird man doch oft noch größere Meinungsverschiedenheiten haben; schon sein damaliges Ordnungsprogramm war in mancher Hinsicht sehr bedenklich und ebenso die nur schlecht verhüllten Anbiederungsversuche, und nun jetzt diese Dinge mit dem sozialen Königtum, dem deutschen Einheitsstaat und dem Umweg zurück auf das gleiche Wahlrecht, der, wenn die Sache nun einmal nicht zu umgehen war, doch sehr anders gefaßt werden mußte!

Ich finde, Sie sind in Ihrer Wochenschau zu glimpflich mit ihm umgegangen und es wäre, vom streng konservativen Standpunkt aus, m. E. noch eine schärfere Abweisung in einem Blatte, das ja jetzt so gut wie unser einziger Moniteur ist, geboten gewesen.«

Neben diesen Auseinandersetzungen lief vom 29. September 1919 bis zum 7. April 1920 meine Mitarbeit an der Ausgestaltung des Parteiprogramms her. Die Verhandlungen endeten in meinem Sinne, soweit es sich um die Ablehnung des parlamentarischen und die Annahme des konstitutionellen Systems handelte. In der monarchischen Frage konnte ich nicht durchsetzen, daß das preußische Königtum und deutsche Kaisertum der Hohenzollern in einer meinen Anschauungen voll entsprechenden Klarheit als Parteiforderung ausgesprochen wurde. Derjenige, der meiner monarchischen Politik wohl den stärksten Widerstand entgegengesetzt hat, war v. Kardorff. Ein glänzender Redner im Parlament und in Versammlungen, Träger des Namens seines Vaters, der als freikonservativer Führer einen großen Ruf genossen hatte, energisch in der Vertretung seines Standpunktes, hatte er in der Landtagsfraktion anscheinend großen Einfluß. In dem Bemühen, die verschiedenen Elemente der Partei zusammenzuhalten, schenkte Hergt ihm als dem Vertreter der Idee rückhaltloser Einstellung auf die neue Zeit und der liberalen Richtungen besondere Berücksichtigung. Nachdem die Entscheidung über das Parteiprogramm im April 1920 gefallen und v. Kardorff mit einigen seiner engeren Freunde aus der Partei ausgeschieden war, traten die dabei ausge-

⁵⁴ Abgesehen vom folgenden wird in diesem Bericht die Rede Hergts als »in vielen Punkten trefflich« bezeichnet.

tragenen Gegensätze, wie das oft zu geschehen pflegt, in den Hintergrund. Meinungsverschiedenheiten über das monarchische Programm der Partei und über Art und Maß seiner Vertretung bestanden fort. Ein ernster Streit darüber entstand erst wieder im Jahre 1928. Der »Fall Lambach« gab mir Anlaß zu grundsätzlichen Ausführungen, in denen ich meinen Standpunkt festhielt.⁵⁵

Das Versagen eines Trägers der Krone ist noch kein Gegenbeweis gegen das monarchische Prinzip. Menschliche Unzulänglichkeit, Mangel an Kraft, verhängnisvolle und unverzeihliche Charakterfehler des Staatsoberhauptes, sträflicher Eigennutz, Uneinigkeit und Intrigen seiner Umgebung und Ratgeber sind bei keinem Regierungssystem ausgeschlossen. Die Sicherheit dagegen, die durch erbliche Veranlagung eines bewährten Geschlechtes und durch die Überlieferungen seiner Politik und seiner autoritären Stellung geboten wird, ist größer als bei den Trägern einer Staatsgewalt, die ihr Entstehen der Massenwahl oder diktatorischer Gewalt verdankt. Nun weist die Geschichte Beispiele ganzer Dynastien auf, die Geschlechterfolgen hindurch versagt und dadurch, als sie stürzten, ihren Führeranspruch verwirkt hatten, und bei denen der letzte Monarch schließlich mehr den Fehler seiner Vorfahren als eigener Schuld zum Opfer fiel. Für das Geschlecht der Hohenzollern traf das am 9. November 1918 nicht zu. Wenn ich meine Hörer daran erinnern wollte, habe ich nicht selten Bogislav v. Selchows Gedicht »Die Hohenzollern« angeführt.⁵⁶ Das Verdienst um Preußen und Deutschland und das Vertrauen, das die Hohenzollern sich durch die Taten des Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen, Wilhelms I. erworben haben, sind dadurch nicht ausgelöscht worden, daß andere Herrscher das überragende staatsmännische und kriegerische Genie der ganz Großen ihres Geschlechtes nicht erreicht haben. Auch unter ihnen hat sich viel überdurchschnittliche Begabung gefunden. Sie alle mit einzelnen Ausnahmen, zu denen der gestürzte letzte Träger der Krone nicht gehört, sind in den fünf Jahrhunderten ihrer Herrschaft von der Überlieferung ihres Hauses und Staates getragen, auf hoher Warte stehende, pflichtbewußte Diener des Staates gewesen. Der Wechsel vorwärts stürmender Kraftnaturen mit Persönlichkeiten, die ihr Erbe sorgsam und vorsichtig verwalteten und ausbauten, hat dazu beigetragen, daß Preußen immer wieder nach Rückschlag und Not sein Haupt erheben konnte. Einen Byzantinismus, der den jeweiligen Inhaber der Staatsgewalt, sein Haus, seine Umgebung mit göttlichem Glanz umgibt, hat es zu jeder Zeit gegeben. Die Vorwürfe, die man in dieser Beziehung der Kaiserzeit macht, sind stark übertrieben. Wer sich aber mit der Hohenzollernhetze beschäftigt, sieht, daß sie auch ohne byzantinische Auswüchse offizieller Geschichtswissenschaft nicht unterblieben wäre. Aber erleichtert worden ist sie durch jene Art der Darstellung, die nur Bewunderung für die Vollkommenheiten des Monarchen und seiner Familie und Begeisterung für jede, auch die kleinste und selbstverständlichste ihrer Handlungen zu erwecken und jeden Fehler, jede menschliche Unvollkommenheit, jede persönliche Reibung und Schwierigkeit zu verschweigen suchte. Ich habe das in der Revolutionszeit als Erschwerung meines Kampfes empfunden, den ich in der Überzeugung führte, daß wahre Treue zum Kaiserhaus es ermöglichte, auch die ungeschminkte historische Wahrheit zur Erhaltung der monarchischen Gesinnung nutzbar zu machen. So bemühte ich mich, den Massen begreiflich zu machen, daß der Monarchismus Preußen-Deutschlands grundsätzlich

⁵⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 26. 6. 1928. Vgl. dazu HILLER, Monarchismus, S. 160 ff., 183 mit Anm. 88 ff.

⁵⁶ Bogislav v. Selchow: Das Gedicht ist abgedruckt in seiner Sammlung: Der Ruf des Tages. Gedichte, 2. Folge: Von Trotz und Treue, Marburg 1924, S. 15.

gerechtfertigt und darum nicht allein Personenfrage sei. Der Mißerfolg, den ich mit solchen Ausführungen hatte, konnte mich nicht von ihrer Unrichtigkeit überzeugen.

Massenpolitik ist aber nicht durchgeführte Logik, sondern angewandte Massenpsychologie. Eine geschickt bearbeitete Masse bewertet die monarchische Staatsform ausschließlich nach dem Urteil über den jeweiligen oder letzten Monarchen, und diese Auffassung entspricht so sehr primitivem Empfinden und ist so allgemein verbreitet, daß sie, wie ich in meiner politischen Arbeit nach der Novemberrevolution erfahren habe, ihrer Wirkung nicht entkleidet werden kann. Selbst v. Kardorff unterlag dieser Wirkung, wie seine Briefe über das Parteiprogramm zeigten, während v. der Osten ihr mit denselben Gründen wie ich entgegentrat.⁵⁷ Dem Gesetz der Massenpsychologie entsprach der Eifer und Erfolg, mit der revolutionäre, republikanische, klassenkämpferische Agitation der Sozialdemokratie von jeher den Machtkampf gegen die Monarchie mit dem Mittel persönlicher Herabsetzung bestritt. Welchen Wert sie darauf legte, zeigt schon der Titel von Maurenbrechers um die Jahrhundertwende erschienenen »Hohenzollern-Legende«⁵⁸, eines zweibändigen Werkes von über 1 100 Seiten großen Formates, in dem in Form wissenschaftlicher Darstellung alles zusammengetragen ist, was der Verfasser für geeignet hält, um die heroische, nationale, soziale »Legende« – diese auch hinsichtlich der Arbeiterpolitik Kaiser Wilhelms II. – zu widerlegen und Preußen durch die Jahrhunderte hindurch als den Staat des Junkertums und des Absolutismus zu brandmarken. Nimmt die persönliche Verunglimpfung einschließlich der Erzählung von Schmutzgeschichten schon in diesem Werk einen breiten Raum ein, so bildete sie den hauptsächlichen Inhalt für die Hohenzollern-Hetze der sozialdemokratischen Agitation in Wort und Schrift. Sie richtete sich in einer durch die Praxis der Verfolgung von Majestätsbeleidigungen kaum noch gehemmten Schärfe gegen den regierenden Kaiser. Der Erfolg war durchschlagend. Schon in ruhigen Zeiten waren Kraft und Wärme monarchischer Gesinnung der Volksmasse nicht so sehr von grundsätzlichen Erwägungen wie von der Achtung und dem Vertrauen zum gegenwärtigen Träger der Krone und von der populären Art und dem Glanz seines persönlichen Auftretens abhängig gewesen. Als es sich dann im Oktober 1918 in der Zeit schwerer Not, wie sie selten ein Volk getroffen hat, und unter dem Druck der Drohungen und Forderungen Wilsons um den Bestand der Monarchie handelte, war das Ohr fast des ganzen

⁵⁷ Kardorff schrieb am 21. 12. 1919 an Westarp: »In der Frage der Monarchie stehe ich, das werden Sie mir zugeben, ganz auf Ihrem Standpunkt, d. h. auch ich wünsche die Wiederherstellung des Kaisertums und Königtums der Hohenzollern. Ich bin mir aber im Zweifel, ob es opportun ist, diese Forderung klipp und klar in das Programm aufzunehmen. Auch hier wird uns die Abhängigkeit von der Entente im Interesse unserer selbst und damit im Interesse des Landes zur Vorsicht mahnen müssen. Hierzu kommt, daß wir uns darüber im klaren sein müssen, daß der Zusammenbruch der Monarchie ein ungewöhnlich schmählicher war.«

Für Oskar v. der Ostens Auffassung siehe den Auszug aus seinem Brief vom 9. 1. 1920 an Kardorff oben in Anm. 20, Kap. I/3. Es heißt in dem Brief weiter: »Über dem furchtbaren Unheil der Gegenwart und dem vielleicht noch größeren einer nahen Zukunft werden die Fehler des letzten Kaisers bald im Bewußtsein des Volkes entschwinden und mit Recht die großen Verdienste der Familie der Hohenzollern in der Sehnsucht des Volkes neu erwachen. Es ist ja auch eine alte Erfahrung, daß gute Herrscher mit schlechten abwechseln und daß wir alle Aussicht haben, demnächst in dem ältesten Enkel des Kaisers wieder einen tüchtigen Monarchen an der Spitze zu sehen. [...] Das bayerische Haus, das einzig in Frage käme, ist durch seinen katholischen Charakter für den größten Teil Preußens unerträglich. Im übrigen haben aber auch weder die süddeutschen Fürsten noch die süddeutsche Bevölkerung jemals in unserer Geschichte staatenbildende Kraft gezeigt.«

⁵⁸ Max Maurenbrecher: Die Hohenzollern-Legende. Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert, 2 Bde., Berlin 1905/06.

Volkes der Stimme der Vernunft vollständig verschlossen und der Ruf »Abdanken soll er« durch die persönliche Hetzpropaganda der Kriegsfeinde und der inneren Revolutionäre zur allgemeinen Suggestion geworden.

Nach einer Revolution, die zum Sturz der Monarchie geführt hat, können eine monarchische Bewegung und ihre Führer nur für eine fernere Zukunft arbeiten und auf praktischen Erfolg in der Gegenwart nicht rechnen, solange es ihnen nicht möglich ist, die Person eines Prätendenten auf den Schild zu erheben. Das habe ich nach 1918 immer aufs neue erfahren müssen und als die tiefste Tragik der monarchischen Bewegung in der November-Republik empfunden.

Das Eintreten für einen bestimmten, wieder einzusetzenden Monarchen wurde schon wesentlich dadurch erschwert, daß der Kaiser und der Kronprinz ausdrücklich abgedankt hatten. Der Nachweis, daß die von Prinz Max von Baden veröffentlichte Bekanntgabe der Abdankung unwahr gewesen war⁵⁹, änderte an dieser Tatsache nichts. Denn der Kaiser hatte am 28. November, der Kronprinz am 1. Dezember 1918 in Holland eine Abdankungserklärung vollzogen und den Volksbeauftragten zur Verfügung gestellt.⁶⁰ In Gesprächen mit Kriege waren wir uns einig, daß der Entschluß zur formellen Abdankung tief zu bedauern sei und verhängnisvolle Folgen für die monarchische Bewegung haben müsse. Über die Motive des Kaisers und des Kronprinzen waren wir im Unklaren. Sollten sie geglaubt haben, durch ihre Abdankung die Friedensaussichten und inneren Verhältnisse Deutschlands zu bessern, so hielten wir diese Hoffnung für unbegründet, und besonders Kriege machte es Solf und Simons zu schwerem Vorwurf, daß sie die Abdankung mit dieser Begründung betrieben und erreicht hätten. Es lag für uns nahe und war besonders niederdrückend, dabei auch an die furchtbare Zwangslage denken zu müssen, in die Kaiser und Kronprinz infolge der Auslieferungsforderung der Feinde durch die Rücksicht auf das ihnen Gastrecht gewährende Holland versetzt waren.⁶¹ In dem 1922 erschienenen Erinnerungsbuch⁶² spricht sich der Kronprinz selbst über die Erwägungen aus, die ihn veranlaßt haben, das Ersuchen der Regierung um formelle Abdankung zu erfüllen. Die äußere Zwangslage erwähnt er nicht. Daß er geglaubt hat, durch seinen Verzicht die Einigkeit und Kraft des Volkes fördern zu müssen und zu können, geht aus seinen Aufzeichnungen hervor. Aber ebenso wie ich diesen Gedanken für irrig hielt, konnte ich den Ausführungen nicht folgen, daß er habe verzichten müssen, weil er das Vertrauen des Volkes nicht mehr habe, und daß er mit der Abdankung nichts von den höheren freien Rechten preisgegeben habe, dem Rufe zu folgen, wenn er jemals aus dem Willen der Mehrheit an ihn ergehen sollte. Nicht der durch den Zusammenbruch verursachte Verlust des Vertrauens einer Nation, die nicht mehr bereit war zu folgen, und nicht der Wille einer zukünftigen Mehrheit durften für seinen Entschluß maßgebend sein, sondern nur sein und seines Hauses historisches Recht, die Überzeugung, daß dessen Aus-

⁵⁹ Siehe hierzu WESTARP, Ende der Monarchie, S. 69–92. Veröffentlichung des nachträglichen »Protokolls« am 27. 7. 1919 in der Presse (z. B. Kreuz-Ztg. Nr. 348). Frühere Einzeläußerungen: Hindenburg, Kreuz-Ztg. vom 19. 3. 1919, »Warum der Kaiser nach Holland ging«; Westarp Nr. 126 vom 20. 3. 1919, »Die gefälschte Abdankungserklärung vom 9. November«.

⁶⁰ Texte abgedruckt in: HUBER, Dokumente II, S. 512 ff.

⁶¹ Es mußte noch geprüft werden, ob dem Kaiser und dem Kronprinzen Ende November schon eine Auslieferungsforderung bekannt war.

⁶² Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen, hrsg. v. Karl Rosner, Stuttgart/Berlin 1922, S. 341 ff.

übung für Preußen-Deutschland eine Lebensnotwendigkeit war, und die Pflicht, wie seine Vorfahren erster Diener des Staates zu sein.

Die durch die Abdankungen geschaffene Lage ist in den monarchischen Kreisen viel erörtert worden. Das in das preußische Staatsrecht aufgenommene Hausgesetz der Hohenzollern, nach dem sich auch die Thronfolge des Kaiserreiches regelte⁶³, ließ den Widerruf einer gültigen Abdankung nicht zu. Denn mit der Abdankung war der nächste Anwärter unmittelbar König und Kaiser geworden, so daß er erst hätte abgesetzt werden müssen, wenn der Widerruf der Abdankung seines Vorgängers praktische Wirkung haben sollte. Legitimisten wie v. Bonin erklärten fest und ausdrücklich, »seit dem 1. Dezember 1918 ist der bisherige Prinz Wilhelm mein König«. Er war am 4. Juli 1906 geboren, also damals zwölf Jahre alt. Das Ziel einer Restauration hätte bis zu seiner Volljährigkeit nur eine Regentschaft sein können. Auch die Persönlichkeit des Regenten stand fest, und gelegentlich angestellte Erörterungen, ob ein anderer Prinz geeigneter sei als Prinz Eitel Friedrich, waren, wenn man am Rechtsstandpunkt festhielt, gegenstandslos. Es mußte ernste Zweifel erregen, ob die Regentschaft, wer immer Regent war, und vielleicht noch mehr, ob die Regierung eines mit achtzehn Jahren mündig gewordenen Königs und Kaisers der übergroßen außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten Herr werden konnte, die mit seiner Wiedereinsetzung verbunden sein und ihr folgen mußten. Man konnte vielleicht hoffen, daß das unter ganz besonderen Umständen persönlicher und sachlicher Art möglich sein werde, oder auch befürchten, daß die Rückkehr zur Monarchie lange genug auf sich warten lassen werde, um die aus der Jugend des Prinzen Wilhelm folgenden Bedenken überholt erscheinen zu lassen. Natürlich folgte man mit brennendem Interesse der Entwicklung des jungen Prinzen, über dessen Erziehung durch die Kronprinzessin und den Gouverneur man viel Gutes hörte.⁶⁴ Eine Verantwortung dafür, daß der Weg über seine Persönlichkeit zum Ziele der Wiederherstellung einer festen Königs- und Kaisergewalt führen werde, konnte man nicht übernehmen, und agitatorisch war damit selbst in weiten monarchischen Kreisen, geschweige denn bei den Massen, gar nichts anzufangen.

So wurde denn vielfach erörtert, ob die Abdankungen nicht doch rückgängig zu machen seien. Ein Gutachten eines Landgerichtsrates Simon aus Königsberg, das der »Aufrechte« in vervielfältigten Exemplaren nach Rückkehr des Kronprinzen verbreitete⁶⁵ ging davon aus, Kaiser und Kronprinz seien bei Abgabe der Abdankungserklärungen zwar nicht kriegsgefangen, aber in ihren politischen Entschließungen nicht frei gewesen. Deshalb sei ihre Abdankung nicht rechtsverbindlich. Solange sie beide durch ihre Unfreiheit auch an der Regierung verhindert gewesen seien, sei Prinz Eitel Friedrich zur Regentschaft berufen gewesen. Nachdem der Kronprinz seine Freiheit wieder erlangt habe, sei er der Regent, wenn auch wegen der republikanischen Machtverhältnisse nicht de facto, so doch de jure. In ihm als dem zukünftigen König müsse die politische Arbeit der monarchischen Bewegung ihren Mittelpunkt und rechtmäßigen Führer erkennen. Das sei auch politisch zweckmäßig, weil er nicht in dem gleichen

⁶³ Diese Auffassung war nicht unbestritten; vgl. hierzu das Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Ritter v. Dandl an den Gesandten Graf Lerchenfeld vom 29. 10. 1918, abgedruckt in: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S. 422 f.

⁶⁴ Vgl. z. B. Stresemanns Urteil, zitiert von Klaus W. Jonas: Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt a. M. 1962, S. 205.

⁶⁵ Ein Exemplar im Nachlaß Westarp.

Maße wie der Kaiser mit dem Niederbruch von 1918 in Verbindung gebracht werde. Grundsätzlich hielt ich die Frage, ob die Rechtsverbindlichkeit der Abdankungen zu verneinen sei, schon mit Rücksicht darauf, daß man an einem Königswort nicht drehen und deuteln dürfe, für wenig geeignet, in die Debatte geworfen zu werden. Indessen wäre ich auch bereit gewesen, anzuerkennen, daß durch die weitere geschichtliche Entwicklung Umstände eintreten konnten, die eine Rückkehr zum König- und Kaisertum in so hohem Maße ermöglichten und dringend machten, daß man auch über die grundsätzlichen Bedenken, die einer Zurücknahme der Abdankungserklärungen im Wege standen, hinweggehen könne und müsse.

Ich hatte gegen jede auf eine ferne und ungewisse Zukunft abgestellte Eventualerörterung Bedenken, die in diesem Falle noch besonders verstärkt wurden. Beschäftigte man sich schon jetzt ernstlich mit der Möglichkeit, die Abdankungen rückgängig zu machen, so trat sofort die weitere Frage in den Vordergrund, ob die Wiedereinsetzung des Vaters oder des Sohnes zu erstreben sei. Sie bewegte viele Gemüter in hohem Maße. Die Persönlichkeiten, die unbedingt an der Rückkehr Kaiser Wilhelms II. selbst auf dem Thron festhielten, waren zwar zunächst nicht sehr zahlreich, aber von Bedeutung. Am dringendsten vertrat bei mir diesen Gedanken bis zuletzt v. Dommes. In der Öffentlichkeit stellte sich der Bund der Aufrechten anfangs zögernd und andeutend, dann immer klarer auf diesen Standpunkt.⁶⁶ In den ersten Jahren liefen Nachrichten um, daß der Kaiser selbst in seiner temperamentvollen Art geäußert habe, er werde noch selbst auf den Thron zurückkehren. Wie weit sie den Tatsachen entsprachen, weiß ich nicht.⁶⁷ Bei einer Audienz, zu der mich die Kaiserin Hermine⁶⁸ im Jahre 1927 in ein Hotel in Dresden einlud, schien es mir, als ob es ihr vornehmlich darum zu tun sei, von mir zu erfahren, welche Gruppen innerhalb der monarchischen Kreise sich für den Kaiser oder den Kronprinzen einsetzten, wie weit der Hof des Kronprinzen daran beteiligt sei und wie ich und die DNVP zu dieser Frage stehe. Ich hielt es für meine Pflicht zu erwidern, daß zu meinem tiefen Schmerz die Zeit, wo die Frage praktisch zu entscheiden sein werde, noch gar nicht abzusehen sei und daß ich es deshalb für unzumutbar halte, vorzeitig dazu Stellung zu nehmen. Es gab einen Augenblick, wo ihr Drängen mich in Versuchung führte, auszusprechen, man könne ja noch gar nicht wissen, wer von den beiden zur Zeit einer möglichen Wiedereinsetzung der Hohenzollern noch leben werde. Das habe ich nicht getan, hatte aber den Eindruck, auch so Anstoß erregt zu haben, und hörte später gelegentlich, man rechne mich in den Kreisen der Kaiserin Hermine zur »Kronprinzen-Partei«.

Bei den parlamentarisch und agitatorisch tätigen Persönlichkeiten herrschte so gut wie allgemein die Meinung vor, es sei ganz unmöglich, daß der Kaiser selbst jemals wieder zur Regierung gelangen könne⁶⁹, und man müsse der öffentlichen Meinung so weit Rechnung tragen, daß man das auch offen ausspreche. Hier wurde vielfach geltend gemacht, der Kronprinz sei nicht so belastet wie der Kaiser und vermöge seines jüngeren Alters, seines gesunden Urteils und nach der harten Schule, die er durchge-

⁶⁶ Zeitschrift des Bundes der Aufrechten »Der Aufrechte«; sie erschien (mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer 1922) bis 1938, während der Bund wegen eines in ihr erschienenen Artikels von 1922 bis 1932 aufgrund des Republikschutzgesetzes verboten war.

⁶⁷ Vgl. dazu bestätigend: Sigurd v. Ilsemann: Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., hrsg. v. Harald v. Koenigswald, 2 Bde., München 1967/1968.

⁶⁸ Bericht Westarps über die Unterredung: Brief vom 26. 6. 1927.

⁶⁹ Siehe z. B. Kardorffs Auffassung (wie Anm. 57); ferner zahlreiche Briefe mit dieser Ansicht im Nachlaß Westarp.

macht habe, der Prätendent, für den allein man sich mit Aussicht auf Erfolg einsetzen könne und der für eine gesunde Entwicklung der Zukunft Gewähr biete. Als unbedingte Anhänger des Kronprinzen sind in der Literatur unter anderem sein ehemaliger Adjutant Anker⁷⁰, ferner Freiherr v. Eppstein⁷¹ und Freiherr v. Hünefeld⁷² hervorgetreten. Auch Stresemann schien mir, solange er sich noch für den monarchischen Gedanken einsetzte, den Kronprinzen als den künftigen Thronanwärter anzusehen.⁷³

Bei der Unsicherheit aller tatsächlichen Verhältnisse schien mir sachlich der Versuch, der monarchischen Werbearbeit dadurch eine größere Stoßkraft zu geben, daß man sie für eine bestimmte Persönlichkeit als den künftigen Kaiser und König einsetzte, praktisch nutzlos zu sein, aber die Gefahr mit sich zu bringen, daß die Kreise, die überhaupt noch für den monarchischen Gedanken eintraten, sich in die drei Gruppen der Anhänger von Vater, Sohn und Enkel spalteten. Ich sah keinen anderen Ausweg als den, die Wahl zwischen diesen drei für mich allerdings allein in Frage kommenden Anwärtern soweit als möglich offen zu lassen. Ein Brief vom 8. Januar 1920 an Dr. Ellenbeck⁷⁴, der mir die damals sehr weit verbreiteten Bedenken gegen die Betonung des Kaisertums der Hohenzollern auseinandergesetzt hatte, enthält diese oft von mir ausgegebene Parole, allerdings in einer Form, in der ich der Auffassung, die Rückberufung des Kaisers selbst sei unmöglich, noch mehr entgegengekommen bin, als ich das später für sachlich zutreffend und taktisch richtig gehalten habe.

Als das schwerste Hindernis, das der Rückkehr der Massen und dem Bekenntnis führender Persönlichkeiten zum Gedanken des König- und Kaisertums der Hohenzollern entgegenstand, erwies sich praktisch doch die Verurteilung der Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. Durch die Agitation der äußeren Feinde, die sie zur Niederwerfung Deutschlands ausnutzen konnten, nicht minder aber durch die geradezu beispiellose verräterische Hetze im eigenen Volke, war die Erregung gegen ihn zu fanatischem Haß und hohnvoller Mißachtung gesteigert worden. Ohne Hemmung wurde die persönliche Hetze auf das Kaisertum als solches und die Hohenzollerndynastie übertragen. Dagegen half und hilft die staatspolitische und geschichtliche Begründung des monarchischen Gedankens wenig oder nichts. Psychologisch mindestens ebenso wichtig ist das Gelingen des Versuches, das so furchtbar entstellte Bild der Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. von den Flecken zu reinigen, mit denen eine ebenso zielbewußte wie gehässige Agitation es beschmutzt hat. Das war und ist eine unerläßliche Aufgabe jeder Bewegung und Partei, die überhaupt noch an dem monarchischen Gedanken festhält.⁷⁵

Das Eintreten für den Kaiser betrachtete ich aber gleichzeitig als eine Pflicht der Treue gegen den in tiefstes Elend geratenen Monarchen, die viele seiner Angreifer in Zeiten des Glanzes oft und laut versichert hatten. Es ist ein Gebot auch der Dankbar-

⁷⁰ Kurt Anker veröffentlichte 1919 das Buch »Kronprinz Wilhelm« (Berlin).

⁷¹ Georg Frhr. v. Eppstein veröffentlichte 1926 in Leipzig »Der deutsche Kronprinz«, Bd. 1: Der Mensch, der Staatsmann, der Geschichtsschreiber.

⁷² Ehrenfried Günther Frhr. v. Hünefeld veröffentlichte das Buch: Der Kronprinz im Exil. Stimmungsbilder aus Holland, Berlin, 2. Auflage 1922.

⁷³ Vgl. dazu Henry A. Turner: Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin/Frankfurt 1968; Anneliese Thimme: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover/Frankfurt a. M. 1957. Bezeichnend der Untertitel einer neueren Stresemann-Biographie: Kurt Koszyk: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989.

⁷⁴ Hans Ellenbeck; der Brief an ihn ist abgedruckt bei THIMME, S. 182 ff.

⁷⁵ Über Westarps eigene Arbeiten hierzu – Rezension zahlreicher Literatur über den Kaiser – in den Jahren 1937–1941 siehe am Ende dieses Kapitels.

keit für das, was er seinem Volke gewesen, der Würde des deutschen Volkes, nicht minder aber der geschichtlichen Wahrheit, die nicht durch die Schmutzfluten des Hasses der äußeren Feinde Deutschlands und der Träger der Revolution für immer getrübt werden darf. Das Gebrüll, das mir in fast jeder meiner Versammlungen besonders laut entgegen tönte, wenn ich mich vor die Persönlichkeit des Kaisers stellte, aber auch besorgte Vorstellungen aus den eigenen Reihen, man schade dadurch der Partei oder der vaterländischen Bewegung, konnte mich in keinem Augenblick in der Erfüllung dieser Pflicht irremachen.

Auch die Nachwirkungen einer Vergangenheit, in der manches trennend zwischen dem Kaiser und der Konservativen Partei gestanden hatte, durfte uns nicht hindern, jetzt ohne jeden Rückhalt für ihn einzutreten. [...] Schon in der Schilderung der Vorkriegszeit habe ich nachgewiesen, daß das persönliche Verhältnis zum Kaiser unsere monarchische Haltung nicht beeinflußt hat.⁷⁶ Um so weniger konnte und durfte irgendeine Entfremdung, irgendein Gegensatz früherer Zeit auf unser Verhalten einen Einfluß üben, nachdem das Kaisertum gestürzt, der Kaiser aber in persönliche Gefahr und Not geraten und jeder Beschimpfung und Verleumdung wehrlos ausgeliefert worden war. Nun erst konnte die oft gelobte Treue sich bewähren. Während der Regierungszeit des Kaisers konnten politische Gründe es unerlässlich machen, die kaiserliche Politik anzugreifen. Führte das zu einer Kritik an seiner Person, so mußte sie mit der größten Zurückhaltung geübt werden, die mit der politischen Aufgabe noch vereinbar war. Jetzt kam es nur noch darauf an, die allgemeine agitatorische Hetze, der er ausgesetzt war, zu bekämpfen und die eigene Kritik höchstens noch insoweit auszusprechen, als es notwendig war, Verteidigung und Anerkennung glaubhaft und wirksam zu machen.

Für selbstverständlich hielt ich es, in der »Kreuzzeitung« am ersten Geburtstag des Kaisers nach dem Umsturz des im Elend der Fremde lebenden Herrschers zu gedenken. Der 27. Januar 1919 war noch dazu der 60. Geburtstag des Kaisers, und mit tiefem Schmerz konnte man sich ausmalen, wie dieser Tag in Friedenszeiten oder gar nach glücklichem Ausgang des Krieges gefeiert worden wäre.⁷⁷

In der sachlichen Verteidigung des Kaisers kam es unter der noch frischen Wirkung des 9. November besonders darauf an, die Vorwürfe zu entkräften, die in ebenso gehässiger wie bei den Massen wirksamer Weise gegen den Kaiser wegen seiner »Flucht nach Holland« erhoben wurden. Dazu diente meine Mitarbeit an dem Protokoll vom 27. Juli 1919, das zur Grundlage der Aufklärung über die Vorgänge in Spa geworden ist.

Im politischen Kampf ergab sich bis in das Jahr 1920 hinein die bittere, nach der Annahme des Versailler Diktates immer dringender hervortretende Notwendigkeit, den Kaiser gegen die Auslieferungsforderung in Schutz zu nehmen. Die in dieser Lage geradezu verräterische, von der Regierung veranlaßte Veröffentlichung Kautskys aus den amtlichen Akten⁷⁸ gefährdete nicht nur den Kaiser. Indem sie ihn mit der Schuld am Ausbruch des Krieges zu belasten suchte, setzte sie das ganze deutsche Volk der Gefahr aus, sich der schmachvollen Auslieferungsforderung beugen und die Schuldlü-

⁷⁶ Dazu WESTARP I, S. 348–352: weder »die persönlich unbefriedigenden Beziehungen« noch »die politischen Bedenken gegen Reden und Handlungen des Kaisers« hätten die Konservativen in ihrem »sachlichen und rednerischen Einsetzen für die Monarchie« gehemmt.

⁷⁷ Darüber Kreuz-Ztg. Nr. 38 vom 26. 1. 1919, IP.

⁷⁸ Siehe unten S. 455.

ge hinnehmen zu müssen. Mir gab sie den Anlaß, auch über die oft erörterten Randbemerkungen des Kaisers Klarheit verbreiten zu helfen.⁷⁹

Auch die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit dem Königshaus, die uns noch fast ein Jahrzehnt hindurch beschäftigt hat, nahm Anfang 1920⁸⁰ eine Form an, die mir zu grundsätzlichem Eintreten für den Kaiser und sein Haus Anlaß gab. Über die Sonderung des Hausvermögens und des Privatbesitzes der Hohenzollern von dem Staatsvermögen, von dem sie zur Erfüllung ihrer Herrscheraufgabe den Nießbrauch gehabt hatten, war ein Vergleich abgeschlossen worden, den die preußische Regierung der Landesversammlung vorlegte.⁸¹ Die dem Staat zufallenden Werte waren sehr erheblich, obwohl die Hohenzollern seit Friedrich Wilhelm I. und endgültig 1820 – früher als die meisten anderen Häuser – ein großes Grundvermögen als Domänenbesitz an den Staat übertragen haben. Im einzelnen gab es viele streitige Rechtsfragen. Auch die sozialdemokratischen Minister Hirsch, Südekum und Haenisch – nicht Braun – hatten anerkannt, daß der Vergleich dem Staat mehr bot, als durch gerichtliche Klage zu erreichen gewesen wäre. Die Unabhängigen forderten⁸², daß »die ehemaligen regierenden Fürstenhäuser zugunsten des Staates ihres gesamten Vermögens für verlustig erklärt werden« sollten und benutzten auch diesen Anlaß zu einer Hetze, die an Umfang, Gehässigkeit und Verlogenheit keine Grenzen kannte. Diesem Druck beugte sich die Sozialdemokratie. Sie beschloß den von ihren Ministern abgeschlossenen Vergleich abzulehnen und ein Reichsgesetz zu fordern⁸³, durch das für die Enteignung des preußischen Königshauses die Vorschriften des Art. 153 RV über eine angemessene Entschädigung und über deren Festsetzung im Rechtsweg außer Kraft gesetzt werden sollten. Den bürgerlichen Parteien drohten sie mit Bruch der Koalition, falls sie sich dieser Forderung nicht fügen sollten. In der »Kreuzzeitung« eröffnete Wendland im Einvernehmen mit mir einen heftigen Widerstand gegen die sozialdemokratische Forderung. Juristisch handelte es sich neben den Rechtsverhältnissen des Privat-, Haus- und Staatsvermögens um den Nachweis, daß das Vermögen des Königshauses verfassungsmäßig überhaupt nicht Gegenstand der Enteignung war. Denn die Voraussetzung, daß diese nur zum »Wohle der Allgemeinheit« zulässig war, traf nicht zu, wenn es sich lediglich um fiskalische Interessen handelte. Ich griff mit einem Aufsatz ein⁸⁴, in dem ich nach der rechtlichen die koalitionspolitische Seite des Beschlusses der SPD und im Zusammenhang damit seine grundsätzliche Bedeutung für den Schutz des Eigentums dem Bürgertum vor Augen führte.

»Sie droht offen mit der Sprengung der Regierungskoalition und mit der Strafe, wenn die bürgerlichen Parteien von ihrer Mehrheit Gebrauch machen sollten, um den Vergleich anzunehmen. Demokratie schließt ja bekanntlich die Herrschaft der Minderheiten aus. Die Haltung, die das Zentrum und die Demokraten einnehmen werden, ist von entscheidender grundsätzlicher Bedeutung. Es handelt sich um nichts weniger als um die Frage, ob diese beiden Regierungsparteien überhaupt noch gewillt sind und ob sie unter dem Drucke der herrschenden Sozialdemokratie in der Lage zu sein glauben, das Privateigentum unverletzt zu halten. Das Gesetz, das die Sozialdemokratie ver-

⁷⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

⁸⁰ Hierzu: Kreuz-Ztg. Nr. 114 vom 2. 3. 1920, »Die Auseinandersetzung mit dem Königshaus«; Konservative Monatsschrift 1920, S. 297 ff., »Die Vermögensauseinandersetzung mit dem Königshaus«.

⁸¹ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 5, S. 1722 (Entwurf vom 26. 1. 1920).

⁸² Ebd., Anlagen-Bd. 6, S. 1909 (Antrag Hoffmann und Genossen vom 19. 2. 1920).

⁸³ Vgl. hierzu: Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, bearbeitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970, S. 199 mit Anm. 16.

⁸⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 114 vom 2. 3. 1920.

langt, würde einen einfachen Raub von unstreitigem Privateigentum in Gesetzesform bedeuten. Gewiß handelt es sich nur um einen einzelnen Fall. Der ›Vorwärts‹ (27. Februar Nr. 106) droht auch damit, daß ein großer grundsätzlicher Kampf um die Berechtigung des Privateigentums an Grund und Boden und sonstigen Produktionsmitteln von ihr entfacht werden würde, falls die bürgerlichen Parteien in dem Falle des Königshauses nicht nachgeben. Abgesehen davon, daß beim Königshaus nicht nur das Eigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln, sondern auch an Kunstschätzen und sonstigem Kapital in Frage gestellt wird, würde es ein verhängnisvoller Irrtum sein, wenn die bürgerlichen Regierungsparteien glauben sollten, ihre Stellung in dem Kampf um das Eigentum durch Nachgiebigkeit in diesem Falle stärken zu können. Im Gegenteil, leisten sie gegen den beabsichtigten Raub des Eigentums der Hohenzollern keinen wirksamen Widerstand, so legen sie selbst eine Bresche in die Mauer.«

Mir persönlich war in diesem Fall wichtiger noch als der Schutz des Eigentums von Privatpersonen die Forderung, daß den Hohenzollern Recht und Gerechtigkeit zuteil und ein Vermögen belassen werden solle, das ihrer historischen Stellung entsprach. Auch der monarchische Gedanke durfte nicht darunter leiden, daß das Königshaus in eine Lebensstellung herabgedrückt wurde, die seine Wiederkehr vollends unmöglich erscheinen ließ. Taktisch wirksamer in den anschließenden jahrelangen Kämpfen war wohl die fortgesetzte Warnung vor der Gefahr, die allem Privateigentum drohte, wenn man beim Königshause dem sozialdemokratischen Ansturm gegen seine Unverletzlichkeit nachgegeben hatte.

In den ersten anderthalb Jahren nach der Revolution erschienen die Erinnerungen von v. Tirpitz (1919), in denen ich einige Milderungen des Urteils über den Kaiser durchzusetzen versuchte. Gleichzeitig bemühten sich jüdische Literaten um den Nachweis der geistigen Erkrankung Kaiser Wilhelms II.⁸⁵ In den folgenden Jahren ergoß sich eine gewaltige Hochflut kaiserfeindlicher Literatur über das erkrankte deutsche Volk. Vergeblich hatte ich versucht, das Unheil des dritten Bandes von Bismarcks Erinnerung und Gedanke⁸⁶ abzuwenden und der Herausgabe von Graf Waldersees Denkwürdigkeiten (1922/23) widerraten.⁸⁷ In den folgenden Jahren hat es die Belastung und Zersplitterung der politischen Tagesarbeit mir unmöglich gemacht, das politische und wissenschaftliche Interesse an dem Schrifttum über Kaiser Wilhelm II. durch Studium und Kritik zu betätigen. Als ich dann im Jahre 1937 den Bericht über meine Stellung zur monarchischen Frage in den ersten Jahren nach der Revolution abschloß, reifte in mir der Entschluß, sie zu bearbeiten. Darin bestärkte mich die Erfahrung, die ich bei der Schilderung der Entstehung des Protokolls über den 9. November⁸⁸ machte. Unter Verwertung meiner durch eigene Erlebnisse erworbenen Kenntnisse konnte ich vielleicht damit Unterlagen für ein Geschichtsbild liefern, die einer späteren Zeit nicht so leicht zugänglich sind. Der Vergleich und die kritische Würdigung der von mir zusammengestellten Urteile über Kaiser Wilhelm II. in 140 Werken⁸⁹ ermöglicht die Erkenntnis seines wahren, so vielfach verkannten Wesens und der Tragik seines Schicksals.

⁸⁵ Paul Tesdorpf: Offene Briefe über »Die Krankheit Wilhelms II.«, München 1919.

⁸⁶ Bismarck, Gesammelte Werke Bd. 15. Westarp stand in dieser Frage sowohl mit Vertretern des preußischen Königshauses als auch mit der Fürstin Herbert v. Bismarck in Verbindung.

⁸⁷ Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschall Graf Waldersee, hrsg. v. Heinrich Otto Meisner, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1922/23.

⁸⁸ Siehe WESTARP, Ende der Monarchie; diese Arbeit war von Westarp als 9. Kapitel des hier vorliegenden Teils der Erinnerungen vorgesehen; sie wurde im Jahre 1952 von Werner Conze gesondert bearbeitet und veröffentlicht.

⁸⁹ Das Manuskript dieser Arbeit lag im Nachlaß im ehemaligen ZStA der DDR in Potsdam.

Dritter Teil

Kampf gegen die Fremdherrschaft

Graf Westarp

Deutschland im Völkerbund



.....
Verlag: Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
Berlin SW. II, Bernburgerstraße 24.
.....

Deutschnationale Politik, Heft 1.

»Sie werden mich vielleicht fragen, warum ich in so entsetzlich schwarzen Farben male, und Sie könnten geneigt sein, mir vorzuwerfen, daß solche Schilderungen in öffentlichen Vorträgen dazu dienen können, dem deutschen Volke noch den letzten Rest von Kraft und Lebensmut zu nehmen. Dennoch halte ich es für Pflicht, die Dinge so darzustellen, wie ich sie sehe.« (S. 39 f.)

»So gibt es hinfort auf Jahrzehnte hinaus nur einen Gedanken, der das private wie das öffentliche Leben jedes Deutschen, seine Arbeit, sein Empfinden und sein Wollen, der die Erziehung der Jugend beherrschen muß, nur ein Ziel, das aller Politik im deutschen Volke, der äußeren wie der inneren gesteckt ist, und dieses Ziel heißt: Befreiung, Freiheit!
Befreiung von der Knechtschaft des Versailler Friedens, das ist die Aufgabe aller Politik, das ist das Ziel jedes politischen Aufstiegs.«

Das ist der leitende Gedanke, den ich am 13. Juli 1919 auf dem ersten deutschnationalen Parteitag der neuen Rechtspartei auf den Weg gegeben und näher entwickelt habe.¹ Um der Befreiung von der Fremdherrschaft willen habe ich an dem Aufbau einer neuen nationalen Partei und Propaganda mitgearbeitet und bin ich politisch tätig geblieben. Sie war das Ziel, für das ich vornehmlich den Kampf gegen das republikanisch-demokratische System parlamentarischer Parteiherrschaft und seine Träger geführt habe. In dem Ringen um die Befreiung habe ich vom November 1918 an unverändert bis heute den letzten Sinn, die höchste Aufgabe meiner konservativen Politik in der Novemberrepublik erblickt.

Die Politik des Diktates von Compiègne und Versailles war die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie machte es von Tag zu Tag erforderlich, für einen würdigen und entschlossenen Widerstand einzutreten. Das konnte nur in scharfem Gegensatz zu den die Regierungsmehrheit besitzenden demokratisch-pazifistischen, klassenkämpferisch internationalen Parteien geschehen und hatte ganz selten einen praktischen Erfolg. Dennoch habe ich daran zäh festgehalten. Selbst da, wo die furchtbare Zwangslage vielleicht ein Nachgeben unausweichlich machte, mußte eine nationale Opposition die Folgen dieses Nachgebens ins Licht stellen und den Feinden zeigen, daß der Widerstandswille in Deutschland noch nicht erloschen war. Über die praktischen Forderungen des Tages hinaus galt es, das ganze deutsche Volk von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß es die Schmach und Sklaverei des Versailler Diktates abschütteln mußte und seinen Willen und seine Kraft für diesen politischen, wenn nötig militärischen Kampf zu wecken und zu stärken. Dieser Aufgabe suchte ich neben der ausdrücklichen Propaganda vaterländischer Gesinnung und Kraft auch die politische Tagesarbeit der Außenpolitik nutzbar zu machen. Nur zu regelmäßig boten alle außenpolitischen Verhandlungen zwingenden Anlaß, dem erstarrten und durch Beschönigungsversuche irreführten deutschen Volk an Einzelheiten die Unerträglichkeit der uns auferlegten entehrenden Schmach und vernichtenden Lasten vor Augen zu führen.

¹ Westarp: Deutschlands Zukunftsaufgaben in der auswärtigen Politik. Rede auf dem Parteitag der DNVP in Berlin 12./13. Juni 1919. Sonderdruck aus der Zeitung »Die Post«, Berlin 1919.

Der Waffenstillstand

Das ganze Elend, das mit dem sogenannten Waffenstillstand, seiner Durchführung und fortgesetzten Verschärfung über Deutschland hereinbrach, darf das deutsche Volk nicht vergessen. Aus der Geschichte aller Zeiten hätte es wissen müssen, daß ein Volk, das die Waffen wegwirft und sich nach heißem Kampf dem haßerfüllten Feind ausliefert, brutale Entehrung und Vernichtung zu erdulden hat. Weil es auf diese Lehre nicht gehört, sie jedenfalls nicht beachtet hatte, mußte es sie bis zum Weißbluten am eigenen Leibe erfahren. Hier können nur solche Teile dieser Leidensgeschichte ihren Platz finden, bei denen die Deutschnationalen und ich besonderen Anlaß zum politischen Eingreifen fanden. Mit diesem nahmen wir den Kampf auf, den die Konservative Partei gegen die Regierung des Prinzen Max von Baden geführt hatte¹ und der stets mit gleichen oder ähnlichen Gründen und Gegengründen die nächsten anderthalb Jahrzehnte ausgefüllt hat.

Schon der in Compiègne abgeschlossene »Waffenstillstand« war ein Diktat entehrender Unterwerfung und brutaler Vernichtung. Er legte Deutschland nicht nur die Verpflichtung auf, sich vollends wehrlos zu machen, den Rhein fremder Besatzung auszuliefern, sondern enthielt noch darüber hinaus einseitige schmachvolle Demütigungen und für die darniederliegende Wirtschaft vernichtende Leistungen. Der Ton, in dem er diktiert wurde, schlug jedem Ehrgefühl ins Gesicht²; der größte Teil des deutschen Volkes nahm Schmach und Untergang in starrer Willens- und Empfindungslosigkeit hin. Am 24. November 1918 trat ich zum ersten, nicht zum letzten Mal den verhängnisvollen Irrtümern entgegen, die zu diesem Ergebnis beigetragen hatten.³

»Die Annahme, daß unsere Feinde bei Waffenstillstand und Friedensschluß im Hinblick auf die Ideen des Völkerbundes Gerechtigkeit und Milde walten lassen würden – eine Hoffnung, für die wir niemals Verständnis hatten –, erweist sich von Tag zu Tag mehr als eine verhängnisvolle, furchtbare Selbsttäuschung. Ebenso zerfällt der Gedanke in nichts, daß die Demokratisierung unserer Staatsform oder gar die Revolution uns einen erträglicheren Waffenstillstand oder Frieden erbringen werde. Der Regierung des Prinzen Max von Baden sind noch die vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vom 9. November diktiert worden; die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte erfährt täglich neue Erschwerungen des Waffenstillstandes und ist einem Friedensschlusse ferner denn je. Ihr gegenüber sucht der Franzose nach dem Bericht des Feldmarschalls v. Hindenburg nach dem Vorwand zu neuem kriegerischen Angriff, der uns völlig wehrlos treffen würde.«

Noch im Februar 1920 wurde es nötig, gegen Erzberger die Verantwortung klarzustellen. Er berief sich auf das Telegramm vom 10. November 1918, in dem v. Hindenburg der Waffenstillstandskommission erwidert hatte, daß der Waffenstillstand auch bei Ablehnung der von ihm noch geforderten Milderungen »abzuschließen« sei. In ei-

¹ WESTARP II, S. 647 ff.

² Vgl. z. B. Rudolf Stratz: Der Weltkrieg, Berlin 1933, S. 399 ff.

³ Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918, IP.

nem von mir verfaßten Werbeblatt verbreiteten wir den Nachweis⁴, daß allein die Revolution es gewesen sei, die v. Hindenburg zu dem Zugeständnis vom 10. November gezwungen habe, weil sie das Heer zu weiterem Kampf unfähig gemacht hatte. Gegen das Kabinett des Prinzen Max von Baden, an dem Erzberger maßgebend beteiligt gewesen sei, erhoben wir Vorwürfe, weil es das tapfere Wort, bei unannehmbaren Bedingungen werde Deutschland weiter kämpfen, gegen v. Hindenburgs und Ludendorffs Willen nicht wahrgemacht habe. Erzberger griffen wir wegen der Art an, wie er nach der Unterschrift am 11. November weiter verhandelt und die Ablehnung des Friedensdiktates unmöglich gemacht hatte.

Die Brutalität, die das wehrlose und zerrüttete Deutsche Reich über sich ergehen ließ, steigerte sich noch bei der Durchführung des Waffenstillstandes.⁵ So wurde Deutschland die sofortige Auslieferung aller Kriegsgefangenen auferlegt, sie war Mitte Januar 1919 im wesentlichen beendet; die Feindmächte aber behielten die deutschen Kriegsgefangenen zurück. Schon das widersprach der Vereinbarung des Notenwechsels vom Oktober und November 1918, wonach der Zweck des Waffenstillstandes sein sollte, Deutschland so weit wehrlos zu machen, daß es den Wilson-Frieden annehmen mußte. Denn wenn auch die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen sich auf 800 000 belief, so konnten diese, nachdem Deutschland alle Waffen abgeliefert hatte und sein Heer aufgelöst war, für einen Widerstand nicht mehr in Frage kommen. Offenbar zweckwidrig und lediglich ein Ausfluß des Hasses und der Rachsucht aber war es, daß die Feinde alle während des Krieges getroffenen Kriegsgefangenen-Abkommen aufhoben. Als diese getroffen wurden, hatten sich die feindlichen und neutralen Vertreter gar nicht genug tun können, Deutschland, das sich damals im Besitz der weitaus größeren Zahl von Gefangenen befand, an die Grundsätze der Menschlichkeit zu mahnen. So war es zu den von Deutschland loyal durchgeführten Vereinbarungen gekommen, wonach Familienväter und die längere Zeit gefangen gewesenen Personen ausgetauscht, außerdem aber ohne Rücksicht auf die Zahl Schwerverwundete und Kriegsdienstunfähige zurückgegeben und Kranke und Verwundete in die Schweiz und nach Holland geschickt werden sollten. Auch waren eingehende Abmachungen über die Beschäftigung und Behandlung der Gefangenen getroffen worden. All diese Zusagen wurden im Waffenstillstand für die deutschen Gefangenen außer Kraft gesetzt. Der treffliche Vertreter der Abteilung Kriegsgefangenschutz im Kriegsministerium Major Pabst v. Ohain schilderte in einer Denkschrift vom 10. Januar 1919 die energischen und ergebnislosen Bemühungen, in denen er und die deutsche Waffenstillstandskommission sich für die Kriegsgefangenen eingesetzt hatten. Alle Vorstellungen wurden schroff abgelehnt und begegneten beim Roten Kreuz kaltem Achselzucken. Schließlich wurden 4 000 Schwerverwundete freigegeben. Nach Annahme des Versailler Diktates begannen England, Amerika und Belgien mit der Rückführung im September 1919; die Franzosen bestanden auf ihrem Schein und hielten über 400 000 Gefangene bis nach Inkrafttreten zurück, das sich bis zum 10. Januar 1920 hinauszöger-

⁴ Erzberger und der Abschluß des Waffenstillstandes. Werbeblatt Nr. 86 vom 28. 2. 1920, Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle Berlin; siehe auch WEISS, Politisches Handwörterbuch.

⁵ Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstands-Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht, im Auftrag der Deutschen Waffenstillstandskommission in Verbindung mit Hans Freiherr v. Hammerstein und Otto Freiherr v. Stein, hrsg. v. Edmund Marhefka, 3 Bde., Berlin 1928; vgl. auch Pierre Renouvin: L'Armistice de Rethondes, Paris 1968.

te.⁶ Aus England kamen, wie eine deutschnationale Anfrage⁷ feststellte, Pressestimmen, daß man die Offiziere als Geiseln festhalten wolle. Auch dann blieb noch Jahre hindurch eine große Zahl solcher Gefangenen in französischer Gewalt, gegen die ein gerichtliches Verfahren eingeleitet oder ein Strafurteil ergangen war. Am 30. November 1919 hatte ich Anlaß, dazu Stellung zu nehmen.⁸

»Schärfer als in dem Ton und in dem Inhalt der französischen Note konnte das ganze Maß des Hasses und der Verachtung, mit denen unsere Feinde uns behandeln zu können glauben, nicht zum Ausdruck kommen. Die deutsche Antwort enthüllt Vorgänge der Geheimdiplomatie, aus denen sich ergibt, wie Frankreich durch mehr oder weniger bestimmte Zusagen in der Gefangenensfrage in schamloser Weise Zugeständnisse der deutschen Regierung erpreßt hat. Sie zeigt aber auch die ganze Hilflosigkeit der deutschen Unterhändler, die wieder einmal darauf hereingefallen sind, im Vertrauen auf halbe Zusagen vor Inkrafttreten der Verpflichtungen des Friedensvertrages und über diese hinaus Kohlenlieferungen und die schmachvolle Zahlung im Falle Manheim zuzugestehen, und die sich nunmehr dazu bekennen müssen, daß man sie wieder an der Nase herumgeführt hat. Und das predigt den Geist der Völkerversöhnung und verlangt von den deutschen Lehrern, daß sie die Verfassung beschwören sollen, die den Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung vorschreibt.«

Noch im März 1920 mußte ich dafür eintreten, daß einer großen Anzahl von Gefangenen geholfen werde, die unter den in Sibirien herrschenden Zuständen litten.⁹ In einer Kundgebung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen¹⁰ wurde mit Recht ausgesprochen, daß unauslöschlicher Haß die Frucht sei, die aus der Zurückhaltung und unmenschlichen Behandlung von 800 000 deutschen Gefangenen erwachsen müsse.

Zur Stunde aber vermochte selbst diese Grausamkeit, die Millionen deutscher Familien ganz unmittelbar mit Kummer und Sorge traf, die Masse unter der passiven Führung der herrschenden Regierungsmehrheit nicht aus ihrer Starrheit zu erwecken. Dem trat ich, wie in anderen Kundgebungen, so auch in der Charlottenburger Rede vom 15. Januar 1919 entgegen.¹¹

»Wehrlos sind die bedauernswerten deutschen Helden jeder Brutalität ausgeliefert und doch steht noch Schlimmeres bevor: die Absicht, wie in den älteren Zeiten der Barbarei unsere Brüder zur Sklavenarbeit auch darüber hinaus einzubehalten, tritt immer deutlicher zutage. Ist denn jedes Ehrgefühl, ja auch nur jedes Mitleid mit seinen kämpfenden Brüdern im deutschen Volke erloschen, daß es nicht einmütig in einen Schrei der Empörung und Verzweiflung über das Los seiner Gefangenen ausbricht, einen Schrei, der all die inneren Sorgen des Tages laut übertönt? in den Schrei: gebt uns unsere gefangenen Brüder heraus! (stürmischer Beifall.)«

In derselben Rede führte ich zur Hungerblockade aus:

»Wie es ihm eigen ist, versteht es auch diesmal der Engländer, seinem Bundesgenossen, dem Franzosen, die brutale Handhabung all der Einzelheiten zu überlassen, die geeignet sind, auf lange hinaus in die Seele des deutschen Volkes Spuren des Hasses und der Vernichtung einzumeißeln. Er selbst behält inzwischen mit um so kälterer, berechneter Grausamkeit die Schlinge in der Hand, mit der er das deutsche Volk erwürgt hat. Denn er hat im Waffenstillstand die sogenannte Blockade aufrechterhalten, ja unsere Wehrlosigkeit benutzt, um sie auf der Ostsee weiter zu verschärfen.

⁶ Versailler Vertrag Art. 214 ff., 218, Schlußbemerkung, veröffentlicht RGBl. 1920, S. 31; Urkunden zum Friedensvertrage II, S. 922.

⁷ Korrespondenz der DNVP Nr. 7 vom 9. 1. 1920.

⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 581 vom 30. 11. 1919, IP.

⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 132 vom 12. 3. 1920, »Die deutschen Gefangenen in Sibirien«.

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919, IP.

¹¹ Abgedruckt in WESTARP, Gewaltfriede.

[...] Mit der Verhinderung der Wiederaufnahme deutscher Feindseligkeiten hat das gar nichts zu tun; es handelt sich nur noch darum, das deutsche Volk durch weitere Unterernährung weiter zu schwächen, durch Fernhaltung der Rohstoffe seinen wirtschaftlichen Aufbau zu behindern, den Konkurrenten fernzuhalten. Die Angst vor der deutschen Tüchtigkeit muß doch wohl riesengroß sein, daß sie zu so unmenschlich widersinnigen Mitteln greift.«

Sozialdemokratischen Zwischenrufern, die mich wegen meines Widerstandes gegen die Brutalitäten des Waffenstillstandes als Kriegsverlängerer beschimpften, pflegte ich zu erwidern, ich wisse, daß die deutschen Soldaten es vorgezogen haben würden, weiter die Gefahr und Not des letzten Entscheidungskampfes zu bestehen, wenn sie gewußt hätten, daß seine Beendigung noch über Jahr und Tag Hunderttausende deutsche Frauen und Kinder dem Hungertode aussetzen würden. Auch die Hungerblockade wurde nach geringfügigen Erleichterungen erst Ende 1919 aufgehoben, aber durch das Reparationsverfahren abgelöst.

Der Waffenstillstand, seine Handhabung und seine Verschärfungen waren ein Rechtsbruch gegen Deutschland. Auf die Rechtsgrundlagen, die durch ihn verletzt wurden, hatten wir oft Anlaß hinzuweisen.¹²

»Es wird immer wieder vergessen, daß in den Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Präsidenten Wilson im Oktober vorigen Jahres feste Rechtsgrundlagen geschaffen worden sind, an die sich beide Teile sowohl für den Waffenstillstand wie für den Frieden gebunden haben. Was den Waffenstillstand betrifft, so verlangte der Präsident in seiner Note vom 24. Oktober, daß den zu treffenden Abmachungen »jene Kraft beizulegen sei, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen würde«. Durch die Note vom 27. Oktober nahm Deutschland diese Grundlage der Verhandlungen an mit dem Zusatz, »es sähe Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat«.

Nach seiner Note vom 5. November hat dann der Präsident den alliierten Regierungen, falls diese geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, anheimgestellt, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker (also auch Deutschland!) in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen. Der Präsident fügt hinzu, daß die alliierten Regierungen mit zwei Einschränkungen, die hier nicht in Frage kommen, ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen erklären, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Als Grundlage für die gesamten Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden ist also für beide Teile bindend festgelegt, daß der Frieden nach den Grundsätzen der Reden des Präsidenten vom 8. Januar, 14. Juli und 27. September 1918 abgeschlossen werden soll. Die Waffenstillstandsbedingungen aber durften danach nur den Zweck verfolgen, diesen Frieden und keinen anderen, dadurch zu sichern, daß Deutschland an der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gehindert wurde. Indem der Präsident diesen Vorschlag und seine Annahme übermittelte, hat er für die Einhaltung der danach getroffenen Abmachungen sein Wort verpfändet. Alles, was darüber hinausgeht, stellt den Bruch rechtlich bindender und vom Präsidenten Wilson verbürgter Abmachungen dar und steht schon aus diesem Grunde mit denjenigen Grundsätzen eines Friedens der Gerechtigkeit und Versöhnung, die der Präsident Wilson als sein eigenstes Werk der Welt verkündet hat, in unversöhnlichem Widerspruch.«

¹² Kreuz-Ztg. Nr. 44 vom 29. 1. 1919, »Die neuen Waffenstillstandsbedingungen«; zur voraussichtlich langen Gültigkeit: ebd. Nr. 661 vom 29. 12. 1918, IP.

Graf Posadowsky ging in Weimar mit Recht noch weiter, indem er dem Diktat vom 11. November 1918 und seiner Durchführung den rechtlichen Charakter eines Waffenstillstandes überhaupt absprach.¹³

»Ich habe mich immer gewundert, wie man diesen Vertrag, den man mit dem General Foch abgeschlossen hat, überhaupt einen Waffenstillstand nennen konnte. Nach meiner Kenntnis von Waffenstillstandsverhandlungen pflegt ein Waffenstillstand zwei Punkte zu enthalten, erstens, daß die beiderseitigen Truppen ihre Stellungen nicht verändern dürfen, und zweitens, daß sie während des Waffenstillstandes keine neuen Kräfte heranziehen dürfen. Dieser Waffenstillstand ist aber kein Waffenstillstand, sondern das ist bereits der Vorschuß auf einen Gewaltfrieden. Denn wenn in einem Waffenstillstand ausbedungen wird, daß wir die Stellungen in Feindesland, die wir innehatten und hielten, verlassen müssen, daß deutsches Land besetzt wird, daß wir unsere Flotte ausliefern müssen, unser rollendes Material, daß wir unsere Armee entlassen müssen, so ist das kein Waffenstillstand mehr – das ist bereits der richtige Teil eines Gewaltfriedens.«

Erzberger hielt ich vor, daß er diesen Rechtsstandpunkt unverantwortlicher Weise in Compiègne wie bei den Verhandlungen in Trier nicht vertreten hatte.¹⁴

Unser Widerstand gegen die von der herrschenden Mehrheit betriebenen Politik setzte ein, als der Feind jede Verlängerung des sogenannten Waffenstillstandes, den er zu diesem Zweck stets nur auf vier Wochen bewilligte, zu immer neuen Erpressungen ausnutzte. Meist wurden wir vor die vollendete Tatsache der geleisteten Unterschriften gestellt, dann setzten wir uns auch gegen jeden Versuch, das Geschehene zu beschönigen, zur Wehr.

Dazu gaben zum ersten Male zwei Punkte des »Trierer« Abkommens vom 16. Januar 1919 Veranlassung. Im Diktat von Compiègne war uns die Ablieferung von 5 000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen auferlegt worden. Die Zahl war so phantastisch, daß die Ausführung technisch unmöglich war. Deshalb wurde eine Konventionalstrafe von weiteren 500 Lokomotiven und 19 000 Eisenbahnwagen gefordert¹⁵, für deren Erlaß Erzberger und die Regierung ihre Zustimmung zu einer Ersatzleistung gaben. Der Annahme dieser Forderung trat ich scharf entgegen.¹⁶

»Was hat die Forderung von 58 500 landwirtschaftlichen Maschinen mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme von Feindseligkeiten seitens Deutschland zu tun? Nach dem Grundsatz: »Erst erniedrigen, dann vernichten«, ist diese Forderung in die besonders demütigende Form einer Strafe gekleidet worden. Wenn die Waffenstillstandskommission eine gewisse Befriedigung darüber glaubte an den Tag legen zu sollen, daß sie etwas unbestimmtere Fristen für die Ablieferung der Maschinen durchgesetzt habe, so muß hervorgehoben werden, daß nach dem inzwischen bekannt gewordenen Inhalt der Verhandlungen der Feind in bewußter Absicht sich die volle Möglichkeit vorbehalten hat, die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands für das nächste Jahr und auf lange hinaus aufs schwerste zu schädigen und Deutschland dadurch weiterhin der Aushungerung oder Ausbeutung bei der Einfuhr der Lebensmittel auch wirtschaftlich wehrlos auszuliefern. Tatsächlich müssen nun nach der neuesten Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission bis zum 1. März 32 254 Maschinen abgeliefert werden. Mir ist die naive Selbstzufriedenheit, mit der die Waffenstillstandskommission die Erleichterungen verkündet, die sie gegenüber den ersten ungeheuerlichen und ganz unmöglichen Formulierungen der Foch'schen Forderungen erreicht hat, ebenso unverständlich wie ihre Behauptung, daß bei der Lieferung von 32 254 Maschinen bis zum 1. März eine Schädigung unserer Landwirtschaft ausgeschlossen sei.«

¹³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 86.

¹⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 75 vom 15. 2. 1919, »Staatssekretär Erzberger und die Auslieferung der Handelsschiffe«.

¹⁵ Vgl. hierzu WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 271 (16. 1.).

¹⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 44 vom 29. 1. 1919, »Die neuen Waffenstillstandsbedingungen«.

Eine schwere und dauernde Schädigung brachte das Trierer Abkommen durch die »Auslieferung der deutschen Handelsflotte« an den Feind. Unter dem erpresserischen Vorwand, daß nur so Lebensmittel der deutschen Wirtschaft zugeführt werden könnten, wurde Deutschland die Verpflichtung aufgezwungen, die gesamte deutsche Handelsflotte, mit Ausnahme nur der kleineren Schiffe zur Verfügung der Verbündeten Regierungen zu stellen, sie in die Häfen der Feinde abzuliefern und unter deren Verwaltung und Flagge fahren zu lassen.¹⁷ Der Nachweis, daß alles falsch war, was Erzberger zur Rechtfertigung dieses Abkommens anführte, war schmerzlich, aber unwiderleglich. Alle unsere Befürchtungen wurden noch übertroffen. Die Verhandlungen über die Lebensmittelzufuhr zogen sich bis zum 14. März hin¹⁸ mit dem Ergebnis, daß Deutschland als Vorleistung die Handelsflotte auszuliefern hatte und sich mit der Anmusterung der deutschen Mannschaften einverstanden erklären mußte, um zu schwersten Zahlungsbedingungen die Zulassung einer Menge von Lebensmitteln zu erreichen, die allenfalls als Notbehelf für kranke Kinder, werdende und stillende Mütter ausreichte. Mit Leidenschaft wandte sich Erzberger ferner gegen den Ausdruck Auslieferung. Das Abkommen sei nur für die Zeit des Waffenstillstandes und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt geschlossen, daß an dem Eigentum der Schiffe nichts geändert werde. Ich wies auch diesen Rechtfertigungsversuch zurück.¹⁹

»Ich kann indessen nach wie vor die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Feinde, wenn erst einmal die deutsche Flagge niedergeholt ist und sie die deutsche Handelsflotte als Pfand in der Hand haben, über diese Vorbehalte ebenso rücksichtslos hinweggehen werden wie über alle bisherigen Abmachungen. Neuere Pressestimmen aus dem Ausland bestärken mich in dieser Annahme. Jedenfalls war es nach all den bitteren Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, Pflicht unseres Unterhändlers, diese Möglichkeit in Rechnung zu stellen. Schönmalerei über dasjenige, was wir in den Waffenstillstandsverhandlungen angeblich erreicht und zu erwarten haben, sind von den schädlichsten Folgen. Sie beleben nur den Übermut und Siegestaumel des Feindes und tragen dazu bei, die Erstarrung zu vermehren, in der unser Volk immer noch die ganze fürchterliche Lage Deutschlands bei diesen Verhandlungen nicht klar erkennt.«

Mit Nachdruck betonte ich deshalb die wirtschaftlichen Folgen, die der Verlust der Handelsflotte für die Versorgung des Volkes und für den Aufbau der deutschen Wirtschaft auf lange Zeit hinaus haben müsse. Ich sprach die Befürchtung aus,

»daß der 16. Januar mit den in Trier unterzeichneten Waffenstillstandsbedingungen der Stichtag sein wird, von dem ab das deutsche Volk aus der Reihe derjenigen Mächte, die unter eigener Flagge Handelsschiffahrt betreiben, auf lange hinaus endgültig ausgeschieden und auf die Stufe einer kleinen Binnenmacht dritten Ranges herabgesunken ist.«

Nach Anlage III zu Art. 233 des Versailler Diktates mußte Deutschland das Eigentum aller Handelsschiffe über 1 600 Register-Tonnen und der Hälfte der Schiffe von 1 000 bis 1 600 Tonnen an die Feindmächte übertragen und noch auf Jahre hinaus neue Schiffe zur Ablieferung an diese bauen. Der Unwille gegen diesen Schritt zog weite Kreise. Ich konnte mich auf scharfe Artikel von Heineken, Admiral Hollweg, aber auch in der »Vossischen« und »Frankfurter Zeitung« und den »Münchener Neuesten Nachrichten« berufen. Die Angriffe richteten sich dieses Mal besonders lebhaft gegen Erzberger persönlich. Eine mir »aus absolut sicherer Quelle« gewordene Mitteilung gab ich am 12. Februar in einem für die Fraktion bestimmten Brief an v. Graefe weiter.

¹⁷ Vgl. WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 325, 339, 350, 369–375, 387–393.

¹⁸ Ebd. S. 285, 315.

¹⁹ Wie Anm. 16; dort auch die folgenden Zitate.

»Am 4. Dezember v. J. haben die Amerikaner das offizielle Ersuchen an Deutschland gerichtet, Truppen über Bremen und Hamburg mit deutschen Schiffen nach Amerika zu schicken, weil sie Differenzen mit den Franzosen hätten. Die Schiffe wären unter deutscher Flagge gefahren, in deutschem Besitz geblieben, mit Lebensmitteln zurückgekommen; die Blockade wäre durchlöchert worden. Differenzen zwischen Amerika und Frankreich hätten sich durch Entgegenkommen gegen den Antrag vergrößern lassen. Der Antrag ist einfach liegengeblieben und nicht beantwortet worden, obwohl Groener und sein Adjutant Rittmeister Merton²⁰ immer wieder an seine Erledigung erinnert haben. Die Reeder haben erst eine Viertelstunde vor Abschluß des Trierer Abkommens von der Sache erfahren. Foch hätte die Verhandlungen auf Drängen der Amerikaner noch vier Tage hinausgeschoben, damit wir Zeit hätten, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Amerika war in höchstem Maße erstaunt über die Nichtbeachtung; in Trier war es dann am 16. Januar zu spät. Die Verantwortung trägt Erzberger als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission. Er soll gelegentlich behauptet haben, die Sache sei in der Reichskanzlei liegengeblieben; das ist aber eine faule Ausrede, die erstens gelogen ist und zweitens ihn nicht entlastet.

Was ist nun zu tun? Meine Quelle kann ich nicht nennen; die Fraktion kann aber die Sache in Frageform vorbringen und verlangen, daß Groener, Merton und von den Reedern Cuno, Heinenken, Hugo Stinnes gehört werden. [...] Mein Gewährsmann hatte Bedenken, ob eine öffentliche Erörterung die Amerikaner vergrämen und uns deshalb schaden könne. Wenn die Fraktion diese Bedenken teilt – ich selbst halte sie eigentlich nicht für sehr durchschlagend –, so würde sich doch jedenfalls ein Vorstoß in der Kommission empfehlen, bei dem genauer Auskunft über diesen Sachverhalt gefordert wird.«

In meinen Aufsätzen deutete ich dieses Gerücht auch in der wiederholt aufgeworfenen Frage an, ob Erzberger bessere Möglichkeiten eines Abschlusses über die Handelsflotte versäumt habe. Die Nachricht über das amerikanische Anerbieten muß mir von einem unmittelbar beteiligten Unterhändler oder Sachverständigen zugegangen sein. Sonst würde ich es bei meiner Vorsicht gegenüber den in gewaltiger Zahl auftauchenden Gerüchten nicht weitergegeben haben. Wer es mir mitgeteilt hat, weiß ich nicht mehr, und es würde wohl eines besonderen Studiums bedürfen, um festzustellen, um was es sich bei dem Vorschlag Amerikas vom 4. Dezember, von dem auch in der Nationalversammlung die Rede war²¹, gehandelt hat und woran er gescheitert ist. In der Nationalversammlung führte die Auslieferung der Handelsflotte zu schweren Debatten.

Nachdem Erzberger sie am 13. Februar 1919 zu rechtfertigen gesucht hatte und Graf Posadowsky ihm am 14. entgegengetreten war²², wurde am 18. die gegen die Waffenstillstandskommission gerichtete Interpellation der Deutschen Volkspartei erörtert. Der Angriff Vöglers wurde nur durch v. Graefe unterstützt.²³ Auch in dieser Debatte trat zutage, was für die Behandlung solcher Fragen typisch blieb: die Stellungnahme der deutschen Volksvertretung anlässlich brutalster Unterdrückung des äußere-

²⁰ Der Industrielle Richard Merton hatte den Chef des Kriegsernährungsamtes und des Kriegsamt Groener schon 1916/17 als Ordonnanzoffizier beraten und war einer der engsten Mitarbeiter Groeners als Erster Generalquartiermeister. Vgl. sein Buch: *Erinnerenswertes aus meinem Leben*, Frankfurt/M. 1955.

²¹ *Sten. Ber. Nat.-Vers.*, Bd. 326 vom 18. 2. 1919 (v. Graefe) S. 154 f., (Erzberger) S. 159. Vgl. übergreifend Klaus Schwabe: *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971, S. 280–282; Fritz T. Epstein: *Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19: Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger*, in: *VfZG* 3 (1955), S. 412–445. Zur amerikanischen Politik zwischen Waffenstillstand und Friedensvertrag vgl. Arthur Walworth: *Wilson and His Peacemakers. American Diplomacy at the Paris Peace Conference, 1919*, New York 1986.

²² *Sten. Ber. Nat.-Vers.*, Bd. 326 vom 13. 2. 1919 (Erzberger) S. 61; vom 14. 2. 1919 (Graf Posadowsky) S. 80.

²³ *Ebd.* vom 18. 2. 1919 (Vögler bzw. v. Graefe), S. 135 und 152.

ren Feindes lief in wildes Parteigezänk aus. Erzberger erwiderte den Vorwurf ungenügender Berücksichtigung der Sachverständigen mit einer gehässigen Denunziation von Hugo Stinnes an die Feinde. v. Graefe hielt er vor, der Hinweis auf die Gefahr, daß die Feinde die ausgelieferte Flotte behalten würden, bedeute eine verantwortungslose Unterstützung der Gegner, die sich dadurch zu neuen Forderungen veranlaßt sehen würden. Er und andere Mehrheitsredner – Müller, Scheidemann, David – verschoben das Kampffeld durch die altbekannten gehässigen Angriffe auf die Kriegsverlängerer und Schwerindustriellen.

Am Tage zuvor hatte Erzberger der Nationalversammlung über das weitere Verlängerungsabkommen vom 16. Februar berichten müssen, das unterschrieben war, obwohl Graf Brockdorff-Rantzau in der Sitzung vom 14. noch seine Ablehnung ausgesprochen hatte.²⁴ Darin nahm Deutschland die Verpflichtung an, alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufzugeben, und zwar in den Grenzen einer Demarkationslinie, die das durch den polnischen Aufstand verloren gegangene Gebiet umfaßt und sich darüber hinaus auf eine Anzahl in deutscher Hand befindlicher Orte wie Bentschen und Birnbaum erstreckte.²⁵ Die Einbeziehung Brombergs, des Netzedistrikts und Oberschlesiens war noch abgewendet worden. Ich erklärte diesen Schlag für noch schmerzlicher als alles bisherige.²⁶

»Die Demarkationslinie gegen die Polen bedeutet schwerste Schädigung der Ernährungsmöglichkeiten. Trotz aller formellen Vorbehalte, daß es sich nur um eine militärische Maßnahme handle, die den Friedensverhandlungen nicht vorgreife, muß diese Demarkationslinie auch auf der Friedenskonferenz im Sinne einer vollendeten Tatsache wirken. [...] An diesem Kernpunkt der Sache geht der Protest, mit dem die Regierung die Unterzeichnung der Bedingungen begleitet hat, vollständig vorbei. Die Demarkationslinie beschränkt uns ja nicht in kriegerischen Handlungen gegen einen äußeren Feind, sondern sie verbietet uns, auf eigenem Boden aufrührerische Landesverräter niederzuhalten und Hunderttausende von deutschen Bürgern vor Gewalt, Raub und Mord zu schützen.«

Auch hier bestätigte sich wie bei der Handelsflotte, daß die angeblich nur für die Zeit des Waffenstillstandes festgesetzte »Demarkationslinie« vollendete Tatsachen für das Versailler Diktat schuf.

In der Polemik über die Verlängerungsabkommen nutzte ich den gegen Erzberger persönlich entfachten Sturm zu einer grundsätzlichen Forderung aus.²⁷

»Die Waffenstillstandsverhandlungen haben einen Gang genommen, bei dem sie nicht mehr rein militärischer Natur sind, sondern ebenso wie die Friedensverhandlungen selbst das Gebiet der auswärtigen Politik aufs engste berühren. Der Zustand, daß Herr Staatssekretär Erzberger als Staatssekretär ohne Portefeuille und nicht der Staatssekretär des Auswärtigen die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission führte, war von Anfang an von fragwürdigem Werte und ist auf die Dauer nicht haltbar. Der Staatssekretär des Auswärtigen ist dafür verantwortlich, er muß diese Verantwortung tragen können, und seine Pflicht ist es, die geeigneten Unterhändler auszusuchen.

²⁴ Ebd. vom 15. 2. 1919, S. 127 ff., ebd. 14. 2. 1919 (Graf Brockdorff-Rantzau), S. 69. Zu dieser Divergenz, die beinahe zum Rücktritt des Außenministers führte, vgl. Fritz Max Cahén: Der Weg nach Versailles. Erinnerungen 1912–1919, Boppard a. Rh. 1963, S. 285 f.

²⁵ Über das Zustandekommen des Waffenstillstandsabkommens vom 16. 2. 1919 vgl. WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 328 f. und 343.

²⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, »Fochs Ultimatum«; ebd. Nr. 90 vom 23. 2. 1919, IP.

²⁷ Wie Anm. 14.

Schädigungen seiner Interessen aus persönlichen oder parlamentarisch-parteilich-politischen Rücksichten kann Deutschland nicht mehr ertragen.«²⁸

Der Kampf um die von uns geforderte Ablehnung der Verlängerungsabkommen vom 16. Januar und 16. Februar 1919 verlief auf derselben Linie vom Nein zum Ja, auf der sich die deutsche Politik vom Oktober 1918 bis zur Annahme des Young-Abkommens [1930] immer wieder bewegt hat. Zunächst ertönten bei Eröffnung der Nationalversammlung von Regierung und Mehrheit starke Worte; Ebert sagte²⁹:

»Wir warnen die Gegner, uns nicht bis zum Äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhugern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung (Stürmischer Beifall).«

Auch das Regierungsprogramm enthielt die »Ablehnung jedes Gewaltfriedens«, und Scheidemann begleitete seine Verkündigung mit scharfer Mahnung an die Gewaltpolitiker der Feindmächte.³⁰ Natürlich zollte ich solchen Ankündigungen, schon um sie festzulegen, vollen Beifall.³¹

»Diesen Erklärungen kann man nur rückhaltlos zustimmen und man wird eine Politik wärmstens unterstützen müssen, bei der diese Erklärungen nicht etwa im gegebenen Augenblick [...] nur Worte bleiben. Verdienstvoll erscheint mir der Antrag, den die Deutsche Volkspartei zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen gestellt hat³², besonders der darin enthaltene Protest, daß das deutsche Volk einen Gewaltfrieden niemals annehmen und noch weniger sich einen Frieden diktieren lassen werde.«

Der Anerkennung mußte nur zu schnell die Kritik an dem Zurückweichen folgen. Ich übte sie an der Annahme des Verlängerungsabkommens über die Maschinenlieferung und die Handelsflotte am 29. Januar³³ und der Posener Demarkationslinie am 23. Februar.³⁴

»Wenn je, so war es diesmal an der Zeit, die Ankündigung des Reichspräsidenten Ebert wahr zu machen, daß es Grenzen gebe, bei deren Überschreitung jede deutsche Regierung gezwungen sein könne, die Unterschrift zu den Friedensverhandlungen zu verweigern und lieber Entbehrung als Entehrung zu wählen. [...] Was jetzt geschehen ist, muß im Auslande wie im Inlande den letzten Rest von Glauben daran erschüttern, daß hinter solchen Worten auch einmal die Tat stehen könnte. Die in den ersten Tagen der Woche aufgetauchte Nachricht, Graf Brockdorff-Rantzau wolle gehen, weil er diese Politik nicht mitmachen wolle, hat sich bis jetzt nicht bestätigt.«

Sofort setzte das dritte Stadium dieser Debatte ein, in dem die Vertreter der Regierung und der Mehrheitsparteien die Annahme der Forderungen, die sie vor kurzem noch schroff und tapfer ablehnen zu wollen erklärt hatten, als unumgänglich notwendig, durch den Zustand des deutschen Volkes geboten, ja als eine kluge und Erfolg versprechende Wahrung der deutschen Interessen verteidigten. Als v. Graefe am 18. Fe-

²⁸ Stresemann stellte die gleiche Forderung: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 18. 2. 1919, S. 164.

²⁹ Ebd. vom 6. 2. 1919, S. 2.

³⁰ Ebd., vom 13. 2. 1919, S. 44 und 48.

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1919, IP.

³² Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 335 Nr. 9 (Antrag Dr. Heinze u. Genossen vom 8. 2. 1919).

³³ Wie Anm. 16.

³⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 23. 2. 1919, IP.

bruar auseinandersetzte, wir würden die Auslieferung der Handelsschiffe abgelehnt haben, wurde er dauernd durch den Zuruf unterbrochen: »Was dann?« Und Erzberger warf ihm Desperado- und Gewaltpolitik vor, erklärte, eine Politik des Würfelspielles mache er nicht mit, und setzte auseinander, daß die Ablehnung nur zu um so schärferen feindlichen Forderungen geführt haben würde. v. Graefes Antwort auf die Frage »Was dann?« lautete³⁵:

»Die Politik, die nach meiner Meinung [...] in diesem Augenblick, also in der zwölften Stunde, notwendig erscheint, das wäre die, daß endlich einmal unsere Vertreter dem Herrn Marschall Foch und den anderen Unterhändlern der feindlichen Kommission entgegenträten und ihnen klar machten: wenn ihr den traurigen Mut besitzt, das deutsche Volk jetzt, wo es in einem verblendeten Vertrauen auf eure offensichtlich nur geheuchelte edle Zusage des Rechts- und Versöhnungsfriedens freiwillig alle seine Waffen niedergelegt hat, hinterhältig totzuschlagen, so tut es; wir können euch leider Gottes nicht mehr mit Gewalt daran hindern; aber wir weisen mit Verachtung die Zumutung fürderhin zurück, daß wir selbst zu solchem Verbrechen unsererseits immer noch de- und wehmütig Ja und Amen sagen sollen. Wir beschuldigen euch vielmehr vor aller Welt und für alle Zeiten des feigen Meuchelmords, für den die Weltgeschichte, so wahr ein Gott im Himmel lebt, euch einmal zum Weltgericht werden möge, wenn sich vielleicht einmal die Erfüllung des Gebetes des Großen Kurfürsten wiederholen wird: Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!«

Westarp kritisierte auch einen seiner Ansicht nach von Erzberger stammenden Artikel des »Regierungsblattes« »Deutsche Allgemeine Zeitung«³⁶, in dem der Gedanke des »Nein« wegen der zu befürchtenden Maßnahmen der Feinde als undurchführbar bezeichnet werde. Ebenso beschäftigte er sich mit dem »noch oft gehörten Einwand«, »das Volk sei im gegenwärtigen Augenblick auf eine Erneuerung der Feindseligkeiten nicht vorbereitet.« Er fragte, wer denn die Schuld daran trage und was die Regierung tue, um das Versäumnis nachzuholen.

Bereits während des Weltkrieges hatte ich die Träumereien und Selbsttäuschungen bekämpft, die sich in der deutschen Öffentlichkeit an die Völkerbund-Verheißungen Wilsons und anderer feindlicher Staatsmänner knüpften, weil sie im deutschen Volk den Willen einschläfernten, aus eigener Kraft das Unheil der Niederlage und die Schmach der Unterwerfung zu wenden. Mehr in der Absicht, meinen Ausführungen in der damaligen Stimmung Gehör zu schaffen als aus eigener Überzeugung stimmte ich dem Ideal einer Friedensorganisation theoretisch zu, um dann den Nachweis zu führen, daß das, was uns als Völkerbund angepriesen wurde, lediglich ein neuer Feindbund zu dauernder Unterdrückung Deutschlands sein werde.³⁷ Auch auf diesem Gebiet galt mein Kampf in erster Linie Erzberger, mit dessen im September 1918 erschienenen Buch »Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden« ich im Dezember 1918 noch einmal abrechnete.³⁸ All seine Verheißungen seien durch das Waffenstillstands-diktat zuschanden geworden.

»An diese Utopien muß man unser Volk immer wieder erinnern, bis es sich von dem Einfluß befreit, den sie und ihre Träger auf unsere Politik ausgeübt haben und noch heute ausüben.«

³⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 18. 2. 1919 (v. Graefe) S. 156 f., (Erzberger) S. 159.

³⁶ Wie Anm. 27.

³⁷ Vgl. WESTARP II, S. 543 ff., ferner Ernst Fraenkel: Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken, in: VfZG 16 (1968), S. 1–14; Ursula Fortuna: Der Völkerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, Zürich 1974; Christoph M. Kimmich: Germany and the League of Nations, Chicago 1976.

³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 630 vom 28. 12. 1918, IP.

Durch das Bekanntwerden des Pariser Entwurfs der Völkerbundsatzung vom 14. Februar 1919³⁹ erhielt der Völkerbundsplan und der Kampf gegen ihn neuen konkreten Inhalt. Meine Stellungnahme dazu enthält ein Vortrag, den ich bereits am 18. Februar auf einem von Dr. Dix veranstalteten weltpolitischen Erörterungsabend gehalten habe.⁴⁰ Noch einmal glaubte ich, es sei taktisch nötig, eine ausdrückliche Ablehnung des Gedankens als solchen zu vermeiden. Ich erörterte die Gründe, aus denen die Sehnsucht nach dem ewigen Frieden und der Gedanke, ihn durch einen Völkerbund zu sichern, gerade damals so allgemeinen Anklang gefunden hatten. Ihnen entgegenzutreten, sei zum mindesten für denjenigen unklug, der auf eine Wahl rechnet, was für mich glücklicherweise nicht der Fall sei. Ich erkannte an,

»daß der Gedanke friedlicher Beilegung aller Streitigkeiten unter den Völkern durch feste Organisation ein Ideal ist, auf das Ernsteste zu erstreben und zu erwünschen. Zu seiner Begründung wird die Forderung aufgestellt, daß auch die Völker im Verkehr untereinander die Gesetze der privaten Sittlichkeit einhalten, das Mein und Dein achten, auf den Weg der Selbsthilfe und Gewalt verzichten und zur Durchsetzung wirklicher oder vermeintlicher Rechtsansprüche sich auf die Anrufung von Gerichtshöfen beschränken sollen, die im Namen einer größeren Völkergemeinschaft Recht zu sprechen und ihren Spruch auszuführen befugt sind. Das klingt namentlich dem jetzigen Geschlecht besonders einleuchtend, und es ist jedenfalls so weit berechtigt, daß bei den Versuchen, dem idealen Ziele näher zu kommen, auch derjenige zustimmend mitwirken muß, der wie ich glaubt, daß die Anwendung der bürgerlichen Moral und der Gesetze des privaten Rechtslebens dem Rechte der Volkspersönlichkeit auf Dasein und Entwicklung nicht erschöpfend gerecht wird und daß der erstrebte Zustand nicht voll erreichbar ist.«

Ernste Warnungen aber seien am Platze vor den Illusionen, die mit diesem Gedanken verknüpft würden. Je mehr in der Folge der Völkerbund feste Gestalt annahm und in Tätigkeit trat, um so weniger war es nötig, seine Ablehnung noch durch theoretische Zugeständnisse an den Wunschtraum eines auf solchem Wege herbeizuführenden ewigen Friedens einzuleiten und in ihrer Wirkung abzuschwächen. Dieser Warnruf hat bis zuletzt meine politische Haltung bestimmt. In der Rede vom 18. Februar wies ich zu seiner Begründung darauf hin, daß schon die geplante Bildung der Bundesorgane in Verbindung mit dem Ausschluß Deutschlands die Absicht erkennen lasse, den Völkerbund zu dem Instrument zu machen, mit dem die absolute Herrschaft Englands und Amerikas über Deutschland und über die gesamte Außenpolitik gesichert werden sollte.

Des weiteren suchte ich die allgemein herrschenden unklaren Vorstellungen über das internationale Schiedswesen durch Darstellung der Tatsachen zu berichtigen. Ich trat Graf Brockdorff-Rantzau entgegen, der in der Nationalversammlung geäußert hatte⁴¹, die Stellung, die Deutschland bei den Haager Friedenskonferenzen in den Jahren 1899 und 1907 in den Fragen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der Abrüstung eingenommen habe, sei »eine historische Schuld, die das deutsche Volk jetzt büßen müsse«. Der Beweis des Gegenteils ist, wie hier vorweg berichtet sei, von Kriegen, den ich dabei lebhaft unterstützt habe, in den Verhandlungen des Untersu-

³⁹ Walter Schücking/Hans Wehberg: Die Satzung des Völkerbundes, Berlin ²1924. Zur Entstehung vgl. David H. Miller: The Drafting of the Covenant, 2 vols., New York/London 1928.

⁴⁰ Westarp, Deutschland im Völkerbund (wie Anm. 2, Kap. 1/6).

⁴¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 66. Zu den Haager Konferenzen vgl. Jost Dülffer: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Berlin u. a. 1981.

chungsausschusses⁴² so überzeugend geführt worden, daß selbst dieser Ausschuß ihn als richtig anerkannt hat. Im Haag war die Schranke, die der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit durch die »Ehrenklausel« gezogen ist, von allen Seiten anerkannt worden, und meine Rede vom Februar 1919 war wohl die erste, aber keineswegs die letzte Äußerung von deutscher Seite des Inhalts, daß auch im Völkerbund Ehren- und Lebensfragen, also die politischen Interessengegensätze für eine obligatorische und vollstreckbare richterliche und schiedsrichterliche Regelung, wie sie von pazifistischen Richtungen und auch von Erzberger als Allheilmittel gepriesen wurde, ungeeignet seien. Den Versuch, sie einer solchen zu unterwerfen, erblickte ich bereits in den im Pariser Entwurf enthaltenen Vorschriften der Artikel 15 und 16, weil diese den Völkerbundsrat – im Entwurf als der Ausführende Rat bezeichnet – zur Schlichtung beriefen und ihm Vollstreckungsbefugnisse einräumten.

»Dieser Vorschlag ist es, der das ganze Werk charakterisiert; er verzichtet auf den Gedanken einer unparteiischen, paritätischen, unter der Mitwirkung der streitenden Teile eingesetzten Schieds- und Vermittlungsstelle und macht das aus neun Mitgliedern bestehende ausführende Organ des Bundes unter Ausschaltung der jeweils Beteiligten zum Schiedsrichter der Welt, und zwar, wie wir gesehen haben, nicht nur der Bundesmitglieder, sondern auch der außenstehenden Völker. [...] Der Artikel 15 vornehmlich charakterisiert den geplanten Völkerbund als den des Weltherrschaftstrustes der anglo-amerikanischen Mächte.«

Im Zusammenhang hiermit führte ich die Bestimmungen des Artikels 10, in dem die Mitglieder sich territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit garantieren, und des Artikels 11, wonach jeder Krieg und jede Kriegsdrohung den ganzen Völkerbund angeht, zum Beweise dafür an, daß der Völkerbund nichts anderes sei als ein Schutz- und Trutzbündnis der Entente.

»Sie werden sich vielleicht wundern, wenn gerade ich dieses Schutz- und Trutzbündnis als im gewissen Sinne konservativ bezeichne. Die Verteilung der Erde, wie sie sich nach diesem Kriege gestaltet, die Bildung der Machtverhältnisse, die aus ihm hervorgeht, mit anderen Worten die anglo-amerikanische Herrschaft über die Welt sollen geschützt und für ewige Zeiten festgelegt werden. Es ist ein Bund der saturierten Völker wie die heilige Allianz, und ich stehe nicht an, dagegen für das Leben der Völker und für die weltgeschichtliche Ausgestaltung ihrer Beziehungen zueinander das Recht der Revolution aufzurufen. Das formelle Recht und der Besitzstand der Herrschaftsverhältnisse haben noch niemals allein den weltgeschichtlichen Gang der Dinge bestimmen können. Aufsteigende Völker, wie Deutschland vor dem Kriege war und nach der furchtbaren Niederlage es wieder werden muß, haben das Recht, sich Licht und Luft für ihr Leben zu schaffen. Sie werden sich im Kampfe mit niedergehenden, übersättigten Völkern ihren Raum auf der Erde erringen können und müssen.«

Den Abrüstungsplan des Pariser Entwurfs bezeichnete ich, obwohl die einseitige Entwaffnung Deutschlands noch nicht festgesetzt war, als eine Utopie, weil zahlreiche Anzeichen dafür vorlagen, daß die Feindmächte nicht ab-, sondern aufrüsten würden, und ich hatte auch hierbei Anlaß, dem Grafen Brockdorff-Rantzau entgegenzutreten, der gesagt hatte⁴³, wir müßten durch Abkehr von jeder Rüstungspolitik das Mißtrauen des Völkerbundes zu überwinden suchen.

Ein Glanzpunkt von Erzbergers Völkerbund-Programm war die von Wilson verkündete »Freiheit der Meere« gewesen, die u. a. zur Abschaffung des Seebeute-, Blockade- und Konterbanderechtes und zur vollen Abrüstung zur See, zur Schleifung der

⁴² WUA 5/II, Gutachten Kriege, S. 199 ff.; Entschließung ebd. 5/I, S. 7 ff; vgl. auch WESTARP II, S. 545.

⁴³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 70.

Stützpunkte und der Internationalisierung aller Meerengen und Kohlenstationen führen sollte. Dieses noch im September 1918 aufgestellte Programm – eine der haltlosesten Illusionen, denen jemals unterwerfungslüsterne Politiker verfallen sind – war bereits durch den Vorbehalt, den England in Wilsons Antwort vom 5. November 1918 aufnehmen ließ⁴⁴, in das von ihm beherrschte Weltmeer versunken. Im Pariser Entwurf (Artikel 16) war sogar die Hungerblockade, mit der uns England erwürgt hatte, zu einer dauernden Institution des Völkerbundesrechtes gemacht worden. Solf hatte nach Bekanntwerden des Entwurfs ausgesprochen⁴⁵, nun würden wohl auch die Kleinmütigsten einsehen, daß wir unsere Kolonien wenigstens zu einem Teile wieder erhalten werden. Ich wies nach, daß das auf die Koloniallüge gestützte Mandatssystem Deutschland entgegen dem Vorabkommen (Punkt 5 der Wilson-Punkte) von jedem Anteil an Kolonien endgültig auszuschließen bestimmt sei. Die Angleichung der sozialen Fürsorge an den hohen Stand, den sie in Deutschland hatte, wurde von Graf Brockdorff-Rantzau in den Vordergrund der Völkerbund-Aufgaben geschoben.⁴⁶ Sie hätte den Arbeitern aller Länder, aber auch der deutschen Wettbewerbsfähigkeit große Vorteile gebracht und war im Pariser Entwurf in greifbarer Gestalt ebensowenig vorgesehen wie die Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Handels. Zusammenfassend begründete ich am Schluß noch einmal die Ablehnung des Völkerbunds.⁴⁷

»Der Ausschluß Deutschlands von den Rechten und der Verwaltung des Bundes und seine Behandlung lediglich als Objekt der Exekutive ist vorgesehen; Organisation und Befugnisse des Ausführenden Rates kennzeichnen den sogenannten Völkerbund als ein Weltherrschaftsbündnis der fünf in ihm vertretenen Großmächte, welches durch dieses Organ in allen wesentlichen Streitigkeiten der Völker auf der ganzen Welt die letzte Entscheidung trifft, nach seinem Ermessen Kriege verbietet oder führt und die unbeschränkte Zwangsgewalt gegen alle Völker der Welt ausübt. [...] Das neu gestaltete Weltreich bedeutet für das deutsche Volk eine Zwangs- und Fremdherrschaft, die im Vergleiche zu derjenigen Napoleons von 1807 in das gigantische Maß unserer Tage übersetzt ist. So ist das Ideal- und Traumbild eines Völkerbundes, der als Hort des Friedens, der Versöhnung und der Gerechtigkeit auch dem deutschen Volke Lebensluft und Raum zu neuem Aufstieg geben konnte, endgültig in nichts zerronnen. Zu den Zwecken dieses Bundes gehört es nicht, Deutschland den Weg der Weltpolitik und weltwirtschaftlicher Tätigkeit, ihm die Möglichkeit eines Daseins, würdig seiner Kraft, zu eröffnen; vielmehr ist er bestimmt, das Deutsche Reich unter die Fremdherrschaft zu beugen, zu einer Kontinentalmacht zweiten oder dritten Ranges zu machen und das deutsche Volk als Volk der Heloten für fremde Wirtschaft auszunutzen.«

Daran knüpfte ich die Richtschnur für die weitere deutsche Politik.

»Es mag sein, daß gegebenenfalls nichts anderes übrig bleibt, als mit zusammengebissenen Zähnen und die Faust in der Tasche den Bund in dieser oder jener Form über sich ergehen zu lassen. Wichtiger wird vielleicht die Aufgabe sein, diejenigen Interessengegensätze nutzbar zu machen, die auch in Zukunft bei einzelnen Mitgliedern des Bundes hervortreten und für Deutschland nützlich sein könnten. Das Thema einer europäisch-kontinentalen Interessengemeinschaft würde mich am Schlusse meiner Erörterung zu weit führen. Den Gedanken, daß Deutschland durch Beitritt und Mitarbeit das Gesicht dieses Bundes wesentlich ändern könne, halte ich für eine Utopie. [...] Nicht durch einen solchen Bund und mit seiner Hilfe kann Deutschland jemals seinen Aufstieg aus sei-

⁴⁴ WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 148. Es heißt darin: »The Allied Governments [...] must point out, however, that what is usually described as the freedom of the seas admits various interpretations, some of which they could not accept. They must therefore reserve to themselves complete freedom on this subject when they enter the peace conference.«

⁴⁵ Wilhelm H. Solf: Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis, Berlin 1919; dazu Eberhard v. Vietsch: Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten, Tübingen 1961, S. 221.

⁴⁶ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919, S. 70.

⁴⁷ Dieses und das folgende Zitat wie Anm. 40.

ner furchtbaren Niederlage sich bereiten. Das ist nur möglich, wenn es sich auf die Quellen der Kraft besinnt, die es zur Einigkeit und zur Größe geführt haben: auf eine starke monarchische Führung zu kraftvoller und opferbereiter Wehrhaftigkeit.«

Der am 24. April 1919 veröffentlichte, durch Note vom 9. Mai der Friedenskonferenz überreichte Gegenentwurf der deutschen Regierung⁴⁸ gab mir Anlaß zum Widerspruch.⁴⁹ Ich billigte, daß ein Gegenentwurf aufgestellt sei, dagegen kritisierte ich, daß auch in ihm die Unparteilichkeit der internationalen Schiedsstellen nicht genügend gewahrt sei. Schärfer noch tadelte ich, daß der deutsche Entwurf alle politischen Interessenkonflikte einem internationalen Vermittlungsamt zuwies, dessen Entscheidungen bindende Kraft haben und im Weigerungsfall vom Vermittlungsamt vollstreckt werden sollten.

»Ich habe starke Zweifel, ob eine so weitgehende Durchführung des Anrufungszwanges und der Vollstreckbarkeit in allen internationalen Streitigkeiten durchführbar sein wird. Tatkräftige Völker, die sich in unzweifelhaften Lebensinteressen bedroht fühlen, werden doch letzten Endes immer an das Schwert appellieren, und wenn sie sich dem Spruche des Gerichtshofes oder Vermittlungsamtes nicht fügen zu können glauben, so wird die Frage, wieweit die übrige Welt sie dazu zwingen will, immer weit mehr von den realen Interessen und Machtverhältnissen als von der Treue zum Völkerbund abhängig sein. Glaubt jemand im Ernst, daß Amerika die Monroe-Doktrin oder die Einwanderungsfragen gutwillig dem internationalen Schiedsspruch unterwerfen oder daß England seine Herrschaft über Indien, Ägypten und Irland und seine überseeischen Stützpunkte solcher Entscheidung unterstellen wird? Zeigt nicht heute schon die Entwicklung, daß die neuen Theorien über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Schutz der nationalen Minderheiten an allen Ecken und Enden Streitigkeiten zur Folge haben, bei denen die betroffenen Staaten und Völker gar nicht daran denken, sich mit tief in ihre Lebensinteressen eingreifenden Schiedssprüchen abzufinden.«

Am 21. Mai 1919 brachte Scheidemann auf dem Wilhelmsplatz in Berlin bei einer der Demonstrationen, die gegen das am 7. Mai bekannt gegebene Versailler Diktat veranstaltet wurden, ein Hoch auf den Völkerbund aus. Ich erklärte das⁵⁰ für einen erneuten Beweis dafür, daß die Unfähigkeit der deutschen Politik, von Illusionen und Träumereien zu lassen, eine unheilbare Krankheit sei.

»Die Zulassung Deutschlands zu dem Völkerbund der ersten 24 Artikel des Versailler Entwurfs verspricht [...] dem Deutschen Reiche keineswegs eine Sicherung seiner Lebensinteressen und einen Schutz vor militärischen, politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen durch den Bund seiner Sieger. Das ist um so weniger der Fall, als die weiteren 416 Artikel die Fragen, die im Völkerbund geregelt werden sollen, vornehmlich die der Abrüstung (Artikel 8), der Kolonien (Artikel 22), der Freiheit des Verkehrs und der Gleichberechtigung des Handels (Artikel 23e) in einer Weise vorwegnimmt, die Deutschland schwer schädigt, demütigt und von selbständiger Mitarbeit ausschließt.«

Solche Ausführungen schienen mir um so nötiger zu sein, weil Erzberger in einem Interview die sofortige Zulassung Deutschlands als eine der Bedingungen erklärt hatte, unter denen Deutschland das Diktat annehmen könne. Ich bestritt entschieden, daß das eine Konzession sein werde, die irgendeine der sonstigen Unerträglichkeiten der Friedensbedingungen auch nur einigermaßen ausgleichen könne.

Eine Aufforderung der von Simons geleiteten Deutschen Liga für Völkerbund zu einer Versammlung, in der ich reden sollte, gab einen mir nicht unerwünschten Anlaß,

⁴⁸ WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 434 ff.

⁴⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 204 vom 4. 5. 1919, IP.

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 243 vom 25. 5. 1919, IP.

ihr und ihren Zielen durch ein Schreiben vom 31. Oktober 1919 eine grundsätzliche und scharfe Absage zu erteilen.

Hiernach gibt es niemand, der früher als ich in dem Kampf gegen den von Wilson angekündigten, im Versailler Diktat eingesetzten Völkerbund eingetreten ist. Von den Gründen, auf die ich mich dabei stützte, haben einzelne, wie die Annahme, daß Amerika am Völkerbund teilnehmen werde und die einseitige Betonung der englischen Tyrannei im weiteren Verlauf der Dinge ein anderes Gesicht erhalten. In der Hauptsache habe ich in der Geschichte des Genfer Völkerbundes in wichtigen Punkten geradezu wörtlich bestätigt gefunden, was ich vorausgesehen und wovor ich gewarnt hatte.

In der Geschichte der Kapitulation, der Waffenstillstandsverhandlungen und der Unterwerfung unter das Versailler Diktat erlebte die preußische Ostmark, die mir neben Potsdam und Berlin eine persönliche, amtliche und politische Heimat war, jenes Schicksal von furchtbarer Tragik⁵¹, durch das sie zerstückelt, zum größeren Teil der polnischen Fremdherrschaft unterworfen, die deutsche Grenze im Osten der norddeutschen Tiefebene aber und das Werk östlicher Kolonisation auf den Stand zurückgeworfen wurde, den sie Mitte des 17. Jahrhunderts gehabt hatten. Dabei wurden Preußen und dem Deutschen Reiche durch den Verlust national und wirtschaftlich gleich unentbehrlicher Gebiete eine Wunde geschlagen, von der ich bis zum Polen-Feldzuge von 1939 stets ausgesprochen habe, daß sie, bevor der Raub der preußischen Ostmark rückgängig gemacht worden sei, nicht heilen könne.

Nach dem Waffenstillstand bestand die deutsch-russische Grenze zu Recht; die Räumung von deutschen Truppen war nur für die besetzten Gebiete außerhalb der deutschen Grenzen vorgesehen. Der Streich, mit dem die Polen sich am 27. Dezember 1918 der Stadt Posen bemächtigten⁵², war blutiger Aufruhr, den sie in fortgesetztem Vordringen mit brutaler Gewalt über die Provinz Posen ausdehnten und der erst dicht an deren Westgrenze an einzelnen Stellen durch örtlichen Widerstand zum Stehen gebracht wurde. Die Gefechte, in denen die Grenzmark-Bevölkerung das polnische Vordringen an der Westgrenze zum Stehen brachte⁵³, gehören zu den Taten, die das Erwachen des deutschen Volkes zu starkem Befreiungswillen vorbereitet haben. Daß Stadt und Regierungsbezirk Posen kampfflos den Aufrührern überlassen wurde, ist nicht nur auf den damaligen Zerfall der militärischen und staatlichen Macht, sondern auf ein schwereres nationales Verschulden der revolutionären Machthaber zurückzuführen. So konnte der polnische Aufstand im Winter 1918/19 eine jener vollendeten Tatsachen schaffen, denen die diplomatischen Entschlüsse sich anzupassen pflegen. Die Eroberung Posens wurde schon im Vertrag über die Verlängerung des Waffenstillstandes vom 16. Februar 1919⁵⁴ durch die Demarkationslinie und durch das Verbot kriegerischen Vorgehens gegen den polnischen Staat festgelegt. Aber auch der viel weiter gehende endgültige Raub deutschen Landes im Versailler Diktat wäre schwerlich in diesem Umfange erfolgt, wenn die Preisgabe Posens nicht so deutlich den Feinden gezeigt hätte, daß Deutschland nicht mehr gewillt war, für die Erhaltung der preußischen Ostmark zu kämpfen.

Die Bevölkerung der Ostmark hat sich nicht widerstandslos dem über sie hereinbrechenden Schicksal gefügt. Heimatschutz, dann Grenzschutz, wurden gegründet

⁵¹ Hierzu CLEINOW, S. 269 ff.

⁵² SCHULTHESS 1918/I, S. 599 f.

⁵³ CLEINOW, S. 93 ff.

⁵⁴ WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 328 f. und 343; vgl. auch RABENAU, S. 114 ff.

und kämpften an vielen Stellen mit Erfolg, um dem weiteren Vordringen der Polen Einhalt zu gebieten. Die deutschen Volksräte, deren verdienstvolle Arbeit mit dem Namen ihres Begründers im Netzegau Geheimrat Cleinow verknüpft ist, suchten das Deutschtum zu einheitlicher Gegenwehr zusammenzufassen. Der Proteststurm öffentlicher Kundgebungen gegen das Versailler Diktat aus diesen Kreisen war besonders stark. Besonders Danzig erhob in einer Versammlung vom 25. März wirkungsvollen Einspruch gegen die von den Feindmächten geforderte Zustimmung zur Landung polnischer Truppen. Dazu aber traten Pläne eines letzten kriegerischen Widerstandes. Dabei handelte es sich um zwei Möglichkeiten. Für den Fall, daß die Weimarer Regierung die Unterschrift verweigerte, daß also mit Aufhören des Waffenstillstandes ein neuer Kriegszustand eintrat, bereitete die OHL einen Angriff gegen Polen vor, um Posen zu befreien und die Grenze von 1914 gegen den polnischen Einmarsch wiederherzustellen.⁵⁵ Hindenburg telegraphierte noch am 20. Juni 1919 der Regierung⁵⁶, wir seien bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und die Grenzen zu halten. Im Westen freilich könnten wir kaum auf Erfolg rechnen, und ein günstiger Ausgang der Gesamtoperation sei daher sehr fraglich. Als ich am 29. Juni aus anderem Anlaß⁵⁷ in Kolberg war, wurde mir – von jüngeren Offizieren mit lebhaftem Bedauern – erzählt, Groener habe zunächst alles versucht, daß nicht unterzeichnet, sondern gegen Polen gekämpft werde; am 23. Juni seien alle Koffer gepackt gewesen, um mit der ganzen OHL in den Krieg mit Polen zu ziehen. Die Deutschen der Ostmark, insbesondere die Volksräte und ihre Führer, waren natürlich geneigt, daran zu glauben, daß die Regierung zu ihrem Wort stehen werde, und rechneten bis zum letzten Augenblick damit, daß der Kampf mit Polen zu führen sein werde, für den sie den Einsatz der ganzen Organisation – Grenzschutz, Freiwilligenwerbung, Volkserhebung – vorbereiteten. Aber auch für den Fall, daß die Regierung wider Erwarten sich dem Diktat unterwerfen wollte, wurde allen Ernstes der Plan verfolgt, sich mit den Waffen der Abtretung der Heimat an Polen zu widersetzen. Zu diesem Zweck wurde die Vereinigung der Provinzen Westpreußen und Posen mit den nur mittelbar bedrohten Provinzen Ostpreußen, Schlesien, auch Pommern zu einem Oststaat erwogen, der nach vollzogenem Befreiungskampf zu Preußen und zum Reich zurückkehren werde.⁵⁸ Man hoffte bestimmt darauf, daß die Kommandierenden Generale in Danzig und Breslau v. Below und v. Lossow, auch v. Loßberg sich mit ausreichenden Truppen auch gegen den Willen der unterzeichnenden Regierung für den Krieg mit Polen zur Verfügung stellen würden.

Eines der traurigsten Kapitel der an erschütternden Tragödien so reichen deutschen Geschichte ist die Schilderung, die Cleinow von den begeisterten Hoffnungen und heißen Bemühungen, mit denen die Ostmarkdeutschen den Befreiungskampf noch in den drei Juniwochen vorbereiteten, und von der furchtbaren Enttäuschung gibt, die ihnen in den Tagen vom 23. und 25. Juni zuteil wurde.⁵⁹ Nachdem in Weimar die Unterzeichnung beschlossen und damit die Möglichkeit einer allgemeinen Wiedereröffnung der Feindseligkeiten beseitigt worden war, erklärte General v. Below in Danzig,

⁵⁵ Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt/M. 1955, S. 154 ff.; GROENER, S. 499, 501–510; SCHULZE, S. 112 ff.

⁵⁶ Wortlaut in: WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 678.

⁵⁷ WESTARP, Ende der Monarchie, S. 31.

⁵⁸ Über Oststaatspläne vgl. CLEINOW, S. 208 ff. und 318 ff.; Hagen Schulze: Der Oststaat-Plan 1919, in: VfZG 18 (1970), S. 123–163.

⁵⁹ Vgl. CLEINOW, S. 290 und 313 ff.

daß er die Teilnahme an einem wider Willen der Regierung eröffneten Kampf gegen die Polen ablehne und jeden Wunsch dazu mit Waffengewalt niederhalten werde.⁶⁰ Auch v. Lossow in Breslau nahm die gleiche Stellung ein. v. Batocki mußte das den in Danzig am 24./25. Juni versammelten Volksräten mitteilen. Er forderte in schwerem Entschluß die Versammlung und die Bevölkerung auf, von selbständigen Unternehmen abzusehen. Im Netzegau hielten Grenzschutz und Freiwillige noch am längsten an kämpferischen Ideen fest. Aber auch Cleinow sah sich genötigt, in Bromberg die Bewegung abzublasen. Die damalige Volksbewegung der preußischen Ostmark gehört jedoch zu jenen Betätigungen nationalen Lebenswillens zu Ehre und Freiheit, die, auch wenn ihnen der Erfolg versagt blieb, nach innen und außen den Grund für einen späteren Aufstieg der Nation gegeben haben.

Meine Teilnahme an der ostmärkischen Freiheitsbewegung war im wesentlichen eine indirekte. Unmittelbare Beziehungen zur Ostmark hatte ich nicht mehr. Da ich nicht Abgeordneter war, gehörte ich auch dem interfraktionellen Ausschuß der Ostmark-Abgeordneten nicht an, der im Mai 1919 gegründet wurde, unter Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer in die Verhandlungen eingriff und noch Jahre hindurch bestanden hat. Nach Cleinows Darstellung⁶¹ hat er mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Daß ich daran hätte etwas ändern können, ist nach den bestehenden Mehrheitsverhältnissen kaum anzunehmen. Die Volksbeauftragten hätten, so führt Cleinow weiter aus, um sich den Polen entgegenzustellen, Koalitionen eingehen müssen, die sie aus parteipolitischen Gesichtspunkten gezwungen waren, zu vermeiden.

»U. a. mußten sie mit Offizieren der kaiserlichen Armee, mit Großgrundbesitzern, Bauern und Handwerkern, mit den Konservativen und Nationalliberalen, mit Stresemann und Graf Westarp auf dem Boden des Ostmarkenproblems paktieren. Graf Westarp aber sprach immer und überall und in durchaus unnötiger Weise von der Notwendigkeit der Wiederkehr der Monarchie als Allheilmittel.«

Ich war und bin der Meinung, daß auch der bündigste Verzicht auf den monarchischen Gedanken mich weder für die Volksbeauftragten noch für die Weimarer Koalition bündnisfähig gemacht haben würde. Auch übersieht Cleinow, daß ich 1919 in der DNVP gar keine führende Stellung gehabt habe. Hergt hat damals den monarchischen Gedanken nicht in den Vordergrund gestellt. Es war nicht allein mein Wunsch, mich von politischen Aufgaben zugunsten amtlicher und wissenschaftlicher Tätigkeit zu entlasten, und die ihn täglich erschwerende politische Inanspruchnahme, die mich zur Zurückhaltung bewogen und mich auch veranlaßten, den mir im März 1919 nahegelegten Eintritt in den Beirat des Reichsverbandes Ostschutz nicht zu vollziehen. Ich konnte mir auch von dem Versuche, von Berlin aus in den Kampf der Ostmark hineinzureden, keinen Erfolg versprechen.

An mittelbarer Unterstützung des ostmärkischen Freiheitskampfes habe ich es nicht fehlen lassen. Am 22. Dezember 1918 verband ich die Kritik an der Regierung, die nicht genügend für den militärischen Schutz Posens Sorge, mit Worten lebhafter Anerkennung für die beginnende Volksratsbewegung.⁶² Als am Tage darauf Posen gefallen war, machten Hergt und ich einen Vorstoß, auf den ich die öffentliche Aufmerksamkeit lenkte.⁶³

⁶⁰ Vgl. Schulze, Oststaat-Plan (wie Anm. 58), S. 156 f.

⁶¹ CLEINOW, S. 284 ff., für das folgende ebd.

⁶² Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918, IP.

⁶³ Kreuz-Ztg. Nr. 8 vom 5. 1. 1919.

»Wir können hier berichten, daß im Auftrage des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei der Herr Staatsminister Hergt in Begleitung des Grafen Westarp am 31. Dezember bei der Reichsregierung im Interesse unserer schwer bedrohten Ostmark persönlich vorstellig geworden sind. Sie forderten einmal volle Aufklärung über die Verhältnisse im Osten, vor allen Dingen aber, daß die Regierung ihre Macht einsetze, um im Osten die deutsche Bevölkerung zu schützen und um die Polen zu verhindern, die Friedenskonferenz durch Inbesitznahme deutschen Landes für das Königreich Polen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die bisherige Haltung der bürgerlichen Parteien zu der Regierung sei an die Voraussetzung geknüpft, daß diese auch wirklich Ordnung und Ruhe schaffe. In Posen könne und dürfe das nicht unmöglich sein. Für den Schutz unserer Ostmark müsse es, wenn wirklich die Truppen vollständig versagten, gelingen, ein ausreichendes Freiwilligenkorps zusammenzubringen, namentlich wenn der Schutz des bedrohten deutschen Landes und des ostmärkischen Bürgertums als Zweck der Werbung in den Vordergrund gestellt werde. Die Befürchtung, daß solches Korps gegenrevolutionären Bestrebungen dienstbar werden könne, sei vollkommen grundlos und dürfe unter keinen Umständen ein Hinderungsgrund für die Erfüllung der Regierungspflicht zum Schutze unserer Grenzen sein. Ebenso grundlos aber sei es, wenn man etwa die Hoffnung hege, die Entente werde Deutschland in der Ostmarkfrage gegen vollendete Tatsachen, die die Polen bis zur Friedenskonferenz mit militärischer Macht geschaffen hätten, ihre Unterstützung leihen. Dazu würden nach allen bisherigen Erfahrungen unsere Feinde keinen Finger rühren, weder aus Gründen des Rechtes und der Billigkeit noch aus einem eigenen Interesse heraus, Deutschland nicht zu schwer zu schädigen.

Diese Vorstellungen der Deutschnationalen Volkspartei wurden entgegengenommen, eine amtliche Stellungnahme hierzu erfolgte nicht. Wir sind zur Beurteilung der Handlungsweise der Regierung in dieser Frage also auf dasjenige angewiesen, was darüber öffentlich bekannt geworden ist. Da müssen wir freilich erklären, daß wir selbst in der jetzigen Zeit der Revolution kaum eine schmachvollere und schädlichere Bankrotterklärung gehört haben als diejenige des sogenannten preußischen Ministers des Innern, des Herrn Ernst, die darauf hinauslief, daß die Regierung auch nicht eine Division übrig habe, um sie den Polen entgegenzustellen, und daß sie, auch um Blutvergießen zu verhüten, lediglich auf eine Einigung mit den Polen rechne. Die Reichsregierung selbst scheint eingesehen zu haben, daß man so nicht reden darf, und ist von Herrn Ernsts Erklärung abgerückt. Seitdem liest man dauernd von Verhandlungen und Konferenzen über die Ostfragen, aber man hört nichts von einem festen Entschluß und einer Tat. Die Polen aber gehen rücksichtslos und zielbewußt vor. [...] Die Regierung verlangt von der deutschen Bevölkerung, daß sie sich aufraffe und sich selbst helfe. Gewiß muß das deutsche Volk aus seiner Erstarrung erwachen und zur Tat schreiten, aber ebenso gewiß ist, daß es dazu der Führung der Regierung bedarf und daß diese ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, wenn sie die Bevölkerung ohne Führer, ohne Schutz und ohne Waffen dem bewaffneten Polentum überläßt.«

Daß die Demarkationslinie des Verlängerungsvertrages meinen lebhaften Widerspruch erfuhr, ist selbstverständlich. Aber auch die Forderung der Waffenstillstandskommission, die polnische »Haller-Armee« in Danzig landen zu lassen, und die darüber geführten Verhandlungen riefen mich auf den Plan.⁶⁴

»Was fester nationaler Wille, der in Deutschland hervortritt, doch immer noch zu erreichen vermag, zeigt der Gang der Verhandlungen über die Landung des polnischen Heeres in Danzig. Mit der ihm eigenen kategorischen Bestimmtheit, die keinen Widerspruch zu dulden vorgibt, hatte General Foch die Zulassung dieser Landung gefordert. Dagegen bäumte sich endlich einmal in erfreulicher Geschlossenheit das deutsche Bewußtsein auf. Die Westpreußen selbst sahen voraus, daß die Gewährung dieses Verlangens dazu geführt haben würde, Westpreußen in polnische Gewalt zu bringen und die unverschämte polnische Forderung auf dauernden Besitz des westpreußischen Korridors zum Meere zu sichern. Entschlossen kündigten sie an, daß sie sich dagegen zur Wehr setzen würden. Schilderungen der polnischen Presse, die behaupten wollte, diese Kundgebungen in Danzig und anderen Orten seien erkünstelt und erzwungen gewesen, widersprachen zu offensichtlich den Tatsachen, als daß sie hätten Eindruck machen können. Auf der anderen Seite konnte nachgewiesen werden, daß polnische Bevölkerungsteile in westpreußischen Bezirken auf-

⁶⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919 und Nr. 157 vom 6. 4. 1919, jeweils IP.

gehetzt wurden, den Einmarsch der Polen zum Anlaß gewalttätiger Erhebung zu nehmen. So war die Regierung in der Lage, mit vollem Recht darauf hinzuweisen, daß die geplante Landung zu blutigen Kämpfen und zum Bürgerkrieg in Westpreußen führen und die deutsche Front gegen den Bolschewismus im Rücken aufs schwerste gefährden würde. Der feste und entschlossene Wille der westpreußischen deutschen Bevölkerung fand in Deutschland lebhaftes Echo. Soweit bekannt geworden, haben bei den Parteiführerbesprechungen der letzten Tage alle Parteien einmütig, sogar die Unabhängigen, der Ablehnung der Forderung zugestimmt.⁶⁵ Was davon in dem nunmehr in Spa abgeschlossenen Abkommen übrig geblieben ist, bleibt schwer und schmerzlich genug und nicht ohne Gefahren. Zwei Monate hindurch sollen von vier Einfallstoren aus polnische Truppen das deutsche Land durchqueren. Es scheint sich danach um eine Zahl von einer Größe zu handeln, die man sich ohne weiteres schwer erklären kann, und die Belastung unserer Verkehrsmittel ist eine ungeheure. Auch fehlt es an wirksamen Garantien, daß diese Verstärkung der polnischen Heeresmacht sich nicht schließlich doch gegen Deutschland wendet. Bedauerlich und bedrückend bleibt besonders der grundsätzliche Vorbehalt in Punkt I und derjenige zu V, nach welchem die Entente unter Umständen auch auf den Weg über Danzig zurückgreifen will. Trotz alledem, ein erster Schritt zur Besserung ist zu begrüßen, das deutsche Volk hat wieder einmal einen festen nationalen Willen gezeigt und dadurch einen Erfolg erzielt.«

Erst Mitte Juni 1919, als die Entscheidung nur noch von den Ereignissen in Weimar abhängig war, wurde ich unmittelbar an dem Plane eines bewaffneten Widerstandes beteiligt. Darüber habe ich tagebuchartig an meine abwesende Frau und in Andeutungen an v. Heydebrand berichtet. Danach habe ich am 20. Juni in einer Besprechung von Ostmärkern unter Vorsitz v. Kessels einen unabhängig von der Regierung zu führenden Kampf zur Befreiung Posens und Westpreußens unter der Voraussetzung befürwortet, daß sich ein General finde, der die Führung übernehme. Daß auch sonst der Plan eines besonderen deutschen Oststaates in jenen Tagen für mich bestimmtere Formen angenommen hat, zeigen mir in meinen Akten befindliche Notizen, nach denen Kriege und ich uns über die staats- und völkerrechtlichen Unterlagen für einen solchen Schritt klar zu werden suchten. Neben ersten Entwürfen einer Erklärung und eines Aufrufes stellten wir einen Plan für die ersten Regierungsverhandlungen des Diktators auf. Obwohl diese Entwürfe wie so viele der Arbeiten, die man damals zu leisten hatte, praktisch nicht verwendbar wurden, scheinen sie mir doch für die Sorgen und Pläne jener Tage von Interesse zu sein.

Als mir v. Kessel am 25. Juni mitteilte, daß sich der General, von dem wir geglaubt hatten, ihn als Führer in Aussicht nehmen zu können⁶⁶, versagte, mußte ich auch diesen Gedanken eines letzten Widerstandes als gescheitert ansehen. Es war, wenn überhaupt, so nur noch mit aussichtslosen Einzelkämpfen zu rechnen. So wurden Westpreußen und Posen endgültig ohne Widerstand dem polnischen Feinde jedes Deutschtums überliefert. In jener Zeit des Kleinmuts vermochten nur wenige daran zu glauben, eine zu ihrer Rettung unternommene Tat könne noch Erfolg haben. Daß jeder Versuch einer solchen unterblieb, wirkt heute um so schmerzlicher, als wir inzwischen an zahlreichen Beispielen gesehen haben, welches Schwergewicht vollendete Tatsachen gehabt haben, wenn sie auch gegen den Willen der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte und des Völkerbundes durch eine kühne militärische Tat geschaffen werden.

⁶⁵ WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 411; Wortlaut des Transitabkommens vom 4. 4. 1919, ebd. S. 418 f.

⁶⁶ Gemeint ist Otto v. Below.

Die Annahme des Versailler Diktates

Die Ereignisse, die zum Zustandekommen und zur Annahme des Versailler Diktates führten, sein Inhalt und seine Wirkungen sind in einer fast unübersehbaren Fülle von amtlichen Urkunden, parlamentarischen Auseinandersetzungen, Agitationsschriften, Erinnerungs- und sonstigen literarischen Werken behandelt und in allen wesentlichen Punkten wohl vollständig geklärt worden.¹ Was noch fehlt, ist meines Erachtens eine zusammenfassende geschichtliche Darstellung, die geeignet wäre, das Schicksal, das Deutschland in Versailles getroffen hat, dem Gedächtnis des deutschen Volkes fest und für immer einzuprägen. Es gibt keine Entwicklung in der deutschen Leidensgeschichte, deren Gedanken mehr Bitterkeit und Kummer hervorrufen könnte, die aber auch einen größeren Einfluß auf eine weite Zukunft hinaus ausgeübt hätte und deren Lehren deshalb den kommenden Geschlechtern mit ernsterer Sorgfalt gegenwärtig gehalten werden müßten. Meine Darstellung unseres Widerstandes gegen die Unterwerfung unter den Versailler Gewaltfrieden soll dazu dienen, das Gesamtbild durch bisher nicht genügend beachtete Züge zu vervollständigen und lebendiger zu gestalten.

Die Stellungnahme der herrschenden Mehrheit und ihrer Regierung zu dem drohenden Gewaltfrieden durchlief wie im Oktober 1918 und Februar 1919 die drei Stufen des schroffen Nein, des Abgleitens zur Annahme und des Versuches, diese im Kampf gegen alle, die am Nein festhalten wollten, zu rechtfertigen. Die DNVP und ihre Fraktionen vertraten dagegen den Gedanken der Ablehnung so entschieden und eifrig, daß ich keinen Anlaß zu Anregungen oder zur Kritik hatte, sondern ihr Vorgehen nur ergänzend unterstützen konnte. Soweit die regierende Mehrheit im ersten Stadium sich zum Unannehmbar des Gewaltfriedens bekannte, haben wir sie unter Verzicht auf jede Opposition rückhaltlos unterstützt.

Gleich im Anfang fehlte es freilich nicht an einem Zwischenspiel, bei dem Scheidemann aus Besorgnis vor einem Anwachsen der nationalen Bewegung heraus übelsten Streit in die Abwehrfront hineintrug. Im Anschluß an die Nachricht, die über den Inhalt der bevorstehenden Friedensbedingungen durchsickerte, fanden in Berlin am 23. März 1919 öffentliche Kundgebungen gegen die Losreißung der Ostmark statt.² Auch Scheidemann gab in der Nationalversammlung am 26. eine Regierungserklärung mit starken Worten des Protestes gegen einen Gewaltfrieden ab, konnte sich aber nicht enthalten, sie mit einem gehässigen Angriff auf das Verhalten vaterländischer Kreise, namentlich des Nationalverbandes Deutscher Offiziere zu verbinden, die bei einem

¹ Vom Autor wurden herangezogen: Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 147–156; Hermann Müller: Die November-Revolution, Berlin 1928; Conrad Haußmann: Schlaglichter, Frankfurt a. M. 1925; Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit, hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt a. M. 1923, S. 177–180; Albrecht v. Graefe: Damals in Weimar. Ein Blick hinter die Kulissen, Berlin 1929, S. 18 ff.; Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920, S. 365 ff.; BROCKDORFF-RANTZAU.

² Kreuz-Ztg. Nr. 132 vom 24. 3. 1919, »Volkskundgebung im Zirkus Busch«; vgl. auch Korrespondenz der DNVP Nr. 64 vom 24. 3. 1919, »Erzbergers Doppelrolle gegenüber der Ostmarkennot«.

Umzug Kaiserhochs ausgebracht und »Heil Dir im Siegerkranz« gesungen hatten.³ Eine Ovation, die sie dem ihnen beegnenden Ludendorff dargebracht hatten, nahm Scheidemann zum Anlaß, diesen mit dem Staatsgerichtshof zu bedrohen. Er bezichtigte die Urheber dieser Kundgebungen des Landesverrats, weil sie Deutschland wieder in den Verdacht gebracht hätten, als sei der Militarismus nicht endgültig beseitigt. Natürlich fehlte es in der Nationalversammlung nicht an entschiedener Abwehr der DNVP und DVP⁴, und ich behandelte in der Kreuzzeitung den Vorstoß Scheidemanns mit scharfer Kritik.⁵

»Das alles muß das deutsche Volk über sich ergehen lassen, weil es den sozialdemokratischen Regierungsmännern notwendig erscheint, mit dem Gespenst der Gegenrevolution die Massen zum Zusammenhalten zu locken und den Radikalen zu zeigen, daß die sozialdemokratische Regierungspartei auch nach rechts hin Mut und Tatkraft besitzt.«

Als dann das Bild dessen, was die Feinde vorhatten, immer deutlicher wurde, entstand noch einmal auf einige Wochen eine Einheitsfront der Abwehr, von der nur die Unabhängige Sozialdemokratie sich ausschloß. Am 10. April nahm die Nationalversammlung einen von Löbe, Gröber, v. Payer, Graf Posadowsky und Dr. Heinze unterschriebenen Antrag an, in dem ausgesprochen wurde, der Wille des ganzen deutschen Volkes lehne den Gewaltfrieden ab und die Nationalversammlung erwarte das Gleiche von der Regierung.⁶ Der Reichspräsident Ebert erwiderte in einer von Scheidemann gegengezeichneten, an die Nationalversammlung gerichteten Erklärung, daß er die Kundgebung als das Bekenntnis des unbeugsamen Willens des Volkes begrüße, der für die Reichsregierung maßgebend sein werde.⁷ Der Hauptvorstand der DNVP stellte⁸ in seiner Sitzung vom 15./16. April mit wirkungsvollen Kundgebungen zum bevorstehenden Friedensschluß, zum Anschluß von Deutsch-Österreich und zu den Leiden der deutschen Bevölkerung »diejenigen Fragen in den Vordergrund seiner politischen Stellungnahme, die beim deutschen Volke über den inneren Nöten immer noch nicht die Beachtung finden, die ihnen zukommt«.

Nachdem das Versailler Diktat in allen seinen Einzelheiten am 7. Mai der deutschen Delegation mitgeteilt worden war, wurde die ganze deutsche Öffentlichkeit noch einmal über alle Parteigegensätze hinweg von einer stürmischen Bewegung empörter Ablehnung ergriffen. Freilich konnte ich nicht an Flecken vorübergehen, die von Anfang an das Bild der neu erwachenden Einigkeit trübten.⁹

»Selbst die Unabhängige Sozialdemokratie erhebt in der ›Freiheit‹ ebenso wie es der Abgeordnete Hoffmann in der preußischen Landesversammlung getan hat, schärfsten Protest gegen den geplanten Gewaltfrieden, ›der für das sozialistische Proletariat aller Länder dieselbe Gefahr neuer Unruhen, neuer Konflikte bedeute wie für die deutsche Arbeiterklasse‹. Aber die Unabhängige Sozialdemokratie verzichtet auch im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf, sich außerhalb der nationalen Gemeinschaft zu stellen. [...] Ernster ist die Beflissenheit, mit der die ›Freiheit‹ in dauermächtigen Überschriften verkündet: ›Wir müssen annehmen.‹ Damit fällt sie wie immer dem

³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 26. 3. 1919, S. 808.

⁴ Ebd. vom 27. 3. 1919 (Graf Posadowsky-Wehner), S. 837, (Dr. Becker), S. 857, (Scheidemann), S. 858. Dazu ferner: Korrespondenz der DNVP Nr. 71 vom 28. 3. 1919, »Erklärung der Deutschnationalen Fraktion zu der Rede des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums vom 26. März 1919«.

⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

⁶ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 10. 4. 1919, S. 961.

⁷ Ebd. vom 15. 4. 1919, S. 1077.

⁸ Korrespondenz der DNVP Nr. 87 vom 16. 4. 1919; auch Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP.

⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 217 vom 11. 5. 1919.

deutschen Volke und seinen Vertretern in den Rücken, um ihm auch die letzte Möglichkeit eines besseren Verhandlungsergebnisses zu verlegen. Daran ändert nichts die Art, wie sie die Behauptung: ›Wir können unterschreiben‹ begründet. [...] Der Entente-Imperialismus erlebe heute seinen stolzesten Triumph, aber in dem Gebälke des hohen Gebäudes, das er aufführt, knistere und krasche es. Für das deutsche Volk ist dieser Trost zu unsicher und ganz unzureichend. Abgesehen von dieser Ausnahme kommt in der gesamten deutschen öffentlichen Meinung die Einmütigkeit zum vollen Ausdruck, zu welcher der Reichspräsident und die Reichsregierung aufrufen: ›Ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren.‹ ›Berliner Tageblatt‹ und ›Ulk‹ freilich kommen diesem Aufruf schon heute nicht nach, ohne daß sie zwischen den ›Alldrutschen‹ und sich in alter gehässiger Form den Trennungsstrich aufrechterhalten; der ›Vorwärts‹ verwahrt sich scharf gegen den Verdacht, daß die Gesamtheit derer, die jetzt auf dem Standpunkt ›ablehnen‹ stehen, dem alldrutschen Heerbann zuzurechnen und eines offenen oder verkappten Chauvinismus zu zeihen seien. Die Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen aber wird in allen Lagern mit gleicher Schärfe hervorgehoben. In wirksamer Weise geschieht das in der gesamten nationalen Presse. Aber auch Herr Theodor Wolff im ›Berliner Tageblatt‹ war fast der erste, der den Friedensbedingungen ein scharfes Nein entgegengesetzte und der auch in seiner Auseinandersetzung mit den Unabhängigen erklärt, daß die heutige Regierung ›einen Vertrag nicht unterschreiben kann und wird, der dem bisher uns vorgelegten Entwürfe gleicht.‹

Westarp würdigt in dem Artikel ferner den Sturm des Widerspruchs im deutschen Volk sowie Kundgebungen der Preussischen Landesversammlung und anderer einzelstaatlicher Parlamente und schließt mit Forderungen:

»In unserer Zeit des Selbstbestimmungsrechtes ist es doppelte Pflicht der deutschen Bevölkerung, ihrem Willen so Ausdruck zu geben, daß er von der Welt gehört werden muß. Eine gewaltige Volksbewegung flammt in der Ostmark auf. Aus Oberschlesien kommt die Nachricht, daß gerade dort alle Parteien mit Einschluß der Unabhängigen sich zu patriotischer Erhebung zusammenschließen wollen; das wäre um so nötiger, weil dort die Verhetzung durch fremdländische Agitatoren besonders schwere Wirkungen gezeitigt hat. [...] Jetzt gilt es, aus den Kundgebungen und aus den Worten den Entschluß zur Tat und zur Festigkeit auch im Leiden zu schmieden. Dazu gehört in erster Linie auch völlige und ernste sachliche Aufklärung des ganzen Volkes über den wahren Inhalt der schier zahllosen Bedingungen, die unseren Unterhändlern vorgelegt worden sind, über all das Ungeheuerliche, das sie enthalten, über das, was sie für das deutsche Volk als Ganzes und seine kommenden Geschlechter, aber auch was sie für einen jeden einzelnen unter uns bedeuten.«

Der Regierung schob ich die volle Verantwortung für die zu führenden Verhandlungen zu. Aber damit sei ihre Aufgabe nicht erschöpft.

»Ein klares Ziel und ein festes Wollen muß erkennbar hervortreten, um die lebendig gewordenen Kräfte des deutschen Volkes wach zu erhalten und nutzbar zu machen.«

Die »Korrespondenz der DNVP« enthält eine Fülle von Kundgebungen deutschnationaler Provinzial- und Ortsvereine, auch eine solche, zu der sich die beiden deutschnationalen Fraktionen des Reiches und Preußens zusammengefunden hatten.¹⁰ Anfangs schlossen sich Regierung und Regierungsmehrheit rückhaltlos dieser Bewegung an. Auch sie veranstalteten eine große Zahl öffentlicher überparteilicher Proteste in Versammlungen und Straßenkundgebungen.

Den Höhepunkt der Bewegung bildete die Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai. In besonders feierlicher Form wurde in der Neuen Aula der Universität Berlin unter dem Bilde, das Fichtes Reden an die Deutsche Nation darstellt, das »Unerträglich, Unerfüllbar, Unannehmbar« der Regierung und der gesamten Nationalver-

¹⁰ Korrespondenz der DNVP Nr. 103 vom 12. 5. 1919.

sammlung in die Welt hinausgerufen. Vielleicht die stärksten Worte gebrauchte Scheidemann in der Regierungserklärung.¹¹

»Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: was unsern Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: ›Deutschland verzichtet – verzichtet – verzichtet‹, dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll – das Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! [...] Ich frage Sie: wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? [...] Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!«

Dem Ministerpräsidenten der Reichsregierung Scheidemann folgte unmittelbar der preußische Ministerpräsident Hirsch, der »im Namen der Regierungen sämtlicher deutschen Freistaaten« den Versailler Entwurf in einer ähnlich scharfen Erklärung verurteilte.¹² Er versicherte der Reichsregierung und dem Ausland, daß die Länder-Regierungen und die deutschen Stämme einig und geschlossen hinter der Reichsregierung ständen.

Als diese Reden gehalten wurden, wußte man noch nicht, daß das ausdrückliche Unannehmbar nur auf ultimatives Verlangen der Demokratischen Partei in ihren Inhalt aufgenommen worden war.¹³ Das war wohl nicht nur geschehen, um die Feinde zu Verhandlungen zu bewegen, sondern um zunächst einmal der aufbrausenden Erregung gerecht zu werden. Der nationale Selbstbehauptungswille wurde in das taktische, und was noch schlimmer war, parteiagitatorische Joch eingespannt. Aber selbst wenn man diese Zusammenhänge nur ahnte, war es fast zu viel des rednerischen Pathos und der begeisterten Zustimmung. Die Länge der Aussprache, die von 3 bis 8 Uhr dauerte, war kaum geeignet, den Eindruck zu verstärken, sie brachte viel Worte fürchterlichster Enttäuschung aller derjenigen, die ihre Hoffnung auf Wilson und auf den Geist der Völkerversöhnung und Verständigung und die Demokratie gesetzt hatten. Haußmann bekannte¹⁴:

»Wenn unser Heer und unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt hätten, daß der Friede so aussähe, dann würde unser Heer und selbst die Soldatenräte die Waffen nicht niedergelegt haben und unsere Arbeiter würden ausgeharrt haben, bevor sie Deutschland so niederwerfen ließen.«

Uns Konservative, die wir gehässig bekämpft und jedes Einflusses beraubt worden waren, als wir unausgesetzt vor den jetzt zusammengebrochenen Illusionen gewart hatten, mußten gerade diese Bekenntnisse mit unendlicher Bitterkeit erfüllen, die ich nicht ganz zurückstellen konnte¹⁵ und später oft ausgesprochen habe. Die Anerkennung kann man der Aula-Sitzung vom 12. Mai nicht vorenthalten, daß sie eine der ganz wenigen war, in denen der Parteistreit, abgesehen von Haase, hinter der Kritik an dem Gewaltfrieden ganz zurücktrat. Diese war scharf und vielseitig und das einstimm-

¹¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 12. 5. 1919, S. 1081 ff.

¹² Ebd. S. 1084 ff.

¹³ Vgl. NOSKE, S. 149; Scheidemann (wie Anm. 1), S. 368.

¹⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 12. 5. 1919, S. 1093.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 230 vom 18. 5. 1919, IP.

mige Unannehmbar, das auch der Pazifist Quidde¹⁶ aufnahm, wurde mit tapferen und ehrliebenden Worten begründet. Kahl zitierte Fichte und der Demokrat Haußmann schloß mit dem herrlichen Bekenntnis von Clausewitz.¹⁷ Die dem feindlichen Raub ausgelieferten Gebiete kamen sämtlich zu Wort und ließen ihre unlösliche Verbindung mit der deutschen Nation verkünden.

Man hätte sich der Tatsache, daß die Nationalversammlung den Aufschwung vaterländischer Gesinnung aufnahm und anfeuerte, noch ungehemmter freuen können, wäre nicht die Überzeugung gewesen, daß die Schallwellen aus der Berliner Aula keinen Einfluß auf den Vernichtungswillen der Feinde ausüben würden, und der Zweifel, ob die Entschlußkraft vorhanden war, den Worten auf jede Gefahr hin die Tat folgen zu lassen. Als am 22. Juni die letzte Entscheidung fiel, war ich geneigt, für den Wortschwall des 12. Mai nur zornige Verachtung zu empfinden. Rückschauend erkenne ich an, daß die erste Aufwallung einmütiger Ablehnung hier ein Aufleben des nationalen Selbstbehauptungswillen gebracht hat, das nicht ohne Wert für die Zukunft gewesen ist.

Die zweite Periode der Entwicklung, die den Umfall vorbereitete, setzte nur zu schnell ein. Bereits bei der Besprechung der Aula-Sitzung hatte ich Anlaß zu ernster Warnung.¹⁸

»Nichts kann in der gegenwärtigen Lage nach außen und nach innen schädlicher wirken, als wenn berechtigte Zweifel entstehen würden, ob die Reichsregierung auch dauernd entschlossen ist, fest zu ihrem ausgesprochenen ›Unannehmbar‹ zu stehen. [...] Wenn der Vertrag nicht von Grund aus umgestaltet wird, so bleibt er unannehmbar, und die Regierung würde ein feierlich gegebenes Wort brechen, wenn sie sich mit scheinbaren Konzessionen in Einzelheiten begnügen wollte.«

Ich mußte feststellen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Presse bereits zu schwanken beginne. Von dem Standpunkt Erzbergers, der später selbst dargestellt hat, wie er das Kabinett vom Nein zum Ja gebracht habe¹⁹, begann bereits so viel durchzusickern, daß ich mich zu öffentlicher Warnung auch vor ihm veranlaßt sah.²⁰ Schon in der Wochenschau vom 25. Mai mußte ich mich mit neuen Anzeichen des beginnenden Rückzuges auseinandersetzen. Die Forderung, bedingungslos zu unterzeichnen, wurde von der USPD immer lauter erhoben und griff bereits auf die Arbeiterräte über. Für bedenklich erklärte ich es, daß Scheidemann in einer Versammlung vom 21. Mai auf dem Wilhelmsplatz die innerpolitischen Sorgen aufgriff, denen er schon am 26. März Ausdruck gegeben hatte. Die Presse der Regierungsparteien nahm den Kampfpruf gegen den neuen Nationalismus mit den alten Schlagworten gegen die Alldeutschen auf. Damit wurde die Einigkeit des 12. Mai zerstört und ihrer Wirkung nach außen beraubt. Endlich hatte ich mich in dieser Wochenschau mit einem Erzberger-Interview und anderen Äußerungen aus dem Regierungslager auseinanderzusetzen, die mich fürchten ließen, daß man bereit sei, bei ganz unzulänglichen Scheinzugeständnissen zu unterschreiben. Tatsächlich handelte es sich dabei wohl um Vorfühler für den unmittelbar bevorstehenden ersten Schritt zurück.

¹⁶ Ludwig Quidde, seine Rede: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 12. 5. 1919, S. 1107 f.

¹⁷ Wilhelm Kahl, Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 12. 5. 1919, S. 1082, (Haußmann), S. 1091.

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 230 vom 18. 5. 1919, IP.

¹⁹ Erzberger (wie Anm. 1), S. 373 ff.; vgl. auch Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 369 ff.

²⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 243 vom 25. 5. 1919, IP, auch für das folgende.

Diesen erblickten wir in dem deutschen Gegenvorschlag vom 28. Mai.²¹ Hergt setzte in der Preußischen Landesversammlung den erst unvollkommen bekannt gewordenen deutschen Angeboten sofort scharfen Widerspruch entgegen.²² Die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann, die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen, die Auslieferung der Kriegs- und Handelsflotte, die Zahlung von 100 Milliarden Goldmark, das System der Kolonialmandate kritisierte er als Zugeständnisse, die unter keinen Umständen hätten gemacht werden dürfen. Ferner tadelte er das Schuldbekenntnis hinsichtlich des Unrechtes an Belgien und das Anerbieten, daß ein neutraler Gerichtshof über die Heerführer, deren Auslieferung verlangt war, urteilen sollte. Er sagte die am 13. Mai zugesicherte Gefolgschaft auf.

Westarp kritisierte scharf²³, daß nur in der Preußischen Landesversammlung protestiert werden könne, da die Nationalversammlung unerhörterweise in diesen Wochen ausgeschaltet werde. In seiner publizistischen Arbeit ergänzte er nach Veröffentlichung der deutschen Note die Ablehnung der Zugeständnisse durch eine eingehende Kritik an der Begründung der deutschen Stellungnahme. Die Regierung verdunkle aus dem Interesse der Mehrheitsparteien heraus den wahren Tatbestand und suche die Beurteilung des Friedenswerkes von Anbeginn an auf eine falsche Grundlage zu stellen. Seinen Widerspruch gegen die Behauptung der deutschen Note, das Zugeständnis der Abrüstung auf 100 000 Mann sei der beste »Beweis für Deutschlands friedfertige Gesinnung«, faßte er in einem Satz zusammen:

»Deutschland verzichtet auf seine allgemeine Wehrpflicht und auf seine Wehr und Waffen nicht, weil es an die allgemeine Abrüstung glaubte und glauben darf, sondern weil es sich der Gewalt beugt, der gegenüber es sich selbst wehrlos gemacht hat und die es für immer wehrlos erhalten will.«

In ähnlicher Weise kritisierte er den Anschein, daß das deutsche Volk die Volksabstimmungen in wichtigen Teilen des Reichsgebietes im Westen und Osten als berechtigt anerkenne, nachdem noch im Oktober 1918 einhellig, mit Ausnahme der USPD, die Abtretung auch nur eines Quadratmeters abgelehnt worden sei. Er bestritt, daß es »zugeben könne und müsse, im Jahre 1870/71 ein Unrecht an Frankreich oder Elsaß-Lothringen begangen zu haben«, das nun durch eine Volksabstimmung wiedergutmacht werden müsse, oder daß es 100 Milliarden Goldmark als Reparationen anbiete, weil es wegen des »vermeintlichen Unrechtes der Neutralitätsverletzung in Belgien« eine Wiedergutmachungspflicht für die Schäden in Belgien oder gar – von niemandem gefordert, aber in der Note zugestanden – in Nordfrankreich jetzt anerkenne oder im Oktober/November 1918 anerkannt habe. Wenn es Volksabstimmungen oder Reparationen hinnehme, dann nicht als Forderung der Gerechtigkeit oder freiwillige Sühne, sondern angesichts der Gewalt, der es sich selbst ausgeliefert habe und beuge. Man dürfe »den klaren Tatbestand des Gewaltfriedens« nicht dadurch verschleiern, daß man immer noch »von deutscher Schuld und Sühne, von demokratischen Grundsätzen und hehren Völkerbundideen« rede.

»Man würde auch dazu schweigen müssen, wenn es in Versailles unsere Stellung verbessern könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Das ewige Gewinsel von deutschem Unrecht gibt den Feinden nur Anlaß, uns umso tiefer niederzutreten. Unehrlisches Vorschieben von Redensarten über Recht und Gerechtigkeit, über Versöhnlichkeit und Friedensliebe liegt unseren Feinden, aber nicht uns. Dem Sieger mag es nützlich erscheinen, nicht dem Besiegten. Achtung vor unserer Haltung und unseren Forderungen würden wir nur erringen können, wenn wir klar, würdig und ohne Winkelzüge erkennen ließen, daß wir uns der feindlichen Gewalttat, die wir als solche durchschauen, nur beugen, weil wir müssen, und keinen Schritt weiter tun, als äußerste Not ihn erzwingen kann.«

²¹ Urkunden zum Friedensvertrage I, S. 433 ff. (Nr. 60); LUCKAU, S. 306 ff.

²² Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 2 vom 28. 5. 1919, Sp. 1922 ff.

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 255 vom 1. 6. 1919.

Nach den Erfahrungen vom Oktober 1918 und Februar 1919 war trotz der großen Worte des 12. Mai die Befürchtung, daß das Nein keinen Bestand habe, von Anfang an nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem konnte Schönfärberei über die Folgen einer Verweigerung der Unterschrift weder sachlich verantwortet werden noch irgend einen Nutzen stiften. Denn eine rein stimmungsmäßige Ablehnung konnte nicht von Bestand sein. Voraussetzung hierfür war vielmehr, daß das Volk die Gefahren, die ihm drohten, von Anfang an klar erkannte und trotzdem zu dem Entschluß kam, sie auf sich zu nehmen. Deshalb hielt ich es schon in meinem ersten Bericht über die Aulasitzung für meine Pflicht, zu dieser Klarheit beizutragen.²⁴

»Soll der Entschluß des unbeugsamen Nein, der jetzt von allen Seiten so einmütig und so laut verkündet wird, von Bestand sein, so darf man von Anfang an über den ungeheuren Ernst und die fürchterliche Tragweite dieses Entschlusses keine Unklarheit und keinen Zweifel bestehen lassen. Zwar ist es richtig, daß jetzt im deutschen Volke wohl allgemein erkannt wird, daß die Gefahr des Hungers bei einer Ablehnung des Friedensvertrages schwerlich größer sein wird als bei seiner Annahme. Die Zufuhr an Lebensmitteln, die von der Entente bisher zugegangen sind und weiter in Aussicht stehen, werden, zumal da wir die geforderten Preise unmöglich zahlen können und da wir auch nach Abschluß des Friedensvertrages auf die Rationen angewiesen bleiben, die man uns zuzumessen für gut findet, aller Voraussicht nach vollständig aufgewogen werden durch die geforderten Viehablieferungen (über 40 000 Pferde, 140 000 Milchkühe, 120 000 Schafe u. a. binnen drei Monaten als Abschlagslieferung) und die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschussgebiete. Aber es sind andere Gefahren, denen wir klar und entschlossen ins Auge sehen müssen, wenn wir die Unterschrift in Versailles verweigern. Ein Einrücken der Feinde im Westen werden wir kaum verhindern können.²⁵ Besetzen sie dort das Ruhrgebiet und gerät gleichzeitig Oberschlesien in Kriegszustand, so wird unser Eisenbahnverkehr, unser Wirtschaftsleben und die Ernährung der Großstädte durch den Kohlenmangel aufs schwerste gefährdet. Es scheint, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten und der Radikalismus glauben, daß dann ihre Stunde gekommen sein wird. [...] Sie werden den Massen vorreden, daß alle Not und alles Elend auf die Ablehnung des Friedensvertrages zurückzuführen sei, und werden so mit Hilfe der schon jetzt aufgestellten Forderung, daß der Friede unterzeichnet werden müsse, die Regierung zu stürzen und ans Ruder zu kommen suchen. Wer in der letzten Zeit beobachtet hat, wie die Unabhängige Sozialdemokratie überall die nationale Bewegung, und zwar häufiger durch Sprengkolonnen in den Protestversammlungen als durch eigene Kundgebungen, zu stören und niederzuhalten versucht und wie sie dabei auf die kommende Weltrevolution als den einzigen Hort der Hoffnung hinweist, der wird mir recht geben, daß sie nach einheitlichem Plan auf das von mir gekennzeichnete Ziel hinarbeitet. Riesengroß und von bitterstem Ernst ist also die Gefahr, die mit der Ablehnung des Versailler Vorschlages verbunden ist. Aber das Elend, welche die Annahme des Friedensvertrages über das deutsche Volk verhängt, ist noch größer. Jene verlangt von uns Lebenden festen Sinn und Entschlossenheit zu weiteren Leiden, der Versailler Mordfriede selbst drückt außerdem auch alle kommenden Geschlechter, drückt unsere Kinder und Kindeskinde zu ewiger Sklaverei zu Boden. Das ist die Erkenntnis, die jetzt das deutsche Volk in allen seinen Kundgebungen beherrscht und die lebendig erhalten werden muß, damit sie auch wirklich in den kommenden Tagen immer ärger werdender Not und Gefahr standhalte.«

Die Beschimpfungen und Drohungen, mit denen der Feind jede Milderung des Diktates ablehnte, erreichten ihr Ziel. Anstatt daß die Massen und die Regierungsmehrheit sich dadurch zu einem zornigen und trotzigem »Nun erst recht« hätten bewegen lassen, erlagen sie vollends der Vorstellung, daß sie nicht mehr fähig seien, die

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 230 vom 18. 5. 1919, IP.

²⁵ Zur militärischen Lagebeurteilung vgl. GROENER, S. 500 f. (17. 6. 1919); Gerhard W. Rakenius: Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard a. Rh. 1977.

Folgen des angedrohten Einmarsches zu ertragen oder gar ihm irgendeinen Widerstand entgegenzusetzen.²⁶

So wurde der Umfall unaufhaltsam, als die Noten vom 16. (Mantelnote) und 17. Juni ergingen²⁷, in denen jedes Eingehen auf deutsche Gegenvorschläge abgelehnt und die Unterzeichnung binnen sieben Tagen mit ultimativer Drohung der Eröffnung der Feindseligkeiten gefordert wurde. Tagebuchbriefe an meine Frau enthalten meine Stellungnahme dazu:

17. Juni: »Recht bedrückend ist doch die Ententeantwort; unverschämt, Ablehnung alles Entgegenkommens, reiner Hohn. [...] Falkenhayn suchte mich auf, und ich habe seine Anregung durch Flugpost an die Fraktion in Weimar weitergegeben: er hat erfahren, daß eine Note der Entente vorliege und von unserer Regierung verschwiegen wird, in der gesagt wird, auf die Schuldfrage lasse die Entente sich nicht weiter ein, da sie unumstößliche Beweise in Händen habe, daß Deutschland allein schuld am Kriege ist – Falkenhayn und ich meinen, daß das zum Anlaß genommen werden müßte, schon aus diesem Grunde das ›Nein‹ zu begründen und weitere Verhandlungen abzulehnen.«

18. Juni: »Mit Hoetzsch²⁸ war ich ganz einverstanden, hielt es aber doch für nötig, selbst von Partei wegen Stellung zu nehmen. Ich habe mit Willen sehr ernst auf die Folgen hingewiesen, um zu zeigen, daß wir uns der Verantwortung bewußt sind. Die von mir an die Wand gemalte Besetzung ist sehr möglich – man glaubt hier wenig daran, daß die Entente durch revolutionäre Bewegungen daran gehindert sein würden, und so werden sie wohl, wenn nicht unterschrieben wird, einrücken. An den Volkswiderstand, den ich fordere, zu glauben, ist freilich schwer, im ganzen fehlt die sittliche Kraft dazu. Immerhin sind die Möglichkeiten ernst. Um an den äußersten Fall zu denken, glaube ich nicht raten zu sollen, daß Berthold²⁹ Gärtringen verläßt, er gehört doch wohl dahin und wo soll er anders hin, und Ihr beide bleibt auch am besten, wo Ihr seid. Aber viel wahrscheinlicher halte ich, daß unterschrieben wird. In Weimar ist nicht die Stimmung, die Verantwortung für die Ablehnung zu übernehmen. Auf die Sozi kommt es schließlich wesentlich an und der ›Vorwärts‹ schwenkt seit Abend ganz deutlich dahin ein, daß die Regierung unterzeichnen muß, wenn die Entente nicht Zeit zu einer Volksabstimmung gebe, und das wird sie sicher nicht tun.«

Die Ablehnung jedes abschwächenden deutschen Vorbehaltes über die Kriegsschuldfrage, auf die v. Falkenhayn hinwies, war bereits im Mai erfolgt.³⁰ Ich nahm seine Anregung in meinen Artikel³¹ auf, in dem ich mich, dem ganzen Ernst der Lage gerecht werdend, noch einmal für das Unannehmbar einsetzte, und zum mindesten zum passiven Widerstand gegen die drohende Besetzung aufforderte.

»Unterschreiben wir jetzt, so bedeutet die Volksbewegung, die damals von Regierung und Nationalversammlung mit angefacht, entbrannte, nicht nur einen Schlag ins Wasser, sondern einen neuen schweren Schaden, geeignet, den letzten Rest von Glauben und Vertrauen an Ernst und Festigkeit des deutschen nationalen Willens für immer zu vernichten.

²⁶ Zur psychologischen Situation vgl. die Aufzeichnung Groeners über die Tage in Weimar vom 18. bis 20. 6. 1919, abgedruckt in: Kabinett Scheidemann, S. 476–492 (Nr. 114).

²⁷ Urkunden zum Friedensvertrage I Nr. 64, S. 555 und Nr. 65, S. 683; WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 598 ff. (Mantelnote) und S. 608 ff. (Denkschrift).

²⁸ Der Artikel von Hoetzsch in: Kreuz-Ztg. Nr. 275 vom 18. 6. 1919, IP.

²⁹ Westarps Schwigersohn; »Ihr beide«: Westarps Frau und die verheiratete Tochter Gertraude Freifrau Hiller von Gaertringen.

³⁰ Vgl. deutsche Note vom 13. Mai 1919 und alliierte Antwortnote vom 20. Mai 1919, erneute deutsche Vorstellung am 28. Mai 1919; Bericht der Entente-Kommission und deutsche Beratungen dazu, in: Urkunden zum Friedensvertrage I Nr. 38, S. 239, Nr. 45, S. 254, Nr. 55–58, S. 276–414; BROCKDORFF-RANTZAU, S. 76 ff. (Note über die Schuld am Kriege und die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges am 24. Mai 1919) und S. 82 ff. (Mantelnote zu den deutschen Gegenvorschlägen am 29. Mai 1919).

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 276 vom 18. 6. 1919, »Unannehmbar«.

Wer das Nein fordert, muß kalt und klar den Folgen ins Auge sehen, auch wenn er sich von der geschichtlichen Verantwortung dafür frei weiß. Sie sind furchtbar und ernst. Jede leichtfertige Hoffnung, daß innere Verhältnisse der feindlichen Mächte ihnen bei Eröffnung ihrer Zwangsmaßnahmen Schranken auferlegen werden, muß ausgeschaltet bleiben; mit der Möglichkeit, daß feindliche Heere Süddeutschland und Norddeutschland bis Berlin besetzen, muß gerechnet werden. Werden die Feinde dann nicht in der Lage sein, noch ernstere und schwerere Bedingungen zu erzwingen? Das ist die bange Frage, die überall auftaucht. Wenn das deutsche Volk sich der feindlichen Macht, die Deutschland besetzt, nicht selbst preisgibt, wenn der Beamtenapparat ihr nicht zur Verfügung steht, wenn die Waffe des allgemeinen Streiks, die jetzt allenthalben von Deutschen gegen Deutsche so wirksam gehandhabt und vorbereitet wird, sich gegen den Feind kehrt und mit der äußersten Hilfsbereitschaft für die deutschen Brüder sich verbindet, dann ist die Möglichkeit gegeben, daß die feindliche Besetzung schließlich die Wendung zum Besseren herbeiführt. Freilich wird der äußere Feind solchem Volkswiderstande eine Härte und Schärfe entgegensetzen, von der die deutschen Massen heute noch keine praktische Erfahrung und kaum eine Vorstellung haben. Bleibt das deutsche Volk fest, läßt es sich durch die neuen Opfer an Gut und Blut nicht erschüttern, von denen alsdann die Massen ebensowenig verschont werden können wie die Wohlhabenden und Gebildeten, dann muß sich in absehbarer Zeit zeigen, ob die feindlichen Mächte auf die Dauer in der Lage sind, durch die brutale Macht der Waffen das deutsche Volk gegen seinen Willen zu verwalten und auszupressen, dann auch wird die Ansteckung der feindlichen Truppen mit revolutionärem Geist vielleicht zu einer ernstesten Gefahr für die Feinde werden.

Inzwischen wird der deutsche Osten sich nicht ohne bewaffneten Widerstand seiner eigenen Bevölkerung und der ihm zu Hilfe eilenden deutschen Truppen der polnischen Herrschaft unterwerfen. Militärisch sind wir in der Lage, das deutsche Land vor den Polen zu verteidigen und ihnen die Provinz Posen zu entreißen. Leicht wird es der Entente nicht sein, uns, den auch nur passiven Widerstand des deutschen Volkes im Rücken, daran zu hindern.

Der Weg, der hier gezeichnet wird, ist voll blutiger Opfer und schwerer Leiden. Es handelt sich um den Verzweiflungskampf eines ganzen Volkes von so gigantischem Ausmaß, wie er in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Die Aussichten sind unsicher.

Was aber ist die Folge, wenn das deutsche Volk nicht diesen letzten Weg geführt wird? Gegen seine heiligste Überzeugung muß es die Schmach auf sich nehmen, sich selbst für alle Zeit als den Verbrecher unter den Völkern der Welt zu bekennen, zur Vollstreckung des eigenen Todesurteils muß es die Hand bieten. Freventlicher Täuschung würde sich schuldig machen, wer jetzt noch dem deutschen Volke vorspiegeln wollte, daß dieser Friede, von uns selbst angenommen, uns die Möglichkeit des Aufstieges lasse. Seine Durchführung würde von Tag zu Tag die Gefahr von Besetzung und Zwangsmaßnahmen auch für diejenigen deutsche Lande heraufbeschwören, die nicht abgetreten werden. Die Fremdherrschaft der feindlichen Kommissionen würde mit dem Anspruch auftreten, sich zu ihrer Durchführung der deutschen Hilfe selbst zu bedienen; Not und Armut aller Deutschen, Knechtschaft und Entehrung, Rückgang der Bevölkerung, das Schicksal Indiens und Irlands wäre unwiderruflich Deutschlands Los.

Untergang und Vernichtung, Jammer und Elend droht dem lebenden Geschlechte der Deutschen auf jedem der beiden Wege, die ihm heute offenstehen. Nur noch die Wahl bleibt ihm, ob es dem Henker selbst seine Hand leihen will, bedeckt mit Schmach und bar jeder Hoffnung und Kraft, oder ob es aus dem Untergange die Ehre retten will, die der Zuversicht Raum schafft, daß später einmal neues Leben aus den Trümmern erblühen wird. Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein; darin weiß ich mich mit allen engeren und weiteren Parteifreunden eins.«

Mit diesen Ausführungen stimmte die Begründung überein, mit der die Fraktionen der DNVP und DVP am 21. Juni in einer gemeinsamen Erklärung die Ablehnung des Diktates forderten.³²

»Alle Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvertrages haben wir uns mit voller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einstimmigen Überzeugung, daß sie trotz ihrer Schwere unvergleichlich geringer einzuschätzen sind als die dauernde Versklavung Deutschlands,

³² Korrespondenz der DNVP Nr. 139 vom 21. 6. 1919; vgl. auch Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919.

der wir sonst anheimfallen. Die Annahme dieses Friedensvorschlages bedeutet eine nationale Schmach.«

Den gleichen Standpunkt vertrat Graf Posadowsky am 22. Juni in der Nationalversammlung.³³ Ich begrüßte den gemeinsamen Beschluß der beiden Rechtsparteien als den einzigen festen Punkt in dem Wirrwarr von Weimar, an den sich noch etwas wie eine Hoffnung, wenn auch nur für eine fernere Zukunft anknüpfen lasse.

Durch die Verhandlungen der Nationalversammlung vom 22. und 23. Juni über die Annahme des Diktates erschütterte die republikanisch-demokratische Parteiherrschaft für immer ihre Stellung. Sie belastete sich sachlich durch die Verantwortung dafür, daß sie mit der Unterzeichnung des Versailler Diktates widerstandslos das über Deutschland hereingebrochene Schicksal vollendete und die deutsche Regierung zum Büttel der schmachvollen Fremdherrschaft machte. Einen unheilbaren Stoß aber erhielt darüber hinaus ihr Ansehen durch die Art, wie in jenen Tagen, die zu den folgenschwersten der deutschen Geschichte gehören, die Beschlüsse zustandegebracht wurden.

Der verhängnisvollste Entschluß, der in schwerer Notlage nicht das Richtige trifft, kann verstanden und eines Teiles seiner unheilvollen Wirkung entkleidet werden, wenn er mit sachlichem Ernst, klarer Folgerichtigkeit, in würdiger Haltung gefaßt und durchgeführt wird. Statt dessen gab die deutsche Volksvertretung des Massenwahlrechtes mit all den parlamentarischen Winkelzügen und agitatorischen Mätzchen, die in dieser Stunde für erforderlich gehalten wurden, wieder einmal das Bild verzweifelter, würdeloser, entschlußunfähiger Panik.

Wenn noch etwas nötig gewesen wäre, mich mit meiner Ausschaltung aus der Nationalversammlung zu versöhnen, hätte es das Gefühl der Dankbarkeit dafür sein können, daß ich diese Verhandlungen, an denen ich doch nichts ändern konnte, nicht habe persönlich miterleben müssen. Von meinem Beobachterposten aus freilich hielt ich es für meine Aufgabe, die Kenntnis davon verbreiten zu helfen, in welchem Maße die republikanische Herrschaft, das parlamentarische Parteiregiment und ihre Träger, die Weimarer Koalition, sich unfähig gezeigt hatten, großen nationalen Aufgaben gerecht zu werden oder auch nur in Stunden der Not Ansehen und Ehre der Nation zu wahren. In der Überzeugung, daß sie sich damals schon selbst ihr Grab gegraben haben, bin ich nie wankend geworden. Das Jahrzehnt, das noch bis zu ihrem vollen Zusammenbruch vergehen mußte, hat mir nur die Erfahrung bestätigt, daß politische Erkenntnisse eine lange Zeit zu brauchen pflegen, bis sie sich im Volke durchsetzen, um freilich dann das Pendel der Entwicklung nach der Gegenseite ausschlagen zu lassen.

Der Gang der Verhandlungen, die sich zwischen dem feindlichen Ultimatum vom 17. Juni und dem endgültigen Unterwerfungsentschluß vom 23. hinter und vor den Kulissen abgespielt haben, dürfte bekannt und nach den darüber erfolgten Veröffentlichungen in allen wesentlichen Punkten geklärt sein.³⁴ Hier mag ein kurzer Überblick über einige der wesentlichsten Tatsachen genügen. Die Friedensdelegation mit Graf Brockdorff-Rantzau an der Spitze empfahl nach dem Ultimatum, die Unterzeichnung abzulehnen.³⁵ Im Kabinett gelang es Erzberger in der Nacht vom 18. zum 19. Juni sieben von den vierzehn Mitgliedern für die Unterzeichnung zu gewinnen. Es trat am 19. zurück. Die demokratische Partei mit ihrem Minister sowie Graf Brockdorff-Rantzau

³³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 22. 6. 1919, S. 1120.

³⁴ Vgl. Anm. 27, 30 und 41.

³⁵ BROCKDORFF-RANTZAU, S. 109–117 (Gutachten der deutschen Friedensdelegation vom 17. 6. 1919).

und Scheidemann schieden aus, so daß das neue Kabinett Bauer nur noch aus den Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokraten bestand. Sein Übergang zur bedingungslosen Unterwerfung vollzog sich unter beispiellosem parlamentarischen Wirrwarr in zwei Etappen. Zunächst kündigte Bauer³⁶ in der Nationalversammlung am Sonntag (22. Juni) an, das Kabinett werde die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form erteilen:

»Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages (Auslieferung) zu übernehmen.«

Die beiden Regierungsparteien antworteten mit dem Antrag:

»Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.«

Noch bevor aber die eingeschränkte Vollmacht in Versailles den Feinden vorgelegt war, begannen in der Nationalversammlung die Verschleierungsmanöver des Rückzuges. Die Regierungsparteien gaben während der Debatten vom 22. ihrem Antrag folgende veränderte Fassung.³⁷

»Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.«

Auf erregte Zwischenrufe der Opposition, ob hiermit der Vorbehalt der Regierungserklärung fallengelassen worden sei, erklärte der Reichstagspräsident Fehrenbach nach dem Stenographischen Bericht:

»Ich weiß nicht – ich habe mich nicht dazu zu erklären, ob in dieser Beziehung ein Unterschied in den beiden Wortlauten besteht.«

v. Graefe behauptete in der »Deutschen Zeitung«³⁸, Fehrenbach habe auf die Frage der Deutschnationalen, ob der zweite Antrag im Gegensatz zum ersten die Vollmacht zu bedingungsloser Unterzeichnung enthalte, erwidert, er könne einen solchen Unterschied zwischen den Anträgen nicht bemerken, Fehrenbach habe also das Stenogramm gefälscht. In einem Brief vom 6. Juli schrieb v. Graefe an mich:

»Ich habe sowohl das persönliche Eingeständnis von Fehrenbach mir gegenüber bezüglich der Korrektur, sowie eine Abschrift des uncorrigierten Stenogramms in Händen, die mir Schultz-Bromberg (vertraulich!) verschafft hat. Der Fall ist also zu beweisen, falls die Zentrumspresse ableugnen sollte, und ich bin, wenns zum Schwur kommt, auch durchaus bereit, mich mit Namen nennen zu lassen; vorläufig aber geschieht es wohl besser redaktionell. Wie Sie das anliegende Material verarbeiten wollen, ist mir natürlich ganz egal, nur möchte ich, daß dem Zentrum des Herrn Erzberger diese Fälschung keinesfalls durchgelassen wird.«

Wir sind der behaupteten Fälschung nicht weiter nachgegangen. Daß der Sinn der Änderung des Antrages absichtlich im Unklaren gelassen wurde, zeigt der weitere Verlauf, denn die Klarstellung, die von Kahl, Rießler und mit besonderem Nachdruck von Schultz (Bromberg) verlangt wurde³⁹, erfolgte nicht, den Rednern der Rechten wurde das Wort abgeschnitten und die Sitzung des 22. schloß damit, daß der Antrag in

³⁶ Gustav Bauer, seine Rede: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 22. 6. 1919, S. 1115.

³⁷ Ebd. S. 1125, Regierungsparteien.

³⁸ Deutsche Zeitung Nr. 297 vom 30. 6. 1919, »Vor Tische las man's anders«; vgl. auch Graefe (wie Anm. 1), S. 20 ff.

³⁹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 22. 6. 1919 (Kahl), S. 1131, (Schultz-Bromberg und Rießler), S. 1134.

der geänderten Fassung in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen angenommen wurde.⁴⁰ Durch die Änderung war erreicht worden, daß die Unabhängigen ihm zustimmten.

In dem Notenwechsel vom 22. und 23. Juni wies Clemenceau schroff alle Vorbehalte der deutschen Regierung, besonders auch die Ablehnung der Schuldflüge und der Auslieferungspflicht, sowie am 23. den nochmaligen Antrag auf Verlängerung der Frist ab.⁴¹ Obwohl gar nichts anderes zu erwarten gewesen war, soll die Panik und Verwirrung, die das in der Nationalversammlung hervorrief, unbeschreiblich gewesen sein. Bauer sprach sich für bedingungslose Unterzeichnung aus. Das Zentrum aber scheute vor einem neuen Beschluß zurück, der die ausdrückliche Zustimmung zur bedingungslosen Annahme aussprach, und konnte sich doch auch zur Ablehnung nicht entschließen. Man verfiel auf den Ausweg, nur – nicht namentlich – darüber abstimmen zu lassen, ob die Regierung sich durch den am vorigen Tage gefaßten Beschluß zur bedingungslosen Unterzeichnung ermächtigt halten könne. Das wurde gegen den Widerspruch von Schultz (Bromberg), der nochmalige namentliche Abstimmung zur Sache verlangte⁴², bejaht.

Dazu kam das Manöver einer »Ehrenerklärung«, die der Regierungsmehrheit auf ihr Verlangen von Rednern der Opposition ausgestellt wurde. Schiffer erklärte⁴³, seine Freunde setzten »keinen Zweifel in die vaterländische Gesinnung derjenigen, die gestern mit Ja gestimmt haben.« Ebenso erkannte Heinze als selbstverständlich an, daß auch die Gegner des ablehnenden Standpunktes »aus vaterländischen Gründen handeln.« Die deutschnationale Fraktion verstand sich nur zu der Erklärung, sie setze als »selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnehme.« Der an den Verhandlungen beteiligte Abgeordnete Schultz (Bromberg) und die Parteiorgane haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Fraktion damit die verlangte Ehrenerklärung nicht abgegeben, sondern abgelehnt habe. Die Erklärungen darüber sind logisch schlüssig.⁴⁴ Auf logische Auslegung eines Wortlautes allein kommt es aber für die politische Wirkung nicht an. Die Beteiligung an der Aktion der Ehrenerklärung als solche belastete die Fraktion und trug, durch v. Graefe und seinen engeren Kreis scharf getadelt, dazu bei, gewisse Gegensätze innerhalb der Fraktion zu schaffen, die noch lange nachgewirkt haben. Ich konnte v. Graefe nicht unrecht geben. Die Wirkung der ganzen Aktion erwies sich als schädlich. Fehrenbach begrüßte mit seiner pathetischen Beredsamkeit die abgegebenen Ehrenerklärungen als ein Zeichen des Verständnisses für die Notwendigkeit, auf gegenseitige Verdächtigungen zu verzichten und die ungeheuren Lasten des Friedensschlusses einträchtig auf sich zu nehmen. Der Versuch, der nationalen Agitation auf diese Weise die Spitze abzubrechen, war echt parlamentarisch gedacht. Einen neuen Burgfrieden hat er nicht eröffnet. Im Gegenteil, Zentrum und Sozialdemokratie behaupteten später noch oft, die Opposition selbst habe die letzte Verantwortung für die Ablehnung des Diktates gar nicht tragen wollen, sei vielmehr ganz zufrieden damit gewesen, daß die Mehrheit ihr die Verantwortung für die Unterzeichnung abnahm, und habe deshalb die Gelegenheit ergriffen, der Mehrheit durch Abga-

⁴⁰ Ebd. S. 1138.

⁴¹ Urkunden zum Friedensvertrage I Nr. 73, S. 693, Nr. 75, S. 697, ferner Nr. 76, S. 698 und Nr. 77, S. 699.

⁴² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 22. 6. 1919, S. 1134 f.

⁴³ Ebd. vom 23. 6. 1919 (Schiffer, Heinze und Schultz-Bromberg), S. 1140.

⁴⁴ Korrespondenz der DNVP Nr. 204 vom 5. 9. 1919, ferner Nr. 147 vom 1. 7. 1919 und Nr. 228 vom 3. 10. 1919.

be der von ihr geforderten Ehrenerklärung eine Brücke zur Unterzeichnung zu bauen. In der öffentlichen Erörterung habe ich meine Kritik an der Fraktion wegen ihrer Teilnahme an diesem Vorgang nur vorsichtig angedeutet, weil ich die Stoßkraft der Fraktion nicht schädigen wollte und mit ihrer Opposition gegen die Unterzeichnung in der Hauptsache durchaus einverstanden war.

Irgendwelche Zurückhaltung gegenüber der Mehrheit und ihrem Verfahren schien mir nicht am Platze zu sein. Schon vor den letzten Verhandlungen des 22. und 23. Juni forderte das, was aus Weimar über den Regierungswechsel und die Parteiverhandlungen bekannt wurde, zu schärfster Kritik heraus.⁴⁵

»Wiederum spielen sich die Verhandlungen über die Lebensfragen Deutschlands in dem Geheimkabinett der interfraktionellen Besprechungen ab, an denen natürlich die Parteien der Rechten nicht teilhaben und deren Kenntnis ihnen sorgsam verheimlicht wird, soweit die Indiskretion das gestattet. [...]

Die regierende Mehrheit versagt in der entscheidenden Schicksalsstunde, in die sie das deutsche Volk hineingeführt hat; sie kann den Entschluß nicht finden, mannhaft nein zu sagen; sie kann überhaupt zu keinem Entschluß kommen, weil sie auch die Verantwortung für das Ja scheut wie das Feuer und die Pest.«

Ich erkannte an, daß der Versuch, das Schuldbekenntnis und die Auslieferungspflicht zu beseitigen, sich mit denjenigen Dingen beschäftigte, auf die es in allererster Linie ankommt.

»Der ganze Vorschlag des Zentrums stellte sich aber als einfache Spiegelfechtereier heraus, als das Kabinett ihm gegenüber die Frage aufrollte, auf die es allein ankommt. Erneute Forderungen an die Entente in gegenwärtiger Stunde haben überhaupt keinen Sinn und Verstand, wenn dahinter nicht der feste Wille steht, im Fall ihrer Ablehnung die Unterzeichnung zu verweigern. Diesen Entschluß konnte das Zentrum bei seinem Vorschlag nicht finden; im Gegenteil, unter Erzbergers Führung beschloß es mit beträchtlicher Mehrheit, auch nach Ablehnung seiner Gegenforderungen zu unterzeichnen. Jetzt aber heißt es Farbe bekennen, ob man den Vertrag annehmen will oder nicht. Alle Versuche, diese Notwendigkeit dadurch zu verschleiern, daß in dieser oder jener Form noch irgendwelche Forderungen oder Wünsche der Entente unterbreitet werden, sind nicht einmal mehr geeignet, die Entscheidung ohne schwersten Schaden für die Sache auch nur um Stunden hinauszuschieben. Denn kein Mensch zweifelt daran, daß die feindlichen Mächte jedes derartige Ansinnen schroff ablehnen werden. Das würden sie selbst dann tun, wenn man ihnen nicht von vornherein freundlichst mitgeteilt hätte, daß man auch trotz solcher Ablehnung auf jeden Fall unterzeichnen wird.«

Den Regierungswechsel erklärte ich in seinen Einzelheiten für verhältnismäßig bedeutungslos. Über die Stellung der Sozialdemokratie zu den vom Zentrum in den Vordergrund gerückten Ehrenpunkten hatte ich schließlich zu berichten.

»Wie tief und unüberbrückbar die Kluft ist, die uns von ihr trennt, zeigt aufs neue eine Äußerung des ›Vorwärts‹ zu den Kompromißvorschlägen von Zentrum und Demokratischer Volkspartei. Das Blatt bezeichnet es als eine ›Unmöglichkeit‹, ›ja Ungeheuerlichkeit, als eine Riesenblamage vor der Welt, eine moralische Selbstohrfeige des deutschen Volkes, wenn bei den jetzigen Verhandlungen die Ablehnung, den Kaiser der feindlichen Rache auszuliefern, noch einmal in den Vordergrund gestellt werden sollte. Aber auch im übrigen erscheint ihm die ›Ehrenfrage, d. h. die ›bedingungslose Anerkennung der Schuld Deutschlands am Weltkriege und was damit zusammenhängt, durchaus ungeeignet, um sie jetzt in den Brennpunkt der Entscheidung zu stellen‹. Es klingt stolz, wenn er hinzufügt, ›seine Ehre könne dem deutschen Volke von außen her nicht geraubt werden, die wirkliche Schande falle auf die Urheber aller Demütigungen‹ – und ist doch

⁴⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919, IP.

nicht wahr. Das Urteil der Welt über Deutschlands Ehre ist dann maßgebend, wenn das deutsche Volk selbst alle Demütigungen, die ihm zugemutet werden, aus eigener Schuld auf sich nimmt, weil es in materialistischer Auffassung seine Ehre zu gering einschätzt. Das aber tut der ›Vorwärts‹, und so zeigt seine Äußerung aufs neue, wie sehr der Materialismus, der nicht allein die Massen, sondern leider weite Kreise des ganzen Volkes ergriffen hat, zu den Ursachen gehört, die das Ergebnis des von uns selbst angenommenen Schmachfriedens verschulden. Mit einer gesunden Realpolitik hat diese materialistische Mißachtung der Ehrenfrage wirklich nichts gemein, sonst würden die Engländer, denen Jahrhunderte als Erfahrungen der Weltherrschaft zur Seite stehen, nicht mit so kalter und raffinierter Berechnung sich daran beteiligen, Deutschland in den Staub tiefster Schmach zu treten.«

In der Trauernummer, die von der »Kreuzzeitung« der Annahme des Versailler Diktates gewidmet wurde, stellte ich an die Spitze der Wochenschau die sachliche Würdigung dieses vernichtenden Ereignisses. Die Verhandlungen der Nationalversammlung schienen mir aber einen solchen Tiefstand der Parteimehrheit und der Regierung zu offenbaren, daß ich eine zusammenfassende, manches früher Gesagte wiederholende Kritik für nötig hielt.⁴⁶

»Als ich vor acht Tagen über die noch im Gang befindlichen Weimarer Verhandlungen berichtete, schrieb ich, daß niemals ein System jämmerlicher zusammengebrochen sei als hier das parlamentarische System des Regierungsblocks von Erzberger und Scheidemann, der seit nunmehr zwei Jahren Deutschlands Geschick in den Abgrund hineingeführt hat. Heut muß gesagt werden, daß die Verhandlungen in Weimar bis zum letzten Augenblick dieses Urteil voll bestätigt haben. Nichts von Würde, nichts von innerer Wahrhaftigkeit, keine Spur einer Auffassung, die der Größe des Augenblicks gerecht wurde, ist dort bei der regierenden Mehrheit hervorgetreten.«

Verantwortlich machte ich in erster Linie Erzberger, dessen Behauptung, er habe die Ehrenforderung des Zentrums formuliert und »am zähesten an ihr festgehalten«, ich widerlegte. Auch die demokratische Partei glaubte ich nicht aus der Verantwortung herauslassen zu können.

»In der demokratischen Partei wuchs die Zahl der Anhänger der Unterzeichnung bis auf 14; unter ihnen waren von Anfang an der frühere Fortschrittler v. Payer und der frühere Nationalliberale v. Richthofen. In der Presse entwickelte sich der Gegensatz zwischen ja und nein zu einem Kampfe der Häuser Mosse und Ullstein; der ›Vossischen Zeitung‹, deren Georg Bernhard die bedingungslose Unterzeichnung befürwortete, war schon vor einiger Zeit das Recht abgesprochen worden, als Organ der demokratischen Partei aufzutreten; Theodor Wolff redete dieses Mal einem entschlossenen Nein das Wort. Die Haltung der demokratischen Mehrheit und ihr Ausscheiden aus dem Unterzeichnungskabinett kann indessen nichts an der Tatsache ändern, daß auch die alte Fortschritts- und nach ihr die jetzige demokratische Partei mit der vollen Verantwortung für die Politik jener Mehrheit belastet ist, in der sie seit 1917 an der Regierung teilgenommen haben. Als wie gesagt der Abgeordnete Schiffer am Montag den Anhängern bedingungsloser Unterzeichnung goldene Brücken baute, handelte er in den Bahnen der Partei. Im übrigen ist vielen seiner Freunde die Art, wie er am Sonntag das Ausscheiden aus der Partei der Regierungsmehrheit erklärte, noch zu scharf gewesen.«

Mein Bericht über den Zwischenfall, der durch den Widerspruch der Entente hervorgerufen worden war⁴⁷, zeigt die Schwere des Konfliktes, der für die Armee entstanden war.

»Wie gar nicht anders zu erwarten war, haben die Generale der bedingungslosen Unterwerfung unter die Schandklauseln scharfen Widerspruch entgegengesetzt. Auch der jetzt aus dem Amte ge-

⁴⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 29. 6. 1919, IP.

⁴⁷ Vgl. NOSKE, S. 154 ff.

schiedene⁴⁸ General Groener hat sich zunächst daran beteiligt, am Montag mittag freilich dem Reichspräsidenten Ebert nach den am Donnerstag in unserem Blatte veröffentlichten Mitteilungen Erklärungen über das künftige Verhalten der Offiziere abgegeben, die wohl geeignet waren, der Regierung und dem Zentrum den Entschluß zur bedingungslosen Unterzeichnung zu erleichtern.⁴⁹ Nach dem Beschlusse ist es dann, wie es scheint, dem Reichswehrminister Noske noch einmal gelungen, einen Teil der höheren Offiziere zum Bleiben zu bewegen und so der Regierung einen Stamm von Truppen zu erhalten, ohne den sie keinesfalls in der Lage sein würde, das äußerste Chaos abzuwenden. Jedem konservativ und national denkenden Manne wird das Verhalten der Offiziere und Soldaten verständlich sein, die nach der Annahme der Schandklausel sich nicht mehr entschließen konnten, im Dienst zu bleiben, und doch ist auf der anderen Seite die innere Not des Landes eine so furchtbare, daß es auf eine Truppe nicht verzichten kann.«

Der Aufforderung Fehrenbachs und der Regierungspresse, den Streit über diese Vorgänge ruhen zu lassen, erteilte ich eine scharfe Absage. Entscheidend seien nicht die parteipolitischen Interessen und die fortgesetzt gegen die Rechte erhobenen Angriffe.

»Was jetzt auf lange Zeit hinaus es zu gebieterischer Pflicht macht zu reden, ist etwas anderes. Nur wenn das deutsche Volk beginnt, die Ursachen des furchtbaren Niederbruchs klar zu erkennen, kann auch der Heilungsprozeß beginnen. [...] Jetzt gilt es dafür zu arbeiten, daß unser Volk sich endlich von den Führern abwendet, die in einem Gemisch weltfremder Illusionen, schwächerer Nachgiebigkeit und innerpolitischer Machtgier es wehrlos gemacht haben.«

Der außenpolitische Widerstand gegen das Versailler Diktat der Schmach und Gewalt ließ sich auch weiterhin während des ganzen Verlaufs meiner politischen Tätigkeit nicht von dem innerpolitischen Kampf gegen diejenigen Mächte trennen, die Deutschland in die Katastrophe hinein geführt haben.⁵⁰ Auf dem Parteitage vom 12./13. Juli 1919 bezeichnete Hergt die Anklage gegen die Regierung und alle, die den Schmachfrieden unterzeichnet haben, als die wichtigste Losung dieses Parteitages. In seiner Rede, in D. Traub's Referat und der zusammenfassenden Entschließung wurde angekündigt, daß die Partei wegen der Unterzeichnung des Vertrages die schärfste Oppositionsstellung einnehme und die Revolutionsregierung und ihre Parteien – die Mehrheit der Friedensresolution – rückhaltlos bekämpfen werde.⁵¹

Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß wir beiden Außenministern der Zeit vom Waffenstillstand bis zum Friedensabschluß kritisch und oppositionell gegenüberstanden.

Solf hatte während der ersten Kriegsjahre zu den Anhängern und Vertretern der Politik v. Bethmanns gehört.⁵² Sein Einfluß ging über die Grenzen seiner Zuständigkeit als Staatssekretär des Reichskolonialamtes hinaus, und ich hatte in jener Zeit man-

⁴⁸ Generalleutnant Groener hatte nach Niederlegung des Oberbefehls durch Hindenburg am 24. Juni Ebert unter Hinweis auf die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages den Wunsch nach Verabschiedung mitgeteilt, allerdings angeboten, »bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten« auf seinem Posten zu bleiben. Er schied am 30. 9. 1919 aus dem Dienst.

⁴⁹ Groener hatte nach Betonung der Aussichtslosigkeit einer Wiederaufnahme des Kampfes Ebert den Rat gegeben: »Nur wenn er – Noske – in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegt und von jedem Offizier verlangt, daß er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibt und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande tut, besteht Aussicht, daß das Militär sich hinter ihn stellt und damit jede neue Umstürzbewegung im Innern sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert werden.« Zitat nach GROENER, S. 508.

⁵⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919, IP.

⁵¹ Korrespondenz der DNVP Nr. 158 vom 14. 7. 1919.

⁵² Vgl. Eberhard v. Vietsch (Hrsg.): Gegen die Unvernunft 1915–1918. Paul Graf Metternich und Wilhelm Solf, Bremen 1965.

che ernste persönliche Auseinandersetzung mit ihm gehabt. Als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Regierung Prinz Max von Baden war er der Vertreter der von uns heftig bekämpften Politik des Oktober 1918 gewesen; meine Unterredung mit ihm über die Preisgabe des U-Bootkrieges vom 17. Oktober 1918⁵³ zeigt die Tiefe des damals zwischen uns stehenden politischen Gegensatzes. Daß er unter den Volksbeauftragten im Amte blieb, machte ich ihm zwar an sich nicht zum Vorwurf, ohne andererseits aus der Vergangenheit das volle politische Vertrauen zu seiner Festigkeit bei der Lösung der Aufgaben des Waffenstillstandes fassen zu können. Der Gegensatz verschärfte sich noch durch die Nachricht, daß er es gewesen sei, der Ende November den Kaiser und den Kronprinzen zur Abgabe formeller Abdankungserklärungen bewog. Auch dafür, daß die Volksbeauftragten dem tschechischen Juden Kautsky und seiner Ehefrau die Archive geöffnet hatten, machte ich ihn mit schwerem Vorwurf verantwortlich.⁵⁴ Zu sachlicher Auseinandersetzung über die Außenpolitik mit ihm hatten wir allerdings kaum einen Anlaß, da diese ganz in der Hand des Waffenstillstandskommissars Erzberger zu liegen schien. Als Solf am 9. Dezember 1918 zurückgetreten war, erhielt ich – wohl auf seine Veranlassung – vervielfältigte Abschriften seines Abschiedsgesuches mit mehreren Anlagen übersandt, die übrigens meines Wissens noch nicht veröffentlicht sind.⁵⁵ Danach hatte er in einer Reichskonferenz vom 25. November 1918 u. a. ausgeführt, daß die gegenwärtigen Regierungszustände ein unüberwindliches Friedenshindernis bildeten, und u. a. die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, Ausschaltung aller Sonderaktionen, Zuziehung des Auswärtigen Amtes zur Ausführung aller außenpolitischen Beschlüsse der Volksbeauftragten gefordert. Zur Erfüllung dieser Forderungen war, wie er in seinem Abschiedsgesuch vom 9. Dezember feststellte, nichts geschehen. Er schloß daraus, daß die gegenwärtige Regierung den Frieden nicht herbeiführen könne. Den letzten Anlaß, den Abschied zu fordern, aber gab ihm ein Funkspruch Joffes⁵⁶, in dem dieser sich rühmte, die deutsche Revolution dadurch unterstützt zu haben, daß er der Unabhängigen Sozialdemokratie zu Händen von Barth und mit Wissen von Haase Geld und Waffen in größeren Mengen zugeführt habe. Solf machte Ebert darauf aufmerksam und fügte hinzu, bei der Einstellung der Entente zum Bolschewismus würde nach seiner festen Überzeugung die Verhandlungsfähigkeit der gegenwärtigen Regierung endgültig vernichtet sein, wenn es ihr nicht gelinge, sich von dem Verdachte des Komplottes der Volksbeauftragten Haase und Barth mit der bolschewistischen Regierung vor der Welt einwandfrei zu reinigen. Er soll den Konflikt dadurch verschärft haben, daß er sich in einer Regierungssitzung weigerte, Haase die Hand zu geben, solange gegen ihn der Verdacht bestehe, bolschewistisches Geld genommen zu haben. Der mit dieser Begründung geforderte Abschied wurde von Ebert am 13. Dezember bewilligt. Die Einzelheiten waren mir so mitgeteilt worden, daß ich sie öffentlich nicht benutzen konnte. Andeutend sprach ich aus, daß ich sein Ausscheiden aus dem Amt als einen sachlich wohlbegründeten und mannhaften Entschluß anerkannte.⁵⁷

⁵³ WESTARP II, S. 650.

⁵⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

⁵⁵ Ein Bericht über die Ereignisse, die zu seinem Rücktritt führten, ist abgedruckt bei Eberhardt v. Vietsch: Wilhelm Solf (wie Anm. 45, Kap. III/1) als Anhang Nr. XII. Ein Auszug aus Solfs Rücktrittsgesuch ist abgedruckt in: Quellen 6/I, S. 369.

⁵⁶ Zu diesem Vorgang vgl. Horst Günther Linke: Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970, S. 32 f.

⁵⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 651 vom 22. 12. 1918.

»Zu den Besitztümern des deutschen Volkes, die endgültig verloren sind, scheint auch die grundsätzliche Integrität des Beamtentums und der leitenden Staatsmänner gehören zu sollen, seitdem es möglich geworden ist, daß Männer in den obersten Reichsämtern bleiben, die nachweisbar mit russischem Geld für die Revolution gearbeitet haben. Für den Außenstehenden ist es schwer einzusehen, weshalb die Staatssekretäre nicht solidarisch geblieben sind, als es galt, aus den Enthüllungen Joffes die Konsequenzen zu ziehen. Gegen die Politik und die Auffassungen des Staatssekretärs Solf haben wir oft schwere Bedenken gehabt. Ist er jetzt aus dem Amte geschieden, weil er mit den persönlich belasteten Herrn Haase und Barth nicht glaubte weiter zusammenarbeiten zu können, so können wir ihm das nur als Verdienst anrechnen.«

Ich habe Solf seitdem bis zu seinem Tode (1938) als nationalen, klugen und weit-sichtigen Mann und Politiker geschätzt und zu ihm in guten persönlichen Beziehungen gestanden.

Graf Brockdorff-Rantzau trat auf Scheidemanns Ersuchen die Nachfolge Solfs an und sprach dabei seine besondere Genugtuung aus, daß die Aufforderung dazu auch auf Wunsch der Unabhängigen ergangen sei.⁵⁸ Auf die Annahme des bolschewistischen Geldes durch diese kam er nicht zurück. Im übrigen ähnelten seine Bedingungen den Forderungen, mit deren Nichterfüllung Solf seinen Rücktritt begründet hatte. Bedeutungsvoll war, daß er darüber hinaus Sicherheit darüber verlangte, ob er ermächtigt sein würde, seine Unterschrift zu verweigern, wenn die Friedensbedingungen so ausfallen würden, daß sie eine auch nur annähernde Existenzmöglichkeit für das deutsche Volk ausschließen. Diese Vorgänge kannten wir zunächst nicht. Infolge mancher Angriffe aus den uns nahestehenden Kreisen, die in der Kriegszeit gegen seine Tätigkeit in Kopenhagen erhoben worden waren, standen wir auch dem neuen Staatssekretär politisch nicht ohne Vorbehalt gegenüber. Entscheidende Bedeutung legte ich ihnen nicht bei, noch weniger manchen persönlichen Gerüchten, die sich an seine ungewöhnliche Lebensweise knüpften, die ich aber geneigt war und bin, in die Kategorie des nur allzu verbreiteten politischen Klatsches einzureihen. Meine persönlichen Beziehungen zu Graf Brockdorff vom Ersten Garderegiment zu Fuß her waren, da er jünger war als ich, nur lose. Zu unmittelbaren politischen Verhandlungen zwischen uns ist es zweimal gekommen. Als er im Oktober 1918 nach Berlin berufen war, um, wie es hieß, die Preisgabe des U-Boot-Krieges zu unterstützen, führte ich am 19. Oktober eine einstündige Unterredung mit ihm herbei.⁵⁹ Mein Versuch, ihn davon zu überzeugen, daß man die Aufforderung Wilsons ablehnen müsse, war vergeblich. Im übrigen aber hatten wir uns in der Kritik des neu eingeführten demokratischen Regierungssystems und der in ihm führenden parlamentarischen Größen vielfach gefunden. Der Gedanke, daß er ein überzeugter Demokrat sei, hätte damals weder meiner Vorstellung von seiner Person noch dem Eindruck entsprochen, den ich aus unserem Gespräch gewonnen hatte. Auch unsere zweite Unterredung, die er nach dem Juni 1919 herbeiführte, um mir Vorwürfe über die Haltung der »Kreuzzeitung« zu seiner Politik und Person zu machen, war nicht geeignet, mich von der Echtheit seiner demokratischen Gesinnung zu überzeugen.

⁵⁸ Vgl. sein vertrauliches Schreiben an den Volksbeauftragten Scheidemann vom 9. 12. 1918, abgedruckt in: BROCKDORFF-RANTZAU, S. 29 ff. Zu Graf Brockdorff-Rantzau: Christiane Scheidemann: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main u. a. 1998 sowie Leo Haupt: Graf von Brockdorff-Rantzau. Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik, Göttingen 1984.

⁵⁹ WESTARP, Regierung des Prinzen Max, S. 47.

Seine Rede in der Nationalversammlung vom 14. Februar 1919 gab uns den ersten Anlaß, in Gegensatz zu ihm zu treten.⁶⁰ Meine Kritik knüpfte ich an die Feststellung an, daß die Regierung, die sich vorgestellt hatte, eine einseitige Parteiregierung sei, der sieben Sozialdemokraten, drei Demokraten, drei Vertreter des Zentrums und Graf Brockdorff angehörten. Dieser habe sich beeilt,

»sich als überzeugter Demokrat dem sozialdemokratisch-demokratischen Gesamtministerium ohne Rückhalt einzufügen. Jedenfalls hat er es für richtig gehalten, in zahlreichen Stellen seiner Rede das alte System, aus dem er selbst hervorgegangen ist und dem er bisher seine Lebenskraft gewidmet hat, in gleich scharfer Weise preiszugeben, wie es die Revolutionsregierung als ihre politische Aufgabe ansieht, und hat sich dabei Herrn Scheidemann auch in der Kritik an dem Werke des Fürsten Bismarck zum Vorbilde genommen. Wenigstens ist er, was anerkannt sei, seinem Ministerpräsidenten nicht auch noch in der unerhörten Beschimpfung Ludendorffs gefolgt. Schließlich aber hielt er es für nötig, gewissermaßen um Entschuldigung zu bitten, daß er als Graf geboren ist, und ich muß sagen, daß dieses ganze Verhalten einen Mangel an Würde aufweist, den ich bei dem Vertreter des Deutschen Reiches tief bedauern muß. Als ich seine Rede zuerst las, glaubte ich aus Vorgängen, die bis in den Oktober v. J. hineinreichen, begründeten Anlaß zu der Annahme zu haben, daß er sein demokratisches Herz erst nach der Revolution entdeckt habe. Herr Theodor Wolff vom »Berliner Tageblatt«, der es wohl besser wissen mag als ich, bescheinigt ihm allerdings, daß er schon lange vor dem 9. November recht demokratisch gedacht und die alldeutschen Gewaltideen immer mit äußerster Abneigung betrachtet habe. Den Befähigungsnachweis, ein vollberechtigtes Mitglied des sozialdemokratisch-demokratischen Ministeriums zu sein, hat Herr Graf v. Brockdorff-Rantzau also durch seine Rede erbracht. Diese Wochenschau ist nicht der Ort, eingehend zu prüfen, ob die Rede auch die Befähigung zur Wahrung der deutschen Interessen und der deutschen Ehre bei den Friedensverhandlungen ausreichend erweist. Wollte ich das tun, so würde ich einem beträchtlichen Teile seiner Ausführungen zustimmen können, in denen er das deutsche Recht vertritt, in anderen Beziehungen aber bedenkliche Lücken festzustellen haben.«

v. Graefe nannte ihn den »Graf malgré lui«.⁶¹ Vielleicht mag diese Kritik, wenn man sie heute mit dem Wortlaut der Rede vom 14. Februar vergleicht, in der Form reichlich schroff erscheinen. Der Kampf gegen das republikanische System, in dem wir standen, machte in dieser Beziehung empfindlich. Der sachliche Gegensatz, der in ihr zum Ausdruck kam, war ein grundsätzlicher und erstreckte sich auch auf die Gründe, die er in seinem Abschiedsgesuch für die Ablehnung des Versailler Diktates anführt.⁶²

»Das deutsche Volk ist jetzt in der Welt der Vorkämpfer der demokratischen Idee. Es handelt sich um eine Weltmission, die es berufen ist, zu erfüllen, die es aber nur erfüllen kann, wenn es sich selbst nicht aufgibt. Die klare unzweideutige Vertretung einer Politik demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ist künftig die Daseinsberechtigung des deutschen Volkes, sie und die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf seiner Gegner ist, sichert ihm eine große Zukunft.«

Nicht um der demokratischen Idee, sondern um seiner selbst willen durfte das deutsche Volk sich dem Diktat von Versailles nicht unterwerfen.

Schwerere Bedenken noch als gegen seine Bekenntnisse zur Demokratie hatten wir gegen das, was wir als Schuldbekennnisse gegenüber den Feinden empfanden und bezeichneten. Sie betrafen u. a.⁶³ Fehler, die wir bei der Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien gemacht hätten, die Einverleibung Elsaß-Lothringens 1871 ohne Volksabstimmung, völkerrechtswidrige Handlungen unseres Heeres, den Einmarsch in Bel-

⁶⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326, S. 66 ff., bes. S. 69 und 71; Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 16. 2. 1919, IP.

⁶¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 18. 2. 1919, S. 154.

⁶² BROCKDORFF-RANTZAU, S. 119.

⁶³ Ebd. S. 46, 49 f., 71, 79.

gien und sogar in Nordfrankreich, die Übernahme eines Anteils der Schuld am Kriege auf Deutschland. Auch die Zustimmung zum Völkerbundgedanken ging uns viel zu weit. Die deutschnationale Fraktion in Weimar machte ihm durch Traub Vorhaltung darüber⁶⁴, und der deutsche Gegenvorschlag vom 28. Mai 1919 brachte den Streit auf den Höhepunkt.⁶⁵ Abschließend muß ich trotzdem heute anerkennen, daß sein Kampf gegen das Versailler Diktat in der Hauptsache eine national hochverdienstvolle Tat bedeutet. Sein Auftreten in Versailles wahrte meisterhaft die deutsche Würde.⁶⁶ Die meisten der ablehnenden Vorhaltungen, die er in den Notenvom Mai und Juni 1919 und mündlich den Feindmächten gemacht hat, sind für den weiteren Kampf grundlegend geworden. Dazu gehört der Nachweis, daß das Versailler Diktat ein Rechtsbruch war, der das Vorabkommen vom Oktober/November 1918 und die uns von Wilson gemachten Zusagen grob verletzte, die feste und würdige Zurückweisung der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege, der Hinweis auf die Unerfüllbarkeit der uns auferlegten Pflichten. Zu seinen historischen Verdiensten gehört ferner der Kampf, den er nach der Rückkehr von Versailles für die Ablehnung der deutschen Unterschrift führte. Wie so oft erwies es sich dabei als besonders verhängnisvoll, daß die Außenpolitik keine einheitliche war, weil Erzberger während der Abwesenheit Graf Brockdorffs die Entschlossenheit zum Nein unterwühlt hatte. Daß Graf Brockdorff zurücktrat, als er sich dagegen nicht mehr durchsetzen konnte, sichert ihm einen Platz in der Reihe fester Staatsmänner.

Die Kritik freilich an seinen Bekenntnissen zur Demokratie, zu deutschen Verschuldungen und zu gewissen Ideologien halte ich geschichtlich für begründet. Ich kann nicht entscheiden, ob sie seinen eigenen Überzeugungen voll entsprachen oder, wie der Pressemitarbeiter der Fraktion in der Korrespondenz der DNVP behauptete⁶⁷, nur ein taktisches Aushängeschild waren. Jedenfalls waren sie, so wie er sie vertrat, nicht theoretische Auseinandersetzungen, sondern politische Zweckäußerungen.

Diesen Eindruck macht auch die »ungehaltene« Rede, die er vorbereitet hatte, um in der Nationalversammlung die Ablehnung der Unterschrift zu begründen.⁶⁸ Mit der betonten Einstellung auf den demokratischen Standpunkt wollte er die Regierung und die Mehrheitsparteien überzeugen, daß auch sie aus Gründen der Demokratie das Diktat ablehnen mußten. Der Versuch war zum Scheitern verurteilt und beruhte auf einer Verkennung des Wesens der innenpolitischen Macht- und Parteikämpfe und auf unrichtiger Einschätzung der Persönlichkeiten nicht nur von Erzberger und Scheidemann, sondern auch von Ebert und Noske. Das waren Irrtümer, wie ich sie nicht selten bei Persönlichkeiten beobachtet habe, die das innenpolitische Leben aus dem Abstände eines nur im Auslande tätigen Diplomaten oder eines unpolitischen Offiziers zu betrachten gewohnt waren. Auch die Zugeständnisse eigener deutscher Schuld kamen den Auffassungen der Regierung und ihrer Parteien, besonders der Sozialdemokratie, entgegen und lagen in der Richtung der von Erzberger bis zur äußersten Übertreibung verfolgten Absicht, den Feind durch Schuldbekennnis und Buße zu Entgegenkommen zu bewegen. Auch dieser Versuch war zum Scheitern verurteilt und, wenn er dazu dienen sollte, den Feind ins Unrecht zu setzen, überflüssig. Wenn die

⁶⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 20. 2. 1919, S. 205.

⁶⁵ WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 565–595 (Auszug).

⁶⁶ LUCKAU, S. 302–406.

⁶⁷ Korrespondenz der DNVP Nr. 126 vom 5. 6. 1919, »v. Rantzaus Programm«.

⁶⁸ Edgar Stern-Rubarth: Graf Brockdorff-Rantzaus. Wanderer zwischen zwei Welten. Ein Lebensbild, Berlin 1929, S. 111–117.

Welt in der Folge begriffen hat, wie unsittlich, für seine Urheber schmachvoll, unklug und verderblich das Versailler Diktat gewesen ist, so sind es Inhalt und Wirkung des Diktates und der deutsche Widerstand dagegen gewesen, die diesen Erfolg gezeitigt haben. Deutsche Zugeständnisse völliger oder teilweiser Anerkennung der gegen Deutschland erhobenen Anklagen, auch diejenigen, die Graf Brockdorff gemacht hat, haben diese Entwicklung nur aufhalten, nicht fördern können. In meinem Bericht vom 22. Juni, in dem ich dem Regierungswechsel im übrigen jede Bedeutung für die Verantwortung der beteiligten Parteien und Personen absprach, suchte ich dem Verdienst des Grafen Brockdorff gerecht zu werden, ohne doch die Gründe des Scheiterns seiner Politik zu verschweigen.⁶⁹

»Der Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau ist ernst zu nehmen. Bei den scharfen Gegensätzen, in die national gesinnte Kreise zu dem Grafen Brockdorff-Rantzau treten mußten, will ich ihm doch zugestehen, daß er ernstlich bemüht gewesen ist, für Deutschland aus dem furchtbaren Zusammenbruch diplomatisch zu retten, was zu retten ist. Vielleicht ist er in manchen Dingen dabei von richtigeren Grundauffassungen ausgegangen als die übrige Regierung, und man wird ihm gerade wegen seines Rücktritts nicht die Anerkennung versagen dürfen, daß er auch die Würde und Ehre des Reiches zu wahren die Absicht gehabt hat. Seine Arbeit ist gescheitert; er hat nichts erreicht; und keiner seiner Schritte hat das Schicksal Deutschlands irgendwie wesentlich wenden können. Das konnte nicht anders sein, und insofern ist sein tragisches Geschick eine ernste Lehre für national denkende Männer, weil er geglaubt hat, im Zusammenarbeiten mit der republikanisch-revolutionären Regierungsmehrheit sein Ziel erreichen und durch Nachgiebigkeit in einzelnen Fragen Schlimmeres verhüten zu können. Die Auffassung, einen Posten unter an sich unhaltbaren Bedingungen annehmen und behalten zu müssen, weil nur so ein größeres Unglück zu verhüten sei, hat schon manchen ernsthaften und nationalen Mann in falsch verstandenem Pflichtgefühl auf schiefe und erfolglose Bahnen gebracht. Graf Brockdorff-Rantzau hat der unheilvollen Tätigkeit, die Erzberger neben ihm in der Waffenstillstandskommission und als Minister ohne Portefeuille ausübte, freien Spielraum gelassen, er hat wie mancher seiner Vorgänger, den demokratischen Auffassungen eine Verbeugung um die andere gemacht, er hat es dabei nicht vermieden, sich in verhängnisvoller Weise an der Übernahme der Schuld am Kriege auf Deutschland zu beteiligen. Ob und wieweit er dabei aus eigener Überzeugung von der Richtigkeit seines Verhaltens oder eben aus dem Bestreben heraus gehandelt hat, sich die Möglichkeit weiteren Zusammenarbeitens mit der Regierung offen zu halten, will ich nicht in allen Einzelheiten zu entscheiden versuchen. Einen Erfolg für Deutschland hat er mit diesem Opfern seines guten politischen Namens nicht erzielen können.«

Mir scheint, daß die Erfahrungen Graf Brockdorffs, auf die ich damals hinweisen mußte, auch heute (1936) manchem nicht aus dem nationalsozialistischen Lager hervorgegangenen Staatsmann nicht erspart geblieben sind.

Graf Brockdorff hat als »Wanderer zwischen zwei Welten« – großer Herr und Diplomat der alten Schule und moderner demokratischer Politiker – in Stern-Rubarth⁷⁰ einen Biographen gefunden, der ihn den ganz großen Staatsmännern aller Zeiten hinzuzählt. Seine politischen Gedanken seien für die Zukunft richtungweisend und sein biographisches Bild müsse der Öffentlichkeit alsbald übergeben werden, weil »das deutsche Volk, weil unsere ganze Zeit an Heldengestalten zu arm sei, als daß sie der seelischen Stärkung entraten könne, die eine ihrer wertvollsten und eindrucksvollsten zu bieten vermag.« Diesem Urteil kann ich nicht zustimmen, weil ich in der demokratischen Einstellung Graf Brockdorffs den Fehler erblicke, durch den er selbst den tragischen Mißerfolg seiner Politik mitverschuldet hat. Der Gegensatz, in dem ich hierzu gestanden habe, hindert mich andererseits nicht anzuerkennen, daß Graf Brockdorff

⁶⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919, IP.

⁷⁰ Siche Anm. 68.

ein über den Durchschnitt hervorragender Diplomat gewesen, die Revolutionsgrößen, die gegen ihn über das Versailler Diktat entschieden haben, an geistigen Fähigkeiten, Pflichtbewußtsein, vaterländischer Gesinnung und Gefühl für nationale Ehre und Würde weit überragt und für den weiteren Kampf gegen das Versailler Diktat wertvolle Waffen geschmiedet hat. Das günstige Urteil über seine Tätigkeit als Botschafter in Moskau von 1922 bis 1928, das auch Hoetzsch ausspricht⁷¹, kann ich im wesentlichen teilen.

Die beiden ersten Außenminister der Republik waren bewährte Fachmänner. Mit Hermann Müller, der dem Grafen Brockdorff nachfolgte, setzte die Auslieferung auch der Außenpolitik an das Parteibuch-Beamtentum ein.

⁷¹ Otto Hoetzsch: Osteuropa und Deutscher Osten. Kleine Schriften zu ihrer Geschichte, Königsberg 1934, S. 268 ff.

Die Schuldlügen

Zur Wiederherstellung von Ehre und Freiheit Deutschlands mußten in erster Linie die Schuldlügen beseitigt werden, deren Anerkennung im Versailler Diktat von Deutschland erpreßt worden war. Auch in dem Kampf, der auf dieses Ziel gerichtet war, bin ich bereits vor der Übergabe des Diktates eingetreten. Für meine Charlottenburger Rede im Januar 1919¹ gab mir aus den früheren Kundgebungen Wilsons Behauptung, Preußen habe 1870/71 mit der Eroberung Elsaß-Lothringens ein Unrecht begangen, Anlaß zur Widerlegung. Als dann im März 1919 die Absicht der Feinde bekannt wurde, Deutschland auf der Grundlage eigenen Schuldbekenntnisses zur Strafe und Sühne zu verurteilen, trat v. Falkenhayn persönlich mit mir in Verbindung, um die nationalen Kreise gegen die Unterwerfung unter diesen Plan zu mobilisieren. Dabei legte er für seine Person Wert darauf, sich zu der Verantwortung zu bekennen, die er als Kriegsminister für die Entschlüsse vom Juli und August 1914 übernommen hatte. Auch Kriege hat das geforderte Schuldbekenntnis, seine Unwahrheit, seine Folgen und die dagegen zu ergreifenden Schritte so eingehend, wie es seine Gewohnheit war, mit mir besprochen. Natürlich trafen sie bei mir auf volles Einverständnis. Ich wies bereits im März 1919 auf die drohende Gefahr hin.²

»Zu den diabolischen Kriegsmitteln der Feinde, mit denen sie Deutschlands Vernichtung ins Werk gesetzt haben und dauernd durchführen wollen, gehört, daß sie der Welt die feste Überzeugung eingeprägt haben, Deutschland und nur Deutschland allein habe die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges. Mag das Gegenteil noch so klar zutageliegen, mögen die belgischen Gesandtschaftsberichte³ und die sonstigen Zeugnisse über die Einkreisung Deutschlands, mag der Suchomlinow-Prozeß⁴ und vieles andere, was inzwischen bekannt geworden ist, noch so sehr die deutsche Darstellung über Grund und Anlaß des Krieges bestätigen, die Welt weiß und erfährt nichts davon. Das Urteil über Deutschlands alleinige Schuld steht bei ihr fest. Die Friedensverhandlungen sollen, wie immer deutlicher zutage tritt, dazu ausgenutzt werden, dieses Urteil ohne Richterspruch zu einem rechtskräftigen zu machen. [...]

¹ WESTARP, Gewaltfriede.

² Kreuz-Ztg. Nr. 112 vom 13. 3. 1919, »Die Schuld am Kriege« (nicht gezeichnet). In der britischen Note vom 7. 3. 1919 wurde der deutsche Vorschlag abgelehnt, eine neutrale Kommission mit der Untersuchung der Kriegsschuldfrage zu beauftragen; vgl. Fritz Dickmann: Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, München 1964, S. 30, 68, 72. Insgesamt zur Auswirkung der Kriegsschuldfrage auf die Innen- und Außenpolitik der Weimarer Republik HEINEMANN. Vgl. auch M. Dreyer und O. Lembke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993.

³ Aus den belgischen Gesandtschaftsberichten, die Deutschland 1914 erbeutet hatte, ging hervor, daß seit 1906 zwischen dem britischen und dem belgischen Generalstab Besprechungen über ein militärisches Zusammenwirken im Kriegsfall stattgefunden hatten.

⁴ Im Suchomlinow-Prozeß wurden dem ehemaligen russischen Kriegsminister Versäumnisse auf dem Rüstungssektor vorgeworfen. Manche Aussagen waren geeignet, den aggressiven Charakter der zaristischen Politik bloßzustellen. Wladimir A. Suchomlinow wurde im September 1917 zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, ein Jahr später aber amnestiert.

⁵ Gemeint ist hier offensichtlich der Bericht der Kommission unter Vorsitz des amerikanischen Außenministers Robert Lansing, die für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges eingesetzt

Für die Zwecke der Feinde würde ja auch jede weitere Untersuchung überflüssig sein, wenn Deutschland selbst im Friedensvertrage die Lansingsche Denkschrift⁵ und damit sein eigenes Schuldbekenntnis unterzeichnet. [...] Nimmt die deutsche Regierung auch noch die Demütigung eines deutschen Schuldbekenntnisses auf sich, so bietet das die Grundlage für jede noch so vernichtende Ausgestaltung des Friedens und weist dem deutschen Volke auf Generationen hinaus die Stellung des gerichteten Verbrechers an. Keine noch so objektive, zuverlässige und einleuchtende Klarlegung der Geschichte würde in der Welt auch nur gehört werden, geschweige denn Eindruck auf die Meinung der Völker machen, wenn ihr von der Propaganda der Feinde entgegengehalten werden kann, nicht nur daß Deutschland durch den Ausgang des Krieges als der Verbrecher gerichtet sei, sondern daß es auch selbst dieses Urteil anerkannt habe.«

Westarp verlangte von der Regierung, sie solle das Material über Kriegsursachen und Kriegsschuld der Nationalversammlung öffentlich vorlegen und spätestens anlässlich der Friedensverhandlungen eine Untersuchung durch einen »zwischenstaatlichen«, »wirklich unparteiischen« Gerichtshof fordern. Für sie würden sich ohne Zweifel die Verantwortlichen der deutschen Außenpolitik und der Mobilmachung 1914 (Bethmann Hollweg, Jagow, Falkenbayn) zur Verfügung stellen. In dem Artikel, mit dem er »bei der Weimarer Fraktion die Einbringung einer Interpellation« anregte, nannte er als Ziel dieser Arbeit:

»Wenn wenigstens ein einseitiges Schuldbekenntnis Deutschlands vermieden wird und wenn einmal der Zweifel daran, daß Deutschland allein die Schuld trage, hervorgerufen wird, so wird das eine Grundlage sein, auf der die deutsche Zukunft und die Gleichberechtigung Deutschlands im Leben und im Rate der Völker einmal wieder aufgebaut werden kann.«

In Weimar stand man indessen unter dem lähmenden Eindruck von Enthüllungen aus den deutschen Akten.⁶ Die Volksbeauftragten hatten im Herbst 1918 das Verbrechen begangen, dem tschechischen Juden Kautsky und seiner Ehefrau, radikalen Sozialdemokraten, die Archive zu einer Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges freizugeben, und die Regierung zog sich hinter der Befürchtung zurück, daß die von Kautsky zu erwartende Veröffentlichung namentlich über die Randbemerkungen des Kaisers zur Sarajewo-Krise eine verheerende Wirkung ausüben würde. Die Besorgnis war in der Panikstimmung von Weimar um so wirksamer, als man den Inhalt der Akten nur erst in dunklen Andeutungen kannte; sie ergriff auch die Fraktion. Deshalb nahm sie von einer Interpellation Abstand, beschloß aber, in einer an die Regierung gerichteten Denkschrift die Forderung des Kampfes gegen die Schuldlüge zu erheben. Ob die Denkschrift abgegangen ist, weiß ich nicht, ich habe sie nicht ermitteln können. In einem für die Fraktion bestimmten Schreiben an Schiele vom 17. Juni 1919 legte ich noch einmal die Gründe dar, die eine Unterzeichnung des Schuldbekenntnisses unmöglich machen mußten. In der Landesversammlung erfolgte am 27. März ein wirksamer Vorstoß von Hergt.⁷ In der Nationalversammlung erhob Schultz (Bromberg) bei der Etatsdebatte scharfen Einspruch gegen das Anerkenntnis

wurde. Der Bericht wurde der Vorkonferenz am 29. 3. 1919 vorgelegt und bildete die Grundlage für den »Schuldparagrafen« Art. 231; abgedruckt bei LUCKAU, S. 272–283, teilweise auch in: WIPPERMANN, Ergänzungsband, S. 540–549.

⁶ Zum negativen Eindruck, den das Bekanntwerden der Dokumente auf die Regierungsmitglieder machte vgl. Dickmann (wie Anm. 2), S. 72 f.: »Die Mehrzahl der Minister schrieb den wenig glücklichen Eindruck der Beschränkung des Blickfeldes auf die Julikrise zu und lehnte daher eine Veröffentlichung in diesem Rahmen ab. Sie würde, meinte Bell, ein einseitiges und für Deutschland ungünstiges Bild ergeben. Hier taucht also schon der Gesichtspunkt auf, der später den Anstoß zur Publikation der deutschen Akten seit 1871 gegeben hat.«

⁷ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. I vom 27. 3. 1919, Sp. 875; vgl. dazu Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP. Die Rede von Schultz-Bromberg in: Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 10. 4. 1919, S. 941.

der Schuldflüge. Die von mir angeregte Forderung an die Regierung, sie solle einen internationalen Gerichtshof mit Öffnung aller Archive beantragen, erhob er nicht. Sein Vorwurf, die Regierung unterlasse das Nötige aus Haß und Abneigung gegen die alten Machthaber, den auch ich angedeutet hatte⁸, wurde von Scheidemann leidenschaftlich zurückgewiesen.⁹ Erst am 20. Mai richtete Traub an die Regierung eine Anfrage über die Veröffentlichung des Materials.¹⁰

Die Ankündigung der Einsetzung eines Staatsgerichtshofes gab mir einen erneuten Anlaß zu der Forderung, mit festem Entschluß den Gewaltfrieden abzulehnen, weil die Feinde in ihm als Kläger und als Richter Deutschland die Schuld am Kriege zuzusprechen und danach die Friedensbedingungen zu gestalten entschlossen seien.¹¹

»War der internationale Gerichtshof nicht zu erreichen, so mußte sie [die Reichsregierung] gerade jetzt vor dem Friedensschluß, wo die Welt noch gezwungen ist, darauf zu hören, das Material darüber, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt und nicht verursacht hat, in ganz anderer Weise als geschehen, bekannt geben und ausnutzen. Es ist zu fordern, daß jetzt das noch geschieht. Denn es besteht auch heute noch die Gefahr, daß Deutschland gezwungen werden soll, sein Schuldbekenntnis im Friedensvertrag selbst zu unterschreiben, und auch dieses Ansinnen gehört zu denjenigen, die unter keinen Umständen von uns erfüllt werden dürfen. Der jetzt vorgeschlagene Staatsgerichtshof bietet natürlich in keiner Weise einen Ersatz für diejenigen Maßnahmen, die hätten ergriffen werden sollen, um uns bei den Friedensverhandlungen die Stellung des rechtskräftig verurteilten Verbrechers zu ersparen.«

Nach Eröffnung der amtlichen Verhandlungen in Versailles hat die deutsche Friedensdelegation es an ablehnender Stellungnahme zu Artikel 231 nicht fehlen lassen. Die Ablehnung war allerdings nicht entschieden genug, weil zwischen dem deutschen Volk und der Regierung unterschieden und nicht jede, sondern nur die »alleinige oder hauptsächliche« Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges verneint wurde. Auch wurde der Einmarsch in Belgien als ein Unrecht anerkannt, das zum Schadenersatz in Belgien und Nordfrankreich verpflichtete. Im übrigen aber enthielt die Versailler Rede Graf Brockdorffs vom 7. Mai 1919 und seine Noten¹² eine durchschlagende Widerlegung der Schuldflüge des Artikels 231, die ihm als geschichtliches Verdienst anzurechnen ist. Noch am 22. Juni boten die Regierung Bauer und die Nationalversammlung die Unterschrift nur ohne Anerkenntnis der Schuldflüge an. All diese Vorstöße aber wurden ihrer Wirkung beraubt, da ihnen die bedingungslose Unterschrift folgte, nachdem Clemenceau auf Annahme auch des Artikels 231 bestanden und ausdrücklich einer neben der Unterschrift erklärten schriftlichen Verwahrung jede rechtliche Bedeutung abgesprochen hatte.

So wurde der Artikel 231 aus dem einseitigen Diktat zum zweiseitigen Vertrag, der das Urteil der Feindmächte und das Anerkenntnis Deutschlands festlegt,

»daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«

⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 112 vom 13. 3. 1919; »Die Schuld am Kriege«.

⁹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 10. 4. 1919, S. 944.

¹⁰ Korrespondenz der DNVP Nr. 113 vom 20. 5. 1919.

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

¹² Urkunden zum Friedensvertrage I, S. 205 (Rede vom 7. 5. 1919), S. 239, 271, 278–431 (Noten vom 13., 24. und 28. 5. 1919).

Daß dieser Vertrag erpreßt und unter Protest angenommen worden war, konnte zu seiner politischen, vielleicht auch völkerrechtlichen Anfechtung dienen, nahm ihm aber nicht unmittelbar seine Geltung und seine Wirksamkeit.

Nun aber handelte es sich darum, diese Vertragsbestimmung wieder aus der Welt zu schaffen. Die Aufgabe, auf dieses Ziel hin zu arbeiten, habe ich im vollen Einklang mit der DNVP an die erste Stelle aller politischen Tätigkeit gestellt, solange ich eine solche aktiv ausgeübt habe. In den zahlreichen außenpolitischen Verhandlungen mit der Regierung und ihrer Mehrheit war die Aufhebung des Artikels 231 Gegenstand unserer Forderungen¹³ und unserer Kritik, und ich darf behaupten, daß unter vielen hundert Versammlungsreden, die ich von 1919 bis 1932 gehalten habe, nur ganz wenige gewesen sein können, in denen ich nicht den Kampf gegen die Schuldlüge eingehend behandelt hätte. Auch neben der Partei gab es eine starke Bewegung, die auf das gleiche Ziel gerichtet war. Überaus zahlreiche Vereinigungen, von denen nur die Sozialdemokraten sich fernhielten, machten sich ihre Bekämpfung zur Aufgabe und schlossen sich zu Dachverbänden zusammen. Ein Teil unserer Arbeit bestand darin, daß wir mit diesen Vereinen und Verbänden Fühlung hielten, um sie zu fördern, zu beeinflussen und der Zersplitterung der Kräfte entgegenzuwirken.

Die Versailler Schuldlüge knüpfte an die Stimmung derer an, die in dem Krieg als solchem ein Verbrechen der Staatsoberhäupter und Staatsmänner, die ihn eröffnet und geführt hatten, und nicht eine in dem Entwicklungskampf der Nationen unvermeidliche Form des Daseinskampfes erblicken wollten.¹⁴ Nach der Not der vier Kriegsjahre war es nur zu verständlich, daß solche Auffassungen zu einer Herrschaft gelangten, die noch im Kellogg-Pakt vom Jahre 1928¹⁵ und mancher späteren politischen Entscheidung nachgewirkt hat. Es war schwer und undankbar, dagegen anzukämpfen. Auch geschichtliche Erinnerung wie die, daß das englische Weltreich und die Vereinigten Staaten ihre jetzige Gestalt nur durch eine unausgesetzte Folge von Eroberungskriegen gewonnen hatten, begegneten leicht dem Einwand, es sei engstirnig, in den ausgefahrenen Geleisen der Geschichte zu bleiben; jetzt sei eine neue Zeit angebrochen. Erst als die Verträge über die Verteilung der Beute bekannt wurden, mit denen unsere Feinde in den Weltkrieg gegangen waren¹⁶, als auch nach dem Versailler Vernichtungsurteil kaum ein Jahr verging, ohne daß irgendwo in der Welt ein neuer Krieg geführt wurde, als statt der Abrüstung das allgemeine Wettrüsten in immer rasenderem Tempo einsetzte, wurde es möglich, mit allmählichem Erfolg den Anschauungsunterricht nutzbar zu machen, den unser Volk dadurch über die Wirksamkeit der Ächtung des Krieges und der zu seiner Verhinderung bestimmten internationalen Verträge und Organe erhielt. Das war bitter nötig, um es zur Wehrhaftigkeit zurückzuführen. Mit dem

¹³ Vgl. Westarp: Ein Jahr Außenpolitik, in: Politische Praxis 1926, S. 44 f.; Otto Hoetzsch: Die Außenpolitik der DNVP, in: WEISS, Der nationale Wille, S. 112 ff.

¹⁴ Vgl. Hermann Stegemann: Das Trugbild von Versailles, Stuttgart 1926, S. 331.

¹⁵ Im Artikel I des Kellogg-Paktes vom 27. 8. 1928 erklären die vertragschließenden Parteien, »daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenwärtigen Beziehungen verzichten.« Neueste Darstellung bei E. Buchheit: Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928. Machtpolitik oder Friedensstreben?, Münster 1998.

¹⁶ Gemeint sind hier offenbar die alliierten Absprachen über die Aufteilung der Türkei (Vertrags-Ploetz, Bd. 2, Bielefeld 1953, S. 249 ff.) und der angesichts der italienischen Kriegsbereitschaft abgeschlossene Londoner Vertrag vom 26. 4. 1915, in dem Italien Südtirol, Triest und Istrien in einem Friedensvertrag zugesichert werden (ebd. S. 252).

Kampf gegen die Schuldflüge stand allerdings die Erörterung der Frage, ob der Krieg ein Verbrechen sei, nur in mittelbarem Zusammenhang.

Dagegen erwies es sich als nötig, einer Unklarheit über den tatsächlichen Inhalt der Anklage entgegenzutreten, durch die das Deutschland der Vorkriegszeit beschuldigt wurde, den Weltkrieg verursacht zu haben. Der historische Streit, der darum entbrannte, ob der Kaiser, Fürst Bülow oder, wie dieser in seinen Memoiren behauptet, nur v. Bethmann und v. Jagow etwa im Festhalten am Flottenbau, durch Plan- und Ziellosigkeit ihrer Politik, in zu enger Anlehnung an Österreich-Ungarn, durch besonderes Ungeschick der Verhandlungen vom Juli 1914 es versäumt oder nicht verstanden haben, die Einkreisung Deutschlands und den von ihnen nicht gewollten Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern, war und ist für das deutsche Volk und seine Geschichte von größtem Interesse. Falsch aber war es und verhütet mußte werden, daß die Möglichkeit und die Neigung, der Kaiserlichen Regierung eine Verschuldung dieser Art vorzuwerfen, irgendeinen Einfluß auf den Kampf gegen die Schuldflüge des Versailler Diktats ausübte. In diesem handelte es sich um etwas ganz anderes. Das von Deutschland unterschriebene Strafurteil legte als Tatbestand die Behauptung zugrunde, daß der Kaiser, seine Regierung, die Militärgewalt, das deutsche Volk in dem Streben nach Weltherrschaft und Eroberungen den Krieg von langer Hand vorbereitet, absichtlich herbeigeführt, ohne Zwang und Bedrohung eröffnet und als Angreifer in fremdes Land hineingetragen hätten. Das, und nur das, war der Vorwurf, um den es sich im Kampf gegen die Schuldflüge handelte. Er war seinem ganzen Inhalt nach unwahr und zurückzuweisen. Denn das Kaiserreich hatte während der 43 Jahre seines Bestehens alles getan, um Frieden zu halten, und war im August 1914 in den Kampf gezogen, weil die Feinde es in lang vorbereitetem Angriff überfallen hatten, um sein Dasein zu vernichten. Diesen Sachverhalt durfte Deutschland auch durch halbe Zugeständnisse nicht verdunkeln lassen. Es gab in der Schuldflügelbewegung starke Richtungen, die ähnlich wie Graf Brockdorff es getan, den Kampf nur gegen die Behauptung der »Alleinschuld« Deutschland führen, eine Mitschuld Deutschlands aber nicht in Abrede stellen wollten.

Ich lehnte jede Beschränkung des Kampfes auf die Alleinschuld entschieden ab, mochte sie auf dem Gegensatz zur kaiserlichen Vorkriegspolitik oder auf deutscher Neigung zu einem Übermaß von Objektivität auch im politischen Kampf oder schließlich auf einer überfeinerten Taktik beruhen, mit der man im Inland und Ausland der Bewegung einen breiteren Boden schaffen zu können glaubte. Ich hielt es für ein Gebot der politischen Klugheit wie der Ehre, die ganze Wahrheit zu verfechten, daß nicht Deutschland, sondern nur seine Feinde den Krieg gewollt, von langer Hand vorbereitet und Deutschland und seinen Verbündeten aufgezungen hatten. Das vertrat ich auch gegenüber Freiherrn v. Lersner, dessen nationale Haltung ich sonst hoch schätzte, und dem von ihm geleiteten Dachverband, der auch die Vereinigungen zu erfassen suchte, die nur die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands bekämpften.

Im Anfang wurde die Schuldflüge fast ausschließlich aus idealistischen Gründen als Verletzung der nationalen Ehre abgelehnt. Je mehr das Versailler Diktat bekannt und wirksam wurde, um so deutlicher trat ihre praktische Bedeutung zutage. Nicht nur der VII. Teil, der die unbegrenzte Tributpflicht behandelte, sondern auch der V. Teil, der als Beginn der in Aussicht gestellten allgemeinen Abrüstung nur die einseitige Entwaffnung Deutschlands vorsah, waren auf die Behauptung gestützt, daß Deutschland der frevelhafte Angreifer sei, und ihre Durchführung ließ von Jahr zu Jahr deutlicher erkennen, in welchem Ausmaße die Feinde das von Deutschland anerkannte Schuld-

urteil rechtlich, praktisch und bis in die Einzelheiten hinein als Handhabe und Maßstab der Ausbeutung und Versklavung Deutschlands durch Tributpflicht und Entwaffnung benutzten. Es war eine zwingende Notwendigkeit praktischer Realpolitik, ihnen diese Möglichkeit zu entziehen, und ich bin gelegentlich Äußerungen entgegengetreten, in denen man das aus ideologischen oder taktischen Gründen nicht sehen oder offen eingestehen wollte. Das schloß aber nicht aus, daß der Kampf um die Befreiung von dem schmachvollen Urteil und Anerkenntnis der deutschen Schuld am Kriege in erster Linie, und auch abgesehen von den praktischen Folgen, als eine unerläßliche ideale Pflicht des deutschen Reiches und Volkes behandelt wurde. [...] Ihn fordert die Pflicht der Selbsterhaltung und des Freiheitswillens, die eine Nation erfüllen muß, um den ihr von der Vorsehung gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Er ist in erster Linie ein Gebot der nationalen Ehre, für das freilich die Sozialdemokratie kein Verständnis hat. Daß die Ehre des Staates auch ein sehr reales Gut der Nation ist, hat Friedrich der Große ausgesprochen¹⁷ und haben unsere Väter gewußt, während es der Materialismus unserer Zeit vergessen wollte, bis unser Volk es aus den furchtbaren Erfahrungen der Zeit von neuem hat lernen müssen.

Mit großem Eifer und ohne Hemmungen führte Deutschland den wissenschaftlichen Kampf um die Aufklärung der Kriegsursachen. Dazu mußte nicht nur der letzte Sarajewo-Konflikt, sondern die gesamte Vorkriegs-Politik des Kaiserreichs dargestellt werden, die in Clemenceaus Mantelnote zum Gegenstand der Anklage gemacht worden war. Man kann den Regierungen der Weimarer Koalition das Zeugnis nicht versagen, daß auch sie mit erheblichen Mitteln und nicht ohne Geschick, meist im Hintergrunde bleibend, die Erforschung der geschichtlichen Wahrheit gefördert haben. Das Verdienst gebührte wohl in erster Linie dem vom Parteibuch verhältnismäßig noch unberührt gebliebenen Auswärtigen Amt. Die große Akten-Publikation¹⁸ war eine Freigabe der Archive, wie sie bisher noch nicht dagewesen war, und legte den Sachverhalt unwiderleglich fest. In der Propaganda wurden die ausländischen Zeugnisse mit Eifer zusammengetragen und die allmähliche Öffnung ausländischer Archive, die allerdings bis heute im Wesentlichen noch aussteht¹⁹, wissenschaftlich und politisch ausgewertet. Bis in die neueste Zeit trägt die von Hoetzsch herausgegebene russische Aktenpublikation²⁰ wesentlich zur Aufklärung bei. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages freilich ist gerade auf diesem außenpolitisch wichtigsten Gebiete zu keinem Ergebnis gekommen.

¹⁷ Vgl. Friedrich der Große: Die Politischen Testamente, hrsg. v. Gustav Berthold Volz, Berlin 1920, S. 212, 220 und 230 (Testamente von 1768).

¹⁸ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme, 40 Bde., Berlin 1922–1927.

¹⁹ Vgl. British Documents on the Origins of the War 1898–1914, hrsg. v. George P. Gooch und Harold Temperley, 11 vols., London 1926–1938; Documents Diplomatiques Français (1871–1914), 3^e Série (1911–1914), Paris 1929–1936. Die Serien 1 und 2 wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen.

²⁰ Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der zarischen und provisorischen Regierung, hrsg. v. der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M. N. Pokrowski. Einzig berechtigte deutsche Ausgabe, hrsg. v. Otto Hoetzsch, Reihe I: Das Jahr 1914 bis zum Kriegsausbruch, Bd. 1–5, Berlin 1931–1934; Reihe II: Vom Kriegsausbruch bis zum Herbst 1915, Bd. 6–8, Berlin 1934–1936; Reihe III: Vom Frühjahr 1911 bis zum Ende 1913, Berlin 1939–1942, Bd. 1–4.

Der von mir im März 1919 öffentlich und bei der Fraktion vertretene Gedanke, die Schuldfrage einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, war mir von verschiedenen Seiten wie v. Falkenhayn und Kriege angeregt worden.²¹ Ich konnte mir bei meinem Mißtrauen gegen eine internationale Gerichtsbarkeit über politische Fragen zwar keinen durchschlagenden Erfolg versprechen, nahm die Anregung aber auf, weil der Antrag Gelegenheit gab, die Öffnung der Archive zu fordern, und als Gewissensprobe Deutschlands und der Feinde gelten konnte. Erst nach der Unterzeichnung griff die Fraktion auf den Vorschlag eines internationalen Schiedsspruchs über die Schuldfrage zurück, und die Partei hat ihn – ich mehr dazu gedrängt als davon überzeugt – auch später noch wiederholt. In der Geschichtswissenschaft wird heute von keiner ernst zu nehmenden Seite des Inlandes und Auslandes mehr in Abrede gestellt, daß in Versailles ein Fehlurteil über Deutschland gesprochen worden ist. Dadurch ist viel zur Zerstörung des Lügengebäudes getan, und wir haben die darauf gerichteten Bestrebungen anerkannt und nach Kräften gefördert.

Entgegen widerstrebenden Meinungen habe ich aber stets den Standpunkt vertreten, daß das nur eine Vorarbeit war, die so nötig und nützlich sie war, doch zur Lösung der Aufgabe nicht genügte. Das Schuldurteil des Artikel 231 ist durch ein zweiseitiges Abkommen festgelegt, es ist also Vertragsrecht geworden und kann mit endgültiger Wirkung nur durch Aufhebung dieses Vertrages beseitigt werden. Einseitige Proteste erklärungen konnten, selbst wenn die Regierung als solche sie abgab, politisch wertvoll sein, aber nicht ausreichen, um den Vertrag aufzuheben. Dazu hätte mindestens gehört, daß die deutsche Regierung den Widerruf des deutschen Schuldbekenntnisses den Feindmächten notifiziert und seine mindestens stillschweigende Anerkennung durchsetzte. In dieser Richtung haben wir sie stets vorwärts gedrängt.

Bei dem Kampf gegen die Schuldfrage dachte man häufig allein an die Beschuldigungen Deutschlands, es sei der freventliche Angreifer und Urheber des Weltkrieges. Obwohl gerade diese Verleumdung zur Grundlage des Diktates seinem ganzen Inhalt nach gemacht worden ist, erschien sie doch den Feinden noch nicht als ausreichend, ihrem Vernichtungswerk einen moralischen Anschein zu geben. Es mußte vielmehr immer wieder daran erinnert werden, daß das Diktat in zahlreichen seiner Einzelheiten noch durch andere, von Deutschland unterschriebene unwahre Schuldurteile begründet worden ist.

Westarp erinnert hier an die Begründung für die Rückgabe Elsaß-Lothringens und für die Abtretung der Kolonien an Mandatsmächte.

²¹ Vgl. Anm. 1 und 2.

Die Auslieferungsforderungen

Zur erlogenen Schuld Deutschlands am Kriege trat aufgrund einer Propaganda der vier Kriegsjahre, die an technischer Vollendung wie skrupelloser Verlogenheit ihresgleichen in der Weltgeschichte nicht hatte, seine Schuld im Kriege. Der Kampf dagegen drängte sich alsbald in den Vordergrund, weil die Auslieferungen unmittelbar nach der Ratifikation durchgeführt werden sollten. Da diese von den Feinden bis zum 10. Januar 1920 hinausgezögert wurde, beherrschte die Auslieferungsschmach das politische Leben, bis im März 1920 so viel erreicht wurde, daß die Feinde auf die praktische Ausführung ihrer Forderungen, ohne sie fallen zu lassen, zunächst verzichteten. Aber auch dann lasteten sie noch Jahre hindurch als Schmach und als Drohung auf Deutschland. Die Zahl der darüber erschienenen Schriften und rechtlichen Gutachten ist groß.¹ Einen vorzüglichen, mit zahlreichen inländischen und ausländischen Dokumenten belegten Überblick bis zum Jahre 1924, von dem ab die schmachliche Zumutung übrigens praktisch mehr in den Hintergrund trat, enthält das Buch »Die Kriegsbeschuldigtenfrage«.² Der Verfasser v. Stosch sagt in der Einleitung, die Darstellung sei im wesentlichen Veröffentlichungen der »bedeutenden Kreuzzeitung« entnommen worden, »einer der größten Berliner Zeitungen, die im vaterländischen Sinne wirkt und arbeitet«. Das dient mir zum Beweis, daß unser Eintreten für die Ehre der Nation bedeutsam, wenn nicht führend gewesen ist. Ich war daran persönlich stark beteiligt.

Zu meiner jetzigen Arbeit habe ich Einblick in eine bisher nicht veröffentlichte Denkschrift nehmen können, die mir Korvettenkapitän Scheibe³ zur Verfügung gestellt hat. Er stellt in ihr unter erschöpfender Wiedergabe und Würdigung aller Dokumente den Gang der amtlichen Verhandlungen über die Auslieferungsforderung bis zum März 1920, insbesondere aber ausführlich und wohl belegt die starke Widerstandsbewegung dar, die er ins Leben gerufen und geleistet hat. Sie gehört zu den zeitlich ersten Taten nationalen Erwachens gegen die Schmach des Versailler Diktates. Meine Fühlung mit Scheibe und seiner Bewegung war eine lose. Auf seinen Wunsch, den ich für berechtigt hielt, nahm ich an seiner Arbeit, um ihr die überparteiliche Wirkung zu sichern, keinen nach außen hin erkennbaren Anteil. Persönliche Fühlung bestand, und in großen Zügen war ich von dem, was durch Scheibe geschah, unterrichtet. Viele Einzelheiten seiner Darstellung waren mir neu oder doch aus dem Gedächtnis entschwunden. Ein Vergleich mit meinen Erinnerungen zeigt, daß wir in allen wesentlichen Punkten übereingestimmt haben. Das hat, soweit ich mich erinnere, nur zum geringen Teil auf ausdrücklicher Verabredung beruht, zeigt also, wie sich der Widerstand gegen die schmachvolle Fremdherrschaft aus nationalem Denken von selbst ergab. Der wesentliche Erfolg in dieser Frage hat bei der Widerstandsbewegung Scheibe

¹ Ein Verzeichnis der Schriften über die Auslieferungsfrage enthält die Deutsche Strafrechtszeitung 7 (1920), Sp. 244.

² STOSCH. Vgl. auch SCHWENGLER.

³ Albert Scheibe; ein Exemplar seiner Denkschrift findet sich im Nachlaß Westarp.

gelegen. Ich glaube, daß ich, ohne seiner Organisation anzugehören, vor und hinter den Kulissen dazu beigetragen habe.

Weiteren Aufschluß hat mir v. Rabenaus Seeckt-Biographie gegeben.⁴ Ich erinnere mich nicht, daß ich seinerzeit von dem würdigen und entschiedenen Einspruch Kenntnis erhalten habe, den v. Seeckt am 8. Mai 1919 in Paris als dienstältester militärischer Sachverständiger der Friedensdelegation gegen die Annahme der Forderung erhoben hat. Ebenso war mir nicht bekannt, daß die Armee als solche nach der Annahme des Diktates unter seinem Einfluß als Chef des Truppenamtes und unter Billigung v. Hindenburgs jede Mitwirkung bei der Durchführung der Auslieferung abgelehnt hat. v. Rabenau urteilt wohl etwas zu einseitig, wenn er, ohne die Organisation Scheibes zu erwähnen, ausführt, daß die Weigerung des Heeres allein der Regierung den Rücken gestärkt habe. Der Eröffnung des Strafverfahrens vor dem Reichsgericht hat v. Seeckt zugestimmt. v. Rabenau gibt zu, daß er sich dabei über die Folgen geirrt hat.

Zunächst kam es darauf an, der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein zu bringen, daß das Ansinnen der Feinde in krassem Widerspruch zu den allgemeinen Rechtsanschauungen des internationalen Lebens und zu den Grundsätzen des allgemein gültigen und deutschen Strafrechtes stand.⁵ Solf hatte mir bereits am 27. Dezember 1918 eine Denkschrift zugehen lassen, in der das eingehend nachgewiesen wurde, und ebenso hatte mich Kriege mit Material darüber versehen.

Westarp legt im einzelnen dar, daß der Kaiser als erbliches Staatsoberhaupt strafrechtlicher Verfolgung überhaupt nicht unterlag – ein Einwand, der allerdings zurückgestellt wurde, da er damals nicht mit Verständnis rechnen konnte –, und daß kein Strafgesetz der Welt den Tatbestand »schwerste Verletzung der internationalen Moral und Heiligkeit der Verträge« mit Strafe bedrohte. Das Ersuchen an die niederländische Regierung habe gegen die Grundsätze des internationalen Auslieferungsrechts wie der niederländischen Verfassung, ihrer Auslieferungsgesetze und -verträge verstoßen, die eine Auslieferung nur wegen bestimmter, hier nicht zutreffender Straftaten zuließen. Insbesondere aber sei alles, was der Kaiser als Staatsoberhaupt oder kraft seines Oberbefehls über Heer und Marine getan habe, »unter den Begriff der politischen Handlung« gefallen.

»Die Grundsätze des Völkerrechts, die auch in den niederländischen Gesetzen und Verträgen ihren Ausdruck gefunden haben, schließen jedoch jede Auslieferung wegen einer Straftat politischen Charakters aus. Nach ihren freiheitlichen Traditionen können die Niederlande von diesem Standpunkt nicht abgehen, ohne die Ehre und Würde ihrer Nation und die Unabhängigkeit ihres Landes preiszugeben. Deutschland aber soll dieses ehrenrührige Ansinnen an die Königin von Holland durch seine Unterschrift unter den Friedensvertrag anerkennen.«

Gerade England, die Schweiz und andere Staaten, die sich rühmten, an der Spitze der Vertreter liberaler Staatsideen zu stehen, hatten das Asylrecht politischer Flüchtlinge stets als eine unverletzliche Grundlage des Rechtsstaates betrachtet und gegen alle Versuche anderer Staaten, sich im Kampfe gegen revolutionäre Bestrebungen ihrer geflohenen politischen Verbrecher zu bemächtigen, ausnahmslos durchgeführt. Die Frage, ob der Kaiser im Falle der Rückkehr nach Deutschland auch den für das Deutsche Reich selbst erlassenen Auslieferungsvorschriften der Artikel 228–230 unterworfen sein sollte, konnte zweifelhaft sein. Ich habe sie zunächst bejahen zu müssen geglaubt, solange es sich darum handelte, die Regierung zur Ablehnung der Unterschrift

⁴ RABENAU, S. 214.

⁵ Ein Beispiel für diese Arbeit ist die für die breite Öffentlichkeit bestimmte Darstellung in: Leipziger Illustrierte Zeitung Nr. 3960 vom 22. 5. 1919, »Die Auslieferung des deutschen Kaisers und der deutschen Führer«.

zu bewegen, später aber⁶ mit der Begründung verneint, daß die für den Kaiser erlassene Sonderbestimmung die Anwendung der weiteren Vorschriften auf ihn ausschloß.

Die Verpflichtung der Artikel 228–230 traf Deutschland unmittelbar und ging dahin,

»den feindlichen Mächten zur Aburteilung vor ihren Militärgerichten und nach ihrem Strafrecht alle deutschen Staatsangehörigen auszuliefern, die angeklagt werden, »Handlungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben.«

Von Deutschland wurde also nicht wie von den Niederlanden die Preisgabe ihrer Unabhängigkeit bei Wahrung des Asylrechtes politischer Flüchtlinge aus fremdem Lande, sondern der Verzicht auf die strafrechtliche Staatshoheit über die eigenen Staatsangehörigen gefordert. Die juristische Anfechtung dieser Bestimmungen des Diktates mußte also auf anderer Grundlage erfolgen.

»Auch dieses Ansinnen widerspricht einem völkerrechtlich anerkannten Recht, das jedem zivilisierten Volke zusteht. Ihm gibt § 9 des deutschen Strafgesetzbuches Ausdruck, der lautet: Ein Deutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung nicht überliefert werden. Selbst wenn es sich dabei um schwere Verbrechen handelt, muß ein Staat, der auf seine Ehre hält und sich nicht selbst aus der Reihe der gleichberechtigten Kulturvölker ausschalten will, darauf bestehen, jeden im Inlande befindlichen eigenen Staatsangehörigen in Strafsachen auch der eigenen Rechtsprechung zu unterwerfen. Um so größer ist die Nichtachtung, die sich darin auspricht, daß die Bestimmungen des Artikels 228 »ohne Rücksicht auf etwa eingeleitete Verfahren oder Verfolgungen vor einem Gerichte Deutschlands oder eines seiner Verbündeten Anwendung finden sollen«. Damit werden unserer Regierung alle ihre Zugeständnisse in der Schuldfrage, der Plan eines Staatsgerichtshofes und die eingesetzten Untersuchungskommissionen vor die Füße geworfen.«

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragte am 9. Juli 1919, als es sich bereits um die Ratifikation des in Versailles unterschriebenen Vertragsdokumentes handelte⁷, diese an den ausdrücklichen Vorbehalt zu knüpfen, daß vor Inkrafttreten ein Gutachten von bewährten Völkerrechtslehrern darüber eingeholt werde,

»ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorher begangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf eine vorher noch nicht angedroht gewesene Strafe zu erkennen.«

Alle anderen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei griffen die Deutschnationalen wegen dieses Antrages, in dem sie nur ein parteiagitorisches Manöver erblickten wollten, heftig an. Damit wurden sie der Bedeutung der Sache nicht gerecht. Mochte es ausgeschlossen sein, daß die feindlichen Regierungen sich durch den Nachweis der Rechtlosigkeit ihres Vorgehens in ihren Entschlüssen beeinflussen ließen, so mußte doch alles getan werden, die öffentliche Meinung der demokratischen Welt aufmerksam zu machen, einen wie schweren Vorstoß gegen alle von ihr vertretenen rechtsstaatlichen und internationalen Grundsätze die Auslieferungsforderungen darstellten. Dazu wäre die Annahme des Antrages durch die Nationalversammlung, selbst wenn sie die Ratifikationsverhandlungen nochmals erschwerte, sehr viel wirksamer gewesen als Reden und Zeitungsartikel.

⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 9. 7. 1919, S. 1407; siehe auch Korrespondenz der DNVP Nr. 154 vom 9. 7. 1919.

Wichtiger freilich noch als die in ihrem Erfolg zweifelhaften Versuche auf das Ausland zu wirken, war mir persönlich die Aufgabe, dem deutschen Volke selbst die schmachvolle Rechtswidrigkeit der Auslieferungsforderungen zum Bewußtsein zu bringen, um so das nationale Ehrgefühl wachzurufen.⁸

»Ehre! Die Lehre über dieses Kapitel, die uns jetzt erteilt wird, ist besonders bitter. In materiellem Streben verstrickt, in materialistischer Geschichtsauffassung befangen, hatten wir verlernt, daß die Ehre des Volkes [...] im Leben der Völker einen sehr realen, vielleicht den größten realen Wert hat. Unsere Feinde haben anders darüber gedacht. Der Lügenfeldzug des Krieges und das raffinierteste System demütigender Schmach, das jemals in der Welt ausgedacht und in Versailles in 440 Paragraphen uns vorgelegt ist, verdankt nicht nur französischer übermütiger Grausamkeit und Rachsucht seinen Ursprung, sondern mindestens ebenso sehr der kalten realpolitischen Berechnung der Angelsachsen. [...] Aus Armut und Not kann ein Volk wie das deutsche sich wieder emporhungen und emporarbeiten, Fremdherrschaft kann es abschütteln, abgerissene Volks- und Landesteile kann es wiedergewinnen. Beugt es sich aber den schmachvollen Forderungen, die ersonnen sind, seine Ehre zu vernichten, so werden Jahrhunderte diese Schmach von seinem Namen nicht wieder abwaschen und das Gift aus seinem Blute nicht entfernen.«

Leider mußte gerade auch die Ehrauffassung, wie ich am 22. Juni festzustellen genötigt war⁹, gegen die Sozialdemokratie verfochten werden.

Dazu, daß dem deutschen Volk das Schicksal eines Justizmordes an seinem Kaiser erspart blieb, hat die Tätigkeit Krieges wesentlich beigetragen. Die außergewöhnliche Arbeitskraft, das überragende Wissen und die gründliche Klarheit, die ihn auszeichneten, hatten mir bereits in der Vorkriegs- und Kriegszeit auch da, wo ich ihm in der Sache nicht folgen konnte, großen Eindruck gemacht.¹⁰ Wohlwollende Beurteilung politischer Persönlichkeiten von hervorragenden Eigenschaften war in den Unterhaltungen des parlamentarischen Lebens nicht gerade die Regel, und so fiel über Krieges eiserne Pflichtauffassung im Dienste des Auswärtigen Amtes, seine formelle Korrektheit, die Gründlichkeit und Zähigkeit, mit der er seine Aufgabe vertrat und durchsetzte, manches unwirsche und auch boshafte Wort. In der Tat stellte seine Art zu verhandeln an die Geduld des Abgeordneten, der jede Angelegenheit, soweit nicht eigenes Redebedürfnis in Frage kam, im Fluge und Oberflächengekräusel erledigen wollte, manchmal harte Ansprüche. Wenn ich solche Kritik mit anhörte und im Scherz hinzufügte, man könne Kriege nichts ablehnen, weil man sonst durch die Länge der Unterhaltung ausgehungert werde, so geschah das niemals, ohne daß ich im Ernst ein Wort warmer Anerkennung für sein Wollen und Können hinzufügte. Als er im Jahre 1919 begann, sich selbstlos in seiner tatkräftigen Art für den Kaiser und das Königliche Haus einzusetzen, und mit mir zu gemeinsamer Lösung dieser und anderer Aufgaben Verbindung nahm, traten wir uns persönlich näher, und ich gelangte zu besonders hoher Wertschätzung seines politischen Handelns wie seiner Person. Den von Fürst Bülow boshaft und überheblich, aber auch von v. Tirpitz und anderen ausgesprochenen Tadel¹¹, er habe die Außenpolitik nur als Jurist, nicht als Politiker betrieben, teilt er mit wohl allen Leitern der Rechtsabteilungen in den Außenministerien des In- und Auslandes. Die besondere Betonung der juristischen Gesichtspunkte lag in seinem Amte, seiner Schulung und wohl auch in der Eigenart seines Denkens begründet. Den Vor-

⁸ Westarp: Versailles und das deutsche Volk, in: Die Tradition, Nr. 8 vom 25. 4. 1919.

⁹ Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919 und Nr. 296 vom 29. 6. 1919, jeweils IP.

¹⁰ WESTARP II, S. 94, ferner S. 98 ff., 582 ff.

¹¹ Vgl. Bernhard Fürst v. Bülow: Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Franz v. Stockhammern, Bd. 2, Berlin 1930, S. 169; Alfred v. Tirpitz: Erinnerungen, Leipzig 1929.

wurf, daß darüber die politischen Notwendigkeiten zu kurz gekommen seien, konnte er in den wesentlichen Punkten nach meiner Auffassung überzeugend widerlegen. Durchaus falsch war das Urteil, daß er zu diplomatischen Verhandlungen ungeeignet gewesen sei, man müßte denn eine Geschmeidigkeit, die sich vollständig auch durch Nachgeben in der Sache dem Verhandlungsgegner anpaßt, als das Wesen der Diplomatie ansehen. Er verstand es, in unmittelbarer Verhandlung mit westfälischer Zähigkeit den Gegner auf seinen Standpunkt herüberzuziehen und gleichzeitig die Minen zu legen, die ihm den Erfolg herbeiführen halfen. Auch das Mittel des Eingehens auf die Eigenheiten des Gegners, einschließlich der Eitelkeit, wendete er mit der ganzen Gründlichkeit seiner Verhandlungsmethoden an. Das Ergebnis sprach fast immer für ihn. Grund meiner persönlichen Verehrung für ihn war aber besonders seine eiserne und kompromißlose nationale und königstreue Gesinnung. Es gelang mir nicht, ihm ein deutschnationales Mandat zu verschaffen, und er wurde von der Deutschen Volkspartei in den Landtag, leider nicht in den Reichstag gewählt. Aber auch nachdem das geschehen war, verband uns gemeinsame Arbeit und ein enges Vertrauensverhältnis, und ich stand, bis ich mich 1932 ganz – vielleicht mehr als er es für richtig hielt – aus dem politischen Leben zurückgezogen habe, seinen Anregungen stets gern zur Verfügung.

In der ersten Bestürzung über die Auslieferungsforderung der Feinde – wohl auch in dem Gefühl, daß die Folgen des Übertritts nach Holland durch eine heroische Opfertat beseitigt werden müßten – gelangten Persönlichkeiten aus der Familie des Kaisers zu dem Vorschlag, der Kaiser möge sich selbst dem Gericht der Feinde stellen. Kriege und ich stimmten darin überein, daß das dem Kaiser nur dringend abgeraten werden konnte. Es handelte sich ja nicht um die Forderung eines lebendigen Ehrgefühls, sich gerechtem Urteil zu stellen, sondern um freiwillige Übergabe an Feinde, die lediglich ihren Haß und ihre Rache gegen den Kaiser und das deutsche Volk unter der Maske eines Gerichtsverfahrens befriedigen wollten. Kriege erzählte, er habe den Kaiser und die Befürworter des Planes an das Schicksal des Vercingetorix¹² erinnert, der sich selbst in heroischer Geste Caesar auslieferte mit dem Ergebnis, daß dieser den Gegner hinrichten ließ und gegen dessen Heer und Volk nur um so vernichtendere Schläge führte. Die Auffassungen, von denen wir ausgingen, entsprechen durchaus den Gründen, mit denen der Kaiser selbst seinen Entschluß rechtfertigt, sich nicht selbst zu stellen.¹³

Westarps tagebuchartige Briefe an seine Frau erwähnen als Gegner des Vercingetorix-Planes die Kaiserin und General Otto v. Estorff, als Befürworter neben Persönlichkeiten der kaiserlichen Umgebung und Militärs (v. Plessen, v. Müller, v. Berg¹⁴, Generalmajor Graf v. d. Schulenburg) auch Prinz Eitel Friedrich und Kronprinzessin Cecilie. Ein Vorschlag des Kardinals Hartmann aus Köln, der Papst möge »ein neutrales Gericht bilden«, sei vom Kaiser ebenfalls abgelehnt worden. Im übrigen vermehrten sich die Anzeichen, daß die Auslieferung des Kaisers an der festen Haltung der Niederlande scheitern werde.

Der Rat, der Kaiser möge sein Schicksal abwarten, war nicht zu verantworten, ohne daß alles geschah, was möglich war, um seine Auslieferung durch die Niederlan-

¹² Der König der Averner, der den Aufstand Galliens gegen Caesar angeführt hatte, war 52 v. Chr. beilesia besiegt worden. Caesar führte ihn im Jahre 46 im Triumph mit und ließ ihn dann hinrichten.

¹³ Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten, Leipzig/Berlin 1922, S. 247–258. Vgl. auch STOSCH, S. 81 ff.

¹⁴ Vgl.: Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, bearb. v. Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971.

de abzuwenden. Zu diesem Zwecke nutzte Kriege die guten persönlichen Beziehungen aus, die er mit dem Außenminister Jonkheer van Karnebeek und anderen maßgebenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Niederlanden hatte. Die niederländischen Führer waren selbst wohl kaum geneigt und jedenfalls in Rücksicht auf die von den Versailler Mächten drohende Gefahr und auf die eigene Demokratie gar nicht in der Lage, ihrem Lande Opfer oder auch nur schwierige politische Verhandlungen zuzumuten, nur um Deutschland die Schmach der Auslieferung und Aburteilung des Kaisers zu ersparen. Eine von Kriege bearbeitete, in den meisten holländischen Zeitungen aufgenommene Presse-Instruktion¹⁵ sprach das in einer Weise aus, die eine für Deutschlands Verhalten ungünstige Kritik in sich schloß, politisch aber wohl notwendig war.

»Unser Ausgangspunkt ist nach wie vor der, daß die Niederländische Regierung bei ihrer Entscheidung niemandem zu Liebe, niemandem zu Leide handeln darf, die Frage vielmehr kühl und unparteiisch nach den bestehenden Rechtsgrundsätzen beurteilen muß. Eine Ablehnung der Auslieferung würde nicht etwa Deutschland zu Liebe erfolgen, und zwar schon deshalb nicht, weil sich dieses Land durch den Friedensvertrag an dem Ausgang der Frage desinteressiert hat; die entgegenstehenden Adressen deutscher Kreise zeigen wohl, welche Stimmungen im deutschen Volke bestehen, ändern aber nichts an der Stellung seiner Regierung, die im Artikel 227 des Friedensvertrags, die Erklärung der Entente, die Auslieferung des Kaisers bei den Niederlanden beantragen zu wollen, ohne Widerspruch hingenommen, sich also mit dem Vorgehen abgefunden hat. Ebenso wenig würde eine Ablehnung des Auslieferungsantrages der Entente zu Leide erfolgen, sofern dadurch keine auf sie billiger Weise zu nehmenden Rücksichten verletzt werden.«

Da die Niederländische Regierung dauernd betonte, es müsse alles vermieden werden, was auch nur den Anschein erregen konnte, als wolle sie für Deutschland Partei nehmen, unterstützte ich Kriege in seinem Bestreben, die nationalen Kreise und Zeitungen in Deutschland zeitweise zu möglichst weitgehender Zurückhaltung zu bewegen. Um so entschiedener konnte Kriege bei seinen niederländischen Freunden durchsetzen, daß die Niederlande von ihrem eigenen Rechtsstandpunkt aus den Eingriff in ihre Staatshoheit und in das Asylrecht ablehnten. [...] Auch der Gefahr, daß die Niederländische Regierung den Kaiser zwar nicht ausliefern, aber ausweisen werde, mußte entgegengetreten werden, und zwar, obwohl dadurch auf die Verhältnisse in Deutschland ein sehr ungünstiges Licht fiel, mit dem Nachweise, daß auch das einer Aufhebung des Asylrechtes gleichzuachten sei; denn es sei nicht abzusehen, daß der Kaiser in Deutschland, das allein ihm offen stehe, gegen die mit Sicherheit zu erwartenden spartakistischen Anschläge Schutz finden werde.

Ein Hinweis auf den Widerspruch in der Haltung Englands, das früher stets als Hüter des Asylrechtes aufgetreten sei, diene dazu, das Verdienst, das die Niederlande sich erwerben könnten, in das rechte Licht zu stellen.

Am 25. Juni richtete v. Bethmann an die Alliierten und Assoziierten Mächte und am 3. Juli v. Hindenburg an den Marschall Foch veröffentlichte Schreiben, in denen sie anstelle des Kaisers sich für das beabsichtigte Verfahren zur Verfügung stellten. v. Bethmann, der noch mehrmals (27. November 1919 und 9. Februar 1920) darauf zurückkam, berief sich auf seine verfassungsrechtliche, v. Hindenburg auf seine militärische Verantwortung für alle Anordnungen des Kaisers, die sie zu tragen bereit seien. Ebenso boten sich Prinz Eitel Friedrich und seine vier jüngeren Brüder durch ein Tele-

¹⁵ Die Presse-Instruktion Kriege im Nachlaß Westarp.

gramm an den König von England zur Auslieferung anstelle des Kaisers an.¹⁶ Mir schien das darin liegende Anerkenntnis des feindlichen Justizanspruchs nicht richtig zu sein, aber ich enthielt mich aller Kritik, um so mehr, als die Angebote ernst gemeint und für die Urheber gefahrvoll und deshalb wertvolle Zeugnisse loyaler und verantwortungsbewußter Königstreue waren.¹⁷ Die Entente dachte um so weniger daran, das Opfer anzunehmen, als sie gewillt war, die Auslieferung der Anbietenden neben der des Kaisers auf der Liste des Artikels 228 zu fordern.

In meinen Akten liegt eine meines Wissens bisher nicht veröffentlichte Denkschrift über »die Seiner Majestät dem Kaiser bei Versagen der niederländischen Gastfreundschaft offen stehenden Möglichkeiten«. Sie enthält das Ergebnis eingehender Erwägungen, die »zwischen verschiedenen, ihm besonders ergebenen Persönlichkeiten« stattgefunden haben, um ihm für den Fall, daß die Niederländische Regierung ein Auslieferungsverfahren einleitete oder ihn wenigstens zum Verlassen der Niederlande zu bestimmen suchte, sachgemäß beraten zu können. Zu den Verfassern der Denkschrift, die ich nicht mehr bestimmt angeben kann, haben wohl jedenfalls Graf August Eulenburg und Kriege gehört, der auch mich zur Vorbereitung zuzog.

Die Denkschrift lehnte eine Selbstausslieferung oder einen Übertritt in ein anderes Land ab und empfahl dem Kaiser für den erwähnten Notfall, »sich nach Deutschland zu begeben und sich dort unter den Schutz des deutschen Volkes zu stellen«. Dabei wurde sowohl die Gefahr einer »spartakistischen Gewalttat« als auch eines gegen Deutschland gerichteten Druckes gesehen, doch glaubte man, daß die republikanische Regierung mit Rücksicht auf die Gefühle des Volkes den Kaiser gegen innere und äußere Gefahren schützen werde. Der Kaiser sollte seine Rückkehr der deutschen Regierung ankündigen und dabei versichern, daß er sich während seines Aufenthalts in Deutschland »jeder politischen Betätigung enthalten« werde. Westarp stellte Kriege auf dessen Wunsch einen Brief¹⁸ zur Verfügung, in dem er »im Einverständnis mit den maßgebenden Politikern der monarchischen Rechten«, insbesondere Hergts als Vorsitzendem der DNVP, die Abgabe einer solchen Erklärung trotz aller grundsätzlichen und praktischen Bedenken befürwortete.

Die dem Kaiser drohende Gefahr wurde durch die Veröffentlichung Kautskys über die Frage der Schuld am Kriege verschärft. Im Juni 1919 wich die Regierung Scheidemann aus Besorgnis vor seinen Enthüllungen einer öffentlichen Widerlegung der Kriegsschuld aus. Im Herbst 1919 aber, als die Forderung, den Kaiser auszuliefern, noch schwebte, ließ die Regierung Bauer das von Kautsky bearbeitete Aktenmaterial in vier Bänden veröffentlichen.¹⁹ Obwohl Kautskys Ausführungen kurz vorher in holländischer Sprache im »Nieuwe Rotterdamsche Courant« bekannt gegeben worden waren, machte ich die deutsche Regierung für die Wahl des Zeitpunktes ihrer Veröffentlichung verantwortlich, zumal da sie ihn bereits in Aussicht genommen hatte, bevor Kautskys Buch im Auslande erschienen war. Im Untersuchungsausschuß hatten die rechtsstehenden Abgeordneten der Veröffentlichung widersprochen. Die bekanntgegebenen Akten enthielten die Randbemerkungen des Kaisers zu den Berichten über

¹⁶ SCHULTHESS 1919/I (Bethmann), S. 268, (Hindenburg), S. 281, siehe auch STOSCH, S. 50 ff.; Kreuz-Ztg. Nr. 64 vom 9. 2. 1920, IP.

¹⁷ Westarp erwähnt im Manuskript auch eine Aktion des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe, der in einem Brief die deutschen Fürsten aufforderte, sich für den Kaiser zu stellen; veröffentlicht in der Deutschen Tageszeitung vom 7. 7. 1919.

¹⁸ Das ursprüngliche Manuskript enthält den Wortlaut des Briefs.

¹⁹ Karl Kautsky: Wie der Weltkrieg entstand, dargestellt nach dem Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes, Berlin 1919; Max Montgelas und Walther Schücking: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen, 4 Bde., Berlin 1919.

den Sarajewo-Konflikt, die bei oberflächlicher Betrachtung und in ihrer sensationellen Aufmachung den Vorwurf stützten, daß der Kaiser zum Ausbruch des Weltkrieges getrieben habe. Der Kampf gegen die Kriegsschuldflüge machte es ebenso wie die Abwehr der Auslieferungsschmach erforderlich, dieser Wirkung der Veröffentlichung entgegenzutreten. Das versuchte ich sofort. Ich hatte dabei auch solche gehässigen Angriffe abzuwehren, die von deutscher Seite gegen den Kaiser in seiner schwersten Not erhoben wurden.²⁰

Die Schmach der Auslieferung des Kaisers zur Durchführung eines Justizmord-Schauspieles blieb Deutschland erspart. Beschämend war, daß Deutschland diesen Erfolg ohne eigenes Hinzutun nur der niederländischen Regierung verdankte, die das Ansinnen der Feindmächte am 23. Januar 1920 ablehnte und dabei trotz wiederholten Drängens verblieb. Gleich nach der Ablehnung stellte ich den Sachverhalt klar.²¹

»Von einer wirklich unparteiischen Macht kommt der Hinweis, was es bedeutet, daß hier eine Bestrafung ohne vorheriges Strafgesetz gefordert wird, daß sich das Auslieferungsersuchen über die mit Holland geschlossenen Verträge und über alle internationalen Grundsätze des Auslieferungsrechtes hinwegsetzt und daß es gegen die Ehre Hollands geht, das von ihm in langer Überlieferung heilig gehaltene Asylrecht zu verletzen.«

Eine Verpflichtung zu positivem Tun, um die Auslieferung des Kaisers zu fördern, habe Deutschland nicht übernommen.

»Selbst von dieser Regierung wird man auch nicht erwarten dürfen, daß sie jemals in diesem Punkt über ihre Verpflichtungen hinausgeht. Die Havasmeldung, daß die Entente von Deutschland Schritte fordere, durch die es ihr Vorgehen gegen Holland unterstützen sollte, ist inzwischen im ›Temps‹ widerrufen worden; eine solche Forderung müßte auch von Deutschland entschieden abgelehnt werden. Ebenso ist der Vorschlag des ›Daily Chronicle‹, ein Verfahren gegen den Kaiser im Kompromißwege dadurch zu vermeiden, daß er dauernd interniert werde, für Deutschland wie für Holland undiskutierbar. Das würde ja die Vollziehung lebenslänglichen Gefängnisses nicht nur ohne Strafgesetz, sondern auch ohne Verfahren und Urteil bedeuten, um so mehr also dem von Holland eingenommenen Standpunkt des Rechtes und der Ehre zuwiderlaufen, und jede Mitwirkung dabei würde den deutschen Verpflichtungen und Möglichkeiten vollends widersprechen.

Es kann denn auch festgestellt werden, daß der deutsche Widerspruch gegen die Auslieferung des Kaisers ein einmütiger ist. Auch der ›Vorwärts‹ (24. 1., Nr. 43) tritt ohne Rückhalt auf die Seite der holländischen Regierung, indem er darlegt, daß es sich bei der Forderung der Entente nicht um Recht, sondern um Rache handle. Es bleibt abzuwarten, ob die unversöhnlichen Feinde des deutschen Namens, für die die Begriffe von Recht und Gerechtigkeit und internationalem Anstand ausgeschaltet sind, wenn es sich um Deutschland handelt, dem holländischen Widerstande sich fügen werden. So schwebt Kaiser Wilhelm weiter persönlich in schwerster Gefahr. In dieser äußersten Not muß und wird das deutsche Volk dem unglücklichen Manne, der die deutsche Kaiserkrone trug und dem es begeistert und voller Hingabe in den Kampf um die Verteidigung der deutschen Nation gefolgt ist, auch jetzt persönlich die Treue wahren.«

Da die Feindmächte die Ratifikation des Diktates bis zum 10. Januar 1920 hinausverzögerten, hatte Deutschland nach der Unterzeichnung der Artikel 228 bis 230 ein halbes Jahr Zeit, sich auf das Eintreffen der gegen deutsche Offiziere und Soldaten gerichteten Auslieferungsforderung einzurichten. Auch in dieser Zeit war es gelegentlich nötig, der Illusion entgegenzutreten, der Feind werde das Auslieferungsdiktat unaus-

²⁰ Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 607 vom 14. 12. 1919, IP.

²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 45 vom 25. 1. 1920, IP.

geführt lassen oder abmildern. Die Regierung war und fühlte sich trotz der im Juni 1919 erklärten Vorbehalte durch ihre Unterschrift verhindert zu erklären, daß sie die Auslieferung ablehne. Es kam darauf an, ihr die Erfüllung der Auslieferungspflicht unmöglich zu machen. Dazu war es weder erreichbar noch ausreichend, daß die Parteien der Nationalversammlung, deren Mehrheit ja auch an die Unterschrift gebunden war – sei es aus nationalem Ehrgefühl, sei es aus Furcht vor den Folgen im Wahlkampf –, der Regierung bei der sogenannten Erfüllung ihrer Vertragspflicht die Gefolgschaft versagten. Es mußten im Volke selbst Kräfte lebendig gemacht werden, die der Durchführung der Auslieferung einen entschlossenen Willen entgegensetzten. Das Ziel war durch den von Scheibe organisierten Widerstand bereits im Herbst 1919 erreicht.

Die Regierung führte in einer Niederschrift vom 5. November 1919, in der sie ihren in Paris vertretenen Standpunkt zusammenfaßte und die sie durch eine Note vom 25. Januar 1920 überreichte²², sowie in einer Note vom 26. November 1919 aus, sie müsse nach ihrer Unterschrift des Diktates zwar darauf verzichten, gegen die Forderung der Auslieferung Verwahrung einzulegen, sei aber außerstande, sie mit Gewalt zu verwirklichen. Die Denkschrift begründete das im einzelnen und zog eine Äußerung des Berichterstatters des Haushaltsausschusses an, der am 23. Oktober 1919 als einmütige Auffassung des Ausschusses festgestellt hatte, daß die Ausführung der Auslieferung mit den größten Gefahren für das gesamte politische Leben, ja vielleicht für die politische Existenz Deutschlands verbunden sein werde.²³ Durch Erregung einer Massenstimmung allein wäre, so wichtig sie war, dieser Erfolg bei der Gegenwirkung von sozialdemokratischer Seite und der Wandelbarkeit der Masse nicht zu erreichen und festzuhalten gewesen. Entscheidend war der unbeugsame Entschluß des von Scheibe organisierten Kreises von Freikorps, sonstigen Verbänden, Beamten und Truppenführern, die Mitwirkung bei der Verhaftung der Auszuliefernden zu versagen und nötigenfalls mit Gewalt zu verhindern.

Als am 10. Januar 1920 die Ratifikation erfolgt war, galt es, die Bewegung zu entscheidenden Vorstößen zu steigern. Zunächst wandte ich mich im Januar 1920 in Versammlungen und Aufsätzen noch einmal an Regierung und Parteien.²⁴

»Nicht Gerechtigkeit und Menschlichkeit steht hinter dem Auslieferungsverlangen, sondern grausam unmenschlicher Haß. Nicht unparteiisches Gericht erwartet die Opfer der Rachsucht, sondern ein fester vorbedachter Entschluß, ohne jede Rücksicht auf die Ergebnisse des Verfahrens einen tödlichen Schlag gegen das Dasein und die Ehre der Betroffenen zu richten. Der Zweck liegt klar zutage. Das von Deutschland erpreßte Schuldbekenntnis soll besiegelt werden. Dem deutschen Namen soll für alle Zeit das Schändmal aufgedrückt werden. Das soll schon aus der rein materialistischen Absicht geschehen, den Vertretern des deutschen Volkes mit dem Ansehen und dem Kredit jede Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wettbewerb zu nehmen. So soll der eigentliche und letzte Zweck dieses Raubkrieges gegen Deutschland erreicht werden. Das Schicksal der Opfer des Verfahrens soll allen Völkern der Welt zeigen, wie es denjenigen ergeht, die es wagen, gegen die englische Welttyrannie das Schwert zu erheben. Selbst wenn unter den angeforderten Personen wirklich Schuldige sein sollten, die bisher von deutschen Behörden noch nicht bestraft sind, so gehören sie vor ein deutsches Gericht, das sie rücksichtslos nach Recht und Gesetz behandeln soll und wird, nicht vor die feindliche Kommission, in der sich Ankläger, Richter und Henker in einer Person vereinigen. Auch hier kann ich den [...] Artikel des ›Vorwärts‹ [24. 1., Nr. 43] anführen. Die deutsche Sozialdemokratie, so heißt es dort, wolle Kriegsverbrecher bestraft wissen, aber unter Rechtsgarantien, nicht nach Willkür oder aus Rache; sie würde bereit sein, hierfür ein internatio-

²² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 341 S. 2161; siehe auch STOSCH, S. 63 ff.

²³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 23. 10. 1919 (Waldstein), S. 3354.

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 20 vom 23. 1. 1920, »Redebericht«; Nr. 45 vom 25. 2. 1920, IP.

nales unparteiisches Gericht anzuerkennen, dem alle Verbrecher, welcher Nation immer sie angehören, vorgeführt werden müssen. Da aber die Mächte der Entente nicht daran dächten, ihre Verbrecher preiszugeben, und als die Sieger dazu nicht gezwungen werden könnten, so bleibe nur übrig, daß Deutschland seine Schuldigen aus eigenem Recht und vor einem eigenen Gerichtshof bestraft.«

Eine Einheitsfront war an sich vorhanden. Nur die USPD schloß sich grundsätzlich aus, die »Freiheit« mit der ausdrücklichen Feststellung, unerträglich und unmöglich seien nur die finanziellen und wirtschaftlichen Lasten, die man uns aufbürde, nicht die Auslieferungsforderung. Wesentlich für den Erfolg unseres Eingreifens war, daß die Bewegung nicht zur deutschnationalen Parteisache wurde. Von größter Bedeutung war daher die Tätigkeit der Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände. Sie erließ an die angeschlossenen Verbände eine Aufforderung zu Protestversammlungen in der Woche vom 18. bis 25. Januar 1920. Ferner veranstaltete sie selbst am 25. eine Massenversammlung im Zirkus Busch. Der Vorsitzende, Admiral Graf Baudissin und Geschäftsführer Graf Bernstorff zogen mich zu den Vorarbeiten zu, und ich habe, wie Entwürfe in meinen Akten zeigen, Einfluß auf die Fassung der Entschließung vom 25. Januar und eines Flugblattes der Vermittlungsstelle gehabt.²⁵

Die Liste der Personen, deren Auslieferung verlangt wurde²⁶, um sie »wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung« durch die feindlichen Militärgerichte aburteilen zu lassen, brachte den unheilbaren Illusionisten der Völkerversöhnung neue Enttäuschung und bestätigte unsere schlimmsten Erwartungen. Als sie am 3. Februar in Paris dem Vorsitzenden der Friedensdelegation v. Lersner übersandt wurde, schickte dieser sie mit der Begründung zurück, er habe zehnmal mündlich und dreizehnmal schriftlich erklärt, daß die Forderung unausführbar sei. Es werde sich kein deutscher Beamter finden, der an ihrer Durchführung mitwirke. Da die Weitergabe der Liste an die deutsche Regierung eine solche Mitwirkung darstellen würde, müsse auch er sie ablehnen. Er lege den Vorsitz der Friedensdelegation nieder und werde mit dem nächsten Zuge Paris verlassen.²⁷ Die Liste wurde darauf am 7. Februar durch den französischen Botschafter in Berlin dem Reichskanzler Bauer übergeben, der sie annahm. Aufgestellt von den französischen, britischen, belgischen, polnischen (!), rumänischen, serbisch-kroatischen Regierungen enthielt diese Liste in 895 Nummern zahlreiche deutsche Fürsten und Thronfolger, fast alle namhaften Heer- und Flottenführer, darunter v. Hindenburg und Ludendorff, Scheer, v. Schröder, v. Trotha, die meisten U-Boot-Kommandanten, Offiziere und Beamte aller Grade, auch eine beträchtliche Anzahl von Unteroffizieren und Mannschaften. Mit zynischer Nachlässigkeit aufgestellt, enthielt dieses Dokument Namen von längst Gefallenen, von Personen, die es überhaupt nicht gab oder die in mehreren Nummern angefordert wurden. Fast noch ungeheurerlicher war die Oberflächlichkeit, mit der in den einzelnen Nummern die Verbrechen und Vergehen aufgezählt waren, die den Gegenstand der Anklage bilden sollten. In einer ganzen Anzahl von Nummern war nur ein Sammelbegriff aller an einem Kommando oder einem Ereignis beteiligten Personen ange-

²⁵ Text beim Manuskript.

²⁶ Liste des personnes désignées par les puissances alliées pour être livrées par l'Allemagne en exécution des articles 228 à 230 du traité de Versailles et du protocole du 28 juin 1919; vgl. dazu SCHULTHESS 1920/II, S. 315 (Auszug).

²⁷ Vgl. Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 241, Nr. 2161; SCHULTHESS 1920/II, S. 314. Zur Rolle Lersners bei den Verhandlungen mit den Alliierten vgl. Horst Mühleisen: Kurt Freiherr von Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten, Göttingen/Zürich 1987.

fordert. Außerdem besagte die Überreichungsnote²⁸ in gehässiger Form, daß die Liste die Zahl der deutschen Verbrecher nicht annähernd vollständig enthalte und die Verfolgung der in ihr nicht genannten Personen nicht ausschließe. Auch abgesehen von diesen Einzelheiten erregte das Bekanntwerden der Liste eine ähnlich stürmische Entrüstung wie drei Viertel Jahre zuvor dasjenige der Diktat-Bedingungen. Sie war nur zu begründet.

Damit sie nicht ebenso wie diese wirkungslos wurde, kam es jetzt darauf an, die Regierung an dem durch v. Lersner so wirksam zum Ausdruck gebrachten Standpunkt festzuhalten, daß die Durchführung unmöglich sei.²⁹

»Sie hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß sie die Auslieferung nicht durchführen kann und daß ebensowenig wie die jetzige Regierung irgendeine andere, die ihr etwa nachfolgen sollte, in der Lage sein würde, diese Schmach am deutschen Volke zu vollziehen. Dabei kann man – so schmerzlich es ist, das zugestehen zu müssen – nicht mit voller Sicherheit behaupten, daß sich in Deutschland kein Arm finden würde, um die Auslieferung auszuführen. Das Gemisch von Schurkerei und Narrheit, das in der Unabhängigen Sozialdemokratie zutage tritt, verbietet solche Zuversicht. Aber Herr Noske hat in seiner Unterredung mit dem Vertreter der ›Daily Mail‹ die Sachlage zutreffend geschildert, als er sagte, daß jeder sein Testament machen könne, der es versuchen würde, einen der auf der Auslieferungsliste stehenden Männer zu verhaften. Der Kreis derer, die unter allen Umständen entschlossen sind, diese Schmach zu verhindern, ist geschlossen und groß und stark genug, um seinen Willen durchzusetzen. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist die Kundgebung, zu der sich – bisher durch mancherlei voneinander geschieden – der Deutsche Offizierbund und der Nationalverband Deutscher Offiziere einmütig zusammengefunden haben und in der es heißt: ›Wir deutschen Offiziere decken mit unserem Leben die ersehnten Racheopfer unserer Feinde und sind entschlossen, jede Folge aus diesem unserem heiligen Willen zu ziehen‹. Das Gleiche spricht der Verband national gesinnter Soldaten aus. Das ist der Kernpunkt. Hinzu treten die anderen Gründe, die von der Regierung in ihren Noten für die Undurchführbarkeit der Auslieferungsforderung geltend gemacht worden sind. Es fehlt an einem Gesetz, das die Rechtsgrundlage für die Verhaftung der Auszuliefernden abgeben würde; deshalb würden Beamte, die diese Verhaftungen unternehmen wollten, auch nicht in rechtmäßiger Ausübung ihre Amtes handeln. Die Nationalversammlung aber würde ein solches Gesetz nicht beschließen, weil, wie die Regierung in ihrer Note ausdrücklich hervorhebt, jede Partei, die diesem Gesetz zustimmen würde, bei den nächsten Wahlen kompromittiert sein würde. Weiter sah die Regierung sich veranlaßt, selbst auszusprechen, daß ihre eigenen Beamten auch nach Annahme eines solchen Gesetzes sich nicht dazu hergeben würden, Befehle zur Festnahme der auszuliefernden Deutschen auszuführen, und daß die Regierung, wenn sie solche Beamte aus ihrem Amte entfernen wollte, keinen Ersatz dafür finden würde. Endlich weiß sie, daß Anordnungen dieser Art ›einen Sturm der Entrüstung entfachen‹ und die Regierung ›gegenüber dem Lande, dem Parlament und den Reichswehrtruppen in eine äußerst schwierige Lage bringen‹ würden. [...] Nicht zuletzt kommt es auch darauf an, der Familien derjenigen zu gedenken, die mit der Auslieferung bedroht sind. Sie leiden vielleicht am schwersten, und ihr Geschick bereitet gewiß den Opfern der feindlichen Rachepläne selbst den größten Kummer und die tiefste Sorge. Darum gilt es, ihr materielles Dasein auf alle Fälle zu sichern. Das sind Aufgaben des ganzen deutschen Volkes, bei deren Erfüllung auch die deutsche Frau und Mutter es sich nicht nehmen lassen wird, in vorderster Reihe mitzuarbeiten.«

Es war die Zeit unmittelbar vor dem Kapp-Unternehmen. In den militärischen Kreisen, ohne deren Hilfe Noske und die Regierung im Kampf gegen Spartakus sich nicht hätten halten können, hatte sich infolge der drohenden Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann und der Behandlung der Freiwilligen-Verbände ein gefährlicher Zündstoff angehäuft. Das trug dazu bei, der Ankündigung, die Auslieferung der

²⁸ STOSCH, S. 89.

²⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 71 vom 8. 2. 1920, IP.

Heerführer und Soldaten werde mit Gewalt verhindert werden, ein besonderes Gewicht zu verschaffen. Am 16. Februar 1920 berichtete ich darüber – den Zusammenhang mit der Vorbereitung zum Kapp-Unternehmen unter Deckworten erwähnend – an v. Heydebrand.

»Ich glaube, daß ein Geschichtsschreiber von der jetzigen Wendung in der Auslieferungsfrage den Anfang vom Ende der jetzigen Regierungsgewalt datieren wird. Das non possumus der Regierung ist wohlbegründet, Reichswehr und Sicherheitswehr sowie andere Organisationen lassen keine Auslieferung zu; Noskes Äußerung über die locker sitzende Revolverkugel scheint substantiiert zu sein. Was sich aus diesem Zustande entwickeln wird, läßt sich nicht absehen. Eine ganz ähnliche Sachlage kann im März eintreten, wenn die Reichswehr erklären wird, daß sie sich im Hinblick auf die Bolschewistengefahr nicht auf 100 000 Mann verringern läßt. Die Gefahr, daß Lenin im Frühsommer mit einem starken Heere vorstößt, ist durchaus ernst zu nehmen, und es liegt Anlaß vor zu glauben, daß dann gleichzeitig im Innern kommunistische Erhebungen folgen. Schon allein aus diesem Grunde ist es nötig, daß die Provinzen sich zum Heimatschutz organisieren, wie das in Ostpreußen am weitesten vorgeschritten und in Schlesien im Gange ist.«

Auch in der »Kreuzzeitung« sprach ich – allerdings in einem anderen Sinne – aus, daß die Verhinderung der Auslieferung zu einem Wendepunkt des deutschen Geschickes werden könne, »von dem an deutsches Ehr- und Selbstgefühl wieder Tat und Wahrheit zu werden beginnt« und bei den Feinden Eindruck machen könne. Wie im Mai und Juni 1919 fügte ich hinzu, daß die Weigerung nur Bestand haben werde, wenn wir uns von vornherein der damit verbundenen Gefahr neuer feindlicher Gewaltmaßnahmen, die ich im einzelnen schilderte, bewußt, aber auch entschlossen seien, sie um der Ehre willen zu bestehen.

In einer amtlichen Parteikundgebung, an der ich mitgewirkt habe, gab auch die DNVP die Parole aus³⁰:

»Das deutsche Volk steht somit erneut vor einer Entscheidung von unübersehbarer Tragweite; gibt es die auf der Auslieferungsliste Stehenden dem Rachebedürfnis der Gegner preis, so wird es für alle Zeit die Verachtung der ganzen Welt auf sich laden. [...] Weder die Deutschnationale Volkspartei als solche noch irgendeiner ihrer Anhänger im Lande dürfen die Hand zur Verwirklichung des Auslieferungsverlangens bieten. An wen immer die Möglichkeit herantritt, einen durch die Auslieferung bedrohten Volksgenossen zu schützen, der hat demgemäß zu handeln, mögen die Folgen für die eigene Person sein, welche sie wollen.«

Dem Entschluß zu äußerstem Widerstand gegen die Auslieferungsschmach und dessen Erfolge mußte jeder Schritt von deutscher Seite abträglich sein, bei dem die Verleumdungen der Auslieferungsliste als Anklagen und die nur dem Haß und Vernichtungswillen dienende Anforderung vor die feindlichen Militärgerichte als Rechtsverfahren ernst genommen wurde. Als daher von sozialdemokratischer und demokratischer Seite den angeforderten Offizieren der Gedanke nahegelegt wurde, sich selbst zu stellen, nahm ich Anlaß, dem entschieden entgegenzutreten.³¹

»Auch dieser Auffassung muß ich ganz entschieden widersprechen, wie es ähnlich übrigens die »Deutsche Tageszeitung« (3. Januar, Nr. 4) und die »Deutsche Zeitung« (2. Januar, Nr. 3) tun. Graf Montgelas selbst sagt, die Geschichte aller Zeiten kenne ähnliches Unrecht nicht, und es mehrten sich die Stimmen im neutralen Ausland, ja selbst in Amerika und England, die das anerkennen. In Wahrheit kann niemand daran zweifeln, daß diejenigen, deren Auslieferung jetzt gefordert werden wird, nicht vor ein Gericht gestellt werden, sondern vor eine Kommission, deren Aufgabe von

³⁰ Korrespondenz der DNVP Nr. 30 vom 5. 2. 1920.

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 6 vom 4. 1. 1920, IP; ferner STOSCH, S. 84.

vornherein dahin festgelegt ist, ihre Opfer persönlich und moralisch zu vernichten und in ihnen das deutsche Volk tödlich zu treffen. [...]

Vorschriften für das Verhalten der Auszuliefernden wage ich daraus nicht abzuleiten. Sollten unter denjenigen, deren Auslieferung gefordert werden wird, Männer sein, die wie Graf Montgas sagt, »in Kriegspsychose befangen«, wirklich strafbar gefehlt haben, so kann auch von ihnen nur gefordert werden, daß sie sich einem wirklichen Gericht stellen und dem deutschen Strafrichter ihre auch im vaterländischen Interesse liegende Verfolgung erleichtern. [...] Ich würde auch demjenigen, der sich selbst ausliefern zu müssen glaubt, nicht einen Vorwurf zu machen wagen; nur möchte ich darüber keinen Zweifel lassen, daß ich es für einen schweren Irrtum halten würde, wenn jemand glauben sollte, durch die eigene Auslieferung dem Vaterlande zu nützen. Im vaterländischen Interesse ist der Protest gegen das verbrecherische Unrecht der Feinde geboten.«

Bei den Beteiligten selbst war die Meinung, wie mir auch in mancher Unterredung entgegnetrat, zunächst schwankend und geteilt. Das Verlangen, die eigene Person noch einmal zu vaterländischem Opfer einzusetzen, wurde dadurch bestärkt, daß die Sozialdemokratie die Auslieferungsforderung mit der Zurückhaltung der deutschen Gefangenen in einen Zusammenhang brachte, dessen Vorhandensein ich bestritt.³²

»In seiner letzten Note hat der Rat der Alliierten ausdrücklich anerkannt, daß er nach dem Vertrage verpflichtet ist, die Gefangenen unmittelbar nach der Ratifikation frei zu lassen, sobald in Deutschland keine fremden Gefangenen mehr vorhanden sind. Wenn in einer früheren Note Clemenceaus angedeutet war, daß die Freilassung der Gefangenen von der Erfüllung der Auslieferungspflicht abhängig gemacht werden solle, so hat man diesen Gedanken also ausdrücklich fallen gelassen.«

Der Absicht, sich selbst zu stellen, glaubte ich in vorsichtiger, der Entscheidung in dieser höchst persönlichen Frage nicht vorgreifenden Form, aber mit sachlicher Entschiedenheit um so mehr entgegnetreten zu müssen, als einzelne sehr maßgebende Persönlichkeiten sie zu erkennen gaben. So hatte sich Kronprinz Rupprecht von Bayern, wie er am 25. Februar 1920 den zur Beratung der Auslieferungsfrage versammelten Generalen mitteilte³³, am 9. Dezember 1919 erboten, sich den Feinden zu stellen,

»nicht in Anerkennung eines den alliierten Mächten zustehenden Rechtes, sondern in der Absicht, meinerseits alles zu tun, um die Heimkehr unserer gefangenen Kameraden nicht zu verzögern und jeden Vorwand für deren Zurückhaltung zu beseitigen.«

Das Anerbieten war nicht angenommen, sein Name vielmehr auf die Liste gesetzt worden. Obwohl auch der deutsche Kronprinz, ebenso wie die Söhne des Kaisers Prinz Eitel Friedrich und Oskar, auf der Liste stand, bot er sich von Wieringen aus am 9. Februar 1920 den feindlichen Staatsoberhäuptern zur Aburteilung an. Er wolle als ehemaliger Thronfolger seines geliebten Vaterlandes an die Stelle seiner Landsleute treten. »Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen ein Opfer brauchen, so sollen sie mich nehmen anstelle der 900 Deutschen, die kein anderes Verbrechen verübt haben, als daß sie ihrem Vaterlande im Kriege dienten.«³⁴ Der Kaiser untersagte ihm ausdrücklich die freiwillige Gestellung, und die alliierten Regierungen beschlossen nach der Auslandspresse, ihm nicht zu antworten.

Im allgemeinen aber wurde der Gedanke der freiwilligen Gestellung abgelehnt. Eine Versammlung zahlreicher Vertreter des Heeres und der Marine faßte am 7. Januar

³² Kreuz-Ztg., wie Anm. 31.

³³ SCHULTHESS 1920/I, S. 26 f.

³⁴ Ebd., S. 20 f.; STOSCH, S. 98.

1920 einen mit den Unterschriften v. Heeringen, v. Kluck, v. Boehn, v. Eberhardt, v. Falkenhayn veröffentlichten Beschluß, in dem es heißt³⁵,

»daß es nicht gegen die Ehre eines Offiziers gehe, sich dem Zugriff der deutschen Regierung oder der Entente zu entziehen, und daß ein Deutscher sich keinesfalls freiwillig stellen dürfe, da dies eine Anerkennung der feindlichen Gerichte bedeuten würde; ebenso sei eine persönliche Verteidigung vor feindlichem Gericht zu unterlassen.«

Der »Kreuzzeitung« übersandte der Generalleutnant v. La Chevallerie folgende Erklärung:

»Auf der Auslieferungsliste stehe auch ich. Die Regierung lehnt heute ab; mit ihrem Umfallen ist in kürzester Zeit zu rechnen, denn die Worte ›Unerfüllbar, ›Verdorrende Hand‹ sind in unserem Gedächtnis, ebenso wie die Taten, die diesen Worten folgten. Freiwillig stelle ich mich nicht, erkläre jedem Menschen, der mich mit Gewalt zwingen wollte, für einen Schuft, und würde in diesem Falle von meinem Revolver Gebrauch machen, aber nicht etwa, um mir selbst das Leben zu nehmen.«

Der Angriff auf die Regierung ließ die Veröffentlichung in dem Augenblick, in dem es sich darum handelte, eine einheitliche Ablehnung herbeizuführen, taktisch vielleicht nicht ganz bequem erscheinen. Trotzdem stimmte ich ohne Zaudern dem Abdruck der Erklärung zu, weil sie in ihrer kraftvollen Entschlossenheit nationaler Stimmung entsprach und förderlich sein mußte, außerdem aber die Zwangslage, in der die Regierung sich befand, wirkungsvoll zum Ausdruck brachte. Der von mir erwartete Angriff erfolgte im »Vorwärts« in so gehässiger Form, daß der verantwortliche Redakteur auf Privatklage des Generals verurteilt wurde. Am 15. Oktober 1923 beschloß das Reichsgericht, das Verfahren gegen v. La Chevallerie auf Kosten der Reichskasse einzustellen, weil die in der französischen Auslieferungsliste erhobenen Beschuldigungen in keiner Beziehung zutreffend seien.

In der Erörterung spielte ferner der Gedanke eine viel zu große Rolle, daß, soweit deutsche Kriegsverbrecher vorhanden seien, sie unnachsichtlich bestraft werden müßten. Die Forderung war nach deutscher Rechtsanschauung und Gerichtspraxis einfach selbstverständlich. Wenn sie in der gegenwärtigen Lage immer wieder erhoben wurde, so bedeutete das an sich schon ein Eingeständnis, daß die deutsche Gerichtsbarkeit versagt habe, und weil es aus Anlaß der Auslieferungsliste geschah, das Anerkenntnis der objektiven Berechtigung der uns zugemuteten Schmach. Mir schien es nötig, dieser falsch verstandenen Objektivität entgegenzutreten.³⁶

»Die Neigung des Deutschen zu scheinbarer Objektivität, die in Wahrheit Schwäche ist, verhindert noch so manchen, zu erkennen, daß die Feinde jedes Recht verwirkt haben, Anklagen gegen die deutsche Kriegsführung zu erheben. [...] Wäre diese Erkenntnis überall lebendig, so würde man mehr, als es geschieht, gerade jetzt darauf verzichten, den selbstverständlichen Gedanken auszusprechen, daß etwa vorhandene wirkliche Verbrecher vor deutschem Gericht zur Bestrafung gebracht werden müssen. [...] Weil die Auslieferungsliste offensichtlich nur nach den Gesichtspunkten des Hasses und des politischen Vernichtungswillens der Feinde und nicht nach denjenigen der Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit aufgestellt ist, kann sie nicht als Unterlage des Einschreitens deutscher Gerichte anerkannt werden.«

Der alte militärische Ehrbegriff, der forderte, daß auch der grundlos Verleumdete alles zu tun habe, um sich von der Beschuldigung zu reinigen, führte aber dahin, daß

³⁵ Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 1; Wortlaut in Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 73 vom 9. 2. 1920.

³⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, 1P; STOSCH, S. 96.

die in der Liste beschuldigten Offiziere es nicht über sich brachten, die Auslieferungsliste als eine reine Verleumdung zu behandeln, die zu niedrig stand, um sie zu berühren. Die rein ablehnende Stellungnahme der Generäle vom 7. Januar 1920, die vor Bekanntwerden der Liste beschlossen worden war, befriedigte nicht allgemein. Aus solchen Erwägungen entstand der Entschluß einer ausdrücklichen Zustimmung zu dem Plane der Regierung, die Anschuldigungen der Liste zum Gegenstande eines besonderen deutschen Gerichtsverfahrens zu machen. Ich hielt auch diesen Plan politisch für unerwünscht und zu weitgehend, konnte aber der Ehrauffassung der bewährten Heerführer, die ihn veranlaßte, keinen Widerspruch entgegensetzen. In mehrfachen Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Offiziersbundes v. Hutier, der meine Stellungnahme und Mitwirkung wünschte, suchte ich so viel zu erreichen, daß die ausdrückliche Unterstellung unter ein auf die Liste gestütztes Strafverfahren nicht erfolge, ohne daß das Vorgehen der Feinde geißelt und die Unabhängigkeit des Gerichtes und Verfahrens von dem Druck des Auslandes gefordert und soweit als möglich gesichert würde. Zu diesem Zweck bat ich den Reichsgerichtspräsidenten Delbrück durch Brief vom 17. Februar 1920 um eine Unterredung.

»Die neueste Wendung in der Auslieferungsfrage scheint, wenn die bisherigen Nachrichten über den Inhalt der Antwort auf die Note vom 25. Januar richtig sind, zu einer Gestaltung der Dinge zu führen, bei denen die Frage, ob die beteiligten Kreise die Ausführung der Ententeforderung ablehnen müssen und können, einer erneuten Prüfung bedarf. Dabei kann, wie ich die Dinge auffasse, auch eines der wenigen wertvollen Kleinodien deutscher Ehre, die richterliche Unabhängigkeit und die unpolitische Selbständigkeit des Reichsgerichts ernstlich gefährdet erscheinen. Meine Bitte geht nun dahin, mit Eurer Excellenz die Sachlage persönlich und ganz unverbindlich durchsprechen zu dürfen, um dabei auch Ihren Rat für die Richtung zu erbitten, in der ich die Gelegenheit habe, auf die Haltung eines wichtigen und großen Kreises der Beteiligten einzuwirken.«

Er nahm v. Hutier und mich am 23. (oder 24.) Februar sehr freundlich in seinem Hause auf, und wir besprachen eingehend meine bereits in der »Kreuzzeitung« dargelegten Einwände gegen den Notenwechsel vom 25. Januar und 13. Februar³⁷ und seine Folgen für die Gesetzgebung sowie die Gesichtspunkte für das Verhalten der auf der Liste stehenden militärischen Führer. Auf dieser Grundlage beteiligte mich v. Hutier an dem Entwurf der neu zu fassenden Erklärung der Generäle, in den der von mir angeregte und ausführlicher begründete Protest gegen die Entente-Note vom 13. Februar aufgenommen wurde. v. Hutier teilte mir auf Betreiben v. Falkenhayns mit, von einer kleinen Gruppe sei unser Entwurf abgeschwächt worden, er sei nur noch ein Torso und bringe das von uns Gewünschte nicht zum Ausdruck. Trotzdem konnte ich in der »Kreuzzeitung« auf dieses Urteil der Generäle besonders hinweisen.³⁸ Ihr Beschluß³⁹, der am 25. Februar mit den Unterschriften v. Boehn, d'Elsa, v. Falkenhayn, v. Heeringen, v. Haenisch, v. Hammer, v. Hutier, v. Ingenohl, v. Kluck, Kosch, v. Lochow, Ludendorff, Freiherr v. Manteuffel, v. Quast, Reitzenstein, Scheer, Schröder, v. Tirpitz, Wichura, v. Winckler, v. Zwell veröfentlicht wurde, brachte erneut den Entschluß zum Ausdruck, sich fremdem Gericht – auch dem in der Note vom 13. Februar vorbehaltenen – nicht zu stellen, fügte aber hinzu, zu dem deutschen Richter hätten die Beteiligten das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen werde.

³⁷ Zum Notenwechsel vom 25. 1. und 13. 2. vgl. SCHULTHESS 1920/II, S. 311 f., 320 f.

³⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

³⁹ Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 26; STOSCH, S. 102.

»Einem Verfahren, das diesen Grundsätzen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir wissen, was der Feind uns vorwirft, daß es unverzüglich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeführt wird. Wir erklären, daß wir für alle unseren Untergebenen erteilten Befehle die volle Verantwortung tragen und übernehmen.

Wir sind uns bewußt, daß die Antwortnote der Entente vom 13. 2. 1920 einen neuen Angriff gegen das deutsche Volk und seine Souveränität darstellt. Die ehrenrührige Forderung der Auslieferung Deutscher der fremden Rache wird dem Grundsatz nach von den verbündeten Mächten keineswegs aufgegeben, sondern dadurch bekräftigt, daß die Entente als höchste Instanz sich vorbehält, gemäß des Artikels 228 des Friedensvertrages jeden einzelnen Fall vor ihre eigene Gerichtsbarkeit zu bringen. Wir dagegen erklären ausdrücklich, daß wir nur rein deutsches Recht und als höchste Instanz das Reichsgericht in Leipzig anerkennen.«

Namens der Regierung sprach Schiffer in der Nationalversammlung dem deutschen Volk den Dank dafür aus, daß es ihr Gelegenheit gegeben habe, der Entente gegenüber von einer objektiven Unmöglichkeit der Auslieferung zu sprechen.⁴⁰ Wie weit die Regierung durchweg, auch in ihrem sozialdemokratischen Teil, diesen Dank ehrlich empfand oder gar an der Organisation des Volkswiderstandes beteiligt gewesen war, konnte zweifelhaft sein. Den Eindruck einer aufrechten und starken Staatsgewalt machte es jedenfalls nicht, daß sie sich zu einer Vertragspflicht bekannte, an deren Erfüllung sie sich willig verhindern ließ.

Ein vollständiges Versagen der Regierung, das wir ihr zu schwerem Vorwurf machten, bedeutete es, daß sie es, gehemmt nicht nur durch ihre Unterschrift, sondern auch durch die Scheu davor, den Feind zu reizen, an der Gegenpropaganda fehlen ließ, zu der ihr eine Fülle von Material zur Verfügung stand. Zum Zweck der Verteidigung verlangte ich von der Regierung die Bekanntgabe der Akten, aus denen hervorging, daß die deutsche Gerichtsbarkeit, einschließlich der Militärgerichte und ihrer Gerichtsherren schon bisher ihre Pflicht getan hatten; auch tadelte ich die Art, wie sie die Liste bekanntgeben ließ.⁴¹

»Es läßt sich kaum ein Verfahren denken, das geeigneter wäre, die Zwecke zu unterstützen, die mit der feindlichen Propaganda im Inlande und Auslande verfolgt werden. Nicht einmal die Beteiligten haben irgendeine Gelegenheit, zu den sie beschimpfenden und entehrenden Behauptungen der Feinde sofort Stellung zu nehmen. Die Regierung aber unterläßt es gleichfalls, etwas gegen die Wirkung dieser Anschuldigungen zu tun. Dabei steht ihr das Material dafür in reicher Fülle zur Verfügung. Es ist bekannt, daß sich bei der Regierung eine große Anzahl von Akten befindet, in denen Behauptungen über deutsches Vergehen und Verbrechen, die durch die feindliche Propaganda schon früher verbreitet worden sind, zum Gegenstande eingehender Untersuchungen gemacht worden sind, und es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der in der Liste enthaltenen Anschuldigungen sich auf solche schon früher behandelten Fälle bezieht.«

Außerdem aber handelte es sich um die Gegenliste der von feindlichen Personen begangenen Verfehlungen. Erst in der Darstellung, die v. Stosch 1924 veröffentlicht hat, finden sich die näheren Angaben⁴² über die überaus umfangreichen und systematischen Erhebungen, die das Kriegsministerium während der ganzen Kriegszeit über die Kriegsverbrechen der Feinde angestellt hatte. Die Nachrichten, die ich im Winter 1919/1920 hierüber hatte, waren unvollkommen und vertraulich, genügten mir aber als Unterlage für fortgesetzte Vorstöße. So nahm die »Kreuzzeitung«⁴³ eine Anfrage

⁴⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 4. 3. 1920, S. 4663.

⁴¹ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP.

⁴² STOSCH, S. 243 ff.

⁴³ Kreuz-Ztg. Nr. 135 vom 22. 3. 1921; STOSCH, S. 249.

v. Wrisbergs an die Regierung auf, warum »das während seiner Dienstzeit im Kriegsministerium bearbeitete und 1919 fertiggestellte, viele Bände umfassende Werk über feindliche Kriegsgreuel nicht amtlich veröffentlicht« worden sei. Schon vorher hatte ich die gleiche Forderung erhoben⁴⁴, und nach Veröffentlichung des Notenwechsels wiederholte ich den Vorwurf.⁴⁵

»Von seiten unserer Regierung ist bisher alles, aber auch alles unterlassen worden, was dazu dienen konnte, dem Verfahren den Charakter einseitiger Verurteilung Deutschlands zu nehmen. Wo bleibt die Gegenliste der feindlichen Kriegsverbrechen? Auf sie gehören in erster Linie die Urheber des größten völkerrechtswidrigen Verbrechens der Weltgeschichte, der Hungerblockade, der Hunderttausende deutscher Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind, und die Vollstrecker dieser Schandtat nicht weniger alle diejenigen, die alles deutsche Eigentum im Auslande vernichtet oder geraubt haben. Der Druck der Entente auf Verfolgung der von deutschen Kriegsteilnehmern etwa begangenen Straftaten auch vor deutschem Gericht ist und bleibt eine unerträgliche Schmach, solange nicht Deutschland in der Lage ist, die Verfolgung der gegen Deutschland begangenen Verbrechen zu fordern und durchzusetzen.«

In der Nationalversammlung erklärte Hermann Müller auf Drängen Kahls, daß das Material seit langer Zeit gesammelt sei, daß seine Verwendung aber praktisch zwecklos und eine darauf gestützte Propaganda wirkungslos sei, die Koalition der Feinde aber noch mehr zusammenschweißen würde. Ich kritisierte das scharf.⁴⁶

Eine aufgrund des Artikels von v. Wrisberg gestellte deutschnationale Anfrage wurde zwar am 3. Mai 1921 dahin beantwortet⁴⁷, daß das Material gesammelt und in einer zur Mitteilung an die Feinde bestimmten Liste zusammengestellt sei und daß voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die Hauptsachen daraus dem Feinde mitgeteilt und in weitem Umfange verbreitet werden sollten; die Zusage ist niemals erfüllt worden. Die Tausende von Akten über die Kriegsgreuel der Feinde und die daraus gefertigten Zusammenstellungen und Denkschriften ruhen also noch heute, wenn sie überhaupt noch vorhanden sind, ungenützt in den Archiven.⁴⁸ Mit Recht führt v. Stosch aus, daß die amtliche Veröffentlichung des Materials und seine Zustellung an die Feinde in ihrer Wirkung durch private Arbeiten, von denen er mehrere nennt⁴⁹, nicht ersetzt werden konnte. Eine dieser Veröffentlichungen war das Buch Otto v. Stülpnagels⁵⁰, in dem aufgrund der amtlichen Quellen jeder Kategorie der gegen Deutsche erhobenen Beschuldigungen in sorgfältig belegter Darstellung Handlungen der Feindmächte und ihrer Angehörigen gegenübergestellt sind, aus denen sich die freventliche Heuchelei der gegen Deutschland erhobenen Anklage ergibt. Ich habe mich mehrfach für die Verbreitung und Wirkung dieses Buches interessiert. Es wurden auch private Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Für einen vollen propagandistischen Erfolg konnten sie nicht ausreichen. Deshalb versuchte ich am 26. Januar 1921 im Haushaltsausschuß das Außenministerium für die Verbreitung zu interessieren, erhielt aber

⁴⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP, ferner Nr. 20 vom 23. 1. 1920, »Redebericht«; Nr. 45 vom 25. 1. 1920; Nr. 71 vom 8. 2. 1920, IP.

⁴⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 97 vom 22. 2. 1920, IP.

⁴⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920; Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 8. 3. 1920, S. 4697.

⁴⁷ STOSCH, S. 250.

⁴⁸ Vgl. hierzu SCHWENGLER, S. 302 f., Anm. 281.

⁴⁹ STOSCH, S. 252.

⁵⁰ Otto v. Stülpnagel: Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen. Zur Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht zu Leipzig. Die Anklage der Verbandsmächte widerlegt an ihren eigenen Taten, Berlin 1920.

die Antwort, daß die Regierung die Zeit für eine Kriegsschuldpropaganda nicht für gegeben erachte.⁵¹

Man wird vielleicht auch heute (1936) noch in dem Bemühen, die alte Kriegsfeindschaft zu begraben, geneigt sein, die Kriegsgreuel unserer Feinde dem Meer der Vergessenheit, in das sie versunken sind, nicht wieder zu entreißen. Ich kann das nicht als berechtigt ansehen. Ebenso wie die Kriegsschuldlüge ist auch die Kriegsgreuellüge noch nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden. Es ist nicht nur eine Pflicht der geschichtlichen Wahrheit und der deutschen Ehre, sondern auch eine staatspolitische Notwendigkeit, das Märchen, als ob im Weltkrieg nur die Bevölkerung unserer Feinde infolge sonst unerhörter Barbarei der Deutschen gelitten habe, vollends aus der Welt zu schaffen. Jeder Rest der Wirkung dieses Märchens ist geeignet, die Erkenntnisse dessen zu hindern, was ein Krieg bedeutet und was geschehen muß, um ihn, wenn er unvermeidlich ist, zu bestehen. Ich würde deshalb noch heute die volle Veröffentlichung des deutschen Kriegsgreuel-Archivs für angebracht halten.

Anstatt den Volkswiderstand durch eine kraftvolle Gegenpropaganda zu beleben und wirksam zu machen, glaubte die Regierung Bauer ihn durch Entgegenkommen zum Erfolge führen zu können; sie sagte zu, die verleumderischen feindlichen Anklagen in jedem einzelnen Falle zum Gegenstande eines besonders gestalteten strafrechtlichen Verfahrens vor deutschem Gericht zu machen. Schon vor der Ratifikation tat sie den ersten Schritt durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919.⁵² Obwohl es einstimmig angenommen worden war, die deutschnationale Fraktion ihm also zugestimmt hatte, hielt ich mit meiner Kritik nicht zurück. Das Reichsgericht, das bisher Sondergericht für bestimmte Tatbestände des Hochverrats und Landesverrats war, wurde zum Ausnahmegericht für alle Personen bestellt, die »während des Krieges im Inlande oder Auslande Verbrechen oder Vergehen gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen« hatten. Das widersprach der Verfassung, nach welcher Ausnahmegerichte unstatthaft waren und niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden durfte. Ferner wurden Ausländer als Nebenkläger zugelassen und Reichsanwalt und Reichsgericht in ihrer Freiheit des Ermessens, ob die tatsächlichen Unterlagen zur Eröffnung des Verfahrens ausreichten, wesentlich beschränkt.

Durch Note vom 25. Januar 1920⁵³, also gleichfalls, bevor Art und Umfang der Auslieferungsliste ihr bekannt war, machte die Regierung noch viel weiter gehende Zusagen, bei deren Erfüllung die Feinde auf die Auslieferung verzichten sollten. Obwohl die Übergabe der Auslieferungsliste am 7. Februar als Ablehnung dieses Kompromisses wirkte, ordnete der Justizminister Schiffer am 9. an, daß in jedem möglichen Falle die Untersuchung aufgrund der Liste eingeleitet werden sollte. Erst die Feindnote vom 13. Februar enthielt ein praktisches Entgegenkommen, das zum Erlaß des Gesetzes vom 24. März 1920 führte.⁵⁴ Als bald nach Bekanntwerden der feindlichen Antwort am 17. Februar⁵⁵ lehnte ich die deutschen Zusagen und das Ergebnis des Notenwechsels als Verstoß gegen die Würde und Unabhängigkeit des Reiches und als unzu-

⁵¹ STOSCH, S. 248; Kreuz-Ztg. Nr. 25 vom 16. 1. 1921.

⁵² RGBl. 1919, S. 2125; Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 340, Nr. 1791 (Entwurf), Bd. 331 vom 13. 12. 1919 (Annahme), S. 4098; Kreuz-Ztg. Nr. 93 vom 20. 2. 1920, »Die Rechtslage nach den Auslieferungsnoten«.

⁵³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 341, Nr. 2161.

⁵⁴ Ebd.; Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 4. 3. 1920, S. 4659 ff.; vom 9. 3. 1920, S. 4694 ff.; RGBl. 1920, S. 341.

⁵⁵ SCHULTHESS 1920/II, S. 320 f.

länglich ab⁵⁶, und die eingehende juristische und politische Würdigung, die ich den Einzelheiten widmete, bildeten dann die Grundlage auch meiner Kritik an dem Gesetz, das gegen die Stimmen allein der deutschnationalen Fraktion angenommen wurde.⁵⁷

Die Zusage, gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die Feinde verlangten, ein Strafverfahren anzuordnen und alle dem entgegenstehenden deutschen Gesetze aufzuheben, schloß das freie Ermessen der Strafverfolgungsbehörden darüber aus, ob der Angeschuldigte der Straftat »hinreichend verdächtig« sei, um das Hauptverfahren zu eröffnen, und setzte an dessen Stelle die verleumderische Anklage der Feinde. Deshalb wurde auch das Verfahren der Strafprozeßordnung in sein Gegenteil umgekehrt. Der Reichsanwalt bedurfte bei der von der Entente angeordneten Strafverfolgung nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens, sondern zur Einstellung der Untersuchung eines Beschlusses des Strafsenates des Reichsgerichtes. Dieser Eingriff in die Unabhängigkeit unserer obersten Strafbehörden erschien mir, selbst wenn die Praxis ihn abmildern konnte, besonders bedeutsam, weil durch ihn das formale und materielle Anklagerecht der Feinde anerkannt wurde. Dazu kam, worauf DNVP und DVP in der Nationalversammlung noch mehr Gewicht legten⁵⁸, die im Notenwechsel zugesagte und in § 2 des Gesetzes vom 24. März 1920 zur Tat gewordene Ausschaltung der deutschen Amnestie, und besonders der bereits durchgeführten deutschen Strafverfahren.⁵⁹

»Jeder Schutz des Angeklagten gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens wird aufgehoben. Wer früher freigesprochen ist oder gegen wen ein Ermittlungsverfahren mit negativem Erfolge erledigt ist, wer bereits verurteilt ist und deshalb nach bisherigem Recht nicht wegen derselben Tat noch einmal verfolgt werden durfte, sie alle werden jetzt auf Befehl der Entente noch einmal der Strafverfolgung ausgesetzt. Auch die Amnestien der ersten Revolutionstage werden aufgehoben. Begrifflich ist das überhaupt nicht möglich, da die Amnestie den Strafanspruch des Staates endgültig aus der Welt schafft. Auf Befehl der Entente ist aber alles möglich. Amnestiert bleibt, wer sich Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis zugezogen hat, auch der Fahnenflüchtige; verfolgt wird trotz der Amnestie einzig und allein, wer auf der Liste der Feinde steht.«

Dabei war die Sach- und Rechtslage durch den Inhalt und den Ton der Note vom 13. Februar noch wesentlich verschlechtert worden. Die Feinde hatten jeden grundsätzlichen Verzicht auf die Auslieferung ausdrücklich abgelehnt und den Vorbehalt, darauf zurückzukommen, von Bedingungen abhängig gemacht, die ich als ein besonders schweres Attentat gegen die Unabhängigkeit und die Würde des Reichsgerichtes bezeichnete.⁶⁰

»Das Reichsgericht wird also durch völkerrechtliche Abkommen mit der Verantwortung dafür belastet, ob die Entente auf ihre Auslieferungsforderungen zurückkommen und die angedrohten Zwangsmittel zu deren Durchführung anwenden wird. Das ist ein politischer Druck auf den obersten Gerichtshof, der um so unerhörter ist, weil die feindlichen Mächte gleichzeitig die Einsetzung einer besonderen interalliierten Kommission ankündigen, deren Aufgabe es sein soll, durch eigene Erhebungen und deren Veröffentlichung das Reichsgericht zu kontrollieren und zu beeinflussen. Spitzt sich, wie es bestimmt zu erwarten ist, hiernach die Lage in einer ganzen Reihe einzelner Fälle zu scharfen Gegensätzen zu, so wird unter der jetzigen Mehrheit, so bedauerlich es

⁵⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 93 und 94 vom 20. 2. 1920; Nr. 97 vom 22. 2. 1920, Nr. 110 vom 29. 2. 1920, IP.

⁵⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 4. 3. 1920, »Die Änderung des deutschen Rechtes in der Auslieferungsfrage«; Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

⁵⁸ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 2. Lesung vom 4. 3. 1920, S. 4669–4673, 3. Lesung vom 5. 3. 1920, S. 4694–4702.

⁵⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 4. 3. 1920.

⁶⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 97 vom 22. 2. 1920, IP.

ist, das aussprechen zu müssen, ein innerpolitischer Druck auf das Reichsgericht, der zu äußerem Druck hinzutritt, nicht ausbleiben. Denn schon erheben auch im Innern die Feinde des alten Systems und des alten Heeres ihr Haupt. [...]»⁶¹

Es gehört ein großes Maß unerschütterlichen Vertrauens zu dem stolzen Unabhängigkeitsbewußtsein und zu dem unbeirrbareren Pflichtgefühl deutscher Richter dazu, um das so in Aussicht stehende Verfahren überhaupt für denkbar zu halten. Zu dem Reichsgericht und der Reichsanwaltschaft kann man dieses Vertrauen haben. Der Regierung, in der nach wie vor die Sozialdemokratie führend ist, muß man auch in dieser Frage mit mißtrauischer Besorgnis gegenüberstehen.«

Als dann Kahl in der Nationalversammlung erklärte⁶², seine Fraktion habe dem Gesetzentwurf nur zustimmen können, weil er die durch die Note vom 25. Januar 1920 zugesagte zweite Instanz nicht enthalte, wies ich darauf hin, daß der Vorbehalt, jede vom Reichsgericht entschiedene Sache vor die feindlichen Militärgerichte zu bringen, diese zur zweiten Instanz mache.⁶³

Indessen war so viel erreicht worden, daß die Feindmächte praktisch und zur Zeit auf die Auslieferungsforderung verzichteten. Die Regierungsmehrheit verfehlte nicht, das als einen großen Erfolg der Regierungstaktik zu preisen. Man beschuldigte uns, daß wir ihr Verfahren nur aus agitatorischen Rücksichten angriffen. Dabei berief man sich auf ein in die Hände der Gegner gefallenes Rundschreiben der deutschnationalen Hauptgeschäftsstelle, das die Aufforderung enthielt, den Friedensschluß parteipolitisch auszuwerten.⁶⁴ Wenn es wirklich so ergangen ist, war es ungeschickt gefaßt. Dabei sei ohne weiteres zugegeben, daß es der damaligen Lage des Parteikampfes, in der wir alles daran setzten, Neuwahlen und Regierungswechsel zu erzwingen, entsprach, der Regierung auch in dieser wichtigen Frage jeden Erfolg abzustreiten. Unendlich wichtiger aber war mir die staatspolitische Notwendigkeit des Nachweises, daß der Erfolg auch in diesem Falle nur durch unbeugsames nationales Wollen hatte erzielt werden können, daß dagegen die durch die Unterschrift unter das Diktat erzwungene zweideutige Haltung der Regierung und ihrer Mehrheit ihn nicht gefördert, vielmehr zu einem für Deutschland in hohem Maße unbefriedigenden Ergebnis geführt hatte.⁶⁵

»Es war ein sehr ungenauer Ausdruck, wenn das, was hier vorlag, von der Regierung gelegentlich eine »physische Unmöglichkeit« genannt worden ist. Ein physikalisches Gesetz hindert die Auslieferung nicht, sondern der feste, unbeugsame und dabei von der Zustimmung des Volkes getragene Wille bestimmter Kreise, die Auslieferung unter keinen Umständen auszuführen oder zuzulassen.«

Als man in der Nationalversammlung sich bemühte, den erzielten Erfolg auf die Regierungstaktik kluger Nachgiebigkeit zurückzuführen, trat auch Düringer für die deutschnationale Fraktion dieser Auffassung entgegen, und in der »Kreuzzeitung« wendete ich mich gegen Kahl, der die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu dem Gesetz damit begründet hatte, sie habe sich die Lage vergegenwärtigt, die unvermeidlich hätte eintreten müssen, wenn nicht eine Vereinbarung über die inländische Aburteilung der Kriegsverbrechen zustande gekommen wäre.⁶⁶

⁶¹ Westarp kritisiert hier, daß der »Vorwärts« aus der »Sozialistischen Korrespondenz« einen offenen Brief mit der Aufforderung veröffentlicht hatte, deutsche Kriegsverbrechen anzuzeigen.

⁶² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 5. 3. 1920, S. 4698.

⁶³ Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

⁶⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 5. 3. 1920, S. 4701.

⁶⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 97 vom 22. 2. 1920, IP.

⁶⁶ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 332 vom 5. 3. 1920 (Düringer), S. 4694, (Kahl), S. 4697; Kreuz-Ztg. Nr. 123 vom 7. 3. 1920, IP.

»Ich kann nicht zugeben, daß die Vereinbarungen, die unsere Regierung in ihrer unbedingten Nachgiebigkeit zugestanden hat, die Lage wirklich verbessert haben. [...] Die Unmöglichkeit, die allein für den Entschluß der Feinde maßgebend gewesen ist, hätte fortbestanden, auch wenn keine Vereinbarungen über das deutsche Rechtsverfahren zustande gekommen wären, und wird fortbestehen, wenn die Entente gemäß dem Vorbehalt, der auch einen Gegenstand dieser Vereinbarungen bildet, auf ihre Auslieferungsforderung zurückkommt. Allein auf diesen Entschluß zu nationaler Tat und seine Durchführung kommt es an. Die geflissentliche Würdelosigkeit, mit der die Regierung feindlichen Forderungen nicht nur nach-, sondern vielfach sogar zuvorgekommen ist, mußte ihn [den Feind] dagegen nur in der grundsätzlichen Aufrechterhaltung seines schmachvollen Ansinnens bestärken.«

Ähnliche Auseinandersetzungen haben in dem folgenden Jahrzehnt noch oft stattgefunden, wenn eine wirkliche oder vermeintliche Lockerung des Versailler Diktates und der Gewaltpolitik der Feinde erzielt worden war und wenn dann Streit über den Anteil an dem Verdienst für diesen Erfolg entstand, der auf die Erfüllungspolitik der Regierung oder auf den nationalen Willen entfalle, den vaterländische Kreise ohne oder auch gegen die Regierung und ihre Parteien betätigt hatten.⁶⁷

Unsere Einwände gegen die den Feindmächten zugestandene Regelung bestätigten sich im Laufe der nächsten Jahre vollkommen. Das Reichsgericht kam zu sechs Strafurteilen.⁶⁸ Scharfe Kritik juristischen, außen- und militärpolitischen Inhaltes erhob sich in Deutschland gegen das Verfahren, in dem zwei U-Boot-Offiziere Dithmar und Boldt⁶⁹ zu schweren Strafen verurteilt wurden. Gegenstand der Anklage waren Handlungen, die sie in Ausführung von Befehlen ihres Kommandanten bei Versenkung eines englischen Truppentransportschiffes, das als Lazarettsschiff verwendet worden war, begangen haben sollten. Die Kritik richtete sich in Offizierkreisen und bei der deutschnationalen Fraktion gegen die Behandlung des in Ketten nach Leipzig transportierten Oberleutnants z. S. Boldt und gegen die Feststellung des Tatbestandes. Grundsätzlich noch bedeutungsvoller war, daß das Urteil unmögliche Grundsätze über die Pflicht und das Recht des Untergebenen aufstellte, im Kampf die Befehle auf ihre Gesetzmäßigkeit nachzuprüfen. Politisch bedauerlich war der Auftrieb, den die feindliche Verdammung des deutschen U-Boot-Handelskrieges durch diese Bestrafung erfahren mußte. v. Tirpitz wies auf die Praxis der Engländer hin, die ihre Offiziere unter allen Umständen deckten, und ich konnte bei aller Geneigtheit, die Unabhängigkeit des Reichsgerichtes anzuerkennen, der Aufnahme eines Artikels in der »Kreuzzeitung« nicht widersprechen, in dem ausgeführt wurde, die Richter in Leipzig seien wegen des politischen Druckes, dem das Gericht durch die den Feindmächten gemachten Zugeständnisse ausgesetzt sei, als befangen abzulehnen. Die gewaltsame Befreiung der beiden U-Boot-Offiziere, die ihnen die Flucht ins Ausland ermöglichte, erregte allgemeine Befriedigung, der auch ich mich trotz des Schadens, den die Staatsautorität dadurch erlitt, nicht verschließen konnte.

Im Dezember 1922 und Januar 1923 wurde eine Liste von 119 Persönlichkeiten – Beamten, Offizieren, Mannschaften aller Dienstgrade – veröffentlicht, gegen die das Verfahren nach überaus sorgfältigen Ermittlungen eingestellt worden war.⁷⁰ In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle war das durch nichtöffentlichen Beschluß geschehen, und die propagandistische Wirkung der zahlreichen Freistellungen blieb aus, weil

⁶⁷ WESTARP, Am Grabe der Parteiherrschaft, S. 20 u. 60.

⁶⁸ STOSCH, S. 127–178, 209.

⁶⁹ Ebd. S. 259 ff.

⁷⁰ Ebd., S. 233 ff.

die Regierung, wohl um die Feinde nicht zu reizen, die Gründe der Einstellung nicht veröffentlichte. Wir bezeichneten diese Liste in der Presse als »Ehrentafel«, konnten uns aber nicht der Erkenntnis verschließen, daß der Anspruch der Verleumdeten und der Armee und Flotte auf Genugtuung durch die bloße Bekanntgabe der Namen nicht voll erfüllt werden konnte. Das Gesamtergebnis der Tätigkeit des Reichsgerichtes bis 1924 war, daß nach Ausscheidung von 27 Toten gegen 880 auf der Auslieferungsliste stehenden Deutsche ein Verfahren eingeleitet worden war, bei dem 125 Fälle durch Einstellung, 7 durch Freisprechung und 6 durch Verurteilung erledigt worden waren.⁷¹ Es fehlt nicht an Stimmen ausländischer, besonders englischer Zeugen des Verfahrens, die dessen Unparteilichkeit und Gründlichkeit ausdrücklich anerkannt haben.

Die den Feinden zugestandene gerichtliche Untersuchung ihrer Anschuldigungen wirkte nun aber auf diese nicht etwa beruhigend, sondern wurde von ihnen nur ausgenutzt, um die Kriegsgreuel-Propaganda und den Druck auf Deutschland zu verstärken. Die deutsche Regierung konnte ihnen nicht einmal das formelle Recht dazu absprechen, nachdem sie nur versucht hatte, die Vorbehalte der Feindnoten vom 13. Februar am 10. März zu widerlegen, ohne sie abzulehnen.⁷² Meine Voraussage der verhängnisvollen Folgen, die es haben müßte, wenn die in der Feindnote vom 13. Februar gemachten Vorbehalte hingenommen würden, ging, wie ich es oft in solchen Fällen erleben mußte, in Erfüllung. Trotz des am 10. März erhobenen Einspruchs dachten die Feindmächte gar nicht daran, eines Kriegsverbrechens beschuldigte Deutsche, die in den besetzten Gebieten in ihre Gewalt fielen, der deutschen Gerichtsbarkeit zu überlassen. Sie wurden noch Jahre hindurch in zahlreichen Fällen verhaftet und ebenso wie die solcher Straftaten beschuldigten Kriegsgefangenen von den feindlichen Militärgerichten gleichviel, ob sie auf der Liste standen oder nicht, zu schwersten Strafen verurteilt, die, soweit man ihrer und ihres Vermögens habhaft werden konnte, an ihnen vollstreckt worden sind.⁷³ Das Verfahren des Reichsgerichtes selbst aber wurde unter Führung Frankreichs zu einer fortgesetzten Kette von feindseligen Handlungen ausgenutzt. Ersuchen um die dringend erforderliche Vervollständigung der Angaben und Beschaffung von Beweismitteln blieben unerledigt, zum größten Teil unbeantwortet.⁷⁴ Gehässige Äußerungen ausländischer Minister und Abgeordneten folgten sich ununterbrochen. Noch im Sommer 1922 kam Poincaré in jeder seiner Sonntags-Haßpredigten auf die deutschen Kriegsverbrecher und ihre nicht erfolgte Bestrafung zurück. Unter den Verstößen Deutschlands, die als Grund für die am 7. März 1921 in London verhängten »Sanktionen« genannt wurden, befand sich die Nichtauslieferung und unter den Forderungen des Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921 die Aburteilung der Kriegsverbrecher. Namens der deutschnationalen Fraktion protestierte Hergt gegen die Annahme dieser Zumutung, wenn sie bedeuten solle, daß wir ohne genügende Beweise, die ja von den Gegnern nicht geliefert worden sind und nicht geliefert werden können, zur Aburteilung kommen sollten. Er redete einmütigem passivem Widerstand das Wort. »In der Auslieferungsfrage haben wir schon einmal mit einem solchen Widerstande Erfolg gehabt.« Das Ultimatum wurde angenommen, und die deutsche Note vom 11. Mai 1921⁷⁵ enthält die Zusage, »ohne Vorbehalt oder Verzug die Abur-

⁷¹ Ebd. S. 236; WEISS, Politisches Handwörterbuch, S. 428 f.

⁷² STOSCH, S. 108.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd. S. 115–117.

⁷⁵ SCHULTHESS 1921/II, S. 267.

teilung der Kriegsbeschuldigten durchzuführen«. Einzelne Freisprüche in Leipzig lösten neue erregte Kritiken und beleidigende Ministerreden in Frankreich aus. Die zur Teilnahme an den Verfahren übersandte französische Kommission verließ Leipzig mit Protest, nachdem schon der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozeß, in dem der General Stenger⁷⁶ freigesprochen wurde, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und die schwebenden beiden Prozesse ein ähnliches Ergebnis gehabt hatten.⁷⁷ Der neunte Prozeß Boldt – Dithmar stand also unmittelbar unter dem Eindruck dieser Angriffe, der Sanktionen und der Annahme des Londoner Ultimatums. England hielt sich bei den Angriffen auf das Reichsgericht mehr zurück als Frankreich und Belgien. Indessen wurden auf der Pariser Konferenz vom August 1921 ein internationaler Ausschuß zur Begutachtung der Leipziger Prozesse eingesetzt, der am 14. Januar 1922 zu dem einstimmigen Votum kam, das Verfahren des Reichsgerichtes habe in allen Fällen keine Genugtuung gegeben, deshalb sei es zweckmäßig, ihm keine weiteren Fälle zu unterbreiten, sondern auf die Auslieferungsforderung des Artikels 228 zurückzugreifen.⁷⁸ Poincaré, der am 15. Januar Ministerpräsident wurde, nahm die Forderung in seinen Reden auf. Wirth erklärte erneut, daß keine deutsche Regierung sich halten könne, die den Versuch machen sollte, die Auslieferung zwangsweise durchzuführen. Mir gab die Etatsrede der Fraktion Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.⁷⁹ Der Bericht verzeichnet dazu lärmende Zurufe und Gelächter der äußersten Linken. Von den anderen Parteien stimmten nur die Deutsche Volkspartei durch Dr. Becker der Ablehnung zu. Im Ernst wurde die Auslieferung nicht mehr gefordert.

Der Sommer 1922 brachte in Leipzig im zehnten Kriegsbeschuldigten-Prozeß eine neue wohlbegründete Freisprechung, und nach neuer Hetzrede Poincarés über »die Justizkomödie in Leipzig« ließ die französische Regierung auf der Londoner Konferenz vom 7. August 1922 erklären, da sie sich von der Fortsetzung der Prozesse in Leipzig nichts mehr verspreche, habe sie alle von Frankreich angestregten Fälle den Kriegsgewichten in Chalons sur Marne und Nancy überwiesen; dieses werde sich auch mit der Anklage gegen Kronprinz Rupprecht von Bayern beschäftigen.⁸⁰ Eine Note vom 29. August stellte ausführlich fest⁸¹, daß die deutsche Regierung die Zusage, sachliche und loyale Justiz zu üben, nicht gehalten habe. Deshalb würden die alliierten und assoziierten Regierungen von jetzt ab die deutsche Strafverfolgung der vor dem Leipziger Gerichtshof bisher nicht erschienenen Beschuldigten völlig außer Betracht lassen; sie nähmen alle Vertragsrechte wieder auf und behielten sich insbesondere vor, die Kriegsbeschuldigten selber, nötigenfalls im Abwesenheitsverfahren, zu verfolgen. Das Abwesenheitsverfahren, das vor und nach dieser Note in Frankreich durchgeführt worden ist, gehört zu den unerhörtesten Justizskandalen der Weltgeschichte. In Dutzenden von Fällen wurden deutsche Heerführer, Offiziere und Soldaten zum Tode, zu Zuchthaus- oder Zwangsarbeits-Strafen bis zu 20 Jahren Dauer verurteilt, ohne daß ihnen die Tatsache ihrer Anklage mitgeteilt worden war. Eine Verteidigung fand überhaupt nicht statt. So kam es, daß Personen verurteilt wurden, die gar nicht vorhanden oder längst verstorben waren. Zu den schlechten Witzen der Weltgeschichte gehört es, daß ausgerechnet Generaloberst v. Beseler, der humanste Gouverneur besetzten Ge-

⁷⁶ Karl Stenger, beschuldigt als Kommandeur der 58. Inf. Brigade.

⁷⁷ STOSCH, S. 117–127.

⁷⁸ Ebd. S. 201 ff.

⁷⁹ Sten. Ber. RT. Bd. 345 vom 23. 10. 1920, S. 825 ff.

⁸⁰ STOSCH, S. 212 ff.

⁸¹ Ebd. S. 224.

bietes, den es wohl jemals gegeben hat, vier Jahre nach seinem Tode zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Schleier eines Rechtsverfahrens, unter dem hierbei die Propaganda der Kriegsgreuelüge fortgesetzt wurde, war um so durchsichtiger, als die sogenannten Urteile durch Maueranschlag mit gehässigen Redensarten, aber ohne jede Angabe über die Beweisaufnahme und ihr Ergebnis veröffentlicht wurden.⁸²

Der Fall meines Vetters General der Infanterie v. Oven, den ich in der Literatur sonst noch nicht erwähnt gefunden habe, möge hier Platz finden, weil er ein eindrucksvolles Bild der unwürdigen Lage ergibt, in die das Reichsgericht ebensowohl wie die Opfer der feindlichen Verleumdung gebracht worden waren. Er stand auf der Liste der 45 in erster Linie zu verfolgenden Personen. Sein Prozeß sollte unmittelbar nach demjenigen gegen den General Stenger stattfinden, wurde aber, nachdem die französische Delegation Leipzig verlassen hatte, aufgeschoben. Nach drei Jahren, während der v. Oven keine Nachricht über das Verfahren erhalten hatte, las er in der Zeitung, daß er vom Militärgericht in Nancy zum Tode verurteilt worden sei. Das Urteil ist ihm übrigens ebenso wie die Anklage niemals amtlich zugestellt worden. Ein von ihm in der »Kreuzzeitung«⁸³ veröffentlichter Appell an das Reichsgericht, es möge ihn sowie seine mit ihm gemeinsam verurteilten Untergebenen durch Bekanntgabe des Ergebnisses der deutschen Untersuchung schützen, blieb ohne Erfolg, ebenso wie seine Aufforderung, das Material zu veröffentlichen, das in mühseliger Arbeit gesammelt worden sei, um den ganzen Kriegsverbrecher-Unsinn zu widerlegen. Erst nach mehr als einem weiteren Jahr wurde ihm der Beschluß des Reichsgerichtes vom 19. Juni 1925 zugestellt, in dem das Verfahren auf Antrag des Oberreichsanwalts eingestellt worden war. Von den Anklagen des Mordes, der Brandstiftung und der Plündererei, derentwegen er auf die Liste gesetzt worden war, beruhte die eine, wie die französische Regierung zugab, auf einer »erreur de plume«. Zur Zeit eines zweiten, der Anklage zugrunde gelegten Vorfalles hatte sich v. Oven und seine Truppe an einem weit entfernten Teil des Kampffeldes befunden. Es blieb die Zerstörung zweier Häuser in einem Metzger Vorort und diejenige der Ortschaft Nomény, bei der mehrere Einwohner standrechtlich erschossen und die übrigen Einwohner aus dem Ort entfernt worden waren. Es war der in vielen Anklagen wiederkehrende Fall berechtigter Maßnahmen gegen den Frankireurkrieg. Nach einwandfreien Aussagen hatte die Einwohnerschaft von Nomény aus den Häusern schießend einem bayerischen Infanterieregiment einen Verlust von etwa 250 Mann beigebracht und bestialische Grausamkeiten an deutschen Verwundeten begangen. Die öffentliche Meinung der Welt erfuhr nur das unangefochtene französische Todesurteil. Der Reichsgerichtsbeschluß, der die in der Person der Angeschuldigten verleumdete deutsche Heeresführung rechtfertigte, wurde amtlich allein zur Kenntnis der unmittelbaren Beteiligten gebracht, denen es überlassen blieb, mit ihm wenigstens in Deutschland die Verleumdung zu widerlegen.

Erst gegen Ende des ersten Nachkriegs-Jahrzehntes begann der gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten geschürte Verfolgungswahn etwas in den Hintergrund zu treten. Es wäre ein unbegründeter Optimismus, daß er in seinen Folgen bereits überwunden ist. Der Glaube an die im Weltkrieg bewiesene Barbarei der Deutschen ist so tief in die Vorstellungswelt feindlicher und neutraler Völker eingehämmert worden, daß er noch heute (1936) die Grundlage jeder deutsch-feindlichen Propaganda abgibt. Das deutsche Volk aber würde der Ehre seines Namens nicht wert sein, wenn es die

⁸² Ebd., S. 226 ff.; WEISS, Politisches Handwörterbuch, S. 427.

⁸³ Kreuz-Ztg. Nr. 238 vom 21. 5. 1924.

Schmach nicht mehr empfände, die ihm durch die Verleumdung seiner Kriegführung und deren unzulänglicher Abwehr angetan worden und ungesühnt geblieben ist. Für unsere politische Haltung wurde der Verlauf der Auslieferungs-Angelegenheit von entscheidender Bedeutung, weil in ihm zum ersten Mal mit voller Deutlichkeit zutage trat, daß die Politik der Erfüllung und Nachgiebigkeit den Vernichtungswillen unserer Feinde nicht abschwächen, sondern nur bestärken konnte, da es ihnen gar nicht um die Erfüllung bestimmter Forderungen, sondern um den Untergang Deutschlands zu tun war. Die Behauptung, das an Deutschland vollzogene Strafurteil solle dazu dienen, einer unmenschlichen Kriegführung für die Zukunft vorzubeugen, war offenbare Heuchelei. Die inzwischen verflossenen anderthalb Jahrzehnte, die Verhandlungen des Völkerbundes und seine Konferenz ebensowohl wie die Kriege, die fast Jahr für Jahr an irgendeiner Stelle geführt wurden, haben gezeigt, daß die Kriegführung mit ihren technischen Mitteln und die Kriegspolitik mit ihren gegen Handel und Versorgung der Zivilbevölkerung gerichteten Sanktionen nicht menschlicher geworden sind. Der Krieg bleibt ein grausam hartes Handwerk, und heuchlerisch verlogene Verunglimpfung des Feindes ist am wenigsten geeignet, ihm diesen Charakter zu nehmen.

Zwang zur Wehrlosigkeit

»Erst entehren, dann vernichten.« Nach dieser bewährten Parole englischer Weltmacht-Politik folgte den Schuldlügen und der Auslieferungsschmach die dem Deutschen Reich in Compiègne und Versailles aufgezwungene Wehrlosigkeit. Zuerst mußte es wie einst Karthago seine Waffen ausliefern und zerstören. Wer dagegen Einspruch erhob, kam in heftigen Gegensatz zu den Massen des deutschen Volkes, deren Leitstern revolutionärer Antimilitarismus und Pazifismus – zwei dem deutschen Wesen fremde, nur mit Fremdworten zu bezeichnende Begriffe – geworden waren. Die Preisgabe der allgemeinen Wehrpflicht verletzte das allmählich zur Besinnung gelangende deutsche Volk in seinen wichtigsten Lebensinteressen und tiefsten Gefühlen. Es begann sich dessen erst bewußt zu werden, als der Übergang vom Volksheer, das Jahre hindurch mit unvergleichlichem Ruhm gekämpft hatte, zum Berufsheer der 100 000 Mann ihm vor Augen führte, um was es sich handelt. Denn die dazu erforderlichen Entlassungen vergrößerten die allgemeine Not und verursachten schwere innere Unruhen.¹ Die auf Befehl der Feindmächte durchgeführte Zurückziehung und Auflösung der »Baltikumer«² und anderer Freikorps stürzten Deutschland in die Gefahr äußerer und innerer bolschewistischer Angriffe. Gesetzgebung und Heerführung sahen sich vor Aufgaben gestellt, zu verhüten, daß die des monarchischen Oberbefehls beraubte Reichswehr aus einem Machtmittel des Staates zu einem Parteiinstrument der herrschenden Sozialdemokratie gemacht wurde.³ Die dauernde Abrüstung und die Entmilitarisierung des Rheinlandes lieferten Deutschland auf die Dauer jeder Willkür der Feinde aus. Da die Abrüstung unter der Vorspiegelung späterer Nachfolge der Welt Deutschland einseitig aufgezwungen wurde, erwies auch sie sich als ein Ausfluß der entehrenden Schuldlüge. Das waren Schläge gegen Ehre und Dasein von Volk und Reich, die sich je länger, je mehr auswirkten. Wenn ich mich auch von Anfang an bemüht hielt, auf die von ihnen zu erwartenden Folgen hinzuweisen, so nahmen sie doch erst in den kommenden Jahren, in denen diese Folgen praktisch wurden, das politische Denken und Handeln in einem ihrer Bedeutung voll entsprechenden Umfange in Anspruch.

Sofort setzte die Militärkontrolle⁴ ein, die mich gleichfalls noch lange beschäftigen sollte, aber gleich bei ihrer Einrichtung die uns mit der Wehrlosigkeit angetane Schmach wirkungsvoll in Erscheinung treten ließ. Den scharfen Kampf dagegen, den

¹ Gemeint ist der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Vorgänge bei den Entlassungen danach. Vgl. SCHULZE, S. 202 ff., 223 ff. (Übernahme in Reichswehr), 235 ff. (Militärpolitische Folgen des Versailler Vertrages), 244 ff., 319 ff.

² SCHULTHESS 1919/I, S. 416, Aufruf der Reichsregierung an die »Baltikumer«.

³ Zur Entstehung der Reichswehr vgl. u. a. SCHULZE, S. 220 ff.; Harold J. Gordon: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt a. M. 1959, S. 61–95, 148–170; Rainer Wohlfeil: Heer und Republik, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1970, S. 134 ff., 142 ff. und 167 ff. Übergreifend auch Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln/Berlin 1964.

⁴ Vgl. SALEWSKI, S. 44 ff.

ich Jahre hindurch in Wort und Schrift geführt habe, eröffnete ich noch vor der Ratifikation des Diktates.⁵

»Die Überwachungskommission im Baltikum, deren Entsendung die deutsche Regierung gern entgegenseht, steht auf der gleichen Höhe mit den Überwachungskommissionen zur Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Heer, Flotte, Luftwesen. Nach Artikel 203 bis 210 des Friedensvertrages haben die Kommissionen der Entente das Recht, nicht nur die staatliche Wehrmacht, sondern alle Schulen, Unterrichtsanstalten, Vereinigungen, denen es untersagt ist, ihre Mitglieder militärisch zu erziehen (Artikel 177), und die Rüstungsindustrie eingehend zu überwachen. Obwohl der Friede noch nicht ratifiziert ist und dieser Zustand dahin führt, daß Frankreich die Gefangenen noch nicht herausgibt, sind die Überwachungskommissionen teils im Anmarsch, teils anscheinend bereits in Berlin. [...] 600 Offiziere und Mannschaften für das Heer und fast ebensoviel für das Luftwesen werden zunächst in Berlin Wohnung nehmen, wo nach Artikel 205 ihr Sitz ist, während sie das Recht haben, das ganze Land mit Unterkommissionen zu überziehen. Zunächst sind zehn solcher Unterkommissionen vorgesehen. [...] Denunziationen und Spionage, berechnete und unberechtigte Vertragsforderungen der Entente werden an der Tagesordnung sein; jede freie Bewegung des politischen Lebens, vor allem der Jugendbildung wird durch die Fesseln gehemmt sein, zu deren Handhabung die Kommissionen der feindlichen Mächte berufen sind. Wen die Erfahrungen seit dem 11. November vorigen Jahres immer noch nicht darüber belehrt haben, was wir von der Entente an Verletzungen unserer Ehre, unserer Selbständigkeit und unserer Lebensinteressen bis in alle Einzelheiten hinein zu erwarten haben, der möge sich die Anzahl der feindlichen Offiziere vor Augen halten, die jetzt entsendet sind, um Deutschland in Überwachung, in Wahrheit in Verwaltung zu nehmen. Der deutsche Zorn, die deutsche Widerstandskraft aber liegen erschlaft am Boden. Alle diese Nachrichten rauschen fast ohne Eindruck über die Köpfe der abgestumpften Menge hinweg.«

Das Einrücken der Besatzungstruppen und Militärkommissionen stellte alsdann an die deutsche Bevölkerung schwere und ernste Forderungen. Von planlosen Gewalttaten mußte man dem wehrlosen Volke jedenfalls zunächst und in der Öffentlichkeit abraten. Das durfte aber nicht zu neuer Begünstigung der deutschen Neigung zur Anpassung an das Fremde führen.⁶

»Würde bewahren!« Am Tage der Bekanntgabe der Auslieferungsliste forderte der Oberbefehlshaber Noske unter dieser Überschrift dazu auf, Belästigungen von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und militärischen Kommission zu unterlassen. Die Aufforderung ist zu billigen. Jedes Auftreten, bei dem sich die nur zu begreifliche Verachtung gegen die Nationen der Auslieferungsschmach in persönlichen Belästigungen von Auslandsvertretern entladen sollte, würde zu mißbilligen sein. Das Gebot der nationalen Würde führt allerdings noch zu anderen Forderungen, die mit Entschiedenheit ausgesprochen werden müssen und mir wichtiger erscheinen.«

In den Abstimmungsgebieten gelte es, unbeirrt durch Bedrückung und Gefahr sich zu Deutschland zu bekennen.

»Ganz ähnlich liegen die Dinge in den nicht besetzten Teilen Deutschlands. Bereits sind in vielen der größeren Städte zahlreiche Mitglieder der fremden Missionen und Kommissionen eingetroffen, die für uns im eigenen Lande die Schmach und Knechtschaft des Versailler Vertrages verkörpern und zur Durchführung bringen. Ihre Zahl und ihre Eingriffe in das politische und Wirtschaftsleben werden von Tag zu Tag zunehmen. Allerdings hört man in den letzten Tagen, daß der Noske-Erlaß auf Ersuchen der Entente-Kommission ergangen sei. Diese soll auch angeordnet haben, daß die fremden Offiziere und Soldaten bis auf weiteres Zivil tragen. Das würde eine entschiedene Verbesserung des Straßenbildes im Zentrum Berlins bedeuten. Die Klagen, daß diese Herren sich als die Sieger fühlen, unmanierlich und ungebührlich auftreten, sind ja nicht selten; es besteht ein dringendes Interesse, daß jeder derartige Fall sofort zum Gegenstande der Beschwerde

⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 504 vom 19. 10. 1919, IP.

⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 77 vom 8. 2. 1919, IP.

gemacht und der Öffentlichkeit übergeben wird. Tief schmerzlich aber ist, daß immer wieder Nachrichten auftauchen, nach denen deutsche Männer und Frauen persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr mit den Vertretern der feindlichen Mächte pflegen. Jeder solcher Verkehr ist ein Schlag in das Gesicht des eigenen Volkes. Wer dazu verurteilt ist, dienstlich oder geschäftlich mit den Mitgliedern der Entente-Missionen oder anderen Angehörigen der Feindmächte in Verbindung zu treten, darf nicht einen Millimeter über die Grenze des geschäftlich Notwendigen hinausgehen und korrekt, aber wortkarg keinen Zweifel darüber lassen, daß es ihm weder eine Ehre noch eine Freude ist, mit dem Vertreter einer Nation verkehren zu müssen, die mit der Schmach der Auslieferungsforderungen belastet ist.«

Der Raub deutschen Landes

Zur Entehrung trat die materielle Vernichtung des deutschen Reiches und Volkes durch Territorialraub und Kontributionen. Der Raub deutschen Landes und der Kolonien stand zunächst nicht nur deshalb im Vordergrund der Betrachtung, weil er früher voll durchgeführt wurde als der Reparationswahnsinn. Er erschien auch als der schwerere, grundsätzlich bedeutungsvollere, auf längere Dauer wirkende Schlag als die Reparationsbestimmungen. Obwohl der Feind bis zum Waffenstillstandsdictat außer kleinen Grenzstreifen in Elsaß-Lothringen keinen Quadratmeter deutschen Landes erobert hatte, wurden 62 000 Quadratkilometer mit 5,3 Millionen Einwohnern, von denen über 3,1 Millionen nur die deutsche Muttersprache hatten, unmittelbar und ohne Volksabstimmung der feindlichen Fremdherrschaft ausgeliefert und weitere 34 000 Quadratkilometer mit 3,6 Millionen Einwohnern, von denen gleichfalls 1,9 Millionen nur deutsch sprachen, unter dem fadenscheinigen Vorwande des Selbstbestimmungsrechtes zu einer Abstimmung gezwungen und zu diesem Zwecke von feindlichen Truppen besetzt.¹ Dazu kam als Ausfluß französischen Eroberungswillens die fünfzehnjährige Pfandbesetzung des linken Rheinufer und – im territorialen, nicht im militärischen Teil des Diktates festgesetzt – die Entmilitarisierung ganz Westdeutschlands bis 50 Kilometer diessseits des Rheines. Die wirtschaftlichen Folgen, die sich für Deutschland aus dieser Einschränkung seiner Ernährungsgrundlage und aus dem Verlust und der Gefährdung wichtigster Industriegebiete ergeben mußte, waren furchtbar und sind viel erörtert und gründlich nachgewiesen worden.

Ich habe von Anfang an die geschichtliche und nationale Seite dieser Zerstückelung Preußens und des deutschen Reiches in den Vordergrund gestellt. Wie die deutsche Nation nicht denkbar ist ohne den in deutscher Hand befindlichen Grund und Boden, in dem sie wurzelt, so gehört das Staatsgebiet zu den Wesensmerkmalen des Staates. Alle Teile des Gebietes, die der Staat je besessen und rechtmäßig erobert, durch Fleiß und Arbeit dem Volkstum eingegliedert hat, weil er sie zur Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe braucht, gehören unersetzlich und unveräußerlich zum Staatskörper. Verfällt ein solcher Teil des Staatsgebietes feindlichem Raub, so hat der Staat ebenso wie der Mensch, dem ein lebenswichtiges Glied genommen werden soll, nicht nach dem materiellen Nutzen des Besitzes oder den Opfern von Gut und Blut zu fragen, die erforderlich sind, um ihn zu erhalten oder wiederzugewinnen. Fügt er sich dem Raube, so gibt er sich selbst auf und gibt Ehre und Freiheit der Nation preis. Deshalb läßt, wie die Geschichte aller Zeiten vor und nach dem Weltkriege zeigt, jeder Streitfall zwischen den Völkern und Staaten sich eher durch Verträge und internationale Ein-

¹ Statistische Korrespondenz 46 (1920) Nr. 4/5. Insgesamt zu diesem Kapitel der Sammelband von Christian Baechler und Carole Fink (Hrsg.): *The Establishment of European Frontiers after the Two World Wars*, Bern u. a. 1996, mit Beiträgen u. a. auch zu den deutsch-polnischen und den deutsch-dänischen Grenzen, den Plebisziten und zur Rheingrenze. Zur französischen Politik speziell Walter A. McDougall: *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978.

richtungen regeln als der Daseinskampf um die Herrschaft über den geographischen Raum. Hier liegen die tiefsten Gegensätze, hier unabänderliche Gründe sogenannter Erbfeindschaften, hier der Anlaß zu stets neuen Konflikten und Kämpfen. Nur in Ausnahmefällen, durch welche die Regel bestätigt wird, sind wesentliche Grenzänderungen anders als durch den Sieg der Waffen entschieden worden. Solche Auffassung ist, ohne daß es viel philosophischer Erwägungen bedurfte, selbstverständlich für die in der Geschichte Preußens wurzelnde Staatsgesinnung. Aus ihr ergeben sich wie von selbst die beiden Richtlinien meiner Irredenta-Politik, daß die geraubten Gebiete ein Besitz des Deutschen Reiches sind, der wiedergewonnen werden muß, und daß diese Aufgabe nur erfüllt werden kann, wenn Deutschland bereit ist, sie durch eine neue Entscheidung der Waffen zu lösen.

Deutschlands physische und moralische Wehrlosigkeit ließ dieses Ziel weltenfern erscheinen. Sollte Deutschland es, wenn auch erst in ferner Zukunft, erreichen, so war erforderlich, daß dem Ausland gegenüber der deutsche Anspruch von Anfang an geltend gemacht und jedenfalls in keinem Augenblick der weiteren Entwicklung preisgegeben wurde. Dem deutschen Volke aber mußte die Aufgabe, seinen unveräußerlichen Gebietsbesitz unter allen Umständen wiederzugewinnen, wenn es also sein mußte, mit den Waffen wieder zu erobern, von Anfang an unablässig vor Augen gestellt werden.

Von der Regierung und den Regierungsparteien hörte man starke Worte, die der Entrüstung und Enttäuschung über die Verletzung internationaler Versprechungen und des Selbstbestimmungsrechtes galten und tiefen Schmerz über die erzwungene Trennung von den losgerissenen Teilen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten. Als die Loslösung nach der am 10. Januar 1920 endlich erfolgten Ratifikation des Versailler Dokumentes zur Durchführung gelangte, erließen Reichspräsident und Reichsregierung eine Kundgebung an die Bevölkerung der aus dem Reichverband ausscheidenden Landesteile², in der das Gelöbnis ausgesprochen wurde, daß das deutsche Volk die ausscheidenden Volksgenossen »niemals vergessen und das gemeinsame Gut, die Sprache und den kulturellen Besitz pflegen« werde. Dasselbe wird in dem Aufruf von dem der Fremdherrschaft verfallenen Deutschland erwartet.

»Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Liebens und des ganzen Seins bleiben wir verbunden. [...] Über alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganzes.«

Ferner sagten Reichspräsident und Reichsregierung zu, daß sie für die Erhaltung der deutschen Eigenart und für die Wahrung der nationalen Lebensrechte in den losgelösten Gebieten eintreten wollten, soweit es geschehen könne. Das Ziel, den Raub rückgängig zu machen, vermißte ich in diesem Abschiedswort. Es war auch in anderen amtlichen Äußerungen, insbesondere in den Protesten vor und bei Unterzeichnung des Diktates nicht klar und eindeutig aufgestellt worden.

Auch in der DNVP bestanden Hemmungen gegen ein eindeutiges Bekenntnis zu dem politischen Hochziel kriegischer Wiedereroberung der geraubten Gebiete. In der Tat stand dem wehrlos gewordenen Deutschland die Drohung mit den Waffen schlecht an, und es wurde befürchtet, daß sie unsere Lage den Feinden gegenüber nur verschlimmern könne. Die Parole »nie davon sprechen, immer daran denken« – eine Phrase, die übrigens die Franzosen selbst niemals befolgt hatten – ist mir oft entgegengehalten worden. Sie hätte manches für sich gehabt, wenn nur das deutsche Volk in sei-

² WIPPERMANN, S. 36 (1920) Abt. A Bd. 1, S. 7 f.; Urkunden zum Friedensvertrage II, S. 920 f.; vgl. auch Kreuz-Ztg. Nr. 19 vom 11. 1. 1920, IP.

nen Massen und seinen regierenden Kreisen überhaupt noch fähig gewesen wäre, den Gedanken an die Unerläßlichkeit eines neuen Waffenganges zu fassen. Der tiefe Abscheu vor den Greueln des Krieges – der Gedanke, daß es keinen Preis gebe, der eine Wiederholung solcher Opfer rechtfertigte, die Befürchtung, daß ein neuer Krieg, wie der letzte, alle Kultur zerstören und die Welt dem Bolschewismus ausliefern würde – beherrschte damals unter dem unmittelbaren Eindruck der vier Jahre höchster Not alles Tun und Denken. Eine Partei, die offen einen neuen Krieg auch nur an die Wand malte, setzte sich schwersten Angriffen aus, die besonders gehässigen Charakter annahm, wenn sie sich gegen einen Parteiführer richteten, der wie ich, an den Reichstag gebannt, nicht im Schützengraben gewesen war. Trotz alledem ließ auch in jener Zeit tiefster Niedergeschlagenheit meine staatspolitische und geschichtliche Überzeugung höchstens zu, in einzelnen Fällen durch Stillschweigen der Tatsache, daß Deutschland auf lange Zeit nicht kämpfen könne, taktisch Rechnung zu tragen. Dagegen habe ich mich nicht entschließen können, auszusprechen, daß es nicht mehr werde kämpfen wollen oder müssen.

Die Erörterung dieser Fragen war Gegenstand der Vorbesprechungen, die ich Anfang Juli 1919 mit dem Parteivorsitzenden Hergt über mein Parteitagsreferat hatte, und trug zeitweise zu meiner Bereitwilligkeit bei, auf das Referat ganz zu verzichten. Wir einigten uns dahin, daß die Partei sich in starken Kundgebungen zur Irredenta-Politik bekennen müsse, daß ich aber persönlich in der Zielsetzung weiter gehen könne als die amtlichen Parteibeschlüsse. Als solcher wurde am 30. Juni 1919 von der Fraktion der Nationalversammlung eine Erklärung veröffentlicht³, in der es heißt:

»Deutsche Brüder und Schwestern in Ost und West! Ihr geht nicht von uns; wir gehen nicht von Euch. Die Sprache des Blutes vermag mehr als die Buchstaben eines Friedensvertrages. Wir gehören unzertrennlich zusammen. Mag Euch der Feind vergewaltigen – wir vergessen nichts! Dafür werden wir sorgen!«

Am 12. Juli faßte der Parteitag das Referat Traubs zu einer EntschlieÙung zusammen⁴, die schon etwas weiter ging:

»Deutschland läßt sich nicht in Stücke reißen. Wenn jetzt in Ost und West und Nord deutsche Stammesgenossen von uns losgetrennt werden: wir betrachten sie immer und ewig als zu uns gehörig und wollen Sorge tragen, daß die Bande mit dem alten Vaterland nicht zerschnitten werden.«

Beide Erklärungen aber lieÙen die Auslegung zu, daß nur an ein kulturelles und nationales Band gedacht sei. Der Zweck, um dessentwillen ich darauf bestand, auf das am vorigen Tage so ergiebig behandelte Thema zurückzukommen, war eine eindeutige Ergänzung der Irredenta-Erklärung. Den beiden Aufgaben, die ich stellte – Werben um die deutsche Seele der losgerissenen Brüder und Schutz der deutschen Minderheit –, fügte ich ausdrücklich hinzu:

»Und das letzte Ziel, mit dem die auswärtige Politik sich zu befassen hat – es ist ja kaum nötig, es noch ausdrücklich zu nennen –: es ist die Wiedervereinigung mit den geraubten unerlösten Landesteilen! (Lang anhaltende stürmische Zustimmung.)«

Der Scheu aber, von dem dazu erforderlichen neuen Krieg zu sprechen, trug ich so weit Rechnung, daß ich diesen Gedanken von dem Irredenta-Ziel losgelöst in die

³ Korrespondenz der DNVP Nr. 146 vom 30. 6. 1919.

⁴ Ebd. Nr. 158 vom 14. 7. 1919.

Schlußbetrachtung der Rede aufnahm und in die Form eines politischen Bekenntnisses zu dem »Willen der Macht« und zu dem Entschluß, die allgemeine Wehrpflicht wiederzuerlangen, sowie einer Erinnerung an Ernst Moritz Arndts »Der Gott, der Eisen wachsen ließ« und an den Befreiungskrieg von 1813 kleidete. Diese Form habe ich in öffentlichen Reden oft gewählt, und dabei auch Paul Warnkes⁵ wundervolles Gedicht: »Vergessen« viel und gern benutzt. Erst in das 1920 veröffentlichte Parteiprogramm wurde nach meinem Vorschlag dann der Satz aufgenommen:

»Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt das Ziel aller deutschen Politik.«

Die Irredenta-Politik erstreckte sich ihrem vollen Inhalt nach auf Elsaß-Lothringen. Den Vorbehalt, daß auf einzelne Grenzstreifen mit rein französischer Bevölkerung verzichtet werden könne, mochte ich, wenn überhaupt, nur stillschweigend anerkennen. Die Wiedervereinigung des geraubten Reichslandes mit dem Reich hatte zu dem Siegespreis gehört, mit dem das Kaiserreich ins Leben getreten war, und schon deshalb bedeutete für mich die Anerkennung seines Verlustes eine Preisgabe unersetzlichen nationalen Besitzes. Zu dem ideellen und wirtschaftlichen Wert – das deutsche Weltmonopol der Kalilager wurde durch den Verlust zerstört – kam die strategische Bedeutung des Schutzes von Süddeutschland, die einst für Bismarck ausschlaggebend gewesen war. Wie wichtig sie noch war, zeigte sich, als die süddeutschen Regierungen besonders dringend die Unterzeichnung des Diktates verlangten, weil der sonst drohende Einmarsch in Süddeutschland den Zusammenhalt des Reiches gefährden werde.⁶

Für die Art, wie für die Irredenta-Politik Propaganda zu machen sei, wies ich schon in der Charlottenburger Rede vom 15. Januar 1919 auf das französische Vorbild hin.⁷

»Mit großem Interesse durchblätterte ich in diesen Tagen die Geschichte des Friedensschlusses von 1871. Der Protest, den damals der Elsässer Keller gegen die Lostrennung des Landes von Frankreich erhob, und die Rede Victor Hugos, in der er verkündete, Frankreich werde niemals darauf verzichten, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern und sich dazu das ganze linke Rheinufer holen, haben uns in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht manchmal zu einem Lächeln verleitet. Heute sehen wir, wie solche Gedanken, zur rechten Zeit ausgesprochen und standhaft gepflegt, dem Willen eines Volkes zu Sieg und Selbsterhaltung und dem Willen der ganzen Welt Ziel und Richtung zu geben geeignet sind.«

Ich konnte Dr. Kahrstedt, der jetzt das Büro der deutschnationalen Fraktion in Weimar leitete, darin zustimmen, daß die Fraktion eine ähnlich grundlegende Erklärung in der Nationalversammlung hätte abgeben sollen und daß die Partei eine unausgesetzte scharfe Propaganda für die Wiedervereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Reich führen müsse. Zu weit ging mir, wie ich ihm am 8. Juli 1919 schrieb, sein Vorschlag, dazu alle Mittel einer Greuel- und Schundliteratur zu benutzen.

»Ich bin nun freilich altmodisch genug, um nicht von dem Standpunkt loszukommen, daß doch nur eine Agitation von Erfolg ist, die sich auf erwiesene und nachweisbare Tatsachen stützt. Das

⁵ Paul Warnke veröffentlichte im Ersten Weltkrieg und in der ersten Nachkriegszeit zahlreiche Gedichte, die den nationalen Durchhaltewillen und nationale Festigkeit stärken sollten. Einige davon, wie »Vergessen«, »Vaterlandslied« und »Deutsches Volk, vergiß es nicht«, wurden in Form von Flugblättern und Postkarten in hohen Auflagen verbreitet.

⁶ Erzberger (wie Anm. 1, Kap III/2), S. 377, auch 372; August Winnig: Heimkehr, Hamburg 1935, S. 215 f. über ein Gespräch mit Wilhelm Blos; vgl. auch BENZ, S. 154–163.

⁷ WESTARP, Gewaltfriede.

ist freilich unter Umständen mühsamer als ein nicht so skrupelloses Umgehen mit den Tatsachen. Die Mehrarbeit lohnt aber und das an Quantität geringere Material ist um so wirksamer. Ich glaube auch, daß solches hieb- und stichfeste Material in Fülle vorhanden sei und uns zuströmen wird, und ich bin jedenfalls ganz der Meinung, daß es Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei ist, solches Material zu sammeln, mit aller Schärfe zu vertreten und zu diesem Zwecke eine besondere Organisation zu schaffen.«

Einem allmählichen Abrücken von dem Ziel der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens mußte ich schon entgegentreten, als der deutsche Gegenvorschlag vom 28. Mai 1919 die Bereitwilligkeit erklärte, das Ergebnis einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen anzuerkennen. Ich erinnerte daran, wie noch vor wenig mehr als Jahresfrist alle Stellen in Deutschland – die Regierung wie sämtliche Parteien bis zur Mehrheitssozialdemokratie – jede Abtretung des deutschen Reichslandes einmütig und entschieden abgelehnt hatten.⁸

Abgesehen von Elsaß-Lothringen gehörten alle geraubten und der Volksabstimmung unterworfenen Gebiete dem preußischen Staat, so daß er um 81 000 Quadratkilometer mit 7,1 Millionen Einwohnern verkleinert werden sollte. Auch die 15jährige Pfandbesetzung traf ganz überwiegend Preußen und entzog ihm ein Gebiet, das für seinen Bestand und Zusammenhalt in ganz anderem Maße lebenswichtig war als etwa die bayerische Pfalz für Bayern. Nach einer Auskunft, die ich vom Statistischen Amt erbat, hatten die besetzten Teile der preußischen Provinzen Rheinprovinz und Hessen-Nassau, also des preußischen Staatsgebietes, rund 4,5 Millionen Einwohner. Die Zerstückelung Preußens entsprach der feindlichen Politik, die Preußen vernichten wollte, weil es Deutschland geeint und zur Großmacht erhoben hatte und weil ihr mit Recht ein starkes Preußen die Gewähr für ein freies und starkes Deutschland zu bieten schien.⁹

Den innersten Lebensnerv Preußens traf die Zerstückelung seiner Ostmark. Sie vernichtete das Werk jahrhundertalter deutscher Kolonisation und Kultur, das der preußische Staat übernommen und aufgebaut hatte¹⁰, raubte Preußen unentbehrlichen Wirtschaftsraum und schuf ihm eine Grenze mit Polen, die bei Bentschen weniger als 200 Kilometer von Berlin entfernt ist und Ostpreußen zur schwer gefährdeten Insel macht.¹¹ Die furchtbaren Folgen dieser Regelung traten von Jahr zu Jahr immer deutlicher in Erscheinung. Je schwieriger der Kampf um die Reparationen, die Ruhrbesetzung, die Militärkontrolle wurde, um so dringender wurde die Aufgabe, die ich in meinen Reden in West- und Süddeutschland zu erfüllen suchte, den Kampfeswillen der ganzen Nation auch für die preußische Ostmark wachzurufen. Hatte ich mich doch schon in den letzten Tagen vor der Unterzeichnung genötigt gesehen, zu rügen, daß die Bedeutung des Verlustes der preußischen Ostmark nicht genügend gewürdigt und hinter die Rücksicht auf Süddeutschland zurückgestellt würde.¹²

»Man glaubt an vielen Stellen, den Friedensvertrag annehmen zu müssen, weil die Folgen der Ablehnung von den Süddeutschen nicht ertragen werden würden, sondern sie zur Abtrennung vom Deutschen Reiche veranlassen könnten. Darüber gibt man den Osten Preußens preis, aus dem das deutsche Volk seine beste staatsbildende Kraft zur Einigkeit und Größe geschöpft hat. Weil man

⁸ WESTARP II, S. 541; Kreuz-Ztg. Nr. 255 vom 1. 6. 1919, IP.

⁹ Vgl. Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 2 vom 13. 5. 1919 (Hergt), Sp. 1513 ff.

¹⁰ WESTARP II, S. 67, 237 ff.

¹¹ Stegemann (wie Anm. 14, Kap. III/3), S. 96 ff.; ferner: Die polnische Schmach. Ein Mahnwort an alle Deutschen, hrsg. v. Reichsverband Ostschutz, Berlin 1919.

¹² Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919, IP.

fürchtet, daß Süddeutschland sich vom Reiche loslösen könnte, löst man selbst zwei große preußische Provinzen Posen und Westpreußen vom Reiche ab, indem man sie an Polen übergibt, liefert man ganz Oberschlesien, den industriellen Kern des deutschen Ostens und wertvolle Teile Ostpreußens den Gefahren einer Volksabstimmung unter feindlicher Besatzung aus, zerstückelt man das reiche Schlesien, das man in politisch und wirtschaftlich unmöglicher Lage seiner Lebensmöglichkeiten beraubt, läßt man den Rest Ostpreußens geographisch vom Reiche abtrennen. [...] Unterzeichnet Deutschland den Friedensvertrag, so übernimmt es auch dem polnischen Reiche gegenüber die Verpflichtung, ihm Posen und Westpreußen abzutreten, Danzig zum sogenannten Freistaat unter polnischer Oberhoheit zu machen, Allenstein und Oberschlesien der Volksabstimmung unter dem feindlichen Einfluß zu überlassen. Die Erbitterung der ostmärkischen Bevölkerung darüber, daß sie vom Deutschen Reiche um Süddeutschland willen schnöde im Stich gelassen wird, ist riesengroß und wird von Tag zu Tag anwachsen, je mehr die Folgen dieses Schrittes zutage treten. Was dem Deutschen unter polnischer Herrschaft bevorsteht, zeigen erneut in den letzten Tagen die schrecklichen Nachrichten über die Internierungen und Beraubungen der deutschen Bevölkerung in der Provinz Posen.«

Den Deutschen der Ostmark, die entschlossen seien, sich nicht ohne bewaffneten Widerstand der Abtretung an Polen zu fügen, bleibe bei Unterzeichnung des Diktates nur übrig, ein eigenes deutsches Staatsgebilde außerhalb des Deutschen Reiches zu schaffen.

Als nach der Unterzeichnung des Diktates der Widerstand der ostmärkischen Bevölkerung endgültig aufgegeben werden mußte, setzte eine panikartige Abwanderung der Deutschen aus den an die Polen ausgelieferten Gebieten ein.¹³ Ebenso wie die Partei vertrat ich den Standpunkt, die Heimat selbständig gegen den polnischen Raub zu verteidigen.¹⁴ Freilich verlor die Mahnung an Wirkung durch die Fürsorge für die eingewanderten Ostmarkdeutschen, die man als Aufgabe des Reiches nicht ablehnen zu können glaubte und die in großem Umfange ausgebaut wurde. Zum Zeichen, daß der Verzicht auf Posen und Westpreußen kein endgültiger sein könne, stellte die deutsche nationale Landtagsfraktion den Antrag¹⁵, der später durchgeführt worden ist, die bei Preußen verbliebenen Reste nicht anderen Provinzen einzuverleiben, sondern aus ihnen unter dem Namen Grenzmark Westpreußen-Posen einen selbständigen Verwaltungsbezirk zu bilden. In der Parteitagsrede sprach ich aus, daß das neue Polenreich von unseren Feinden als bissiger Hof- und Jagdhund vor unsere Tür gesetzt worden sei und daß zwischen Deutschland und Polen keine Freundschaft werde entstehen können.

¹³ Exakte Zahlen über das Ausmaß der Wanderungen liegen nicht vor. Vgl. dazu jedoch: Wilhelm Winkler: Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten, Wien/Leipzig 1931, S. 181: »Bei der deutschen Volkszählung von 1925 wurden 468 000 Personen gezählt, die im Jahre 1914 ihren Wohnsitz in den abgetrennten Gebieten Posens und Westpreußens hatten. Unter Berücksichtigung der seit 1914 gestorbenen Kinder und der vor dem deutschen Volkszählungstermin geflohenen und der nicht im Deutschen Reich verbliebenen Personen gelangt die deutsche Statistik zur geschätzten Zahl von 588 000 zwischen 1914 und 1925 aus Posen und Pommerellen ausgewanderten Personen.« Alfred Bohmann: Menschen und Grenzen. Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Bd. 1, Köln 1969, S. 55, geht von der deutschen Sprachenzählung von 1910 aus und kommt zu dem Ergebnis: »Da eine von deutscher Seite im Jahre 1926 vorgenommene Selbstzählung in ganz Posen und Pommerellen nur noch einen deutschen Bevölkerungsstand von 341 500 Personen ergab, ist somit seit dem Jahre 1910 die Zahl der Deutschen in diesem Gebiet um annähernd 760 000 Personen zurückgegangen.« Zu dieser Problematik vgl. auch Norbert Krekeler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973.

¹⁴ Vgl. z. B. Korrespondenz der DNVP Nr. 169 vom 26. 7. 1919.

¹⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV. Anlagen-Bd. 3 Nr. 672.

Von Wilson verkündet, von Lenin und Trotzki gefordert, war das Selbstbestimmungsrecht der Völker während der letzten anderthalb Kriegsjahre auch von unserer Sozialdemokratie und einem überwiegenden Teil der deutschen öffentlichen Meinung lebhaft begrüßt und zum Dogma erhoben worden. Nun lag das Ergebnis dieser verlogenen Phraseologie in den Bestimmungen des Diktates vor, durch welche in großen ausschließlich oder überwiegend deutschen Teilen der Grenzmark Volksabstimmungen lediglich zu dem Zwecke erzwungen wurden, Preußen weiter zu zerstückeln.

Für mich stand zunächst der Protest gegen die Feindseligkeit und Unwahrhaftigkeit des ganzen Verfahrens im Vordergrund. Ihn brachte ich sofort zum Ausdruck, als Erzberger in einem Interview die Volksabstimmung in allen strittigen Gebieten als eine der Bedingungen bezeichnete, unter denen er bereit sei, das Diktat anzunehmen.¹⁶

»Volksabstimmung kann doch nur da in Frage kommen, wo es sich um Gebiete unzweifelhaft nichtdeutscher Nationalität und um eine Regelung innerhalb des von uns angenommenen Wilsonschen Friedensprogramms handelt.«

In dem Parteitage referat unterließ ich es noch, den Wünschen Hergts entsprechend, auf die Entschiedenheit Bezug zu nehmen, mit der ich schon während der Kriegszeit das Idol des Selbstbestimmungsrechtes bekämpft hatte¹⁷, weil sein Glanz bei den verwirrten Massen erst sehr allmählich zu verblassen begann. In der Sache aber setzte ich meinen Kampf fort, indem ich unter »langanhaltender begeisterter Zustimmung« erklärte, ein für Deutschland ungünstiges Ergebnis der erpreßten Volksabstimmung würden wir ebensowenig anerkennen wie die ohne Abstimmung erfolgende Vereinigung deutschen Landes mit fremden Staaten.

Die Durchführung der Volksabstimmungen in den bedrohten Gebieten gehört zu den Taten der Parlamentsregierungen, bei denen man ihnen das Verdienst nicht absprechen konnte, die Bevölkerung zu einer Bekundung nationalen Willens zusammengefaßt zu haben. Für uns war es selbstverständliche Pflicht, sie dabei – ungehemmt durch grundsätzliche Opposition – rückhaltlos zu unterstützen. Der »Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen«, der bei der Abstimmungspropaganda als deren formaler Träger mitwirkte, schrieb eine freiwillige »Grenzspende« aus. In der gemeinsamen Sitzung der Abgeordneten, die seinen Aufruf unterstützte, fand Schultz (Bromberg) warme Worte, und ich schickte dem Schutzbund auf seinen Wunsch einen zur Übersendung an die Tageszeitungen bestimmten Artikel.¹⁸ Einleitend wies ich auf die ohne Abstimmung losgerissenen 65 000 Quadratkilometer deutschen Landes hin.

»Das endgültige Geschick dieser Landesteile haben ihre Einwohner, hat das deutsche Volk noch selbst in der Hand. An der Abstimmung nimmt jeder teil, der in dem Abstimmungsgebiete geboren ist. Man schätzt die Zahl der auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten auf 300 000. Eine große Arbeit ist zu leisten, um alle Kinder dieser Landesteile zu ermitteln, sie an ihre Pflicht zu mahnen und ihnen die Reise in das Abstimmungsgebiet trotz der hohen Kosten zu ermöglichen. Diese Aufgabe hat der »Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen« übernommen, in dem alle Körperschaften der Grenz- und Auslandsdeutschen zu einem Verbands-

¹⁶ Erzbergers Interview konnte nicht nachgewiesen werden. In den Verhandlungen mit dem amerikanischen Oberst Conger am 19. 5. 1919 machte Erzberger u. a. den Vorschlag, alle territorialen Fragen durch Volksbefragungen unter neutraler Aufsicht zu regeln: »Das soll auch für Gebiete gelten, die bereits in Händen der Polen sind.« EPSTEIN, S. 348. Kreuz-Ztg. Nr. 243 vom 25. 5. 1919.

¹⁷ Parteitage referat (wie Anm. 7); für die Kriegszeit WESTARP II, S. 576 ff.

¹⁸ Die Grenzspende. Eine nationale Pflicht. Im folgenden Zitat ist eine einleitende Zusammenstellung weggelassen, die den am Beginn dieses Kapitels gegebenen Zahlen entspricht.

einigt sind. Er wendet sich an das deutsche Volk mit der Bitte, ihm die Mittel durch Beiträge zu seiner »Grenzspende des Deutschen Schutzbundes« zu beschaffen.«

In der Sitzung der Abgeordneten hatte Legien den im Abstimmungsgebiete vorhandenen Arbeitern vorgehalten, daß ihrer in Polen erheblich schlechtere Löhne und soziale Leistungen warteten als im Reich; das Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft an dem Verbleiben der Gebiete beim Reich hatte er damit begründet, daß der Osten jenseits der Grenze das Reservoir zur Unterbietung der deutschen Arbeiter sei. Beides traf zu und mochte wirksam sein. Um keinen Streit anzufangen, machte ich mir seine Argumente ohne Kritik an ihrer klassenkämpferischen und materialistischen Einseitigkeit zu eigen. Aber ich hielt es für nötig, die ideellen Gründe hinzuzufügen, die sich aus allgemein politischen und geschichtlichen Erwägungen ergaben.¹⁹ Außerdem lag mir besonders daran, die Bedeutung zu betonen, die das Ergebnis der Abstimmung für die weitere nationale Entwicklung haben müsse.

»Jetzt kann endlich einmal wieder, wie früher so oft, eine Welle einmütigen nationalen Empfindens und Wollens durch das ganze deutsche Volk gehen. Es hat Gelegenheit, sich mit Wort und Tat geschlossen hinter die drei Millionen deutscher Staatsbürger zu stellen, die selbst darüber entscheiden sollen, ob sie bei Preußen und Deutschland verbleiben wollen. Geschieht das und ergeben die Abstimmungen eine große klare und entscheidende Mehrheit, die des Deutschen Heimat die Treue zu wahren entschlossen ist, so wird das ein erstes Wahrzeichen sein, aus dem unsere Feinde ersehen müssen, daß doch noch unvertilgbares Leben den Leib der Nation beseelt, und aus dem Millionen Deutscher in den Gebieten der Abtretung und der feindlichen Besetzung Mut und Festigkeit schöpfen dürfen, durch alle Leiden und Gefahren hindurch ihr Deutschtum zu wahren.«

Im Endergebnis sind die Abstimmungen in jener Zeit ebenso wie der Widerstand gegen die Auslieferungs-Vorlagen eine der Offenbarungen nationalen Willens und nationaler Kraft geworden, die dazu beigetragen haben, die Gewaltherrschaft des Versailler Diktates zu erschüttern und dem Reich seine Einheit zu erhalten. Die Saar-Abstimmung des Jahres 1935 hat sich ihnen würdig ange reiht.

Im Einzelnen hat uns der Kampf um die Abstimmung noch viel beschäftigt und infolge rechtloser Gewaltanwendung der Feinde die verhängnisvollen Fehlschläge in Oberschlesien und Schleswig-Holstein gebracht.

Besonders gefährdet war Oberschlesien. Zwar verdankte das Land, das wie ganz Schlesien vor den Teilungen nicht zu Polen gehört hatte, seine große wirtschaftliche Blüte allein deutschem Unternehmertum und preußischer Verwaltung, und die nicht deutsch sprechende Bevölkerung war nach Abstammung und Sprache gar nicht nationalpolnisch. Der »wasserpolnische« Rekrut und Arbeiter, sprachlich behindert und geistig nicht gerade besonders begabt, galt doch im Grunde als treu und tüchtig. Die polnische Bewegung war erst in jüngerer Zeit durch nationalpolitische Agitation künstlich in das Land hineingetragen worden. Aber sie hatte gleichzeitig gestützt auf klassenkämpferische Ziele der Arbeitermassen, begünstigt durch die katholische Geistlichkeit, gefördert vom Zentrum, nicht unbeträchtliche Erfolge erzielen können. Die Abneigung gegen die straffe preußische Verwaltung war gerade in Oberschlesien von der Zentrumsdemokratie gezüchtet und ausgenützt worden. Die Gefahr, die sich daraus für die Volksabstimmung ergeben konnte, war nicht gering und rief wie so oft die Panik einer Stimmung hervor, die nur doch darauf hinauslief, durch Nachgiebigkeit das Schlimmste zu verhüten. Dazu trat nach der Revolution die Neigung der re-

¹⁹ Ebd.

publikanischen Regierungsparteien hinzu, die preußische Staatsgewalt durch Übertragung an die Provinzen zu unterhöheln. Ein Bild von den Verhandlungen, die daraus entstanden, gibt ein Bericht, den ich am 1. Oktober 1919 an v. Heydebrand erstattete.

»Mit Oberschlesien sieht die Sache sehr übel aus. Die preußische Fraktion zog mich zu zwei Sitzungen in dieser Frage zu. Kries war in der Kommission sehr weit entgegengekommen, einmal in der Zusage, Oberschlesien zu einer eigenen Provinz zu machen und ferner allen Provinzen sehr weitgehende Autonomierechte in bezug auf Schulfragen, Amtssprache, Wahlrecht in Gemeinde usw. und Besetzung der polnischen Regierungsstellen zu geben. Begründet wurde dieses Entgegenkommen damit, daß man befürchten müsse, bei ablehnender Haltung für ein ungünstiges Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien sich verantwortlich zu machen. Scharfe Bedenken vom preußischen Standpunkt erhoben Hammer, auch Negenborn und Graef, auch der Oberschlesier Hartmann, im Gegensatz zu anderen deutschnationalen Oberschlesiern (v. Brockhusen und Pistorius²⁰, die schriftlich weitestes Entgegenkommen verlangten). Ich ging so weit, daß ich zusagte, bei Wahrung prinzipieller Ablehnung in meiner Kritik, der Notlage insoweit Rechnung tragen zu wollen, daß mir äußerstenfalls folgendes noch tragbar erscheine: Zustimmung zur Schaffung einer eigenen Provinz Oberschlesien und Gewährung gewisser provinzieller Autonomie an diese, wenn das Zentrum sich bereit finde, im Plenum zu erklären, daß es weitgehende Bestrebungen auf bundesstaatliche Autonomie oder gar Neutralität eines Staates Oberschlesien nicht unterstützen und die Volksabstimmung im deutschen Sinne beeinflussen wolle. Ein Beschluß wurde in meiner Anwesenheit nicht gefaßt, Hergt und die Mehrheit scheinen auch ohne Festlegung des Zentrums für die eigene Provinz stimmen und die Frage der Autonomierechte einstweilen dilatorisch behandeln zu wollen. Wichtiger fast noch als diese Verhandlungen waren mir die Nachrichten aus Oberschlesien selbst, die ich bei dieser Gelegenheit erfuhr. Die Volksabstimmung erfolgt bekanntlich nach Gemeinden – und die Entente zieht dann die Linie zum Ausgleich der sich ergebenden Enklavenbildung. Während Kries glaubte, daß nur die Kreise Pleß und Rybnik sicher verloren seien, urteilen viele Oberschlesier, z. B. der katholische Pfarrer Radscheck (?) und evangelische Pfarrer Voß²¹, die vor der Fraktion mündlich gehört wurden, und schriftliche Äußerungen viel pessimistischer; man gibt, wenn ich recht verstanden habe, auch Lublinitz, Rosenberg und Tarnowitz verloren und rechnet damit, daß höchstens das linke Oder-Ufer deutsch bleibt, soweit es nicht sowieso ohne Abstimmung tschechisch wird; andere geben die ganze Industrie verloren. Günstigenfalls wurde mit einer deutschen Provinz von etwas über einer Million Einwohnern gerechnet. Und nun gingen die Nachrichten weiter dahin, daß die Gewährung der provinziellen Autonomie nichts mehr nutze, daß auch der Gedanke des Bundesstaats überholt sei. Zu erreichen sei höchstens noch, daß die Bevölkerung sich für einen neutralen Staat ausspreche, in dem das Deutschtum sich besser halten werde als bei Polen und der deshalb vielleicht später eher zurückzugewinnen sei als das Land, wenn es polnische Provinz geworden. In diesem Sinne hatten Giesches Erben (gezeichnet Sänger oder Säger)²² geschrieben; auch Williger²³ soll sich so ausgesprochen haben. Graf Strachwitz²⁴ desgleichen telegraphisch. Kardorff legte sich für diese Gedanken ein, und als ich scharf dagegen polemisiert hatte, sagte er mir unter vier Augen, die ganze Großindustrie wolle den neutralen Staat, der unter maßgebender Führung von Amerika stehen würde, bei Beteiligung des amerikanischen Kapitals, das anscheinend schon jetzt eindringe und dessen Interessen mit denen des Deutschtums, nicht Polens, gleichlaufend sein würden. Mir persönlich schaudert vor der großkapitalistisch amerikanischen Fremdherrschaft, die, wie mir scheint, nicht bloß an dieser Stelle vordringt, und ich kann mich schwerlich mit diesem Plane befreunden. Übrigens glaube ich nicht, daß die Entente auf die Neutralität eingeht. Die Meinung in der Fraktion war absolut vorherrschend, daß die Partei als solche den Gedanken eines neutralen Staates Oberschlesien nicht als annehmbar behandle.«

²⁰ Nicht ermittelt.

²¹ Nichts Zusätzliches ermittelt.

²² Die größte industrielle Unternehmensgruppe in Schlesien.

²³ Nicht ermittelt.

²⁴ Nicht näher zu bestimmen, da die Familie mehrere Angehörige hatte, die Mitglieder des preuß. Herrenhauses oder des preuß. Abgeordnetenhauses gewesen waren.

In der von oberschlesischen Abgeordneten abgegebenen Erklärung vom 14. Oktober 1919²⁵ stimmte die deutschnationale Fraktion der selbständigen Provinz Oberschlesien und den vereinbarten Vorschlägen über die den Provinzen zu verleihenden Befugnisse zu, mit einem Appell an das Zentrum, sich für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen einzusetzen.

Das erste Gebiet, dessen Schicksal durch die Volksabstimmung entschieden wurde, war Schleswig-Holstein. Auf Anregung von Herrenhausmitgliedern aus der Provinz hatte ich der Weimarer Fraktion Material mit der Forderung übersandt, dafür zu sorgen, daß man sich mehr als bisher auch für die Nordmark einsetze. Gleichzeitig hatte ich in der »Kreuzzeitung«²⁶ um ein regeres öffentliches Interesse für die der Nordmark drohende Gefahr geworben, die Notwendigkeit betont, auch ihre Zerstückelung abzulehnen, und auf die Gefahr separatistischer Bestrebungen hingewiesen. Noch fanden im Februar und März 1920 die beiden im Diktat vorgesehenen Abstimmungen statt, die auch den überzeugtesten Anhänger des Selbstbestimmungsrechts darüber belehren mußten, daß das von unseren Feinden angeordnete Verfahren lediglich darauf zugeschnitten wurde, die weitere Zerstückelung Preußens herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurden zwei Abstimmungen vorgenommen. Die erste fand am 10. Februar in Nordschleswig statt, wo etwa ein Viertel der Bevölkerung deutsch sprach und abstimmte. Hier wurden die Stimmen im Ganzen gezählt, so daß Stadt und Kreis Tondern, die ganz deutsch und an der Südgrenze des Bezirks gelegen waren, also leicht von ihm hätte getrennt werden können, der dänisch sprechenden Mehrheit nach Dänemark folgen mußte. Im Abstimmungsbezirk von Südschleswig dagegen, in dem umgekehrt sogar neun Zehntel der Bevölkerung deutsch sprachen, wurde bei der zweiten Abstimmung am 14. März die Zählung und Entscheidung nach Gemeinden vorgenommen, woraus sich die Möglichkeit ergab, selbst noch aus diesem Gebiet einzelne Teile zugunsten Dänemarks herauszuschneiden. Der wahre Volkswille Schleswig-Holsteins hatte sich einst in der Parole: »Up ewig ungedeedt«, und in Kämpfen gegen die dänische Herrschaft klar ausgesprochen. Jetzt wurde er durch die Abstimmungsgeometrie der Rechenkünstler von Versailles in sein Gegenteil verkehrt. Der Umstand, daß nach 1864 eine Abstimmung vorübergehend von Preußen vertraglich an Österreich zugestanden worden war, konnte, weil längst überholt, das jetzige Verfahren nicht rechtfertigen. Es war für Deutschland um so verletzender, als wir mit Dänemark gar nicht im Kriege gelebt und seiner Neutralität manches Opfer gebracht hatten. Die Besprechung der ersten Abstimmung²⁷ nahm ich zum Anlaß, auf die Bedeutung der kommenden Abstimmungen, wo es auf jede einzelne Stimme in den Gemeinden ankomme, hinzuweisen.

Als in Weimar der Artikel 61 Absatz 2 der Verfassung beschlossen wurde²⁸, durch den der Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich verkündet und vorbe-

²⁵ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 4 vom 14. 10. 1919, Sp. 5140 ff., bes. Sp. 5143 f. (Dr. Hoffmann für die DNVP); vgl. auch ebd. Anlagen-Bd. 4 Nr. 824, Bericht des 16. Ausschusses vom 26. 9. 1919 mit Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien.

²⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 157 vom 6. 4. 1919, IP.

²⁷ Über die Abstimmungen vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 20 f. und 56 f., 318 f.; ebd. 1920/II, S. 162 f., 167, 169 ff., 340 f.; Karl Alnor (Hrsg.): Handbuch der schleswigschen Frage, Bd. III: Die Teilung Schleswigs 1918–1920, Neumünster 1930/37; Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1920, IP.

²⁸ Vgl. auch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. 2. 1919; 2 Abs. 3, in: RGBl. 1919 Nr. 53. Zur Frage des Anschlusses Österreichs an das Reich existiert eine Reihe von Literatur, die sich jedoch zumeist auf die Jahre 1930 ff. (Zollunionsplan) konzentriert; übergreifend dagegen Stanley Suval: The An-

reitet werden sollte, äußerte man im Regierungslager stolze Befriedigung darüber, daß nun der engherzige kleindeutsche Standpunkt der Reichsgründung Bismarcks überwunden sei. Ich war versucht an Fritz Reuters: »Rindfleisch und Pflaumen sind wohl ein schönes Gericht; wir kriegen es bloß nicht« zu erinnern. Das Versailler Diktat machte auch diesem Traum ein Ende. Der Anschlußgedanke wurde seitdem ungemein populär und in der DNVP vielfach mit Eifer befürwortet. Obwohl mir die Ausführung praktisch nicht unbedenklich und noch mit viel technischen und politischen Schwierigkeiten verknüpft zu sein schien, habe ich mich von dieser Propaganda nicht ausgeschlossen. Für den Kampf gegen Versailles aber wies ich in meinem Parteitageferat in erster Linie darauf hin, daß das Diktat dem Deutschen Reich verbot, seine Beziehungen zu dem stammverwandten Nachbarstaat selbständig zu regeln, indem es in Artikel 80 den Anschluß wenn nicht verbot, so doch von der Beschlußfassung des Völkerbundes abhängig machte. Ein schwererer Verstoß gegen Deutschlands staatliche Unabhängigkeit wie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker war kaum denkbar.

Die Kolonien waren dem Staatsgebiet nicht so unlöslich verbunden wie das Mutterland. Begrenzung und festere Zusammenfassung des in der Vorkriegszeit ohne einheitlichen Plan zusammengekommenen Kolonialbesitzes hätte selbst im Falle eines siegreichen Kriegsausganges erörtert werden können. Im Versailler Diktat aber hatten sich, wie ich im Parteitageferat feststellte, »schändlichste Raub- und Raffgier und die gemeinste Lüge, daß wir Deutschen nicht wert und fähig seien, Kolonialvölker zu leiten und zur Kulturhöhe emporzuheben, zusammengetan«, um Deutschland seine Kolonien zu rauben und es von jeder kolonialen Betätigung auszuschließen. Es war uns von Anfang an eine selbstverständliche und oft geübte Aufgabe, dem deutschen Volke und den Feinden einzuprägen, daß die Beseitigung auch der kolonialen Schmach und dieser Verletzung einer unerläßlichen deutschen Lebensnotwendigkeit zu den Forderungen der Wiederherstellung seiner Ehre und Freiheit gehöre. Sie ist bis heute (1936) ebenso unerfüllt und scheinbar aussichtslos geblieben wie die Wiederherstellung der deutschen Grenzen selbst.

schluß Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria (1918–1932), Baltimore 1974.

Reparationen und Sanktionen

»In den Erörterungen der letzten Zeit spielt die Wiedergutmachung eine Rolle. Dieses Wort ›Wiedergutmachung‹ ist ein furchtbares Wort. Es ist sprachlich ein Wortungeheuer, es ist tatsächlich eine Unwahrheit, eine Lüge. Wir haben nichts wiedergutzumachen. Es ist eine falsche Übersetzung. Reparation heißt nicht ›Wiedergutmachung‹, sondern heißt ›Wiederherstellung‹. Wenn man schon nicht wörtlich, sondern sinngemäß übersetzen wollte, so soll man réparation übersetzen als das, was es ist: Kontribution, Kriegsentschädigung. Darum handelt es sich. Bleiben wir aber meinetwegen bei der wörtlichen Übersetzung, reden wir von der Wiederherstellung, Wiederherstellungskommission, Reparationskommission; in diesem Falle ist auch ein Fremdwort gut genug, um das zu bezeichnen, worum es sich handelt.«

Den Kampf gegen die unwahrhaftige und würdelose Anwendung der Worte Reparation und Wiedergutmachung, den ich mit diesen Ausführungen in den Reichstag hineinrug¹, hatte ich schon vorher auch in meinen Versammlungsreden aufgenommen, und ich habe die Bezeichnung der Reparationen als Kontribution bis nach der Annahme des Young-Planes verfochten und vertreten.

Im Kampf gegen die Reparationen stand ich Schulter an Schulter mit Helfferich. Gleich die Überreichung der Friedensverträge rief ihn am 8. Mai 1919 mit einem Brief an mich auf den Plan.

»Abgesehen von allem anderen sehe ich nach wie vor in der uns zgedachten Zahlung einer Riesen-Entschädigung den sicheren Ruin Deutschlands, eine Knebelung, die uns jede Wiederaufrichtung unmöglich macht. Aus einem Ihrer letzten Kreuzzeitungsartikel habe ich bestätigt gesehen, wie sehr auch Sie diese Auffassung teilen. Man muß aber nach meiner Ansicht immer wieder auf diesen Punkt hindeuten, der in der Presse und von der ›Regierung‹ in seiner Bedeutung nicht voll gewürdigt wird.«

Aus seiner genauen Kenntnis des Vermögens und der Zahlungsmöglichkeiten heraus wies er auf die Unmöglichkeit der Erfüllung hin; gerade jetzt müsse sie von der deutschen Presse den Feinden, der eigenen Regierung und der öffentlichen Meinung in allen Tonarten klar gemacht werden; dazu bot er seine Hilfe in der »Kreuzzeitung« an. Gleich am 9. Mai folgte ein zweiter Brief.

»Ich lese soeben die Friedensbedingungen. Das übertrifft alle Befürchtungen. M. E. schlechthin unannehmbar, schon deshalb, weil großen Teils unerfüllbar. Es müssen nach meiner Ansicht alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um zu verhindern, daß eine deutsche Regierung ein solches Dokument der Schmach und Selbstentmannung unterschreibt, auf jede Gefahr hin!«

¹ Sten. Ber. RT., Bd. 345 vom 28. 10. 1920, S. 831. Insgesamt zu diesem Kapitel Peter Krüger: Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß, Stuttgart 1973. Übergreifend Marc Trachtenberg: Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, New York 1980 sowie Bruce Kent: The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1918–1932, Oxford 1989. Insgesamt zur Frühphase der Weimarer Außenpolitik vgl. Peter Grupp: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920, Paderborn 1988 sowie Udo Wengst: Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Bern u. a. 1973.

Er fragte, ob er nach Berlin kommen solle und teilte mit, daß er in gleichem Sinne an Hergt geschrieben habe. Bis zu seinem Tode blieb er der bedeutsamste Vorkämpfer gegen die Reparationen. Dank seiner großen Sachkunde verstand er es wie wenige, die schwierigsten finanziellen, wirtschafts- und währungstechnischen Fragen auch den zahlreichsten Männern des öffentlichen Lebens, denen sie bis dahin fern lagen, klar erschöpfend so auseinanderzusetzen, daß ihnen die Beweisführung einfach und absolut überzeugend erschien. Auch ich habe ihm für den zwölfjährigen Kampf gegen Reparationsdiktat und Erfüllungspolitik viel zu verdanken gehabt.²

Anlaß, diesen Kampf zu eröffnen, gab mir bereits der deutsche Gegenvorschlag vom Mai 1919.³ Während der Entwurf des Versailler Diktates in Anrechnung auf die noch endgültig festzusetzende Summe eine Ratenzahlung von 100 Milliarden mit Zwischenzinsen vorsah, bot Graf Brockdorff-Rantzau in seinem Gegenvorschlag die gleiche Summe ohne Zwischenzinsen als endgültige Zahlung an. Auch dieser scheinbaren Ermäßigung widersprach ich⁴:

»Der Unterschied ist deshalb unwesentlich, weil auch die angebotene Zahlung unmöglich, unerfüllbar, eine Utopie ist. Eine derartige Blutentziehung ist undenkbar, ohne die Wirtschaft des davon betroffenen Volkes vollständig zum Erliegen zu bringen. Als Frankreich nach 1871 vier Milliarden Mark in kurzer Zeit aufbrachte, besaß seine Bevölkerung etwa 20 Milliarden an ausländischen Werten, von denen es ein Fünftel leicht abstoßen konnte. Damit ist die Zahlung, um die es sich handelt, in keinem Punkte vergleichbar; sie läßt allen Besitz Deutschlands an Werten, die zu ihrer Begleichung dienen können, weit hinter sich, ebenso aber auch alles, was deutsche Arbeit in Zukunft an derartigen Werten schaffen kann. So ist sicher, daß die jetzt zugestandene Forderung niemals voll wird eingelöst werden können; ebenso sicher aber ist, daß Deutschland, wenn es sie annimmt, für den Rest dieses Jahrhunderts als wortbrüchig gilt und dabei als Lohnsklave der Welt unter den ständigen Versuchen, sie einzulösen und beizutreiben, in schwerstem Elend verkümmern muß.«

Obwohl die Feinde nichts von ihrer Forderung abließen, begann die deutsche öffentliche Meinung, entgegen den ausdrücklichen Vorschriften der Artikel 233, 235 und Anlage 12 einen Tribut in Höhe von 100 Milliarden als endgültig in Rechnung zu stellen. Über die Art der Beitreibung dieser 100 Milliarden waren Bestimmungen getroffen.⁵ Dazu kamen noch die Kosten der ungeheuerlichen Ablieferungen aller Art, der Besetzung und der Militärkontrollkommission. Georg Bernhard schätzte die daraus sich ergebende Jahreslast auf 7 500 Millionen. Nur zu bald stellte sich durch die Reden des französischen Finanzministers Klotz heraus, daß auch das nicht das letzte Wort war.⁶

»Zum Nachweise, daß diese 100 Milliarden nichts Endgültiges sind und daß der Vorbehalt des Artikel 233 bitterer Ernst ist, führt der französische Finanzminister einen wahren Niggertanz von Zahlen auf, an dem er sich und die hysterische Rachephantasie seiner Zuhörer berauscht. Seine Ausführungen sind in ihren Einzelheiten nicht ganz verständlich. Die richtige Auslegung scheint mir die zu sein, daß der Finanzminister Klotz die nach Artikel 233 festzusetzende Gesamtsumme auf 375 000 Millionen Goldmark annimmt. Davon sollen 200 Milliarden Goldmark auf Frank-

² Vgl. Anm. 91, II/6.

³ Urkunden zum Friedensvertrage I, S. 540–543 (Note vom 29. 5. 1919); LUCKAU, S. 306–406.

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 255 vom 1. 6. 1919, IP.

⁵ Gemeint sind die Artikel des Versailler Vertrages und die von der Reparationskommission erlassenen Ausführungsbestimmungen. Vgl. Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919. Dazu allgemein: Carl Bergmann: Der Weg der Reparationen von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt a. M. 1926, S. 24 f.; Helfferich/Reichert: Das zweite Versailles. Das Reparationsgutachten der alliierten Experten (DN-Flugschrift Nr. 175), Berlin 1924.

⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 439 vom 14. 9. 1919, IP; Nr. 426 vom 7. 9. 1919, IP, »Rückblick auf Weimar«.

reich entfallen. Er scheint zugrunde zu legen, daß diese Summe 34 – nicht, wie es im Verträge heißt 30 – Jahre hindurch mit 5 v. H. verzinst und mit einem festen Tilgungssatz zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen getilgt werden soll. Das hiernach ergebende Exempel kann ich im Augenblick nicht nachprüfen; das Ergebnis scheint zu sein, daß dabei im ganzen die von Herrn Klotz angegebenen 462 Milliarden herauskommen, daß Deutschland also 34 Jahre hindurch jährlich 13,6 Milliarden Mark oder 6,8 v. H. des ursprünglichen Schuldbetrages zu zahlen hätte. Dazu würde nach Herrn Klotz zugunsten der anderen Länder ein Schuldbetrag von 175 Milliarden treten, für die jährlich weitere 11,9 Milliarden Zins- und Tilgungsrate, in 34 Jahren also rund 405 Milliarden treten würden. Das ergäbe eine Jahresbelastung von 25 500 Millionen jährlich und 867 000 Millionen im ganzen, wohl verstanden in Goldmark, das heißt nach dem heutigen Kurse im mindestens vierfachen Betrage. [...] Die Zahlen sind phantastisch, der Gedanke, daß Deutschland solche Summen dem Auslande leisten könnte, istbarer Unsinn. Brutale Wirklichkeit aber ist, daß die Feinde derartige Forderungen aufstellen und auf dieser Grundlage den Knebel der Schlinge um unsern Hals je nach Laune und Bedarf anziehen werden, um auch das Letzte aus Deutschland herauszupressen.«

Erzbergers »Steuerreform« vom Herbst 1919 benutzte ich zu dem ausführlichen Nachweis, daß der Versuch, solche Kontributionen durch Steuern aufzubringen, vernichtende Wirkungen haben und doch an der Unmöglichkeit scheitern müsse. Solche Ausführungen sollten dazu dienen, das deutsche Volk zum Widerstande aufzurufen; auf die Feinde, deren Ziel es war, Deutschland wirtschaftlich und politisch für die Dauer niederzuhalten, konnte es keinen Eindruck machen.

Daher trat der weitere Einwand, daß der Transfer der Tribute unmöglich sei, mehr und mehr in den Vordergrund der Verhandlungen. Bis die Tatsachen, die eine Überführung der geforderten Summen aus der deutschen in die ausländische Wirtschaft unmöglich machten, im Inlande und Auslande bekannt und verstanden wurden, hat es jahrelanger eingehender und immer von neuem wiederholten Erörterungen bedurft, und ein fast vierzehnjähriger theoretischer und politischer Kampf, sowie schwere allgemeine Krisen der gesamten Wirtschaft waren nötig, um die Tributgläubiger dahin zu bringen, daß sie im Lausanner Abkommen vom Jahre 1932⁷ die praktischen Folgen daraus zogen. Dennoch lagen die Gründe der Unmöglichkeit des Transfers für jeden, der sich einigermaßen ernstlich damit beschäftigte, von vornherein klar auf der Hand. So habe ich bereits im April 1919 bei dem ersten Bekanntwerden der Tributforderungen die Grundgedanken des später so oft und gründlich geführten Beweises benutzt, um vor einer Unterschrift zu warnen, die unehrlich sei, weil man wisse, daß sie nicht werde eingelöst werden können.⁸

»Die in der feindlichen Presse angekündigten Entschädigungsforderungen können mit Papiergeld oder deutschen Anleihen nicht bezahlt werden. Die 2 400 Millionen Gold, die unsere Reichsbank noch hat, sind ein Tropfen auf dem heißen Stein und zur Aufrechterhaltung des letzten Restes unseres Wirtschaftslebens unentbehrlich. Auf die Dauer kann Deutschland die ihm auferlegten Entschädigungen nur durch Forderungen bezahlen, die es im Auslande erwirbt. In der Hauptsache wird hierfür immer nur die Ausfuhr aus Deutschland in Betracht kommen.«

Nach Westarp konnte Deutschland den Außenhandelsüberschuß der letzten Friedensjahre nach dem Kriege nicht annähernd erreichen, weil die Voraussetzungen für den Export auf lange Zeit von den Feinden und der Revolution zerstört seien. Der für die Reparationen zur Verfügung stehende Überschuß werde durch den eigenen Rohstoffbedarf, vor allem an Baumwolle und Lebensmitteln, weiter verringert.

⁷ Vgl. SCHULTHESS 1932, S. 396 ff. Ausführlich hierzu jetzt Philipp Heyde: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn 1998.

⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, IP.

»Die Handelsflotte ist ein Mittel, ausländisches Geld zur Deckung unserer Auslandsschulden zu verdienen; sie ist beschlagnahmt und ob wir sie zur freien Verfügung wieder erhalten werden, steht dahin. Die Handelsbeziehungen des deutschen Kaufmanns in der Welt sind zerstört; er muß ganz von vorn anfangen, bevor es ihm gelingen wird, ausländisches Geld für die deutsche Wirtschaft zu verdienen. Der nutzbringende Besitz, den die Deutschen im Auslande hatten, ist ihnen geraubt und zerstört. Selbst wenn daher der Friede genau nach dem Wilsonschen Programm geschlossen werden sollte, so würde doch, was als Wiedergutmachung für Belgien und Frankreich bezahlt werden soll, die finanziellen Kräfte Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus vollständig erschöpfen und neben den eigenen Kriegslasten, die uns zu erdrücken drohen, die Möglichkeiten wirtschaftlichen Aufschwunges, wie wir sie vor dem Kriege gehabt und ausgenutzt haben, vollkommen ausschließen. Entschädigungsforderungen, die darüber hinweggehen, können wir, wenn wir ehrlich bleiben wollen, nicht unterschreiben, weil wir wissen, daß ihre Erfüllung unmöglich ist.«

Obwohl ich den Valutasatz damals noch vorwiegend von Gesichtspunkten des Kampfes gegen das System und des inneren Wirtschaftslebens behandelte, hatte er doch schon Wirkungen, die durch die Reparationen zu dauernder Verklavung des deutschen Volkes werden mußten. Dieser Gedanke drängte sich einer öffentlichen Meinung, der die außenpolitischen Gründe und Folgen des Valutasturzes noch fern lagen, durch die Beobachtung auf, daß der ausländische Käufer in die Lage gekommen war, den schon so knappen deutschen Markt der Verbrauchsgüter auszukaufen und große Teile des deutschen Volksvermögens zu erwerben. In Berlin erzählte man sich von ganzen Stadtvierteln, die in ausländischen Besitz übergegangen waren. Der Hinweis auf diesen Tatbestand war ein naheliegender und, wie ich oft beobachten konnte, wirkungsvolles Mittel der Propaganda gegen die Wirtschaftssklaverei, die durch die drohende Durchführung der Reparationsforderungen verewigt und immer weiter verschärft werden mußte. Die Erkenntnis, welche Bedeutung in dieser Beziehung die Reparationszahlungen haben mußten, ist in der Praxis bis 1932 zum Gemeingut geworden. Damals mußte sie in ausführlichen Erörterungen dem Verständnis näher gebracht werden.⁹

»Man stelle sich vor, daß ein Gegenstand, der bei uns im Inlande 300 M. kostet, von dem Auslande für Auslandsgeld im Werte von 50 bis 60 M. erworben werden kann. Handelt es sich dabei um eine Aktie mit diesem Kurswerte, so kann der Ausländer schon mit einem sehr erheblichen Rückgange der Dividende rechnen und dennoch einen Vorteil in dem Geschäfte sehen. Auf diese Verhältnisse in erster Linie ist die stürmische Aufwärtsentwicklung an der Börse zurückzuführen. Das Ausland kauft nicht nur den Rest unseres ausländischen Wertpapierbesitzes, sondern allem Anschein nach große Bestände unserer eigenen Inlandswerte. Das mag im Augenblick unsere Lage durch den Zufluß ausländischer Zahlungsmittel erleichtern, bedeutet aber einen Raubbau schlimmster Art, da die von den Ausländern erworbenen Zinsforderungen uns für die Dauer weiter tributpflichtig machen. Die Regierung hat allerlei Maßnahmen bekanntgegeben, mit denen sie den Tiefstand unserer Mark zu bekämpfen gedenkt. Es ist an sich richtig und muß immer wieder gesagt werden, daß das hauptsächlichste Mittel Arbeit und noch einmal Arbeit ist, die es uns ermöglichen muß, mit Arbeitsleistungen und Ausfuhr von Gütern unsere Schulden an das Ausland und unseren Einfuhrbedarf zu bezahlen. Aber es muß hinzugefügt werden, daß dieses Mittel allein keine durchgreifende Besserung bringen kann. Der Berg, den unsere Arbeit erklimmen soll, ist viel zu hoch; nur eine Änderung des Friedensvertrages kann das Ziel erreichbar machen. Dieser Sachverhalt wird, wie es scheint, im allgemeinen noch nicht klar genug erkannt.«

Westarp wies darauf hin, daß die großen Natwallieferungen und Leistungen nur auf die Entschädigungssummen angerechnet würden, dagegen keine ausländischen Zahlungsmittel einbrachten und daß schon 1921 Zins- und Tilgungsraten einsetzten, die in ausländischer Währung zu zahlen waren und die Leistungsfähigkeit der deutschen Exportindustrie weit überstiegen.

⁹ Vgl. z. B. Kreuz-Ztg, Nr. 452 vom 21. 9. 1919, IP; siehe auch Pommersche Tagespost Nr. 287 vom 25. 10. 1919, »Rede in Stettin«.

»Der Ausländer wird [...] auf absehbare Zeit in Deutschland Waren und Werte aller Arten zu Preisen erstehen können, die der Inländer niemals erschwingen kann. Dieses Zukunftsbild ist von gewaltigem Ernst. Man denke an Irland, wo um die Mitte des vorigen Jahrhunderts verhungernde Frauen und Kinder am Wege saßen, auf dem die Erzeugnisse des Landes zur Ausfuhr an ihnen vorüber nach England gefahren wurden. Der Erfolg war, daß die Bevölkerung dieser blühenden Insel von acht auf vier Millionen zurückging.«

Die gleichen Gedanken kehren in meinen Aufsätzen und Redeberichten jener Zeit oft wieder. Dagegen fehlt darin die Stellungnahme zu den Auslandskrediten. Die Versuche der Feindmächte und Deutschlands, durch deren Bewilligung und Annahme den Transfer der Tribute zu ermöglichen, die verhängnisvollen Folgen dieses Verfahrens und die Kritik daran setzte erst später ein.¹⁰

Schließlich gehörte die Androhung von Sanktionen zu den Gefahren, die von Anbeginn an ihr Haupt erhoben, um uns Jahre hindurch zu beschäftigen. Am 10. Februar 1920 drohte Millerand wegen angeblich rückständiger Kohlenlieferungen Zwangsmaßnahmen an.¹¹ Das veranlaßte mich, die rechtlichen Grenzen der Sanktionsbefugnis zu klären.¹² Als allgemeine Sanktionsmaßnahme sah das Diktat allein die in den Artikeln 428–432 zugelassene Verlängerung der Besetzungsfristen für das Rheinland vor. Dagegen war die Verpflichtung Deutschlands, »wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Zwangsmaßnahmen und überhaupt alle Maßregeln«, die den alliierten und assoziierten Regierungen »durch die Umstände geboten erscheinen können«, »nicht als feindliche Handlung aufzufassen«, in § 18 der Anlage II zu Artikel 232 nur für den Fall einer absichtlichen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen des Artikels VIII des Diktates festgesetzt.

»Würde die Entente zur Blockade oder etwa zur Besetzung des Ruhrgebietes schreiten wollen, weil die Auslieferung nicht durchgeführt oder eine sonstige Bestimmung des Vertrages außerhalb des Teiles VIII verletzt wird, so würde das eine Maßnahme sein, zu der sie nach dem Versailler Vertrage kein Recht hat, die also völkerrechtlich die Wiedereröffnung des Krieges und damit die Beseitigung des gesamten Versailler Vertrages bedeuten würde. Nur wenn eine der Wiedergutmachungspflichten wirklich vorsätzlich verletzt wird, würden derartige Maßnahmen innerhalb des Friedensvertrages liegen.«

Die Zwangsandrohung vom 10. Februar bezog sich dann auch auf angebliche Verletzung einer Ablieferungspflicht. Daß Millerand sie mit einem Schein des Rechtes verhängen konnte, war aber Schuld der deutschen Regierung selbst. Denn die Kohlenlieferung, auf die sie sich bezog, war nicht von der Reparationskommission festgesetzt, die dazu noch gar nicht in der Lage gewesen war.

»Millerands Drohnote bezieht sich auf »freiwillige Leistungen«, die unsere Regierung in einem Protokoll vom 30. August 1919 übernommen hat¹³, und zwar gegen die Zusage einer Ermäßigung der Gesamtlieferung für kurze Zeit. Außerdem ließ sie sich damals bekanntlich von der törichten und nicht in Erfüllung gegangenen Hoffnung leiten, um dieser freiwilligen Leistungen willen die Kriegsgefangenen früher freizubekommen. Wann endlich werden Volk und Regierung lernen, daß keine würdelose Unterwerfung, kein freiwilliges Entgegenkommen, sondern nur Kraft und Festigkeit auf die feindlichen Mächte Eindruck machen können, von denen Frankreich fest entschlossen ist, jeden Vorwand auszunutzen, um den Rhein endgültig zu behalten und Deutschland weiter zu zerstückeln.«

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 84 vom 15. 2. 1919, IP.

¹¹ Vgl. SCHULTHESS 1920/II, S. 315 f.

¹² Wie Anm. 10.

¹³ Vgl. SCHULTHESS 1919/II, S. 586 f.

Vierter Teil

Befreiungswille und vaterländischer Idealismus



*Kuno Graf von Westarp (1910)
Akad. Maler u. Photograph: Karl Wabl, Berlin-Schöneberg*

Das Eintreten für eine praktische Politik des Widerstandes gegen das Versailler Diktat und seine Durchführung reichte nicht aus, um die Aufgabe zu erfüllen, die ich mir gestellt habe. Die Machtlosigkeit des neuen Deutschlands ließ einen sofort durchgreifenden Erfolg einer solchen Politik nicht zu, und als Minderheit konnten wir sie in dem System der Parteiherrschaft nicht durchsetzen. Einzelergebnisse, die wir den herrschenden Gewalten abringen konnten, blieben unzulänglich. Der letzte Zweck unseres Eintretens für die Politik des Widerstandes lag mehr in der Zukunft als in der Gegenwart.

Das Zukunftsziel, das über die Behandlung der politischen Tagesfragen hinauswies, war das Erwachen des niedergebrochenen deutschen Volkes zum Willen und zur Kraft, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln, die deutsche Ehre wieder zur Geltung zu bringen, die allgemeine Wehrpflicht zu erneuern, die geraubten Gebiete zurückzuerobern, der Ausbeutung und Vernichtung seiner Wirtschaft ein Ende zu bereiten.

Das Ziel schien in weite Ferne gerückt zu sein. Mehr als 1,8 Millionen der Kämpfer des August 1914 waren für Deutschlands Freiheit und Ehre gefallen. Der Rest des Volkes war in seinen Führern und seiner Masse durch das vierjährige Ringen gesundheitlich und seelisch zermürbt. Es war schwer, daran zu glauben, daß die Generation des Zusammenbruchs vom November 1918 noch die Kraft aufbringen werde, seiner Folgen Herr zu werden. Die zur Regierung berufene Masse, von der Partei der Internationalität und des Klassenkampfes verhetzt und in sich zerrissen, verschloß sich jedem nationalen Denken und Wollen. Umso zwingender war die Pflicht, unablässig alles zu tun, um das deutsche Volk mit einem klaren Verständnis und einem starken Willen für die Aufgaben seiner Ehre und Freiheit zu erfüllen, deren Lösung es seiner Zukunft und den kommenden Geschlechtern schuldig war. Das war der Kern der vaterländischen Bewegung, an der führend mitzuarbeiten ich durch meine konservative Vergangenheit berufen war. Fehlte solcher Arbeit der sofortige Erfolg, so erforderte sie umso mehr Vertrauen auf die trotz allem nicht erloschene innere Kraft des deutschen Volkes, einen festen Glauben an eine bessere Zukunft und zähes Festhalten an einer Pflicht, die ohne Rücksicht auf den Erfolg um ihrer selbst willen erfüllt werden mußte.

Es gab für mich zwei Wege, auf denen ich dem deutschen Volke den Willen und die Tat der Befreiung näher zu bringen suchte. Bei allen Fragen der äußeren, aber auch der inneren Politik machte ich dieses Ziel zum beherrschenden Grundgedanken meiner Stellungnahme. Außerdem aber suchte ich unabhängig von den Tagesereignissen, in Reden und Aufsätzen meinen Lesern und Hörern die grundsätzlichen allgemeinen und idealistischen Gesichtspunkte vor Augen zu führen und einzuprägen, die den politischen und, wenn es sein mußte, militärischen Kampf um die verlorene Ehre und Freiheit zur ersten Pflicht der Nation machten.

Schmach und Elend der Fremdherrschaft

In zielbewußter Werbearbeit mußte dem ganzen Deutschen Volke bis in die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter hinein die Schmach und das Elend vor Augen geführt werden, die das Versailler Diktat und seine Annahme über die Nation verhängt hatten. Es mußte einsehen lernen, daß sich diesem Schicksal kein Angehöriger der Nation, kein Berufsstand und keine Klasse entziehen konnte. Entrüstung und Empörung über das, was der Nation angetan worden war, nicht minder aber nüchtern sachliche Erkenntnis aller politischen, wirtschaftlichen, sittlichen und persönlichen Folgen der Fremdherrschaft mußten allen Schichten des Volkes täglich eingehämmert werden, da sie alle in der Gefahr standen, in innerem Klassenhaß und internationalen Illusionen oder in der materiellen Sorge des Tages und in zermürbter und ermatteter Gleichgültigkeit zu versinken. Die Aufgabe mußte vom ersten Tage an in Angriff genommen und gerade unter dem frischen Eindruck der Diktate von Compiègne und Versailles grundsätzlich festgelegt und tatkräftig gefördert werden.

Regierung und Regierungsparteien versagten. Zwar ist das nicht so vollständig geschehen, wie die heute (1936) herrschende Meinung annimmt. Tatsächlich haben auch sie es an starken, zur Aufrüttelung der Nation bestimmten Worten über die Ungeheuerlichkeiten des Diktates nicht fehlen lassen. So oft das geschah, habe ich es anerkannt, um sie festzulegen, besonders aber auch um die Einigkeit des Abwehrwillens zu betonen und zu stärken. Selbst den Regierungen der Nationalversammlung kann man ferner das Anerkenntnis nicht vorenthalten, daß sie, beispielsweise in den Denkschriften und Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau und auch weiterhin zum Nachweise der Rechtswidrigkeit und der sittlichen, politischen und tatsächlichen Unmöglichkeit des Diktates, wertvolles Material beigebracht haben. Dazu veranlaßte sie schon die Notwendigkeit, ihre Politik vom Oktober und November 1918 mit der Enttäuschung über den Betrug Wilsons zu rechtfertigen, dem sie zum Opfer gefallen waren. Der Fehler bestand nicht allein in dem Unterbleiben jeder Regierungspropaganda oder doch, soweit sie vor den Feinden geheim gehalten betrieben worden ist, in ihrer technischen Unzulänglichkeit.

Scharfe Worte von Regierungsseite gegen das Diktat und seine Durchführung konnten auf das Ausland und auf das eigene Volk nicht wirken, weil dem Widerspruch nicht die Tat des Widerstandes folgte. Geradezu eine Schwächung des Abwehrwillens war es, wenn die Regierungen und ihre Parteien, um ihre Nachgiebigkeit gegen die Forderungen des Feindes zu rechtfertigen, an ihren Illusionen festhielten und außerdem die furchtbaren Folgen des Diktates selbst zu verschleiern und mit unzulänglichen Teilzugeständnissen oder unverbindlichen Zusagen, die sie erreicht hatten, zu beschönigen versuchten. Solange Deutschland nicht in der Lage war, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln, durfte es doch nach den Auffassungen, die ich stets vertreten habe, in keinem einzelnen Fall aus der Not eine Tugend machen. Sonst ertöte es in sich selbst den Abwehrwillen.

Umso notwendiger war es, daß die nationale Opposition den Willen zur Abwehr wachrief, und ich habe alles getan, was in meinen Kräften stand, um Gegnern wie Anhängern, wie bei der Behandlung der Tagesfragen so in den allgemeinen Ausführungen, die zwingende Notwendigkeit der Befreiung zur Grundlage ihres vaterländischen und politischen Denkens und Wollens zu machen.

Diesem Zwecke diene schon die Auswahl der Ausdrücke, die ich im Gegensatz zum amtlichen Sprachgebrauch zur Regel machte. Der Begriff der »Fremdherrschaft«, den ich zum leitenden Gedanken meines Parteitagreferates am 13. Juli 1919 machte¹ sollte ebenso wie die Bezeichnung des »Versailler Zwangsdiktates«, »Schuldlügen«, »Kontributionen« von vornherein die Vorstellung hervorrufen, daß es sich um unerträgliche Zustände handelte, deren Beseitigung erkämpft werden mußte. Bereits in der zweiten Wochenschau nach dem Umsturz² habe ich trotz aller Sorgen um die inneren chaotischen Zustände mit dieser Arbeit begonnen.

»Jeder Tag der Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden wird uns, so scheint es, neue entsetzliche Erfahrungen bringen, das *vae victis* werden wir bis zur Hefe auskosten müssen. Noch wissen wir nicht, wie das deutsche Volk in Zukunft auch nur sein inneres Geschick wird selbst bestimmen können und ob nicht alle politische Arbeit der nächsten Zukunft sich darauf wird beschränken müssen, ihm den Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit gegen den unmittelbaren Zwang des äußeren Feindes zu erhalten, damit daraus eine bessere Zukunft kommender Geschlechter erwachse.«

Aus den ersten beiden Jahren liegt mir eine große Anzahl von kurzen Geleit- oder Gedenkworten, Unterredungen und Aufsätzen vor, in denen ich denselben Glauben zum Ausdruck brachte.³ Der Jugend legte ich ihn besonders dringlich ans Herz.⁴ Aus dieser Sammlung sind einzelne Beispiele von Interesse. Als feststand, daß ich zur Nationalversammlung nicht aufgestellt werden würde, ließ ich mir am 14. und 15. Januar 1919 zwei Wahlversammlungen in Charlottenburg veranstalten, um der DNVP den Befreiungsgedanken gewissermaßen als mein politisches Testament auf den Weg zu geben.⁵

»Der Deutschnationalen Volkspartei bleibt bei und nach dem Friedensschluß die Aufgabe, das deutsche Volk aufzurütteln, auch mit der ernstesten Wahrheit nicht zurückhaltend, und den Samen für die Zukunft auszusäen. [...]

Wenn der deutschen Jugend, wie Herr Erzberger will, eingepreßt wird, daß auch im Leben der Völker der Grundsatz von Mein und Dein, das Recht des andern und das Sittengesetz Achtung finden müssen, so wird der deutsche Lehrer und die deutsche Mutter in Zukunft doch sofort hinzufügen müssen, wie schwer im Jahre 1918 und 1919 eine Welt von Feinden mit Hilfe ihrer Übermacht sich gegen das Recht Deutschlands versündigt hat und welch entsetzliches Elend die Folge hiervon gewesen ist, weil Deutschland schließlich nicht mehr in sich selbst die Kraft fand, dem Unrecht zu wehren (Stürmischer Beifall). Und wenn dann weiter nach der Weisung Erzbergers gelehrt wird, daß auch die Völker nicht die Gewalt anrufen, sondern sich dem Richterspruch einer unparteiischen und gerechten schiedsrichterlichen Instanz zu unterwerfen hätten und daß diese

¹ Deutschlands Zukunftsaufgaben in der auswärtigen Politik. Rede auf dem Parteitag der DNVP in Berlin 12./13. Juli 1919. Sonderdruck aus der Zeitung »Die Post«, Berlin 1919.

² Kreuz-Ztg. Nr. 588 vom 18. 11. 1918, IP.

³ Vgl. z. B. die Zeitungen: Post Nr. 558 vom 9. 11. 1919, 1. Beilage; Mitteldeutsche Zeitung Nr. 1 vom 30. 11. 1919; Zeitschrift des Nationalverbands Deutscher Offiziere vom 23. 11. 1919; Nachrichtenblatt der DNVP für den Wahlkreis Teltow-Breeseow-Storkow Nr. 12 vom 17. 12. 1919; Eiserne Blätter Nr. 27 vom 4. 1. 1920, »Rundschau«; Sonnenaar Nr. 1, Januar 1920; Der Aufrechte (2. Jg. Nr. 1) vom 4. 1. 1920.

⁴ Vgl. Nationale Jugend-Zeitung des Deutsch-Nationalen Jugendbundes Nr. 20 vom 26. 9. 1919.

⁵ Gewaltfriede; Kreuz-Ztg. Nr. 25 vom 19. 1. 1919.

Instanz die Macht haben müsse, ihren Sprüchen zur Durchführung zu verhelfen, so fürchte ich [...], der Lehrende wird alsbald hinzufügen müssen, daß der im Jahre 1919 gegründete Völkerbund den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit nicht entspreche, weil er geschaffen wurde, Deutschland für immer zu knechten. Solch Jugendunterricht eröffnet keine erfreulichen Aussichten. [...] Ohne heißen Zorn und tiefe Empörung wird das deutsche Volk nicht die Kraft finden zu dem Entschlusse, sich wieder aufzuraffen zu begeisterter opferfreudiger Hingabe an die deutsche Not, zum eisernen Pflichtgefühl im Dienste des Vaterlandes, zu all den Eigenschaften, die als Militarismus geschmäht, dem Aufstieg und der Größe Preußens und Deutschlands die Grundlage geschaffen haben, auch zu der Erkenntnis, die sich jetzt so furchtbar bestätigt, daß im Leben der Völker auf Achtung seines Rechtes nicht rechnen darf, wer nicht den Willen zur Macht, es selbst zu wahren, hat. [...]

Ich kann nicht die Zuversicht fassen, daß wir für unsere Generation den vollen Aufstieg aus dem jetzigen Elend erleben werden. Unsere Pflicht wollen wir tun, gehorsam dem kategorischen Imperativ, eben weil es unsere Pflicht ist. [...] Jedoch ich will nicht, und ich brauche nicht mit diesen Worten einer resigniert pessimistischen Pflichterfüllung meine Ausführungen schließen. Hoffnung und Vertrauen liegen in der Zukunft, in der Jugend. Wenn wir nicht mehr für unsere Generation arbeiten dürfen, so arbeiten wir freudig und begeistert für unsere Kinder und Kindeskinde. Wann ihnen dereinst ein neuer deutscher Tag der Blüte und des Aufstiegs beschieden sein wird, das weiß heute nur der, der über den Sternen thronet. Er wird zur rechten Stunde einen großen genialen Staatsmann senden, wie er dem deutschen Volke in jedem Jahrhundert nur einmal beschieden gewesen ist.«

Das Referat auf dem ersten deutschnationalen Parteitag über die zukünftige Außenpolitik⁶ bot mir die Gelegenheit, die Forderungen der Befreiungspolitik von weithin bemerkbarer Stelle zu verkünden. Freilich war mir persönlich das, was ich damals aussprach, so selbstverständlich, daß die begeisterte und nachhaltige Zustimmung, die ich fand, mich überraschte. Ich hatte nicht erwartet, daß diese Forderungen, die sich für die konservative Auffassung aus der preußisch-deutschen Geschichte wie von selbst ergaben, eine Wirkung ausüben würden, als handle es sich um etwas ganz Neues. Nach der weiteren geschichtlichen Entwicklung habe ich zeitweise bezweifelt, ob ich in diesem Referat zu einseitig England als denjenigen Feind bezeichnet habe, dessen Welttyrannie das deutsche Volk werde brechen müssen, um seine Unabhängigkeit wieder zu erobern. Ich stand noch unter dem Eindruck der gegen England gerichteten konservativen Kriegspolitik und der Tatsache, daß England immer noch, trotz des Waffenstillstandes und der Annahme des Versailler Diktates, die Hungerblockade aufrecht erhielt, durch die weitere Hunderttausende deutscher Frauen und Kinder hingeremordet wurden. Im weiteren Verlauf trat der Gedanke in den Vordergrund, daß Frankreich nicht nur, wie ich damals meinte, als Trabant Englands, sondern in alter Erbfeindschaft an der Absicht festhielt, Deutschland vollends zu unterdrücken und zu vernichten. Im Zweiten Weltkriege erblicke ich jetzt eine volle Bestätigung meiner damaligen Meinung, daß England an erster Stelle der uns versklavenden Tyrannen steht. Im übrigen ist das im Juli 1919 entwickelte Programm in seinen Grundgedanken und bis in die meisten Einzelheiten hinein die Grundlage dessen geblieben, was ich in und mit der DNVP und durch meine sonstige rednerische und schriftstellerische Tätigkeit als die Richtschnur aller politischen und volkserzieherischen Arbeit vertreten habe. In dieser Rede kommen Stimmungen und Meinungen jener Zeit zum Ausdruck, in der alles, was deutsch war und dachte, unter dem Druck tiefster nationaler Erniedrigung stand.

⁶ Wie Anm. 1.

Die Befreiung vom Joche und von der Schmach des Versailler Diktates blieb das *cerum censeo* all meiner politischen Vorträge, Agitations- und Wahlreden. Ich pflegte sie damit zu eröffnen und zu schließen und die Ausführungen über die innenpolitischen Verhältnisse, allen Streit mit den herrschenden Parteien, besonders mit der Sozialdemokratie in diesen Zusammenhang hineinzustellen. Das wurde auch zum Grundgedanken der meisten meiner innenpolitischen Wochenschauen, obwohl die Außenpolitik in die Wochenübersichten von Hoetzsch gehörte; der Zusammenhang zwischen der Forderung, das Vaterland zu befreien, und der Unzulänglichkeit der inneren Verfassungs- und Regierungsverhältnisse trat dabei stets offen zu Tage.

In der gleichen Richtung lag meine Mitarbeit an programmatischen Parteikundgebungen. Daß der Aufruf zur Gründung der DNVP vom 24. November⁷ und der Aufruf der Konservativen Partei vom 3. Dezember 1918⁸ und schließlich das endgültige Parteiprogramm den Befreiungsgedanken an die Spitze der Richtlinien für die praktische Politik stellte, entsprach meinen Entwürfen, Vorschlägen und Forderungen. Ich will nicht behaupten, daß es allein mein Verdienst gewesen sei. In zahlreichen Kundgebungen anderer Redner wurden die gleichen Gedanken vertreten, besonders wirksam von v. Graefe und D. Traub, nicht minder aber auch von Helfferich und Hergt. Vielleicht bin ich derjenige gewesen, der das Ziel äußerer Befreiung am einseitigsten in den Vordergrund gestellt hat, und ich glaube, dadurch die DNVP auf diesem Wege vorwärts gedrängt und dazu beigetragen zu haben, daß sie ihn auch dann nicht verließ, wenn andere Interessen der Wirtschaft, der inneren Politik, der Teilnahme an der Regierung sich vorzudrängen suchten.

Als ein Beispiel meines Drängens aus der ersten Zeit mag hier ein Brief Platz finden, den ich am 13. Februar 1919 an Schiele schrieb, meinen Geschäftsführer der alten konservativen Fraktion, der dasselbe Amt in der deutschnationalen Fraktion in Weimar übernommen hatte.

»Gestatten Sie mir als einem bescheidenen Außenseiter gütigst, Ihnen meine unvorgreifliche Meinung vorzutragen – und dabei in altgewohnter Weise deutlich zu werden, selbst auf die Gefahr hin, daß das geschriebene Wort noch gröber klingt als das gesprochene und als es gemeint ist. Mit Euren dammligen sozialpolitischen Anträgen lockt Ihr keinen Hund vom Ofen; es weiß doch jeder, daß diese Dinge jetzt nicht entschieden werden. Wenn Ihr sie stellen müßt, um in geschlossener Einheit des neuen Fraktionsgebildes Euren neuen Geist zu zeigen, so habt Ihr meinen Segen. Darüber aber vergeßt gefälligst nicht, was eigentlich Eure Aufgabe ist. Ihr seid das Salz der Erde und das Gewissen der Nation und der Regierung und dürft Tag und Nacht an nichts anderes denken, als wie Ihr die gemeine Niedertracht und Schändlichkeit des Gewaltfriedens dem Volke und der Geschichte vor Augen führt. Bis jetzt verlautet davon gar nichts, und wenn das so weitergeht, trete ich aus und gehe zur Deutschen Volkspartei über. Was habt Ihr mich immer beschimpft, wenn ich mir von Stresemann den Rang ablaufen ließ und nun laßt Ihr dauernd die Deutsche Volkspartei die Anträge stellen, die Eure Sache sind. Schon am letzten Sonntag mußte ich die Volkspartei wegen ihres nationalen Antrages loben und der heute früh veröffentlichte Antrag Heinze zu den Waffenstillstandsverhandlungen⁹ mit seiner Spitze gegen Erzberger ist ausgezeichnet und wird von mir gleichfalls in der »Kreuzzeitung« gebührend herausgestrichen werden. Nächstens fange ich an, bei solcher Gelegenheit Euch zu beschimpfen, was im übrigen keine Drohung, sondern nur eine loyale Ankündigung sein soll.

Sie sehen, daß ich mir in der Kritik der hohen Fraktion die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen entschlossen bin. Deshalb sage ich auch kein Wort über die Wahl des Vizepräsidenten, die Zu-

⁷ Veröffentlicht u. a. Kreuz-Ztg. Nr. 599 vom 24. 11. 1918; danach LIEBE, S. 107 ff.

⁸ Veröffentlicht Kreuz-Ztg. Nr. 618 vom 3. 12. 1918; abgedruckt bei LIEBE, S. 26.

⁹ Der Antrag Heinze vom 8. 2. 1919 ist abgedruckt in: Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. 335 Nr. 9.

stimmung zur Notverfassung und die beschriebenen Zettel bei der Wahl des Reichspräsidenten. Ich will nicht einmal bestreiten, daß ich diesen ganzen Unfug in der Krankenstube parlamentarischer Erwägungen vielleicht sogar mitgemacht haben würde, und bin bloß froh, daß ich das nicht brauchte.

Wem Sie diesen Brief in seiner ganzen unverhüllt liebenswürdigen Form oder mehr für die Jugend bearbeitet mitteilen wollen, stelle ich ganz Ihrem unvorgreiflichen Ermessen anheim; jedenfalls wäre es mir erwünscht, wenn mein Wunsch auf scharfe nationale Anträge in der Frage von Waffenstillstand und Frieden zur Kenntnis eines möglichst großen Teiles der Fraktion käme.

Im übrigen freue ich mich, daß Sie die Feldwebelgeschäfte wieder übernommen haben und verbleibe

Ihr wohl geneigter alter Herr.«

Ein deutschnationaler Antrag aus jener ersten Zeit, der dieser Mahnung entsprochen hätte, findet sich in den Drucksachen nicht.

Auch wenn Ausländer meine Meinung erfragten, nahm ich kein Blatt vor den Mund. Einem amerikanischen Journalisten Enderis, der im Mai 1919 nach Bekanntgabe der Bedingungen ein Interview erbat, antwortete ich schriftlich.

»Selbstverständlich stimme ich als konservativer Politiker dem ›Unerträglich, Unerfüllbar, Unannehmbar, womit das deutsche Volk einmütig den Versailler Vorschlag beantwortet, vorbehaltlos zu. Von den am weitesten rechts stehenden Konservativen bis zum radikalen Demokraten, vom schärfsten Alldeutschen bis zu begeisterten Pazifisten zweifelt kein Mensch in Deutschland daran, daß Ihr Präsident Wilson den schwersten Rechts- und Vertrauensbruch der Weltgeschichte begangen hat, als er den Versailler Vorschlag gut hieß, nachdem er das Abkommen des Notenwechsels vom 5. Oktober bis 5. November v. Js. mit Deutschland geschlossen und verbürgt hatte. Das Nein des deutschen Volkes halte ich für unbeugsam. Daran ändert nichts die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokraten; sie bilden eine Minderheit, und sie wollen den Vertrag nur unterschreiben, weil sie glauben, daß die Weltrevolution ihn alsbald beseitigen wird. Die Hungerblockade schreckt uns nicht mehr als der angemessene Hungerfriede. [...]«

Die Väter des Versailler Vorschlages tragen vor der Geschichte die schwere Schuld auch daran, daß mit aller Bestimmtheit schwere Kämpfe zwischen den Deutschen und den Polen zu erwarten sind, die dem deutschen Kaiser und Volk die Befreiung vom Zarismus und ihr neu erstandenes selbständiges Staatswesen verdanken. Die kerndeutsche Bevölkerung von Oberschlesien, Westpreußen und Ostpreußen erklärt, wie Sie gelesen haben werden, daß sie sich der Abtretung an Polen auch dann nicht fügen werde, wenn sich eine Regierung finden sollte, die den Versailler Vertrag unterschreibt, und das deutsche Volk wird ihr darin zur Seite stehen. Kommt aber der Friedensschluß mit der Abtretung nicht zustande, so werden die Polen nicht darauf verzichten, die ihnen einmal eröffneten ungeheuerlichen Aussichten auch gegen den Willen der ›alliierten und assoziierten Mächte‹ zu verwirklichen. Hier ist es den Staatsmännern in Versailles gelungen, auf Jahrzehnte hinaus einen Brandherd in Europa zu schaffen, der an Gefährlichkeit den Balkan weit überragen wird.«

Ob Herr Enderis dieses Interview veröffentlicht hat, weiß ich nicht. Es interessierte mich auch wenig.

In der ersten Wochenschau nach Bekanntgabe der Versailler Bedingungen begründete ich die Notwendigkeit, ihnen unbedingten Widerstand entgegenzusetzen, mit einer ausführlichen Aufzählung von Bestimmungen, durch die das Versailler Diktat dem Deutschen Reich die politische Freiheit und die staatliche Selbständigkeit in der Form direkter Zwangsherrschaft nehme und das kultivierte 60 Millionen Volk Deutschlands einer Verwaltung wie derjenigen einer englischen Niggerkolonie unterwerfe.¹⁰

»Das deutsche Volk aber muß wieder einmal von vorn anfangen und wird Jahrzehnte hindurch am eigenen Leibe erfahren, daß es für den einzelnen und für das Volk keine persönliche und keine po-

¹⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 230 vom 18. 5. 1919, IP; siehe ferner Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

litische Freiheit gibt ohne die aus eigener Kraft erkämpfte und behauptete Unabhängigkeit vom äußeren Zwange der Fremdherrschaft.«

Der Unterzeichnung des Versailler Diktates widmete ich in einer mit Trauerrand versehenen Nummer der »Kreuzzeitung« eine der neuen Lage entsprechende Behandlung des Themas.¹¹

»Wehrlos – ehrlos! Bei diesem Wort denkt man zunächst mit Recht daran, daß über den Wehrlosen alle Welt herfällt, ihn nicht nur vernichtend und ausnutzend, sondern voller Verachtung. Im Völkerleben versagt auch der Schutz, auf den in der bürgerlichen Gesellschaft der Wehrlose an die Macht des Staates Anspruch erhebt, und am allerwenigsten wird der gestern in Versailles unterschriebene Völkerbund ihn gewährleisten. So wird die Mißachtung und Kränkung, die den Wehrlosen trifft, ohne nach der Schuld an seiner Wehrlosigkeit zu fragen, uns Deutsche, wie es seit dem 9. November v. J. täglich geschehen, weiter dauernd mit vernichtender Gewalt niederdrücken. Das Furchtbarste aber ist, daß das deutsche Volk nicht mehr voll berechtigt ist, der Mißachtung der Völker den Stolz des guten Bewußtseins seiner inneren Ehre entgegenzusetzen. Von Vertretern der regierenden Parteien, die den Frieden vollzogen haben, wird das versucht. Sie sagen, keine Gewalt der Feinde könne dem deutschen Volke die Ehre nehmen, die Schmach dieses Friedensschlusses falle auf diejenigen zurück, die ihn uns aufgezwungen haben. Das sind stolze Worte, zu denen auch ein am Boden liegendes Volk dann das Recht hat, wenn es bis zuletzt sein Alles freudig an seine Ehre gesetzt hat. Das deutsche Volk hat heute das Recht verloren, so zu sprechen, weil es selbst an der Wehrlosigkeit schuld ist, die ihm die Ehre in der Meinung der Völker nimmt. ›Im Vertrauen auf die zugesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen hat das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gelegt, so erklärt die deutsche Regierung in den Bemerkungen zu den Friedensbedingungen, die am 29. Mai d. J. überreicht wurden, und sie fügt hinzu, dieses Vertrauen sei auf die wiederholten Versicherungen der Gegner gestützt gewesen, daß ›der Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung geführt werde, daß der Friede ›eine neue Art des Friedens sein solle, ein Friede des Rechts und kein Friede der Gewalt, daß der ›von ihm ausgehende neue Geist in einem Bunde der Völker verkörpert werden‹ und daß ›Deutschlands Stellung nicht vernichtet‹ und das ›Selbstbestimmungsrecht für alle Völker anerkannt werden‹ solle. Handelte es sich bei dem Vertrauen auf solche Versicherungen der feindlichen Staatsmänner nur um Fehler des Intellectes des deutschen Volkes, so würde, wie die Welt einmal ist, schon diese Torheit geeignet sein, das deutsche Volk in der Achtung der Gegner tief herabzusetzen. In Wirklichkeit ist indessen dieses Vertrauen ein nur zu durchsichtiger Schleier vor Verfehlungen des Willens und Charakters. Wehrlos gemacht hat uns der Machtwille sozialdemokratischer und demokratischer Massen und ihrer ehrgeizigen Führer, die über den Kampf um ihre Macht im Innern Deutschlands äußere Selbständigkeit und Freiheit geopfert haben. Wehrlos gemacht hat uns die von sozialdemokratischer Seite ausgehende Unterwühlung von Heimat, Heer und Marine. Wehrlos gemacht hat die schwächliche Nachgiebigkeit gegen solche Bestrebungen, wehrlos gemacht die materialistische Weltauffassung und der krasse Egoismus, der es verlernt hat, das eigene Ich dem Vaterlande zu opfern.«

Einen Jahresüberblick Eberts auf das Jahr 1919 beantwortete ich mit scharfer Kritik. Getragen von dem Bestreben, keine Regierungserklärung zuzulassen, die der Notwendigkeit unbedingten Widerstandes auch nur auszuweichen suchte, zeigt sie, mit welcher Rücksichtslosigkeit wir damals die Wahrheit über Versailles gegen die herrschende Mehrheit vertreten haben und vertreten konnten.¹²

»Nein, Herr Präsident, der Versailler Vertrag ›droht‹ nicht nur, alle deutschen Interessen fremder Entscheidung zu überantworten, sondern er hat die Nation selbst mit allem, was sie ist und besitzt, dem Vernichtungswillen der Feinde wehrlos und ehrlos ausgeliefert. Wer davor die Augen verschließen will, der hat weder den Sinn und Inhalt der feindlichen Noten begriffen, mit denen die Feinde uns im vergangenen Jahr in Ausführung des Waffenstillstandes und des Versailler Ver-

¹¹ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 29. 6. 1919, IP.

¹² Kreuz-Ztg. Nr. 6 vom 4. 1. 1920, IP.

trags Woche für Woche mit Füßen getreten haben, noch hat er die rechte Erkenntnis für alles das, was unserem Volke in den nächsten Wochen bevorsteht, wenn nun endlich die Ratifikationsurkunden ausgetauscht sein werden. Wer aber solcher Sachlage und solchem Frieden gegenüber von »fremder Gnade« spricht, der zeigt, daß ihm das Gefühl für die Würde des deutschen Volkes und für die Haltung fehlt, die ihm auch die Gesetze der Klugheit vorschreiben sollten. Bitter nötig ist, daß geschieht, was der Präsident am Schlusse seiner Kundgebung forderte. »Alle, die sich Deutsche nennen, sollten »in der gemeinsamen Not die Reihen schließen« und »ein jeder muß an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Äußerste tun.« Schönrednerisches Hinweggleiten über die Furchtbarkeit der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage, würdeloses Hoffen auf fremde Gnade bieten aber weder für die nötige Einigkeit noch für die Entschlossenheit des Volkes die geeignete Grundlage.«

Anlässlich des Austausches der Ratifikationsurkunden betonte Westarp¹³, der endgültige Abschluß des Vertrages bedeute für das deutsche Volk »nur die Fortsetzung des Kampfes, den die verbündete Übermacht einer Welt zur Vernichtung von Ehre und Dasein der deutschen Nation begonnen« habe. »Der Raub, die Gewalt, das Unrecht dieses Vertrages« könnten vom deutschen Volk niemals anerkannt werden.

Nach der Unterzeichnung trat mehr und mehr die Illusion in Erscheinung, man müsse durch vertragstreues Verhalten und durch Anrufen der Vernunft oder gar des Wohlwollens der Gegner eine Milderung der Zwangsherrschaft, vielleicht sogar eine Revision des Vertrages zu erreichen suchen. Diese Illusion führte in den folgenden Jahren, als die Kontributionsforderungen bestimmte Formen annahmen, zu verhängnisvollen Fehlern der »Erfüllungspolitik«. Den Kampf gegen sie, der mich noch oft beschäftigen sollte, habe ich schon in der Periode der Nationalversammlung aufgenommen, in der sie zunächst noch dem ganzen Inhalt des Diktates gegenüber und namentlich von der Sozialdemokratie vertreten wurde.

Einen ersten Anlaß dazu gab mir im Oktober 1919 ein Artikel der »Sozialistischen Korrespondenz«¹⁴, in dem sie darüber klagte, daß wir unsere ganze Schulreform, unsere ganze Sozialreform und alles, was wir sonst erstreben, im Augenblick ruhig einpacken und einpökeln könnten.

»Wenn wir die Feinde durch den Versuch, wenigstens zunächst den Friedensvertrag zu erfüllen, »von unserer Ehrlichkeit überzeugt haben«, müßten wir »mit neuer Bitte vor den Völkerbund treten, und ihn anflehen, daß er das deutsche Volk leben und atmen lasse!« Eine solche Bitte, würdelos und erbärmlich, wird zu den gleichen furchtbaren Enttäuschungen führen, die die Politik des Verständigungswahnes während des Krieges und die Hoffnung der Naiven auf den Waffenstillstand gebracht hat.«

Ausführungen der Linkspresse von der »Freiheit« bis zum »Berliner Tageblatt« und der »Vossischen Zeitung« nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden gaben mir Anlaß zu ausführlicherer Widerlegung.¹⁵

»Einmütig wird auch der Gedanke ausgesprochen, daß es zu einer Revision des Vertrages kommen müsse. Als Mittel, zu diesem Ziele zu gelangen, sieht die Presse der Linken an, daß Deutschland loyal und bis aufs äußerste versuchen müsse, die Forderungen der Feinde zu erfüllen. Ja man geht so weit, die Unterwerfung unter die Gewalt und das erpreßte Unrecht von Versailles gewis-

¹³ Kreuz-Ztg. Nr. 19 vom 11. 1. 1920, IP.

¹⁴ Stellungnahme dazu Kreuz-Ztg. Nr. 517 vom 26. 10. 1919, IP. Der Begriff der Erfüllungspolitik wird vor allem mit der Politik des Reichskanzlers Wirth in Verbindung gebracht; zu ihm jetzt zwei neuere Biographien: Heinrich Küppers: Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997 sowie Ulrike Hörster-Philipp: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn 1998.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 32 vom 18. 1. 1920, IP.

sermaßen als eine Ehrensache des deutschen Volkes zu bezeichnen. [...] Inzwischen hat Herr Reichskanzler Bauer in einer Unterredung mit dem Vertreter der ›Neuen Züricher Zeitung‹ mitgeteilt, wovon man sich in jenen Kreisen allein die Änderung des Versailler Vertrages erhofft. Er sagt: ›Die Entente wird selber einsehen, daß sie Milderungen eintreten lassen muß, nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft. [...] Die Krankheit des deutschen Volkes, die es seinen Siegeswillen vorzeitig aufgeben ließ, scheint bei der Demokratie unheilbar zu sein. Das Wort Theodor Wolffs von den ›gewissenlosen Verführern oder phrasenberauschten Phantasten‹ paßt auf diejenigen, die das deutsche Volk immer noch in den jammervollen Traum einzulullen versuchten, daß es ohne die eigene Kraft zum Widerstande von dem guten Willen seiner Feinde oder von deren Verständnis für ihr eigenes Interesse etwas zu erwarten habe.«

Bei Bekanntwerden der Versailler Bedingungen empfand ich das Bedürfnis, die Gesichtspunkte, aus denen der Kampf gegen dieses Werk der Schande und Vernichtung zur unerläßlichen und ersten Pflicht des deutschen Volkes geworden war, in einheitliche Grundbegriffe zu gruppieren. Ich wählte dazu den Wahlspruch der deutschen Burschenschaft: »Ehre, Freiheit, Vaterland«. Ich hatte den Burschenschaften persönlich und politisch nicht nahe gestanden. Nach dem Umsturz hatte ich den Eindruck, daß sie in erfreulicher Weise das nationale Ideal der alten deutschen Burschenschaften in den Vordergrund stellten, und ihre Parole gab gute Anhaltspunkte für bestimmte Gedanken, auf die ich im Kampfe gegen die Zwangsherrschaft besonderen Wert legte. Nachdem ich sie in der Zeitschrift »Tradition« dazu verwendet hatte, bin ich darauf in meinen Reden oft zurückgekommen.¹⁶

Den Appell an das nationale Ehrgefühl habe ich dauernd an die Spitze gestellt. Durch ihn wollte ich das deutsche Volk seiner Stumpfheit entreißen. Dabei behandelte ich es als selbstverständlich, daß es vom idealen und sittlichen Standpunkt aus die höchste Pflicht der Nation war, ihre Ehre zu wahren und, da sie verletzt war, wieder herzustellen. Um diesem Gedanken jedoch eine breitere Wirkung in den Massen zu geben, habe ich gleichzeitig oft an die realpolitische Bedeutung erinnert, die dem Ansehen zukommt, das Volk und Staat in der Welt genießen.

Immer neuen Anlaß, das Ehrgefühl der Nation aufzurufen, gab neben den Schuldügen und dem materiellen Inhalt des Diktates die Schmach, die dem deutschen Reiche fortdauernd durch den Ton angetan wurde, den seine Gewalthaber in ihren Noten, in öffentlichen Ministerreden und auf Konferenzen anschlugen.¹⁷

»Wäre dem Deutschen Reich in der Kaiserzeit auch nur ein Bruchteil desjenigen geboten worden, was jede einzelne der Noten aus Paris in wegwerfendem Ton gegen die deutsche Regierung, an unbegründeten Vorwürfen und unerhörten Forderungen enthalten hat, ganz Deutschland von der Nordsee bis zu den Alpen wäre in deutschem Zorn zu entschlossener Abwehr aufgeflammt. Die ganze Wucht des schrecklichen Wortes ›wehlos – ehrlos‹ offenbarte sich im Jahre 1919 vielleicht am deutlichsten in der Art, wie das deutsche Volk all dies Schreckliche über sich ergehen ließ.«

Den einst so unbändigen Willen der Deutschen zur Freiheit suchte ich durch die Feststellung aufzustacheln, daß das Deutsche Reich im Versailler Diktat einer Fremdherrschaft unterworfen worden war, die in der Weltgeschichte kaum ihresgleichen hatte und jedenfalls der dem preußischen Staat 1806 auferlegten Tyrannei Napoleons in nichts nachstand. Der Nachweis war leicht zu führen, mochte es sich um den Raub der

¹⁶ Tradition vom 24. 5. 1919, Heft 8, »Versailles und das deutsche Volk«, S. 225 ff.; siehe auch Kreuz-Ztg. Nr. 230 vom 18. 5. 1919, IP.

¹⁷ Eiserne Blätter vom 4. 1., S. 481 f.; siehe ferner z. B. Pommersche Tagespost Nr. 287 vom 25. 10. 1919; Kreuz-Ztg. Nr. 504 vom 19. 10. 1919, IP.

deutschen Gebiete oder für das zerstückelte Reich um die Ausbeutung durch die einmaligen und fortlaufenden Kontributionen, die Besetzung des Rheinlandes und der Abstimmungsgebiete, die Abrüstung und vor allem die Militärkontrolle, die interalliierten Kommissionen für die deutschen Ströme und vieles andere handeln. Die Kennzeichnung des über Deutschland hereingebrochenen Zustandes als das Joch einer Fremdherrschaft, die der deutsche Freiheitswille abschütteln müsse, war der Grundgedanke meines Parteitagsreferats vom 13. Juli 1919¹⁸, der in den Kreisen der Partei so nachhaltig zündete. Im Lande stieß die Behauptung, wir seien Sklaven geworden und hätten keine wichtigere Aufgabe als die unserer Befreiung, auf eine begriffsstutzige, oft erstaunte Masse. Die Revolution und das parlamentarische Regiment hatten ja dem deutschen Volke »die Freiheit gebracht« und es endlich in den Kulturkreis der freiheitlich regierten Völker eingereiht. Besondere Sorgfalt widmete ich deshalb noch oft dem Nachweis, daß die Freiheit von ausländischer Fremdherrschaft die Grundlage aller persönlichen und politischen Freiheit ist; das habe das deutsche Volk bei seinem Streben nach innerer politischer Freiheit nur zu oft vergessen, mochte es unter politischer Freiheit mehr die Einschränkung der Rechte des Staates gegenüber dem Einzelnen oder die Teilnahme der Volksmassen an Gesetzgebung und Verwaltung verstanden haben.¹⁹

»Freiheit! [...] Von der ›Junkerherrschaft‹ und vom ›persönlichen Regiment‹, von ›Bürokratie‹ und ›Militarismus‹, vom ›Herrenstandpunkt‹ des Unternehmers in Stadt und Land wollte das Volk sich befreien; in der Erweiterung seiner politischen Rechte zur Mitwirkung am Staate sah es das Ideal politischer Freiheit, und derweil verlor es die Grundlage aller politischen und persönlichen Freiheit: die Unabhängigkeit vom Ausland. [...] Das hohe Maß politischer, sittlicher und wirtschaftlicher Freiheit, das dem Deutschen im Obrigkeitsstaate des wilhelminischen Zeitalters beschieden war, hat er mißachtet. Jetzt beginnt das Elend der Fremdherrschaft, das ihm bevorsteht, ihm zur Lehre zu dienen, daß er wieder erkenne, was in erster Linie nottut, wenn ein Volk frei sein will. Herrn Erich Kuttner habe ich noch nicht oft zustimmen können. Jetzt führt auch er im ›Vorwärts‹ zutreffend aus, es gelte ›auszusprechen, was ist‹: Deutschland solle zur englischen Kolonie gemacht werden, es solle keine eigene Regierung sich zum Exekutor solcher Fremdherrschaft hergeben, sondern deren Durchführung dem englischen Gouverneur überlassen.«

Daß es vor allem darauf ankomme, die sozialdemokratisch verhetzten Arbeitermassen zum nationalen Widerstandswillen zurückzuführen, war auch mir klar. Kaum eine meiner Ausführungen in den Versammlungen, selbst nicht das Festhalten am monarchischen Gedanken, erregte in den ersten Revolutionsjahren ein so gewaltiges Widerspruchsgebrüll der anwesenden Sozialdemokraten und Spartakisten wie die, daß Pflicht und eigenes Interesse der Arbeiter ihnen gebiete, im Kampf um Ehre und Freiheit sich wie 1914 an die Seite des eigenen Vaterlandes zu stellen. Den Weg der Nachgiebigkeit gegen undurchführbare und agitatorische, übertriebene sozialpolitische Forderungen hielt ich nicht für gangbar und aussichtsreich. Vielmehr erblickte ich das Heilmittel gegen den Internationalismus in der Aufklärung über dessen Zusammenbruch. Deshalb suchte ich den deutschen Arbeitern begrifflich zu machen, daß Weltkrieg und Gewaltfriede die waagerechte Scheidewand, die den Arbeitern aller Länder von seinem Unternehmer trennte, eingerissen und den senkrechten Trennungslinien der nationalen Gegensätze, die Arbeiter und Unternehmer der einzelnen Länder gleichmäßig erfaßten, ihre volle Bedeutung zurückgegeben hatte.²⁰

¹⁸ Wie Anm. 1.

¹⁹ Tradition (wie Anm. 16), S. 226.

²⁰ Ebd.

»Freilich international ist die Macht, die uns zu Boden tritt. Die Gewerkschaften haben ausgesprochen und der »Vorwärts« wiederholt es, daß der Versailler Friede ein Attentat des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus ist. Aber auf beiden Seiten – bei denen, die die Gewalt ausüben und die sie erleiden – bleibt die nationale senkrechte Scheidelinie in voller Wirkung erkennbar. Das alliierte und assoziierte Großkapital hat sich in Versailles vertrustet und seine Gewalttat richtet sich gegen das deutsche Volk, in dem es das aufsteigende Volk der Arbeit und des Arbeiters erblickt und als Konkurrenten zu fürchten gelernt hat. Nicht von der Abwehr des internationalen Proletariats gegen diese Kapitalmacht haben wir die Rettung zu erhoffen. Wir Deutschen sind das Volk der Proletarier, das der französische, englische, amerikanische Arbeiter ebenso niederhalten und ausbeuten will wie das Großkapital der feindlichen Länder. Auch diese Erkenntnis beginnt in den jetzigen Tagen zu dämmern; möchte es nicht allzu vieler weiterer bitterer Erfahrungen bedürfen, bis sie in unserer Sozialdemokratie und den Arbeitermassen sich zu dem festen Entschlusse verdichtet, ans Vaterland, ans teure, sich anzuschließen.«

Im Kampf der Versammlungen suchte ich mich der Ausdrücke zu bedienen, an die der Arbeiter durch die sozialdemokratische Agitation gewöhnt war. So pflegte ich den opponierenden Hörern dem Sinne nach zuzurufen: »Ja, wollen Sie denn nicht sehen, daß das englisch-amerikanische Weltkapital sich das Versailler Diktat als ein Mittel geschaffen hat, um das ganze deutsche Volk – Landbewohner wie Städte, Kopf- wie Handarbeiter, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer – zur Sklavenarbeit zu zwingen und auszubeuten. Der Widerstand und Kampf gegen das Versailler Diktat ist für uns Deutsche Klassenkampf unseres ganzen, zur Proletarisierung verurteilten Volkes gegen seine Ausbeuter.« Wie fest noch am Ende des Jahres 1919 die Mauer des Internationalismus stand, gegen die ich anging, zeigt ein Bericht über eine Versammlungserfahrung der damaligen Zeit.²¹

»Hundertfach gelte mir entgegen: »Der Feind sind Sie!« und die unabhängigen Zwischenrufer und Diskussionsredner wiederholten das Leitmotiv, unser Feind ist nicht der Franzose, nicht der Engländer, sondern der Junker, der Kriegshetzer und Kriegsverlängerer. Von der Internationalen, von der Interessengemeinschaft mit dem französischen und englischen Proletariat, von der Weltrevolution allein erwarteten sie die Besserung.«

Die harte Schule blieb nicht aus. Es war besonders die Proletarisierung des ganzen deutschen Volkes durch den Reparationswahnsinn, die auch den Arbeitern die Parole gemeinsamen Kampfes gegen das Weltkapital der Fremdmächte begreiflich machte. Die DNVP nahm die Parole auf, und ich begrüßte Reden von Vertretern des sozialen Flügels der Partei wie Lambach und Behrens, die sie den Arbeitern in ähnlichem Sinne wie ich vortrugen, besonders lebhaft, weil ich annahm, daß sie in deren Mund wirksamer sein werden als in dem meinigen. Deshalb habe ich es auch den Arbeiterorganisationen der Partei nahe gelegt, von diesem Argument möglichst oft Gebrauch zu machen. Um zu zeigen, wie durch den Weltkrieg der Irrtum der vermeintlichen proletarischen Interessensolidarität widerlegt worden war, habe ich mich in zahlreichen Versammlungen ferner des Wortes eines sozialdemokratischen Führers bedient, die Internationale habe während des Krieges immer wieder in die Hand hineingespuckt, die ihr die deutsche Sozialdemokratie hingereicht habe. Meinem Geschmack entspreche es nicht, die Hand hinzuhalten, wo man hineinspucke, und könne es auch nicht für politisch klug halten; der französische und englische Sozialdemokrat bleibe Franzose und Engländer, und nur dem Deutschen sei es vorbehalten gewesen, selbst im Daseinskampf der eigenen Nation in erster Linie internationaler Sozialdemokrat sein zu wollen! Die schriftstellerische und programmatische Arbeit der Aufklärung lieferte

²¹ Kreuz-Ztg. Nr. 630 vom 28. 12. 1919, IP.

mir überreichliches Material für meine Versammlungsreden. Daß dieser Kampf noch einmal mit den Waffen geführt werden müsse, habe ich nicht immer so deutlich und ausdrücklich ausgesprochen, wie es meiner Überzeugung entsprach, weil ich die nationale Bewegung und die Partei nicht dem Vorwurf der Kriegshetze aussetzen wollte, der in der damaligen Stimmung beliebt und eindrucksvoll war. Herauszuhören war der Gedanke des Befreiungskrieges stets, und wenn ich von Zwischenrufern und Diskussionsrednern gestellt wurde, habe ich diese meine Überzeugung nie verleugnet.

In zahlreichen Massenversammlungen suchte und fand ich reichlich Gelegenheit, die Propaganda gegen Versailles an die Gegner und an die Massen heranzubringen und mich mit ihnen darüber auseinanderzusetzen. Dabei waren es in der Regel gerade die Ausführungen über Versailles und die Angriffe auf den äußeren Feind, die gehässige Gegnerschaft, törichte immer wiederkehrende Zwischenrufe, wüsten Lärm und gewaltsame Störung hervorriefen. Bis zur Krankhaftigkeit gesteigerter Pazifismus und seit langer Zeit eingehämmertes Internationalismus, vielleicht auch das sich aufdrängende Bewußtsein, schuldig am Verlust des Krieges zu sein, machten anscheinend die Masse und die sie verhetzenden Agitatoren gegen den Aufruf an das nationale Gewissen zur Wahrung von Ehre und Freiheit noch empfindlicher als das Bekenntnis zur Monarchie oder zur Gegnerschaft gegen Sozialdemokratie und Parteiherrschaft.

Noch heute tönt mir der blöde Zuruf: »Brest-Litowsk« in den Ohren, der das Jahr 1919 hindurch und noch lange in der Folgezeit jeden meiner rednerischen Angriffe auf das Diktat von Versailles und seine ausländischen Urheber begleitete. Den Kunstgriff, dem Gegner seine Zwischenrufe vorwegzunehmen, habe ich, wenn mir das Brest-Litowsk-Gebrüll zu dumm wurde, oft geübt. Dann sagte ich den anwesenden Schreibern bei Einleitung der Ausführungen über Versailles: »Bei dem, was ich jetzt vortragen will, werden Sie dauernd ›Brest-Litowsk‹ brüllen. Das müssen Sie ja tun, um Ihre politischen Drahtzieher zufrieden zu stellen. Vielleicht könnten Ihnen diese das Leben bequemer machen, wenn sie zu diesem Zwecke Phonographenplatten oder Papageirufe verwendeten. In der Sache bewiesen wird damit natürlich gar nichts.« Wenn dann die Zwischenrufe doch noch kamen, erwiderte ich bloß: »Na, sehen Sie. Det habe ich ja gleich jewußt.« Allgemeine Heiterkeit störte den Gegnern den Erfolg. Der Vergleich des Versailler Diktates mit den Verträgen von Brest-Litowsk, den ich daran anschloß und zu dem ich auch die Friedensverträge Bismarcks heranzog, war mir aus meiner parlamentarischen Kriegsarbeit besonders geläufig. Auch in das deutschnationale Rednermaterial²² wurde schon im Juni 1919 der Vergleich der beiden Friedensschlüsse aufgenommen. Der Nachweis, daß Brest-Litowsk im Vergleich zu Versailles ebenso wie Bismarcks Friedensschlüsse ein überaus milder Friedensvertrag gewesen ist, war leicht zu führen, und ich scheute nicht vor dem Bekenntnis zurück, daß ich seinerzeit eine vollkommeneren Berücksichtigung der deutschen Interessen gegen Sowjet-Rußland und Rumänien durchzusetzen versucht hatte. Im übrigen war der Kampf um den Zwischenruf Brest-Litowsk ein Beweis für den Einfluß, den Sowjet-Rußland auf die radikalen Hetzer und durch sie auf die Massen ausübte.

Oft mußte ich bemerken, wie überraschend und enttäuschend niederdrückend und abstoßend es auf Leser und Hörer wirkte, wenn ich die Erscheinungen und Folgen der Zwangsherrschaft rückhaltlos schilderte und die Lage und die Zukunftsaussichten, die

²² Wer verschuldete den Schmach- und Hungerfrieden? Nachträge zur Friedenserörterung in der preußischen Landesversammlung am 25. und 26. 6. 1919. Eine nichtgehaltene Rede (DN-Flugschrift Nr. 25), Berlin 1919, S. 6.

sich daraus ergaben, schwarz in schwarz malte. Popularität für die eigene Person und die Partei war dadurch nicht zu gewinnen. Die Gegner reizte es zu heftigen Angriffen. Mich selbst beschäftigte nicht selten die Frage, über die ich auch wohl mahnende Worte von befreundeter und gegnerischer Seite zu hören bekam, ob es denn nötig und richtig sei, in dieser Weise auf die Stimmung zu drücken, oder ob man dadurch nicht das letzte Vertrauen auf die deutsche Zukunft erschütterte und den Widerstandswillen lähme. Ich blieb bei dem Entschluß zu rückhaltloser und rücksichtsloser Wahrheit. Eine offene Darlegung der Gründe, die dazu nötigten, schien mir geeignet, dazu beizutragen, daß die Klarheit über die Größe der Not nicht lähmend, sondern aufpeitschend und vorwärts treibend wirke.²³

»Diese Arbeit muß getan werden, nicht um in dumpfer Verzweiflung oder in Erwartung irgend eines Wunderbaren die Hände in den Schoß zu legen, sondern um unser Volk zum Entschluß und zur Tat aufzurufen.«

²³ Pommersche Tagespost Nr. 286 vom 24. 10. 1919, »Heraus aus dem Sumpf des 9. November«; siehe ferner Kreuz-Ztg. Nr. 504 vom 19. 10. 1919.

Der Kampf um die Vergangenheit

Die Suche nach dem Sündenbock, der nach unglücklichen Kriegen die Masse zu verfallen pflegt, nahm in der November-Republik besonders üble und schädliche Formen an.¹ Die Urheber und Nutznießer des Umsturzes hatten, je verheerender dessen Folgen waren, umso dringender das politische und egoistische Bedürfnis, alle Schuld von sich abzuwälzen und damit die Machtfaktoren zu belasten, an deren Stelle sie sich gesetzt hatten. Sie betätigten es in wüster Überspitzung der Hetze, mit der sie die Massen in den Umsturz hineingetrieben hatten. Dazu fügten sie die Drohung mit strafgerichtlicher Verfolgung und mit dem Staatsgerichtshof. Ein Untersuchungsausschuß sollte die innere »Schuldfrage« klären. Vom Reichstag gebildet und nach Fraktionsstärke ausschließlich mit Reichstagsabgeordneten besetzt, wurde er dazu benutzt, von weithin hörbarer Stelle der Agitation das Material zu liefern. Seine durch Mehrheitsbeschlüsse getroffenen Feststellungen dienten nur dem Zwecke, der Revolutionsmehrheit aus den Trägern der Kaisergewalt, der Konservativen Partei und der vaterländischen Bewegung die Sündenböcke zu liefern. Man wollte ihnen den letzten Rest ihres Einflusses nehmen, der DNVP, in die sie aufgegangen waren, die Wähler entziehen und der vaterländischen Bewegung in Fortsetzung der inneren Kämpfe der Kriegszeit den Todesstoß geben. Der so entfesselte Kampf um die innere Schuldfrage war ein Teil des Kampfes der Parteien um die Regierungsgewalt. Da deren Besitz von der Mehrheit der Wählerstimmen abhing, mußte er im Wege der Massenagitation geführt werden, und so konnte es nicht ausbleiben, daß er, durch jüdische Machenschaften verschärft, zu wüstem Parteigezänk führte. Das entsprach zwar den Spielregeln des parlamentarisch demokratischen Systems, war aber in diesem Falle um so schwerer verständlich, als es sich dabei unmittelbar nur um ein historisches Urteil über die Vergangenheit handelte. Nichts steigerte die furchtbare Zerrissenheit des deutschen Volkes mehr und offenbarte sie in schwerer Notzeit den Gegnern deutlicher als der Streit der Parteien über ihre Schuld am Zusammenbruch. Nichts stand auch in stärkerem Gegensatz zu den gemeinsamen Aufgaben, die dem deutschen Volk aus der gemeinsamen Schmach und Not des Versailler Diktates und der November-Revolution erwachsen waren.

Trotz aller ebenso sachlich wie gefühlsmäßig begründeten Abneigung gegen dieses Treiben und aller staatspolitischen Sorge, mit denen es mich erfüllte, durfte ich mich dem Kampfe nicht entziehen, das war meine Pflicht des politischen Anstandes. Da ich die angefochtene Politik der alten Konservativen Partei an führender Stelle vertreten hatte, mußte ich für meine alte Partei, für die Heerführer, mit denen wir enge Verbindung gehalten hatten, für die vaterländische Bewegung, die mit uns auf der Anklagebank saß, eintreten und dazu meine Kenntnis der Vorgänge nutzbar machen. Dazu kam das Interesse der beiden Parteien, denen ich mich dienstbar gemacht hatte. Auf das Kampffeld rief mich auch die Sorge für die geschichtliche Wahrheit, die nicht durch die mit allen Mitteln betriebene Agitation der revolutionären Gewalthaber auf

¹ Vgl. WESTARP II, S. 666–669.

Jahrzehnte hinaus verdunkelt und ihrer erzieherischen Wirkung beraubt werden durfte.

Entscheidend für meine Teilnahme am Streit um die Kriegsschuld war doch in erster Linie, daß in ihm die Staatsauffassung zu bekämpfen war, die uns in den Verlust des Weltkrieges und in die schmachvolle Unterwerfung unter das Diktat der Feinde hineingeführt hatte. Von ihrer Herrschaft mußte sich das deutsche Volk loslösen, wenn es jemals wieder erstarben sollte. Die Politik des Befreiungswillens war mithin die gradlinige Fortsetzung der von den regierenden Parteien angefochtenen konservativen Kriegspolitik, wie diese gestützt auf die Erkenntnis, daß nur der eigene Wille und die eigene Kraft der Nation, bis aufs äußerste angespannt, zum Opfer von Gut und Blut, zum Tragen von Not und zu großem und gefährvollem Einsatz bereit, den Sieg über die Feindschaft der Welt herbeizwingen müsse und könne. Eine ebenso gradlinige Fortsetzung im Kriege vertretener Gedanken war auf der anderen Seite das vaterlandsfeindliche Streben von Spartakisten und radikalen Sozialdemokraten nach bolschewistischer Weltrevolution und Klassenherrschaft und in der herrschenden Mehrheit der Glaube an die Interessensolidarität des internationalen Proletariats, an die allein seligmachende parlamentarische Demokratie des Westens, an gütliche Verständigung der Völker, Weltgewissen und Völkerbund. Nach dem Versailler Diktat wie im Weltkrieg war die Folgerung der konservativ-preußischen und nationalen Auffassung Widerstand und Kampf bis zum Siege, diejenige der herrschenden sozialdemokratischen und demokratischen Ideen Versöhnung durch Nachgiebigkeit, Anpassung und Erfüllung. Wer agitatorischem Brauche folgend große Worte liebt, mag von einem Kampfe der Weltanschauungen reden. Jedenfalls standen sich grundsätzlich verschieden gerichtete Volkskräfte gegenüber. In dem Streit um die innere Kriegsschuld handelte es sich also ebenso wie im Weltkrieg auch stets darum, das deutsche Volk dazu aufzurufen, daß es bereit und stark sein müsse, für seine Ehre, Freiheit und Zukunft den unter den Trümmern verschütteten staatlichen und militärischen Macht- und Siegeswillen einzusetzen, der Preußen groß, stark und fähig gemacht hatte, die Nation im Kaiserreich zu einigen. Darum konnte in dem Parteikampf um die letzten Ursachen des Zusammenbruchs das Urteil der Geschichte nicht abgewartet werden. Um der Zukunft der Nation willen mußten die Lehren, die sich aus dem Verlust des Krieges ergaben, sofort für die Erstarbung des Widerstandswillens nutzbar gemacht und deshalb gegen alle Versuche sie zu verdunkeln, geschützt werden. Vielleicht habe ich in meinem heutigen Rückblick die Beweggründe, aus denen ich mich so lebhaft an dem Kampf um die innere Kriegsschuld beteiligt habe, klarer gegliedert, als ich sie in dem über zwanzig Jahre zurückliegenden agitatorischen Getriebe gesehen habe. Daß es mir dabei in erster Linie um das Erwachen des Befreiungswillens zu tun war, habe ich grundlegend in einem Begleitauflatz zu dem Aufruf vom 4. Juli 1919 ausgeführt, in dem die Konservative Partei der Mehrheit wegen ihrer Kriegspolitik scharfen Kampf ansagte.²

Die Kriegspolitik der Konservativen bildete einen bevorzugten Gegenstand der agitatorischen Hetze gegen die DNVP. Es war zu befürchten, daß die DNVP oder einzelne ihrer Redner bei der Feststellung, eine neue Partei zu sein, auch von unserer Kriegspolitik abrücken könnten, deren Festhalten an dem Macht- und Siegeswillen ich zur Grundlage der neu zu vertretenden Befreiungspolitik machte. Dem suchte ich schon im Dezember 1918 vorzubeugen.³

² Kreuz-Ztg. Nr. 305 vom 4. 7. 1919, »Erklärung des Konservativen Parteivorstandes«.

³ Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, IP.

»Lehrt doch heute jeder Blick in die Zeitungen, wie furchtbar wir Recht gehabt haben, wenn wir kein Vertrauen zu dem Gedanken der Völkerversöhnung und der Verständigung und zu der Hoffnung auf einen Frieden ohne Sieger und Besiegte fassen konnten, sondern an der Auffassung festhielten, es werde in diesem Kriege für Deutschland keine andere Wahl geben als Sieg oder Untergang. Das war der Grund, weshalb wir während der ganzen Dauer des Krieges bis in die letzten schrecklichen Oktoberwochen hinein dafür eingetreten sind, den Willen zum Siege und als seine Grundlage den Glauben an den Sieg aufrechtzuerhalten. Mit dieser Politik werden wir vor der Geschichte, aber auch, wie wir überzeugt sind, vor der ruhigen Überlegung des Volkes und der heimkehrenden Krieger bestehen können.«

Vertrauliche Parteisitzungen und persönliche Besprechungen mit Parteimitgliedern gaben mir namentlich in der ersten Übergangszeit oft Gelegenheit, das unbedingte Eintreten für die Kriegspolitik der alten Konservativen Partei als nötig nachzuweisen. Solchen Ausführungen fügte ich hinzu, daß die rückhaltlose Berufung der DNVP auf diese Politik sogar geeignet sei, ihre Stellung zu verbessern.⁴ Sie könne

»klar und unwiderleglich die Verantwortung für den Waffenstillstand und Frieden, für die Revolution und den mit ihr verbundenen Zusammenbruch weit von sich weisen und das nationale Interesse nach ihrem freien Ermessen, soweit es nötig in unabhängiger und scharfer Opposition, vertreten.«

Zu meiner Befriedigung fand ich in der DNVP Verständnis für meine Forderung. Es stieg, je heftiger im Laufe der Zeit der Kampf der Parteien um die Schuld am unglücklichen Ausgang des Krieges entbrannte. Dazu kam, daß wir Konservativen keineswegs die einzigen Angehörigen der DNVP waren, die sich vor ihrer Gründung der so heftig geschmähten Vergehen gegen die geheiligten Grundsätze der pazifistischen Demokratie und internationalen Solidarität schuldig gemacht hatten.

Wenn D. Traub⁵ die Kriegspolitik der Rechten verteidigte, so trat er nicht in erster Linie für die Konservativen ein, gegen deren innere Politik er Vorbehalte machte, sondern für die Vaterlandspartei, zu deren Gründern und eifrigsten Vertretern er gehört hatte. Als in der Landesversammlung der Ministerpräsident Hirsch ausführte, die Schuld am Ausgang des Krieges treffe diejenigen, die hetzerische und Annexionsreden gehalten hätten, trat der Parteivorsitzende Hergt ihm entgegen.⁶ Er wolle sich nicht damit abfinden, daß diese Reden nicht von der DNVP gehalten seien, die eine neue Partei sei. Er halte es vielmehr für eine Ehrenpflicht, für die Persönlichkeiten einzutreten, die zu Tausenden und Abertausenden aus Überzeugung der DNVP beigetreten seien. Hetzerische Agitationsreden seien von ihnen nicht gehalten worden.

»Etwas anderes ist allerdings geschehen; es sind hier Reden gehalten worden, und da muß ich mich selbst als einen solchen bekennen, der auch als Minister eine solche Rede gehalten hat, die ausklangen in dem Ruf nach dem Durchhalten. Durchhalten! Das war das Motto für die Parteien der Rechten und für die Regierung, die damals am Regierungstisch saß. Nun frage ich Sie, war es eine Schande, war es ein Unrecht von uns, wenn wir eine solche Durchhalterede oder mehrere solcher Reden gehalten haben zu einer Zeit, wo wir gutgläubig waren; denn das ist der wesentliche Unterschied gegenüber dem, was der Herr Ministerpräsident hier angedeutet hat: wir alle sind gutgläubig gewesen! Ich habe seinerzeit, als ich vom Durchhalten gesprochen habe, felsenfest an den Stern unseres Volkes geglaubt und habe in diesem Vertrauen es für notwendig gehalten, das Volk zu stärken, ihm Mut einzublasen. Wer hätte da anders handeln sollen!«

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 21 vom 2. 2. 1919 und Nr. 64 vom 9. 2. 1919, jeweils IP.

⁵ Parteitagrede am 12. 7. 1919 (DN-Flugschrift Nr. 22), Berlin 1919.

⁶ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 1 vom 26. 3. 1919 (Hirsch), Sp. 739; vom 27. 3. 1919 (Hergt), Sp. 877; siehe auch Deutschnationale Parlamentsreden, Heft 3/4, Berlin 1919, S. 41; Kreuz-Ztg. Nr. 144 vom 30. 3. 1919, IP.

Verdienstvolle Tätigkeit, mit der ich stets voll einverstanden war, hat die DNVP im Untersuchungsausschuß entfaltet. Helfferrich bei seiner Vernehmung, Warmuth und Philipp als Vorsitzende, Schultz (Bromberg) und andere haben dort lebhaft und erfolgreich gegen die Suche nach dem nationalen Sündenbock für die Grundsätze der im Kriege geführten Politik des Siegeswillens den Kampf geführt. Wir alle haben in mühseliger Arbeit wesentlich zur Aufräumung des Schuttes beigetragen, unter dem der Wille zu Ehre und Freiheit der Nation begraben bleiben sollte. Die Übereinstimmung innerhalb der DNVP auf diesem Gebiete, die am Ende der Periode der Nationalversammlung erreicht war, gehörte an erster Stelle zu den Gründen, aus denen ich an meiner Politik des Zusammenschlusses der Konservativen mit ihr zu nationaler Einheitsfront festhielt.

In hohem Maße beschämend war es, daß trotz der furchtbaren und schmachvollen Folgen der feindlichen Schuldlüge eine deutsche Partei von der Größe und dem beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie nicht auf die hetzerische Bezeichnung des kaiserlichen Deutschland und der nationalen Verbände und Parteien verzichtete, zum Ausbruch des Krieges absichtlich beigetragen zu haben. Der Beschuldigung des noch dazu von der Auslieferungsforderung bedrohten Kaisers diente die von der Koalitionsregierung Bauer veranlaßte Aktenpublikation Kautskys; sie trug wesentlich dazu bei, die Entschlußkraft der Regierung und Nationalversammlung im Kampf gegen die Schuldlüge lahmzulegen. Der Inhalt pazifistischer Schmähschriften über die Vorgänge des Jahres 1914 wurde wieder hervorgeholt. Haase begründete seine Meinung, daß der Kapitalismus aller Länder den Krieg verschuldet habe, mit Anschuldigungen auch der deutschen Regierung. Aber auch Landsberg rief in seiner Etatsrede, die er als Reichsjustizminister hielt, die Frage auf⁷:

»Können Sie leugnen, daß die Alldeutschen am Weltkrieg, der unsern Zusammenbruch zur Folge gehabt hat, ein gerüttelt Teil der Schuld tragen?«

So rafften sich Quidde⁸ und selbst Graf Brockdorff-Rantzau nur dazu auf, der feindlichen Schuldlüge insoweit entgegenzutreten, als sie Deutschland als »allein schuldig« erklärte.

Nachdem die Forderung einer internationalen Untersuchung der Kriegsschuld aller Regierungen abgelehnt worden war, beauftragte man den Untersuchungsausschuß mit einseitiger Feststellung des deutschen Anteils absichtlicher Schuld am Ausbruch des Krieges. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Fragen ist der Untersuchungsausschuß während der 13 Jahre seines Bestehens auf diesem Gebiete zu keinem Abschluß gekommen. Es gelang zwar zu verhindern, daß das sehr ungünstige Gutachten von Kantorowicz amtlich veröffentlicht und angenommen wurde⁹, aber die energischen Bemühungen Krieges, den Ausschuß durch ein abschließendes Gutachten zu einer klaren Verneinung der deutschen Kriegsschuld zu bringen, sind schließlich daran gescheitert, daß die Ausschußarbeit 1932 eingestellt wurde.¹⁰

Die Reden im Reichstag enthalten nur einzelne Beispiele unverantwortlicher Kriegsschuldhetze gegen das eigene Vaterland. In ihrer ganzen Gehässigkeit trat sie

⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 15. 2. 1919 (Haase), S. 105, ferner vom 20. 2. 1919 (Landsberg), S. 229 und Bd. 327 vom 22. 6. 1919 (Haase), S. 1127.

⁸ Ebd. Bd. 327 vom 12. 5. 1919, S. 1109.

⁹ Vgl. Hermann Kantorowicz: Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet v. Immanuel Geiss, Frankfurt a. M. 1967; vgl. dazu HEINEMANN, S. 212–218.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 217 f.

mir in der Linkspresse und in Gegenreden und Zwischenrufen entgegen, die ich in fast allen meinen Versammlungen der ersten Jahre zu bestehen hatte. Schon als die ersten Nachrichten über die Absicht der Feinde auftauchten, Deutschland zur Annahme der Kriegsschuldflüge zu zwingen, wies Hergt darauf hin, daß die Schuld am Ausbruch des Krieges in den Parteikämpfen einer besonderen Behandlung bedürfe.¹¹ Deutlicher in dieser Beziehung wurde in der Nationalversammlung Schultz (Bromberg), was ihm eine mehr grobe als überzeugende Antwort Scheidemanns eintrug.¹²

»Das deutsche Volk lehnt es aber auch ab, und mit Entrüstung lehnt es ab, ein Geständnis seiner Schuld am Kriege abzulegen, diese elende, allen offenkundigen Tatsachen ins Gesicht schlagende Zumutung. Es ist ja unerhört, daß man nicht einmal sicher ist, ob die Regierung nicht aus Haß, aus Abneigung gegen die alten Machthaber hie und da nachgibt und ihren Vorgängern ein gerüttelt Maß dieser Schuld beimessen will. So kann man nicht Politik treiben. In England wäre das nicht möglich; wenn dort ein Ministerium das andere ablöst, da gibt es Dinge, in denen man nach außen einig ist, und selbst, wenn Sie im innersten Herzen glauben sollten, hie und da könnte eine Schuld sein, dann ist es nicht Ihr Recht, dem deutschen Volk eine Schuld beizumessen, die es nicht hat. [...] Wer traut denn einem Bethmann, einem Bülow zu, eine solche Politik getrieben zu haben! Wollten wir den Krieg, dann waren die Gelegenheiten früher viel günstiger.«

Der Streit um die Schuld an der »Verlängerung des Krieges« gestaltete sich im Sommer 1919 zu einem von beiden Seiten mit besonderer Heftigkeit geführten Kampf zwischen Erzberger und uns. Der Angriff ging von der Rechten aus. Unmittelbar nach der von Erzberger gewollten und betriebenen Unterzeichnung des Versailler Diktates begann Helfferich in der »Kreuzzeitung« seinen Feldzug, durch den er Erzberger zur Beleidigungsklage zwang. Seine erste Anklage richtete sich gegen die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Seine Ausführungen entsprachen der von ihm und mir schon am 6. und 7. Juli 1917 geübten Kritik, bei der ich Erzbergers Vorstoß als eine verlorene Schlacht bezeichnet hatte¹³, und ergänzte sie in wesentlichen Punkten. Er wies nach, daß in den Sommermonaten 1917 infolge der Erfolge des U-Boot-Krieges und der sonstigen militärischen Lage bei England und Frankreich zum ersten Male die Neigung zu Friedensverhandlungen entstanden und hervorgetreten sei, obwohl bereits Kaiser Karls Parma-Brief¹⁴ den Feinden gezeigt hatte, daß Österreich am Zusammenbrechen sei. Erzbergers Vorstoß aber, den er in engster Fühlung mit der österreichischen und ohne Vorwissen der eigenen Regierung unternahm, die Debatte darüber und die Annahme der Friedensresolution, sowie der Mißbrauch, den Erzberger mit der Denkschrift des Grafen Czernin¹⁵ trieb, habe die Feinde davon überzeugt, daß nun auch Deutschland vor dem Zusammenbruch stehe, und sofort – noch vor der

¹¹ Sitzungs-Ber. Pr. LV., Bd. 1 vom 27. 3. 1919, Sp. 877.

¹² Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 10. 4. 1919, S. 944.

¹³ Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Eingeleitet v. Reinhard Schiffers, bearb. v. Reinhard Schiffers und Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt, Bd. 3, Düsseldorf 1981, S. 1553.

¹⁴ Vgl. Robert Kann: Die Sixtusaffäre und die Geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg, München 1966; Reinhold Lorenz: Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie, Graz/Wien/Köln 1959, S. 329 f. (Brief v. 24. 3. 1917 in deutscher Übersetzung); Ingeborg Meckling: Die Außenpolitik des Grafen Czernin, München 1969, S. 120–128; Heinz Rieder: Kaiser Karl. Der letzte Monarch Österreich-Ungarns, 1887–1922, München 1981, S. 190–209.

¹⁵ Denkschrift v. 12. 4. 1917 abgedruckt u. a. in: Ottokar Czernin: Im Weltkriege, Berlin/Wien 1919, S. 198–204; vgl. dazu Meckling (wie Anm. 14), S. 108, 140, 223. Erzberger hatte die geheime Denkschrift Czernins am 23. 7. 1917 in einer Sondersitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei verlesen. Im Spätsommer wurde sie bei den Ententemächten bekannt, was die Gegner Erzbergers in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Verlesung brachten. Vgl. EPSTEIN, S. 229 ff.

Papstnote – der aufkeimenden Friedensneigung ein Ende gemacht. Von der Resolution sei auch der moralische Niederbruch Deutschlands ausgegangen. So sei Erzberger es gewesen, der die einzige Friedensmöglichkeit zerstört habe. Das Zeitungsduell mit Erzberger, das sich vom 1. bis 7. Juli 1919 anschloß¹⁶, entbehrt nicht eines dauernden historischen und journalistischen Interesses. In dem Prozeß Erzbergers gegen Helfferich wurden die politischen Vorwürfe ausgeschaltet und die Vorgänge des Juli 1917 nur nach der persönlichen Seite der Wahrheitsliebe zuungunsten Erzbergers geklärt. Auch im Untersuchungsausschuß¹⁷ wurde Helfferich nur über das deutsche Friedensangebot und der Friedensvermittlung Wilsons vom Dezember 1916 vernommen und jedes Mal am Reden verhindert, wenn er auf die Zerschlagung einer Friedensmöglichkeit durch die Friedensresolution eingehen wollte. Im übrigen aber kann man heute sagen, daß seine Darstellung dieser Vorgänge, die er in seinem Erinnerungswerk noch vertieft hat¹⁸, durch Kundgebung anderer Beteiligten, durch ausländische Memoiren und Archivveröffentlichungen als historisch richtig erwiesen worden ist.¹⁹

In der Nationalversammlung machte v. Graefe am 25. Juli 1919 in einer Rede²⁰, in der er auf breiterer Basis der neu vorgestellten Regierung Bauer Opposition ankündigte, die regierende Mehrheit dafür verantwortlich, daß sie durch die Illusion, der Krieg gelte nur dem »Kaiserismus«, durch die Zermürbung des Heeres und die Revolution, durch das Vertrauen auf Wilson und den Verzicht auf jeden Widerstand im Oktober 1918 die fälschlich als Waffenstillstand bezeichnete Kapitulation herbeigeführt habe. Er erinnerte an die zahlreichen Annexionisten aus den Mehrheitsparteien und bezeichnete als den schlimmsten unter ihnen den Erzberger der Denkschrift vom September 1914. Ihn griff er besonders scharf wegen der durch Graf Wedels Veröffentlichungen²¹ bekanntgewordenen Beziehungen zu Österreich an, die im Sommer 1917 für die Anregung zur Friedensresolution maßgebend gewesen seien; seine damalige Politik habe Erfolg gehabt, »als ob er im feindlichen Solde stehe«.

Erzberger erhob sich sofort zum Gegenschlag.²² v. Graefe hatte vorausgesagt, daß es ihm gelingen werde, das Haus in eine Suggestion zu versetzen, die aber im Lande nicht wirken und schon nach zwei oder drei Tagen infolge der Feststellung des wahren Sachverhaltes zusammenbrechen werde. Tatsächlich ist Erzbergers Rede am 25. Juli 1919 besonders deshalb von geschichtlichem Interesse, weil sie geradezu ein Musterbeispiel für die unwahrhaftige Kampfweise ist, mit der im Parlament »die großen Erfolge« erzielt werden. Dazu gehörten vorbereitende Mitteilungen, daß sensationelle Enthüllungen zu erwarten seien, Verschiebungen des Kampffeldes bei der Verteidi-

¹⁶ HELFFERICH, Kapitel I–VII; siehe auch Kreuz-Ztg. Nr. 300 vom 1. 7. 1919, Nr. 304 vom 3. 7. 1919, Nr. 308 vom 5. 7. 1919, Nr. 314 vom 9. 7. 1919.

¹⁷ Vgl. Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung nebst Beilagen (Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20), Bd. I, Berlin 1920, S. 472–516 (10. Sitzung vom 12. 11. 1919), S. 517–574 (11. Sitzung vom 14. 11. 1919), sowie den als Heft 6 erschienenen Sitzungsbericht der 12. Sitzung vom 15. 11. 1919, S. 575–694 in der Reihe: Stenographische Berichte des Untersuchungsausschusses, 15. Ausschuß, 2. Unterausschuß, o. O., o. J.; siehe auch WESTARP II, S. 80 f.

¹⁸ Karl Helfferich: Der Weltkrieg, Bd. 3, Berlin 1919, S. 102.

¹⁹ Vgl. dazu STEGLICH, S. 6–17.

²⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 25. 7. 1919, S. 1912.

²¹ Graf Wedels Artikel in den Hamburger Nachrichten vom 23. 7. 1919 ist abgedruckt in: HELFFERICH, S. 40–46, vgl. auch ebd. S. 73, sowie Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 25. 7. 1919 (v. Graefe), S. 1918 f., (Erzberger), S. 1932.

²² Ebd. vom 25. 7. 1919, S. 1926 und vom 28. 7. 1919, S. 2022.

gung gegen erhobene Angriffe, vor allem aber Ablenkung von diesen durch einen ebenso unkontrollierbaren wie gehässigen Gegenangriff, das alles begleitet aber von einem stürmische Erregung empfindenden oder markierenden Chor der Anhänger in Fraktion und Koalition.

Die lauteste Entrüstung erregten Enthüllungen über die Papstnote vom 1. August 1917; sie habe ein ernstes englisch-französisches Friedensangebot übermittelt. Die einzige Voraussetzung für den Frieden sei damals ein klarer Verzicht auf Belgien gewesen, den aber Michaelis nicht habe aussprechen können und wollen. Deshalb habe er die Papstnote fast vier Wochen lang unbeantwortet gelassen, um schließlich in einem Brief vom 24. September hinter dem Rücken des Reichstages den Verzicht auf Belgien abzulehnen. So sei die Möglichkeit zerschlagen worden, damals zu einem erträglichen Frieden zu kommen. Die heftigsten Angriffe auf die OHL und die Annexionisten, die den Verzicht auf Belgien verhindert hätten, schlossen sich an und wurden mit einer weiteren sensationellen Enthüllung über Pläne der Schwerindustrie, Belgien wirtschaftlich auszubeuten, verbunden. Helfferich in der »Kreuzzeitung«²³, Schultz (Bromberg) und Hugenberg²⁴ wiesen sofort im einzelnen die halbweisen Behauptungen und unwahren Schlußfolgerungen zurück. Insbesondere zeigte schon der Wortlaut der englischen Note vom 30. August 1917, daß sie nicht die von Erzberger behauptete ernste Friedensanregung, sondern eine ausweichende Antwort auf das päpstliche Angebot der Vermittlung enthielt. Entscheidender noch war die von mehreren Seiten getroffene Feststellung, daß die Behauptung Erzbergers, »die Stellung Deutschlands zur belgischen Frage sei die Schlüsselstellung für die Herbeiführung des Friedens« gewesen, niemals zutreffend gewesen ist. Bei den Verhandlungen über die Papstnote war die Friedensneigung der Feinde vornehmlich durch Erzbergers Vorstoß vom Juli 1917 bereits in ihr Gegenteil verkehrt. Sie waren fest entschlossen und brachten das auch zum Ausdruck, weiter zu kämpfen, bis Deutschland die vernichtenden Bedingungen des Versailler Diktates annahm.

Wir haben Recht behalten. Erklärungen der Hauptbeteiligten – wie Michaelis, v. Hindenburg, Ludendorff – und Auslandsstimmen klärten bald den Sachverhalt.²⁵ Trotzdem blieb Erzbergers Anklage, daß eine Friedensmöglichkeit vorsätzlich oder fahrlässig zerschlagen worden sei, noch lange Gegenstand der Agitation. In jahrelang sich hinziehenden, nur zum Teil veröffentlichten Verhandlungen des Untersuchungsausschusses und durch die Kriegsliteratur ist sie schließlich bis in die Einzelheiten hinein widerlegt worden.²⁶ In der Sitzung der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 aber versetzte gerade dieser Teil in Erzbergers Rede den Chor in die stürmische Entrüstung, die in dem Antrag gipfelte, Erzbergers und Bauers Reden öffentlich anschlagen zu lassen. Dagegen wandte sich Schultz (Bromberg).²⁷

²³ Kreuz-Ztg. Nr. 347 vom 26. 7. 1919, »Erzbergers Entlastungsoffensive«; ebd. Nr. 349 vom 28. 7. 1919, »Erzbergers Volksbetrug«; ebd. Nr. 354 vom 30. 7. 1919, »Pyrrhussieg«. Siehe auch HELFFERICH, Kapitel XVII, XVIII und XXII.

²⁴ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 25. 7. 1919 (Hugenberg), S. 1944, (Roesicke), S. 1946, ebd. vom 28. 7. 1919 (Schultz-Bromberg), S. 2013.

²⁵ Ebd. Bd. 329 vom 19. 8. 1919, S. 2588, vom 30. 9. 1919, S. 2761; Korrespondenz der DNVP Nr. 180 vom 8. 8. 1919 sowie die Erklärung von Michaelis in der Täglichen Rundschau Nr. 362 vom 27. 7. 1919, abgedruckt als Dokument Nr. 515 bei STEGLICH, S. 609 f., und die gemeinsame Erklärung von Michaelis, Hindenburg, Ludendorff und Helfferich in der Vossischen Zeitung Nr. 398 vom 7. 8. 1919, abgedruckt als Dokument Nr. 520 bei STEGLICH, S. 627–630.

²⁶ Vgl. Anm. 19.

²⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 28. 7. 1919, S. 2016.

»Ich glaube, Sie werden sich heute im stillen Kämmerlein schon besinnen und vielleicht in sich gehen. [...] »Mörder« riefen Sie uns zu. Meine Herren, schämen Sie sich nicht wegen solcher Zurufe? [...] Draußen im Lande bricht sich die Selbstbesinnung schon Bahn. Ich hoffe, auch in diesem Hause wird das Erwachen aus dieser Suggestion vom Freitag folgen, die Erkenntnis davon, daß es sich hier um höchst einseitige, lückenhafte und irreführende Darstellungen handelt, die unmöglich als eine objektive Aufklärung des Volkes gelten, sondern nur neue Verwirrungen anrichten können.«

Als zweite Friedensmöglichkeit, die freventlich zerschlagen worden sei – andere seien ihm, da er nicht alle Akten habe studieren können, nicht bekannt –, nannte Erzberger Wilsons Friedensvermittlung vom Dezember 1916. Der von den Konservativen und der OHL geforderte U-Boot-Krieg habe das ernste Angebot Wilsons hinfällig gemacht und Amerika in den Krieg gezogen. Die augenblickliche Erregung über diese Anklage war nicht ganz so stürmisch, ihre Ausnutzung in der Agitation noch nachhaltiger. Noch heute (1936) ist die Legende, daß die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vom 1. Februar 1917 nicht nur Friedensmöglichkeiten zerschlagen, sondern auch Amerika in den Krieg hineingezogen und so ganz unmittelbar die Niederlage herbeigeführt habe, nicht ganz aus den Köpfen verschwunden.²⁸ Im Untersuchungsausschuß hat die Koalitionsmehrheit die Anklage bestätigt. Schon während der Verhandlungen benützte Schultz (Bromberg) die Feststellung des Ausschusses zu einer ausführlichen und treffenden Widerlegung der Entschließung des Ausschusses.²⁹ Sein Minderheitsbericht und die Aussagen v. Bethmanns und Helfferichs haben die Aufklärung gebracht, daß Wilson nicht zu ehrlicher Vermittlung bereit war und daß nicht der U-Boot-Krieg ihn in den Krieg getrieben hat.³⁰

Helfferrich schrieb am 26. Juli 1919.³¹

»Es bleibt dabei: Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges bestand im Sommer 1917, und diese Friedensmöglichkeit hat Herr Erzberger zerstört.«

Die Geschichtsforschung hat uns Recht gegeben.³² Im politischen Streit der Nachkriegsjahre mußten wir noch lange und heftig um die Wahrheit kämpfen.

Unter Anführung noch anderer Beispiele wie der »Ablehnung eines Bündnisangebotes Polens« im April 1918 und der Behandlung der Randstaatenfrage faßte Erzberger seine Anklage gegen die DNVP und die in ihr tätigen Kriegspolitiker der Rechten dahin zusammen, daß sie³³

²⁸ Vgl. dazu KIELMANSEGG, S. 429–431; Klaus Schwabe: Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1971, S. 65; aus der englischsprachigen Literatur seien lediglich genannt: Arthur S. Link: Wilson, vol. 5: Campaigns for Progressivism and Peace 1916–1917, Princeton 1965, S. 390–431; Patrick Devlin: Too Proud to Fight: Woodrow Wilson's Neutrality, London 1974, S. 636–688; Daniel M. Smith: Robert Lansing and American Neutrality 1914–1917, New York 1972, S. 145–165, insbes. S. 152 ff.; Charles Seymour: The Intimate Papers of Colonel House, 4 vols., London 1926–1928.

²⁹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 23. 10. 1919, S. 3372 ff.

³⁰ Ebd. S. 3373 verwies Schultz auf ein Kreuzverhör Präsident Wilsons im Senat. Durch entsprechende Aussagen Wilsons wurde die Bedeutung des U-Boot-Krieges für den Entschluß zum Kriegseintritt Amerikas relativiert. Die entscheidenden Passagen des Kreuzverhörs sind veröffentlicht in: SCHULTHESS 1919/II, S. 410 f. (19. 8. 1919), Kreuz-Ztg. Nr. 4377 vom 13. 9. 1919. Vgl. im übrigen Anm. 28 sowie WESTARP II, S. 81.

³¹ Kreuz-Ztg. Nr. 347 vom 26. 7. 1919, »Erzbergers Entlastungsoffensive«; siehe auch HELFFERRICH, S. 61.

³² Vgl. Anm. 28.

³³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 28. 7. 1919, S. 2029.

»während des ganzen Krieges hindurch systematisch den Gedanken des Verständigungsfriedens mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln bekämpft hat, daß sie alle diejenigen Männer, die für einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs eingetreten sind, in einer bisher in der politischen Geschichte unerhörten Weise beschimpft und begeistert hat, daß sie mit den Mitteln des Terrors, der Abschreckung der Vaterlandsliebe, mit Hilfe der ganzen Militärdiktatur im Jahre 1917 alles getan hat, was sie tun konnte, um ja nicht dem Gedanken des Verständigungsfriedens Bahn zu brechen.«

Auch gegen mich persönlich richtete er seine Angriffe. Ich hätte in einer interfraktionellen Besprechung vom April 1917 gesagt, es sei ganz gleichgültig, ob Österreich einen Separatfrieden schloße; dann hätten wir es leichter und könnten allein kämpfen, und im Haushaltsausschuß hätte ich am 9. Juli 1917 Stresemanns Frage, ob ich bereit sei, einen von England angebotenen Separatfrieden auf dem status quo anzunehmen, mit einem glatten Nein beantwortet.³⁴ Obwohl ich ohne Akten zur Erholung in Gärtlingen war, sandte ich der »Kreuzzeitung« meine Entgegnung³⁵, die mir gleichzeitig als Antwort auf Anfragen von Hergt und Graf Posadowsky nach dem Sachverhalt diente. Diesen selbst habe ich in meinem Kriegswerk nochmals klargestellt.³⁶ Im Aufsatz befolgte auch ich die Taktik, zum scharfen Angriff auf den Angreifer überzugehen, Erzbergers Mitteilungen über den Brief von Michaelis als »Fälschung« nachzuweisen und zu fordern, daß der stellvertretende Ministerpräsident die fortgesetzten ehrenrührigen Vorwürfe Helfferichs endlich mit der Klage beantwortete.

Erzbergers Vorstoß vom 25. Juli 1919 war nur eine Teilerscheinung der vorher und nachher systematisch betriebenen Hetze gegen die »Kriegsverlängerer«. Die sozialdemokratischen Redner³⁷, auch solche, die als Minister sprachen, setzten von Anfang an ihre Angriffe auf die Konservativen und Alldeutschen, Junker und Schwerindustriellen als Kriegsverlängerer in der gleichen Weise fort, in der sie während des Krieges so unheilvoll gewirkt hatten.³⁸ Dabei fehlte selten der Vorwurf eigennütziger Bereicherungsmotive. Trotzdem geben die Reichstagsdebatten kein vollständiges Bild von der Schärfe der Kriegsverlängerer-Hetze. Gerade sie war eine ständige Rubrik der Mehrheitspresse und bildete oft den hauptsächlichen Gegenstand des wüsten, beschimpfenden und drohenden Gebrülls, mit dem meine Versammlungen in den ersten Nachkriegsjahren gesprengt oder wenigstens gestört zu werden pflegten. Zur Abwehr solcher Angriffe diente in fast allen meinen Versammlungsreden und in einer Reihe von Aufsätzen auch die Klarstellung des mit ihnen von Ministern und Abgeordneten der Regierungsparteien verfolgten taktischen, rein agitatorischen Zweckes.³⁹

»Das Mittel, das sie anwandten, ist nicht neu, ist bis zur Lächerlichkeit durchsichtig und doch immer wieder wirksam. Man kennt sie alle auf diesen Pfaden, die Herren Scheidemann und David, Landsberg und Keil, Haußmann und Gothein und vor allen Dingen Erzberger. Mit dem, was als in der Gegenwart wichtig zur Erörterung stand, beschäftigten sie sich nur vorübergehend und er-

³⁴ Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags (wie Anm. 13), Bd. 3, S. 1602 f., 1612–1616 (Sitzung v. 9. 7. 1917).

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 352 vom 19. 7. 1919, »Erzbergers Enthüllungen«.

³⁶ WESTARP II, S. 341 f., 531.

³⁷ So z. B. Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 14. 2. 1919 (Keil), S. 73, ebd. vom 18. 2. 1919 (Scheidemann), S. 158, ebd. (David), S. 169, ebd. vom 20. 2. 1919 (Landsberg), S. 229, ebd. Bd. 328 vom 26. 7. 1919 (Wels), S. 1984 ff., ebd. (Bauer), S. 2019, ebd. Bd. 330 vom 29. 10. 1919 (David), S. 3532, ebd. Bd. 333 vom 21. 4. 1920 (Hermann Müller), S. 5299.

³⁸ WESTARP II, S. 177–180, 632, 642.

³⁹ Kreuz-Ztg. vom 23. 2. 1919, IP.

stickten es unter dem Lärm der Angriffe, die sie, tausendmal Gesagtes wiederholend, wegen der Vergangenheit gegen ›Schwerindustrie und Alldeutsche‹, ›Kriegsgewinnler und Kriegsverlängerer‹, ›Konservative und Junker‹ richten.«

Die alte Konservative Partei griff in den Kampf noch einmal durch die Vorstandserklärung vom 4. Juli 1919 ein⁴⁰, in der wir auf meine Veranlassung Anklage gegen die Revolutionsparteien erhoben.

»An der Politik, die zu diesem unglückseligen und schmachvollen Ausgange des Krieges geführt hat, hat die konservative Partei keinen Anteil. Alle unsere Warnungen sind vielmehr in den Wind geschlagen, alle unsere Beschwörungen sind überhört worden. Mit Hohn, Spott und Verachtung hat man unsere Mitarbeit zurückgewiesen. Wenn wir für den Siegeswillen und die Siegeszuversicht in Volk und Heer eintraten, hat man uns als Kriegsverlängerer bezeichnet.

Die Verantwortung dafür, daß es zu diesem Elend gekommen ist, tragen vielmehr allein die, die den Siegeswillen unseres Volkes seit der unglückseligen Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 gebrochen, die Schritt für Schritt durch fortgesetzte Friedensangebote unsere Feinde ermutigt und allein dadurch den Krieg verlängert haben, die durch Verhetzung der Massen, durch Untergrabung jeder Autorität, durch Ausnutzung der Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Not des Landes, jede Ordnung und Disziplin im Lande zerstörten, das Heer zermürbten und schließlich das Volk zur Revolution getrieben haben.«

Zur Sache enthalten meine Aufsätze, die in jener Zeit aus bestimmtem Anlaß geschrieben wurden, dieselben tatsächlich belegten Gründe und Gegenstände, an denen ich in meinem Kriegswerk festgehalten habe. [...] Der Gegenstand, der mich innerlich am meisten beschäftigte, war die Politik der Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten. Es wäre verantwortungslos gewesen, wenn der furchtbare Zusammenbruch und der Streit über seine Ursachen nicht auch uns zu ernster Selbstprüfung veranlaßt hätte. Ich scheue mich nicht, einzugestehen, daß wir in unsern eigenen Erwägungen innere Zweifel über die Richtigkeit unserer Politik zu überwinden hatten. Bei mir bezogen sie sich nicht auf unser Festhalten an den aufgestellten Kriegszielen bis zum Oktober 1918, bei dem wir allein standen⁴², sondern auf deren Aufstellung und Vertretung im Anfang, an der freilich mit uns und über uns hinausgehend weite Kreise und die anderen bürgerlichen Parteien beteiligt gewesen waren. v. Heydebrand dagegen schien mir nachträglich Bedenken wegen unserer U-Boot-Politik zu haben und in seinen »Beiträgen« zum Ausdruck bringen zu wollen. Ich konnte sie überwinden⁴³ und mit seiner Zustimmung meine Auffassung in seinen Text einfügen.⁴⁴ Dennoch war es mir anscheinend nicht gelungen, v. Heydebrands Bedenken ganz zu zerstreuen, wie seine Besprechung von v. Bethmanns »Betrachtungen zum Weltkrieg« im Februar 1922 zeigt.⁴⁵ Ich unterließ es damals zu widersprechen, habe aber aus voller Überzeugung meinen abweichenden Standpunkt festgehalten, wonach wir weder über die Zahl der U-Boote

⁴⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 305 vom 4. 7. 1919, »Erklärung des konservativen Parteivorstandes«; vgl. auch ebd. Nr. 308 vom 6. 7. 1919, IP.

⁴¹ Westarp setzt sich hier u. a. in der Kreuz-Ztg. Nr. 90 vom 23. 3. 1919, IP und Nr. 309 vom 6. 7. 1919, IP mit den Angriffen auf die Schwerindustrie wegen ihrer Kriegsgewinne und auf das Hindenburg-Programm sowie mit der Verantwortung des Zentrums für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges und mit den Verhandlungen zur Friedensresolution auseinander.

⁴² WESTARP II, S. 558–561.

⁴³ Vgl. Anm. 80, Kap. I/1.

⁴⁴ Siehe auch WESTARP II, S. 80 f.

⁴⁵ v. Heydebrand: Bethmann-Hollweg und seine Betrachtungen zum Weltkriege, in: Konservative Monatschrift 79 (1922), Februarheft, S. 285–289.

falsch unterrichtet worden seien, noch ihr für den Entschluß des Frühjahres 1916 die entscheidende Bedeutung beilegen konnten.⁴⁶

Worauf es mir bei der Verteidigung unserer Kriegsziel- und U-Boot-Politik besonders ankam, war der Nachweis, daß sie allein von dem Bestreben geleitet gewesen ist, in unserem Volke den Siegeswillen zu erhalten und zu beleben. Schon drei Wochen nach dem Umsturz habe ich diesen Gesichtspunkt gegen die Demokratische Partei ins Feld geführt, die sofort bei ihrer Gründung die alte Kriegsverlängerer-Hetze wieder aufnahm.⁴⁷

»Wir wünschten wahrlich, daß der Ausgang uns nicht in so entsetzlicher Weise Recht gegeben hätte. Wenn der Kampf der Agitation um diese Dinge uns aufgezwungen wird, so haben wir ihn nicht zu scheuen, und es wird ein leichtes sein, den Nachweis zu führen, daß keine Illusionen vom Frieden der Verständigung und Versöhnung, die wir bekämpfen mußten, uns dem Frieden auch nur einen Schritt näher gebracht haben, daß in ihnen vielmehr der letzte Grund zu der furchtbaren Lähmung des Siegeswillens im deutschen Volke und ihren entsetzlichen Folgen gelegen hat.«

Dieselben Gedanken kehrten, meist gegen die Sozialdemokratie oder gegen Erzberger gerichtet, in einer großen Anzahl meiner Aufsätze wieder⁴⁸, und nahmen in allen meinen Versammlungsreden einen breiten Raum ein. Auch deutschnationale Flugschriften, an deren Abfassung ich mitwirkte, sollten die Aufklärung, mit gutem Material belegt, ins Land tragen.⁴⁹

Die Zerstörung von Friedensmöglichkeiten, die man sich gegenseitig vorwarf, sollte nicht nur den Krieg verlängert, sondern auch unmittelbar seinen unglücklichen Ausgang herbeigeführt haben. Daneben wurden die sonstigen Ursachen, deren unmittelbare Folge der Verlust des Krieges gewesen war, zum Gegenstand des Parteistrites.

Bei Eröffnung der Nationalversammlung erklärte Ebert⁵⁰:

»Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Meine Damen und Herren, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das Volk gestürzt haben.«

Im Gegensatz dazu erhob die Konservative Partei in dem Beschluß des Zwölfer-Ausschusses vom 4. Juli 1919 die ausdrückliche Anklage, daß die Revolution die Schuld an unserem Unglück trage und daß ihre Urheber und Träger uns waffen- und wehrlos gemacht, den tückischen Feinden ihre Vernichtungsabsichten erleichtert und unser Volk innerlich und äußerlich zu Grunde gerichtet haben.⁵¹ In dem Kampf um diese Anklagen waren wir die Angreifer und die Mehrheitsparteien ohne die Möglichkeit durchschlagender Gegenangriffe zur Verteidigung gezwungen.

Eberts Versuch, der Verantwortung auszuweichen, erwies sich gerade wegen der Oberflächlichkeit der Beweisführung als ein besonders beliebtes und wirksames Mit-

⁴⁶ WESTARP II, S. 142 ff.

⁴⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 612 vom 1. 12. 1918, IP.

⁴⁸ So z. B. Kreuz-Ztg. Nr. 625 vom 8. 12. 1918, Nr. 309 vom 6. 7. 1919, Nr. 439 vom 9. 9. 1919, Nr. 452 vom 21. 9. 1919, jeweils IP.

⁴⁹ Wer trägt die Schuld an der Verlängerung des Krieges? (DN-Flugschrift Nr. 7), Berlin 1919; auch: Die Schuld am Kriege (DN-Flugschrift Nr. 27); Max Taube: Erzberger, der Totengräber des Deutschen Reiches, Berlin 1919.

⁵⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 6. 2. 1919, S. 1.

⁵¹ Der Beschluß ist abgedruckt in: Kreuz-Ztg. Nr. 305 (wie Anm. 40).

tel der Massenagitation und stand doch in offenem Widerspruch zu den Tatsachen. Denn die Regierung Prinz Max von Baden war gar nicht mehr eine Kaiserliche Regierung des alten Deutschland, sondern bereits der Vollzugsausschuß der Reichstagsmehrheit gewesen, die schon damals in derselben parteimäßigen und persönlichen Zusammensetzung wie nach der Revolution die Politik des Waffenstillstands- und Friedensangebotes vom Oktober 1918 mit allein maßgebendem Einfluß geführt hatte.

Einen besonders breiten Raum nahm des weiteren die Erörterung der internen Verhandlungen ein, die seit dem 30. September 1918 zwischen der Regierung und der OHL stattgefunden hatten. Aus ihnen sollte sich ergeben, daß nur das Drängen der OHL es gewesen sei, das die Regierung zur bedingungslosen Unterwerfung gezwungen habe. Die Meinung, daß dem so gewesen sei, saß selbst in den Rechtskreisen sehr fest; ich erinnere mich einer Fraktionssitzung der DNVP aus späterer Zeit, in der ich mit Helfferich und Wallraf in Meinungsverschiedenheiten über den Anteil Ludendorffs an der Verantwortung für den Verlauf der unseligen Verhandlungen vom Oktober 1918 geriet. Es war meine Pflicht, meine durch persönlichen Anteil an den Verhandlungen gewonnene Kenntnis der Ereignisse alsbald nutzbar zu machen, um den wahren Sachverhalt nicht verschleiern zu lassen. Deshalb veröffentlichte ich schon im März 1919⁵² einen Teil meiner Beobachtungen und vertraulich geführten Verhandlungen. Schon für den Erlaß des Waffenstillstandsangebotes vom 5. Oktober 1918 trug, so wies ich nach, allein die Regierung des Prinzen Max von Baden staatsrechtlich und politisch Verantwortung, da sie, selbst wenn Prinz Max und Solf mit dem von Ludendorff geforderten Angebot nicht einverstanden gewesen waren, umso weniger ablehnen konnte, als sie gerade zu dem Zwecke gebildet worden war, alle militärischen Einflüsse auf die Zivilgewalt der parlamentarischen Regierung auszuschalten. Der weitere Verlauf aber ging auch materiell allein auf das Konto der Regierung. Ich konnte bekunden, daß v. Hindenburg und Ludendorff von Anfang an nicht den Frieden um jeden Preis verlangt, sondern bei unannehmbaren Bedingungen die Fortführung des Kampfes beabsichtigt und für möglich gehalten hätten und daß sie der Regierungspolitik des Oktober, die dem Untergange zusteuerte, entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten.

»Für die weitere Behandlung des Waffenstillstandsangebots [...], die Antwort auf Wilsons Noten, insbesondere für die Aufgabe des U-Boot-Krieges und die unterlassene Zurückweisung der Wilsonschen Beschuldigungen und Ehrverletzungen versagt die Berufung auf den General Ludendorff auch materiell. Es gilt auch dafür, daß die Regierung jeden Versuch unterlassen hat, die Kraft des Volkes noch einmal gegen die entehrenden und vernichtenden Forderungen Wilsons zum letzten Kampf zusammenzufassen.«

Mit gleicher Entschiedenheit nahm ich gegen die Verdunkelungsversuche der Regierung Stellung, als im Herbst 1919 im Anschluß an die Kriegserinnerungen Ludendorffs die literarische Auseinandersetzung über das Waffenstillstandsangebot einsetzte.⁵³ Die damals begonnene Beweisführung habe ich in meiner 1921 erschienenen Broschüre⁵⁴ vervollständigt und systematisch zusammengefaßt. Sie enthält auch die Sammlung all der Mahnungen, Warnungen und Voraussagen, mit denen wir uns der

⁵² Kreuz-Ztg. Nr. 131 vom 23. 3. 1919, IP.

⁵³ Kreuz-Ztg. Nr. 465 vom 28. 9. 1919, IP, »Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes«; Erich Ludendorff: Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot. Entgegnung auf das amtliche Weißbuch: »Vorgeschichte des Waffenstillstandes«, Heft 2, Berlin 1919.

⁵⁴ WESTARP, Regierung des Prinzen Max.

Entwicklung vom Oktober 1918 widerstehen, und ich habe deren Grundlinien als meine heute noch gültige Meinung in mein Kriegswerk aufgenommen.⁵⁵ Was ich verfochten habe, erhielt seine Bestätigung durch Ludendorffs Erinnerungen und Dokumentensammlungen, die alle authentischen Unterlagen enthalten. Weder die amtlichen Veröffentlichungen noch die unausgesetzte Agitation innerhalb und außerhalb des Parlamentes und Untersuchungsausschusses haben die parlamentarische Regierung der Friedensresolutionsmehrheit von ihrer geschichtlichen Verantwortung für die Kapitulation vom 11. November 1918 entlasten können, die sie nicht allein, aber als den damaligen Inhaber der von ihr selbst erkämpften Regierungsgewalt an erster Stelle und überwiegend trifft.

Zur Erforschung der Schuld an der Revolution und ihren Folgen zog man aber mit Recht nicht nur die letzten Ereignisse des Oktober und November 1918, sondern die gesamte Kriegspolitik der Parteien heran. Die Gegner griffen uns an, weil wir mit unseren Kriegszielen die Einheit zerstört, durch unsere Ablehnung rechtzeitiger innerer Reformen den gewaltsamen Umsturz heraufbeschworen, durch agrarische und industrielle Gewinnssucht die Ernährungsnot zur Katastrophe gesteigert hätten. Was man uns vorwerfen konnte, war doch nur indirekte Förderung der von andern gewollten, von uns bekämpften Revolution durch unzweckmäßige Politik. Unsere Anklage richtete sich gegen den absichtlichen Urheber des Revolutionsverbrechens. Als solchen griffen wir die Sozialdemokratie aller Lager an, weil sie die äußere Not des Vaterlandes zu erpresserischem Kampf um ihr republikanisches Endziel und um die Alleinherrschaft des Proletariats mißbraucht und die Massen durch unverantwortlich verhetzende Agitation angesichts des vor den Toren stehenden Feindes zur Revolution getrieben habe. Die anderen Parteien der Friedensresolutionsmehrheit konnten wir wegen der Verbindung, die sie zu parlamentarischen Machtzwecken mit der revolutionären Sozialdemokratie eingegangen waren, aus der Teilnahme an der Verantwortung nicht herauslassen. Nicht allein der Parteikampf, sondern auch die Pflicht, um der Zukunft willen die Ursachen des Zusammenbruchs nicht verschleiern zu lassen, machten es schon in den ersten Jahren notwendig, fortgesetzt auf diese Beschuldigungen zurückzukommen.

So bot sich mir zur Feststellung des Anteils, den die Demokraten an der Revolution und ihren Folgen hatten, die Gelegenheit bei einer Auseinandersetzung mit dem demokratischen Fraktionsführer Petersen.⁵⁶ Den Anlaß dazu gab mir Anfang Oktober 1919 ihre Rückkehr in die Regierung.

»Als die Demokraten im Juni aus der Regierung ausgetreten waren, weil sie der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht zustimmen wollten, begründete ihr verstorbener Führer Naumann diesen Schritt damit, daß sie den Übergang der nationalen Bewegung in das Lager der Rechten hätten verhüten müssen. Das ist ihnen nicht gelungen, und ebenso wenig haben sie mit ihrem damaligen Schritt ihre Absicht erreichen können, sich von der Verantwortung für die Politik des Verständigungswahns und der Förderung der revolutionären Sozialdemokratie zu befreien, die zu dem Frieden von Versailles geführt hat.«

Das veranlaßte Herrn Petersen zu entrüsteter Abwehr⁵⁷:

»In diesem Artikel wird behauptet: All unser Unglück und Elend kommt ausschließlich von dieser Revolution; wäre sie nicht gewesen, hätten wir heute die Zustände der Zeit vor dem Kriege. [...]

⁵⁵ WESTARP II, S. 645–655.

⁵⁶ Kreuz-Ztg. Nr. 478 vom 5. 10. 1919, IP.

⁵⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 7. 10. 1919, S. 2883.

Ich habe zunächst festzustellen: Unsere Partei hat die Revolution nicht gewollt, und sie hat die Revolution nicht gemacht. Wir halten vielmehr die Revolution für ein großes Unglück und hätten [eine] organische Entwicklung zu demokratischen Zuständen gewünscht.«

Es folgte der in solche Fällen übliche Gegenangriff in einer längeren Darlegung, daß wir Konservative die organische Fortentwicklung verhindert hätten und die Revolution nur das letzte Glied einer Kette von Tatsachen sei, an deren Anfang preußisch-konservativer Machthunger und Engherzigkeit stehen. Meine Erwiderung benutzte ich, um auch den Anteil der regierenden Parteien an der Revolution noch ausdrücklicher festzustellen.⁵⁸

»Der Erkenntnis, daß die Revolution ein großes Unglück für Deutschland gewesen sei, verschließt sich nach Herrn Petersens Äußerungen auch die demokratische Partei heute keineswegs. Wenn er die Meinung vertritt, daß die Demokraten die Revolution nicht gewollt hätten, so mag das für einen Teil der Partei zutreffen. Bei Herrn Theodor Wolff, dem »Berliner Tageblatt« und auch der »Frankfurter Zeitung« muß man allerdings lebhaften Zweifel hegen, ob sie nicht bewußt der Republik zugestrebte haben. Aber mögen die Demokraten die Revolution gewollt haben oder nicht, sie ebensowohl wie das Zentrum des Herrn Erzberger haben wesentlich zu deren Eintritt und Erfolg beigetragen.«

Das sei in der Reichstagsdebatte vom 9. Oktober 1917 über den Anteil der Unabhängigen Sozialdemokraten an der Marinemeuterei geschehen.

»Aber auch der Revolution haben Zentrum und Fortschrittspartei direkten Vorschub geleistet, als sie sich mit der Sozialdemokratie in der Regierung des Prinzen Max von Baden auf Gedeih und Verderb verbunden hatten. Herr Scheidemann hat in einem Artikel des »Vorwärts« (5. Oktober, Nr. 509) seine Tätigkeit »vor einem Jahre« mit der edlen Bescheidenheit, die ihn zielt, gebührend in den Vordergrund gerückt. Auch in sozialdemokratischen Kreisen hatte in letzter Zeit die Erkenntnis, daß die Revolution dem deutschen Volke nur Not und Elend gebracht hat, sich so weit als unabweisbar erwiesen, daß selbst Sozialdemokraten die Behauptung aufgestellt haben, ihre Partei habe die Revolution vom 9. November nicht gewollt. Mit dieser Legende räumt Scheidemann in seinem Rückblick gründlich und endgültig auf. [...] Klar bewußt und entschlossen hat die Sozialdemokratie in jenen Oktober- und Novembertagen ihr Ziel erreicht, das sie Jahrzehnte hindurch programmatisch und agitatorisch verfolgt hatte, die Revolution und die Einführung der Republik. Hilfestellung dabei aber haben ihr die Regierung des Prinzen Max von Baden und die hinter ihr stehenden beiden Parteien geleistet. [...] An diese Verantwortung sind die Demokraten gemeinsam mit dem Zentrum des Herrn Erzberger festgeschmiedet, und zwar um so fester, je mehr sie im weiteren Verlauf der Dinge das Ergebnis der Revolution, die Republik, als endgültig betrachten und für ihre Machtzwecke ausnutzen.«

Unsere schwersten und am leidenschaftlichsten umstrittenen Anklagen waren diejenigen, die sich nach einem aus dem Munde des englischen Generals Maurice stammenden Worte auf den »Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres« bezogen.⁵⁹ Auch diese Anklage durfte nicht bei der Marinemeuterei vom Anfang November 1918 stehen bleiben; ich habe stets darauf gedrängt, sie auf die antimilitaristische Agitation als Ganzes zu erstrecken, die von jeher ein Hauptbestandteil der sozialdemokratischen Politik und Agitation gewesen war und die von ihr im Kriege zu einer durch nichts mehr zu überbietenden, vom Feinde unterstützten aufrührerischen und

⁵⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 491 vom 12. 10. 1919, IP.

⁵⁹ Vgl. hierzu Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen: »Dolchstoß«-Diskussion und »Dolchstoß-Legende« im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen (Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag); hrsg. von Waldemar Besson u. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1963, S. 122–160.

landesverräterischen Propaganda in Heer und Flotte gesteigert wurde. Der Kampf, den ich im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches dagegen geführt hatte⁶⁰, bietet in Fülle das Material zur Begründung der Anklage gegen die Sozialdemokratie als Täterin und gegen die Friedensresolutionsmehrheit wegen Beihilfe und Begünstigung. Sobald die Folgen der Zermürbung des Heeres in ihrer ganzen Furchtbarkeit zutage getreten waren, entbrannten über die Schuld an diesem Unglück die heftigsten Parteikämpfe, von denen unter anderem die Verhandlung der Nationalversammlung vom 29. Oktober 1919⁶¹ ein lebendiges Bild gibt. Die Ausführungen über den Zerfall der alten Armee, mit denen v. Graefe seine Stellungnahme zum ersten Etat der Reichswehr einleitete, gehören zu seinen besten Reden. Ebenso leidenschaftlich wie klar erörterte er die Tatsache, die Gründe und Erfolge der Hetze gegen den Militarismus, die von langer Hand vorbereitet, vom Feinde unterstützt, die in vierjährigem Kampfe unbesiegte Armee, die Grundfeste des monarchischen Staatswesens und die Grundlage des Deutschtums und des Vaterlandes zersetzt und zerschlagen habe. David und Haas, die ihm mit gehässiger Schärfe antworteten, machten gar nicht den Versuch, die Tatsachen der antimilitaristischen Hetze und Unterwühlung zu leugnen. Umso eifriger bemühten sie sich um den Nachweis, daß nicht die Zerschlagung des Heeres, sondern allein die Kriegspolitik der Rechten und der OHL den inneren und äußeren Zusammenbruch verschuldet habe.

Im Gegensatz dazu habe ich in der Presse und in Versammlungen an den 9. Oktober 1917 erinnert, an dem die Linksmehrheit der revolutionären Unterwühlung von Heer und Flotte die Bahn frei gegeben hatte.⁶² Als Michaelis am 9. Oktober ankündigte, daß er die Agitation der USPD von Heer und Flotte ausschließen wolle, ließen sich die Friedensresolutionsmehrheit und die Nationalliberalen aus Rücksichten ihres innerpolitischen Machtkampfes verleiten, dem Reichskanzler, den sie stürzen wollten, in den Arm zu fallen und sich schützend vor die Unabhängigen zu stellen. Ich hielt es für nützlich, die Demokraten, als sie im Oktober 1919 die Regierungsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie wieder aufnahmen, daran zu erinnern, wie schon vor zwei Jahren Naumann – wie so häufig fern von den irdischen Dingen – erkärt hatte, seit dem 4. August 1914 sei es eine moralische Unmöglichkeit, eine ganze Partei wie die Unabhängigen außerhalb des nationalen Verbandes zu stellen.⁶³

Nachdem das Unheil über das deutsche Volk hereingebrochen war, wollten selbst die Unabhängigen, geschweige denn die Mehrheitssozialdemokraten, es nicht mehr wahr haben, daß sie Heer und Flotte revolutioniert und von innen zertrümmert hatten. Landesverräterische Handlungen leugneten sie ab, und die Unzufriedenheit, die sie nicht hervorgerufen oder geschürt, sondern nur vertreten hätten, führten sie auf Mißstände in Heer und Marine und schwere Schuld des militaristischen Systems und Offizierkorps zurück. Der Streit um diese Behauptungen, besonders auch um die Schuld an der Marinemeuterei im Sommer 1917 und November 1918, tobte jahrelang, und der Untersuchungsausschuß hat drei dicke Bände darüber vollgeredet und vollgeschrieben⁶⁴, es auch an Sitzungen voll Spektakel und Sensation nicht fehlen lassen.

⁶⁰ Vgl. WESTARP I, S. 289–292, 310–320, WESTARP II, S. 297–300, 624–642.

⁶¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 29. 10. 1919 (v. Graefe), S. 3535, ebd. (David), S. 3552, ebd. (Haas), S. 3556.

⁶² Kreuz-Ztg. Nr. 491 vom 12. 10. 1919, IP.

⁶³ WESTARP II, S. 624–629.

⁶⁴ WUA 9/I und II, 10.

Graf Eulenburg (Gallingen)⁶⁵ und Treviranus⁶⁶, in Fühlung mit mir, unterstützten die Beweisführung der Sachverständigen und der Marinevertreter. Die Ablehnung der Unabhängigen war um so haltloser, als aus den sonst bekannt werdenden Tatsachen hervorging, daß sie auch im Volke die Revolution planmäßig vorbereitet und herbeigeführt haben.

Das Ergebnis, für dessen Klarstellung wir damals gekämpft haben, steht geschichtlich fest und wird kaum jemals wieder bestritten werden können. Die Aufgabe von Heer und Marine, über vier Jahre hindurch der Übermacht der ganzen Welt innerlich ungebrochen standzuhalten, war so schwer und gewaltig, daß sie in der Weltgeschichte kaum ihresgleichen hat. Sie wäre gelöst worden, wenn nicht Unabhängige und Mehrheitssozialdemokratie – von langer Hand durch antimilitaristische und in der Stunde vor der letzten Entscheidung durch revolutionär-verräterische Agitation – den militärischen Geist des Gehorsams und opferwilligen Dienstes zerstört hätten. Das ist das unsühnbare Verbrechen, an dem die Mehrheit der Friedensresolution durch Duldung und Förderung beteiligt ist, und die Belastung der Mehrheit mit dieser Schuld gehört zu den Ursachen, aus denen der von ihr errichtete Bau republikanisch-parlamentarischer Herrschaft von vornherein zum Untergange bestimmt war.

Mit besonders gehässiger Schärfe richtete die herrschende Mehrheit die Anklage, den Verlust des Krieges verschuldet zu haben, gegen Ludendorff. Die fortgesetzten Angriffe blieben nicht ohne Wirkung auf ihn, und die Bitterkeit, mit der es ihn erfüllte, sich dagegen verteidigen zu müssen, mußte auf seine weitere Entwicklung entscheidenden Einfluß ausüben. Form und Inhalt der gegen den Heerführer erhobenen Vorwürfe waren nicht allein auf das Bedürfnis der Suche nach dem Sündenbock zurückzuführen. In ihrer gehässigen Schärfe wirkte die Erbitterung des Machtkampfes nach, den die Linksmehrheit während der letzten Kriegsjahre mit der OHL geführt hatte, und dazu kam die Furcht der republikanisch-sozialdemokratischen Gewalthaber vor der Stärkung, die dem nationalen Geist aus der Verehrung der militärischen Führer und Helden erwachsen mußte. Umso mehr war es mir nicht nur Sache der Überzeugung, sondern selbstverständliche Pflicht, für den Angegriffenen einzutreten.

In der Programmrede vom 13. Februar 1919, in der Scheidemann als Ministerpräsident das erste republikanische Kabinett vorstellte, hielt er es für angebracht, unter den Ursachen, aus denen dem deutschen Volke die Binde der Täuschung über die Möglichkeit des Sieges von den Augen gefallen sei, anzuführen, daß »schließlich der geniale Hazardeur des Weltkrieges mit dem Geständnis seines Bankerottes vor uns hintreten mußte«.⁶⁷

In Briefwechseln mit Scheidemann trat Hindenburg⁶⁸ für Ludendorff ein, und dieser protestierte⁶⁹ gegen die Bezeichnung als »Hazardeur«.

Am 1. Oktober 1918 habe er dem Sinne nach nicht gesagt, er »komme«, sondern er »käme« sich vor wie ein Hazardeur, nämlich dann, wenn er jetzt nicht auf Beendigung des Krieges dränge. Er bat den Ministerpräsidenten um Richtigstellung seiner Worte und richtete das Ersuchen an ihn, ihm sobald die Reichsregierung den Zeitpunkt für

⁶⁵ Karl Botho-Wendt Graf zu Eulenburg, Oberst d. Reserve.

⁶⁶ Gottfried Reinhold Treviranus, Politischer Beauftragter des Vorsitzenden der DNVP.

⁶⁷ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 326 vom 13. 2. 1919, S. 46.

⁶⁸ Der Briefwechsel vom 16./19. Februar 1919 ist u. a. veröffentlicht in: Kreuz-Ztg. Nr. 83 vom 19. 2. 1919, IP.

⁶⁹ Ludendorffs Erklärungen sind u. a. veröffentlicht in: Kreuz-Ztg. Nr. 118 vom 16. 3. 1919, IP.

gekommen erachte, Gelegenheit zu geben, vor einem Staatsgerichtshof für sein Wollen und Handeln einzutreten. Scheidemann lehnte auch dieses Mal schroff ab. Es erübrige sich für ihn, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Demnächst werde die Regierung die Dokumente über die Verhandlungen vom Oktober und November 1918 veröffentlichen; die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes müsse erst in der Verfassung geregelt werden. Ich rügte diesen Ton des deutschen Ministerpräsidenten und stellte fest⁷⁰:

»Dazu, daß Herr Scheidemann dem General Ludendorff das Wort vom Hazardeur nach Art eines Parteiagitators schlimmster Sorte im Munde verdreht hat, ist in tatsächlicher Beziehung nichts weiter zu bemerken. Das Vorgehen des Herrn Ministerpräsidenten ist umso unbegreiflicher, weil ja auch ohnedem alle Welt weiß, daß der Einfluß des Generals Ludendorff auf die Politik, der früher von Herrn Scheidemann und seinen Freunden so leidenschaftlich bekämpft wurde, seit der Verabschiedung des Generals gänzlich ausgeschaltet ist. Es ist also nicht eigentlich ein politisches Interesse des leitenden Staatsmannes, sondern lediglich ein agitatorisches Betätigungsbedürfnis des Parteimannes, was Herrn Scheidemann gerade jetzt veranlaßt hat, seinen Vorstoß zu machen und die Veröffentlichung der Akten über das Waffenstillstandsangebot anzukündigen.«

In heftigsten Zorn versetzten alsdann den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Berliner Demonstrationsversammlungen gegen das drohende Versailler Diktat, nach deren Schluß ein Zug des »Nationalbundes Deutscher Offiziere« nach Kaiserhochs und dem Gesang von »Heil Dir im Siegerkranz« dem ihnen »zu derselben Minute ganz zufällig« in der Wilhelmstraße begegnenden Ludendorff Ovationen dargebracht habe.⁷¹ Das sei Landesverrat, weil es den Feinden Grund zu der Behauptung gebe,

»wir seien nach wie vor das Deutschland des Kaisertums und der Ludendorfferei; bei uns seien die alten Machthaber und Kräfte nur zum Schein vor die Tür gesetzt worden.«

Dieses Mal ging Scheidemann zur Drohung über.

»Wir werden die Herren zu fassen wissen, die derart die Schuld der Vergangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen. Wir gehen noch weiter und tiefer. [...] Ob Schuld oder Unschuld: die eine wie die andere kann sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil des Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben.«

Die deutschnationale Fraktion gab ihrem Protest durch die Aufnahme in eine verlesene Erklärung Nachdruck.⁷²

»Nie würde man im Auslande über Offiziere, die ihr Leben im Kriege und zu Hause zur Sicherung der Ordnung in die Schanze schlagen, in so wegwerfendem Tone sprechen, wie es gestern die deutsche Regierung getan hat, welche überdies durch ihr Wahlrecht jedem Zwanzigjährigen das politische Reifezeugnis ausstellt. [...] Welche Verachtung ladet man vor der ganzen Welt auf Deutschland, wenn ein deutscher General, dessen unvergleichliche Pflichttreue und gewaltige Leistungen in vierjährigem Kriegsdienst an verantwortlichster Stelle niemand, am allerwenigsten die Entente, anzutasten wagt, von dem leitenden Minister so geringschätzig und feindselig behandelt wird, wie wir das gestern erleben mußten. [...] Wie sich die jetzige Regierung verbitten würde, wenn man von »Scheidemannerei« sprechen würde, verbittet sich das deutsche Volk den Ausdruck »Ludendorfferei.«

⁷⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 191 vom 23. 3. 1919, IP.

⁷¹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 26. 3. 1919, S. 808; richtige Bezeichnung: »Nationalverband Deutscher Offiziere«.

⁷² Ebd. vom 27. 3. 1919, S. 838.

In das Arsenal meiner Polemik nahm ich den Gedanken auf, den v. Graefe seinen Ausführungen über die Verantwortung der Mehrheitsparteien für ihre Illusionspolitik beifügte.⁷³

Dagegen hilft auch nicht, wenn Sie die Helden jetzt verunglimpfen, deren Namen und Ruhm in der Geschichte glänzen werden, wenn der Name der Diadochen von heute von unsern Enkeln gar nicht mehr gekannt oder nur mit Zorn und Wut werden genannt werden.«

Den Kriegserinnerungen Ludendorffs und den sie ergänzenden »Urkunden der OHL«⁷⁴ widmete ich Worte warmer Anerkennung, die gleichzeitig der militärischen Führung und dem Heldentum des Weltkrieges galten⁷⁵ und zu denen ich mich auch heute noch (1936) trotz alles dessen bekenne, was mich später von Ludendorff persönlich getrennt hat.⁷⁶

»Ludendorffs Kriegserinnerungen sind eines der gewaltigen Werke, aus denen unser Volk auf lange Zeit hinaus in Not und Niedergang Mut und Kraft schöpfen wird. [...] Aus ihm tritt das Bild des deutschen Mannes, der es geschrieben und die darin geschilderten Taten vollbracht hat, deutlich hervor: Die Treue zu seinem König und Kriegsherrn, seine heiße Leidenschaft für seine soldatischen Pflichten und sein deutsches Vaterland, sein tiefes Verantwortungsgefühl, das all sein Tun beherrscht, feste Entschlossenheit und weiter Blick, seine treue und neidlose Verehrung für den Generalfeldmarschall und dessen ruhmvollen, vom ganzen Volke bewunderten Namen, seine freudige kameradschaftliche Anerkennung für alles, was neben und hinter ihm andere Führer geleistet haben, seine Liebe und Bewunderung für das deutsche Volk in Waffen. [...]

Vielleicht wird die Geschichte einst urteilen, daß der General Ludendorff in seiner Darstellung nicht ganz den Leistungen des Volkes in der Heimat auf dem Gebiete wirtschaftlichen Schaffens und Duldens gerecht geworden ist. Darin aber hat er, wie mir scheint, unwiderleglich und unzweifelhaft Recht, daß Regierung und Volk versagt haben, und zwar trotz immer wiederholten rechtzeitigen Mahnens und Drängens, soweit es galt, den Mut, den Willen, die Festigkeit des Pflichtbewußtseins und der Opferliebe aufrecht zu erhalten und dem Heere für seine großen Menschenverluste den Ersatz zuzuführen, der zahlenmäßig wohl aufzubringen gewesen wäre, wenn die moralische Kraft des stahlharten Willens lebendig geblieben wäre. Unvergleichliches Heldentum der kämpfenden Truppe zu Lande und zu Wasser und ihrer verantwortungsfreudigen Führung auf der einen Seite, das Fehlen des Verständnisses für das Wesen des Krieges und des festen sittlichen Haltes, den er erforderte, daheim und in der politischen Führung, das sind die beiden Züge, die General Ludendorff scharf umrissen und gezeichnet hat.«

Heftiger Streit entstand auch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes und die von der Regierung über sie herausgegebene Aktenpublikation⁷⁷, deren Hauptgegenstand nach Westarp der Versuch war, »die Verantwortung für die Kapitulationsverhandlungen des Oktober 1918 allein der OHL aufzubürden«. Hierzu gehörte auch die These, »die OHL habe noch im August und September 1918 Friedensschritte verhindert, die zu einem besseren Erfolge hätten führen können«. Aus Ludendorffs Verteidigung hiergegen⁷⁸ entstand ein öffentlich ausgetragener Gegensatz zu

⁷³ Ebd., Bd. 330 vom 29. 10. 1919, S. 3536.

⁷⁴ Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919; ders. (Hrsg.): Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1919.

⁷⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 465 vom 28. 9. 1919, IP.

⁷⁶ Im Anschluß an den 9. November 1923 hatte Ludendorff die Haltung der DNVP zum Münchener Putsch scharf kritisiert. Der Gegensatz wurde in der Folgezeit durch die weltanschaulichen Schriften Ludendorffs und seiner zweiten Frau weiter vertieft. Auch während Ludendorffs Zugehörigkeit zum Reichstag (1924–1928) wurde die bis 1923 bestehende politische Verbindung nicht wieder aufgenommen.

⁷⁷ Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes, hrsg. im Auftrag des Reichsministeriums von der Reichskanzlei, Berlin 1919.

⁷⁸ Vgl. Anm. 53 sowie Brief Ludendorffs an Scheidemann vom 28. 2. 1919, abgedruckt im Vorwärts Nr. 138 vom 16. 3. 1919.

Staatssekretär v. Hintze, der glaubte, sich gegen den Vorwurf mangelnder Aktivität nach dem 14. August wehren zu müssen.⁷⁹ Westarp übernahm es, in diesem Streit, an dem »nur der Gegner Freude haben« konnte, zu vermitteln, und erreichte schließlich die Einstellung der Pressefehde, obwohl »das Temperament und die gereizte Stimmung beider Beteiligten« die Aufgabe erschwerte.⁸⁰

Wichtiger noch war mir das historische Ergebnis, das ich von den Unterschieden in der Darstellung Ludendorffs und v. Hintzes über Einzelheiten der Verhandlungen lösen konnte⁸¹ und das auch nach den neuen Forschungen als feststehend angesehen werden kann.

»General Ludendorff hat der am 8. August veränderten Kriegslage sofort Rechnung getragen, indem er sie der politischen Leitung zwecks Anbahnung von Friedenschritten durch neutrale Mächte mitgeteilt hat, und er hat diesen Friedenschritten keine Hindernisse in den Weg gelegt, die sie erfolglos gemacht hätten. Auf der anderen Seite läßt sich nicht der Vorwurf begründen, daß Staatssekretär von Hintze säumig gewesen sei. Vor allem spricht nichts für die Annahme, daß ein früheres und offeneres Hervortreten mit unseren Friedensabsichten irgendein anderes Ergebnis gehabt haben würde, als wir im Oktober und November 1918 schauernd erlebt haben. Nicht an verblender Halsstarrigkeit der Obersten Heeresleitung und nicht an Versäumnissen des Auswärtigen Amtes im August und September hat es gelegen, daß wir zu dem Waffenstillstand vom 11. November und dem Frieden von Versailles gekommen sind. Die Ursache war der Vernichtungswille der Feinde, den sie auf keine Verhandlung irgend welcher Art und zu irgend welcher Zeit allein, sondern nur dann aufgegeben haben würden, wenn wir uns nicht wehrlos gemacht, sondern ihm bis zuletzt kraftvollen Widerstand entgegengesetzt hätten.«

Als bald nach der Drohung Scheidemanns wurde ein Entwurf über die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes mit Begründung bekannt, der mir zu scharfer Kritik Anlaß gab.⁸² Der jetzt geplante Staatsgerichtshof biete keinen Ersatz für die Maßnahmen, die hätten ergriffen werden sollen, um uns bei den Friedensverhandlungen die Stellung des verurteilten Verbrechers zu ersparen. Seine Einsetzung werde allein damit begründet, daß das deutsche Volk »nach einem Richterspruch über die Schuld am Ausbruch, an der Verlängerung und am Verlust des Krieges« verlange. Auch diese Aufgabe werde er nicht lösen können. Nach dem damals vorliegenden vorläufigen Entwurf sollte der Urteilsspruch die strafrechtliche Folge des Verlustes der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter haben. Er müsse also einen subjektiven und einen objektiven Tatbestand feststellen.

»Es ergibt sich sofort die Frage, ob ein subjektives Verschulden nur dann ausgesprochen werden soll, wenn der Beschuldigte aus egoistischen Motiven oder in fahrlässiger Versäumnis gehandelt hat, oder ob politische und militärische Fehler und Irrtümer als solche, auch wenn sie in bestem Glauben bei sorgfältiger Pflichterfüllung begangen sind, den subjektiven Tatbestand erfüllen. Wenn der Gerichtshof nun zu dem Ergebnis kommt, daß von subjektiver Schuld gar keine Rede sein kann, so wird er sich gleichwohl mit dieser Feststellung schwerlich beruhigen können, wenn er nicht die Erwartungen, die der Gesetzgeber nach der Begründung und die das Volk und die Allgemeinheit auf ihn setzt, schwer enttäuschen will. Denn verlangt wird von ihm unter allen Umständen und in erster Linie das Urteil über die objektive Seite des Tatbestandes werden, d. h. über die Frage, ob das Verhalten des Beschuldigten tatsächlich zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum unglücklichen Ausgang des Krieges beigetragen hat. Dieses Urteil aber liegt nicht auf juristischem, sondern auf politischem oder militärischem Gebiet, auf dem es überhaupt selten oder nie einen mathematisch oder juristisch zwingenden Beweis, sondern nur hypothetische Urteile gibt.

⁷⁹ Vgl. Vossische Zeitung vom 11. und 12. 9. 1919.

⁸⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 437 vom 13. 9. 1919, »Das Scheitern der Friedensbemühungen im August/September 1918«.

⁸¹ Wie Anm. 80.

⁸² Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, IP.

Um das klarzulegen, braucht man nur irgend eine Frage herauszugreifen, [...] z. B. die, ob Amerika auch in den Krieg eingetreten sein würde, wenn der uneingeschränkte U-Bootkrieg schon im Frühjahr 1916 eingesetzt hätte oder wenn er ganz unterblieben wäre. Die Unterlage eines solchen Urteils beruht, selbst wenn alle Vorgänge auch der ausländischen Archive bekannt sind, auf der Kenntnis und der Meinung von der Psychologie und dem Charakter der einzelnen Staatsmänner und der Völker, und das Urteil wird, selbst bei zwei noch so vollkommenen Sachkennern immer je nach der geschichtlichen und politischen Grundauffassung verschieden ausfallen.«

Des weiteren bestritt ich die Unparteilichkeit des vorgesehenen Gerichtshofes. Die zehn von der Nationalversammlung, also von den revolutionären Parteien aus ihrer Mitte bestimmten Mitglieder, die ihn neben den fünf Präsidenten der höchsten deutschen Gerichte angehören sollten, würden die politischen Fragen, über die sie urteilen sollten, nicht sachlich, sondern parteiagitorisch behandeln. Hochs Hetzreden vom 10. April 1919⁸³, mit der er den Plan begrüßte, bestätigte diese Annahme, und der »Vorwärts«, der als Folge des Strafurteils Verbannung vorschlug, forderte »strengste Gewähr« dafür, »daß in dem Gerichtshof keine Gesinnungsgenossen der Angeklagten sitzen«.

»Gerade⁸⁴ mir wird es, wie ich offen aussprechen will, nicht ganz leicht, diese Bedenken gegen den Staatsgerichtshof vorzubringen. Wer nun seit Jahren die Ungerechtigkeit und Gehässigkeit der Vorwürfe gegen alle diejenigen Staatsmänner und politischen Richtungen miterlebt hat, denen man glaubt, die Schuld an allem Unglück zuschreiben zu können, weil sie den Sieg gewollt haben, der müßte eine gerechte und unparteiische Feststellung, wenn sie möglich sein sollte, von Herzen wünschen und ruft nur ungen den Anschein hervor, als wolle er ihr ausweichen. Gerade nach der subjektiven Seite würde ja völlige Klarheit über den Vorwurf der Kriegsverlängerung und Kriegszettelung aus gewinnsüchtigen Motiven unbedingt nötig erscheinen. Der Staatsgerichtshof aber, zumal in der Form, wie er hier vorgeschlagen worden ist, wird der Aufgabe, über die politische Schuldfrage maßgebende, wirklich fördernde, endgültig den Streit beilegende Urteile zu fällen, aus den dargelegten Gründen eben nicht gerecht werden können. Der Vorschlag bedeutet ein Nachgeben gegen Forderungen großer Massen, die dazu nicht zum Vorteil der seelischen Verfassung des Volkes durch langjährige zum Teil höchst gehässige Agitation aufgestachel worden sind.«

Nach dem endgültigen Entwurf, der am 6. Juni 1919 der Nationalversammlung zuging⁸⁵, sollte der Staatsgerichtshof ohne jede praktische Folge des Urteils nur die Feststellung treffen, ob die zur Verantwortung gezogene Person ein Verschulden treffe. Das Schwergewicht legte der Entwurf auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der mit allen Befugnissen gerichtlicher Untersuchung ausgestattet über die Eröffnung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof beschließen sollte. Die Nationalversammlung lehnte den Entwurf ab.⁸⁶ Die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes wurde auf die Verfassung verwiesen, in der er zu anderen Aufgaben berufen wurde.

Für die Bildung eines Untersuchungsausschusses war aber eine besondere gesetzliche Ermächtigung nicht nötig, da sie im Artikel 34 der Verfassung vorgesehen war. So wurde am 20. August 1919 der Untersuchungsausschuß gewählt⁸⁷, der seitdem in allen Reichstagen erneuert, bis 1932 eine schier unabsehbare Fülle von Verhandlungen ge-

⁸³ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 327 vom 10. 4. 1919, S. 929, siehe auch ebd. (v. Payer), S. 936 und (Schultz-Bromberg), S. 947.

⁸⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 170 vom 13. 4. 1919, II.

⁸⁵ Sten. Ber. Nat.-Vers., Anlagen-Bd. Nr. 335, Nr. 355.

⁸⁶ Ebd., Bd. 329 vom 20. 8. 1919, S. 2699 ff.

⁸⁷ Ebd. S. 2699; vgl. dazu HEINEMANN, S. 156–158.

führt und veröffentlicht hat.⁸⁸ Seine in vier Nummern umschriebene Aufgabe war die Feststellung

- der Friedensmöglichkeiten;
- der Vorgänge, die zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben;
- des Vertrauensverhältnisses zwischen den politischen Stellen und der militärischen Leitung untereinander und mit der Volksvertretung;
- begangener Völkerrechtsverletzungen und unnötig harter und grausamer Kriegsmaßnahmen.

Der Ausschuß und seine Unterausschüsse haben mit deutscher Gründlichkeit eine gewaltige Menge von Material beigebracht, an dem kein Geschichtsforscher vorübergehen kann. Das Wertvollste in tatsächlicher Beziehung sind die zahlreichen Gutachten militärischer, politischer und geschichtlicher Sachverständiger. Die stenographischen Berichte leiden dagegen an der Weitschweifigkeit und Unklarheit, die durch das Agitationsinteresse der Redner verschuldet, alle parlamentarischen Verhandlungen ungenießbar macht und ihre historische Verwertung ungemein erschwert. Sie geben oft mehr ein Bild der Parteiagitation der Nachkriegszeit als eine zuverlässige Feststellung der Kriegsergebnisse.

Ich war stets ein grundsätzlicher Gegner der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, weil das sie beherrschende Parteiinteresse eine objektive richterliche Feststellung juristischer, geschweige denn politischer Tatbestände unmöglich macht, selbst wenn ihr technisches Verfahren dazu ausreichen sollte.

Die Bedenken, die ich gegen den gesamten Staatsgerichtshof geltend gemacht hatte, bewahrheiteten sich denn auch in verstärktem Maße in dem ersten Abschnitt der Verhandlungen, in dem der Unterausschuß des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung im Herbst 1919 das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, Wilsons Friedensvermittlung und die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges untersuchte. In Erwartung seiner Feststellungen bezeichnete Wels⁸⁹ seine Tätigkeit als das

»große Ereignis, das der Politik der Deutschen Republik ihren Stempel aufdrückt und besser als alle Reden und Versicherungen den neuen Geist beweist, der bei uns eingezogen ist. [...] Der Gesundungsprozeß, den wir in unserem Lande durchzumachen haben, den wir herbeiführen wollen, hängt eng zusammen mit der Feststellung: wer in den langen Jahren des Krieges unser deutsches Volk belogen, betrogen, wer es schlecht und in die Irre geführt hat.«

Der von der Mehrheit gefällte Spruch, daß bei diesen Vorgängen eine sich bietende ernstliche Friedensmöglichkeit schuldhaft versäumt worden sei, entsprach der Meinung des sozialdemokratischen Fraktionsredners, hat aber, durch das Minderheitsgutachten von Schultz (Bromberg) und die Aussagen namentlich Helfferichs widerlegt, vor dem Urteil der Geschichte nicht standgehalten.⁹⁰ Das Verfahren dieses Ausschusses aber wurde zu einer Blamage, die dem Ansehen des Untersuchungsausschusses,

⁸⁸ Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags, hrsg. v. Walther Schücking u. a. 1. Reihe: Die Vorgeschichte des Weltkriegs, hrsg. v. Clara Bohm-Schuch, Bde. 5, 10 und 11, Berlin 1929 und 1930; 3. Reihe: Völkerrecht im Weltkrieg, hrsg. v. Johannes Bell, Bde. 1 und 4, Berlin 1927; 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, hrsg. v. Albrecht Philipp, Bde. 1 bis 12, Berlin 1925–1930; vgl. auch HEINEMANN, S. 155–218.

⁸⁹ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 330 vom 23. 10. 1919, S. 3359.

⁹⁰ WESTARP II, S. 81 und oben, Anm. 17.

der Parlamentsherrschaft und ihrer Linksmehrheit auf Jahre hinaus einen schweren Stoß versetzt hat. Wir betrachteten es als ein Verdienst Helfferichs, daß er hierzu wesentlich beigetragen hat, indem er die vorgeladenen v. Hindenburg und Ludendorff, die er für die Tage des Berliner Aufenthaltes bei sich aufnahm, bei der Vorbereitung ihres Verhaltens und ihrer Aussage beriet und die Gegner verhinderte, die Heerführer und v. Bethmann Hollweg gegeneinander auszuspielen. Größtes Aufsehen erregte es, als er selbst sich in mehrfache Ordnungsstrafe nehmen ließ, weil er dem Unabhängigen Cohn mit der Begründung, daß er Geld von den Bolschewisten erhalten hatte, die Aussage verweigerte. In der Wochenschau, in der ich das tatsächliche Ergebnis der Vernehmungen natürlich im Sinne von Schultz (Bromberg) und Helfferich würdigte, unterließ ich nicht, das Verfahren des Ausschusses, der über die Heerführer zu Gericht sitzen wollte, in das rechte Licht zu stellen.⁹¹

»Der Untersuchungsausschuß hat in den vorläufig abgeschlossenen Verhandlungen bestätigt, was Lesern der »Kreuzzeitung« schwerlich eine Überraschung bietet, daß eine Kommission des Reichstages nicht in der Lage ist, objektiv einen Tatbestand festzustellen, geschweige denn auf Grund solchen Tatbestandes eine richterliche Tätigkeit auszuüben. Der Abgeordnete ist aus der Partei und in politischen Fragen selbst Partei. Der deutschnationale Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Herr Warmuth, hat sich in vorbildlicher Weise bestrebt, die Verhandlungen nach richterlichen Grundsätzen zu einem über den Parteien stehenden richterlichen Verfahren zu gestalten. Er hatte die Mehrheit gegen sich und trat zurück. Der Ausschuß selbst aber hat sich nicht davor bewahren können, sich geradezu lächerlich zu machen. [...] Als man versuchte, Hindenburg und Ludendorff durch das Verbot von Werturteilen mundtot zu machen, wußte kein Mensch zu sagen, was das eigentlich heißen sollte. Es mag dem Ausschuß vorgeschwebt haben, daß er nur Bekundungen über Tatsachen herbeizuführen, dagegen nicht Schlußfolgerungen festzustellen, darüber also auch nicht in Erörterungen einzutreten habe. Nun waren aber die allermeisten sogenannten Fragen der Herren Cohn und Sinzheimer, Bonn⁹² und David gar nichts anderes als entweder direkt ausgesprochene oder nur sehr durchsichtig verschleierte Schlußfolgerungen und Urteile, durch welche diese sogenannten Parteimänner ihren Standpunkt festlegen wollten. Gleichwohl machte der Vorsitzende am letzten Tage der Verhandlungen plötzlich den Versuch, die beiden Heerführer nicht nur an dem Aussprechen von Urteilen, sondern an tatsächlichen Bekundungen über die Beweggründe zu hindern, von denen sie ausgegangen sind, und dieser Versuch setzte jedesmal dann ein, wenn Dinge ausgesprochen werden, die den Mehrheitsparteien unbequem sind. [...]

Die Wahrheit ist im Marsche und der Untersuchungsausschuß hat ihr, wenn auch wider Willen, den Weg gebahnt. Der Preis, um den das geschah, ist unverhältnismäßig hoch; aufs neue haben würdelose und politische Selbstbeziehung, mögen sie aus weltfremder Träumerei oder hemmunglosem Parteiegoismus hervorgehen, dem deutschen Ansehen schweren Schaden zugefügt. Das Gebaren der David und Gothein, Cohn, Bonn und Sinzheimer erregt daher nicht allein in den Kreisen der Rechten scharfen Widerspruch, lebhafte Kritik und den dringenden Wunsch nach Schluß der Vorstellung.⁹³

Ich konnte über Huldigungen berichten, die v. Hindenburg bei seinem Aufenthalt in Berlin dargebracht worden waren. Das Ansehen, das er im Volke genoß, habe zu dem Versuch der Ausschlußmehrheit geführt, ihn in Gegensatz zu Ludendorff zu bringen, der aber an dem loyalen Verantwortungsbewußtsein des Feldmarschalls und seiner Treue zu seinem Mitarbeiter gescheitert seien. Nun nehme die Sozialdemokratie

⁹¹ Ludendorff und Hindenburg wurden am 18. 11. 1919 in der 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses vernommen; vgl. Heft 7 der Sten. Ber. (wie Anm. 17); Kreuz-Ztg. Nr. 530 vom 2. 11. 1919, Nr. 556 vom 16. 11. 1919 und Nr. 568 vom 23. 11. 1919, jeweils IP; vgl. auch HEINEMANN, S. 162–164.

⁹² Moritz Julius Bonn, vgl. seine Erinnerungen: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, insbes. S. 231–241.

⁹³ Ähnliche Kritik übte die »Kölnische Volkszeitung« Nr. 898 vom 17. 11. 1919 und die »Süddeutsche demokratische Korrespondenz«.

und die »Frankfurter Zeitung« die Maske vom Gesicht und falle brutal auch über den Generalfeldmarschall her.

»Man schildert ihn als hilflosen alten Mann, der nur den Einflüsterungen von Ludendorff und Helfferich gefolgt wäre. Sein Auftreten vor dem Untersuchungsausschuß war klar und fest genug, um diesen Unsinn und diese Gemeinheit Lügen zu strafen.«

Gewiß hat der Streit um die Vergangenheit der nationalen Propaganda und mir Anlaß und Gelegenheit gegeben, an wirksamer Stelle nachzuweisen und einzuhämmern, daß die durch die Revolution zur Herrschaft gelangten Auffassungen und Kräfte den Untergang herbeigeführt hatten und deshalb ausgeschaltet werden müßten, wenn das Ziel der Befreiung erreicht werden sollte. Trotzdem gehört dieser Streit zu den unerfreulichen, schmachvollen und schädlichen Ereignissen der Revolutionszeit. Als Ausfluß übler Parteilidenschaft und Tummelplatz wüster Agitation, ungeeignet wissenschaftlich gesicherte Ergebnisse zu zeitigen, bot er dem Auslande und Inlande ein drastisches Bild der verhängnisvollen deutschen Zerrissenheit. Zudem nahm er in der öffentlichen Erörterung namentlich der ersten Jahre einen viel zu breiten Raum ein. Für ihn wurde eine Fülle von Kräften vergeudet, die gegen den gemeinsamen äußeren Feind und für die Befreiung von der Fremdherrschaft hätten eingesetzt werden sollen.

Idealistische Kraftquellen

So nötig es war, den Schutt auszuräumen, mit dem die herrschenden Parteien den Zugang zur Erkenntnis der Ursachen von Niederlage und Zusammenbruch und damit den Weg zu Quellen nationaler Kraft versperrten, wichtiger war es, diese Quellen selbst aufzudecken und nutzbar zu machen.

Ebenso wie die Notwendigkeit des Befreiungskampfes bildete die vaterländische Gesinnung als Voraussetzung dafür ein ständiges Thema meiner Reden. Es hat seit Anfang 1919 wohl keine meiner Versammlungen vor Freunden und Gegnern gegeben, in der ich nicht zum mindesten im Schluß meiner Rede darauf eingegangen wäre, und ich habe an diesem Brauch auch festgehalten, als ich, im Juni 1920 wiedergewählt, mich gezwungen sah, die Tages- und Parteipolitik mehr als vorher in den Vordergrund zu stellen. Außerdem habe ich zahlreiche Vorträge anlässlich vaterländischer Gedenktage und vor der akademischen Jugend gehalten, in denen ich historisches Gedenken für den Idealismus vaterländischen Freiheitswillens nutzbar zu machen suchte. Als Beispiel weise ich auf die Rede hin, die ich zur fünfzigjährigen Sedanfeier in Schönhäuser gehalten habe.¹ Bei der Mangelhaftigkeit der Presseberichte habe ich dafür verhältnismäßig wenige aktenmäßige Belege. Jedoch stehen mir die Grundgedanken meines damaligen Eintretens für den vaterländischen Idealismus noch heute so deutlich vor Augen, ich hatte mich in sie so eingelebt und habe sie so oft vorgetragen, daß ich einen Überblick darüber geben kann, der auch da zulässig ist, wo ich Einzelheiten nicht mehr aus Redeberichten oder Aufsätzen belegen kann.

Wie ich die Schönhäuser Rede damit einleitete, daß ich den Einspruch Scheidemanns gegen die Sedanfeier zurückwies, so habe ich fast an jedem historischen Gedenktag, zu dem ich sprach, wie Sedan, Gründung des Kaiserreichs, Bismarcks Geburtstag, die Berechtigung solchen Gedenkens gegen Sozialdemokraten und andere pazifistische Demokraten verteidigt, die behaupteten, es schädige unsere Stellung im Ausland und untergrabe den republikanischen Geist. Paul Warnckes »Vergessen«², das als eines der besten und ergreifendsten Nachkriegsgedichte ein unvergänglicher Besitz der deutschen Poesie ist, habe ich oft ins Feld geführt. Praktisch wichtiger und notwendiger noch als vaterländisches Gedenken an besonderen Tagen im gesinnungsverwandten Kreise freilich war es, den Kampf mit den politischen Gegnern um die Tagesfragen gleichzeitig zur Werbearbeit für das Zukunftsziel der vaterländischen Erneuerung auszunutzen. Das habe ich besonders auch in allen meinen Wahlreden von 1920 nachdrücklich getan und in der »Kreuzzeitung« bei der Einleitung des Wahlkampfes grundsätzlich als unerläßliche Aufgabe der Agitation bezeichnet.³

¹ Niederschrift der Rede im Nachlaß Westarp (Teil Gärtringen).

² Vgl. Anm. 5, Kap. III/6; das Gedicht ist ebenfalls abgedruckt in: Paul Warncke: *Erwache, Volk!* Berlin 1920, S. 44 f.

³ Kreuz-Ztg. Nr. 202 vom 1. 5. 1920, siehe ferner ebd. Nr. 239 vom 23. 5. 1920, II.

»In den Forderungen des Tages erschöpfen sich indessen die Aufgaben nicht, vor die der bevorstehende Wahlkampf und die daran anschließende parlamentarische Arbeit uns stellen. Es gilt ein Ringen um die Seele des Volkes, das mit neuem nationalem Geist und was mehr ist, mit neuem nationalem Willen und nationaler Entschlußkraft erfüllt werden muß. Zäh und unermüdlich müssen wir in diesen Kämpfen, in denen das Ohr der Massen auch uns mehr geöffnet ist als in den Zeiten der Ruhe, darum werben, daß unser Volk sich der Kräfte bewußt wird, die von einem lebendigem Christentum ausgehen, daß das in ihm schlummernde Bedürfnis nach kraftvoller Führung den Anschluß an die monarchischen Überlieferungen wiedergewinnt, daß die monarchische Überzeugung und die Treue zum Hohenzollernhause und zu seiner Geschichte lebendig und wirkungsvoll werden, daß ehrliche gemeinsame Arbeit den Weg zum sozialen Ausgleich und Frieden im Innern eröffnet, daß die Not des Vaterlandes und der feste Wille zu seiner Befreiung von der Fremdherrschaft des Versailler Gewaltvertrages allen Eigennutz und alle Sonderinteressen überwinden. Schnelle Erfolge werden solcher Arbeit schwerlich beschieden sein. Viele Saatkörner, die dabei ausgestreut werden, fallen auf steinigtes Land; auch was empfänglichen Boden trifft, wird nur langsam zur Ernte heranreifen. Wenn irgendwo und irgendwann, heißt es jetzt warten können, in zäher unermüdlicher Arbeit und in festem Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes und auf die Hilfe göttlicher Vorsehung.«

Am Schluß des Wahlkampfes stellte ich der Arbeit im neu gewählten Reichstag das gleiche Ziel.⁴

»Auf weite Sicht und für eine vielleicht noch ferne Zukunft – soweit es nötig ist, auch unter Verzicht auf Erfolge des Tages – muß die Grundlinie konservativer Staatsauffassung rein erhalten, muß darauf hingearbeitet werden, daß unser Volk auch in den jetzt proletarisch verführten Massen sich zu seinem eigensten Wesen und seiner Geschichte zurückfindet, zu dem starken preußischen Staatsgedanken, zu der monarchischen Überzeugung und zu einem festen nationalen Willen der Selbstbehauptung und der Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft des Versailler Vertrages.«

Mit Vorliebe sprach ich, so oft mir als Altem Herrn des VDST (Vereins Deutscher Studenten)⁵ von diesem oder von weiteren studentischen Kreisen Gelegenheit dazu geboten wurde, zur akademischen Jugend. Das geschah zum ersten Male am 25. und 26. Juli 1919 in Tübingen, wo ich davon ausging, daß meine Generation, als ich vor 75 Semestern mein Studium in Tübingen begonnen, es leichter gehabt habe als die jetzige Jugend. Wir hätten das schöne akademische Vorrecht genossen, uns zunächst ohne eigene verantwortliche Tätigkeit lernend in das Wesen der Dinge zu vertiefen und so auch in der Politik erst zu einer festen Stellung durchzuringen. Die heutige Jugend, der man die Wahlpflicht auferlegt habe, sei zu einem härteren Idealismus berufen. Ich wies auf die Vielseitigkeit der Fähigkeiten des deutschen Volkes hin, das auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit geniale und schöpferische Bahnbrecher, Meister und Führer sein eigen nennen könne. Unendlich vielseitig wie die deutsche Kraft sei auch der deutsche Idealismus. Bald richte der Deutsche sein ganzes ideelles Streben auf Gottesglauben oder philosophische Erkenntnis, bald auf Schöpfung und Genuß des Schönen in der Kunst, bald auf die Erforschung des Wahren in den Geistes- oder Naturwissenschaften. Kriegerische und staatliche Leistungen, wirtschaftliche und soziale Organisation, Beherrschung der Natur und ihrer Kräfte seien ihm nicht minder Gegenstand seines Idealismus. Große Führer des deutschen Geisteslebens hätten das höchst ideale Ziel in der Ausbildung der eigenen Persönlichkeit mit allen ihren Anlagen und Kräften

⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 263 vom 6. 6. 1920, IP.

⁵ Vgl. dazu Hedwig Roos-Schumacher: Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten 1880–1914/18. Ein Beitrag zum nationalen Vereinswesen und zum politischen Denken im Kaiserreich, Gifhorn 1986 sowie Marc Zirlewagen: Der Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten in der Weimarer Republik, Köln 1999.

des Leibes und der Seele zu größter Vollkommenheit erblickt. All das reiche ideale Streben der Deutschen, auf welches Ziel es sich auch richte, sei Zeichen und Quelle der unerschöpflichen Kraft unserer Nation. Besonders die Jugend habe das schöne Vorrecht, auf allen Gebieten große Leistungen zu erräumen und zu erstreben, bis sie sich für die Meisterschaft in der Beschränkung entscheide. Nimmer wolle ich auf das faustische Streben und den Geist von Weimar verzichten. Solange aber der deutsche Staat unter dem Joche der Fremdherrschaft stehe und dahinsieche, habe kein Deutscher das Recht, sein persönliches Ideal höher zu stellen als das des Befreiungskampfes. Ihm müsse er, bis das Ziel erreicht sei, sein ganzes Streben widmen. Denn nur in einem freien, nach außen unabhängigen, mächtigen und geachteten Staat könne der Einzelne seine Persönlichkeit, das Volk seine ideellen Kräfte voll entfalten. Daran schloß sich der Vortrag über das Versailler Diktat.

Gerade die Rede in Tübingen, die Studenten aus farbentragenden und freien Vereinigungen in großer Zahl hörten, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.⁶ Mehrfach haben mir noch nach Jahren Hörer dieses meines ersten Studentenvortrages der Revolutionszeit mitgeteilt, daß er für ihre politische Gesamtauffassung grundlegend geworden sei. Das trug dazu bei, daß ich die nicht seltenen Wünsche, vor der Studentenschaft zu sprechen, mit Vorliebe erfüllte, soweit meine Zeit es irgend gestattete.

»Immer und notwendig siegt die Begeisterung über den, der nicht begeistert ist.«⁷

Der schwarz-rot-goldenen Republik sprach ich die Fähigkeit zu begeistern schon deshalb ab, weil die Revolution, der sie ihr Dasein verdankte, mit der Kapitulation vom November 1918 verbunden gewesen und weil sie den Staat dem Egoismus der Parteien und des proletarischen Klassenkampfes für höhere Löhne und geringere Arbeitsleistung ausgeliefert hatte. Als Quelle der Kraft für den Befreiungskampf setzte ich die Begeisterung für das Königreich Preußen und das deutsche Kaiserreich ein, die mir durch Familie, Schule und Militärdienst in Fleisch und Blut übergegangen, nicht minder aber durch Studium, Berufs- und Lebensarbeit des Mannesalters zu bewußter Überzeugung geworden war. Ich konnte nicht selten beobachten, daß ich dabei in großen Versammlungen des Nordens und Ostens von Berlin, von Arbeitern, Handwerkern, unteren und mittleren Beamten stürmischere Zustimmung und leidenschaftlicheren Widerstand gegen gehässiges Gebrüll fand als in Berlin W.

Neben den Kreisen, von denen die Werbung für den nationalen Befreiungswillen ganz auf den völkischen Gedankengang eingestellt wurde, begann namentlich in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der Partei⁸ und im Schrifttum eine jungkonservative Bewegung hervorzutreten. So gern ich wertvolle Anregungen aufnahm, die von dieser Seite ausgingen, so konnte ich doch die Ansicht nicht teilen, daß die philosophisch-theoretischen Grundlagen des nationalen Konservatismus erst ganz neu geschaffen werden müßten. Ich entnahm die Gründe, aus denen das deutsche Volk sich

⁶ Bestätigend der Brief des Historikers Johannes Haller an Fürst Eulenburg vom 28. 9. 1919, abgedruckt in Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, hrsg. von John C. G. Röhl, Boppard a. Rh. 1983, Bd. III, S. 2284.

⁷ Vom Verfasser Fichte zugeschrieben.

⁸ Die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft war im Januar 1919 aus einem bei der Parteigründung errichteten, von Joachim v. Winterfeldt-Menkin geleiteten Werbeausschuß hervorgegangen. Bis zu seiner Berufung an die Botschaft in Rom im Dezember 1919 war Ulrich v. Hassell eine ihrer führenden Persönlichkeiten. Zu ihrem gleichzeitig mit dem Parteiprogramm der DNVP veröffentlichten »Nationalen Manifest« siehe oben Kap. I/3.

in Gesinnung und Willen zum Kampf stark machen müsse, dem konservativen Staatsgedanken, wie er sich aus den Staatsauffassungen und der Kultur des Königreiches Preußen entwickelt hatte. Eine Zusammenfassung grundlegender Gedanken habe ich während meines Erholungsaufenthaltes, den ich Anfang Juni 1919 in Gärtringen verbrachte, unter den alten Bäumen des Gutsgarten niedergeschrieben.⁹ Ich kann nicht unerwähnt lassen, daß ich aus Thomas Manns »Betrachtungen eines Unpolitischen« in ihrer ersten Fassung¹⁰ manche Anregung dazu entnommen habe.

In meinen Vorträgen und Reden stellte ich den organischen Staatsgedanken als konservative Auffassung dem demokratischen Individualismus und der proletarischen Klassenkampf-Lehre entgegen. Ähnlich wie in den ersten drei Absätzen des Gärtringer Aufsatzes betonte ich oft die Bedeutung der selbständigen, überindividuellen und ewigen Persönlichkeit des Volkes, die sich in seinem Staat verkörpert. Daraus entnahm ich die Kritik an der Politik des Tagesbedürfnisses und des Massenwillens, die zur Revolution und zum Zusammenbruch geführt hatte, und die Forderung an die Politik, daß die Regierung über die Bedürfnisse des lebenden Geschlechtes hinausschauen und unabhängig von Tagesströmungen des Massenwillens aus der geschichtlichen Vergangenheit ihre Grundsätze entnehmen und sich die Zukunft, Ehre und Freiheit der gesamten Volkspersönlichkeit zum Ziele setzen müsse. Die von der Natur und Geschichte begründete Eigenart des deutschen Volkes, Bedürfnisse und Zukunft des deutschen Reiches, nicht theoretische Erwägungen und die dem deutschen Wesen fremden Ideen der westlichen Demokratie von 1789 müßten die Richtlinien der Politik bestimmen; nur auf die eigene Kraft und auf den Willen zur Macht des eigenen Staates, nicht auf Träumereien von internationaler Versöhnung und Verständigung müsse die Politik der Befreiung gestellt sein.

Von noch größerer Bedeutung für die Erstarkung des Befreiungswillens waren die Forderungen an die einzelnen Staatsangehörigen, die sich aus der Auffassung von Volk und Staat als überindividueller Persönlichkeit ergeben. In einem 1927 über jungkonservative Bestrebungen geschriebenen Aufsatz habe ich Gedanken zusammengefaßt, die ich hier wiedergebe, weil ich sie von Anfang an oft vertreten habe.¹¹

»Dem Konservativen ist der Staat nicht ein vertragsmäßiges Gebilde, das zum Sicherheitsschutz oder auch darüber hinaus zur Wohlfahrtsförderung willkürlich geschaffen ist, auch nicht lediglich das Mittel zu dem Zwecke, dem einzelnen Individuum die möglichst große Wohlfahrt oder gar nur den möglichst großen materiellen Wohlstand zu schaffen. Uns Konservativen ist der Staat der lebendige Körper überindividueller Volkspersönlichkeit. Sein Zweck ist Ehre, Freiheit und Dasein, Gedeihen und Fortschritt der Nation als eines überpersönlichen und lebendigen Ganzen. Nach unserer Auffassung kann Freiheit des einzelnen Staatsbürgers nur bei Freiheit der Nation bestehen. Kulturelle Entwicklung des einzelnen zu höchster Blüte – hier begegnen sich die völkischen Auffassungen in ihrer neueren Gestalt mit denjenigen der konservativen – ist uns nur auf der Grundlage nationaler, durch einen starken Staat gesicherten Kultur denkbar, Wohlstand und wirtschaftlicher Fortschritt des einzelnen nur bei Blüte und Machtstellung der Nation. Für uns ergibt sich aus dem Wohlergehen der Nation, aus Freiheit und Ehre und Macht des Staates das Wohl des einzelnen. Wo aber beide in unlöslichen Gegensatz treten, hat die Einzelpersönlichkeit mit allen ihren Interessen und Verflochtenheiten in Stand, Beruf und Klasse zurückzustehen hinter den In-

⁹ Veröffentlicht in: Tradition, Nr. 1 vom 5. 4. 1919, »Zur Vorgeschichte des 9. November«; vgl. Anm. 24, Kap. II/8.

¹⁰ Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen (wie Anm. 14, II/4).

¹¹ Was ist konservativ? in: Deutsches Adelsblatt Nr. 34 vom 1. 12. 1927, S. 754 f.

teressen des großen Volksorganismus, der den einzelnen an Wert wie an Lebensdauer überragt und für ihn auf Erden Ewigkeitswert besitzt.«

In Preußens Königreich und Volk verkörperte sich mir der konservative Staatsgedanke; in Preußens Geschichte und Überlieferung sah ich die Quellen der neuen vaterländischen Kraft, die unserem Volke nottut. Die Eigenart des preußischen Wesens führte ich auf die Geschichte und geographische Lage des preußischen Staates zurück. Ein für die Preußenwahlen von 1921 geschriebener Aufsatz faßt zusammen, was ich vorher und nachher oft ausgeführt habe.¹²

»Der preußische Staat war nach übereinstimmendem Urteil der Geschichte das Werk der Hohenzollern. Das Verdienst dieses Hauses aber ist, daß sie nicht wie die demokratischen Fanatiker unserer Tage meinen, ein Werk ihrer Willkür oder ihrer rein dynastischen Interessen geschaffen, sondern daß sie die staatlichen Lebensbedingungen erfüllt haben, die sich für die deutschen Bewohner der norddeutschen Tiefebene aus ihrer geschichtlichen und geographischen Lage ergaben. Armes Kolonistenland, mit leichtem Boden und wenig günstigem Klima, dem vordringenden Slaventum zu entreißen, eingeklemt zwischen langen ungeschützten Grenzen und gewaltigen unruhigen Nachbarn im Osten und Westen, mußte der Preußenstaat die Deutschen, die ihm angehörten, erziehen zu nüchternem Tatsachensinn und festem, zähen Willen, mußte er vor allen Dingen vor seinen Angehörigen die unbedingte Hingabe der ganzen Person an den Staat fordern, dem die Aufgabe zufallen war, der deutschen Nation hier eine Heimstätte zu schaffen und zu erhalten. Da ging es nicht ab ohne den Willen des Staates zur Macht und ohne die dauernden und harten Opfer des einzelnen, die der staatliche Wille zur Macht fordert.

Geschichtliche und nationale Notwendigkeiten also sind es gewesen, die erfüllt werden mußten, wenn der deutschen Nation im preußischen Staat die Lebensmöglichkeit geschaffen und erhalten werden sollte. Sie haben dazu geführt, daß die Deutschen der norddeutschen Tiefebene nach langem Widerstreben zum einheitlichen Preußenstaat zusammengeschweißt wurden, sie haben diesem Preußenstaat die Eigenschaften anezogen, die ihn befähigten, die deutsche Nation zur Einheit, Freiheit vom äußeren Joch und Kraft emporzuführen. Dieselben Bedingungen wirken fort. [...] Sie lassen es auch für die Zukunft als eine unerläßliche Bedingung jedes Aufstieges der deutschen Nation erscheinen, daß dem preußischen Staat das Rückgrat nicht gebrochen wird.«

Gerade in Süd- und Westdeutschland fand ich mit solchen Ausführungen oft einen mich selbst überraschenden Beifall; trug ich sie in Ostelbien vor, so nahm man sie auch dort zustimmend, aber doch mehr als selbstverständlich entgegen.

Der preußischen Geschichte entnahm ich das für unser Volk, besonders für seine Jugend maßgebende Vorbild jenes Dienstes am Staate, in dem jeder einzelne sich im Leben und Sterben rückhaltlos für Dasein und Wohlfahrt, für Ehre und Freiheit seines Volkes einsetzt und jeder Stand, jeder Beruf, jede Klasse das eigene Interesse demjenigen des Staates unterordnet. Dazu hatten Preußens König, Preußens Heer und Preußens Verwaltung ihr Volk erzogen. Es war kein Zufall, daß Kant in Königsberg die Lehre des kategorischen Imperativs der Pflicht verkündet und daß Fichte in der Aula der Universität Berlin die Achte Rede an die deutsche Nation gehalten hatte, in der er auseinandersetzt, daß für den Einzelnen »Volk und Vaterland Träger und Unterpfand irdischer Ewigkeit« sind, und daß, wem ein Vaterland überliefert worden ist, »bis auf den letzten Blutstropfen kämpft, um den teuren Besitz ungeschmälert wiederum zu überliefern an die Folgezeit.«

»Daß für die Freiheit meine Väter starben,
Das deuten – merkt es – meine Farben an.«¹³

¹² Hallesche Zeitung Nr. 572 vom 21. 12. 1920, »Preußen und die Hohenzollern«.

¹³ Zitat aus dem »Preußenlied«: »Ich bin ein Preuße, kennt Ihr meine Farben ...«.

Oft habe ich mich dafür eingesetzt, daß das heute so vollständig vergessene Preußenlied über die schwarz-weiße Fahne mit seiner fortreisenden Melodie gesungen und wieder zu Ehren gebracht werde. Was mich dazu veranlaßte, war neben dem trotzigem Dennoch preußischer Selbstbehauptung gerade die Erinnerung an die Opfer, die unsere Väter mit ihrem Leben der Freiheit Preußens gebracht haben. Zu meiner Genugtuung wurde, ohne daß ich es angeregt hatte, das Preußenlied auf dem deutschnationalen, aus ganz Deutschland beschickten Parteitag in Hannover (25./26. Oktober 1920) gesungen, und es lebte in der Partei und vaterländischen Verbänden weiter fort. Erst im »Dritten Reich« scheint es endgültig verklungen zu sein.

»Laß Witwen und Bräute die Toten klagen,
wir singen noch fröhlich in späten Tagen
die Leipziger Schlacht.«

Mit diesen Versen aus Ernst Moritz Arndts Gedicht »Die Schlacht in Leipzig«¹⁴ eröffnete ich im Oktober 1919 eine Gedenkrede auf den 18. Oktober, zu der mich die Studentenschaft in Jena aufgefordert hatte. Ich war mir des Eindrucks bewußt, den das machen mußte, weil der Schmerz um die 2 Millionen Gefallenen des Weltkrieges noch in seiner ganzen Furchtbarkeit unmittelbar vor aller Augen stand. Dennoch wollte ich auf die Worte des männlichen Dichters einer männlichen Zeit nicht verzichten, und ich fügte hinzu, die Tausende, die in Leipzig der grüne Rasen gedeckt habe, nicht minder aber die Witwen und Bräute, die um sie geklagt haben, seien vergangen. Ihr Leid lebe nur noch in der Erinnerung alter Familienpapiere fort. Die Leipziger Schlacht aber sei das leuchtende Ehrenmal geworden, das noch der späte Enkel preise. Denn sie haben auf ein Jahrhundert Preußen und Deutschland von französischer Fremdherrschaft befreit und den Grund für den Aufstieg zur Einigkeit und Größe des deutschen Kaiserreiches gelegt.

Zu den Erinnerungen der Geschichte Preußens gehörte auch die tiefe Frömmigkeit christlichen Gottvertrauens, die viele seiner Herrscher und führenden Männer erfüllt und gerade in Notzeiten breiten Boden im Volke gefunden hatte. In den meisten der kurzen Aufrufe, die ich nationalen Blättern und Vereinen zur Verfügung stellte, und in vielen Reden und Aufsätzen nannte ich als Gegenstand der nationalen Erneuerung die Rückkehr zum Glauben der Väter. Die DNVP nahm das Eintreten für das Christentum unter meiner Zustimmung als eine der drei Hauptforderungen ihres Programmes auf. Tiefgreifende religiöse Auseinandersetzungen betrachtete ich nicht als Aufgabe meiner politischen Tätigkeit, aber ich machte es mir zu einer ständigen Aufgabe, in Zurückweisung der feindseligen Angriffe das lebendige Christentum des Glaubens an die göttliche Führung und des Bewußtseins der Verantwortung vor Gott als selbstverständliche Voraussetzungen und Forderungen der nationalen Erneuerung zu behandeln.¹⁵

Den Geist der Befreiungskriege von 1813–1815 pflegte ich dem Deutschland von 1918 als Vorbild der sittlichen Erneuerung und der Rückkehr zu vaterländischem Kampfeswillen vor Augen zu führen. Die Erinnerung daran war in den Jahrhundertfeiern des Jahres 1913 und durch das damals errichtete Leipziger Denkmal der Völkerschlacht in breiten Kreisen wach gerufen worden. Wir hatten sie für das Opfer des Wehrbeitrages von 1913 nutzbar zu machen gesucht, und sie hatte offensichtlich den

¹⁴ Die Leipziger Schlacht (1813 verfaßt), in: Arndts Werke, erster Teil: Gedichte, hrsg. v. August Lesffson, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart o. J., S. 159 f.

¹⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 182 vom 20. 4. 1919, Nr. 630 vom 28. 12. 1919, Nr. 97 vom 22. 2. 1920, jeweils IP.

nationalen Einsatz des August 1914 vorbereiten helfen. Ich hielt es für unerlässlich, sie neu zu beleben. Dazu schien mir zu gehören, daß die denkende Minderheit und die lernende Jugend sich ernstlich und gründlich in die Geschichte jener Zeit vertiefe.

In der Gedächtnisrede über die Leipziger Schlacht suchte ich deshalb die Studentenschaft in Jena in die Grundgedanken des dichterischen und wissenschaftlichen vaterländischen Schrifttums einzuführen, durch das die Befreiung vom Joche Napoleons und die Einigung Deutschlands im Kaiserreich vorbereitet worden war. Gerade das Studium dieser Werke und der späteren romantischen Dichtung lieferte dem politischen Redner und Schriftsteller eine schier unerschöpfliche Fülle von Gedanken und Zitaten, die für die nationale Aufgabe der Zeit unmittelbar verwendbar waren. Daß ich die Studenten auch auf die philosophischen Grundlagen der Befreiungsbewegung hinzuweisen hatte, hielt ich für selbstverständlich. Umso mehr erfreute mich eine freundliche Anerkennung, die mir, ohne daß wir uns bis dahin persönlich gekannt hätten, eine Autorität wie Rudolf Eucken aussprach (21. 10. 1919):

»Es drängte mich, Ihnen auszusprechen, eine wie große Freude es mir war, daß Sie in Ihrem Vortrage der Philosophie und im besonderen unsern deutschen Philosophen eine so große Aufmerksamkeit, Kunde und Hochschätzung erwiesen haben. Es ist das für uns Philosophen umso wertvoller, als meistens die Politiker an unseren Bestrebungen wenig teilnehmen; die Philosophie erscheint oft als eine überflüssige Sache. In Wahrheit aber bedarf ja unsere Zeit mit ihren Nöten und Aufregungen aufs dringendste einer philosophischen Vertiefung und Aufrüttelung, und so müssen wir Ihnen, hochverehrter Herr Graf, aufrichtig dafür danken, daß Sie Politik und Philosophie im echten Sinne und gegenseitig fördern.«

In meinem Bemühen um die Erinnerung an Preußens Erhebung bestärkte mich mancher Vortrag Gustav Roethes, der beispielsweise in einer Versammlung des Bundes der Aufrechten, in dem wir beide sprachen, die Geschichte des »Tugendbundes« als Vorbild des »Aufrechten« erörterte.¹⁶

Eine Ausarbeitung dessen, was ich in Jena und sonst, frei aber nach sorgfältig ausgearbeiteten »Schießzetteln«, über dieses Thema gesagt habe, besitze ich nicht mehr, dagegen einige »Kreuzzeitungs«-Artikel, in denen ich seine Bedeutung für die sittliche und geistige Erneuerung erörtert habe.¹⁷

»Wollen wir mit Recht an der Hoffnung festhalten, daß auch uns oder unsern Nachkommen einmal der Tag der Befreiung schlagen wird, so müssen wir uns klar darüber sein, daß das preußisch-deutsche Volk den Weg von Jena und Auerstädt nach Leipzig nicht von Männern geführt worden ist, die tatenlos des Wunders geharrt haben. [...] All ihr Denken und Tun drehte sich um den einen Mittelpunkt glühender Liebe zum deutschen Volke. Ihr einziges und letztes Ziel war dessen Freiheit von fremder Zwangsherrschaft, seine Einigkeit und seine Größe. Dieser Geist muß wieder wachgerufen werden zu flammender Empörung über das Tag für Tag uns und unserem Volke angetane schmachvolle Unrecht und zu mannhaftem Entschluß.«

Mit ähnlichen Gedanken und Mahnungen schloß ich meinen ersten Jahresrückblick auf den 9. November 1918.¹⁸

»Die Geschichte zeigt, was in erster Linie nottut. Nach Meinung des Herrn Ministers Müller soll zwar derjenige, der heute noch glaubt, aus der Zeit nach 1806 lernen zu können, wo die Kräfte und Mittel zu einem neuen deutschen Aufstiege liegen, nur ein geschichtliches Quintanerwissen ha-

¹⁶ Gustav Roethe: Der Tugendbund und der Bund der Aufrechten, in: Der Aufrechte Nr. 43 vom 24. 10. 1920, S. 333 ff.

¹⁷ Kreuz-Ztg. Nr. 504 vom 19. 10. 1919, IP.

¹⁸ Kreuz-Ztg. Nr. 543 vom 9. 11. 1919, IP.

ben. Obwohl Herr Müller dem Vernehmen nach die Reife für Tertia erlangt hat, kann ich dieses sein Urteil als maßgebend nicht anerkennen. Wir können, so meine ich, gar nicht genug tun, um unser Volk mit dem Geiste zu erfüllen, durch dessen Erweckung und Pflege die Führer des preußischen Volkes dieses aus der Niederlage von 1806 zu den Befreiungskriegen emporgeführt haben. Sie haben damit gleichzeitig den Grund zu der jenen Befreiungskriegen folgenden hundertjährigen Periode höchsten Glanzes und ruhmvollster Entwicklung der deutschen Geschichte gelegt. Wer heute sich in die Geschichtswerke über jene Zeit vertieft, wer zu den Denkschriften, Reden, Erinnerungen, Briefen, Lebensbeschreibungen eines Freiherrn vom Stein, eines Scharnhorst und Gneisenau, Boyen und Clausewitz, eines Fichte, Schleiermacher und Ernst Moritz Arndt greift, wer die vaterländischen Lieder jener Zeit auf sich wirken läßt, der wird oft überrascht sein, wie so vieles von dem, was er dort findet, fast Wort für Wort auf unsere Tage gesagt zu sein scheint. Alles Tun und Denken der großen Führer jener Zeit aber wird beherrscht von der einen Forderung: *der völligen sittlichen und geistigen Erneuerung des ganzen Volkes*. Das ist auch das Ziel, dem heute die Arbeit aller vaterländisch gesinnten Männer und Frauen gelten muß. [...] Für die Versöhnung mit dem siegreichen Feinde des eigenen Volkes, der es vernichtend mit Füßen tritt, fehlte den mannhaften Führern jener Zeit das Verständnis. Erfüllt waren sie von dem Bestreben, ihren Volksgenossen die Augen über die ganze Größe ihres Elends zu öffnen, damit aus Sorge und Trauer Zorn und Handeln entspringe.¹⁹ Beherrscht waren sie von der hohen Göttin der Pflicht, die von Preußens Königen vorgelegt und anerzogen, vom Königsberger Philosophen in unerreichter wissenschaftlicher Tiefe zur Grundlage des Begriffes der Freiheit und Persönlichkeit gemacht war.

»Begeistere du das menschliche Geschlecht
Für seine Pflicht zuerst, dann für sein Recht.«

dichtete der Soldat Gneisenau, und Fichte fügte die Wahrheit hinzu, daß immer und notwendig die Begeisterung über denjenigen siegt, der nicht begeistert ist. Das Ziel der Begeisterung, die sie empfanden und im Volke wachriefen, war die Freiheit der Nation, und sie hatten erkannt, daß die erste Voraussetzung aller politischen Freiheit des Volkes und des einzelnen die Befreiung vom Joch der Fremdherrschaft ist. Vor allem waren sie durchdrungen von dem Stolz auf die großen Eigenschaften deutschen Wesens und von der heißen Liebe zum deutschen Volke, deren Untergang, wie namentlich Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation immer wieder hervorhebt, ein unersetzlicher Verlust für die Menschheit sein werde. Auch sie mußten sich gegen Kleinmut, Verzagtheit wehren: »auch dulden wir es nicht, noch stimmen wir mit ein, wenn man unser Volk ein ehrloses, feiges und entartetes Volk schilt.« »Was sind die Völker und Völkchen, die unsern Namen mit Hohn auszusprechen wagen? Laß sie sich erst fragen, was sie gleich oder besser als wir getan und gewirkt haben. Ich muß an unsere Jugend und Kraft erinnern, damit wir ihren heiligen Samen lebendig erhalten zur Lust und Blüte der kommenden Zeit.« [...] So und ähnlich rief Fichte, während die Trommeln der fremden Besatzungstruppen vor dem Fenster erklangen, seinen durch die Not der Zeit erschütterten Hörern zu. Sollen nicht auch wir des Kleinmuts Herr werden, der uns nach den entsetzlichen Erfahrungen des letzten Jahres die Liebe und Achtung vor dem eigenen Volke so unendlich erschwert? Wir haben gewaltige Erinnerungen, die einem Fichte und seinen Zeitgenossen nicht zu Gebote standen. Denken wir über den 9. November hinaus zurück an Deutschlands Einigung und Größe, an die Erhebung im August 1914, an den Heldenkampf der vier Jahre, in denen unser Volk in Waffen im Kampfe der Verteidigung gegen die Übermacht der ganzen Welt von Sieg zu Sieg geschritten ist. Das ist der Besitz, den wir uns und unserem Volke nicht rauben lassen wollen. Unsere Jugend soll diese Erinnerungen heilig halten, an ihnen soll Deutschlands neue Kraft erstarken.«

Oft noch habe ich der Jugend zugerufen, sie möge sich in jene Zeit versenken, und dem Elternhaus und den Jugendverbänden, sie sollten zu ersetzen suchen, was die Schule bei der Pflege vaterländischer Erinnerungen versäume.

Der Appell an den kämpferischen Befreiungswillen begegnete in der Nationalversammlung heftigem Widerspruch der sozialdemokratischen Minister und Parteifüh-

¹⁹ Anlehnung an eine Formulierung Ernst Moritz Arndts.

rer. Nach der Unterzeichnung des Versailler Diktates griff zunächst Ministerpräsident Bauer die DNVP wegen des Parteitages an.²⁰

»Wir brauchen die Arbeit und verabscheuen die Revanche! Das ist für uns der hauptsächlichste Grund, aus dem wir jede Wiederkehr der Reaktion bis aufs äußerste bekämpfen. Würde Ihre Gesinnung (nach rechts) wieder die herrschende, so könnten wir uns keiner technischen oder industriellen Errungenschaften freuen, weil – das haben wir ja erlebt – unter Ihrer Leitung jede zum Kriegswerkzeug werden kann. Auch wir wollen nationales Leben und nationales Denken pflegen und pflanzen; aber auf dem Boden der völkerbündlichen Gesinnung nach innen und außen! In ihrem Wachsen und Erstarren muß unsere Hoffnung beruhen, aus ihr heraus muß die Revision des Vertrages kommen.«

Ähnliche Töne schlug Hermann Müller als Außenminister an.²¹

»Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militärischen Gedankengängen endgültig entsagen, wenn wir schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Völker untereinander zu entscheiden hat. Die Seele der Jugend soll nicht durch Haßgesänge vergiftet werden.«

Die Forderung Müllers, unsere Revanche solle werktätige Liebe in Frankreich sein, erwiderte v. Graefe, das sei gegenüber einem Frankreich, das keinen Schatten von Liebe, nicht einmal von Mitleid oder Mitempfinden beweise, ungeeignet, einen Hauptprogrammpunkt der deutschen Politik zu bilden.²² Auch der Parteivorsitzende der SPD Wels nahm diese Gedanken auf.²³

»Der Frieden ist geschlossen, der Begriff ›Feind‹ muß aus der Welt verschwinden. Nicht ein Wort der Rache mehr, vor allen Dingen nicht unseren Nachbarn gegenüber, mit denen wir im Frieden leben müssen und leben wollen. Was uns beim Friedensschluß durch die Regierungen an schreiendem Unrecht zugefügt worden ist, muß seine Korrektur durch den gemeinsamen Sinn der Völker finden. Wir glauben an diese wachsende Einsicht und wir wollen eine Politik der Ehrlichkeit, der Demokratie, der Versöhnung nach allen Kräften fördern. Wir haben erkannt, was es heißt, von einer Regierung irreführt und belogen zu werden. Die anderen Völker werden zu derselben Einsicht kommen.«

Auf solche Vorwürfe hatte ich schon vorher oft zu antworten gehabt, es gebe in der deutschen Sprache nicht einmal eine treffende Übersetzung des Wortes »Revanche«.²⁴ So fern liege die darin zum Ausdruck kommende Verbindung des Strebens nach »gloire« mit dem Wunsch nach grausamer Rache für erlittene Niederlagen deutschem Denken und Wollen. Nicht »Rache«, wie der Franzose sie am Wehrlosen und Gefangenen nimmt, sei unser Ziel, sondern Befreiung der geraubten Gebiete und des deutschen Reiches aus Schmach und Knechtschaft. Mit den Illusionen, als habe Deutschland seine Freiheit von dem guten Willen, der wachsenden Einsicht der anderen Mächte, dem neuen Geist der Versöhnung und Verständigung, vom Völkerbund und der Internationale des Proletariats, von der Eingliederung in die Reihe demokratisch regierter Länder zu erwarten, könne das Ziel nicht erreicht werden. Jeder Tag bringe neues Versagen aller dieser Erwartungen, und damit sei das Entstehen des neuen Nationalismus zu erklären, gegen den Ministerpräsident Scheidemann sich in der Nationalversammlung wandte.²⁵ Das Be-

²⁰ Sten. Ber. Nat.-Vers., Bd. 328 vom 23. 7. 1919, S. 1851.

²¹ Ebd. S. 1852.

²² Ebd. vom 26. 7. 1919, S. 1987.

²³ Ebd. vom 25. 7. 1919, S. 1920.

²⁴ Kreuz-Ztg. Nr. 243 vom 25. 5. 1919, IP.

²⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 217 vom 11. 5. 1919, IP.

kanntwerden der Versailler Bedingungen benutzte ich zu besonders nachdrücklicher Absage an das Vertrauen auf den guten Willen der Feinde.²⁶

Blieb aber für Deutschland keine Wahl als ewige Knechtschaft oder Kampf um seine Freiheit, dann mußte alles geschehen, um den Kampfeswillen im ganzen Volk zu stärken. Nur zu natürlich, ein Ausfluß gesunden, nationalen Empfindens, eine Quelle der Kraft, war der heiße Zorn jedes sein Vaterland liebenden Deutschen gegen die Feinde, die es mit ihrer Übermacht überfallen und unter Zuhilfenahme brutaler Gewalt gegen Frauen und Kinder, von Lüge und falschen Vorspiegelungen niedergeworfen und seiner Freiheit beraubt hatten. Die Versuche, dieses berechnete mannhafte Gefühl zum Schweigen zu bringen – mochten sie aus demokratischen Theorien, aus internationalem Illusionismus oder aus feiger Rücksicht auf die Feinde unternommen werden – mußten bekämpft, der deutsche Manneszorn über die dem Vaterlande zugefügte Schmach und Vernichtung mußte in die Seele auch der international verführten Arbeitermassen eingehämmert und der Jugend übermittelt werden. In der Freiheitsbewegung von 1806 bis 1813 hatte es keine Scheu vor den Worten Zorn, Haß und auch Rache gegeben.

Sollte ich, so frage ich mich in Zeiten, da Willkür und Grausamkeit der Zwingherren neue Höhepunkte erreichen²⁷, dem Haß auch das Bedürfnis nach Rache hinzufügen?

»Stehst du auf, Germania?

Ist der Tag der Rache da?«

So hatte Heinrich v. Kleist in seinem Gedicht »Germania an ihre Kinder« gesungen, in dem er zum Vernichtungskampf gegen den Fremden aufrief. Wenn ich auch an diesen leidenschaftlichen Racheschrei erinnerte, konnte ich doch aus den letzten Strophen nachweisen, daß auch für Kleist die Rache, zu der er aufrief, nicht sein letztes Ziel gewesen war.²⁸

Soldatischer Sinn und Preußentum sind unzertrennlich. In der ersten Zeit nach dem Umsturz, als Kriegselend und Zusammenbruch die antimilitaristische Hetze auf ihren Höhepunkt gebracht hatten, stieß jede Erinnerung an Preußens Soldatentum auf besonders gehässigen Widerspruch. Dennoch machte ich mehr und mehr die Erfahrung, daß das Preußenblut ebenso in der Großstadt wie auf dem Lande sich nur selten oder nie versagte, wenn ich des alten Heeres, seiner Taten und seines Geistes rühmend gedachte; auch in Süddeutschland und im Westen fand das stets lebhafteste Zustimmung. Der Berliner auch der Arbeiterkreise ließ sich meist schon gern an die alten Garde-Regimenter und ihre Paraden erinnern; tiefer bewegte es ihn, wenn ihm die eigene Soldatenzeit mit ihrem hohen erzieherischen Wert in das Gedächtnis gerufen wurde. Am wichtigsten aber war es, das Verständnis und die Begeisterung für die kriegerischen Taten des preußischen Heeres, für die Größe und kriegsgeschichtliche Bedeutung seiner Führung, für die Wirkung der von Preußen geschlagenen Schlachten auf den Aufstieg Deutschlands wachzuhalten und neu zu beleben. Die Art, wie ich der preußischen Kriegsgeschichte und besonders auch des Königlich Preussischen Gene-

²⁶ Wie Anm. 25.

²⁷ In einer Wochenschau vom 8. 2. 1920 (Kreuz-Ztg. Nr. 71) betonte Westarp: »Mit Gefühl und Empfindungen allein ist die Aufgabe des Tages nicht erfüllt; Entschluß und Wille müssen aus ihnen entspringen.«

²⁸ »Germania an ihre Kinder. Eine Ode«, abgedruckt in: Kleists sämtliche Werke und Briefe, Leipzig o. J., Bd. 1, S. 26 ff.

ralstabes zu gedenken pflegte, ist an dem Beispiel der Schönhausener Sedan-Rede zu ersehen.²⁹

Die alten Militärmärsche brachte zuerst fast nur der »Bund der Aufrechten« in seinen Versammlungen durch den Plaß'schen Posaunenchor zu Gehör. Allmählich wurden sie von der DNVP und größeren Verbänden aufgenommen. Die heutige Zeit (1936), in der sie jede öffentliche Veranstaltung begleiten, kann sich kaum noch eine Vorstellung davon machen, wie es die Menschen aus allen Lagern in tiefstem Innern berührte, wenn ihnen im Elend der ersten Revolutionsjahre und selten und meist gegen den Willen der herrschenden Gewalten die altvertrauten Klänge wieder zugänglich gemacht wurden.

Einer ehrfurchtsvollen und dankbaren Erinnerung an die Größe des Heldentums und der Kriegsführung des Weltkrieges war die Stimmung der Massen in der ersten Zeit nach den vier Kriegsjahren wenig zugänglich. Die furchtbaren Opfer schienen ja nutzlos gebracht zu sein, und die revolutionäre Hetze tat alles, um an die Stelle stolzen, wenn auch traurigen Gedenkens Haß und Wut auf den deutschen Militarismus und seine Träger zu setzen. Der Kampf dagegen war ebensowohl eine Ehrenpflicht und Herzenssache gegenüber den toten und lebenden Frontkämpfern und ihren Führern wie eine vaterländische Notwendigkeit. Sorgsamste Pflege gebührte dem nationalen Besitz der Erinnerung an ein Heldentum, dessen Größe so unerhört war, daß Worte gar nicht ausreichten, um ihm gerecht zu werden. Das habe ich schon im Mai 1919 in der »Kreuzzeitung« ausgesprochen.³⁰

»Es ist heute nicht leicht, sich den Glauben an sein Volk zu erhalten, und jeder, der mit treuer Liebe an seinem Vaterlande hängt, wird nicht von den Stunden des bitteren Zweifels verschont bleiben, in denen er den Glauben an das deutsche Volk nur als Pflicht und kaum noch als Überzeugung festhalten kann. Es gilt, solcher Zweifel Herr zu werden. Unser Volk hat nicht nur das zutage gefördert und über sich ergehen lassen, was als ein entsetzlicher Zusammenbruch eines großen und starken Volkes beispiellos in der Geschichte dasteht. Es hat auch die Heldenschar hervorgebracht, die 1914 in den Kampf hinauszog, die das deutsche Lied auf den Lippen und die eiserne Pflicht in Herz und Willen jeder feindlichen Übermacht trotzte, die Hunderttausende, die der grüne Rasen deckt, die Tapferen, die 51 Monate hindurch die Heimatflur geschützt und Sieg auf Sieg erfochten haben, das viel geschmähte Offizierkorps, das mehr als jeder andere Stand seine Pflicht mit seinem Blute besiegelt hat. Der Ausgang dieses Kampfes hat ihn als den Verzweiflungskampf eines Volkes von 70 Millionen gegen eine Welt von 1 200 Millionen gekennzeichnet. Es war ein Heldenkampf, wie ihn die Geschichte nimmer gesehen hat und den sie niemals vergessen wird. Auch wir dürfen seiner nicht über all die Not des Tages vergessen. Die lebendige Erinnerung an das Heldentum, das unser war und bleibt, muß für uns selbst und muß vor allem für die deutsche Jugend die Quelle neuer Kraft sein.«

Die antimilitaristische Agitation, besonders die Offiziershetze der Vorkriegszeit und der Kriegsjahre³¹, trugen jetzt, nachdem jede Hemmung des so lange geschürten Hasses gefallen war, reiche Frucht. Der Empfang, den die Heimat den aus dem Weltkriege zurückkehrenden Offizieren bereitet hat, gehört zu den übelsten Erfahrungen der deutschen Geschichte. Nach dem Kapp-Unternehmen stieg der haßerfüllte Wahnsinn noch einmal zu fieberhafter Höhe an. Es war nicht nur die spartakistische Agitation, die ihn schürte. Auch die regierende Sozialdemokratie mit ihren Führern blies in das Feuer hinein, indem sie den Massen einredete, von den Offizieren drohe die Gefahr

²⁹ Wie Anm. 1.

³⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 204 vom 4. 5. 1919, IP.

³¹ Vgl. WESTARP I, S. 289 ff., WESTARP II, S. 633 ff., insbes. S. 637–639.

gewaltsamer Wiederherstellung der alten Verhältnisse. Die Träger der neuen Staatsgewalt aus den anderen Regierungsparteien taten nichts, um dem Unheil zu steuern. Auch ihnen steckte der Antimilitarismus der Vorkriegszeit und des letzten Kriegsjahres tief in den Knochen. Dazu kam die allgemeine, durch die Schrecken des Krieges gesteigerte pazifistische Stimmung. Der Ruf »Nie wieder Krieg« wurde von der verhetzten Masse geglaubt und begierig aufgenommen. Vor dem Krieg war die ebenso gehässige unwahrhaftige wie unheilvolle Hetze gegen das Offizierkorps ein Bestandteil der antimilitaristischen Agitation gewesen, die ich oft zu bekämpfen hatte, und während des Weltkrieges war sie zu verbrecherischem Landesverrat ausgeartet. Nun handelte es sich darum, daß eine bessere Zukunft Deutschlands nicht denkbar war, niemals erwachsen konnte, wenn der ebenso verbrecherische wie törichte Haß gegen die Führer der Wehrmacht nicht ausgerottet wurde. Es war für mich eine selbstverständliche Pflicht der Gerechtigkeit und der Politik, den alten Kampf gegen die antimilitaristische Hetze weiterzuführen. Die Parole des Eintretens für das Offizierkorps, die ich auf dem ersten deutschnationalen Parteitag am 13. Juli 1919 ausgab³², führte dort zu einem Höhepunkt der Zustimmung, bei der sich die Versammlung feierlich von ihren Sitzen erhob. Nicht minder stürmisch waren Widerspruch, Lärm und Beschimpfungen der Gegner, wenn ich in so gut wie jeder Versammlung die von mir ausgegebene Parole befolgte. Je betonter, besonders nach dem Kapp-Unternehmen gerade bei diesem Thema der Lärm wurde, um so entschiedener blieb ich auf meinem Standpunkt, auch auf die Gefahr hin, daß die Wahlversammlung darüber zu Bruche ging.

Wenn ich, was häufig geschah, den Weltkriegsruhm unseres Heeres behandelte, so fügte ich wohl hinzu, es gehe uns wie dem Wanderer im Hochgebirgstal, dem nahe gelegene niedrige Hügel noch den Blick auf die dahinter liegenden Schneegipfel verdecken. Auch das deutsche Volk werde erst, wenn es den richtigen Abstand gewonnen habe, das alles überragende deutsche Heldentum des Weltkrieges erkennen, dessen Kunde, auch wenn die Revolution und ihre Träger längst vergessen seien, wie ein neues Nibelungenlied durch die Jahrhunderte rauschen werde.

Die Heldenverehrung ist nach Carlyle allen gesunden Völkern eigen und unentbehrlich. Sie ist ein Bedürfnis der Jugend, das befriedigen muß, wer sie zu vaterländischem Geist und Willen erziehen will. Ihr Gegenstand muß an erster Stelle der historische Held des eigenen Volkes und Staates sein. Mir war es jedenfalls selbstverständlich, daß ich die Vorbilder deutscher Helden und Führer der preußisch-deutschen Geschichte entnahm.

Die Namen und Gestalten der Feldherren Hindenburg und Ludendorff gehörten zu dem nationalen Besitz, der dem Volke und besonders der Jugend erhalten bleiben mußte. Das war einer der Gründe für den Eifer, mit dem ich besonders Ludendorff gegen die Angriffe der herrschenden Parteien und des Untersuchungsausschusses verteidigte.³³ Die meisten der Ausführungen, in denen ich das Heldentum des Weltkrieges pries und den Ruhm des Heeres und seines Offizierkorps verkündete, ließ ich in dem Namen der beiden Feldherrn ausklingen. Damals konnte ich noch von der Vorstellung ausgehen, daß sie in Freundschaft unlösbar mit einander verbunden seien, und ich habe es als einen schweren Verlust nationaler Werte angesehen, als das durch ihre später hervortretende Entzweiung unmöglich gemacht wurde.³⁴ Einen Hinweis auf die

³² Wie Anm. 1, Kap. IV/1.

³³ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 29. 6. 1919, IP.

³⁴ Vgl. dazu Wilhelm Breucker: Die Tragik Ludendorffs, Stollhamm 1953, S. 115–129.

nationale Bedeutung der Erinnerung an sie enthalten die Abschiedsworte, die ich Hindenburg widmete, als er nach Unterzeichnung des Versailler Diktates von der OHL zurücktrat.³⁵

»Wir wollen ihr Andenken heilig und lebendig halten als höchstes Gut der Nation und als unentbehrlichen Eckstein für den Aufbau eines neuen nationalen Willens. Die Art, wie Deutschlands Wehrmacht zu Lande und zu Wasser vier Jahre hindurch, niemals anders als gegen vielfache Übermacht kämpfend, die Heimat geschützt hat und von genialen und tapferen Führern von Sieg zu Sieg geführt worden ist, der Opfertod von Millionen der besten deutschen Männer und die gleiche Hingabe von Millionen anderer, die Leben und Gesundheit eingesetzt haben, wird erst von der Geschichte voll gewürdigt werden. Für uns Lebende ist die Erinnerung daran der einzige Gesundbrunnen, aus dem unser armes Volk in dem Elend dieser Tage für kommende Zeiten neue Kraft schöpfen kann. Das alles verkörpert sich nach wie vor in dem Namen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, von dem es nun auch gilt, wehmutsvollen Abschied zu nehmen und dessen vornehmer Gesinnung wir sicher nicht gerecht werden würden, wenn wir nicht gleichzeitig seines genialen und willensstarken Gehilfen, des Generals Ludendorff, gedächten. Mir scheint es nicht recht, wenn in diese Abschiedsstunde von rechtsstehender Seite Kritik an seinem politischen Verhalten hineingetragen wird. Der Feldmarschall ist dem deutschen Volke und der Geschichte der Sieger all der Schlachten und Feldzüge, die den unversehrlichen Taten der Kriegsgeschichte gleichstehen werden, die den Osten zertrümmert und den vielfach überlegenen Feind im Westen bis zuletzt in Schach gehalten haben. Er ist und bleibt aber auch die Verkörperung der Königstreue, des soldatischen Ehr- und Pflichtbewußtseins bis zuletzt, kurz all der preußischen und deutschen Tugenden, auf die wir uns wieder besinnen müssen, wenn es nochmals aufwärts gehen soll.«

Nicht minder als auf den Weltkrieg griff ich auf die ältere preußische Geschichte zurück, um deren Besitz an Gestalten, die der Heldenverehrung so reichen Stoff boten, für die nationale Erneuerung nutzbar zu machen.

Während des Krieges war die Erinnerung an Friedrich den Großen nicht selten angerufen worden. Jetzt sollte sie wie alles Gedenken des preußischen Königtums verblasen. Die Schule enthielt sie der Jugend vor, die herrschenden Parteien und ihre Presse schwiegen sie tot und verfolgten sie höhnisch, mißbilligend, nötigenfalls mit Gewalt. Ich glaube für mich in Anspruch nehmen zu können, daß ich in der Zeit unmittelbar nach der Revolution einer der ersten gewesen bin, der mit Nachdruck auf die Gestalt des großen Königs hinwies, und sie für die Wiedergeburt der Nation einzusetzen suchte. Hierfür fand ich verständnisvolle Unterstützung bei meiner Frau, der Friedrich der Große und seine Zeit von jeher Gegenstand liebevoller, eingehender und sammelnder Beschäftigung gewesen sind. Eine erwünschte Gelegenheit bot mir eine am 25. Januar 1920, dem Tage nach dem Geburtstag Friedrich des Großen, vom Bund der Aufrechten in der Singakademie veranstaltete vaterländische Erinnerungsfeier, die dem Gedenken des 18. und 27. Januar gewidmet war.³⁶ Es lag mir daran, nicht nur den »Alten Fritz« dem vaterländischen Gefühl wieder näher zu bringen, sondern in erster Linie sachliches Verständnis für die politischen Gedanken und Grundsätze hervorzu-rufen, aus denen heraus und mit denen er Preußens Größe geschaffen hatte. Dazu benutzte ich in jener Versammlung und noch häufig Stellen aus seinen Gedichten, wie den Oden an die Preußen und an die Deutschen³⁷, die ich wörtlich vortrug, und die politischen Testamente. Die ersten, damals noch stummen Fridericus-Filme begrüßte

³⁵ Kreuz-Ztg. Nr. 296 vom 29. 6. 1919, II.

³⁶ Der Wortlaut dieses Vortrags lag bei der Niederschrift des Buchs nicht mehr vor.

³⁷ Die Werke Friedrichs des Großen. In deutscher Übersetzung. Hrsg. v. Gustav Berthold Volz, Berlin 1914, Bd. 9 S. 21–24 (»Ode an die Preußen«), Bd. 10 S. 170–176 (»Ode an die Deutschen«).

ich. Freilich konnte ich mich von Anfang an nicht der Sorge entziehen, daß die Fridericus-Begeisterung auf der Oberfläche blieb, sich mit der Anekdote begnügte und daß diese Gefahr durch die Behandlung im Film vergrößert wurde. Häufig sprach ich deshalb die Mahnung an die Presse und Literatur, an die Veranstaltungen der vaterländischen Bewegung, vor allem an die Schulen aus, sich sachlich in die friderizianische Gedankenwelt und Zeit zu vertiefen. Die Mahnung erscheint mir auch heute (1936), wo der Name Friedrich des Großen so allgemein im Munde geführt wird, nicht unnötig zu sein. Auch möchte ich wünschen, daß seine Grabstätte in der Garnisonkirche zu Potsdam nur mit der ehrfurchtsvollen Scheu betrachtet werden möge, die uns in unserer Jugend erfüllte, als der 90 Jahre alte Kaiser Wilhelm I. die Gruft am 17. August 1886 zu feierlichem Gedenken am 100jährigen Todestag seines großen Ahnherrn öffnen ließ und betrat.

Verehrungsvolles Gedenken an Kaiser Wilhelm I. und Bismarck, das heute noch nicht so allgemein verbreitet ist, habe ich ebenso sorgsam zu pflegen gesucht wie dasjenige an Friedrich den Großen. Die Verehrung dieser Männer stand zu der Aufgabe, die ich mir gestellt hatte, in unmittelbarer Beziehung, weil gerade ihr Werk, das deutsche Kaiserreich unter Preußens Führung, seine Freiheit und Ehre nach außen und seine innere Festigkeit, das Ziel war, auf das ich den Geist und Willen der Nation lenken wollte. Die Bismarck-Vorträge, die ich gehalten habe – den ersten im Jahre 1895 als Landrat in Wollstein³⁸ –, bilden einen Teil meiner Tätigkeit als Redner von Massenversammlungen, an den ich mich gern erinnere. In der Schönhausener Rede legte ich Grundgedanken dafür fest. Besonders Hamburg gab mir wiederholt die Gelegenheit dazu in stark besuchten und wirkungsvollen Gedenkfeiern. Im April 1920 habe ich über eine Veranstaltung, zu der sich der Alldeutsche Verband, deutschvölkische Verbände, die Hamburger deutschnationale Parteivertretung und zahlreiche studentische Korporationen zusammengefunden hatten, ausführlicher berichtet.³⁹

»Tiefer Ernst führte diese Hunderte deutschgesinnter Männer und Frauen zusammen. Die Bäume und Wiesen des Sachsenwaldes waren mit dem ersten Schimmer des Frühlingsgrüns überzogen; einzelne Singvögel probten bereits ihre Stimmen für das kommende Frühlingskonzert mit dem ewigen Lied der Liebe und des Lebens, und als die Sonne durch dunkles Regengewölk hervorbrach, erhob sich gleichzeitig im Gedenken Bismarcks aus der tiefen vaterländischen Sorge das Dennoch der Zuversicht auf die unsterbliche Kraft des deutschen Volkes. Am Abend erfüllte eine von der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltete Bismarckfeier den großen Saal des Konventgartens bis auf den letzten Platz. [...] Tief und wehevoll war bei allem Ernst und aller Trauer die Stimmung der Gedenkfeier des 105. Geburtstages, bei der ich zwischen dem Trutzliede Luthers und dem Liede der Deutschen dem Werke Bismarcks und seiner Persönlichkeit gerecht zu werden suchte.«

In meinem Studenten-Vortrag in Tübingen trug ich, wie ich es vorher und nachher getan habe, Geibels Sturmgebet vor, das in den Worten gipfelt:

»O Schicksal, gib uns einen, einen Mann! [...]

Ein Mann ist not, ein Nibelungen-Enkel,

Daß er die Zeit, den toll gewordenen Renner,

Mit eh'ner Faust beherrscht und eh'nem Schenkel.«

Damit gab ich der Sehnsucht nach starker Führung durch einen alle überragenden Staatsmann Ausdruck, die der deutschen Eigenart entsprach, von einer nationalen

³⁸ WESTARP I, S. 20.

³⁹ Kreuz-Ztg. Nr. 154 vom 4. 4. 1920, IP.

Minderheit lebhaft empfunden wurde und auch bei den Massen nicht erloschen war. Es galt das vaterländische Gefühl in politische Erkenntnis umzusetzen. Damit habe ich, ohne den Ausdruck Führergedanke in den Vordergrund zu stellen, das vertreten, was unter diesem erst später in den propagandistischen Sprachgebrauch übergegangenen Wort verstanden wird. Die Gedanken, mit denen ich dem Führertum der Zukunft das Wort geredet und vorgearbeitet habe, sind vornehmlich aus der Schönhausener Sedanrede zu entnehmen.

Der Ruf nach Führung durch einen überragenden Staatsmann stand in engem Zusammenhang mit der Kritik an dem demokratischen System der Parteiherrschaft und der sie stützenden demokratischen Meinung. Die Lehre der deutschen Wissenschaft, daß »Männer die Geschichte machen«, stand in starkem Widerspruch mit materialistischer Geschichtsbetrachtung und dem damaligen »Geist der Zeit«. Umso nötiger war es, sie dem Verständnis wieder nahe zu bringen. Das Volk mußte begreifen lernen, daß das unnahbar fern erscheinende Ziel der inneren Erneuerung und äußeren Befreiung auf den jetzt eingeschlagenen Wegen nicht würde erreicht werden können. Demokratische Gleichmacherei und Massenherrschaft konnten uns ihm ebenso wenig näher bringen wie die so oft ins Feld geführte »Zwangsläufigkeit« wirtschaftlicher Interessen und politischer Einsicht der Völker. Auch der breite Durchschnitt allgemeiner Tüchtigkeit, der noch in der Kriegszeit als in Zukunft allein entscheidend bezeichnet worden war, konnte nicht ausreichen, um das Volk mit der Kraft zu erfüllen, deren es für eine der schwersten Aufgaben bedurfte, die je einem Volke von der Geschichte gestellt worden sind. Nur ein alles überragender Staatsmann und Feldherr, wie er Preußen in dem Großen Kurfürsten, Friedrich dem Großen und Bismarck jedes Jahrhundert einmal erstanden war, würde Deutschland aus dem furchtbaren Zusammenbruch seiner äußeren Macht und inneren Kraft wieder zu neuer Gesundheit und Freiheit emporführen können. Ein Beispiel, an dem sich die Notwendigkeit und die Aufgabe einer solchen Führung besonders eindrucksvoll dartun ließen, boten mir die Vorgänge, die in Weimar zur Unterzeichnung des Versailler Diktates geführt hatten.⁴⁰

»Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten führen zur Rechtfertigung ihres Umfallens an, das deutsche Volk habe nicht mehr die moralische Widerstandskraft gegen die Folgen einer Ablehnung des Friedensvertrages. Die Melodie ist nur zu wohlbekannt. Vom Prinzen Max von Baden und seinen Leuten, besonders vom Vizekanzler v. Payer wurde meinen Freunden und mir stets der gleiche Vorhalt gemacht, als wir im Oktober und Anfang November vorigen Jahres fast täglich die Mahnung aussprachen, das Volk zum letzten Kampfe aufzurufen und so sich nicht allen Waffenstillstandsforderungen bis zur völligen Wehrlosigkeit zu fügen. Auch dieser Versuch, die Verantwortung für die eigene Entschlußlosigkeit auf das Volk abzuschieben, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Wer die Führung des Volkes in der Hand hat, sei es, daß er dazu berufen wurde oder sich dazu drängte, der hat die Pflicht, die moralische Kraft des Volkes zu pflegen und unter allen Umständen sie aufzurufen für dasjenige, was er als das Richtige erkannt hat. Ohne solchen Appell von führender Stelle ist schon in gesunden Zeiten die schlummernde moralische Kraft des Volkes zu vaterländischer Tat niemals erwacht. Die jetzt verantwortlichen Männer haben es nicht nur unterlassen, diese Pflicht zu erfüllen, sie haben im Gegenteil alles getan, die Widerstandskraft des Volkes, die sie jetzt vermissen, selbst zum Erliegen zu bringen.«

Wann aber der große Führer der Zukunft dem Volke erstehen würde, war nicht vorauszusehen und stand nicht in unserer Macht. Deshalb bedurfte der Deutsche, um das Vertrauen auf seines Volkes Auferstehen festhalten zu können, den irrationellen Glauben an das durch Verstand und Wissenschaft allein nicht zu erfassende Walten ei-

⁴⁰ Kreuz-Ztg. Nr. 283 vom 22. 6. 1919, IP.

ner Vorsehung, die dem deutschen Volke, wenn die Zeit gekommen sei, den neuen an Geist und Willenskraft gleich überragenden Führer zur Freiheit und Größe erwecken werde. Nur darin erblickte ich für mich selbst und für meine Hörer und Leser die Gewähr, daß alles Mühen nicht umsonst sein werde.

Das Gebet

»Herr, sieh zum Himmel unsere Arme strecken

Hör unser Flehen früh und spat

Du sollest einen Retter uns erwecken,«

war dem Dichter Geibel⁴¹ in Erfüllung gegangen. Wir bedurften des Glaubens und Vertrauens, daß auch uns die gleiche Bitte erhört werden würde.

War die Tatsache, daß in jedem der letzten drei Jahrhunderte Preußen ein großer Führer beschieden gewesen war, ohne den Glauben an das Walten göttlicher Vorsehung nicht zu erklären, so kam es doch darauf an, sich über die geschichtlichen Voraussetzungen klar zu werden, unter denen der Große Kurfürst, Friedrich der Große, Bismarck sich zu ihrer Größe entwickeln und wirken konnten. Sie waren aus der Eigenart ihres Staates und Volkes emporgewachsen. Die Bismarck-Feiern, bei denen ich sprach, drängten von selbst dazu, diesen Nachweis zu führen. Ein Bild davon gibt neben der Schönhausener Rede mein Bericht über eine schon vorher in Hamburg gehaltene Gedenkfeier.⁴²

»So wahr der Satz ist, daß Männer die Geschichte machen, daß der Aufstieg jedes Volkes von dem rechtzeitigen Erscheinen seiner überragenden Führer abhängt und daß an der Wahrheit dieses Satzes der suchende menschliche Verstand die Grenze seines geschichtlichen Erkennens findet, so darf doch [...] das Vertrauen in Gottes Vorsehung niemals zur Untätigkeit verführen. Auch Bismarck ist nicht als ein Geschenk des Zufalls vom Himmel heruntergefallen. Wie eine deutsche Eiche, die all ihre Nachbarn überragt, hat er die starken Wurzeln seiner Kraft im Boden seiner Heimat gehabt. Preußisch durch und durch hätte er ohne die Arbeit der preußischen Könige und des preußischen Volkes niemals den Willen zum Staat und den Willen dieses Staates zur Macht in seiner Person verkörpern und in den Dienst der deutschen Nation stellen können. Ohne die heiße Sehnsucht und das ideale Streben einer denkenden Minderheit des Bürgertums im deutschen Volke wäre auch er nicht imstande gewesen, den nationalen deutschen Gedanken zu erfassen, mit der Kraft Preußens zu verbinden und zur Kaiserherrlichkeit des neuen deutschen Reiches emporzuführen. Im deutschen Haus und im deutschen Familienleben, im frommen Väterglauben evangelischen Christentums, fand dieses Ur- und Vorbild deutscher Mannhaftigkeit die Quellen seiner Kraft.«

Nach einem lateinischen Spruch werden die Staaten nur durch dieselben Mittel erhalten, nach denen sie aufgebaut sind. Der Führer der Zukunft, der das deutsche Volk zur inneren Wiedergeburt und zum Kampfe um die äußere Freiheit emporreißen sollte, werde nur auf dem Boden preußischen Wesens und Staatstums erwachsen können. Es werde wie der Große Kurfürst und Friedrich der Große ein preußischer Hohenzoller oder wie Bismarck sich in seiner selbst gewählten Grabschrift genannt hat, ein treuer deutscher Diener seines Kaisers und Königs sein. Mit dem Bekenntnis zum Führergedanken bekannte ich mich zum Monarchismus und mit der Werbearbeit für ihn warb ich für die Rückkehr zur Hohenzollern-Monarchie.⁴³ Nur im preußischen Königtum und deutschen Kaisertum der Hohenzollern sah ich die Möglichkeit, ihn zu verwirklichen. Nur der in der preußischen Geschichte wurzelnde Monarch und Staatsmann

⁴¹ Emanuel Geibel, »In schwerer Stunde«, abgedruckt: Gedichte, Berlin ⁸1847, S. 277.

⁴² Wie Anm. 39.

⁴³ Siehe hierzu die Niederschrift von 1936/42 im Anhang der vorliegenden Memoiren.

werde die Fremdherrschaft abschütteln und den Kreislauf zwischen revolutionärem Chaos und gewaltsamer Diktatur ein Ende machen können. Dem Erfordernis einer starken staatlichen Führung entsprach auch die stärkere Stellung, die ich für einen von den Fesseln des Parteiregimentes befreiten Reichspräsidenten erstrebte, aber nicht als endgültige Lösung, sondern als Übergang zur Hohenzollern-Monarchie.⁴⁴

Von befreundeter Seite wurde mir die Frage vorgelegt, die mich selbst ernst beschäftigte, ob es nicht einer Aufforderung zu tatenlosem Abwarten gleichkomme, wenn ich das deutsche Volk auf die Vorsehung vertröste, die ihm dermaleinst das Geschenk eines großen Führers in den Schoß werfen solle. Die Antwort darauf enthält ein kurzes, die Lehre Fichtes zusammenfassendes Gedicht⁴⁵, das wohl zu den in der DNVP am häufigsten vorgetragenen Zitaten gehörte.

»Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An Deines Volkes Auferstehen.
Laß diesen Glauben Dir nicht rauben
Trotz allem, allem was geschehen.
Und handeln sollst Du so, als hinge
Von Dir und Deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wär' Dein.«

Nicht in tatenlosem Harren auf eine dem menschlichen Einfluß entzogene Führung, sondern in verantwortungsbewußter Pflichterfüllung sollte das deutsche Volk die Gewißheit gewinnen, daß der große Staatsmann der Zukunft sein Schicksal wenden werde. Den Beitrag, den es selbst hierzu zu leisten hatte, wies ihm die Erkenntnis der geschichtlichen Voraussetzungen für die Wirksamkeit seiner großen Führer. Hatte Bismarck seine Kraft aus den preußischen Wurzeln seiner Persönlichkeit geschöpft, war die Verbindung staatsmännischen Genies mit eisernem Führerwillen, die sich in ihm verkörperte, ein Erzeugnis des preußischen Wesens, wie es die Geschlechterfolgen hindurch von den Herrschern und dem Volke gestaltet worden war, so mußte das lebende Geschlecht die zerstörten Grundlagen wieder herstellen, aus denen auch dem führenden Staatsmann der Zukunft die gleiche Kraft erwachsen konnte. Hatte Bismarcks Genie die Machtstellung, Wehrhaftigkeit und innere Festigkeit des Königreichs Preußen in Verbindung mit dem neu erwachten nationalen Idealismus des deutschen Bürgertums zur Verfügung gehabt, um das Kaiserreich zu schaffen, so war es unsere Aufgabe, die Bausteine zu verarbeiten, mit denen dermaleinst ein gleich genialer Meister den Neubau der Ehre, Freiheit und inneren Erneuerung Deutschlands errichten könne. Bismarck hatte in seiner Grabschrift, in der er sich als »treuen Diener Kaiser Wilhelms I.« bezeichnete, ausgesprochen, was er als Ursache und Ziel seiner Lebensarbeit ansah. Darum stellte ich dem gegenwärtigen und den kommenden Geschlechtern die Aufgabe, sich zu Treue und Gehorsam gegen den König und Kaiser zurückzufinden als zu den Grundlagen aller jener preußischen Tugenden der Ehre und Pflicht, des Dienstes und der Opferwilligkeit, der Zucht und Ordnung, die das deutsche Volk erst wieder bereit und fähig machen mußten, einen Führer zum Kampf um die Freiheit zu folgen.

⁴⁴ Überlegungen dieser Art traten bei Westarp seit 1927 stärker hervor und bestimmten unter der Parole »Mehr Macht dem Reichspräsidenten!« verfassungspolitische Diskussionen und Anträge.

⁴⁵ In Georg Virnsberg: Vom Reichtum der deutschen Seele. Ein Hausbuch deutscher Lyrik, Leipzig²1928.

Spätere Zeiten können es sich kaum vorstellen, wie weltfern das Ziel der Befreiung und der inneren Erneuerung in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch zu sein schien. Die entsetzliche Wehrlosigkeit nach außen in Verbindung mit dem Haß und Vernichtungswillen einer übermächtigen Welt von Feinden, der innere Kampf aller gegen alle in Verbindung mit der Abkehr der Massen von nationalem Wollen und sittlichem und religiösem Ernst gaben kleinmütigem Zweifel, ob das Ziel überhaupt erreichbar sei, täglich neue Nahrung. Das ist mir in jenen Tagen oft entgegengetreten. Es hätte der Wahrhaftigkeit widersprochen und keinen Nutzen gebracht, das verschweigen zu wollen. Wollte man das Volk zur Umkehr bewegen, so mußte man ihm im Gegenteil den ganzen Ernst der Lage und die Größe der Aufgabe unverhüllt vor Augen stellen. Dazu kamen taktische Rücksichten. Ich war stets in Gefahr, die Partei und mich dem Vorwurf auszusetzen, daß wir unmittelbar zu Krieg und Gegenrevolution hetzten und dadurch ohne jede Aussicht auf praktischen Erfolg das Land nach außen und innen schwer schädigten. Wahrheit war auch hier die beste Taktik. Sie zwang dazu, ausdrücklich anzuerkennen, daß der Befreiungskampf, die Wiederherstellung einer starken monarchischen Staatsgewalt und die innere Erneuerung und Umkehr Ziele auf ganz weite Sicht seien. Entscheidend war die taktische Rücksicht nicht. Es galt den Kleinmut zu bannen. Der Zweifel, ob das durch die vier Kriegsjahre zermürbte, durch die Schuld des 9. November 1918 belastete Geschlecht noch die Kraft zu voller Umkehr und neuem opferwilligen Befreiungskampf finden und ob es ihm selbst noch beschieden sein werde, die bessere Zukunft zu erleben, war gerade in ernstesten nationalen Kreisen lebendig. Ich teilte ihn selbst und mußte bei Hörern und Lesern damit rechnen. Verhindert mußte werden, daß er Tatkraft und Verantwortungsbewußtsein lähmte. Diesem Zweck diente der Schluß, den ich ähnlich wie auf dem Parteitag und in Schönhausen vielen meiner Vorträge und Reden gegeben habe. Von der Saat nationalen Wollens, die eine denkende Minderheit in einer feindlichen Welt ausstreute, seien in der Geschichte stets, wenn auch oft erst nach langer Zeit einzelne Körner aufgegangen, um reiche Frucht zu tragen. Die lebendige Staatspersönlichkeit aber, in der alle Geschlechter der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu einer Einheit verbunden seien, erfordere von dem einzelnen unbedingte Hingabe und rückhaltlosen Dienst ohne jede Rücksicht darauf, ob er selbst die Frucht seiner Arbeit noch ernten und den Erfolg noch erleben werde. Unsere nationale Pflicht tun wir nicht für uns selbst, sondern für unsere Kinder und Enkel und für unser Vaterland. Sein Ewigkeitswert gibt uns die Gewähr, daß kommende Geschlechter das Banner ergreifen und zum Siege tragen werden.

Betrachtungen zum »Führergedanken« und zur Entwicklung des Deutschen Reichs unter der Herrschaft Hitlers und des Nationalsozialismus

a) Niederschrift 1936

Eine einheitliche Führung ist dem deutschen Volke geworden, aber es ist nicht diejenige, die ich als Voraussetzung der Befreiung und eines neuen Aufstieges bezeichnet und der ich den Boden zu bereiten bemüht gewesen war. Das Vertrauen, daß Hitler der große, alle überragende Staatsmann ist, wie er dem preußischen und deutschen Volke in jedem der letzten drei Jahrhunderte beschieden gewesen ist, kann ich nicht fassen. Ich bin mir bewußt, daß umwälzende Fortschritte zu einer neuen Entwicklung fast stets zunächst auf Ablehnung gestoßen und daß ihre genialen Schöpfer von ihrer Zeit vielfach verkannt, mißverstanden und befehdet worden sind. Ich sehe also die Möglichkeit und möchte im Interesse meines Landes nur zu gern hoffen, daß der geschichtliche Erfolg mein Urteil über den Führer und sein Werk widerlegen wird. Daran glauben kann ich nicht. Der Führergedanke einer Gestalt aus preußischem Holze, den ich vertreten habe, ist durch die Person Adolf Hitlers nicht verwirklicht.

Der Stimmung der heutigen revolutionären Zeit entspricht der Einwand, es bedeute engstirniges Festhalten an überlebtem Alten, Kastengeist und verwerflichem Partikularismus, wenn ich mein Urteil dadurch beeinflussen lasse. Ich kann das nicht gelten lassen. Denn was mein Vertrauen nicht aufkommen ließ, sind die tatsächlichen Wirkungen, die das Fehlen der Eigenarten, die ich an der Person Hitlers vermisse, auf seine Politik und auf seine Stellung im deutschen Volke ausübt. Darin kann mich die Massenbegeisterung unserer Tage nicht irre machen. Der Zustand, daß ihn das eigene Volk anfocht, hat für Hitler schon nach seinem ersten innerpolitischen Erfolge der Machtergreifung vom Januar 1933 aufgehört. Jeder Tag, der seitdem vergangen ist, brachte neue Beweise dafür, daß ihm eine Bereitschaft, ihm zu folgen, eine Anerkennung und Beliebtheit seiner Person bekundet wird, wie sie in dieser ausnahmslosen Allgemeinheit und stürmischen Begeisterung noch niemals einem führenden Staatsmanne von seinem Volke entgegengebracht worden ist.

In den letzten Tagen wurde die Äußerung eines Nationalsozialisten verbreitet, größer als Christus, der nur zwölf Jünger hinterlassen habe, stehe Hitler da, dem sein ganzes Volk von 65 Millionen unbedingt ergeben sei. Die gleiche Logik würde ihn weit über Bismarck zu stellen haben, weil dieser stets mit einer starken Gegnerschaft im eigenen Volke zu kämpfen gehabt hat. Ich ziehe aus dem Vergleich der Popularität beider Männer andere Schlüsse. Bismarck brauchte die Popularität nicht als Grundlage seiner Macht, und Anerkennung der zu ihm stehenden Volksteile hat er in Jahrzehnten langer heißer Arbeit und dem unvergleichlichen Erfolge vornehmlich der Außenpolitik gewonnen. Sie hat sein Leben überdauert. Die fortwährend sich wiederholenden Demonstrationen der Begeisterung für den Führer erfolgen nicht ohne Mitwirkung der Organisation des Ordens seiner zur Macht gelangten Parteigenossen und nicht ohne den von ihr ausgeübten Zwang. Dazu kommt eine in diesem Umfang bisher

niemals dagewesene, mit allen Mitteln moderner Technik arbeitende Propaganda, die den Führer und sein Werk unausgesetzt und bei jedem noch so fern liegendem Anlaß in den höchsten Tönen preist, um die Massen suggestiv in ihren Bann zu ziehen. Es ist ein grandioser Versuch, das Gesetz der Wandelbarkeit der Massenstimmung auszu-schalten. Ich zweifle, ob er auf die Dauer gelingen kann, und vor allen Dingen, ob die opferwillige Hingabe der Massen, die man so zu erzielen sucht, in schweren inneren und äußeren Krisen standhalten wird, die auch in Zukunft dem deutschen Reiche und Volke in seinem Kampf um Freiheit und Aufstieg nicht erspart bleiben werden. Das ist die ernste Sorge, die mich nicht zu vollem Vertrauen kommen läßt.

Selbst wenn die weitere Entwicklung, was ich wünschen möchte, aber kaum zu hoffen wage, die Vorbehalte meines Urteils über die staatsmännische Größe widerlegen sollte, sind damit die schweren Sorgen und Bedenken nicht beseitigt, die ich gegen das System der jetzigen Führerschaft hege. Die Totalität des Absolutismus, mit dem das deutsche Volk jetzt auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Lebens geführt wird, ist nicht auf dem rechtlichen und politischen, geschichtlichen und kulturellen Boden des preußisch-deutschen Staatsgedankens aufgebaut, sondern muß durch suggestive Massenagitation und revolutionären Zwang begründet und erhalten werden. Das führt, wie ich die Dinge sehe, dauernd zu unbedachten Maßnahmen und Übertreibungen. Ich prophezeie nicht, daß das gegenwärtige Regiment in kurzer oder auch in absehbarer Zeit zusammenbrechen wird, aber ich komme von dem Zweifel nicht los, ob das, was es schafft, von dauerndem Wert sein kann. Für mich war das Bekenntnis zum Führergedanken unlöslich verknüpft mit dem monarchischen Bekenntnis. Nur im Königtum und Kaisertum der Hohenzollern sah und sehe ich die Möglichkeit, um ihn zu verwirklichen und dem Kreislauf zwischen revolutionärem Chaos und gewaltsamer Diktatur ein Ende zu machen.

b) Niederschrift 1942

Mit den bisherigen militärischen Siegen des zweiten Weltkrieges, mit den Leistungen und der Ausrüstung der Wehrmacht, mit der tatsächlichen Geschlossenheit, in der trotz aller Anzeichen bedenklicher Stimmungen das deutsche Volk für den Sieg arbeitet und leidet, hat Hitlers Führung schon jetzt, wo das Ende noch aussteht, Beweise für ihre Kraft erbracht, die meine Erwartungen weit übertroffen haben. Eine frei gewordene geschichtliche Forschung wird sicher oft die Frage prüfen, ob die strategische Führung von Heer, Flotte und Luftwaffe und ihr Zusammenwirken so ausschließlich auf das Genie Hitlers zurückzuführen ist, wie die Propaganda es glauben machen will. Auch wenn der Anteil der Armeeführer und Stabschefs an den strategischen Erfolgen höher einzuschätzen ist, als man jetzt weiß, wird Hitlers Persönlichkeit durch die oberste militärische Führung ein Ansehen in der Geschichte gewinnen, das alles weit übersteigt, was ich vor dem Kriege angenommen habe. Führt der Krieg, wie ich zuversichtlich hoffe, zu einem siegreichen Frieden, so ist auch mein 1936 ausgesprochener Zweifel, ob er die damals noch nicht vollendete Befreiung vom Versailler Joch erreichen werde, widerlegt. Dann hat im Gegensatz zu den Mächten des Umsturzes von 1918, die von vornherein ihr Daseinsrecht durch nationales Versagen eingebüßt haben und hatten, die revolutionäre Diktatur Hitlers durch eine nationale Tat ersten Ranges eine starke Note erhalten.

Nach dem Kriege muß der Frieden gewonnen werden. Von der Feindschaft und einer neu erstarkenden Kraft Amerikas, Englands, Rußlands, vielleicht von der Über-

macht des jetzt neu erstehenden japanischen Weltreiches, nicht zum wenigsten aus einem unter Deutschlands Hegemonie stehenden europäischen Kontinent erwarte ich neue ernste Konflikte. Ich will hoffen, daß Hitler und die Seinigen dem Reich, auch wenn der Sieg mit großem wirtschaftlichem Gewinn steigenden Materialismus bringt, die Spannkraft und Wehrhaftigkeit erhalten werden, die es brauchen wird, um sich zu behaupten. Mehr Sorge bereitet mir die Frage, ob Hitler sich beim Friedensschluß von einer Hybris, einer Vermessenheit und Überspannung der Forderungen bewahren wird, die den Grund zu neuer Katastrophe legen würde. Bismarcks historisches Verdienst bestand zu einem erheblichen Teil darin, daß er mit der Mäßigung jener drei Friedensschlüsse von 1864, 1866 und 1871 den Grund für eine 45jährige Friedenspolitik des von allen Seiten bedrohten Kaiserreiches gelegt hat. Widerstände gegen eine weise Mäßigung von radikalen Anhängern Hitlers sind, soweit ich sehe, hinsichtlich der Ostgrenze zu erwarten. Sie werden auch im Verhältnis einerseits zu den Ländern des Kontinents, andererseits zu England kaum geringer sein. Das sind Zukunftssorgen. Im Ganzen bin ich, wie ich offen ausspreche, heute geneigt, die Aktivseite der Bilanz Hitlers und seines Regiments in den nationalen Fragen wesentlich höher zu bewerten, als ich es 1936 getan habe und als es viele besorgte Vaterlandsfreunde, mit denen ich darüber spreche, auch heute tun. Ein endgültiges Urteil darüber könnte ich selbst bei besserer Kenntnis der inneren Vorgänge schon deshalb nicht fällen, weil der Ausgang des Krieges noch nicht feststeht.

Unverändert, eher verschärft als gemildert, ist meine Sorge um die innere Entwicklung, die uns selbst nach siegreichem Frieden bevorsteht. In dem Bewußtsein, daß der Ausdruck, den ich ihr gebe, unbekannt genug bleiben wird, um auf die Kriegsstimmung keinen Einfluß auszuüben, will ich meine Besorgnisse in einigen großen Zügen insoweit begründen, als sie unmittelbar mit der Entstehung und den machtpolitischen Grundlagen der Hitler-Diktatur zusammenhängen.

Sie verdankt ihre Herrschaft letzten Endes der Novemberrevolution, weil die Übertragung des Reichskanzleramtes an Hitler legal nur im Sinne der Weimarer Verfassung war. Den darauf folgenden Ausbau zum totalitären Absolutismus der Partei nennt diese selbst eine Revolution. Seine Regierung entbehrt daher der Stütze, die dem Königtum und Kaisertum der Hohenzollern das historische Recht, eine ruhmvolle Überlieferung, ererbte Treue und Anhänglichkeit, eine sittliche, religiös begründete Pflicht des Gehorsams und der Ergebenheit gegeben hatte, sie stößt auf eine innere Gegnerschaft nationaler und staatspolitisch zuverlässiger Kräfte aus dem monarchischen Lager. Aus solcher Sachlage ist ihm wie noch jedem revolutionären Diktator die Gefahr erwachsen, daß er den Ersatz in einer verhängnisvollen Überspannung der sonstigen Machtmittel sucht, deren jede Staatsgewalt bedarf.

Gegenüber früherer Vernachlässigung propagandistischer Einwirkung des Staates auf die Massen bedeuten der Umfang, die Planmäßigkeit und die Technik der heutigen Propaganda einen Fortschritt. Ich spreche dem Nationalsozialismus nicht das Verdienst ab, daß er anstelle der von Sozialdemokratie und Judentum propagierten Gedanken des proletarischen Klassenkampfes und internationaler Solidarität nationales Denken und Wollen zum Gegenstande seiner Propaganda gemacht hat. Daß er damit gleichzeitig seine eigene Herrschaft festigen will, ist noch kein Vorwurf, da das zu den Aufgaben jeder staatlichen Propaganda gehört. Was mich abstößt und mit schwerer Sorge erfüllt, sind die hemmungslosen Übertreibungen der Methoden, deren sich die revolutionäre Diktatur bedient, vielleicht bedienen muß. Sind diese Methoden schon wenig ersprießlich, wenn eine Partei sie in agitatorischem Kampf anwendet, so darf die

Staatsgewalt nicht damit belastet werden. Die Mitteilungen und Urteile, die dem Volke Tag für Tag geboten werden, überschlagen sich in Schwarz-Weiß-Malerei, in ihrer einhämmernden Eindringlichkeit, in ihrer Sprache der Superlative bei Verherrlichung des Führers und der eigenen Leistungen, im Schimpftone bei Herabsetzung der Gegner. Beim Wechsel politischer Ereignisse – ich erinnere an die Bündnisse mit Polen und Sowjet-Rußland – und im Totschweigen werden Zumutungen an das mangelnde Gedächtnis gestellt, die das Maß des Zulässigen denn doch weit übersteigen. Ein nunmehr neunjähriger Erfolg scheint nicht gegen die Zweckmäßigkeit solcher Behandlung der Massen zu sprechen. Dennoch komme ich nicht über den Zweifel hinweg, ob der Erfolg nicht nur ein äußerlicher ist und ob er Dauer verspricht. Die Kriegszeit, in der die von mir gerügten Mängel noch empfindlicher geworden sind, brachten schwere Belastungen, aber noch keine Unglücks-Krise. Mich bewegt die bange Frage, ob die heutige Propaganda sich den Schatz von Vertrauen erworben hat, der ausreichen würde, den plötzlichen Übergang vom Hosanna des Palmsonntags zum Kreuzige des Karfreitags zu verhindern, wenn einmal schweres Unglück den Staat trifft oder wenn auch nur die gewalttätige Macht, die jetzt hinter der Propaganda steht, sich zersplittert oder ganz versagt.

Wie die Propaganda ist die Sozialpolitik darauf gerichtet, die Masse der Handarbeiter für den Staat zu gewinnen; wie diese begnügt auch sie sich nicht mit sozialer Gerechtigkeit. Schon Gleichmacherei wird zur Ungerechtigkeit, weil sie die tatsächliche Ungleichheit der Menschen, ihrer Leistungen und ihrer Bedürfnisse nicht berücksichtigt. Sie führt nicht zur Hebung, sondern zur Senkung der allgemeinen materiellen, geistigen und kulturellen Lebenshaltung. Das Sowjet-Bild schreckt, und doch sehe ich Anzeichen ähnlicher Gefahr auch bei uns. Das heutige Regiment bleibt gar nicht bei der sozialen Gerechtigkeit für die Massen der Handarbeiter stehen. Es bietet ihnen in Wort und Tat umschmeichelnde Bevorzugung und wendet sich an ihre Abneigung gegen »Intellektuelle« und »Bessergestellte«. Mit solchen Mitteln wird die Gefahr revolutionärer Erhebung der Massen gegen die beherrschenden Gewalten auf lange Sicht nicht eingedämmt.

Steht meine Kritik an der heutigen Propaganda vielleicht unter dem Einfluß gefühlsmäßiger Abneigung, so bestimmen rein staatspolitische Erwägungen meine Einwände gegen die heutige Anwendung der staatlichen Macht- und Zwangsmittel. Ohne sie kommt keine Staatsgewalt aus. Je mehr aber der revolutionäre Diktator innerlich und äußerlich mit dem Radikalismus seiner Helfer im Kampf um die Regierungsgewalt verbunden ist und je weniger er andere Stützen seiner Autorität hat, um so mehr steht er in der Gefahr, die Zwangsmittel und den Absolutismus seines Regiments zu überspannen. Diese Gefahr hat sich, anstatt nach der ersten Übergangsperiode abzuflauen, in den verflossenen Jahren immer bedrohlicher entwickelt. Von dem übertriebenen Schutz des Individuums durch den »liberalen Rechtsstaat« ist das Pendel weit nach der Seite eines hemmungslos gewaltsamen Absolutismus ausgeschlagen. In dieses Gebiet fallen die Auslieferung von Freiheit, Ehre und Leben jedes Einzelnen an die jeder gerichtlichen Kontrolle entthobene Gestapo; die Umwandlung der unabhängigen Justiz in ein Gewaltinstrument der Verwaltung; die sinn- und zwecklose Verfolgung der christlichen Konfessionen; die Gewalt, mit der die Totalität des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruches gegen Presse, Schrifttum und gegen jede politische, soziale, wirtschaftliche Organisation durchgeführt wird; mit Ausschreitungen der maßlosen Unterdrückung der Juden. Mit scheuem »deutschem Blick« sich äußerlich fügend, aber mit Schrecken und Entsetzen beobachten nicht nur verkalkte alte Meckerer,

nicht nur theoretische Anhänger staatlicher Gerechtigkeit, nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern weite Kreise die Willkür absolutistisch diktatorischer Organe von Partei und Staat. Wenn Deutsche auseinandergehen, sagen sie nicht mehr »auf Wiedersehen«, sondern »Du hast aber auch etwas gesagt.« Im Kriege war, wie ich zugebe, die straffere Hervorhebung der Staatsgewalt, die man im Ersten Weltkrieg versäumt hatte, unerlässlich. Die Hoffnung aber, daß nach seinem Ende ein erneuter Rechtsschutz hergestellt werden wird, ist gering. Das grausam blutige Handwerk des Krieges, Jahre hindurch in Feindesland, gegen Heckenschützen und sowjetische Horden durchgeführt, erzieht nicht zu ruhiger und friedlicher Menschenführung. Selbst wenn man von umlaufenden Gerüchten über vieles, was im Protektorat, General-Gouvernement, in den besetzten Gebieten vorgehen soll, den nötigen großen Prozentsatz abzieht, bleibt ernster Anlaß übrig anzunehmen, daß es wie stets Elemente gibt, die sich gewöhnen, vor keiner Überschreitung der Kriegsnotwendigkeiten zurückzusehen. Daß Anlässe zu inneren Kämpfen um die Staatsgewalt aufkeimen, die nach siegreicher Rückkehr entbrennen können, ist nach allen Erfahrungen der Geschichte nur zu wahrscheinlich, auch wenn die Gerüchte unverbürgt sind, die über Gegensätze zwischen leitenden Personen der Partei oder zwischen der Wehrmacht und der Prätorianertruppe der Waffen-SS umlaufen. Noch keine Partei ist von dem Gegensatz der Jungen und Alten verschont geblieben; nach dem Siege kehren die Jungen als selbstbewußte, an gewaltsames Zugreifen gewöhnte Frontkämpfer zurück. Aus den Drachensaat, die eine überspannte und restlose Anwendung des staatlichen Zwanges ausgestreut hat, können früher oder später Mächte erwachsen, die Deutschland aus der Diktatur in das Chaos wilden Bürgerkrieges zurückschleudern.

Propaganda und staatlicher Zwang, die der Stärkung der Staatsgewalt dienen, müssen in jedem System gleichzeitig die Stellung und den Einfluß derjenigen Schicht mehren, in deren Händen die Regierung liegt. Aber auch hierbei zeigt die preußisch-deutsche Geschichte, daß eine Herrenschaft, die ein Monarch aus eigenem historischem Recht beruft und leitet, deren Stellung durch eine bewährte Überlieferung gefestigt und umgrenzt ist, der das Erbgut der Pflicht und Zucht auf den Weg gegeben ist, nicht so einseitig und gewaltsam um ihre Macht zu kämpfen braucht wie eine Gefolgschaft, die den revolutionären Diktator auf den Schild erhoben hat. Die Herrenschaft des von Hitler geführten Staates sind seine alten Parteigenossen, ausgelesen nach der Hingabe, mit der sie ihn im Kampf um die Macht gestützt haben. Sie regieren das Land wie ein Orden, der sich selbst ergänzt, und Auslese grundsätzlich nicht nach der Leistung, sondern nach der Parteizugehörigkeit und der angenommenen Zuverlässigkeit der Parteigesinnung trifft. Dieser Orden beherrscht Staat und Gemeinde, kontrolliert Gericht und Verwaltung, führt die Wirtschaft und leitet das geistige und kulturelle Leben. Jeder öffentlichen Kontrolle enthoben, führen seine Sachwalter ein absolutistisches Regiment. Mit dem Führer auf Verderb und Gedeih verbunden, sind sie ein entscheidender Faktor der Gewalt, die das System schützt. Pars pro toto. Die Partei war einst ihrem Namen entsprechend dazu bestimmt, einen Teil der Bevölkerung politisch zusammenzufassen und gleichberechtigt mit anderen Parteien und im Ausgleich der Interessen und Meinungen dem Staat zu dienen. Heute sind »Partei und Staat eins!« Die NSDAP ist der absolute, jeder äußeren Kontrolle enthobene Herrscher und bildet einen in jeder Beziehung bevorzugten Stand. In der Tiefe grollt wachsende Mißstimmung. Was über Willkür und Eigennutz von Mitgliedern des regierenden Ordens verbreitet und geglaubt wird, mag im einzelnen übertrieben sein. Ohne Schuld des Systems und seiner Träger ist der Widerwille gegen ihre unkontrollierbare

Herrschaft nicht entstanden, und er zeigt die Schwere der Schäden, die das absolutistische Regiment zur Folge hat, und der Gefahr, die ihr droht. Eine weitere Gefahr tritt hinzu. Schon das erweiterte Staatsgebiet des Großdeutschen Reiches hat die Macht und den Personenkreis der herrschenden Partei erweitert. Die Hegemonie über Groß-Europa treibt diese Entwicklung vorwärts, und die unkontrollierte Verfügungsgewalt der großen und kleinen regierenden Parteigenossen steigt ins Ungemessene. Damit wachsen die Gefahren, die der inneren Einheit dieses Regierungskörpers, aber auch seiner sittlichen und staatlichen Gesundheit drohen.

Das alles begründet für mich und viele andere, deren Stimmung ich kenne, die ernste Befürchtung, daß Hitlers revolutionäre Diktatur, auch wenn ihm der äußere Sieg beschieden wird, früher oder später gewaltsamen inneren Kämpfen entgegentreibt, die Deutschland in ein neues revolutionäres Chaos stürzen könnten. Durch den November-Umsturz ist für Deutschland die Gefahr entstanden, daß es in jenen von Bismarck vorausgesagten Kreislauf von Diktatur und revolutionärem Chaos gerät, der seit 1789 Frankreichs Schicksal bestimmt und seinen ständigen Niedergang herbeigeführt hat. Die organischen Mängel revolutionärer Diktatur, von denen auch Hitlers Regiment nicht frei ist, und deren Auswirkung lassen schwer den Glauben aufkommen, daß die nationalsozialistische Parteiregierung die endgültige Lösung bringen und nicht nur eine Episode in der Revolutionsgeschichte Deutschlands bleiben wird. Man wird ja auch daran denken dürfen und müssen, daß Hitler ein sterblicher Mensch ist. Scheidet Mussolini aus, so hat Italiens Zukunft einen festen Punkt im Hause Savoyen. Uns bedrängt die Sorge, woher in solchem Fall der regierende Parteiorden den Zusammenhalt und die Kraft nehmen soll, dem Chaos zu wehren. Von meinem Standpunkt aus sehe ich nach wie vor die Lösung, die das Unheil abwenden kann, in der erblichen Monarchie. Die Hoffnung, daß dieser Ausweg praktisch beschritten werden kann, ist nicht größer geworden. Die Generation, die aus eigenem Erleben monarchisch war, schwindet dahin. Die fast 25jährige Unterdrückung des monarchischen Gedankens hat ihre Wirkung getan. Die mit einem siegreichen Ausgang des Krieges verbundene Wirkung der revolutionären Diktatur kann weiter in dieser Richtung wirken. Das Großdeutsche Reich mit weiter anwachsenden industrialisierten Massen würde einem Kaisertum der preußischen Hohenzollern-Könige noch weniger zugänglich sein als das deutsche Volk der Grenzen von 1871. Ist tatsächlich von Hitlers Regiment nicht zu erwarten, daß es weiteres Abgleiten in revolutionärem Chaos endgültig verhindern kann, und ist der Übergang zur erblichen Monarchie zwar der einzige, aber praktisch nicht mehr gangbare Ausweg aus dieser Not, so stehen Reich und Nation trotz aller Opfer und Siege zweier Weltkriege endgültig vor dem Verfall. Ich kann nur wiederholen, daß solcher Pessimismus mir oft entgegentritt.

Dennoch kann und muß ich es ablehnen, solchen Ausgang bestimmt vorauszusagen. Gewiß ist es die Aufgabe des aktiven Staatsmannes, alle Kräfte und Ursachen, von denen die Zukunft seines Landes bestimmt werden wird –, alle Gefahren, die ihr drohen – mit unerbittlichem Ernst zu prüfen. Dieser Aufgabe kann ich mich auch jetzt nicht entziehen, weil ich mich in 25jähriger politischer Aktivität daran gewöhnt habe, besonders aber weil ich glaube, der nationalen Zukunft noch dadurch dienen zu können, daß ich meine auf Erfahrung gestützte Beobachtung der heutigen Entwicklung für die Wissenschaft nutzbar mache. Zu dem Versuche, Prophezeiungen auszusprechen, lasse ich mich dadurch nicht verführen. Das habe ich schon im aktiven politischen Leben stets abgelehnt, wenn mich politische Freunde oder auch Gegner dazu aufforderten, und für die Eitelkeit, allein die Zukunft richtig vorausgesehen zu haben,

fehlte mir das Verständnis. Auch heute bin ich mir der subjektiven und objektiven Grenzen der Erkenntnis bewußt, die den Blick in die politische Zukunft verschließen. »Fern von den Geschäften« bin ich über den Kern der Lage nur unvollkommen unterrichtet. Ferner bin ich zwar davon durchdrungen, daß zur unerläßlichen Einheitlichkeit politischen Denkens und Handelns nur gelangt, wer sich selbst treu bleibt, aber ich mache mir auch Gedanken darüber, ob in dem oft gehörten Vorwurf, ich sei als alter Reaktionär nicht in der Lage, die neue Zeit zu verstehen, ein berechtigter Kern steckt. Es kann schon sein, daß ich von meinem Standpunkt des preußischen Konservativen und Monarchisten aus einzelne Kräfte übersehe oder nicht verstehe, die sich in unserer Zeit einer stürmischen technischen Entwicklung zu immer größeren Volksmassen und Staatsgebieten durchsetzen müssen. Maßgebend wird aber der Gang der Geschichte auch durch solche Ereignisse bestimmt, die sich jeder menschlichen Berechnung entziehen, mag man sie Unglück oder Glück, Fügung oder Zufall nennen. Diese Erkenntnis drängt sich gerade meiner Generation auf, die auf allen Gebieten so viel nicht vorherzusehenden Umsturz aller Verhältnisse und Urteile erlebt hat wie kaum ein anderes in früheren Jahrhunderten lebendes Geschlecht. Der Geschichtsforscher als rückwärtiger Prophet wird der Wahrheit nicht gerecht werden, wenn er nicht die unwägbaren Einflüsse auf den Gang der Ereignisse würdigt, und der Politiker wird zu Trugschlüssen kommen, wenn er ihre Möglichkeit nicht in Rechnung stellt. Da »Männer die Geschichte machen«, gehören die Persönlichkeiten der Führer, die in das Geschick der Nation eingreifen, ihr Schicksal, ihr Charakter und ihre Fähigkeiten zu den bedeutsamsten nicht zu errechnenden Imponderabilien der Weltgeschichte.

Deshalb gehört zu den Grundlagen politischen Handelns und Denkens auch der Glaube. Seit dem November 1918 wird der Glaube an Deutschlands Zukunft von einem Zwiespalt betroffen, unter dem der nationale Deutsche schwer leidet und mit dem er sich abfinden muß. Wenn auch im einzelnen gewandelt, besteht dieser Zwiespalt für mich auch heute noch. Deutschlands Volk und Heer haben im Ersten Weltkrieg unter der Führung des deutschen Kaisers und nach 20jähriger Notzeit noch einmal im Zweiten Weltkrieg unter der Führung Hitlers ein Maß von militärischer, technischer, organisatorischer Überlegenheit über die Übermacht einer Welt, von Heldentum, Pflichtbewußtsein, vaterländischem Opfersinn an den Tag gelegt, das zu hoher Anerkennung, zu bewundernder Verehrung zwingt. Ein Volk, das zweimal in drei Jahrzehnten solche Kämpfe bestanden hat und dem nun, wie ich bestimmt hoffe, der Sieg beschieden ist, kann nicht zu plötzlichem oder langsamem Untergang bestimmt sein. Wie ein Alpdruck lastete bis 1933 auf dieser Zuversicht die Erkenntnis von dem furchtbaren Versagen der Umsturmächte von 1918, und lastet jetzt auf ihr die Sorge vor verhängnisvollen Folgen der nationalsozialistischen Diktatur. Ich kenne ernsthafte nationale Männer und Frauen, die sich deshalb kaum noch zur Würdigung der in beiden Daseinskämpfen bewiesenen Kraft des deutschen Volkes entschließen können. Für meine Person halte ich an der einst von mir so oft angeführten und in den Nöten der Systemzeit befolgten Parole fest. Ihr zufolge kann ich auch meine jetzige rein schriftstellerische Arbeit, für deren etwaige künftige Wirkung ich mich verantwortlich fühle, nicht mit dem Ergebnis eines Pessimismus schließen, der, weil er keinen Ausweg offen läßt, alle Tatkraft brechen muß.

Register

Bearbeitet von Karl J. Mayer
und Reinhold Weber

Vorbemerkung: Für das Personenregister wurden die amtlichen Parlamentshandbücher und einschlägige Nachschlagewerke herangezogen, die hier im einzelnen nicht nachgewiesen werden können. Die Angaben zu den Reichstagsabgeordneten beruhen in erster Linie auf der von Martin Schumacher herausgegebenen Dokumentation »M.d.R., Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945« (Düsseldorf ³1994).

Kursiv gesetzte *Seitenzahlen* verweisen auf in den Anmerkungen erwähnte Namen.

- Ablaß**, Bruno (1866–1942); Justizrat; MdR 1903–1918 (FsVP/FVP), MdNV 1919–1920 (DDP) 271
- Abshagen**, Wolfgang; Kaufmann 83
- Anhalt-Bernburg**, Prinz Franz zu (1769–1807); Urgroßvater Westarps 13*
- Anker**, Kurt (1882–1935); Major, Adjutant d. Kronprinzen Wilhelm 407
- Arco-Valley**, Anton Graf v. (1897–1945); Leutnant; 1919 Attentäter d. bayr. Min.präs. Eisner 195
- Arendt**, Otto (1854–1936); Jurist u. Schriftsteller; 1882 Mitbegr. d. Deutschen Vereins für Doppelwährung, führendes Mitgl. im Bimetallisten-Bund, ADV u. d. Deutschen Kolonialgesellschaft; 1888–1898 Hrsg. d. »Deutschen Wochenblatts«; MdPrAH 1886–1918 (Freikons.), MdR 1898–1918 (DRP); nach 1918 Mitgl. d. DNVP, April 1920 Übertritt zur DVP 87, 225, 378
- Arndt**, Ernst Moritz (1769–1860) 160, 492, 548, 550
- Arnim**, Dietlof Graf v. (1867–1933); Gutsbesitzer (Boitzenburg), seit 1898 erbl. MdPrHH u. 1916 dessen Präs.; Vorstandsmitgl. d. Hauptvereins d. Kons. 42 f.
- Arnstadt**, Albert (1862–1947); Landwirt; MdR 1907–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (DNVP) 54
- August Wilhelm**, Prinz v. Preußen (1887–1949) 253
- Axelrod**, Tovid (1850–1928); russischer Revolutionär u. Schriftsteller 195
- Baecker**, Paul (1874–1946); Chefredakteur d. »Deutschen Tageszeitung«; MdL Preußen 1921–1932, MdR Mai 1924–1928 (DNVP) 12, 18, 27, 150, 226
- Bartenwerffer**, Paul v. (1867–1928); Generalmajor 153
- Barth**, Emil (1879–1941); Metallarbeiter; 1918 Vors. d. Berliner revolutionären Obleute, MRdV Nov.–Dez. 1918 448 f.
- Batocki-Friebe**, Johann Adolf Tortilowicz v. (1868–1944); Mai 1916–Aug. 1917 Präs. d. Kriegsernährungsamts, 1914–1916 u. 1918–Juni 1919 Oberpräs. v. Ostpreußen 31, 32, 430
- Baudissin**, Friedrich Graf v. (1852–1921); Admiral; 1907–1909 Chef d. Admiralstabes, 1909–1913 Chef d. Marinestation Nordsee; 1917–1919 Vors. d. Deutschen Wehrvereins 162, 470
- Bauer**, Gustav (1870–1944); Kanzleivorsteher, 1908–1918 Zweiter Vors. d. Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands; MdR 1912–1918, MdNV u. MdR 1919–1925 (SPD); Okt.–Dez. 1918 StS, dann Ressortchef im Reichsarbeitsamt, Febr.–Juni 1919 Reichsarbeitsmin., Juni 1919–März 1920 Reichskanzler, März–Juni 1920 Reichsschatz- u. Reichsverkehrsmin., Mai 1921–Nov. 1922 Reichsschatzmin. u. Vizekanzler 219, 223, 240, 243, 293, 299, 342, 349 f., 362, 443 f., 456, 467, 470, 478, 515, 523, 525, 551
- Bauer**, Max (1869–1929); preuß. Offizier, 1915 Chef d. Operationsabteilung II d. OHL, Leiter d. Kriegsgeräte-Beschaffung d. 3. OHL; enger Mitarbeiter Ludendorffs; zuletzt Oberst i. G., 1920 Beteiligung am Kapp-Lüttwitz-Putsch u. Flucht ins Ausland 151, 201, 215, 218
- Becker**; Volksschullehrer 147
- Becker**, Johann Baptist (1869–1951); Ministerialrat; 1916–1918 Finanzmin. in Hessen; MdNV u. MdR 1919–1930 (DVP), Nov. 1922–Aug. 1923 Reichswirtschaftsmin. 434, 483
- Beethoven**, Ludwig van (1770–1827) 21*
- Behm**, Margarete (1860–1929); Lehrerin, Sozialpolitikerin, seit 1905 Vors. d. Gewerkvereins d. Heimarbeiterinnen; MdNV u. MdR 1919–1928 (DNVP), seit 1921 Vors. d. Reichsfrauenausschusses d. DNVP 92, 395
- Behr**, Karl Graf v. (1865–1933); Gutsbesitzer (Behrenhoff), Landrat; 1909 MdPrHH auf Lebenszeit, 1921–1926 Mitgl. d. preuß. Staatsrats u. d. Reichsrats 17, 52, 59, 83, 85, 158

- Behrens, Franz** (1872–1943); Gärtner, Gewerkschaftssekretär, 1905–1913 Generalsekretär d. Gewerkevereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1906 stellv. Vors. d. Gesamtverbands d. Christlichen Gewerkschaften; MdR 1907–1918 (ChrS/WV), MdNV u. MdR 1919–1930 (DNVP/1929 ChrNA/ CSVD) u. Juli 1932–Nov. 1933 (CSVD/ Volkswirtschaft) 18, 19, 21, 24, 31, 32, 54 f., 56, 221, 247, 517
- Bell, Johannes** (1868–1949); Justizrat; 1900–1919 Stadtverordneter in Essen, MdPrAH 1908–1918, MdLV Preußen 1919–1921, MdR 1912–1918, MdNV u. MdR 1919–Nov. 1933 (Z), 1920–1926 Vizepräs. d. RT; Febr.–Nov. 1919 Reichskolonialmin., Juni 1919–Mai 1920 Reichsverkehrsmin., Juli 1926–Febr. 1927 Reichsjustizmin. u. Min. f. d. besetzten Gebiete; seit 1928 Vors. d. Parl. Untersuchungsausschusses f. d. Schuldfrage d. Weltkriegs 339, 455
- Below, Otto v.** (1857–1944); Gen. d. Inf., nach Kriegsende Oberbefehlshaber d. Grenzschatzes Ost, am 25. 6. 1919 zur Disposition gestellt; Zweiter Vors. d. Deutschen Offiziersbundes 429, 432
- Benedikt XV.** (1854–1922); Papst 465, 525 f.
- Berg, Friedrich v.** (1866–1939); Jan.–Okt. 1918 Chef d. kaiserlichen Zivilkabinetts 465
- Berger, Paul G.** Herbert Ritter und Edler Herr v. (1881–1944); Geh. Reg. Rat im preuß. Min. d. Innern, 1919–1920 preuß. Staatskommissar f. d. öffentliche Ordnung, 1920–1921 Gesandter in Dresden; Mitgl. d. Kons., 1915–1918 Hrsg. d. »Konservativen Monatsschrift« 18, 203 f.
- Berndt, Emil** (1874–1954); 1912–1920 be-soldeter Stadtrat in Berlin, 1921 Bürgermeister in Berlin-Schöneberg; MdR 1920–Nov. 1933 (DNVP) 121
- Berner, Max** (1855–1935); Oberverwaltungsgerichtsrat; 1918 Senatspräs. u. 1922–1923 Vizepräs. d. Preuß. Oberverwaltungsgerichts in Berlin 72
- Bernhard, Georg** (1875–1944); Journalist, 1920–1930 Chefredakteur d. »Vossischen Zeitung«, 1928–1933 Honorarprof. an d. Handelshochschule Berlin; MdR 1928–Sept. 1930 (DDP); 1933 Emigration 244, 249, 316, 446, 501
- Bernstorff, Georg Ernst Graf v.** (1870–1939); Gutsbesitzer (Wehningen); MdR 1917–1918 u. 1920–Mai 1924 (DHannovP) 162 f., 274, 470
- Beseler, Hans Hartwig v.** (1850–1921); preuß. General, 1915–1918 Generalgouverneur in Warschau 483
- Bethmann Hollweg, Theobald v.** (1856–1921); 1905 preuß. Innenmin., 1907 StS d. Reichsamtes d. Innern, 1909–Juli 1917 Reichskanzler u. preuß. Min.präs. 15²f., 27, 84, 124, 167, 201, 269, 280 f., 366, 377, 447, 455, 458, 466, 467, 524, 527, 541
- (Rogalla v.) Bieberstein, Ferdinand** (1857–1945); Gutsbesitzer (Bosemb); MdPrAH 1896–1918, MdR 1903–1918 (Kons.), Vors. d. Provinzialverbandes Ostpreußen d. BdL 18, 30 f., 39, 54
- Biener, Franz Hermann** (1866–1940); Bäckerobermeister; Mitgl. d. Abg.kam. Sachsen 1909–1918 (Hosp. Kons.), MdNV u. MdR 1919–Juli 1932 (DNVP/ 1930 WP) 130, 132
- Bischoff, Josef** (1872–1948); Major; Freikorpsführer d. »Eisernen Division« 207, 224
- Bismarck, Otto Fürst v.** (1815–1898) 13², 15², 18², 7, 26, 81, 99, 105, 116, 138, 264 f., 267–270, 272 f., 276 f., 299, 303, 319, 384, 386, 394 f., 410, 450, 492, 499, 518, 543, 556–559, 561, 563, 566
- Bloch, Paul**; Rechtsanwalt; Syndikus des Deutschen Treubunds 159
- Blos, Wilhelm** (1849–1927); Journalist und Schriftsteller; MdR 1877–1878, 1881–1887, 1890–1907 u. 1912–1918 (SPD); MdLV und MdL Württ. 1919–1924 (SPD); Nov. 1918–März 1919 Vors. d. provisorischen Regierung in Württ., Juni 1920 Württ. Staatspräs. u. Min. d. Auswärtigen; 1921 Mitgl. d. Reichsrates 492
- Bodelschwingh, Franz v.** (1862–1933); Gutsbesitzer u. Oberförster 148
- Boeckler**; Parteibeamter d. Kons. 14
- Boehm, Max Hildebert** (1891–1968); Politikwissenschaftler, Soziologe u. Publizist; 1920 Hrsg. d. »Grenzboten«, 1920–1925 Dozent am »Politischen Kol-

- leg«, 1928 Dozent an d. Deutschen Hochschule f. Politik in Berlin, 1933–1940 Lehrbeauftragter f. Nationalitätenkunde an d. Universität Berlin u. 1933–1945 Prof. f. Volkstheorie u. Volkstumsoziologie an d. Universität Jena, 1951 Leiter d. Nord-Ostdeutschen Akademie in Lüneburg 288
- Böhlendorff-Kölpin**, Karl Franz v. (1855–1925); Gutsbesitzer; MdPrAH 1899–1918, MdR 1903–1907 u. 1912–1918 (Kons.) 18
- Boehn**, Max Ferdinand Carl v. (1850–1921); Gen. d. Inf.; 1914–1916 Komm. Gen. d. IX. Reservekorps, 1917 Oberbefehlshaber d. 7. Armee, Aug. 1917 Oberbefehlshaber d. »Heeresgruppe Boehn« 474 f.
- Boldt**, John; Marineoffizier 481, 483
- Bollert**, Gerhart (* 1870); Justizrat, Rechtsanwalt u. Notar; MdR 1912–1918 (NL), MdLV Preußen 1919–1921 (DDP) 352
- Bonin**, Swantus Peter Bogislav v. (1842–1929); Gutsbesitzer (Bahrenbusch), 1875–1899 Landrat; MdPrAH 1894–1918, MdR 1898–1918 (Kons.) 124, 395, 405
- Bonn**, Moritz Julius (1873–1965); 1910–1933 Prof. f. Nationalökonomie an den Handelshochschulen München u. Berlin; 1919 Finanzsachverständiger d. deutschen Friedensdelegation in Versailles, Sachverständiger im 2. Unterausschuß d. Parl. Untersuchungsausschusses, 1920–1922 Sachverständiger f. Reparationsfragen auf den Konferenzen v. Spa u. Genua; 1933 Emigration 541
- Borsig**, Ernst v. (1869–1933); Industrieller; Präsidiumsmitgl. d. RDI, Vors. d. Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller u. seit 1924 d. Vereinigung d. Deutschen Arbeitgeberverbände 235
- Boyen**, Hermann v. (1771–1848) 550
- Brandenstein**, v. 237
- Brandt-Schmerwitz**, v. 152
- Braun**, Friedrich Edler v. (1863–1923); UStS im Kriegsernährungsamt; MdR 1920–1923 (DNVP) 128
- Braun**, Otto (1872–1955); Schriftsetzer, Redakteur, Parteisekretär; Führer d. ostpreuß. Landarbeiterbewegung; MdPrAH 1913–1918, MdL Preußen 1921–1933, MdNV u. MdR 1919–März 1933 (SPD), Nov. 1918–April 1921 preuß. Landwirtschaftsmin., März 1920–April 1921, Nov. 1921–Febr. 1925 u. April 1925–Juli 1932 preuß. Ministerpräs.; 1933 Emigration 205, 251, 310, 325–331, 344, 409
- Bredereck**, Paul (* 1877); Rechtsanwalt u. Syndikus; vor 1918 Vors. d. Kons. in Pankow; Mitarbeiter der »Regierung Kapp« 214
- Breuer**, Robert (1878–1943); ursprünglich Friedländer, Lucian; Journalist u. Schriftsteller; 1914–1918 Redakteur d. »Schaubühne«, 1917 Sekretär d. Nationalausschusses zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, 1918–1920 stellv. Pressechef d. Reichskanzlei u.d. AA; 1920–1925 Verlagsgeschäftsführer, 1925–1932 Abteilungsleiter d. Reichszentrale für Heimatdienst; 1933 Emigration 253
- Brockdorff-Rantzau**, Ulrich Graf v. (1869–1928); Diplomat u. Politiker; seit Dez. 1918 als StS Leiter d. AA, Febr.–Juni 1919 Außenmin., 1922–1928 Botschafter in Moskau 259, 339, 421 f., 424–426, 442, 449–453, 456, 458, 501, 508, 523
- Brockhausen**, Eugen Heinrich v. (1857–1922); Gutsbesitzer u. 1884–1899 Landrat; Verbandsdir. d. Landwirtschaftlichen Genossenschaft Pommern, führendes Mitgl. im BdL; MdPrAH 1889 u. 1892–1918, MdR 1898–1918 (Kons.); Vors. d. Kons. in Pommern 83–85
- Brockhusen**, Hans Joachim v. (1869–1928); Gutsbesitzer (Justin) u. Landrat; 1919–1928 Vors. d. Bundes d. Aufrechten 156, 234, 497
- Brüning**, Heinrich (1885–1970); Jurist; 1921–1930 Geschäftsf. d. Deutschen Gewerkschaftsbundes; MdR Mai 1924–Nov. 1933 u. MdL Preußen 1928–Juli 1929 (Z); März 1930–Mai 1932 Reichskanzler, seit Okt. 1931 zugleich Außenmin.; 1929–März 1930 Fraktionsvors. u. Mai–Juli 1933 Parteivors. d. Zentrums; 1934 Emigration 19*f.
- Brüninghaus**, Franz Willi (1870–1951); 1898–1899 Marineakademie, langjährige Tätigkeit im Reichsmarineamt, 1919 Abschied als Konteradmiral, ab 1921 in d. Tabakindustrie tätig; MdR 1920–1930 (DVP), Geschäftsf. d. RT-Fraktion 375

- Bruhn, Wilhelm** (1869–1951); Lehrer, Zeitungsverleger; MdR 1903–1918 (DsP/DF), MdNV u. MdR 1919–1930 (DNVP, Fraktionsaustritt Juli 1930) 18, 28, 139
- Buch, Leopold v.** (1850–1927); Gutsbesitzer, 1895 Oberpräsidialrat, Haupttritterschaftsdir. d. Kur- u. Neumark; MdPrAH 1890–1895 (Kons.), MdPrHH 1901–1918 37, 43, 158, 203
- Buchner, Max** (1881–1941); Historiker, Prof. in Würzburg 357
- Bülow, Bernhard Fürst v.** (1849–1929), 1900–1909 Reichskanzler u. preuß. Ministerpräs., Dez. 1914–Mai 1915 außerordentlicher Botschafter in Rom 15*, 20*, 167, 458, 464, 524
- Büxenstein, Georg** (1858–1924); Druckereibesitzer; Gründer einer Tarifgemeinschaft d. deutschen Buchdrucker 81
- Busch, Felix** (1871–1938); Gutsbesitzer, 1917–1920 UStS im preuß. Finanzmin. 141
- Caesar, Julius** (100–44 v. Chr.) 465
- Caprivi, Georg Leo Graf v. C. de Caprera de Montecuccoli** (1831–1899) 124
- Carlyle, Thomas** (1795–1881) 554
- Carmer, Karl Graf v.** (1861–1922); Gutsbesitzer (Zieserwitz), Generallandschaftsdir. d. Provinz Schles.; MdPrHH, MdPrAH 1905–1913, MdR 1907–1918 (Kons.) 202
- Caro, Nikodemus** (1871–1935); Chemiker und Industrieller; 1908 Gründer der Bayr. Stickstoff-Werke AG, 1930 Präs.d. Internationalen KalkstickstoffSyndikats 324
- Cecilie** (1886–1954); geb. Herzogin zu Mecklenburg; Kronprinzessin v. Preußen u. d. Deutschen Reiches, seit 1905 mit Kronprinz Wilhelm verheiratet 405, 465
- La Chevallerie, Siegfried v.** (1860–1950); Generalleutnant, zuletzt Komm. d. 221. Inf. Division 474
- Claer, Bernhard v.** (1888–1953); Gen. d. Inf. 290
- Clausewitz, Carl v.** (1780–1831) 436, 550
- Clausewitz, Wilko v.** (* 1875); Staatsanwalt, 1926 Oberstaatsanwalt am Landgericht I Berlin 367
- Cleinow, Georg** (1873–1936); Journalist, Publizist u. Dozent f. internationales Privatrecht; 1909–1920 Hrsg. d. »Grenzboten« 429 f.
- Clemenceau, Georges** (1841–1929); franz. Politiker; 1906–1909 u. 1917–1920 Min.präs. u. Kriegsmin.; Vors. d. Versailler Friedenskonferenz 129, 444, 456, 459, 473
- Cohen-Reuß, Emanuel Max** (1876–1963); Kaufmann, Redakteur; MdR 1912–1918 (SPD), Mitgl. u. Vors. d. Vollzugsrates, 1920–1933 Delegierter d. Regierung im Reichswirtschaftsrat; 1933 Emigration 292
- Cohn, Oskar** (1869–1934); Rechtsanwalt; MdR 1912–1918 (SPD/USPD), MdNV 1919–1920 (USPD), MdLV u. MdL Preußen 1919–1924 (USPD/1922 SPD) 146, 194 f., 265, 304, 345, 541
- Conger, Arthur L.** (1872–1951); Oberst der US-Streitkräfte 495
- Conze, Werner** (1910–1986); Historiker 23*
- Correns, Friedrich** (* 1863); kaufmännischer Dir. einer Akkumulatorenfabrik; MdLV Preußen 1919–1921 (DNVP) 33
- Cuno, Wilhelm** (1876–1933); seit Ende 1918 Generaldir. d. Hamburg-Amerika-Linie (Hapag); Nov. 1922–Aug. 1923 Reichskanzler (parteilos); 1926–1933 erneut Generaldir. d. Hapag 420
- Czernin, Ottokar Theobald Graf v. und zu Chudenitz** (1872–1932); österr. Politiker; 1916–1918 österr.-ungar. Min. d. Äußeren 524
- Däumig, Ernst** (1866–1922); Schriftsteller, 1911–1916 Redakteur beim »Vorwärts«; 1917 Gründungsmitgl. d. USPD, ab Mai 1918 in deren Parteileitung, Dez. 1919 Vors.; 1920 Übertritt zur KPD u. einer d. beiden Vors.; Sept. 1921 Mitbegr. d. Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, Febr. 1922 Anschluß an d. USPD; Mitgl. d. Vollzugsrates v. Berlin, MdR 1920–1922 (USPD/KPD/USPD) 292, 350
- Dallwitz, Wolfgang v.** (1863–1928); Gutsbesitzer (Tornow); 1919–1921 Vors. d. Vereinigung d. Steuer- u. Wirtschaftsreformer 37, 39, 48
- Dandl, Otto Ritter v.** (1868–1942); Nov. 1917–Nov. 1918 bayr. Min.präs. 405

- David**, Eduard (1863–1930); Handlungsgehilfe, Lehrer, Redakteur, Dozent u. Schriftsteller; MdL Hessen 1897–1908, MdR 1903–1918, MdNV u. MdR Jan. 1919–Juni 1930 (SPD); Okt. 1918–Febr. 1919 UStS im AA, Febr. 1919–Juni 1919 u. Okt. 1919–Juni 1920 Reichsmin. ohne Portefeuille, Juni–Okt. 1919 Reichsmin. d. Innern, Febr. 1919 Erster Präs. der NV; 1921–1926 Gesandter d. Reichs beim Freistaat Hessen 187, 259, 299, 365, 421, 528, 534, 541
- Decken**, Eberhard v. der (1843–1931); Oberst 274
- Delbrück**, Clemens v. (1856–1921); 1896 OB v. Danzig, 1902 Oberpräs. v. Westpreußen, 1905–1908 preuß. Handelsmin., 1909–1916 StS d. Reichsamts d. Innern u. Stellv. d. Reichskanzlers, seit 1914 auch Vizepräs. d. preuß. Staatsmin., Okt.–Nov. 1918 Chef d. Kaiserlichen Zivilkabinetts; MdPrHH 1896–1902 (als OB v. Danzig), MdNV u. MdR 1919–Dez. 1921 (DNVP) 18*, 27, 33, 70, 84, 92, 101, 127, 130, 235, 263–266, 269–271, 275, 277, 282–284, 294, 297, 304, 389, 395, 398
- Delbrück**, Heinrich (1855–1922); Jurist, Geh. Reg.Rat; seit 1899 im Reichsjustizamt, 1917 dort UStS, Dez. 1919–1922 Präs. d. Reichsgerichts 475
- Dernburg**, Bernhard (1865–1937); 1901–1906 Dir. d. Bank f. Handel u. Industrie; 1907–1910 StS d. Reichskolonialamts; MdNV u. MdR 1919–1930 (DDP); April–Juni 1919 Reichsfinanzmin. 342
- Dewitz**, Otto v. (1850–1926); Gutsbesitzer u. 1882–1892 Landrat; MdPrAH 1904–1918 (Freikons.); 1919 Mitgl. d. Geschäftsf. Ausschusses d. DNVP, April 1920 Übertritt zur DVP 18, 24, 69, 225, 325, 378
- Dietrich**, Hermann (1856–1930); Justizrat, Rechtsanwalt u. Notar, Gutsbesitzer; seit 1910 Vors. d. Generalverbands d. landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands; MdPrAH 1899–1918 (Kons.), MdR 1898–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–1928 (DNVP), 1919–1920 Vizepräs. d. NV; stellv. Parteivors. d. DNVP bis 1928 17 f., 21, 24 f., 27, 30 f., 33, 37, 40, 44 f., 50, 54, 57, 68 f., 70, 92
- Dithmar**, Ludwig; Marineoffizier 481, 483
- Dittmann**, Wilhelm (1874–1954); Tischler, Parteisekretär, Schriftsteller u. Redakteur; MdR 1912–1918 (SPD/USPD), MRdV Nov.–Dez. 1918, MdR 1920–Juni 1933 (USPD/1922 SPD), 1920–1924 Vizepräs. d. RT; 1933 Emigration 350
- Dix**, Arthur (1875–1935); Nationalökonom u. Publizist; Tätigkeit bei unterschiedlichen Presseorganen, u. a. 1921 bei d. »Täglichen Rundschau«; 1923 Mitbegr. d. »Pressedienstes Transatlantic« u. d. Zeitschrift »Weltpolitik und Weltwirtschaft« 424
- Döbrich**, Friedrich Karl (1872–1953); Domänenpächter u. Gutsbesitzer; 1918 im Kriegswirtschaftsamt in Weimar; Mitbegr. d. RLB; MdR 1920–Juli 1932 (DVP/Mai 1924 Hosp. DNVP/1928 ChrBP/ChrNA), 1930–1932 Fraktionsvors. 130
- Dommes**, Wilhelm v. (1867–1959); Generalmajor, Flügeladjutant Wilhelms II.; Vors. d. Kreisvereins Potsdam d. DNVP, später d. Landesverbandes Potsdam I; 1933 Generalbevollmächtigter d. preuß. Königshauses 19*, 406
- Dryander**, Gottfried v. (1876–1951); 1914–1918 Vortragender Rat im Geh. Zivilkabinet, 1918/19 im preuß. Staatsmin., 1930 Oberverwaltungsgerichtsrat; MdL Preußen 1921–1924 (DNVP), MdR Mai 1924–1930 (DNVP, Fraktionsaustritt Juli 1930); 1920–1926 Schatzmeister d. DNVP, 1930 Gründungsmitgl. der KVP 91, 110
- Düringer**, Adelbert v. (1855–1924); 1902–1915 Reichsgerichtsrat; 1915 Präs. des Oberlandesgerichts in Karlsruhe, 1917–Nov. 1918 bad. Staatsmin. d. Justiz u. d. Auswärtigen; MdNV u. MdR 1919–Sept. 1924 (DNVP/Juli 1922 DVP), 1919 Landesvors. d. DNVP in Baden; 1911 Mitbegr. d. Vereins »Recht u. Wirtschaft« 18*, 204, 220, 222, 265 f., 284, 378, 480
- Dwinger**, Edwin Erich (1898–1981); völkisch-konservativer Militärschriftsteller; 1935 Mitgl. d. Reichskultursernats, SS-Obersturmführer, nach 1941 Kriegsbe-richterstatter a. d. Ostfront 215, 230, 256

- Eberhardt**, Magnus v. (1855–1939); Gen. d. Inf., 1918 Oberbefehlshaber d. 7., dann d. 1. Armee 474
- Ebert**, Friedrich (1871–1925); Sattler; 1913–1919 einer d. SPD-Vors.; MdR 1912–1918 u. MdNV Jan. 1919–Febr. 1919 (SPD); Nov. 1918–Febr. 1919 Vors. d. Rates d. Volksbeauftragten, Febr. 1919–Febr. 1925 Reichspräs. 12, 14, 23, 89, 181 f., 185, 187, 189–191, 193 f., 200, 205, 209–211, 213, 219, 228, 235, 240, 243, 254, 258–260, 263, 279, 286, 295, 299–302, 304, 344–346, 422, 434 f., 447, 448, 451, 490, 513 f., 530
- Egan-Krieger**, Jenö v. (1886–1965); Major; Stahlhelmfunktionär, 1929 Geschäftsf. d. Reichsausschusses f. d. Volksbegehren gegen d. Young-Plan, 1933 Geschäftsf. d. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 218
- Ehrhardt**, Hermann (1881–1971); Marineoffizier; 1919 Führer d. Freikorps »Brigade Ehrhardt« u. Beteiligter a. Kapp-Lüttwitz-Putsch; 1920–1923 Führer d. Organisation Consul, 1926–1928 Vors. d. Wiking-Bundes 212, 228, 245
- Eichhorn**, Emil (1863–1925); Mechaniker, Journalist; Mitgl. d. Abg.kam. Baden 1901–1909, MdR 1903–1918 (SPD), MdNV u. MdR 1919–1925 (USPD/Okt. 1920 KPD); Nov. 1918–Jan. 1919 Polizeipräs. v. Berlin 350
- Einem**, Ernst-Günther v. (1894–1978); Oberstleutnant; 1919 Geschäftsführer der »Tradition« 153
- Eisner**, Kurt (* 1867, ermordet 21. 2. 1919); Publizist u. Politiker; Mitgl. d. USPD; am 7./8. 11. 1918 in München Proklamation des republikanischen »Freistaats Bayern« u. bis Febr. 1919 dessen Min.präs. 187, 195, 197
- Eitel Friedrich Wilhelm**, Prinz v. Preußen (1883–1942); zweiter Sohn Kaiser Wilhelms II. 183, 405, 465 f., 473
- Ellenbeck**, Hans (1889–1959); Gymnasiallehrer; MdR Dez. 1924–1928 (DNVP), ab 1939 im Oberkommando d. Wehrmacht, Abt. Wehrmacht/Propaganda 407
- d'Elsa**, Carl (1849–1922); Generaloberst, Oberbefehlshaber d. Armee-Abteilung A 475
- Eltzbacher**, Paul (1868–1928); seit 1906 Prof. d. Rechte an d. Handelshochschule Berlin 290
- Enderis**; amerikanischer Journalist 150, 512
- Eppstein**, Georg Frhr. v. (* 1875); Prof. f. Staatsrecht, Geheimrat 407
- Ernst**, Eugen (1864–1954); Schriftsetzer, Parteifunktionär, 1902–1918 Geschäftsf. u. Hausverwalter der Buchdruckerei »Vorwärts« in Berlin; Nov. 1918 Mitgl. d. AuS-Rats in Groß-Berlin, MdNV 1919–1920 (SPD); Nov. 1918–März 1919 preuß. Innenmin., Jan. 1919–März 1920 Polizeipräs. in Berlin, 1920–1926 Polizeipräs., dann Reichskommissar in Breslau 431
- Erzberger**, Matthias (* 1875, ermordet 26. 8. 1921); Lehrer, Redakteur u. Schriftsteller; MdR 1903–1918, MdNV u. MdR 1919–Aug. 1921 (Z); Okt. 1918–Nov. 1919 StS ohne Portefeuille, Nov. 1918 Mitgl. d. Waffenstillstandskommission; Feb.–Juni 1919 Reichsmin. ohne Portefeuille, Juni 1919–März 1920 Reichsfinanzmin. u. Vizekanzler 46 f., 85, 93, 109, 121 f., 134–136, 143, 187, 241, 250, 273, 275 f., 302, 310, 313–319, 339–342, 345 f., 355, 358 f., 361–370, 374, 414 f., 418–421, 423, 425, 427, 437, 442 f., 445 f., 448, 451 f., 495, 501, 509, 511, 524–528, 530, 533
- Estorff**, Otto v. (1865–1925); Generalmajor, ehem. Flügeladjutant d. Kaisers 465
- Eucken**, Rudolf (1846–1926); Philosoph; 1908 Nobelpreis f. Literatur 81, 549
- Eulenburg**, August Graf zu (1838–1921); 1890–1907 Oberhof- u. Hausmarschall d. Kaisers, dann bis zu seinem Tode Min. d. Königlichen Hauses; MdPrHH 1914–1918 467
- Eulenburg**, Friedrich Graf zu (1874–1937); Gutsbesitzer (Prassen); 1910–1918 erbl. MdPrHH u. Mitgl. d. Reichsrats 53, 58
- Eulenburg**, Karl Botho-Wendt Graf zu (1883–1945); Oberst d. Res., Gutsbesitzer (Gallingen); Landesmeister d. Bismarckbundes Ostpreußen, MdR Mai 1924–1930 (DNVP) 535
- Eulenburg**, Philipp Fürst zu (1847–1921); Diplomat 545

- Eulenburg**, Siegfried Karl Hermann Botho Graf zu (1870–1961); Gutsbesitzer; Mitgl. d. Vereins d. Offiziere 161
- Everling**, Friedrich (1891–1958); Rechtsanwält; MdR Mai 1924–1945 (DNVP/Nov. 1933 NSDAP), MdL Mecklenburg-Strelitz 1932–1933 (DNVP), 1933–1945 Reichsgerichtsrat; 1932 Zweiter Vors. d. Bundes d. Aufrechten 64, 72 f., 76
- Everling**, Otto (1864–1945); Pfarrer, ab 1905 geschäftsf. Vors. d. Evangelischen Bundes, stellv. Mitgl. d. Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses; MdR 1907–1912 (Hosp. NL) u. 1920–Mai 1924 (DVP) 73, 401
- Falkenhausen**, Friedrich Frhr. v. (1869–1946); Jurist; 1914 Regierungspräs. in Potsdam, 1915 UStS im preuß. Min. f. Landwirtschaft, Verwaltungschef bei Oberost, 1917/1918 Reichskommissar f. Kurland u. Litauen 24, 90, 235, 352
- Falkenhayn**, Erich v. (1861–1922); 1913–1915 preuß. Kriegsmin., Nov. 1914–Aug. 1916 Chef d. Generalstabs und der OHL, danach Oberbefehlshaber verschiedener Armeen, am 5. 6. 1919 verabschiedet 440, 454 f., 460, 474 f.
- Faupel**, Wilhelm; Oberstleutnant; Führer des Freikorps »Görlitz« (Freikorps »Faupel«) 191
- Fehrenbach**, Constantin (1852–1926); Rechtsanwalt; Mitgl. d. bad. Abg.kam. 1885–1887 u. 1901–1913 (Z), MdR 1903–1918, MdNV u. MdR 1919–1926 (Z), Juni bis Nov. 1918 Präs. d. RT, 1919–1920 Präs. d. NV, Juni 1920–Mai 1921 Reichskanzler, 1923–1926 Vors. d. RT-Fraktion d. Zentrums; 1922–1926 Mitgl. d. Staatsgerichtshofs 66, 299 f., 304, 339, 443 f., 447
- Feldmann**, Hans v. (* 1868); Generalmajor 239
- Fichte**, Johann Gottlieb (1762–1814) 95, 299, 435, 437, 547, 550, 559
- Fischbeck**, Otto (1865–1939); Jurist, Syndikus, 1902–1918 besoldeter Stadtrat in Berlin, 1918 Dir. d. Kommunalverbands Groß-Berlin; MdR 1895–1903 u. 1907–1918, MdPrAH 1903–1913 (FsVP/FVP), MdNV 1919–1920 u. MdR 1928–1930, MdL Preußen 1921–1924 (DDP), Okt. 1918–Nov. 1921 preuß. Min. f. Handel u. Gewerbe 352
- Fleischer**, Paul (1874–1960); Volkswirt, Redakteur u. Schriftsteller, 1901–1919 Verbandssekretär d. katholischen Arbeitervereine in Berlin; MdR 1907–1912, MdNV u. MdR 1919–Dez. 1924 (Z), 1919–1920 Vors. d. Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien f. d. Abstimmung in Ost- u. Westpreußen 430
- Flemming**, Karl Frhr. v. (1872–1938); Gutsbesitzer; MdR 1912–1918 (Kons.) 84
- Flottwell**, v. 153
- Foch**, Ferdinand (1851–1929); französischer Marschall, 1918 Oberbefehlshaber d. alliierten Truppen 186, 418, 420, 423, 431, 466
- Förster**, Carl Adalbert (* 1853); Guts- und Fabrikbesitzer; MdR 1898–1903 (Kons.), Mitgl. d. Zweiten Sächs. Ständekammer; nach 1918 Mitgl. d. DNVP 152
- Foertsch**, Georg (1872–1932); Major, 1913–1932 Chefredakteur u. Geschäftsf. d. »Kreuzzeitung«; während d. Krieges Abteilungschef im Kriegspresseamt der OHL 18, 62, 75, 78 f., 135, 363, 368 f.
- Freund**, Friedrich (* 1861); Jurist, Oberreg.rat; 1911 Ministerialdirektor, 1918 UStS u. 1920–1921 StS im preuß. Innenmin. 75
- Freytagh-Loringhoven**, Axel Frhr. v. (1878–1942); Jurist; 1911 Prof. in Dorpat, 1917 juristischer Berater beim Oberbefehlshaber Ost, 1918 Prof. f. Staats- u. Völkerrecht in Breslau; MdR 1924–1942 (DNVP/Nov. 1933 NSDAP) 262, 285 f., 289, 392–394, 398
- Friedberg**, Robert (1851–1920); Prof. d. Staatswissenschaften an d. Universität Halle; 1917–Nov. 1918 Vizepräs. d. preuß. Staatsmin.; MdPrAH 1886–1918 u. MdR 1893–1898 (NL), MdLV Preußen 1919–Juni 1920 (DDP); 1917–1918 Vors. d. NL, Juli 1919–April 1920 Vorstandsvors. d. DDP 317 f., 342, 352, 375, 377
- Friedländer**, Lucian s. Breuer, Robert
- Friedrich II.** (der Große) (1712–1786); 123, 193, 335, 383, 402, 459, 555–558
- Friedrich III.** (1831–1888); Deutscher Kaiser u. König v. Preußen 74

- Friedrich Wilhelm** (der Große Kurfürst) (1620–1688); Kurfürst v. Brandenburg 16*, 93, 402, 557 f.
- Friedrich Wilhelm**, Prinz zur Lippe (1890–1938); 1923–1924 Geschäftsf. d. Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands 467
- Friedrich Wilhelm I.** (1688–1740); König v. Preußen 123, 367, 402, 409
- Friedrich Wilhelm III.** (1770–1840); König von Preußen 13*
- Gallwitz**, Max Karl Wilhelm v. (1852–1937); Gen. d. Art., MdR 1920–Mai 1924 (DNVP) 54
- Gambetta**, Léon (1838–1882); franz. Staatsmann; Führer der Republikaner; 1881–1882 Min.präs. 97
- Gamp**, Karl Frhr. v. (1846–1918); Gutsbesitzer, Oberreg.rat; MdR 1884–1918 (DRP), seit 1907 Fraktionsvors., MdPrAH 1894–1918 (Freikons.) 17
- Gayl**, Wilhelm Frhr. v. (1879–1945); Verwaltungsjurist; Dir. d. Ostpreuß. Landgesellschaft in Königsberg, 1919 Vertreter Ostpreußens bei den Friedensverhandlungen in Versailles, 1920 Reichskommissar im Abstimmungsgebiet Allenstein, 1921–1933 Mitgl. d. Reichsrats u. d. preuß. Staatsrats, Juni–Nov. 1932 Reichsinnenmin. 20*, 287, 344
- Geibel**, Emanuel (1815–1884); Lyriker u. Dramatiker 556, 558
- Gerhardt**; Landessyndikus; Vors. d. DNVP im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg 82, 85
- Gerlich**; Regierungsrat 85
- Gerschel**, Otto (* 1878); Industrieller, Generaldirektor; bis 1928 Dir. d. Vera Verlagsanstalt GmbH, dann Mitgl. d. Vorstands d. UFA u. d. Direktoriums d. Ullstein-Verlages 150
- Gefßer**, Otto (1875–1955); Jurist u. Politiker; 1913 OB v. Nürnberg, 1918–1927 Mitbegr. u. Mitgl. d. DDP in Bayern; Okt. 1919–März 1920 Reichsmin. f. Wiederaufbau, 1920–1928 Reichswehrmin.; 1931–1933 Vors. d. Bundes zur Erneuerung d. Reiches u. d. Vereins für das Deutschtum im Ausland, Präs. d. Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge; nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert; 1949 Präs. d. Bayr. u. 1950–1952 d. Deutschen Roten Kreuzes 239, 245, 342, 343
- Gierke**, Anna v. (1874–1943); Pädagogin, Vors. d. Vereins Jugendheim e. V., Hrsg. d. Wochenzeitschrift »Soziale Arbeit«; MdNV 1919–1920 (DNVP), 1930 Gründungsmitgl. d. KVP 85, 115, 143
- Gierke**, Otto v. (1841–1921); seit 1887 Prof. d. Rechte in Breslau, Heidelberg u. Berlin; 1918–Juni 1920 Mitgl. d. DNVP 143
- Giesberts**, Johann (1865–1938); Bäcker, Brauerei- u. Metallarbeiter, Arbeitersekretär, Redakteur; Mitbegr. u. Vorstandsmitgl. d. Christlichen Metallarbeiterverbands, seit 1901 Vorstandsmitgl. d. Gesamtverbands Christlicher Gewerkschaften; MdPrAH 1908–1918, MdR 1905–1918, MdNV u. MdR 1919–März 1933 (Z); Jan. 1918 im Reichswirtschaftsamt, Nov. 1918 dort UStS u. Delegationsmitgl. f. d. Versailler Friedenskonferenz; Febr. 1919–Nov. 1922 Reichspostmin. 251, 339
- Gilsing**, Anton (1875–1964); Kupferschmied, Partei- u. Gewerkschaftssekretär; MdNV 1919–1920 (Z), Mitgl. d. preuß. Staatsrats 1921–1930 u. 1930–1933 d. Reichsrats, MdL NRW 1946 (CDU) 247
- Gneisenau**, August Graf Neidhardt v. (1760–1831) 550
- Goebbels**, Joseph (1897–1945); seit 1924 Mitgl. d. NSDAP; 1929 Reichspropagandaleiter der NSDAP; 1933 Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda sowie Präs. d. Reichskulturkammer; Juli 1944 »Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz«; MdR 1928–1945 (NSDAP) 168
- Goerdeler**, Carl Friedrich (1884–1945); Verwaltungsjurist u. Politiker; 1930–1937 OB v. Leipzig, 1931/32 u. 1934/35 zugleich Reichskommissar f. Preisüberwachung; seit 1939 führender Kopf der Widerstandsbewegung gegen Hitler; nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt u. hingerichtet 22*
- Göring**, Hermann (1893–1946); MdR 1928–1945 (NSDAP), seit 1932 RT-Präs.; seit 1933 preuß. Min.präs., Innenmin. u. Reichsmin. unterschiedl. Ressorts; 1935 Oberbefehlshaber d. Luftwaffe; 1939 Vors. d. Reichsverteidigungsrats, 1940 Reichsmarschall 279

- Goethe**, Johann Wolfgang v. (1749–1832) 3, 299, 302, 347
- Goltz**, Rüdiger Graf v. der (1865–1946); General; 1925–1933 geschäftsf. Vors. d. Vereinigten Vaterländischen Verbände, 1934 Führer d. Reichsverbands d. Deutschen Offiziere 191, 206
- Göfßer**, Alfred v. (1867–1946); Jurist, 1901–1908 Landrat, Gutsbesitzer (Schätz bei Guhrau/Breslau); MdPrAH 1908–1918, MdR 1915–1918 (Kons.) 22, 28, 68
- Gothein**, Georg (1857–1940); Bergrat, Handelskammersyndikus; MdPrAH 1893–1903 (FsVg), MdR 1901–1918 (FsVg/FVP), MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (DDP); Febr.–März 1919 Min. ohne Portefeuille, März 1919–Juni 1920 Reichsschatzmin.; Vors. d. Vereins zur Abwehr d. Antisemitismus 309, 342, 365, 528, 541
- Graef**, Walther (1875–1937); Druckereibesitzer u. Zeitungsverleger in Anklam; MdPrAH 1913–1918 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1932 (DNVP) 17 f., 21, 24 f., 27–30, 37 f., 44, 48, 58 f., 64, 69 f., 90 f., 94, 231, 288, 375, 497
- Graefe**, Albrecht v. (1868–1933); Gutsbesitzer (Goldebee), im Weltkrieg Bataillonsführer; Mitgl. d. Ständekammer Mecklenburg-Schwerin 1899–1918, MdR 1912–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–1928 (DNVP/1922 DvF/Dez. 1924 NF/VA), 1922 Mitbegr. d. DvF, 1925–1928 Führer d. Deutschvölkischen Freiheitsbewegung 14, 21, 33, 48, 54, 70 f., 82, 92, 139 f., 174, 220, 254, 335 f., 357, 361, 363, 371, 375 f., 381, 391, 395, 419–423, 443 f., 450, 511, 525, 534, 537, 551
- Gröber**, Adolf (1854–1919); Landgerichtsdirekt.; Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1889–1918, MdLV Württ. 1919 (Z), 1895 Mitbegr. u. seit 1889 Vors. d. württ. Zentrums; MdR 1887–1918, MdNV 1919 (Z), seit 1917 Fraktionsvors., 1917–1919 Parteivors.; Okt.–Nov. 1918 StS im Kabinett Prinz Max v. Baden 260 f., 339, 365, 434
- Groener**, Wilhelm (1867–1939); General u. Politiker; seit 1899 i. Großen Generalstab; 1916 milit. Vorstandsmitgl. d. Kriegsernährungsamtes u. Chef d. Kriegsamtes zur Ausschöpfung der deutschen Produktionsreserven; seit Aug. 1917 Frontkommando, Okt. 1918 Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister der OHL; nach dem 9. 11. 1918 Leiter d. Rückführung u. Demobilmachung d. Heeres, Sept. 1919 verabschiedet; 1920–1923 Reichsverkehrsmin., 1928–1932 Reichswehrmin. u. 1931/32 zugleich Reichsinnenmin. 160, 191 f., 420, 429, 440, 447
- Günther**, Hans F. K. (1891–1968); Prof. f. Sozialanthropologie in Jena, Berlin u. Freiburg/Br. 144
- Haas**, Ludwig (1875–1930); Rechtsanwalt; MdR 1912–1918 (FVP), MdNV u. MdR 1919–Aug. 1930 (DDP); Hauptvorstandsmitgl. des Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; 1918–1919 Innenmin. in Baden 156, 231, 534
- Haase**, Hugo (1863–1919); Rechtsanwalt; MdR 1897–1907, 1912–1918 u. MdNV 1919 (SPD/1917 USPD); 1911–1916 einer d. SPD-Parteivors.; 1917 Mitgl. d. USPD u. einer ihrer Vors.; MdRV u. Mitvors. Nov.–Dez. 1918; gestorben a. d. Folgen eines Attentats 13, 14, 23, 96, 146, 185, 187, 190, 193–195, 284, 349, 436, 448 f., 523
- Haenisch**, Karl v. (1861–1921); Gen. d. Inf., Stellv. Komm. Gen. d. X. Armeekorps 475
- Haenisch**, Konrad (1876–1925); Redakteur u. Publizist; Nov. 1918–April 1921 preuß. Kultusmin., 1923–1925 Regierungspräs. in Wiesbaden; MdPrAH 1913–1918, MdLV u. MdL Preußen 1919–1925 (SPD) 409
- Halem**, Gustav Adolph v. (1870–1932); 1904–1919 Landrat; MdR 1912–1918 (DRP), MdPrAH 1913–1918 (Freikons.) 18
- Haller**, Johannes (1865–1947); Historiker; 1902–1932 Prof. in Marburg, Gießen u. Tübingen 545
- Hammer** († 1926); Komm. d. 24. Inf.-Division 475
- Hammer**, Friedrich (1855–1923); Malermeister; MdPrAH 1903–1918 (Kons.), MdLV Preußen 1919–1921, MdR 1920–1923 (DNVP), Mitgl. d. Reichswirtschaftsrats 1920–1923 57, 497

- Harnisch**; Schriftleiter d. Berliner »Lokal-anzeiger«, Reichspressechef der »Regie-rung Kapp« 215
- Hartmann, Felix v.** (1851–1919); 1912 Erz-bischof v. Köln, 1914 Kardinal; MdPrHH 1916–1918 465
- Hartmann, Rudolf** (1856–1922); Sanitäts-rat; MdNV u. MdR 1919–1922 (DNVP) 68, 497
- Hartwig, Emil Karl** (1873–1943); Schnei-dermeister, Arbeitersekretär, seit 1906 Generalsekretär d. christl.-soz. Bewe-gung; MdR 1920–Juli 1921 (DNVP/ 1929 ChrNA/CSVD); Geschäfts-f. d. Reichsarbeiterausschusses d. DNVP; Mitgl. d. Reichsleitung u. Reichsge-schäfts-f. d. CSVD 119
- Haseloff, Hugo** (* 1863); Eisenbahnoberin-spektor; MdPrAH 1913 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1928 (DNVP) 82 f.
- Hassell, Ulrich v.** (1881–1944); Diplomat, 1919–1921 Botschaftsrat in Rom, danach Generalkonsul in Barcelona, Gesandter in Kopenhagen u. Belgrad, 1932–1938 Botschafter in Rom; nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt u. hingerichtet; 1918/19 Mitbegr. u. Leiter d. Staatspoli-tischen Arbeitsgemeinschaft d. DNVP 38, 40 f., 58, 94, 288 f., 291
- Hatzfeldt, Hermann Fürst v.**, seit 1900 Herzog zu Trachenberg (1848–1933); 1894–1903 Oberpräs. v. Schles.; seit 1878 erbl. MdPrHH, MdR 1878–1893 u. 1907–1912 (DRP); 1919–1921 deutscher Bevollmächtigter für das Abstimmungs-gebiet Oberschlesien 34
- Hauffmann, Conrad** (1857–1922); Rechts-anwalt u. Notar; Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1889–1918 (Süddeutsche Volks-partei/FVP), MdLV u. MdL Württ. 1919–1922 (DDP), 1919–20 Fraktions-vors., MdR 1890–1918 (Süddeutsche Volkspartei/FVP), MdNV u. MdR 1919–1922 (DDP); Okt.–Nov. 1918 StS ohne Portefeuille, Vors. d. Verfassungs-ausschusses d. NV 265, 304, 436 f., 528
- Heeringen, Josias Oskar v.** (1850–1926); preuß. Generaloberst; 1909–1913 preuß. Kriegsmin., dann Generalinspekteur d. II. Armee-Inspektion, 1914 Führer d. 7. Armee, ab Aug. 1916 Oberbefehlshaber d. Küstenverteidigung; 1918–1926 Präs. d. Reichskyffhäuserbundes 474 f.
- Heilmann, Ernst** (1881–1940); Jurist u. Re-dakteur, 1918–1922 Chefredakteur d. »Sozialistischen Korrespondenz«; MdLV u. MdL Preußen 1919–1933 (SPD), seit 1921 Fraktionsvors., MdR 1928–Juni 1933 (SPD) 399
- Heine, Wolfgang** (1861–1944); Verwal-tungsjurist u. Rechtsanwalt; MdR 1898–1918, MdNV 1919–1920 (SPD); Nov. 1918–Juli 1919 Vors. d. Staatsrats in Anhalt, Dez. 1918–März 1919 preuß. Justizmin., März 1919–März 1920 preuß. Innenmin., 1923–1925 Mitgl. d. Staatsge-richtshofs zum Schutze d. Republik; 1933 Emigration 76, 271, 325, 330
- Heineken, Philipp Cornelius** (1860–1947); Kaufmann; seit 1906 Vorstandsmitgl., 1909 Generaldir. u. 1921–1933 Auf-sichtsratsvors. d. Norddeutschen Lloyd; Sachverständiger bei d. Waffenstill-stands- u. Friedensverhandlungen 419 f.
- Heinze, Rudolf Karl** (1865–1928); 1906 Landgerichtsdirektor in Dresden, 1914 Reichsgerichtsrat; Mitgl. d. Abg.kam. Sachsen 1915–1916 (NL), MdR 1907–1918 (NL), MdNV u. MdR 1919–1928 (DVP); Mitbegr. d. DVP u. 1919–1920 ihr Fraktionsvors. in d. NV; Juli–Nov. 1918 sächsischer Justizmin., Juni 1920–Mai 1921 u. Nov. 1922–Aug. 1923 Reichsjustizmin., 1923 Reichskommissar in Sachsen 234, 284, 375, 422, 434, 444, 511
- Held, Heinrich** (1868–1938); Redakteur; Mitgl. d. Abg.kam. Bayr. 1907–1918 (Z), MdLV u. MdL Bayr. 1919–1933 (BVP), seit 1914 Fraktions- u. Parteivors.; Juni 1924–März 1933 bayr. Ministerpräs., 1927–1928 auch Handelsmin. 358
- Helfferrich, Karl** (1872–1924); Bankier, Na-tionalökonom, 1908 Direktoriumsmitgl. d. Deutschen Bank; Febr. 1915 StS d. Reichsschatzamt, Mai 1916–Aug. 1917 StS d. Reichsamts d. Innern u. Vizekanz-ler; MdR 1920–April 1924 (DNVP) 18*, 83–85, 141, 165, 212, 237, 241, 306, 317, 340, 342, 363–369, 500, 511, 523–528, 531, 540–542
- Henke, Alfred** (1868–1946); Zigarrenarbei-ter, Verbands- u. Parteifunktionär, Re-dakteur; MdL Bremen 1906–1922, MdR 1912–1918, MdNV u. MdR 1919–Juli

- 1932 (SPD/1917 USPD/1922 SPD); Jan.–Febr. 1919 Vors. d. Rates der Volksbeauftragten d. Bremer Räterepublik, 1922–1933 Stadtrat u. Zweiter Bürgermeister in Berlin-Reinickendorf 220
- Henning**, Wilhelm (* 1879); Major, 1919 verabschiedet; MdR 1920–1928 (DNVP/1922 DvF/1924 NF/VA), Mitbegr. d. DvF 54, 139
- Hensel**, Paul (1867–1944); Pfarrer, 1916 Superintendent in Johannesburg/Ostpreußen; MdPrAH 1913–1918 (Kons.), MdR März 1921–1928 (DNVP) 27, 54, 56, 57
- Hergt**, Oskar (1869–1967); Jurist im preuß. Verwaltungsdienst, 1916 Regierungspräs. in Oppeln, Aug. 1917–Nov. 1918 preuß. Finanzmin.; MdLV u. MdL Preußen 1919–1924, MdR 1920–Nov. 1933 (DNVP), bis 1924 Fraktionsvors.; Jan. 1927–Juni 1928 Reichsjustizmin. u. Vizekanzler; 1918–1924 Vors. d. DNVP 18*, 27–31, 33 f., 36–39, 41 f., 44–46, 48, 50–53, 55, 57 f., 60–62, 64, 68 f., 70, 72, 82, 84–86, 88, 91–94, 101, 102, 106 f., 113 f., 130, 134, 138, 140 f., 148, 158, 182, 196, 203, 212 f., 220, 222, 226, 232, 234 f., 237, 269, 271, 274, 313, 315, 352, 372–375, 396–401, 430 f., 438, 447, 455, 467, 482, 491, 492, 495, 497, 501, 511, 522, 524, 528
- Hermine** (1887–1947); zweite Gemahlin Wilhelms II., geb. Prinzessin Reuß ä. L., verwitwete Prinzessin v. Schoenaich-Carolath 395, 406, 465
- Herold**, Carl (1848–1931); Gutsbesitzer, Landesökonomierat; MdPrAH 1890–1918, MdLV u. MdL Preußen 1919–1931, MdR 1898–1918, MdNV u. MdR 1919–1931 (Z), Vors. d. Zentrums in Westf., seit 1881 Vorstandsmitgl. d. Westf. Bauernvereins, Vorstandsmitgl. d. Volksvereins f. d. katholische Deutschland 247
- Herrmann**, Paul v. (1857–1921); Präs. d. Preuß. Oberwaltungsgerichts in Berlin 76
- Hertling**, Georg Friedrich Frhr. (seit 1914 Graf) v. (1843–1919); Philosoph u. Politiker; 1876–1919 Gründer u. Präs. d. Görres-Gesellschaft; MdR 1875–1890 u. 1896–1912, seit 1909 Fraktionsvors., MdL Bayern 1891–1918 (Z); 1912 Min.präs. in Bayern, Nov.–Sept. 1918 Reichskanzler u. preuß. Min.präs. 283
- Hertzberg**, Ernst v. (1852–1920); Gutsbesitzer (Lottin) u. Landschaftsdir.; MdPrHH 1894–1918 83–85, 326
- Heydebrand u. der Lase**, Ernst v., seit 1920 Lasa (1851–1924); Gutsbesitzer (Klein-Tschunkawe/Kreis Militsch) u. 1883–1895 Landrat; MdPrAH 1889–1918, MdR 1903–1918 (Kons.); 1906–1918 Fraktionsvor. d. Kons. im Preuß. AH, 1911–1918 Vors. d. Kons. 13*, 15*f., 18*, 22*, 6, 14, 17, 19–22, 24 f., 28–31, 33–38, 40–45, 47–50, 52 f., 56, 58–65, 68, 70, 73 f., 76 f., 78, 82 f., 86, 88, 91–93, 111, 121, 127, 148, 151, 153, 182, 184, 196, 202 f., 212, 214, 218, 219–221, 226, 274, 307, 313, 344, 372 f., 375, 389, 400 f., 432, 472, 497, 529
- Heydebreck**, Claus v. (1859–1935); Oberst; MdPrHH 81
- Hilferding**, Rudolf (1877–1941); Arzt, Redakteur u. Schriftsteller, 1907–1915 Schriftleiter d. »Vorwärts«, 1918–1922 d. »Freiheit«; MdR Mai 1924–Juni 1933 (SPD), Mitgl. d. Reichswirtschaftsrats 1920–1925 u. d. preuß. Staatsrates 1921–1926; Aug.–Okt. 1923 u. Juni 1928–Dez. 1929 Reichsfinanzmin.; 1933 Emigration 350
- Hiller v. Gaertringen**, Berthold Frhr. (1880–1951); Rittmeister a. D., Fideikommissinhaber in Gärtringen; Schwiegersohn Westarps 440
- Hiller v. Gaertringen**, Gertraude Freifrau (1894–1975), geb. Gräfin v. Westarp; Tochter v. Kuno Graf v. Westarp 44, 307, 440
- Hindenburg**, Paul v. Beneckendorff u. v. (1847–1934); 1914 Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der 8. Armee und »Oberbefehlshaber Ost«, 1916 Chef des Generalstabs des Feldheeres und Übernahme der 3. OHL; 1925–Aug. 1934 Reichspräs. 16*, 20*, 30, 153, 182, 184, 191 f., 196 f., 210, 286, 309, 414 f., 429, 447, 462, 466, 467, 470, 526, 529, 531, 535, 537, 541 f., 554 f.
- Hintze**, Otto (1861–1940); Historiker; seit 1899 Prof. in Berlin 81
- Hintze**, Paul v. (1864–1941); Marineoffizier u. Diplomat; 1903–1908 Marineattaché,

- 1908–1911 Militärbevollmächtigter in St. Petersburg, 1911–1918 Gesandter in Mexiko, China u. Norwegen, Juli 1918–Okt. 1918 StS d. AA; nach 1918 Mitgl. d. DVP 538
- Hirsch**, Paul (1868–1940); Schriftsteller, kommunalpolitischer Experte d. SPD; MdPrAH 1908–1918, MdLV u. MdL Preußen 1919–1932 (SPD), 1911–1918 Fraktionsvors.; Nov. 1918–März 1920 preuß. Ministerpräs., 1918–1919 zugleich Innenmin., 1925–1932 OB in Dortmund 146, 356, 372, 374, 396, 409, 436, 522
- Hitler**, Adolf (1889–1945) 20*–22*, 168, 170, 228 f., 297, 352, 561–563, 565–567
- Hobbing**, Reimar (1874–1919); Verleger 151
- Hoch**, Gustav (1862–1942); Kaufmann, Redakteur, Arbeitersekretär u. Schriftsteller; MdR 1898–1903, 1907–1918, MdNV u. MdR 1919–1928 (SPD); 1933 inhaftiert 539
- Hoensbroech**, Wilhelm Rudolf Reichsgraf und Marquis v. und zu (1849–1922); Gutsbesitzer, Wirkl. Geh. Rat; MdR 1883–1893, MdPrAH 1892–1898 (Z), MdPrHH 1901–1918; Vors. d. national-katholischen »Deutschen Vereinigung«, Mitgl. d. Vaterlandspartei, 1919 Mitgl. d. DVP 134, 398
- Hoetzsch**, Otto (1876–1946); Prof. f. osteuropäische Geschichte an d. Universität Berlin, 1914–1924 außenpolitischer Mitarbeiter d. »Kreuzzeitung« u. 1926–1928 d. »Tag«; MdLV Preußen 1919–1921, MdR 1920–1930 (DNVP/1929 ChrNA/VKV), 1930 Gründungsmitgl. der KVP 17*f., 15, 18, 40, 45, 58, 61, 64, 86, 221, 223, 226, 440, 453, 459, 511
- Hoffmann**, Adolph (1858–1930); Vergolder, Redakteur, Buchhändler u. Verleger; 1900–1921 u. 1925–1930 Stadtverordneter in Berlin, MdR 1904–1906 (SPD) u. 1920–Mai 1924 (USPD/SPD), MdPrAH 1908–1918 (SPD), MdLV u. MdL Preußen 1919–1924 (SPD/USPD/KPD/1922 SPD) u. 1928–1932 (SPD); Nov. 1918–Jan. 1919 preuß. Min. f. Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung 15, 188, 332, 434
- Hoffmann**, Georg; MdLV u. MdL Preußen 1919–1922 (DNVP) 498
- Hollweg**, Carl (1867–1932); Vize-Admiral u. Militärschriftsteller 419
- Hünefeld**, Ehrenfried Günther Frhr. v. (1892–1929); Autor u. Luftfahrtpionier 407
- Hugenberg**, Alfred (1865–1951); Geh. Finanzrat; 1890 Mitbegr. d. ADV; 1909–1918 Vors. d. Direktoriums d. Firma Krupp, seit 1916 Aufbau d. sog. Hugenberg-Konzerns; MdNV u. MdR 1919–1945 (DNVP/ab Nov. 1933 Gast d. NSDAP); 1928–1933 Vors. d. DNVP; Jan.–Juni 1933 Reichswirtschafts- u. Reichsernährungsmin. 19*, 33, 71, 79, 90, 92, 141, 150, 152, 179, 220, 237, 286, 318, 332, 375, 526
- Hugo**, Victor (1802–1885); franz. Dichter u. Romancier 492
- Hutier**, Oskar v. (1857–1934); Gen. d. Inf., Oberbefehlshaber d. 18. Armee; 1918–1934 Erster Vors. d. Deutschen Offiziersbundes, 1919–1927 Mitbegr. u. Präs. d. Nationalen Klubs in Berlin 54, 475
- Ingenohl**, Friedrich (1857–1933); Admiral, 1913 Chef d. Hochseeflotte, 1915 verabschiedet 28, 475
- Jagow**, Gottlieb v. (1863–1935); Jurist, Diplomat; 1909–1913 Botschafter in Rom, Jan. 1913–Nov. 1916 StS d. AA, seit 1914 preuß. Staatsminister 138, 250, 455, 458
- Jagow**, Traugott v. (1865–1941); 1909–1918 Polizeipräs. v. Berlin, 1919 Regierungspräs. in Breslau; vom Reichsgericht am 21. 12. 1921 wegen Hochverrats (Beteiligung am Kapp-Lüttwitz-Putsch) zu fünf Jahren Haft verurteilt, 1925 begnadigt; dann Mitgl. im Direktorium des Pommerschen Landbundes 213, 217, 232–235
- Jena**, Leo v. (* 1876); Major; Abteilungsvorsteher im Nationalverband deutscher Offiziere 218
- Joelsohn**, Fritz; Arzt am Rudolf Virchow-Krankenhaus i. Berlin 148
- Joffe**, Adolf Abramowitsch (1883–1927); Leiter d. russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen v. Brest-Litowsk, Bevollmächtigter d. russischen Räterepublik in Berlin 448 f.
- Jünger**, Nathanael s. Rump, Dietrich Johann

- Kahl, Wilhelm** (1849–1932); Prof. d. Rechte in Berlin; MdNV u. MdR 1919–Mai 1932 (DVP); Vors. d. Rechtsausschusses d. RT 298, 437, 443, 477, 480
- Kahr, Gustav Ritter v.** (1862–1934); 1917–1920 u. 1921–1923 Regierungspräs. in Oberbayr., März 1920–Sept. 1921 Ministerpräs. v. Bayr., Sept. 1923–Febr. 1924 Generalstaatskommissar in Bayr., bis 1930 Präs. d. Bayr. Verwaltungsgerichtshofs 229
- Kahrstedt, Ulrich** (1888–1962); Priv.-Doz. f. Alte Geschichte (Berlin), seit 1921 Prof. an d. Universität Göttingen; Mitarbeiter d. kons. RT-Fraktion, dann d. DNVP-Fraktion d. NV; 1920 Hrsg. d. »Eisernen Blätter« 18 f., 20, 92, 151, 492
- Kainz, Josef** (1858–1910); Schauspieler 169
- Kaliski, Julius**; Journalist, Mitarbeiter d. »Sozialistischen Monatshefte«; Mitgl. d. Arbeiterrates Berlin u. d. Vollzugsrates (SPD) 291
- Kanitz, Gerhard Graf v.** (1885–1949); Gutsbesitzer (Podangen); MdR 1921–Mai 1924 (DNVP, 1922 Parteiaustritt), MdLV u. MdL Preußen 1919–1932 (DNVP/1923 parteilos/1927 DVP); Okt. 1923–Sept. 1926 Reichsernährungsmin. 54 f., 56, 57 f., 86, 223
- Kant, Immanuel** (1724–1804) 547
- Kantorowicz, Hermann** (1877–1940); Jurist u. Rechtswissenschaftler; seit 1908 Prof. f. Strafrecht u. Rechtsgeschichte in Freiburg/Br. u. Kiel; 1933 Emigration 523
- Kapp, Wolfgang** (1858–1922); Verwaltungsbeamter im preuß. Finanz- u. Landwirtschaftsmin., 1906–1916 Generallandschaftsdir. in Ostpreußen; MdR Febr.–Nov. 1918 (Kons.); Sept. 1917 Mitbegr. u. Zweiter Vors. d. Vaterlandspartei; Anführer d. Kapp-Lüttwitz-Putsches 18*, 51, 59, 85 f., 123, 138, 151 f., 158 f., 196, 200–203, 206, 210–215, 217–221, 224–233, 237–243, 245–247, 250–252, 254–256, 308, 311, 342 f., 351, 353, 358 f., 368, 379, 391, 471 f., 486, 554
- Kardorff, Siegfried v.** (1873–1945); Jurist, 1908–1920 Landrat; MdPrAH 1910–1918 (Freikons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1924 (DNVP/April 1920 Übertritt zur DVP), MdR 1920–Juli 1932 (DVP/zuletzt bkF), 1928–1932 Vizepräs. d. RT 18 f., 21, 23, 32 f., 39, 44, 58, 61, 67–70, 86 f., 94, 96, 99, 100, 103, 105 f., 223, 225, 378, 394, 398, 401, 403, 406, 497
- Kardorff, Wilhelm v.** (1828–1907); Regierungsassessor, Landwirt, Gutsbesitzer (Wabnitz), 1884–1895 Landrat; Mitbegr. u. 1880–1906 Führer d. Freikons., 1876 Begr. u. Führungsmitgl. d. CDI, bis 1903 Mitgl. d. BdL, Vors. d. Vereins f. internationale Doppelwährung, Mitgl. d. ADV; MdR 1868–1907 (Freikons./DRP), MdPrAH 1867–1876 u. 1889–1907 (Freikons.) 53, 401
- Karl I.** (1887–1922); Kaiser von Österreich-Ungarn 524
- Karnebeek, Jonkheer Hermann Adriaan v.** (1874–1942); 1918–1927 Außenmin. d. Niederlande 466
- Katsch**; Parteisekretärin d. DNVP 214
- Kautsky, Karl** (1854–1938); österr. Sozialist; 1917 Mitgl. der USPD, 1922 Mitgl. der SPD; 1938 Emigration 132, 350, 408, 448, 455, 467, 523
- Kautsky, Luise** (1864–1944); Kommunalpolitikerin, Schriftstellerin; Ehefrau von Karl Kautsky; 1944 in Auschwitz ermordet 448, 455
- Keil, Wilhelm** (1870–1968); Drechsler, 1903–1930 Chefredakteur d. »Schwäbischen Tagwacht« in Stuttgart; MdR 1910–1918, MdNV u. MdR 1919–Nov. 1932 (SPD), Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1900–1918, MdLV u. MdL Württ. 1919–1933 (SPD), seit 1919 Fraktionsvors., MdL Württ.-Bad. 1946–1952 (SPD), 1919–1920 Präs. d. LV Württ.; 1921–1923 württ. Arbeits- u. Ernährungsmin. 528
- Kekulé v. Stradonitz, Stephan** (1863–1933); Genealoge u. Heraldiker 143
- Kerckerinck zur Borg, Engelbert Frhr. v.** (1872–1933); Verwaltungsjurist u. Gutsbesitzer; MdR 1912–1918, MdProvL Westf. 1917–1920 (Z); 1916–1928 Präs. d. Westf. Bauernvereins, 1916–1931 Vorstandsvors. d. Westf. Centralgenossenschaft, 1930–1933 Vors. d. Westf. Landwirtschaftskammer, Präs. d. Vereinigung d. Deutschen Bauernvereine 358

- Kessel**, Kurt v. (1862–1921); Gutsbesitzer; MdPrAH 1899–1918 (Kons.), MdLV Preußen 1919–1921 (DNVP) 52, 128, 235, 323 f., 328, 432
- Kudell**, Walter v. (1884–1973); Landrat u. Gutsbesitzer; MdR Mai 1924–Sept. 1930 (DNVP/1929 ChrNA/VKV); 1927–1928 Reichsinnenmin.; 1933 Reichsforstrat 18⁵
- Keyserlingk**, Robert Graf v. (1866–1959); Gutsbesitzer, Wirkl. Geh. Oberreg.rat; 1917–18 Reichskommissar f. Litauen u. d. baltischen Provinzen, 1921–1933 Mitgl. d. preuß. Staatsrats u. d. Deutschen Landwirtschaftsrats 31
- Klasing**, August (1881–1958); Verlagsbuchhändler, Teilhaber d. Firma Velhagen u. Klasing; seit 1912 Mitgl. d. Zwölfer-Ausschusses d. Kons. 26
- Kleine**, Eugen (1867–1928); Generaldirektor u. Bergrat; Vors. d. Handelskammer Dortmund 33
- Kleist**, Heinrich v. (1777–1811) 552
- Kleist-Retzow**, Wolf-Friedrich Graf v. (1868–1933); Gutsbesitzer (Groß-Tychow) u. Landrat 325 f.
- Klitzing**, Bogislav v. (1861–1942); Gutsbesitzer (Dziembowo), Generallandschaftsdir. in Posen; MdPrHH 1913–1918, Provinzialvors. der Kons. in Posen 67
- Klotz**, Louis Lucien (1868–1930); 1910–1920 franz. Finanzmin. 316, 501 f.
- Kluck**, Alexander v. (1846–1934); Generaloberst, 1914–15 Oberbefehlshaber d. 1. Armee 474 f.
- Klüber**, Robert v. (1873–1919); Oberstleutnant, Referent im Reichswehrmin. 195
- Koenen**, Wilhelm (1886–1963); Handlungsgehilfe, Redakteur; MdNV u. MdR 1919–Juli 1932 (USPD/KPD), MdL Preußen 1932–1933 (KPD), MdL Sachsen 1946–1950 (SED), Mitgl. d. preuß. Staatsrats 1929–1932, 1957–1963 Mitgl. d. Volkskammer d. DDR u. d. ZK d. SED 294
- Körting**, Berthold (1839–1919); Kaufmann, Geh. Kommerzienrat; Mitbegr. d. Gebr. Körting OHG i. Hannover, Aufsichtsratsvors. d. Körting AG; 1917 Mitbegr. d. Bundes d. Kaiserstreuen 152
- Kosch**; Generalleutnant, Komm. d. 10. Inf. Division 475
- Kraut**, Heinrich (1857–1935); Rechtsanwalt; Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1901–1918 (Kons.), 1913–1918 deren Präs., MdNV 1919–1920 (DNVP) 27, 39, 322
- Kreth**, Hermann (1860–1932); 1894–1899 Landrat, 1900–1903 Reg.Rat, 1903–1909 Dir. d. Verbandes Ländlicher Genossenschaften f. Brandenburg, 1909 Geschäftsf. d. Spirituszentrale Berlin-Wilmersdorf; MdR 1903–1918 (Kons.), MdPrAH 1899–1900 u. 1903–1918 (Kons.); führendes Mitgl. d. BdL, 1921–1928 Vors. d. Vereinigung d. Steuer- u. Wirtschaftsreformer, 1927–1930 Präs. d. Nationalen Klubs Berlin, nach 1918 Schatzmeister d. Hauptvereins d. Kons. 17, 31, 39, 51, 53–56, 59, 123, 152 f., 158 f., 201, 308, 321
- Kriege**, Johannes (1859–1937); bis 1920 Geh. Legationsrat im AA; MdL Preußen 1921–1932 (DVP) 72, 375, 404, 424, 432, 454, 460, 462, 464–467, 523
- Kries**, Wolfgang v. (1868–1945); Gutsbesitzer, 1903–1920 Landrat, 1915–1918 bei d. Zivilverwaltung d. eroberten russisch-polnischen Gebiete; MdPrAH 1908–1918 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1933 (DNVP) u. Vizepräs. d. preuß. LV u. d. preuß. LT 14, 17–19, 497
- Kube**, Wilhelm (1887–1943); Schriftsteller, Hrsg. d. Deutsch-Völkischen Hochschulblätter; 1912 Vors. d. Völkischen Akademikerverbandes, 1918 Geschäftsf. d. Kons. in Schles., dann d. DNVP, 1922–1923 Leiter d. Reichsverbandes d. Bismarck-Jugend d. DNVP, 1923 Übertritt zur DvF u. deren Reichsgeschäftsf., Erster Hochmeister d. Deutschen Bismarck-Ordens; MdR Mai 1924–Mai 1928 (NF, dann NSDAP), Juli–Aug. 1932, Nov. 1933–Aug. 1936 u. April 1938–Sept. 1943 (NSDAP), MdL Preußen 1928–1933 (NSDAP), Fraktionsvors.; Gauleiter d. NSDAP bis 1936, 1941 Generalkommissar f. Weißruthenien 39, 69, 375
- Kürbis**, Heinrich (1873–1951); Eisendreher, Parteisekretär; MdNV bis 2. 12. 1919 (SPD), bis 1928 Oberpräs. v. Schleswig-Holstein 321
- Kunze**, Richard (1872–1945); Lehrer, Schriftsteller, Zeitungsverleger (»Deutsches Wochenblatt«); Parteisekretär d.

- Kons. in Sachsen, 1921 Gründer d. DsP, 1921–1928 ihr Erster Vors.; Mdr Mai 1924–Dez. 1924 (DsP) u. Nov. 1933–1945 (NSDAP), MdL Preußen 1932–1933 (NSDAP) 148
- Kuttner, Erich** (1887–1942); Schriftsteller u. Redakteur d. »Vorwärts«; MdL Preußen 1921–1933 (SPD) 516
- Lagarde de, Paul** (eigentl. Bötticher) (1827–1891); Orientalist u. Kulturphilosoph, 1869–1889 Prof. an d. Universität Göttingen 262
- Lambach, Walther** (1885–1943); kaufmännischer Angestellter, seit 1919 Geschäftsf. d. DHV; Mdr 1920–Juli 1932 (DNVP/1929 ChrNa/VKV/1930 KVP/1931 CSVD) 18*, 393, 402, 517
- Landsberg, Otto** (1869–1957); Rechtsanwalt; 1903–1909 Stadtverordneter i. Magdeburg; Mdr 1912–1918, Mitgl. d. Reg. d. Volksbeauftragten Nov. 1918–Febr. 1919, MdNV u. Mdr 1919–1920, Dez. 1924–Juni 1933 (SPD); Febr. 1919–Juni 1919 Reichsjustizmin., Febr. 1920–1924 Deutscher Geschäftsträger i. Brüssel; 1933 Emigration 264, 365, 523, 528
- Landsberg-Velen, Engelbert Frhr. v.** (1866–1951); Gutsbesitzer (Steinfurt); Vors. d. Reichskatholikenausschusses d. DNVP 51, 136, 138, 141
- Lansing, Robert** (1864–1928); Jurist; 1915–1920 Außenminister der USA 454
- Lassalle, Ferdinand** (1825–1864) 250
- Laverrenz, Wilhelm** (1879–1955); Regierungs- u. Baurat, Reichsbahndir.; MdNV u. Mdr 1919–Nov. 1933 (DNVP), Vors. des Landesverbands Berlin d. DNVP; 1933 Begr. der Widerstandsgruppe »Stille Front«, 1934 verhaftet; Mitbegr. d. CDU Berlin u. Mitgl. d. Abg.hauses Berlin (West) 1950–1953 (CDU) 298
- Ledebour, Georg** (1850–1947); Schriftsteller u. Redakteur; Mdr 1900–1918 (SPD/USPD) u. 1920–Mai 1924 (USPD), Nov. 1918–Jan. 1919 Mitgl. d. Vollzugsrates; Mitbegr. d. USPD u. Mitgl. ihres Parteivorstandes; 1933 Emigration 15, 349 f.
- Legien, Karl** (1861–1920); Gewerkschaftsführer; 1890 Mitbegr. u. bis 1919 Vors. d. Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands, 1913 Mitbegr. u. Präs. d. Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1919 Mitbegr. u. Vors. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; 1918 Mitbegr. d. »Zentralarbeitsgemeinschaft«, 1920 Leiter d. Generalstreiks gegen d. Kapp-Lüttwitz-Putsch 247, 293, 359, 496
- Lehmann, Annagrete** (1877–1954); Studienrätin; MdL Preußen 1921–1928, Mdr 1928–Nov. 1933 (DNVP) 172
- Leidig, Eugen** (1861–1935); Reg.Rat, bis 1902 Prof. an d. Universität Kiel, dann Industriesyndikus, 1915–1919 Geschäftsf. d. Hansa-Bundes; MdLV u. MdL Preußen 1919–1932 (DVP) 375
- Lejeune-Jung, Paul** (1882–1944); 1910 Syndikus beim Verein deutscher Zellstoff-Fabrikanten, 1914–1918 in der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums, 1921 Geschäftsf. d. Vereins Deutscher Zellstoff-Fabrikanten; Mdr Mai 1924–1930 (DNVP/1929 ChrNA/VKV); Dez. 1930 bis Juni 1932 Geschäftsf. Vorstandsmitgl. d. VKV/KVP; 1932 Übertritt zum Zentrum; im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt u. hingerichtet 22*, 138
- Lenin, Wladimir Iljitsch** (1870–1924) 207 f., 472, 495
- Lentze, August** (1860–1945); Jurist, 1898–1910 OB v. Mühlhausen (Thüringen), Barmen und Magdeburg, 1910–1917 preuß. Finanz- u. Staatsmin.; MdPrHH 1895–1910 (als OB v. Barmen bzw. Magdeburg); 1923 Präs. d. Deutschen Rentenbank 33, 70, 313
- Leo XIII.** (1810–1903); Papst 136
- Lequis, Arnold** (1861–1949); Generalmajor 193
- Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf v. u. zu** (1843–1925); 1880–1918 bayr. Gesandter in Berlin 405
- Lersner, Kurt Frhr. v.** (1883–1954); Jurist u. Diplomat; 1912–1914 Botschaftssekretär in Washington, 1916–1918 amtlicher Vertreter des Reichskanzlers und des AA bei der OHL, 1918 Vertreter d. Reichsregierung bei d. Waffenstillstandskommission in Spa, 1919–1920 diplomatischer Kommissar in Versailles u. seit Juli 1919 Vors. d. deutschen Friedensdelegation; 1921–1925 Präs. d. Arbeitsausschusses Deutscher Verbände; Mdr 1920–Mai 1924 (DVP) 458, 470 f.

- Levien**, Max (1885–1937); Führer d. Spartakusbundes in München 147, 195, 198
- Leviné**, Eugen (1883–1919); Nationalökonom; 1905 Teilnahme an d. Revolution in Rußland, 1916 Mitglied der USPD, 1919 Führer der KPD in München und Führer der Münchener Räterepublik; am 5. 6. 1919 in München hingerichtet 147, 195, 198
- Liebknecht**, Karl (* 1871, ermordet 15. 1. 1919); Rechtsanwalt; 1902–1913 Stadtverordneter in Berlin, MdPrAH 1908–1916, MdR 1912–Febr. 1917 (SPD); Mitbegr. u. einer d. Führer d. »Gruppe Internationale« (Spartakusbund), Okt.–Nov. 1918 Mitgl. d. Leitung d. Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute in Berlin, 1918 Mitbegr. d. KPD; nach Teilnahme am Januaraufstand 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet 14, 23, 185, 189, 194
- Liebmann**, Otto (1865–1942); Verlagsbesitzer; 1896–1933 Begr. u. Hrsg. d. »Deutschen Juristen-Zeitung« u. Organisator der Berliner »Tischgemeinschaft« 21*
- Lindeiner-Wildau**, Friedrich Wilhelm (1880–1963); Major 218
- Lindeiner-Wildau**, Hans-Erdmann v. (1883–1947); bis 1919 Amtsrichter; 1919–1921 Hauptgeschäftsf., 1921–1924 Politischer Beauftragter d. Parteivorstands d. DNVP; MdL Preußen 1921–1924, MdR Dez. 1924–Juli 1932 (DNVP/1929 ChrNA/VKV/1930 KVP); 1931 Mitgl. d. Direktoriums d. preuß. Zentralgenossenschaftskasse 18*, 20*, 37, 91, 203, 218, 220, 229
- Lindequist**, Friedrich v. (1862–1945); Verwaltungsjurist; 1892 i. d. Kolonialabt. d. AA, 1905–1907 Gouverneur v. Deutsch-Südwestafrika, 1907 UStS u. 1910/11 StS im Reichskolonialamt; 1917 Mitbegr. d. Vaterlandspartei, 1921–1922 Erster Vors. d. Deutschen Schutzbundes f. d. Grenz- u. Auslandsdeutschtum, Vizepräs. d. Deutschen Kolonialgesellschaft, 1920–1934 Präs. d. Deutschen Flottenvereins, ab 1919 Vorstandsmitgl. d. Nationalen Klubs in Berlin; führender NS-Kolonialpolitiker²⁷
- Lindner**, Wilhelm (1884–1956); Arbeiter, Verbandssekretär, 1928 Geschäftsf. d. Deutschnationalen Arbeiterbundes; MdR Mai–Dez. 1924, MdL Preußen 1924–1932 (DNVP/1930 CSVD), MdL NRW 1947–1950 (CDU) 119
- Lisco**; Gymnasialdirektor in Gumbinnen 32
- Lochow**, Ewald v. (1855–1942); Gen. d. Inf., Komm. Gen. d. III. Armeekorps, Oberbefehlshaber d. 5. Armee 475
- Löbe**, Paul (1875–1967); Schriftsetzer, Redakteur; MdProvL Schles. 1915–1920, MdNV u. MdR 1919–Juni 1933 (SPD), 1919–1920 Vizepräs. d. NV, 1920–Mai 1924 u. Dez. 1924–1932 Präs. d. RT, Mitgl. d. preuß. Staatsrats 1921–1926; Mitgl. d. Parl. Rates 1948–1949, MdB 1949–1953 (SPD) 259, 351, 434
- Loesch**, Karl Christian v. (1880–1951); 1922–1932 Erster Vors. d. Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum 160
- Löwenstein-Wertheim-Freudenberg**, Prinz Karl zu (1858–1928); 1918–1927 stellvertr. Präs. d. Nationalen Klubs in Berlin 158, 190
- Lossau**, Georg, (* 1885); Ministerialbeamter; Mitgl. d. DNVP; 1920 Gründer einer Nationalen Arbeitsgemeinschaft deutscher Katholiken in Berlin 138
- Loßberg**, Fritz v. (1868–1942); Gen. d. Inf., bis Sept. 1919 Befehlshaber d. Grenzschutzkommandos in Breslau 429
- Lossow**, Otto Hermann v. (1868–1938); Generalleutnant; 1915–1918 deutscher Militärbefehlsmächtiger in Konstantinopel, 1922–1924 Wehrkreiskomm. im Wehrkreis VII (Bayern) u. bayr. Landeskommandant 429 f.
- Ludendorff**, Erich (1865–1937); General; 1908–1912 i. d. Großen Generalstab, 1914 Oberquartiermeister i. d. Armeeeoberkommando 2, 1916 Erster Generalquartiermeister, am 26. 10. 1918 verabschiedet; MdR Mai 1924–Mai 1928 (NSDAP); Mitgl. zahlreicher völkisch-nationaler Verbände 16*, 143, 154, 160, 202, 212, 215, 217, 336 f., 415, 434, 450, 470, 475, 526, 531 f., 535–538, 541 f., 554 f.
- Ludendorff**, Mathilde (1882–1966); Schriftstellerin; Ehefrau von Erich Ludendorff 537
- Lüdicke**, Paul (1866–1931); Rechtsanwalt, Notar; 1918 Geschäftsf. Vors. d. Reichs-

- u. Freikons. Partei; MdPrAH 1904–1918 (Freikons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1931 (DNVP) 24, 69
- Lühe**, Friedrich G. A. v. der (* 1846); Generalmajor 14
- Lüttwitz**, Walther Frhr. v. (1859–1942); Gen. d. Inf.; Nov. 1916 Komm. Gen. des III. Armeekorps, März 1919 Oberbefehlshaber des Reichswehr-Gruppenkommandos 1, am 10. März 1920 beurlaubt; Führer des Kapp-Lüttwitz-Putsches 59, 200, 202–204, 206, 210–213, 215–218, 222, 228–230, 232–235, 237 f., 240, 243, 245 f., 343, 486
- Lüttwitz**; Tochter von Walther Frhr. von Lüttwitz 222
- Luther**, Hans (1879–1962); Verwaltungsjurist; 1907 Stadtrat in Magdeburg, 1913 Geschäftsf. d. Preuß., dann d. Deutschen Städtetages, 1918–1922 OB v. Essen; 1922/23 Reichsernährungsmin., 1923–1925 Reichsfinanzmin., Jan. 1925–Mai 1926 Reichskanzler; 1930–1933 Präs. d. Reichsbank, 1933–1937 Botschafter i. d. USA 18*
- Luther**, Martin (1483–1546) 556
- Luxemburg**, Rosa (* 1870, ermordet 15. 1. 1919); Dozentin, Redakteurin u. Schriftstellerin; 1907–1914 Dozentin a. d. Parteischule d. SPD in Berlin, 1915–1918 mit Unterbrechungen inhaftiert; Mitbegr. d. »Gruppe Internationale« (Spartakusbund), 1918 Mitbegr. d. KPD; nach Teilnahme am Januaraufstand 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet 194
- Malkewitz**, Gustav (1861–1924); Chefredakteur u. Verleger (»Pommersche Reichspost« u. »Bund der Landwirte in Pommern«); MdPrAH 1901–1918, MdR 1903–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–Sept. 1924 (DNVP) 33, 54, 57, 85, 94, 150
- Maltzahn**, Hans Jaspar Frhr. v. (1869–1929); 1908–1918 Landrat; MdPrAH 1908–1918 (Kons.), MdProvL u. Mitgl. d. preuß. Staatsrats 1921–1926; bis 1918 politischer Berater d. Kronprinzen Wilhelm 174
- Manheim**, Paul; frz. Sergeant; im Juli 1919 bei Unruhen in Berlin getötet 416
- Mann**, Thomas (1875–1955) 261, 546
- Manteuffel**, Kurt Frhr. v. (1853–1922); Gen. d. Inf., 1914 stellv. Chef d. Generalstabs d. Armee, stellv. Komm. Gen. d. XIV. Armeekorps 475
- Manzel**, Ludwig (1858–1936); Bildhauer u. Illustrator; 1912–1915 u. 1918–1919 Präs. der Akademie der bildenden Künste 193
- Marcks**, Erich (1861–1938); Historiker; 1892–1928 Prof. u. a. in Freiburg/Br. u. Berlin 81
- Maretzky**, Oskar (1881–1945); 1912–1918 Stadtsyndikus in Berlin-Lichtenberg, 1918 dort Bürgermeister; MdNV u. MdR 1919–Dez. 1924 (DVP/Mai 1924 Nationalliberale Vereinigung/Hosp. DNVP), MdL Preußen 1924–1928 (DNVP) 217
- Marx**, Karl (1818–1883) 118
- Marx**, Salomon (* 1866); Bankier, Großherzogl. Oldenburgischer Konsul a. D., Geschäftsinhaber d. Internationalen Handelsbank Berlin, Mitgl. u. Vors. zahlreicher Aufsichtsräte; 1918 Mitbegr. des Bürgerrats von Groß-Berlin u. d. Reichsbürgerrats 18, 28, 148
- Marx**, Wilhelm (1863–1946); Geh. Justizrat, Senatpräs. beim Berliner Kammergericht; Jurist; MdPrAH 1899–1918, MdLV Preußen 1919–1921, MdR 1910–1918 u. 1920–Juli 1932 (Z); 1922–1928 Parteivors.; Nov. 1923–Jan. 1925 u. Mai 1926–Dez. 1926 Reichskanzler, Febr.–März 1925 preuß. Min.präs., Jan.–Juli 1926 Reichsjustizmin. u. Min. f. d. besetzten Gebiete; 1922–1933 Erster Vors. d. Volksvereins f. d. katholische Deutschland 19*
- Maurenbrecher**, Max (1874–1930); Pfarrer; 1899–1903 Schriftleiter d. nationalsozialen Wochenschrift »Die Zeit«; 1903–1916 Mitgl. d. SPD, 1917 d. Vaterlandspartei, 1918 d. DNVP; 1920–1924 Hauptschriftleiter d. »Deutschen Zeitung«; MdL Sachsen 1920–1922 (DNVP) 19*, 403
- Maurice**, Frederick; britischer General 533
- Mausbach**, Joseph (1861–1931); 1892–1931 Prof. für Moraltheologie in Münster, 1912 Päpstlicher Hausprälat u. 1928 Apostolischer Protonotar; MdNV 1919–1920 (Z) 247

- Max**, Prinz v. Baden (1867–1929); v. 3. 10.–9./11. 1918 deutscher Reichskanzler und preuß. Min.präs. 11, 12, 73, 183, 263, 277, 283, 345, 362, 377, 404, 414 f., 448, 530 f., 533, 557
- Maxin**, Fritz (1885–1960); Landwirt; MdR März 1921–Mai 1924 (DNVP) 56
- Meerfeld**, Johannes (1871–1956); Sattler, Redakteur, Parteisekretär; MdR 1917–1918, MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (SPD), 1921–1933 Mitgl. d. preuß. Staatsrats 350
- Meister**; Ministerialdirektor 75
- Mertin**, Erich (* 1872); Rechtsanwalt u. Notar; MdPrAH 1907–1918 (Freikons.), MdR 1912–1918 (DRP) 68 f.
- Merton**, Richard (1881–1960); Industriel-ler, Ordonnanzoffizier beim Generalquartiermeister 420
- Michaelis**, Georg (1857–1936); Verwaltungsjurist; 1909 UStS i. preuß. Finanzmin., Aug. 1914 Leiter d. Reichsgetreidestelle, Febr. 1917 preuß. Staatskommissar f. Volksernährung, Juli–Okt. 1917 Reichskanzler u. preuß. Min.präs., 1918–1919 Oberpräs. v. Pommern 363, 526, 528, 534
- Millerand**, Alexandre (1859–1943); franz. Jurist u. Politiker; 1912/13 u. 1914/15 Kriegsmin., 1919/20 Generalkommissar f. Elsaß-Lothringen, 1920 Min.präs. u. Außenmin., 1920–1924 Präs. d. Republik 504
- Miquel**, Johannes v. (1828–1901); Jurist; 1878 OB v. Osnabrück, 1879 v. Frankfurt a. M.; Mitbegr. der NL, MdPrAH 1867–1882, MdR 1867–1877 u. 1887–1890, MdPrHH 1882–1890 u. 1901; 1890–1901 preuß. Finanzmin., 1898 auch Vizepräs. d. preuß. Staatsmin. 124
- Mirbach-Sorquitten**, Julius Graf v. (1839–1921); Gutsbesitzer; seit 1879 Präs. d. Vereinigung d. Steuer- u. Wirtschaftsreformer; MdPrHH 1874–1918, MdR 1878–1881 u. 1886–1898 (Kons.); seit 1912 Vorstandsmitgl. d. Kons. 159, 208
- Molkenbuhr**, Hermann (1851–1927); Zigarrenmacher, Redakteur u. Parteisekretär; 1912–1918 MdProvL Brandenburg (SPD), MdR 1890–1918, MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (SPD) 297
- Moltke**, Helmuth Graf v. (1800–1891) 312
- Monroe**, James (1758–1831); 1811–1817 Außenmin., 1817–1825 Präs. der USA 427
- Montgelas**, Maximilian Graf v. (1860–1938); Gen. d. Inf., 1910–1912 Oberquartiermeister im Großen Generalstab, dann Komm. d. 4. bayr. Inf.Division., 1915 z. D. gestellt 472 f.
- Müller**, Georg Alexander v. (1854–1940); Admiral, 1906–1918 Chef d. Marinekabinetts 465
- Müller**, Hermann (1876–1931); Handlungsgehilfe, Redakteur u. Parteisekretär; MdR 1916–1918, MdNV u. MdR 1919–1931 (SPD); Juni 1919–1928 einer d. Vors. d. SPD, 1920–1928 Vors. der SPD-RT-Fraktion; Nov.–Dez. 1918 Mitgl. d. Berliner Vollzugsrats, Juni 1919–März 1920 Reichsmin. f. auswärtige Angelegenheiten (Unterzeichner d. Versailler Vertrags), März 1920–Juni 1920 u. Juni 1928–März 1930 Reichskanzler 204, 219, 231, 247–249, 253, 342, 368, 421, 453, 477, 549–551
- Müller**, Richard (1880–1943); 1918 Leiter d. Revolutionären Obleute, Erster Vors. d. Berliner Vollzugsrates 350
- Mueller-Otfried**, Paula (1865–1946); Schriftstellerin u. Redakteurin; 1901–1934 Vors. d. Deutsch-Evangelischen Frauenbundes u. Hrsg. seiner Verbandszeitschrift »Evangelische Frauenzeitung« in Hannover; MdR 1920–Nov. 1932 (DNVP) 27
- Mugdan**, Otto (1862–1925); Sanitätsrat; MdR 1903–1912 (FsVP), MdPrAH 1912–1918 (FVP); 1919 Mitgl. d. DDP, seit 1920 d. DVP 353
- Mumm**, Reinhard (1873–1932); Pastor, Publizist (»Kirchlich-Soziale Blätter«), Generalsekretär d. freien kirchlichen sozialen Konferenz e. V. in Berlin u. Dir. d. Kirchlich-sozialen Bundes; MdR 1912–1918 (ChrS/WV/DF), MdNV u. MdR 1919–Juli 1932 (DNVP/1929 ChrNA/CSVD) 333
- Mussolini**, Benito (1883–1945); 566
- Napoleon I.** (1769–1821) 312, 383, 426, 515, 549
- Naumann**, Friedrich (1860–1919); Pastor, Schriftsteller; MdR 1907–1912 u. 1913–1918 (FsVg/FVP), MdNV bis Aug. 1919

- (DDP); 1896–1903 Mitbegr. u. Vors. d. Nationalsozialen Vereins, Mitbegr. u. Erster Vors. d. DDP 340, 532, 534
- Naumann, Stephan**; Hrsg. d. »Unabhängigen National-Korrespondenz« 152
- Negenborn, Karl Georg** (1863–1925); Oberreg.rat; MdPrAH 1917–1918 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–Febr. 1925 (DNVP); Vors. d. DNVP-Landesverbands Niederschlesien 31, 48, 69, 497
- Nestriepke, Siegfried** (1885–1963); Hrsg. d. »Freiheit« 350
- Niemann, Alfred** (1873–1946); Oberstleutnant; 1918 Verbindungsoffizier d. OHL bei Kaiser Wilhelm II; nach 1918 Vors. d. Landesverbands Westfalen-Ost d. DNVP 165
- Noske, Gustav** (1868–1946); Korbmacher, Redakteur u. Verbandssekretär; 1902–1918 Redakteur der »Volksstimme« in Chemnitz; MdR 1906–1918 u. MdNV 1919–1920 (SPD); Nov.–Dez. 1918 Gouverneur in Kiel, MdRV Dez. 1918–Febr. 1919 (Wehrfragen), Febr. 1919–März 1920 Reichswehrmin., Juli 1920–März 1933 Oberpräs. d. Prov. Hannover; 1939 inhaftiert 121, 181 f., 195, 201, 204, 207, 210, 231, 240, 245, 279, 310, 334–336, 342, 349 f., 395, 447, 451, 471, 487
- Oberfohren, Ernst** (1881–1933); Studienrat; MdNV u. MdR 1919–März 1933, 1929–1933 Fraktionsvors. d. DNVP im RT; Freitod am 3. 5. 1933 19*
- Oelze, Friedrich** (1873–1954); Seminardir.; MdPrAH 1915–1918 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1933 (DNVP) 68
- Oertel, Georg** (1856–1916); Chefredakteur d. »Deutschen Tageszeitung«; MdR 1898–1903 u. 1912–1916 (Kons.); führendes Mitgl. d. BdL 125, 127
- Oldenburg, Elard v.** (1855–1937); Gutsbesitzer (Januschau); Vors. d. preuß. Landwirtschaftskammer; MdPrAH 1902–1910 (Kons.), MdPrHH 1916–1918, MdR 1902–1912 (Kons.) u. 1930–Juli 1932 (DNVP) 54–56, 59, 83, 123, 324, 389
- Oskar, Prinz v. Preußen** (1888–1958); Oberst; 5. Sohn Kaiser Wilhelms II. 473
- Osten, Oskar v. der** (1862–1942); Gutsbesitzer (Warnitz) u. 1900–1916 Landrat, Gutsbesitzer; MdPrAH 1908–1918 (Kons.), MdLV u. MdL Preußen 1919–1928 (DNVP) 94, 96, 100, 105 f., 403
- Oven, Burghard v.** (1861–1935); Generalmajor; Chef des Ökonomiedepartements im Kriegsmin.; Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) 197, 237, 484
- Pabst, Waldemar** (1880–1970); Major; Teilnehmer am Kapp-Lüttwitz-Putsch 151, 201, 216, 218
- Pabst v. Ohain**; Major; 1919 Vertreter d. Abt. Kriegsgefangenenenschutz im Kriegsmin. 415
- Papen, Franz v.** (1879–1969); Major; MdL Preußen 1921–1932 (Z); 1923 Aufsichtsratsvors. d. »Germania«; Juni–Nov. 1932 Reichskanzler, Juli 1932–April 1933 Reichskommissar f. Preußen, Jan. 1933–Juni 1934 Vizekanzler, 1934/36–1938 Botschafter in Wien, 1938–1944 Botschafter in Ankara 20*, 279, 287
- Payer, Friedrich v.** (1847–1931); Rechtsanwalt u. Notar, Wirkl. Geh. Rat; Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1894–1912 (Süddeutsche Volkspartei/FVP), 1895–1912 Präs. d. Abg.kam. Württ., MdR 1877–1878 (Süddeutsche Volkspartei/bkF), 1880–1887 (Süddeutsche Volkspartei) u. 1890–Nov. 1917 (Süddeutsche Volkspartei/ 1910 FVP), 1910–1917 Fraktionsvors., MdNV 1919–1920 (DDP), Fraktionsvors., Nov. 1917–Nov. 1918 Stellvertr. d. Reichskanzlers 218, 259, 434, 446, 557
- Pertz, Georg Heinrich** (1795–1876); Historiker 271
- Petersen, Carl Wilhelm** (1868–1933); Rechtsanwalt; MdNV u. MdR 1919–Jan. 1924 (DDP), Fraktionsvors., Mitgl. d. Bürgerschaft Hamburg 1899–1918 (Vereinigte Liberale/FVP), 1921–1924, 1928 (DDP) u. 1931–1933 (Deutsche Staatspartei), 1930–1933 Ehrengvors. u. Vors. der Deutschen Staatspartei; 1919–1924 Vors. d. Parl. Untersuchungsausschusses f. d. Schuldfragen d. Weltkrieges, 1920 Mitgl. des Staatsgerichtshofs in Leipzig, 1924–1928 u. 1932–1933 Erster Bürgermeister v. Hamburg 297, 532 f.
- Pfeiffer, Ernst** (* 1875); Reg.Rat im preuß. Staatsmin.; 1919–1932 Zweiter Vors. d.

- Bundes d. Aufrechten u. Redakteur seiner Zeitschrift »Der Aufrechte« 156 f.
- Philipp**, Albrecht (1883–1962); Studienrat; Mitgl. d. Abg.kam. Sachsen 1916–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–1930 (DNVP, Fraktionsaustritt Juli 1930), 1930 Mitgl. d. KVP 39, 271, 283, 395, 523
- Pistorius**; Mitgl. d. DNVP in Oberschlesien 497
- Planitz**, Bruno Edler v. d. (1873–1950); Gerichtsassessor, Bankier; bis 1920 Schatzmeister d. DNVP 46
- Platz**, Ludwig (1864–1946); Militärmusiker u. Komponist; seit 1893 Erster Posaunist der Kgl. Kapelle in Berlin, Leiter d. Bläserbundes u. d. Bläser-Hofmusiken 157, 553
- Plessen**, Hans v. (1841–1929); Generaloberst, 1893–1918 Generaladjutant d. Kaisers u. Komm. d. kaiserlichen Hauptquartiers 465
- Poincaré**, Raymond (1860–1934); franz. Politiker; 1912/13, 1922–1924 u. 1926–1929 Min.präs. 482 f.
- Posadowsky-Wehner**, Arthur Graf v. (1845–1932); Jurist; 1874–1884 Landrat, 1885–1893 Landeshauptmann in Posen, 1893–1897 StS d. Reichsschatzamt, 1897–1907 StS d. Reichsamts d. Innern, Stellvertreter des Reichskanzlers u. preuß. Staatsmin. ohne Geschäftsbereich, Mitgl. d. preuß. Staatsrats, Domdechant in Naumburg; MdPrAH 1882–1885 (Freikons.), MdPrHH 1907–1918, MdR 1912–1918 (bkF/DF), MdNV 1919–1920 (DNVP), Fraktionsvors., MdL Preußen 1928–1932 (VRP) u. Alterspräs. 18*, 33, 70, 92, 210, 222, 260, 263, 266, 290, 301, 319, 322, 389, 395 f., 418, 420, 434, 442, 528
- Praschma**, Hans Graf v. (1867–1935); Gutsbesitzer (Rogau), Gerichtsreferendar; MdPrAH 1901–1918, MdR 1903–1918 (Z), Mitgl. d. Reichsrats 1922–1930; Vorstandsmitgl. d. schles. Bauernvereins u. Landbunds 360
- Preuß**, Hugo (1860–1925); Jurist u. Politiker; 1906–1918 Prof. f. öffentl. Recht a. d. Handelshochschule Berlin; Mitbegr. d. DDP; Nov. 1918–Febr. 1919 StS d. Innern, mit d. Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs beauftragt, Febr.–Juni 1919 Reichsinnenmin.; MdLV u. MdL Preußen 1919–1925 (DDP) 105, 259, 267–270, 284, 303, 353
- Preyer**, Dietrich (1877–1959); Prof. f. Nationalökonomie in Königsberg; MdL Preußen 1921–1924, MdR Dez. 1924–1930 (DNVP) 37
- Prittitz und Gaffron**, Friedrich Wilhelm v. (1884–1955); Jurist u. Diplomat; 1908–1914 Attaché und Legationssekretär in Washington, 1917–1918 Adjutant des Reichskanzlers als Vertreter des AA, 1919 Leiter d. Referats Innenpolitik im AA, 1920 Konsul in Triest, 1921–1927 Botschaftsrat in Rom, 1927–1933 Botschafter in Washington; Mitgl. der DDP, 1946–1952 stellv. Vors. der CDU-Fraktion im Bayr. LT 13
- Pudor**, Heinrich (1865–1943); 1890 Dir. d. Landeskonservatoriums in Dresden; Schriftsteller u. Hrsg. antisemitischer Zeitschriften 142
- Quast**, Ferdinand v. (1850–1939); Gen. d. Inf., 1914–1918 Komm. Gen. d. IX. Armee korps, 1919 Oberbefehlshaber Grenzschutz Nord 475
- Quidde**, Ludwig (1858–1941); Historiker; 1914–1929 Vors. d. Deutschen Friedensgesellschaft; Mitgl. d. Abg.kam. Bayr. 1907–1918 (Liberale Vereinigung/FVP) u. MdLV Bayr. 1919 (DDP), MdNV 1919–1920 (DDP); 1927 Friedens-Nobelpreis; 1933 Emigration 437, 523
- Rabenau**, Friedrich v. (1884–1945); Gen. d. Art.; 1939–1943 Chef d. Heeresarchiv; nach dem 20. Juli 1944 verhaftet u. in KZ-Haft ermordet 239
- Radschek**; Pfarrer 497
- Rantzau**, Christian Graf v. (1858–1939); Gutsbesitzer (Rastorf), Landrat u. Generallandschaftsdir. d. Ritterschaft v. Schleswig-Holstein; MdPrHH 1911–1918, 1915 MdProvL Schleswig-Holstein (Vors.), 1921–1933 Mitgl. d. preuß. Staatsrats 51, 362
- Raphael** (1483–1520); Maler u. Baumeister 261
- Rathenau**, Walther (*1867, ermordet 24. 6. 1922); Elektroingenieur, Industrieller, seit 1899 im Direktorium d. AEG, 1915–1921 Aufsichtsratspräs.; 1914–

- 1915 Leiter d. Kriegsrohstoffabteilung im preuß. Kriegsmin., Sachverständiger auf d. Konferenz v. Spa; Mai–Okt. 1921 Reichsmin. f. den Wiederaufbau, Feb.–Juni 1922 Reichsaußenmin.; seit 1918 Mitgl. d. DDP 196, 362, 382
- Raumer, Hans v.** (1870–1965); Jurist; 1912 Referent im Reichsschatzmin., 1918–1933 geschäftsf. Vorstandsmitgl. d. Zentralverbands d. deutschen elektrotechnischen Industrie, Vorstandsmitgl. d. RDI, 1918 Mitbegr. d. »Zentralarbeitsgemeinschaft«; MdR 1920–1930 (DVP), Juni 1920–Mai 1921 Reichsschatzmin., Aug.–Okt. 1923 Reichswirtschaftsmin. 33, 375
- Rauschenbusch, Helmut** (1894–1980); Kaufmann; bis 1925 Dir. d. Bank f. Landwirtschaft, dann Mitgl. d. Aufsichtsrats u. Generaldir. d. »Deutschen Tageszeitung« u. d. Deutschen Verlagsanstalt 7
- Reh;** Angestellter d. DNVP-Hauptgeschäftsstelle 164
- Reichert, Jakob Wilhelm** (1885–1948); Syndikus industrieller Verbände, 1912 Hauptgeschäftsf. d. Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller, 1920–1924 Reichsbevollmächtigter d. Außenhandelsstelle f. Eisen- u. Stahlerzeugnisse; MdR 1920–1930 (DNVP, Fraktionsaustritt Juli 1930); 1930 Mitgl. der VKV 33
- Reinhard, Wilhelm** (1864–1955); Oberst; Komm. d. 2. Garde-Infanterie-Brigade (Brigade Reinhard/Reichswehrbrigade 15), Okt.–Dez. 1919 Infanterie-Führer; 1933–1934 Vors. d. Nationalverbands Deutscher Offiziere, 1934–1943 Führer d. Reichskyffhäuserbundes 334
- Reinhardt, Walther** (1872–1930); Oberst, später Generalmajor; seit 1904 im Großen Generalstab, 1915–1918 Generalstabschef eines Armeekorps, 1918 Leiter der Demobilmachungsabt. im preuß. Kriegsministerium, Jan.–Okt. 1919 preuß. Kriegsmin., dann Chef d. Heeresleitung; nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch zurückgetreten; 1921–1925 Befehlshaber im Wehrkreis V (Stuttgart), 1925–1927 Oberbefehlshaber d. Gruppenkommandos II (Kassel) 192
- Reitzenstein, Erdmann Karl Erasmus Friedrich v.** (1844–1922); Generalleutnant, Komm. d. 33. Division in Metz; 1917 Mitbegr. d. Bundes d. Kaiserstreuen 475
- Reuter, Fritz** (1810–1874); Schriftsteller 499
- Reuter, Adolf v.** (1857–1926); Generalleutnant, 1913 Komm. d. Regiments in Zabern; Mitgl. d. Vorstands d. Kons. 378
- Rewoldt, Max** (* 1855); Rechtsanwalt, Notar, Geh. Justizrat; MdPrAH 1899–1918 (Freikons.) 18, 37
- Richter, Adolf** (1881–1928); Landwirt; MdNV/MdR 1919–20. 2. 1921 (DNVP) 56
- Richthofen, Ernst Frhr. v.** (1858–1933); Gutsbesitzer (Mertschütz), 1888–1895 Landrat; MdPrAH 1891–1905 u. 1908–1918 (Kons.), MdProvL Schlesien 31, 41 f., 202
- Richthofen, Hartmann Frhr. v.** (1878–1953); Gutsbesitzer, 1902–1911 Legationssekretär, dann Legationsrat; 1912–1914 Geschäftsf. d. Hansa-Bundes; MdR 1912–1918 (NL), MdNV 1919–1920 u. MdR Mai 1924–1928 (DDP), MdPrAH 1915–1918 (NL) u. MdLV Preußen 1919–1921 sowie MdLV Mecklenburg-Schwerin 1919–1920 (DDP) 446
- Rießler, Jakob** (1853–1932); Prof.; seit 1901 Präs. d. Zentralverbands d. deutschen Bank- u. Bankiergewerbes; 1909 Mitbegr. d. Hansa-Bundes, ab 1920 dessen Ehrenpräs.; MdR 1916–1918 (NL), MdNV u. MdR 1919–1928 (DVP), 1921–1928 Vizepräs. d. RT 293, 443
- Ripke-Kühn, Frau** 94
- Rippel, Otto** (1878–1957); Verlagsbuchhändler; MdR Mai 1924–1928 (DNVP) u. 1930–Juli 1932 (CSVD), MdLV u. MdL Preußen 1919–1924 (DNVP) u. 1933 (CSVD, Hosp. NSDAP), MdL NRW 1946–1950 (CDU) 165
- Roesicke, Gustav** (1856–1924); Jurist, Gutsbesitzer (Görsdorf); 1899–1920 Vors. d. BdL, 1921–1924 Präs. d. RLB, Vorstandsvors. d. »Deutschen Tageszeitung«; MdR 1898–1903 (BdL/bkF), 1907–1912 (BdL/Hosp. Kons.) u. 1914–1918 (Kons.), MdPrAH 1913–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–Feb. 1924 (DNVP) 17, 27, 31, 33, 40, 54, 64, 67, 125–127, 152, 196, 307, 323, 526

- Roethe**, Gustav (1859–1926); Prof. d. Germanistik in Göttingen u. Berlin; Vors. d. Reichsausschusses deutschnationaler Hochschullehrer 81, 154, 157, 549
- Rogge**, Wilhelm (1856–1925); Generalmajor; 1919–1925 Vors. d. Preußenbundes 157
- Rosenfeld**, Kurt (1877–1943); Rechtsanwalt; 1917–1922 Mitgl. d. USPD, Nov. 1918–Jan. 1919 preuß. Volksbeauftragter f. Justiz; MdLV Preußen 1919–1921 (USPD), MdR 1920–Juli 1932 (USPD/1922 SPD/1931 SAP), Mitbegr. u. einer d. Vors. d. SAP 195
- Rothfels**, Hans (1891–1976); Historiker 23*
- Rüffer**, Paul (* 1873); Seiler, 1906 Generalsekretär d. Christlich-Sozialen Bewegung, 1914 Generalsekretär d. Sozialen Geschäftsstelle f. d. Evangelische Deutschland (Berlin), Arbeitersekretär u. 1928–1933 Geschäftsf. d. Deutschnationalen Arbeiterbundes, Schriftleiter d. »Deutschen Arbeiterstimme«; MdL Preußen 1921–1933 (DNVP) 119
- Rump**, Dietrich Johann (* 1871); Pseudonym Nathanael Jünger; Pfarrer u. Schriftsteller; Mitgl. d. Bundes d. Aufrechten 160
- Rupprecht**, Kronprinz v. Bayern (1869–1955); 1914–1916 Oberbefehlshaber d. 6. Armee, 1916–1918 d. Heeresgruppe »Kronprinz Rupprecht« 473, 483
- Schäfer**, Dietrich (1845–1929); Historiker; 1877–1921 Prof. in Jena, Breslau, Tübingen, Heidelberg u. Berlin; Mitgl. im ADV, Ostmarkenverein u. Kolonialgesellschaft, Zweiter Vors. d. Flotten- u. Wehrvereins; 1916 Mitbegr. d. »Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden« 81, 154, 276
- Scharnhorst**, Gerhard Johann David (1755–1813) 550
- Scheer**, Reinhard (1863–1928); Admiral; Jan. 1916 Chef d. Hochseestreitkräfte, Aug.–Nov. 1918 Chef d. Admiralstabes u. Chef d. Seekriegsleitung; 1921 Mitgl. d. DVP 154, 470, 475
- Scheibe**, Karl Albert Hermann (1877–1945); Korvettenkapitän; Geschäftsf. d. Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller u. Mitarbeiter Hugenberg's, 1930–1933 Schatzmeister der DNVP 461 f., 469
- Scheidemann**, Philipp (1865–1939); Buchdrucker u. Redakteur; MdR 1903–1918, MdNV u. MdR 1919–Juni 1933 (SPD), 1917–1919 einer d. Parteivors.; Okt.–Nov. 1918 StS ohne Portefeuille, Nov. 1918–Febr. 1919 MdRV, Febr.–Juni 1919 Reichsministerprärs., 1920–1925 OB v. Kassel; 1933 Emigration 15, 46 f., 89, 183, 187, 190, 199, 218, 221, 259, 291, 294, 302, 334, 339–341, 346 f., 349 f., 362, 365, 421 f., 427, 433 f., 436 f., 443, 446, 449–451, 456, 467, 527 f., 533, 535 f., 538, 543, 551
- Schemann**, Ludwig (1852–1938); Bibliothekar u. Privatgelehrter; 1894 Begr. d. Gobineau-Vereinigung; Mitgl. d. ADV 200, 232
- Schenkendorf**, Max v. (1783–1817); Lyriker u. Verfasser patriotischer Lieder 157
- Schickert**, Georg (* 1860); Oberreg.rat; MdR 1903–1912 (Kons.) 31, 39
- Schiele**, Georg Wilhelm (1868–1932); Arzt u. Sanitätsrat; 1917–1918 Hauptgeschäftsf. d. Vaterlandspartei, Mitgl. d. ADV, tätig in d. Nationalen Vereinigung; Hrsg. d. »Naumburger Briefe«; Vors. d. Landesverbands Halle-Merseburg d. DNVP, MdR 1930–1932 (DNVP) 212, 217, 233, 235
- Schiele**, Martin (1870–1939); Gutsbesitzer, Fabrikant; MdR 1914–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–März 1930 (DNVP), seit 1930 Mitgl. d. ChrBP; Jan.–Okt. 1925 Reichsinnenmin., Jan. 1927–Juni 1928 u. März 1930–Mai 1932 Reichsernährungsmin.; Mitbegr. u. Aug. 1928–Okt. 1930 Prärs. d. RLB 18*, 18, 21, 33, 39 f., 54, 57 f., 82, 88, 92, 212–216, 231, 235, 266, 295, 322, 375, 455, 511
- Schiffer**, Eugen (1860–1954); Oberverwaltungsgerichtsrat; MdPrAH 1903–1918 (NL) u. MdL Preußen 1921–1924 (DDP), MdR 1912–1917 (NL), MdNV u. MdR 1919–Dez. 1924 (DDP), Fraktionsvors.; 1917 UStS, Nov. 1918–Febr. 1919 StS d. Reichsschatzamts, Febr.–April 1919 Reichsfinanzmin. u. Vizekanzler, Okt. 1919–März 1920 u. Mai–Okt. 1921 Reichsjustizmin.; 1945–1948 Leiter d. Zentralverwaltung d. Justiz in

- d. Sowjet. Besatzungszone 15*, 21*, 71, 213, 215 f., 231, 240 f., 244, 318, 342, 352, 391, 444, 446, 476, 478
- Schiller**, Friedrich v. (1759–1805) 302
- Schimmelpfennig**, Wilhelm (* 1859); Oberpräsidialrat 202
- Schirmacher**, Käthe (1865–1930); Schriftstellerin u. Frauenrechtlerin; 1902 Mitbegr. in d. Deutschen Vereins f. Frauenstimmrecht, vor 1914 Mitgl. d. FVP, 1917 Mitgl. d. Vaterlandspartei; MdNV 1919–1920 (DNVP) 92
- Schlange-Schönningen**, Hans (1886–1960); Gutsbesitzer u. Agrarpolitiker; MdL Preußen 1921–1928, MdR Mai 1924–Juli 1932 (DNVP/1929 ChrNa/ChrBP), MdB 1949–1950 (CDU); 1924–1929 Vors. d. Landesverbands Pommern d. DNVP, 1926 stellvert. Parteivors.; Nov. 1931–Mai 1932 Reichskommissar f. d. Osthilfe u. Min. ohne Geschäftsbereich; Mitbegr. d. CDU, 1945–1949 führender Ernährungspolitiker; 1950–1955 diplomatischer Vertreter der BRD in London 18*
- Schleiermacher**, Friedrich Ernst Daniel (1768–1834) 550
- Schmidt**, Robert (1864–1943); Klaviermacher, Gewerkschaftssekretär, Redakteur; 1902 Mitgl. d. Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands, 1910–1918 Leiter ihrer sozialpolitischen Abteilung; MdR 1893–1898 u. 1903–1918, MdNV u. MdR 1919–1930 (SPD), Okt. 1918 UStS im Kriegsernährungsamt, Febr.–Sept. 1919 Reichsernährungsmin., Juli 1919–Juni 1920, Mai–Nov. 1921 u. Dez. 1929–März 1930 Reichswirtschaftsmin., Aug.–Nov. 1923 Wiederaufbaumin. 328, 330
- Schorlemer**, Clemens Frhr. v. (1856–1922); Gutsbesitzer (Lieser); 1901 MdPrHH auf Lebenszeit; 1910–1917 preuß. Landwirtschaftsmin. 17, 134 f., 187
- Schreiber**, Georg (1882–1963); Prof. f. Kirchengeschichte in Münster; MdR 1920–Nov. 1933 (Z) 144
- Schröder**, Ludwig v. (1854–1933); 1914–1918 Komm. Admiral d. Marinekorps 470, 475
- Schroeter**, Bruno; bis April 1919 Geschäftsführendes Vorstandsmitgl. d. Kons., Geschäftsf. der »Kreuzzeitung« 12, 17 f., 20 f., 28, 45, 47, 59, 66, 73, 75, 78–82, 91 f., 148, 150–152, 196, 214, 220 f.
- Schubert**, Franz (1797–1828) 160
- Schulenburg**, Friedrich Graf v. der (1865–1939); Gen. d. Art.; MdR 1924–1928 (DNVP); 1931 Mitgl. d. NSDAP, 1934 MdR (NSDAP) 465
- Schulenburg**, Rudolf Graf v. d. (1860–1930); Gutsbesitzer, Oberprärs. v. Brandenburg u. Sachsen; MdPrHH 1916–1918 51, 191
- Schultz [Bromberg]**, Georg (1860–1945); Geh. Justizrat, Landgerichtsdirektor; MdR 1907–1918 (DRP), 1910–1912 Zweiter Vizeprärs. d. RT, MdNV u. MdR 1919–1930 (DNVP) 18*, 67, 92, 315, 318, 365, 443 f., 455, 495, 523 f., 526 f., 539, 540 f.
- Schweighoffer**, Ferdinand (* 1868); Reg.rat; seit 1910 Funktionär, 1911–1919 Generalsekretär d. CDI; MdPrAH 1915–1918 (NL) 291
- Schwerin**, Albert Konstantin v. (1870–1956); Legationsrat, Gutsbesitzer 81
- Schwerin**, Hans Graf v. (1847–1918); Gutsbesitzer (Löwitz); MdR 1893–1918 (Kons.), 1910–1912 Prärs. d. RT, MdPrAH 1897–1918 (Kons.), 1912–1918 Prärs. d. AH, seit 1896 Vors. d. Landwirtschaftskammer Pommern u. seit 1901 Prärs. d. Deutschen Landwirtschaftsrats u. d. Preuß. Landesökonomiekollegiums; führender Funktionär d. BdL in Pommern 125
- Schwickerath**; Justizrat 138
- Seeckt**, Hans v. (1866–1936); Generalmajor; Ende 1918 Generalstabschef d. türkischen Heeres, 1919–1920 Chef d. Truppenamtes, 1920–1926 Chef d. Heeresleitung; MdR 1930–Juli 1932 (DVP); 1934–1935 militärischer Berater Tschiang Kai-scheks in China 216, 238 f., 245, 343, 462
- Seelmann**, Erich (* 1874); Rechtsanwalt; 1910–1920 Verbandsdir. d. ostpreuß. Raiffeisenverbands u. seit 1920 Dir. d. Generalverbandes d. Deutschen Raiffeisengenossenschaften in Berlin; MdLV u. MdL Preußen 1919–1928 (DNVP) 57
- Seidlitz-Sandreczki**, Ernst Julius Graf v. (1863–1930); Gutsbesitzer; 1895 erbl. MdPrHH; seit 1915 Vors. d. Kons. in Schlesien, 1918–1929 Vors. d. Hauptver-

- eins d. Kons. 24, 27, 29 f., 31, 39, 41, 53, 57, 64, 68 f., 94, 150, 197, 399
- Selchow**, Bogislav v. (1877–1943); Seeoffizier u. Dichter 402
- Seldte**, Franz (1882–1947); 1918 Begr. und Führer d. »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten«; 1933/34 Reichskommissar für den Arbeitsdienst, 1933–1935 Reichsarbeitsminister und MdR (NSDAP); 79
- Semmler**, Friedrich Wilhelm (1860–1931); Prof. f. Chemie in Breslau, Gutsbesitzer (Rancin/Posen); MdNV u. MdR 1919–Mai 1924, MdL Preußen 1925–1931 (DNVP) 38, 48, 69, 375
- Severing**, Carl (1875–1952); Schlossergehilfe, Verbandssekretär u. Redakteur; 1901–1912 Geschäftsf. d. Metallarbeiterverbands in Bielefeld; MdR 1907–1912, MdNV u. MdR 1919–Juni 1933, MdL Preußen 1919–1933, MdL NRW 1947–1950 (SPD); April 1919–März 1920 Staatskommissar f. d. rheinisch-westf. Industriegebiet, März 1920–April 1921, Nov. 1921–Okt. 1926 u. Okt. 1930–Juli 1932 preuß. Min. d. Innern, Juni 1928–März 1930 Reichsmin. d. Innern; 1933 inhaftiert 251, 344
- Simon**; Landgerichtsrat in Königsberg 405
- Simon**, Hugo (1880–1950); Bankier u. Mäzen, Chef d. Bankhauses Bett, Simon & Co.; Mitgl. d. USPD; Nov. 1918–Jan. 1919 preuß. Finanzmin.; 1933 Emigration 309
- Simons**, Walter (1861–1937); Richter, Prof., Publizist; 1907 Geh. Reg. Rat im Reichsjustizmin., 1911–1918 Justitiar im AA, Okt.–Dez. 1918 Ministerialdir. in d. Reichskanzlei, April–Juli 1919 Generalsekretär d. deutschen Friedensdelegation, Dez. 1919 Dir. d. Rechtsabteilung d. AA, Juni 1920–Mai 1921 Reichsaußenmin.; 1919–1920 geschäftsf. Präsidialmitgl. d. RDI, 1922–1929 Präs. d. Reichsgerichts u. d. Staatsgerichtshofes, seit 1928 Prof. in Leipzig 404, 427
- Sinzheimer**, Hugo (1875–1945); Rechtsanwalt; MdNV 1919–1920 (SPD); Mitbegr. u. 1920–1933 Dozent der »Akademie der Arbeit« in Frankfurt/M.; 1933 Emigration 345, 541
- Solf**, Wilhelm (1862–1936); Diplomat; 1911–1918 StS d. Reichskolonialamtes, Okt.–Dez. 1918 auch StS d. AA, 1920–1928 Botschafter in Tokio 187, 404, 426, 447–449, 462, 531
- Sontag**, Franz (1883–1961); Pseudonym **Junius Alter**; 1911–1913 Redakteur d. Berliner »Post« u. d. »Alldeutschen Blätter«, 1919 Verleger d. kons. Wochenschrift »Die Tradition« 152 f.
- Spiro**; 1918 Feldwebel im Grenadierregiment Kaiser Franz; später Mitgl. d. USPD 190
- Stackmann**, Karl (* 1858); Reg. Rat; Vors. d. Aufsichtsrats d. »Kreuzzeitung«, Mitgl. d. Geschäftsf. Vorstands d. Kons. 17 f., 21–24, 28, 30, 81, 389
- Stadelmann**, Rudolf (1902–1949); Historiker 23*
- Stahlberg**, Walter; Prof. f. Meereskunde; 1916–1918 Geschäftsf. d. »Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden« 294
- Stalin**, Josef (1879–1953) 245
- Stauff**, Philipp (1876–1923); antisemitischer Schriftsteller u. Gründer des Germanenordens 143
- Stedtmann** 54
- Stegerwald**, Adam (1874–1945); Schreiner, Gewerkschaftsführer; 1903–1929 Generalsekretär, ab 1919 Vors. d. Gesamtverbandes d. Christlichen Gewerkschaften, 1919–1929 auch Vors. d. Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), 1918 Mitbegr. d. »Zentralarbeitsgemeinschaft«; MdPrHH 1917–1918, MdLV Preußen 1919–1921, MdNV u. MdR 1919–Nov. 1933 (Z), 1929 Fraktionsvors.; 1916–1919 Vorstandsmitgl. im Kriegsernährungsamt, März 1919–Nov. 1921 preuß. Min. f. Volkswohlfahrt, seit April 1921 zugleich preuß. Ministerpräs., April 1929–April 1930 Reichsverkehrsmin., März 1930–Juni 1932 Reichsarbeitsmin.; nach dem 20. Juli 1944 verhaftet 294
- Stein**, Heinrich Friedrich Karl Reichsfrhr. vom und zum (1757–1831) 271, 550
- Steinhoff**, Werner (1875–1949); Volkswirt, Stadtrat, Verbandsdir.; MdL Preußen 1925–1932, MdR 1930–Nov. 1933 (DNVP); Bundessekretär d. Bismarckbundes, seit 1925 Vors. d. Landesverbandes Potsdam II d. DNVP 153
- Steiniger**, Karl (1864–1947); Verwaltungsjurist; seit 1912 Verbandsdir. v. Groß-

- Berlin, MdR Mai 1924–1930 (DNVP), 1921–1933 Mitgl. d. preuß. Staatsrats 29, 37, 90, 158
- Stenger, Karl**; Generalleutnant, Komm. d. 58. Inf.-Brigade 483 f.
- Stephani, Franz v.** (1876–1939); Major; Führer d. Freikorps »Potsdam«; 1919–1920 Schriftleiter der »Eisernen Blätter«, 1924–1933 Führer d. Stahlhelm-Landesverbands Groß-Berlin, April–Nov. 1933 Bundeshauptmann d. Stahlhelm 151, 218
- Stern-Rubarth, Edgar** (1883–1972); Journalist u. Schriftsteller; 1919–1925 Chefredakteur im Ullstein-Verlag Berlin, dann bei WTB; 1932 Mitbegr. d. Deutschen Nationalvereins; 1936 Emigration 452
- Stinnes, Hugo** (1870–1924); Industrieller; 1918 Mitbegr. d. »Zentralarbeitsgemeinschaft«; MdR 1920–April 1924 (DVP) 82, 420 f.
- Stoecker, Adolf** (1835–1909); Pfarrer; 1874–1890 Hof- u. Domprediger in Berlin, 1877 Leiter d. Berliner Stadtmission; 1878 Begr. d. Christl.-Sozialen Arbeiterpartei, 1890 Begr. d. Evangelisch-Sozialen Kongresses; MdPrAH 1879–1898, MdR 1881–1893 u. 1898–1908 (Kons.) 119
- Stosch, Albrecht v.**; Oberstleutnant u. Militärschriftsteller 461, 476 f.
- Strachwitz** 497
- Stresemann, Gustav** (1878–1929); 1902–1918 Mitbegr. u. Syndikus d. Verbandes sächsischer Industrieller; MdR 1907–1912 u. 1914–1918 (NL), 1917 Fraktionsvors., MdNV u. MdR 1919–1929 (DVP), seit 1920 Fraktionsvors.; Mitgl. d. ADV, Begr. d. DVP; Aug.–Nov. 1923 Reichskanzler, Aug. 1923–Okt. 1929 Außenmin.; 1926 Friedensnobelpreis 18*, 88, 116, 117 f., 216, 352, 375–380, 382, 405, 407, 422, 430, 511, 528
- Stülpnagel, Otto v.** (1878–1948); Generalstabsoffizier u. Autor; 1920 i. d. Reichswehr übernommen, 1939 stellv. Komm. General im Wehrkreis VII (Wien), 1940–1942 Militärbefehlshaber i. Frankreich 477
- Suchomlinow, Wladimir A.** (1848–1926); bis 1915 russischer Kriegsmin. 454
- Südekum, Albert** (1871–1943); Schriftsteller; MdR 1900–1918 (SPD), Nov. 1918–März 1920 preuß. Finanzmin., 1921–1925 Staatskommissar f. d. Neuordnung d. Unterelbegebiets 309, 313, 372, 409
- Thomas**; Mitgl. d. DNVP in Pommern 39, 85
- Tiedemann-Seeheim, Heinrich v.** (1843–1922); Gutsbesitzer; 1894–1920 Mitbegr. u. Vors. d. Deutschen Ostmarkenvereins, 1903 Mitbegr. d. Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie 14
- Tirpitz, Alfred v.** (1849–1930); Marineoffizier, Großadmiral; 1892–1895 Chef d. Oberkommandos d. Marine, 1897–März 1916 StS d. Reichsmarineamts; 1917 Mitbegr. u. Erster Vors. d. Vaterlandspartei; MdR Mai 1924–1928 (DNVP) 99, 410, 464, 475, 481
- Tortilowitz, v.**; s. **Batocki**
- Traub, Gottfried** (1869–1956); Pfarrer; 1913 Dir. d. Deutschen Protestantenbundes, 1919 u. 1921–1939 Hrsg. d. »Eisernen Blätter«, 1921–1935 Schriftleiter d. »München-Augsburger Abendzeitung«; MdPrAH 1913–1918 (FVP), MdNV 1919–1920 (DNVP), bis 1917 Mitgl. d. FVP, dann d. Vaterlandspartei, 1918 Vorstandsmitgl., Nov. 1918 Gründungsmitgl. d. DNVP; nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch Flucht ins Ausland bis Juli 1921 21*, 27, 33, 39, 84–86, 92, 99, 151 f., 212, 220, 229 f., 233, 235–237, 276, 322, 447, 451, 456, 491, 511, 522
- Treviranus, Gottfried Reinhold** (1891–1971); Kapitänleutnant; 1921 Dir. d. Landwirtschaftskammer Lippe; MdL Lippe 1925–1926 (DNVP), MdR Mai 1924–Juli 1932 (DNVP/1929 ChrNA/VKV/1930 KVP); 1926–1928 Politischer Beauftragter d. Vors. d. DNVP; März–Sept. 1930 Min. f. d. besetzten Gebiete, dann ohne Portefeuille u. Reichskommissar f. d. Osthilfe, Okt. 1931–Mai 1932 Reichsverkehrsmin.; 1934 Emigration 18*, 21*, 535
- Trimborn, Karl** (1854–1921); Justizrat u. Rechtsanwalt; MdPrAH 1896–1918, MdR 1896–1918, MdNV u. MdR 1919–Juli 1921 (Z), 1919–1921 Fraktionsvors., 1920–1921 Parteivors.; Okt.–Nov. 1918

- StS d. Innern; 1915–1921 Erster Vors. d. Volksvereins f. d. katholische Deutschland 276, 357 f.
- Trotha**, Adolf v. (1868–1940); Konteradmiral; 1916–1918 Chef d. Stabes d. Hochseeflotte, 1919 Chef d. Admiralität 470
- Trotzkij**, Leo (1879–1940); russischer Politiker u. Revolutionär; seit 1918 Volkskommissar f. Verteidigung u. Organisator der Roten Armee 495
- Veidt**, Karl (1879–1946); Pfarrer; MdNV bis Aug. 1919, MdR Mai–Dez. 1924 (DNVP), MdL Preußen 1932–1933 (CSVD, dann Hosp. NSDAP) 322
- Vercingetorix** (ca. 82–46 v. Chr.); König der gallischen Avernier und Führer des gesamtgallischen Aufstandes gegen Caesar 465
- Viebig**, Kurd; Führer d. Deutschnationalen Jugendbundes 153, 155
- Vietinghoff-Scheel**, Hermann E. L. O. Frhr. v. (* 1851); Gen. d. Kavallerie; 1914 stellvertr. Komm. Gen. des II. Armee Korps, 1918 auf Forderung d. Prinzen Max v. Baden entlassen 135 f., 182, 207
- Vietinghoff-Scheel**, Leopold Frhr. v. (1868–1946); 1913–1939 Hauptgeschäftsf. d. ADV 12
- Vischer**, Friedrich Theodor (1807–1887) 362
- Vögler**, Albert (1877–1945); Ingenieur u. Industrieller; 1906–1912 Dir. d. Union AG f. Eisen- u. Stahlindustrie (Dortmund), 1915–1926 Generaldir. d. Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- u. Hütten-AG (Bochum), 1926 Generaldir. d. Vereinigten Stahlwerke AG; Hauptvorstandsmitgl. d. Vereins deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller, Vors. d. Langnam-Vereins; MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (DVP), 1933–1945 (NSDAP), 1926–1930 Mitgl. d. preuß. Staatsrats; Mai–Nov. 1919 Schatzmeister d. DVP 295, 364 f., 375, 420
- Vogt**, Wilhelm (1854–1938); Landwirt (Gochsen); Mitgl. d. Abg.kam. Württ. 1900–1918 (Württ. Bauernbund), MdLV Württ. 1919–1920 (WBWB), MdR 1903–1918 (BdL/WV, 1912 Hosp. Kons.), MdNV u. MdR 1919–1930 (DNVP/Fraktionsaustritt Juli 1930), 1918–1934 Vors. d. WBWB 54, 130, 375
- Volkmann**, Erich Otto (1879–1938); Historiker u. Militärschriftsteller; Oberarchivrat b. Reichsarchiv 185
- Voß**; Pfarrer 497
- Wahnschaffe**, Arnold (1865–1941); Jurist, Gutsbesitzer, u. 1897–1905 Landrat; 1906–1907 Vortragender Rat im preuß. Min. f. Landwirtschaft; 1909–1917 u. Okt.–Nov. 1918 UStS u. Chef d. Reichskanzlei; bis 1917 Mitgl. d. Kons. 13, 14
- Waldersee**, Alfred Graf v. (1832–1904); preuß. Generalfeldmarschall; 1889–1891 Chef d. Großen Generalstabs 410
- Waldersee**, Franz Graf v. (1862–1927); Gutsbesitzer, Major; MdPrHH 51
- Waldersee**, F. W. Fr. Georg Graf von (* 1860); Generalleutnant und Oberquartiermeister im Generalstab der Armee 238 f.
- Wallbaum**, Wilhelm (1876–1933); Landarbeiter, Schriftleiter, 1905–1908 Gewerkschaftssekretär, 1908–1910 Parteisekretär d. ChrSoz/WV, seit 1910 Redakteur, 1919 d. »Deutschen Allgemeinen Zeitung«; MdPrAH 1913–1918 (Hosp. WV/Hosp. Kons.), MdNV bis Sept. 1919 (bis 29. 2. 1919 DNVP, dann bkF) 18, 24, 322
- Wallraf**, Max (1859–1941); Jurist; 1907–1917 OB v. Köln, Aug. 1917–Okt. 1918 StS d. Reichsamts d. Innern; MdPrHH 1907–1917, MdL Preußen 1921–1924, MdR Mai 1924–1930 (DNVP, Fraktionsaustritt Juli 1930), 1924 Präs. d. RT 138, 352, 531
- Wangenheim**, Konrad Frhr. v. (1849–1926); Jurist u. Gutsbesitzer (Klein-Spiegel); Vors. d. Landwirtschaftskammer Pommern, Mitbegr. u. 1898–1920 Vors. d. BdL; MdR 1898–1903 (Kons.), MdPrAH 1899–1903 (Kons.) 125, 202, 217, 233
- Warmuth**, Fritz (* 1870); Landgerichtsdir.; MdR 1912–1918 (bkF/DF), MdNV u. MdR 1919–Mai 1924 (DNVP) 68 f., 523, 541
- Warncke**, Paul (1866–1933); Redakteur d. »Kladderadatsch« 492, 543
- Watter**, Oskar Frhr. v. (1861–1939); Gen. d. Inf., 1919–1920 Befehlshaber im Wehrkreis VI (Münster) 253

- Wedel**, Botho Graf v. (1862–1943); Jurist u. Diplomat; 1904–1907 Generalkonsul in Budapest, 1910 Vortragender Rat im AA, preuß. Gesandter in Thüringen, 1916–1919 deutscher Botschafter in Wien 525
- Weilnböck**, Luitpold (1865–1944); Landesökonomierat; Mitgl. d. Abg.kam. Bayr. 1905–1912 (BdL/Freie Vereinigung), MdR 1912–1918 (Kons.), MdNV u. MdR 1919–Dez. 1924 u. 1930–Juli 1932 (DNVP) 17, 54, 295, 375
- Weismann**, Robert (1869–1942); Staatsanwalt in Duisburg; 1920–1923 preuß. Staatskommissar f. d. öffentliche Ordnung, 1923–1932 StS im preuß. Innenmin., dann im Staatsmin. 253
- Weiß**, Max (* 1874); 1912 im Reichskolonialamt, 1917–1918 Abteilungsleiter im Kriegspresseamt, 1919–1920 Landesgeschäftsf. d. Landesverband Potsdam I d. DNVP, 1921–1933 Hauptgeschäftsf. d. DNVP, April 1933 zum kommissarischen Landrat ernannt 91
- Wels**, Otto (1873–1939); Tapezierer, Parteisekretär; Nov.–Dez. 1918 Stadtkomm. v. Berlin, MdR 1912–Juni 1933 (SPD), 1919–1933 einer d. Parteivors. d. SPD u. Vorstandsmitgl. d. RT-Fraktion; 1933 Emigration, Mitbegr. d. Auslandsabteilung d. SPD (Sopade) 190, 540, 551
- Wendland**, Hans († 1923); Redakteur; 1913–1918 Hauptschriftleiter d. »Kreuzzeitung«, Hrsg. u. Schriftleiter der »Konservativen Monatsschrift« 151
- Werner** [Butzbach], Ferdinand Friedrich (1876–1961); Studienrat; 1915–1918 Vors. d. Deutschvölkischen Partei, dann d. Deutschvölkischen Bundes; MdR 1911–1918 (DsP/WV, dann DF), MdR Mai 1924–1928 (DNVP), MdL Hessen 1918 (Bauernbund) u. 1921–1933 (DNVP/1931 NSDAP), 1933 Fraktionsvors. NSDAP, 1931–1933 LT-Präs. 139
- Werner** [Hersfeld], Ludwig (1855–1923); Pfarrer, Redakteur u. Schriftsteller; MdR 1890–1918 (Antisemit/bkF/Deutschsoziale Reformpartei), MdPrAH 1899–1908, MdLV Preußen 1919–1920 (DNVP); 1911–1914 Vors. d. DsP 18, 24, 26
- Werthaus**; Mitglied d. USPD 195
- Westarp**, Ada Gräfin v. (1867–1943), geb. Gräfin v. Pfeil und Klein-Ellguth; Ehefrau v. Kuno Graf v. Westarp 14*, 21 f.*, 14, 20, 43 f., 46, 69, 143, 193, 307, 432, 440, 465, 555
- Westarp**, Adelgunde Gräfin v. (1895–1960); jüngere Tochter v. Kuno Graf v. Westarp u. Leiterin seines Büros 21*f., 20, 169, 172
- Westarp**, Emma Gräfin v. (1884–1948); Nichte v. Kuno Graf v. Westarp 115
- Westarp**, Haila Gräfin v. (* 1886, ermordet 30. 4. 1919); Nichte v. Kuno Graf v. Westarp 197
- Weygand**, Maxime (1867–1965); frz. Gen. u. Politiker; 1920/21 im poln.-sowj. Krieg Berater d. poln. Generalstabs 245
- Wichura**, Karl Georg v. (1851–1923); Generalleutnant, Komm. d. 5. Inf. Division 475
- Wiemer**, Otto (1868–1931); Nationalökonom, Syndikus; 1909–1920 Stadtrat in Berlin; MdR 1898–1918 (FVP), MdPrAH 1899–1918 (FsVP/1910 FVP), MdL Preußen 1921–1932 (DVP) 352 f.
- Wilamowitz-Möllendorff**, Hans Graf v. (1872–1939); Gutsbesitzer (Gadow/Westpriegnitz) 81
- Wildgrube**, Max (1873–1954); Fabrikbesitzer in Dresden; MdR Nov. 1916–1918 (Kons.) 17
- Wilhelm** (1882–1951); Kronprinz v. Preußen u. d. Deutschen Reiches; ältester Sohn Kaiser Wilhelms II.; Gen. d. Inf., seit 1913 im Großen Generalstab, 1914–1916 Führer der 5. Armee, 1916–1918 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe »Deutscher Kronprinz«; 1918–1923 im niederl. Exil 16*, 99, 396, 404, 406 f., 448, 473,
- Wilhelm**, Prinz v. Preußen (1906–1940); ältester Sohn d. Kronprinzen Wilhelm 183, 396, 405, 407
- Wilhelm I.** (1797–1888); König v. Preußen u. Deutscher Kaiser 7, 64, 273, 312, 556, 559
- Wilhelm II.** (1859–1941); 1888–1918 König v. Preußen u. Deutscher Kaiser; seit Nov. 1918 im niederl. Exil 15*f., 22*f., 5, 8, 12, 32, 65, 72–74, 99, 100, 124, 186, 264, 357, 381 f., 389 f., 396, 403 f., 406–410, 448, 455, 458, 462–468, 473, 512, 523, 567

Williger 497

Wilson, Woodrow (1856–1924); 1913–1921
Präs. d. USA; Friedensnobelpreis

1919 186, 381, 390, 403, 415, 417, 423,
426, 428, 436, 449, 454, 495, 503, 508,
512, 525, 527, 531, 540

Winckler, Arnold v. (1856–1945); Gen. d.
Inf.; 1916 Oberbefehlshaber d. 11. Ar-
mee, 1917 Komm. Gen. d. I. Armeekorps 475

Winckler, Johann Friedrich (1856–1943),
Gutsbesitzer u. 1886–1899 Landrat;
1900–1922 Generaldir. d. Landfeuerso-
zietät f. d. Herzogtum Sachsen; MdR
1903–1912 (Kons.), MdPrAH 1894–
1918 (Kons.), MdL Preußen 1921–1932
(DNVP); 1924–März 1926 kommissari-
scher Vors. d. DNVP, 1920–1928 Präs. d.
Sächsischen Provinzialsynode 17, 27, 31,
37, 51

Winnig, August (1878–1956); Maurer, Ver-
bandsgeschäftsführer, Redakteur u.
Schriftsteller; MdL Hamburg 1913–
1921, MdNV 1919–1920 (SPD); Nov.
1918 Zivilkommissar der AuS-Räte des
Gouvernements Libau, Nov. 1918–Jan.
1919 Generalbevollmächtigter des
Reichs f. d. baltischen Lande, Jan.–Juni
1919 Reichsbevollmächtigter f. d. Osten
bzw. Reichskommissar f. Ost- u. West-
preußen, Juli 1919–März 1920 Oberpräs.
i. Ostpreußen; 1920 Parteiaus-
schluß wegen seiner Haltung zum
Kapp-Lüttwitz-Putsch; 1923–1933 Mit-
arbeiter der »Berliner Börsenzeitung«;
1927 Mitgl. d. Alten Sozialdemokrati-
schen Partei, 1930 Mitgl. d. KVP 292

Winterfeldt, Detlof v. (1867–1940); Gene-
ralmajor; 1901–1905 Militärattaché in
Brüssel, 1909–1914 in Paris, Aug. 1917–
Nov. 1918 Vertreter d. OHL beim
Reichskanzler, 1919 Mitgl., dann Chef d.
Waffenstillstandskommission in Spa,
1920 Chef d. Heeresfriedenskommissi-
on 422

Winterfeldt-Menkin, Joachim v. (1865–
1945); Gutsbesitzer, Oberpräs.; MdR
1908–1918 (Kons.); 1911–1930 Land-
schaftsdir. d. Provinz Brandenburg, Präs.
d. Deutschen Roten Kreuzes 18, 24, 70,
90

Wirth, Joseph (1879–1956); Gymnasial-
prof.; Mitgl. d. Abg.kam. Baden 1913–
1918, MdLV Baden 1919–1921, MdR
1914–1918, MdNV u. MdR 1919–Nov.
1933 (Z); Nov. 1918–März 1920 bad. Fi-
nanzmin., März 1920–Okt. 1921
Reichsfinanzmin., Mai 1921–Nov. 1922
Reichskanzler, Okt. 1921–Jan. 1922 u.
Juni–Nov. 1922 zugleich Außenmin.,
April 1929–März 1930 Reichsmin. f. d.
besetzten Gebiete, März 1930–Okt. 1931
Reichsinnenmin.; 1933 Emigration
276, 313, 315, 483, 514

Wolf, Johannes (1879–1938); Landarbeiter;
Vors. d. Reichslandarbeiterbundes in
Stettin; MdR Mai 1924–Juli 1932
(DNVP) 325

Wolff, Carl; Rechtsanwalt; Mitgl. der
Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft
der DNVP 95

Wolff, Theodor (1868–1943); Journalist;
1906–1933 Chefredakteur d. »Berliner
Tagblatts«, 1918 Mitbegr. d. DDP 70,
80, 121, 156, 352, 435, 446, 450, 515, 533

Wrisberg, Ernst v. (1863–1927); General-
major; im Weltkrieg Dir. d. Allgemeinen
Kriegsdepartements im preuß. Kriegs-
min.; 1920–1927 Vors. d. Ostmarkenver-
eins 32, 54, 477

Wulle, Reinhold (1882–1950); Journalist;
1918–1920 Hauptschriftleiter u. Verlags-
dir. d. »Deutschen Zeitung«, 1921 Hrsg.
d. »Deutschen Tagblatts«; MdR 1920–
Dez. 1924 (DNVP/1922 DvF/NF),
MdL Preußen 1924–1928 (Nationalso-
zialistische Freiheitsbewegung); 1922
Mitbegr. d. DvF, 1928–1933 Führer d.
Deutschvölkischen Freiheitsbewegung;
1938–1940 KZ Sachsenhausen 12, 56,
86, 139, 150, 165, 182

Wurm, Emanuel (1857–1920); Chemiker u.
Schriftsteller; MdR 1890–1907 u. 1912–
1918 (SPD/USPD), MdNV 1919–1920
(USPD) 147, 195

Yorck v. Wartenburg, Heinrich Graf
(1861–1923); Gutsbesitzer, Landrat; 1898
erbl. MdPrHH 22, 52, 158, 381

Ziemann, Hans (1865–1939); Generalarzt,
1921 außerordentl. Prof. 86

Zwehl, Hans v. (1851–1926); Gen. d. Inf.
475

Nicht aufgenommen sind »Berlin« und »Preußen«. Als historisch-politischer Begriff findet sich »Preußen« im Sachregister.

- Aachen** 390
 s. a. *Köln-Aachen* (Wahlkreis)
- Ägypten** 427
- Allenstein** 494
- Anklam** 27
- Arnsberg** 165
- Auerstädt** 549
- Baden** 276
- Balkan** 512
- Baltikum** 206, 224, 487
- Bamberg** 166
- Barmen** 165, 249
- Bayern** 110, 174, 195, 198, 229, 252, 271, 275–277, 375, 386, 493
- Beeskow** 127, 165
 – Teltow-Beeskow-Charlottenburg (Wahlkreis)
 s. a. *Potsdam II* (Wahlkreis)
- Belgard** 325–330
- Belgien** 415, 438, 450, 456, 483, 503, 526
- Bentschen** 207, 421, 493
- Bielefeld** 148, 165 f., 172, 247, 249, 251
- Birnbaum (Posen)** 421
- Bochum** 247
- Bomst (Posen)** 14*, 124
 – Bomst-Meseritz (Wahlkreis) 82, 125, 135, 147
 s. a. *Meseritz-Bomst* (Wahlkreis)
- Brandenburg** 39, 51, 239
- Braunschweig** 194, 292, 333, 386
- Bremen** 194 f., 420
- Breslau** 14*, 31, 34, 47, 52 f., 59, 68 f., 150, 235, 375, 393, 429
- Brieg (Schlesien)** 17*
- Bromberg** 421, 430
- Bückeberg** 166
- Bünde (Westfalen)** 166
- Châlons-sur-Marne** 483
- Charlottenburg** 85
 s. a. *Potsdam II* (Wahlkreis)
- Chemnitz** 130
- Compiègne** 345, 413, 486
- Cottbus** 53, 165, 172 f.
- Dänemark** 498
- Danzig** 429–431, 494
- Darmstadt** 248
- Den Haag** 425
- Deutsch-Österreich** 299, 434, 498
 s. a. *Österreich*
- Dorpat (Estland)** 393
- Dortmund** 51, 353
- Dramburg (Pommern)** 327
- Drensteinfurt (Westfalen)** 51
- Dresden** 399, 406
- Düsseldorf** 165, 166, 174, 194, 255
- Duisburg** 247, 249
- Elberfeld** 172, 205, 249, 255
- Elbing** 165
- Elsaß-Lothringen** 438, 450, 454, 460, 489, 492 f.
- England** 288, 302, 384, 415, 424–427, 462, 466 f., 472, 483, 504, 510, 524, 563
- Erlangen** 117, 166, 172
- Erfurt** 33
- Essen** 205, 246 f.
- Franken** 54
- Frankfurt/Main** 165, 195, 248
- Frankfurt/Oder** 53 f.
- Frankreich** 97, 225, 247–249, 255, 263, 288, 301, 416, 420, 438, 482 f., 487, 492, 501–504, 524, 551
 – Nordfrankreich 451, 456
- Gärtringen (Württemberg)** 23*, 44, 151, 307, 440, 528, 546
- Galizien** 145
- Goldebee (Mecklenburg)** 14
- Gollnow (Pommern)** 235
- Gütersloh** 166
- Gumbinnen** 32

- Hagen** 249
Halle-Merseburg (Wahlkreis) 54
 s. a. *Merseburg*
Halle/Westfalen 166
Halle/Saale 165, 195
Hamborn 247
Hamburg 142, 194 f., 420, 558
Hannover 165, 171 f., 187, 271, 254, 276,
 386, 548
Herford 166
Hessen 174, 271, 353
 – Hessen-Darmstadt 130
 – Hessen-Nassau 86, 493
Hinterpommern 13*, 85
Hof 166
Holland 408, 415, 462, 465, 468
 s. a. *Niederlande*
- Indien** 384, 427
Irland 427, 504
Istrien 457
Italien 457
- Jena** 291, 548 f.
- Karthago** 486
Kassel 26
Köln 188
 – Köln-Aachen (Wahlkreis)
 s. a. *Aachen-Köln* (Wahlkreis)
Königsberg 405
Köslin 326
Kolberg 196, 327
Kopenhagen 449
- Leipzig** 14*, 143, 157, 342, 353, 376, 390,
 476, 481, 483 f., 548 f.
Lichterfelde 85
Liegnitz 33, 68 f.
Lippe 246
Livland 393
Lodz (Łódź) 145
London 482
Lübbecke (Westfalen) 166
Lüttich 237
Lublinitz (Oberschlesien) 497
Ludom (Posen) 13*, 17*
- Magdeburg** 33, 54
Marienburg 165
Mariendorf (bei Berlin) 172
Marienfelde (bei Berlin) 172
Mecklenburg 54, 174, 239, 250, 254, 386
- Merseburg**
 – Halle-Merseburg (Wahlkreis)
 s. a. *Halle*
Meseritz (Posen)
 – Meseritz-Bomst (Wahlkreis)
 s. a. *Bomst-Meseritz* (Wahlkreis)
Metz 484
Militsch 34
Mitteldeutschland 254
Moskau 194
München 119, 147, 195 f., 198, 229, 292,
 537
Münster 62, 165 f., 172 f., 205, 231, 246 f.
- Nancy** 483 f.
Naumburg/Saale 212
Netzegau 421, 429 f.
Neukölln 85, 128, 253
Niederlande 462, 465 f.
 s. a. *Holland*
Niederlausitz 252
Nomény 484
Norddeutschland 271, 441
Nordmark 498
Nowawes (Babelsberg) 128
Nürnberg 314
- Oberbarnim (Mark Brandenburg)** 124
Oberbayern 110
 s. a. *Bayern*
Oberschlesien 135, 421, 435, 494, 496–498,
 512
 s. a. *Schlesien*
Öbisfelde (Kreis Gardelegen) 23*
Österreich 98 f., 145, 498, 524 f., 528
 – Österreich-Ungarn 458
 s. a. *Deutsch-Österreich*
Oppeln (Oberschlesien) 68 f.
Ostelbien 171, 250, 547
Ostmark 160, 171, 182, 271, 428–431, 433,
 435, 493 f.
Ostpreußen 27, 29–31, 37, 39, 53–55, 56,
 59, 110, 206–209, 220, 255, 429, 472,
 493 f., 512
- Paderborn** 165
Palästina 144
Paris 462, 470, 515
Pfalz 252, 353
 – bayrische Pfalz 493
Plauen 250
Pleß 497
Poeseneck 164

- Polen** 34, 43, 62, 97, 135, 145, 147, 206–208, 245, 253–255, 325, 421, 428–432, 441, 493 f., 495, 496, 512, 564
Pomerellen 494
Pommern 28 f., 51, 54, 57, 82–85, 87, 94, 174, 224, 239, 254 f., 325, 429
Posen
 – Provinz 14*, 33 f., 67 f., 70 f., 124 f., 171, 421, 428–432, 441, 494
 – Stadt 428
 – Regierungsbezirk 428
Potsdam 13*f., 22*f., 31, 94, 153, 161, 302, 304, 386, 410, 428, 556
 – Potsdam II (Wahlkreis) 82, 84–86, 148, 378
 s. a. *Teltow-Beeskow-Charlottenburg* (Wahlkreis)
Prenzlau 70

Randow 14*, 82, 84, 125
Remscheid 249
Rheinland 135 f., 138, 160, 271 f., 276, 359, 387, 486, 504, 516
 – Rheinprovinz 54, 187, 493
 – Rheinland-Westfalen 195, 253, 276, 359
 – Rheinufer, links 489, 492
Rom 545
Rosenberg (Oberschlesien) 497
Rügen 84
Ruhrgebiet 218, 239, 245 f., 248 f., 251, 287, 303, 359, 504
Rumänien 145, 518
Rußland 97, 145, 207 f., 245, 255, 290–292, 393, 518, 564
Rybnik (Oberschlesien) 497

Saargebiet 160
Sachsen 27, 39, 51, 195, 220, 333, 386 f.
Sankt Petersburg 393
Schlesien 14*, 27–30, 39, 51, 53 f., 68 f., 94, 135, 202, 209, 276, 289, 353, 429, 472, 497
 s. a. *Oberschlesien*
Schleswig-Holstein 51, 250, 271, 321, 496, 498
 – Nordschleswig 498
 – Südschleswig 498
Schmargendorf (bei Berlin) 22*
Schöneberg 13*f., 82, 121, 172, 307
Schwaben 276
 s. a. *Württemberg*
Schweden 536

Schweiz 415, 462
Sibirien 416
Solingen 249
Spa 71, 345, 432
Steglitz 294
Stettin 14*, 39, 125, 135, 165, 325
Storkow (bei Potsdam) 165
Stralsund 83
Stuttgart 218
Süddeutschland 171, 187, 387, 441, 492–494, 547
Südtirol 457

Tarnowitz (Oberschlesien) 497
Teltow 33, 57, 86 f., 127, 165
 – Teltow-Beeskow-Charlottenburg (Wahlkreis)
 s. a. *Potsdam II* (Wahlkreis)
Tempelhof 85
Thüringen 22*, 54, 130, 267, 276
Tondern (Nordschleswig) 498
Trier 419
Triest 457
Tschunkawe (Kreis Militsch-Trachenberg, Posen) 34, 43, 62, 73, 182
Tübingen 155, 165, 544 f., 556
Türkei 457

Ungarn 290

Velbert 255
Vereinigte Staaten von Amerika 288, 415, 417, 420, 424, 427 f., 472, 497, 527, 539
Versailles 304, 413, 443, 486, 514
Vorpommern 85

Warschau 145, 207, 254–256
Washington 13
Weimar 12, 39, 92, 151, 179, 195, 221, 257, 263, 265, 273, 279 f., 282, 285, 300 f., 306, 309, 313, 322, 333, 356, 371, 375, 418, 429, 432, 440, 442, 445 f., 451, 455, 492, 498, 511, 545
Weißensee (bei Berlin) 255
Wesel 246
Westdeutschland 171, 489, 493, 547
Westfalen 54, 138, 174, 187, 250, 276, 387
 s. a. *Rheinland-Westfalen*
Westpreußen 28, 31, 55, 429, 431 f., 494
Wieringen 473
Wilmersdorf 82

Wilna 145

Wismar 14

Wollstein (Kreis Bomst, Posen) 556

Wünsdorf (bei Berlin) 172

Württemberg 17, 27, 54, 275, 375, 386

s. a. *Schwaben*

Würzburg 166

Wuppertal 249

Zabern 378

Zittau 353

Stichworte, die von Westarp als zeitgenössische politische *Kampfbegriffe* verwendet wurden, erscheinen fett und kursiv. Bei den *Querverweisen* werden diese Stichworte nicht kursiv gesetzt.

- Abdankung** von Kaiser und Kronprinz 16*, 12, 73, 183, 388, 390, 404–406, 448
s. a. *Kaisertum*
- Abgeordnetenhaus**, Preussisches 62 f.
- Absolutismus** 403
- Abstimmungsgebiete** s. *Volksabstimmungen*
- Acht-Stunden-Tag** 303, 309, 348
- Adel** 29, 33, 58, 116, 138, 142, 152, 250
- Agrarier**, agrarische Interessenvertretung 19*, 26 f., 33, 57, 83, 114, 116, 124–130, 161, 172, 323, 329, 331
s. a. *Junker*; *Großgrundbesitz*; *Landwirtschaft*
- Alldeutsche, Alldeutscher Verband** (ADV) 15*–17*, 12, 26, 162, 182, 224, 363, 435, 437, 521, 523, 528 f., 556
- Alleinschuld** Deutschlands am Kriege
s. *Kriegsschuldfrage*
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund** (ADGB) 255
- Anarchismus** 289
- Angestellte** 243, 387
- »Anschluß«**Deutsch-Österreichs** 98 f., 298 f., 434, 498 f.
- Antimilitarismus** 334, 486, 533 f., 552–554
- Antisemitismus** 48 f., 86, 108, 115, 139–147, 160, 195, 333
- Arbeiter- und Soldatenräte** 89, 181, 184–187, 191, 198 f., 287, 293 f., 309, 414, 437
- Arbeiterschaft, Arbeitervertreter** 19*, 56 f., 110, 114, 116–119, 121, 138, 146, 163, 165, 174, 184, 188–190, 196, 198, 214, 231, 242 f., 246 f., 249, 253, 255, 261, 264, 270, 292 f., 295, 303, 309, 322, 343, 346, 348 f., 359, 387, 403, 508, 516 f.
s. a. *Gewerkschaften*; *Arbeiter- und Soldatenräte*; *Proletariat*
- Arbeitnehmerflügel der DNVP** 19*, 116
- Arbeitslosigkeit** 186–188, 310, 314, 320
- Arbeitszeitnotgesetz** 19*
- »**Ariernachweis**« 142
- Aristokratie** s. *Adel*
- Arndt-Hochschule** 160
- Asylrecht** 462 f., 466
- Atheismus** 399
- Attentate** s. *politischer Mord*
- Aufwertungsgesetz** s. *Währung*
- Auslandsdeutsche** 159
s. a. *Minderheitenschutz*
- Auslieferungsforderung von Kriegsverbrechern im Friedensvertrag** 43, 72, 163, 225, 408 f., 445, 461–485, 523
– *Selbstausslieferung des Kaisers und anderer* 465–467, 472–474
– *Niederländische Regierung und Auslieferung des Kaisers* 465–468
– *gewaltsame Verhinderung der Auslieferung* 461, 469, 471 f.
– *und Reaktion der Regierung* 471 f., 476–478, 481, 483
– *Aburteilung von Kriegsverbrechern vor deutschen Gerichten* 474–476, 478–481
– *Gegenliste von alliierten Kriegsverbrechern* 476–478
- Auswärtiger Ausschuß** des Reichstages 20*
- Auswärtiges Amt, auswärtiger Dienst** 72, 123, 248, 361, 364, 447–450, 453, 477, 538
- Auswanderung** 320
- Autonomiebestrebungen** in Oberschlesien 496–498
- »**Baltikumer**« **Baltikumtruppen** 182, 206 f., 224, 486
s. a. *Freikorps*
- Bauern, Bauernschaft** 67, 128, 130, 250, 326
s. a. *Agrarier*; *Bund der Landwirte*; *Deutscher Landbund*; *Landarbeiter*
- Bauernräte** 184
- Bayerische Volkspartei (BVP)** 275, 358

- Beamte, Beamtentum** 5, 74, 107, 114,
120–123, 138, 182, 189, 193, 243, 267,
308, 312, 346, 349, 354, 369, 386 f.
- Beamteneid 72–76
 - Berufsbeamtentum 107, 120, 123, 240 f.,
284, 331
 - Beamtenrecht 109, 123
 - Besoldung 121 f., 307, 310
 - und Kapp-Putsch 228 f., 231, 243
- Befreiung Deutschlands von der Fremd-
herrschaft**
s. *Fremdherrschaft, Versailler Diktat*
- Befreiungskriege (1813–1815)** 264, 303,
548–550
- Bergbau** 309
- Betriebsräte, Betriebsrätegesetz** 132, 199,
205 f., 293 f., 244, 295 f., 341 f.
- Bismarck-Bund** 153
- Bismarck-Jugend der DNVP** 116
- Bismarck-Verehrung** 556–559
- Bochumer Bergwerks-Aktiengesell-
schaft** 301
- Bolschewismus, bolschewistische Ge-
fahr** 181–183, 189 f., 193 f., 197, 200 f.,
204, 206 f., 211 f., 219, 224 f., 227, 229,
231, 233 f., 241, 245 f., 248, 250, 252, 254,
257 f., 287–293, 299, 349, 351, 448, 491,
521
- Briand-Kellogg-Pakt** 457
- Brigade Ehrhardt** 212, 245
- Bürgerausschüsse** 184
- Bürgerkrieg** 5, 71, 181, 185, 189 f.
193–197, 199, 204–206, 221
s. a. *Spartakismus; Kapp-Putsch; Zweiter
Bürgerkrieg*
- Bürgertum** 118, 173 f., 182, 184 f., 189,
193 f., 196, 228, 233, 247, 249, 251 f.,
254 f., 264, 346, 350 f., 353
- Bund der Aufrechten** 23*, 156, 382, 388,
406, 549, 553, 555
- Bund der Handwerker** 244
- Bund der Industriellen** 376
- Bund der Landwirte** 15*, 31, 49, 53–57,
124–127, 129 f., 161 f., 196, 244, 325, 329,
375, 389
- Bund zugunsten der Errichtung deut-
scher Häuser in den verlorenen Gebie-
ten** 159
- Bundesrat** 183, 188, 279
- Burschenschaften, deutsche** 297, 515
- Christentum** 134–136, 143, 188, 332–334,
360, 399, 544, 548, 558
- Christlich Demokratische Volkspartei** 23
- Christliche Gewerkschaften** 26, 54,
56–58, 116 f., 247
- Christliche Volkspartei** 338, 355, 360
- Christlich-Soziale Partei** 119, 138 f.
- Christlich-Sozialer Flügel der Konserva-
tiven und der DNVP** 18 f., 22, 24, 26,
33, 54–57, 64, 86, 116, 119, 221, 322
- Christlich-Sozialer Volksdienst** 20*
- »Daily-Telegraph-Interview« 15*, 277
- Dawes-Abkommen** 18*, 319
- Demokratie, westliche von 1789** 111, 287,
546
- Deutsche Demokratische Partei**
(DDP) 15, 20, 105, 210, 155, 242, 244 f.,
253, 259, 265, 269, 286, 297, 299, 338,
340–347, 349, 351–353, 375 f., 379–381,
391, 409, 512, 530, 532–534
- Gründungsaufruf 18, 23
 - und Weimarer Koalition 340–344, 347,
351–353
 - innerparteiliche Kritik an der Koalition
mit der SPD 353
 - und Monarchie 391
 - und Friedensbedingungen 353, 436, 446,
472
- Deutsche Liga für Völkerbund** 427
- Deutsche Verlagsgesellschaft** 7
- Deutsche Volkspartei (DVP)** 23, 73, 88,
118, 210, 217, 225, 284, 297, 315, 344,
352 f., 365, 374–380, 390, 511
- und DNVP 88, 375–380
 - und Monarchismus 104, 390
 - und Antisemitismus 141
 - und Kapp-Putsch 228
 - und Partikularismus 273 f.
 - und Koalition mit der SPD 375–380
 - und Versailler Vertrag, 420, 441, 480
- Deutscher Beamtenbund** 243
- Deutscher Frauenbund** 162
- Deutscher Handelstag** 291
- Deutscher Handwerks- und Gewerbe-
kammertag** 291
- Deutscher Hochstift** 158
- Deutscher Industrierat** 291
- Deutscher Landbund** 49, 56 f., 244, 252,
325
- Deutscher Landwirtschaftsrat** 125, 291
- Deutscher Offiziersbund** 161, 163, 244,
471, 475
- Deutscher Ostmarkenverein** 14, 162

- Deutscher Schutz- und Trutzbund (Reichshammerbund)** 162
Deutscher Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum 160, 495
Deutscher Treubund 159 f.
Deutscher Volksbund 162
Deutscher Wehrverein 162
Deutschkonservative Partei s. *Konservative Partei*
Deutschlandlied 173, 175
Deutschnationale Beamtenschaft e. V. 120 f.
Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle 28
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 13*, 16*-20*
 - Mitarbeit im parlamentarischen System 5 f., 62, 183, 371–375
 - keine Koalition mit der SPD 5, 88, 117 f., 372, 374 f., 377–380
 - Gründung 16*, 6, 15, 17–30, 66 f., 113 f.
 - Parteiprogramm 20, 22 f., 62, 93–112, 129 f., 144, 402
 - Parteivorstand 27
 - Organisation und Finanzen 27–29, 41, 89–92
 - Herrenhausgruppe der 29, 37, 51 f., 54, 59, 90, 92, 151, 153, 158, 236
 - Kandidaten 30–34, 48–57, 67–71, 82–87, 119
 - und Industrie 32 f., 69
 - Verhältnis zur Konservativen Partei 36–42, 47, 58–60, 64
 - und Außenpolitik 44–48
 - Kandidatur von Frauen 55, 84 f., 114
 - Ordnungsprogramm (Hergt) 61, 315, 372–374, 399, 401
 - Regierungsbeteiligung 63
 - Wahlen von 1919 89 f.
 - unitarische Tendenzen 93, 105
 - »Nationales Manifest« der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft 94 f., 100, 111
 - staatspolitische Grundsätze 95–97
 - und Revanchepolitik 97–99
 - und Monarchismus 99–105, 381–410
 - und Föderalismus 105 f.
 - Preußenfrage 105 f., 270 f., 276
 - Wahlrechtsdiskussion 107, 281
 - und berufsständische Zweite Kammer 107, 133, 291–296
 - Steuerpolitik 109
 - als nationale Sammlungspartei 17*, 19*f., 113 f.
 - Frauen in der Partei 114
 - Jugendarbeit 115, 153–155, 281
 - und Arbeitnehmer 116–120, 127
 - und Beamtenfrage 120–124
 - und Landwirtschaft 124–130
 - Großstadtbevölkerung als Wählerpotential 127 f.
 - und Mittelstand 130–134
 - und konfessioneller Gegensatz 134–138
 - und Katholiken 134–138
 - und Antisemitismus 139–149
 - Wahlagitation 164–176
 - und Kapp-Putsch 200, 203 f., 210, 212 f., 219–236, 240 f.
 - und Unitarismus 269, 272, 274–276
 - und Verfassung 276 f., 282–287
 - Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten 284–286, 398
 - und Verankerung des Rätegedankens in der Verfassung 287 f., 291–294
 - Gesamtkritik an der Arbeit der Nationalversammlung 299–305
 - Kampf gegen die Weimarer Koalition 344–348, 351
 - und Zentrum 354–370
 - als Opposition 371, 374, 377
 - und Regierungsbeteiligung 371–374
 - und DVP 375–380
 - und Waffenstillstandsbedingungen 418, 422 f.
 - und Ablehnung der Friedensbedingungen 433, 435 f., 438, 440–442, 444 f.
 - Kampf gegen die Regierung nach Annahme der Friedensbedingungen 447, 450 f.
 - und *Kriegsschuldfrage* 455–460
 - und Auslieferungsforderungen 461, 463–466, 469, 470, 472, 479–481
 - und Militärkontrolle 486 f.
 - und Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens 492 f.
 - und Propaganda in den Abstimmungsgebieten 495 f.
 - und Anschluß Deutsch-Österreichs 499
 - und Reparationen 500 f.
 - und Befreiung von der Fremdherrschaft 509–511, 516
 - und Mitarbeit im Untersuchungsausschuß 523, 540 f.
- Deutschnationaler Arbeiterbund** 119 f.
Deutschnationaler Beamtenbund 308

- Deutschnationaler Jugendbund** 116, 153–155, 162, 173, 388
Deutschvölkische Freiheitspartei 139
Deutsch-völkische Partei 139
Deutschvölkischer Flügel der Konservativen 18 f., 22, 24, 85 f., 108, 139
 »Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres« 533
Donnerstags-Gesellschaft 158, 162, 190
Dreißigjähriger Krieg 383
Dynastien der Einzelstaaten 102 f., 386
- Einigungskriege** 298
Einwohnerwehren 209, 243, 249, 252
Einzelstaaten s. Partikularismus
Eisenbahn 164, 166 f.
 »Eiserne Division« 207, 224
Entente 185, 188, 211, 272, 290, 318, 373, 435, 439 f., 446, 448, 477, 479, 487, 536
Entwaffnung s. Heer; Reichswehr
Entwaffnungsgesetz 256
 »Erfüllungspolitik« 4, 481, 485, 514 f., 521
Erfurter Programm der SPD 123, 132, 348, 377 f., 380
Ermächtigungsgesetz 287
Ernährungspolitik 125, 128
Erster Weltkrieg, Ursachen 408, 455, 520, 523 f.
 – Verantwortung der Reichsführung und des Kaisers am Ausbruch 458 f.
 – Wissenschaftliche Erforschung der Kriegsursachen 459
 – Friedensbemühungen 345, 363–365, 524–530, 540
Evangelische Arbeiterbewegung 119
Evangelische Kirche 136 f., 332 f.
Evangelischer Bund 73, 162
- Fachminister** s. Berufsbeamtentum
Feiertage, republikanische 346 f., 349
Feiertage, nationale 302 f.
Fichtegesellschaft 162
Flaggenfrage 297 f.
Flottenbund Deutscher Frauen 162
Flottenverein 15*
Föderalismus 105 f., 272, 275
 s. a. *Partikularismus; Unitarismus*
Französische Revolution 302
Frauenwahlrecht 26, 114, 172, 281
Freikonservative Reichspartei 18 f., 32, 69, 225, 377
- Freikorps** 5, 161, 173, 182, 211, 224, 228, 245, 252, 254, 349, 486
 s. a. »*Baltikumener*«; *Baltikumtruppen*
Freimaurer 143
Fremdherrschaft 3, 64, 98, 111, 153–155, 175, 179, 248, 295, 312, 413, 442, 461, 489, 507–519, 544 f.
 s. a. Versailler Diktat; Gewaltfrieden; Friedensdiktat
Fridericus-Rex-Filme, Fridericus-Begeisterung 556
Friedensbedingungen 42, 433–453, 456, 514
 s. a. Versailler Diktat
Friedensresolution von 1917, Friedensresolutionsmehrheit 280, 338, 340, 345, 354, 373, 524 f., 529, 532, 534
Friedensvertrag 195, 199, 339, 433–453, 456, 537 f.
 s. a. Versailler Diktat
 »*Führergedanke*« 5, 7, 385, 557–561
- Garderegiment zu Fuß, Erstes** 14*, 160 f., 218
Gebietsabtretungen aufgrund des Versailler Friedensvertrages 489–499, 507, 516
Gedenktage 155, 543, 548
Gegenrevolution 193, 391, 397, 400
Geldentwertung s. Inflation
Generalstreik s. Streik
Germanenorden 143
Gesetz zur Vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen 396
Gestapo 22*, 564
Gesundheitspolitik 109
Gewaltfrieden 148, 422, 433–436, 456
 s. a. Fremdherrschaft; Versailler Diktat
Gewerbe s. *Mittelstand*
Gewerkschaften 115 f., 188, 205, 225, 243 f., 247–249, 291 f., 295, 309, 325, 346, 353, 359
 s. a. *Christlich-Sozialer Flügel der DNVP; Wirtschaftsfriedliche Verbände; Arbeiterschaft; ADGB; SPD*
Gouvernementalismus 65
Großgrundbesitz, Großgrundbesitzer 13*, 29, 110, 126 f., 130, 142, 326
Großkapital, jüdisches 132
- Haager Friedenskonferenzen** von 1899 und 1907 424
Haller-Armee 431
 s. a. *sowjetisch-polnischer Krieg*

- Handel** s. *Mittelstand*
- Handwerk** s. *Mittelstand*
- Hansabund** 184, 244
- Haupt-Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände** 162 f., 470
- Heer** (kaiserliches und Reichsheer) 11, 154, 182, 184–186, 190, 193, 196, 231, 267, 303, 334 f., 384
- Beteiligung am Bürgerkrieg 1918/19 185, 190
 - Rückführung und Demobilisierung 185 f., 190 f., 193
 - Stimmung vor Kapp-Putsch 204
 - Verkleinerung aufgrund der Friedensbedingungen 207, 211, 229
 - Auflösungsforderungen der Alliierten 415
 - Reaktion auf Friedensvertrag 446 f.
 - und Auslieferungsforderung der Entente 462, 471, 473 f.
 - Verringerung 471
 - Entlassungen aufgrund der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags 486
 - innere Auflösung 1918 191, 534
 - Leistungen im Krieg 190 f., 535, 553–555
- Heeresleitung** 239
- Herrenhaus**, Preußisches 17, 24, 29
- Hilfsdienstgesetz** s. *Vaterländischer Hilfsdienst*
- Hitlerbewegung** 228
- Hitlerjugend** 281
- Hochschulring Deutscher Art** 162
- Hochverrat** 204, 212, 231–234
- Hohenzollern(-Dynastie)** 19*, 5, 7, 11, 43, 99–104, 155–157, 260–262, 270, 276, 305, 335, 381–410, 544, 558 f., 566
- Kritik an einzelnen Mitgliedern des Hauses und früheren Herrschern 16*, 402–404
 - Prätendentenfrage 404–407
 - Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron 406
 - Verteidigung Wilhelms II. 21*f., 407–409
 - Privatvermögen, Enteignung 409 f.
- Hungerblockade** 128, 243, 290, 306, 323, 416, 426, 510, 512
- Igel** (Akademische Verbindung) 14*
- Industrie** 14*, 116, 118, 125, 128, 131, 139, 165, 184, 188 f., 295, 301, 309, 312, 363 f., 375 f., 528 f.
- und Einfluß auf Wahllisten der DNVP 32, 375
- Industriearbeiterschaft** 116, 118, 127, 138, 171 f., 255
- s. a. *Arbeiterschaft*; *Proletariat*
- Inflation** 29, 74, 82, 121 f., 188, 287, 306–312, 314, 324
- Interalliierte Militärkontrollkommission** 486–488, 501
- Reaktion der Bevölkerung auf Eintreffen der 487
- Interfraktioneller Ausschuß der Ostmark-Abgeordneten** 430
- Internationales Schiedswesen** 424 f., 427
- s. a. *Völkerbund*
- Internationalismus** 111, 118, 120, 159, 168, 173, 181, 205, 289, 302, 314, 346, 377, 380, 442, 507 f., 517 f., 552
- s. a. *Bolschewismus*; *Klassenkampf*; *Spartakismus*
- Jesuiten** 135
- Judentum, Judenfrage** 7, 29, 78, 108, 118, 126, 128, 132, 139–149, 156, 160, 173, 208, 333, 357, 375, 399, 520, 563
- *Ostjuden*, Einwanderung von 139 f., 144–146
 - »Nationaldeutsches Judentum« 141, 145, 148
 - Unterdrückung unter dem Nationalsozialismus 564
 - s. a. *Antisemitismus*
- Jugend**, Erziehung zu vaterländischer Gesinnung 115, 544 f., 551, 554 f.
- Jungkonservative Bewegung** 546
- s. a. *Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der DNVP*
- Junker, »Junkerherrschaft«** 13*, 26, 46, 53, 70, 114, 116, 119, 126, 196 f., 214, 263, 331, 386, 403, 516, 528 f.
- Kaisertum** 5, 11, 22, 61, 93, 99–104, 106, 111, 155–157, 159, 181, 260, 277 f., 305, 357, 381–410, 520, 536, 558 f., 562, 566
- »süddeutsches«, »katholisches« 93, 157, 386
 - »Neues Kaisertum«, »soziales Kaisertum« 101–103, 386, 400
 - s. a. *Volkskaisertum*
- Kampf gegen das System** 5–7, 63, 74, 88, 120, 147, 149, 153, 160, 175, 179, 180, 182 f., 233, 305, 310, 334
- Kapitalismus**, internationaler 517, 523

- Kapp-Putsch** 6, 80, 85 f., 138, 151, 159, 200–243, 245 f., 250, 252, 254, 256, 342 f., 351, 358 f., 368, 379, 391, 471, 554
- persönliche Beteiligung Westarps 200–204, 211–218
 - drohende bolschewistische Revolution und Einmarsch sowjetischer Truppen als Auslöser 204–208
 - Haltung der Reichswehr 215–218, 228, 237–239
 - Amnestie für Beteiligte 216, 229–235
 - Rechtfertigung durch Westarp 219–230
 - Gerüchte weiterer Putschversuche von rechts 224 f., 252 f.
 - strafrechtliche Verfolgung der Teilnehmer 231–235, 247
- Katholikenbetze** 135 f.
- Katholische Kirche, Katholiken** 93, 134 f., 137 f., 144, 250, 333, 355, 358, 386
- s. a. *Zentrum; Vereinigung deutscher Katholiken*
- Kirche** 137, 273, 332 f., 343 f., 347, 355, 360
- s. a. *Katholische Kirche; Evangelische Kirche; konfessioneller Gegensatz; Schulgesetze*
- Klassenkampf, -herrschaft, -dikatur** 116, 118, 120, 128, 173, 181, 184, 186, 205, 292–294, 296, 314, 325, 330, 346, 348, 378, 380, 403, 508, 517, 521, 545 f., 563
- Königtum, preußisches** 5, 11, 22, 99, 103 f., 106, 155–157, 277 f., 260, 305, 381–410, 555, 559 f., 562
- Kohlenwirtschaft, Gesetz über die Regelung der** 198, 320–322
- Kolonien** 98, 426 f., 460, 489, 499
- Kommunalisierungsgesetz** 132
- Kommunismus, Kommunisten** 118, 120, 126, 181, 184 f., 189, 194, 204–206, 208, 219, 224, 231, 238, 243, 245, 247, 251, 254 f., 258, 290, 294, 319, 346, 351
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** 194, 253, 255
- Konfessioneller Gegensatz** 134–137, 159, 383
- Konkordat, preußisches** 19*
- Konservative Partei (Deutschkonservative Partei)** 15*, 17*, 4, 6, 11, 19, 113, 151, 164, 166, 182, 184, 220, 231, 338, 378, 381, 398, 511, 520
- und Novemberrevolution 11–13
 - Hauptverein der 14, 25, 27 f., 36, 45, 73, 81, 91, 151, 153, 226
 - Verhältnis zur DNVP 17 f., 21–29, 34–41, 47 f., 51 f., 58, 60–64, 71, 73, 77, 83–89
 - Änderung des Parteiprogramms (Oktober 1918) 17
 - Zwölfer-Ausschuß (engerer Parteivorstand) 17, 26, 39, 41–43
 - (Geschäftsführender) Fünfer-Ausschuß 22, 24
 - Wahlkampf zur Nationalversammlung 23, 25, 27
 - Fünziger-Ausschuß 24, 39 f., 42, 45, 48, 51 f., 58–60, 66, 68, 389, 396
 - Auflösung oder Fortbestand nach Gründung der DNVP 24 f., 34–42, 47, 51, 57 f., 60, 64, 73, 152, 224
 - und Finanzierung der DNVP 28–30, 36, 50–52, 55 f., 158
 - Kandidatur von Parteimitgliedern für die DNVP 31, 33, 40 f., 50–54, 58 f., 67–71, 76, 85, 87
 - Kandidaturen für Reichstagswahlen 48–50, 76
 - und Monarchismus 104, 389 f., 395 f., 407 f.
 - Parteiprogramm von 1892 (»Tivoli-Programm«) 108, 144, 146
 - und Arbeiterschaft 117 f.
 - Beamtenpolitik 122
 - Agrarpolitik vor 1918 125–127
 - Mittelstandspolitik 130–132
 - und Kulturkampf 138
 - Antisemitismus 144–146
 - und Vorbereitung des Kapp-Putsches 202
 - und Föderalismus 272
 - Politik vor 1918 15* f., 3, 11 f., 83 f., 277, 313, 366, 414, 520–522, 527–529, 532 f.
- Konservative Schriftenvertriebsstelle** 28, 151
- Konservative Volkspartei** 20*
- Konstitutionelle Monarchie** s. Monarchie, Kaisertum
- »Kontributionen«** s. Reparationen
- Korruption** 368 f.
- Kriegervereine** 388
- Kriegsentschädigungszahlungen** 319
- Kriegsernährungsamt** 188
- Kriegsgefangene** 290, 415 f., 473, 487
- Kriegsministerium** 239
- Kriegspresseamt** 78
- Kriegsschuldfrage** 4, 43, 440, 445, 451, 454–460, 477 f., 515, 523 f.

- Kriegsverbrechen** s. *Auslieferungsforderung von Kriegsverbrechern im Friedensvertrag*
- Kriegszielpolitik** im Ersten Weltkrieg 522, 525 f., 529 f., 532
- Kulturkampf** 136–138, 250, 354
- Kulturpolitik** 332, 343 s. a. *Kirche; Schulgesetze*
- Landarbeiter** 54 f., 89, 116, 118, 130, 197, 205, 310, 324–328
s. a. *Landwirtschaft; Agrarier*
- Landarbeiterverband** 325–328
- Landbund** s. *Deutscher Landbund*
- Landesversammlung**, Preußische verfassunggebende 30, 70, 75, 89, 128, 219 f., 231, 234, 272, 274, 280, 318, 323, 325, 328, 331, 355, 374 f., 399, 438
- Landwirtschaft** 14*, 114, 120, 124–126, 128, 130 f., 139, 184, 205, 252, 293, 307, 310, 323–331
- Landwirtschaftspolitik im Kaiserreich 124–127
 - Produktion 128 f., 323 f.
 - Autarkie 129, 331
 - Preisentwicklung 324
s. a. *Agrarier; agrarische Interessenvertretung*
- Landwirtschaftsrat**, preußischer 128
- Lausanner Abkommen** über Reparationszahlungen (1932) 502
- Lebensmittelzufuhr** nach Deutschland 129, 188, 419 f., 439
- »**Lebensraum**« 98
- Legitimität** 101, 386 s. a. *Hohenzollern-Dynastie*
- Liberalismus** 289
- Locarno-Verträge** 9*
- Lohnentwicklung, Lohnforderungen** 74, 121, 156, 188 f., 205 f., 293, 301, 307–310, 325 f., 331, 347, 348
s. a. *Gewerkschaften; Arbeiterschaft; Unternehmer*
- »**Machtergreifung**« von 1933 162, 179, 257, 346
- Marine, Meutereien** 1917 und 1918 533 f.
- »**Marsch auf die Feldherrenhalle**« 229
- Marxismus** 146, 228, 346 f., 349, 380
s. a. *Kommunismus; Internationalismus*
- Massenagitation** s. *Wahlkampf*
- Massenberrschaft** 5, 43, 111, 163, 198, 228, 230, 261, 280, 348, 379, 385, 557
- Massenwahl** 5, 34, 88, 107, 123, 164, 258, 293, 295 f., 385, 442
- Materialismus** 513, 557
- »**Matrosendivision**« s. *Volksmarinedivision*
- Mehrheitsparteien** s. Weimarer Koalition, Parlamentsherrschaft
- Mehrheitssozialdemokraten** s. SPD
- Militarismus** 192, 434, 516, 534
- Militärkontrolle** s. *Interalliierte Militärkontrollkommission*
- Minderheitenschutz** 427, 491
s. a. *Auslandsdeutsche*
- Mittelstand** 110, 114, 120, 130 f., 139, 312, 321, 386
- Mittwochs-Gesellschaft** 352
- Monarchie, Monarchismus** 5, 7, 25, 39, 43, 46, 62, 72 f., 99–106, 111, 154, 183 f., 193, 225, 258, 260, 262, 265 f., 357, 381–410, 426, 430, 518, 534, 544, 559 f., 562
- Rückhalt in der Bevölkerung 386–389, 395 f., 405
 - monarchische Werbearbeit 387 f., 391 f., 407
s. a. *Kaisertum; Königtum*
- Monroe-Doktrin** 427
- Mosse-Verlag** 80, 446
- Napoleonische Kriege** 383
s. a. *Befreiungskriege*
- Nationalbolschewismus** 197, 224 f., 255, 287–291
- Nationale Arbeitsgemeinschaft** 158, 158, 201
- Nationale Opposition** 63, 161, 303, 413, 509
- nationale Vereine 150–163
 - Vokabular im Kampf gegen das *Versailler Diktat* 509
- Nationale Vereinigung** s. *Nationale Arbeitsgemeinschaft*
- Nationaler Klub** 138, 158, 162
- Nationalliberale Partei** 15*, 17*, 20, 73, 165, 338, 352, 376 f., 534
- Nationalsozialismus** 17*, 19*, 21*, 7, 104, 108, 168, 171, 227, 263, 296 f., 347, 393, 561–567
s. a. *Zweiter Weltkrieg*
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (NSDAP) s. *Nationalsozialismus*
- Nationalverband Deutscher Offiziere** 161, 163, 252, 433, 471, 536

- Nationalversammlung** 16*, 4, 12, 21, 24, 27, 32 f., 67, 69, 89, 92, 106, 122, 130, 143, 151, 153, 164, 179, 185 f., 188, 193, 200, 209, 226 f., 248, 257–268, 280, 283 f., 291, 294, 299, 302, 306, 317, 320, 335, 339, 344, 346, 349, 355, 357, 359, 363 f., 371, 375, 389, 391, 398, 433 f., 438, 492, 523–526, 530, 534, 539, 551
- Termin der Einberufung 23, 184
 - Senioren-Konvent der 216
 - als verfassungsgebendes Organ 257–268, 389
 - und Regierungsbildung 280, 283 f., 337–339
 - und Verankerung des Rátesystems in der Verfassung 294 f.
 - und Waffenstillstandsverhandlungen 421–424
 - und Annahme der Friedensbedingungen 280, 434–437, 442–446, 451
 - und *Kriegsschuldfrage* 456
 - und alliierte Auslieferungsforderung 469, 471, 477, 480
- Nationalversammlung**, französische von 1789 263
- Notverordnungsparagraph** 48 der Weimarer Reichsverfassung 287
- Oberste Heeresleitung (OHL)** 16*, 153, 185, 191 f., 196, 363, 429, 526f, 531 f., 535–538, 555
- Oberverwaltungsgericht**, Preußisches 14*, 71 f., 75 f., 87, 216
- Offiziere, Offizierkorps** 5, 190–194, 197, 215, 217 f., 224, 228 f., 237–239, 249, 252, 334–336, 349, 386, 534, 553
- Offiziersbetze** 191, 334, 553 f.
- Ortswehren** 247, 249
- Ostelbien** 207, 250
- Ostgrenze**, deutsche s. *Ostmark*
- Ostmark** 160 f., 171, 182, 189, 194, 196, 206–209, 428–435, 441, 493 f.
- Ostschutz** 292
- »Oststaatsplan« 432, 494
- Papiergeld, -mark** s. *Währung, Währungsfrage*
- Papst, Papsttum** 135 f.
- Parlamentarisierung im Kaiserreich** 15*f., 263 f., 277, 279–283, 345, 354, 366 f., 383
- Parlamentsberschaft, Parlamentarismus** 5, 7, 179, 210, 228, 276–287, 291, 293, 295, 305, 337, 343, 350, 364, 383, 516, 521, 535, 541
- Parteien**, Einfluß auf Regierungspolitik s. *Parteiherrschaft*
- Parteiherrschaft** 4 f., 8, 100, 113, 120, 123, 162, 165, 168, 182, 230, 249, 277, 281 f., 284–287, 305, 330, 337, 344, 348, 350, 371, 379, 383, 385, 442, 556
- Partikularismus** 105, 152, 267–277, 561
- süddeutscher 273, 276
- Pazifismus** 5, 115, 376, 413, 425, 437, 486, 512, 518, 522f, 554
- s. a. *Antimilitarismus*
- Pfälzer Bauernverein** 252
- Politischer Mord** 194–197, 362, 368, 370
- Polnisch-sowjetischer Krieg** 207 f., 245, 253–256
- Pommerscher Landbund** 224, 325
- Preisentwicklung** 74, 306–309, 324
- s. a. *Währung*
- Presse** 80, 150–162, 169 f.
- Presseorgane**
- Acht-Uhr-Abendblatt 334
 - Der Aufrechte (Zeitschrift des Bundes der Aufrechten) 156, 405
 - Berliner Lokalanzeiger 72, 215
 - Berliner Morgen-Zeitung 290
 - Berliner Tageblatt 160, 195, 207, 238 f., 245, 249, 253, 342, 352 f., 366 f., 435, 450, 514, 533
 - Conservative Correspondenz 152
 - Daily Chronicle 468
 - Demokratische Parteikorrespondenz 42, 45
 - Deutsche Allgemeine Zeitung 209, 423
 - Der Deutsche Führer 229
 - Deutsche Juristenzeitung 21*
 - Deutsche Tageszeitung 7, 12, 18, 80, 124, 150, 252
 - Deutsche Zeitung 12, 86, 150, 182, 443, 472
 - Deutsches Echo (Organ der Bismarckjugend) 116
 - Deutsches Wochenblatt (antisemitische Publikation) 148
 - Deutschnationale Korrespondenz 96, 299, 394, 396, 399, 435
 - Eiserne Blätter 151, 236 f.
 - Essener Volkszeitung 251
 - Frankfurter Zeitung 342, 352 f., 419, 533, 542

- Die Freiheit (Organ der USPD) 52, 158, 185, 190, 195, 204 f., 242, 244, 249, 341, 434, 470, 514
 - Germania (Organ der Zentrumspartei) 136 f., 249, 251, 276, 338, 343, 357, 359 f.
 - Görreskorrespondenz 138
 - Jüdische Rundschau 144–146
 - Kölnische Volkszeitung 135, 251, 275 f., 280, 356, 358 f., 390
 - Konservative Monatsschrift 151
 - Kreuzzeitung 13*, 15*–17*, 21*, 3, 6, 12, 18, 36, 38, 48, 57 f., 60, 66 f., 72 f., 75–82, 135, 144, 151, 174, 208, 212, 214, 219–223, 224, 226, 232, 240, 251, 274, 311 f., 334, 357, 363, 368 f., 378, 388, 408, 434, 446, 449, 461, 475 f., 481, 484, 498, 500, 511, 524, 526, 528, 541, 543, 549, 553
als gemeinsames Organ der DNVP und der Konservativen Partei 77, 80 f.
Finanzierung und wirtschaftliche Lage 78–82
inhaltliche Gestaltung 81
 - München-Augsburger-Zeitung 237
 - Münchener Neueste Nachrichten 419
 - Ostpreußische Zeitung 54
 - Nationalliberale Korrespondenz 339
 - Neue Züricher Zeitung 515
 - Nieuwe Rotterdamsche Courant 467
 - Pommersche Tagespost 150, 374
 - Räte-Zeitung 292
 - Recklinghausener Volkszeitung 251
 - Die Rote Fahne (Organ der KPD) 256
 - Der Rote Tag 289 f.
 - Schlesische Tagespost 150
 - Der Sonnenaar (Organ des Treubundes) 160
 - Sozialistische Korrespondenz 292, 480, 514
 - Le Temps 468
 - Tradition 143, 152 f., 158, 276, 391, 515
 - Ulk – Illustriertes Wochenblatt für Humor und Satire 435
 - Unabhängige National-Korrespondenz 152
 - Vorwärts 198, 205, 207, 219, 241, 249, 301 f., 331, 334, 338 f., 343, 350, 359, 367, 379, 410, 474, 516 f., 533, 539
 - Vossische Zeitung 242, 244, 316, 342, 419, 446, 514
 - Weltwirtschaftszeitung 291
 - Westfälischer Merkur 251
 - Zentrumsparlamentsskorrespondenz 275, 358
- Preußen**
- Hegemonialstellung im Kaiserreich 267–271
 - Zerschlagung in der Republik 270–272
 - als Hauptopfer von Gebietsabtretungen 489, 493, 498
 - Stellung im Verfassungsgefüge der Weimarer Republik s. Partikularismus, Unitarismus
s. a. *Staatsgedanken, konservativer; Königtum, preußisches*
- Preußen-Bund** 157 f., 388
s. a. *Bund der Aufrechten; Hohenzollern-Dynastie*
- Preußenlied** 548
- »Preußenschlag« (1932) 344
- Proletariat** 118, 120, 122, 132, 174, 181, 194, 199, 205, 214, 243, 247, 249, 250, 253–258, 292, 294, 307, 346, 350, 351, 353, 360, 378, 380, 517, 521, 532, 544, 546, 552, 563
s. a. *Arbeiterschaft; Gewerkschaften; Klassenherrschaft*
- Rasse** s. Antisemitismus; Judentum
- Rätediktatur, Räte-system** 182, 185–187, 195, 204, 206, 218, 231, 243, 254, 258, 280, 288, 290–295, 351
- Rätekongreß** (Dezember 1918) 189, 192, 349
– (März 1919) 195, 291
- Regierung der Volksbeauftragten** 13, 185 f., 189, 190, 192, 258, 260 f., 332, 349, 448
- Regierung**, Stellung in der Weimarer Reichsverfassung 277
- Reichsarbeiter-Ausschuß** (DNVP) 119
- Reichsausschuß der akademischen Berufsverbände** 244
- Reichsausschuß der Beamten** (DNVP) 120
- Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft** 128, 323
- Reichsbeirat** 259
- Reichsbürgerrat** 244, 291
- Reichsfarben** schwarz-weiß-rot 101, 103, 297, 303
- Reichsfinanzen**, -etat 62, 125, 310 f., 313–319
s. a. *Steuergesetzgebung*
- Reichsfrauenausschuß** (DNVP) 115

- Reichsgericht** 478–483
 s. a. *Auslieferungsforderungen der Alliierten*
- Reichsgewalt**, Gesetz über die vorläufige 259, 266
- Reichsgründung** 386
 s. a. *Einigungskriege*
- Reichskatholikenausschuß (DNVP)** 134, 136, 138
- Reichslandarbeiterbund** 325
- Reichslandbund** 18*
- Reichsnotopfer** 316–318, 342
- Reichspräsident** 20*, 7, 194, 209 f., 240, 306, 337, 386, 395
 – Wahl des 209, 210, 240, 266
 – Stellung in der Verfassung 7, 277–279, 282, 283, 286, 398, 559
- Reichspresseschef der »Regierung Kapp«** 215
- Reichsrat** 269, 273, 282, 294, 306
- Reichssoldatenrat** 292
- Reichstag** 48, 71, 107 f., 183, 188, 209–211, 216, 222, 229, 241, 273, 337, 369
- Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI)** 291
- Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen** 331
- Reichsverband Ostschutz** 430
- Reichswehr** 207, 215, 217–219, 223 f., 228 f., 231, 237–239, 243, 245, 249, 252 f., 334–336, 350, 486, 534
 – und Niederschlagung des *Zweiten Bürgerkrieges* von 1920 245–248, 253
 s. a. *Heer; Offiziere*
- Reichswirtschaftsrat** 107, 132, 294–296
- Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten** 163
- Religionsunterricht** s. *Schulgesetze*
- Reparationen** 4, 74, 129, 189, 295, 311 f., 316, 318 f., 414, 438, 458, 500–504, 514, 516 f.
 – wirtschaftliche und finanzielle Folgen für Deutschland 295, 311 f., 316, 500, 502
 – als Ursache der Inflation 129, 503 f.
- Republikenschutzgesetz** 18*f.
- Restauration** 19*, 101, 104, 387 f.
 s. a. *Hohenzollern-Dynastie; Monarchie*
- Revanchepolitik** 97
- Revision des Friedensvertrages** s. »*Erfüllungspolitik*«
- Revolution** von 1848 297, 299
- Rheinland**, Besetzung des 187, 414, 489, 493, 516
 – Entmilitarisierung 486, 489
- »Röhm-Putsch«** 21*
- Rote Armee**, deutsche 1920 217, 238, 245 f., 250 f., 254
- Rote Armee**, sowjetische 245
- Rotes Kreuz** 415
- Ruhrgebiet** 287, 359, 504
- »Ruhrkrieg«** 217 f., 231, 245–251
 s. a. *Zweiter Bürgerkrieg; Rote Armee*
- Saarabstimmung** von 1935 496
- Saarverein** 160
- Sarajewo-Krise** (1914) 455, 459, 468
- Scherl-Verlag** 80
- Schleichhandel** s. *Preisentwicklung; Währung*
- Schuldfrage**, innere (am Verlust des Krieges) 520–523
- Schuldliügen** s. *Kriegsschuldliüge; Auslieferungsforderungen*
- Schulgesetze** 19*, 136, 273, 332 f., 342, 356, 514
- Schutz nationaler Minderheiten** s. *Minderheitenschutz*
- Schwerindustrie** s. *Industrie*
- Selbstbestimmungsrecht der Völker** 98, 427, 435, 489, 495
 s. a. *Völkerbund*
- Separatismus** 187 f., 498
- Sicherheitswehr** 206, 218, 243, 245, 249
- Simultanschule** s. *Schulgesetze*
- Soldatentum**, preußisches 552 f.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** 16*, 11, 15, 23, 67, 115, 117 f., 120 f., 128, 132, 135, 137, 146 f., 155 f., 163, 173 f., 181 f., 184 f., 189 f., 194, 198, 204 f., 207, 211, 219, 225, 233 f., 242, 251–253, 256, 262, 266, 269, 275, 281, 286–289, 292, 297–302, 305, 308 f., 314, 319–321, 329 f., 338–361, 372 f., 376–380, 396, 403, 409, 495, 511, 514–518, 521, 523, 528, 530–535, 551, 554
 – Beamtenpolitik 121–123, 368
 – und Abwehr des Bolschewismus und der »zweiten Revolution« 181–183, 194
 – und *Zweiter Bürgerkrieg* von 1920 245–247, 251, 255
 – Sozialgesetzgebung nach 1918 (s. a. *Lohnforderungen, Streik, Acht-Stunden-Tag*) 309 f.
 – und Landarbeiterschaft 324–332

- und Kirchen- und Kulturpolitik 332 f.
- und Wehrpolitik 334–336
- Koalition mit Zentrum und DDP 338–343
- und Annahme der Friedensbedingungen 339 f., 437, 557
- und USPD 349–351
- und Zentrum 354–359
- und Auslieferungsforderungen der Alliierten 464, 472 f.
- für Revolution von 1918 verantwortlich 128, 532 f.
- Sozialdemokratische Soldatenwehr** 198
- Sozialgesetzgebung** 110, 322, 348
- Sozialisierung** 132, 184, 198 f., 280, 292, 319–322, 341
- Sozialismus** 289, 299 f., 319, 380, 517
- Spartakismus** 14, 23, 172, 181, 183, 185, 190, 194, 196, 201, 251, 257, 287, 320, 341, 349, 516, 521, 554
- Staatenausschuß (Reichsbeirat)** 259
- Staatsgedanken, konservativer** 4, 7, 95–97, 100, 152, 258, 261 f., 265, 382, 546 f.
s. a. *Monarchie*
- Staatsgerichtshof** 456, 520, 535 f., 538 f.
- Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der DNVP** 40, 58, 91, 94, 100, 109, 288, 545
- Staatsstreich, Berechtigung eines** 203, 220, 222 f., 225 f.
- Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten** 79, 173
- Steuergesetzgebung, -politik** 71, 109 f., 159, 186, 273, 280, 310, 315–320, 341 f., 358, 365
- Streik, Streikforderungen** 188, 190, 195 f., 198, 205 f., 214, 225, 231, 242 f., 246, 251 f., 256, 301, 303, 307, 310, 314, 325–327, 347, 359
- Studentenschaft** 155 f., 297, 515, 556
s. a. *Deutschnationaler Jugendbund; Burschenschaften*
- Technische Nothilfe** 214, 243
- Thule-Gesellschaft** 197
- Treubund**, 160
- Tributpflicht** s. Reparationen
- Trierer Abkommen** vom 16. Januar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstands (s. a. *Waffenstillstand*) 364, 418–422
- Tugendbund** 549
- U-Boot-Krieg** 16*, 84, 280, 361, 524, 529–531, 539 f.
- Übergangswirtschaft** 295
- Ullstein-Verlag** 80, 446
- Umsatzsteuer** 319
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)** 16*, 148, 158, 174, 181, 185 f., 189 f., 194 f., 198, 204 f., 208, 219 f., 238, 243, 246, 249, 251, 253–255, 287, 292, 294, 301, 341, 344, 349, 377, 449, 470, 534
- Vereinigung mit der SPD 205
- und *Zweiter Bürgerkrieg* von 1920 245–248
- und Verankerung des Rätessystems in der Verfassung 292
- und Friedensbedingungen 434–436, 438 f., 444, 448, 512
und finanzielle Unterstützung durch Frankreich und die Sowjetunion 194, 448 f., 541
- Unabhängiger Ausschuß für einen Deutschen Frieden** 294
- Unitarismus** 61, 93, 105 f., 267–269, 272, 274–277, 333
- Universitäten** 156
- Unternehmen Kapp-Lüttwitz** s. Kapp-Putsch
- Unternehmerschaft** 114, 118 f., 132, 139, 188, 293, 295, 320–322, 516 f.
s. a. *Industrie; Mittelstand*
- Untersuchungsausschuß der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages** 520, 523, 525 f., 534, 539, 540 f.
s. a. *Kriegsschuldfrage; Schuldfrage, innere*
- Vaterländische Verbände** 104
- Vaterländischer Hilfsdienst, Gesetz über** 116, 293, 309
- Vaterländischer Idealismus, vaterländische Erneuerung, vaterländische Bewegung** 3, 5, 8, 543–560
- Vaterlandspartei** 151, 201, 522
- Vera Verlagsanstalt GmbH** 150
- Verband national gesinnter Soldaten** 471
- Verbrauchssteuern** 319
- Vereine Deutscher Studenten** 14*, 544
- Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands** 162, 470
- Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** 244

- Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer 159
- Vereinigung deutscher Katholiken 134
- Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung 14*
- Verfassungskonflikt (1863) 386
- Verhältniswahl 33, 88, 261, 281 f.
- Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände s. *Hauptvermittlungsstelle ...*
- Versailler Diktat* 3–5, 8, 11, 44, 48, 54, 71 f., 98 f., 128 f., 159, 168, 228, 263, 288, 318, 319, 340, 347, 362, 383, 388, 408, 413–416, 427–429, 433–443, 451–454, 458, 460, 481, 494, 499, 507–515, 517 f., 520 f., 524, 526, 536, 551, 555, 557
- Verständigungswahn* 514
- »Vierzehn Punkte« (Wilson) 417
- Völkerbund 19*, 4, 348, 423–428, 432, 485, 510, 513 f., 521, 552
- Volksabstimmungen 54, 437f, 487, 489, 493, 495 f.
- geforderte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen 493
 - als *Offenbarung nationalen Willens* 496
 - in Schleswig-Holstein 498
- Volksbeauftragte s. Regierung der Volksbeauftragten
- Volksbegehren gegen das Young-Abkommen 19*
- Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen 416
- Volksentscheid in der Weimarer Reichsverfassung 282
- Volksheer s. *Wehrpflicht, allgemeine*
- Volkskaisertum 101–103, 398–401
- »Volksmarinedivision« 193, 198
- Volkstum* 95 f., 108, 140, 146 f., 332
- Volkswahl des Reichspräsidenten s. *Reichspräsident*
- Währung, Währungsfrage 29, 74, 79, 308, 310 f., 313, 317
- Waffen-SS 565
- Waffenstillstand, Waffenstillstandsverhandlungen 5, 11, 183, 192, 345, 347, 362, 364, 414–419, 421, 447, 448, 509, 511 f., 514, 525, 531, 557
- Waffenstillstandskommission 414, 418
- Wahlalter, Herabsetzung 115, 281
- Wahlkampf 165–167, 170, 172 f., 218, 223, 225, 229, 244, 252–254, 280 f., 343, 348, 368, 373, 378, 391, 543 f.
- s. a. *DNVP und Wahlagitation*
- Wahlrecht 33, 61, 85, 107, 133, 185, 209–211, 240, 259, 261, 270, 281 f.
- s. a. *Verhältniswahl*; Massenwahl
- Wehrgesetz 334
- Wehrhaftigkeit 7, 155, 426, 457, 563
- Webrlosigkeit 4, 207, 211, 486, 490, 513, 557, 560
- Wehrpflicht, allgemeine 258, 334 f., 438, 486, 492, 507
- Weimarer Koalition 5, 179, 209–211, 215, 223, 234, 238, 240, 243 f., 246, 253, 258, 263, 274, 283 f., 294, 302, 305 f., 331, 333, 338–347, 355, 357, 369, 371, 373 f., 391, 442, 445 f., 459, 513, 525
- Regierungsbildung 337–341
 - in Preußen 343, 344
- Weimarer Reichsverfassung 7, 71, 179, 194, 209, 220 f., 257–305, 351, 357, 391
- staatsrechtliche Unhaltbarkeit aufgrund fehlender Souveränität der verfassunggebenden Nationalversammlung 257–262
 - Stärkung der Zentralgewalt 273, 284
 - verfassungsrechtliche Stellung von Reichstag, Reichspräsident und Regierung (s. a. *Parlamentsherrschaft*) 277–284
 - Gesetzgebungskompetenz 282
 - Regierungsbildung 283–285, 337
 - Verankerung des Rätensystems 287 f., 291–293, 296, 320
 - Reichsflagge 297 f.
 - Staat und Kirche 333, 338
 - Schulfrage (Art. 174) 356
- »Wellenfrage« 274
- Westfälischer Bauernverein 331
- Wettrüsten, allgemeines 457
- Wilson-Friede, Wilson-Note (Oktober 1918) 186, 415, 417, 512 f., 522, 525
- Wirtschaftsfriedliche Verbände 116 f., 325
- Wolffs Telegraphisches Büro 121
- Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund 130
- Young-Abkommen 19*, 110, 319, 422, 500
- Zeitungen s. *Presseorgane*
- Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands 118
- Zentralverband Deutscher Industrieller 291, 376
- Zentralverband für den Deutschen Großhandel 291

- Zentrum** (Partei) 20, 93, 134–137, 247, 242, 286, 297, 299, 331, 333, 338–344, 347, 351–370, 372, 379 f., 391, 409, 533
- Verhältnis zur DNVP 86, 135–137, 352
 - und Souveränität der Nationalversammlung 260 f.
 - Pressefehde mit der DNVP 135–137
 - und Separatismus 188, 272
 - und *Zweiter Bürgerkrieg* von 1920 247, 250 f.
 - und Zerschlagung Preußens 275 f.
 - und Kritik am Parlamentarismus 280
 - Regierungsbeteiligung 338–343, 351, 354–356
 - in Preußen 343 f., 355
- und Kulturpolitik in Preußen 355 f.
 - Abkehr vom Monarchismus und Bekenntnis zur Republik 357, 381
 - Spaltungstendenzen 358–361
 - und Annahme Friedensvertrag 444–446, 557
 - und nationalpolitische Agitation in Oberschlesien vor 1918 496
- Zwangswirtschaft** 89, 122, 132, 184, 321, 323, 327
- Zweiter Bürgerkrieg** (1920) 138, 242–256, 351, 359, 391
- Kämpfe außerhalb des Ruhrgebiets 250, 254
- Zweiter Weltkrieg** 154, 250, 510, 562–567

Bildnachweis

Vorsatz: Kreuz-Zeitung (Morgenausgabe) Nr. 599 v. 24. Nov. 1918, obere Hälfte der Titelseite

Nachsatz: Ebd., untere Hälfte der 2. Seite mit dem Abschluß des Leitartikels zur inneren Politik von Graf Westarp

Bildvorlagen: Nachlaß Westarp (Gärtringen)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik / Kuno Graf von Westarp. Bearb. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen unter Mitw. von Karl J. Mayer und Reinhold Weber. – Düsseldorf : Droste, 2001

(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien : Reihe 3, Die Weimarer Republik ; Bd. 10)

ISBN 3-7700-5239-0



EX OFFICINA

2001

Schrift

Linotype Stempel Garamond
dtl Caspari (Umschlag)

Satz

Müller · Druck Grevenbroich

Papier 

Geese Hamburg

Gewebe

Bamberger Kaliko

Druck

Verlagsdruckerei Schmidt
Neustadt/Aisch

Printed in Germany

